iur reform

Die **iur.reform**-Studie

Auswertung der
größten Abstimmung
unter Jurist:innen

Es ist Zeit für eine neue juristische Ausbildung!

Mai 2023

iur reform

Die **iur.reform**-Studie

Auswertung der
größten Abstimmung
unter Jurist:innen

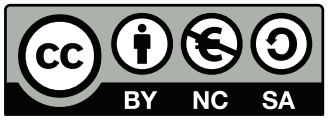
Es ist Zeit für eine neue juristische Ausbildung!

Mai 2023

Impressum

CC BY-NC-SA 4.0

Dieses Werk „iur.reform Studie – Auswertung der größten Abstimmung unter Jurist:innen.“ ist lizenziert unter der Creative Commons Lizenz *Namensnennung – Nicht-kommerziell – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International*.
Lizenzvertrag: ***https://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/4.0/legalcode.de***
Kurzfassung: ***https://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/4.0/deed.de***



Autor:innen

Iman Ahmed
Leonie Weih
Malte Krukenberg
Martin Suchrow-Köster
Mert Dinçer
Paul Schneider
Philipp Hilpert
Sophie Dahmen
Svenja Jürgens
Til Bußmann-Welsch
Tobias Pollmann

Redaktion

Henry Wilke
Til Bußmann-Welsch
Tobias Pollmann

Satz/Gestaltung

Henry Wilke

Redaktionsschluss

21.05.2022 (1. Auflage)

Bündnis zur Reform der juristischen Ausbildung e.V.
Essener Straße 14
10555 Berlin

Erster Vorsitzender: Sophie Dahmen
Zweiter Vorsitzender: Til Bußmann-Welsch
Dritte Vorsitzende: Martin Suchrow-Köster

Sitz: Berlin (Vereinsregisternummer 38832)

Website **iurreform.de**

Instagram **@iur.reform**

Twitter **@iur_reform**

LinkedIn **iur.reform**

E-Mail **info@iurreform.de**

Inhaltsübersicht

	Grußwort	v
	Inhaltsverzeichnis	vii
	Executive Summary	1
1	**Einleitung**	15
2	**Stellungnahmen der Verbände**	19
3	**Methodik**	63
4	**Ergebnisse – Demografie**	71
5	**Ergebnisse – Kreuzauswertung**	82
6	**Reliabilität & Kritik**	716
7	**Sofortprogramm**	733
8	**Loccum**	749
	Annex – Ergebnisse auf einem Blick	

Grußwort

Man könnte meinen, einer grundlegenden Reform der juristischen Ausbildung den Weg bereiten zu wollen, sei ein sinnloses Unterfangen. Etwas, woran man sich nur die Zähne ausbeißen kann. Schließlich hat sich die juristische Ausbildung in den vergangenen 150 Jahren als äußerst reformresistent erwiesen und ist über diesen langen Zeitraum im Wesentlichen unverändert geblieben. Wer es dennoch versucht, wird mit Abwehrreflexen und Vorbehalten konfrontiert, die nicht immer sachlich vorgetragen werden.

Vor diesem Hintergrund verdient das, was die iur.reform-Kampagne geleistet hat, besondere Anerkennung: In hunderten Stunden ehrenamtlicher Arbeit haben Studierende, Dokotorand:innen, Referendar:innen und Berufstätige trotz der Belastungen, die die juristische Ausbildung und der juristische Berufsalltag mit sich bringen, etwas geschaffen, das Hoffnung auf eine neue Dynamik im Reformdiskurs macht: Sie haben den Reformdruck sichtbar gemacht.

Mit der Studie, die breit abbildet, was sich Studierende und Referendar:innen einerseits, aber auch Professor:innen, Ausbilder:innen und die Kolleg:innen in der Berufspraxis andererseits von der juristischen Ausbildung wünschen, besteht erstmals eine umfängliche empirische Datengrundlage, auf deren Grundlage eine ernsthafte Diskussion geführt werden kann. Das immer wieder vorgetragene Credo, es stünde alles zum Besten in der juristischen Ausbildung und allenfalls Randbereiche seien reformbedürftig, ist damit widerlegt.

Besonders hervorzuheben ist dabei auch die der Kampagne zugrundeliegende Vision, alle Beteiligten an einen Tisch zu bringen. Iur.reform hat dies bei der Konzeption und Umsetzung der Studie konsequent verfolgt und umgesetzt. Die Zahl der eingebundenen Stakeholder beispielsweise ist beachtlich und reicht etwa vom Deutschen Richterbund, den Deutschen Anwaltsverein, über den Deutschen Juristinnenbund bis zum Bundesverband rechtswissenschaftlicher Fachschaften e.V.

Ein gemeinsames Gespräch aller Beteiligten über die juristische Ausbildung ermöglicht, eine grundsätzlichere Frage zu stellen, nämlich die, welche Juristinnen und Juristen wir eigentlich ausbilden wollen. Wir können so ein Leitbild für die juristische Ausbildung entwickeln und die Frage beantworten, wer die Juristen und Juristinnen der Zukunft sein und welche Kompetenzen sie mitbringen sollen: Sie sind weitgehend unpolitische Rechtstechniker oder befähigt, gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen und die Entwicklung der Rechtsordnung insbesondere vor dem Hintergrund einer zunehmenden Digitalisierung und Internationalisierung des Rechts aktiv mitzugestalten?

Ich bin der Auffassung, unser Rechtsstaat braucht und verdient Letzteres. Vor diesem Hintergrund freue ich mich sehr über den neuen Impuls, den die iur.reform-Studie in die Reformdiskussion bringt und auf die weitere, intensiv zu führende Debatte über eine neue juristische Ausbildung!

Prof. Dr. Dr. h.c. Barbara Dauner-Lieb

Inhaberin des Lehrstuhls für Bürgerliches Recht,
Handels- und Gesellschaftsrecht, Arbeitsrecht und
Europäische Privatrechtsentwicklung an der Universität zu Köln

Präsidentin des Verfassungsgerichtshofs Nordrhein-Westfalen

Inhaltsverzeichnis

Executive Summary 1

1. Einleitung 15

2. Stellungnahmen der Verbände 19

- Deutscher Richterbund 20
- Deutscher Juristinnenbund 22
- Postmigrantischer Jurist*innenbund 26
- Bundesrechtsanwaltskammer 30
- Bundesverband rechtswissenschaftlicher Fachschaften 35
- liquid legal institute 46
- Deutscher Anwaltverein 53

3. Methodik 63

- 1. Thesenentwicklung und Abstimmungsdesign 63
- 2. Verlauf der Abstimmung 67
- 3. Auswertungsvorhaben 69

4. Ergebnisse – Demografie 71

- 1. Verhältnis zur juristischen Ausbildung 71
- 2. Alter 74
- 3. Geschlecht 76
- 4. Fachsemester 77
- 5. Gesamtnote 78
- 6. Studienort 79

5. Ergebnisse – Kreuzauswertung 82

These 1 A: Allgemeine Zufriedenheit 84

These 1 B: Integrierter Bachelor 98

These 1 C: Einstufige juristische Ausbildung (Loccum) 112

These 1 D: Reduzierung des Prüfungsstoffs 126

These 1 E: Stoffreduzierung in welchem Fach? 140

These 1 F: Legal Tech 142

These 1 G: Methoden der Sozialwissenschaften 156

These 1 H: Mediation 170

These 1 I: Schwerpunktstudium (Abschaffung) 184

These 1 J: Abschichten (bundesweit) 198

These 1 K: E-Examen 212

These 1 L: Online-Datenbanken 226

These 1 M: Handkommentare 240

These 1 N: Unabhängige Bewertung 254

These 1 O: Argumentation abseits der Lösungsskizze 268

These 1 P: Emotionale Entlastung 282

These 2 A: Umstellung auf das Bologna-System 296

These 2 B: Master-Abschluss für den Schwerpunkt 310

These 2 C: Laufbahnorientierung 324

These 2 D: Leistungen im Studium in die Examensnote 338

These 2 E: Freischuss abschaffen 352

These 3 A: Prozessrecht im Examen 366

These 3 B: Europarecht im Examen 380

These 3 C: Mehr Klausuren im Examen 394

These 3 D: Weniger umfangreiche Klausuren 408

These 3 E: Examenshausarbeit wieder einführen 422

These 3 F: Kongruenz zwischen staatlicher Prüfung und Studiumsinhalten 436

These 3 G: Diverse Zusammenstellung der Prüfungskommission 450

These 4 A: Änderung des Notenstufen-Systems 464
These 4 B: Regelstudienzeit = Durchschnittsstudiendauer 478
These 4 C: Ausgestaltung der Zwischenprüfung 492
These 4 D: Betreuungsschlüssel 506
These 4 E: Zulassung anderer Prüfungs-/Unterrichtsformen 520
These 4 F: Digitale Lehre 534
These 4 G: Rechtsdidaktik 548
These 4 H: Auslandsaufenthalte 562
These 4 I: Universitäres Repetitorium 576
These 4 J: Regelmäßiges Monitoring des Reformbedarfs 590

These 5 A: Grundlagenfächer stärken 604
These 5 B: Rechtsvergleichung 618
These 5 C: Neue Inhalte nur bei Streichung von Bestehendem 632
These 5 D: Softskills 646
These 5 E: Rechtsgebietsübergreifende Ausbildung 660
These 5 F: Mehr Diversitätskompetenz 674
These 5 G: Wissenschaftliche Ausrichtung des Studiums 688
These 5 H: Stärkere Einbindung der Professor:innen in die juristische Ausbildung 702

6. Reliabilität & Kritik 716

1. Studiendesignprobleme 716
1.1. Blockeinteilung 716
1.2 Pre-Tests 716
1.3 These 5 C 717
1.4 Universität nicht abgefragt 717
1.5 Argumente der Webseite 717
1.6 Wechsel der Likert-Skala 717
1.7 Studienort –Mehrfachauswahl 718
1.8 Demografie –sexuelle Ausrichtung und Migrationshintergrund 718
1.9 Beschränkung der Argumente 718

1.10 Auswahl der Thesen und Formulierung 718
1.11 Demografie – Studierende 719
1.12 Demografie –Examensabschluss 719
1.13 Kreuztabellenauswertung –„keine Angabe“ 719
1.14 Stakeholder-Einfluss 720
1.15 Gendering 720
2. Studiendurchführungsprobleme 720
2.1 Keine Shibboleth-Abfrage 720
2.2 Technische Schwierigkeiten / Darstellungen 720
2.3 Reine Online-Abstimmung 721
2.4 Bot-Abfrage erst nach ca. 7.000 Stimmen 721
2.5 Selektionsbias und Weiterleitung der E-Mails 721
2.6 Abstimmungsbeendigung 722
3. Vergleichsstudien 722
3.1 Einbezogene Vergleichsstudien 723
3.2 Ergebnisabgleich 725
3.3 Ergebnis 731
7. Sofortprogramm 733
1. Einleitung 733
1.1 Was ist eine Sofortprogrammthese? 733
1.2 Weitere Einteilung der Thesen 734
2. These: Zulassung anderer Prüfungs- und Unterrichtsformen neben Klausur/Vorlesung 734
2.1 Hintergrund für die Einordnung als Sofortprogrammthese 735
2.2 Adressat:in 735
2.3 Finanzieller Aufwand 735
2.4 Offene Fragen 735
2.5 Abgleich mit den Studienergebnissen 735
2.6 Inlandsvergleich 735
2.7 Auslandsvergleich 736
2.8 Formulierungsvorschlag 737

3. These: Unabhängige Bewertung 737
3.1 Hintergrund für die Einordnung als Sofortprogrammthese 737
3.2 Abgleich mit den Studienergebnissen 738
3.3 Adressat:in 738
3.4 Finanzieller Aufwand 738
3.5 Offene Fragen 738
3.6 Inlandsvergleich 738
3.7 Auslandsvergleich 738
3.8 Formulierungsvorschlag 738
4. These: Neue Inhalte nur bei Streichung von Bestehendem 739
4.1 Hintergrund für die Einordnung als Sofortprogrammthese 739
4.2 Abgleich mit den Studienergebnissen 739
4.3 Adressat:in 739
4.4 Finanzieller Aufwand 739
4.5 Offene Fragen 739
4.6 Inlandsvergleich 739
4.7 Auslandsvergleich 739
4.8 Formulierungsvorschlag 739
5. These: Regelmäßiges Monitoring 740
5.1 Hintergrund für die Einordnung als Sofortprogrammthese 740
5.2 Abgleich mit den Studienergebnissen 740
5.3 Adressat:in 740
5.4 Finanzieller Aufwand 740
5.5 Offene Fragen 740
5.6 Inlandsvergleich 741
5.7 Auslandsvergleich 741
5.8 Formulierungsvorschlag 741
6. These: Hilfsmittel im Examen –Computer zum Schreiben 741
6.1 Hintergrund für die Einordnung als Sofortprogrammthese 741
6.2 Abgleich mit den Studienergebnissen 742
6.3 Adressat:in 742
6.4 Finanzieller Aufwand 742
6.5 Offene Fragen 742

6.6 Inlandsvergleich 743
6.7 Auslandsvergleich 743
6.8 Formulierungsvorschlag 743
7. These: Betreuungsschlüssel 744
7.1 Hintergrund für die Einordnung als Sofortprogrammthese 744
7.2 Abgleich mit den Studienergebnissen 744
7.3 Adressat:in 744
7.4 Finanzieller Aufwand 744
7.5 Offene Fragen 744
7.6 Inlandsvergleich 745
7.7 Auslandsvergleich 745
7.8 Formulierungsvorschlag 745

8. Loccum 2.0 749

1. Der gegenwärtige Raum für Reformen: Die Justizminister:innenkonferenz 749
2. Der Rahmen für grundlegende Reformen: Das Beispiel der Akademie Loccum 750
3. Der Weg zu einer gemeinsamen Vision 751
3.1 Die große Lösung 751
3.2 Die kleine Lösung 753

Annex A

Die Ergebnisse auf einen Blick

Executive Summary

Abstract

Unter dem Kampagnennamen iur.reform hat das Bündnis zur Reform der juristischen Ausbildung e.V. die größte Studie zur Reform der juristischen Ausbildung in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland durchgeführt. Die Studie basiert auf den Ergebnissen einer Abstimmung über 43 Thesen, die vom 17.01.2022 bis zum 17.07.2022 durchgeführt wurde und an der 11.842 Personen teilgenommen haben.

Die juristische Ausbildung gilt historisch als besonders schwer zu reformieren. Strukturell sind viele Akteur:innen an der Änderung der juristischen Ausbildung beteiligt und von einer solchen Änderung betroffen. Die einzelnen Akteur:innengruppen diskutieren aber vor allem untereinander, anstatt miteinander. Die letzte große Reform, die letztlich zurückgenommen wurde, basierte auf einem gemeinsamen mehrjährigen Prozess aller beteiligten Gruppen in Rahmen von Treffen in der Accademie Loccum. Mit der Kampagne iur.reform und der damit einhergehenden Abstimmung über 43 ermittelte Reformoptionen mit Blick auf die juristische Ausbildung, bündeln wir den zersplitterten Reformdiskurs.

Die 43 Thesen, die zur Abstimmung gestellt wurden, entstammen der Auswertung aus über 200 Beiträgen in Fachzeitschriften und Artikeln aus den Jahren 2000 – 2020. Die Thesen wurden ausgewählt, weil sie regelmäßig diskutiert wurden. Die Abstimmung wurde in einem Stakeholderprozess unter Beteiligung von BRF, DAV, BRAK, DRB und elsa verbessert.

Jede:r der:die einen Bezug zur juristischen Ausbildung hat war eingeladen die 43 Thesen auf einer Skala von 1 (volle Ablehnung) bis 5 (volle Zustimmung) zu beantworten. Alle Stimmen von Studierenden und Praktiker:innen jeder Art bis hin zu Verfassungsrichter:innen waren und sind relevant für eine gemeinsame Debatte über die gewünschten und befürworteten Reformen.

Von den 11.842 Personen waren u.a. 5033 Studierende, 1653 Personen im Referendariat, 2089 Personen identifizierten sich als Rechtsanwält:innen, 937 als Richter:innen, 209 als Staatsanwält:innen, 245 als Professor:innen und 70 Personen als Mitarbeiter:innen in Justizprüfungsämtern (JPA), sowie 399 als Personen, die mit juristischer Ausbildung in der Verwaltung arbeiteten. Bei der Bewertung der Zahlen ist zu beachten, dass damit 4 % der Gesamtheit der Studierenden im Fach Rechtswissenschaften, knapp 1,48 % der Rechtsanwält:innen, 4 % der Richter:innen und 18 % aller Jura Professor:innen befragt wurden.

In der Auswertung der Abstimmung berücksichtigen wir die Vielfalt der Stimmen. Wir zeigen auf, wo sich die Gruppen in ihrer Perspektive auf die verschiedenen Reformoptionen unterscheiden – und wo sie sich *einig* sind.

Wir schlagen eine *Zweipfadigkeit* vor, die auf Grundlage unserer Ergebnisse beschritten werden kann. Einerseits lässt sich aus den Ergebnissen über alle befragten Gruppen hinweg ein *Sofortprogramm* ableiten. Die Thesen, die von allen Seiten mit absoluter Mehrheit befürwortet werden und eine unmittelbare positive Veränderung der juristischen Ausbildung an einzelnen Stellen zulassen sind besonders geeignet für eine unmittelbare Umsetzung nach unserem Sofortprogramm. Andererseits laden wir dazu ein, auf Grundlage der vorliegenden Ergebnisse zu Stimmungsbildern der einzelnen Aktuer:innen ergebnissoffen in einem Stakeholderprozess, angelehnt an die Accademie Loccum, *eine gemeinsame Vision von einer neuen juristischen Ausbildung zu entwerfen*.

Für das Sofortprogramm haben wir aus den Thesen, die von allen drei großen Gruppen (in Ausbildung [Studierende, Referendar:innen, Promovierende, u.a.], Praktiker:innen [Rechtsanwält:innen und Syndizi, Richter:innen, Staatsanwält:innen, u.a.], Ausbildende [Professor:innen, Lehrende, JPA-Mitarbeiter:innen]) mit absoluter Mehrheit befürwortet werden, ein *Sofortprogramm* entwickelt, wenn die Thesen zusätzlich zeitnah umsetzbar sind.

Einig sind sich alle drei Gruppen **(in Ausbildung** / **Praktiker:innen** / **Ausbildende**) bei der mehrheitlichen Befürwortung der folgenden sechs Thesen:

Unabhängige Zweitkorrektur der schriftlichen Examensprüfungen

90 % / **86 %** / **52 %**

Einführung des E-Examens

76 % / **58 %** / **55 %**

Neue Lerninhalte nur bei Streichung von Bestehenden

78 % / **68 %** / **59 %**

Zulassung anderer Prüfungs- und Unterrichtsformen neben Klausur und Vorlesung

69 % / **68 %** / **61 %**

Verbesserung des Betreuungsschlüssels an den Hochschulen

69 % / **63 %** / **68 %**

Regelmäßiges Monitoring des Jurastudiums im Hinblick auf etwaigen Reformbedarf

82 % / **50 %** / **70 %**

Keine Einigkeit unter den drei Gruppen bedeutet aber nicht, dass es keinen Reformbedarf gibt. Bei vielen Thesen stimmen einzelne Gruppen in absoluter Mehrheit zu, aber eben nicht alle. Bei vielen weiteren Thesen findet sich eine relative Mehrheit für eine Reform. Dies bedeutet es gibt endlich eine Grundlage für gemeinsame und spannende Diskussionen.

Zum Beispiel: Insgesamt mehrheitlich sprechen sich die Abstimmenden für die Einführung eines integrierten Bachelors aus (55 %), aber diese These wird von Professor:innen und JPA-Mitarbeitenden nicht mehrheitlich unterstützt, aber auch nicht mehrheitlich abgelehnt wird. Ähnlich ist es bei der Forderung die Möglichkeit des Abschichtens bundesweit einzuführen. Knapp 70 % sprechen sich dafür aus, aber nicht in allen drei großen Gruppen gibt es mehrheitliche Zustimmung. Die Verwendung von Online-Datenbanken in Klausuren wird z.B. von einer Mehrheit der Personen in Ausbildung unterstützt (55 %), aber sowohl von Praktiker:innen als auch von Ausbildenden mehrheitlich abgelehnt. Die Verwendung von Handkommentaren wird von Personen in Ausbildung und von Praktiker:innen mehrheitlich unterstützt.

Interessant war u.a. auch: Die Umstellung auf Bologna wird von einer absoluten Mehrheit abgelehnt, wenn auch 39 % der Studierenden sich dafür aussprechen. Die einstufige Juristische Ausbildung erhält von denjenigen, die sie selbst durchlaufen haben, Bestnoten (52 % stimmten vollständig („5“) einer Wiedereinführung zu). Insgesamt ist die juristische Welt zu je 40 % für und gegen die Einführung und 20 % sind unentschieden. Die Umstellung auf eine Laufbahnorientierte Ausbildung wird nicht mehrheitlich befürwortet.

Außerdem sollte das Studium emotional entlastet werden. Eine Mehrheit spricht sich dafür aus, dass neuer Prüfungsstoff nur aufgenommen wird, wenn alter Prüfungsstoff gestrichen wird, tendenziell einig sind sich auch die Gruppen in ihrer Ablehnung von mehr Prozessrecht im ersten Examen. Eine Mehrheit fordert die diverse Zusammenstellung von Prüfungskommissionen und dass Leistungen aus dem Studium in die Examensnote aufgenommen werden sollten. Abgelehnt wird: Abschaffung des Freischusses (wo er noch besteht), Ausweitung der Anzahl an Klausuren im ersten Staatsexamen und die Einführung einer Examenshausarbeit.

Doch bereits die Antworten auf die erste Frage zeigen, weshalb die Arbeit mit den Ergebnissen jetzt so wichtig ist: Mehrheitlich sind die Abstimmenden insgesamt unzufrieden mit der juristischen Ausbildung in ihrer jetzigen Form (52 %).

Dies ist erst der Beginn einer gemeinsamen Diskussion über die Zukunft der juristischen Ausbildung, die nun auf einer soliden Datengrundlage geführt werden kann.

*Neben der Executive Summary können auf **www.iurreform.de** die Studie, eine einseitige Zusammenfassung für jede These und das Sofortprogramm heruntergeladen werden.*

These	**Gesamt***					**relative und vollständige Zustimmung („4" und „5") nach Gruppe****		
	Ablehnung		neutral	Zustimmung		in Ausbildung	Praktiker:innen	Ausbildende
	1	2	3	4	5			
integrierter Bachelor	12,2 %	7,4 %	8,5 %	16,2 %	55,1 %	80,6 %	52,4 %	43 %
einstufige juristische Ausbildung	21,9 %	18 %	28,2 %	17,1 %	13,8 %	38,3 %	24,8 %	22,9 %
Reduzierung des Prüfungsstoffes	9,8 %	10,8 %	11,9 %	24,7 %	42,4 %	76,6 %	50,7 %	37,4 %
Legal Tech als Bestandteil des Studiums	7,2 %	9,8 %	25,4 %	30,7 %	26,4 %	60,1 %	53,4 %	37,3 %
Methoden der Sozialwissenschaften als Bestandteil des Studiums	13,5 %	16,3 %	20,8 %	27,8 %	21 %	57 %	44,9 %	39,9 %
Mediation und außergerichtliche Streitbeilegung als Bestandteil des Studiums	9,7 %	14,9 %	21,9 %	30,6 %	22,6 %	54,9 %	56, 9 %	40 %
Abschaffung Schwerpunkt	40,9 %	21,5 %	17,7 %	7,7 %	11,7 %	20 %	21,4 %	25,3 %
Bundesweites Abschichten	12,7 %	5,6 %	12,2 %	17,4 %	51,8 %	75 %	57,5 %	40 %
Einführung des E-Examen	11,1 %	5,9 %	15,5 %	13,9 %	53,2 %	75,8 %	58 %	55 %
Verwendung von Online-Datenbanken in Examens-Klausuren	19,9 %	13,2 %	17,5 %	16,1 %	32,9 %	55,4 %	38 %	20,4 %
Verwendung von Handkommentaren in Examens-Klausuren	13,9 %	10 %	16 %	21,4 %	38,4 %	62,2 %	53,9 %	37,3 %
Unabhängige Zweitkorrektur der schriftlichen Examensprüfungen.	2,4 %	2,4 %	7,5 %	14,5 %	72,9 %	90,1 %	86,4 %	51,5 %
Argumentation abseits der Lösungsskizze stärken	1,8 %	3,4 %	16,7 %	29,5 %	48,1 %	82,8 %	72,4 %	59,8 %
Ausbildung emotional entlasten			12,6 %	15,3 %	60 %	84,4 %	63,6 %	48,9 %
Umstellung auf Bologna (Bachelor / Master)	36 %	16,1 %	15,3 %	12,2 %	17,2 %	43,9 %	20,3 %	14,5 %
Master-Abschluss für Schwerpunkt	16,2 %	9 %	17,9 %	22,1 %	31,7 %	66,1 %	38,3 %	20,6 %
Laufbahnorientierung	22,7 %	15,8 %	17, 1 %	21 %	20,3 %	54,2 %	35,7 %	18,9 %
Studienleistungen in die Examensnote	14 %	11,1 %	15,4 %	25,5 %	30,9 %	65,3 %	56,7 %	35,9 %
Freischuss abschaffen	57,7 %	12,9 %	15,1 %	3,8 %	7,5 %	14,9 %	11,3 %	12,5 %
Prozessrecht im ersten Examen	22,7 %	26,1 %	24 %	14,6 %	8,3 %	20,2 %	28,9 %	28,7 %
Europarecht im ersten Examen	24,1 %	21,6 %	23,7 %	18,4 %	7,8 %	28,1 %	28,3 %	38,4 %
Mehr Klausuren im ersten Examen	42,9 %	19,5 %	18,1 %	9,9 %	5,4 %	12,9 %	19,1 %	27,6 %
Weniger umfangreiche Klausuren	7,9 %	10,5 %	17,4 %	27,9 %	32,1 %	69,6 %	50,5 %	34,3 %
Examenshausarbeit wieder einführen	28,1 %	9,3 %	14,8 %	19,5 %	24,3 %	49,3 %	38,4 %	26,8 %

These	Gesamt*					relative und vollständige Zustimmung („4“ und „5“) nach Gruppe**		
	Ablehnung		neutral	Zustimmung		in Ausbildung	Praktiker:innen	Ausbildende
	1	2	3	4	5			
Kongruenz zwischen Inhalten im Studium und ersten Examen	3 %	3,7 %	23,1 %	28,3 %	36,9 %	70,5 %	65,8 %	47,9 %
Diverse Besetzung der Prüfungskommission	12,1 %	3,4 %	20,1 %	15,5 %	44,8 %	65,6 %	55,3 %	45,9 %
Änderung des Notenstufensystems	16,7 %	9,3 %	19,3 %	14,6 %	35,8 %	56,1 %	39,8 %	19,4 %
Regelstudienzeit an Durchschnittsstudienzeit anpassen	6,7 %	5,2 %	12,6 %	18,3 %	52,7 %	76,5 %	59,3 %	39,8 %
Umfangreichere Zwischenprüfung	13,8 %	18,9 %	29,8 %	20,3 %	12,6 %	36,6 %	35,8 %	33,5 %
Betreuungsschlüssel erhöhen	3,6 %	6,2 %	17,5 %	28,7 %	39,5 %	68,8 %	63 %	68,5 %
Zulassung anderer Prüfungs- und Unterrichtsformen	5,6 %	6,6 %	14,7 %	29,6 %	39,1 %	69,2 %	68,3 %	60,8 %
Digitalisierung von Vorlesungen und Seminaren	7 %	8,8 %	18,6 %	25 %	36,1 %	66,1 %	57,9 %	26,1 %
Rechtsdidaktik stärken	3 %	4,3 %	16,9 %	28,6 %	42,6 %	75,6 %	70,5 %	53,4 %
Verpflichtende Auslandsaufenthalte	33,8 %	18,3 %	22,6 %	10,3 %	10,7 %	22,9 %	16,8 %	19,9 %
Universitäres Repetitorium ausbauen	1,2 %	1,0 %	7,2 %	20,2 %	65,9 %	87,3 %	85,7 %	78,5 %
Regelmäßiges Monitoring des Reformbedarfs	3,1 %	3 %	12,7 %	21,6 %	55 %	81,9 %	50,2 %	70,2 %
Grundlagenfächer stärken	20,3 %	22,4 %	18,8 %	15,8 %	18 %	36,7 %	35,2 %	50,4 %
Rechtsvergleichung stärken	14,2 %	22,2 %	28,6 %	19,9 %	10,3 %	36,3 %	25,6 %	29,9 %
Neue Inhalte nur bei Streichung von Bestehendem	3,5 %	5,9 %	13,4 %	27,9 %	44,7 %	77,65 %	67,9 %	58,85 %
Softskills stärken	5,1 %	6,7 %	13,8 %	29,9 %	39,8 %	73,6 %	66,2 %	48,4 %
Rechtsgebietsübergreifende Ausbildung	16 %	16,9 %	19,3 %	22,9 %	20,2 %	40,5 %	45,2 %	38,6 %
Diversitätskompetenz (Lehre) stärken	18,6 %	8,8 %	25,2 %	15,5 %	27,1 %	50 %	35,1 %	28,1 %
Wissenschaftliche Ausrichtung des Studiums	10,9 %	14,5 %	22,2 %	24,6 %	23 %	56,4 %	40,8 %	52,6 %
Stärkere Einbindung der Professor:innen	3,8 %	6,7 %	25,8 %	30,3 %	28,4 %	60 %	57 %	55,4 %

* Fehlende % sind Enthaltungen;

** In Ausbildung (Studierende, Referendar:innen, Promovierende, Studienabbrecher:innen, endgültig nicht bestanden), Praktiker:innen (Rechtsanwält:innen, Syndizi, Richter:innen, Staatsanwält:innen, Verwaltungsmitarbeitende), Ausbildende (Professor:innen, JPA-Mitarbeitende).

Einleitung, Entwicklung und Methodik

Die Studie, auf die sich diese Executive Summary bezieht, wird vom Bündnis zur Reform der juristischen Ausbildung e.V. herausgegeben. Der Kampagnenname *„iur.reform“* bezeichnet die Abstimmung über 43 Reformthesen, die im Zeitraum vom 17.01.2022 bis 17.07.2022 durchgeführt wurde. Dabei stimmten 11.842 Personen aus dem gesamten Spektrum der juristischen Lebenswelt ab, wovon11.803 Stimmen gültig waren. Dies ist die größte Studie zur Reform der juristischen Ausbildung in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.

Hintergrund der Abstimmung und der jetzt vorliegenden Studie ist das Ziel, die juristische Ausbildung entsprechend gemeinsam mit allen Akteur:innen (Stakeholder) an die Bedarfe an eine solche Ausbildung im 21. Jahrhundert anzupassen und entsprechend zu reformieren. Durch die Studie soll der wiederkehrende Reformdiskurs um die juristische Ausbildung, ein zyklischer Prozess, an dessen Ende selten wesentliche Veränderungen stehen, gebündelt werden und mit der Studie allen Akteur:innen eine Diskussionsgrundlage geliefert werden, die zeigen kann: welche Akteur:innengruppe spricht sich für welche Veränderung aus?

Es ist kein Zufall, dass die juristische Ausbildung in ihren Grundzügen seit über 150 Jahren nicht verändert wurde. Denn es gibt eine Vielzahl von Akteur:innen, die am Diskurs zu beteiligen sind und die sich hinter einer gemeinsamen Vision einer juristischen Ausbildung vereinigen müssten. Praktiker:innen und Lehrende führen den Diskurs vor allem in Literaturbeiträgen, während Studierende – außerhalb des Engagements des BRF und der European Law Students Association (ELSA) – und Referendar:innen kaum auf Entscheidungsebene Gehör finden.

Die großen Reformen wurden entweder nach Abschluss der Experimentierphase zurückgenommen (einstufige Juristenausbildung) oder beschränken sich auf bestimmte Bereiche (Einführung des Schwerpunktsstudiums). Um die juristische Ausbildung in die Moderne zu holen, fehlte es bisher vor allem an einer empirischen Erhebung dessen, welche Veränderungen im Interesse welcher Akteur:innen sind. Diese empirische Erhebung, die Datenbasis für einen folgenden Reformdiskurs, liegt mit dieser nun Studie vor.

Zum „Bündnis zur Reform der juristischen Ausbildung e.V.“ und zu iur.reform

Das Bündnis zur Reform der juristischen Ausbildung e.V. ist ein eingetragener Verein, dessen Mitglieder junge Jurist:innen aller Ausbildungs- und Karrierestufen (Studierende, Referendar:innen, Wissenschaftliche Mitarbeiter:innen, Promovierende, Habilitierende, Praktiker:innen) sind. Wir haben uns zusammengeschlossen, um den immer wiederkehrenden Diskurs um eine Reform der juristischen Ausbildung aufzunehmen und den zersplitterten Diskurs zu bündeln. Die gesamte Arbeit der Mitglieder erfolgte ehrenamtlich und ohne jegliche finanzielle Unterstützung. Spendenbeträge im unteren vierstelligen Bereich wurden fast vollständig für Werbung und Fahrtkosten ausgegeben.

Die 43 Thesen und der Aufbau der Abstimmung

Die zur Abstimmung gestellten 43 Thesen entstammten einer mehrjährigen Recherche von iur.reform anhand von Beiträgen in juristischen Fachzeitschriften und anderen Medien, wobei weit über 200 Beiträge aus dem Zeitraum zwischen ca. 2000 bis 2020 in die Datengrundlage einflossen. Die 43 Thesen stellen eine Auswahl an Thesen dar, die teilweise regelmäßig oder jedenfalls mehrfach in der Literatur aufgegriffen wurden. Wir haben uns für den Zeitraum 2000 – 2020 entschieden, um nach Möglichkeit die aktuellen Diskussionen abzubilden. Die Thesen, über die abgestimmt wurden, sind nicht allumfassend. iur.reform begreift den Reformprozess als eine laufende Aufgabe, nicht als einen

einmaligen Eingriff. Deshalb war es auch für die Teilnehmenden möglich, eigene Reformvorschläge einzureichen. Diese konnten bislang nicht selbst zur Abstimmung gestellt werden. Die umfassende Auswertung der eingereichten Reformvorschläge erfolgt in einem nachgelagerten Schritt.

Die Thesen wurden auf einer Likert-Skala von 1 (lehne vollständig ab) bis 5 (stimme vollständig zu) bewertet. Die Thesen sind entsprechend so formuliert, dass eine Zustimmung / Ablehnung Sinn ergibt. Im Rahmen der weiteren Darstellung findet sich regelmäßig auch eine „0", die jedoch nur aus technischen Gründen überall dort eingesetzt wurde, wo Teilnehmende keine Angabe machten. Die Likert-Skala war bei der allerersten Frage, in der die Allgemeine Zufriedenheit mit der juristischen Ausbildung, abgefragt wurde, umgedreht. Dieser Umstand wurde klar kenntlich gemacht. Zur besseren Übersicht während der Abstimmung teilte iur.reform diese 43 Thesen in 5 Blöcke auf:

Block 1: Die 16 meistdiskutierten Thesen

Darunter stellten wir 16 Thesen zur Abstimmung, die besonders häufig in der Literatur gefunden wurden und zu denen viele Argumente vorgebracht wurden.

Block 2: Thesen zum Thema Ausbildungsausrichtung

Hierunter wurden Thesen zur Abstimmung gestellt, die grundlegende Fragen der Ausrichtung der juristischen Ausbildung betrafen, etwa die These 2 C, die einstufige Jurist:innenausbildung betreffend oder die Umstellung der Ausbildung auf das Bologna-System.

Block 3: Thesen zum Thema Inhalte der Ersten juristischen Prüfung

Die hierunter zur Abstimmung gestellten Thesen beschäftigten sich primär mit Inhalten der Prüfung, bspw. ob mehr Europarecht abgeprüft werden sollte (These 3 B) oder weniger umfangreiche Klausuren geschrieben werden sollten (These 3 D). Hier lag auch eine Überschneidung mit organisatorischen Aspekten der Prüfung selbst vor, die keinen eigenen Block erhielten (etwa die These 3 G betreffend die Diversität von Prüfungskommissionen).

Block 4: Thesen zum Thema Organisation des Studiums

Block 4 enthielt die Thesen, die die Organisation des Studiums betrafen, wie 4 A, „Änderung des Notenstufensystems" oder 4 E „Zulassung anderer Prüfungs-/Unterrichtsformen".

Block 5: Thesen zum Thema Inhalte des Studiums

Der fünfte und letzte Thesenblock betraf inhaltliche Fragen, etwa die These 5 A „Grundlagenfächer stärken", aber auch These 5 G, welche sich mit der wissenschaftlichen Ausrichtung des Studiums insgesamt beschäftigt.

Einzelne Überschneidungen der Thesenbereiche waren dabei nicht vermeidbar.

Jede These enthielt einen Link zur Webseite von iur.reform (**www.iurreform.de/reformoptionen**), auf der zu den einzelnen Reformoptionen auch drei Pro- und drei Contraargumente angezeigt werden konnten. So sollte es möglich sein sich über die in der Literatur vertretene Auffassung zu den einzelnen Thesen zu informieren. In den Fällen, in denen die Literaturrecherche nicht genügend Argumente lieferte, um die gleiche Anzahl Pro- und Contraargumente aufzuzeigen, ergänzte iur.reform logische Argumente – diese sind an der fehlenden Quellenangabe erkennbar und dienten dazu einem bias vorzubeugen. Zugleich sollte diese Möglichkeit nur dann genutzt werden, wenn dies gewünscht war und nicht ungefragt im Abstimmungsprozess angezeigt werden.

Der Fragebogen wurde in einem Stakeholder-Prozess unter Beteiligung von BRF, DAV, BRAK, DRB und ELSA redigiert und angepasst. Daraus entstanden insbesondere einzelne, erläuternde Einschübe bei den Thesen (etwa, was unter „Methoden der Sozialwissenschaft, These 1 G) zu verstehen ist. Es folgten dann Pre-Tests mit ca. 64 Teilnehmenden, die einerseits die technische Umsetzung, aber auch Verständlichkeit und Einheitlichkeit der Formulierungen begutachteten.

1 A	„Ich bin mit dem universitären Teil der juristischen Ausbildung (inkl. Erste juristische Staatsprüfung) in ihrem gegenwärtigen Zustand zufrieden.“
1 B	„In die aktuelle juristische, universitäre Ausbildung sollte ein Bachelor-Abschluss integriert werden, der zusätzlich oder alternativ zum Staatsexamen durch die Universitäten verliehen wird.“
1 C	„Die einstufige Juristenausbildung sollte erneut erprobt werden.“
1 D	„Der Prüfungsstoff für die Erste juristische Staatsprüfung sollte reduziert werden.“
1 F	„Legal Tech sollte Bestandteil des Studiums werden.“
1 G	„Die Methoden der Sozialwissenschaften sollten in das Studium integriert werden.“
1 H	„Mediation und sonstige außergerichtliche Streitbeilegung sollte Bestandteil des Studiums werden.“
1 I	„Der Schwerpunkt sollte abgeschafft werden.“
1 J	“In allen Bundesländern sollte das sog. Abschichten ermöglicht werden.“
1 K	„Das „E-Examen“ sollte in allen Bundesländern eingeführt werden.“
1 L	„Der Zugriff auf Online-Datenbanken sollte in der Ersten juristischen Staatsprüfung erlaubt werden.“
1 M	„In der Ersten juristischen Staatsprüfung sollten Handkommentare zugelassen werden.“
1 N	„Die Korrektor:innen sollten die Gutachten der Klausuren ohne Kenntnis und unabhängig der anderen Korrektor:innen bzw. deren Bewertung anfertigen.“
1 O	„Im Studium muss die Argumentation abseits der Lösungsskizze gestärkt werden.“
1 P	„Die juristische Ausbildung sollte emotional entlastet werden.“
2 A	„Die juristische Ausbildung sollte auf ein Bachelor/Master-System (Bologna) mit z.B. berufsqualifizierenden Abschlüssen für den Beruf von Richter:innen oder Anwält:innen umgestellt werden.“
2 B	„Der Schwerpunkt sollte mit einem Masterabschluss beendet werden.“
2 C	„Das Bild der Einheitsjurist:innen (Befähigung zum Richteramt als Voraussetzung für alle staatlich regulierten jur. Berufe) sollte aufgegeben und stattdessen eine Laufbahnorientierung während der Ausbildung ermöglicht werden.“
2 D	„Während des Studiums erbrachte Prüfungsleistungen (über den Schwerpunkt hinaus) sollten in die Gesamtnote der Ersten juristischen Staatsprüfung mit einbezogen werden.“
2 E	„Die Freischussregelung sollte abgeschafft werden.“
3 A	„In der Ersten juristischen Staatsprüfung sollte Prozessrecht eine größere Rolle spielen.“
3 B	„In der Ersten juristischen Staatsprüfung sollte Europarecht eine größere Rolle spielen.“
3 C	„Es sollten mehr Klausuren in der Ersten juristischen Staatsprüfung geschrieben werden.“
3 D	„Die Klausuren sollten weniger umfangreich sein, also weniger Prüfungsstoff pro Klausur abfragen.“
3 E	„Teil der Ersten juristischen Staatsprüfung sollte auch eine Hausarbeit sein.“
3 F	„Zwischen der Ersten juristischen Staatsprüfung und den Studiumsinhalten muss eine Kongruenz hergestellt werden.“
3 G	„Die Prüfungskommissionen in den mündlichen Prüfungen sollten divers besetzt werden; z.B. sollte mind. eine Frau pro Prüfungskommission vertreten sein.“
4 A	„Das juristische Notensystem sollte verändert werden.“
4 B	„Die Regelstudienzeit sollte an die Durchschnittsstudienzeit angepasst werden.“
4 C	„Die Zwischenprüfung sollte umfangreicher sein und den Stoff der ersten juristischen Staatsprüfung umfassender abdecken“
4 D	„Es bedarf einer engeren Betreuung der Studierenden.“
4 E	„Neben der Klausur und der Vorlesung als übliche Prüfungs- und Unterrichtsform sollten auch andere Formen, z.B. mündliche Prüfungen, Moot Courts oder Seminare zugelassen werden.“
4 F	„Vorlesungen und Seminare sollten digitalisiert werden.“
4 G	„An den Universitäten braucht es eine verstärkte Auseinandersetzung mit der Rechtsdidaktik.“
4 H	„Es sollten verpflichtende Auslandsaufenthalte in das Studium integriert werden.“
4 I	„Das universitäre Repetitorium sollte ausgebaut werden.“
4 J	„Es bedarf eines regelmäßigen Monitorings des Jurastudiums unter Einbindung der Studierenden im Hinblick auf einen etwaigen Reformbedarf.“
5 A	„Die Rolle der Grundlagenfächer (wie bspw. Methodenlehre, Rechtsgeschichte, Rechtsphilosophie, etc.) im Studium sollte gestärkt werden.“
5 B	„Die Rechtsvergleichung sollte stärker im Studium verankert werden.“
5 C	„Soweit das Studium inhaltlich um weitere Inhalte angereichert werden soll, sollen andere Inhalte gekürzt werden.“
5 D	„Softskills sollten stärker trainiert werden.“
5 E	„Die juristische Ausbildung sollte stärker rechtsgebietsübergreifend ausgestaltet sein.“
5 F	„In der Lehre sollten Diversität und Diversitätskompetenz gestärkt werden.“
5 G	„Das Studium muss sich auch am Leitbild der Wissenschaftlichkeit ausrichten.“
5 H	„Die Professor:innen sollten sich stärker als bisher in die Gestaltung der juristischen Ausbildung einbringen.“

Auf die Abfrage der Thesen folgte dann die Abfrage demographischer Angaben. Auf eine umfassende Darstellung wird hier verzichtet, jedoch waren primär 7 Indikatoren abgefragt: Alter, Geschlecht, Verhältnis zur juristischen Ausbildung (z.B. aktueller Ausbildungsstand oder Tätigkeit), Fachsemester, Abschlussnote der Ersten juristischen Prüfung und (ehemaliger) Studienort. Eine Identifikationsabfrage zur Vermeidung von Mehrfachantworten war für den Verein primär aus finanziellen Gründen nicht umsetzbar. Wir können also nicht ausschließen, dass einzelne Personen mehrfach teilgenommen haben. Genauso wenig können wir ausschließen, dass Personen falsche Angaben gemacht haben.

Ablauf der Abstimmung und Ablauf der Auswertung

Mit Veröffentlichung am 17.01.2022 machte der Verein über mehrere Kanäle auf die Umfrage aufmerksam: Dazu nutzten wir unsere Social Media Kanäle, E-Mail-Verteiler, Presseverteiler und verfassten Beiträge für verschiedene juristische Zeitschriften, nahmen Anfragen zu Auftritten in Podcasts an und an Veranstaltungen wie Podiumsdiskussionen teil.

Nachdem interne Zahlen zeigten, dass gerade zu Beginn besonders viele Studierende abstimmten, intensivierte iur.reform die Kontakte zu Praktiker:innen und Lehrenden. Anfang Juli 2022 erfolgte ein Video-Aufruf zur Teilnahme durch namhafte Persönlichkeiten der juristischen Lehre und Praxis[1]. Nur testweise wurde kurzzeitig bezahlte Werbung geschaltet, die jedoch aufgrund einer schlechten Kosten-Nutzen-Relation nicht weiter verfolgt wurde.

Von den 11.842 Personen, die teilgenommen haben, waren u.a. 5033 Studierende, 1653 Personen im Referendariat, 2089 Personen identifizierten sich als Rechtsanwält:innen, 937 als Richter:innen, 209 als Staatsanwält:innen, 245 als Professor:innen und 70 Personen als Mitarbeiter:innen in Justizprüfungsämtern (JPA), sowie 399 als Personen, die mit juristischer Ausbildung in der Verwaltung arbeiteten.

Bemerkenswert ist die Häufigkeit der Studierenden, die mit 43,5 % die größte Gruppe der Abstimmenden bilden. Die direkt folgenden größten Häufigkeiten betreffen die Anwält:innen mit 18,1 %, bzw. inklusive Syndikusanwält:innen 21,3 % und danach Referendar:innen mit 14,3 %.

Zur Einordnung dieser Zahlen: Im Wintersemester 2020 waren 119.285 Studierende der Rechtswissenschaften eingeschrieben. Demnach haben 4,22 % der Studierenden teilgenommen, die tatsächliche Prozentzahl dürfte wegen der vermehrt existierenden LL.B.-Studiengängen und den zahlreichen LL.M.-Studiengängen leicht niedriger liegen.

Geht man von einer Gesamtpopulation von 14.662 Referendar:innen aus haben 11,3 % davon teilgenommen.

Laut Bundesrechtsanwaltskammer waren zum 01.01.2022 insgesamt 165.587 Rechtsanwält:innen (inkl. Syndikusanwält:innen) zugelassen. Von diesen haben 1,48 % teilgenommen.

Nach Statistik des Bundesamts für Justiz (BfJ) von 2020 sind in Bund und Ländern rund 21.943 Richter:innen beschäftigt. Demnach haben 4,3 % teilgenommen.

Die Anzahl der Staatsanwält:innen beträgt ca. 6.198 (2020). Demnach haben 3,37 % teilgenommen.

Nach Zahlen von 2019 betrug die Gesamtpopulation der juristischen Professuren in Deutschland, d.h. an Universitäten, Fachhochschulen und Verwaltungsfachhochschulen 1.331. Demnach haben 18,41 % aller Professor:innen teilgenommen.

Die Auswertung erfolgte durch die Mitglieder von iur.reform. Jede These wurde in der Gesamtheit ausgewertet, um einen Überblick zu erhalten. Sodann wurde in Kreuzanalyse

[1] Einen großen Dank auch an dieser Stelle nochmals an: Prof. Dr. Elisa Hoven, Prof. Dr. Alexander Thiele, Kira Kock (BRF), Stephanie Beyrich (BRAK), Nora Wienford (djb), Dr. Dominik Herzog, Christian Solmecke, LL.M.

jede These mit jedem demographischen Merkmal ausgewertet. Die Robustheit der Studie wurde in einer kritischen Selbstreflexion unter Heranziehung von Vergleichsstudien getestet. Die Studie wurde BRF, DAV, BRAK, DRB, djb und weiteren Verbänden frühzeitig zur Verfügung gestellt, um Kommentare und Stellungnahmen aufnehmen zu können.

Ergebnisse

In der Auswertung der Abstimmung berücksichtigen wir die Vielfalt der Stimmen. Wir zeigen auf, wo sich die Gruppen in ihrer Perspektive auf die verschiedenen Reformoptionen unterscheiden – und wo sie sich einig sind.

Wir schlagen eine Zweipfadigkeit vor, die auf Grundlage unserer Ergebnisse beschritten werden kann. Einerseits lässt sich aus den Ergebnissen über alle befragten Gruppen hinweg ein Sofortprogramm ableiten, bestehend aus den Thesen die mehrheitlich befürwortet werden und unmittelbare und sofortige Veränderung der juristischen Ausbildung an einzelnen Stellen zulassen. Andererseits laden wir dazu ein, auf Grundlage der von uns erarbeiteten Reformoptionen, Argumente und Stimmungsbilder der einzelnen Aktuer:innen ergebnissoffen in einem Stakeholderprozess, angelehnt an die Accademie Loccum, eine gemeinsame Vision von einer neuen juristischen Ausbildung zu entwerfen.

Für das Sofortprogramm haben wir aus den Thesen, die von allen drei großen Gruppen (in Ausbildung [Studierende, Referendar:innen, Promovierende, u.a.], Praktiker:innen [Rechtsanwält:innen und Syndizi, Richter:innen, Staatsanwält:innen, u.a.], Ausbildende [Professor:innen, Lehrende, JPA-Mitarbeiter:innen]) mehrheitlich befürwortet werden, ein Sofortprogramm entwickelt, wenn die Thesen zusätzlich zeitnah umsetzbar sind.

Das Sofortprogramm enthält also solche Thesen, deren Zustimmung über die drei Personengruppen „**Ausbildende**“, „**Praktiker:innen**“ und „**in Ausbildung befindliche Personen**“ eine absolute Mehrheit (> 50 %) erreichte und deren Umsetzung nach dem Dafürhalten von iur.reform innerhalb kürzester Zeit erfolgen könnte.

Unabhängige Zweitkorrektur der schriftlichen Examensprüfungen
90 % / **86 %** / **52 %**

Einführung des E-Examens
76 % / **58 %** / **55 %**

Neue Lerninhalte nur bei Streichung von Bestehenden
78 % / **68 %** / **59 %**

Zulassung anderer Prüfungs- und Unterrichtsformen neben Klausur und Vorlesung
69 % / **68 %** / **61 %**

Verbesserung des Betreuungsschlüssels an den Hochschulen
69 % / **63 %** / **68 %**

Regelmäßiges Monitoring des Jurastudiums im Hinblick auf etwaigen Reformbedarf
82 % / **50 %** / **70 %**

Ausgewählte Ergebnisse

Zunächst soll auf ausgewählte Ergebnisse eingegangen werden. Gleichzeitig wird mit Hinweis auf den Umfang der Ergebnisse an dieser Stelle eine Leseempfehlung der Studie und den dazugehörigen erklärenden Publikationen wie des Sofortprogramms und der einseitigen Zusammenfassung („one pager“) ausgesprochen. Im Folgenden finden sich

exemplarisch einige besonders interessante Ergebnisse, insbesondere die Sofortprogrammthesen, oft diskutierte Thesen und unerwartete Erkenntnisse.

Unabhängige Bewertung – These 1 N

Eine auffällig hohe Zustimmung enthielt die von iur.reform zur Abstimmung gestellte These: „Die Korrektor:innen sollten die Gutachten der Klausuren ohne Kenntnis und unabhängig der anderen Korrektor:innen bzw. deren Bewertung anfertigen“. Die These zählt zu den 16 meistdiskutierten Thesen.

Es wünschen sich 87,4 % eine unabhängigere Bewertung der Aufsichtsarbeiten in der Ersten juristischen Prüfung. 72,9 % aller Befragten stimmen der These sogar vollständig („5“) zu. Weitere 14,5 % überwiegend. Nur jeweils 2,4 % der Befragten lehnen die These vollständig oder zumindest überwiegend ab. Die These erhielt unter Praktiker:innen eine Zustimmung von 86,4 % und unter denjenigen, die in Ausbildung sind sogar 90,10 %. Immerhin 46 der 245 abstimmenden Professor:innen (18,8 %) lehnen jedoch eine unabhängige Bewertung der Examensklausuren vollständig („1“) ab. Unter Ausbildenden insgesamt erreicht die These erkennbar eine deutlich geringere, aber immer noch relative Zustimmung von 51,5 %. Die Umsetzung der These bedarf bis auf wenige Ausnahmen lediglich eine Änderung der Verwaltungspraxis. Die These fand somit Einzug in das Sofortprogramm von iur.reform.

Regelmäßiges Monitoring – These 4 J

Die Daten zeigen, dass eine absolute Mehrheit (55 %) einem regelmäßigen Monitoring des Reformbedarfs der juristischen Ausbildung vollständig, sowie weitere 21,6 % überwiegend zustimmt, sodass der Anteil derjenigen, die ein regelmäßiges Monitoring grundsätzlich befürworten bei insgesamt 76,6 % liegt.

Die Ablehnungsquote beträgt insgesamt 6,1 %. Je älter die abstimmenden Personen werden, desto stärker ist eine zunächst neutrale und sodann ablehnende Haltung zu beobachten. Zugleich sinkt die vollständige Zustimmung mit zunehmendem Alter. Auffällig ist, dass die Zustimmung unter Personen die bereits qualifiziert im Beruf stehen (Richter:innen; Staatsanwält:innen, Rechtsanwält:innen, Syndika, Verwaltungsjurist:innen) tendenziell niedriger liegt als unter Personengruppen, die noch näher mit der Ausbildung befasst sind. Die niedrigsten vollständigen („5“) Zustimmungswerte liegen bei den Professor:innen und Mitarbeitenden der LJPAer (24,1 % und 25,7 %). Die These wurde in das Sofortprogramm aufgenommen, da für die Umsetzung grundsätzlich nur ein Gremium geschaffen werden müsste, dessen Konzeption zügig zu erarbeiten sein dürfte. Ferner stimmten der These ausbildende Personen mit 70,18 % zu; Praktiker:innen mit 50,2 %. In der Ausbildung befindliche Teilnehmende stimmten der These mit 81,9 % zu.

Hilfsmittel im Examen – Computer zum Schreiben (sog. E-Examen)

Die Frage nach der Einführung eines sogenannten E-Examens führt iur.reform unter der Thesenbezeichnung „Hilfsmittel im Examen – Computer zum Schreiben“ (These 1 K). Eine absolute Mehrheit von 67,1 % der abstimmenden Personen spricht sich für die Einführung des E-Examens aus. Nur weniger als ein Fünftel (17,0 %) der Abstimmenden ist gegen die Einführung. Die These erreicht sogar unter der vollständigen Zustimmung („5“) eine absolute Mehrheit der Stimmen mit 53,2 %. Bis zu einem Alter von 29 Jahren (angefangen mit 61,5 % bei 18 Jahren) steigt die vollständige Zustimmung auf 71,5 %, womit sie ihren Höhepunkt erreicht und sodann konstant mit zunehmendem Alter abnimmt. Doch die These erreicht hohe Zustimmungswerte unter allen Gruppen. Bei Ausbildenden erreicht sie eine Zustimmung von 55,15 %. Bei Praktiker:innen stimmten 58,08 % zu, bei denjenigen in Ausbildung befindlichen sogar 75,85 %. Die These wurde von iur.reform in das Sofortprogramm aufgenommen, da die Umsetzung trotz bereits existierender bundesgesetzlicher Regelungen noch nicht in allen Bundesländern erfolgt ist. Es bedeutet primär einen Verwaltungsaufwand und Erfahrungswerte wurden bereits in einigen Bundesländern gesammelt. Zum finanziellen Aufwand haben wir im Sofortprogramm umfassend Stellung genommen.

Als dicht verwandte Thesen sind die Einführung von Hilfsmitteln im Examen durch einen Zugriff auf Online-Datenbanken (These 1 L) und die Nutzung von Handkommentaren

(These 1 M) zu nennen. Diese schafften es nicht in das Sofortprogramm. Nur 49 % befürworten die Verwendung von Online-Datenbanken, bei 33,1 % Ablehnung. Tendenziell ist die Unterstützung bei jüngeren Befragten höher, während die Ablehnung in der Tendenz umso stärker ist, je älter die Abstimmenden sind. Von den 70 Personen, die angegeben haben bei einem JPA zu arbeiten, stimmen sogar 54,3 % für eine vollständige Ablehnung („1“). Die Nutzung von Handkommentaren erreichte eine absolute Mehrheit an Zustimmung von 59,8 % bei einer Ablehnung von 23,9 %. Eine volle Zustimmung nimmt mit zunehmendem Alter ab, eine kombinierte Zustimmung bleibt weitestgehend vergleichbar.

Neue Inhalte nur bei Streichung von Bestehenden – These 5 C

Die These „Soweit das Studium inhaltlich um weitere Inhalte angereichert werden soll, sollen andere Inhalte gekürzt werden“ könnte zeitnah dadurch umgesetzt werden, dass eine gesetzliche Regelung geschaffen wird, welche eine Neuaufnahme von Examensinhalten ohne gleichzeitige Streichung von bestehenden Inhalten verhindert. Die Zustimmung unter den Ausbildenden betrug 58,85 %. Unter den Praktiker:innen stimmten 67,9 % der These zu. Bei den in Ausbildung befindlichen Personen stimmten 77,65 % zu. In der Gesamtheit stimmt eine absolute Mehrheit von 72,6 % der These zu. JPA-Mitarbeitende verhalten sich zu der These zwar zurückhaltender, stimmen der These jedoch zumindest mit relativer Mehrheit von 47,1 % zu. Zu den Fragen, die sich daran anschließen, haben wir in der Diskussion im Sofortprogramm Stellung genommen.

Betreuungsschlüssel – These 4 D

Die These: „Es bedarf einer engeren Betreuung der Studierenden“ wurde in die Liste der Sofortprogrammthesen aufgenommen. Wir sind uns bewusst, dass damit ein hoher finanzieller Aufwand verbunden ist. Aber eine Einigung auf das Ziel eines niedrigeren Betreuungsschlüssels in einem angemessenen Zeitraum ist zeitnah möglich. Im Einzelnen haben die Personen in Ausbildung mit einer kumulativen Zustimmung von 68,8 % gestimmt. Bei den Praktiker:innen lag das Ergebnis bei 63 % und bei den Ausbildenden bei 68 %. Insgesamt lässt sich konstatieren, dass keine Berufsgruppe die These generell eher ablehnt; dies gilt auch für sämtliche Gruppen aus der Lehre (Professor:innen, Wissenschaftliche Mitarbeiter:innen). Vielmehr überwiegt in fast allen Kohorten die generelle Zustimmung, doch sind die Werte für ein neutrales Abstimmungsverhalten teils sehr hoch, wie beispielsweise bei den Staatsanwält:innen mit 24,9 %.

Zulassung anderer Prüfungs- und Unterrichtsformen – These 4 E

Die These: „Zulassung anderer Prüfungs- und Unterrichtsformen neben Klausur/Vorlesung“ wurde als Sofortprogrammthese qualifiziert, da die Zulassung alternativer Lehr- und Prüfungsformate durch eine bloße Änderung der jeweiligen Studienordnungen und Universitätspraxis (Durchführung der jeweiligen Kurse/Angebot von entsprechenden Kursen) für das Fach Rechtswissenschaften in den Universitäten umgesetzt werden könnte. Im Einzelnen haben die Personen „in Ausbildung“ mit 69,2 % der These zugestimmt. Bei Praktiker:innen lag die kumulierte Zustimmung bei 68,3 % und bei den mit der Ausbildung befassten Personen bei 60,8 %. Die relative Zustimmung zeigt sich auch über alle Altersgruppen hinweg. Die Zustimmungsquoten liegen dabei stets über 60,0 % und häufig auch über 70,0 %. Es ergeben sich deutliche Divergenzen der absoluten Zustimmung („5“) bei den Personen weiblichen Geschlechts gegenüber den Personen männlichen Geschlechts. Die absolute Zustimmung ist bei einer geringeren Notenstufe höher als bei Abstimmenden, die angegeben haben, mit höheren Noten abgeschlossen zu haben.

Weitere Thesen

Doch nur weil eine These nicht die absolute Mehrheit unter den drei großen Gruppen erreichen konnte, bedeutet dies nicht, dass die Ergebnisse nicht minder spannend wären. Vielmehr zeigt sich zunächst im Überblick über die Thesen, dass viele Thesen hohe Zustimmungswerte von den Gruppen erhalten und nur wenige Thesen vollumfänglich abgelehnt werden. Betrachtet man nun die Thesen im Überblick wollen wir an dieser Stelle auf die folgenden Aspekte besonders aufmerksam machen. Wir ermutigen aber jede:n an den Stellen die Studie in voller Länge zu lesen, wo konkrete Fragen bestehen. Diese sind mit Sicherheit in der Studie beantwortet.

Ergebnisse zu Studienmodellen:
Umstellung auf Bologna-System – These 2 A
Integrierter Bachelor – These 1 B
Einstufige juristische Ausbildung – These 1 C
Laufbahnorientierten Ausbildung – These 2 C

Betrachtet man die Antworten zu den Fragen, die sich grundsätzlich mit Modellen für das Studium befassten fällt auf, dass das Staatsexamen gegenüber der Umstellung auf das Bologna System oder die einstufige juristische Ausbildung vorgezogen wird. Dies betrifft alle Gruppen.

Die Umstellung auf das Bologna System lehnt eine absolute Mehrheit von 52,1 % ab. Bei den Studierenden ist die Zustimmung etwas höher und liegt mit 39,4 % ähnlich hoch wie die Ablehnung mit 40 %. Bei Personen die das Studium abgebrochen bzw. das Examen final nicht bestanden haben überwiegt die Zustimmung jedoch. Die einstufige Juristenausbildung führte den universitären Teil und den praktischen Teil des Referendariats zu einer einheitlichen Ausbildung zusammen. Die Zustimmung fiel zwar mit 30,9 % gering aus. Doch erreicht die einstufige Ausbildung, bei denjenigen die sie selbst durchlaufen haben, eine absolute Mehrheit (52,7 %) für die volle Zustimmung („5“). Wir also von denjenigen mit weit überwiegender Mehrheit befürwortet.

Mehrheitlich positiv wird auch die Einführung eines zusätzlichen, das Erste Staatsexamen nicht ersetzenden, integrierten Bachelors (LL.B.) von den Abstimmenden bewertet. Die Diskussion, die zuletzt hitzig geführt wurde[2], kann damit hoffentlich neue Impulse erhalten. Die Grundidee des integrierten Bachelors ist es, einen Bachelor-Abschluss in den Ausbildungsweg zur ersten juristischen Prüfung einzubauen, sodass Kandidat:innen bevor sie ins Staatsexamen gehen (aber nach den meisten Vorschlägen nach dem sie das Schwerpunktstudium absolviert haben) einen Bachelor Abschluss in Anerkennung der bis zur Prüfungsreife („Scheinfrei“) erbrachten Leistungen erhalten.

71 % aller Abstimmenden sprachen sich für einen integrierten Bachelor aus. Demgegenüber stehen nur 20 % Ablehnung. Unter den Teilnehmenden bis 28 Jahren liegt die Zustimmung sogar bei über 80 %. Es lässt sich ferner feststellen, dass die Forderung nach einem integrierten Bachelor umso stärker ist, je niedriger die angegebene Notenstufe. Betrachtet man die Antworten nach dem Verhältnis zur juristischen Ausbildung, fällt auf, dass nur bei wenigen Gruppen die Ablehnung die Zustimmung überwiegt. Dies betrifft Richter:innen, bei denen beträgt die Ablehnung (42,3 %) und die Zustimmung (39,7 %), ähnlich auch bei JPA-Mitarbeitenden (Ablehnung: 45,8 %, Zustimmung: 38,6 %), weshalb der These auch die notwendige Zustimmung aus allen Gruppen fehlte, um in das Sofortprogramm aufgenommen zu werden.

Die vollständige Aufgabe einer einheitlichen, an der Befähigung zum Richteramt ausgerichteten, Ausbildung aller Juristen zugunsten einer Laufbahnorientierten Ausbildung (These 2.c.) findet keine absolute Mehrheit unter den Abstimmenden, sondern lediglich eine leicht die Ablehnung überwiegende relative Zustimmung von 41,3 %.

Abschaffung des Schwerpunktstudiums – These 1 I

Die Gesamtnote des universitären Schwerpunktstudiums findet seit 2003 als sogenannte Universitätsprüfung zu 30 % Einzug in die Gesamtnote der Ersten juristischen Prüfung. Seit der Einführung des Schwerpunktstudiums im Jahre 2003 wird auch dessen Abschaffung immer wieder diskutiert. Die These lautet: „Der Schwerpunkt sollte abgeschafft werden“.

---

[2] *Musil*, in: KritV 2017, S. 121 (125); *Jeep*, in: NJW 2005, S. 2283. *Carstendiek*, Warum der Bachelor of Laws allen hilft, katzenkönig v. 24.11.2020, ***https://anwaltsblatt.anwaltverein.de/de/studium-und-referendariat/start-ins-studium/details/bachelor-of-laws-vorteile*** (30.11.2022). Siehe auch *Chiusi*, Der Bachelor ist ein Loser-Abschluss, FAZ v. 29.6.2022, ***https://www.faz.net/aktuell/politik/staat-und-recht/sinnhaftigkeit-des-bachelors-fuer-jurastudenten-18138005.html*** (30.11.2022) und Erwiderung: Schollmeier, Weder Burnout-Attest noch Jodel-Diplom, Verfassungsblog v. 5.7.2022, ***https://verfassungsblog.de/weder-noch/#:~:text=Ziel %20der %20Kampagne %20ist %20es,Reformbedarf %20in %20der %20juristischen %20Ausbildung*** (30.11.2022).

Die These wurde in weiten Teilen (mit 62,4 %) abgelehnt, das Schwerpunktstudium wird also von den Teilnehmenden größtenteils als positiver Bestandteil des Studiums angesehen. Die Zustimmung (zur Abschaffung) liegt bei 19,4 %. Es ist eine deutliche Ablehnung der These unter den 20-35-Jährigen zu erkennen, aber auch unter den 38-59-Jährigen bleibt sie im unteren Bereich. Alle Berufsgruppen, mit Ausnahme der JPA-Mitarbeitenden, von denen sich eine relative Mehrheit für die Abschaffung des Schwerpunkts ausspricht, lehnen die These mit einer absoluten Mehrheit ab. Besonders hoch ist die vollständige Ablehnung („5“) bei Wissenschaftlichen Mitarbeitenden am Lehrstuhl und Promovenden mit über 60 %.

Leistungen im Studium in die Examensnote – These 2 D

Gefragt wurde danach, ob während des Studiums erbrachte Prüfungsleistungen (über den Schwerpunkt hinaus) in die Gesamtnote der Ersten juristischen Staatsprüfung mit einbezogen werden sollten. In der Gesamtheit sprachen sich 56,4 % für den Einbezug aus. Bei einer Betrachtung nach der angegebenen Notenstufe fällt auf, dass die Ablehnung höher ist, bei höheren Noten. Größte Zustimmungswerte erreicht die These bei denjenigen, die endgültig nicht bestanden haben, mit kombiniert 80 %.

Emotionale Entlastung – These 1 P

Die allgemeine Zustimmung liegt bei 75,3 %, die Ablehnung bei 11,7 %. Insbesondere unter Studierenden ist die Zustimmung sehr hoch mit 84,6 %. Die Zustimmung unter Mitarbeiter:innen der JPA, Rechtsanwält:innen und Professor:innen war etwas niedriger, jedoch trotzdem hoch und liegt bei ungefähr 50 %.

Diverse Zusammenstellung der Prüfungskommission – These 3 G

44,8 % aller Befragten sprechen sich vollständig („5“) (kombiniert, also „4“ und „5“: 60,3 %) für eine diversere Zusammenstellung der Prüfungskommission aus, z.B. sollte mind. eine Frau pro Prüfungskommission vertreten sein. Es zeigt sich eine deutlich stärkere Befürwortung einer diverseren Zusammenstellung der Prüfungskommission bei weiblichen als bei männlichen Teilnehmenden. Von den weiblichen Teilnehmerinnen haben sich 56,4 % vollständig („5“) für eine diversere Zusammensetzung ausgesprochen. Bei männlichen Teilnehmern sind es demgegenüber nur 31,8 %. Die vollständige Ablehnung („1“) ist bei den männlichen Teilnehmern fast doppelt so hoch mit 19 % zu 5 % bei den weiblichen Abstimmenden.

Zu den Thesen, die weitestgehend abgelehnt werden, gehören:

Ebenfalls mit einer absoluten Mehrheit (70,6 %) abgelehnt wurde die Frage um die Abschaffung des in manchen Bundesländern vorhandenen Freischuss“ (2.e.). Die Zustimmung liegt dabei nur knapp über 10 %.

Auch ist die Ausweitung der Anzahl an Klausuren im ersten Staatsexamen (3.c.) mit einer Ablehnung von 62,4 % nicht erwünscht. Den Umfang der Klausuren kritisiert eine absolute Mehrheit von 60 % (These 3.d.). Insbesondere bei Teilnehmenden im Alter zwischen 19 und 32, sowie bei in Ausbildung befindlichen Personen ist eine etwas höhere Zustimmung zu verzeichnen.

Zwar stimmen immerhin kombiniert 43,8 % der Gesamtheit für die Einführung einer Examenshausarbeit als Teil der Ersten juristischen Staatsprüfung (These 3E). Es sprechen sich jedoch auch kombiniert 37,4 % der Gesamtheit gegen eine Examenshausarbeit aus.

Loccum 2.0

Der zweite Pfad, den wir neben dem Sofortprogramm mit unserer Studie beschreiten wollen, ist der Anstoß eines grundlegenden Stakeholderprozesses angelehnt an die Akademie Loccum (Akademie Loccum 2.0).

Denn bisher ist die Justizminister:innenkonferenz (JuMiKo) der Dreh- und Angelpunkt für Reformdiskussionen der juristischen Ausbildung auf Landesebene in Deutschland.

Obwohl sie nur als Informationsaustausch dient und die Beschlüsse unverbindlich sind, ist die JuMiKo die zentrale Stelle zur politischen Entscheidungsfindung. Die Vielzahl der an der juristischen Ausbildung beteiligten Akteur:innen wird jedoch nicht im Rahmen der JuMiKo gespiegelt. Deshalb erscheint das Gremium strukturell ungeeignet für grundlegende Debatten über die Zukunft der juristischen Ausbildung. Die Debatte sollte daher abseits der JuMiKo geführt und das Ergebnis für eine mögliche Beschlussfassung durch die JuMiKo vorbereitet werden.

Das dies mit Blick auf ganz grundsätzliche Veränderungen der juristischen Ausbildung möglich ist hat bereits der Prozess um die Akademie Loccum in der Vergangenheit bewiesen. Die Akademie Loccum war ein breites Forum für Reforminteressierte jedweder couleur, die sich über die Reform der juristischen Ausbildung austauschten. Ziel war es vor allem, die sozialwissenschaftliche Lehre stärker in die Ausbildung zu integrieren und die Etablierung der einstufigen Ausbildung, also eine Verbindung von universitärem Studium und dem Referendariat. In der Folge wurde ein entsprechender Experimentierraum an den deutschen Universitäten eingeführt. Im Ergebnis jedoch scheiterte die einstufige Ausbildung am wegbrechenden gemeinsamen Konsens und es kam zur Rückkehr zur zweistufigen Ausbildung. Die zweifelhafte Evaluierung der einstufigen Ausbildung und das Fehlen eines gemeinsamen Forums führten schließlich dazu, dass die Debatte um die juristische Ausbildung kein breites Publikum mehr erreichte und schließlich zum Stillstand kam.

An die Erfahrung, wie eine Reform angegangen werden kann, können wir jedoch anknüpfen. Um eine gemeinsame Vision für eine neue juristische Ausbildung in Deutschland zu erreichen, schlagen wir dabei zwei mögliche Wege vor, die wir eingeschlagen können: die „große Lösung“ am Beispiel der Prozesskontrolle der Klimapolitik im Rahmen der Erstellung der Klimaschutzprogramme und die „kleine Lösung“ auf Basis von Expert:innengruppen und Ausschüssen.

Die große Lösung: Das Bundesumweltministerium hat in der Vergangenheit bereits einen Stakeholder-Prozess unter Einbindung einer Vielzahl verschiedenster Akteur:innen – wie auch im Falle der juristischen Ausbildung – organisiert, um eine gesellschaftliche Vision der Klimaneutralität in Deutschland bis 2050 zu schaffen. Dieser Prozess bietet also auch eine mögliche Struktur für einen Reformprozess in der juristischen Ausbildung. Dies beinhaltet u. a. die Koordination der Stakeholder durch eine Gruppe von Staatssekretären, öffentliche Ausschreibung für Prozessorganisator:innen und Evaluator:innen sowie die Auswahl von Vertreter:innen aus verschiedenen Gruppen, einschließlich Studierenden, Praktiker:innen, juristischen Vereinigungen und Personen, die die juristische Ausbildung nicht bestanden oder abgebrochen haben. Der Prozess beginnt mit einer Eröffnungsveranstaltung zur Kommunikation des Ziels und der Struktur, gefolgt von gezielten Gruppen, die Visionen und Maßnahmen diskutieren, wobei Vertreter:innen ausgewählt werden, um an einem Mediationsausschuss teilzunehmen. Das ultimative Ziel besteht darin, über einen längeren Zeitraum hinweg, eine gemeinsame Vision für ein neues juristisches Ausbildungssystem in Deutschland zu entwickeln.

Die kleine Lösung: Es werden Expert:innegruppen einberufen, die unter paritätischer Vertretung von Personen aus allen Akteursgruppen die von der juristischen Ausbildung betroffen sind Maßnahmen zur grundlegenden Reform der juristischen Ausbildung erarbeiten.

Schlussworte

Mit der vorliegenden Studie steht iur.reform erst am Anfang. Da nun erstmalig alle Statusgruppen umfassende empirische Zahlen hinsichtlich des Ob und Wie einer Reform der juristischen Ausbildung vorliegen, beginnt nun die eigentliche Arbeit: Die tatsächliche Reform der juristischen Ausbildung in der praktischen Umsetzung. Hierfür arbeitet iur.reform eng mit dem politischen Entscheidungsträger:innen zusammen und lädt überdies alle Stakeholder:innen zu einer gemeinsamen, konstruktiven und ergebnisorientieren Debatte zur Reform und Verbesserung der juristischen Ausbildung ein. Damit zeitnah eine konstruktive und zukunftsfähige Reform erfolgt!

1 Einleitung

Die hier vorliegende Studie fasst die Ergebnisse der Abstimmung zusammen, die das Bündnis zur Reform der juristischen Ausbildung e. V.[1] auf Basis der Kampagne iur.reform vom 17. Januar bis zum 17. Juli 2022 durchgeführt hat. Wie der Name schon verlauten lässt, handelt es sich dabei um einen Verein zur Reform der juristischen Ausbildung, bestehend aus jungen Jurist:innen aller Ausbildungs- und Karrierestufen. Mit unserer Kampagne iur.reform und der damit einhergehenden Abstimmung über 44 ermittelte Reformoptionen mit Blick auf die juristische Ausbildung, bündeln wir den seit langem zersplitterten Reformdiskurs. Dabei konnte jede:r an der Abstimmung teilnehmen der:die einen Bezug zur juristischen Ausbildung hat. Egal, ob das Studium beendet, abgebrochen oder gegenwärtig noch fortgeführt wird. Alle Stimmen von Studierenden bis Verfassungsrichter:innen waren und sind relevant. An der Abstimmung haben sich schließlich insgesamt 11.842 Personen mit einem Bezug zur juristischen Ausbildung beteiligt. Neben bereits bestehenden Umfrageergebnissen der Vergangenheit[2] bildet die Abstimmung der iur.reform-Kampagne damit die umfangreichste Datensammlung[3], die eine Grundlage für eine gemeinsame Vision einer neuen juristischen Ausbildung bilden kann.Dabei schlagen wir eine Zweipfadigkeit vor, die auf Grundlage unserer Ergebnisse beschritten werden kann. Einerseits lassen sich aus den Ergebnisen über alle befragten Gruppen hinweg politische Sofortprogramme ableiten, die eine unmittelbare und sofortige Veränderung der juristischen Ausbildung an einzelnen Stellen zulassen. Andererseits laden wir dazu ein, auf Grundlage der von uns erarbeiteten Reformoptionen, Argumenten und Stimmungsbildern der einzelnen Aktuer:innen ergebnissoffen in einem Stakeholderprozess, angelehnt an die Accademie Loccum, eine gemeinsame Vision von einer neuen juristischen Ausbildung zu entwerfen.

Der Ursprung unserer Initiative reicht zurück bis in den Herbst 2019. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich einige unserer (ehemaligen) Mitglieder in den letzten Zügen der ersten juristischen Staatsprüfung oder hatten diese bereits erfolgreich abgelegt. Damals wurde wieder vermehrt – und nicht zuletzt auch durch Beiträge von Elisa Hoven[4] – über eine Reform der juristischen Ausbildung diskutiert. In Reaktion auf die Lektüre der in diesem Kontext veröffentlichten Beiträge entstand bei unseren Gründungsmitgliedern das Gefühl eines akuten Handlungsbedarfs. Auch durch die Vernetzungsarbeit von Elisa Hoven hinsichtlich einzelner unserer Gründungsmitglieder kam schließlich der Gedanke zur Gründung der Initiative auf.

Gedankliche Grundlage hierfür war die altbekannte Einsicht, dass ein Diskurs über die Reform der juristischen Ausbildung bereits mehr als ein Jahrhundert überdauerte, Veränderungen in der grundsätzlichen Konzeption und Ausrichtung des Studiums jedoch rar gesät waren. Basis hierfür war auch eine Dissertation von Nicolaus Lührig, der den Reformdiskurs zur juristischen Ausbildung als wiederkehrendes Phänomen historisch verortete, an dessen Ende nach großem Getöse jedoch meist keine Veränderung stand. Worin war dieser Umstand begründet?

Es ist kein Zufall, dass die juristische Ausbildung in ihren Grundzügen seit über 150 Jahren nicht verändert wurde. Denn es gibt eine Vielzahl von Akteur:innen, die am Diskurs zu beteiligen sind und die sich hinter einer gemeinsamen Vision einer juristischen Ausbildung vereinigen müssten.[5] Praktiker:innen und Lehrende führen den Diskurs vor allem in Literaturbeiträgen, während Studierende – außerhalb des Engagements des BRF und der European Law Students Association (ELSA) – und Referendar:innen kaum Gehör finden. Die Beschlüsse der Justizminister:innenkonferenz (JuMiKo) beziehen sich

dann meist auf den kleinsten gemeinsamen Nenner, wie sich dies etwa in der Diskussion um die getrennte Ausweisung der Schwerpunktnote zeigte. So kommt es in regelmäßigen Zyklen von ca. 10 bis 15 Jahren zu wiederkehrenden Debatten über die Reform der juristischen Ausbildung.[6] Am Ende dieser Diskurse steht jedoch zumeist eine nur kleinteilige Veränderung des Ausgangszustandes.[7] Nicht zu Unrecht forderte deshalb schon der damalige Hamburger Rechtsstudent Sina Aaron Moslehi einen Schulterschluss zwischen Lehrenden und Studierenden, um eine Reform der juristischen Ausbildung bewirken zu können. Nur musste dieser Schulterschluss nach unserem Dafürhalten noch weiter gehen. Es brauchte einen Zusammenschluss aller Akteur:innen für eine gemeinsame Vision einer neuen juristischen Ausbildung. Doch wie könnte ein solcher Zusammenschluss gelingen?

Blickt man in die Historie der juristischen Ausbildung, gibt es für einen solchen Prozess bereits ein bemerkenswertes Beispiel. Gemeint ist hiermit der Reformprozess rund um die sogenannte Akademie Loccum. Im Jahr 1968 trafen sich in diesem Rahmen über ein Jahr hinweg verschiedene Akteur:innengruppen der juristischen Ausbildung, um über eine grundlegende Reform eben jener Ausbildung zu Streiten. Am Ende stand die einstufige juristische Ausbildung, die aus heutiger Sicht wohl am ehesten einem dualen Studium ähnelte. Die dabei wohl wesentlichste Änderung: Die bis dahin zweistufige Ausbildung, bestehend aus universitärem Studium und Referendariat, wurde an einzelnen Universitäten zur Erprobung auf eine Stufe reduziert. Die Praxisphase des Referendariats wurde damit in die universitäre Ausbildung integriert. Im Hinblick auf den Erfolg der einstufigen juristischen Ausbildung kann man sicherlich gespaltener Auffassung sein. Doch zeigte der Prozess rund um die Akademie Loccum, dass sich alle Stakeholder mit juristischem Bezug einig werden und so eine ganz grundsätzliche Veränderung der juristischen Ausbildung herbeiführen konnten.

Einen eben solchen Prozess will auch die Kampagne iur.reform erneut anstoßen, um alle Akteur:innen hinter einer gemeinsamen Vision von einer neuen juristischen Ausbildung zu vereinigen. Denn auch nun ist wieder einer der Momente gekommen, in dem vermehrt über die Reform der juristischen Ausbildung diskutiert wird. Die Gründe für den wiederkehrenden Unmut sind vielfältig. Schon 2013 stellte der Wissenschaftsrat der juristischen Ausbildung ein vernichtendes Zeugnis aus. Es fehle an einer Fokusverschiebung vom Wissen aufs Können i. S. fundamentaler Bildung,[8] einer interdisziplinären Herangehensweise, einer Internationalisierung, Diversität in der Lehre sowie einer transparenten Leistungsbewertung bzw. Kriterien zur Sicherung wissenschaftlicher Qualität.[9]

Erst jüngst ergab eine Umfrage des Bundesverbands rechtswissenschaftlicher Fachschaften (BRF) unter Studierenden der Rechtswissenschaft, dass zwei Drittel der Studierenden das Jurastudium mit Blick auf den psychischen Druck nicht weiterempfehlen würden.[10] Selbst eigene juristische Forschungs-[11] und sogar Promotionsarbeiten[12] befassen sich mit dem Thema der psychischen Belastungen in der juristischen Ausbildung.

Weitere Schwerpunkte der Reformdiskussion sind die Einführung neuer Inhalte etwa mit Bezug zu Legal Tech[13], die Verkürzung des Prüfungsstoffes[14], sowie die digitale Ableistung von Prüfungen und Nutzung von Datenbanken bei Klausuren[15], eine unabhängige Korrekturen der Examensklausuren[16], bundesweites Abschichten der Prüfungen[17] oder der in das Jurastudium integrierte Bachelor[18].

Im Rahmen der iur.reform-Kampagne haben wir, das Bündnis zur Reform der juristischen Ausbildung e. V., deshalb aus über 200 wissenschaftlichen Beiträgen seit dem Jahr 2000 insgesamt über 60 Reformoptionen mit den jeweiligen Pro- und Contra-Argumenten extrahiert.[19] Von diesen 60 Thesen haben wir insgesamt 43 Reformoptionen im Zeitraum vom 17.01.2022 bis zum 17.07.2022 unter allen Jurist:innen zur Abstimmung auf iurreform.de bereitgestellt. Zudem bestand auch die Möglichkeit, eigene Reformoptionen in den Diskurs einzubringen, die wiederrum in einem zweiten Abstimmungsprozess zur Abstimmung gestellt werden. Denn wir erheben nicht den Anspruch, dass unsere Literaturauswertung der Kreation neuer Ideen einen Riegel vorschiebt. Viel mehr erfordert ein echter Reformdiskurs auch, dass sich die Akteur:innen mit eigenen Beiträgen am Diskurs beteiligen. Aus den 43 extrahierten und der 44. jeweils von den Abstimmenden eingeführten Reformoption ergeben sich damit 44 Reformthesen.[20] Dies offenbart die Breite des Diskurses und die vielfältigen Wünsche nach einer Reform der juristischen Ausbildung.

Die breite Rezeption der iur.reform-Kampagne etwa durch den Deutschlandfunk[21], die FAZ[22], ARD[23], NJW[24], den Beck-Verlag[25] oder prominente Fürsprecher:innen wie BVerfR a. D. Wolfgang Hoffmann-Riem, Bundesjustizminister a. D. Schmidt-Jortzig, OLG-Prädientin Stefanie Otte, Prof. Dr. Elisa Hoven, Prof. Dr. Bodo Pieroth, Christian Solmecke und Organisationen wie dem BRF, DAV, DRB, elsa, djb oder der BRAK sowie die damit einhergehende hohe Beteiligung von 11.842 Personen an der Abstimmung unterstreichen dies weiter. Selbst in Österreich wurde die iur.reform-Kampagne rezipiert.[26]

Als Grundlage für die Bündelung des Diskurses um die Reform der juristsichen Ausbildung kann nun die hier vorliegende Studie als Auswertung der Abstmmungsergebnisse dienen. Wir schlagen dabei zwei mögliche Vorgehensweisen vor.

Erstens ergeben sich aus den Ergebnissen klare Trends für Reformen auf Bundes, Landes oder universitärer Ebene. Hieraus lassen sich in einzelnen Fällen sogar politische Sofortprogramme ableiten (Kapitel 7). Darüber kann die juristische Ausbildung entsprechend eines Baukastensystems an vielen einzelnen Stellen angepasst werden. Im Rahmen eines solchen Sofortprogrammes fordern die Teilnehmenden an unserer Abstimmung mit breiten Mehrheiten über Studierende beziehungsweise Referendar:innen, Lehrende und Praktiker:innen hinweg die Umsetzung folgender sechs Punkte:

1. Eine unabhängige Korrektur der schriftlichen Examensprüfungen, sodass der:die Zweikorrektir:in nicht die Benotung der :die Erstkorrektor:in kennt, sowie die Einfühung diverser Prüfungskommissionen in den mündlichen Examensprüfungen.
2. Die verstärkte Zulassung anderer Prüfungs- und Unterrichtsformen abseits von Klausuren und Vorlesungen.
3. Die Zulassung neuen Prüfungsstoffes nur bei Streichung von bestehendem Prüfungsstoff (One in one out).
4. Einen kleineren Betreuungsschlüssel.
5. Das vollständige Ableisten der Examensklausren an Computern.
6. Die Einführung eines regelmäßigen Monitorings im Hinblick auf den Reformbedarf der juristischen Ausbildung.

Zweitens sind Im Bereich vielfältigerer Stimmungsbilder nun zumindest die Reformoptionen, die entsprechenden Pro- und Contraargumente sowie die Ausgangspositionen der verschiedenen Akteur:innen bekannt. Auf dieser Basis kann ein noch weitergehender Stakeholderprozess in Anlehnung an die Akademie Loccum („Akademie Loccum 2.0“) organisiert werden, in dessen Rahmen noch einmal ganz offen über die Ziele und die darauf aufbauenden Inhalte der juristischen Ausbildung nachgedacht werden kann. Auch zur Ausgestaltung dieses Prozesses haben wir im Rahmen dieser Studie entsprechende Vorschläge unterbreitet (Kapitel 8). Wir sehen darin die Grundlage zur Schaffung einer gemeinsamen Vision einer neuen juristischen Ausbildung.

Wir laden auf diesen Wegen alle Leser:innen der vorliegenden Studie mit den Worten von Prof. Dr. Ulla Gläßer, LL.M. dazu ein, auf dieser Grundlage „mit Lust und Laune zu gestalten“. Damit der Reformdiskurs über die juristische Ausbildung von bloßen schriftlichen Beiträgen in Zeitschriften endlich ins Tun übergeht.

Nachfolgend wird zunächst die Methodik der Studie erläutert (Kapitel 3), bevor die einzelnen Ergebnisse, jeweils nach These sortiert, dargestellt werden (Kapitel 4 und 5). Daran anschließend folgt ein Kritikteil, der die Schwächen der Studie aufzeigt (Kapitel 6). In Kapitel 7 wird das politische Sofortprogramm auf Basis der Ergebnisse vorgestellt, in Kapitel 8 folgt dann der Vorschlag für eine „ Akademie Loccum 2.0“. Im Annex finden sich Zusammenfassungen und so genannte „One-Pager“ mit den wichtigsten Daten und weitere Dokumente. Hierbei besteht insbesondere auch die Möglichkeit eigene Auswertungen der von uns geschaffenen Datengrundlage vorzunehmen. Der entsprechende Datensatz ist hierfür mit einer kurzen Anleitung auf unserer Webseite abrufbar.

[1] U.a. unterstützt durch BRF, DAV, DRB, recode law und eLegal.

[2] Vgl. dazu die Darstellung in Kapitel 4.

[3] Es handelt sich um die größte Abstimmung, die jemals in Deutschland unter Jurist:innen durchgeführt wurde.

[4] Vgl. Hoven, „Wie eine Reform des Staatsexamens aussehen müsste", FAZ Einspruch v. 06.08.2019, abrufbar unter ***https://www.faz.net/einspruch/wie-eine-reform-des-staatsexamens-aussehen-muesste-16319742.html***.

[5] Vgl. dazu bereits Wegner/Suchrow/Bußmann-Welsch, „Reform des Jurastudiums: Was bisher (nicht) geschah und warum", FAZ Einspruch v. 25.02.2022, abrufbar unter ***https://www.faz.net/einspruch/reform-des-jurastudiums-was-bisher-nicht-geschah-und-warum-16650988.html***.

[6] Vgl. dazu schon Lührig, Die Diskussion über die Reform der Juristenausbildung von 1945 bis 1995, 1997, S. 205.

[7] Lührig, Die Diskussion über die Reform der Juristenausbildung von 1945 bis 1995, 1997, S. 206.

[8] Vgl. dazu auch Interview mit Auer durch Steinbeis, „Was mich eigentlich interessiert ist das Gesellschaftliche", Verfassungsblog v. 29.01.2020, abrufbar unter ***https://verfassungsblog.de/was-mich-eigentlich-interessiert-ist-das-gesellschaftliche/***.

[9] Wissenschaftsrat, Perspektiven der Rechtswissenschaft in Deutschland. Situationen, Analysen, Empfehlungen, 2012, S. 7 ff., abrufbar unter ***https://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/2558-12.pdf?__blob=publicationFile&v=1***.

[10] Vgl. Schneider, „Umfrage zu psychischem Druck im Jurastudium – Wenn andere gute Noten haben, können sich viele nicht freuen", LTO v. 17.02.2022, abrufbar unter ***https://www.lto.de/karriere/jura-studium/stories/detail/bundesfachschaft-jura-umfrage-psychischer-druck-im-jurastudium-2022-angst***.

[11] Wüst/Giglberger/Peter, Abschlussbericht des Regensburger Forschungsprojektes zur Examensbelastung bei Jurastudierenden – JurSTRESS, 2022, abrufbar unter ***https://www.uni-regensburg.de/humanwissenschaften/psychologie-kudielka/projekte/jurstress/index.html***.

[12] Vgl. ***https://roth.jura.uni-mainz.de/sekretariat-und-mitarbeiterinnen/jessica-hamed-rechtsanwaeltin/dissertationsstudie/***.

[13] Vgl. Mattig/Kuhlmann, „Legal Tech im Jurastudium – Lernen ohne Zukunft", LTO v. 27.04.2022, abrufbar unter ***https://www.lto.de/karriere/jura-referendariat/stories/detail/reform-des-jurastudiums-legal-tech-vorbereitung-versaeumt-lernen-ohne-zukunft***.

[14] Vgl. etwa Baer, AnwBl 2015, 816 (821).

[15] Vgl. beispielhaft Schneider, „Juraprofessorin zur Juristenausbildung – Wir prüfen zu viel und dann auch noch das Falsche", LTO v. 28.06.2019, abrufbar unter ***https://www.lto.de/karriere/jura-studium/stories/detail/juristenausbildung-reform-staatsexamen-der-zukunft-interview-elisa-hoven***.

[16] Vgl. nur Hoven, „Wie eine Reform des Staatsexamens aussehen müsste", FAZ Einspruch v. 06.08.2019, abrufbar unter ***https://www.faz.net/einspruch/wie-eine-reform-des-staatsexamens-aussehen-muesste-16319742.html***.

[17] Vgl. Mollenhauer, „Scheitern hat nichts mit falschem Lernen zu tun", mkg v. 26.02.2020, abrufbar unter ***https://mkg-jura-studis.de/chancen-nach-einem-nicht-bestandenen-examen/***.

[18] Jüngst ausgelöst durch einen umstrittenen Beitrag der Vorsitzenden des DJFT, vgl. Chiusi, „Der Bachelor ist ein Loser-Abschluss", FAZ v. 29.06.2022, abrufbar unter ***https://www.faz.net/aktuell/politik/staat-und-recht/sinnhaftigkeit-des-bachelors-fuer-jurastudenten-18138005.html?premium***. In Replik dazu etwa Schollmeier, „Weder Burnout-Attest noch Jodel-Diplom – Vom Reformbedarf in der juristischen Ausbildung, eine Erwiderung", Verfassungsblog v. 05.07.2022, abrufbar unter ***https://verfassungsblog.de/weder-noch/***.

[19] Vgl. ***https://1drv.ms/x/s!AiXpigK7B8fTgkNEQQgsLQWxP_tT***.

[20] Die Abstimmung selbst enthielt bereits 44. einzelne Abfragen, da eine „Gegenthese" eingeführt wurde.

[21] Vgl. Jeske, „Ausbildung reloaded: 44 Thesen zur Reform des Jura-Studiums", Deutschlandfunk v. 14.01.2022, abrufbar unter ***https://www.deutschlandfunk.de/ausbildung-reloaded-44-thesen-zur-reform-des-jura-studiums-9f17952f-0cdd-4cf4-b04e-52e4b744e-410de431-100.html.***

[22] Vgl. Rampe/Schley, „Letzter Halt: Staatsexamen", FAZ v. 12.04.2022, abrufbar unter ***https://www.faz.net/aktuell/karriere-hochschule/jura-staatsexamen-bachelor-reform-waere-ein-sicherheitsnetz-17943491.html?premium*** sowie FAZ Einspruch, „Syrische Staatsfolter vor deutschen Gerichten", v. 19.01.2022, abrufbar unter ***https://open.spotify.com/episode/1gKDqSFtA2DgftVqXIrGEu?si=4434a68388ed443a***, ab 1 h 24 Min..

[23] Vgl. Die Justizreporter*innen, „E-Examen und Bachelor – Juristenausbildung der Zukunft", v. 10.02.2022, abrufbar unter ***https://open.spotify.com/episode/1MZ9BY8VOdVTCneuZ5rQ77?si=f8212c17902c4cbe***.

[24] Jahn, „Neuer Anlauf", NJW-aktuell 5/2022, S. 19 sowie Jahn, NJW-Newsletter v. 06.07.2022.

[25] beck-aktuell, „Reformbedarf der Juristenausbildung?", v. 29.06.2022, abrufbar unter ***https://open.spotify.com/episode/0mMNUc0wBNoJmWWuoh8I2u?si=abbd0ca234b648ef***.

[26] Vgl. Ars Boni, „Ars Boni 286: Reform des Jurastudiums", v. 09.05.2022, abrufbar unter ***https://www.youtube.com/watch?v=OxvK2Y1ZQ0g***.

2 Stellungnahmen der Verbände

Nach Fertigstellung der Rohfassung dieser Studie haben wir im Rahmen des Stakeholder-Prozesses die nachfolgenden Verbände um Stellungnahmen gebeten.

Deutscher Richterbund

23. Januar 2023

djb – Deutscher Juristinnenbund e.V.

3. Februar 2023

PMJB –Postmigrantischer Jurist*innenbund

9. Februar 2023

Bundesrechtsanwaltskammer

März 2023

BRF –Bundesverband rechtswissenschaftlicher Fachschaften e.V.

5. März 2023

Liquid Legal Institute e.V.

5. März 2023

Ausschuss Aus- und Fortbildung des Deutscher Anwaltvereins

Mai 2023

DEUTSCHER RICHTERBUND
Bund der Richterinnen und Richter,
Staatsanwältinnen und Staatsanwälte

Das Präsidium

Deutscher Richterbund · Haus des Rechts · Kronenstraße 73 · 10117 Berlin

Bündnis zur Reform der juristischen Ausbildung e.V.
Essener Straße 14
10555 Berlin

23. Januar 2023

Stellungnahme des Deutschen Richterbundes zur Studie des Bündnisses zur Reform der juristischen Ausbildung e.V. (jur:reform)

Deutscher Richterbund
Haus des Rechts
Kronenstraße 73
10117 Berlin

T +49 30 206 125-0
F +49 30 206 125-25

info@drb.de
www.drb.de

Sehr geehrter Herr Suchrow-Köster,

wie angekündigt nehmen wir gerne zu der von Ihnen im vergangenen Jahr durchgeführten Studie zur Reform der juristischen Ausbildung kurz Stellung.

Die vorliegende Studie ist ein wertvoller Beitrag für die kontinuierliche Reflexion der juristischen Ausbildung und Prüfung. Sie präsentiert die Ergebnisse einer Onlineabstimmung mit über 14.000 Teilnehmenden zu 44 Einzelfragen, die im Zusammenhang mit dem juristischen Studium und Examen in der Vergangenheit aus verschiedenen Richtungen aufgeworfen wurden.

Ein solches „basisdemokratisches“ Stimmungsbild eingeholt zu haben, ist bereits ein Wert an sich. Die Auswertung der Daten legt auch die Meinungsbilder nach Geschlecht, Ausbildungsstand, Berufsgruppe und anderen Kriterien der Teilnehmenden offen, was ihre Interpretation erleichtert.

Aufgrund des Charakters der Studie, nicht ein bestimmtes Reformmodell vor- und zur Abstimmung zu stellen, sondern ein Meinungsbild zu vielen vorhandenen, einander teils widersprechenden einzelnen Kritikpunkten und Reformvorschlägen einzuholen, lassen sich aus ihr nur schwer unmittelbare Handlungsempfehlungen ableiten. Darüber hinaus entsprechen einige Abstimmungsergebnisse bereits dem geltenden Recht (Thesen 1.o. und 4.e.) oder einer verbreiteten Übung (Thesen 1.n., 3.g. und 5.e.).

Bedeutsam erscheint, dass sich keine Mehrheit für ein Abgehen vom Einheitsjuristen fand (These 2.c.). Hieran werden sich Curriculum

(Thesen 1.e.-h., 3.f., 4.h.) und Prüfungsgestaltung (Thesen 1.d., 1.j. bis m., 3.c., 3.d. und 4.e.) auch zukünftig ausrichten müssen. Grundlegende Änderungen im Ausbildungs- (Thesen 1.b., 1.c und 5.g.) und Prüfungssystem (Thesen 3.e.) wurden ebenfalls nicht befürwortet. Bemerkenswert ist das ambivalente Verhältnis der Teilnehmenden zum Bologna-Prozess (Thesen 1.b., 2.a. und 2.b.).

Mit den besten Grüßen,

Dr. Andreas Stadler

Berlin, 3. Februar 2023

STELLUNGNAHME

Deutscher Juristinnenbund e.V.
Vereinigung der Juristinnen,
Volkswirtinnen und Betriebswirtinnen
Geschäftsstelle / Office:
Kronenstr. 73 ● D-10117 Berlin
fon: +49 30 4432700 ● fax: +49 30 44327022
geschaeftsstelle@djb.de ● https://www.djb.de

zur Umfrage des Vereins iur.reform betreffend die Reform der juristischen Ausbildung

Der Deutsche Juristinnenbund e.V. (djb) bedankt sich bei iur.reform für die Möglichkeit, zur Umfrage des Vereins betreffend Reformen der juristischen Ausbildung Stellung zu nehmen. Der djb ist ein Zusammenschluss von Juristinnen, Volks- und Betriebswirtinnen. Unser Ziel ist die Gleichberechtigung und Gleichstellung der Geschlechter in allen gesellschaftlichen Bereichen. Der djb ist unabhängig, überparteilich und überkonfessionell. Seit seiner Gründung vor 75 Jahren ist er stetig gewachsen und zählt heute über 4.500 Mitglieder. In ehrenamtlichen Kommissionen und Arbeitsstäben arbeitet der djb zu aktuellen und grundlegenden Fragen in allen Rechtsgebieten. Dabei beschäftigt sich der Arbeitsstab Ausbildung und Beruf speziell mit Diskriminierung und Ungleichheiten in der juristischen Ausbildung.

Das Anliegen von iur.reform, eine Neugestaltung der juristischen Ausbildung anzustoßen, teilt der djb und begrüßt die umfassende Studie und die Zusammenstellung der verschiedenen Thesen als entscheidenden Impuls für die schon lange bestehenden Reformbestrebungen. Insbesondere ermöglicht sie es auch, den Reformbedarf aus gleichstellungspolitischer Perspektive in den Blick zu nehmen. Der djb regt in diesem Zusammenhang an, ihr Erscheinen als Ausgangspunkt für weitere Forschung und Diskussion zu nehmen, besonders in den Bereichen Diversität und intersektionaler Diskriminierungsschutz.

Im Folgenden werden die Thesen der Umfrage in den Mittelpunkt gestellt, die thematisch dem Arbeitsschwerpunkt und den Satzungszielen des djb entsprechen. Dies sind zum einen die Thesen mit Diskriminierungsrelevanz, also solche zur emotionalen Belastung und Zufriedenheit bezüglich der juristischen Ausbildung (Thesen 1.a, 1.d, 1.p). Zum anderen sind dies Thesen, die sich explizit mit Geschlechtergerechtigkeit und Diversität befassen (Thesen 3.g, 5.f).

Zusammenhang der Studienergebnisse mit Diskriminierungskategorien

Hinsichtlich der Ergebnisse der Studie ist eine Konstante besonders auffällig: der deutliche Geschlechterunterschied in den Antworten. Die Antworten der Umfrageteilnehmerinnen weisen bei den diskriminierungsrelevanten Reformvorschlägen fast durchweg höhere Zustimmungswerte auf als die der Umfrageteilnehmer. Nach den Ergebnissen der These 1.a. sind insgesamt 52,8 Prozent der Befragten mit der Ausbildung überwiegend oder vollständig

unzufrieden. Während 46,1 Prozent der teilnehmenden Männer überwiegend oder vollständig unzufrieden sind, beläuft sich der Anteil bei diversen Teilnehmenden auf 50 Prozent und bei Frauen sogar auf 58,9 Prozent.

Ein zentraler Grund für die größere Unzufriedenheit liegt mit hoher Wahrscheinlichkeit darin, dass Frauen strukturelle und individuelle Diskriminierungserfahrungen machen, die ihnen die Ausbildung erschweren und ihren Wunsch nach Reformen bestärken. Dies deckt sich auch mit den Ergebnissen feministischer rechtssoziologischer Forschung: Bei Jurastudium und Referendariat handelt es sich trotz des mittlerweile 50 Prozent übersteigenden Frauenanteils unter den Studierenden noch immer um eine Ausbildung, die die Diversität der Gesellschaft nicht abbildet und auch strukturell kaum Vorkehrungen gegen Diskriminierungen trifft.[1] Vielmehr sind juristische Fakultäten häufig besonders konservativ geprägt und weisen diverse ex- und implizite Exklusionsmechanismen auf.[2]

Dies wird auch bei den Antworten zu der These 1.p zur emotionalen Entlastung im Jurastudium deutlich. Sie geben besonderen Anlass zu grundsätzlichen Bedenken an der juristischen Ausbildung und ihrer fehlenden Diskriminierungssensibilität. Hier ist der Geschlechterunterschied in der Abstimmung eklatant: 72,3 Prozent der abstimmenden Frauen stimmen der These, es solle mehr für emotionale Entlastung gesorgt werden, absolut zu. Bei Männern beträgt diese Quote 46,4 Prozent. Bei der überwiegenden Zustimmung ergeben sich nur marginale Unterschiede (18,3 Prozent bei Männern, 12,6 Prozent bei Frauen). Fast dreimal so viele Männer wie Frauen lehnen die These komplett ab. Dies stellt in eindrücklicher Weise klar, wie geschlechtsspezifisch die negativen Erfahrungen in der juristischen Ausbildung sind. Um optimale Lernbedingungen für alle zu schaffen und die Chancen im Examen und Berufsleben fairer zu verteilen, müssen diese Missstände von künftigen Reformvorhaben berücksichtigt und gezielt adressiert werden. Dies ist insbesondere deshalb zentral, weil die juristische Ausbildung entscheidenden Einfluss darauf hat, wer später in welchen juristischen Berufen arbeiten kann und in der juristischen Fachwelt gehört wird.

Die zumindest hinsichtlich Geschlechterdifferenzen gravierenden Ergebnisse müssen politische Akteur*innen wachrütteln. Sie zeigen, dass das diskriminierungskritische Engagement des djb weiterhin angezeigt und notwendig ist. Besonders klar offenbaren dies die Ergebnisse der These 3.g., nach der Kommissionen in mündlichen Prüfungen divers zu besetzen seien. Dieser vom djb vertretene Reformvorschlag fand breite Zustimmung unter den Teilnehmenden.[3] 44,8 % aller Befragten sprechen sich vollständig dafür aus, Prüfungskommissionen diverser zu besetzen. Nur 12,1 % der Befragten sprachen sich vollständig dagegen aus. Dabei ist auffällig, dass sich als divers und als Frauen Identifizierende deutlich höhere Zustimmungsraten aufweisen als Männer. Die vollständig ablehnenden Personen identifizieren sich größtenteils als männlich.

---

[1] Grünberger/Mangold/Markard/Payandeh/Towfigh, Diversität in Rechtswissenschaft und Rechtspraxis, Baden-Baden 2021, S. 11, 71f.

[2] Böning, Jura studieren. Eine explorative Untersuchung im Anschluss an Pierre Bourdieu, Weinheim 2017, S. 216ff.; dies., Mit Pierre Bourdieu Jura studieren, https://barblog.hypotheses.org/1710 vom 29.05.2017; Schultz/Böning/Peppmeier/Schröder, De jure und de facto: Professorinnen in der Rechtswissenschaft. Geschlecht und Wissenschaftskarriere im Recht, Baden-Baden 2018, S. 232ff.

[3] Pressemitteilung des djb vom 03.05.2022, https://www.djb.de/presse/pressemitteilungen/detail/pm22-13; siehe dazu auch Heppner/Wienfort/Härtel, Die mündliche Prüfung in den juristischen Staatsexamina – eine Blackbox mit Diskriminierungspotential, ZDRW 1 (2022), S. 23ff.

Übertragbarkeit der Studienergebnisse in politische Forderungen

Zugleich ist jedoch Vorsicht anzeigt, die als Thesen formulierten Reformvorschläge immer von ihren Zustimmungswerten im Rahmen der Studie abhängig zu machen, d. h. nur solche Thesen als politische Forderungen zu lesen, die hohe Zustimmungswerte genießen. So ist es zwar sinnvoll, Studierende und im juristischen Bereich Berufstätige selbst zu ihrer Ausbildung zu befragen. Der djb begrüßt in diesem Zusammenhang auch, dass die Stimmen von Studienabbrecher:innen und endgültig Durchgefallenen in der Umfrage erfasst wurden. Das darf aber nicht den Blick darauf verstellen, dass die befragte Gruppe überwiegend Personen beinhaltet, die erfolgreich in Jurastudium oder juristischen Berufen angekommen sind. Die juristische Ausbildung ist jedoch immer noch „sozialexklusiv“: Das Studium steht de facto vorwiegend *weißen*, wohlhabenden jungen Menschen mit akademischem Hintergrund offen.[4] Bei näherer Betrachtung der Thesen ergibt sich insbesondere, dass es um Diskriminierungs- und Diversitätssensibilität in der juristischen Ausbildung nicht gut bestellt ist. In diesem Zusammenhang möchte der djb zunächst darauf hinweisen, dass die Umfrage allein Geschlecht, Alter und Studienort der Umfrageteilnehmenden abgefragt hat. Es ist aus Sicht des djb wünschenswert, in zukünftigen Forschungs- und Reformbemühungen Diskriminierungserfahrungen bezogen auf Kategorien wie beispielsweise *race*, soziale Herkunft, Behinderung, sexuelle Orientierung oder Religion zu erfragen, um dem Anliegen eines intersektionalen Diskriminierungsschutzes gerecht zu werden.

Dass Nachfolgestudien an der wichtigen Schaltstelle Intersektionalität und Diversität ansetzen sollten, zeigt sich vor allem an der These 5.f. Sie lautete: „In der Lehre sollten Diversität und Diversitätskompetenz gestärkt werden.“ Sie hatte den Erklärungstext: „Beispielsweise könnte dies durch Repräsentation des gesamten Bevölkerungsspektrums in verschiedenen Rollen in Klausursachverhalten geschehen.“ Dies stellt jedoch nur einen kleinen Ausschnitt dessen dar, was Diversitätsförderung und Diskriminierungssensibilität an Universitäten und Hochschulen erfordern würde. Grünberger/Mangold/Markard/Payandeh/Towfigh nennen u.a. die Notwendigkeit quantitativer und qualitativer empirischer Forschung, die Institutionalisierung von Diskriminierungsabbau sowie Evaluationen und Monitoring.[5] Um hier noch genauere Ergebnisse zu erzielen, regt der djb an, in Nachfolgestudien insbesondere Diversität und Diversitätskompetenz klar voneinander zu unterscheiden. Hinzu tritt auch hier ein deutlicher Gender-Unterschied bei den Ergebnissen: 35,5 Prozent der weiblichen und 37,5 Prozent der diversen Teilnehmenden stimmen der These absolut zu, im Gegensatz zu 17,6 Prozent der männlichen. Auch ist die absolute Ablehnungsquote bei Männern mehr als doppelt so hoch wie bei Frauen. Dass diejenigen, die sich in der Ausbildung und insbesondere dem Lehrkörper ausreichend repräsentiert sehen, bei Fragen von Diversität(-skompetenz) keinen Nachholbedarf sehen, ist plausibel.

Für zukünftige Umfragen wäre es aus Sicht des djb wünschenswert, explizite Thesen zu Diversität und Diskriminierung noch mehr zu berücksichtigen und inhaltlich stärker auszudifferenzieren. Diese wurden auch in der bisherigen Fachliteratur zu Reformen der

[4] Grünberger/Mangold/Markard/Payandeh/Towfigh, Diversität in Rechtswissenschaft und Rechtspraxis, Baden-Baden 2021, S. 30.

[5] Diversität in Rechtswissenschaft und Rechtspraxis, Baden-Baden 2021, S. 67ff.

juristischen Ausbildung zu wenig berücksichtigt. Der djb weist an dieser Stelle auf seine Forderungen nach einer stärkeren Repräsentation von Frauen und marginalisierten Gruppen in der Lehre, einer Einführung eines Gender- und Diversity-Curriculums[6], verpflichtenden Antidiskriminierungstrainings und Fortbildungen für Prüfende oder Beschwerde- und Kontrollmechanismen für mündliche Prüfungen hin.[7]

Fazit

Die Studie zeigt in Bezug auf das Geschlecht, wie stark sich die Erfahrungen im juristischen Studium je nach Diskriminierungsbetroffenheit unterscheiden. Die Geschlechterdimension muss in künftigen Reformvorhaben berücksichtigt und gezielt adressiert werden. Die juristische Ausbildung ist ein wichtiger Eckpfeiler unseres Rechtssystems und unserer Gesellschaft. Deswegen ist es essenziell, sie zu einem inklusiven und gerechten Raum umzugestalten, in den alle Menschen ihre Expertise und Erfahrungen einbringen können und wollen. Vor diesem Hintergrund begrüßt der djb nachdrücklich die Reformbemühungen und den Anspruch der iur.reform-Umfrage, möglichst viele Beteiligtenperspektiven in den Blick zu nehmen sowie dringend notwendige Reformen der juristischen Ausbildung anzustoßen und ihnen Rückenwind zu verschaffen.

Prof. Dr. Maria Wersig	Helene Evers
Präsidentin	Vorsitzende des Arbeitsstabs Ausbildung und Beruf

[6] Vgl. djb-Stellungnahme zu § 5a Abs. 3 S. 1 Hs. 1 DRiG n.F.

[7] Zu Forderungen des djb bezüglich mündlicher Prüfungen siehe Heppner/Wienfort/Härtel, Die mündliche Prüfung in den juristischen Staatsexamina – eine Blackbox mit Diskriminierungspotential, ZDRW 1 (2022), S. 23ff.

PMJB
Postmigrantischer
Jurist*innenbund

Stellungnahme des Postmigrantischen Jurist*innenbundes zu den Ergebnissen der iur.reform-Umfrage

Der Postmigrantische Jurist*innenbund (pmjb) ist ein im Jahr 2021 gegründetes Bündnis von Jurist*innen aus ganz Deutschland, das sich für den Abbau von Diskriminierung, insbesondere von Rassismus im und durch das Recht einsetzt. Dabei hat der pmjb sich unter anderem zum Ziel gesetzt, Diversitätsdefizite in der juristischen Ausbildung zu adressieren, Diskriminierungserfahrungen migrantisierter Personen sichtbar zu machen sowie auf ein diversitätssensibles und diskriminierungsfreies Studium und Referendariat hinzuarbeiten. Mit der Stellungnahme zur iur.reform Kampagne möchten wir die Wichtigkeit der vorgenommenen Diskursbündelung betonen und gleichzeitig auf Schwachstellen im konkreten Studiendesign mit Bezug auf die Themen Rassismus und Diskriminierung hinweisen. Der Schwerpunkt unserer Stellungnahme bezieht sich somit auf die Erhebung der demographischen Informationen der Teilnehmenden sowie auf Thesen, die im weiteren Sinne einen Bezug zu Rassismus und Diskriminierung aufweisen sowie auf bestimmte Leerstellen in den Thesen.

Die Erhebung demographischer Informationen

Die Studie ist aus postmigrantischer Perspektive nur eingeschränkt verwertbar. Grund dafür ist die mangelnde Abbildung verschiedener Gruppenzugehörigkeiten der Teilnehmenden sowie der fehlende Bezug zu Diskriminierungserfahrungen, insbesondere zu intersektionaler Diskriminierung.

Der Umfrage ist eine Abfrage bestimmter demographischer Daten vorangestellt. Konkret wird nach dem Verhältnis zur juristischen Ausbildung, dem Alter, dem Geschlecht, der Notenstufe und dem Studienort gefragt. Das Bündnis zur Reform der juristischen Ausbildung e. V. (im Folgenden das Bündnis) verfolgt dabei den Zweck, ein möglichst „klares Bild zum juristischen Hintergrund der Teilnehmenden zu erlangen“. Und genau das wird damit erreicht. Es geht einzig und allein um den juristischen Hintergrund (das zeigt auch schon die Freiwilligkeit der restlichen Angaben). Damit versäumt das Bündnis jedoch die Möglichkeit, ein wirklich differenziertes Abbild der Wirkungen der derzeitigen Ausbildung auf Studierende verschiedener sozialer Positionen zu machen. Die einzigen diskriminierungsrelevanten Merkmale, die abgefragt werden, sind das des Geschlechts und des Alters. So lassen sich nur Unterschiede zwischen den Geschlechtern erfassen, nicht aber in dem Abstimmungsverhalten anderer marginalisierter Gruppen, was eventuelle Unterschiede in den Perspektiven unsichtbar macht. Das ist schon deshalb problematisch, weil sich z.B. ein vermeintlicher Migrationshintergrund auf die Ergebnisse in den Staatsexamina negativ auswirkt (Towfigh et al., 2018, S. 126 ff.). Doch auch viele andere Unterschiede sind denkbar. Wünschenswert wäre also gewesen, andere Diskriminierungsmerkmale zu erfassen, um ein differenzierteres Bild abzugeben. Zu denken wäre etwa an Behinderungen, die Geschlechtsidentität, die sexuelle Orientierung, Religion, der sozioökonomische Status und der Bildungshintergrund. Das hätte der viel kritisierten mangelnden Datenlage in Bezug auf Diversitätsdefizite (Grünberger et al., 2021, S. 67 ff.) Rechnung getragen, die sich insbesondere auch auf die Wahrnehmung der juristischen Ausbildung auswirkt. Es müssen nämlich alle Faktoren berücksichtigt werden, die zur Reformbedürftigkeit beitragen. Dazu zählen die obengenannten

und insbesondere Rassismus, der ein entscheidender Faktor für Bildungsbenachteiligung sowie den konkreten Abschluss sein kann (Towfigh et al., 2018, S. 126 ff.). Will man gezielte sowie evidenzbasierte Lösungen entwickeln, um auch innerhalb der juristischen Ausbildung Diskriminierung zu bekämpfen und Bildungsbeteiligung zu fördern, dann ist die Abbildung der Unterschiede der erste Schritt. Bei der politischen Verwertung der Studie ist deshalb unbedingt zu beachten, dass die bisher erhobenen Ergebnisse allein noch kein umfassendes, intersektionales Meinungsbild abzubilden vermögen. Vielmehr bleiben viele aus postmigrantischer Sicht relevanten Forderungen hier noch außen vor.

Die Thesen

Die Thesen, die einen Bezug zu Rassismus und Diskriminierung in der juristischen Ausbildung aufweisen sind die Thesen 3.g. und 5.f. These 3.g. sieht dabei vor: „Die Prüfungskommissionen in den mündlichen Prüfungen sollten divers besetzt werden; z. B. sollte mind. eine Frau pro Prüfungskommission vertreten sein." These 5.f. lautet: „In der Lehre sollten Diversität und Diversitätskompetenz gestärkt werden." Diese Thesen sollen im Folgenden näher betrachtet werden.

These 3.g. ist im Katalog These 38. Die These sei von zahlreichen Autor*innen in verschiedenen Veröffentlichungen diskutiert und im Laufe der Zeit immer wieder aufgegriffen worden. Im Anschluss an die Thesen werden immer jeweils drei pro und drei contra Argumente genannt. Soweit an einem Argument eine Fußnote steht, soll dies darauf hindeuten, dass das Argument so in Fachbeiträgen zu finden ist. Ist ein Argument nicht mit einer Fußnote versehen, stammt das Argument von Mitgliedern des Bündnisses. Darauf wird aber nicht gesondert hingewiesen, sondern die Umfrageteilnehmenden müssen sich dies durch die Abwesenheit einer Fußnote erschließen. Es ist davon auszugehen, dass das nicht allen Umfrageteilnehmenden ohne zusätzlichen Hinweis klar wird. Bspw. stammen die Gegenargumente für die These 3.g. allesamt von dem Bündnis. Das kann nicht nur dazu führen, dass die Qualität der Argumente schwach ist (Es fragt sich bspw., warum Zweifel daran bestehen sollten, ob der „Mehraufwand […] praktisch leistbar" ist und warum nicht genügend Frauen zur Verfügung stehen sollten). Zusätzlich kann dieses Vorgehen den Diskurs dort verzerren, wo ein „Gleichgewicht" an Argumenten suggeriert wird, die für und gegen diese These sprechen, obwohl im Diskurs die Argumente dafür überwiegen.

In den Ergebnissen zu These 3.g. ist zumindest die zu verzeichnende breite Zustimmung unter den Teilnehmenden bezüglich einer diversen Zusammenstellung der Prüfungskommission in der mündlichen Prüfung bemerkenswert: So wird eine solche von 44,8% der Befragten vollständig und von 15,5% zumindest überwiegend befürwortet; nur 12,1% lehnen diese gänzlich ab. Da gerade die mündliche Prüfung ein Einfallstor für Diskriminierungen nicht nur aufgrund des Geschlechts, sondern gerade auch aufgrund der (auch bloß zugeschriebenen) Herkunft bietet (Towfigh et al., 2018, S. 116 ff.), sind diversitätssensible Reformbemühungen mit Blick auf die mündliche Prüfung dringend angezeigt. Insbesondere hier wären noch Unterschiede in den Abstimmungsergebnissen nach den oben genannten Gruppen wichtig gewesen. Schade ist, dass an dieser Stelle die Chance vertan wird, das Diskriminierungspotential des Vorgesprächs zu adressieren. Bereits in der Akte der Prüflinge werden der Prüfungskommission Daten offengelegt, welchen ein immenses Diskriminierungspotenzial innewohnt: Alter, Familienstand,

Staatsangehörigkeit(en), Geburtsort etc. Informationen, die im Zusammenhang mit den in § 1 AGG geschützten Merkmalen stehen, sollten der Prüfungskommission nicht zur Verfügung stehen und auch nicht erfragt werden dürfen.
Weiterhin wird in These 5.f. die Stärkung von Diversität und Diversitätskompetenz in der Lehre gefordert. Auch hier wird ein Diskursgleichgewicht impliziert, wobei die Verfasser*innen der Studie zum Thesenbackground ein Ungleichgewicht von zwölf Pro-Argumenten gegen nur ein Contra-Argument zugeben. Das Ausmaß der Verzerrungen wird hier besonders deutlich.
Die Thesenbeschreibung bleibt leider denkbar unbestimmt und beschränkt sich ausweislich des Erklärungstexts vor allem auf die Repräsentation in Klausursachverhalten. Diese mangelnde Konkretisierung der Forderung könnte der Grund für das hier zu beobachtende gemischte Meinungsbild der Teilnehmenden sein: Während 27,1% ihre volle Zustimmung erklären, lehnen 18,6% die These vollständig ab. Besonders auffällig ist hier aber insbesondere, dass rund ein Viertel der Befragten (25,2%) angibt, in der Sache unentschieden zu sein. Dies weist auf ein noch fehlendes Problembewusstsein innerhalb der Rechtswissenschaft hin. Dabei schließt die Frage zwar an einen Diskurs an, dessen Kenntnis beim Verständnis hilft. Dass die Teilnehmenden die Gründe für den Diskurs kennen, darf aber nicht unterstellt werden. Denn es geht im Kern nicht einfach um „Repräsentation […] in Klausursachverhalten“, sondern um die Stereotypisierung bestimmter Identitäten durch sexistische und rassistische Rollenbilder in diesen (Pabst & Slupik, 1977; Valentiner, 2018). Die Formulierung simplifiziert also den Reformvorschlag und hätte präziser erfolgen müssen. So sind die Ergebnisse auch hier nur eingeschränkt aussagekräftig.
Dass demographische Informationen mit Diskriminierungsbezug nicht abgefragt wurden, schlägt sich auch bei den Umfrageergebnissen zu dieser These nieder. Schlüsse auf einen Zusammenhang zwischen Problembewusstsein und individueller Betroffenheit lassen sich an dieser Stelle daher nicht nachvollziehen, sind aber zu vermuten. Jedenfalls wird klar, dass auch innerhalb des Reformdiskurses noch ein großer Austauschbedarf über konkrete Maßnahmen besteht. Es ist nicht auszuschließen, dass die Ergebnisse der iur.reform-Umfrage bei der Nennung konkreter Möglichkeiten zur Stärkung von Diversität und Diversitätskompetenzen anders ausgefallen wären. Der pmjb schlägt hier etwa verpflichtende Antidiskriminierungstrainings für Lehrpersonen und Prüfungskommissionen, positive Maßnahmen bei der Einstellungspraxis von Personen, die von Rassismus betroffenen sind, bei gleicher Eignung, und schon frühe Förderung im Studium bei gleichzeitigem Monitoring und fortgehender Evaluation vor (detaillierter s. Grünberger et al., 2021, S. 67 ff.). Repräsentanz darf sich in diesem Sinne nicht auf die Personen im Sachverhalt beschränken, sondern muss unbedingt auch in der Praxis und Wissenschaft abgebildet werden. Das hätte im Erklärungstext verdeutlicht werden müssen.

Allgemeines zur Thesenbildung

Die Thesenbildung erfolgte durch eine Auswertung des Diskurses über die Reform der juristischen Ausbildung seit 2000. Die Auswertung von 278 Literaturbeiträgen ergab eine Zusammenfassung von 44 Thesen, die den Diskurs über die Reform der Jurist*innenausbildung dominierten. Damit beansprucht das Bündnis zur Reform der juristischen Ausbildung e. V., den Diskurs zu bündeln, somit deskriptiv zu arbeiten, um eine Grundlage zu schaffen, auf der über die Reform der Ausbildung weiter diskutiert werden kann. Leider bleiben in diesen Thesen durchweg Rassismus und weitere Diskriminierungsmerkmale im Hintergrund. Zwar wird in den Thesen 3.g. und 5.f.

nach der Notwendigkeit von Diversität gefragt. Soweit durch eine Durchsuchung der Studie ersichtlich, wird aber an keiner Stelle von Diskriminierung gesprochen und These 5.f. zeigt Ungenauigkeiten in der Formulierung der Thesen. Der Bezug zu Rassismus bleibt so vage. Thesen, die andere Diskriminierungsformen betreffen, werden gar nicht genannt. Diskriminierungen, die Betroffene im Vorgespräch der mündlichen Prüfungen erfahren und damit Reformvorschläge in Bezug auf diese, werden so nicht thematisiert.

Ausblick

Der Reformbedarf der juristischen Ausbildung ist evident. Es ist sehr zu begrüßen, dass das Bündnis zur Reform der juristischen Ausbildung e. V. den Reformdiskurs zu bündeln und für die Politik nachvollziehbar abzubilden sucht. Die hier durchgeführte Studie bildet dafür eine solide und wichtige Arbeitsgrundlage von beispiellosem Umfang. Postmigrantische Belange sowie andere diskriminierungsrelevante Belange bleiben an dieser Stelle aber leider weitestgehend unberücksichtigt – nicht zuletzt dadurch, dass die dafür einschlägigen demographischen Informationen nicht erhoben wurden. Die Veröffentlichung dieser Studie darf daher nicht dazu verleiten, das eingeholte Meinungsbild als umfassend und abschließend zu betrachten. Sie bleibt die Abbildung eines Diskurses (was ja auch das legitime Ziel des Bündnisses war), samt der Ein- und Ausschlüsse, die er reproduziert und verstetigt. Der Anstoß zur Weiterführung der Debatte über eine Reform der juristischen Ausbildung muss deshalb genutzt werden, um auch marginalisierte Stimmen zu hören. Migrantisierte und rassifizierte Menschen, aber auch weitere marginalisierte Personen wurden schon zu lange ausgeschlossen. Jetzt bietet sich eine Chance, die juristische Ausbildung inklusiver zu gestalten, die nicht verschenkt werden sollte.

Literatur

Grünberger, M., Mangold, A. K., Markard, N., Payandeh, M., & Towfigh, E. V. (2021). *Diversität in Rechtswissenschaft und Rechtspraxis: Ein Essay* (1 ed.). Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. https://doi.org/10.5771/9783748927617

Pabst, F., & Slupik, V. (1977). Das Frauenbild im zivilrechtlichen Schulfall: eine empirische Untersuchung, zugleich ein Beitrag zur Kritik gegenwärtiger Rechtsdidaktik. *Kritische Justiz*, *10*(3), 242-256.

Towfigh, E. V., Traxler, C., & Glöckner, A. (2018). Geschlechts- und Herkunftseffekte bei der Benotung juristischer Staatsprüfungen. *ZDRW Zeitschrift für Didaktik der Rechtswissenschaft*, *5*(2), 115-142. https://doi.org/10.5771/2196-7261-2018-2-115

Valentiner, D.-S. (2018). Stereotype in juristischen Ausbildungsfällen Eine hamburgische Studie. *Social Transformations*, *2*(3). https://www.socialtrans.de/index.php/st/article/view/25

BUNDESRECHTSANWALTSKAMMER

Stellungnahme Nr. 16
März 2023

zur Studie des Bündnisses zur Reform der juristischen Ausbildung e.V. auf Basis der Kampagne iur.reform

Mitglieder des Ausschusses Juristenausbildung

Rechtsanwalt Markus M. Merbecks, Chemnitz (Vorsitzender)

Rechtsanwalt Dr. Kristof Biehl, Potsdam

Rechtsanwältin Johanna Eyser, Berlin

Rechtsanwalt Martin W. Huff, Köln

Rechtsanwalt Dr. Thomas Kuhn, München

Rechtsanwalt und Notar Christian Pope, Osnabrück

Rechtsanwalt Sebastian Warken, Wertheim

Rechtsanwalt und Notar Dr. Thomas Remmers, Vizepräsident Bundesrechtsanwaltskammer

Rechtsanwältin Kristina Trierweiler, LL.M., Bundesrechtsanwaltskammer

Verteiler: Bündnis zur Reform der juristischen Ausbildung e.V.
Bundesministerium der Justiz
Ausschuss des Deutschen Bundestages für Recht und Verbraucherschutz
Justizministerien/Justizsenatoren und Justizsenatorinnen der Bundesländer
Rechtsanwaltskammern
Arbeitskreis sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen
Bundesnotarkammer
Bundesrat
Bundessteuerberaterkammer
Bund studentischer Rechtsberater e.V.
Bundesverband rechtswissenschaftlicher Fachschaften
Bundesverband der Freien Berufe
Deutscher Anwaltverein
Deutscher Juristentag
Deutscher Juristen-Fakultätentag
Deutscher Notarverein
Deutscher Steuerberaterverband
Deutscher Richterbund
ELSA Deutschland e.V.
Hans Soldan Stiftung
Junge Wissenschaft im öffentlichen Recht e.V.
Neue Richtervereinigung
Refugee Law Clinics Deutschland Dachverband e.V.
Wirtschaftsprüferkammer
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
Verlagsproduktion juris GmbH
Redaktion Juristenzeitung
Redaktion Monatsschrift für Deutsches Recht (MDR)
DRiZ Deutsche Richterzeitung
Redaktion Beck aktuell
Redaktion Deubner Verlag Online Recht
Anwaltsblatt
LexisNexis Rechtsnews
Juris Nachrichten
Redaktionen der NJW, ZAP, FAZ, Süddeutschen Zeitung, Die Welt, taz, Handelsblatt, dpa, Spiegel, Focus, LTO, Otto Schmidt Verlag, JuS

Die Bundesrechtsanwaltskammer ist die Dachorganisation der anwaltlichen Selbstverwaltung. Sie vertritt die Interessen der 28 Rechtsanwaltskammern und damit der gesamten Anwaltschaft der Bundesrepublik Deutschland mit etwa 166.000 Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten gegenüber Behörden, Gerichten und Organisationen – auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene.

Stellungnahme

Die Bundesrechtsanwaltskammer bedankt sich bei den Initiatoren der Kampagne iur.reform für das Herbeiführen einer validen Basis mittels dieser umfassenden Studie, um Reformen in der juristischen Ausbildung anzustoßen. Gerne werden wir uns in weitere Reformüberlegungen einbringen und Reformbemühungen unterstützen.

Es ist geradezu dramatisch, dass die große Mehrheit der Befragten mit dem Jurastudium unzufrieden ist. Angesichts des demographischen Wandels und des Fachkräftemangels muss dieser Entwicklung dringend entgegengesteuert werden. Wir sind uneingeschränkt der Auffassung, dass das juristische Studium und der juristische Vorbereitungsdienst höchsten Qualitätsanforderungen genügen sowie attraktiv und zukunftsorientiert ausgestaltet sein muss, um beständig in hinreichender Zahl qualifizierten Nachwuchs für die reglementierten juristischen Berufe auszubilden. Fraglos müssen die juristischen Prüfungen zu aussagekräftigen, validen und gerechten Ergebnissen führen. Gut ausgebildeter juristischer Nachwuchs ist unerlässlich für den Rechtsstandort Deutschland. Andererseits müssen Reformideen grundsätzlich auch realisierbar sein.

Wir möchten den Fokus auf folgende Punkte richten:

1. Einheitsjurist als Qualitätsmerkmal

Nur der einheitlich ausgebildete Jurist kann die nötigen Qualitätsstandards erfüllen. Zwei Staatsprüfungen und der Vorbereitungsdienst sind unverzichtbar, um die hohe Qualität der Ausbildung auch weiterhin zu gewährleisten. Viele Volljuristen erfüllen in unserem freiheitlich demokratischen Rechtsstaat wichtige Funktionen und tragen gesellschaftliche Verantwortung. Auch vor diesem Hintergrund ist die besondere Qualitätsgarantie durch die Staatsprüfungen wichtig.

Den Absolventen wird die ganze Bandbreite der juristischen Berufe präsentiert, bevor sie sich für einen Beruf entscheiden müssen. Selbst nach dieser Entscheidung kann zwischen den klassischen juristischen Berufen gewechselt werden. Die Erfahrung, dass jeder Richter, Staatsanwalt, Verwaltungsrechtler oder Rechtsanwalt die Arbeits- und Denkweise des anderen erlebt hat, ist unerlässlich. Dieses System erhöht das Vertrauen in die Justiz und verbessert die Qualität der Rechtsprechung.

2. Keine automatische Anerkennung von Abschlüssen ohne eigene Prüfungsleistung

Der Integrierte Bachelor darf nicht dazu führen, dass die Studenten bis ans Ende ihres Studiums in der Fehlannahme gehen, einen Berufsabschluss zu erhalten. Der Bachelor stellt jedenfalls im anwaltlichen Bereich keinen Ausbildungsabschluss dar. Wir fühlen uns in unserer Auffassung bestätigt, dass die Studenten frühzeitig Klarheit darüber haben müssen, ob das Jurastudium die eigenen Erwartungen erfüllt. Wenn dies rechtzeitig erkannt wird und die Kandidaten von ihrem gewählten Studium und dem angestrebten juristischen Berufsweg überzeugt sind, wird ein Großteil der Kandidaten eher bereit sein, sich dem – wie die Studie auch ergeben hat - psychisch belastenden und stressbeladenem Studium zu stellen.

Allein aus einem Automatismus des Nichtbestehens der ersten juristischen Staatsprüfung heraus darf ein Bachelorabschluss nicht verliehen werden. Für den Fall, dass der Integrierte Bachelor eingeführt wird, sollte er als Zwischenstation mit einer echten Prüfungsleistung, etwa der Schwerpunktbereichsprüfung, in das klassische Jurastudium eingebunden werden. Anderenfalls werden die Qualität des Abschlusses und die Praxistauglichkeit geschmälert.

3. Modernisierung der Ausrichtung des Studiums

Das Staatsexamen muss als Abschluss der Ausbildung beibehalten werden. Es garantiert ein gewisses Grundniveau der Absolventen und ist als Qualifikation international hoch angesehen. Es werden nicht nur reines Anwendungswissen, sondern auch wissenschaftliche Theorien abgefragt. Dieser akademische Anspruch ist in Deutschland sogar deutlich stärker ausgeprägt als in vielen anderen europäischen Ländern. Reformbedürftig erscheint daher insbesondere der Weg bis zum Staatsexamen. Die Lehre muss in der Lage sein, eine effektive Vorbereitung auf die staatlichen Prüfungen mit dem wissenschaftlichen Anspruch einer Universität zu verbinden.

Die Ausbildung von Juristen zu Generalisten führt zu einer gewünschten Marktunabhängigkeit. Die Spezialisierung kann später im Beruf erfolgen. Ein guter Jurist besitzt das methodische Rüstzeug und kann sich schnell in neue Rechtsgebiete einarbeiten und Zusammenhänge erkennen. Das ist entscheidender als spezialisiertes Detailwissen. Die Universitäten müssen die Grundlagen und die Systematik des Rechts lehren. Studenten sollen nicht auswendig gelerntes Detailwissen präsentieren, sondern das Recht anwenden und Zusammenhänge erkennen können. An den Universitäten müssen den Studenten solides Handwerk und die Grundlagen für kritisches Urteilen und verantwortliches Entscheiden vermittelt werden. Die Grundlagenfächer, wie Rechtsgeschichte, Rechtssoziologie Rechtsphilosophie und die für eine richtige Rechtsanwendung unerlässliche Methodenlehre, bieten dafür essentielles Basiswissen.

4. Modernisierung der Studieninhalte

Der Überblick über das große Ganze muss dem Speziellen vorausgehen. Es sollte nicht die Vermittlung von Spezialwissen im Vordergrund stehen, sondern das dogmatische Verständnis für juristische Zusammenhänge. So könnte der Beginn des Studiums eine Gesamtschau ermöglichen, statt auf eine Vielzahl examensrelevanter Schwierigkeiten einzugehen, die der Student im ersten Semester nur schwerlich in Gänze verstehen kann. Wenn dieser Überblick nach zwei Semestern vorhanden ist, sollten die einzelnen Teilbereiche mit wissenschaftlichem Anspruch vertieft werden. Dazu gehören auch die soeben erwähnten Grundlagenfächer, die keinesfalls in den ersten beiden Semestern zum Curriculum gehören sollten, sondern erst dann, wenn der Blick über das große Ganze vermittelt wurde.

5. Wissenschaftlichkeit des Studiums

Das Universitätsstudium muss eine qualifizierte wissenschaftliche Ausbildung bieten. Aufbau und Inhalt der Vorlesungen müssen das Interesse an Jura als Wissenschaft befördern und zugleich den examensrelevanten Stoff in ausreichendem Maß vermitteln. Dabei sollten die Kerngebiete Zivilrecht, Öffentliches Recht und Strafrecht wirklich durchdrungen und sicher beherrscht werden, anstatt oberflächlich einige Grundzüge der Nebenfächer auswendig zu lernen. Ausgestattet mit diesem Basiswissen erschließen sich später alle weiteren Rechtsgebiete von selbst, denn für das eigene Erschließen fremder Materien werden Juristen schließlich ausgebildet. In den Schwerpunktbereichen können sich die Studenten entsprechend ihren Neigungen sodann wissenschaftlich noch vertiefter mit dem Recht befassen.

6. Softskills stärken

Das Lehren von Schlüsselqualifikationen allein genügt den Anforderungen an eine moderne Anwaltschaft nicht. Ohne Inhalte können keine Kompetenzen vermittelt werden. Verhandlungskompetenz wird nicht im regulären Studium erworben. Softskills sollten in mündlichen Prüfungs- oder Seminarsituationen trainiert werden. So bieten Studentische Rechtsberatungen oder Moot Courts neue Perspektiven und helfen dabei, die eigenen Interessen zu entdecken. Auf diese Weise lernen die Studenten, einen Fall aus Sicht der Mandantschaft anzugehen. Sie üben das Erstellen von Schriftsätzen oder in fiktiven Prozessen das Verhandeln. Auch das setzt methodische Fähigkeiten voraus.

Bestenfalls sind diese Formate so konzipiert, dass die Anwaltschaft in die juristische Ausbildung integriert wird. Denn Ziel einer zukunftsgerichteten Ausbildung muss auch sein, die Anwaltschaft stärker einzubeziehen. Nach wie vor ergreift die Mehrheit der Absolventen nach Studium und Referendariat den Anwaltsberuf. Das Jurastudium darf nicht nur auf das Richteramt, sondern muss auch auf alle anderen juristischen Berufe ausgerichtet werden.

7. Bessere Ausstattung der Fakultäten

Alle Reformüberlegungen helfen nichts, wenn die Juristischen Fakultäten nicht mit den notwendigen personellen und finanziellen Mitteln ausgestattet werden. Sollte die Unzufriedenheit der Studenten weiterhin steigen, werden die Immatrikulationen an den juristischen Fakultäten sinken. Schon heute gibt es große Nachwuchssorgen. Stellen, selbst Referendarstellen, können nicht besetzt werden. Ohne gut ausgebildeten juristischen Nachwuchs in ausreichender Zahl wird es weder eine funktionierende Justiz, noch eine starke Anwaltschaft geben. Das aber sind die Säulen unseres Rechtsstaats. Daher muss das Studium zügig zeitgemäß und für junge Menschen attraktiv gestaltet werden.

Gerne bringen wir uns in weitere Reformmaßnahmen ein und stehen als Diskussionspartner jederzeit zur Verfügung.

***

BRF Bundesverband rechtswissenschaftlicher Fachschaften e.V.

Stellungnahme des Bundesverbandes rechtswissenschaftlicher Fachschaften e.V. zur iur.Reform-Umfrage

5. März 2023

Der Bundesverband rechtswissenschaftlicher Fachschaften e.V. (BRF) freut sich eine umfassende Stellungnahme zu den Ergebnissen der iur.Reform-Umfrage abgeben zu können. Wir sind insbesondere den Initiator:innen sehr dankbar für die Idee, die Ausarbeitung, die Durchführung und die wirklich hervorragende Vernetzung mit anderen Stakeholdern und Verbreitung der Initiative. Wir sind überzeugt, dass die juristische Ausbildung eine umfassende Reform benötigt. Iur.Reform hat die dazu nötige Aufmerksamkeit geschaffen und viele Beteiligte und Interessierte für dieses so wichtige Thema innerhalb der Rechts- und Justizpolitik sensibilisiert. Wir erhoffen uns neuen Schwung für die Reformdebatte und werden ebenso – auch anhand der Ergebnisse dieser Umfrage – im Sommer ein eigenes studentisches Reformkonzept vorstellen. Wir freuen uns auf eine fruchtbare und konstruktive Debatte im Sinne aller Jurastudierenden in Deutschland.

Der BRF ist die offizielle Vertretung der über 110.000 Jurastudierenden in Deutschland und repräsentiert deren Interessen überparteilich gegenüber Politik, den Universitäten, den JPAs und allen anderen Stakeholdern. Mitglieder des BRF sind die 43 Fachschaften der juristischen Fakultäten in Deutschland, welche so eine demokratische Legitimation gewährleisten. Mit unserer Stellungnahme möchten wir eine studentische Perspektive auf die Umfrage werfen und herausstellen, was der jungen Generation – dem juristischen Nachwuchs – besonders wichtig ist.

Zunächst ist erfreulicherweise festzustellen, dass neben über 5000 Studierende, auch über 1600 Referendar:innen teilgenommen haben. Dies zeigt, dass es gerade die Menschen, die sich in der juristischen Ausbildung befinden, bewegt, wie sich Studium und Referendariat in Zukunft weiterentwickeln. Gleichzeitig beweist die hohe Teilnahme und die Involvierung von Studierenden den Reformbedarf der juristischen Ausbildung.

Block 1: Die 16 meistdiskutierten Thesen

Die Hauptreformthesen des ersten Blocks spiegeln die geltende Beschlusslage des BRF in unserem Grundsatzprogramm[1] weitestgehend wider. Im Zentrum unserer Anstrengungen einer zeitgemäßen und attraktiven juristischen Ausbildung stehen die Reduktion von psychischem Druck, die Möglichkeit der Profil- und Charakterbildung für Studierende und ein Kulturwandel im Jurastudium: Weg vom Gegeneinander und der Ellenbogenmentalität unter Studierenden, befeuert von den Strukturen, hin zu einem Miteinander und der Wertschätzung von Zusammenarbeit und Teamfähigkeit. Besonders auffallend in der Umfrage ist der Unterschied im Abstimmungsverhalten zwischen männlichen auf der einen, und weiblichen und diversen Personen auf der anderen Seite. Dies zeigt eindeutig, dass die juristische Ausbildung in großen Teilen noch den Strukturen und Denkmustern der juristischen Ausbildung des deutschen Kaiserreichs entspricht: Ein Studium von Männern für Männer. Hier ist anzusetzen: Gerade angesichts des sich immer weiter vertiefenden Jurist:innenmangels ist es unerlässlich, die juristische Ausbildung für alle gesellschaftlichen Gruppen attraktiv zu gestalten, bevor der mangelnde Nachwuchs zu einer Bedrohung für die Funktionsfähigkeit des Rechtsstaats wird. Dazu gehört es anzuerkennen, dass der Staatsdienst, auf den das Staatsexamen ausgerichtet ist, nicht mehr die Regel ist und dass sich die Anforderungen des modernen juristischen Arbeitsmarktes geändert haben. Das juristische Studium muss daher aus unserer Sicht viel mehr Raum für Spezialisierung und Internationalisierung lassen, sodass die Jurist:innen von morgen den Problemstellungen und Krisen unserer globalisierten und hochspezialisierten Welt gerecht werden können.

Zu 1a: Allgemeine Zufriedenheit

Die absolute Mehrheit ist unzufrieden mit dem aktuellen Stand der juristischen Ausbildung. Nur knapp 20 % sind grundsätzlich zufrieden und das unter allen Altersgruppen. Dies beweist ganz eindeutig, dass sich etwas ändern muss: Weder spricht das Jurastudium die jungen Menschen an, die es gerade durchlaufen oder für

[1] Grundsatzprogramm des BRF (Stand: 06.06.2022).

die es nur wenige Jahre zurückliegt, noch reißt es die älteren Jurist:innen dazu hin, sich übermäßig positiv zu ihren Ausbildungserfahrungen zu äußern. Die Unzufriedenheit besteht gleichfalls unabhängig von der Notenstufe im Examen oder dem Studienort.

Wir haben ein großes Problem: Unser Studium und die juristische Ausbildung insgesamt sind nicht attraktiv und wir als angehende und praktizierende Jurist:innen können angesichts unserer Unzufriedenheit nicht einmal ernsthaft positiv Werbung für das Jurastudium machen. Dies ist angesichts des Jurist:innenmangels, der sich immer weiter verstärkt, inakzeptabel. Daher muss das Jurastudium umfassend reformiert werden. Dass gerade die Studierenden und die Referendar:innen so unzufrieden sind, verdeutlicht, dass sich unbedingt etwas ändern muss, um gegenüber potentiellen Studieninteressent:innen attraktiv und überzeugend sein.

Wir im BRF sehen in unserer Arbeit und in unseren Gesprächen die Bereitschaft bei vielen Stakeholdern zu ernsthaften und verbindlichen Reformgesprächen, wenn man alle erstmal an einen Tisch bringen würde. Iur.Reform bietet somit die optimale Plattform anhand der Ergebnisse in diese Debatten zu treten. Wir, als Vertretung der Jurastudierenden in Deutschland, laden alle ein, gemeinsam zu diskutieren und eine Reform umzusetzen. Wir möchten in dieser Hinsicht vor allem an die Professor:innen und die JPAs appellieren, bei denen die Unzufriedenheit noch am geringsten ist, offen zu sein für die Realitäten vieler Studierender und Bereitschaft zu zeigen, Kompromisse einzugehen. Ziel für uns alle sollte sein, dass das Jurastudium wieder eine attraktive Ausbildungslaufbahn darstellt und wir viele junge Menschen für dieses – eigentlich so schöne – Studium begeistern können. Nichts mehr als die Funktionsfähigkeit unseres Rechtsstaates hängt davon ab.

Zu 1b: Integrierter Bachelor

Die aktuell am meisten diskutierte Forderung gilt für den BRF als Indikator für Reformbedürftigkeit der juristischen Ausbildung und war Inhalt zahlreicher Artikel und Diskussionen im letzten Jahr. Die Forderung nach dem integrierten Bachelor ist sowohl Teil der Beschlusslage des BRF (§ 3 Grundsatzprogramm) und des im Jahr 2021 vorgelegten 5-Punkte-Plan zur Reduzierung des psychischen Drucks[2]. Das Abstimmungsergebnis der iur.Reform-Umfrage bestärkt die Positionen der Studierendenschaft. Eine absolute Mehrheit spricht sich für den Bachelor aus, eine große Mehrheit steht auch über die Statusgruppe der Studierenden hinaus hinter der Reformthese. Dass sich insgesamt nur 19% der Befragten dagegen aussprechen, zeigt, wie verzehrt die Debatte in der Öffentlichkeit geführt wird. Letztlich sprechen sich nur die JPAs mehrheitlich gegen die Einführung aus, was aber aus deren Sicht als “Hüter” des Staatsexamens nur logisch und der Rolle entsprechend erscheint. Unsere Position ist dadurch in jedem Fall gestärkt: Ein starkes Bedürfnis unter Betroffenen ist nachgewiesen. Außerdem verdeutlicht der Unterschied in der Beurteilung zwischen den Altersgruppen und der abfallenden Zustimmung, je weiter die Ausbildung weg liegt, dass die Bedingungen heutzutage offenbar andere sind als früher. Spannend ist aus unserer Sicht insbesondere, dass Menschen, die im Ausland studiert haben, der Forderung wohl besonders zugetan sind. Auch dies unterstreicht die Notwendigkeit der Einführung des integrierten LL.B. bezüglich einer stärkeren Internationalisierung des Jurastudiums. Fast alle Berufsgruppe, außer Richter:innen und JPAs.

Zu 1c: Einstufige juristische Ausbildung (Loccum)

Eine umfassende Reform der juristischen Ausbildung erscheint uns als unausweichlich. In welchem Rahmen dies geschieht und in welchem Umfang steht für uns noch nicht fest. Wir werden uns gerne an Gesprächen dazu beteiligen und in unserem von einer Arbeitsgruppe ausgearbeiteten Reformvorschlag auch auf die einstufige Juristenausbildung eingehen. Die Studienergebnisse zeigen, dass eine grundsätzliche Bereitschaft zu diesen Gesprächen und Diskussionen besteht. Dass die Zustimmung nicht ganz so groß ist wie beim Bachelor, beweist aus unserer Sicht, wie schwer es für viele ist, sich neben den bestehen Studienmodellen andere Alternativen vorzustellen, insbesondere unter den Studierenden, die die ersten Versuche des Loccums nicht miterlebt haben. Wir fordern daher, dass die Reformdiskussionen unbedingt solche Alternativen wie das Loccum miterörtern und in die Willensbildung -einbeziehen.

[2] 5-Punkte-Plan zur Reduzierung des psychischen Drucks zur Bundestagswahl 2021.

Zu 1d + 1e: Reduzierung des Prüfungsstoffs

Die Reduzierung des Prüfungsstoffes in der ersten juristischen Staatsprüfung (These 1.d.) ist bereits eine nachhaltige Forderung des BRF. Nach unserer Ansicht lässt eine geringere Stoffdichte eine methodischere Auseinandersetzung mit den juristischen Fragestellungen zu. Wir sehen unsere Forderung nach der Reduzierung des Prüfungsstoffes durch die Antworten der Befragten gestützt, da 67,1 % dieser These mit Zustimmung begegnet sind. Dieses Ergebnis lässt sich auch auf die hohe Zustimmung Referendar:innen, Wissenschaftliche Mitarbeiter:innen und Promovierenden zurückführen, welche am jüngsten Erfahrung mit der hohen Stoffdichte gemacht haben.

Auf die Frage, in welchen Fächern der Stoff reduziert werden soll (These 1.e.), forderten die meisten Befragten eine anteilige Reduzierung, wobei auch eine Reduzierung in den zivilrechtliche Nebenfächern, dem Völkerrecht und den Grundlagenfächern gefordert wurde. Der BRF fordert hierbei eine allumfassende kritische Reflexion des Prüfungsstoffs, wobei auch eine bundesweite Harmonisierung des Prüfungsstoffes angestrebt werden sollte. Zudem vertreten wir die Auffassung, dass die übermäßige Abfrage von Inhalten aus den Bereichen der Grundlagenfächer nicht zielführend ist. (vgl. § 30 Grundsatzprogramm)

Zu 1f: Legal Tech

Der hohen Zustimmung zur Implementierung von Legal Tech in der juristischen Ausbildung schließt der BRF sich an. Die juristische Ausbildung befindet sich nicht im luftleeren Raum, sondern muss sich mit den aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen und Fragestellungen befassen. Dies haben die Lehrinhalte der Hochschule zu berücksichtigen. In § 28 des Grundsatzprogramms fordern wir, dass die Fakultäten Lehrveranstaltungen, Seminare oder Schlüsselqualifikationskurse zu Legal Tech und Rechtsfragen der Digitalisierung anbieten. Diese Thematiken sollen weiterhin, wenn passend, in bestehende Lehrveranstaltungen einbezogen werden. Schließlich soll jede Fakultät eine:n wissentschaftliche:n Beauftragte:n für Legal Tech in der Lehre benennen. Das steigert die Attraktivität der juristischen Ausbildung und sorgt für zeitgemäße Lehrinhalte und -methoden.

Zu 1g: Methoden der Sozialwissenschaften

Auch dieser Forderung schließt sich der BRF an. Eine vertiefte Interdisziplinarität ist aus unserer Sicht unerlässlich im Jurastudium, insbesondere in den Grundlagenfächern und den Schwerpunktbereichen. (vgl. § 27 des Grundsatzprogramms) Dass sich hier vor allem die Methoden der Sozialwissenschaften anbieten liegt auf der Hand: Studierende der Rechtswissenschaften sollen sich mit den Erscheinungs- und Verwirklichungsformen des Rechts im sozialen Leben auseinandersetzen, gerade auch um das Recht und seine Strukturen kritisch reflektieren zu können. Dies ergibt sich nicht zuletzt aus der gesetzlichen Verpflichtung des § 5a DRiG, nach der alle Studierenden diese Fähigkeiten auch durch den historischen Vergleich zum NS-Unrecht erlernen sollen. Durch die Zustimmung der Mehrheit der Befragten fühlen wir uns in unseren diesbezüglichen Forderungen in § 27a des Grundsatzprogramms gestärkt.

Zu 1h: Mediation

Der praktische und berufsvorbereitende Kompetenzerwerb, beispielsweise der Mediation, sind essentiell in der juristischen Ausbildung und sollten eher gestärkt werden – verbunden mit einer Reduzierung des Pflichtfachstoffs. Fakultäten können Schlüsselqualifikationen bzw. Seminare zu Rhetorik und Mediation anbieten und Studierende umfassend über die verschiedenen Berufswege und -anforderungen informieren. Dies würde dazu führen, dass Studierende sowohl bereits Kenntnisse mit in die Praxis nehmen, als auch wissen, welche Möglichkeiten ihnen offenstehen und wie sie ihre Ziele erreichen können. Auch hier freuen wir uns über die Zustimmung der Befragten und hoffen auf eine zielführende Umsetzung.

Zu 1i: Schwerpunktstudium (Abschaffung)

Wenige Debatten wurden in der jüngeren Ausbildungs- und Reformgeschichte umfassender geführt als die um den Schwerpunkt. Diese Diskussion ist aber schlussendlich eben auch ausdiskutiert. Der BRF spricht sich in § 37 des Grundsatzprogramms jedenfalls ganz eindeutig für den Erhalt des Schwerpunktbereichs aus. Besonders unter Personen, die den Schwerpunkt absolviert haben, zeigt sich, dass dieser hervorragend angenommen wird. Er ist eine beliebte Reform, die viel Raum zur individuellen Entfaltung und Spezialisierung

bietet. Statt also über eine Abschaffung zu diskutieren und sich damit einzugestehen, dass man kein Vertrauen in die Qualitätskontrolle der Universitäten hat, sollte man an einer guten Vergleichbarkeit der Schwerpunkte arbeiten. Darüber hinaus können sich Überlegungen anschließen, inwieweit eine weitere Spezialisierung und Vertiefung mit in das Studium integriert werden können.

Zu 1j: Abschichten (bundesweit)

Das Abschichten zeigt sich seit längerem als erfolgreiches Mittel zur Reduktion von psychischem Druck und der Angst vor dem Examen und so haben wir dieses bereits zur vergangenen Bundestagswahl in unserem 5-Punkte-Plan zur Reduktion des psychischen Drucks gefordert. (ebenso in unserem Grundsatzprogramm in § 32 Abs. 3). Wir unterstützen dementsprechend die Forderung, das Abschichten bundesweit (wieder-) einzuführen, statt diese Möglichkeit aus finanziellen Gründen immer weiter abzubauen. Es zeigt sich, dass die Zustimmung nicht nur unter Jurastudierenden hoch ist, sondern sich durch alle Altersschichten zieht; verständlich, zumal das Abschichten besonders auch für Berufstätige das Bestreiten des Examens erleichtert und für eine Vereinbarkeit von Studium und Familie sorgt.

Zu 1k: E-Examen

Bereits eine absolute Mehrheit (53,2 %) stimmten der Forderung nach der bundesweiten Einführung des E-Examens (These 1.k.) vollständig zu. Der BRF steht schon länger hinter dieser Forderung und sieht sich besonders durch hier in seiner Ansicht durch die Studierenden, aber auch alle anderen Berufsfelder bestätigt. So findet sich sogar bei den Angestellten der Justizprüfungsämter, welche schlussendlich mit der Aufgabe der Umsetzung betraut sind, eine generelle Zustimmung zu diesem Thema. Bei dieser großen Zustimmung stellt sich für uns somit nicht mehr die Frage, ob das E-Examen kommen sollte, sondern unter welchen Modalitäten die Einführung in den beiden staatlichen Pflichtfachprüfungen ausgestaltet wird. Hier könnten zwischen den verschiedenen Gruppen Meinungsverschiedenheiten bestehen, welche größerer Beachtung bedürfen.

Zu 1l + 1m: Online-Datenbanken + Handkommentare

Die Zulassung von Online-Datenbanken (These 1.l.), bzw. Handkommentaren (1.m.) in der ersten juristischen Staatsprüfung wird von den Befragten unterschiedlich bewertet. Während eine Mehrheit von 59,8 % die Zulassung von Handkommentaren befürwortet, scheitert die Zulassung von Online-Datenbanken knapp. Der BRF befürwortet beide Hilfsmittelformen und fordert die Gleichbehandlung bei der Zulassung, um in Verbindung mit dem E-Examen auch vollständig digitale Prüfungen zu ermöglichen. (vgl. §§ 22, 26 Grundsatzprogramm) Als Grund für die Zulassung spricht, dass beide, sowie andere, Hilfsmittel wird in Prüfungssituationen praxisnahes juristisches Arbeiten vermitteln. Wichtig bei der Zulassung ist jedoch diese Hilfsmittel, wie auch andere Hilfsmittel, bundesweit einheitlich für die Prüfungen zugelassen werden, da nur so eine Vergleichbarkeit zwischen den Ländern hergestellt werden kann.

Zu 1n: Unabhängige Bewertung

Die These, dass Korrektor:innen ihre Bewertung einer Klausur ohne Kenntnis und unabhängig von anderen Korrektor:innen anfertigen sollen (These 1.n.) findet insgesamt beeindruckende 87,4 % Zustimmung (Absolute Zustimmung 72,9 %). Die Gefahr, dass die Zweitkorrektur durch die Bewertung der Erstkorrektur beeinflusst werden kann, sieht auch der BRF, weshalb er bereits 2020 gemeinsam mit dem DAV die Abschaffung dieser Praxis gefordert hat.[3]

Zu 1p: Emotionale Entlastung

Dass der Psychische Druck in der juristischen Ausbildung immer mehr und mehr Studierende betrifft und belastet, ist kein Geheimnis mehr. Dies zeigt nicht zuletzt die Umfrage des psychischen Drucks des BRF aus dem Jahr 2021 oder die Iurstress-Studie aus Regensburg3. Die hohe Zustimmung zur Erforderlichkeit der Reduzierung der emotionalen Belastung unterstreicht, wie sehr die juristische Ausbildung einen Kultur- bzw. Mentalitätswandel benötigt. Mehr Zustimmung kommt auch hier gerade bei Frauen: Gerade aus einer feministischen Perspektive kann dieser Zustand der juristischen Ausbildung so nicht hingenommen werden.

[3] Finales Thesenpapier des juristischen Nachwuchses (Stand: 22.01.2023).

Doch stellen viele der getroffenen und angedachten Lösungen, inklusive des integrierten Bachelors, nur eine Symptombekämpfung dar, viel mehr bedarf es zur Bekämpfung psychischen Belastung aus unserer Sicht eine umfassende Reform der Ausbildung, die sowohl an der Stoffmenge wie auch an den Methoden ansetzt.

Block 2: Ausbildungsausrichtung

Im zweiten Block der Befragung werden insbesondere die Meinungen zum Thema der Ausbildungsausrichtung abgefragt. Gerade in diesem Block zeigt sich, wie sich die Bedarfe und Ansprüche von Studierenden, Referendar:innen und Praxis innerhalb der juristischen Ausbildung darstellen. Dabei wird deutlich, dass ein starker Wunsch nach Internationalisierung, der Anerkennung von Studienleistungen vor dem Staatsexamen, sowie, besonders bei Frauen, nach Flexibilisierung herrscht.

Trotzdem spricht sich in These 2.a eine klare Mehrheit gegen eine Umstellung auf das Bologna-System aus, auch innerhalb der jüngeren Altersgruppen und der Studierendenschaft. Dies entspricht ebenfalls der Haltung des BRF. Uns als Studierenden ist es ebenfalls wichtig, das Staatsexamen als Abschluss des Studiums bzw. der Ausbildung zu erhalten, um so den besonderen Status der juristischen Ausbildung zu gewährleisten. Die größere Offenheit bei jüngeren Jurist:innen und vor allem Frauen pro Bologna verdeutlicht allerdings erneut die Reformbedürftigkeit der Ausbildung. Gerade der juristische Nachwuchs ist es, der sich bereit zeigt für Reformen innerhalb des Staatsexamenssystems. Dazu dürfen gerne Elemente des Bologna-Systems übernommen werden wie der integrierte Bachelor, eine verstärkte Flexibilisierung und Internationalisierung, sowie die Möglichkeit, die bereits vor dem Staatsexamen erbrachten Leistungen miteinzubringen. Dennoch ist die Staatsprüfung für uns einer der Qualitätsgaranten der juristischen Ausbildung. Sie sorgt für eine Vergleichbarkeit und vor allem eine Gleichwertigkeit der Abschlüsse. Dies heißt aber nicht, dass es keiner Reformen bedarf – ganz im Gegenteil

Dies umfasst gleichfalls die in These 2.b gestellte Forderung eines Master-Abschluss für den Schwerpunkt. Diesem Ziel möchten wir uns angesichts immer weiter zunehmender Internationalisierung und Globalisierung anschließen. Das Studium würde so an das ECTS-System angeschlossen und böte zahlreiche Anknüpfungsmöglichkeiten im Ausland weiterzustudieren. Außerdem würde das von vielen nachgefragte Angebot einer vertieften Spezialisierung dadurch aufgewertet und gefördert. Studienleistungen würden so auch deutlich besser anerkannt. Dass besonders diejenigen, die im Ausland studiert haben, für diese These

gestimmt haben (> 75 %) muss uns bewusst machen, dass wir langfristig durch Maßnahmen wie die Vergabe eines Masterabschlusses für den Schwerpunkt die Attraktivität von Deutschland als Jura-Ausbildungsstandort garantieren müssen.

Bezüglich einer verstärkten Laufbahnorientierung ergeben sich differenziertere Ergebnisse (vgl. These 2c). Dennoch ist sichtbar, dass sich ein beträchtlicher Teil der Befragten eine stärkere Spezialisierung wünscht Auch hier zeigt sich, dass dieser Bedarf nach Flexibilisierung und Selbstbestimmung bei Frauen offenbar noch deutlich höher, ist, als bei Männern. Der BRF spricht sich grundsätzlich in § 1 seines Grundsatzprogramms für den Erhalt der juristischen Ausbildung als volljuristische Ausbildung aus. Dennoch müssen in diesem Rahmen eine gewissen Laufbahnorientierung und Profilierung der Studierenden möglich sein, um den vielfältigen Interessen und Motivationen gerecht zu werden. Dazu zählen uns qualitativ hochwertige und anerkannte Schwerpunktbereiche, interdisziplinäre und praxisbezogene Studieninhalte und Möglichkeiten der Schwerpunktsetzung zu jedem Zeitpunkt der Ausbildung. Diesem Anspruch wird das Studium aktuell nicht gerecht.

Gleiches gilt für die Mitberücksichtigung von Leistungen im Studium in der Examensnote, welche in These 2.d abgefragt wird. So könnten bislang nicht honorierte Studienleistungen anerkannt werden. Die hohe Zustimmung unter den Teilnehmenden zeigt den Bedarf einer solchen entlastenden Regel, die die Wichtig- und Ausschließlichkeit der (wenigen) Prüfungstage am Ende des Studiums reduzieren würde. Das könnte zu mehr Fairness im Studium führen, da nun Leistungen über einen größeren Zeitraum abgefragt werden und Noten nicht ausschließlich von Tagesformen abhängen würden. Eine genaue Umsetzung dieser These bleibt zu diskutieren. Dass einmal mehr die Zustimmung bei weiblichen Personen deutlich höher ist als bei Männern zeigt erneut, dass das aktuelle System gerade Männern eher entgegenkommt als nicht-männlichen Personen.

Schließlich wird in These 2.e gefragt, ob der Freischuss abgeschafft werden soll. Die hohe Ablehnung (> 70 %) über alle Altersklassen und Berufsgruppen hinweg bestätigt unsere langjährigen Forderungen nach dem Erhalt des Freischusses, gerade auch deswegen, um den psychischen Druck zu minimieren (vgl. § 35 Grundsatzprogramm). Anstatt einer Abschaffung, sollte es viel eher bundesweit vereinheitlicht werden, dass allen Studierenden mindestens die Möglichkeit auf einen Freischuss- und einen Verbesserungsversuch zugestanden wird, was wir gleichfalls im Fünf-Punkte-Plan einforderten.

Block 3: Inhalte der Ersten juristischen Staatsprüfung

Die Fragen, ob Prozessrecht (These 3.a.) und Europarecht (These 3.b.) eine größere Rolle im Stoff der ersten juristischen Staatsprüfung spielen soll wurde von den meisten Befragten mit Ablehnung begegnet. Auch wenn die Praxisnähe und Internationalisierung durch diese Maßnahmen gestärkt werden würden schließt sich der BRF hier dieser ablehnenden Mehrheit an. Eine weitere Überfrachtung mit Stoff in der ersten juristischen Staatsprüfung wird, wie sich auch in These 1.d. gezeigt, weder von einer Mehrheit gefordert noch ist sie unserer Meinung nach förderlich für die juristische Ausbildung als solches.

In der ersten juristischen Staatsprüfung werden, mit Ausnahme von einigen Bundesländern, sechs Klausuren geschrieben. Auf die Frage, ob diese Anzahl erhöht werden soll, wurde durch die Befragten mit stärkerer Ablehnung begegnet (These 3.c.). Diese lässt sich auch in den verschiedenen Gruppen, bzw Verhältnissen zur juristischen Ausbildung beobachten. Wir sehen sich durch dieses Ergebnis grundsätzlich in unserer Position bestätigt. Jedoch fordern wir weiterhin, dass die Anzahl der Klausuren in allen Bundesländern einheitlich sechs beträgt, da dies für eine bessere Vergleichbarkeit zwischen den Bundesländern herstellt.

In der Frage des Umfangs der Klausuren der ersten juristischen Staatsprüfung (These 3.d.) stimmte eine Mehrheit der Befragten für die Reduzierung des Prüfungsstoffes pro Klausur. Dieses Ergebnis hat sich in Teilen bereits durch die These 1.d. gezeigt, weshalb auch für der Reduzierung in den Klausuren zustimmen. Unserer Meinung nach kann so in den Klausuren eine vertiefte Auseinandersetzung mit dem Prüfungsstoff geschehen und dadurch den Prüfungsstress durch reine Zeitnot reduzieren.

Bei Wiedereinführung der Examenshausarbeit (These 3.e.) zeigt sich bei den Befragten kein klares Meinungsbild, wobei jedoch eine kleine Mehrheit für die Wiedereinführung ausspricht. Der BRF spricht sich jedoch gegen diese Maßnahme aus. Die Wiedereinführung würde zum weiteren Ausbau der ersten juristischen Staatsprüfung führen und könnte der psychische Druck während der Examensphase ins Unermessliche gesteigert werden. Weiter werden die durch häusliche Arbeiten erlangten juristischen Kompetenzen, wie zB wissenschaftliches Arbeiten, unserer Meinung nach bereits ausreichend durch die Hausarbeiten, sowie Seminararbeiten gelernt und abgefragt.

Die Herstellung einer Kongruenz zwischen Studiumsinhalten und der ersten juristischen Staatsprüfung (These 3.f.) wird von den aller meisten Befragten befürwortet. Besonders auffällig ist in diesem Bereich, dass nur 6,7 % der Befragten dieser These mit Ablehnung begegnen. Der BRF schließt sich hierbei der deutlichen Mehrheit an.

Die diversere Aufstellung der Prüfungskommissionen in der mündlichen Prüfung (These 3.g.) wird durch eine 60,3 %-Mehrheit gegen eine 15,5 %-Minderheit unterstützt. Bereits 2020 hat der BRF gemeinsam mit dem DAV für die Paritätische Besetzung von Prüfungskommissionen gefordert.[4] In der Auswertung fällt jedoch auf, dass die Ablehnung einer diverseren Besetzung der Prüfungskommissionen bei nicht-weiblichen Befragten deutlich höher ist, als dies bei weiblichen Befragten der Fall ist. Wir möchten deshalb hier noch einmal für diese Forderung werben. So zeigte, bspw. eine Studie in Nordrhein-Westfalen, dass es einen Unterschied zwischen den Geschlechtern in der Benotung der mündlichen Prüfung des zweiten Staatsexamens bei rein männlich besetzten Prüfungskommissionen gibt. Diese Diskrepanz verringerte sich jedoch, sobald

[4] Finales Thesenpapier des juristischen Nachwuchses (Stand: 22.01.2023).

mindestens eine weibliche Prüferin Teil der Prüfungskommission war.[5] Weiter lassen sich positive Effekte auf die Prüfungssituation durch Rollenmodelle erahnen.

Block 4: Organisation des Studiums

Zu 4a: Änderung des Notenstufensystems

Es wurde die These aufgestellt, dass das juristische Notensystem verändert werden sollte. Mit 61,9 % allgemeiner Zustimmung unter den Studierenden und 15,9 % neutralen Stimmen wird der Wunsch nach einer Reform deutlich.

Der BRF hat sich hierzu in den vergangenen Jahren in § 18 III des Grundsatzprogrammes geäußert: „1An dem 18-Punkte-System kann grundsätzlich festgehalten werden, jedoch müssen die Anforderungen an die einzelnen Punktzahlen detailliert definiert und transparenter dargestellt werden. 2Zudem muss eine einheitliche und faire Umrechnungstabelle eingeführt werden, die eine Anrechnung der Prüfungsleistungen in anderen Studiengängen erlaubt.“.

Maßgebend für die Studierendenschaft ist ein Notensystem welches transparent und fair gestaltet ist. Es muss nachvollziehbar sein, wie eine Bewertung zustande kam und den Studierenden einen Mehrwert für zukünftige Prüfungsleistungen bieten. Für eine Reform ist ebenso zu beachten, dass eine Umrechnung von Prüfungsleistung in andere Notensysteme ermöglicht wird, um insbesondere der zunehmenden Internationalisierung des Jurastudiums Rechnung zu tragen, aber auch Studiengangswechselnden einen reibungslosen Wechsel zu ermöglichen.

Zu 4b: Regelstudienzeit = Durchschnittsstudiendauer

Bezüglich der Regelstudienzeit wurde die These aufgestellt, dass diese an die Durchschnittstudienzeit angepasst werden sollte. Mit einer allgemeinen Zustimmung von 71 % der gesamten Studienteilnehmenden und einer Quote von 80,9 % unter den Studierendenden, ist der Reformbedarf sehr deutlich sichtbar.

Insbesondere aus Sicht der Studienfinanzierung ist die Anpassung der Regelstudienzeit an die tatsächliche Durchschnittsstudiendauer sinnvoll[6]. Das BAföG orientiert sich bei der Förderungshöchstdauer an der Regelstudienzeit. In vielen Fällen endet diese im letzten Abschnitt des Studiums und stellt die ohnehin psychisch belasteten Studierenden vor eine weitere Hürde. Ein finanziell abgesichertes Studium mindert den psychischen Druck und ermöglicht ein Studium im Sinne der Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit.[7]

Zu 4c: Ausgestaltung der Zwischenprüfung

Die These „Die Zwischenprüfung sollte umfangreicher sein und den Stoff der Ersten juristischen Staatsprüfung umfassender abdecken.“, wurde nicht eindeutig beantwortet. Mit jeweils 1/3 der Stimmen wurden sowohl Zustimmung, Neutralität und Ablehnung ausgedrückt.

Für eine mögliche Reformierung der Zwischenprüfung, müsste die generelle Ausgestaltung des Prüfungsstoffes[8] betrachtet und anhand dessen eine Neuausrichtung durch sinnvolle Ergänzungen bzw. Reduzierungen angegangen werden. Grundsätzlich sollte eine Harmonisierung der Prüfungsinhalte in allen Bundesländern angestrebt werden und die juristische Methodenlehre der reinen Wissensvermittlung vorgezogen werden, iSd. § 30 GP.

Zu 4d: Betreuungsschlüssel

[5] Empirische Untersuchung zur Benotung in der staatlichen Pflichtfachprüfung und in der zweiten juristischen Staatsprüfung in Nordrhein-Westfalen von 2006 bis 2016; von Andreas Glöckner, Emanuel Towfigh und Christian Traxler (Stand: 22.01.2023)
[6] Vgl. § 56 GP
[7] Vgl. § 53 GP
[8] Vgl. These 3d, 3e.

Bezogen auf die These, dass es einer engeren Betreuung der Studierenden bedarf, gab es eine generelle Zustimmung von 68,2 % und eine generelle Ablehnung von lediglich 9,3% der Stimmen. Auch von Seiten der Studierenden gaben 71 % ihre generelle Zustimmung.

Eine Intensive Betreuung und Hilfestellung im Studium kann einem erfolgreichen Studium nur zuträglich sein, weswegen sowohl Dozierende als auch Studierende in Bezug auf den Betreuungsschlüsse Reformen begrüßen.

Zu 4e: Zulassung anderer Prüfungs-/Unterrichtsformen

Weiterhin wurde die These aufgestellt, dass neben Klausuren und Vorlesungen, als übliche Prüfungs- und Unterrichtsformen, auch andere Formen z.B. mündliche Prüfungen, Moot-Courts oder Seminare zugelassen werden sollten. Mit 68,7 % allgemeiner Zustimmung aller Teilnehmenden und lediglich einer allgemeinen Ablehnung dieser These von 12,2% ist der Bedarf nach Reformen eindeutig.

Dies wird auch im Grundsatzprogramm des BRF deutlich. § 6 Grundsatzprogramm erklärt, dass die Beibehaltung klassischer Veranstaltungskonzepte als Grundlage des Studiums dienen und mit innovativen

Angeboten ergänzt werden sollen. Ebenso ist eine Reduzierung von Klausuren zugunsten anderer Prüfungsformate wie bspw. Seminare, Moot Courts[9], Legal Clinics[10] oder mündlichen Prüfungen notwendig (vgl. § 21 Grundsatzprogramm).

Zu 4f: Digitale Lehre

Die These lautet „Vorlesungen und Seminare sollten digitalisiert werden“. 61,1 % der Teilnehmenden sprachen sich für eine Digitalisierung aus, während bloß 15,8 % diese ablehnten.

Dies entspricht der Position des BRF, der sich in § 22 seines Grundsatzprogramms dafür ausgesprochen hat, dass die Hochschulen eine geeignete digitale Infrastruktur zur Verfügung stellen sollen (Studienorganisation, Datenbanken, Lernplattformen), E-Learning (Nutzung digitaler Medien in der Lehre) gefördert werden soll, sowie Vorlesungsaufzeichnungen und -materialien online zur Verfügung gestellt werden sollen.

Interessant ist hier vor allem, dass Teilnehmende mit einer geringeren Notenstufe die digitale Lehre eher befürworten – ggfs. könnte dies so interpretiert werden, dass Studierende in diesen Notenstufen auch stärker von digitaler Lehre profitieren bzw. ggfs. diese Angebote auch eher nutzen.

Jedoch werden auch – insbesondere wohl von den Professor:innen – die „Schattenseiten“ der digitalen Lehre (Vorlesungen vor „schwarzen Kacheln“, ggfs. mangelnde Interaktion etc.) angesprochen. Der BRF sollte erwägen, solche Sorgen bzw. Missstände bei zukünftigen Positionierungen zu diesem Thema (sofern nicht bereits geschehen) ernst zu nehmen, und sich damit zu beschäftigen, wie diese ggfs. ausgeräumt werden können – insbesondere, da sie hauptsächlich von denjenigen geäußert wurden, die maßgeblich für einen Ausbau der digitalen Lehre verantwortlich sind bzw. Entscheidungsträger in diesen Belangen sind.

Zu 4g: Rechtsdidaktik

Diese These lautete „An den Universitäten braucht es eine verstärkte Auseinandersetzung mit der Rechtsdidaktik“. Hier war die überwiegende und vollständige Zustimmung bei insgesamt 71,2 % aller Teilnehmenden, was mit der Position des BRF übereinstimmt (vgl. § 23 Grundsatzprogramm). Nur 16,9 % der Teilnehmenden standen dieser These neutral gegenüber (Ablehnung: 7,3 %).

Wenig überraschend ist, dass die Professor:innen diese These zu 28,2 % voll oder überwiegend ablehnen, während diese Gruppe unter den Studierenden nur 5,3 % einnimmt. Hierbei sollte aber bedacht werden, dass es sich wohl um ein „Henne und Ei“-Problem handelt: Die große Ablehnung unter den Professor:innen ist wohl deren direkter Betroffenheit geschuldet. Wenn aber aufgrund zukünftiger Reformbestrebungen mehr Studierende „auf dem Weg“ zu einer etwaigen Professur mit Rechtsdidaktik konfrontiert werden, dürfte sich dieser Wert in Zukunft ändern. Insofern sollte der BRF bei entsprechenden Positionierungen bedenken, dass

[9] Vgl. § 46 GP.
[10] Vgl. § 47 GP.

sich das Problem mangelnder didaktischer Kenntnisse der Dozierenden einerseits nur langsam beheben lässt, andererseits aber auch hier offen auf die heutigen Dozierenden zugegangen werden muss und erwägt werden sollte, inwiefern sich deren mögliche „Scham“ über mangelnde didaktische Kenntnisse überwinden lässt (die der maßgebliche Grund für eine fehlende (Bereitschaft zur) Auseinandersetzung mit dem Thema sein dürfte).

Zu 4h: Auslandsaufenthalte

Diese These lautet „Es sollten verpflichtende Auslandsaufenthalte in das Studium integriert werden“. Das Grundsatzprogramm des BRF (siehe dort § 29 Abs. 4 S. 1) vertritt diese These nicht in dieser Absolutheit, sondern spricht sich nur dafür aus, dass alle Studierende die Möglichkeit haben müssen, ein Auslandsstudium zu absolvieren. Die Position des BRF deckt sich (jedenfalls im – logisch aber wohl nicht einwandfreien – Umkehrschluss) mit den Ergebnissen der Befragung: Bei 52,1 % aller Teilnehmenden traf diese auf Ablehnung; 21,0 % der Teilnehmenden stimmten ihr zu, während sich der zweitgrößte Teil (22,6 %) neutral verhielt.

Besonders signifikante oder diskussionswürdige Unterschiede zwischen den einzelnen Gruppen zeigten sich hierbei nicht.

Zu 4i: Universitäres Repetitorium

Diese These lautete „Das universitäre Repetitorium sollte ausgebaut werden“. Hier liegt der Zustimmungswert bei allen Teilnehmenden bei 83,1 % während die Ablehnung nur bei 1,2 % liegt und 7,2 % sich neutral positionierten. Dies deckt sich mit der Beschlusslage des BRF, der in § 36 seines Grundsatzprogramms ebenfalls für den Ausbau des universitären Repetitoriums plädiert.

Außer, dass die Professor:innenschaft (auch hier wohl aufgrund ihrer ggfs. stärkeren Betroffenheit) im Vergleich zu anderen Berufsgruppen „nur“ eine 72,7 %-ige Zustimmung erklärt hat, ergeben sich hier keine weiteren diskussionsbedürftigen Unterschiede zwischen den einzelnen Gruppen.

Zu 4j: Regelmäßiges Monitoring des Reformbedarfs

Diese These lautet „Es bedarf eines regelmäßigen Monitorings des Jurastudiums unter Einbindung der Studierenden im Hinblick auf einen etwaigen Reformbedarf“. Diese These erhielt eine 76,6 %-ige Zustimmung, während sich lediglich 6,1 % ablehnend und 12,7 % der Teilnehmenden neutral positionierten. Auch wenn sich ein regelmäßiges Monitoring nicht explizit im z.B. Grundsatzprogramm des BRF findet, liegt wohl auf der Hand, dass diese These (und auch das Befragungsergebnis) mit der Position und auch der aktuell geleisteten Arbeit des BRF übereinstimmen (insbesondere hinsichtlich der Einbindung der Studierenden).

Nicht weiter überrascht, dass die Zustimmung hier mit steigendem Alter (leicht) abnimmt. Etwas mehr überrascht, dass die vollständige Zustimmung mit steigender Notenstufe – teils signifikant – abnimmt; ggfs. wird von diesen Teilnehmenden der grundsätzliche Reformbedarf nicht so hoch eingeschätzt.

Naheliegend ist auch, dass die vollständige Zustimmung unter Professor:innen bzw. Mitarbeitenden der LJPAs eher gering ist (24,1 % bzw. 25,7 % gegenüber 62,1 % bzw. 63,5 % bei Studierenden bzw. Referendar:innen).

Insofern sollte der BRF den konstruktiven Austausch zwischen LJPAs bzw. Professor:innen fortführen und ggfs. auch die (Landes-)Fachschaften für Konstruktivität sensibilisieren, um LJPAs und Professor:innen etwaige (Berührungs-)Ängste vor dem Austausch mit Studierenden zu nehmen; natürlich stets unter Beachtung des schmalen Grats, nicht zu einem zahnlosen Tiger zu mutieren.

Block 5: Inhalte des Studiums

Zu 5a: Grundlagenfächer stärken

Das Stärken der Grundlagenfächer wurde von der Mehrheit der befragten Student:innen mit einer generellen Ablehnung (46,7%) beantwortet, während ein Übermaß der befragten Professor:innen jener generell zustimmte. Der BRF stimmt der These aber generell zu. Daher ist der BRF insbesondere der Auffassung, dass juristische Fakultäten ein Angebot an Grundlagenfächern aufweisen müssen auch, wenn es hierbei einer Zusammenarbeit über die eigene Fakultät hinaus, mit anderen Fakultäten, bedarf. Eine Stärkung der

Grundlagenfächer fördert die Interdisziplinarität in der juristischen Ausbildung und folglich auch die wissenschaftliche Kompetenz der Studierenden.

Zu 5b: Rechtsvergleichung

Die Frage nach der Internationalisierung im juristischen Studium ist in der Betrachtung des Ergebnisses maßgeblich von den jeweiligen Altersgruppen der Befragten sowie von dem Zeitpunkt des Studiums abhängig.

Während 66,7% der 78-jährigen und 28,6% der 69-jährigen der These zustimmen, stößt sie unter den 18-jährigen mit 40 und unter den 63-jährigen mit 41% auf Enthaltung. Eine neutrale Einstellung herrscht dagegen unter den 17-jährigen -mit lediglich einer abgegebenen Stimme-. Demgegenüber stehen 18,2% der 35-jährigen, welche die These absolut ablehnen.

Unter den Befragten zu dieser These befinden sich keine Personen im Altersbereich zwischen 19 bis 30 Jahren. Jene bilden aber den Großteil der Student: innen der Rechtswissenschaften ab. Des Weiteren ist die Internationalisierung der juristischen Ausbildung eine eher neuerer Diskurs, der mit der Einführung der Bologna-Reform einherging.

Die Internationalisierung des juristischen Studiums ist aus Sicht der Bundesfachschaft wünschenswert. Hierbei spielt die Interdisziplinarität eine große Rolle. Der Blick auf andere Rechtsverordnungen ermöglicht einen Vergleich und demnach auch eine kritische Auseinandersetzung mit der eigenen. Daher müssen Jurastudierende im Verlauf des Studiums unter anderem die Gelegenheit haben ein Auslandssemester zu absolvieren.

Zu 5c: Neue Inhalte nur bei Streichung der bestehenden

Mit einer Mehrheit von 2/3 entsprach genannte These nicht der erwarteten Zurückhaltung. Das Professorium stimmte der These ebenso mit 70,6% zu. Das Studium sowie die erste juristische Staatsprüfung quellen inhaltlich über. Nicht umsonst ist das juristische Studium ein „Kampf gegen das Vergessen“. Der BRF kann sich dieser These nur anschließen. Wir gehen insofern noch weiter, indem wir sogar eine umfangreiche Stoffreduzierung im Jurastudium fordern. So könnten neue Inhalte zum Beispiel in einem Wahlpflichtfachbereich behandelt werden. Welche Inhalte aber weiterhin fester Bestandteil des Studiums sein und welche durch Streichung anderer hinzukommen sollten, ist eine Frage, derer es längerer Diskussionen bedarf.

Zu 5d: Softskills

Auch dieser These schließt sich der BRF uneingeschränkt an. Die hohe Zustimmung über alle Alters- und Berufsgruppen hinweg beweist, dass die Nachfrage, sowohl bei den Auszubildenden als auch in der Praxis nach gut ausgebildeten Soft Skills notwendig ist. Hierbei ist insbesondere darauf hinzuwirken, dass die Schlüsselqualifikationen qualitativ und quantitativ aufgewertet werden.

Zu 5e: Rechtsgebietsübergreifende Ausbildung

Eine rechtsgebietsübergreifende Ausbildung ist hinsichtlich eines vernetzten Ansatzes und dem besseren Verständnis hinsichtlich der rechtlichen Materie sicherlich wünschenswert und könnte durchaus auch in die bestehenden Konzepte ergänzt werden. Der BRF spricht sich jedoch dagegen aus, dass Klausuren gebietsübergreifend gestellt werden. Angesichts der bestehenden hohen Herausforderungen und dem psychischen Druck sollte man die Studierenden nicht mit noch mehr Ungewissheiten belasten. Die vorsichtige Zustimmung und die vielen Enthaltungen in der Umfrage spricht auch dafür, erst einmal einige Anreize und Ansätze zu setzen, um das vernetzte Lernen zu fördern.

Zu 5f: Diversitätskompetenz

Dass die Gesamtheit der Jurastudierenden insgesamt relativ homogen ist und sich nicht besonders durch eine hohe Diversität auszeichnet ist relativ offensichtlich. Gerade deswegen ist es unserer Sicht enorm wichtig, dass Diversitätskompetenz im Studium umfassend vermittelt wird. Denn nur so können Jurist:innen später in ihren jeweiligen Tätigkeiten den gesellschaftlichen Realitäten Rechnung tragen. Der BRF setzt sich in seinem Grundsatzprogramm in §§ 50 und 51 für Antidiskriminierung und Gleichstellung ein: Das fängt bei klischee-

und stereotypenfreien Sachverhalten an und geht bis hin zu paritätisch besetzten Berufungskommissionen. Dennoch dürfen die Bemühungen dort nicht aufhören: Wir als Jurist:innen müssen die gesellschaftliche Realität in ihrer Diversität widerspiegeln: nur so können alle Perspektiven, wie die von Menschen mit Migrationsgeschichte, Menschen in Armut, von Sexismus oder Rassismus Betroffenen und geschlechtlichen und sexuellen Minderheiten in Rechtssetzung, -anwendung und -forschung miteinfließen.

Dass die Zustimmung in den jüngeren Altersgruppen verhältnismäßig höher ist, unterstreicht die wachsende Sensibilität für Diversität bei jungen Menschen. Es muss jedoch zu denken geben, dass sich die Zustimmung insgesamt nur in Grenzen hält, gerade unter den männlichen Befragten, wo die Zustimmungswerte als nur halb so hoch wie bei den weiblichen und diversen Befragten angegeben wurden. Dies muss den Anlass geben, dass sich Studierende auch mit ihren Privilegien auseinandersetzen müssen. Insgesamt ist aus Sicht des BRF eine (verstärkte) Vermittlung von Diversitätskompetenz in der juristischen Ausbildung unabdingbar. Weiterhin muss die juristische Ausbildung an sich diverser werden!

Zu 5g: Wissenschaftliche Ausrichtung des Studiums

Der BRF schließt sich der Forderung an, dass das juristische Studium wissenschaftlich ausgerichtet sein soll. Hervorzuheben ist hier vor allem der Schwerpunktbereich. Wir fordern außerdem in § 20 des Grundsatzprogramms, dass jede Fakultät Veranstaltungen zur spezifischen Vermittlung von Wissenschaftskompetenz anbietet. So können wissenschaftliche Inhalte auch regelmäßig in Vorlesungen und Seminaren integriert werden. Die Zustimmung unter den Studierenden verdeutlicht die Nachfrage. Jedoch darf bei aller Zustimmung nicht vergessen werden, dass die juristische Ausbildung auf juristische Berufe vorbereiten soll. Die Vermittlung der dazu notwendigen Kompetenzen muss daher weiter im Zentrum der Ausbildung stehen.

Zu 5h: Stärkere Einbindung der Professor:innen

Die stärkere Einbindung von Professor:innen, insbesondere in die Examensvorbereitung und die -prüfungen ist notwendig, um die Macht der kommerziellen Repetitorien zu brechen. Es sollten diejenigen prüfen, die die Studierenden auch ausbilden. Die hohe Zustimmung unter allen Teilnehmenden sollte den Professor:innen und den JPAs als Ansporn dienen diesem Ziel gerecht zu werden. Wir fordern vor allem die Professor:innen aus, sich mehr in die Examensvorbereitung und die -prüfungen einzubringen und weiterhin die Lehre stetig und kontinuierlich zu verbessern. Dazu gehört es aus unserer Sicht insbesondere, dass Professor:innen eine rhetorische und fachdidaktische Aus- und Weiterbildung erfahren (vgl. § 23 des Grundsatzprogramms). Wir freuen uns in jedem Fall, weiter mit den Professor:innen über die Reformen der juristischen Ausbildung zu diskutieren.

Für Rückfragen und Anmerkungen können Sie sich gerne an den Vorsitzenden des BRF, Jonathan Franz, wenden: vorsitz@bundesfachschaft.de

5. März 2023

LLI-Stellungnahme zur Studie von iur.reform

Der Liquid Legal Institute (LLI) e.V. ist ein neutraler, offener und interdisziplinärer Think Tank. Das LLI wurde im Jahr 2018 gegründet und hat seinen Sitz in München. Die LLI-Plattform vernetzt über 900 Mitglieder (Einzelpersonen, KMUs, große Unternehmen) die direkt oder indirekt an der digitalen Transformation des Rechts beteiligt sind. Das LLI setzt sich aktiv für die Digitalisierung des Rechts und insbesondere der Nutzbarmachung von Innovation in der Rechtspraxis ein. Das LLI ist in 5+1 Arbeitsgruppen organisiert:

- Ausbildung
- Neue Methoden
- Standardisierung
- Materielles Recht
- Digitalisierung
- Common Legal Platform

Das LLI unterstützt die Auseinandersetzung mit der aktuellen Juristenausbildung, dem Studium und neuen Lehrinhalten, da diese Bereiche wichtige Bestandteile der Bildungslandschaft sind und einen erheblichen Einfluss auf die Zukunft unserer Gesellschaft haben. Durch diese Auseinandersetzung können innovative und zukunftsorientierte Ideen für die Gestaltung von Lehrplänen und Ausbildungsprogrammen entwickelt werden. Neue Lehrinhalte und -methoden helfen, die Studierenden besser auf die Anforderungen der modernen Arbeitswelt vorzubereiten und ihnen die notwendigen Fähigkeiten und Kompetenzen zu vermitteln. Dies ist insbesondere für die Rechtspraxis und die Rechtswissenschaft von zentraler Bedeutung. Es ist notwendig, bestehende Ausbildungs- und Studienprogramme zu analysieren und Lösungsansätze für Probleme in diesen Bereichen zu entwickeln. Gezielte Forschung und Analyse, wie sie in diesem Fall von iur.reform durchgeführt wird, kann dazu beitragen, dass Bildungsinstitutionen ihre Ressourcen effizienter einsetzen und die Qualität ihrer Ausbildung verbessern können. Schließlich können die Bemühungen auch dazu beitragen, den gesellschaftlichen Dialog zu diesem Thema zu fördern und die Öffentlichkeit für die Bedeutung von Bildung und Studium zu sensibilisieren. Insgesamt kann ein Think Tank also dazu beitragen, dass Bildungsinstitutionen und politische Entscheidungsträger besser auf die Herausforderungen der Zukunft vorbereitet sind und die Bildungschancen für alle verbessert werden.

Vor diesem Hintergrund unterstützt das LLI die studentische Initiative von iur.reform und erkennt den großen Mehrwert der durchgeführten Studie an. Im Folgenden werden exemplarische Aussagen und Erkenntnisse der Studie hervorgehoben und deren Relevanz unterstrichen.

5. März 2023

Ergebnisdiskussion bzw. Darstellung

Zu Kapitel 3. II: „Allgemeine Zufriedenheit“

These „Ich bin mit dem universitären Teil der juristischen Ausbildung (inkl. Erste juristische Staatsprüfung) in ihrem gegenwärtigen Zustand zufrieden.“

Kernergebnis: „Die absolute Mehrheit ist unzufrieden mit der juristischen Ausbildung. Das trifft auf 52,8 % zu.“

Interpretation und kurze Kommentierung des LLI:

Es ist wichtig, dass die Studierenden mit ihren Studienbedingungen zufrieden sind, da dies direkte Auswirkungen auf den Erfolg und die Leistung während des Studiums hat. Wenn Studierende mit ihren Studienbedingungen unzufrieden sind, können sie sich gestresst, überfordert oder demotiviert fühlen, was zu schlechteren Leistungen in Lehrveranstaltungen und Prüfungen führen kann. Unzureichende Ausstattung, schlechte Lernbedingungen oder ein schlecht organisierter Stundenplan können ebenfalls dazu führen, dass sich die Studierenden nur schwer auf ihr Studium konzentrieren und ihre Ziele nicht erreichen können.

Die Zufriedenheit mit den Studienbedingungen kann sich auch auf das Wohlbefinden und die psychische Gesundheit auswirken. Wenn sich Studierende in ihrem Umfeld wohl und unterstützt fühlen, können sie sich besser auf ihr Studium konzentrieren und Stresssituationen besser bewältigen.

Darüber hinaus kann eine hohe Zufriedenheit mit den Studienbedingungen dazu beitragen, dass die Studierenden ihre Studienzeit als positiv und bereichernd empfinden und ihr Interesse am Studium aufrechterhalten. Dies kann sich langfristig auf die Karrierechancen und das berufliche Wohlbefinden auswirken.

Gesamtgesellschaftlich birgt eine derart ausgeprägte Unzufriedenheit die konkrete Gefahr, dass die Zahlen der Studienanfänger sinken, die (ohnehin sehr hohe) Durchfall- und Abbruchquote weiter auf hohem Niveau bleibt und sich so letztlich der Nachwuchsmangel in den juristischen Berufen verschärft.

Insgesamt ist es also wichtig, dass Studierende mit ihren Studienbedingungen zufrieden sind, um erfolgreich zu sein, sich wohlzufühlen und langfristig positive Auswirkungen auf ihre Karriere und ihr Leben zu haben.

Zu Kapitel 3. VII: „Legal Tech“

These „Legal Tech sollte Bestandteil des Studiums werden.“

Kernergebnis: „[…] auffällig ist, dass die absolute Mehrheit für eine Erweiterung des Prüfungsstoffes um Legal Tech Inhalte gestimmt hat."

Interpretation und kurze Kommentierung des LLI:

Es gibt viele Gründe, warum es wichtig ist, sich während des Studiums mit Legal Technology und Innovation zu beschäftigen. Hier sind einige Gründe:

1) Berufliche Vorteile: Legal Tech und Innovation spielen in fast allen Berufsfeldern eine immer wichtigere Rolle. Wer bereits während des Studiums Erfahrungen in diesen Bereichen sammelt, ist im Berufsleben besser aufgestellt und hat einen Vorteil gegenüber anderen Bewerbern.

2) Karrierechancen: Legal Technology und Innovation bieten oft vielfältige Karrieremöglichkeiten. Ein Studium, das sich mit diesen Themen befasst, kann den Zugang zu diesen Karrieren eröffnen.

3) Zukunftsfähigkeit: In einer von Legal Tech getriebenen Welt ist es wichtig, sich frühzeitig damit auseinanderzusetzen, um auch in Zukunft erfolgreich zu sein. Wer frühzeitig Erfahrungen in diesen Bereichen sammelt, kann besser auf zukünftige Herausforderungen reagieren.

4) Innovatives Denken: Die Beschäftigung mit Legal Tech kann kreatives und innovatives Denken fördern. Es kann dazu beitragen, dass Studierende neue Ideen und Lösungen entwickeln, die in verschiedenen Bereichen eingesetzt werden können.

5) Gesellschaftlicher Nutzen: Technologie und Innovation haben das Potenzial, gesellschaftliche Probleme zu lösen und positive Veränderungen herbeizuführen. Durch die Auseinandersetzung mit diesen Themen können Studierende zu positiven Veränderungen in der Gesellschaft beitragen.

Aus unserer Erfahrung wird derzeit der Begriff „LegalTech" im Diskurs oft eher als Sammelbegriff für die neuen Kompetenzen verwendet, die für die Gestaltung der Transformation im Rechtsmarkt erforderlich sind. Die Vielfalt der erforderlichen Kompetenzen und die damit verbundene Vielfalt der neuen Betätigungsfelder und Berufsprofile erfordert eine Ergänzung der juristischen Ausbildung, die deutlich über den Bereich „LegalTech" im engeren Sinne hinausgeht.

Zu Kapitel 3. XIII: „Online-Datenbanken"

These „Der Zugriff auf Online-Datenbanken sollte in der Ersten juristischen Staatsprüfung erlaubt werden."

Kernergebnis: „Wohl tendenziell Ablehnung."

Interpretation und kurze Kommentierung des LLI:

Es ist wichtig, dass Studierende während ihres Studiums Zugang zu Online-Informationen haben, da das Internet eine enorme Menge an Wissen und Ressourcen bietet, die für die Vorbereitung von Kursen, Prüfungen und Forschungsprojekten von unschätzbarem Wert sind. Insgesamt ist der Zugang zu Online-Informationen für Studierende von entscheidender Bedeutung, um ihr Wissen und ihre Fähigkeiten – auch im Umgang mit diesem Hilfsmittel – zu erweitern, ihre akademischen Ziele zu erreichen und sich auf ihre zukünftige Karriere vorzubereiten.

Während des ersten juristischen Staatsexamens scheint der Bedarf an einem solchen Zugang derzeit jedoch noch nicht vollständig gedeckt zu sein. Die Studierenden scheinen weiterhin einen Mehrwert darin zu sehen, sich so intensiv mit den Themen zu befassen, dass der Zugang zu Online-Datenbanken nicht notwendig erscheint.

Beim Themenkomplex „Online-Informationen" sollte die aktuelle und sehr dynamisch Entwicklung im Bereich generativen KI-Tools (z.B. ChatGPT) im Blick behalten werden. Diese haben das Potenzial die juristische Arbeit nachhaltig und grundlegend zu verändern. Ob und wie sich diese Entwicklung dann in der juristischen Ausbildung und Prüfung widerspiegeln muss, dürfte dann nochmal neu zu bewerten sein.

Zu Kapitel 3. XVII: „Emotionale Entlastung"

These „Das Jurastudium steht für Desintegration, Entpersonalisierung, und Isolation. Daraus folgt eine Angstkultur."

Kernergebnis: „Die vollständige Zustimmung ist in allen Altersgruppen grundsätzlich sehr hoch und liegt durchschnittlich bei ca. 50%."

Interpretation und kurze Kommentierung des LLI: Das LLI beschäftigt sich intensive mit Well-being in the Legal Profession[1]. Es gibt viele Gründe, diesen Aspekt der Studie sehr ernst zu nehmen. Mehr dazu in der LLI-Studie (siehe Fußnote) und im Folgenden:

1) Auswirkungen auf das Wohlbefinden: Wenn sich Studierende desintegriert, entpersonalisiert und isoliert fühlen, kann dies erhebliche Auswirkungen auf ihr Wohlbefinden und ihre psychische Gesundheit haben. Eine Kultur der Angst kann zu Stress, Angstzuständen und Depressionen führen, die sich langfristig negativ auf die Gesundheit und das Leben der Studierenden auswirken können.

2) Auswirkungen auf die Lernleistung: Wenn sich Studierende in einem solchen Umfeld nicht wohl fühlen, kann dies ihre Fähigkeit beeinträchtigen, effektiv zu lernen und zu studieren. Eine Kultur der Angst kann zu Desinteresse, Verwirrung und geringer Motivation führen, was sich negativ auf die Lernleistung und den Studienerfolg auswirken kann.

[1] https://www.liquid-legal-institute.com/workinggroups/lawyer-wellbeing/

3) Auswirkungen auf die berufliche Praxis: Eine Kultur der Angst im Jurastudium kann auch negative Auswirkungen auf die berufliche Praxis haben. Studierende können unethisches Verhalten entwickeln oder dazu neigen, sich zu überanstrengen, um den Anforderungen des Berufslebens gerecht zu werden, was zu einer schlechten Arbeitsethik und Gesundheitsproblemen führen kann.

4) Auswirkungen auf die Gesellschaft: Ein Jurastudium, das auf einer Kultur der Angst basiert, kann auch Auswirkungen auf die Gesellschaft haben. Studierende, die in einem solchen Umfeld ausgebildet werden, sind möglicherweise nicht in der Lage, die Fähigkeiten und Werte zu entwickeln, die für eine erfolgreiche und ethische Praxis erforderlich sind. Dies kann dazu führen, dass das Vertrauen der Öffentlichkeit in das Rechtssystem beeinträchtigt wird und das Vertrauen in Anwälte und Richter sinkt.

5) Notwendigkeit einer Veränderung: Die Kultur der Angst im Jurastudium ist ein Symptom für ein größeres Problem in der akademischen Welt und muss dringend verändert werden. Universitäten müssen Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass Studierende in einem positiven, unterstützenden und integrativen Umfeld studieren können. Es ist wichtig, dass die Studierenden Fähigkeiten wie Empathie, Zusammenarbeit und Kommunikation entwickeln, um als erfolgreiche Juristen und Mitglieder der Gesellschaft agieren zu können.

Insgesamt sind Desintegration, Entpersönlichung und Isolation während des Jurastudiums und die daraus resultierende Kultur der Angst schädlich für die Studierenden, die Berufspraxis und die Gesellschaft als Ganzes. Es ist wichtig, dass die Universitäten Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass das Jurastudium in einem positiven und unterstützenden Umfeld stattfindet, damit die Studierenden erfolgreich und ethisch arbeiten können.

Zu Kapitel 3. XLIV: „Diversitätskompetenz"

These „In der Lehre sollten Diversität und Diversitätskompetenz gestärkt werden."

Kernergebnis: „Das Zustimmungsbild ist auf den ersten Blick recht gemischt. Es finden sich nur 27,1 % der Stimmen für eine volle Zustimmung, dagegen stehen 18,6 % volle Ablehnung. Kumuliert liegt eine relative Mehrheit bei der Zustimmung mit insgesamt 42,6 %. Knapp ein Viertel der Teilnehmenden (25,2 %) ist gänzlich unentschieden."

Interpretation und kurze Kommentierung des LLI:

1) Repräsentation der Gesellschaft: Eine der Hauptaufgaben des Rechtssystems ist es, die Gesellschaft zu repräsentieren und ihre Bedürfnisse und Interessen zu schützen. Wenn Juristen selbst nicht divers sind oder nicht über Diversitätskompetenz verfügen, können sie die Rechte und Interessen aller Mitglieder der Gesellschaft, insbesondere marginalisierter Gruppen, nicht wirksam vertreten.

2) Effektive Zusammenarbeit: Juristen arbeiten häufig mit Menschen unterschiedlicher Herkunft und Kultur zusammen, insbesondere in internationalen Rechtsstreitigkeiten oder bei der Vertretung von Minderheiten. Eine effektive Zusammenarbeit erfordert Diversitätskompetenz und die Fähigkeit, die Bedürfnisse und Perspektiven verschiedener Gruppen zu verstehen und zu respektieren.

3) Einhaltung ethischer Standards: Juristen haben ethische Standards und Pflichten, die sie einhalten müssen, um sicherzustellen, dass sie ihre Aufgaben auf faire, gerechte und unparteiische Weise erfüllen. Diversitätskompetenz und die Fähigkeit, mit einer Vielzahl von Menschen mit unterschiedlichem Hintergrund und aus verschiedenen Kulturen umzugehen, sind wesentliche Bestandteile dieser ethischen Standards. Wenn Juristen nicht über Diversitätskompetenz verfügen, können sie gegen ethische Standards und Pflichten verstoßen, indem sie unbewusst Vorurteile oder Diskriminierung gegenüber bestimmten Gruppen zeigen.

Insgesamt ist es wichtig, in der Ausbildung von Juristen die Vielfalt und Diversitätskompetenz zu stärken, um sicherzustellen, dass sie in der Lage sind, die Bedürfnisse und Interessen aller Mitglieder der Gesellschaft wirksam zu vertreten, effektiv mit Menschen mit unterschiedlichem Hintergrund und aus verschiedenen Kulturen zusammenzuarbeiten und ethischen Standards und Verpflichtungen gerecht zu werden.

Zu Kapitel 3. XXXIV: „Digitale Lehre"

These „Vorlesungen und Seminare sollten digitalisiert werden."

Kernergebnis: „Auch hier fällt die Resonanz insgesamt positiv aus. Es ergibt sich eine kombinierte absolute Mehrheit i. H. v. 61,1 % zugunsten der These. Knapp 1/5 der Teilnehmenden hat sich für eine neutrale Position entschieden mit 18,7 %."

Auslegung und kurzer Kommentar des LLI:

Die Digitalisierung der juristischen Ausbildung und insbesondere von Vorlesungen und Seminaren kann aus verschiedenen Gründen wichtig sein. Hier sind drei Gründe:

1. Flexibilität und Zugänglichkeit: Durch die Digitalisierung können Vorlesungen und Seminare flexibler und zugänglicher gestaltet werden. Studierende können von überall auf Vorlesungen und Materialien zugreifen und ihr Studium besser in ihren Alltag integrieren.

2. Effizienz und Zeitersparnis: Mit digitalen Lernmethoden und -materialien können Studierende effizienter lernen und Zeit sparen. Sie können Lerninhalte schneller und effektiver aufnehmen und sich besser auf Prüfungen vorbereiten. Gleichzeitig eröffnet sich damit die Chance fachspezifische Digitalkompetenz zu erwerben, z.B. durch die Arbeit mit digitalen juristischen Anwendungen und Hilfsmitteln.

3. Interaktivität und Engagement: Digitale Lehrmethoden können auch zu mehr Interaktivität und Engagement der Studierenden führen. Durch den Einsatz interaktiver Lernmethoden wie Gamification oder Online-Diskussionen können Studierende besser in den Lernprozess eingebunden werden und haben dadurch mehr Spaß und Motivation am Studium.

Abschlussbemerkung

Das LLI beschränkt sich auf ausgewählte Aspekte der Studie. Es ist wichtig, die Diskussion über die Reform und die Überarbeitung offen und neutral zu führen, um sicherzustellen, dass alle relevanten Informationen, Perspektiven und Meinungen berücksichtigt werden und die Reform auf einer vernünftigen und ausgewogenen Grundlage beruht. Eine offene und neutrale Herangehensweise wird dazu beitragen, dass die Bildungsreform breite Unterstützung findet und ihre Umsetzung effektiver wird.

iur.reform trägt mit der vorliegenden Arbeit dazu bei, ein Stimmungsbild in Deutschland einzufangen und sehr umfassend darzustellen. Die Studie ist sehr gut gemacht und überzeugt durch eine sehr große Stichprobe (n > 10000). Die Fragen decken ein sehr breites Themenspektrum ab und geben einen guten Überblick über den Handlungsbedarf in vielen Bereichen.

Auf einer übergeordneten Ebene lässt sich festhalten, dass an vielen Stellen Überarbeitungs- und Reformbedarf besteht. Die Ergebnisse der Studie ermöglichen einen konstruktiven Ansatz zur Verbesserung der Bildungslandschaft und zeigen Verbesserungspotenziale auf.

Das LLI hofft, dass die Ergebnisse von iur.reform breit diskutiert und rezipiert werden. Die Arbeit wird jedenfalls mit den bestehenden Arbeits- und Projektgruppen des LLI geteilt, so dass die Ergebnisse von den Mitgliedern und Partnern berücksichtigt werden können.

Für Rückfragen stehen wir via info@liquid-legal-institute.org jederzeit zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Liquid Legal Institute e. V.
(vertreten durch die Vorstände Kai Jacob, Dr. Dierk Schindler und Dr. Bernhard Waltl)

Disclaimer: die Antworten und Stellungnahmen des LLI wurden mit Unterstützung von GenerativeAI und ChatGPT erstellt und vor der Veröffentlichung mittels Deepl Write (BETA) geprüft und dem Vorstand des Liquid Legal Institutes überarbeitet und freigeben.

DeutscherAnwaltVerein

Stellungnahme

des Deutschen Anwaltvereins durch den Ausschuss Aus- und Fortbildung

zur Studie des Bündnisses zur Reform der juristischen Ausbildung e.V. auf Basis der Kampagne iur.reform

Stellungnahme Nr.: 30/2023 Berlin, im Mai 2023

Mitglieder des Ausschusses Aus- und Fortbildung

- Rechtsanwältin Sabine Gries-Redeker, Bonn
  (Vorsitzende und Berichterstatterin)
- Rechtsanwältin Ulrike Gantert, Karlsruhe
- Rechtsanwalt Dr. Sven Hasenstab, Hannover
- Rechtsanwalt Detlev Heyder, Freiburg
- Rechtsanwältin Dorela Kress, Esslingen am Neckar
- Rechtsanwalt Dr. Rainer Markfort, Berlin
- Rechtsanwältin Christine Volohonsky, München

Zuständig in der DAV-Geschäftsstelle

- Rechtsanwältin Bettina Bachmann

Deutscher Anwaltverein
Littenstraße 11, 10179 Berlin
Tel.: +49 30 726152-0
Fax: +49 30 726152-190
E-Mail: dav@anwaltverein.de

Büro Brüssel
Rue Joseph II 40, Boîte 7B
1000 Brüssel, Belgien
Tel.: +32 2 28028-12
Fax: +32 2 28028-13
E-Mail: bruessel@eu.anwaltverein.de
Transparenz-Registernummer:
87980341522-66

www.anwaltverein.de

Verteiler

- Bündnis zur Reform der juristischen Ausbildung e.V.
- Bundesministerium der Justiz
- Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages
- Justizministerien/Justizsenatoren und Justizsenatorinnen der Bundesländer
- Arbeitskreis sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen
- Bundesnotarkammer
- Bundessteuerberaterkammer
- Bund studentischer Rechtsberater e.V.
- Bundesverband rechtswissenschaftlicher Fachschaften
- Bundesverband der Freien Berufe
- Bundesrechtsanwaltskammer
- Deutscher Juristentag
- Deutscher Juristen-Fakultätentag
- Deutscher Notarverein
- Deutscher Steuerberaterverband
- Deutscher Richterbund
- ELSA Deutschland e.V.
- Hans Soldan Stiftung
- Junge Wissenschaft im öffentlichen Recht e.V.
- Neue Richtervereinigung
- Refugee Law Clinics Deutschland Dachverband e.V.
- Wirtschaftsprüferkammer
- Deutscher Juristinnenbund
- Vorstand und Geschäftsführung des DAV
- Vorsitzende der Landesverbände des DAV
- Vorsitzende der Gesetzgebungsausschüsse des DAV
- Mitglieder des Gesetzgebungsausschusses Aus- und Fortbildung
- Mitglieder des Geschäftsführenden Ausschusses des FORUM Junge Anwaltschaft
- Redaktion NJW
- Redaktion JuS

- Redaktion LTO
- Redaktion Juristenzeitung

Der Deutsche Anwaltverein (DAV) ist der freiwillige Zusammenschluss der deutschen Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte. Der DAV versammelt mehr als 61.000 Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte sowie Anwaltsnotarinnen und Anwaltsnotare, die in 253 lokalen Anwaltvereinen im In- und Ausland organisiert sind. Er vertritt die Interessen der deutschen Anwaltschaft auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene. Der DAV ist im Lobbyregister für die Interessenvertretung gegenüber dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung zur Registernummer R000952 sowie im Transparenzregister Landtag Mecklenburg-Vorpommern eingetragen.

---

1. Grundsätzliche Anmerkung:

Die Initiative iur.reform hat eine umfangreiche Studie rund um die Juristenausbildung vorgelegt. Diese Studie beleuchtet das Jura-Studium und Reformthesen aus sehr unterschiedlichen Perspektiven, nämlich aus der Warte der Studierenden, der Hochschule, der Praxis und dies auch in unterschiedlichen Altersgruppen der jeweiligen Gruppen und auch nach Geschlecht geordnet. Angesichts des enormen Nachwuchsmangels in allen juristischen Berufen stehen wir vor der großen Herausforderung, wie wir jungen Menschen das Studium der Rechtswissenschaften und juristische Berufe nahebringen können. Eine ausreichende Anzahl an gut ausgebildeten Juristinnen und Juristen sind unabdingbar für einen funktionierenden Rechtsstaat.
Mit dieser Studie leistet iur.reform einen wichtigen Beitrag zur Debatte, wie dieses akute und weit in die Zukunft reichende Problem angegangen werden könnte. Sie untersucht, wie die unterschiedlichen Ansätze dazu aus unterschiedlichen Blickwinkeln gesehen werden. Unabhängig davon, ob diese oder jene aufgestellte These zu teilen ist oder nicht, liefert die Studie Erkenntnisse darüber, ob diese oder jene Reformidee eine Chance hat, sich mit breiter Unterstützung durchzusetzen. Dies ist wichtig, damit man sich nicht verzettelt und Reformen einfordert, die von vorneherein keine Chance haben, umgesetzt zu werden. Als beispielhaft sei hier zu erwähnen, dass sich die Studie nochmals mit der einstufigen Juristenausbildung befasst und immerhin die Erkenntnis liefert, dass diese bei allen Interessengruppen keine Mehrheit fand, und zwar selbst bei denjenigen Juristinnen und Juristen, die selbst noch dieses Ausbildungsmodell durchlaufen haben. Daher macht es auch keinen Sinn, hier erneut eine Diskussion zu eröffnen und Forderungen aufzustellen.

2. Kernerkenntnis

Die Studie bringt zu Tage, dass die Studierenden einen großen Druck empfinden, im Examen zu scheitern und gegebenenfalls nach vielen Studienjahren vor dem existenziellen Nichts zu stehen. Daraus leitet sich ein extremes Stressempfinden ab, was offensichtlich interessierte junge Menschen von dem Studium und einem juristischen Beruf abhält oder sie zur Aufgabe des Studiums bringt. Dies ist sehr ernst zu nehmen, denn es ist immer fatal, junge Menschen mit ihren Sorgen und Ängsten nicht ernst zu nehmen. Zu lange wurde dies ignoriert bzw. belächelt.

Demgemäß muss sich zunächst die Hochschule und auch alle anderen Institutionen, die an der Ausbildung beteiligt sind, dieser Ängste annehmen. Auch hilft es nicht zu beklagen, dass eventuell frühere Jahrgänge besser auf die Hochschule vorbereitet gewesen sein sollen. Wir müssen uns vergegenwärtigen, dass wir erstmalig in der Geschichte der Bundesrepublik Studienanfänger, Studierende und Examensjahrgänge sowohl im 1. wie im 2. Staatsexamen haben, die aufgrund der Corona-Pandemie sehr erschwerte Schul-, Studien- und Lernbedingungen hatten. Daher ist es ungeachtet konkreter Reformideen notwendig, Anlaufstellen für Studierende anzubieten, wenn sie sich psychisch und physisch überfordert fühlen. Ferner erscheint es unerlässlich, diese Angebote auch darauf auszurichten, wie man Strategien entwickeln kann, mit Stress und Prüfungsängsten umzugehen. Dies ist auch für die spätere Berufsausübung von Bedeutung und wichtig, da auch dort mit Stress umzugehen ist.

Ratsam wäre, nicht nur auf die allgemeinen psychologischen Beratungsstellen zu verweisen, die ohnehin wohl schon bei vielen Universitäten eingerichtet sind, sondern es ist auch daran zu denken, ob man fachspezifische Beratungsstellen anbietet. Mathematiker:innen haben möglicherweise andere Stressfaktoren und Bedingungen als Jurist:innen.

3. Reformideen

Die Studie liefert eine Reihe von Reformthesen, die im Ergebnis alle darauf abzielen, mit Veränderungen im Stoff, Einführung von Bachelor- und Masterabschlüssen sowie Prüfungsmechanismen das Studium attraktiver zu gestalten und dem Versagensstress

entgegenzuwirken. Das Verdienst der Studie dabei ist, nicht nur Thesen aufzustellen, sondern auch zu untersuchen, wie diese Ideen bei den Betroffenen ankommen und unterstützt werden würden.

Bevor auf einige von diesen Vorschlägen eingegangen wird, sollte man sich vor Augen führen, dass es nicht darum gehen kann, die Qualität der Juristenausbildung abzubauen, denn gleichwohl ist im Blick zu behalten, dass die Förderung des Juristennachwuchses nicht auf Kosten der Qualität der Ausbildung gehen darf.

Im Einzelnen:
a) Die Studie setzt sich näher damit auseinander, ob es mit Blick auch auf die spätere Arbeitsweise in der Praxis sinnvoll ist, bereits im Rahmen des Studiums und im ersten Staatsexamen die Verwendung von Kommentaren zu erlauben. Angesichts der Stofffülle wäre dies auch eine Entlastung von der sturen Wissensanhäufung.

Es ist zu konzedieren, dass die Nutzung von Kommentaren ein wichtiges Werkzeug bei der juristischen Tätigkeit ist. Aus diesem Grunde ist es wichtig, dass angehende Juristinnen und Juristen von Beginn an lernen, mit Kommentarliteratur als Handwerkszeug umzugehen.

Aus der Studie leitet sich ab, dass sich insbesondere Studierende von der Kommentarverwendung versprechen, bei der Aneignung von Stoffwissen entlastet zu sein. Dem liegt die Annahme zu Grunde, dass die Klausuren insbesondere im Studium und im Examen auf Wissensabfragung und „richtigen“ Lösungsergebnissen ausgerichtet seien.

Dies ist aber nicht der Fall. Der Fokus der Klausuren ist darauf gerichtet abzuprüfen, ob mit juristischer Methode und durchdachter Argumentation vorgegangen wurde. Klausuren werden nicht zwangsläufig „leichter“, wenn Kommentare verwendet werden. Auch die Anwendung von Kommentaren verlangt ein bestimmtes Wissensfundament und Methodenkenntnis.

Es scheint, dass eine Fehlvorstellung von der Zielrichtung der Klausuren bei Studierenden sich eingeprägt hat, die möglicherweise auch von kommerziellen Repetitorien geprägt ist.

b) Die Studie bringt in jedem Fall deutlich zu Tage, dass die Studierenden sich von der Stofffülle erheblich belastet fühlen. Hier ist es wichtig, dass in den Ausbildungsgesetzen und Regelungen ein Augenmaß geübt wird, die Stoffmenge nicht überborden zu lassen, sondern den Fokus in der universitären Ausbildung vor allem auf die Strukturen des Rechts zu lenken und nicht auf Detailwissen. Gleichzeitig muss der Stoff auf seine Relevanz in der heutigen und auf die zukünftige rechtliche Realität ausgerichtet sein. Spielte vor einigen Jahrzehnten Europa nur am Rande in der Juristenausbildung eine Rolle, so ist dies heute und in Zukunft anders. Daher ist es unerlässlich auch in der universitären Ausbildung bereits das Europarecht in die Ausbildung einzubeziehen und andere Rechtsgebiete, die an Relevanz verloren haben, aus dem Pflichtkanon zu nehmen. Das muss nicht bedeuten, dass wissenschaftlich damit Rechtsbereiche nicht mehr erforscht werden können. Es ist dem Image entgegenzuwirken, ein Studium der Rechtswissenschaft sei ein reines „Paukstudium“.

c) Interessant ist der Ansatz, dass die Bewertung durch die Zweitkorrektur in Unkenntnis der Erstkorrektur erfolgen soll. Dem liegen auch wichtige Erkenntnisse aus psychologischen Studien zugrunde, die belegen, dass unbewusst eine Orientierung an der Erstkorrektur erfolgt, wenn man diese kennt. Daher fördert die isolierte Bewertung eine faire Beurteilung. Dies bedeutet, dass die Zweitkorrektoren dadurch allerdings sich auch intensiver mit der zu beurteilenden Arbeit auseinandersetzen müssen. Leider ist unabhängig von der Studie zu bemerken, dass die aufwendige Tätigkeit als Korrektorin oder Korrektor mit einer geringen Aufwandsentschädigung vergütet wird. Hier sollte sich etwas ändern. Die iur.reform-Studie lässt deutlich erkennen, dass dieser Ansatz auf positive Resonanz insgesamt gestoßen ist. Dies sollte man weiterverfolgen.

Auch sollte bereits im Studium geschaut werden, dass die Klausuren angemessen korrigiert werden. Denn eine angemessen korrigierte Klausur hilft den Studierenden zu erkennen, worauf es ankommt. Wenn hingegen die Korrektur den Eindruck erweckt, dass nur Wissen abgehakt wird bzw. ein Ergebnis, dann verfestigt man die Angst, dass eine

unermessliche Stoffanhäufung der Schlüssel zum Examen ist, der man sich nicht gewachsen sieht.

d) Die Studie wirft erneut die Frage auf, ob innerhalb des Jurastudiums nicht auch die Abschlüsse anzubieten sind, die letztlich das Bologna-Modell vorsieht, z.B. den integrierten Bachelor aber auch den Master (die Frage des integrierten Bachelors soll an dieser Stelle hier nicht erörtert werden). In der Studie wird der Frage nachgegangen, ob mit Absolvierung des Schwerpunktbereiches zugleich von der Universität ein Master gewährt werden soll. Man verspricht sich u.a. davon, gegebenenfalls einen Abschluss aufzuweisen, der international eher nachvollzogen werden kann als ein erstes und zweites Staatsexamen.

Ob indes dieser Ansatz dazu führt, das Studium attraktiver zu machen und auch einem Nachwuchsmangel entgegenzuwirken, erscheint mehr als fraglich. Um in einem juristischen Beruf tätig zu sein, ist nach wie vor die Absolvierung der Staatsexamina notwendig. Auch ist mit der Innehabung eines Masters nicht zwangsläufig national- wie international eine Verbesserung beruflicher Chancen verbunden. Auch in internationalen Anwaltskanzleien und Behörden ist die Qualität der beiden Staatsexamina bekannt. Der Schwerpunkt spielt auf dem Arbeitsmarkt nur begrenzt eine Rolle. Das eigentliche Problem wird damit nicht beseitigt.

Immerhin ist die Vergabe eines Masters an der Universität auch an erhebliche Qualitätskriterien geknüpft. Dies dürfte auch z.B. für den Bachelor im Ergebnis gelten. Wollte man also den Schwerpunkt auf ein Masterniveau einstufen, könnte dies eher zu einer Mehrbelastung im Studium führen.

Insgesamt zeigt die Studie auch, dass die Debatte um einen Master nur am Rande geführt wird. Bei allen Interessengruppen spielt die Forderung der Einführung eines Masters für den Schwerpunkt keine maßgebliche Rolle und hat letztlich auch bei der Frage nach Reformansätzen insoweit keine Relevanz.

e) Unter anderem befasst sich die Studie auch nochmals mit der Frage, ob eine Laufbahnausbildung in den Blick genommen werden sollte. Dies hätte zwangsläufig die Abkehr vom Volljuristen zur Folge.

Bemerkenswert war, dass zunächst erwartet wurde, dass gerade in der Anwaltschaft eine sparten oder Laufbahnausbildung Zuspruch finden würde, da die Mehrheit der Absolventen einen Anwaltsberuf später ausüben würden. Die weitere Untersuchung bestätigte diese Annahme nicht. Sie offenbarte, dass letztlich auch gerade Anwält:innen die Volljuristenausbildung zu schätzen wissen. Das Modell des Volljuristen bedeutet nämlich auch, dass sich Rechtsprechung und alle anderen an rechtlichen Verfahren beteiligte Jurist:innen auf Augenhöhe begegnen können, weil letztlich dieselbe Ausbildung durchlaufen wurde und jeder auch Einblick in den anderen Berufsbereich gewonnen hat. Bei Kontakten mit Kolleg:innen außerhalb von Deutschland bemerkt man schnell, das deutsche Anwält:innen gerade um diesen Vorteil sogar beneidet werden.

Die Studie belegt, dass die Frage der Spartenausbildung in der Breite bei den Betroffenen nicht als Reformziel angedacht ist. Das Thema Spartenausbildung dürfte somit nicht zur Diskussion stehen.

4. Fazit

Anhand der Studie ergibt sich, dass mit allen, die an der Juristenausbildung beteiligt sind, eine sachliche Debatte stattfinden muss, wie mit Sorgen und Ängsten der Studierenden umgegangen werden sollte.

3 Methodik

Nachdem in der Einleitung bereits dargelegt wurde, wie das Projekt „iur.reform“ entstanden ist, soll im Folgenden nunmehr die Methodik des Projektes dargelegt werden. Dazu wird zunächst beleuchtet, welche Daten wie gesammelt wurden, anschließend wird der Verlauf der Abstimmung kurz besprochen, bevor die beabsichtigte Auswertungsmethode aufgezeigt wird.

1. Thesenentwicklung und Abstimmungsdesign

Zur Abstimmung auf der Webseite iurreform.de standen 44 Thesen. Dabei sind 43 Thesen vorformulierte[1], die 44. betrifft eine hinzugedachte Gegenfrage (dazu weiter unten mehr). Eine 45. „These“ (auf der Webseite die 44.) fragt die Teilnehmenden, welcher Reformvorschlag noch fehlt.

Um die Thesen zu formulieren haben wir haben 278 Literaturbeiträge aus Fachzeitschriften, Monografien oder auch Blogbeiträgen, die zwischen den Jahren 1989 und 2020 veröffentlicht wurden, zusammengetragen. Die Literaturrecherche erfolgte bis Mai 2020. Dafür wurden sieben ausgewählte Datenbanken[2] anhand von festgelegten Begriffen durchsucht[3]. In die Datengrundlage eingeschlossen wurden letztlich Artikel, die nach 2000 erschienen sind (um die Debatte, die um die Einführung des Schwerpunktstudiums bestand, nicht abzubilden). Ausgeschlossen wurden zudem Beiträge, auf die die Initiative keinen Zugriff hatte.[4] Im Sommer 2020 ergänzte die Initiative Beiträge per Handsuche. Insgesamt konnten so 200 Beiträge vollständig ausgewertet werden. Die Gesamtschau der Aufsätze kann eingesehen werden.[5]

Die Aufsätze wurden anschließend unter Mitgliedern der Gruppe aufgeteilt und nach den dort genannten Reformoptionen samt Pro- und Contra-Argumenten gegliedert. Sodann wurden diese Einzelauswertungen zu einer Tabelle zusammengetragen, in der alle Reformoptionen samt Pro- und Contra-Argumenten mit den jeweiligen Quellenangaben[6] einsehbar sind. Die Tabelle kann abgerufen werden.[7]

Die ermittelten Reformoptionen haben wir sodann zu einem Fragebogen zusammengestellt. Ausgelassen wurden dabei Reformoptionen, die anhand unserer Literaturauswertung nur von einzelnen Autor:innen vertreten und damit als nicht relevant für den Gesamtdiskurs bewertet wurden, um einen Mittelweg zwischen einer möglichst umfassenden Abbildung und der Überfrachtung der Abstimmung entgegenzuwirken. Aus den über 60 ermittelten Reformoptionen wurden dann 43 in den Fragebogen übernommen. Eine 44. These wurde zur Klarstellung mit aufgenommen, und zwar „Neue Inhalte nur bei Streichung von Bestehendem“ (Im Fragebogen Nr. 5.3, siehe unten). Diese Aufnahme erfolgte, da auch eine These zur Aufnahme neuer Inhalte existierte. Wir beabsichtigten damit eine Gegenprüfung.

Diese wurden thematisch in Blöcke gegliedert. Die folgende Übersicht zeigt die Thesen, wie sie in der Abstimmung gegliedert präsentiert wurden, wobei hier die demographischen Fragen weggelassen wurden; diese finden sich weiter unten.

Block 1 – Die 16 meistdiskutiertesten Thesen

1A	Einstieg: allgemeine Zufriedenheit
1B	Integrierter Bachelor
1C	Einstufige juristische Ausbildung (Loccum)
1D	Reduzierung des Prüfungsstoffs
1E	Soweit eine Stoffreduzierung erfolgen sollte, in welchem Fach sollte diese erfolgen?
1F	Legal Tech
1G	Methoden der Sozialwissenschaften
1H	Mediation
1I	Schwerpunktstudium (Abschaffung)
1J	Abschichten (bundesweit)
1K	E-Examen
1L	Online-Datenbanken
1M	Handkommentare
1N	Unabhängige Bewertung
1O	Argumentation abseits der Lösungsskizze
1P	Emotionale Entlastung

Block 2 – Ausbildungsausrichtung

2A	Umstellung auf das Bologna-System
2B	Master-Abschluss für den Schwerpunkt
2C	Laufbahnorientierung
2D	Leistungen im Studium in die Examensnote
2E	Freischuss abschaffen

Block 3 – Inhalte der Ersten juristischen Staatsprüfung

3A	Prozessrecht im Examen
3B	Europarecht im Staatsexamen
3C	Mehr Klausuren im Examen
3D	Weniger umfangreiche Klausuren
3E	Examenshausarbeit wieder einführen
3F	Kongruenz zwischen staatlicher Prüfung und Studiumsinhalten
3G	Diverse Zusammenstellung der Prüfungskommission

Block 4 – Organisation des Studiums

4A	Änderung des Notenstufen-Systems
4B	Regelstudienzeit = Durchschnittsstudiendauer
4C	Ausgestaltung der Zwischenprüfung
4D	Betreuungsschlüssel
4E	Zulassung anderer Prüfungs-/Unterrichtsformen
4F	Digitale Lehre
4G	Rechtsdidaktik
4H	Auslandsaufenthalte
4I	Universitäres Repetitorium
4J	Regelmäßiges Monitoring des Reformbedarfs

	Block 5 – Inhalte des Studiums
5 A	Grundlagenfächer stärken
5 B	Rechtsvergleichung
5 C	Neue Inhalte nur bei Streichung von Bestehendem
5 D	Softskills
5 E	Rechtsgebietsübergreifende Ausbildung
5 F	Mehr Diversitätskompetenz
5 G	Wissenschaftliche Ausrichtung des Studiums
5 H	Stärkere Einbindung der Professor:innen in die juristische Ausbildung

Der erste Block („Die 16 meistdiskutierten Themen“) basiert auf den am häufigsten diskutierten Thesen, die von der Mehrheit der Mitglieder aufgrund einer internen Abstimmung, unter Sichtung der Literaturauswertung, als am wesentlichsten eingestuft wurden. Kriterien waren dabei primär die Häufigkeit, mit der diese Thesen in der Literatur diskutiert wurden und die Menge an Argumenten.

Die weiteren Blöcke wurden gewählt, um eine Aufteilung der Thesen zu ermöglichen. Das genutzte Tool typeform (siehe weiter unten) ermöglichte Teilnehmenden so, frühzeitig die Abstimmung abzubrechen und direkt zu den demographischen Fragen zu kommen, ohne, dass diese komplett unbeantwortet geblieben wären bei Abbruch.

Daneben erfüllte die Aufteilung auch den psychologischen Zweck, die anstehende Abarbeitung der Thesen kleiner erscheinen zu lassen. Es sollte den Teilnehmenden ein Gefühl des Erfolgs vermitteln, sodass die Wahrscheinlichkeit, den nächsten Abschnitt auch zu bearbeiten, höher war.

Die Thesen sind nicht immer nahtlos einem Block zuzuordnen gewesen, insb. zwischen den Blöcken 3 und 5 (Inhalte der Ersten juristischen Staatsprüfung/Inhalte des Studiums) gibt es Überschneidungen. Beispielhaft sei hier die These „Neue Inhalte nur bei Streichung von Bestehendem“ genannt, die auch unter Block 3 hätte stehen können. Da sie aber das Gegenstück zu den Thesen 1 F bis 1 H bilden sollte (Ergänzung der Studieninhalte um Legal-Tech, Mediation und Methoden der Sozialwissenschaften), welche explizit die Studieninhalte, nicht lediglich Examensinhalte betrafen, sollte sie unter Block 5 stehen.

Im Fragebogen wird die Zustimmung bzw. Ablehnung zu einer Reformoption anhand einer Likert-Skala[8] von 1 (lehne vollständig ab) bis 5 (stimme vollständig zu) erfragt. Von dieser Ordnung wird nur bzgl. der ersten, allgemeinen Frage abgewichen (betreffend Grundstimmung zum Reformbedarf), wo die Skala 1 (vollständig zufrieden) bis 5 (vollständig unzufrieden) ist. Dieser Unterschied wurde klar kenntlich gemacht.

Zugleich sind zu jeder Reformoption drei Pro- und Contra-Argumente über eine Verlinkung abrufbar gewesen, um eine möglichst informierte Entscheidung im Fragebogen zu ermöglichen. Die Argumente sind in der Reihenfolge mittelstark, schwach, stark angeordnet. Da nicht zu jeder Reformoption drei Pro- und Contra-Argumente in der Literaturrecherche gefunden werden konnten, wurden an den entsprechenden Stellen Argumente durch unsere Mitglieder ergänzt. Dies dient der einheitlichen Darstellung im Rahmen der Systematik der Abstimmung. Die durch uns eingefügten Argumente sind an der fehlenden Quellenangabe identifizierbar.

Sämtliche Fragen und Abschnitte des Fragebogens sind überspringbar, d.h. es musste keine Antwort erfolgen. Nach jedem Block erfolgte die Abfrage, ob die Teilnahme fortgesetzt werden sollte oder direkt zu den demographischen Fragen gesprungen werden sollte. Auch diese waren fakultativ.

Der Fragebogen wurde dann ergänzt um demographische und allgemeine Fragen. Die erste Frage ist eine allgemeine Abfrage der Zufriedenheit mit der juristischen Ausbildung insgesamt und soll einen Stimmungsindikator darstellen.

Demographische Fragen betreffen neben Alter und Geschlecht die berufliche Stellung und Abfragen zur Stellung in der juristischen Ausbildung. Im Einzelnen wurden abgefragt:

- Alter
- Geschlecht
- Mein Verhältnis zur juristischen Ausbildung mit einer vorgegebenen Auswahl von:
  - studiere zurzeit Jura (StEx/LL.B./LL.M.).
  - bin im juristischen Referendariat.
  - arbeite als wissenschaftliche:r Mitarbeiter:in an einem Lehrstuhl.
  - arbeite als wissenschaftliche:r Mitarbeiter:in in einer Kanzlei oder einem Unternehmen.
  - promoviere.
  - habe einen LL.B. abgeschlossen.
  - habe einen LL.M. nach dem Studium abgeschlossen.
  - arbeite als Rechtsanwalt:Rechtsanwältin.
  - …arbeite als Syndikusanwalt:Syndikusanwältin/Unternehmensjurist:in.
  - arbeite als Richter:in.
  - arbeite als Staatsanwalt:Staatsanwältin.
  - arbeite als Professor:in.
  - arbeite in einem Justizprüfungsamt.
  - arbeite in einer Verwaltungsbehörde.
  - habe das Studium abgebrochen.
  - habe die juristische Staatsprüfung endgültig nicht bestanden.
  - habe die einstufige juristische Ausbildung durchlaufen.
  - Freitextauswahl für „Andere“
- Ich befinde mich im folgenden Fachsemester mit vorgegebener Auswahl von 1, 2, 3, usw. bis 16 und zuletzt „mehr als 16“
- Ich habe die Erste juristische Staatsprüfung mit folgender Note (Gesamt- oder Endnote) abgeschlossen mit vorgegebener Auswahl von
  - 1-3
  - 4-7
  - 8-10
  - 11-13
  - 14-16
  - 17-18
- Ich studiere oder habe in folgendem Bundesland bzw. im Ausland studiert:
  - Baden-Württemberg
  - Bayern
  - Berlin
  - Brandenburg
  - Bremen
  - Hamburg
  - Hessen
  - Mecklenburg-Vorpommern
  - Niedersachsen
  - Nordrhein-Westfalen
  - Rheinland-Pfalz
  - Saarland
  - Sachsen
  - Sachsen-Anhalt
  - Schleswig-Holstein
  - Thüringen
  - Ausland

Neben allgemeinen demographischen Informationen zu den Teilnehmenden beabsichtigen diese Abfragen, ein klareres Bild zum juristischen Hintergrund der Teilnehmenden zu erlangen. Insbesondere das Verhältnis zur juristischen Ausbildung bezweckt dabei die Kontrollmöglichkeit, ob die Abstimmung möglichst nah an ein repräsentatives Bild gelangt.[9]

Wir fragten auch die Gesamt- oder Endnote der Ersten juristischen Staatsprüfung ab, um die von uns formulierte Hypothese zu testen, dass Personen mit höheren Noten tendenziell den Reformbedarf der juristischen Ausbildung als geringer einschätzen.

Letztlich fragten wir ab, in welchem Bundesland das Studium absolviert wurde bzw. absolviert wird. Mehrfachauswahl war nicht möglich. Diese Frage wurde eingefügt, um hinsichtlich der nach Bundesland unterschiedlich ausgestalteten Ausbildungen eine Übersicht zu bekommen, wie die Teilnehmenden je nach eigener Erfahrung diese auswählen.

Der so entwickelte Fragebogen wurde in einem Stakeholder-Prozess an BRF, DAV, BRAK, DRB und ELSA zur Stellungnahme versendet, woraus sich Änderungen ergaben, wie bspw. klarstellende Erläuterungen zu einzelnen Thesen (etwa, was unter „Methoden der Sozialwissenschaften", These 1g, unsererseits verstanden wird).

Es folgten Pre-Tests mit ca. 64 Teilnehmenden, die ebenfalls bzgl. Formulierungen, Verständlichkeit der einzelnen Abschnitte, Einheitlichkeit der Formulierungen, etc. Anmerkungen machten, aber auch die technische Umsetzung begutachteten. Diese Teilnehmenden entstammten dem näheren Bekanntenkreis des iur.reform-Teams, wobei darauf geachtet wurde, eine möglichst breite Streuung im Rahmen der Möglichkeiten des Teams zu erreichen (Studierende, Rechtsanwält:innen, Professor:innen, etc.). Es sind einbezogen worden: 9 Rechtsanwält:innen, 3 Professor:innen/Habilitierende, 12 Referendar:innen, 18 Studierende, 10 Wissenschaftlich Mitarbeitende/Doktorand:innen und 12 sonstige (Studienabbrechende, Richter:innen, sonstige Praktiker:innen).

Als internes Ziel setzten wir uns 10.000 Teilnehmende. Dieses wurde weit übertroffen.

Als Abstimmungstool für den Fragebogen haben wir uns für das Tool „typeform" entschieden. Es bot die größte Kompatibilität für die Einbindung auf der Webseite und gab uns größtmögliche Flexibilität in der Einbindung des Fragebogens. Finanziell war dieser Einsatz ebenfalls zu leisten.

Eine Shibboleth-Abfrage[10], d.h. eine Identifikationsabfrage implementierten wir nicht. Einerseits sollte so Anonymität gewährleistet werden, andererseits überstiegen die Kosten dafür unser Budget.

2. Verlauf der Abstimmung

Die Abstimmung wurde am 17.01.2022 online geschaltet, ab ca. 10 Uhr wurde auf diversen Kanälen insb. in den sozialen Medien darauf aufmerksam gemacht. Zu diesem Zeitpunkt setzten wir keine bezahlte Werbung ein.

Gleichzeitig versendeten wir an eine E-Mail-Liste über die folgenden Tage einen Teilnahmeaufruf an ca. 30.000 Rechtsanwält:innen. Diese wurden öffentlich zugänglich gesammelt ohne Ansehen irgendwelcher Merkmale. Es wurden ebenfalls E-Mails versandt an sämtliche Gerichtsverwaltungspoststellen, Ministerien, Landesjustizprüfungsämter, Rechtswissenschaftliche Fakultäten, die Anwaltskammern und die rechtswissenschaftlichen Fachschaften. Darüber hinaus wurden E-Mails an ca. 400 Journalist:innen gesendet.

Bei Social Media wurden insb. größere Accounts, d.h. Reichweite in den 1000er-Abonnennt:innen im Vorfeld angefragt, ob ein Teilen des Teilnahmeaufrufs möglich war. Bei der Plattform Instagram waren dies überwiegend studentisch geprägte Accounts; bei LinkedIn und Twitter waren diese diverser und beinhalteten Professor:innen, Rechtsanwält:innen und sonstige Praktiker:innen.

Ebenso wurde eine Pressemitteilung bereits am 13.01.2022 an einen Presseverteiler versendet.

Es folgten diverse Anfragen und subsequente Veröffentlichungen und Benennungen in verschiedenen juristischen Zeitschriften, ebenso wie Auftritte in Podcasts und weiteren Veranstaltungen.[11] Diese sind in der folgenden Tabelle 2 aufgelistet.

Veröffentlichungen und Auftritte im Abstimmungszeitraum

14.01.2022	Deutschlandfunk Campus & Karriere: Ann-Kathrin Jeske, Ausbildung reloaded: 44 Thesen zur Reform des Jura-Studiums
17.01.2022	Legal Tech Verzeichnis – Abstimmung von iur.reform zur Verbesserung der juristischen Ausbildung
17.01.2022	Beck-aktuell: Verein startet Abstimmung über Reform juristischer Ausbildung
17.01.2022	ZJS Banner auf der Startseite
18.01.2022	Medien, Internet und Recht Newsletter
18.01.2022	eLegal Webseite: iur.reform 44 Thesen für eine zeitgemäße juristische Ausbildung
19.01.2022	FAZ Einspruch Podcast
01.02.2022	#fussnote Podcast Februar 2022: Nicht einfacher doppelter Neffe: Abstimmung über Vorschläge zur Modernisierung der juristischen Ausbildung auf iurreform.de
03.02.2022	Jurios.de–Interview: Die Initiative „iur.reform“ setzt sich für eine Reform des Jurastudiums ein
10.02.2022	Die Jusitzreporter*innen Podcast: E-Examen und Bachelor – Juristenausbildung der Zukunft?
25.02.2022	BeYourBestLawStudent – Podcast – Reform des Jurastudiums? – mit iur.reform
05.03.2022	Recht im Ohr mit Dennis Hillemann – EP. 35: iur.reform – Zeit für eine neue juristische Ausbildung – mit Martin Suchrow
01.04.2022	Bußmann-Welsch / u.a. „iur.reform – Diskurs zur Reform der juristischen Ausbildung: Ein Update“, Rethinking Law 2.2022 S. 80–81
05.04.2022	Talking Legal Tech Podcast – Warum jetzt der richtige Zeitpunkt für die Reform des Jurastudiums ist mit Til Martin Bußmann-Welsch von iur.reform
12.04.2022	Veranstaltung des AsJ – Die juristische Ausbildung – Reformbedarfe und Stand der Diskussion
09.05.2022	Veranstaltung des AStA & FSR Jura der Universität Potsdam – Zukunft des Jurastudiums
09.05.2022	Ars Boni 286: Reform des Jurastudiums
16.05.2022	Dahmen, Wegner et. al. – iur.reform. Die juristische Ausbildung ergebnisoffen reformieren – jede Stimme zählt, Berliner Anwaltsblatt 06/2022, S. 211
01.06.2022	Suchrow u.a., Es wird Zeit für eine neue juristische Ausbildung, Karriere im Recht 01/22, S. 23 – 25
09.06.2022	(R)Echt Interessant – Podcast der BRAK Folge 70: Mittendrin statt nur dabei – werde Teil der Veränderung
17.06.2022	Recode.law / Podcast – NewLaw Radar #7 – Modernisierung der juristischen Ausbildung
20.06.2022	ZuRechtgerückt – Podcast der juristischen Fakultät Hamburg – Feature: Reform der juristischen Ausbildung
29.06.2022	Beck-aktuell – der Podcast #28 – Reformbedarf bei der Juristenausbildung?

Am 02.05.2022 erreichte uns eine Anmerkung, dass die Abstimmung mit einem Bot manipuliert werden könnte. Nach Aussage des Absenders habe er bisher davon abgesehen, solche Mittel einzusetzen und wir selbst konnten bei einer Untersuchung des bis zu diesem Zeitpunkt eingegangenen Datensatzes auch keine Auffälligkeiten feststellen; jedoch bewegte uns dies, eine Captcha-Abfrage zum Schluss der Abstimmung einzubauen. Das war bis dahin unterlassen worden, wurde aber nachgeholt. Am Fragebogenaufbau änderte dies nichts, die Abfrage erfolgt erst zum Schluss des Fragebogens.

Zwischenzeitlich zeigten uns interne Zahlen, dass die Verteilung der Teilnehmenden auf einen Studierendenüberscvhuss zulief. Um gegenzusteuern, intensivierten wir E-Mail-Kontakte an insb. Professor:innen und erstellten zu diesem Zweck eine Kontaktliste aus allen öffentlich zugänglichen Adressen der Professor:innen an Rechtswissenschaftlichen Fakultäten, darüber hinaus auch weitere Rechtsprofessor:innen an Universitäten ohne Rechtswissenschaftlicher Fakultät. Auch Rechtsanwält:innen wurden erneut kontaktiert.

Die Teilnehmendenzahl flachte nach dem anfänglichen Schub (ca. 5000 nach 2 Monaten) stark ab und stagnierte. Erst mit einem erneuten Großaufruf (erneuter Aufruf über E-Mail-Listen und über die Persönlichkeiten und eigenen Accounts bei Social Media) zur 5-Monats-Marke stiegen die Abstimmungszahlen wieder stark an. Bereits zwei Wochen vor Ende erreichten wir über 10.000 Teilnehmende. Anfang Juli folgte auch noch ein Video-Aufruf zur Teilnahme, welcher über die sozialen Medien geteilt wurde.

In zwei Testläufen finanzierten wir mit netto 250 Euro Werbekampagnen auf der Plattform LinkedIn (200 Euro) und auf der Plattform Instagram (50 Euro). Insbesondere auf der Plattform LinkedIn sollte diese primär an Berufsträger:innen gerichtet sein. Da sowohl bei LinkedIn als auch bei Instagram die Erträge relativ zum monetären Einsatz gering waren (insgesamt wurden 82 Clicks erreicht, 47 auf Instagram, 35 auf LinkedIn), entschieden wir uns gegen eine weiter werbefinanzierte Kampagne. Diese erschien angesichts der schlussendlichen Teilnehmerzahl auch nicht notwendig. Schlussendlich erreichten wir 11.842 Teilnehmende.

3. Auswertungsvorhaben

Die im Folgenden dargestellte Auswertung der Daten erfolgt anhand statistischer Methoden. Diese werden hier kurz skizziert. Für jede der 44 Thesen hat das Team Erwartungen formuliert. Diese zielten primär auf die Erwartungen, wie die Gesamtzustimmung- oder Ablehnung einer These aussieht und welche Tendenzen bei einzelnen Gruppen sich entwickeln würden. Zweck dieser Erwartungsformulierungen ist die Überprüfung einer Hypothese H 0 und ihrer Gegen- bzw. Ergänzungshypothese H 1.

Jede These wird einzeln beleuchtet. Es erfolgt eine deskriptive statistische Analyse, zunächst einzeln die Gesamtergebnisse, anschließend multivariat[12]. Dabei wird besonderes Augenmerk gelegt auf die Zustimmungsraten unter einzelnen Berufsgruppen und Orte der Ausbildung, aber auch unter Einbeziehung von Variablen wie Alter und Geschlecht, je nach Sinnhaftigkeit bei der These.[13] Der Vollständigkeit halber wurde für jede These jedes demographische Merkmal ausgewertet und dargestellt.

Nach Möglichkeit werden in einem weiteren Abschnitt einzelne Thesen anhand einer Kreuzanalyse mit anderen Studienergebnissen verglichen. So soll auch nochmal die statistische Signifikanz bzw. Reliabilität der Ergebnisse gesteigert werden. Auch untereinander sollen einzelne, miteinander verwandte Thesen untersucht werden. Soweit Teilnehmende unter der Option „eigene Reformvorschläge“ Vorschläge einreichten, die sich mit den ursprünglichen Thesen decken, wird dieser Umstand hier ebenfalls diskutiert.

Nach diesen Darstellungen folgt schlussendlich eine vollständige Reliabilitäts- bzw. Robustheitsprüfung.

[1] Siehe ***https://iurreform.de/reformoptionen/***

[2] Die Literaturdatenbanken, der Universitätsbibliotheken der Freien Universität Berlin, der Humboldt Universität in Berlin, der Staatsbibliothek in Berlin, Beck-Online, Juris sowie die Suchmaschinen startpage und Google Scholar.

[3] „Juristenausbildung"; „Jurareform": „Jura, Ausbildung, Reform"; „Jurastudium, Reform"; „Jura, Studium, Reform"; „Juristische Ausbildung".

[4] Gegebenenfalls wird die Auswertung der verbleibenden Aufsätze zu einem späteren Zeitpunkt ergänzt.

[5] ***https://1drv.ms/x/s!AiXpigK7B8fTgkNEQQgsLQWxP_tT***

[6] Bei den Quellenangaben ist zu betonen, dass wir alle Reformoptionen und Argumente aus einem Beitrag entnommen haben die in einem Beitrag erwähnt wurden unabhängig davon, ob der:die Autor:in sich für die jeweilige Reformoption oder das Argument ausgesprochen hat. Die in diesem Whitepaper enthaltenen Quellenangaben sind also nicht so zu verstehen, dass sich die Autor:innen auch stets für die zitierte Aussage aussprechen, sondern dass sie diese lediglich benennen.

[7] Vgl. zur Definition ***https://de.statista.com/statistik/lexikon/definition/82/likert_skala/***.

[8] Näheres zur Repräsentativität in Abschnitt 5.

[9] Siehe bspw. ***https://shibboleth.net***

[10] Eine vollständige Auflistung findet sich unter ***iurreform.de/kontakt-oeffentlichkeit/***.

[11] Das bedeutet eine deskriptive Statistik unter Einbeziehung mehr als einer Variable.

[12] Für die These 5 F ist eine Einbeziehung der Variable „Geschlecht" besonders interessant, da maßgeblich weibliche Personen Diskriminierung auf Basis ihres Geschlechts erfahren.

4 Ergebnisse – Demografie

1. Verhältnis zur juristischen Ausbildung

Es haben insgesamt 11.803 Personen valide teilgenommen. Nicht valide waren Antworten, die die später implementierte(n) Sicherheitsfrage(n) nicht korrekt beantworten konnten. Die Personen gliedern sich in die Verhältnisse zur juristischen Ausbildung wie folgt, wobei nicht alle Teilnehmenden Angaben zu Ihrem Verhältnis zur juristischen Ausbildung gemacht haben:

Demografie: *„Mein Verhältnis zur juristischen Ausbildung ist…"*

Verhältnis zur jur. Ausbildung / Berufsgruppen	**N**	**Prozent**	**Prozent der Fälle**
Studium/LL.B/LL.M.	5033	35,7%	43,5%
Referendariat	1653	11,7%	14,3%
WissMit (Lehrstuhl)	634	4,5%	5,5%
WissMit (Kanzlei)	599	4,3%	5,2%
Promotion	761	5,4%	6,6%
LL.B.-Abschluss	404	2,9%	3,5%
LL.M.-Abschluss	482	3,4%	4,2%
Rechtsanwält:in	2089	14,8%	18,1%
Syndikus	366	2,6%	3,2%
Richter:in	937	6,7%	8,1%
Staatsanwält:in	209	1,5%	1,8%
Professor:in	245	1,7%	2,1%
JPA	70	0,5%	0,6%
Verwaltungsbehörde	399	2,8%	3,4%
Studienabbruch	60	0,4%	0,5%
endgültig nicht bestanden	55	0,4%	0,5%
einstufige Ausbildung	91	0,6%	0,8%
Gesamt	14087	100,0%	121,7%

Da bei der Angabe des Verhältnisses zur juristischen Ausbildung Mehrfachantworten (bis zu 3) zulässig waren, ergibt die obige Tabelle keine 100 % der Gesamtantworten. Sie zeigt jedoch grundsätzliche Tendenzen. Auch beinhaltet diese Tabelle nicht die Freitextantworten. Bemerkenswert ist die Häufigkeit der Studierenden, die mit 43,5 % die größte Gruppe der Abstimmenden bilden. Die direkt folgenden größten Häufigkeiten betreffen

die Anwält:innen mit 18,1 %, bzw. inklusive Syndikusanwält:innen 21,3 % und danach Referendar:innen mit 14,3 %.

Im Wintersemester 2020 waren 119.285 Studierende der Rechtswissenschaften eingeschrieben.[1] Nicht bekannt sind insoweit die Zahlen der Studierenden von LL.B.- und LL.M.-Studiengängen. Auf Basis der Rechtswissenschaftsstudierendenzahl oben haben 4,22 % der Studierenden teilgenommen, die tatsächliche Prozentzahl dürfte wegen der vermehrt existierenden LL.B.-Studiengängen und den zahlreichen LL.M.-Studiengängen leicht niedriger liegen.

Eine genaue Erhebung der Zahl aller Referendar:innen konnte nicht gefunden werden. Jährlich werden allerdings bundesweit ca. 7.331 neu eingestellt.[2] Unklar ist demnach die Gesamtpopulation aller Referendar:innen zum Erhebungszeitpunkt. Da das Referendariat jedoch mindestens 2 Jahre dauert, kann von einer Mindestpopulation von 14.662 Referendar:innen ausgegangen werden. Ausgehend davon haben 11,3 % teilgenommen.

Laut Bundesrechtsanwaltskammer waren zum 01.01.2022 insgesamt 165.587 Rechtsanwält:innen (inkl. Syndikusanwält:innen) zugelassen.[3] Von diesen haben 1,48 % teilgenommen.

Nach Statistik des Bundesamts für Justiz (BfJ) von 2020 sind in Bund und Ländern kumuliert 21.942,81 Richter:innen beschäftigt.[4] Die ungerade Zahl erklärt sich dadurch, dass das BfJ nur Arbeitskraftanteile zählt, nicht Köpfe. Es ist nicht möglich, die genaue Kopfanzahl nachzuvollziehen, weshalb aufgerundet von 21.943 Richter:innen ausgegangen wird, wobei die tatsächliche Zahl höher liegen dürfte.[5] Dies umfasst alle Gerichtsbarkeiten und den Bund. Demnach haben 4,3 % teilgenommen.

Die Anzahl der Staatsanwält:innen (ebenfalls nach Arbeitskraftanteilen) beträgt 6.197,63 (2020).[6] Es wird insoweit ebenfalls aufgerundet von 6.198 ausgegangen. Demnach haben 3,37 % teilgenommen.

Nach Zahlen von 2019 betrug die Gesamtpopulation der juristischen Professuren in Deutschland, d.h. an Universitäten, Fachhochschulen und Verwaltungsfachhochschulen 1.331.[7] Demnach haben 18,41 % teilgenommen.

Verlässliche Zahlen zu den Beschäftigten in der öffentlichen Verwaltung wobei dies auch die Prüfungsämter beinhaltet, der wissenschaftlich Mitarbeitenden und der Promovierenden sind nicht zu finden, sodass eine Darstellung der Gesamtpopulationen sich nicht anbietet.

Demografie: *Anteile an den Gesamtpopulationen relativ zum Abstimmungsanteil*

	Häufigkeit	Prozent an Abstimmenden	Gesamt-population	Prozent der Gesamtpopulation an Abstimmenden
… studiere zurzeit Jura (StEx/LL.B./LL.M.).	5033	43,5	119.285*	4,22
… bin im juristischen Referendariat.	1653	11,3	14.662*	11,3
… arbeite als Rechtsanwalt:Rechtsanwältin/ Syndikusanwalt:Syndikusanwältin	2455	21,3	165.587	1,48
… arbeite als Richter:in.	937	8,1	21.943	4,3
… arbeite als Staatsanwalt:Staatsanwältin.	209	1,8	6.198	3,37
… arbeite als Professor:in.	*245*	*2,1*	1.331	*18,41*

Wie erwähnt waren Mehrfachangaben zulässig (bis zu 3). Insbesondere bei der Gruppe der Wissenschaftlich Mitarbeitenden (Universitäten und Kanzleien) sowie der Promovierenden bestehen bereits denklogisch Überschneidungen. Um diese transparent zu machen, haben wir diese Überschneidungen ausgewertet.

Wie aus der nachfolgenden Tabelle ersichtlich ist, sind insgesamt 480 Teilnehmende, die sich als „promovierend" bezeichnet haben, gleichzeitig auch als „Wissenschaftlich Mitarbeitende" bezeichnet. Sechs Teilnehmende sind neben der Promotion in Kanzlei und Universität tätig.

Demografie: *Überschneidungen Wiss.Mit. und Promovierende*

	Häufigkeit	Prozent
Wiss.-Mit. Uni und Promotion	383	79,8 %
Wiss.-Mit. Kanzlei und Promotion	91	19,0 %
Wiss.-Mit. Uni und Kanzlei und Promotion	6	1,2 %
Gesamtüberschneidungen	480	100 %

2. Alter

Die Angabe des Alters der Teilnehmenden war freiwillig. Es haben 11.596 Personen ihr Alter angegeben. Da dies ein Freitextfeld war, mussten die Teilnehmenden das Alter selbst tippen. Dabei gab es 4 Fälle, in denen eine nicht logische Zahl eingegeben wurde: Zweimal gaben Teilnehmende an, 5 Jahre alt zu sein, einmal 200 Jahre, einmal 421 Jahre.

Für die nachfolgenden deskriptiven Statistiken, in denen das Alter eine Rolle spielt, wurden diese Fälle nicht einbezogen, um eine Verzerrung zu verhindern.

Demografie: *Deskriptive Analyse des Merkmals Alter*

N	**gültig**	**11.562**
	fehlend	**0**
Mittelwert		31,22
Median		27,00
Std.-Abweichung		11,665
Spannweite		73
Minimum		17
Maximum		90

Der Altersdurchschnitt der Teilnehmenden ist demnach 31,22 Jahre. Die Standardabweichung beträgt 11,665, was durch die Häufung im unteren Drittel der Altersskala erklärbar ist. Daraus wird klar ersichtlich, dass die meisten Teilnehmenden (833) 25 Jahre alt sind. Der ausgegebene Median bestätigt diese Verteilung, er liegt bei 27 Jahren. Die älteste teilnehmende Person indes ist 90 Jahre alt.

Die Gesamtpopulation in Deutschland hingegen weist ein anderes Bild auf; die Altersgruppe 50-59 war 2020 am stärksten vertreten mit 32,4 %.[8]

Die Häufigkeit gibt die folgende Tabelle wieder:

Demografie: *Alter*

Alter	Häufigkeit	Prozent	kumulierte Prozente
17	1	,0	,0
18	65	,6	,6
19	311	2,7	3.3
20	617	5.3	8,6
21	666	5,8	14,4
22	725	6,3	20,6
23	792	6,9	27,5
24	792	6,9	34.3
25	833	7,2	41,5
26	722	6,2	47,8
27	633	5.5	53.3
28	557	4,8	58,1
29	446	3.9	61,9
30	401	3.5	65,4
31	313	2,7	68,1
32	283	2,4	70,6
33	201	1,7	72,3
34	185	1,6	73.9
35	159	1,4	75.3
36	142	1,2	76,5
37	129	1,1	77,6
38	130	1,1	78,7
39	118	1,0	79,8
40	143	1,2	81,0
41	106	,9	81,9
42	95	,8	82,7
43	82	,7	83,4
44	106	,9	84,4
45	135	1,2	85,5
46	105	,9	86,4
47	124	1,1	87,5
48	75	,6	88,2
49	99	,9	89,0
50	105	,9	89,9
51	100	,9	90,8
52	97	,8	91,6
53	88	,8	92.4
54	72	,6	93.0
55	101	,9	93.9
56	81	,7	94,6
57	83	,7	95.3
58	61	,5	95,8
59	84	,7	96.5
60	70	,6	97,2
61	56	,5	97,6
62	54	,5	98,1
63	39	,3	98.4
64	24	,2	98,7
65	35	,3	99.0
66	22	,2	99,1
67	17	,1	99.3
68	15	,1	99.4
69	7	,1	99.5
70	10	,1	99,6
71	8	,1	99,6
72	5	,0	99.7
73	8	,1	99.7
74	9	,1	99,8
75	6	,1	99.9
77	4	,0	99.9
78	3	,0	99.9
79	2	,0	100,0
81	1	,0	100,0
82	1	,0	100,0
83	1	,0	100,0
84	1	,0	100,0
90	1	,0	100,0
Σ	**11562**	**100,0**	

3. Geschlecht

Die Angabe des Geschlechts war ebenfalls freiwillig. Es haben 11.587 Personen ihr Geschlecht angegeben.

Demografie: *Geschlecht*

	Häufigkeit	Prozent	kumulierte Prozente
keine Angabe	216	1,8	1,8
divers	56	,5	2,3
männlich	5436	46,1	48,4
weiblich	6095	51,6	100,0
Gesamt	**11803**	**100,0**	

Die Gesamtpopulation in Deutschland teilt(e) sich 2018 folgendermaßen auf: 50,7 % weiblich, 49,3 % männlich.[9] Da die Personenstandsgesetzänderung, die die Angabe „divers“ oder „Ohne Angabe“ ermöglichte, erst nach den auffindbaren Daten in Kraft trat, ist ein genauer Vergleich nicht möglich.

Abbildung 2 zeigt die geschlechtliche Aufteilung verbunden mit dem Altersdurchschnitt. Es zeigt sich, dass die männliche Population einen deutlich höheren Altersschnitt hat als die weibliche und die diverse mit 34 Jahren, während der Altersdurchschnitt der weiblichen Teilnehmenden bei ca. 28,26 liegt; bei diversen liegt er bei 30.

4. Fachsemester

Die Angabe des Fachsemesters war freiwillig. Es haben von den 5.033 Studierenden 4.569 ihr Fachsemester angegeben. Tabelle 9 zeigt die Aufteilung, wobei die Zahl „Fehlend" sämtliche Fälle beinhaltet, in denen keine Angabe gemacht wurde. Es gab nur eine Auswahlmöglichkeit bis 16, ab diesem Zeitpunkt musste „mehr als 16" gewählt werden. Eine klare Tendenz der Verteilung lässt sich kaum erkennen. Zwar schrumpfen die Anteile nach dem 12. Fachsemester signifikant, mind. 1 Prozentpunkt im Vergleich zum 12. Fachsemester, dies erklärt sich aber mit der Regelstudienzeit von derzeit 10 Fachsemestern für das Fach Rechtswissenschaften.[10]

Demografie: *Fachsemester*

		Häufigkeit	Prozent
gültig	1	216	1,8 %
	2	441	3,7 %
	3	351	3,0 %
	4	448	3,8 %
	5	423	3,6 %
	6	390	3,3 %
	7	356	3,0 %
	8	363	3,1 %
	9	369	3,1 %
	10	422	3,6 %
	11	262	2,2 %
	12	203	1,7 %
	13	81	0,7 %
	14	82	0,7 %
	15	41	0,3 %
	16	31	0,3 %
	mehr als 16	90	0,8 %
	Gesamt	4569	38,7 %
Fehlend		**7234**	**61,3 %**
Gesamt		**11803**	**100,0 %**

5. Gesamtnote

Die Angabe der (Gesamt-)Notenstufe für die abgeschlossene Erste juristische Staatsprüfung war freiwillig. Es kann nicht automatisch davon ausgegangen werden, dass alle 5049 Studierende diese nicht angegeben haben, da die Studierenden explizit auch solche einbezogen, die einen LL.M.-Studiengang beleg(t)en.

Auch ist es möglich, dass Rechtsanwält:innen oder Professor:innen eine solche Angabe nicht tätigten, weil sie ihre Qualifikation im Ausland erwarben und als bspw. EU-Rechtsanwält:in in eine deutsche Rechtsanwaltskammer eingegliedert wurden.

Insgesamt haben 5861 Personen Angaben gemacht.

Demografie: *Notenstufen*

		Häufigkeit	Prozent	kumulierte Prozente
gültig	1-3	28	0,2 %	,5
	4-7	1425	12,1 %	24,9
	8-10	2967	25,1 %	75,6
	11-13	1294	11,0 %	97,8
	14-16	121	1,0 %	99,8
	17-18	10	0,1 %	100,0
	Gesamt	5845	49,5 %	
Fehlend	**5958**	**50,5**	**51,6 %**	**100,0**
Gesamt	**11803**	**100**	**100,0 %**	

Durch die Aufteilung der Notenstufen in andere Schritte als die der Verordnung über eine Noten- und Punkteskala für die erste und zweite juristische Prüfung (JurPrNotSkV), dort § 2 für die Gesamtnoten, ist ein direkter Vergleich der Verteilung mit der statistischen Verteilung der Endnoten aller Prüflinge nicht möglich.

Auffällig ist dennoch die Prozentzahl der „sehr guten“ Fälle (kombinierte Fälle 14-16 und 17-18), die bei 2,3 % der Angaben liegt. Selbst unter Einbezug der Fälle ohne Angabe liegen diese Teilnehmenden bei 1,1 %. Die jüngste Publikation des BfJ aller Ergebnisse stammt aus dem Jahr 2019 und weist für die Notenstufe „sehr gut“ (14-18 Punkte) lediglich 0,3 % aller Ergebnisse aus.[11]

Demnach haben proportional an dieser Abstimmung deutlich mehr Teilnehmende höherer Notenstufen teilgenommen, als in der Gesamtpopulation existieren. Seit Beginn der Veröffentlichung ist dieser Wert nicht über 0,3 gestiegen.[12]

Dies ist angesichts der vergleichsweisen hohen Anzahl an Professor:innen jedoch erklärbar. Die Gesamtzahl der Angaben aus der Notenstufe „sehr gut“ (14-18 Punkte) liegt bei 132. Teilgenommen haben 246 Professor:innen. Diese dürften erfahrungsgemäß die Erste juristische Staatsprüfung, egal zu welchem Zeitpunkt, mit einer hohen Punktzahl, d.h. gut oder höher, abgeschlossen haben.

6. Studienort

Die Angabe des Studienortes war freiwillig. 550 Teilnehmende haben keine Angabe gemacht.

Demografie: *Studienort*

Bundesland	Häufigkeit	Prozent	kumulierte Prozente	% der Gesamtbevölkerung Deutschlands
Ausland	547	4,6	4,6	
keine Angabe	*23*	*,2*	*4,8*	
Baden-Württemberg	1458	12,4	17,2	13,3
Bayern	1786	15,1	32,3	15,8
Berlin	891	7,5	39,8	4,4
Brandenburg	236	2,0	41,8	3,0
Bremen	138	1,2	43,0	0,8
Hamburg	647	5,5	48,5	2,2
Hessen	585	5,0	53,5	7,5
Mecklenburg-Vorpommern	132	1,1	54,6	1,9
Niedersachsen	1147	9,7	64,3	9,6
Nordrhein-Westfalen	2247	19,0	83,3	21,6
Rheinland-Pfalz	497	4,2	87,5	4,9
Saarland	136	1,2	88,7	1,2
Sachsen	668	5,7	94,4	4,9
Sachsen-Anhalt	183	1,5	95,9	2,7
Schleswig-Holstein	314	2,7	98,6	3,5
Thüringen	168	1,4	100,0	2,6
gesamt	**11803**	**100,0**		

Da keine Veröffentlichung der exakten Aufteilung von Studierenden auf die Bundesländer gefunden wurde, muss ein Vergleich anhand anderer Daten erfolgen. Die gezeigten %-Anteile der Gesamtbevölkerung Deutschlands pro Bundesland zeigt jedoch, dass die %-Aufteilung der Teilnehmenden tendenziell ähnliche Proportionen aufweist. Eine Unterrepräsentierung (mehr als oder gleich 1 %-Punkt Unterschied) liegt eindeutig für Thüringen, Sachsen-Anhalt, Nordrhein-Westphalen, Hessen, Brandenburg und Baden-Württemberg vor. Überrepräsentiert sind Berlin und Hamburg. Diese Unterschiede sind jedoch erklärbar durch die relative Größe der juristischen Fakultäten der Stadtstaaten Hamburg und Berlin. Die Unterrepräsentation von Thüringen und Sachsen-Anhalt ist insoweit ebenfalls erklärbar durch die geringe Dichte an juristischen Fakultäten. Da insofern auch keine deckungsgleiche Gesamtpopulation (Studierende der Rechtswissenschaften vs. Gesamtbevölkerung) vorliegt, sind dies nur Anhaltspunkte.

[1] Vgl. ***https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Konjunkturindikatoren/Lange-Reihen/Bildung/lrbil03a.html;jsessionid=7B9FEB9021841A0A78D8D697800D8068.live731#fussnote-1-242488***, zuletzt abgerufen am 24.07.2022.

[2] Zahlen kumuliert aus der Veröffentlichung von Dahmen, Rechtsreferendariat: Die Bundesländer im Vergleich, katzenkönig, 13.04.2021, abrufbar unter: ***https://anwaltsblatt.anwaltverein.de/files/anwaltsblatt.de/Archiv/katzenkoenig/katzenkoenig-referendariatstabelle.pdf***.

[3] Vgl. ***https://www.brak.de/fileadmin/04_fuer_journalisten/statistiken/2022/entwicklung-rae-2022.pdf***, zuletzt abgerufen am 24.07.2022.

[4] Vgl. ***https://www.bundesjustizamt.de/DE/Themen/Buergerdienste/Justizstatistik/Personal/Personal_node.html***, zuletzt abgerufen am 24.07.2022

[5] Das erklärt sich durch die Berechnung von Arbeitskraftanteilen. Teilzeitkräfte werden nicht nach Stunden inkludiert, sondern nach Arbeitskraftanteilen. Eine 50- %-Teilzeitkraft fließt mit einem Arbeitskraftanteil (AKA) von 0,5 ein.

[6] Ebenda.

[7] Vgl. ***https://www.lto.de/jura/studium-zahlen/professuren-in-der-rechtswissenschaft/***, zuletzt abgerufen am 24.07.2022.

[8] Vgl. ***https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61538/bevoelkerung-nach-altersgruppen-und-geschlecht/***, zuletzt abgerufen am 24.07.2022

[9] Ibid.

[10] Vgl. § 5d Abs. 2 S. 1 DRiG.

[11] Bundesamt für Justiz, Ausbildungsstatistik, Anl. 1.1., Stand: 14.03.2022, abrufbar unter ***https://www.bundesjustizamt.de/DE/SharedDocs/Publikationen/Justizstatistik/Juristenausbildung_2019.pdf***, zuletzt abgerufen am 24.07.2022.

[12] Bundesamt für Justiz, Juristenausbildung, Daten 2001 bis 2019, abrufbar unter ***https://www.bundesjustizamt.de/DE/Themen/Buergerdienste/Justizstatistik/Juristen/Ausbildung_node.html***, zuletzt abgerufen am 24.07.2022.

5 Ergebnisse – Kreuzauswertungen

Vorbemerkungen

Für die Gesamtauswertungen und Kreuzauswertungen (Alter, Geschlecht, Fachsemester, Gesamtnote, Studienort sowie Verhältnis zur juristischen Ausbildung) aller Thesen sind jeweils die folgenden Ausführungen zu beachten. Für weitere Informationen stehen die vollständigen Rohdaten für die Auswertung der Studie auf der iurreform-Website unter ***http://iurreform.de/rohdaten/*** zur Verfügung.

1. Gesamtauswertung

Die Gesamtauswertung zeigt die insgesamt abgegebenen Stimmen zur jeweiligen These. Der Wert „0" / „keine Angabe" ist ein Auffangwert für leere Felder. Dieser wurde eingefügt, um Antworten auswertbar zu machen, bei denen die Teilnehmenden keine Antwort gaben. Der Übersichtlichkeit halber wurden keine absoluten Zahlen mit in die Tabellen aufgenommen.

2. Alter

Hier wird jeweils das Abstimmungsergebnis nach Alter kategorisiert in % der Gesamtsumme ausgedrückt. Mit ausgewertet wurden insoweit diejenigen Stimmen, die keine Angabe zu Alter oder keine Angabe zur These enthielten. Leere Zellen sind solche Kreuzungen, in denen niemand aus der jeweiligen Altersgruppe eine Angabe machte. Aus technischen Gründen wurde darauf verzichtet, mehr als eine Nachkommastelle anzugeben. Der Übersichtlichkeit halber wurden keine absoluten Zahlen mit in die Tabellen aufgenommen. Die Teilnehmenden, deren Altersangabe nicht nachvollziehbar war (5 Jahre, 200 Jahre oder 421 Jahre alt), sind exkludiert worden. Dies betrifft allerdings lediglich fünf Stimmen, sodass diesen kein nennenswerter Einfluss auf das Ergebnis zukam. Aus Gründen der besseren Darstellung werden die Altersgruppen über 60 nicht in den Diagrammen visualisiert.

3. Geschlecht

Die Tabellen zeigen jeweils die Auswertung des Abstimmungsergebnisses für die einzelnen Thesen nach Geschlecht. Für das bessere Verständnis wurden hier nicht nur die zeilenweisen Angaben beigegeben, sondern auch die spaltenweisen. Es wurden stets alle abgegebenen Stimmen einbezogen. Teilnehmende, die weder ihr Geschlecht noch eine Angabe zur These gemacht haben, werden der Vollständigkeit halber dennoch aufgeführt, ebenso wie diejenigen, die keine Angabe zum Geschlecht, aber eine Angabe zur These gemacht haben. Gleichermaßen bleiben diejenigen erhalten, die eine Angabe zum Geschlecht, aber keine Angabe zur These gemacht haben. Der Übersichtlichkeit halber wurden keine absoluten Zahlen mit in die Tabellen aufgenommen.

4. Fachsemester

In diesen Tabellen wird dieZustimmung nach Fachsemestern aufgegliedert. Es wurden nur diejenigen Antworten gezählt, welche auch die Angabe des Fachsemesters enthielten. Fachsemester über 16 wurden dabei unter das Fachsemester 17 zusammengefasst. Der Übersichtlichkeit halber wurden keine absoluten Zahlen mit in die Tabellen aufgenommen.

5. Gesamtnote

In diesen Tabellen finden sich die Werte für die Zustimmung geordnet nach Notenstufen. Erneut wurden nur solche Ergebnisse einbezogen, bei denen Teilnehmende auch die Notenstufe angegeben haben. Der Übersichtlichkeit halber wurden keine absoluten Zahlen mit in die Tabellen aufgenommen.

6. Studienort

In diesen Tabellen sind die Werte der Zustimmung je nach Studienort aufgelistet, wobei auch die Antwortmöglichkeit „Ausland“ mitangegeben ist. Exkludiert wurden erneut solche Teilnehmenden, die keine Angabe zum Studienort gemacht hatten. Der Übersichtlichkeit halber wurden keine absoluten Zahlen mit in die Tabellen aufgenommen.

7. Verhältnis zur juristischen Ausbildung

Diese Auswertungen zeigen nunmehr die Aufteilung nach den beruflichen Zuordnungen bzw. der Beziehung zur juristischen Ausbildung. Es wurden nur solche Fälle ausgewertet, in denen eine Angabe gemacht wurde. Nicht in den Tabellen enthalten sind Freitextantworten zur Beziehung zur juristischen Ausbildung. Die Summe der Stimmen übersteigt die Gesamtsumme der Teilnehmenden, da bis zu drei Mehrfachantworten für die Angabe der Berufsgruppe möglich waren. Der Übersichtlichkeit halber wurden keine absoluten Zahlen mit in die Tabellen aufgenommen.

These 1 A: Allgemeine Zufriedenheit

1. Thesenhintergrund

Die Abfrage „allgemeine Zufriedenheit“ stellt einen generellen Zufriedenheitsindikator der Teilnehmenden mit der juristischen Ausbildung dar. Sie wurde mit aufgenommen, damit es möglich ist zu schauen, wie sich die Grundstimmung bzgl. der jur. Ausbildung auf die Antworten auswirkt. Diese Abfrage wird deshalb hier nur kurz kursorisch beleuchtet.

2. Thesengestaltung

Ich bin mit dem universitären Teil der juristischen Ausbildung (inkl. Erste juristische Staatsprüfung) in ihrem gegenwärtigen Zustand zufrieden.

Da es sich um einen Stimmungsindikator handelt, wurden keine Argumente genannt. Die „These“ fragte auf einer Skala von 1-5 die Zufriedenheit ab und konnte übersprungen werden. Anders als bei den folgenden Abfragen wurde hier definiert, dass 1 „vollständig zufrieden“ heißt und 5 „vollständig unzufrieden“.

3. Deskriptive Statistik

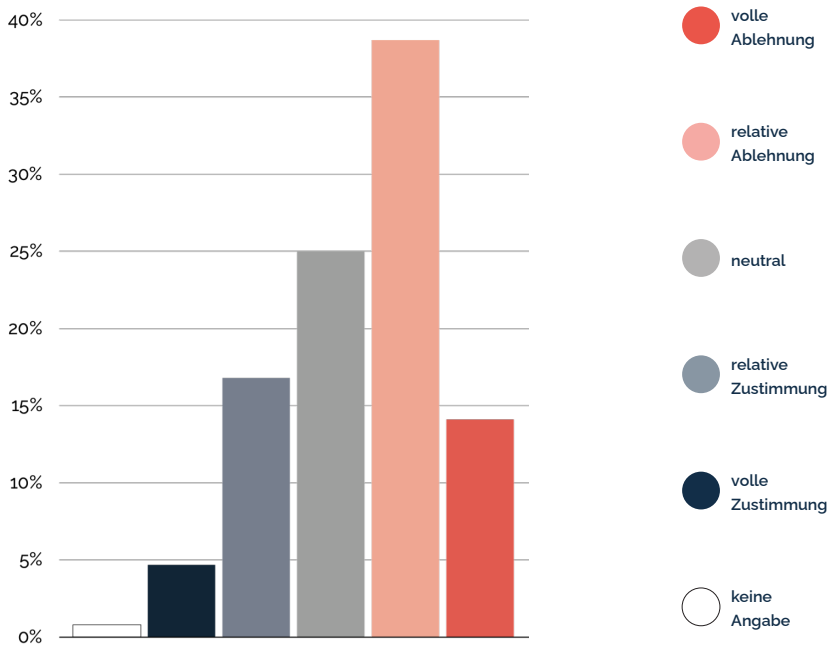
3.1 Gesamtauswertung

***These 1 A** Gesamtauswertung*

Bewertung	Anteil
keine Angabe	0,8 %
volle Zustimmung	4,7 %
relative Zustimmung	16,8 %
neutral	25,0 %
relative Ablehnung	38,7 %
volle Ablehnung	14,1 %
gesamt	**100,0 %**

Wie ersichtlich, haben 95 Teilnehmende bzw. 0,8 % keine Antwort gegeben. Demgegenüber haben nur 4,7 % gesagt, dass sie mit der juristischen Ausbildung vollständig zufrieden sind. Selbst unter Beachtung der Antworten mit „2“ (relative Zustimmung) ergibt sich lediglich eine Zufriedenheit von 21,5 %. Die absolute Mehrheit ist unzufrieden mit der juristischen Ausbildung. Das trifft auf 52,8 % zu. Glatt ein Viertel der Teilnehmenden ist unsicher bzw. steht der jur. Ausbildung neutral gegenüber.

***These 1 A** Gesamtauswertung*



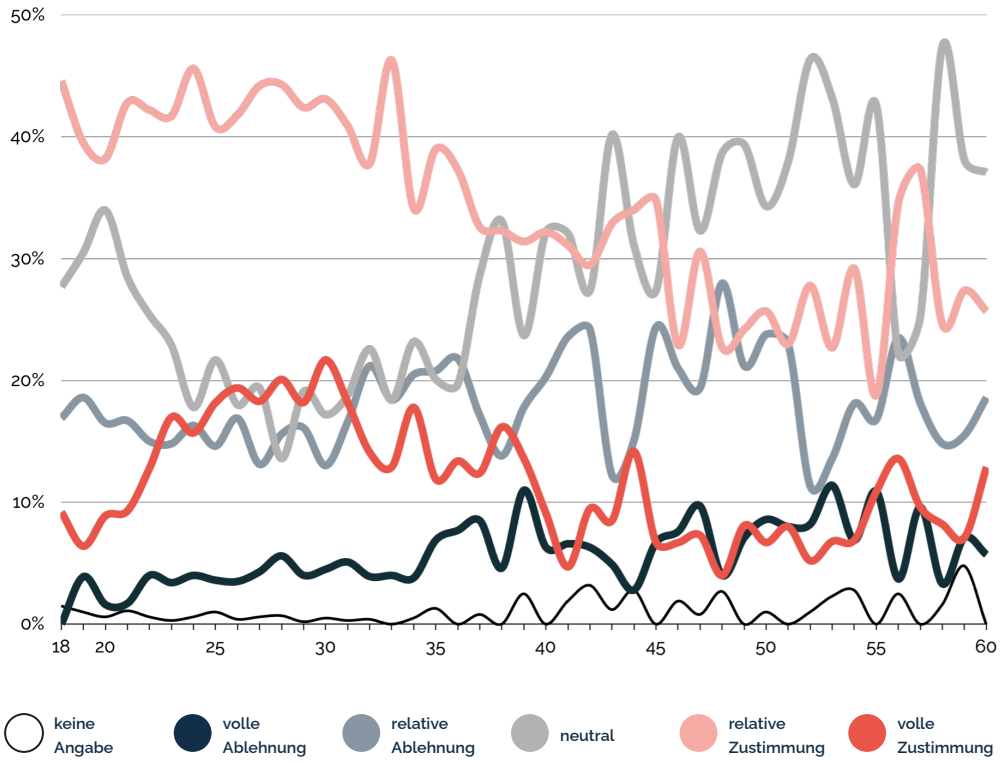
3.2 Alter

In der Tabelle auf der folgenden Seite ist die Zufriedenheit nach Alter kategorisiert ausgedrückt. Es sind nur Angaben ausgewertet, in denen ein Alter angegeben wurde, aber nicht zwingend eine Angabe zur Zufriedenheit. Die Teilnehmenden, deren Altersangabe nicht nachvollziehbar war (5 Jahre, 200 Jahre oder 421 Jahre alt), sind exkludiert worden.

In der Betrachtung zeigt sich gerade unter jüngeren Personen, zwischen 20 und 28 Jahren, eine relative Unzufriedenheit. Hier sind die Prozentsätze zur Antwort „überwiegend unzufrieden“ jeweils im Vergleich zur Gesamtheit deutlich erhöht.

In den Altersstufen 35 Jahre und aufwärts entfallen zumeist die Mehrheit der Stimmen auf die Neutralität. Ein möglicher Grund dafür könnte sein, dass die Ausbildung länger zurückliegt und sich die Teilnehmenden mithin weniger intensiv mit der ersten juristischen Staatsprüfung und deren aktuellen Prüfungsmodalitäten beschäftigen.

***These 1 A** Alter*



***These 1 A** Alter*

0 keine Angabe **1** volle Zustimmung **2** relative Zustimmung **3** neutral **4** relative Ablehnung **5** volle Ablehnung

Alter	0	1	2	3	4	5
17	–	–	–	–	100 %	–
18	1,5 %	–	16,9 %	27,7 %	44,6 %	9,2 %
19	1,0 %	3,9 %	18,6 %	30,5 %	39,5 %	6,4 %
20	0,6 %	1,6 %	16,5 %	34,0 %	38,2 %	8,9 %
21	1,1 %	1,7 %	16,7 %	28,5 %	42,8 %	9,3 %
22	0,6 %	4,0 %	15,0 %	25,4 %	42,2 %	12,8 %
23	0,3 %	3,4 %	14,8 %	22,9 %	41,7 %	17,0 %
24	0,6 %	4,0 %	16,3 %	17,8 %	45,6 %	15,7 %
25	1,0 %	3,6 %	14,6 %	21,7 %	40,8 %	18,2 %
26	0,4 %	3,5 %	16,9 %	18,0 %	41,8 %	19,4 %
27	0,6 %	4,3 %	13,1 %	19,4 %	44,2 %	18,3 %
28	0,7 %	5,6 %	15,6 %	13,6 %	44,3 %	20,1 %
29	0,2 %	4,0 %	16,1 %	19,1 %	42,4 %	18,2 %
30	0,5 %	4,5 %	13,0 %	17,2 %	43,1 %	21,7 %
31	0,3 %	5,1 %	16,6 %	18,8 %	40,9 %	18,2 %
32	0,4 %	3,9 %	21,2 %	22,6 %	37,8 %	14,1 %
33	–	4,0 %	18,4 %	18,4 %	46,3 %	12,9 %
34	0,5 %	3,8 %	20,5 %	23,2 %	34,1 %	17,8 %
35	1,3 %	6,9 %	20,8 %	20,1 %	39,0 %	11,9 %
36	–	7,7 %	21,8 %	19,7 %	37,3 %	13,4 %
37	0,8 %	8,5 %	17,1 %	28,7 %	32,6 %	12,4 %
38	–	4,6 %	13,8 %	33,1 %	32,3 %	16,2 %
39	2,5 %	11,0 %	17,8 %	23,7 %	31,4 %	13,6 %
40	–	6,3 %	20,3 %	32,2 %	32,2 %	9,1 %
41	1,9 %	6,6 %	23,6 %	32,1 %	31,1 %	4,7 %
42	3,2 %	6,3 %	24,2 %	27,4 %	29,5 %	9,5 %
43	1,2 %	4,9 %	12,2 %	40,2 %	32,9 %	8,5 %
44	2,8 %	2,8 %	15,1 %	31,1 %	34,0 %	14,2 %
45	–	6,7 %	24,4 %	27,4 %	34,8 %	6,7 %
46	1,9 %	7,6 %	21,0 %	40,0 %	22,9 %	6,7 %
47	0,8 %	9,7 %	19,4 %	32,3 %	30,6 %	7,3 %
48	2,7 %	4,0 %	28,0 %	38,7 %	22,7 %	4,0 %
49	–	7,1 %	21,2 %	39,4 %	24,2 %	8,1 %
50	1,0 %	8,6 %	23,8 %	34,3 %	25,7 %	6,7 %

Alter	0	1	2	3	4	5
51	–	8,0 %	23,0 %	38,0 %	23,0 %	8,0 %
52	1,0 %	8,2 %	11,3 %	46,4 %	27,8 %	5,2 %
53	2,3 %	11,4 %	13,6 %	43,2 %	22,7 %	6,8 %
54	2,8 %	6,9 %	18,1 %	36,1 %	29,2 %	6,9 %
55	–	10,9 %	16,8 %	42,6 %	18,8 %	10,9 %
56	2,5 %	3,7 %	23,5 %	22,2 %	34,6 %	13,6 %
57	–	9,6 %	18,1 %	25,3 %	37,3 %	9,6 %
58	1,6 %	3,3 %	14,8 %	47,5 %	24,6 %	8,2 %
59	4,8 %	7,1 %	15,5 %	38,1 %	27,4 %	7,1 %
60	–	5,7 %	18,6 %	37,1 %	25,7 %	12,9 %
61	3,6 %	8,9 %	21,4 %	32,1 %	26,8 %	7,1 %
62	–	1,9 %	16,7 %	35,2 %	33,3 %	13,0 %
63	–	10,3 %	20,5 %	33,3 %	23,1 %	12,8 %
64	–	4,2 %	20,8 %	29,2 %	25,0 %	20,8 %
65	–	2,9 %	5,7 %	48,6 %	28,6 %	14,3 %
66	4,5 %	9,1 %	22,7 %	36,4 %	22,7 %	4,5 %
67	–	17,6 %	5,9 %	35,3 %	29,4 %	11,8 %
68	–	6,7 %	6,7 %	26,7 %	26,7 %	33,3 %
69	–	–	14,3 %	42,9 %	42,9 %	–
70	–	20,0 %	30,0 %	10,0 %	20,0 %	20,0 %
71	–	12,5 %	25,0 %	25,0 %	12,5 %	25,0 %
72	–	–	–	100 %	–	–
73	–	–	12,5 %	25,0 %	50,0 %	12,5 %
74	–	11,1 %	22,2 %	33,3 %	22,2 %	11,1 %
75	–	–	–	33,3 %	50,0 %	16,7 %
77	25,0 %	–	–	25,0 %	25,0 %	25,0 %
78	–	33,3 %	–	–	33,3 %	33,3 %
79	–	–	–	50,0 %	50,0 %	–
81	–	–	100 %	–	–	–
82	–	–	100 %	–	–	–
83	–	100 %	–	–	–	–
84	–	–	100 %	–	–	–
90	–	–	100 %	–	–	–
Σ	**0,8 %**	**4,6 %**	**16,8 %**	**24,9 %**	**38,8 %**	**14,2 %**

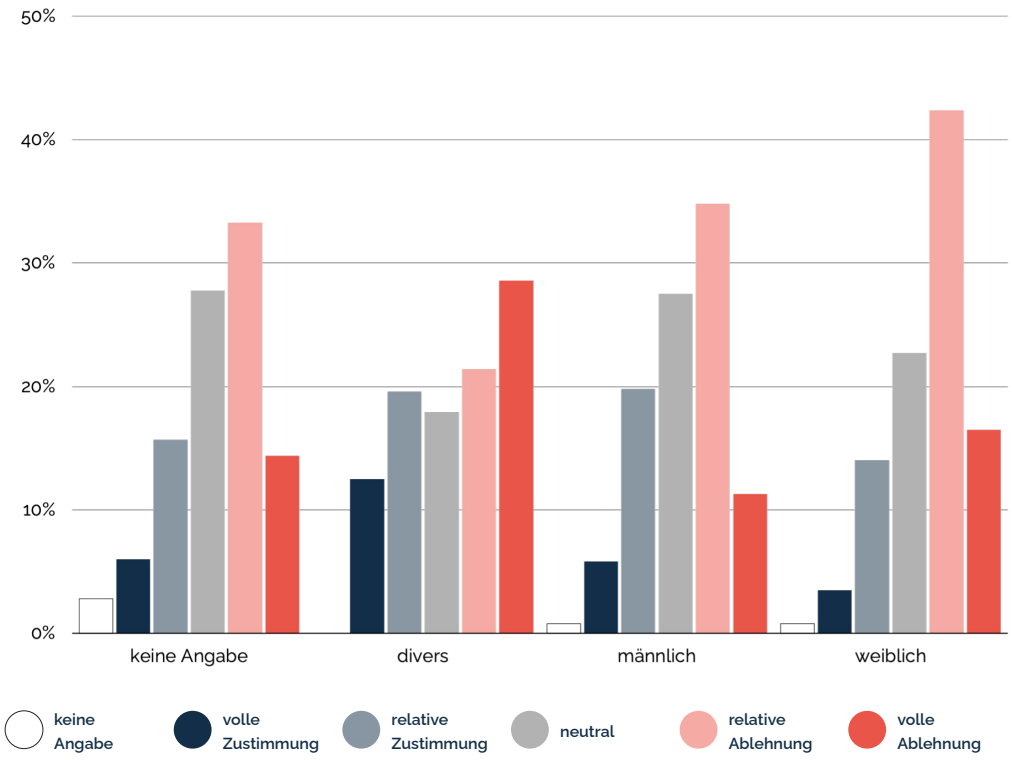
3.3 Geschlecht

***These 1 A** Geschlecht*

Geschlecht	keine Angabe	volle Zustimmung	relative Zustimmung	neutral	relative Ablehnung	volle Ablehnung
keine Angabe	2,8 %	6,0 %	15,7 %	27,8 %	33,3 %	14,4 %
divers	–	12,5 %	19,6 %	17,9 %	21,4 %	28,6 %
männlich	0,8 %	5,8 %	19,8 %	27,5 %	34,8 %	11,3 %
weiblich	0,8 %	3,5 %	14,0 %	22,7 %	42,4 %	16,5 %
gesamt	**0,8 %**	**4,7 %**	**16,8 %**	**25,0 %**	**38,7 %**	**14,1 %**

Auffällt insofern, dass unter männlichen Teilnehmenden die Neutralität bzgl. der Ausbildung höher ist als bei weiblichen. Auch bei der Zufriedenheit machen die männlichen Teilnehmenden grundsätzlich einen höheren Anteil aus als die weiblichen. Dieses Verhältnis wechselt erst nach der Neutralität; dann machen die weiblichen Teilnehmenden einen deutlich höheren Anteil aus. Das ist ganz besonders auffällig bei der der absoluten Unzufriedenheit („voll Ablehnung“). Hier sind 60 % der Stimmen von weiblichen Teilnehmenden, nur 37 % von männlichen, also ein Unterschied von extremen 23 Prozentpunkten. Das kann nicht nur auf die höhere Anzahl an weiblichen Teilnehmenden zurückgeführt werden.

***These 1 A** Geschlecht*



3.4 Fachsemester

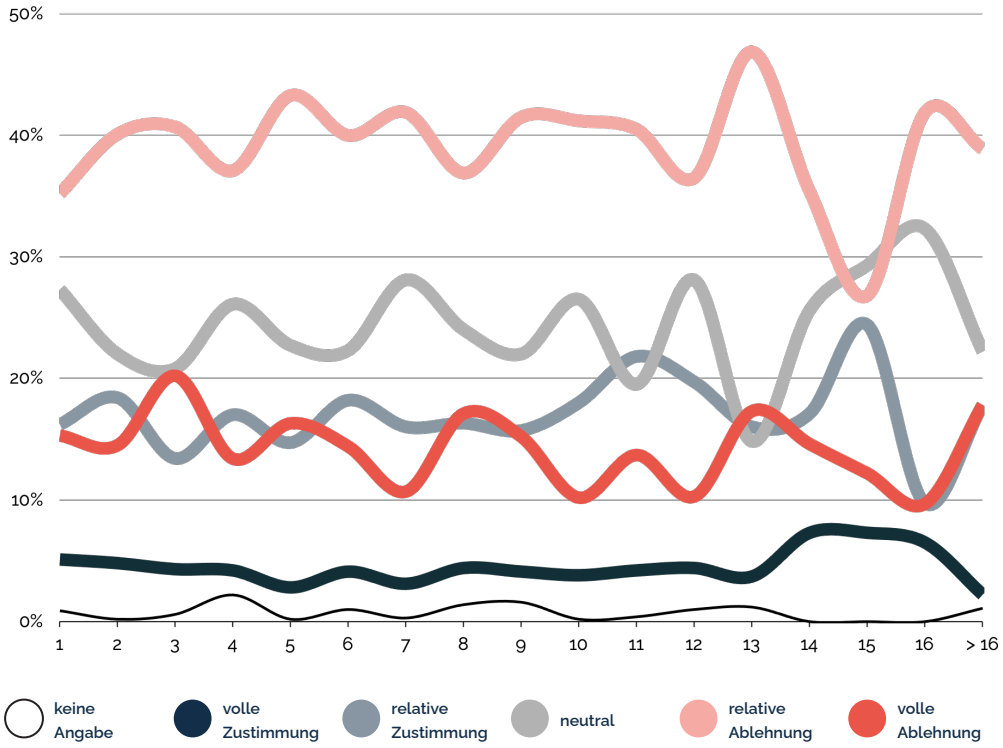
***These 1 A** Fachsemester*

Fachsemester	keine Angabe	volle Zustimmung	relative Zustimmung	neutral	relative Ablehnung	volle Ablehnung
1	0,9 %	5,1 %	16,2 %	27,3 %	35,2 %	15,3 %
2	0,2 %	4,8 %	18,4 %	22,0 %	40,1 %	14,5 %
3	0,6 %	4,3 %	13,4 %	20,8 %	40,7 %	20,2 %
4	2,2 %	4,2 %	17,0 %	26,1 %	37,1 %	13,4 %
5	0,2 %	2,8 %	14,7 %	22,7 %	43,3 %	16,3 %
6	1,0 %	4,1 %	18,2 %	22,3 %	40,0 %	14,4 %
7	0,3 %	3,1 %	16,0 %	28,1 %	41,9 %	10,7 %
8	1,4 %	4,4 %	16,3 %	24,0 %	36,9 %	17,1 %
9	1,6 %	4,1 %	15,7 %	22,0 %	41,5 %	15,2 %
10	0,2 %	3,8 %	18,0 %	26,5 %	41,2 %	10,2 %
11	0,4 %	4,2 %	21,8 %	19,5 %	40,5 %	13,7 %
12	1,0 %	4,4 %	19,7 %	28,1 %	36,5 %	10,3 %
13	1,2 %	3,7 %	16,0 %	14,8 %	46,9 %	17,3 %
14	–	7,3 %	17,1 %	25,6 %	35,4 %	14,6 %
15	–	7,3 %	24,4 %	29,3 %	26,8 %	12,2 %
16	–	6,5 %	9,7 %	32,3 %	41,9 %	9,7 %
>16	1,1 %	2,2 %	17,8 %	22,2 %	38,9 %	17,8 %
gesamt	**0,8 %**	**4,1 %**	**17,0 %**	**23,9 %**	**39,8 %**	**14,4 %**

Auffällig ist hier, dass sich die Neutralität unabhängig vom Semester, überwiegend im 20 – 30 % Bereich aufhält. Deutlich geringer liegt die Quote jedoch im 13. Semester mit einem Wert von lediglich 14,8 %. Demgegenüber steigt die Unzufriedenheit deutlich an und liegt mit 64,2 % deutlich über dem Durchschnitt der Fachsemester mit 54,2 %. Da üblicherweise nach 12 Semestern die meisten Studierenden das Studium abschließen[1], könnte hier eine Unzufriedenheit durch ein nicht bestandenen Examensversuch Einfluss haben. Eine erhöhte Zufriedenheit ergibt sich im 15 Fachsemester mit kombiniert 31,7 %. Die Gesamtheit nach Fachsemestern liegt lediglich bei 21,1 % und mithin 10 Prozentpunkte niedriger.

[1] vgl. Statistik zur durchschnittlichen Studiendauer, abrufbar auf ***https://www.lto.de/jura/studium-zahlen/dauer-eines-jurastudiums/***.

***These 1 A** Fachsemester*



3.5 Gesamtnote

***These 1 A** Gesamtnote*

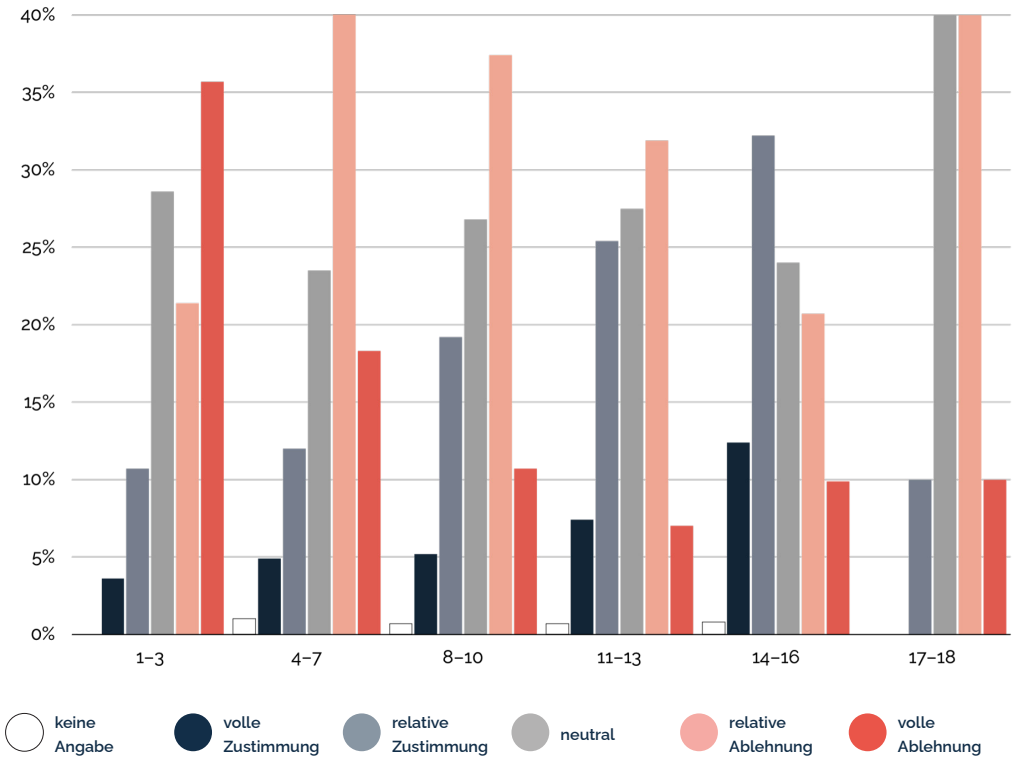
Gesamtnote	keine Angabe	volle Zustimmung	relative Zustimmung	neutral	relative Ablehnung	volle Ablehnung
1–3	–	3,6 %	10,7 %	28,6 %	21,4 %	35,7 %
4–7	1,0 %	4,9 %	12,0 %	23,5 %	40,3 %	18,3 %
8–10	0,7 %	5,2 %	19,2 %	26,8 %	37,4 %	10,7 %
11–13	0,7 %	7,4 %	25,4 %	27,5 %	31,9 %	7,0 %
14–16	0,8 %	12,4 %	32,2 %	24,0 %	20,7 %	9,9 %
17–18	–	–	10,0 %	40,0 %	40,0 %	10,0 %
gesamt	**0,8 %**	**5,7 %**	**19,0 %**	**26,1 %**	**36,5 %**	**11,8 %**

Sachlogisch betrifft diese These nur die Personen, die auch das Studium abgeschlossen und eine End- oder Gesamtnote haben.

Hier zeigt sich sehr deutlich, dass Personen mit höheren Notenstufen grundsätzlich weniger unzufrieden sind als solche mit niedrigeren Notenstufen. Beachtet bleiben sollte, dass in der niedrigsten (1 – 3) sowie in den höchsten Notenstufen (14 – 16, 17–18) auch grundsätzlich wenige Teilnehmende vorhanden sind. Interessant ist, dass in der höchsten abgefragten Notenstufe, 17-18 Punkte, sich eine Mehrheit (50 % der Teilnehmenden der Notenstufe) unzufrieden zeigt, wenngleich es nur 5 Personen sind.

Bei denjenigen, die durchgefallen sind, zeigt sich ebenfalls die absolute Mehrheit, wenngleich es auch hier nur 16 Personen sind, unzufrieden. Immerhin eine Person war dort vollauf zufrieden.

***These 1 A** Gesamtnote*



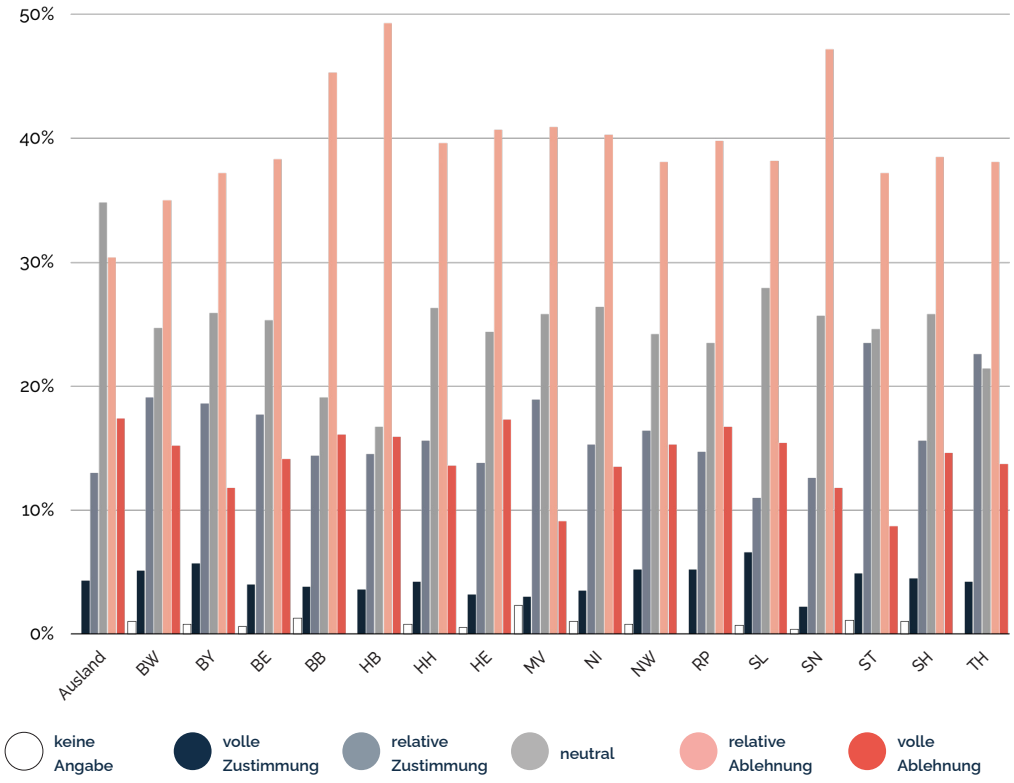
3.6 Studienort

***These 1 A** Studienort*

Bundesland	keine Angabe	volle Zustimmung	relative Zustimmung	neutral	relative Ablehnung	volle Ablehnung
Ausland	–	4,3 %	13,0 %	34,8 %	30,4 %	17,4 %
Baden-Württemberg	1,0 %	5,1 %	19,1 %	24,7 %	35,0 %	15,2 %
Bayern	0,8 %	5,7 %	18,6 %	25,9 %	37,2 %	11,8 %
Berlin	0,6 %	4,0 %	17,7 %	25,3 %	38,3 %	14,1 %
Brandenburg	1,3 %	3,8 %	14,4 %	19,1 %	45,3 %	16,1 %
Bremen	–	3,6 %	14,5 %	16,7 %	49,3 %	15,9 %
Hamburg	0,8 %	4,2 %	15,6 %	26,3 %	39,6 %	13,6 %
Hessen	0,5 %	3,2 %	13,8 %	24,4 %	40,7 %	17,3 %
Mecklenburg-Vorpommern	2,3 %	3,0 %	18,9 %	25,8 %	40,9 %	9,1 %
Niedersachsen	1,0 %	3,5 %	15,3 %	26,4 %	40,3 %	13,5 %
Nordrhein-Westfalen	0,8 %	5,2 %	16,4 %	24,2 %	38,1 %	15,3 %
Rheinland-Pfalz	–	5,2 %	14,7 %	23,5 %	39,8 %	16,7 %
Saarland	0,7 %	6,6 %	11,0 %	27,9 %	38,2 %	15,4 %
Sachsen	0,4 %	2,2 %	12,6 %	25,7 %	47,2 %	11,8 %
Sachsen-Anhalt	1,1 %	4,9 %	23,5 %	24,6 %	37,2 %	8,7 %
Schleswig-Holstein	1,0 %	4,5 %	15,6 %	25,8 %	38,5 %	14,6 %
Thüringen	–	4,2 %	22,6 %	21,4 %	38,1 %	13,7 %
gesamt	**0,8 %**	**4,6 %**	**16,7 %**	**24,9 %**	**38,9 %**	**14,1 %**

Bei der Auswertung nach Studienort zeigt sich, dass unabhängig vom Studienort überwiegend die absolute Mehrheit unzufrieden ist. Besonders deutlich wird dies bei Bremen, deren relative Unzufriedenheit nahezu absolut ist mit 49,3 %. Dicht gefolgt von Sachsen, wo die relative Unzufriedenheit immerhin mit 47,2 % beträgt. Nur in Sachsen-Anhalt und in Thüringen erreicht die relative Zufriedenheit Werte über 20 %, sonst bleiben die relative und auch die absolute Zufriedenheit grundsätzlich unter 20 %.

***These 1 A** Studienort*



3.7 Verhältnis zur juristischen Ausbildung

These 1 A *Verhältnis zur juristischen Ausbildung*

Beruf	keine Angabe	volle Zustimmung	relative Zustimmung	neutral	relative Ablehnung	volle Ablehnung
Studium	0,8 %	3,1 %	14,3 %	23,7 %	41,9 %	16,3 %
Referendariat	0,5 %	4,5 %	17,2 %	18,1 %	43,2 %	16,5 %
WissMit (Lehrstuhl)	0,8 %	4,4 %	22,6 %	21,6 %	40,9 %	9,8 %
WissMit (Kanzlei)	0,7 %	3,7 %	15,4 %	20,2 %	44,6 %	15,5 %
Promotion	0,3 %	4,7 %	21,7 %	23,5 %	39,4 %	10,4 %
LL.B.	0,7 %	2,7 %	11,9 %	25,2 %	40,8 %	18,6 %
LL.M.	1,0 %	6,6 %	14,9 %	25,7 %	38,6 %	13,1 %
Rechtsanwält:in	1,0 %	7,2 %	16,9 %	29,5 %	33,6 %	11,7 %
Syndikus	1,6 %	6,3 %	12,8 %	23,8 %	41,5 %	13,9 %
Richter:in	1,1 %	5,5 %	23,6 %	36,4 %	28,9 %	4,5 %
Staatsanwält:in	1,0 %	2,4 %	19,6 %	35,9 %	35,9 %	5,3 %
Professor:in	–	11,8 %	33,1 %	23,3 %	22,9 %	9,0 %
JPA	1,4 %	4,3 %	32,9 %	34,3 %	25,7 %	1,4 %
Verwaltungsbehörde	1,3 %	2,5 %	17,0 %	27,3 %	36,1 %	15,8 %
Abbruch	–	3,3 %	8,3 %	13,3 %	40,0 %	35,0 %
endgültig nicht bestanden	–	7,3 %	7,3 %	5,5 %	38,2 %	41,8 %
einstufige Ausbildung	–	6,6 %	14,3 %	23,1 %	31,9 %	24,2 %

Da hier Mehrfachantworten möglich waren, dürften sich insbesondere unter den häufigen Überschneidungen ähnliche Antworttendenzen ergeben. Dies betrifft besonders die Gruppen der Wissenschaftlichen Mitarbeitenden und der Promovierenden. Auffällig ist insofern die absolute Unzufriedenheit insb. unter den Studienabbrechern (wenngleich erwartbar) und denjenigen, die endgültig nicht bestanden haben.

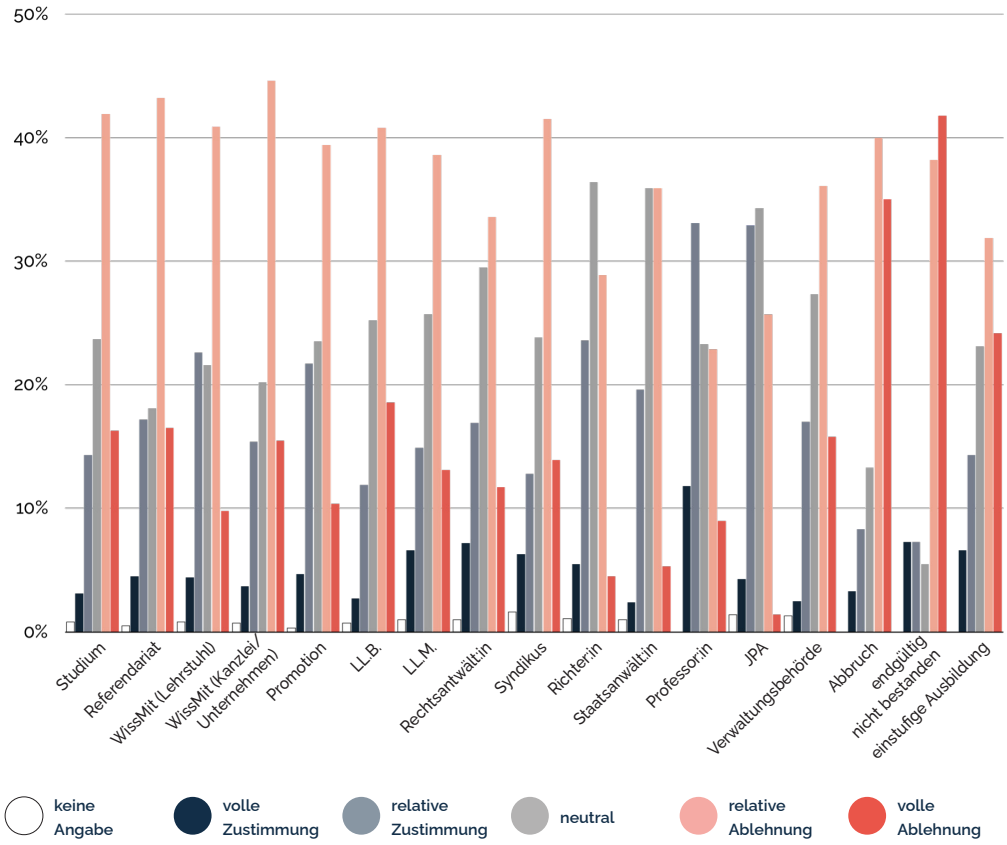
Lediglich bei Professor:innen, Richter:innen und Prüfungsamtsmitarbeitenden fällt die relative Unzufriedenheit unter 30 % und kumulativ mit der absoluten Unzufriedenheit ist bei diesen Gruppen die geringste Unzufriedenheit zu beobachten mit 31,9 % (Professor:innen), 33,4 % (Richter:innen) und 27,1 % (Prüfungsämter). Auch hier bestehen Überschneidungen zwischen den Gruppen, dennoch ist diese geringe Unzufriedenheit auffällig. Wenig überraschend sind diese Gruppen dann spiegelbildlich auch relativ zufrieden; es gibt insofern keinen signifikanten Ausreißer in der Neutralität.

In den anderen Berufsgruppen ergeben sich keine nennenswerten Auffälligkeiten zu den allgemeinen Gesamtwerten.

Zunächst ist ersichtlich, dass sich unter den Studierenden die absolute Mehrheit von 58,2 % vollständig gegen die Abschaffung des Freischusses ausspricht. Zumindest 7,8 % aller Studierenden sprechen sich vollständig für die Abschaffung des Freischusses aus. Weitere 3,1 % der Studierenden haben sich bei der These enthalten und 14,2 % stehen dem Freischuss neutral gegenüber.

Im Fachsemester 16 fällt die volle Zustimmung mit 48,4 % knapp unter 50 %. Ein vergleichsweise hoher Wert an vollständig ablehnenden Stimmen in diesem Fachsemester ist jedoch nicht erkennbar. Davon abgesehen zeigen sich keine nennenswerten Abweichungen von der Gesamtauswertung.

***These 1 A** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*



These 1 B: Integrierter Bachelor

1. Thesenhintergrund

Diese These wurde in der Literatur besonders umfangreich diskutiert. Wir zählten 36 Pro-Argumente bei nur 6 Contra-Argumenten.[1] Die früheste Erscheinung der These war in 2005.[2] Die Vielzahl der von uns ausgewerteten Artikel, erschienen erst nach 2017. Dies begründet sich darin, dass sich erneute Vorschläge zu einer Einführung eines solchen Bachelors ab diesem Zeitpunkt wieder häufiger auftraten.[3] Insbesondere in jüngster Vergangenheit, nach Erscheinen des Artikels zum „Looser-Bachelor"[4], entstand erneut ein breiter Diskurs der zuletzt noch Einfluss auf die Abstimmenden gehabt haben kann, die erst im Juli 2022 abgestimmt haben. Abstimmungsschluss war der 17.07.2022.

2. Thesengestaltung

In die aktuelle juristische, universitäre Ausbildung sollte generell ein Bachelor-Abschluss integriert werden, der zusätzlich oder alternativ zum Staatsexamen durch die Universitäten verliehen wird.

Die ausgewählten Argumente, welcher auf der iur.reform-Webseite als Nachweise aufrufbar waren, sind:

Pro	Contra
1. Durch die Einführung eines Bachelorabschlusses vor dem Staatsexamen, würden die Abschlussprüfungen im Staatsexamen ihren Charakter als „alles-oder-nichts"-Prüfungen verlieren. Der psychische Druck könnte so reduziert werden.	1. Für Bachelorabsolvent:innen gibt es keinen Marktbedarf.
2. Die Anerkennung ausländischer Studienabschlüsse wird vereinfacht.	2. Die Vielfalt von Ausbildungswegen gefährdet die Einheit der Rechtsordnung.
3. Ohne den „Zwischenabschluss" des Bachelors selektiert das Staatsexamen bei Nichtbestehen sozial und damit nicht chancengerecht.	3. Das Staatsexamen schafft vergleichbare Ergebnisse.

3. Hypothese

Wir formulierten folgende Erwartungen für die These:

- Zustimmung bei Mehrheit der Studierenden und Referendar:innen, da hier eine psychische Belastung noch näher und spürbarer ist.
- Ablehnung primär bei älteren Volljurist:innen in den Altersstufen 45+. Ferner insbesondere bei Professor:innen und Praktiker:innen, für die das bisherige System gut funktionierte und die erfolgreich, tendenziell mit „vollbefriedigend", die Ausbildung durchlaufen haben.

[1] Vgl. Literaturauswertung, Reiter „Reformoptionen und Argumente", Zeile 25ff. ***https://onedrive.live.com/view.aspx?resid=D3C707BB028AE925!323&ithint=file %2cxlsx&authkey=!AERBCCwtBbE_-1M***

[2] Ibid, Zeile 42.

[3] Ibid.

[4] Chiusi, „Der Bachelor ist ein Loser-Abschluss" Frankfurter Allgemeine Zeitung Online, 29.06.2022, abrufbar unter ***https://www.faz.net/aktuell/politik/staat-und-recht/sinnhaftigkeit-des-bachelors-fuer-jurastudenten-18138005.html***, zuletzt abgerufen am 01.11.2022.

4. Deskriptive Statistik

4.1 Gesamtauswertung

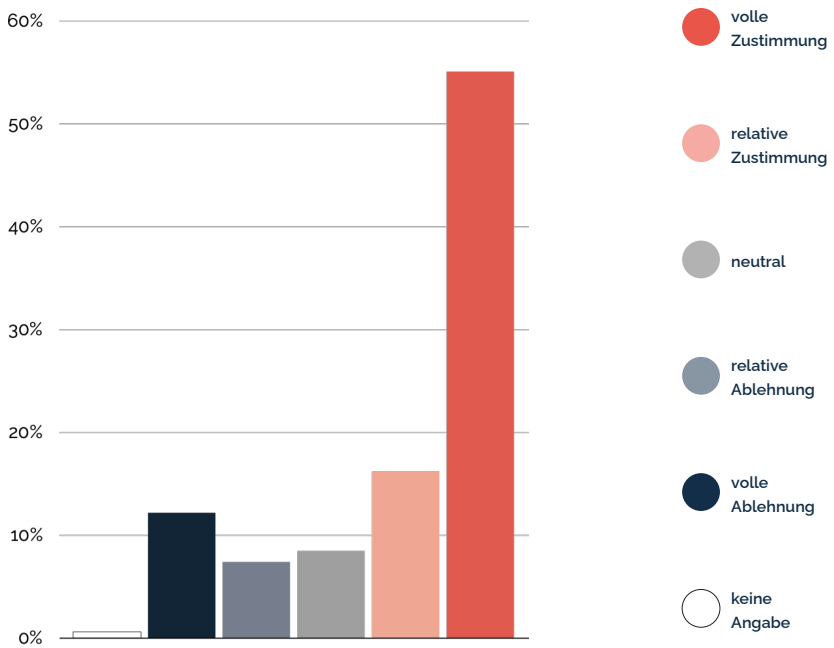
***These 1 B** Gesamtauswertung*

Bewertung	Anteil
keine Angabe	0,6 %
volle Ablehnung	12,2 %
relative Ablehnung	7,4 %
neutral	8,5 %
relative Zustimmung	16,2 %
volle Zustimmung	55,1 %
gesamt	**100,0 %**

Auffällig ist, dass bereits bei einer oberflächlichen Betrachtung die absolute Mehrheit von 55,1 % aller Teilnehmenden die Einführung eines integrierten Bachelors vollständig befürwortet.

Dagegen steht eine absolute Ablehnung von 12,2 %. Weder befürwortend noch ablehnend („neutral“) sprechen sich 8,5 % aus. Weitere 16,2 % der Teilnehmenden stimmen der These überwiegend, aber nicht vollständig zu.

***These 1 B** Gesamtauswertung*



4.2 Alter

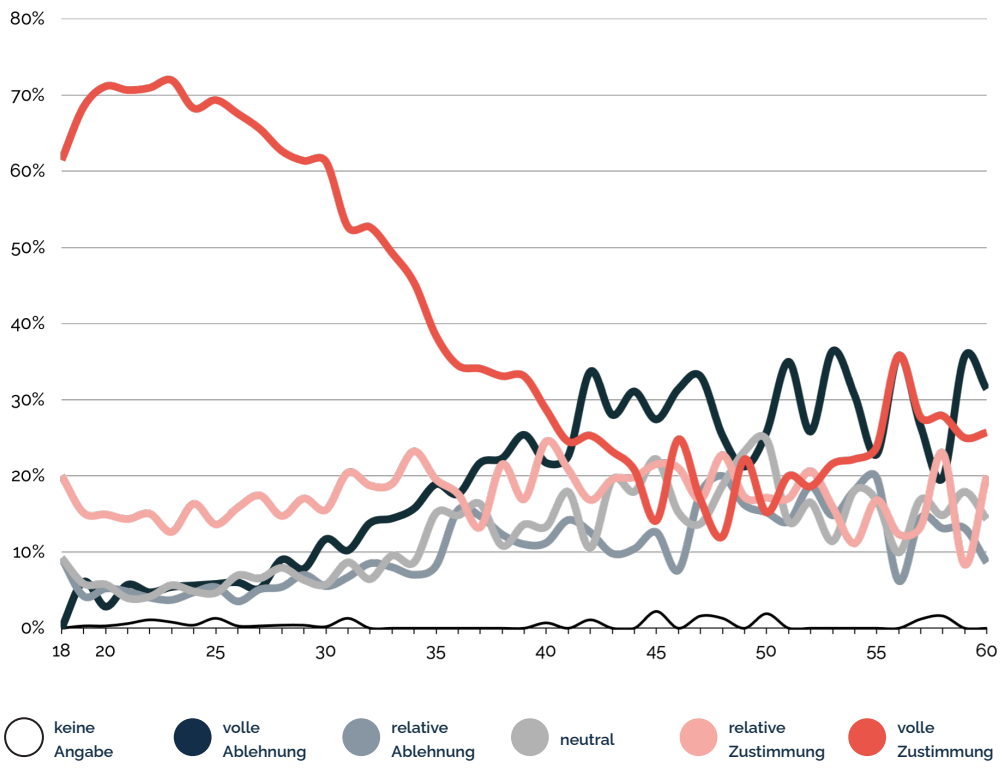
Im Vergleich zur Gesamtauswertung zeigt sich, dass sich die Gesamtwerte nur im Promillepunktbereich verschoben haben.

Bei einer näheren Betrachtung der Tabelle zeigt sich, dass die Altersgruppen zwischen 19 Jahren und inkl. 30 Jahren (typisches Studierendenalter) mit absoluter Mehrheit der These ihre volle Zustimmung ausspricht. So liegt sie in den genannten Altersstufen immer über 60 %. Bis zur Altersstufe 28 Jahre liegt die kombinierte Zustimmung über 80 %.

Allerdings zeigen auch die jungen Menschen keine vollständige Zustimmung zur These, wie erwartet wurde. Die These wird mit Prozenten im einstelligen, bzw. bei 30 Jahren mit 11,7 Prozent (voll) abgelehnt. Jedoch überwiegt die volle Zustimmung mit eindeutiger Mehrheit.

Es überwiegt auch in den anderen Altersgruppen bis inkl. 41 Jahre die volle Zustimmung die volle Ablehnungsquote. Sodann halten die Abstimmenden sich die Waage oder kippen in Richtung Ablehnung. Die Personen über 80 Jahre, mit Ausnahme der 90-jährigen Person lehnten die These vollständig ab. Aufgrund der geringen Teilnehmer:innen in der Alterskategorie ist das Ergebnis jedoch nicht verallgemeinerungsfähig. Die grafische Darstellung zeigt die Zustimmung nach Alter sehr deutlich für jüngere Gruppen.

***These 1 B** Alter*



***These 1 B** Alter*

0 keine Angabe **1** volle Ablehnung **2** relative Ablehnung **3** neutral **4** relative Zustimmung **5** volle Zustimmung

Alter	0	1	2	3	4	5
17	–	–	–	–	100 %	–
18	–	–	9,2 %	9,2 %	20,0 %	61,5 %
19	0,3 %	6,1 %	4,2 %	5,8 %	15,1 %	68,5 %
20	0,3 %	2,8 %	5,2 %	5,7 %	14,9 %	71,2 %
21	0,6 %	5,7 %	4,8 %	3,9 %	14,3 %	70,7 %
22	1,1 %	4,7 %	4,0 %	4,1 %	15,0 %	71,0 %
23	0,8 %	5,4 %	3,7 %	5,6 %	12,6 %	72,0 %
24	0,4 %	5,6 %	4,7 %	4,8 %	16,3 %	68,3 %
25	1,3 %	5,8 %	5,4 %	4,6 %	13,6 %	69,4 %
26	0,3 %	6,0 %	3,5 %	6,9 %	15,8 %	67,6 %
27	0,3 %	5,2 %	5,1 %	6,5 %	17,4 %	65,6 %
28	0,4 %	9,0 %	5,4 %	7,9 %	14,7 %	62,7 %
29	0,4 %	7,8 %	7,0 %	6,3 %	17,0 %	61,4 %
30	0,2 %	11,7 %	5,5 %	5,7 %	15,5 %	61,3 %
31	1,3 %	10,2 %	6,7 %	8,6 %	20,4 %	52,7 %
32	–	13,8 %	8,5 %	6,4 %	18,7 %	52,7 %
33	–	14,4 %	8,0 %	9,5 %	18,9 %	49,3 %
34	–	15,7 %	7,0 %	8,6 %	23,2 %	45,4 %
35	–	18,9 %	8,2 %	15,1 %	19,5 %	38,4 %
36	–	17,6 %	15,5 %	14,8 %	17,6 %	34,5 %
37	–	21,7 %	14,7 %	16,3 %	13,2 %	34,1 %
38	–	22,3 %	12,3 %	10,8 %	21,5 %	33,1 %
39	–	25,4 %	11,0 %	13,6 %	16,9 %	33,1 %
40	0,7 %	21,7 %	11,2 %	13,3 %	24,5 %	28,7 %
41	–	22,6 %	14,2 %	17,9 %	20,8 %	24,5 %
42	1,1 %	33,7 %	12,6 %	10,5 %	16,8 %	25,3 %
43	–	28,0 %	9,8 %	19,5 %	19,5 %	23,2 %
44	–	31,1 %	10,4 %	17,9 %	19,8 %	20,8 %
45	2,2 %	27,4 %	12,6 %	22,2 %	21,5 %	14,1 %
46	–	31,4 %	7,6 %	15,2 %	21,0 %	24,8 %
47	1,6 %	33,1 %	17,7 %	13,7 %	16,9 %	16,9 %
48	1,3 %	25,3 %	20,0 %	18,7 %	22,7 %	12,0 %
49	–	21,2 %	16,2 %	23,2 %	17,2 %	22,2 %
50	1,9 %	25,7 %	15,2 %	24,8 %	17,1 %	15,2 %

Alter	0	1	2	3	4	5
51	–	35,0 %	14,0 %	14,0 %	17,0 %	20,0 %
52	–	25,8 %	18,6 %	16,5 %	20,6 %	18,6 %
53	–	36,4 %	14,8 %	11,4 %	15,9 %	21,6 %
54	–	30,6 %	18,1 %	18,1 %	11,1 %	22,2 %
55	–	22,8 %	19,8 %	16,8 %	16,8 %	23,8 %
56	–	35,8 %	6,2 %	9,9 %	12,3 %	35,8 %
57	1,2 %	26,5 %	14,5 %	16,9 %	13,3 %	27,7 %
58	1,6 %	19,7 %	13,1 %	14,8 %	23,0 %	27,9 %
59	–	35,7 %	13,1 %	17,9 %	8,3 %	25,0 %
60	–	31,4 %	8,6 %	14,3 %	20,0 %	25,7 %
61	–	30,4 %	16,1 %	19,6 %	10,7 %	23,2 %
62	1,9 %	25,9 %	11,1 %	22,2 %	20,4 %	18,5 %
63	–	33,3 %	20,5 %	17,9 %	10,3 %	17,9 %
64	4,2 %	20,8 %	4,2 %	25,0 %	16,7 %	29,2 %
65	–	34,3 %	17,1 %	5,7 %	14,3 %	28,6 %
66	4,5 %	27,3 %	9,1 %	27,3 %	9,1 %	22,7 %
67	–	41,2 %	29,4 %	11,8 %	11,8 %	5,9 %
68	–	20,0 %	20,0 %	20,0 %	20,0 %	20,0 %
69	–	28,6 %	–	14,3 %	28,6 %	28,6 %
70	–	30,0 %	40,0 %	–	10,0 %	20,0 %
71	–	25,0 %	37,5 %	12,5 %	–	25,0 %
72	–	20,0 %	–	20,0 %	–	60,0 %
73	–	12,5 %	12,5 %	12,5 %	37,5 %	25,0 %
74	–	55,6 %	11,1 %	11,1 %	11,1 %	11,1 %
75	–	16,7 %	33,3 %	–	16,7 %	33,3 %
77	–	–	–	–	75,0 %	25,0 %
78	–	33,3 %	–	33,3 %	–	33,3 %
79	–	50,0 %	–	–	–	50,0 %
81	–	–	100 %	–	–	–
82	–	100 %	–	–	–	–
83	–	100 %	–	–	–	–
84	–	100 %	–	–	–	–
90	–	–	–	–	–	100 %
Σ	**0,5 %**	**12,0 %**	**7,3 %**	**8,5 %**	**16,2 %**	**55,3 %**

4.3 Geschlecht

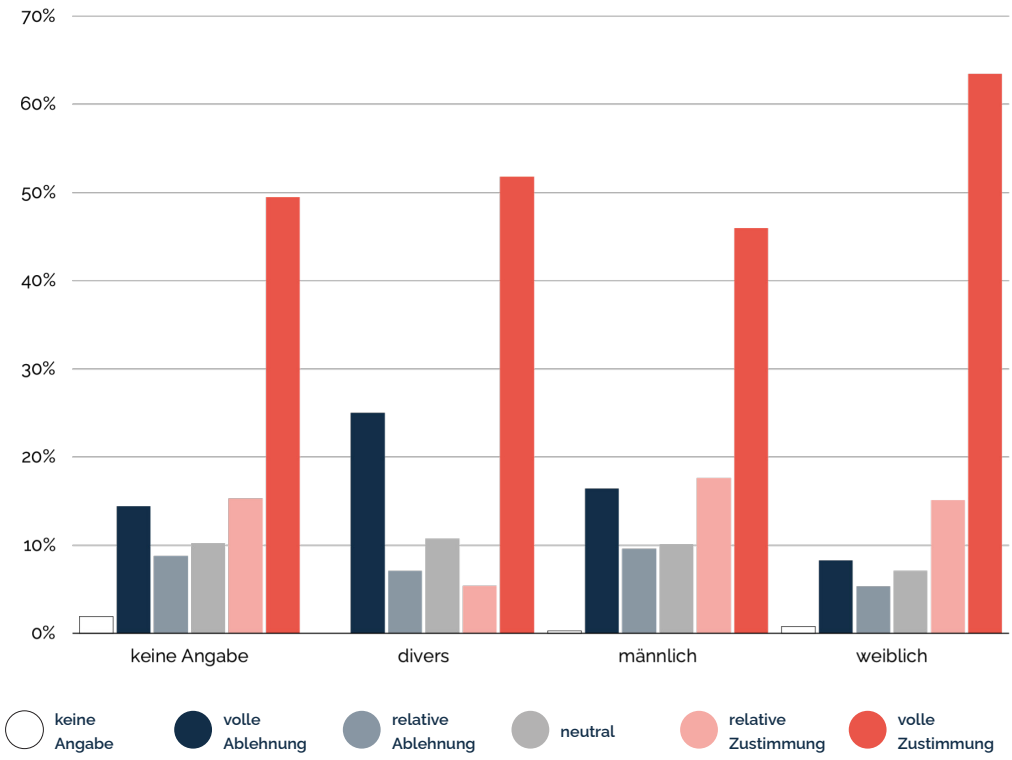
***These 1 B** Geschlecht*

Geschlecht	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
keine Angabe	1,9 %	14,4 %	8,8 %	10,2 %	15,3 %	49,5 %
divers	–	25,0 %	7,1 %	10,7 %	5,4 %	51,8 %
männlich	0,3 %	16,4 %	9,6 %	10,1 %	17,6 %	46,0 %
weiblich	0,8 %	8,3 %	5,3 %	7,1 %	15,1 %	63,5 %
gesamt	**0,6 %**	**12,2 %**	**7,4 %**	**8,5 %**	**16,2 %**	**55,1 %**

Die Tabelle zeigt eine stärkere Befürwortung der Implementierung eines integrierten Bachelors bei weiblichen Personen mit 63,5 % gegenüber nur 46 % bei männlichen Teilnehmenden. Diese Tendenz ist angesichts der oben bereits ausgeführten nahezu 6 Jahren Unterschied im Durchschnitt weniger überraschend, zeigte sich doch bereits, dass insbesondere ältere Personen der These eher ablehnend gegenüberstehen und diese überproportional männlich sind. Dennoch ist der Unterschied von ca. 17 Prozentpunkten bemerkenswert hoch. Auch in der Ablehnung zeigt sich eine Differenz zwischen weiblichen und männlichen Teilnehmenden; stimmen letztere mit 16,4 % für vollständige Ablehnung, während dies unter weiblichen Teilnehmenden nur 8,3 % tun.

Auch unter diversen und solchen ohne Geschlechtsangabe ist die volle Zustimmung am höchsten.

***These 1 B** Geschlecht*



4.4 Fachsemester

***These 1 B** Fachsemester*

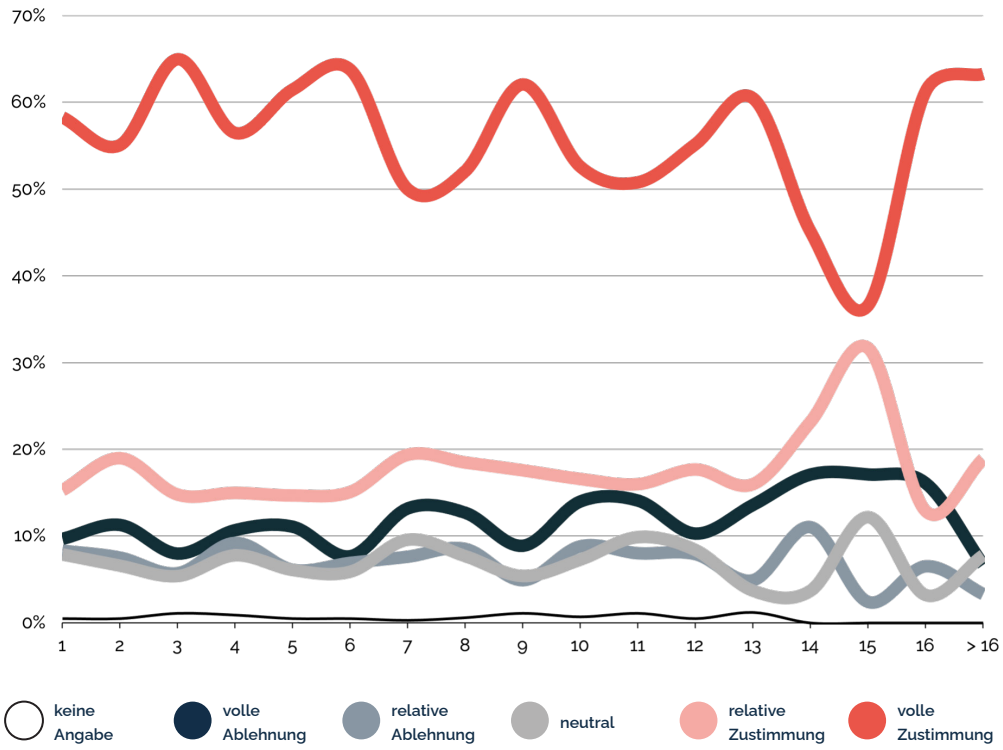
Fachsemester	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
1	0,5 %	9,7 %	8,3 %	7,9 %	15,3 %	58,3 %
2	0,5 %	11,3 %	7,5 %	6,6 %	19,0 %	55,1 %
3	1,1 %	8,0 %	5,7 %	5,4 %	14,8 %	65,0 %
4	0,9 %	10,7 %	9,2 %	7,8 %	15,0 %	56,5 %
5	0,5 %	11,1 %	6,1 %	6,1 %	14,7 %	61,5 %
6	0,5 %	7,7 %	6,9 %	5,9 %	15,1 %	63,8 %
7	0,3 %	13,2 %	7,6 %	9,6 %	19,4 %	50,0 %
8	0,6 %	12,7 %	8,5 %	7,7 %	18,5 %	52,1 %
9	1,1 %	8,9 %	4,9 %	5,4 %	17,6 %	62,1 %
10	0,7 %	14,0 %	8,8 %	7,3 %	16,6 %	52,6 %
11	1,1 %	14,1 %	8,0 %	9,9 %	16,0 %	50,8 %
12	0,5 %	10,3 %	7,9 %	8,4 %	17,7 %	55,2 %
13	1,2 %	13,6 %	4,9 %	3,7 %	16,0 %	60,5 %
14	–	17,1 %	11,0 %	3,7 %	23,2 %	45,1 %
15	–	17,1 %	2,4 %	12,2 %	31,7 %	36,6 %
16	–	16,1 %	6,5 %	3,2 %	12,9 %	61,3 %
>16	–	6,7 %	3,3 %	7,8 %	18,9 %	63,3 %
gesamt	**0,7 %**	**11,2 %**	**7,3 %**	**7,1 %**	**16,9 %**	**56,9 %**

Aus der Tabelle ist ersichtlich, dass unter Studierenden der Fachsemester 1.-13. sowie 16. und höher die (vollständige) Zustimmung grundsätzlich die absolute Mehrheit darstellt; am höchsten ist diese im 3. Semester mit 65 % der Teilnehmenden.

Bemerkenswert ist, dass die Fachsemester 14 und 15 keine absolute Mehrheit, sondern nur eine relative Mehrheit, für eine volle Zustimmung erreichen. In Kombination mit relativer Zustimmung besteht jedoch auch hier eine absolute Mehrheit. Die volle Ablehnung ist mit jeweils 17,1 % am stärksten.

Dass die Zustimmung unter den Studierenden hoch ist, überrascht insgesamt wenig. Insbesondere aber die Zustimmung unter denjenigen im 9. Fachsemester lässt sich zumindest in Teilen dadurch erklären, dass diese Teilnehmenden sich in der Vorbereitung auf das Erste juristische Staatsexamen befinden dürften, sodass von einer gesteigerten Angst bzgl. eines möglichen (endgültigen) Durchfallens ausgegangen werden kann, wobei am Ende meist nur ein Abitur stünde.

***These 1 B** Fachsemester*



4.5 Gesamtnote

***These 1 B** esamtnote*

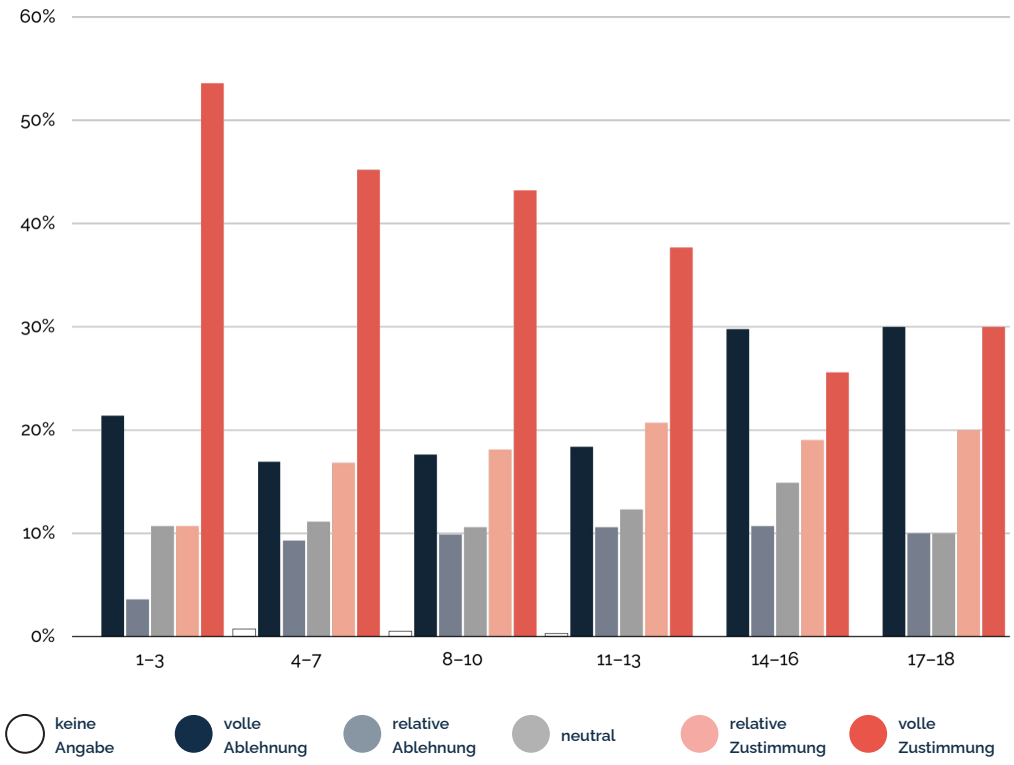
Gesamtnote	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
1–3	–	21,4 %	3,6 %	10,7 %	10,7 %	53,6 %
4–7	0,7 %	16,9 %	9,3 %	11,1 %	16,8 %	45,2 %
8–10	0,5 %	17,6 %	9,9 %	10,6 %	18,1 %	43,2 %
11–13	0,3 %	18,4 %	10,6 %	12,3 %	20,7 %	37,7 %
14–16	–	29,8 %	10,7 %	14,9 %	19,0 %	25,6 %
17–18	–	30,0 %	10,0 %	10,0 %	20,0 %	30,0 %
gesamt	**0,5 %**	**17,9 %**	**9,9 %**	**11,2 %**	**18,3 %**	**42,2 %**

Aus der Tabelle wird ersichtlich, dass auch bei Aufteilung nach diesem Merkmal die (relative und volle) Zustimmung die Ablehnung meist überwiegt. Bei den höchsten Notenstufen, 14-16 und 17-18 übertrifft die volle Ablehnung die volle Zustimmung bzw. hält sich die Waage. Dieser Effekt nivelliert sich allerdings etwas, sobald die relativen Zustimmungs- bzw. Ablehnungswerte einbezogen werden. Sodann besteht eine relative Zustimmung zur These.

Die meisten Teilnehmenden befindet sich in der Notenstufe 8-10, wie bereits oben beschrieben. Innerhalb dieser Notenstufe stimmen 43,2 % voll zu, während nur 17,6 % voll ablehnen. Dieses Verhältnis bestimmt auch die Gesamtzustimmungsrate aller Teilnehmenden, die ihre Notenstufe angegeben haben. 42,2 % sind vollständig dafür; gemeinsam mit denjenigen, die zumindest teilweise zustimmen, sind es sogar 60,5 %. Damit ist die Zahl insgesamt niedriger als bei der Gesamtschau aller Teilnehmenden (dort sind es 71,3 %).

Angesichts der sehr geringen Teilnehmerzahlen für die Notenstufe 17-18 ist die Aussage schlechter zu generalisieren. Andererseits erzielen jährlich nur ca. 0,3 % aller Prüflinge überhaupt die Notenstufe „sehr gut“ (14-18 Punkte), sodass davon ausgegangen werden kann, dass die Teilnehmenden bereits einen signifikanten Anteil an Personen darstellen, die dieser Notenstufe überhaupt angehören, insb. gemeinsam mit denen der hiesigen Stufe 14-16.

***These 1 B** Gesamtnote*



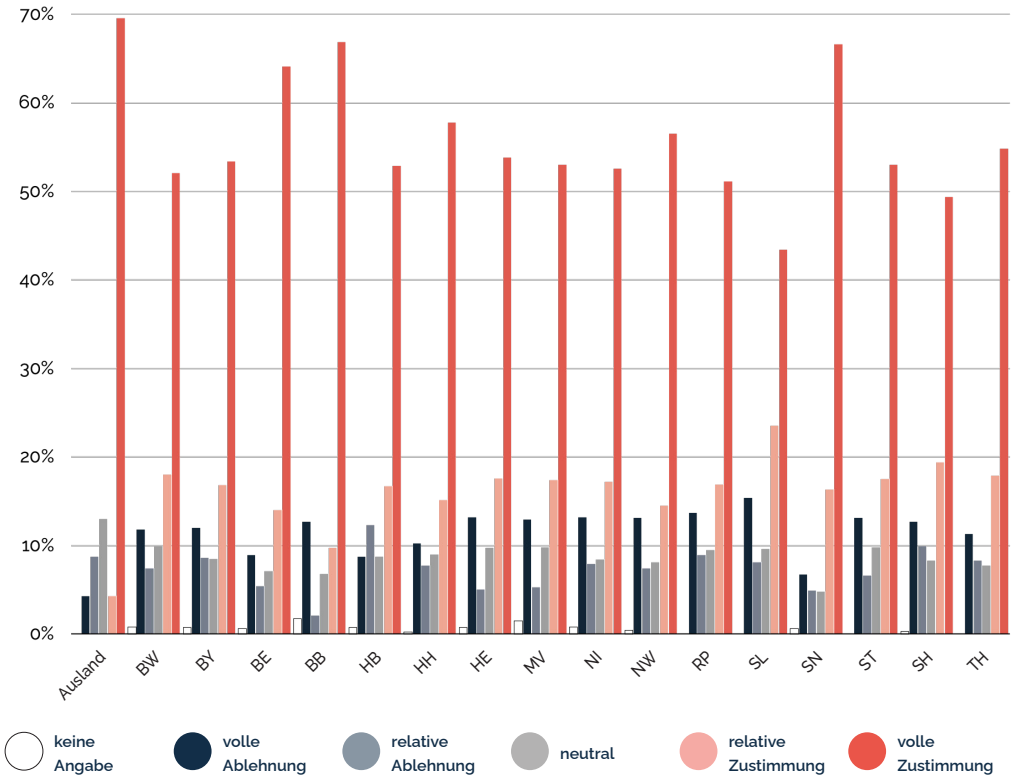
4.6 Studienort

***These 1 B** Studienort*

Bundesland	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
Ausland	–	4,3 %	8,7 %	13,0 %	4,3 %	69,6 %
Baden-Württemberg	0,8 %	11,8 %	7,4 %	9,9 %	18,0 %	52,1 %
Bayern	0,7 %	12,0 %	8,6 %	8,5 %	16,8 %	53,4 %
Berlin	0,6 %	8,9 %	5,4 %	7,1 %	14,0 %	64,1 %
Brandenburg	1,7 %	12,7 %	2,1 %	6,8 %	9,7 %	66,9 %
Bremen	0,7 %	8,7 %	12,3 %	8,7 %	16,7 %	52,9 %
Hamburg	0,2 %	10,2 %	7,7 %	9,0 %	15,1 %	57,8 %
Hessen	0,7 %	13,2 %	5,0 %	9,7 %	17,6 %	53,8 %
Mecklenburg-Vorpommern	1,5 %	12,9 %	5,3 %	9,8 %	17,4 %	53,0 %
Niedersachsen	0,8 %	13,2 %	7,9 %	8,4 %	17,2 %	52,6 %
Nordrhein-Westfalen	0,4 %	13,1 %	7,4 %	8,1 %	14,5 %	56,5 %
Rheinland-Pfalz	–	13,7 %	8,9 %	9,5 %	16,9 %	51,1 %
Saarland	–	15,4 %	8,1 %	9,6 %	23,5 %	43,4 %
Sachsen	0,6 %	6,7 %	4,9 %	4,8 %	16,3 %	66,6 %
Sachsen-Anhalt	–	13,1 %	6,6 %	9,8 %	17,5 %	53,0 %
Schleswig-Holstein	0,3 %	12,7 %	9,9 %	8,3 %	19,4 %	49,4 %
Thüringen	–	11,3 %	8,3 %	7,7 %	17,9 %	54,8 %
gesamt	**0,6 %**	**11,8 %**	**7,3 %**	**8,4 %**	**16,2 %**	**55,7 %**

In allen Bundesländern überwiegt die Zustimmung zur These „Einführung eines integrierten Bachelors“ deutlich. Selbst in den Bundesländern, in denen größere Studienstandorte bestehen (bspw. Bayern, Baden-Württemberg) ist das Bild zwar etwas differenzierter als in anderen Standorten, jedoch überwiegt die Zustimmung immer noch deutlich.

***These 1 B** Studienort*



4.7 Verhältnis zur juristischen Ausbildung

These 1 B *Verhältnis zur juristischen Ausbildung*

Beruf	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
Studium	0,6 %	4,6 %	3,9 %	4,5 %	13,8 %	72,6 %
Referendariat	0,7 %	8,2 %	5,1 %	6,7 %	16,6 %	62,8 %
WissMit (Lehrstuhl)	0,3 %	10,4 %	6,3 %	6,5 %	22,4 %	54,1 %
WissMit (Kanzlei)	0,7 %	5,2 %	3,5 %	5,8 %	14,0 %	70,8 %
Promotion	0,4 %	11,3 %	6,4 %	7,9 %	22,5 %	51,5 %
LL.B.	1,2 %	4,0 %	4,5 %	4,5 %	13,4 %	72,5 %
LL.M.	0,8 %	14,3 %	6,0 %	8,7 %	19,7 %	50,4 %
Rechtsanwält:in	0,7 %	26,2 %	13,5 %	14,0 %	16,6 %	29,1 %
Syndikus	0,0 %	19,9 %	7,7 %	10,4 %	20,2 %	41,8 %
Richter:in	0,4 %	26,8 %	15,5 %	17,6 %	20,8 %	18,9 %
Staatsanwält:in	–	24,9 %	15,3 %	11,5 %	21,5 %	26,8 %
Professor:in	0,8 %	22,4 %	13,9 %	15,1 %	16,3 %	31,4 %
JPA	–	32,9 %	12,9 %	15,7 %	22,9 %	15,7 %
Verwaltungsbehörde	–	13,0 %	9,5 %	10,8 %	18,0 %	48,6 %
Abbruch	–	1,7 %	1,7 %	5,0 %	15,0 %	76,7 %
endgültig nicht bestanden	–	3,6 %	–	3,6 %	5,5 %	87,3 %
einstufige Ausbildung	–	9,9 %	15,4 %	14,3 %	12,1 %	48,4 %

Die volle Zustimmung für die These liegt bei einer Betrachtung unter diesem Aspekt bei insgesamt 55,3 %. Auffällig ist insoweit die „volle" Zustimmungsrate bei den Studierenden, die bei 72,6 % liegt und damit die Gesamtzustimmung bei weitem übersteigt. Dies zeigt den Einfluss der Studierenden auf die Gesamtzustimmung. Auch unter den Referendar:innen ist die Zustimmung mit 62,8 % sehr hoch.

In den meisten Gruppen übertrifft die (volle) Zustimmung die (volle) Ablehnung, dies ist nur nicht der Fall bei den Gruppen der Richter:innen und JPA-Mitarbeitenden. Diese haben in genannter Reihenfolge eine volle Ablehnungsquote mit 26,8 % die höher ist als die volle Zustimmungsquote mit 18,9 % sowie 32,9 % zu 15,7 %.

Bei den Praktiker:innen fällt das Ergebnis zwar nicht so eindeutig, wie bei den Studierenden aus, jedoch meist eindeutig. Bei den Rechtsanwält:innen 26,2 % volle Ablehnung gegenüber 29,1 % volle Zustimmung. Bei den Syndikusanwält:innen 41,8 % volle Zustimmung zu 19,9 % volle Ablehnung. Bei den Verwaltungsmitarbeitenden lässt sich feststellen, dass diese mit 13 % volle ablehnend stimmten, aber gleichzeitig mit 48,6 % ihre volle Zustimmung erteilen.

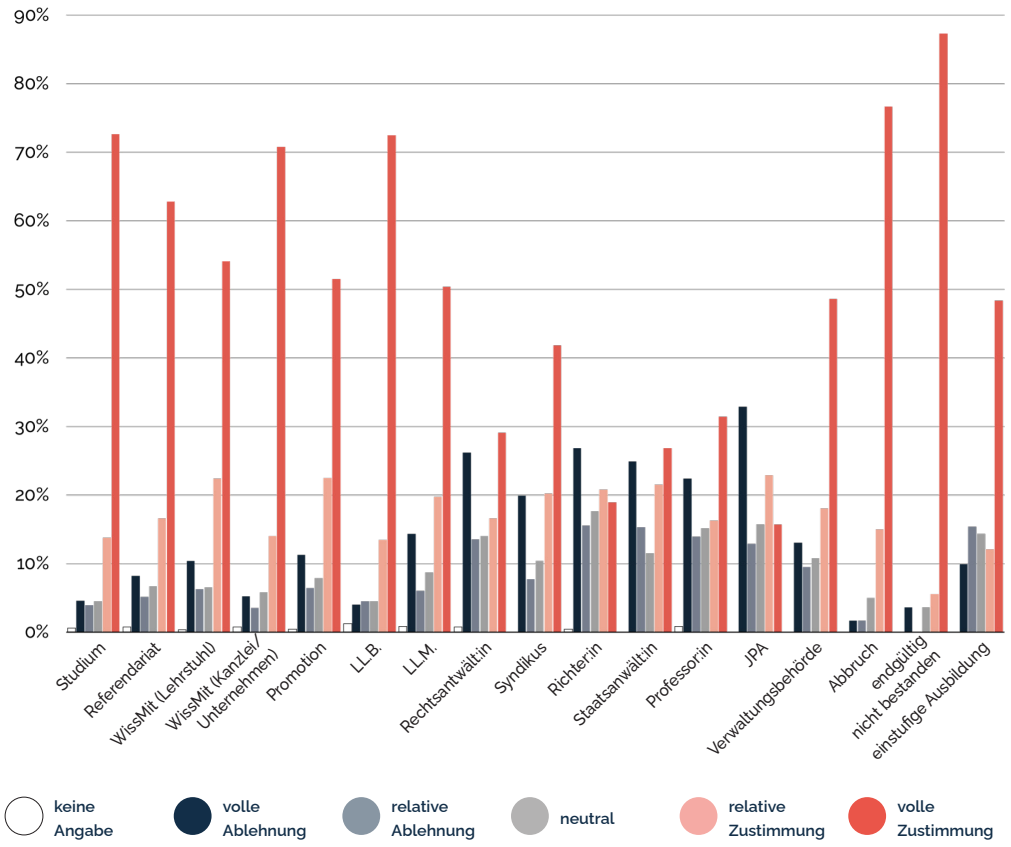
Professor:innen stimmten mit 22,4 % volle Ablehnung gegenüber 31,4 % volle Zustimmung. Selbst unter den offenbar differenzierter abstimmenden Richter:innen sind neutrale Stimmen mit 17,6 % relativ hoch (ähnlich differenziert stimmen nur Staatsanwält:innen und JPA-Mitarbeitende), ansonsten aber kaum bemerkenswert.

Unter Rechtsanwält:innen sind die Meinungen offenbar ausgeprägter, hier bestehen

zwischen (voller) Ablehnung und (voller) Zustimmung gegenüber den neutralen Stimmen 12,2 bzw. 15,1 Prozentpunkte Unterschied. In absoluten Zahlen: Während 547 Rechtsanwält:innen die These voll ablehnten, stimmten 608 voll zu; nur 292 waren neutral. 0,5 % aller Stimmen hatten gar keine Meinung zur These; dies war unter Personen mit LL.B.-Abschluss am meisten ausgeprägt mit 1,2 %.

Auffällig ist auch, dass unter Promovenden auch eine starke Meinung herrscht: Während nur 11,3 % (voll) ablehnende Stimmen vorhanden sind, liegen die voll zustimmenden Stimmen um 40,2 Prozentpunkte höher bei 51,5 %. In absoluten Zahlen: 86 voll ablehnende, 392 voll zustimmende. Unter wissenschaftlichen Mitarbeitenden sehen die Zahlen ähnlich aus. Hier dürfte indes auch eine größere Schnittmenge herrschen: Typischerweise haben Promovenden eine Anstellung als wissenschaftliche Mitarbeitende, ob in einer Kanzlei oder am Lehrstuhl, welche auch das ähnliche Abstimmungsverhalten erklären könnte.

***These 1 B** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*



5. Ergebnis bzgl. Erwartungen

Die Erwartungen wurden nur teilweise erfüllt. Überraschend war insofern, dass auch unter Professor:innen und Praktiker:innen die Zustimmung höher lag als die Ablehnung. Gleichwohl trafen die Erwartungen insoweit zu, dass die Ablehnung primär von diesen Gruppierungen kam.

These 1 C: Einstufige juristische Ausbildung (Loccum)

1. Thesenhintergrund

Diese These wurde in der Literatur häufiger insbesondere Anfang der 2000er diskutiert. Wir zählten 10 Pro-Argumente bei 11 Contra-Argumenten.[1] Die früheste Erscheinung der These war in 2000.[2] Nach 2006 gab es eine größere Diskussion der These erst 2019/2020, wie aus der Literaturauswertungstabelle ersichtlich ist.

2. Thesengestaltung

Die einstufige juristische Ausbildung sollte erneut erprobt werden.

Die ausgewählten Argumente, welcher auf der iur.reform-Webseite als Nachweise aufrufbar waren, sind:

Pro	Contra
1. Die einstufige Juristenausbildung ermöglicht einen schnelleren Abschluss.	1. Die Qualität der Ausbildung kann durch die zeitliche Verkürzung geringer ausfallen.
2. Ein Studium muss es ermöglichen – wie auch in anderen Studiengängen üblich – eine Berufsentscheidung treffen zu können; dies wird durch die berufsbezogene einstufige Juristenausbildung gestärkt.	2. Höhere Betreuungsdichte wird höhere Kosten verursachen.
3. Hervorbringen von selbstständig denkenden, praktisch handlungsfähigen Jurist:innen.	3. Die zweistufige Ausbildung hat sich bewährt.

3. Hypothese

Wir formulierten folgende Erwartungen für die These:

- Grundsätzlich eher breite Ablehnung.
- Möglicherweise unter Referendar:innen eine leichte Zustimmung, die nach dem geschafften ersten jur. Staatsexamen anfängliche Praxisrelevanz erkennen und sich wünschen, dies schon integriert gehabt zu haben.
- Insbesondere unter Professor:innen erwarteten wir eine hohe Ablehnung; bei Rechtsanwält:innen ggf. eine gewisse Ambivalenz.
- Selbst bei Personen, die sie durchlaufen haben, wird kein klares Votum dafür erwartet.

[1] Vgl. Literaturauswertung, Reiter „Reformoptionen und Argumente“, Zeile 76ff. ***https://onedrive.live.com/view.aspx?resid=D3C707BB028AE925!323&ithint=file %2cxlsx&authkey=!AERBCCwtBbE_-1M***

[2] Ibid, Zeile 87.

4. Deskriptive Statistik

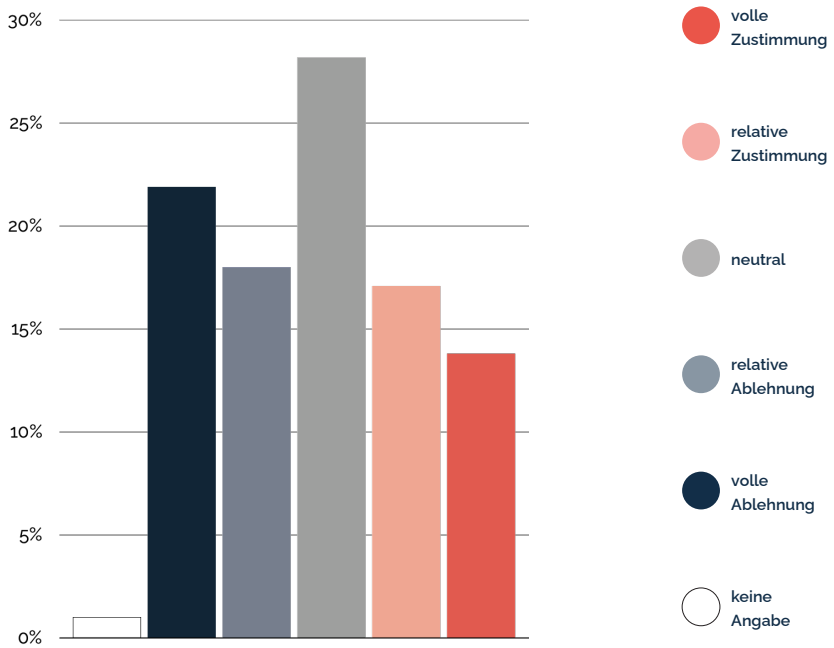
4.1 Gesamtauswertung

***These 1 C** Gesamtauswertung*

Bewertung	Anteil
keine Angabe	1,0 %
volle Ablehnung	21,9 %
relative Ablehnung	18,0 %
neutral	28,2 %
relative Zustimmung	17,1 %
volle Zustimmung	13,8 %
gesamt	**100,0 %**

Auf den ersten Blick wird klar, dass die (Wieder)Einführung der einstufigen juristische Ausbildung bei den Teilnehmenden nicht die hohe Zustimmung des integrierten Bachelors erreicht. Hier liegen die Stimmen deutlich differenzierter. Am meisten wurde neutral abgestimmt mit 28,2 %. Unmittelbar danach folgt die volle Ablehnung mit 21,9 %; eine volle Zustimmung gab es nur von 13,8 % der Teilnehmenden.

***These 1 C** Gesamtauswertung*

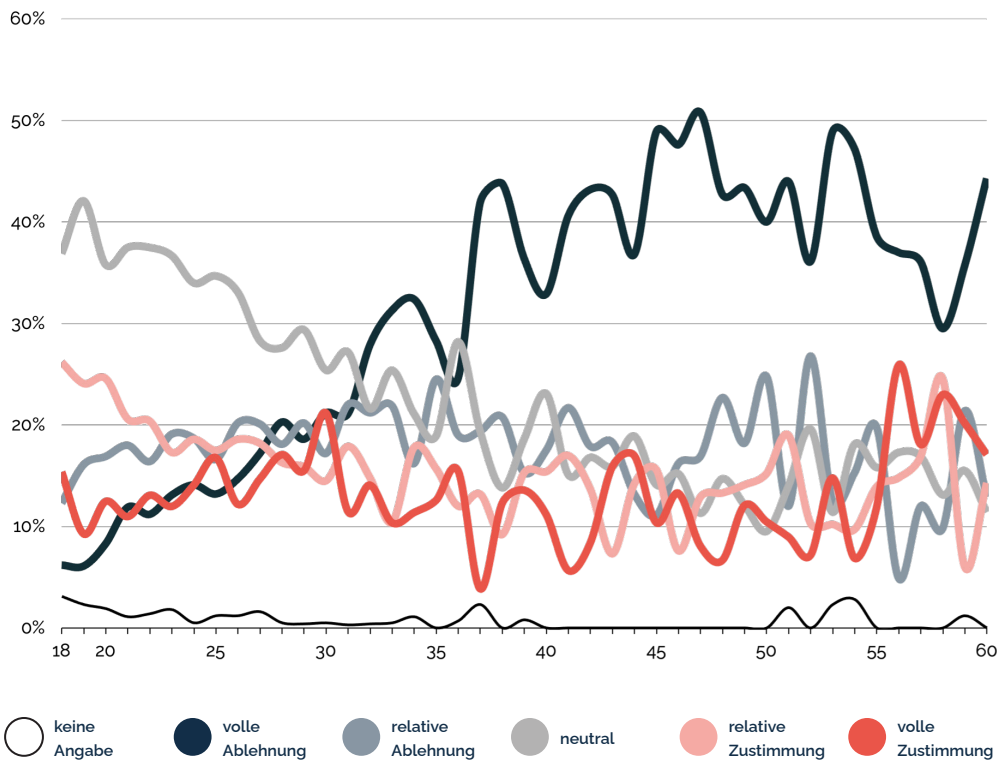


4.2 Alter

Bei einer Zustimmung nach Alter wird deutlich, dass über alle Altersstufen hinweg eine relative Ablehnung besteht. Diese fällt in vielen Altersstufen deutlich größer als die Gesamtablehnung aus. Dabei entwickelt sich die volle Ablehnung graduell nach steigendem Alter. Beträgt die volle Ablehnung bei den 18-jährigen nur 6,2 %, liegt sie beim Alter von 32 schon bei 27,9 %. Die höchste Ablehnungsrate findet sich bei den 69-jährigen mit 71,4 %. Aufgrund der geringen Teilnehmer:innenzahl von 9, ist diese Quote jedoch nur bedingt aussagefähig. Auffällig und aufgrund ihrer Teilnehmer:innenzahl von 124 aussagekräftiger ist die volle Ablehnungsquote von 50,8 % unter den 47-jährigen.

Bei den Teilnehmenden jüngeren Alters, in denen zwar keine kombinierte absolute Mehrheit für eine Ablehnung erreicht wird, geht jedoch nicht zugleich auch eine hohe Zustimmung einher. Vielmehr ist erkennbar, dass die meisten Personen in diesen Altersstufen neutral abgestimmt haben. So liegt die Quote der Abstimmungsstufe „neutral“ bei den 19-jährigen bei 42,1 %.

***These 1 C** Alter*



***These 1 C** Alter*

0 keine Angabe **1** volle Ablehnung **2** relative Ablehnung **3** neutral **4** relative Zustimmung **5** volle Zustimmung

Alter	0	1	2	3	4	5
17	–	–	–	–	100 %	–
18	3,1 %	6,2 %	12,3 %	36,9 %	26,2 %	15,4 %
19	2,3 %	6,1 %	16,1 %	42,1 %	24,1 %	9,3 %
20	1,9 %	8,3 %	16,9 %	35,8 %	24,6 %	12,5 %
21	1,1 %	11,9 %	18,0 %	37,5 %	20,6 %	11,0 %
22	1,4 %	11,2 %	16,4 %	37,5 %	20,4 %	13,1 %
23	1,8 %	13,1 %	19,1 %	36,7 %	17,3 %	12,0 %
24	0,5 %	14,1 %	18,7 %	34,0 %	18,6 %	14,1 %
25	1,2 %	13,2 %	16,6 %	34,7 %	17,5 %	16,8 %
26	1,2 %	14,7 %	20,2 %	33,1 %	18,6 %	12,2 %
27	1,6 %	17,2 %	20,1 %	28,3 %	18,2 %	14,7 %
28	0,5 %	20,3 %	18,1 %	27,6 %	16,3 %	17,1 %
29	0,4 %	18,6 %	20,2 %	29,4 %	15,9 %	15,5 %
30	0,5 %	21,2 %	17,2 %	25,4 %	14,5 %	21,2 %
31	0,3 %	21,1 %	22,0 %	27,2 %	17,9 %	11,5 %
32	0,4 %	27,9 %	21,2 %	21,6 %	14,8 %	14,1 %
33	0,5 %	31,3 %	21,9 %	25,4 %	10,4 %	10,4 %
34	1,1 %	32,4 %	16,2 %	21,1 %	17,8 %	11,4 %
35	–	28,3 %	24,5 %	18,9 %	15,7 %	12,6 %
36	0,7 %	24,6 %	19,0 %	28,2 %	12,0 %	15,5 %
37	2,3 %	41,9 %	19,4 %	19,4 %	13,2 %	3,9 %
38	–	43,8 %	20,8 %	13,8 %	9,2 %	12,3 %
39	0,8 %	36,4 %	15,3 %	18,6 %	15,3 %	13,6 %
40	–	32,9 %	17,5 %	23,1 %	15,4 %	11,2 %
41	–	40,6 %	21,7 %	15,1 %	17,0 %	5,7 %
42	–	43,2 %	17,9 %	16,8 %	13,7 %	8,4 %
43	–	42,7 %	18,3 %	15,9 %	7,3 %	15,9 %
44	–	36,8 %	13,2 %	18,9 %	14,2 %	17,0 %
45	–	48,9 %	11,1 %	14,1 %	15,6 %	10,4 %
46	–	47,6 %	16,2 %	15,2 %	7,6 %	13,3 %
47	–	50,8 %	16,9 %	11,3 %	12,9 %	8,1 %
48	–	42,7 %	22,7 %	14,7 %	13,3 %	6,7 %
49	–	43,4 %	18,2 %	12,1 %	14,1 %	12,1 %
50	–	40,0 %	24,8 %	9,5 %	15,2 %	10,5 %

Alter	0	1	2	3	4	5
51	2,0 %	44,0 %	12,0 %	14,0 %	19,0 %	9,0 %
52	–	36,1 %	26,8 %	19,6 %	10,3 %	7,2 %
53	2,3 %	48,9 %	12,5 %	11,4 %	10,2 %	14,8 %
54	2,8 %	47,2 %	15,3 %	18,1 %	9,7 %	6,9 %
55	–	38,6 %	19,8 %	15,8 %	13,9 %	11,9 %
56	–	37,0 %	4,9 %	17,3 %	14,8 %	25,9 %
57	–	36,1 %	12,0 %	16,9 %	16,9 %	18,1 %
58	–	29,5 %	9,8 %	13,1 %	24,6 %	23,0 %
59	1,2 %	35,7 %	21,4 %	15,5 %	6,0 %	20,2 %
60	–	44,3 %	12,9 %	11,4 %	14,3 %	17,1 %
61	3,6 %	35,7 %	14,3 %	5,4 %	19,6 %	21,4 %
62	–	37,0 %	14,8 %	16,7 %	16,7 %	14,8 %
63	2,6 %	28,2 %	17,9 %	10,3 %	12,8 %	28,2 %
64	–	29,2 %	12,5 %	8,3 %	16,7 %	33,3 %
65	–	31,4 %	14,3 %	11,4 %	11,4 %	31,4 %
66	9,1 %	31,8 %	9,1 %	18,2 %	9,1 %	22,7 %
67	–	47,1 %	17,6 %	5,9 %	5,9 %	23,5 %
68	–	40,0 %	–	6,7 %	20,0 %	33,3 %
69	–	71,4 %	–	–	–	28,6 %
70	–	30,0 %	–	–	10,0 %	60,0 %
71	–	50,0 %	12,5 %	–	–	37,5 %
72	–	–	–	20,0 %	40,0 %	40,0 %
73	–	12,5 %	25,0 %	12,5 %	37,5 %	12,5 %
74	–	55,6 %	22,2 %	–	11,1 %	11,1 %
75	16,7 %	16,7 %	–	16,7 %	–	50,0 %
77	–	–	50,0 %	25,0 %	–	25,0 %
78	–	33,3 %	–	–	–	66,7 %
79	–	–	50,0 %	–	–	50,0 %
81	–	–	–	–	100 %	–
82	–	–	–	–	100 %	–
83	–	100 %	–	–	–	–
84	–	100 %	–	–	–	–
90	–	100 %	–	–	–	–
Σ	**1,0 %**	**21,7 %**	**18,1 %**	**28,2 %**	**17,2 %**	**13,8 %**

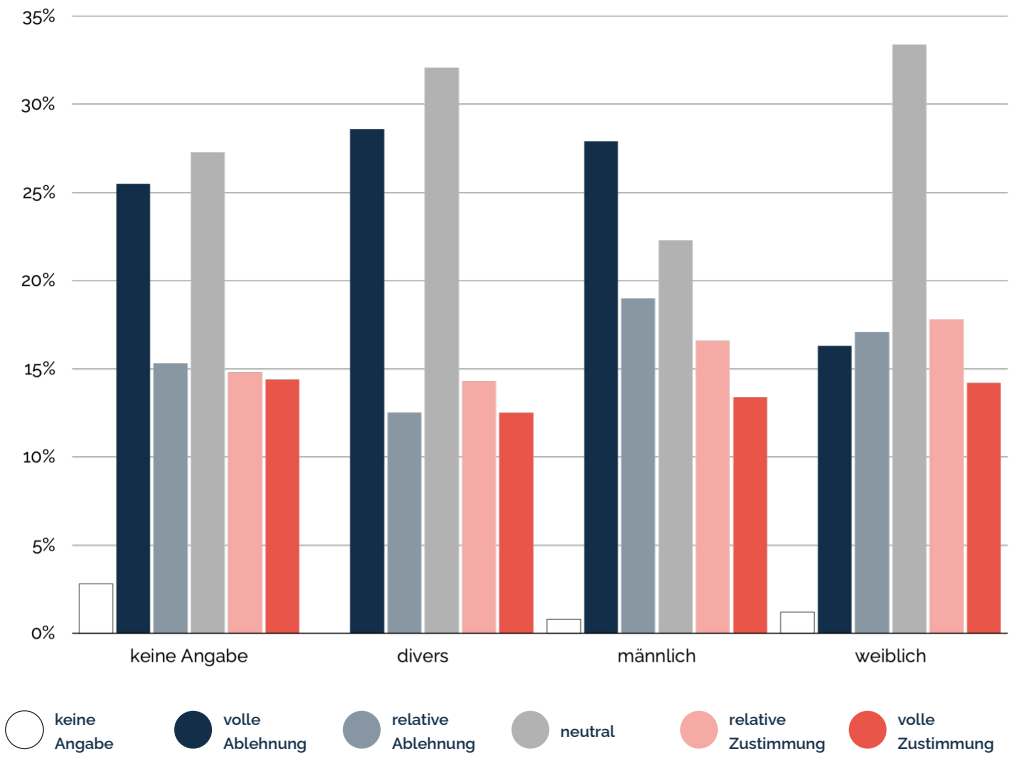
4.3 Geschlecht

***These 1 C** Geschlecht*

Geschlecht	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
keine Angabe	2,8 %	25,5 %	15,3 %	27,3 %	14,8 %	14,4 %
divers	–	28,6 %	12,5 %	32,1 %	14,3 %	12,5 %
männlich	0,8 %	27,9 %	19,0 %	22,3 %	16,6 %	13,4 %
weiblich	1,2 %	16,3 %	17,1 %	33,4 %	17,8 %	14,2 %
gesamt	**1,0 %**	**21,9 %**	**18,0 %**	**28,2 %**	**17,1 %**	**13,8 %**

Während bei der Zustimmung nach Geschlecht zwar im Grundsatz keine signifikante Abweichung zur Grundverteilung zu sehen ist, zeigt sich zumindest, dass die männlichen Teilnehmenden stärker die These ablehnen (kombinierte Ablehnung 46,9 %) als weibliche Teilnehmende (kombinierte Ablehnung 33,4 %). Diverse Teilnehmende lehnen die These kombiniert weniger stark ab als männliche Teilnehmende und mehr als Weibliche (41,1 %). Sie stimmen jedoch nahezu identisch neutral ab wie die weiblichen Teilnehmenden.

***These 1 C** Geschlecht*



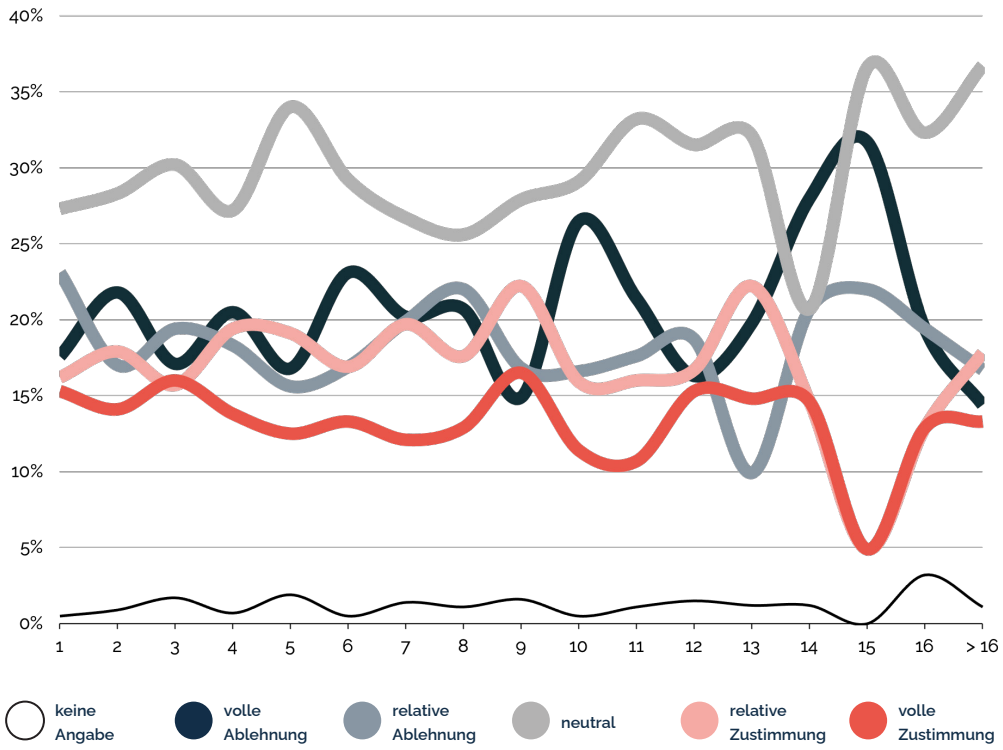
4.4 Fachsemester

***These 1 C** Fachsemester*

Fachsemester	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
1	0,5 %	17,6 %	23,1 %	27,3 %	16,2 %	15,3 %
2	0,9 %	21,8 %	17,0 %	28,3 %	17,9 %	14,1 %
3	1,7 %	17,1 %	19,4 %	30,2 %	15,7 %	16,0 %
4	0,7 %	20,5 %	18,3 %	27,2 %	19,4 %	13,8 %
5	1,9 %	16,8 %	15,6 %	34,0 %	19,1 %	12,5 %
6	0,5 %	23,1 %	16,9 %	29,2 %	16,9 %	13,3 %
7	1,4 %	20,2 %	19,9 %	26,7 %	19,7 %	12,1 %
8	1,1 %	20,7 %	22,0 %	25,6 %	17,6 %	12,9 %
9	1,6 %	14,9 %	16,8 %	27,9 %	22,2 %	16,5 %
10	0,5 %	26,5 %	16,6 %	29,1 %	15,9 %	11,4 %
11	1,1 %	21,4 %	17,6 %	33,2 %	16,0 %	10,7 %
12	1,5 %	16,3 %	18,7 %	31,5 %	16,7 %	15,3 %
13	1,2 %	19,8 %	9,9 %	32,1 %	22,2 %	14,8 %
14	1,2 %	28,0 %	20,7 %	20,7 %	14,6 %	14,6 %
15	–	31,7 %	22,0 %	36,6 %	4,9 %	4,9 %
16	3,2 %	19,4 %	19,4 %	32,3 %	12,9 %	12,9 %
>16	1,1 %	14,4 %	16,7 %	36,7 %	17,8 %	13,3 %
gesamt	**1,1 %**	**20,2 %**	**18,1 %**	**29,2 %**	**17,8 %**	**13,5 %**

Auch bei der Aufteilung nach Fachsemestern zeigt sich keine signifikante Abweichung vom Gesamtbild. In jedem Fachsemester, mit Ausnahme des Vierzehnten, ist die „neutrale“ Stimmung relativ am höchsten gegenüber den sonstigen Abstimmungsalternativen. Im 14. Fachsemester überwiegt die volle Ablehnung mit 28 % zu 20,7 % neutralen Stimmen. Erkennbar ist mithin eine überwiegende Unsicherheit bei den Studierenden. Die Höchste volle Ablehnung findet sich bei Abstimmenden im 15. Fachsemester mit 31,7 %. Demgegenüber findet sich die höchste volle Zustimmung bei Studierenden im 9. Fachsemester mit 16,5 %.

***These 1 C** Fachsemester*



4.5 Gesamtnote

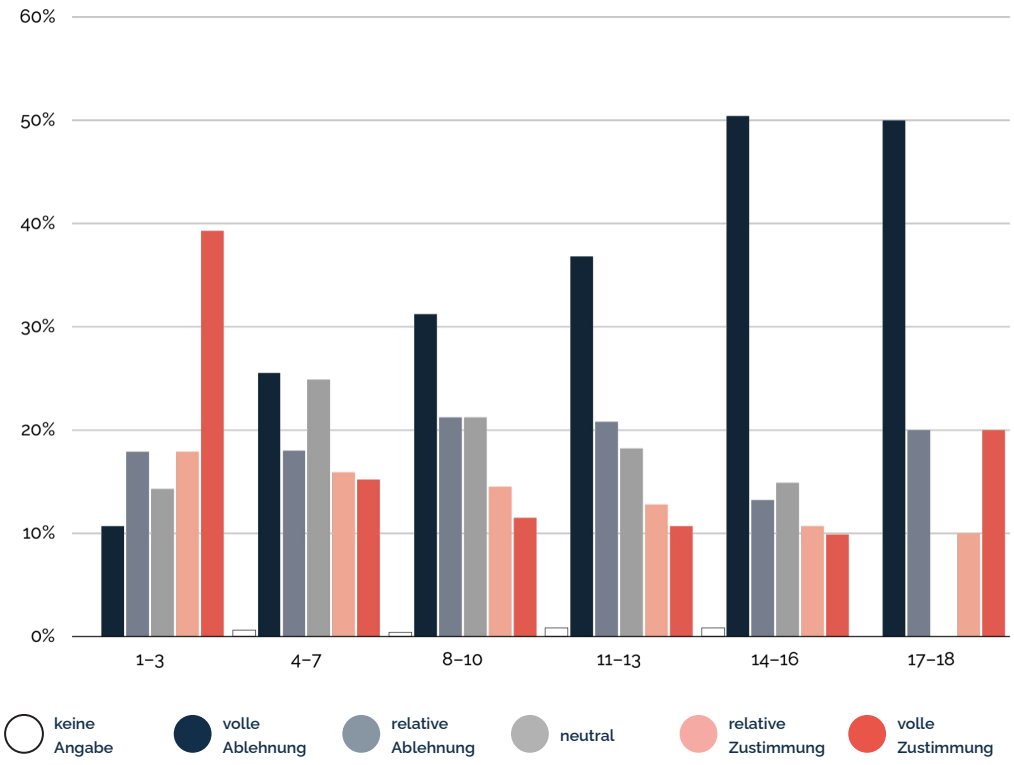
***These 1 C** Gesamtnote*

Gesamtnote	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
1–3	–	10,7 %	17,9 %	14,3 %	17,9 %	39,3 %
4–7	0,6 %	25,5 %	18,0 %	24,9 %	15,9 %	15,2 %
8–10	0,4 %	31,2 %	21,2 %	21,2 %	14,5 %	11,5 %
11–13	0,8 %	36,8 %	20,8 %	18,2 %	12,8 %	10,7 %
14–16	0,8 %	50,4 %	13,2 %	14,9 %	10,7 %	9,9 %
17–18	–	50,0 %	20,0 %	–	10,0 %	20,0 %
gesamt	**0,5 %**	**31,4 %**	**20,1 %**	**21,2 %**	**14,4 %**	**12,4 %**

Bei der Zustimmung nach Notenstufen zeichnet sich gegenüber der Gesamtauswertung ein anderes Bild ab. Bei den höchsten Notenstufen 14-16 und 17-18 ist die volle Ablehnung mit 50,4 % bzw. 50,0 % absolut. Auf der anderen Seite bestand bei Teilnehmenden mit der niedrigsten Notenstufe, 1-3 Punkten, eine volle Zustimmung zur These von 39,3 %, kombiniert mit der relativen Zustimmung sogar eine Zustimmung von 57,2 %. Generalisiert lässt sich sagen, dass die Ablehnung graduell nach Notenstufe zunimmt. Da die größte Teilnehmendenzahl sich bei der Notenstufe 8-10 befindet, wäre zwar erwartbar, dass diese auch dem Gesamtbild gleicht, indes überwiegt hier die relative Ablehnung mit 31,2 %.

Gemeinhin lässt sich sagen, dass unter Absolvent:innen, die eine Notenstufe angegeben haben, die volle Ablehnung deutlich größer ist als im Gesamtbild (dort 21,9 %, hier 31,4 %) mit knapp weniger als 10 Prozentpunkten.

***These 1 C** Gesamtnote*



4.6 Studienort

***These 1 C** Studienort*

Bundesland	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
Ausland	–	13,0 %	8,7 %	34,8 %	21,7 %	21,7 %
Baden-Württemberg	0,8 %	24,6 %	21,4 %	26,7 %	15,4 %	11,1 %
Bayern	0,8 %	23,5 %	17,7 %	29,1 %	15,0 %	13,8 %
Berlin	1,0 %	21,0 %	16,7 %	27,0 %	18,5 %	15,7 %
Brandenburg	1,3 %	15,7 %	16,9 %	25,4 %	22,5 %	18,2 %
Bremen	–	22,5 %	23,2 %	23,9 %	13,8 %	16,7 %
Hamburg	1,2 %	20,7 %	16,5 %	25,3 %	17,6 %	18,5 %
Hessen	1,5 %	21,9 %	16,9 %	28,2 %	17,6 %	13,8 %
Mecklenburg-Vorpommern	1,5 %	29,5 %	13,6 %	26,5 %	21,2 %	7,6 %
Niedersachsen	1,5 %	20,9 %	17,0 %	27,5 %	18,5 %	14,6 %
Nordrhein-Westfalen	0,9 %	21,5 %	19,1 %	27,3 %	17,3 %	13,8 %
Rheinland-Pfalz	0,8 %	21,5 %	17,5 %	29,4 %	19,1 %	11,7 %
Saarland	0,7 %	27,9 %	18,4 %	25,7 %	13,2 %	14,0 %
Sachsen	0,6 %	11,8 %	16,2 %	37,9 %	20,7 %	12,9 %
Sachsen-Anhalt	2,2 %	18,0 %	18,0 %	32,2 %	18,6 %	10,9 %
Schleswig-Holstein	0,6 %	25,2 %	18,5 %	29,3 %	13,7 %	12,7 %
Thüringen	–	20,8 %	17,9 %	28,6 %	18,5 %	14,3 %
gesamt	**1,0 %**	**21,6 %**	**18,1 %**	**28,2 %**	**17,2 %**	**13,8 %**

Bei der Auswertung der Zustimmung nach Studienort gibt es gegenüber der Gesamtheit keine nennenswerten Besonderheiten. Die neutralen Stimmen sind mit Ausnahme von Mecklenburg-Vorpommern und Saarland relativ am höchsten; in diesen Bundesländern ist relativ die volle Ablehnung am höchsten. Bei Teilnehmenden mit Studienort Bremen liegen die Stimmen der „vollen Ablehnung“, „relativen Ablehnung“ und „neutral“ fast gleichauf.

***These 1 C** Studienort*

4.7 Verhältnis zur juristischen Ausbildung

***These 1 C** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*

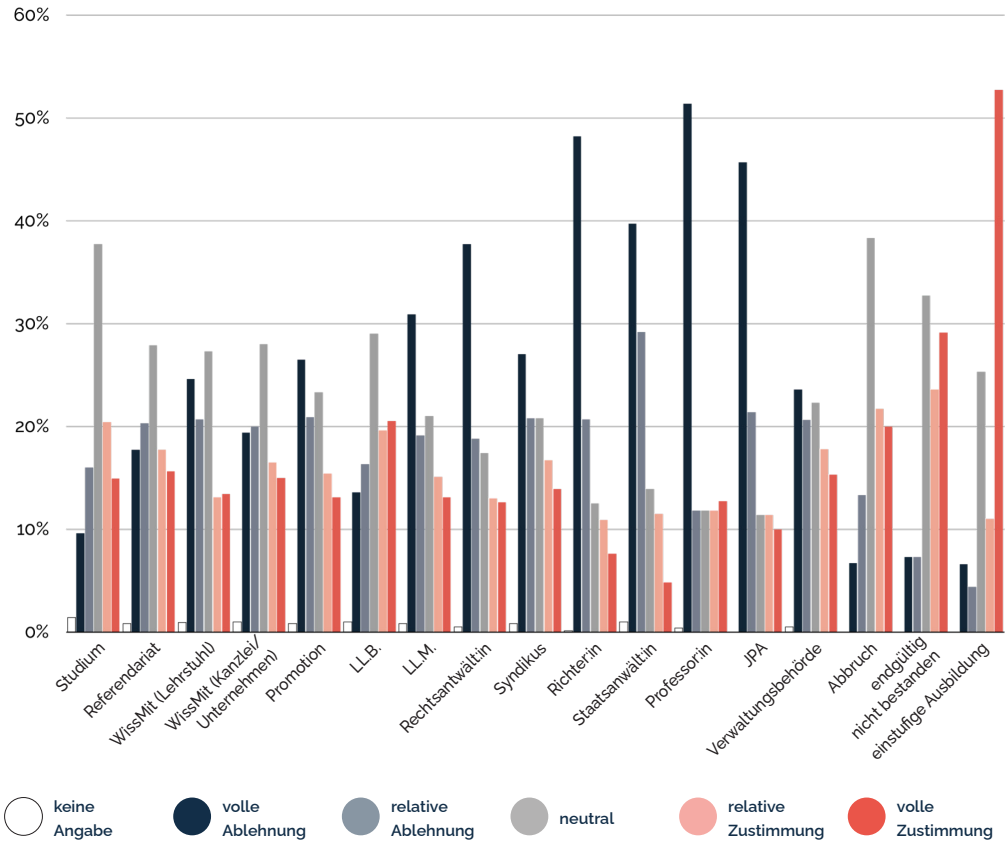
Beruf	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
Studium	1,4 %	9,6 %	16,0 %	37,7 %	20,4 %	14,9 %
Referendariat	0,8 %	17,7 %	20,3 %	27,9 %	17,7 %	15,6 %
WissMit (Lehrstuhl)	0,9 %	24,6 %	20,7 %	27,3 %	13,1 %	13,4 %
WissMit (Kanzlei)	1,0 %	19,4 %	20,0 %	28,0 %	16,5 %	15,0 %
Promotion	0,8 %	26,5 %	20,9 %	23,3 %	15,4 %	13,1 %
LL.B.	1,0 %	13,6 %	16,3 %	29,0 %	19,6 %	20,5 %
LL.M.	0,8 %	30,9 %	19,1 %	21,0 %	15,1 %	13,1 %
Rechtsanwält:in	0,5 %	37,7 %	18,8 %	17,4 %	13,0 %	12,6 %
Syndikus	0,8 %	27,0 %	20,8 %	20,8 %	16,7 %	13,9 %
Richter:in	0,1 %	48,2 %	20,7 %	12,5 %	10,9 %	7,6 %
Staatsanwält:in	1,0 %	39,7 %	29,2 %	13,9 %	11,5 %	4,8 %
Professor:in	0,4 %	51,4 %	11,8 %	11,8 %	11,8 %	12,7 %
JPA	–	45,7 %	21,4 %	11,4 %	11,4 %	10,0 %
Verwaltungsbehörde	0,5 %	23,6 %	20,6 %	22,3 %	17,8 %	15,3 %
Abbruch	–	6,7 %	13,3 %	38,3 %	21,7 %	20,0 %
endgültig nicht bestanden	–	7,3 %	7,3 %	32,7 %	23,6 %	29,1 %
einstufige Ausbildung	–	6,6 %	4,4 %	25,3 %	11,0 %	52,7 %

Die Gruppierung derjenigen, die die einstufige jur. Ausbildung genossen hat, ist mit einer absoluten Mehrheit voll zustimmend (52,7 %). Die Ablehnung ist auffällig gering mit kombiniert 11 %. Allerdings ist selbst unter dieser Gruppe ein Viertel der Teilnehmenden (25,3 %) neutral. Damit bestätigt sich unsere Erwartung.

Ebenfalls den Erwartungen entsprechend sprechen sich die Professor:innen mit absoluter Mehrheit von 51,4 % voll ablehnend aus. Auch bei Prüfungsamtsmitarbeitenden und Richter:innen sind die Ablehnungsraten besonders hoch mit 45,7 % respektive 48,2 % voller Ablehnung; bei Einbezug relativer Ablehnung sogar 67,1 % und 68,9 %.

Auch unter Studierenden und Promovierenden findet sich keine Mehrheit in der Zustimmung. Das gilt – entgegen der vorsichtigen Erwartungen – auch für Referendar:innen, die gänzlich unsicher sind.

***These 1 C** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*



5. Ergebnis bzgl. Erwartungen

Die Erwartungen sind grundsätzlich erfüllt worden. Viele scheinen sich jedoch eher unsicher zu sein, als abzulehnen – insb. bei Studierenden war die Neutralität vergleichsweise hoch. Anders als erwartet, ist bei denjenigen, die die einstufige Ausbildung selbst durchlaufen haben, die Zustimmung absolut.

These 1 D: Reduzierung des Prüfungsstoffs

1. Thesenhintergrund

Diese These wurde in der Literatur im beobachteten Zeitraum nahezu durchgängig diskutiert. Wir zählten 22 Pro-Argumente bei nur 6 Contra-Argumenten.[1] Die früheste Erscheinung der These war in 2000.[2]

2. Thesengestaltung

Der Prüfungsstoff für die Erste juristische Staatsprüfung sollte reduziert werden.

Die ausgewählten Argumente, welche auf der iur.reform-Webseite als Nachweise aufrufbar waren, sind:

Pro	Contra
1. Um den Prüfungsstoff zu beherrschen, müssen Studierende derzeit extrem viel Einzelwissen anhäufen. Die Folge: Studierende lernen „Standardprobleme" auswendig, anstatt sich in der Tiefe mit den Fragen zu beschäftigen.	1. Den Umgang mit einer großen Menge an Informationen und Wissen lernt man durch die Anforderungen im Examen. Auch in der späteren Arbeitswelt ist es notwendig aus einer großen Menge an Stoff das Wesentliche herauszufiltern.
2. Prüfungsstoff, der nicht im Examen geprüft wird, kann weiterhin ein Teil der Ausbildung sein.	2. Es ist ein Widerstand der einzelnen Fachvertreter:innen und Professor:innen zu erwarten.
3. Weniger Stoff erlaubt mehr Raum für reflexives Denken und die Auseinandersetzung mit den Grundlagen.	3. Der Umgang mit herausfordernden juristischen Fällen ist einfacher möglich, wenn man auf eine umfassende Wissensbasis zurückgreifen kann. Diese ist für die juristische Arbeit unumgänglich.

3. Hypothese

Wir formulierten folgende Erwartungen für die These:

- Moderate bis große Ablehnung bei Professor:innen.
- Sehr hohe Zustimmung bei Studierenden.
- Moderate Zustimmung bei Referendar:innen, da diese einerseits noch von der Vorbereitung auf die erste juristische Prüfung vorgeprägt sind, aber andererseits schon einen Nutzen in einzelnen, im Studium noch als abwegig erscheinenden, Bereichen erkannt haben könnten.
- Generell sinkende Zustimmung bei steigendem Alter, da es einerseits in der Vergangenheit eine weniger umfassende Stofffülle gab und im Laufe des Berufslebens manches als hilfreicher betrachtet wird.

1 Vgl. Literaturauswertung, Reiter „Reformoptionen und Argumente", Zeile 202ff. ***https://onedrive.live.com/view.aspx?resid=D3C707BB028AE925!323&ithint=file %2cxlsx&authkey=!AERBCCwtBbE_-1M***

2 Ibid, Zeile 204.

4. Deskriptive Statistik

4.1 Gesamtauswertung

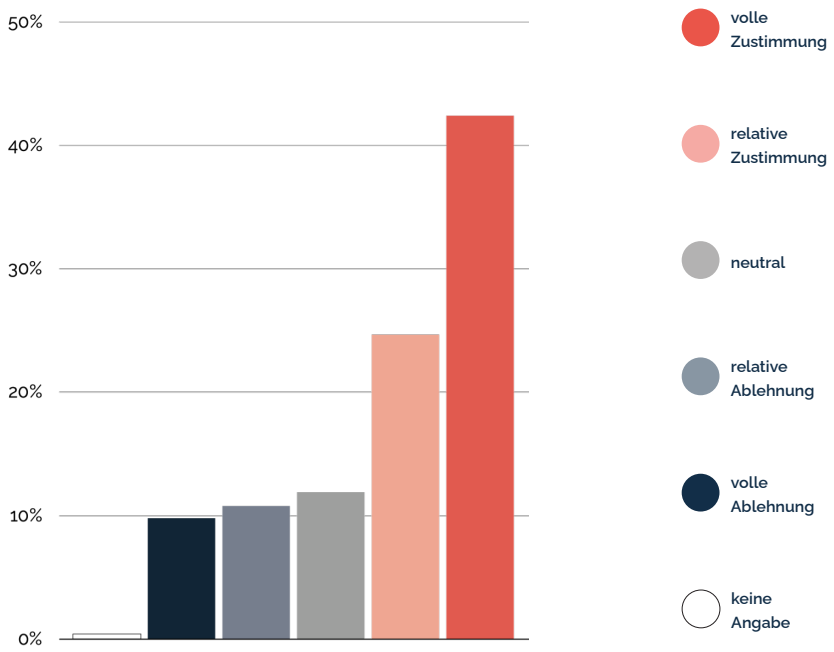
Zugehörig zu dieser These war auch die Möglichkeit, Mehrfachantworten geben zu können bzgl. der Frage, welcher Prüfungsstoff konkret reduziert werden sollte. Diese Antworten werden weiter unten als Cluster dargestellt, um die häufigsten Antworten hervorzuheben.

***These 1 D** Gesamtauswertung*

Bewertung	Anteil
keine Angabe	0,4 %
volle Ablehnung	9,8 %
relative Ablehnung	10,8 %
neutral	11,9 %
relative Zustimmung	24,7 %
volle Zustimmung	42,4 %
gesamt	**100,0 %**

Aus der obigen Tabelle lässt sich erkennen, dass eine relative Mehrheit mit 42,4 % für eine Reduktion des Prüfungsstoffs gestimmt hat. Kombiniert mit der relativen Zustimmung besteht eine absolute Mehrheit von 67,1 % für die Reduktion. Demgegenüber steht eine aus überwiegender und vollständiger Ablehnung kombinierte Ablehnung von 20,6 %.

***These 1 D** Gesamtauswertung*



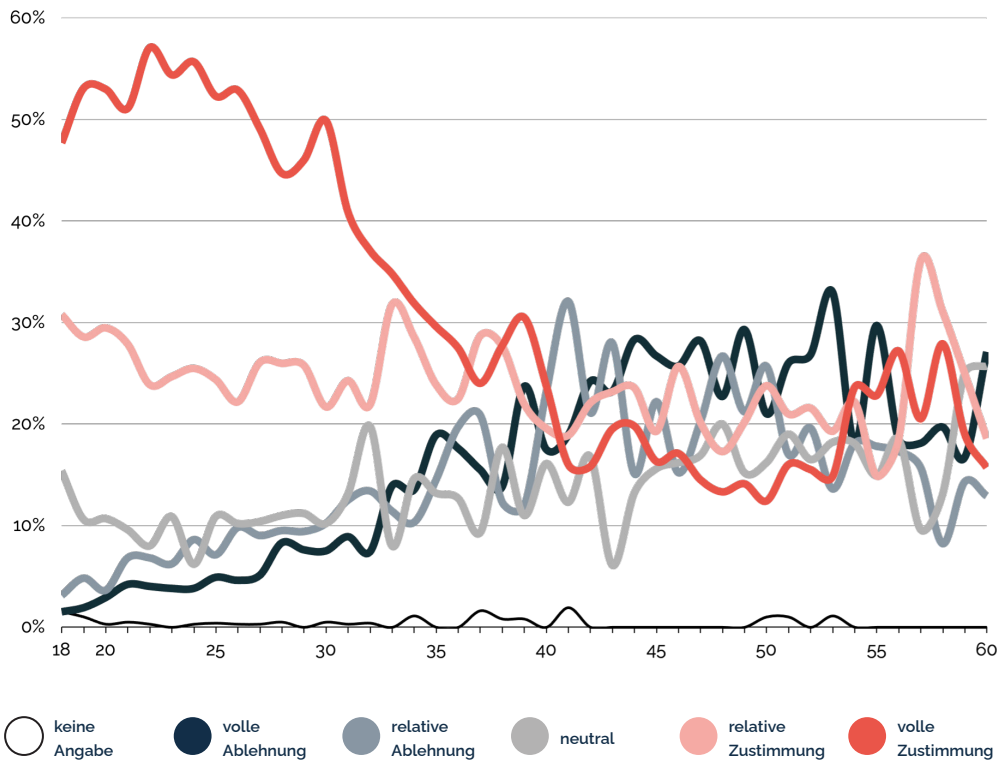
4.2 Alter

Bemerkenswert ist, dass sich mit steigendem Alter sehr deutlich eine sinkende Zustimmung zeigt. Während unter den 17- bis 30-jährigen die Zustimmung in fast allen Jahrgängen eine absolute, uneingeschränkte Mehrheit hat, fällt dies mit steigendem Alter rapide auf ca. 25 – 30 % absolute Zustimmung in den späten Dreißigern. Ab einem Alter von 40 Jahren bewegt sich die absolute Zustimmung überwiegend nur noch zwischen 10 und 20 Prozent.

Auf der anderen Seite steht jedoch keine mehrheitliche oder gar absolute Ablehnung ab 40 Jahren; vielmehr stellt sich die Abstimmung sehr gemischt dar. Des Öfteren übersteigt eine kombinierte Ablehnung der These eine kombinierte Zustimmung, jedoch ist dies keinesfalls flächendeckend der Fall.

Ein Erklärungsansatz für dieses gefächerte Bild könnte sein, dass einerseits Personen, deren Examen länger zurückliegt, sich schlechter an die tatsächliche theoretische Stoffmenge erinnern können; andererseits aber die Stoffmenge sich tatsächlich auch vergrößert hat über die Jahrzehnte, alleine durch den enormen Zuwachs des Europarechts und der europarechtlichen Einschläge. Die Auswertung deckt sich insoweit mit den formulierten Erwartungen.

***These 1 D** Alter*



***These 1 D** Alter*

0 keine Angabe **1** volle Ablehnung **2** relative Ablehnung **3** neutral **4** relative Zustimmung **5** volle Zustimmung

Alter	0	1	2	3	4	5
17	–	–	–	–	–	100 %
18	1,5 %	1,5 %	3,1 %	15,4 %	30,8 %	47,7 %
19	1,0 %	1,9 %	4,8 %	10,6 %	28,6 %	53,1 %
20	0,3 %	2,9 %	3,6 %	10,7 %	29,5 %	53,0 %
21	0,5 %	4,2 %	6,8 %	9,6 %	27,9 %	51,1 %
22	0,3 %	4,0 %	6,8 %	8,0 %	23,9 %	57,1 %
23	–	3,8 %	6,2 %	10,9 %	24,7 %	54,4 %
24	0,3 %	3,8 %	8,6 %	6,2 %	25,5 %	55,7 %
25	0,4 %	4,9 %	7,1 %	10,9 %	24,4 %	52,3 %
26	0,3 %	4,6 %	9,8 %	10,2 %	22,2 %	52,9 %
27	0,3 %	5,1 %	9,0 %	10,4 %	26,1 %	49,1 %
28	0,5 %	8,3 %	9,5 %	11,0 %	26,0 %	44,7 %
29	–	7,6 %	9,4 %	11,2 %	25,8 %	46,0 %
30	0,5 %	7,5 %	10,2 %	10,2 %	21,7 %	49,9 %
31	0,3 %	8,9 %	12,5 %	13,1 %	24,3 %	40,9 %
32	0,4 %	7,4 %	13,4 %	19,8 %	21,9 %	37,1 %
33	–	13,9 %	11,4 %	8,0 %	31,8 %	34,8 %
34	1,1 %	13,5 %	10,3 %	14,6 %	28,6 %	31,9 %
35	–	18,9 %	14,5 %	13,2 %	23,9 %	29,6 %
36	–	17,6 %	19,7 %	12,7 %	22,5 %	27,5 %
37	1,6 %	15,5 %	20,9 %	9,3 %	28,7 %	24,0 %
38	0,8 %	13,8 %	12,3 %	17,7 %	27,7 %	27,7 %
39	0,8 %	23,7 %	11,9 %	11,0 %	22,0 %	30,5 %
40	–	17,5 %	23,1 %	16,1 %	19,6 %	23,8 %
41	1,9 %	18,9 %	32,1 %	12,3 %	18,9 %	16,0 %
42	–	24,2 %	21,1 %	16,8 %	22,1 %	15,8 %
43	–	23,2 %	28,0 %	6,1 %	23,2 %	19,5 %
44	–	28,3 %	15,1 %	13,2 %	23,6 %	19,8 %
45	–	26,7 %	22,2 %	15,6 %	19,3 %	16,3 %
46	–	25,7 %	15,2 %	16,2 %	25,7 %	17,1 %
47	–	28,2 %	20,2 %	16,9 %	20,2 %	14,5 %
48	–	22,7 %	26,7 %	20,0 %	17,3 %	13,3 %
49	–	29,3 %	21,2 %	15,2 %	20,2 %	14,1 %
50	1,0 %	21,0 %	25,7 %	16,2 %	23,8 %	12,4 %

Alter	0	1	2	3	4	5
51	1,0 %	26,0 %	17,0 %	19,0 %	21,0 %	16,0 %
52	–	26,8 %	19,6 %	16,5 %	21,6 %	15,5 %
53	1,1 %	33,0 %	13,6 %	18,2 %	19,3 %	14,8 %
54	–	18,1 %	18,1 %	18,1 %	22,2 %	23,6 %
55	–	29,7 %	17,8 %	14,9 %	14,9 %	22,8 %
56	–	18,5 %	17,3 %	18,5 %	18,5 %	27,2 %
57	–	18,1 %	15,7 %	9,6 %	36,1 %	20,5 %
58	–	19,7 %	8,2 %	13,1 %	31,1 %	27,9 %
59	–	16,7 %	14,3 %	25,0 %	25,0 %	19,0 %
60	–	27,1 %	12,9 %	25,7 %	18,6 %	15,7 %
61	3,6 %	16,1 %	10,7 %	14,3 %	28,6 %	26,8 %
62	–	11,1 %	18,5 %	24,1 %	22,2 %	24,1 %
63	–	17,9 %	12,8 %	15,4 %	38,5 %	15,4 %
64	4,2 %	12,5 %	–	29,2 %	20,8 %	33,3 %
65	–	14,3 %	2,9 %	20,0 %	34,3 %	28,6 %
66	–	13,6 %	27,3 %	13,6 %	18,2 %	27,3 %
67	–	11,8 %	11,8 %	23,5 %	29,4 %	23,5 %
68	–	20,0 %	13,3 %	20,0 %	20,0 %	26,7 %
69	–	14,3 %	28,6 %	28,6 %	–	28,6 %
70	–	30,0 %	10,0 %	40,0 %	20,0 %	–
71	–	12,5 %	–	25,0 %	12,5 %	50,0 %
72	–	40,0 %	20,0 %	–	20,0 %	20,0 %
73	–	12,5 %	–	37,5 %	25,0 %	25,0 %
74	–	22,2 %	22,2 %	11,1 %	33,3 %	11,1 %
75	–	–	33,3 %	33,3 %	16,7 %	16,7 %
77	–	50,0 %	–	–	25,0 %	25,0 %
78	–	–	–	33,3 %	33,3 %	33,3 %
79	–	–	–	50,0 %	–	50,0 %
81	–	–	–	100 %	–	–
82	–	–	–	100 %	–	–
83	–	100 %	–	–	–	–
84	–	100 %	–	–	–	–
90	–	–	100 %	–	–	–
Σ	**0,4 %**	**9,6 %**	**10,7 %**	**11,9 %**	**24,8 %**	**42,6 %**

4.3 Geschlecht

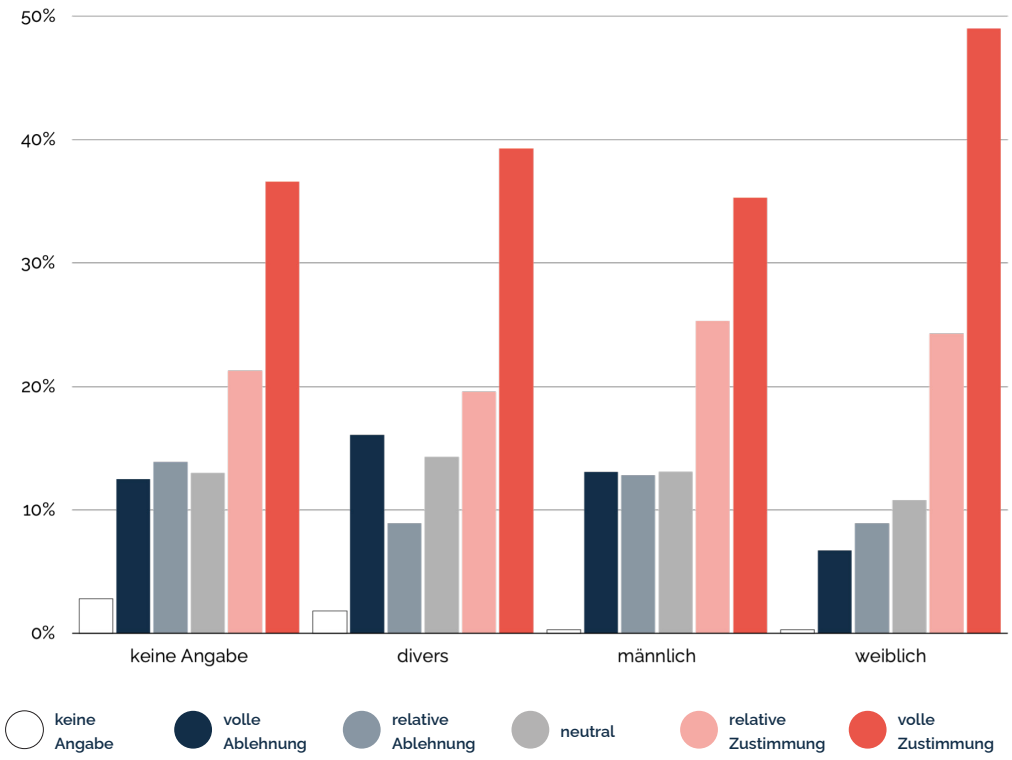
***These 1 D** Geschlecht*

Geschlecht	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
keine Angabe	2,8 %	12,5 %	13,9 %	13,0 %	21,3 %	36,6 %
divers	1,8 %	16,1 %	8,9 %	14,3 %	19,6 %	39,3 %
männlich	0,3 %	13,1 %	12,8 %	13,1 %	25,3 %	35,3 %
weiblich	0,3 %	6,7 %	8,9 %	10,8 %	24,3 %	49,0 %
gesamt	**0,4 %**	**9,8 %**	**10,8 %**	**11,9 %**	**24,7 %**	**42,4 %**

Es zeigt sich, dass weibliche Teilnehmende der These häufiger ihre absolute Zustimmung aussprechen mit 49 %, während männliche Teilnehmende nur mit 35,3 % absolut zustimmen. Kombiniert mit der relativen Zustimmung (insg. 50,6 % dafür) erreichen auch die männlichen Teilnehmenden eine absolute Mehrheit für die These, bleiben jedoch deutlich hinter den weiblichen Teilnehmenden zurück, die eine kombinierte Zustimmung von 73,4 % haben.

Auch bei Diversen besteht kombiniert eine Mehrheit für die These von insgesamt 58,9 % und auch bei solchen ohne Geschlechtsangabe besteht insgesamt eine Mehrheit (kombiniert 57,9 %).

***These 1 D** Geschlecht*



4.4 Fachsemester

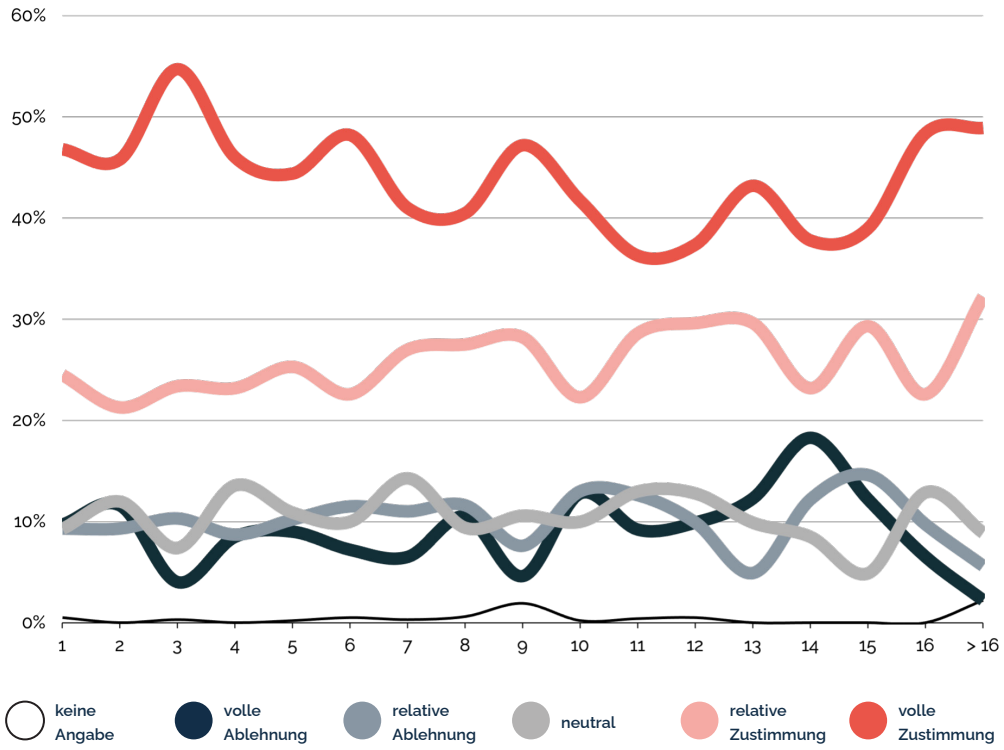
***These 1 D** Fachsemester*

Fachsemester	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
1	0,5 %	9,7 %	9,3 %	9,3 %	24,5 %	46,8 %
2	–	11,6 %	9,3 %	12,0 %	21,3 %	45,8 %
3	0,3 %	4,0 %	10,3 %	7,4 %	23,4 %	54,7 %
4	–	8,5 %	8,7 %	13,6 %	23,2 %	46,0 %
5	0,2 %	9,0 %	10,2 %	10,9 %	25,3 %	44,4 %
6	0,5 %	7,2 %	11,5 %	10,0 %	22,6 %	48,2 %
7	0,3 %	6,5 %	11,0 %	14,3 %	27,0 %	41,0 %
8	0,6 %	10,5 %	11,6 %	9,4 %	27,5 %	40,5 %
9	1,9 %	4,6 %	7,6 %	10,6 %	28,2 %	47,2 %
10	0,2 %	12,8 %	13,0 %	10,0 %	22,3 %	41,7 %
11	0,4 %	9,2 %	12,6 %	13,0 %	28,6 %	36,3 %
12	0,5 %	9,9 %	9,9 %	12,8 %	29,6 %	37,4 %
13	–	12,3 %	4,9 %	9,9 %	29,6 %	43,2 %
14	–	18,3 %	12,2 %	8,5 %	23,2 %	37,8 %
15	–	12,2 %	14,6 %	4,9 %	29,3 %	39,0 %
16	–	6,5 %	9,7 %	12,9 %	22,6 %	48,4 %
>16	2,2 %	2,2 %	5,6 %	8,9 %	32,2 %	48,9 %
gesamt	**0,4 %**	**8,8 %**	**10,3 %**	**10,9 %**	**25,1 %**	**44,5 %**

Wenig überraschend zieht sich durch alle Fachsemester eine anhaltend hohe volle Zustimmungsrate. Diese bewegt sich konstant zwischen 40-50 Prozent mit wenigen Ausnahmen; im 3. Fachsemester beträgt sie 54,7 % volle Zustimmung, in den Fachsemestern 11, 12, 14 und 15 knapp unter 40 %.

Die niedrigste kombinierte Zustimmung gab es beim 14. Fachsemester mit 51 %. Zugleich zeigt sich in diesem Semester auch eine auffällig höhere absolute Ablehnung mit 18,3 % mit knapp unter 10 Prozentpunkte über dem Durchschnitt der Studierenden und einer relativen Ablehnung von 12,2 %.

***These 1 D** Fachsemester*



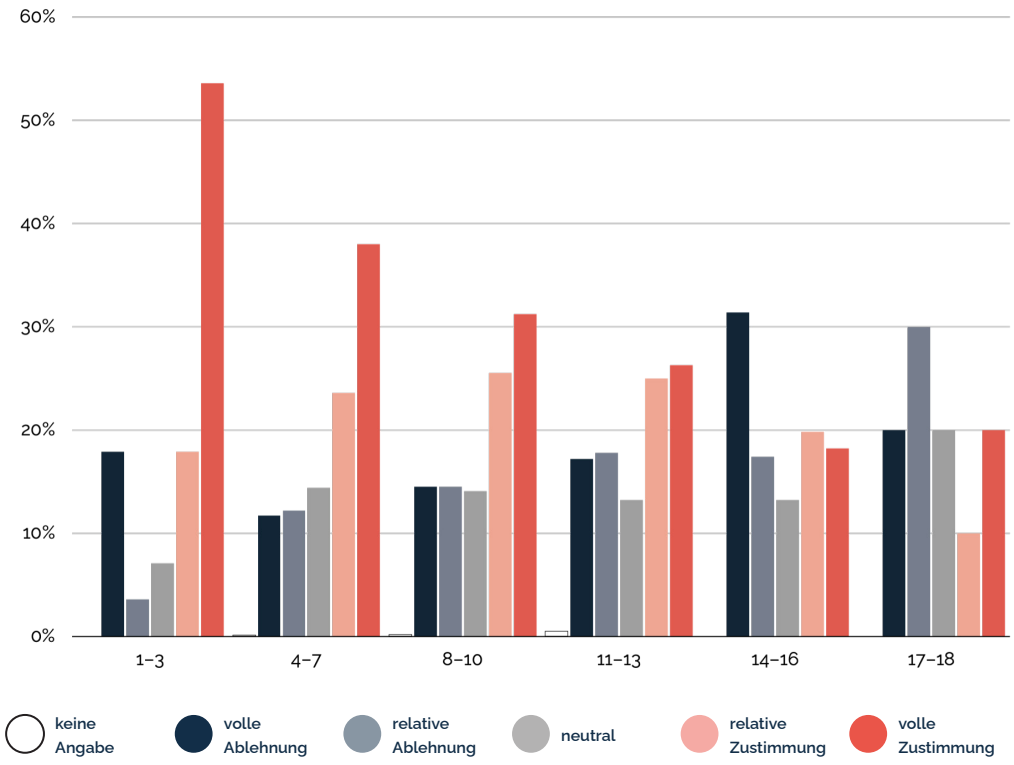
4.5 Gesamtnote

***These 1 D** Gesamtnote*

Gesamtnote	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
1–3	–	17,9 %	3,6 %	7,1 %	17,9 %	53,6 %
4–7	0,1 %	11,7 %	12,2 %	14,4 %	23,6 %	38,0 %
8–10	0,2 %	14,5 %	14,5 %	14,1 %	25,5 %	31,2 %
11–13	0,5 %	17,2 %	17,8 %	13,2 %	25,0 %	26,3 %
14–16	–	31,4 %	17,4 %	13,2 %	19,8 %	18,2 %
17–18	–	20,0 %	30,0 %	20,0 %	10,0 %	20,0 %
gesamt	**0,3 %**	**14,8 %**	**14,7 %**	**13,9 %**	**24,7 %**	**31,6 %**

Unter der Zustimmung nach Notenstufen zeigt sich erneut eine rückläufige Zustimmungsrate. Je höher die Notenstufe, desto weniger (volle) Zustimmung zur These besteht. Während in der Nicht-Bestanden-Kategorie 1-3 noch eine kombinierte Zustimmung von 71,5 % besteht, beträgt diese in der Notenstufe 4-7 schon nur noch 61,6 % und bei der Notenstufe 8-10 nur noch 56,7 %. Die Zustimmung rutscht allerdings erst ab der Notenstufe 14-16 unter die absolute Mehrheit. Hier überwiegt dann erstmal die (volle) Ablehnung, mit kombiniert 48,8 %. Diese bleibt damit aber immer noch unter der absoluten Mehrheit.

***These 1 D** Gesamtnote*



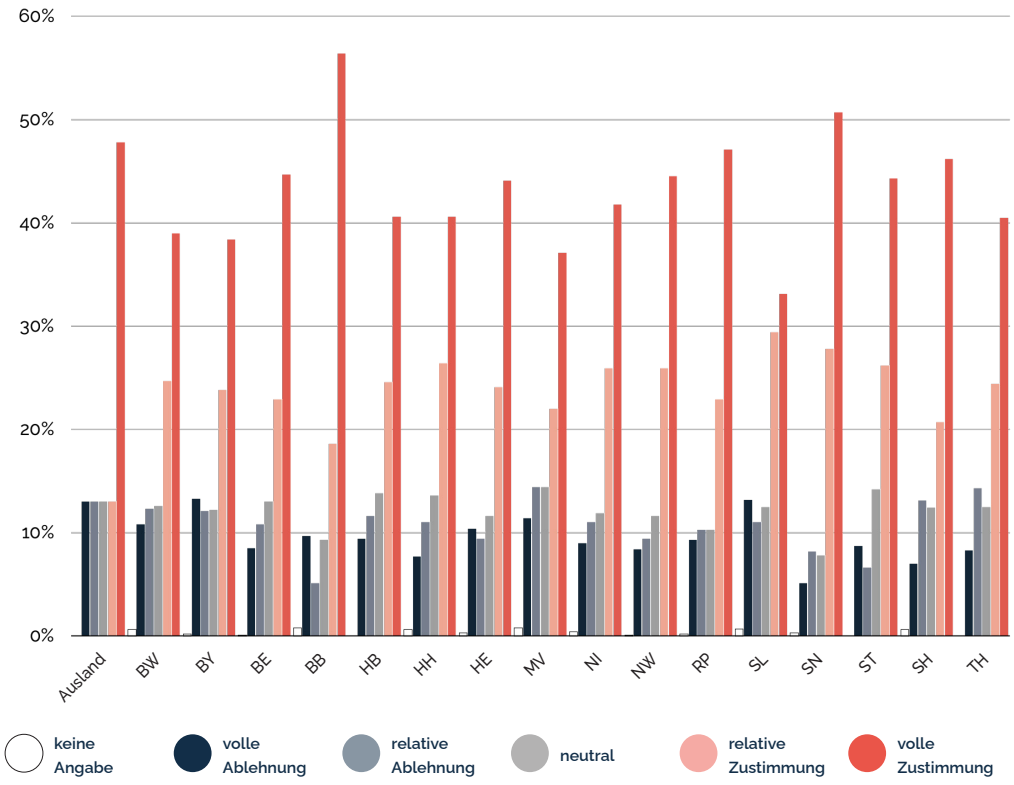
4.6 Studienort

***These 1 D** Studienort*

Bundesland	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
Ausland	–	13,0 %	13,0 %	13,0 %	13,0 %	47,8 %
Baden-Württemberg	0,6 %	10,8 %	12,3 %	12,6 %	24,7 %	39,0 %
Bayern	0,2 %	13,3 %	12,1 %	12,2 %	23,8 %	38,4 %
Berlin	0,1 %	8,5 %	10,8 %	13,0 %	22,9 %	44,7 %
Brandenburg	0,8 %	9,7 %	5,1 %	9,3 %	18,6 %	56,4 %
Bremen	–	9,4 %	11,6 %	13,8 %	24,6 %	40,6 %
Hamburg	0,6 %	7,7 %	11,0 %	13,6 %	26,4 %	40,6 %
Hessen	0,3 %	10,4 %	9,4 %	11,6 %	24,1 %	44,1 %
Mecklenburg-Vorpommern	0,8 %	11,4 %	14,4 %	14,4 %	22,0 %	37,1 %
Niedersachsen	0,4 %	9,0 %	11,0 %	11,9 %	25,9 %	41,8 %
Nordrhein-Westfalen	0,1 %	8,4 %	9,4 %	11,6 %	25,9 %	44,5 %
Rheinland-Pfalz	0,2 %	9,3 %	10,3 %	10,3 %	22,9 %	47,1 %
Saarland	0,7 %	13,2 %	11,0 %	12,5 %	29,4 %	33,1 %
Sachsen	0,3 %	5,1 %	8,2 %	7,8 %	27,8 %	50,7 %
Sachsen-Anhalt	–	8,7 %	6,6 %	14,2 %	26,2 %	44,3 %
Schleswig-Holstein	0,6 %	7,0 %	13,1 %	12,4 %	20,7 %	46,2 %
Thüringen	–	8,3 %	14,3 %	12,5 %	24,4 %	40,5 %
gesamt	**0,3 %**	**9,6 %**	**10,7 %**	**11,9 %**	**24,7 %**	**42,8 %**

Insoweit gibt es keine großen Besonderheiten. Bei keinem Bundesland geht die Zustimmung unter eine absolute Mehrheit für die kombinierten Zustimmungsfelder. Die niedrigste (kombinierte) Zustimmungsrate kommt aus Mecklenburg-Vorpommern mit 59,1 % und die höchste aus Sachsen mit 78,5 %.

***These 1 D** Studienort*



4.7 Verhältnis zur juristischen Ausbildung

These 1 D *Verhältnis zur juristischen Ausbildung*

Beruf	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
Studium	0,4 %	3,1 %	5,6 %	9,1 %	24,8 %	57,1 %
Referendariat	0,3 %	6,1 %	10,0 %	10,3 %	25,4 %	47,9 %
WissMit (Lehrstuhl)	0,6 %	9,5 %	11,8 %	13,4 %	25,2 %	39,4 %
WissMit (Kanzlei)	0,3 %	7,0 %	7,0 %	11,2 %	26,7 %	47,7 %
Promotion	0,5 %	11,2 %	12,5 %	12,6 %	26,1 %	37,1 %
LL.B.	0,2 %	4,7 %	3,7 %	8,7 %	27,5 %	55,2 %
LL.M.	0,2 %	12,9 %	12,7 %	14,7 %	27,0 %	32,6 %
Rechtsanwält:in	0,4 %	20,9 %	17,0 %	16,0 %	22,7 %	23,0 %
Syndikus	–	14,2 %	12,6 %	16,7 %	25,4 %	31,1 %
Richter:in	0,1 %	23,9 %	21,3 %	16,5 %	26,0 %	12,1 %
Staatsanwält:in	–	20,1 %	21,1 %	10,0 %	30,1 %	18,7 %
Professor:in	0,8 %	23,7 %	17,6 %	14,7 %	19,2 %	24,1 %
JPA	–	38,6 %	12,9 %	17,1 %	20,0 %	11,4 %
Verwaltungsbehörde	0,3 %	8,5 %	13,3 %	13,5 %	28,8 %	35,6 %
Abbruch	–	3,3 %	6,7 %	10,0 %	30,0 %	50,0 %
endgültig nicht bestanden	–	1,8 %	3,6 %	12,7 %	25,5 %	56,4 %
einstufige Ausbildung	–	7,7 %	5,5 %	17,6 %	31,9 %	37,4 %

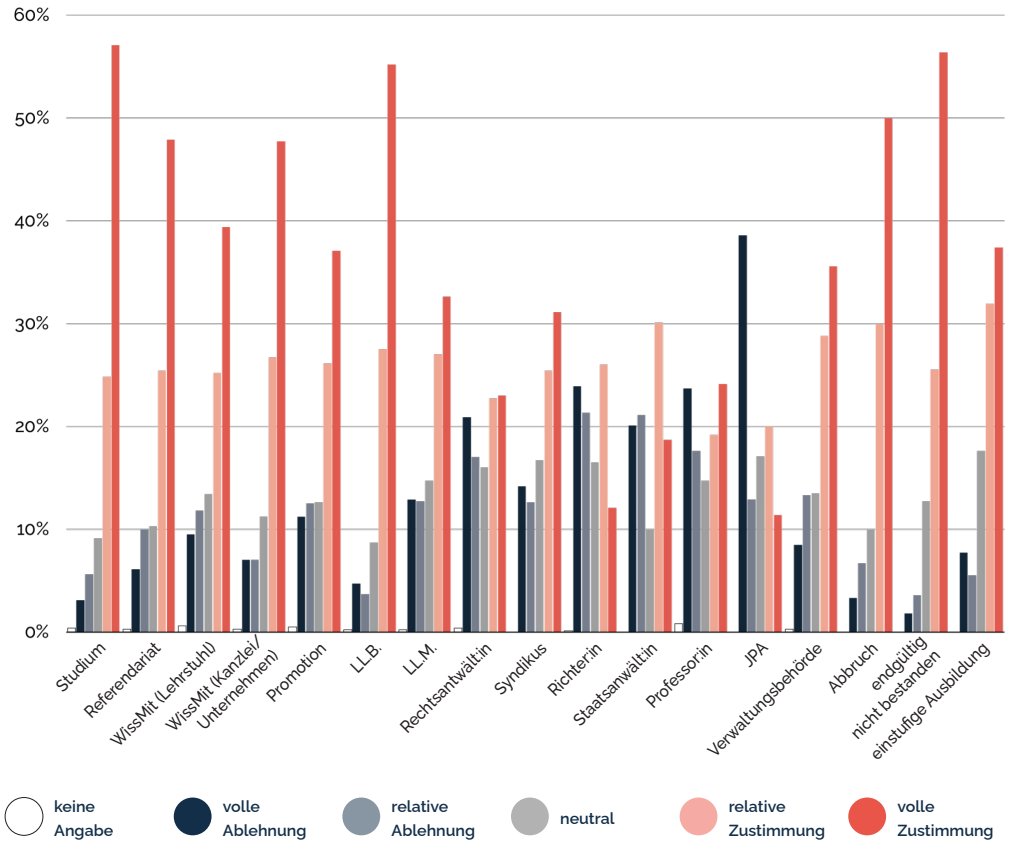
Wenig überraschend zeigt sich zunächst, dass Studierende mit absoluter Mehrheit der These voll zustimmen. Gleiches gilt für Studienabbrecher und endgültig nicht bestandene Kandidaten. Auch unter Referendar:innen ist die Zustimmung sehr hoch. Kombiniert liegt sie bei 73,3 %.

Nach unserer Vermutung überraschend ist insoweit, dass selbst unter Professor:innen eine schwache relative Mehrheit der These zustimmt mit kombiniert 43,3 %. Dem gegenüber ablehnen jedoch auch kombiniert 41,3 % der Professor:innen die These ab. Wenig überraschend sind insbesondere JPA-Mitarbeitende mit absoluter Mehrheit (relativ) ablehnend; kombiniert 51,5 %.

Allerdings findet sich auch bei Rechtsanwält:innen, Richter:innen und Staatsanwält:innen jeweils zwar eine relative Mehrheit, die für die These gestimmt haben, aber keine absolute.

Diejenigen, die die einstufige Ausbildung durchlaufen haben, sind mit absoluter Mehrheit ebenfalls für die These, kombiniert 69,3 %.

***These 1 D** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*



5. Ergebnis bzgl. Erwartungen

Die Erwartungen wurden größtenteils erfüllt. Überraschend ist zwar, dass bei Professor:innen die (kombinierte) Zustimmungsrate die (kombinierte) Ablehnungsrate leicht überwiegt, aber die Tendenz stimmt. Insbesondere bei den Altersgruppen wird eine sinkende Ablehnung mit steigendem Alter beobachtet.

These 1 E: Prüfungsstoffreduktion – Fach – Mehrfachauswahl

Unmittelbar im Anschluss an die vorgenannte These 1 D stand eine Mehrfachantwort-Abfrage, wenn ja, in welchem Fach eine Reduktion erfolgen sollte. Es waren bis zu fünf Antworten möglich, sodass die Summe aller Nennungen die Summe der Teilnehmenden überschreitet.

Die einzelnen Gebiete waren den Bezeichnungen der Prüfungsordnungen entnommen, um keine Unklarheit entstehen zu lassen. Daneben war es auch möglich, eine Freitextantwort abzugeben.

In der folgenden Tabelle werden die Nennungen nach Häufigkeit geordnet dargestellt:

***These 1 E** Prüfungsstoffreduktion – Häufigkeit*

Rechtsgebiet	Häufigkeit
Materielles Verfassungsrecht	483
Verwaltungsprozessrecht	646
Materielles Verwaltungsrecht	825
Materielles Strafrecht	1.127
Zivilprozessrecht	1.343
Europarecht	1.411
Materielles Zivilrecht (ohne die Nebengebiete wie Arbeits- oder Handelsrecht)	1.413
Strafprozessrecht	1.498
Verfassungsprozessrecht	2.065
Grundlagenfächer (bspw. Rechtsgeschichte, Rechtsphilosophie, Rechtssoziologie)	2.812
Völkerrecht	3.706
Zivilrechtliche Nebengebiete (wie Arbeits- oder Handelsrecht)	3.857
in jedem Fach anteilig	4.531

These 1 F: Legal Tech

1. Thesenhintergrund

Diese These wurde in der Literatur sehr viel diskutiert. Aus den ausgewerteten Literaturbeiträgen waren 24 Pro-Argumente zu zählen, während fünf Contra-Argumente zu verzeichnen waren.[1] Im Zeitraum der vergangenen fünf Jahre war ein besonderer Auftrieb der Diskussion zu beobachten. Das liegt im Wesentlichen daran, dass die Präsenz und Einbettung von Legal Tech-Mechanismen in der Praxis in den vergangenen Jahren stark zunahm.[2]

2. Thesengestaltung

Legal Tech sollte Bestandteil des Studiums werden.

Die ausgewählten Argumente, die auf der iur.reform-Webseite als Nachweise aufrufbar waren, sind:

Pro	Contra
1. Bleibt eine Ausbildung in Legal Tech aus, gibt es niemanden, der die Chancen der Digitalisierung im Recht realisieren kann. In der Folge können die Bürger nicht von schnelleren, günstigeren und besseren Rechtsdienstleistungen profitieren. Der drohende Richtermangel in der Justiz kann nicht durch digitale Hilfe abgefedert werden.	1. LegalTech ist für die rechtliche Wissenschaft nicht relevant, die Analyse rechtlicher Problemstellung ist plattformunabhängig.
2. Jurist: innen werden zukünftig nicht mehr nur Dienstleistungen anbieten, sondern auch Produkte entwickeln; dafür braucht es neue Denkstrukturen und Prozesse.	2. Legal Tech sollte vielmehr ins Referendariat aufgenommen werden, da es besonders praxisrelevant ist.
3. Die Digitalisierung ist eine fundamentale Entwicklung unserer Gesellschaft, sie muss sich auch im Studium wiederfinden.	3. Legal-Tech-Kompetenzen können in einem Zusatzstudium oder in begleitenden Zusatzqualifikationen erworben werden.

3. Hypothese

Wir formulierten folgende Erwartungen für die These:

- Grundsätzlich erwarteten wir eher Ablehnung als Zustimmung.
- Insbesondere bei Professor:innen und Anwält:innen nahmen wir einer stärkere Ablehnung an, wobei einzelne starke Abweichungen erwartet werden, wenn das jeweils betroffene Thema ein „Steckenpferd" ist oder als besonders wichtig bewertet wird.
- Aber auch bei Studierenden erwarteten wir nur gemischte Meinungen. Einerseits gegebenenfalls eine leicht höhere Zustimmung aufgrund des Zukunftsaspektes, aber auch andererseits wohl eher mittelmäßige Zustimmung bzw. Neutralität aufgrund der bereits hohen Stoffmenge und eigener Skepsis gegenüber dem „Buzzword-Thema".

[1] Vgl. Literaturauswertung, Reiter „Reformoptionen und Argumente", Zeile 966 ff. ***https://onedrive.live.com/view.aspx?resid=F3FCD69A094BB34A!134&ithint=file %2cxlsx&authkey=!AKOgVtRdi7B7Kps***

[2] Vgl. Mzee, „Legal Tech in der Praxis: Kanzleien erklären, worauf es ankommt", Katzenkönig v. 09.03.2021, abrufbar unter ***https://anwaltsblatt.anwaltverein.de/de/studium-und-referendariat/legal-tech/details/legal-tech-in-der-praxis-kanzleien-erklaeren-worauf-es-ankommt#collapse_385073***, zuletzt abegrufen am 15.12.2021.

4. Deskriptive Statistik

4.1 Gesamtauswertung

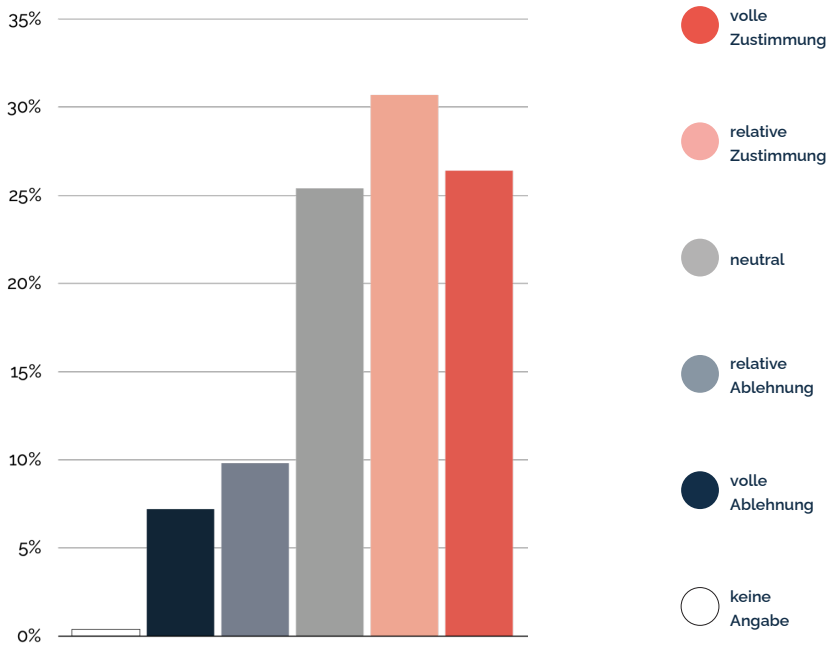
***These 1 F** Gesamtauswertung*

Bewertung	Anteil
keine Angabe	0,4 %
volle Ablehnung	7,2 %
relative Ablehnung	9,8 %
neutral	25,4 %
relative Zustimmung	30,7 %
volle Zustimmung	26,4 %
gesamt	**100,0 %**

Bereits auffällig ist, dass die absolute Mehrheit für eine Erweiterung des Prüfungsstoffes um Legal Tech Inhalte gestimmt hat. Neutral verhalten sich zudem ähnlich viele (25,4 %) wie diejenigen, die eine absolute Zustimmung (26,4 %) abgegeben haben. Demgegenüber lehnen kumuliert 17 % diese These ab, wovon 7,2 % eine absolut ablehnende Haltung haben.

Dies entspricht nicht der formulierten Erwartung. Das könnte sich darin begründen, dass die Abstimmenden tendenziell weniger konservativ sein dürften, aber könnte auch andere Gründe haben.

***These 1 F** Gesamtauswertung*

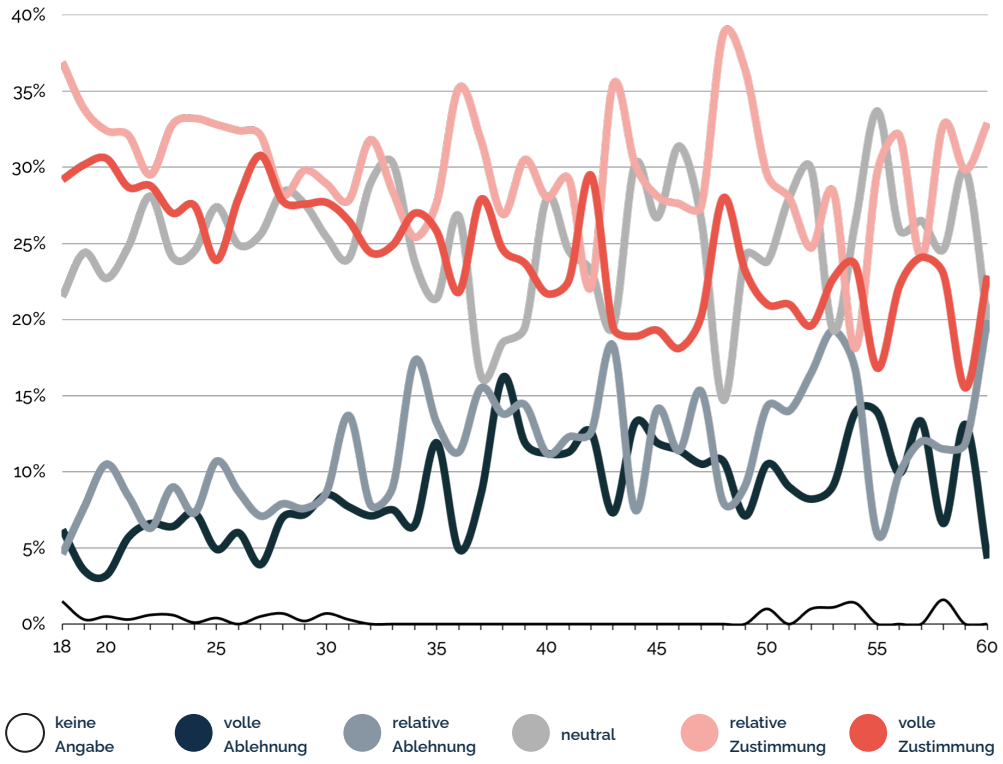


4.2 Alter

Im Vergleich zu den Zahlen der Gesamtheit zeigt sich, dass der Gesamtwert für „neutral“ sich um 0,1 Prozentpunkte nach oben verschoben hat, sonst die Werte gleich sind.

Bei der Zustimmung nach Alter zeigt sich bei den 19- bis 39-jährigen durchweg eine kombiniert absolute Zustimmung zur These. Erst bei den 40-jährigen ist erstmals eine nicht absolute, wenngleich immer noch kombiniert relative Zustimmung zur These zu beobachten mit 49,7 %. Dieses Verhältnis bleibt stabil über fast alle Altersklassen hinweg. Erst dort, wo die Teilnehmerzahlen stark sinken gibt es vereinzelt Abweichler. Es lässt sich also nicht sagen, dass die (absolute) Gesamtzustimmung von oben sich nur auf die jüngeren Generationen stützt. Entgegen der Erwartungen stimmen auch ältere Generationen dieser These mit großer Mehrheit zu.

***These 1 F** Alter*



***These 1 F** Alter*

0 keine Angabe **1** volle Ablehnung **2** relative Ablehnung **3** neutral **4** relative Zustimmung **5** volle Zustimmung

Alter	0	1	2	3	4	5
17	–	–	–	–	100 %	–
18	1,5 %	6,2 %	4,6 %	21,5 %	36,9 %	29,2 %
19	0,3 %	3,5 %	7,7 %	24,4 %	33,8 %	30,2 %
20	0,5 %	3,2 %	10,5 %	22,7 %	32,4 %	30,6 %
21	0,3 %	5,7 %	8,4 %	24,8 %	32,1 %	28,7 %
22	0,6 %	6,6 %	6,3 %	28,1 %	29,5 %	28,8 %
23	0,6 %	6,4 %	9,0 %	24,1 %	32,8 %	27,0 %
24	0,1 %	7,3 %	7,3 %	24,5 %	33,2 %	27,5 %
25	0,4 %	4,9 %	10,7 %	27,4 %	32,8 %	23,9 %
26	–	6,0 %	8,7 %	24,9 %	32,4 %	28,0 %
27	0,5 %	3,9 %	7,1 %	25,6 %	32,1 %	30,8 %
28	0,7 %	7,0 %	7,9 %	28,4 %	28,2 %	27,8 %
29	0,2 %	7,2 %	7,6 %	27,6 %	29,8 %	27,6 %
30	0,7 %	8,5 %	8,7 %	25,4 %	28,9 %	27,7 %
31	0,3 %	7,7 %	13,7 %	24,0 %	27,8 %	26,5 %
32	–	7,1 %	7,8 %	29,0 %	31,8 %	24,4 %
33	–	7,5 %	9,0 %	30,3 %	28,4 %	24,9 %
34	–	6,5 %	17,3 %	23,8 %	25,4 %	27,0 %
35	–	11,9 %	13,2 %	21,4 %	27,7 %	25,8 %
36	–	4,9 %	11,3 %	26,8 %	35,2 %	21,8 %
37	–	8,5 %	15,5 %	16,3 %	31,8 %	27,9 %
38	–	16,2 %	13,8 %	18,5 %	26,9 %	24,6 %
39	–	11,9 %	14,4 %	19,5 %	30,5 %	23,7 %
40	–	11,2 %	11,2 %	28,0 %	28,0 %	21,7 %
41	–	11,3 %	12,3 %	24,5 %	29,2 %	22,6 %
42	–	12,6 %	12,6 %	23,2 %	22,1 %	29,5 %
43	–	7,3 %	18,3 %	19,5 %	35,4 %	19,5 %
44	–	13,2 %	7,5 %	30,2 %	30,2 %	18,9 %
45	–	11,9 %	14,1 %	26,7 %	28,1 %	19,3 %
46	–	11,4 %	11,4 %	31,4 %	27,6 %	18,1 %
47	–	10,5 %	15,3 %	26,6 %	27,4 %	20,2 %
48	–	10,7 %	8,0 %	14,7 %	38,7 %	28,0 %
49	–	7,1 %	9,1 %	24,2 %	36,4 %	23,2 %
50	1,0 %	10,5 %	14,3 %	23,8 %	29,5 %	21,0 %

Alter	0	1	2	3	4	5
51	–	9,0 %	14,0 %	28,0 %	28,0 %	21,0 %
52	1,0 %	8,2 %	16,5 %	29,9 %	24,7 %	19,6 %
53	1,1 %	9,1 %	19,3 %	19,3 %	28,4 %	22,7 %
54	1,4 %	13,9 %	16,7 %	26,4 %	18,1 %	23,6 %
55	–	13,9 %	5,9 %	33,7 %	29,7 %	16,8 %
56	–	9,9 %	9,9 %	25,9 %	32,1 %	22,2 %
57	–	13,3 %	12,0 %	26,5 %	24,1 %	24,1 %
58	1,6 %	6,6 %	11,5 %	24,6 %	32,8 %	23,0 %
59	–	13,1 %	11,9 %	29,8 %	29,8 %	15,5 %
60	–	4,3 %	20,0 %	20,0 %	32,9 %	22,9 %
61	3,6 %	14,3 %	14,3 %	30,4 %	19,6 %	17,9 %
62	–	11,1 %	3,7 %	22,2 %	29,6 %	33,3 %
63	2,6 %	17,9 %	5,1 %	10,3 %	38,5 %	25,6 %
64	–	8,3 %	16,7 %	20,8 %	16,7 %	37,5 %
65	2,9 %	8,6 %	14,3 %	22,9 %	20,0 %	31,4 %
66	9,1 %	13,6 %	9,1 %	27,3 %	18,2 %	22,7 %
67	–	5,9 %	11,8 %	29,4 %	41,2 %	11,8 %
68	–	–	–	20,0 %	33,3 %	46,7 %
69	–	–	–	42,9 %	42,9 %	14,3 %
70	–	10,0 %	–	20,0 %	30,0 %	40,0 %
71	–	12,5 %	12,5 %	12,5 %	25,0 %	37,5 %
72	–	20,0 %	–	–	20,0 %	60,0 %
73	–	–	–	–	75,0 %	25,0 %
74	–	–	22,2 %	11,1 %	44,4 %	22,2 %
75	16,7 %	–	16,7 %	–	33,3 %	33,3 %
77	–	–	25,0 %	25,0 %	50,0 %	–
78	–	–	–	66,7 %	–	33,3 %
79	–	–	–	50,0 %	–	50,0 %
81	–	–	–	–	100 %	–
82	–	–	–	–	100 %	–
83	–	–	100 %	–	–	–
84	–	–	–	–	–	100 %
90	–	–	100 %	–	–	–
Σ	**0,4 %**	**7,2 %**	**9,8 %**	**25,4 %**	**30,8 %**	**26,5 %**

4.3 Geschlecht

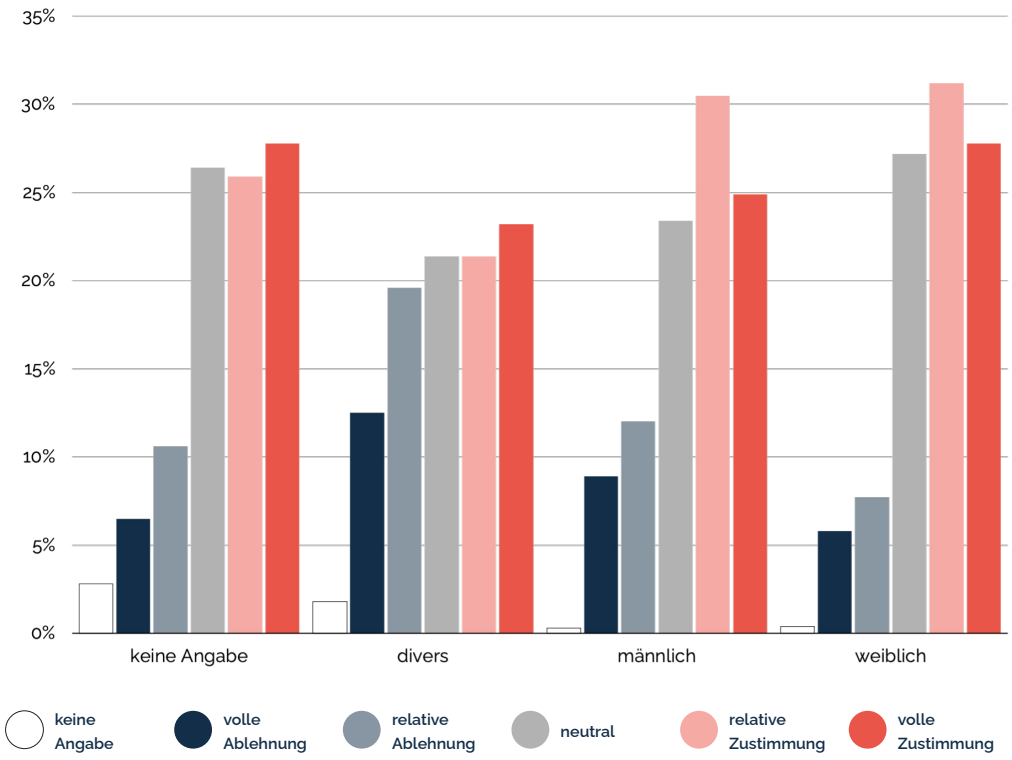
***These 1 F** Geschlecht*

Geschlecht	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
keine Angabe	2,8 %	6,5 %	10,6 %	26,4 %	25,9 %	27,8 %
divers	1,8 %	12,5 %	19,6 %	21,4 %	21,4 %	23,2 %
männlich	0,3 %	8,9 %	12,0 %	23,4 %	30,5 %	24,9 %
weiblich	0,4 %	5,8 %	7,7 %	27,2 %	31,2 %	27,8 %
gesamt	**0,4 %**	**7,2 %**	**9,8 %**	**25,4 %**	**30,7 %**	**26,4 %**

Der Tabelle ist zu entnehmen, dass die Befürwortenden der These 1 F einigermaßen ausgeglichen zwischen den männlichen und weiblichen Teilnehmenden zuzuordnen sind, wohingegen die meisten absolut Befürwortenden weiblich sind (14,1 %). Eine absolut ablehnende Haltung haben mit lediglich 8,9 % männliche Teilnehmende und 5,8 % weibliche Teilnehmende geäußert.

Unter weiblichen Teilnehmenden ist die absolute Zustimmung im Gegensatz zu männlichen Teilnehmenden leicht erhöht um 2,9 Prozentpunkte. Bei diversen Teilnehmenden gibt es zwar auch eine kombinierte relative Zustimmung, dennoch verteilen sich die Stimmen deutlich mehr.

***These 1 F** Geschlecht*



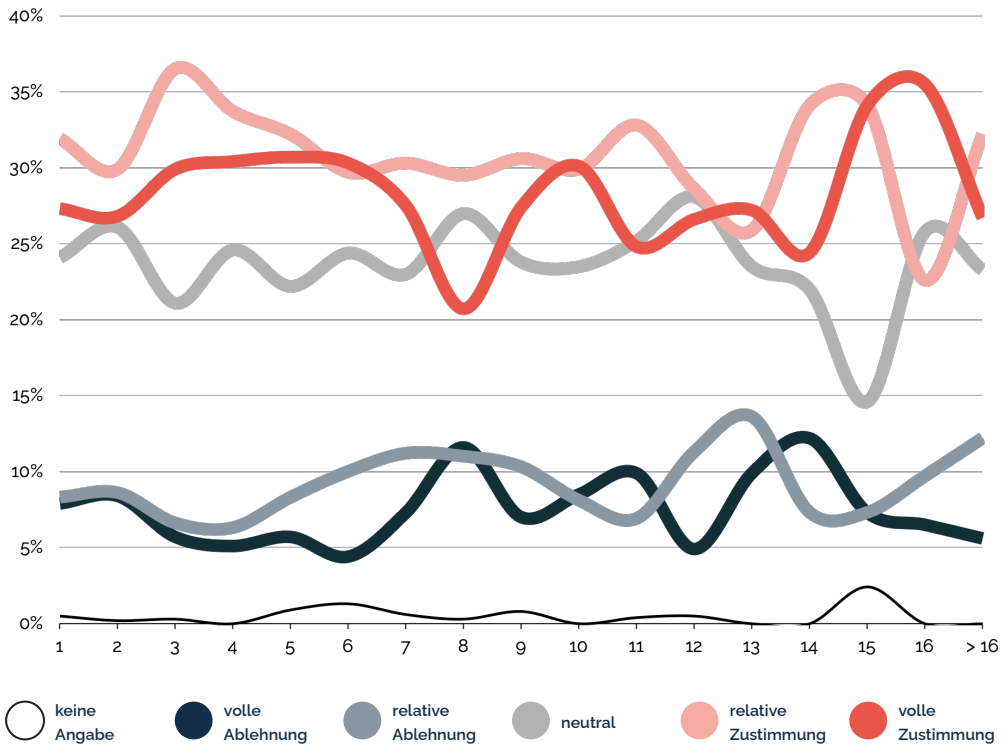
4.4 Fachsemester

***These 1 F** Fachsemester*

Fachsemester	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
1	0,5 %	7,9 %	8,3 %	24,1 %	31,9 %	27,3 %
2	0,2 %	8,4 %	8,6 %	26,1 %	29,9 %	26,8 %
3	0,3 %	5,7 %	6,6 %	21,1 %	36,5 %	29,9 %
4	–	5,1 %	6,3 %	24,6 %	33,7 %	30,4 %
5	0,9 %	5,7 %	8,3 %	22,2 %	32,2 %	30,7 %
6	1,3 %	4,4 %	10,0 %	24,4 %	29,7 %	30,3 %
7	0,6 %	7,3 %	11,2 %	23,0 %	30,3 %	27,5 %
8	0,3 %	11,6 %	11,0 %	27,0 %	29,5 %	20,7 %
9	0,8 %	7,0 %	10,3 %	23,8 %	30,6 %	27,4 %
10	–	8,5 %	8,1 %	23,5 %	29,9 %	30,1 %
11	0,4 %	9,9 %	6,9 %	25,2 %	32,8 %	24,8 %
12	0,5 %	4,9 %	11,3 %	28,1 %	28,6 %	26,6 %
13	–	9,9 %	13,6 %	23,5 %	25,9 %	27,2 %
14	–	12,2 %	7,3 %	22,0 %	34,1 %	24,4 %
15	2,4 %	7,3 %	7,3 %	14,6 %	34,1 %	34,1 %
16	–	6,5 %	9,7 %	25,8 %	22,6 %	35,5 %
>16	–	5,6 %	12,2 %	23,3 %	32,2 %	26,7 %
gesamt	**0,5 %**	**7,3 %**	**8,9 %**	**24,1 %**	**31,3 %**	**27,9 %**

Aus der Tabelle lässt sich ablesen, dass unter Studierenden jedes Fachsemesters die Zustimmung die Ablehnung durchweg übersteigt. Bemerkenswert ist, dass die absolute Ablehnungsrate nur einmal überhaupt eine zweistellige Prozentzahl erreicht, nämlich im 14. Fachsemester mit 12,2 %. Selbst bei solchen Studierenden, die in der Examensvorbereitung sein müssten, ist kein Abfall der Zustimmung zu beobachten.

***These 1 F** Fachsemester*



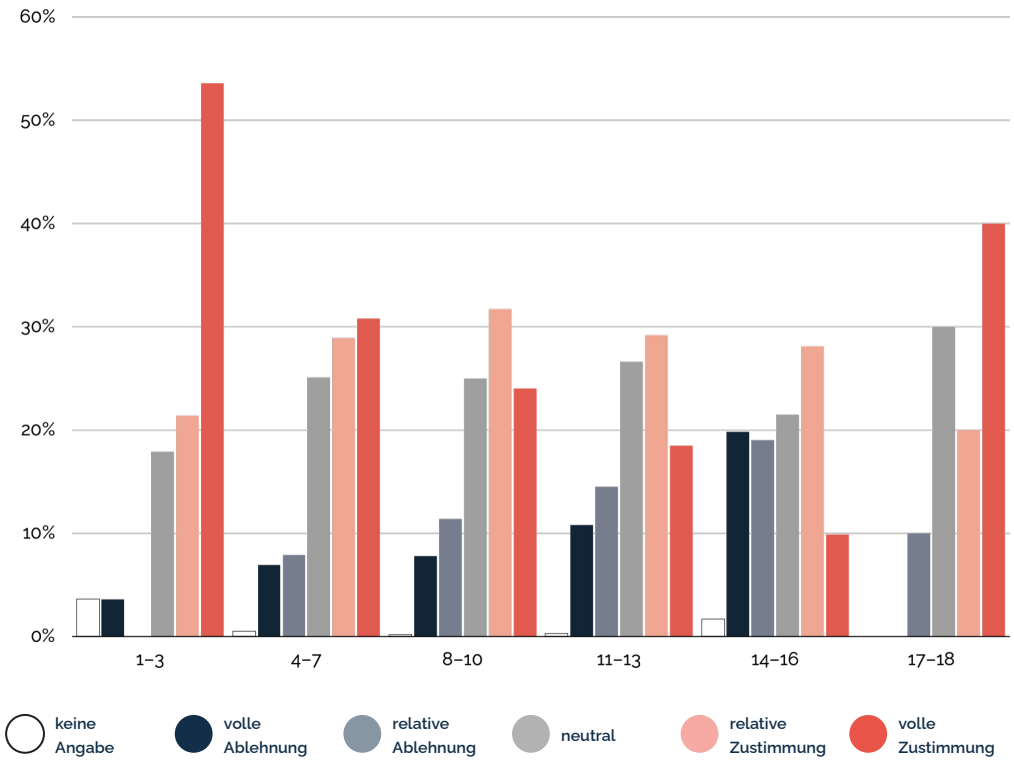
4.5 Gesamtnote

***These 1 F** Gesamtnote*

Gesamtnote	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
1–3	3,6 %	3,6 %	–	17,9 %	21,4 %	53,6 %
4–7	0,5 %	6,9 %	7,9 %	25,1 %	28,9 %	30,8 %
8–10	0,2 %	7,8 %	11,4 %	25,0 %	31,7 %	24,0 %
11–13	0,3 %	10,8 %	14,5 %	26,6 %	29,2 %	18,5 %
14–16	1,7 %	19,8 %	19,0 %	21,5 %	28,1 %	9,9 %
17–18	–	–	10,0 %	30,0 %	20,0 %	40,0 %
gesamt	**0,4 %**	**8,4 %**	**11,3 %**	**25,3 %**	**30,3 %**	**24,3 %**

Bemerkenswert ist insofern, dass höhere Notenstufen eine deutlich geringere Zustimmung haben gegenüber niedrigeren. Die Notenstufe 1-3, die zwar recht wenige Teilnehmende umfasst, hat aber eine absolute Zustimmungsrate von 53,6 %. Diese nimmt kontinuierlich ab, bis sie ihren Tiefpunkt bei der Stufe 14-16 Punkte erreicht mit 9,9 %. Dies ist auch die einzige Notenstufe, wo die kombinierte Ablehnung die kombinierte Zustimmung knapp überwiegt: 38,8 % gegen 38 %. Dies mag ggf. an der – vergleichsweise – ebenfalls recht kleinen Menge an Teilnehmenden in dieser Notenstufe liegen, ist aber durchaus bemerkenswert hoch, da die kombinierte Zustimmung sonst im Bereich der absoluten Mehrheit liegt.

***These 1 F** Gesamtnote*



4.6 Studienort

***These 1 F** Studienort*

Bundesland	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
Ausland	4,3 %	17,4 %	4,3 %	21,7 %	30,4 %	21,7 %
Baden-Württemberg	0,5 %	7,2 %	10,6 %	26,4 %	29,8 %	25,4 %
Bayern	0,2 %	8,2 %	10,2 %	22,7 %	29,3 %	29,5 %
Berlin	0,2 %	6,2 %	9,7 %	26,7 %	35,4 %	21,9 %
Brandenburg	0,8 %	8,1 %	10,6 %	21,6 %	28,4 %	30,5 %
Bremen	–	7,2 %	10,9 %	25,4 %	28,3 %	28,3 %
Hamburg	0,3 %	7,3 %	9,0 %	22,6 %	33,7 %	27,2 %
Hessen	0,2 %	9,1 %	11,3 %	26,2 %	27,5 %	25,8 %
Mecklenburg-Vorpommern	0,8 %	8,3 %	6,1 %	23,5 %	30,3 %	31,1 %
Niedersachsen	0,8 %	7,1 %	10,6 %	26,6 %	31,4 %	23,5 %
Nordrhein-Westfalen	0,4 %	7,0 %	9,9 %	25,2 %	31,8 %	25,7 %
Rheinland-Pfalz	0,2 %	8,2 %	9,9 %	29,2 %	26,6 %	26,0 %
Saarland	–	3,7 %	8,1 %	27,2 %	32,4 %	28,7 %
Sachsen	0,1 %	4,2 %	6,6 %	24,9 %	32,5 %	31,7 %
Sachsen-Anhalt	–	7,1 %	7,7 %	23,0 %	32,8 %	29,5 %
Schleswig-Holstein	0,3 %	5,4 %	8,3 %	27,7 %	31,2 %	27,1 %
Thüringen	0,6 %	7,7 %	11,9 %	27,4 %	28,0 %	24,4 %
gesamt	**0,4 %**	**7,2 %**	**9,8 %**	**25,3 %**	**30,9 %**	**26,5 %**

Wie auch bei vorherigen Auswertungsmerkmalen auch ist die kombinierte Zustimmung ungebrochen hoch. In keinem Bundesland rutscht diese unter eine absolute Zustimmung. Bemerkenswert ist auch, dass bis auf die Kategorie „Ausland“, die aber sowieso eine sehr niedrige Teilnehmendenzahl haben, auch in allen Bundesländern die absolute Ablehnungsrate stets einstellig bleibt. Dies deckt sich mit den Gesamtzahlen.

***These 1 F** Studienort*

4.7 Verhältnis zur juristischen Ausbildung

***These 1 F** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*

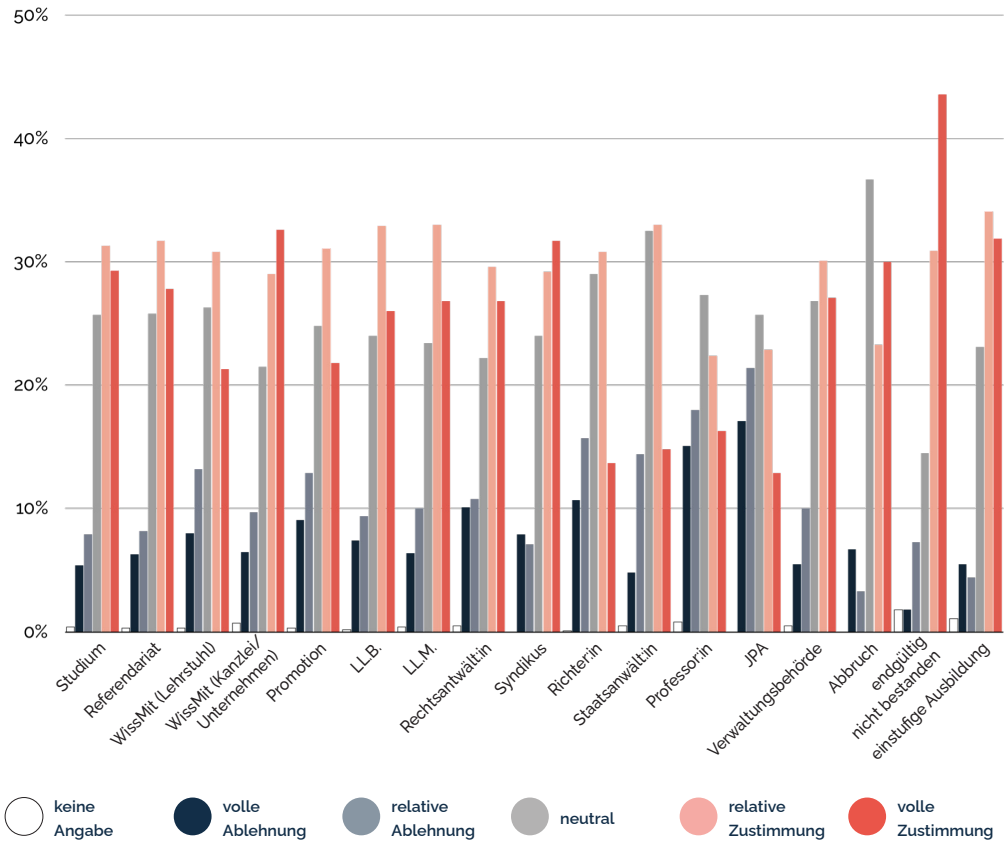
Beruf	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
Studium	0,4 %	5,4 %	7,9 %	25,7 %	31,3 %	29,3 %
Referendariat	0,3 %	6,3 %	8,2 %	25,8 %	31,7 %	27,8 %
WissMit (Lehrstuhl)	0,3 %	8,0 %	13,2 %	26,3 %	30,8 %	21,3 %
WissMit (Kanzlei)	0,7 %	6,5 %	9,7 %	21,5 %	29,0 %	32,6 %
Promotion	0,3 %	9,1 %	12,9 %	24,8 %	31,1 %	21,8 %
LL.B.	0,2 %	7,4 %	9,4 %	24,0 %	32,9 %	26,0 %
LL.M.	0,4 %	6,4 %	10,0 %	23,4 %	33,0 %	26,8 %
Rechtsanwält:in	0,5 %	10,1 %	10,8 %	22,2 %	29,6 %	26,8 %
Syndikus	–	7,9 %	7,1 %	24,0 %	29,2 %	31,7 %
Richter:in	0,1 %	10,7 %	15,7 %	29,0 %	30,8 %	13,7 %
Staatsanwält:in	0,5 %	4,8 %	14,4 %	32,5 %	33,0 %	14,8 %
Professor:in	0,8 %	15,1 %	18,0 %	27,3 %	22,4 %	16,3 %
JPA	–	17,1 %	21,4 %	25,7 %	22,9 %	12,9 %
Verwaltungsbehörde	0,5 %	5,5 %	10,0 %	26,8 %	30,1 %	27,1 %
Abbruch	–	6,7 %	3,3 %	36,7 %	23,3 %	30,0 %
endgültig nicht bestanden	1,8 %	1,8 %	7,3 %	14,5 %	30,9 %	43,6 %
einstufige Ausbildung	1,1 %	5,5 %	4,4 %	23,1 %	34,1 %	31,9 %

Auffällig ist, dass sich insbesondere bei den praktizierenden Jurist:innen die Meinungen weniger stark ausgeprägt sind als bei Studierenden, Promovierenden, Wissenschaftlich Mitarbeitenden und auch Rechtsanwält:innen. Bei letzteren Gruppierungen liegt stets eine (kombinierte) absolute Mehrheit für die These vor, bei den vorgenannten (Richter:innen, Staatsanwält:innen, Professor:innen, und JPA-Mitarbeitenden) ist dies nicht der Fall. Zwar liegen auch hier relative Zustimmungsraten von um die 30 % vor (Ausnahmen: Professor:innen und JPA-Mitarbeitende), aber die volle Zustimmungsraten sind bis zu 20 Prozentpunkte niedriger und erreichen bei den JPA-Mitarbeitenden den Tiefstand mit 12,9 %. Bemerkenswert ist insoweit auch, dass die neutrale Meinung nahezu durchgängig um ein Viertel der Stimmen beträgt. Ausnahme sind hier diejenigen, die endgültig nicht bestanden haben, die mit nur 14,5 % neutral stimmten.

Die absoluten und auch relativen Ablehnungsraten bleiben einzeln nahezu durchgängig unter 20 % (Ausnahme: JPA-Mitarbeitende mit 21,4 % relativer Ablehnung).

Auch bei der Auswertung nach dem Verhältnis zur jur. Ausbildung scheint sich die Erwartung im Gesamten nicht zu bestätigen. Einzig bzgl. der Professor:innen ist das Bild differenzierter, aber auch hier besteht nicht die erwartete weitläufige Ablehnung. Zwar ist es so, dass die Mehrheit der Abstimmenden eher relativ zustimmt, aber wie bereits gesagt erreicht die kombinierte Rate meist eine absolute Mehrheit.

***These 1 F** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*



5. Ergebnis bzgl. Erwartungen

Die Erwartung wurde nicht erfüllt, im Gegenteil eher widerlegt.

These 1 G: Methoden der Sozialwissenschaften

1. Thesenhintergrund

Die These wurde v. a. von Prof. Dr. Stephan Breidenbach und Prof. Dr. Ulla Gläßer, LL.M (UC Berkeley) in ihrem Eckpunktepapier für eine neue Juristenausbildung diskutiert.[1] Aufgegriffen wurde sie zudem in einem weiteren Artikel, der 2014 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung erschien.[2]

2. Thesengestaltung

Die Methoden der Sozialwissenschaften sollten in das Studium integriert werden.

Beispielsweise untersucht die Rechtstatsachenforschung die tatsächlichen Erscheinungs- und Verwirklichungsformen des Rechts im sozialen Leben (z.B. die Erforschung der Dauer von Prozessen, der Einfluss von Lobbyisten auf Gesetzgebungsverfahren, die Zahl der tatsächlich vorgenommenen Abtreibungen).

Die ausgewählten Argumente, welche auf der iur.reform-Webseite als Nachweise aufrufbar waren, sind:

Pro	Contra
1. An der Universität ist man in der Anwendung der Rechtstatsachenforschung freier als im politischen Prozess der Gesetzgebung, bei welchem die Rechtstatsachenforschung eine große Rolle spielt.	1. Die Rechtswissenschaft ist ein dogmatisch in sich geschlossenes System, das nicht durch äußere Faktoren verfälscht werden sollte.
2. Der Anspruch bzw. die Ziele des Gesetzgebers und die Wirklichkeit fallen häufig auseinander.	2. Die Rechtstatsachenforschung ist ein Nischengebiet der Rechtswissenschaft.
3. Erweitert den Horizont über die Dogmatik hinaus.	3. Die Einbringung von Methoden der Sozialwissenschaften in die Juristerei wurde bereits in der einstufigen Juristenausbildung erprobt und konnte sich nicht durchsetzen.

3. Hypothese

Wir formulierten folgende Erwartungen für die These:

- Im Allgemeinen erwarteten wir eher eine ablehnende Haltung zur Integration von Methoden der Sozialwissenschaften in das Studium.
- Wir erwarteten, dass die Studierenden sich nur noch überfrachteter von den Inhalten fühlen würden.
- Bei den Praktiker:innen erwarteten wir, dass sie kein Interesse an sozialmethodischen Kompetenzen als Inhalt des Studiums haben, sondern vielmehr davon ausgehen, man könne sich die Kompetenzen noch später aneignen.

[1] Breidenbach/Glässer, Eckpunkte für eine neue Juristenausbildung.

[2] Vgl. Literaturauswertung, Reiter „Reformoptionen und Argumente", Zeile 974ff. ***https://onedrive.live.com/view.aspx?resid=D3C707BB028AE925!323&ithint=file %2cxlsx&authkey=!AERBCCwtBbE_-1M***

4. Deskriptive Statistik

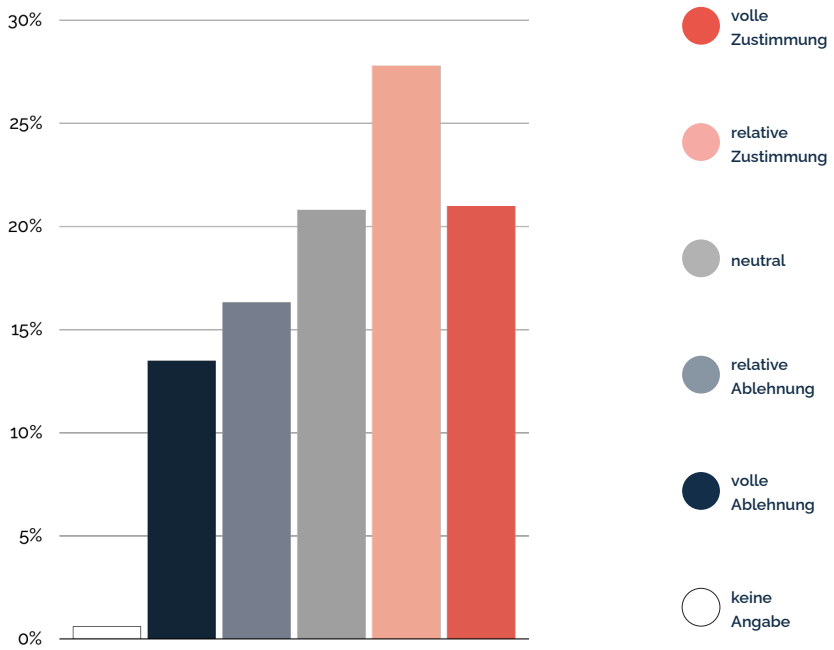
4.1 Gesamtauswertung

***These 1 G** Gesamtauswertung*

Bewertung	Anteil
keine Angabe	0,6 %
volle Ablehnung	13,5 %
relative Ablehnung	16,3 %
neutral	20,8 %
relative Zustimmung	27,8 %
volle Zustimmung	21,0 %
gesamt	**100,0 %**

Erkennbar ist, dass sich nur 21,0 % vollständig und 27,8 % überwiegend für die stärkere Einbindung der Methoden der Sozialwissenschaften ins Studium aussprechen. Damit erreichen die Befürworter zwar keine absolute Stimmenmehrheit. Demgegenüber sprechen sich aber lediglich 13,5 % vollständig und 16,3 % überwiegend gegen sozialwissenschaftliche Methodik im Studium aus. Über ein Fünftel (20,8 %) der Abstimmenden stehen dazu neutral.

***These 1 G** Gesamtauswertung*



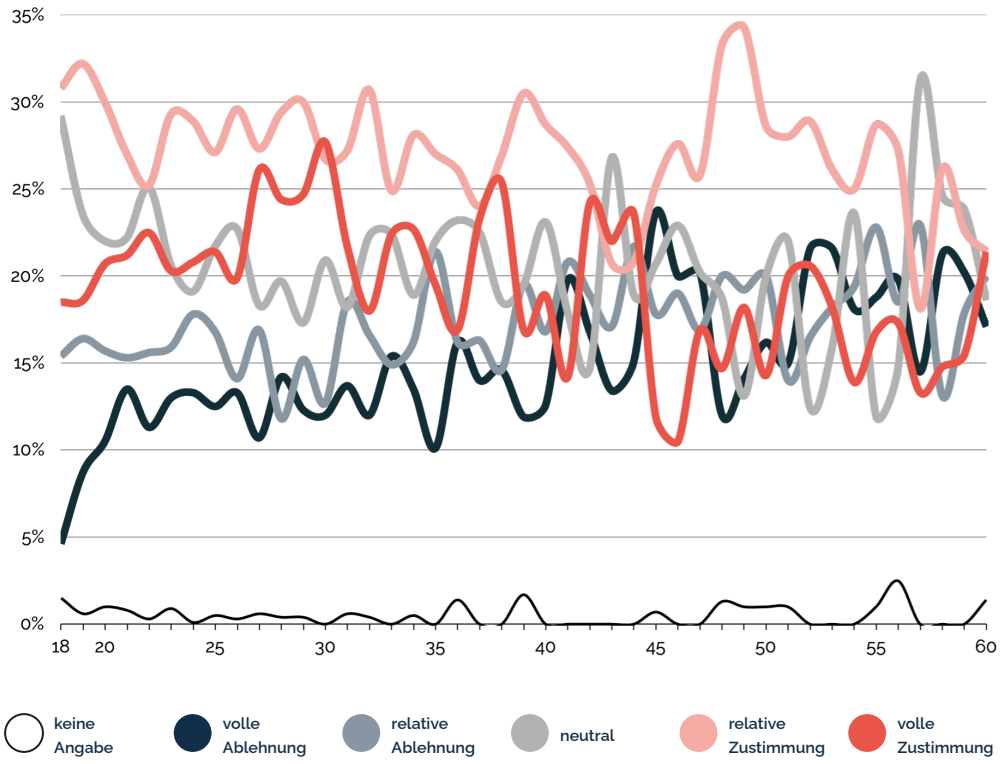
4.2 Alter

Bis zur Altersstufe 60 ergibt sich ein vergleichbares Bild. In fast jeder Gruppe entfallen die meisten Stimmen auf die relative Zustimmung . Ausnahmen sind Altersstufen 43, 57 und 59 mit den meisten Stimmen im neutralen Bereich sowie Altersstufen 30 und 44 mit den meisten Stimmen, die auf die volle Zustimmung entfallen. Bei den 60-jährigen entfallen gleich viele Stimmen auf eine volle und eine relative Zustimmung.

Von Altersstufe 61 an liegen die meisten Stimmen verteilt zwischen einer relativen Ablehnung der These und voller Zustimmung. Das inkonsistente Bild lässt sich durch die geringe Stimmenanzahl von unter 60 Stimmen pro Altersstufe bis hin zu einer Stimme erklären.

In keiner Altersstufe entfallen die meisten Stimmen auf eine vollständige Ablehnung der These. Das gefundene Ergebnis deckt sich mit der Gesamtbewertung, bei der in die meisten Stimmen auf eine relative Zustimmung entfallen.

***These 1 G** Alter*



These 1 G Alter

0 keine Angabe **1** volle Ablehnung **2** relative Ablehnung **3** neutral **4** relative Zustimmung **5** volle Zustimmung

Alter	0	1	2	3	4	5
17	–	–	–	–	100 %	–
18	1,5 %	4,6 %	15,4 %	29,2 %	30,8 %	18,5 %
19	0,6 %	8,7 %	16,4 %	23,5 %	32,2 %	18,6 %
20	1,0 %	10,5 %	15,7 %	22,0 %	30,0 %	20,7 %
21	0,8 %	13,5 %	15,3 %	22,2 %	27,0 %	21,2 %
22	0,3 %	11,3 %	15,6 %	25,1 %	25,2 %	22,5 %
23	0,9 %	13,0 %	15,9 %	20,6 %	29,3 %	20,3 %
24	0,1 %	13,3 %	17,8 %	19,1 %	28,9 %	20,8 %
25	0,5 %	12,5 %	16,8 %	21,7 %	27,1 %	21,4 %
26	0,3 %	13,3 %	14,1 %	22,7 %	29,6 %	19,9 %
27	0,6 %	10,7 %	16,9 %	18,3 %	27,3 %	26,1 %
28	0,4 %	14,2 %	11,8 %	19,7 %	29,4 %	24,4 %
29	0,4 %	12,3 %	15,2 %	17,3 %	30,0 %	24,7 %
30	–	12,0 %	12,7 %	20,9 %	26,7 %	27,7 %
31	0,6 %	13,7 %	18,5 %	18,2 %	27,2 %	21,7 %
32	0,4 %	12,0 %	16,6 %	22,3 %	30,7 %	18,0 %
33	–	15,4 %	14,9 %	22,4 %	24,9 %	22,4 %
34	0,5 %	13,5 %	16,2 %	18,9 %	28,1 %	22,7 %
35	–	10,1 %	21,4 %	22,0 %	27,0 %	19,5 %
36	1,4 %	16,2 %	16,2 %	23,2 %	26,1 %	16,9 %
37	–	14,0 %	16,3 %	22,5 %	24,0 %	23,3 %
38	–	14,6 %	14,6 %	18,5 %	26,9 %	25,4 %
39	1,7 %	11,9 %	19,5 %	19,5 %	30,5 %	16,9 %
40	–	12,6 %	16,8 %	23,1 %	28,7 %	18,9 %
41	–	19,8 %	20,8 %	17,9 %	27,4 %	14,2 %
42	–	16,8 %	18,9 %	14,7 %	25,3 %	24,2 %
43	–	13,4 %	17,1 %	26,8 %	20,7 %	22,0 %
44	–	15,1 %	21,7 %	18,9 %	20,8 %	23,6 %
45	0,7 %	23,7 %	17,8 %	20,7 %	25,2 %	11,9 %
46	–	20,0 %	19,0 %	22,9 %	27,6 %	10,5 %
47	–	20,2 %	16,9 %	20,2 %	25,8 %	16,9 %
48	1,3 %	12,0 %	20,0 %	18,7 %	33,3 %	14,7 %
49	1,0 %	14,1 %	19,2 %	13,1 %	34,3 %	18,2 %
50	1,0 %	16,2 %	20,0 %	20,0 %	28,6 %	14,3 %

Alter	0	1	2	3	4	5
51	1,0 %	15,0 %	14,0 %	22,0 %	28,0 %	20,0 %
52	–	21,6 %	16,5 %	12,4 %	28,9 %	20,6 %
53	–	21,6 %	18,2 %	15,9 %	26,1 %	18,2 %
54	–	18,1 %	19,4 %	23,6 %	25,0 %	13,9 %
55	1,0 %	18,8 %	22,8 %	11,9 %	28,7 %	16,8 %
56	2,5 %	19,8 %	18,5 %	14,8 %	27,2 %	17,3 %
57	–	14,5 %	22,9 %	31,3 %	18,1 %	13,3 %
58	–	21,3 %	13,1 %	24,6 %	26,2 %	14,8 %
59	–	20,2 %	17,9 %	23,8 %	22,6 %	15,5 %
60	1,4 %	17,1 %	20,0 %	18,6 %	21,4 %	21,4 %
61	5,4 %	19,6 %	21,4 %	21,4 %	16,1 %	16,1 %
62	–	14,8 %	18,5 %	20,4 %	18,5 %	27,8 %
63	2,6 %	12,8 %	15,4 %	23,1 %	17,9 %	28,2 %
64	–	8,3 %	25,0 %	20,8 %	25,0 %	20,8 %
65	–	22,9 %	17,1 %	8,6 %	28,6 %	22,9 %
66	–	9,1 %	18,2 %	9,1 %	31,8 %	31,8 %
67	–	11,8 %	11,8 %	17,6 %	29,4 %	29,4 %
68	6,7 %	20,0 %	20,0 %	13,3 %	13,3 %	26,7 %
69	–	14,3 %	14,3 %	–	42,9 %	28,6 %
70	–	–	30,0 %	20,0 %	30,0 %	20,0 %
71	–	12,5 %	12,5 %	37,5 %	25,0 %	12,5 %
72	–	–	20,0 %	20,0 %	20,0 %	40,0 %
73	–	–	–	–	62,5 %	37,5 %
74	–	11,1 %	22,2 %	11,1 %	33,3 %	22,2 %
75	–	33,3 %	16,7 %	33,3 %	16,7 %	–
77	–	50,0 %	–	50,0 %	–	–
78	–	–	–	–	33,3 %	66,7 %
79	–	–	50,0 %	–	–	50,0 %
81	–	–	–	100 %	–	–
82	–	–	–	–	100 %	–
83	–	100 %	–	–	–	–
84	–	–	–	–	100 %	–
90	–	–	100 %	–	–	–
Σ	**0,5 %**	**13,4 %**	**16,4 %**	**20,8 %**	**27,8 %**	**21,1 %**

4.3 Geschlecht

***These 1 G** Geschlecht*

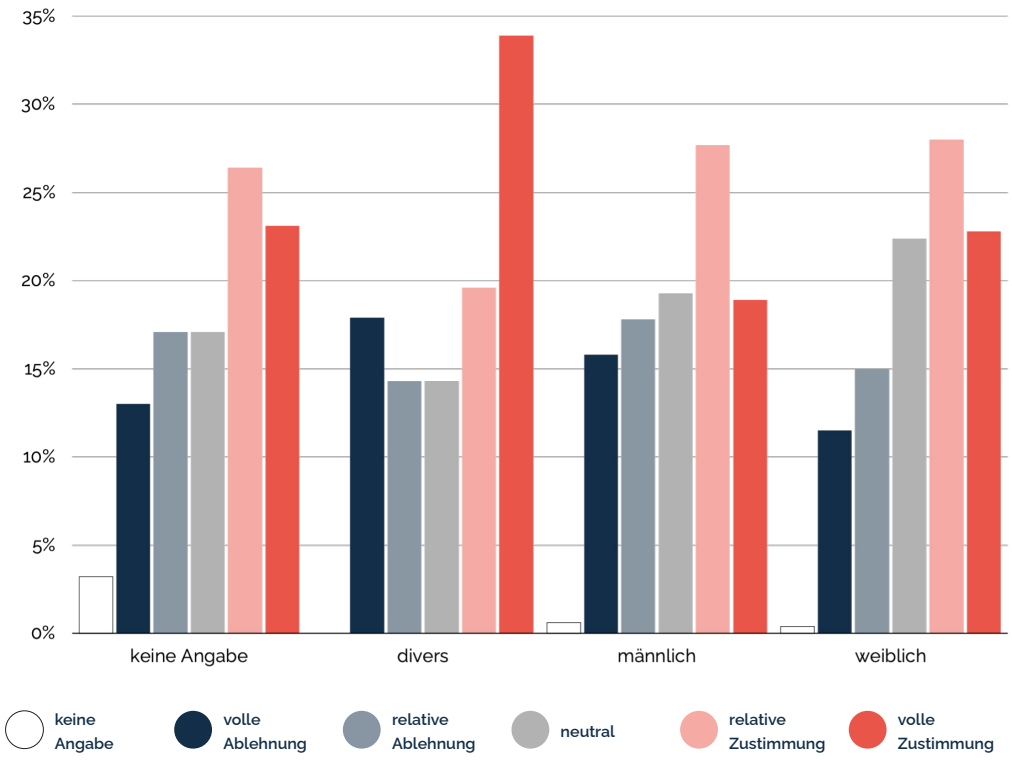
Geschlecht	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
keine Angabe	3,2 %	13,0 %	17,1 %	17,1 %	26,4 %	23,1 %
divers	–	17,9 %	14,3 %	14,3 %	19,6 %	33,9 %
männlich	0,6 %	15,8 %	17,8 %	19,3 %	27,7 %	18,9 %
weiblich	0,4 %	11,5 %	15,0 %	22,4 %	28,0 %	22,8 %
gesamt	**0,6 %**	**13,5 %**	**16,3 %**	**20,8 %**	**27,8 %**	**21,0 %**

Die Tabelle zeigt, dass die weiblichen Teilnehmerinnen häufiger eine volle oder zumindest relative Zustimmung gegeben haben, anders als männliche Teilnehmer. 22,8 % der weiblichen Teilnehmerinnen erteilten der These eine volle Zustimmung und weitere 28,0 % eine relative Zustimmung. Bei den männlichen Teilnehmern stimmen nur 18,9 % vollständig zu und weitere 27,7 % überwiegend. Bei den ablehnenden Stimmen ist demgegenüber die Quote der männlichen Befragten höher. Während 15,8 % der männlichen Teilnehmer die These vollständig und weitere 17,8 % zumindest überwiegend ablehnen, sind es bei den weiblichen Teilnehmerinnen 11,5 % vollständig ablehnende Stimmen und 15,0 % überwiegend ablehnende Stimmen.

Die volle Zustimmungsquote ist bei den diversen Abstimmenden mit 33,9 % besonders hoch. Zugleich ist aber auch die volle Ablehnungsquote mit 17,9 % höher als bei den anderen Gruppen. Die Aussagekraft ist aufgrund der geringen Zahl der Stimmen in dieser Gruppe von 56 jedoch gering.

Bei den Personen ohne Geschlechtsangabe zeigen sich keine nennenswerten Abweichungen vom Gesamtergebnis.

***These 1 G** Geschlecht*



4.4 Fachsemester

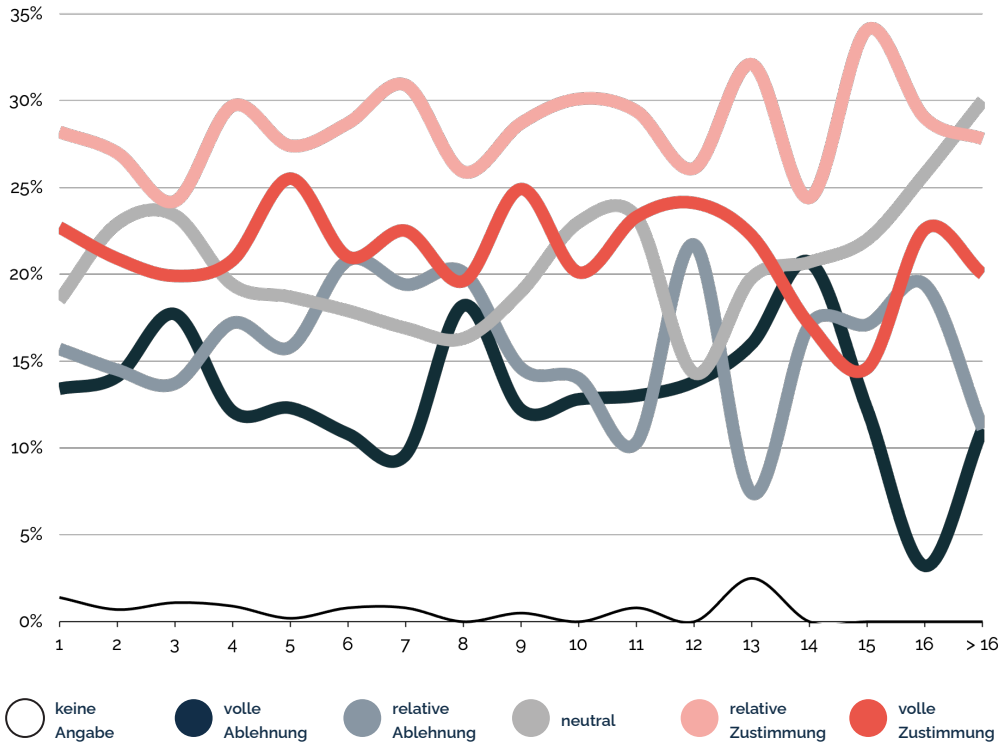
***These 1 G** Fachsemester*

Fachsemester	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
1	1,4 %	13,4 %	15,7 %	18,5 %	28,2 %	22,7 %
2	0,7 %	14,1 %	14,5 %	22,9 %	27,0 %	20,9 %
3	1,1 %	17,7 %	13,7 %	23,4 %	24,2 %	19,9 %
4	0,9 %	12,1 %	17,2 %	19,4 %	29,7 %	20,8 %
5	0,2 %	12,3 %	15,8 %	18,7 %	27,4 %	25,5 %
6	0,8 %	10,8 %	20,8 %	17,9 %	28,7 %	21,0 %
7	0,8 %	9,6 %	19,4 %	16,9 %	30,9 %	22,5 %
8	–	18,2 %	20,1 %	16,3 %	25,9 %	19,6 %
9	0,5 %	12,2 %	14,6 %	19,0 %	28,7 %	24,9 %
10	–	12,8 %	14,0 %	23,0 %	30,1 %	20,1 %
11	0,8 %	13,0 %	10,3 %	23,3 %	29,4 %	23,3 %
12	–	13,8 %	21,7 %	14,3 %	26,1 %	24,1 %
13	2,5 %	16,0 %	7,4 %	19,8 %	32,1 %	22,2 %
14	–	20,7 %	17,1 %	20,7 %	24,4 %	17,1 %
15	–	12,2 %	17,1 %	22,0 %	34,1 %	14,6 %
16	–	3,2 %	19,4 %	25,8 %	29,0 %	22,6 %
>16	–	11,1 %	11,1 %	30,0 %	27,8 %	20,0 %
gesamt	**0,6 %**	**13,3 %**	**16,2 %**	**20,0 %**	**28,2 %**	**21,8 %**

Aus der Tabelle ist ersichtlich, dass 27 Studierende keine Angabe zur These gemacht haben. Des Weiteren sind keine besonderen Abweichungen im Vergleich zur Gesamtauswertung erkennbar. Insgesamt ergibt sich ein leichter Überhang an vollen oder überwiegenden Befürworter:innen. In den Semestern 1, 4, 5, 7, 9, 10, 11, 12, 13, 16 ist jeweils knapp die absolute Mehrheit zumindest überwiegend für die Integrierung der Methoden der Sozialwissenschaften ins Studium. Eine absolute Mehrheit in einem Semester, die die Ausweitung der Methoden der Sozialwissenschaften zumindest überwiegend ablehnt, findet sich dagegen nicht.

Die graphische Darstellung verdeutlicht die differenzierten Ansichten. Insbesondere zeigt sich, dass sich in jedem Semester die meisten Studierenden überwiegend für die These ausgesprochen haben.

***These 1 G** Fachsemester*



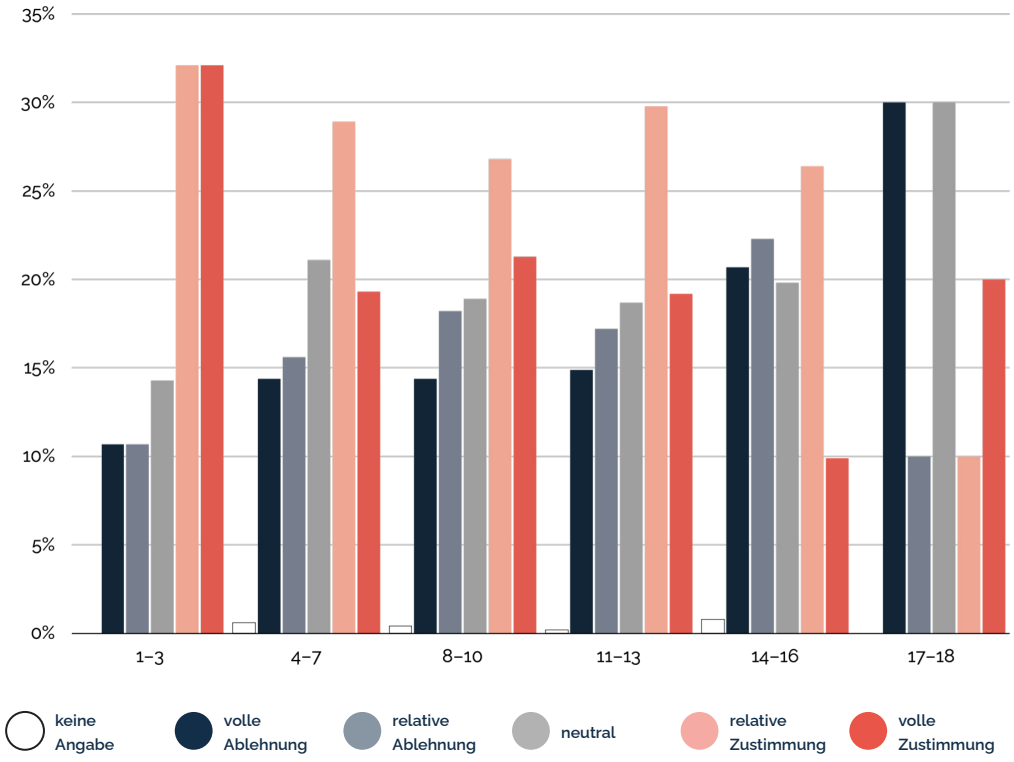
4.5 Gesamtnote

***These 1 G** Gesamtnote*

Gesamtnote	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
1–3	–	10,7 %	10,7 %	14,3 %	32,1 %	32,1 %
4–7	0,6 %	14,4 %	15,6 %	21,1 %	28,9 %	19,3 %
8–10	0,4 %	14,4 %	18,2 %	18,9 %	26,8 %	21,3 %
11–13	0,2 %	14,9 %	17,2 %	18,7 %	29,8 %	19,2 %
14–16	0,8 %	20,7 %	22,3 %	19,8 %	26,4 %	9,9 %
17–18	–	30,0 %	10,0 %	30,0 %	10,0 %	20,0 %
gesamt	**0,4 %**	**14,7 %**	**17,4 %**	**19,4 %**	**27,9 %**	**20,2 %**

Auch die Aufteilung nach Notenstufe zeigt keine bedeutenden Abweichungen von der Gesamtverteilung. In keiner Notenstufe findet sich eine absolute Mehrheit die sich, zumindest überwiegend, für die Integration der Methoden der Sozialwissenschaften in das rechtswissenschaftliche Studium ausspricht. Dennoch spricht sich in jedem Notenstufenbereich der größte Teil zumindest überwiegend für die These aus. Bei den Notenstufen von 8–10 Punkten ist dies am deutlichsten erkennbar.

***These 1 G** Gesamtnote*



4.6 Studienort

***These 1 G** Studienort*

Bundesland	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
Ausland	–	8,7 %	21,7 %	13,0 %	26,1 %	30,4 %
Baden-Württemberg	0,4 %	12,5 %	16,6 %	18,2 %	29,6 %	22,7 %
Bayern	0,4 %	15,2 %	16,7 %	22,0 %	27,9 %	17,7 %
Berlin	0,7 %	10,5 %	13,4 %	15,7 %	28,7 %	31,0 %
Brandenburg	0,8 %	12,3 %	12,7 %	20,3 %	25,4 %	28,4 %
Bremen	1,4 %	14,5 %	14,5 %	20,3 %	33,3 %	15,9 %
Hamburg	0,6 %	12,2 %	15,8 %	18,9 %	30,3 %	22,3 %
Hessen	0,7 %	12,6 %	16,9 %	18,6 %	29,1 %	22,1 %
Mecklenburg-Vorpommern	0,8 %	12,9 %	15,9 %	23,5 %	26,5 %	20,5 %
Niedersachsen	0,7 %	14,4 %	18,0 %	23,2 %	26,3 %	17,4 %
Nordrhein-Westfalen	0,5 %	13,6 %	17,9 %	21,9 %	26,7 %	19,3 %
Rheinland-Pfalz	0,2 %	17,9 %	14,1 %	22,5 %	26,6 %	18,7 %
Saarland	–	14,0 %	11,8 %	28,7 %	30,1 %	15,4 %
Sachsen	0,7 %	8,4 %	12,3 %	22,2 %	29,9 %	26,5 %
Sachsen-Anhalt	–	13,1 %	17,5 %	22,4 %	26,2 %	20,8 %
Schleswig-Holstein	0,3 %	17,8 %	17,5 %	23,9 %	24,2 %	16,2 %
Thüringen	0,6 %	13,1 %	17,9 %	24,4 %	23,8 %	20,2 %
gesamt	**0,5 %**	**13,4 %**	**16,3 %**	**20,9 %**	**27,9 %**	**21,0 %**

In den Bundesländern Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg, Hamburg, Hessen und Sachsen stimmten mehr als die Hälfte der Befragten zumindest überwiegend für die Ausweitung der Methoden der Sozialwissenschaften im Jurastudium. Eine Mehrheit an zumindest überwiegend ablehnenden Personen findet sich in keinem Bundesland. Auch aus dem Vergleich der Länder ergeben sich folglich keine nennenswerten Besonderheiten.

Vergleicht man das Diagramm mit der vorherigen Abbildung zu den Notenstufen, erkennt man eine ähnliche Verteilung innerhalb der Bundesländer.

***These 1 G** Studienort*

4.7 Verhältnis zur juristischen Ausbildung

***These 1 G** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*

Beruf	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
Studium	0,6 %	11,9 %	15,4 %	22,5 %	27,7 %	21,8 %
Referendariat	0,4 %	14,6 %	16,3 %	20,7 %	26,8 %	21,2 %
WissMit (Lehrstuhl)	0,3 %	11,2 %	15,0 %	13,9 %	32,2 %	27,4 %
WissMit (Kanzlei)	0,3 %	12,0 %	18,9 %	21,9 %	28,5 %	18,4 %
Promotion	0,4 %	12,6 %	15,9 %	15,0 %	29,7 %	26,4 %
LL.B.	0,2 %	12,6 %	18,1 %	17,8 %	30,9 %	20,3 %
LL.M.	0,6 %	12,9 %	15,6 %	18,9 %	27,0 %	25,1 %
Rechtsanwält:in	0,6 %	15,8 %	17,6 %	19,4 %	25,9 %	20,8 %
Syndikus	0,5 %	15,8 %	16,1 %	21,3 %	28,1 %	18,0 %
Richter:in	0,3 %	16,0 %	21,8 %	21,1 %	29,1 %	11,6 %
Staatsanwält:in	–	16,3 %	16,3 %	25,8 %	29,2 %	12,4 %
Professor:in	–	18,4 %	19,2 %	18,4 %	26,5 %	17,6 %
JPA	1,4 %	21,4 %	20,0 %	21,4 %	25,7 %	10,0 %
Verwaltungsbehörde	0,8 %	13,0 %	16,3 %	20,8 %	27,6 %	21,6 %
Abbruch	–	8,3 %	6,7 %	13,3 %	28,3 %	43,3 %
endgültig nicht bestanden	–	1,8 %	10,9 %	27,3 %	34,5 %	25,5 %
einstufige Ausbildung	–	3,3 %	13,2 %	16,5 %	27,5 %	39,6 %

Eine hohe Zustimmung findet sich bei Promovierenden und Wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen an einer Universität. 427 von 761 Promovierenden und mithin 56,1 % sprechen sich relativ oder vollständig für die stärkere Einbindung der Methoden der Sozialwissenschaften aus. Bei den Wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen von Universitäten sind es 378 von 634 und mithin 59,6 %. Hier dürfte indes auch dadurch eine größere Schnittmenge herrschen, dass Promovenden typischerweise auch eine Anstellung als Wissenschaftliche Mitarbeitende haben, ob in einer Kanzlei oder am Lehrstuhl.

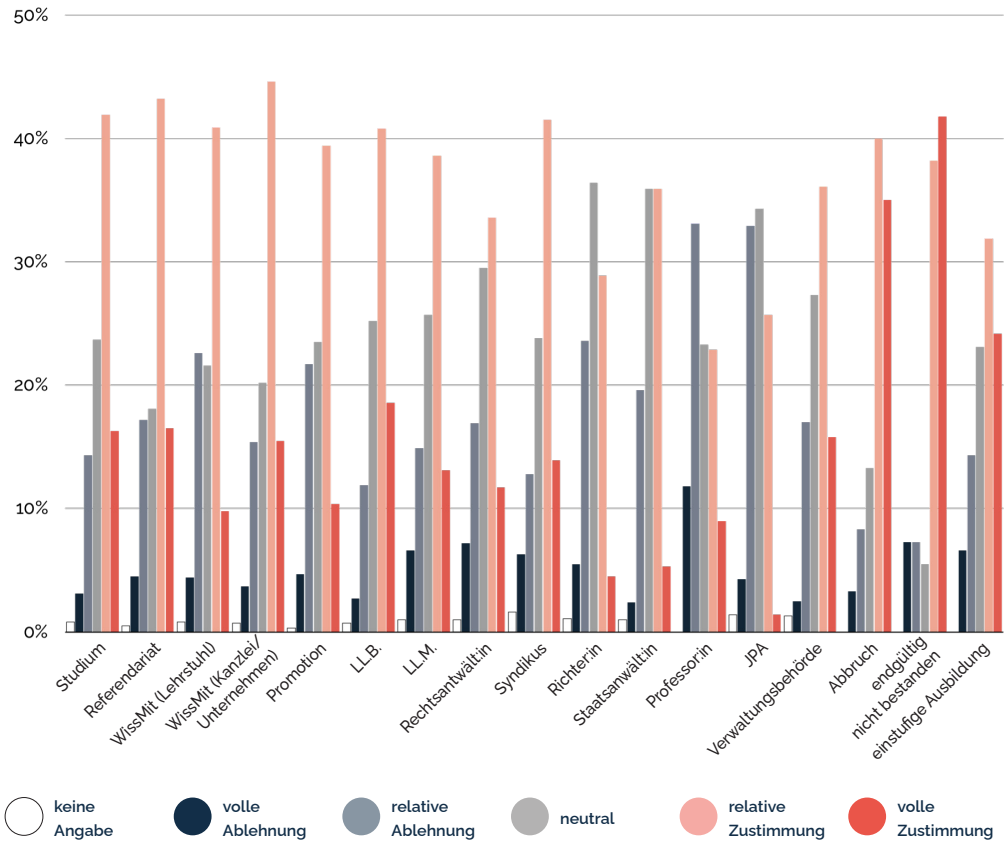
Die Gruppen mit der höchsten vollen Zustimmung sind Abstimmende, die die einstufige Ausbildung durchlaufen haben und die Teilnehmenden, die ihr Studium abgebrochen haben.

In den anderen Berufsgruppen wurde in Übereinstimmung mit der Gesamtquote am stärksten eine relative Zustimmung abgegeben.

Eine höhere vollständige Ablehnungsquote im Vergleich zur vollständigen Zustimmungsquote ergibt sich nur bei den Richter:innen und den Staatsanwält:innen. 150 Richter:innen lehnen die These vollständig ab und nur 109 stimmen ihr vollständig zu. Unter den Staatsanwält:innen stehen 34 Personen, die vollständig ablehnen zu 26 Abstimmenden, die vollständig zustimmen.

In den anderen Berufsgruppen, insbesondere auch bei den Student:innen, Referendar:innen und Rechtsanwält:innen, zeigen sich keine erwähnenswerten Abweichungen zur Gesamtauswertung.

***These 1 G** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*



5. Ergebnis bzgl. Erwartungen

Unsere Hypothese wurde nicht bestätigt. Entgegen unseren Erwartungen gab es insgesamt eine relative Zustimmung für die Integration der Methoden der Sozialwissenschaften in das rechtswissenschaftliche Studium. Lediglich in Bezug auf einen Teil der Praktiker:innen, nämlich Richter:innen und Staatsanwält:innen, traf unsere Einschätzung, dass diese der These ablehnend gegenüberstehen würden, zu.

These 1 H: Mediation

1. Thesenhintergrund

Die Einbindung der Mediation bzw. von Methoden der außergerichtlichen Streitbeilegung ist eine These, die nicht besonders im Zentrum der Aufmerksamkeit der Debatte um die juristische Ausbildung stand. Sie wird jedoch vor allem vom Wissenschaftsrat in seinem Gutachten aus dem Jahr 2012 betont[1] sowie Neuerdings auch von den Professor:innen Stephan Breidenbach und Ulla Gläßer in ihrem Konzept der New School of Law[2] hervorgehoben. Insgesamt lässt sich in dieser Hinsicht nur Zuspruch und keine Gegenrede finden.

2. Thesengestaltung

Mediation und sonstige außergerichtliche Streitbeilegung sollte Bestandteil des Studiums werden.

Die ausgewählten Argumente, welcher auf der iur.reform-Webseite als Nachweise aufrufbar waren, sind:

Pro	Contra
1. Die rechtsbefriedende Tätigkeit rückt in der Praxis mehr und mehr in den Vordergrund	1. Der zusätzliche Studieninhalt könnte Studierende überfordern.
2. Insbesondere Mediation hilft auch in anderen gesellschaftlichen Stellen, die Jurist:innen besetzen und ist sinnvoll im Hinblick auf allgemeine Kommunikationsstrategien.	2. Die Universitäten haben bereits einen hinreichenden Spielraum, um die Mediation ins Studium zu integrieren.
3. Eine reine Zusatzausbildung würde im Gegensatz zur vollen Integration dem Stellenwert der Mediation im Hinblick auf die Kommunikationslastigkeit der Juristerei nicht gerecht.	3. Die juristischen Berufe sind so vielfältig, dass nicht alle Absolvent:innen von dieser Änderung profitieren würden. Zusatzausbildung reicht.

3. Hypothese

Wir formulierten folgende Erwartungen für die These:

- Es wird vermutlich eine Zustimmung bei Anwält:innen mit Mediationsausbildung sowie bei Richter:innen geben.
- Eine ablehnende Haltung wird wohl eher bei Studierenden vorzufinden sein, da eine Ergänzung des Studienkatalogs die Erwartung auslöst, noch mehr lernen zu müssen.
- Studierende könnten aber auch neutral darauf reagieren, sofern diese These eher als Wahlpflicht im Rahmen einer Schlüsselkompetenz wahrgenommen wird.
- Tendenziell wird sich auch bei Professor:inen und wissenschaftlich Mitarbeitenden eher eine ablehnende Haltung finden, da die Meinung besteht, dass sich Studierende eher auf Kerngebiete der Juristerei fokussieren sollen.

[1] Wissenschatsrat, Perspektiven der Rechtswissenschaft in Deutschland, 2012, S. 64.

[2] Breidenbach/Glässer, Eckpunkte für eine neue Juristenausbildung, S. 12, 28.

4. Deskriptive Statistik

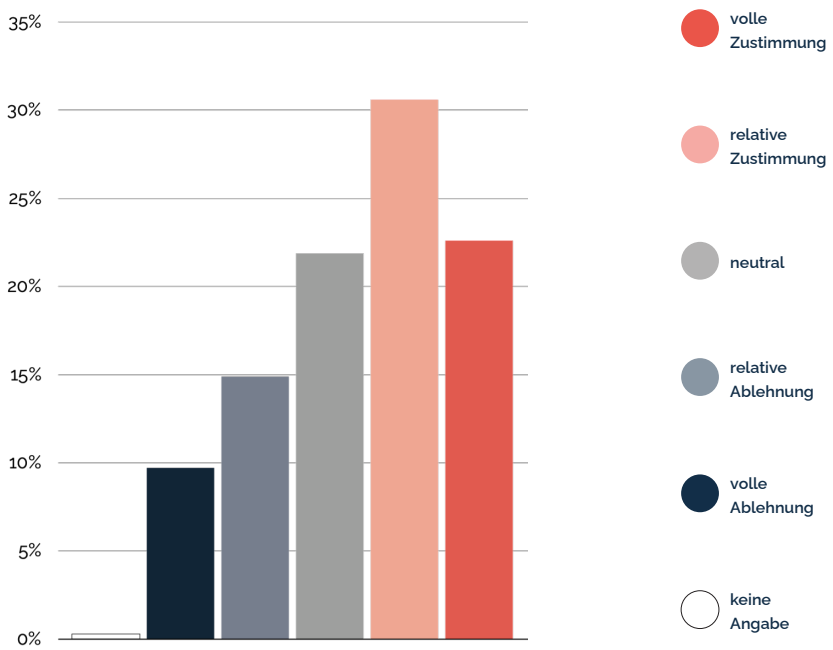
4.1 Gesamtauswertung

***These 1 H** Gesamtauswertung*

Bewertung	Anteil
keine Angabe	0,3 %
volle Ablehnung	9,7 %
relative Ablehnung	14,9 %
neutral	21,9 %
relative Zustimmung	30,6 %
volle Zustimmung	22,6 %
gesamt	**100,0 %**

Anhand der Auswertung erkennen wir, dass sich eine leichte Mehrheit von 53,2 % der Befragten (relativ) für die Einführung der Mediation bzw. sonstiger außergerichtlicher Streitbeilegungsmethoden im Studium aussprechen. Rund ein Fünftel der Befragten verhält sich hierbei jedoch neutral. Dies kann potenziell teilweise mit Wissenslücken im Hinblick auf die Verfahren der Mediation respektive der außergerichtlichen Streitbeilegung erklärt werden. Knapp über ein Drittel der Befragten lehnt eine Ergänzung des Stoffkatalogs im Studium um die Bereiche der Mediation bzw. der außergerichtlichen Streitbeilegung hingegen (relativ) ab.

***These 1 H** Gesamtauswertung*



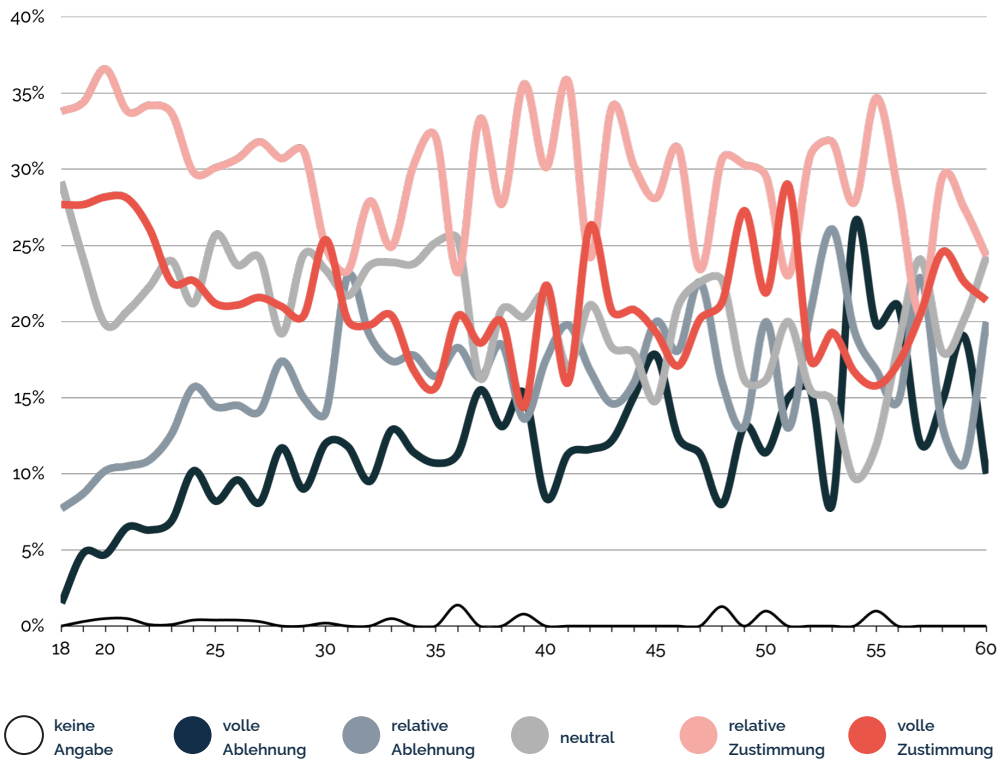
4.2 Alter

Im Vergleich zu den Zahlen aus der obigen Tabelle zeigt sich, dass der Gesamtwert für „neutral“ sich um 0,1 Prozentpunkte nach oben verschoben hat, sonst die Werte gleich sind.

Bei Betrachtung der Tabelle zeigt sich, dass über jüngere Altersschichten hinweg in den Altersgruppen zwischen 17 und 29 eine eher relative Zustimmung mit Blick auf die Einbindung von Mediation bzw. andere außergerichtliche Streitbeilegungsmethoden besteht im Hinblick auf die Verteilung der kumulierten Stimmen. Dabei liegt die Zustimmungsquote bei den Gruppen zwischen 20 und 26 jeweils ca. konstant zwischen ca. 50,0 % bis 65,0 % der kumulierten Stimmen. Danach nehmen die Zustimmungsquoten mit zunehmendem Alter stufenweise, aber rapide ab und gleichen sich ab der Altersstufe 30 zunehmend den Quoten im Hinblick auf eine neutrale Stellungnahme und einer eher ablehnenden Haltung an. Im Ergebnis überwiegt hier aber auch die zustimmende Haltung stets leicht bis zur Altersgruppe 54. Sodann tritt eine fast vollkommende Angleichung der (eher) zustimmenden, neutralen und eher ablehnenden Haltung ein. Doch auch die neutrale Einstellung ist bei der jüngeren Altersgruppe stärker ausgeprägt und liegt bei ca. 20,0 % der Gesamtstimmen. Bei den über 80-Jährigen fällt die neutrale Haltung auf 0,0 % der Gesamtstimmen und hält dieses Niveau anschließend.

Blickt man auf die relativen Anteile der Altersgruppen an den Zustimmungs- beziehungsweise Ablehnungsquoten, so zeigt sich ein differenzierteres Bild. Denn dabei sticht insbesondere die hohe Zustimmungsquote von 100 % der 17-Jährigen hervor. Weiter auffallend sind die hohen neutralen Haltungen bei den 73-Jährigen mit 40,0 % und den 79-Jährigen mit 50,0 %.

***These 1 H** Alter*



***These 1 H** Alter*

0 keine Angabe **1** volle Ablehnung **2** relative Ablehnung **3** neutral **4** relative Zustimmung **5** volle Zustimmung

Alter	0	1	2	3	4	5
17	–	–	–	–	100 %	–
18	–	1,5 %	7,7 %	29,2 %	33,8 %	27,7 %
19	0,3 %	4,8 %	8,7 %	24,1 %	34,4 %	27,7 %
20	0,5 %	4,7 %	10,2 %	19,8 %	36,6 %	28,2 %
21	0,5 %	6,5 %	10,5 %	20,7 %	33,8 %	28,1 %
22	0,1 %	6,3 %	10,9 %	22,3 %	34,2 %	26,1 %
23	0,1 %	6,9 %	12,6 %	24,0 %	33,7 %	22,6 %
24	0,4 %	10,2 %	15,7 %	21,2 %	29,8 %	22,7 %
25	0,4 %	8,2 %	14,4 %	25,7 %	30,1 %	21,2 %
26	0,4 %	9,6 %	14,5 %	23,7 %	30,7 %	21,1 %
27	0,3 %	8,1 %	14,1 %	24,2 %	31,8 %	21,6 %
28	–	11,7 %	17,4 %	19,2 %	30,7 %	21,0 %
29	–	9,0 %	15,0 %	24,4 %	31,2 %	20,4 %
30	0,2 %	12,0 %	14,0 %	23,4 %	24,9 %	25,4 %
31	–	11,8 %	23,0 %	21,7 %	23,3 %	20,1 %
32	–	9,5 %	19,1 %	23,7 %	27,9 %	19,8 %
33	0,5 %	12,9 %	17,4 %	23,9 %	24,9 %	20,4 %
34	–	11,4 %	17,8 %	23,8 %	30,3 %	16,8 %
35	–	10,7 %	16,4 %	25,2 %	32,1 %	15,7 %
36	1,4 %	11,3 %	18,3 %	25,4 %	23,2 %	20,4 %
37	–	15,5 %	16,3 %	16,3 %	33,3 %	18,6 %
38	–	13,1 %	18,5 %	20,8 %	27,7 %	20,0 %
39	0,8 %	15,3 %	13,6 %	20,3 %	35,6 %	14,4 %
40	–	8,4 %	17,5 %	21,7 %	30,1 %	22,4 %
41	–	11,3 %	19,8 %	17,0 %	35,8 %	16,0 %
42	–	11,6 %	16,8 %	21,1 %	24,2 %	26,3 %
43	–	12,2 %	14,6 %	18,3 %	34,1 %	20,7 %
44	–	15,1 %	16,0 %	17,9 %	30,2 %	20,8 %
45	–	17,8 %	20,0 %	14,8 %	28,1 %	19,3 %
46	–	12,4 %	18,1 %	21,0 %	31,4 %	17,1 %
47	–	11,3 %	22,6 %	22,6 %	23,4 %	20,2 %
48	1,3 %	8,0 %	16,0 %	22,7 %	30,7 %	21,3 %
49	–	13,1 %	13,1 %	16,2 %	30,3 %	27,3 %
50	1,0 %	11,4 %	20,0 %	16,2 %	29,5 %	21,9 %

Alter	0	1	2	3	4	5
51	–	15,0 %	13,0 %	20,0 %	23,0 %	29,0 %
52	–	15,5 %	20,6 %	15,5 %	30,9 %	17,5 %
53	–	8,0 %	26,1 %	14,8 %	31,8 %	19,3 %
54	–	26,4 %	19,4 %	9,7 %	27,8 %	16,7 %
55	1,0 %	19,8 %	16,8 %	11,9 %	34,7 %	15,8 %
56	–	21,0 %	14,8 %	18,5 %	28,4 %	17,3 %
57	–	12,0 %	22,9 %	24,1 %	20,5 %	20,5 %
58	–	14,8 %	13,1 %	18,0 %	29,5 %	24,6 %
59	–	19,0 %	10,7 %	20,2 %	27,4 %	22,6 %
60	–	10,0 %	20,0 %	24,3 %	24,3 %	21,4 %
61	3,6 %	12,5 %	19,6 %	14,3 %	26,8 %	23,2 %
62	–	9,3 %	13,0 %	16,7 %	31,5 %	29,6 %
63	–	5,1 %	25,6 %	20,5 %	17,9 %	30,8 %
64	4,2 %	8,3 %	12,5 %	25,0 %	12,5 %	37,5 %
65	–	20,0 %	20,0 %	5,7 %	28,6 %	25,7 %
66	9,1 %	4,5 %	18,2 %	36,4 %	9,1 %	22,7 %
67	–	11,8 %	5,9 %	11,8 %	41,2 %	29,4 %
68	–	6,7 %	13,3 %	6,7 %	26,7 %	46,7 %
69	–	28,6 %	28,6 %	–	–	42,9 %
70	–	–	30,0 %	30,0 %	20,0 %	20,0 %
71	–	25,0 %	12,5 %	12,5 %	12,5 %	37,5 %
72	–	–	20,0 %	40,0 %	–	40,0 %
73	–	–	12,5 %	25,0 %	37,5 %	25,0 %
74	–	22,2 %	11,1 %	11,1 %	22,2 %	33,3 %
75	–	16,7 %	16,7 %	33,3 %	–	33,3 %
77	–	–	25,0 %	25,0 %	–	50,0 %
78	–	33,3 %	–	33,3 %	–	33,3 %
79	–	–	–	50,0 %	–	50,0 %
81	–	–	–	–	100 %	–
82	–	–	–	–	100 %	–
83	–	–	–	–	100 %	–
84	–	–	–	–	–	100 %
90	–	–	100 %	–	–	–
Σ	**0,3 %**	**9,7 %**	**14,9 %**	**21,8 %**	**30,6 %**	**22,6 %**

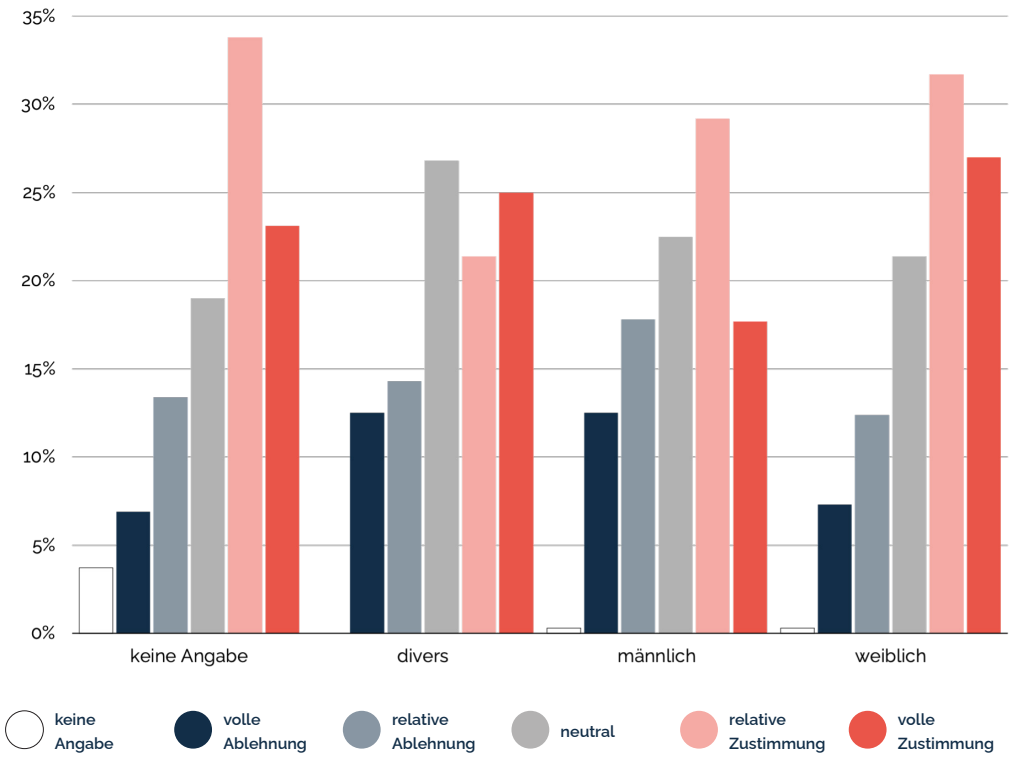
4.3 Geschlecht

***These 1 H** Geschlecht*

Geschlecht	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
keine Angabe	3,7 %	6,9 %	13,4 %	19,0 %	33,8 %	23,1 %
divers	–	12,5 %	14,3 %	26,8 %	21,4 %	25,0 %
männlich	0,3 %	12,5 %	17,8 %	22,5 %	29,2 %	17,7 %
weiblich	0,3 %	7,3 %	12,4 %	21,4 %	31,7 %	27,0 %
gesamt	**0,3 %**	**9,7 %**	**14,9 %**	**21,9 %**	**30,6 %**	**22,6 %**

Blickt man auf die Geschlechtsstruktur der Befragten, so fällt eine überwiegend zustimmende Haltung bei Personen weiblichen Geschlechts auf. Hier stimmten 31,7 % der Gesamtstimmen mit einer (relativen) zustimmenden Haltung ab, während bei den männlichen Befragten nur knapp 29,2 % der Gesamtstimmen eine (relative) zustimmende Haltung aufwiesen. Blickt man differenzierter auf die relativen Anteile der Geschlechter an den Zustimmungs- und Ablehnungsquoten, so zeigt sich bei den sich als weiblich definierenden Personen ein Zustimmungsanteil von 58,7 %, bei sich als männlich definierenden Personen von 46,9 % und bei den Personen, die sich keinem der genannten Geschlechter zuordnen können von 46,4 %.

***These 1 H** Geschlecht*



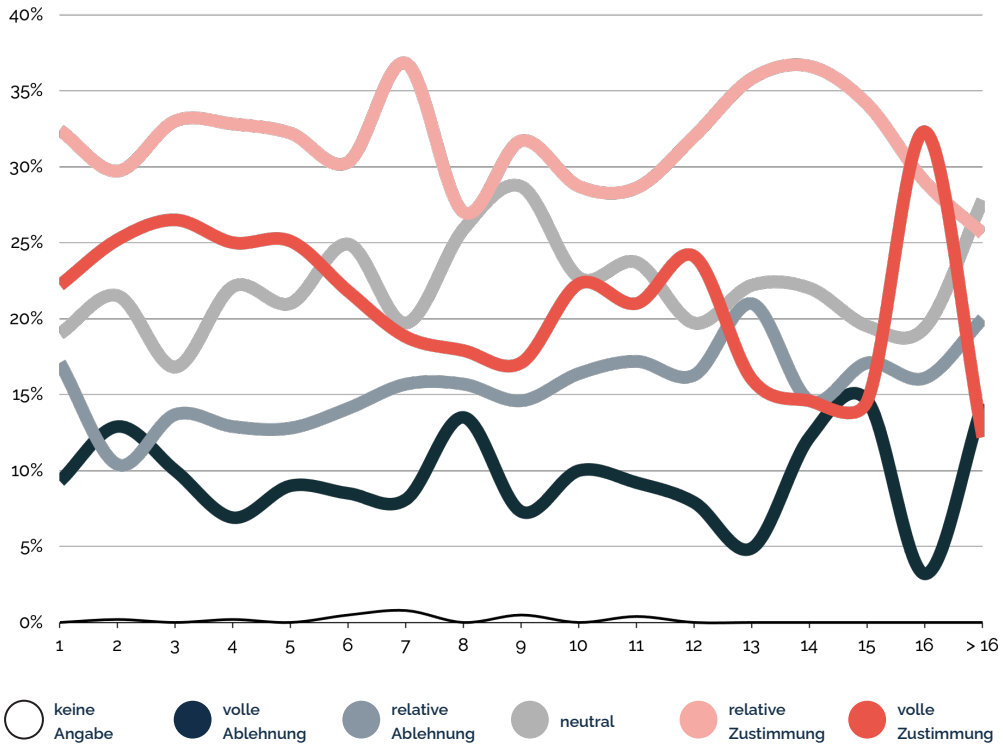
4.4 Fachsemester

***These 1 H** Fachsemester*

Fachsemester	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
1	–	9,3 %	17,1 %	19,0 %	32,4 %	22,2 %
2	0,2 %	12,9 %	10,4 %	21,5 %	29,7 %	25,2 %
3	–	10,0 %	13,7 %	16,8 %	33,0 %	26,5 %
4	0,2 %	6,9 %	12,9 %	22,1 %	32,8 %	25,0 %
5	–	9,0 %	12,8 %	21,0 %	32,2 %	25,1 %
6	0,5 %	8,5 %	14,1 %	24,9 %	30,3 %	21,8 %
7	0,8 %	8,1 %	15,7 %	19,7 %	36,8 %	18,8 %
8	–	13,5 %	15,7 %	25,9 %	27,0 %	17,9 %
9	0,5 %	7,3 %	14,6 %	28,7 %	31,7 %	17,1 %
10	–	10,0 %	16,4 %	22,7 %	28,7 %	22,3 %
11	0,4 %	9,2 %	17,2 %	23,7 %	28,6 %	21,0 %
12	–	7,9 %	16,3 %	19,7 %	32,0 %	24,1 %
13	–	4,9 %	21,0 %	22,2 %	35,8 %	16,0 %
14	–	12,2 %	14,6 %	22,0 %	36,6 %	14,6 %
15	–	14,6 %	17,1 %	19,5 %	34,1 %	14,6 %
16	–	3,2 %	16,1 %	19,4 %	29,0 %	32,3 %
>16	–	14,4 %	20,0 %	27,8 %	25,6 %	12,2 %
gesamt	**0,2 %**	**9,5 %**	**14,7 %**	**22,4 %**	**31,3 %**	**21,9 %**

Rückt man die Studiendauer ins Zentrum der Aufmerksamkeit, so fällt auf, dass die Zustimmung mit Ausnahme des ersten Semesters in den ersten und mittleren Semestern mit schwankender Konstanz zwischen 41,5 bis 54,3 % der Gesamtstimmen hoch ausfällt. In dem achten Semester sinkt die Zustimmungsquote mit 45,5 % der Gesamtstimmen im Verhältnis zu den Vorsemestern stark ab. Dies könnte sich damit erklären lassen, dass dies typischerweise ein Semester ist, in dem sich Studierende auf die erste juristische Staatsprüfung vorbereiten und demnach andere inhaltliche Prioritäten setzen. Durchgehend bestehen aber recht hohe Zustimmungsquoten überdie Altersgruppen hinweg. Blickt man differenzierter auf die relativen Anteile der Fachsemester an den Zustimmungs- beziehungsweise Ablehnungsquoten so zeigt sich, dass die Zustimmungsquote grundsätzlich konstant bei rund 50,0 bis 55,0 % liegt. Erst ab dem 17. Fachsemester sinkt der relative Anteil an der Zustimmung auf 37,8 % gegenüber einem Anteil von 34,4 % an den Ablehnungen und einem Enthaltungsanteil von 27,8 %.

***These 1 H** Fachsemester*



4.5 Gesamtnote

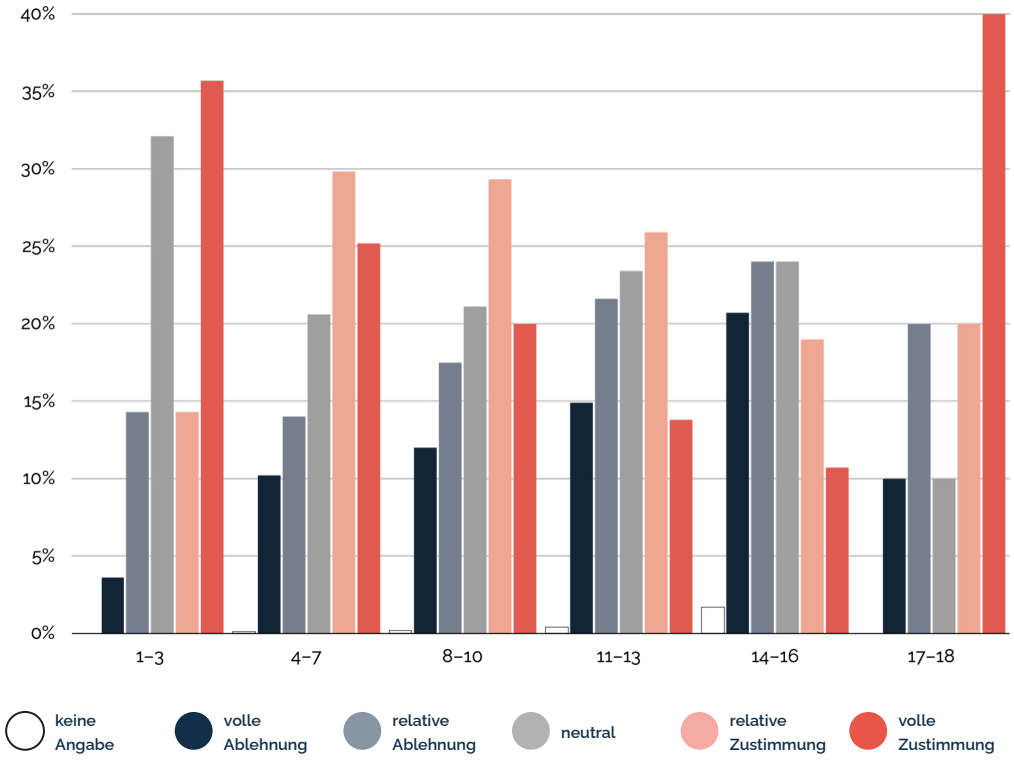
***These 1 H** Gesamtnote*

Gesamtnote	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
1–3	–	3,6 %	14,3 %	32,1 %	14,3 %	35,7 %
4–7	0,1 %	10,2 %	14,0 %	20,6 %	29,8 %	25,2 %
8–10	0,2 %	12,0 %	17,5 %	21,1 %	29,3 %	20,0 %
11–13	0,4 %	14,9 %	21,6 %	23,4 %	25,9 %	13,8 %
14–16	1,7 %	20,7 %	24,0 %	24,0 %	19,0 %	10,7 %
17–18	–	10,0 %	20,0 %	10,0 %	20,0 %	40,0 %
gesamt	**0,2 %**	**12,3 %**	**17,7 %**	**21,6 %**	**28,4 %**	**19,8 %**

Unter Einbeziehung der Notenstufen offenbart sich, dass die Zustimmung in der zweiten Notenstufe (1 -– 3 Punkte) am höchsten ist (55,0 %). In den jeweils angrenzenden Notenstufen 1 (4–7 Punkte) mit 50,0 % sowie 3 mit (8–10 Punkte) mit 49,3 % ist die Zustimmungsrate höher als in der höheren Notenstufe 4 (11–13 Punkte) mit 39,7 %. Bei den (eher) ablehnenden Haltungen gleichen sich die Werte auf diesen Stufen mit 24,2 % (Notenstufe 2) und 39,5 % (Notenstufe 4) eher an. In der ersten (1–3 Punkte) und fünften (14–16 Punkte) sowie sechsten (17–18 Punkte) Notenstufe gleicht sich die (eher) zustimmende Haltung dabei der neutralen sowie der (eher) ablehnenden Haltung an, wobei jedoch auch in diesen Gruppen die grundsätzliche zustimmende Haltung, wenn auch nicht erheblich, überwiegt.

Es zeigt sich also, dass die Zustimmungsraten in den ersten drei Notenstufen bei ca. 50,0 % liegen. Dabei ist auf der ersten Notenstufe der Anteil der vollkommen Zustimmenden mit 35,7 % in dieser Relation am höchsten, während der Anteil der vollkommen Ablehnenden auch über alle Notenstufen hinweg am niedrigsten ist. Der Anteil der vollkommen Zustimmenden nimmt dabei von der ersten bis zur dritten Notenstufe stark ab, wobei der Anteil der eher Zustimmenden stark ansteigt. Damit verteilt sich die Zustimmung mehr in der Breite. Gleichzeitig sinkt der relative Anteil der Enthaltungen von der ersten Notenstufe (31,2 %) bis zur zweiten und dritten Notenstufe auf 20,6 % ab, sodass das Stimmungsbild gefestigt wirkt. Gleichzeitig erhöht sich damit aber auch der vollkommen und eher ablehnende Stimmanteil, auch wenn dieser gegenüber den zustimmenden Anteilen noch deutlich geringer ausfällt. In der vierten Notenstufe gleichen sich die relativen Anteile an die ablehnenden und zustimmenden Stimmen mit 36,5 % beziehungsweise ca. 39,7 % eher an, wobei die zustimmenden Anteile noch überwiegen. Gleiches gilt insoweit auch für die fünfte Notenstufe, wobei es dann zu einem Überwiegen der (eher) ablehnenden Stimmanteile kommt (44,7 % gegenüber 29,7 %). In der sechsten Notenstufe kommt es sodann wieder zu einem eindeutigen Überwiegen der (eher) zustimmenden Haltungen mit 60,0 % Zustimmung gegenüber 30,0 % Ablehnung.

***These 1 H** Gesamtnote*



4.6 Studienort

***These 1 H** Studienort*

Bundesland	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
Ausland	–	13,0 %	8,7 %	26,1 %	34,8 %	17,4 %
Baden-Württemberg	0,5 %	11,0 %	16,3 %	20,6 %	29,1 %	22,6 %
Bayern	0,2 %	9,1 %	14,1 %	23,3 %	29,6 %	23,7 %
Berlin	0,1 %	8,6 %	14,9 %	24,1 %	29,9 %	22,3 %
Brandenburg	0,4 %	9,7 %	9,3 %	14,4 %	32,6 %	33,5 %
Bremen	–	8,7 %	15,9 %	22,5 %	30,4 %	22,5 %
Hamburg	0,3 %	6,8 %	13,8 %	21,0 %	32,8 %	25,3 %
Hessen	0,7 %	9,7 %	15,2 %	22,7 %	31,6 %	20,0 %
Mecklenburg-Vorpommern	–	9,8 %	18,2 %	18,2 %	28,0 %	25,8 %
Niedersachsen	0,3 %	9,1 %	15,4 %	21,5 %	30,6 %	23,0 %
Nordrhein-Westfalen	0,2 %	11,1 %	15,2 %	21,9 %	31,3 %	20,3 %
Rheinland-Pfalz	0,4 %	12,9 %	14,1 %	22,9 %	30,0 %	19,7 %
Saarland	1,5 %	10,3 %	16,2 %	26,5 %	30,9 %	14,7 %
Sachsen	–	5,8 %	14,1 %	21,9 %	31,9 %	26,3 %
Sachsen-Anhalt	0,5 %	6,0 %	14,2 %	18,0 %	33,9 %	27,3 %
Schleswig-Holstein	0,3 %	11,1 %	15,6 %	21,0 %	30,9 %	21,0 %
Thüringen	–	8,3 %	16,7 %	22,6 %	31,5 %	20,8 %
gesamt	**0,3 %**	**9,6 %**	**14,9 %**	**21,9 %**	**30,6 %**	**22,6 %**

In allen Bundesländern überwiegt grundsätzlich die Zustimmung zur Implementierung der Mediation bzw. außergerichtlicher Streitbeilegungsmethoden im Studienverlauf.

Differenziert werden kann aber auch hier erst mit dem Blick auf die relativen Stimmanteile der einzelnen Bundesländer an den jeweiligen Zustimmungen bzw. Ablehnungen. Auch hier sehen wir jedoch grundsätzlich Zustimmungswerte in fast allen Bundesländern, die teils weit über 50,0 % hinausgehen. Der eher Zustimmende Anteil liegt dabei grundsätzlich bei ca. 30,0 %, während der vollkommen zustimmende Anteil bei ca. 20,0 % liegt. Nur das Bundesland Saarland liegt mit 45,6 % Zustimmung darunter, wobei dies vermutlich an dem gegenüber den anderen Ländern geringer ausgeprägten Anteil der vollkommenen Zustimmung liegt. Am stärksten ausgeprägt ist die Zustimmung in den Ländern Brandenburg (66,1 %), Hamburg (58,1 %), Sachsen (58, 2 %) und Sachsen-Anhalt (61,2 %).

***These 1 H** Studienort*

4.7 Verhältnis zur juristischen Ausbildung

These 1 H *Verhältnis zur juristischen Ausbildung*

Beruf	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
Studium	0,3 %	6,6 %	11,5 %	22,6 %	33,2 %	25,8 %
Referendariat	0,2 %	12,3 %	14,2 %	24,4 %	27,8 %	21,1 %
WissMit (Lehrstuhl)	0,3 %	12,6 %	19,7 %	23,3 %	27,4 %	16,6 %
WissMit (Kanzlei)	0,2 %	10,0 %	14,7 %	24,0 %	29,5 %	21,5 %
Promotion	0,4 %	11,7 %	21,2 %	25,1 %	25,5 %	16,2 %
LL.B.	0,2 %	6,7 %	11,6 %	19,6 %	37,1 %	24,8 %
LL.M.	0,4 %	11,2 %	17,2 %	18,5 %	34,0 %	18,7 %
Rechtsanwält:in	0,3 %	12,8 %	16,4 %	18,7 %	29,4 %	22,4 %
Syndikus	–	9,3 %	13,4 %	19,7 %	32,2 %	25,4 %
Richter:in	0,1 %	13,4 %	21,6 %	19,6 %	30,5 %	14,7 %
Staatsanwält:in	–	11,5 %	21,1 %	23,9 %	32,1 %	11,5 %
Professor:in	–	22,0 %	22,4 %	24,1 %	17,6 %	13,9 %
JPA	–	18,6 %	20,0 %	12,9 %	35,7 %	12,9 %
Verwaltungsbehörde	0,5 %	9,0 %	17,8 %	21,1 %	27,3 %	24,3 %
Abbruch	1,7 %	5,0 %	11,7 %	18,3 %	28,3 %	35,0 %
endgültig nicht bestanden	–	9,1 %	5,5 %	23,6 %	32,7 %	29,1 %
einstufige Ausbildung	1,1 %	3,3 %	8,8 %	19,8 %	27,5 %	39,6 %

Grundsätzlich überwiegt die Zustimmung in Relation zu den Gesamtstimmen bei folgenden Berufs- bzw. Ausbildungs- und Absolvent:innengruppen: Studierende, Referendar:innen, Wissenschaftliche Mitarbeiter:innen am Lehrstuhl, Wissenschaftliche Mitarbeiter:innen in Kanzleien, Promovierende, Personen mit einem LL.B., Personen mit einem LL.M., Rechtsanwält:innen, Syndikusanwält:innen sowie Richter:innen. Besonders ausgeprägt ist die Zustimmung dabei aber lediglich bei: Studierenden, Referendar:innen, Personen mit einem LL.B., Personen mit einem LL.M. sowie Rechtsanwält:innen.

Aussagekräftiger wird das Bild aber auch hier erst, wenn man auf die relativen Stimmanteile der jeweiligen Berufs-/Ausbildungs- und Absolvent:innengruppe an den zustimmenden beziehungsweise ablehnenden Haltungen blickt. Zustimmungsquoten von über 50,0 % – wobei die eher erteilte Zustimmung grundsätzlich 8,0 % – 12,0 % über der vollkommen erteilten Zustimmung steht – bestehen dabei bei: Studierenden (59,0 %), Wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen in Kanzleien (51,0 %), Personen mit einem LL.B. (61,9 %), Personen mit einem LL.M. (52,7 %), Rechtsanwält:innen (51,8 %), Syndikusanwält:innen (57,6 %), Mitarbeiter in Verwaltungsbehörden (52,3 %), Personen die das Studium abgebrochen haben (51,6 %), Personen die die erste juristische Staatsprüfung endgültig nicht bestanden haben (61,8 %) und Personen die die einstufige juristische Ausbildung durchlaufen haben (67,1 %). Knapp unter den 50 % liegen: Referendar:innen (48,9 %) und Mitarbeiter in Justizprüfungsämtern (48,6 %).

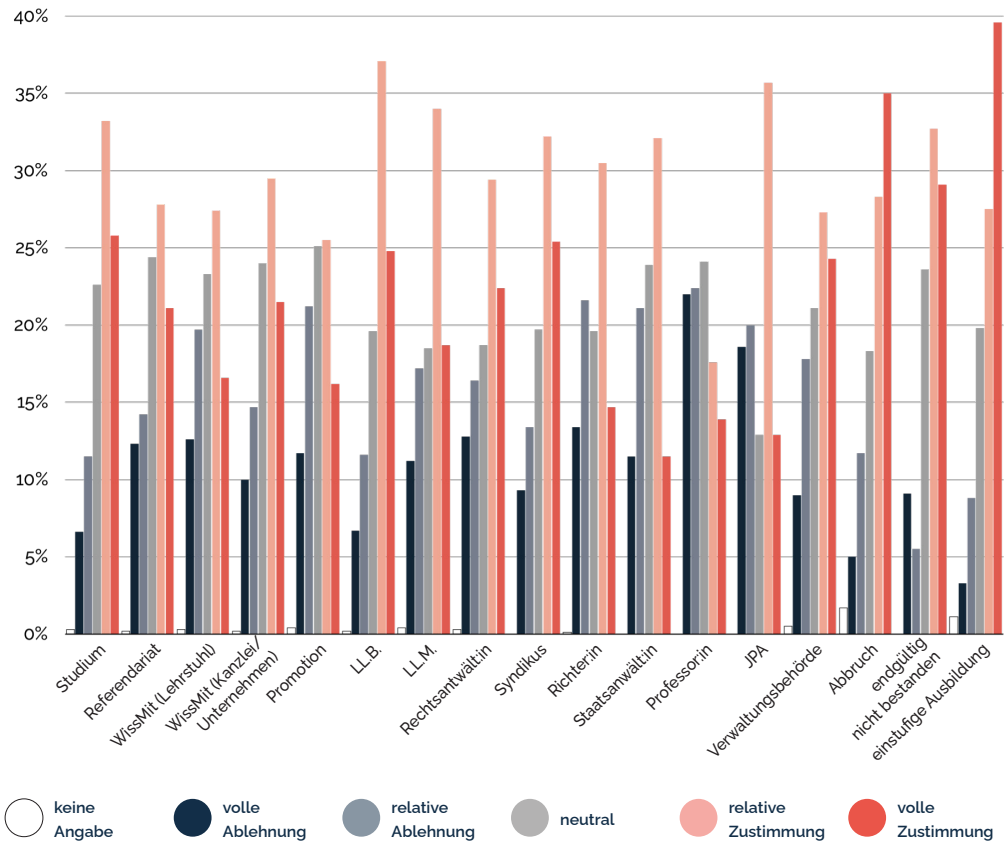
Als besonders ausgeprägt kann damit die Zustimmung überwiegend entgegen der obigen Darstellung der Gesamtstimmenanteile grundsätzlich bei: Studierenden, Personen mit einem LL.B., Personen, die die erste juristische Staatsprüfung endgültig nicht bestanden haben, Personen, die die einstufige juristische Ausbildung durchlaufen haben gesehen werden.

Diese Verteilung könnte sich damit erklären lassen, dass Studierende als direkt betroffene

einem Wandel der Ausbildungsbereiche offener gegenüberstehen. Personen mit einem LL.B. haben potenziell bereits modularisierte Studiengänge und diese auch teils im Ausland absolviert, die derartige Module potenziell bereits abbilden, sodass hier ein eventueller Erfahrungspool besteht. Personen, die die erste juristische Staatsprüfung endgültig nicht bestanden haben, könnten vor allem eine gesteigerte Erwartung an andere Inhalte im Studium haben, da die bisherigen Inhalte für sie offenbar nicht vielversprechend waren. Personen, die die einstufige juristische Ausbildung durchlaufen haben, haben bereits eine grundsätzlich andere juristische Ausbildung durchlaufen und könnten so eine besondere Offenheit für andere Studieninhalte aufweisen.

Deutlich unter diesen Zustimmungsquoten liegen nur die Stimmanteile bei Professor:innen (31,5 %, gegenüber eine Ablehnung von 44,4 %). Dies könnte damit begründet sein, dass es sich um Personen handelt, die im Hinblick auf den bestehenden Inhalt der juristischen Ausbildung ein besonderes Bestandsinteresse aufgrund ihrer eigenen thematischen Verankerung aufweisen. Abbildung 47 stellt das zuvor Genannte nochmal graphisch dar.

***These 1 H** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*



5. Ergebnis bzgl. Erwartungen

Unsere Hypothese wurde nur teilweise bestätigt. Entgegen den Erwartungen gab es insgesamt eine relative Zustimmung für die Mediationsausbildung. Lediglich in Bezug auf einen Teil der Abstimmenden, nämlich den Anwält:innen und den Professor:innen, traf unsere Einschätzung zu, dass die ersteren der These zustimmend gegenüberstehen würden und die letzteren der These eher ablehnend gegenüberstehen würden.

These 1 I: Schwerpunktstudium

1. Thesenhintergrund

Das Schwerpunktstudium wurde als universitärer Teil der ersten juristischen Prüfung 2003 eingeführt und geht mit 30 % in die Gesamtnote ein. Jede juristische Fakultät verfügt über unterschiedliche Schwerpunktbereiche, die vor oder nach dem staatlichen Teil durchlaufen werden können. Seit der Einführung wird in weiten Teilen der Literatur darüber diskutiert, ob das Schwerpunktstudium den Abschluss bereichert hat.

2. Thesengestaltung

Der Schwerpunkt sollte abgeschafft werden.

Die ausgewählten Argumente, die auf der iur.reform-Webseite mit Nachweisen aufrufbar waren, sind:

Pro	Contra
1. Der Schwerpunkt führt zu einer zu frühen Spezialisierung auf Nebengebiete, ohne die Gesamtsicht durch das Staatsexamen gehabt zu haben, wenn der Schwerpunkt vor dem Examen abgelegt wird.	1. Für Studierende ist der Schwerpunkt wichtig, weil man hier erste Akzente für eine Berufsperspektive setzen kann oder zumindest erstmalig entscheiden kann, dass man sich mit einem Thema auseinandersetzen will, ohne, dass es vorgegeben ist.
2. Im Schwerpunkt ist eine Noteninflation zu beobachten.	2. Die Tatsache, dass die Noten im Schwerpunkt besser ausfallen, hat etwas mit der Kongruenz von Prüfkriterien und Studienzielen zu tun. Der Schwerpunkt ist wesentlich näher am Studium dran als das erste Staatsexamen.
3. Studierende sind nicht an wissenschaftlicher Relevanz, sondern an Zeitaufwand, Relevanz für die Pflichtfachprüfung und dem Notendurchschnitt des Schwerpunktes interessiert.	3. Eine Entwertung des Schwerpunktes führt nur zu weniger Wissenschaftlichkeit im Jurastudium. Während des Schwerpunktes kann man sich einem Inhalt intensiver widmen, die Debatte verfolgen und eigene Theorien entwickeln.

3. Hypothese

Wir formulierten folgende Erwartungen für die These:

- Die These ist negativ formuliert. Es wird vermutlich eine höhere Zustimmung bei Absolvent:innen vor 2003 geben, da das Schwerpunktstudium erst ab diesem Zeitraum eingeführt wurde.
- Eine ablehnende Haltung wird wohl bei Studierenden vorzufinden sein, da allgemeine Zustimmung herrscht, dass der universitäre Teil die Examensklausuren entlastet. Es ist deshalb mit allgemeiner Ablehnung zu rechnen.

4. Deskriptive Statistik

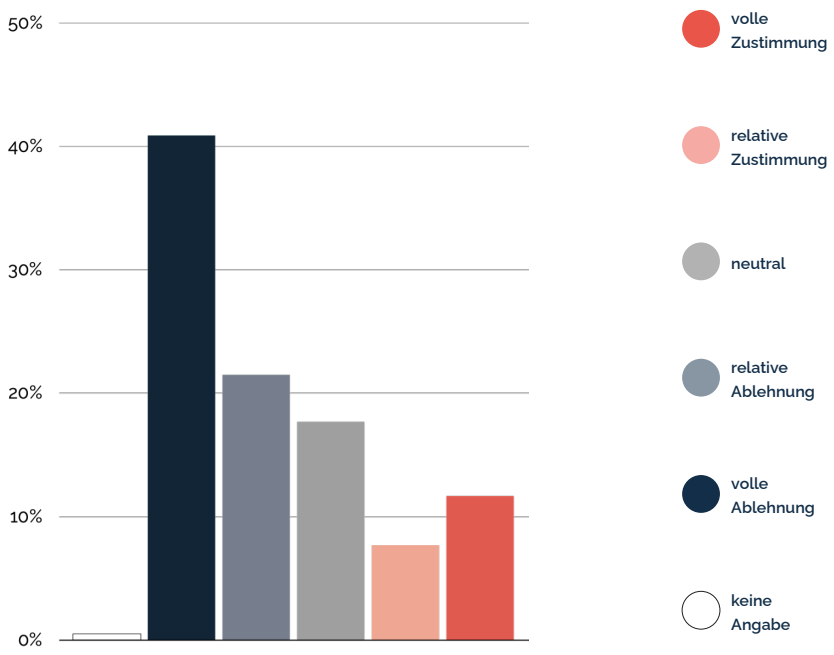
4.1 Gesamtauswertung

***These 1 I** Gesamtauswertung*

Bewertung	keine Angabe
keine Angabe	0,5 %
volle Ablehnung	40,9 %
relative Ablehnung	21,5 %
neutral	17,7 %
relative Zustimmung	7,7 %
volle Zustimmung	11,7 %
gesamt	**100,0 %**

Es zeigt sich eine relative Ablehnung der These mit 40,9 % für die vollständige Ablehnung und 62,4 % für insgesamt ablehnende Haltung. Vollständige Zustimmung zur These ist nur bei 11,7 % der Beteiligten zu sehen, 7,7 % zeigen eine leichtere Zustimmung. Eine neutrale Position wurde von 17,7 % der Stimmen eingenommen. Insgesamt somit die Tendenz zum Beibehalten des Schwerpunkts. Hierbei ist zu beachten, dass das Schwerpunktstudium erst ab 2003 eingeführt wurde und somit möglicherweise nicht allen Teilnehmenden bekannt ist. Aufgrund der hitzigen Debatte um die Einführung des Schwerpunktstudiums und der entsprechenden Einflussnahme der Universitäten auf die Notengebung ist hiervon jedoch nicht in der Breite auszugehen (Eine Herausrechnung der Personen die Ihren Abschluss vor der Einführung des Schwerpunktstudiums erreicht haben ist anhand des Datensatzes nicht möglich, da das Datum des Abschlusses nicht abgefragt wurde.).

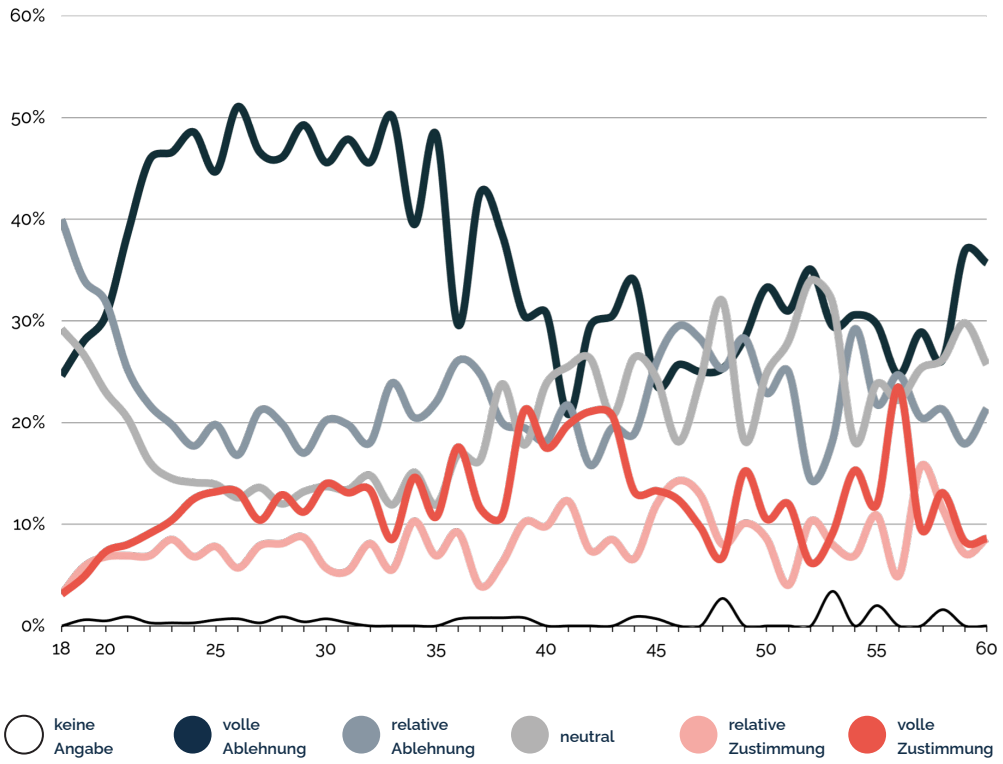
***These 1 I** Gesamtauswertung*



4.2 Alter

Es ist eine deutliche Ablehnung der These unter den 20–35-Jährigen zu erkennen, wobei die höchste Ablehnung bei den 26-Jährigen mit 51,1 % liegt. Die höchste Zustimmung findet sich im Alter von 72 mit 40 %. Die Zustimmung unter den 38–59-Jährigen bleibt im unteren Bereich.

***These 1 I** Alter*



***These 1 I** Alter*

0 keine Angabe **1** volle Ablehnung **2** relative Ablehnung **3** neutral **4** relative Zustimmung **5** volle Zustimmung

Alter	0	1	2	3	4	5
17	–	100 %	–	–	–	–
18	–	24,6 %	40,0 %	29,2 %	3,1 %	3,1 %
19	0,6 %	28,0 %	34,1 %	26,7 %	5,8 %	4,8 %
20	0,5 %	30,5 %	31,9 %	23,0 %	6,8 %	7,3 %
21	0,9 %	38,6 %	25,2 %	20,4 %	6,9 %	8,0 %
22	0,3 %	45,9 %	21,7 %	16,1 %	6,9 %	9,1 %
23	0,3 %	46,6 %	19,8 %	14,5 %	8,5 %	10,4 %
24	0,3 %	48,6 %	17,7 %	14,1 %	6,8 %	12,5 %
25	0,6 %	44,7 %	19,8 %	13,9 %	7,8 %	13,2 %
26	0,7 %	51,1 %	16,8 %	12,6 %	5,7 %	13,2 %
27	0,3 %	46,6 %	21,2 %	13,6 %	7,9 %	10,4 %
28	0,9 %	46,1 %	19,9 %	12,0 %	8,1 %	12,9 %
29	0,4 %	49,3 %	17,0 %	13,2 %	8,7 %	11,2 %
30	0,7 %	45,6 %	20,2 %	13,7 %	5,7 %	14,0 %
31	0,3 %	47,9 %	19,8 %	13,4 %	5,4 %	13,1 %
32	–	45,6 %	18,0 %	14,8 %	8,1 %	13,4 %
33	–	50,2 %	23,9 %	11,9 %	5,5 %	8,5 %
34	–	39,5 %	20,5 %	15,1 %	10,3 %	14,6 %
35	–	48,4 %	22,0 %	11,9 %	6,9 %	10,7 %
36	0,7 %	29,6 %	26,1 %	16,9 %	9,2 %	17,6 %
37	0,8 %	42,6 %	24,8 %	16,3 %	3,9 %	11,6 %
38	0,8 %	38,5 %	20,0 %	23,8 %	6,2 %	10,8 %
39	0,8 %	30,5 %	19,5 %	17,8 %	10,2 %	21,2 %
40	–	30,8 %	18,2 %	23,8 %	9,8 %	17,5 %
41	–	20,8 %	21,7 %	25,5 %	12,3 %	19,8 %
42	–	29,5 %	15,8 %	26,3 %	7,4 %	21,1 %
43	–	30,5 %	19,5 %	20,7 %	8,5 %	20,7 %
44	0,9 %	34,0 %	18,9 %	26,4 %	6,6 %	13,2 %
45	0,7 %	23,7 %	25,9 %	24,4 %	11,9 %	13,3 %
46	–	25,7 %	29,5 %	18,1 %	14,3 %	12,4 %
47	–	25,0 %	28,2 %	24,2 %	12,9 %	9,7 %
48	2,7 %	25,3 %	25,3 %	32,0 %	8,0 %	6,7 %
49	–	28,3 %	28,3 %	18,2 %	10,1 %	15,2 %
50	–	33,3 %	22,9 %	24,8 %	8,6 %	10,5 %
51	–	31,0 %	25,0 %	28,0 %	4,0 %	12,0 %
52	–	35,1 %	14,4 %	34,0 %	10,3 %	6,2 %
53	3,4 %	29,5 %	18,2 %	31,8 %	8,0 %	9,1 %
54	–	30,6 %	29,2 %	18,1 %	6,9 %	15,3 %
55	2,0 %	29,7 %	21,8 %	23,8 %	10,9 %	11,9 %
56	–	24,7 %	24,7 %	22,2 %	4,9 %	23,5 %
57	–	28,9 %	20,5 %	25,3 %	15,7 %	9,6 %
58	1,6 %	26,2 %	21,3 %	26,2 %	11,5 %	13,1 %
59	–	36,9 %	17,9 %	29,8 %	7,1 %	8,3 %
60	–	35,7 %	21,4 %	25,7 %	8,6 %	8,6 %
61	1,8 %	33,9 %	16,1 %	23,2 %	10,7 %	14,3 %
62	–	37,0 %	22,2 %	18,5 %	9,3 %	13,0 %
63	–	41,0 %	17,9 %	10,3 %	12,8 %	17,9 %
64	–	33,3 %	12,5 %	29,2 %	20,8 %	4,2 %
65	–	31,4 %	22,9 %	25,7 %	–	20,0 %
66	–	45,5 %	27,3 %	18,2 %	4,5 %	4,5 %
67	–	47,1 %	11,8 %	29,4 %	5,9 %	5,9 %
68	–	40,0 %	13,3 %	13,3 %	6,7 %	26,7 %
69	–	28,6 %	–	28,6 %	28,6 %	14,3 %
70	–	40,0 %	30,0 %	10,0 %	10,0 %	10,0 %
71	–	37,5 %	–	50,0 %	–	12,5 %
72	–	20,0 %	20,0 %	20,0 %	–	40,0 %
73	–	25,0 %	–	37,5 %	–	37,5 %
74	–	22,2 %	33,3 %	22,2 %	11,1 %	11,1 %
75	–	33,3 %	–	33,3 %	33,3 %	–
77	–	50,0 %	–	25,0 %	25,0 %	–
78	–	33,3 %	–	66,7 %	–	–
79	–	–	50,0 %	50,0 %	–	–
81	–	100 %	–	–	–	–
82	–	100 %	–	–	–	–
83	–	–	–	100 %	–	–
84	–	100 %	–	–	–	–
90	–	–	–	100 %	–	–
Σ	**0,5 %**	**41,1 %**	**21,6 %**	**17,6 %**	**7,7 %**	**11,6 %**

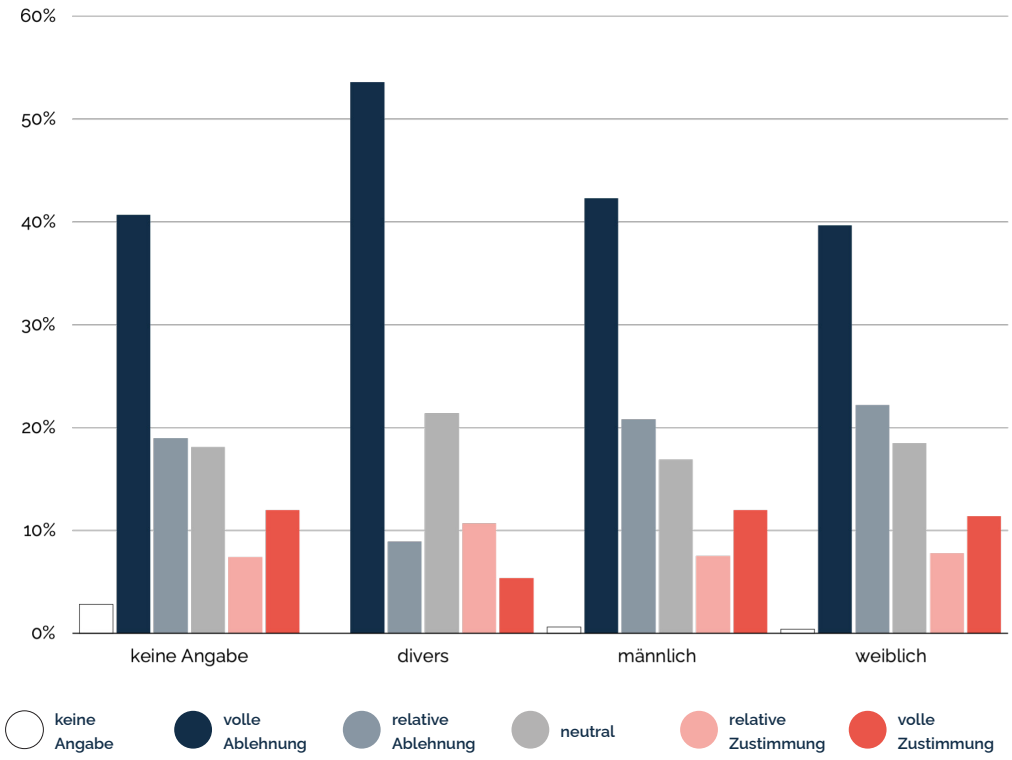
4.3 Geschlecht

***These 1 I** Geschlecht*

Geschlecht	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
keine Angabe	2,8 %	40,7 %	19,0 %	18,1 %	7,4 %	12,0 %
divers		53,6 %	8,9 %	21,4 %	10,7 %	5,4 %
männlich	0,6 %	42,3 %	20,8 %	16,9 %	7,5 %	12,0 %
weiblich	0,4 %	39,7 %	22,2 %	18,5 %	7,8 %	11,4 %
gesamt	**0,5 %**	**40,9 %**	**21,5 %**	**17,7 %**	**7,7 %**	**11,7 %**

Die Abstimmungszahlen sind unter allen Geschlechtern sehr ähnlich verteilt. Eine etwas höhere Ablehnung der These mit 51,6 % kann bei den weiblichen Teilnehmerinnen erkannt werden.

***These 1 I** Geschlecht*



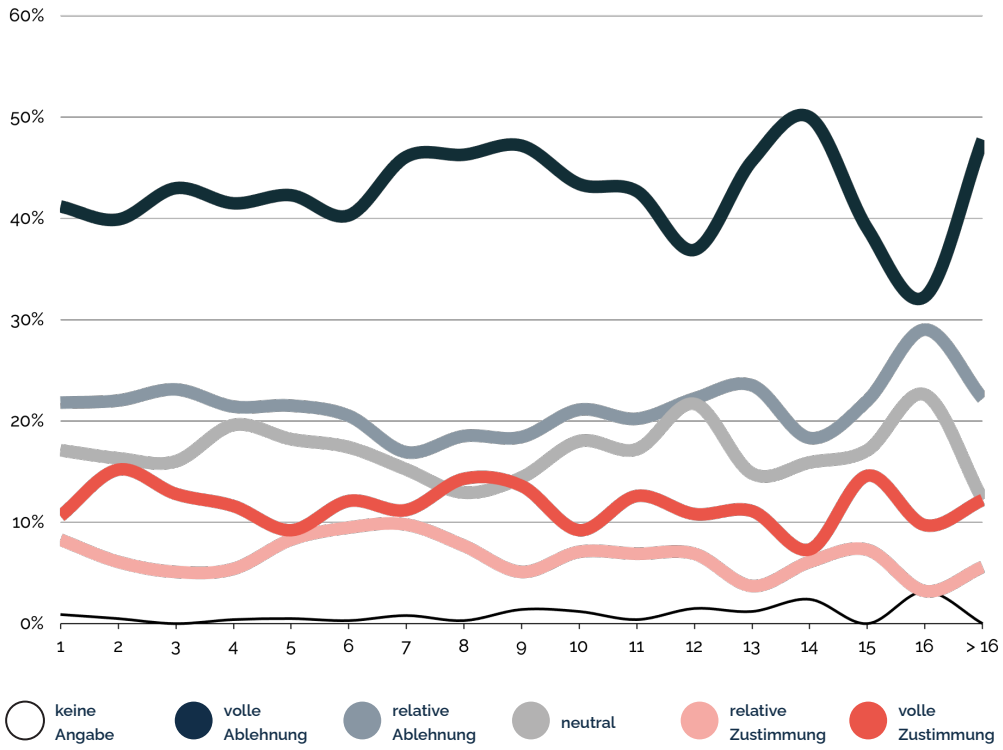
4.4 Fachsemester

***These 1 I** Fachsemester*

Fachsemester	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
1	0,9 %	41,2 %	21,8 %	17,1 %	8,3 %	10,6 %
2	0,5 %	39,9 %	22,0 %	16,3 %	6,1 %	15,2 %
3	–	43,0 %	23,1 %	16,0 %	5,1 %	12,8 %
4	0,4 %	41,5 %	21,4 %	19,6 %	5,4 %	11,6 %
5	0,5 %	42,3 %	21,5 %	18,2 %	8,3 %	9,2 %
6	0,3 %	40,3 %	20,5 %	17,4 %	9,5 %	12,1 %
7	0,8 %	46,1 %	16,9 %	15,2 %	9,8 %	11,2 %
8	0,3 %	46,3 %	18,5 %	12,9 %	7,7 %	14,3 %
9	1,4 %	47,2 %	18,4 %	14,4 %	5,1 %	13,6 %
10	1,2 %	43,4 %	21,1 %	18,0 %	7,1 %	9,2 %
11	0,4 %	42,7 %	20,2 %	17,2 %	6,9 %	12,6 %
12	1,5 %	36,9 %	22,2 %	21,7 %	6,9 %	10,8 %
13	1,2 %	45,7 %	23,5 %	14,8 %	3,7 %	11,1 %
14	2,4 %	50,0 %	18,3 %	15,9 %	6,1 %	7,3 %
15	–	39,0 %	22,0 %	17,1 %	7,3 %	14,6 %
16	3,2 %	32,3 %	29,0 %	22,6 %	3,2 %	9,7 %
>16	–	47,8 %	22,2 %	12,2 %	5,6 %	12,2 %
gesamt	**0,7 %**	**42,9 %**	**20,7 %**	**16,8 %**	**7,0 %**	**11,9 %**

Es ist zu erkennen, dass die höchste Zustimmung unter den Fachsemestern 2, 6–8 und 15 herrscht, wobei diese im Vergleich zur Ablehnung niedrig ausfällt. Die größte Ablehnung findet sich bei den Fachsemestern 7–11. Die meisten neutralen Antworten stammen aus den Fachsemestern 12 und 16.

***These 1 I** Fachsemester*



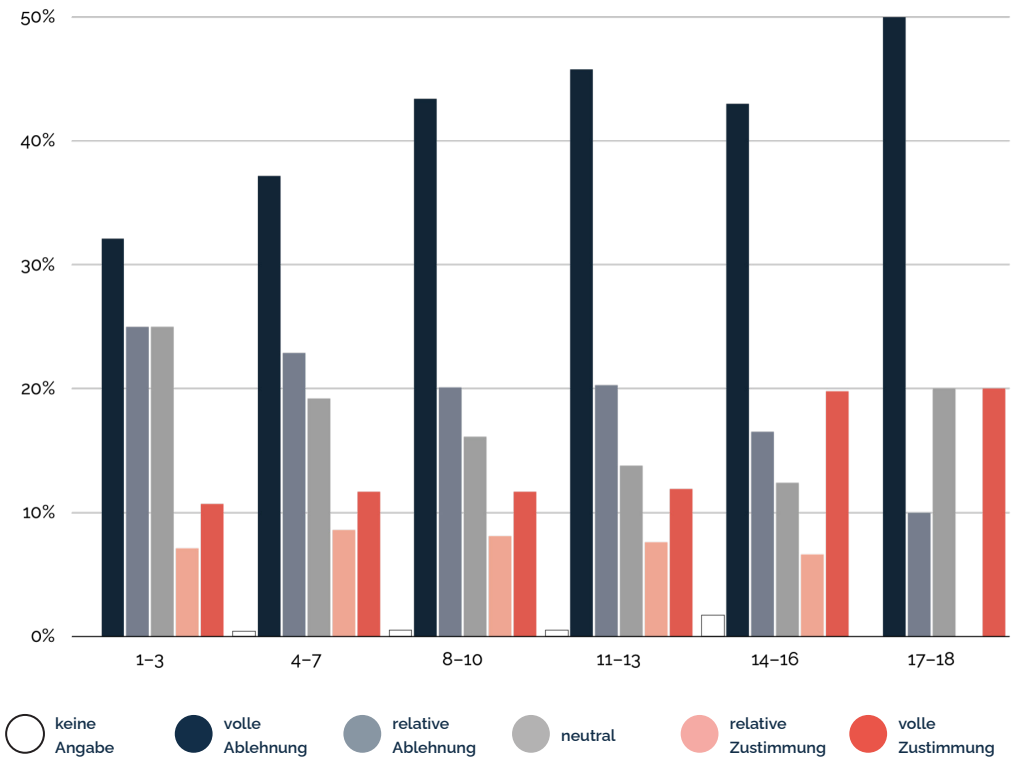
4.5 Gesamtnote

***These 1 I** Gesamtnote*

Gesamtnote	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
1–3	–	32,1 %	25,0 %	25,0 %	7,1 %	10,7 %
4–7	0,4 %	37,2 %	22,9 %	19,2 %	8,6 %	11,7 %
8–10	0,5 %	43,4 %	20,1 %	16,1 %	8,1 %	11,7 %
11–13	0,5 %	45,8 %	20,3 %	13,8 %	7,6 %	11,9 %
14–16	1,7 %	43,0 %	16,5 %	12,4 %	6,6 %	19,8 %
17–18	–	50,0 %	10,0 %	20,0 %	–	20,0 %
gesamt	**0,5 %**	**42,4 %**	**20,8 %**	**16,3 %**	**8,1 %**	**11,9 %**

Die am häufigsten vertretene Notenstufe liegt bei 8–10 Punkten, von denen sich die Mehrheit gegen eine Abschaffung des Schwerpunkts erklärt hat. Mit 61,8 % haben die Teilnehmenden ihre absolute und relative Ablehnung ausgesprochen. Den größten relativen und absoluten Zuspruch hat diese These innerhalb der Notenstufe 1-3 mit 32,2 % erfahren.

***These 1 I** Gesamtnote*



4.6 Studienort

***These 1 I** Studienort*

Bundesland	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
Ausland	–	43,5 %	17,4 %	21,7 %	4,3 %	13,0 %
Baden-Württemberg	0,7 %	43,8 %	21,3 %	16,4 %	6,7 %	11,1 %
Bayern	0,4 %	38,0 %	22,8 %	17,1 %	9,0 %	12,7 %
Berlin	0,6 %	52,4 %	21,0 %	12,7 %	5,8 %	7,5 %
Brandenburg	1,3 %	39,0 %	22,9 %	15,3 %	5,9 %	15,7 %
Bremen	0,7 %	41,3 %	18,8 %	17,4 %	12,3 %	9,4 %
Hamburg	0,6 %	47,9 %	24,0 %	15,0 %	5,6 %	7,0 %
Hessen	0,3 %	43,4 %	21,7 %	14,4 %	6,2 %	14,0 %
Mecklenburg-Vorpommern	–	31,1 %	18,2 %	22,0 %	12,9 %	15,9 %
Niedersachsen	0,7 %	38,6 %	19,6 %	19,6 %	8,0 %	13,4 %
Nordrhein-Westfalen	0,3 %	39,4 %	21,0 %	18,9 %	7,7 %	12,7 %
Rheinland-Pfalz	0,2 %	38,8 %	16,5 %	21,7 %	8,7 %	14,1 %
Saarland	–	42,6 %	18,4 %	11,0 %	11,0 %	16,9 %
Sachsen	0,3 %	34,9 %	26,0 %	21,4 %	9,0 %	8,4 %
Sachsen-Anhalt	1,1 %	37,2 %	27,3 %	18,6 %	7,1 %	8,7 %
Schleswig-Holstein	0,6 %	42,0 %	21,0 %	16,9 %	8,9 %	10,5 %
Thüringen	–	42,9 %	24,4 %	19,0 %	5,4 %	8,3 %
gesamt	**0,5 %**	**41,2 %**	**21,6 %**	**17,5 %**	**7,7 %**	**11,6 %**

Die meisten Stimmen stammen aus den Bundesländern Baden-Württemberg (12,4 %), Bayern (15,1 %) und Nordrhein-Westfalen (19 %). Diese sind zudem die bevölkerungsstärksten Bundesländer Deutschlands. Bremen und das Saarland bilden mit 1,2 % die am geringsten vertretenen Studienorte. Es haben 23 Personen (0,2 %), die die These 1 I beantwortet haben, im Ausland studiert.

***These 1 I** Studienort*

4.7 Verhältnis zur juristischen Ausbildung

***These 1 I** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*

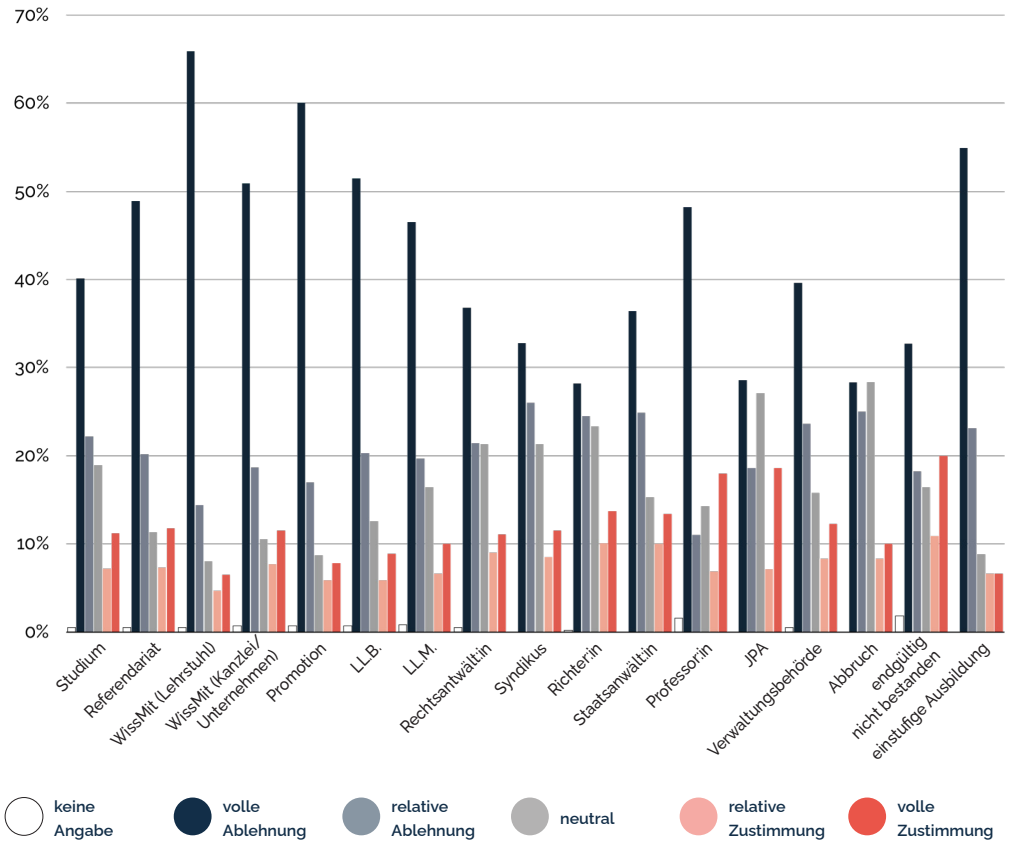
Beruf	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
Studium	0,5 %	40,1 %	22,2 %	18,9 %	7,2 %	11,2 %
Referendariat	0,5 %	48,9 %	20,2 %	11,3 %	7,3 %	11,8 %
WissMit (Lehrstuhl)	0,5 %	65,9 %	14,4 %	8,0 %	4,7 %	6,5 %
WissMit (Kanzlei)	0,7 %	50,9 %	18,7 %	10,5 %	7,7 %	11,5 %
Promotion	0,7 %	60,1 %	17,0 %	8,7 %	5,9 %	7,8 %
LL.B.	0,7 %	51,5 %	20,3 %	12,6 %	5,9 %	8,9 %
LL.M.	0,8 %	46,5 %	19,7 %	16,4 %	6,6 %	10,0 %
Rechtsanwält:in	0,5 %	36,8 %	21,4 %	21,3 %	9,0 %	11,1 %
Syndikus	–	32,8 %	26,0 %	21,3 %	8,5 %	11,5 %
Richter:in	0,2 %	28,2 %	24,5 %	23,3 %	10,1 %	13,7 %
Staatsanwält:in	–	36,4 %	24,9 %	15,3 %	10,0 %	13,4 %
Professor:in	1,6 %	48,2 %	11,0 %	14,3 %	6,9 %	18,0 %
JPA	–	28,6 %	18,6 %	27,1 %	7,1 %	18,6 %
Verwaltungsbehörde	0,5 %	39,6 %	23,6 %	15,8 %	8,3 %	12,3 %
Abbruch	–	28,3 %	25,0 %	28,3 %	8,3 %	10,0 %
endgültig nicht bestanden	1,8 %	32,7 %	18,2 %	16,4 %	10,9 %	20,0 %
einstufige Ausbildung	–	54,9 %	23,1 %	8,8 %	6,6 %	6,6 %

Die höchste kumulative Zustimmung liegt bei den endgültig nicht bestandenen Kandidaten mit 30,9 %. Die kumulative Zustimmung der JPA liegt bei 25,7 %. Hierbei ist anzumerken, dass die Abstimmung im neutralen Bereich bei 27,1 % liegt, die kumulative Ablehnung liegt bei 47,2 %.

Die neutralste Abstimmung liegt mit 28,3 % bei den Personen, die das Studium abgebrochen haben.

Die höchste Ablehnung liegt mit 65,9 % bei den wissenschaftlichen Mitarbeitenden am Lehrstuhl. Insgesamt ist die Ablehnung durch alle Berufsgruppen hinweg höher als die Zustimmung.

These 1 I *Verhältnis zur juristischen Ausbildung*



5. Ergebnis bzgl. Erwartungen

Die These ist negativ formuliert. Wie erwartet wurde die These in weiten Teilen abgelehnt, das Schwerpunktstudium wird also von den Teilnehmenden größtenteils als positiver Bestandteil des Studiums angesehen.

These 1 J: Bundesweites Abschichten

1. Thesenhintergrund

Diese These wurde von Elisa Hoven in der FAZ Einspruch[1] diskutiert. Es wurden dabei sieben Pro- und vier Contra-Argumente in der Literatur gefunden.

2. Thesengestaltung

In allen Bundesländern sollte das sogenannte Abschichten ermöglicht werden.

Die ausgewählten Argumente, welche auf der iur.reform-Webseite als Nachweise aufrufbar waren, sind:

Pro	Contra
1. Durch die Verteilung des „Examensstresses" auf mehrere Termine, ist nicht der eine Zeitraum „lebensentscheidend". Das schafft psychische und physische Entlastung.	1. Durch das Abschichten verlängert sich die Prüfungsphase über einen bis zu 1,5 Jahre langen Zeitraum.
2. Die Fächer sind sehr unterschiedlich. Sie unmittelbar nacheinander zu prüfen, ist nicht sinnvoll.	2. In Klausuren kommen auch Themen aus anderen Rechtsgebieten dran. Das ist auch sinnvoll. Durch das Abschichten besteht die Gefahr, dass der Stoff in einem späteren Durchgang nicht mehr präsent ist oder man sich noch nicht damit beschäftigt hat.
3. Mit dem Abschichten ist die Konzentration auf ein Rechtsgebiet für einen längeren Zeitraum möglich. Damit wird auch Raum geöffnet, um sich nicht nur mit dem strikt examensrelevanten Stoff zu beschäftigen.	3. Der Examensstoff über die Examensklausuren sind im Idealfall so ausgerichtet, dass ein Verständnis für das Recht auch fächerübergreifend entwickelt wird. Dieses rechtsgebietsübergreifende Verständnis wird zumindest geschwächt, wenn die Fächer zeitlich getrennt gelernt werden.

3. Hypothese

Wir formulierten folgende Erwartungen für die These:

- Wir erwarten eine insgesamt hohe Zustimmung der Studierenden, da das Abschichten zu einer Entlastung dieser führen könnte.
- Eine eher ablehnende Haltung erwarten wir dafür bei den Justizprüfungsämtern, Professor:innen und der Verwaltungsbehörden, da auf diese ein erhöhter Aufwand zukommen würde.

[1] Hoven, „Wie eine Reform des Staatsexamens aussehen müsste", FAZ Einspruch, 06.08.2020, abrufbar unter ***https://www.faz.net/einspruch/wie-eine-reform-des-staatsexamens-aussehen-muesste-16319742.html***, zuletzt abgerufen am 29.12.2021.

4. Deskriptive Statistik

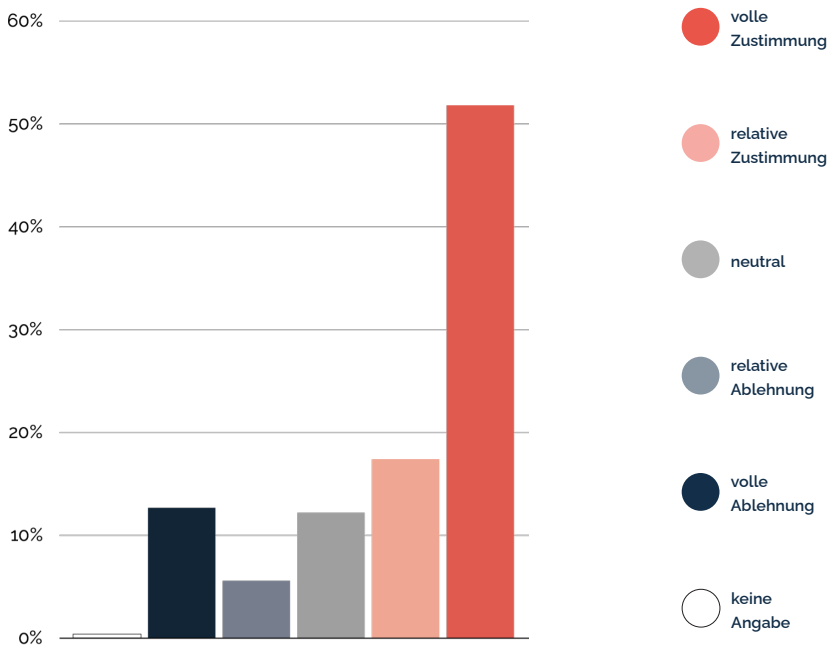
4.1 Gesamtauswertung

***These 1 J** Gesamtauswertung*

Bewertung	Anteil
keine Angabe	0,4 %
volle Ablehnung	12,7 %
relative Ablehnung	5,6 %
neutral	12,2 %
relative Zustimmung	17,4 %
volle Zustimmung	51,8 %
gesamt	**100,0 %**

Bei oberflächlicher Betrachtung ist zu erkennen, dass eine deutliche Mehrheit von 51,8 % der Teilnehmenden der Einführung des bundesweiten Abschichtens voll zugestimmt. Dagegen lehnen 12,7 % ein bundesweites Abschichten absolut ab, weitere 5,6 % lehnen die These in Teilen ab. Bei weiteren 12,6 % bestehen noch erkennbare Unsicherheiten.

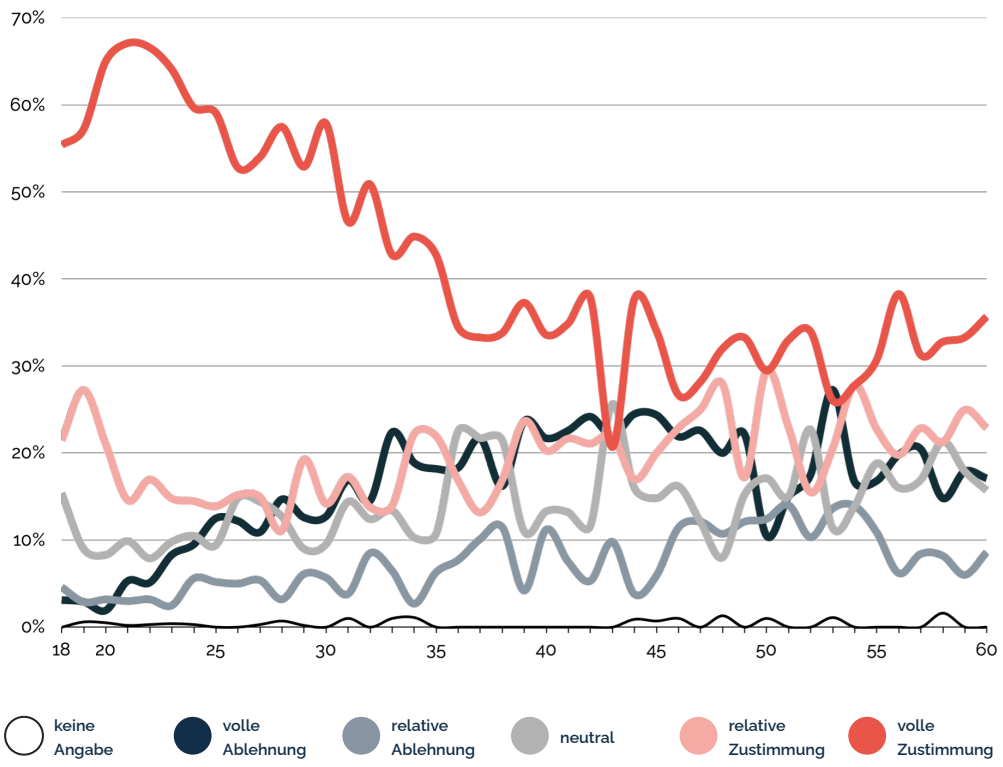
***These 1 J** Gesamtauswertung*



4.2 Alter

Grundsätzlich besteht die Zustimmung über alle Altersgruppen hinweg. Denn die volle Zustimmungsquote der Gesamtstimmen liegt bei 52,1 %. Besondern ausgeprägt ist sie dabei bei niedrigeren Altersgruppen im Bereich zwischen 18 und 30 Jahren. Hier liegt die voll zustimmende Haltung bei 52,8 – 67,1 %. Danach sinken die Zustimmungsquoten rapide und haben bei den höheren Altersgruppen einzelne Ausreißer mit ebenfalls hohen Quoten der vollen Zustimmung. Gerade bei den mittleren Altersgruppen (37-58-Jährigen) zeigt sich ein eher ausgeglichenes Stimmungsbild, wobei auch hier die zustimmende Haltung die ablehnende Haltung weiterhin überwiegt. Die neutrale Haltung liegt über die Altersgruppen hinweg bei ca. 12 % und zeigt damit ein eher gefestigtes Stimmenbild bezüglich der These.

***These 1 J** Alter*



***These 1 J** Alter*

0 keine Angabe **1** volle Ablehnung **2** relative Ablehnung **3** neutral **4** relative Zustimmung **5** volle Zustimmung

Alter	0	1	2	3	4	5
17	–	–	–	–	–	100 %
18	–	3,1 %	4,6 %	15,4 %	21,5 %	55,4 %
19	0,6 %	2,9 %	2,9 %	9,0 %	27,3 %	57,2 %
20	0,5 %	1,9 %	3,2 %	8,3 %	21,1 %	65,0 %
21	0,2 %	5,3 %	3,0 %	9,9 %	14,6 %	67,1 %
22	0,3 %	5,1 %	3,2 %	7,9 %	17,0 %	66,6 %
23	0,4 %	8,3 %	2,5 %	9,8 %	14,8 %	64,1 %
24	0,3 %	9,5 %	5,6 %	10,5 %	14,5 %	59,7 %
25	–	12,5 %	5,2 %	9,4 %	13,9 %	59,1 %
26	–	12,2 %	5,0 %	14,8 %	15,2 %	52,8 %
27	0,3 %	10,9 %	5,4 %	14,4 %	15,0 %	54,0 %
28	0,7 %	14,7 %	3,2 %	12,7 %	11,1 %	57,5 %
29	0,2 %	12,6 %	6,1 %	9,0 %	19,3 %	52,9 %
30	–	12,7 %	5,7 %	9,5 %	14,2 %	57,9 %
31	1,0 %	16,9 %	3,8 %	14,4 %	17,3 %	46,6 %
32	–	14,5 %	8,5 %	12,4 %	13,8 %	50,9 %
33	1,0 %	22,4 %	6,5 %	13,4 %	13,9 %	42,8 %
34	1,1 %	18,9 %	2,7 %	10,3 %	22,2 %	44,9 %
35	–	18,2 %	6,3 %	10,7 %	22,0 %	42,8 %
36	–	18,3 %	7,7 %	22,5 %	16,9 %	34,5 %
37	–	21,7 %	10,1 %	21,7 %	13,2 %	33,3 %
38	–	16,2 %	11,5 %	21,5 %	16,9 %	33,8 %
39	–	23,7 %	4,2 %	11,0 %	23,7 %	37,3 %
40	–	21,7 %	11,2 %	13,3 %	20,3 %	33,6 %
41	–	22,6 %	7,5 %	13,2 %	21,7 %	34,9 %
42	–	24,2 %	5,3 %	11,6 %	21,1 %	37,9 %
43	–	22,0 %	9,8 %	25,6 %	22,0 %	20,7 %
44	0,9 %	24,5 %	3,8 %	16,0 %	17,0 %	37,7 %
45	0,7 %	24,4 %	5,9 %	14,8 %	20,0 %	34,1 %
46	1,0 %	21,9 %	11,4 %	16,2 %	22,9 %	26,7 %
47	–	22,6 %	12,1 %	12,1 %	25,0 %	28,2 %
48	1,3 %	20,0 %	10,7 %	8,0 %	28,0 %	32,0 %
49	–	22,2 %	12,1 %	15,2 %	17,2 %	33,3 %
50	1,0 %	10,5 %	12,4 %	17,1 %	29,5 %	29,5 %

Alter	0	1	2	3	4	5
51	–	15,0 %	14,0 %	15,0 %	23,0 %	33,0 %
52	–	17,5 %	10,3 %	22,7 %	15,5 %	34,0 %
53	1,1 %	27,3 %	13,6 %	11,4 %	20,5 %	26,1 %
54	–	16,7 %	13,9 %	13,9 %	27,8 %	27,8 %
55	–	16,8 %	10,9 %	18,8 %	22,8 %	30,7 %
56	–	19,8 %	6,2 %	16,0 %	19,8 %	38,3 %
57	–	20,5 %	8,4 %	16,9 %	22,9 %	31,3 %
58	1,6 %	14,8 %	8,2 %	21,3 %	21,3 %	32,8 %
59	–	17,9 %	6,0 %	17,9 %	25,0 %	33,3 %
60	–	17,1 %	8,6 %	15,7 %	22,9 %	35,7 %
61	1,8 %	16,1 %	5,4 %	10,7 %	33,9 %	32,1 %
62	–	16,7 %	7,4 %	14,8 %	18,5 %	42,6 %
63	–	17,9 %	2,6 %	17,9 %	23,1 %	38,5 %
64	–	–	16,7 %	4,2 %	29,2 %	50,0 %
65	–	2,9 %	2,9 %	2,9 %	25,7 %	65,7 %
66	4,5 %	4,5 %	9,1 %	22,7 %	18,2 %	40,9 %
67	–	17,6 %	29,4 %	11,8 %	11,8 %	29,4 %
68	6,7 %	6,7 %	–	13,3 %	6,7 %	66,7 %
69	–	14,3 %	–	42,9 %	14,3 %	28,6 %
70	–	10,0 %	20,0 %	10,0 %	20,0 %	40,0 %
71	–	12,5 %	–	–	25,0 %	62,5 %
72	–	–	–	40,0 %	20,0 %	40,0 %
73	–	–	25,0 %	25,0 %	12,5 %	37,5 %
74	–	22,2 %	–	–	44,4 %	33,3 %
75	–	16,7 %	–	–	33,3 %	50,0 %
77	–	–	–	–	–	100 %
78	–	33,3 %	–	–	–	66,7 %
79	–	–	50,0 %	–	50,0 %	–
81	–	–	–	–	100 %	–
82	–	100 %	–	–	–	–
83	–	100 %	–	–	–	–
84	–	100 %	–	–	–	–
90	–	–	–	–	100 %	–
Σ	**0,3 %**	**12,5 %**	**5,6 %**	**12,1 %**	**17,4 %**	**52,1 %**

4.3 Geschlecht

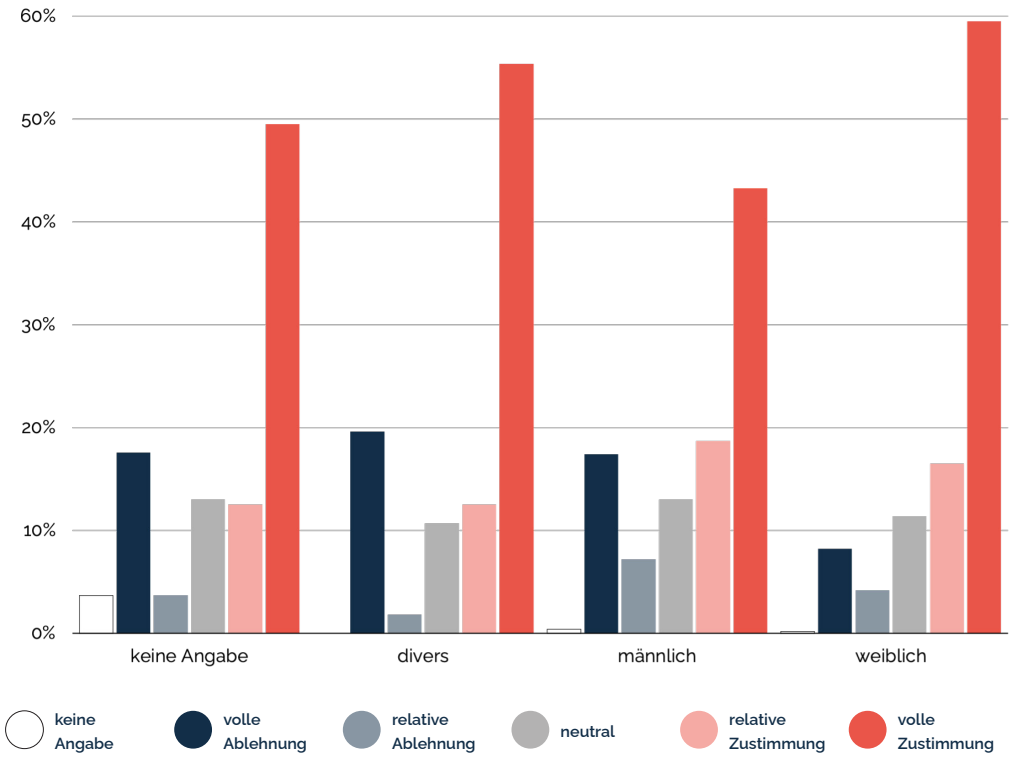
***These 1 J** Geschlecht*

Geschlecht	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
keine Angabe	3,7 %	17,6 %	3,7 %	13,0 %	12,5 %	49,5 %
divers	–	19,6 %	1,8 %	10,7 %	12,5 %	55,4 %
männlich	0,4 %	17,4 %	7,2 %	13,0 %	18,7 %	43,3 %
weiblich	0,2 %	8,2 %	4,2 %	11,4 %	16,5 %	59,5 %
gesamt	**0,4 %**	**12,7 %**	**5,6 %**	**12,2 %**	**17,4 %**	**51,8 %**

Die Tabelle zeigt eine etwas stärkere Befürwortung der Implementierung eines Bundesweiten Abschichtens bei weiblichen Personen, insgesamt mit 59,5 % gegenüber nur 43,3 % bei männlichen Teilnehmenden. Der Unterschied von 16,2 Prozentpunkten ist dabei durchaus bemerkenswert hoch. Auch in der Ablehnung zeigt sich eine Differenz zwischen weiblichen und männlichen Teilnehmenden; stimmen letztere mit 17,4 % für die vollständige Ablehnung, während dies unter den weiblichen Teilnehmenden nur 8,2 % tun.

Insgesamt ist jedoch mit 69,2 % der Gesamtstimmen eine deutliche Mehrheit der befürwortenden Teilnehmenden zu erkennen, wovon 17,4 % größtenteils und 51,8 % vollständig zustimmen. Unter den diversen und solchen ohne Geschlechtsangabe ist die volle Zustimmung mit 55,4 % ebenfalls sehr hoch und gleichfalls auch noch 12,1 % höher als die der männlichen Abstimmenden.

***These 1 J** Geschlecht*



4.4 Fachsemester

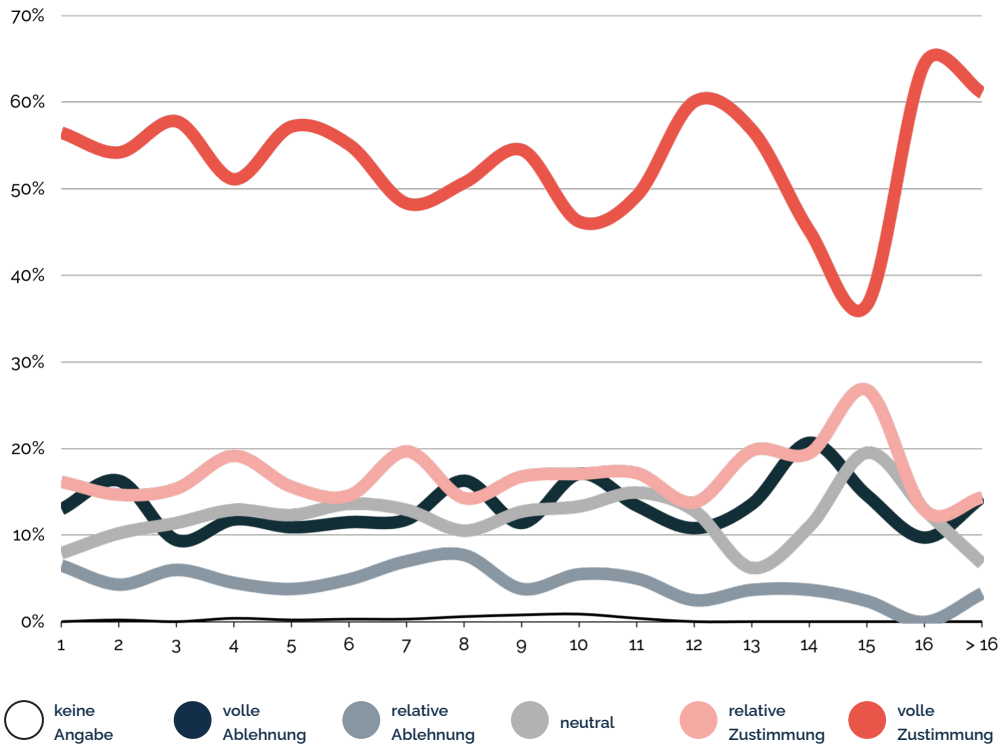
***These 1 J** Fachsemester*

Fachsemester	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
1	–	13,0 %	6,5 %	7,9 %	16,2 %	56,5 %
2	0,2 %	16,3 %	4,3 %	10,2 %	14,7 %	54,2 %
3	–	9,4 %	6,0 %	11,4 %	15,4 %	57,8 %
4	0,4 %	11,8 %	4,5 %	12,9 %	19,2 %	51,1 %
5	0,2 %	10,9 %	3,8 %	12,3 %	15,6 %	57,2 %
6	0,3 %	11,5 %	4,9 %	13,6 %	14,6 %	55,1 %
7	0,3 %	11,8 %	7,0 %	12,9 %	19,7 %	48,3 %
8	0,6 %	16,3 %	7,7 %	10,5 %	14,3 %	50,7 %
9	0,8 %	11,4 %	3,8 %	12,7 %	16,8 %	54,5 %
10	0,9 %	17,1 %	5,5 %	13,3 %	17,1 %	46,2 %
11	0,4 %	13,4 %	5,0 %	14,9 %	17,2 %	49,2 %
12	–	10,8 %	2,5 %	12,8 %	13,8 %	60,1 %
13	–	13,6 %	3,7 %	6,2 %	19,8 %	56,8 %
14	–	20,7 %	3,7 %	11,0 %	19,5 %	45,1 %
15	–	14,6 %	2,4 %	19,5 %	26,8 %	36,6 %
16	–	9,7 %	–	12,9 %	12,9 %	64,5 %
>16	–	14,4 %	3,3 %	6,7 %	14,4 %	61,1 %
gesamt	**0,4 %**	**13,1 %**	**5,0 %**	**12,0 %**	**16,5 %**	**53,1 %**

Über alle Fachsemester hinweg ist eine hohe Zustimmung zu erkennen. Die Quote der voll Zustimmenden liegt bei 53,1 % der Gesamtstimmen.

Dabei stechen vor allem die Semester 12, 16 und 17 mit über 60,0 % voll zustimmender Haltung hervor. Dies lässt sich wohl dadurch erklären, dass gerade in den höheren Semestern der Druck auf die Prüfungsleistungen im Staatsexamen und der damit verbundene Abschluss wächst und eine Aufteilung dieser auf verschiedene Zeiträume eine Entlastung darstellen könnte.

***These 1 J** Fachsemester*



4.5 Gesamtnote

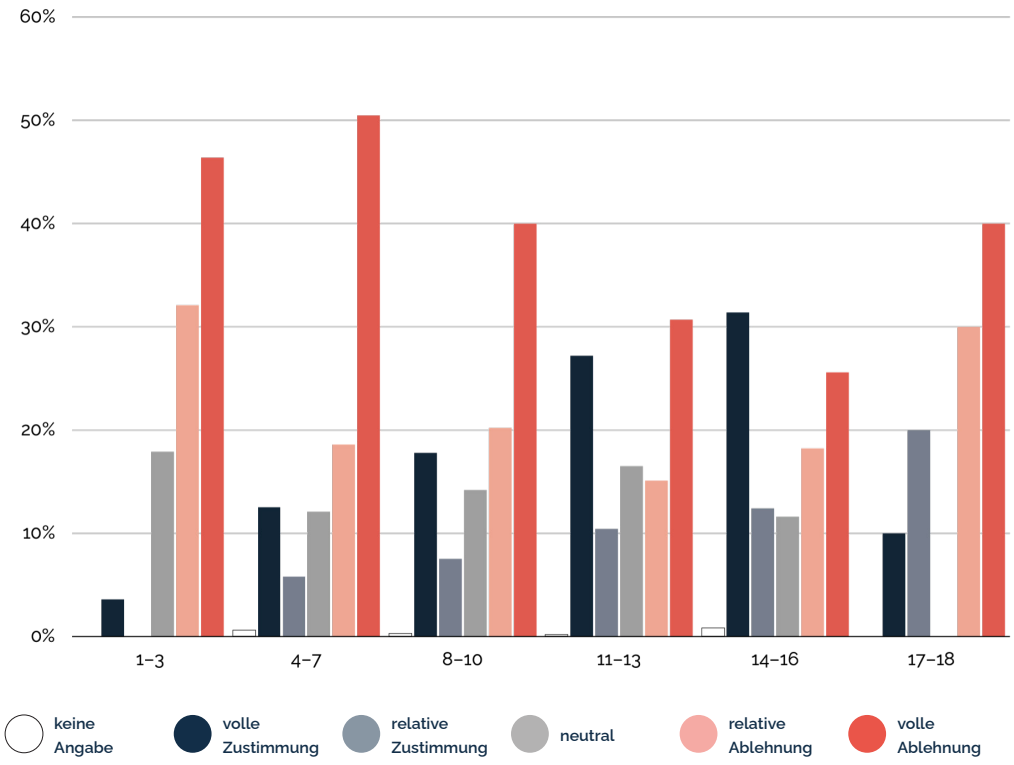
***These 1 J** Gesamtnote*

Gesamtnote	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
1–3	–	3,6 %	–	17,9 %	32,1 %	46,4 %
4–7	0,6 %	12,5 %	5,8 %	12,1 %	18,6 %	50,5 %
8–10	0,3 %	17,8 %	7,5 %	14,2 %	20,2 %	40,0 %
11–13	0,2 %	27,2 %	10,4 %	16,5 %	15,1 %	30,7 %
14–16	0,8 %	31,4 %	12,4 %	11,6 %	18,2 %	25,6 %
17–18	–	10,0 %	20,0 %	–	30,0 %	40,0 %
gesamt	**0,4 %**	**18,8 %**	**7,8 %**	**14,1 %**	**18,7 %**	**40,2 %**

Auch bei den Notenstufen bestätigt sich der Trend der hohen Zustimmung.

Die höchste voll zustimmende Haltung besteht bei der zweiten Notenstufe (4-7 Notenpunkte), was sich dadurch erklären lässt, dass die Ergebnisse bei den Teilnehmenden entweder recht knapp zum Bestehen gereicht haben oder aber auch knapp die Grenze zum „vollbefriedigt“ (9 oder mehr Punkte) nicht erreicht wurde. Die höchste kumulierte Zustimmungsquote besteht aber bei der 1. Notenstufen (1-3 Notenpunkte) mit 78,5 %. Bei dieser hat es im Ergebnis (knapp) nicht zum Bestehen gereicht. Bei beiden Notenstufen könnte man die Zustimmungsquoten darauf zurückführen, dass der Wunsch auf ein Abschichten mit dem Wunsch auf Entlastung der Studierenden verbunden ist: Das Abschichten ermögliche eine gezieltere und aufeinanderfolgende Vorbereitung auf die jeweiligen Themengebete, welche dann Einfluss auf die jeweiligen Noten haben könnte.

***These 1 J** Gesamtnote*



4.6 Studienort

***These 1 J** Studienort*

Bundesland	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
Ausland	–	8,7 %	–	17,4 %	21,7 %	52,2 %
Baden-Württemberg	0,3 %	15,2 %	7,5 %	12,8 %	17,9 %	46,4 %
Bayern	0,1 %	20,0 %	6,6 %	10,8 %	17,0 %	45,6 %
Berlin	0,4 %	10,2 %	7,0 %	12,9 %	20,9 %	48,6 %
Brandenburg	0,4 %	10,2 %	2,5 %	14,0 %	16,5 %	56,4 %
Bremen	0,7 %	11,6 %	4,3 %	10,1 %	18,1 %	55,1 %
Hamburg	–	9,3 %	6,5 %	13,0 %	21,3 %	49,9 %
Hessen	0,5 %	11,5 %	4,8 %	13,0 %	17,3 %	53,0 %
Mecklenburg-Vorpommern	–	16,7 %	3,8 %	11,4 %	21,2 %	47,0 %
Niedersachsen	0,5 %	6,1 %	3,2 %	11,5 %	14,0 %	64,6 %
Nordrhein-Westfalen	0,3 %	10,3 %	4,5 %	13,5 %	14,6 %	56,8 %
Rheinland-Pfalz	–	16,5 %	7,0 %	10,3 %	17,3 %	48,9 %
Saarland	–	18,4 %	6,6 %	12,5 %	18,4 %	44,1 %
Sachsen	0,4 %	7,9 %	4,0 %	10,2 %	17,4 %	60,0 %
Sachsen-Anhalt	0,5 %	15,3 %	6,6 %	9,3 %	22,4 %	45,9 %
Schleswig-Holstein	1,3 %	8,6 %	7,0 %	11,1 %	20,4 %	51,6 %
Thüringen	–	14,3 %	6,0 %	9,5 %	23,2 %	47,0 %
gesamt	**0,3 %**	**12,4 %**	**5,6 %**	**12,1 %**	**17,3 %**	**52,3 %**

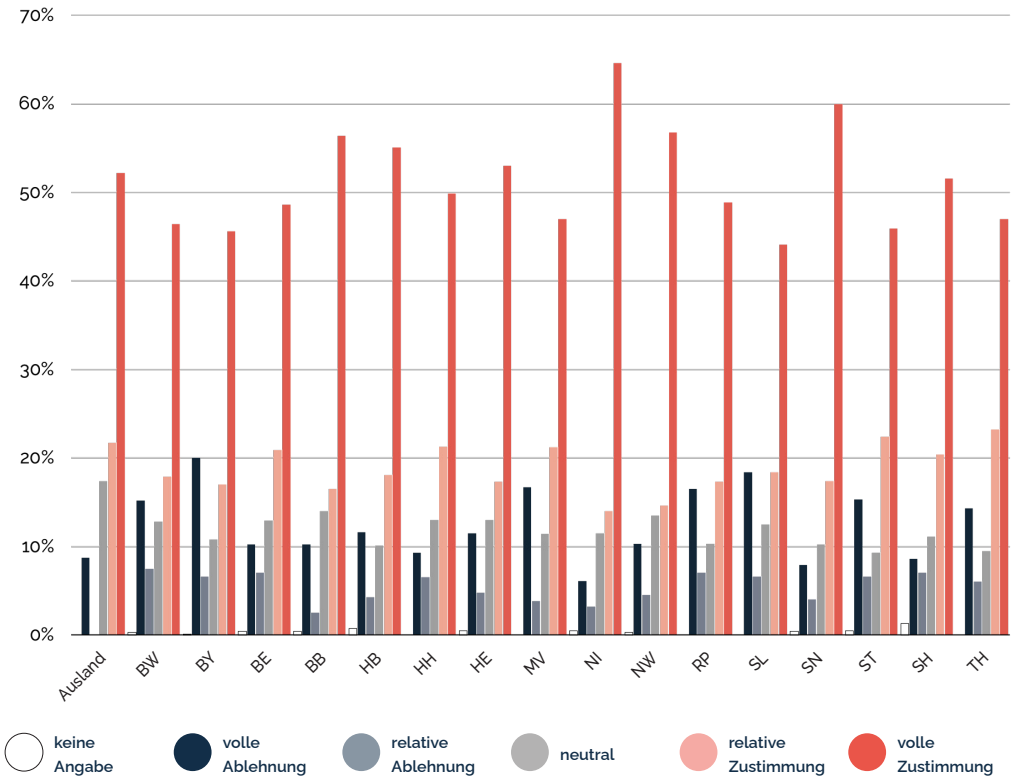
Momentan besteht die Möglichkeit des Abschichtens, das im Deutschen Richtergesetz in § 5d Abs. 2, S. 3 2. HS vorgesehen ist, nur in den Ländern Nordrhein-Westfalen, Niedersachen und Baden-Württemberg.[1] Bei den jeweiligen Bundesländern gibt es dazu noch Unterschiede: In Baden-Württemberg ist das Abschichten ausschließlich nach dem „Mannheimer Modell" für den Studiengang zum Wirtschaftsjuristen zulässig.[2] In Niedersachsen kann hingegen jeder Student die Aufsichtsarbeiten in zwei Prüfungsdurchgänge teilen, wobei es zu keiner Aufteilung eines Pflichtfachs kommen darf. In Nordrhein-Westfalen haben die Studierenden derzeit die größte Freiheit: Dort können die Aufsichtsarbeiten nach Wahl in zwei oder drei Blöcken angefertigt werden.[3] Schichtet ein Examenskan-

[1] Klumpp/Kuckert/Dienstbier, „Reform des Jurastudiums- Handkommentare im ersten Examen und Abschichten deutschlandweit", LTO Karriere, 27.10.2007, abrufbar unter ***https://www.lto.de/karriere/jura-studium/stories/detail/reform-jurastudium-handkommentare-abschichten-im-ersten-examen-erlauben***, zuletzt abgerufen am 06.12.2022.

[2] Klumpp/Kuckert/Dienstbier, „Reform des Jurastudiums- Handkommentare im ersten Examen und Abschichten deutschlandweit", LTO Karriere, 27.10.2007, abrufbar unter ***https://www.lto.de/karriere/jura-studium/stories/detail/reform-jurastudium-handkommentare-abschichten-im-ersten-examen-erlauben***, zuletzt abgerufen am 06.12.2022.

[3] Klumpp/Kuckert/Dienstbier, „Reform des Jurastudiums- Handkommentare im ersten Examen und Abschichten deutschlandweit", LTO Karriere, 27.10.2007, abrufbar unter ***https://www.lto.de/karriere/jura-studium/stories/detail/reform-jurastudium-handkommentare-abschichten-im-ersten-examen-erlauben***, zuletzt abgerufen am 06.12.2022.

***These 1 J** Studienort*



didat ab, so hat er vor jedem Prüfungsblock Zeit, sich gesondert und intensiv mit dem zu prüfenden Rechtsgebiet auseinanderzusetzen.[4]

In vielen Bundesländern wäre die Einführung des Abschichtens also etwas Neues. So lassen sich auch die hohen Zustimmungsquoten von ca. 50,0 % in allen Bundesländern erklären. Auch die Zustimmungsquoten der Bundesländer, in denen es das Abschichten bereits gibt, fallen mit 64,6 % (in Niedersachsen) und 56,8 % (in Nordrhein-Westfahlen) hoch aus. Die dagegen niedrigere Zustimmungsquote in Baden-Württemberg mit 46,4 % ist vermutlich darauf zurückzuführen, dass das Abschichten dort bisher lediglich beim Studiengang Wirtschaftsrecht möglich war. Insgesamt lassen die Zustimmungsquoten der drei Bundesländer jedoch darauf schließen, dass das Angebot des Abschichtens grundsätzlich gut von den Studierenden angenommen wird und diese auch in Zukunft nicht darauf verzichten möchten.

[4] Klumpp/Kuckert/Dienstbier, „Reform des Jurastudiums- Handkommentare im ersten Examen und Abschichten deutschlandweit“, LTO Karriere, 27.10.2007, abrufbar unter ***https://www.lto.de/karriere/jura-studium/stories/detail/reform-jurastudium-handkommentare-abschichten-im-ersten-examen-erlauben***, zuletzt abgerufen am 06.12.2022.

4.7 Verhältnis zur juristischen Ausbildung

***These 1 J** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*

Beruf	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
Studium	0,3 %	4,8 %	2,8 %	9,5 %	15,6 %	67,0 %
Referendariat	0,4 %	14,3 %	5,2 %	12,9 %	15,3 %	51,8 %
WissMit (Lehrstuhl)	0,6 %	22,7 %	7,3 %	15,0 %	14,8 %	39,6 %
WissMit (Kanzlei)	–	12,4 %	5,2 %	14,0 %	16,4 %	52,1 %
Promotion	0,5 %	21,2 %	6,7 %	16,6 %	13,3 %	41,8 %
LL.B.	0,0 %	7,2 %	3,5 %	11,9 %	15,8 %	61,6 %
LL.M.	0,4 %	16,8 %	6,4 %	14,7 %	20,1 %	41,5 %
Rechtsanwält:in	0,3 %	18,3 %	8,7 %	13,9 %	21,5 %	37,2 %
Syndikus	0,3 %	16,9 %	6,0 %	14,5 %	21,0 %	41,3 %
Richter:in	0,2 %	24,8 %	11,0 %	17,1 %	21,8 %	25,2 %
Staatsanwält:in	0,5 %	23,9 %	12,9 %	10,5 %	22,0 %	30,1 %
Professor:in	–	34,7 %	5,7 %	16,7 %	16,7 %	26,1 %
JPA	–	34,3 %	5,7 %	22,9 %	14,3 %	22,9 %
Verwaltungsbehörde	0,3 %	14,8 %	7,5 %	10,0 %	18,0 %	49,4 %
Abbruch	–	–	3,3 %	10,0 %	20,0 %	66,7 %
endgültig nicht bestanden	–	1,8 %	5,5 %	9,1 %	9,1 %	74,5 %
einstufige Ausbildung	1,1 %	8,8 %	1,1 %	12,1 %	13,2 %	63,7 %

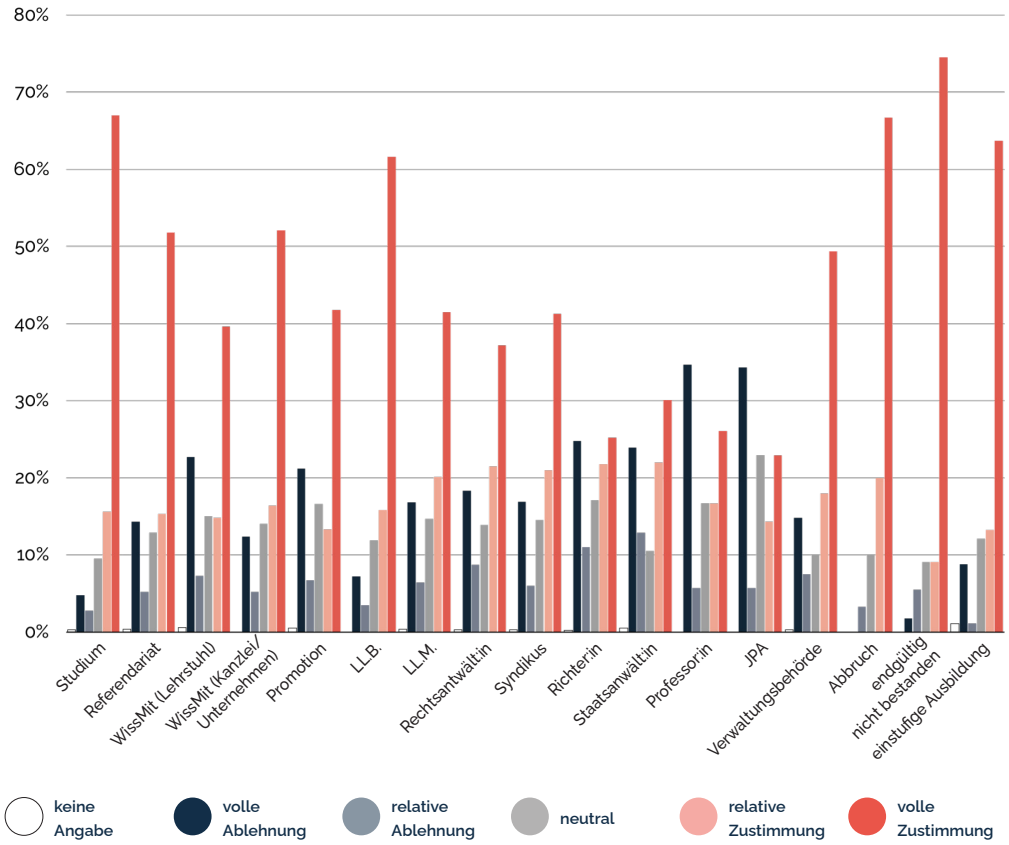
Bei den Berufsgruppen zeigt sich ebenfalls eine hohe Zustimmungsquote. Besonders auffällig ist die voll zustimmende Haltung der Studierenden mit 67,0 %, der Teilnehmenden, die endgültig nicht bestanden haben, mit 74, 5 % sowie derjenigen, die das Studium abgebrochen haben, mit 66,7 %. Dies lässt sich zum einen damit begründen, dass gerade die Studierenden von einer Einführung des bundesweiten Abschichtens noch profitieren könnten. Zum anderen könnte es mit dem Wunsch nach Entlastung verbunden sein. Bei den anderen beiden Gruppen könnten dieselben Motive dahinterstehen, da auf den Prüfungen des Staatsexamens ein hoher Druck lastet, dem manche Studierende nicht standhalten können und das Studium folglich abbrechen oder aber der stresslichen Belastung unterfallen und eventuell deswegen nicht bestehen. Bei den Verwaltungsbehörden ist die vollkommende Zustimmung zwar geringer, aber mit 49,4 % immer noch recht hoch.

Gerade bei den Praktiker:innen sieht das Meinungsbild anders aus. Hier überwiegen die (kumulierten) Zustimmungsquoten die (kumulierten) Ablehnungsquoten nur leicht.

Bei den Professor:innen ist dies ähnlich, denn die kumulierten Stimmen der Zustimmung überwiegen die kumulierten Ablehnungsstimmen mit gerade mal 2,4 Prozentpunkten.

Bei den Justizprüfungsämtern überwiegt hingegen, wenn auch nur knapp- die vollkommene Ablehnung mit 40,0 % gegenüber den 37,2 % vollkommener Zustimmung. Dies lässt sich mit dem Mehraufwand begründen, der auf durch die Einführung des Abschichtens in allen Bundesländern entstehen würde.

***These 1 J** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*



5. Ergebnis bzgl. Erwartungen

Unsere Hypothese hat sich nur in Teilen bestätigt. Entgegen unseren Erwartungen besteht bei den Professor:innen und den Verwaltungsbehörden eine eher zustimmende Haltung. Die erwartete zustimmende Haltung der Studierenden und die ebenfalls erwartete ablehnende Haltung der Justizprüfungsämtern wurde jedoch bestätigt.

These 1 K: E-Examen

1. Thesenhintergrund

Die These wurde in verschiedenen Quellen diskutiert. Wir konnten 8 pro- und 5 contra-Argumente herausfiltern.[1] Die erste Quelle dazu fand sich bereits im Jahr 2005.[2] Die meisten Artikel zum Thema wurden 2019/20 veröffentlicht.

2. Thesengestaltung

Das „E-Examen" sollte in allen Bundesländern eingeführt werden.

Die ausgewählten Argumente, welche auf der iur.reform-Webseite als Nachweise aufrufbar waren, sind:

Pro	Contra
1. Die Unterstützung durch einen Computer reduziert die körperlichen Einschränkungen (Anmerkung: wie Sehnenscheidenentzündungen) bei Studierenden.	1. Sämtliche universitäre Klausuren während des Studiums müssten dann ebenfalls digital zugelassen werden.
2. Die Studierenden können sich an eine neue Prüfungssituation gewöhnen, die der Praxis entspricht.	2. Dies geht mit einem enormen organisatorischen Aufwand einher (Anmerkung: wie digitaler Sicherheitskontrollen).
3. Juristische Texte können am Computer schneller geschrieben werden.	3. Lernpsychologisch bleibt mit der Hand Geschriebenes – zumindest kurzfristig – länger im Gedächtnis.

3. Hypothese

Wir formulierten folgende Erwartungen für die These:

- Wir erwarten in allen Gruppen mit Ausnahme der älteren Teilnehmenden eine große Zustimmung, die sich auf die praktischen Erleichterungen und den generellen Trend der Digitalisierung zurückführen lässt.
- Ältere Personen sehen die Vorteile aufgrund mangelnder digitaler Erfahrung möglicherweise nicht.

[1] ***https://onedrive.live.com/view.aspx?resid=D3C707BB028AE925!323&ithint=file %2cxlsx&authkey=!AERBCCwtBbE_-1M***

[2] Derleder, NJW 2005, 2834

4. Deskriptive Statistik

4.1 Gesamtauswertung

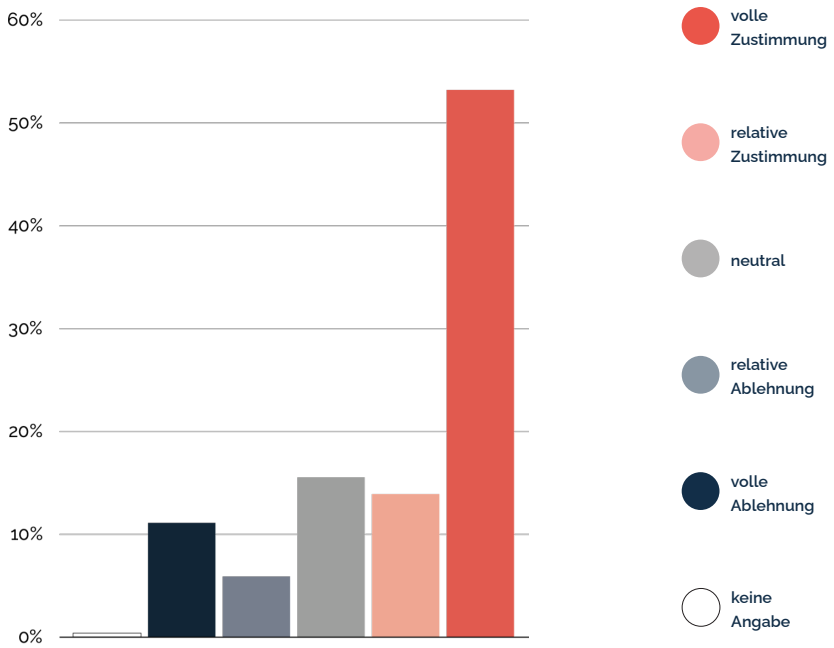
***These 1 K** Gesamtauswertung*

Bewertung	Anteil
keine Angabe	0,4 %
volle Ablehnung	11,1 %
relative Ablehnung	5,9 %
neutral	15,5 %
relative Zustimmung	13,9 %
volle Zustimmung	53,2 %
gesamt	**100,0 %**

Eine absolute Mehrheit (67,1 % kumulierte Zustimmung, zusammengesetzt aus vollständiger und relativer Zustimmung) befürwortet die Einführung eines E-Examens. Allein die vollständig zustimmenden Teilnehmenden bilden mit 53,2 % eine absolute Mehrheit der Abstimmenden.

Dementsprechend sind insgesamt nur 17,0 % der Teilnehmenden – davon aber immerhin 11,0 % vollständig – dagegen. 15,5 % der Abstimmenden verhalten sich neutral in Bezug auf die These.

***These 1 K** Gesamtauswertung*



4.2 Alter

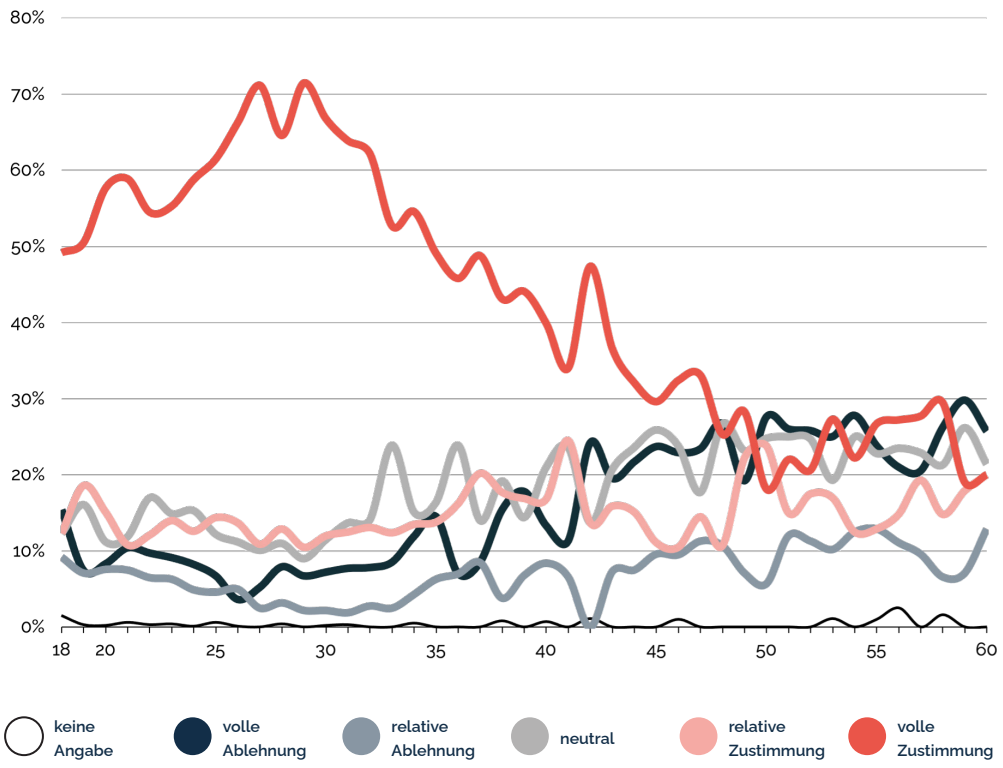
Die höchste vollständige Zustimmung ist mit 71,5 % in der Gruppe der 29-Jährigen, also Personen, die die erste juristische Prüfung im Schnitt vor Kurzem abgeschlossen haben, zu beobachten. Davor steigt die Zustimmung (angefangen mit 61,5 % bei 18 Jahren). Mit zunehmendem Alter sinkt diese wieder. Die stärkste kumulierte Zustimmung ist mit 82,1 % bei den 27-jährigen Teilnehmenden ersichtlich. Deren Verlauf verhält sich wie der der vollständigen Zustimmung.

Bei Personen im Alter von 48 Jahren ist mit 26,7 % die stärkste Neutralität zu beobachten, wobei der Durchschnitt bzgl. der Neutralität bei 15,4 % liegt. Der Anteil der neutralen Stimmen steigt mit zunehmendem Alter, was daran liegen könnte, dass ältere Personen weniger stark selbst betroffen sind und sich deshalb eher enthalten.

Gegenläufig zur Zustimmung verhält sich die vollständige Ablehnung der These. Bei Personen im Alter von 59 Jahren beträgt diese 29,8 % und stellt – abgesehen von nicht aussagekräftigen Ausreißern in den höheren Altersgruppen – den höchsten Wert dar.

Die höchste kumulierte Ablehnung ist bei 54 Jahren mit 40,3 % zu verzeichnen. Generell ist die kumulierte Ablehnung bei Abstimmenden, die ihrem Alter nach tendenziell noch vor der ersten juristischen Prüfung stehen, eher höher (bis 25 Jahre über 10 %). Im „Examensalter“ (26-31 Jahre) liegt sie bei unter 10 %, was daran liegen könnte, dass diese Personengruppe besonders mit dem Thema befasst ist. Danach steigt die Ablehnung tendenziell wieder an.

***These 1 K** Alter*



***These 1 K** Alter*

0 keine Angabe **1** volle Ablehnung **2** relative Ablehnung **3** neutral **4** relative Zustimmung **5** volle Zustimmung

Alter	0	1	2	3	4	5
17	–	–	–	–	–	100 %
18	1,5 %	15,4 %	9,2 %	12,3 %	12,3 %	49,2 %
19	0,3 %	7,4 %	7,1 %	16,1 %	18,6 %	50,5 %
20	0,2 %	8,3 %	7,6 %	11,2 %	15,1 %	57,7 %
21	0,6 %	10,4 %	7,5 %	11,9 %	10,8 %	58,9 %
22	0,3 %	9,7 %	6,5 %	17,0 %	12,1 %	54,5 %
23	0,4 %	9,1 %	6,3 %	14,9 %	14,0 %	55,3 %
24	0,1 %	8,2 %	4,9 %	15,3 %	12,6 %	58,8 %
25	0,6 %	6,7 %	4,6 %	12,2 %	14,4 %	61,5 %
26	0,1 %	3,6 %	5,0 %	11,2 %	13,7 %	66,3 %
27	–	5,2 %	2,5 %	10,1 %	10,9 %	71,2 %
28	0,4 %	7,9 %	3,2 %	11,0 %	12,9 %	64,6 %
29	–	6,7 %	2,2 %	9,0 %	10,5 %	71,5 %
30	0,2 %	7,2 %	2,2 %	11,5 %	12,0 %	66,8 %
31	0,3 %	7,7 %	1,9 %	13,7 %	12,5 %	63,9 %
32	–	7,8 %	2,8 %	14,1 %	13,1 %	62,2 %
33	–	8,5 %	2,5 %	23,9 %	12,4 %	52,7 %
34	0,5 %	11,9 %	4,3 %	15,1 %	13,5 %	54,6 %
35	–	14,5 %	6,3 %	16,4 %	13,8 %	49,1 %
36	–	7,0 %	7,0 %	23,9 %	16,2 %	45,8 %
37	–	8,5 %	8,5 %	14,0 %	20,2 %	48,8 %
38	0,8 %	15,4 %	3,8 %	19,2 %	17,7 %	43,1 %
39	–	17,8 %	6,8 %	14,4 %	16,9 %	44,1 %
40	0,7 %	13,3 %	8,4 %	21,0 %	16,8 %	39,9 %
41	–	11,3 %	6,6 %	23,6 %	24,5 %	34,0 %
42	1,1 %	24,2 %	–	13,7 %	13,7 %	47,4 %
43	–	19,5 %	7,3 %	20,7 %	15,9 %	36,6 %
44	–	21,7 %	7,5 %	23,6 %	15,1 %	32,1 %
45	–	23,7 %	9,6 %	25,9 %	11,1 %	29,6 %
46	1,0 %	22,9 %	9,5 %	23,8 %	10,5 %	32,4 %
47	–	23,4 %	11,3 %	17,7 %	14,5 %	33,1 %
48	–	26,7 %	10,7 %	26,7 %	10,7 %	25,3 %
49	–	19,2 %	7,1 %	23,2 %	22,2 %	28,3 %
50	–	27,6 %	5,7 %	24,8 %	23,8 %	18,1 %

Alter	0	1	2	3	4	5
51	–	26,0 %	12,0 %	25,0 %	15,0 %	22,0 %
52	–	25,8 %	11,3 %	24,7 %	17,5 %	20,6 %
53	1,1 %	25,0 %	10,2 %	19,3 %	17,0 %	27,3 %
54	–	27,8 %	12,5 %	25,0 %	12,5 %	22,2 %
55	1,0 %	23,8 %	12,9 %	22,8 %	12,9 %	26,7 %
56	2,5 %	21,0 %	11,1 %	23,5 %	14,8 %	27,2 %
57	–	20,5 %	9,6 %	22,9 %	19,3 %	27,7 %
58	1,6 %	26,2 %	6,6 %	21,3 %	14,8 %	29,5 %
59	–	29,8 %	7,1 %	26,2 %	17,9 %	19,0 %
60	–	25,7 %	12,9 %	21,4 %	20,0 %	20,0 %
61	3,6 %	28,6 %	7,1 %	21,4 %	16,1 %	23,2 %
62	–	22,2 %	9,3 %	24,1 %	16,7 %	27,8 %
63	–	23,1 %	7,7 %	20,5 %	20,5 %	28,2 %
64	–	12,5 %	12,5 %	20,8 %	16,7 %	37,5 %
65	–	17,1 %	14,3 %	31,4 %	8,6 %	28,6 %
66	–	9,1 %	22,7 %	31,8 %	18,2 %	18,2 %
67	–	17,6 %	17,6 %	29,4 %	23,5 %	11,8 %
68	6,7 %	20,0 %	6,7 %	26,7 %	26,7 %	13,3 %
69	–	–	14,3 %	42,9 %	14,3 %	28,6 %
70	–	30,0 %	20,0 %	20,0 %	20,0 %	10,0 %
71	–	37,5 %	–	–	–	62,5 %
72	–	20,0 %	–	40,0 %	–	40,0 %
73	–	12,5 %	12,5 %	25,0 %	37,5 %	12,5 %
74	11,1 %	22,2 %	33,3 %	–	33,3 %	–
75	–	–	16,7 %	33,3 %	33,3 %	16,7 %
77	–	25,0 %	–	50,0 %	–	25,0 %
78	–	33,3 %	–	66,7 %	–	–
79	–	50,0 %	–	–	50,0 %	–
81	–	100 %	–	–	–	–
82	–	–	–	100 %	–	–
83	–	100 %	–	–	–	–
84	–	100 %	–	–	–	–
90	–	–	–	–	100 %	–
Σ	**0,3 %**	**11,0 %**	**5,9 %**	**15,4 %**	**13,9 %**	**53,5 %**

4.3 Geschlecht

***These 1 K** Geschlecht*

Geschlecht	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
keine Angabe	3,2 %	13,4 %	6,0 %	14,4 %	17,6 %	45,4 %
divers	1,8 %	19,6 %	3,6 %	17,9 %	17,9 %	39,3 %
männlich	0,4 %	13,1 %	5,9 %	14,7 %	14,5 %	51,5 %
weiblich	0,3 %	9,3 %	5,9 %	16,2 %	13,2 %	55,1 %
gesamt	**0,4 %**	**11,1 %**	**5,9 %**	**15,5 %**	**13,9 %**	**53,2 %**

Die höchste vollständige Zustimmung ist unter den weiblichen Abstimmenden zu beobachten (55,1 %), die allerdings nur 3,6 % über der Quote der männlichen Abstimmenden liegt. Bei den übrigen Teilnehmenden liegt der Wert mit 39,3 % (divers) und 45,4 % (keine Angabe) erkennbar darunter.

Auch die höchste kumulierte Zustimmung ist mit 68,3 % unter den weiblichen Abstimmenden zu beobachten.

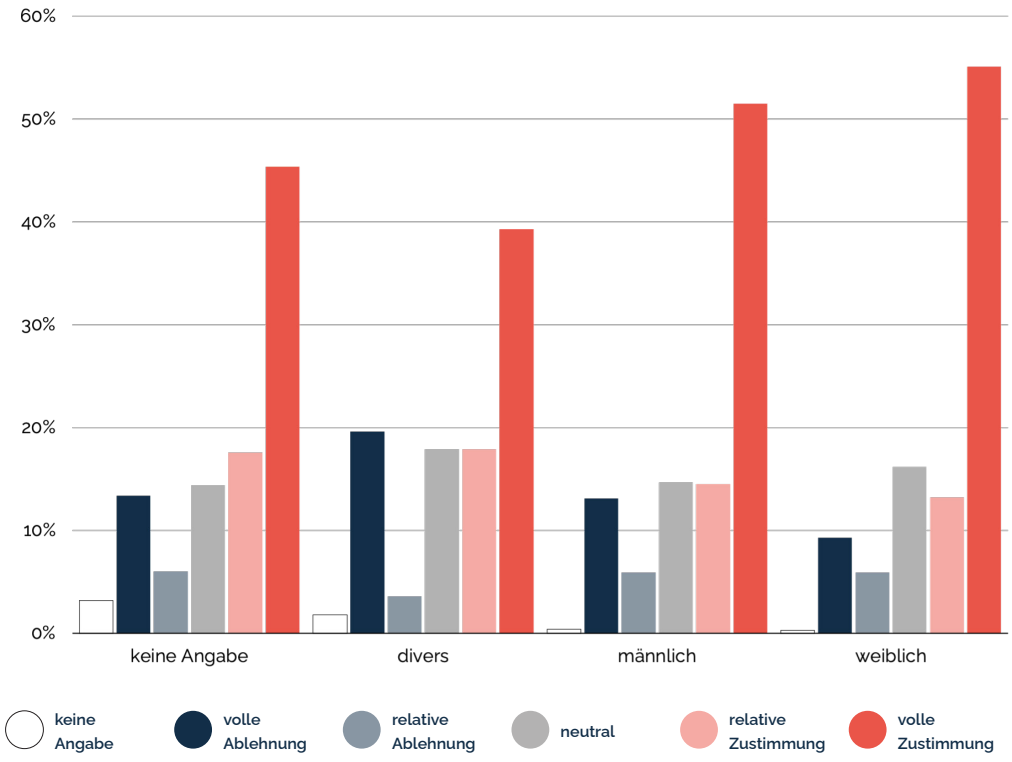
Die Neutralität weicht bei keiner Gruppe stark vom Durchschnitt (15,4 %) ab. Die höchsten Werte sind hier unter den diversen Teilnehmenden (17,9 % – allerdings bei nur 56 Abstimmenden) und bei der Gruppe der weiblichen Teilnehmenden (16,2 %) zu beobachten.

Unter den diversen Teilnehmenden haben 19,6 % (Wert mit wenig Aussagekraft) die These vollständig abgelehnt. Diejenigen, die keine Angabe zum Geschlecht gemacht haben sowie männliche Teilnehmende liegen als nächstes mit 13,4 % und 13,1 % deutlich dahinter.

19,0 % beträgt die kumulierte Ablehnung unter den männlichen Abstimmenden. Bei den diversen Teilnehmenden ist der Wert leicht höher (23,2 %). Bei den weiblichen Teilnehmenden liegt der Wert mit 15,2 % darunter.

Insgesamt sind damit nur leichte Geschlechterunterschiede in Bezug auf die Meinung zur These festzustellen. In allen Gruppen überwiegt die Zustimmung die Ablehnung aber deutlich. Das nachfolgende Diagramm verdeutlicht die Ergebnisse.

***These 1 K** Geschlecht*



4.4 Fachsemester

***These 1 K** Fachsemester*

Fachsemester	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
1	–	9,7 %	3,2 %	12,0 %	13,0 %	62,0 %
2	–	11,6 %	5,0 %	14,3 %	13,6 %	55,6 %
3	0,9 %	9,7 %	5,7 %	13,1 %	14,5 %	56,1 %
4	0,2 %	13,8 %	6,9 %	17,6 %	12,5 %	48,9 %
5	–	11,1 %	6,9 %	16,5 %	14,7 %	50,8 %
6	0,5 %	11,0 %	6,4 %	12,8 %	12,1 %	57,2 %
7	0,6 %	12,4 %	4,8 %	13,8 %	15,4 %	53,1 %
8	–	10,5 %	5,5 %	14,0 %	12,4 %	57,6 %
9	0,5 %	6,5 %	4,6 %	13,6 %	12,2 %	62,6 %
10	0,2 %	8,5 %	5,5 %	17,3 %	13,7 %	54,7 %
11	0,4 %	10,3 %	6,1 %	13,4 %	17,6 %	52,3 %
12	–	8,9 %	4,9 %	13,8 %	18,2 %	54,2 %
13	–	9,9 %	6,2 %	17,3 %	9,9 %	56,8 %
14	–	7,3 %	3,7 %	14,6 %	20,7 %	53,7 %
15	–	14,6 %	4,9 %	12,2 %	14,6 %	53,7 %
16	–	3,2 %	6,5 %	12,9 %	25,8 %	51,6 %
>16	–	7,8 %	5,6 %	13,3 %	8,9 %	64,4 %
gesamt	**0,3 %**	**10,4 %**	**5,6 %**	**14,6 %**	**13,9 %**	**55,3 %**

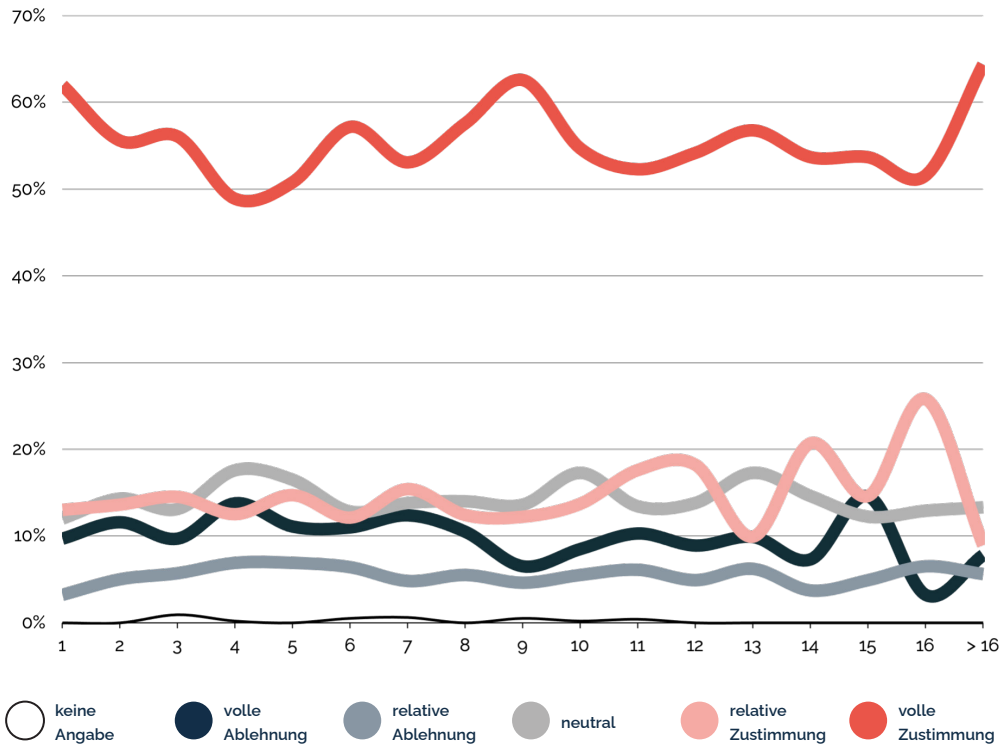
Am stärksten stimmen Studierende im 1. Semester (62,0 %), im 9. Semester (62,6 %) und diejenigen, die bereits mehr als 16 Semester studieren (64,4 % bei aber nur 90 Teilnehmenden), der These vollständig zu. Die vollständige Zustimmung sinkt bis zum 4. Semester und steigt dann wieder bis zum 9. Semester an, um danach wieder abzusinken. Geht man davon aus, dass das Examen im Median im 11. Semester geschrieben wird, bestätigt sich die im Rahmen der Altersauswertung aufgestellte Vermutung, dass Personen im Examensalter aufgrund persönlicher Betroffenheit eher zustimmen, nicht. Denselben Verlauf nimmt die kumulierte Zustimmung, wobei hier die Höchstwerte mit 75,0 % im 1. Semester zu verzeichnen sind.

Die Neutralität in Bezug auf die These ist mit 17,6 % im 4. Semester am höchsten, liegt dort aber auch nur leicht über dem Durchschnitt von 14,6 %.

Die höchste vollständige Ablehnung der Einführung des E-Examens tritt bei Studierenden im 15. Semester (14,6 %) auf. Die höchste kumulierte Ablehnung findet sich im 4. Semester (20,7 %).

Mit Ausnahme des 4. Semesters stimmt in allen Semestern die absolute Mehrheit der Abstimmenden der These sogar vollständig zu.

***These 1 K** Fachsemester*



4.5 Gesamtnote

***These 1 K** Gesamtnote*

Gesamtnote	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
1–3	–	21,4 %	7,1 %	3,6 %	21,4 %	46,4 %
4–7	0,4 %	12,4 %	6,6 %	15,2 %	13,6 %	51,9 %
8–10	0,3 %	12,8 %	5,4 %	16,3 %	13,1 %	52,1 %
11–13	0,2 %	12,1 %	5,5 %	16,5 %	17,4 %	48,3 %
14–16	0,8 %	27,3 %	5,0 %	19,0 %	13,2 %	34,7 %
17–18	–	60,0 %	–	20,0 %	–	20,0 %
gesamt	**0,3 %**	**13,0 %**	**5,7 %**	**16,1 %**	**14,2 %**	**50,8 %**

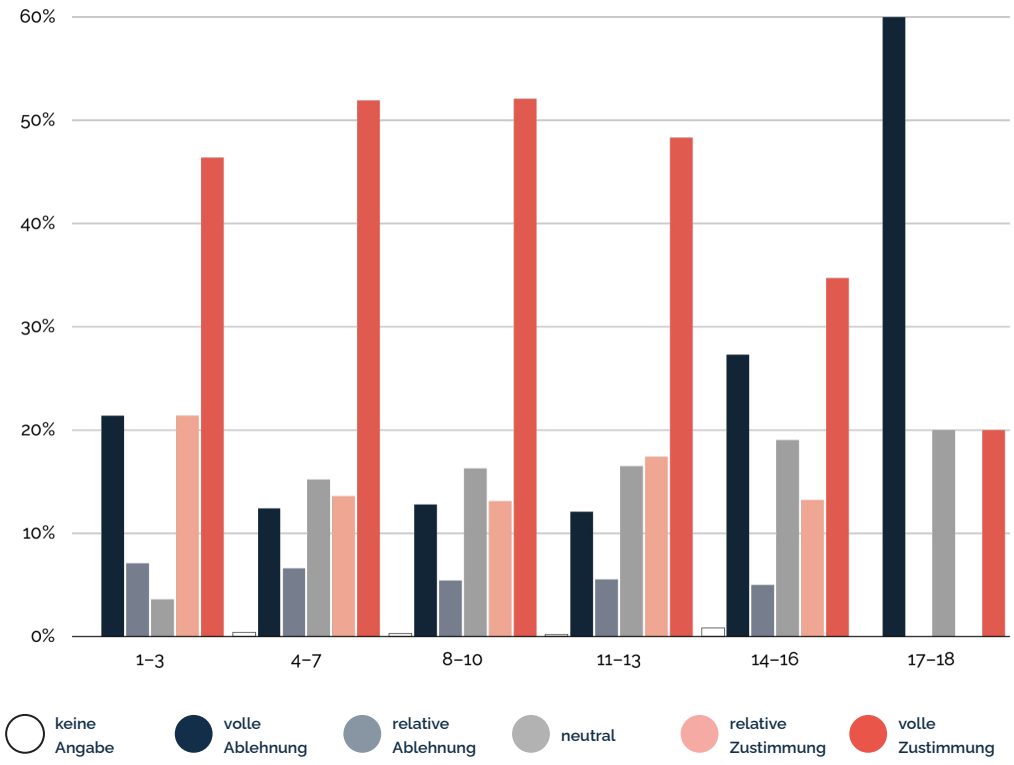
Die höchste vollständige Zustimmung ist mit 52,1 % bei den Teilnehmenden mit 8–10 Punkten und 4–7 Punkten (51,9 %) zu beobachten.

Die kumulierte Zustimmung folgt der Verteilung der vollständigen Zustimmung, auch hier sind die Werte bei den o. g. Gruppen am höchsten mit 65,5 % (4–7) und 65,2 % (8–10).

Die Neutralität weicht bei den Personen mit 17–18 Punkten mit 20,0 % am stärksten vom Durchschnitt von 16,1 % ab (allerdings bei nur 10 Abstimmenden).

Sowohl die vollständige als auch die kumulierte Ablehnung ist bei den Teilnehmenden mit 14–16 Punkten mit 27,3 % bzw. 32,3 % am höchsten (abgesehen von 60 % bei 17–18 Punkten, nicht aussagekräftig).

***These 1 K** Gesamtnote*



4.6 Studienort

***These 1 K** Studienort*

Bundesland	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
Ausland	–	13,0 %	4,3 %	13,0 %	13,0 %	56,5 %
Baden-Württemberg	0,4 %	14,9 %	7,7 %	17,4 %	14,3 %	45,3 %
Bayern	0,3 %	13,2 %	6,4 %	16,9 %	14,6 %	48,5 %
Berlin	0,2 %	8,6 %	4,7 %	15,6 %	13,8 %	57,0 %
Brandenburg	0,4 %	9,7 %	5,1 %	15,7 %	11,4 %	57,6 %
Bremen	0,7 %	3,6 %	7,2 %	16,7 %	13,0 %	58,7 %
Hamburg	0,2 %	7,6 %	5,6 %	15,5 %	16,2 %	55,0 %
Hessen	0,7 %	11,5 %	5,5 %	16,1 %	12,3 %	54,0 %
Mecklenburg-Vorpommern	0,8 %	7,6 %	7,6 %	22,7 %	11,4 %	50,0 %
Niedersachsen	0,3 %	13,6 %	5,8 %	15,2 %	15,1 %	50,0 %
Nordrhein-Westfalen	0,3 %	10,4 %	5,7 %	13,5 %	13,6 %	56,5 %
Rheinland-Pfalz	0,2 %	9,1 %	5,6 %	16,3 %	11,9 %	56,9 %
Saarland	–	12,5 %	3,7 %	11,8 %	16,2 %	55,9 %
Sachsen	0,6 %	6,0 %	3,3 %	10,6 %	13,9 %	65,6 %
Sachsen-Anhalt	–	7,1 %	3,8 %	8,2 %	11,5 %	69,4 %
Schleswig-Holstein	–	9,9 %	6,1 %	14,3 %	11,8 %	58,0 %
Thüringen	–	10,1 %	4,2 %	14,9 %	9,5 %	61,3 %
gesamt	**0,3 %**	**11,0 %**	**5,8 %**	**15,2 %**	**13,9 %**	**53,8 %**

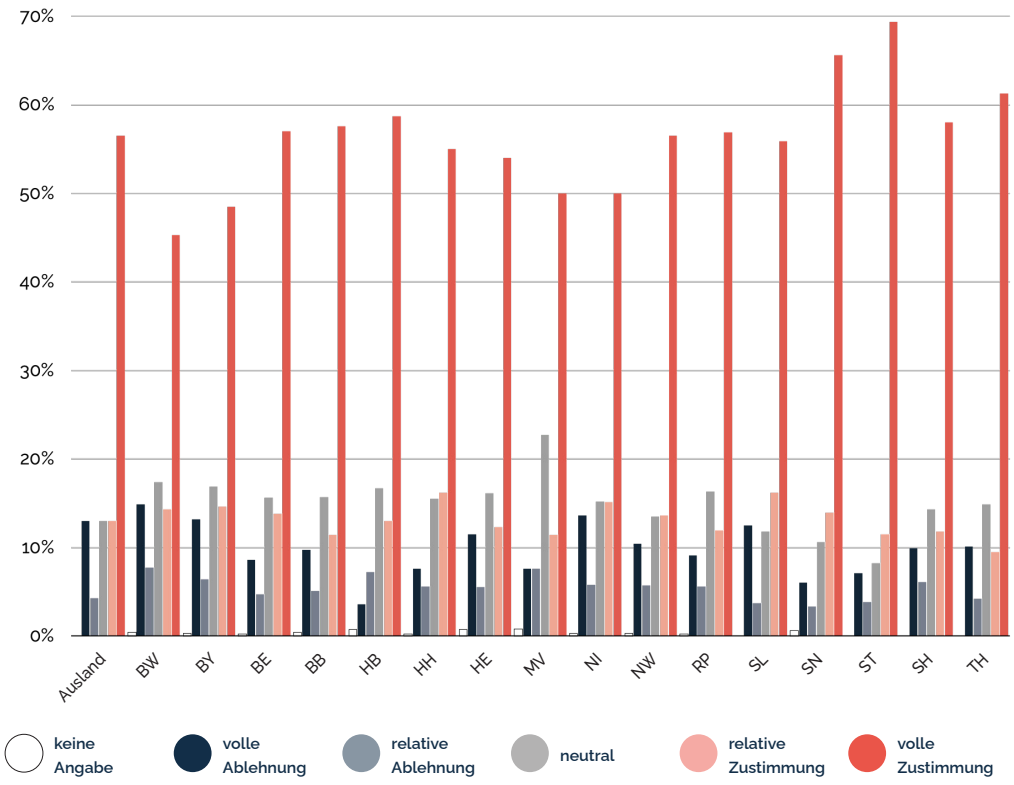
Über alle Bundesländer hinweg zeigt sich eine relative Zustimmung zur These. Dabei ist die stärkste vollständige Zustimmung mit 69,4 % bei Personen, die als Studienort Sachsen-Anhalt angegeben haben zu verzeichnen. Die kumulierte Zustimmung liegt in dieser Gruppe sogar bei 80,9 %, ist daneben in Sachsen mit 79,5 % am höchsten.

Mit 22,7 % liegt die Neutralität in Bezug auf die These in Mecklenburg-Vorpommern am stärksten über dem Durchschnittswert von 15,2 %.

In Baden-Württemberg ist die stärkste vollständige Ablehnung mit 14,9 % zu beobachten.

Dort ist auch die kumulierte Ablehnung mit 22,6 % am höchsten. Auch Bayern (13,2 %) und Niedersachsen (13,6 %) weisen hohe vollständige Ablehnungswerte auf. Jedoch ist stets die Zustimmung (kumuliert 59,6 %) höher als die Ablehnung.

***These 1 K** Studienort*



4.7 Verhältnis zur juristischen Ausbildung

***These 1 K** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*

Beruf	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
Studium	0,4 %	8,5 %	6,1 %	14,3 %	12,9 %	57,8 %
Referendariat	0,2 %	5,8 %	3,0 %	10,0 %	9,6 %	71,4 %
WissMit (Lehrstuhl)	0,3 %	9,1 %	3,8 %	10,4 %	15,0 %	61,4 %
WissMit (Kanzlei)	0,3 %	5,8 %	3,8 %	11,4 %	13,2 %	65,4 %
Promotion	0,1 %	9,1 %	5,3 %	10,8 %	13,9 %	60,8 %
LL.B.	–	4,2 %	3,2 %	15,6 %	13,1 %	63,9 %
LL.M.	–	8,9 %	5,0 %	16,0 %	15,1 %	55,0 %
Rechtsanwält:in	0,5 %	19,5 %	7,8 %	18,7 %	15,6 %	37,9 %
Syndikus	–	12,8 %	7,9 %	17,8 %	16,7 %	44,8 %
Richter:in	0,1 %	19,6 %	5,8 %	23,1 %	17,2 %	34,3 %
Staatsanwält:in	0,5 %	15,3 %	9,1 %	20,6 %	17,7 %	36,8 %
Professor:in	0,4 %	17,6 %	10,2 %	20,0 %	15,1 %	36,7 %
JPA	–	21,4 %	10,0 %	10,0 %	11,4 %	47,1 %
Verwaltungsbehörde	0,3 %	8,5 %	4,8 %	17,0 %	14,3 %	55,1 %
Abbruch	–	1,7 %	5,0 %	18,3 %	21,7 %	53,3 %
endgültig nicht bestanden	–	3,6 %	5,5 %	20,0 %	12,7 %	58,2 %
einstufige Ausbildung	–	11,0 %	9,9 %	26,4 %	18,7 %	34,1 %

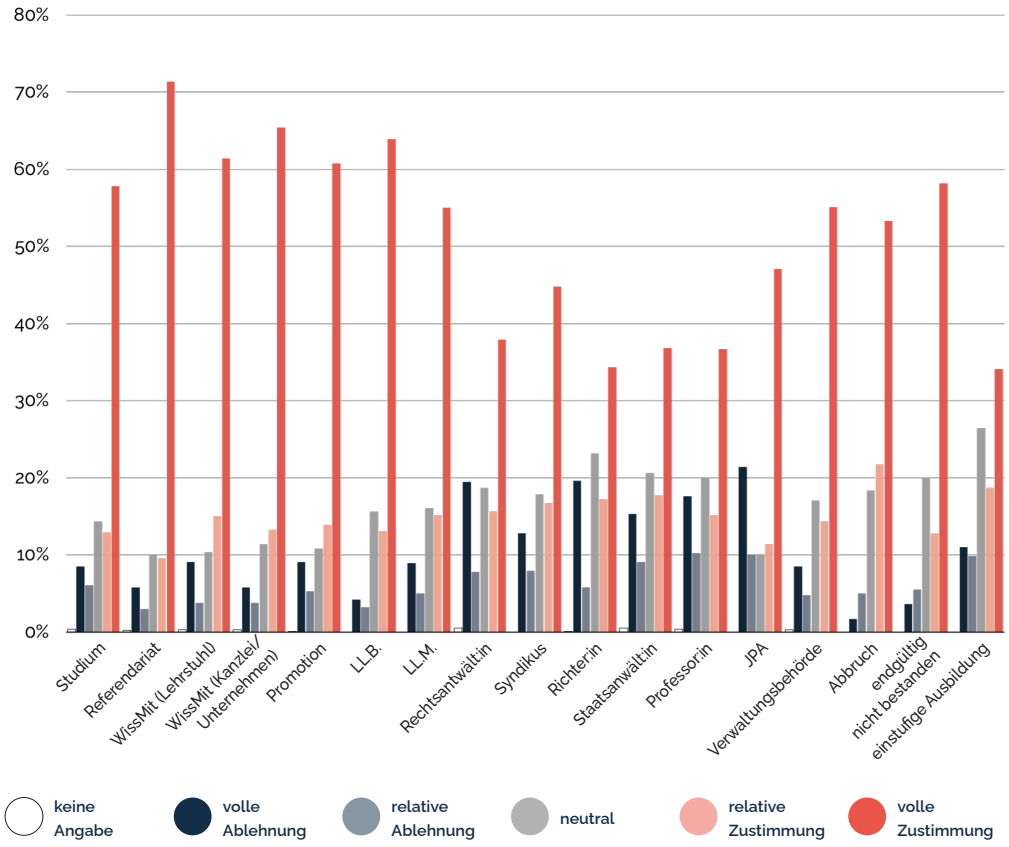
Die höchste vollständige sowie kumulierte Zustimmung wird mit 71,4 % bzw. 81,0 % unter den Referendar:innen erreicht. Diese Gruppe hat das schriftliche Examen kürzlich hinter sich und erinnert daher die Nachteile, die sich aus der handschriftlichen Lösung des Prüfungssachverhaltes ergeben, noch besonders gut. Dasselbe gilt für die wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen, sowohl am Lehrstuhl als auch in Kanzleien oder Unternehmen, die vollständige Zustimmungsraten von 61,4 % und 65,4 % aufweisen.

Richter:innen (23,1 %) sowie Personen, die die einstufige juristische Ausbildung durchlaufen haben (26,4 % bei nur 91 Teilnehmenden), verhalten sich deutlich stärker neutral zu der These als der Durschnitt der Abstimmenden (15,5 %).

Die höchste vollständige Ablehnung ist unter den Rechtsanwält:innen (19,5 %), Richter:innen (19,6 %) und Mitarbeitenden in einem JPA (21,4 % bei 70 Teilnehmenden – was angesichts der geringen Personenzahl, die in Justizprüfungsämtern arbeiten, ein beträchtlicher Anteil ist) zu beobachten.

Die kumulierte Ablehnung erreicht in letzterer Gruppe sogar 31,4 %, unter Professor:innen ebenfalls 27,8 % und bei Richter:innen 25,4 %. Dies könnte einerseits darauf zurückzuführen sein, dass diese Berufsgruppen besonders Umsetzungsschwierigkeiten und höhere Aufwände sehen, andererseits aber auch älter sind und daher aufgrund mangelnder digitaler Erfahrung nicht an der Mitwirkung in einem digitalen Prüfungssystem interessiert sind.

***These 1 K** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*



5. Ergebnis bzgl. Erwartungen

Die Hypothese hat sich bestätigt. Allerdings sind insbesondere auch Angehörige der Justiz (Richter:innen, StA), inklusive der Prüfungsämter und Rechtsanwält:innen, zurückhaltender.

These 1 L: Online-Datenbanken

1. Thesenhintergrund

Die These wurde von wenigen Akteur:innen diskutiert. Insgesamt haben wir neun Pro-Argumente gezählt, vorgebracht von drei Personen.[1] Contra-Argumente fanden sich in der Literatur nicht. Da die erstmalige Nennung dieser These aus einer Veröffentlichung von 2019 stammt[2], war die Debatte zum Zeitpunkt der Auswertung noch nicht weit fortgeschritten. Die Argumente bezogen sich v.a. auf die Verwendung von Handkommentaren in den Prüfungen. Diese Argumente sind jedoch übertragbar, weil auch bei der Verwendung von Online-Datenbanken der Zugang zu Kommentaren im Zentrum stehen dürfte. Die meisten Argumente beziehen sich darauf, dass man die den Praktiker:innen zur Verfügung stehenden Hilfsmittel auch in der Prüfungssituation zugänglich macht. Sie beziehen sich deshalb sowohl auf Kommentare als auch auf Online-Datenbanken. Der Unterschied besteht jedoch darin, dass physische Kommentare beschränkt werden könnten wie in der Prüfung zum 2. Examen.

2. Thesengestaltung

Der Zugriff auf Online-Datenbanken sollte in der Ersten juristischen Staatsprüfung erlaubt werden.

Die Argumente, welche auf der iur.reform-Webseite abrufbar waren, lauteten:

Pro	Contra
1. Die Fähigkeit, sich Wissen anzueignen, ist das, was nach dem Studium bleibt. Ein Großteil des angehäuften Wissens für das Examen geht hingegen verloren.	1. Am Ende des Jurastudiums verfügt man über einen festen Wissensschatz, der als Allgemeinbildung von unschätzbarem Wert ist. Die Verwendung von Datenbanken hindert dies.
2. Die Nutzung von Handkommentaren verhindert stumpfes Auswendiglernen.	2. Auch jetzt kann man keine Klausur bestehen, wenn nur auswendig gelernt wird. Denn Wissen muss immer angewandt und kontextualisiert werden.
3. Verständnis und Transfer können stärker geprüft werden.	3. Die Entwicklung der Infrastruktur eines eigenständigen Datenbankzugriffs für die juristische Staatsprüfung, ohne generelle Öffnung des Internets, ist sehr verwaltungs- und kostenintensiv.

3. Hypothese

Wir formulierten folgende Erwartungen für die These:

- Wohl tendenziell Ablehnung.
- Von Studierenden und Referendar:innen erwarteten wir eine neutrale Haltung bis leichte Zustimmung, von Anwält:innen und anderen Praktiker:innen eher Ablehnung. Dies erwarteten wir vor allem wegen der offenen Fragen in Bezug auf eine mögliche Umsetzbarkeit bzw. Umsetzungsschwierigkeiten und Bedenken bezüglich der Fairness und Vergleichbarkeit von Jahrgängen mit und ohne der Möglichkeit der Nutzung von Online-Datenbanken in den Prüfungen. Dabei könnte auch Besitzstandswahrung hineinspielen, also das Gefühl, dass eine andere Gruppe nicht gegenüber der eigenen Gruppe, die „das ja auch machen musste" anders behandelt werden sollte.

[1] Vgl. Literaturauswertung, Reiter „Online-Datenbanken", Zeile 375 ff. ***https://onedrive.live.com/view.aspx?resid=D3C707BB028AE925!323&ithint=file %2cxlsx&authkey=!AERBCCwtBbE_-1M.***

[2] Hoven, „Wie eine Reform des Staatsexamens aussehen müsste", FAZ Einspruch, 06.08.2019, abrufbar unter ***https://faz.net/einspruch/wie-eine-reform-des-staatsexamens-aussehen-muesste-16319742.html***, zuletzt abgerufen am 01.12.2020.

4. Deskriptive Statistik

4.1 Gesamtauswertung

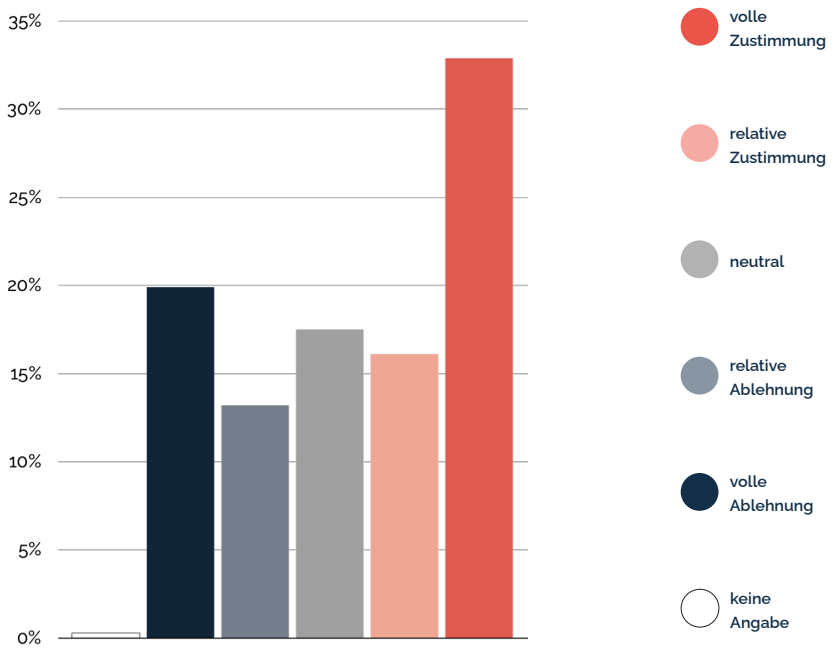
***These 1 L** Gesamtauswertung*

Bewertung	Anteil
keine Angabe	0,3 %
volle Ablehnung	19,9 %
relative Ablehnung	13,2 %
neutral	17,5 %
relative Zustimmung	16,1 %
volle Zustimmung	32,9 %
gesamt	**100,0 %**

Bei einer ersten Betrachtung fällt auf, dass knapp ein Drittel (32,9 %) der Teilnehmenden die Verwendung von Online-Datenbanken vollständig befürworten. Zieht man die 16,1 % der Antworten hinzu, welche der These überwiegend, aber nur relativ zustimmen, stehen 49 % der Teilnehmenden der Verwendung von Online-Datenbanken mehrheitlich positiv gegenüber. Damit verpasst die These knapp eine Zustimmung von der absoluten Mehrheit der Teilnehmenden.

Absolut ablehnend äußerten sich 19,9 %, relativ ablehnend äußerten sich 13,2 %, was eine ablehnende Haltung von 33,1 % der Teilnehmenden ausmacht. Weder befürwortend noch ablehnend („neutral“) antworteten 17,5 %. Damit sind die absoluten Positionen jeweils stärker vertreten als die relativen und neutralen Positionen.

***These 1 L** Gesamtauswertung*



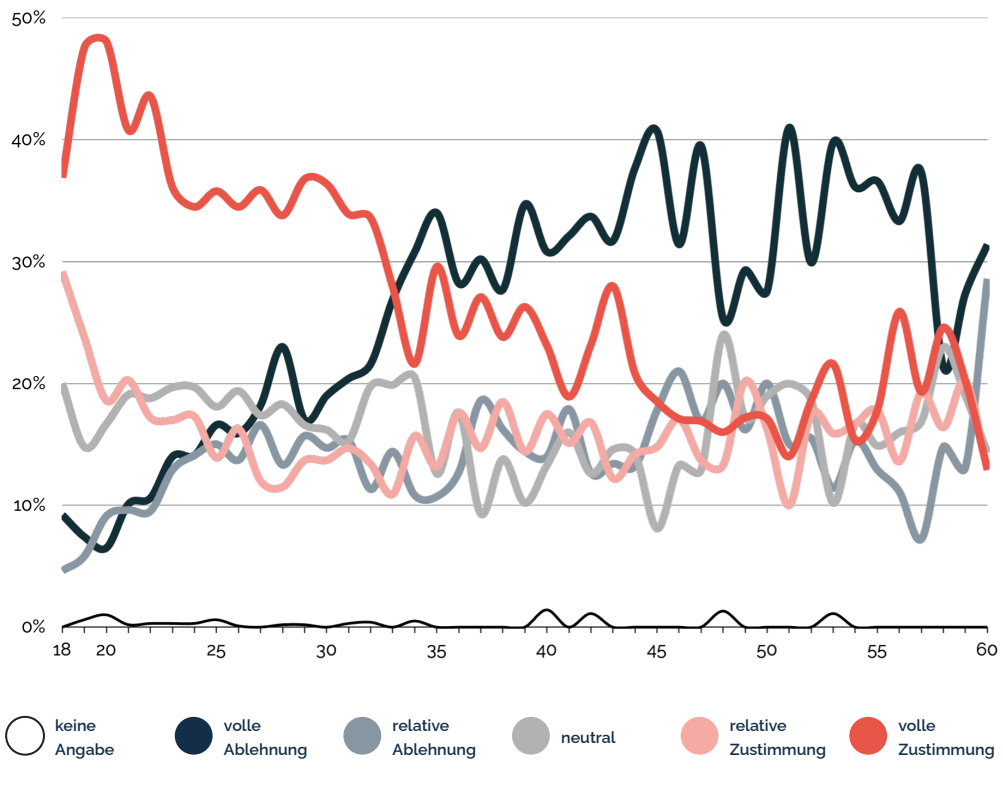
4.2 Alter

Tendenziell ist die Unterstützung bei jüngeren Befragten höher während die Ablehnung in der Tendenz umso stärker ist, je älter die Abstimmenden sind. So liegt die vollständige Zustimmung der 19, 20 und 22 jährigen Abstimmenden bei 47,6 %, 48,1 % und 43,6 %. Zieht man die Antworten hinzu, die relativ zustimmen, erhält die These bis zu den 24-Jährigen Zustimmung von einer absoluten Mehrheit und bleibt bis zu den 32-Jährigen knapp unter oder knapp über 50 % Zustimmung. In der Altersgruppe zwischen 32 – 42 Jahre liegt die absolute Zustimmung zwischen 33 % und 23,2 %, kommt jedoch zusammen mit den Stimmen für eine relative Zustimmung konstant auf eine Unterstützung zwischen 35 – 40 %. In den nachfolgenden Jahrgängen variiert die Unterstützung zwischen einzelnen Jahrgängen deutlich, aber bewegt sich zwischen 25 % (51 und 60 Jährige) und knapp über oder knapp unter 40 % (57, 59 und 61 Jährige). Bei den 63- und 64-Jährigen unterstützt wiederum eine absolute Mehrheit der Teilnehmenden die These.

Der Anteil der Teilnehmenden, die die These vollständig ablehnen beträgt unter den Teilnehmenden bis 27 nur zwischen 6,5 % und 18,2 %. Auch relative Ablehnung ist bei den Antworten in dieser Altersgruppe selten und liegt zwischen 4,6 % und 16,6 %. Bei den 27-Jährigen überschreitet die Ablehnung zum ersten Mal 30 % und steigt dann bei den über 33-Jährigen auf über 40 %. Bei den 41-Jährigen erreicht die Ablehnung zum ersten Mal die absolute Mehrheit. Die Ablehnung bleibt in den nachfolgenden Jahrgängen im Bereich von mehr als 45 % und erreicht immer wieder in einzelnen Jahrgängen mehr als 50 %. Bei den Teilnehmenden über 61 Jahren sinkt die Ablehnung aber deutlich auf nur 24 % bei den 64-Jährigen und steigt dann wieder – mit einigen Ausnahmen – auf rund 40 %.

Dass jüngere Abstimmende die These teilen und ältere Abstimmende der These tendenziell ablehnender gegenüberstehen, steht mit der formulierten Erwartung im Einklang, dass Studierende und Referendar:innen (im Regelfall jünger) der These positiv und Rechtsanwält:innen und Praktiker:innen (im Regelfall älter) kritischer gegenüberstehen. Nicht im Einklang steht die bei höherem angegebenen Alter wieder ansteigende Unterstützung. Dies könnte jedoch auch damit erklärt werden, dass in den höheren Altersgruppen nur wenige Teilnehmer pro Jahrgang vertreten sind und deshalb einzelne Positionen die Ergebnisse stärker verändern. Altersgruppen, die eine Zustimmung oder Ablehnung zu einzelnen Werten von 100 % erreichten, wurden hier wegen der kleinen Anzahl der Antworten aus diesen Jahrgängen nicht beachtet. Die Grafik zeigt die Überschneidung der Zustimmung und der Ablehnung mit zunehmendem Alter deutlich.

***These 1 L** Alter*



***These 1 L** Alter*

0 keine Angabe **1** volle Ablehnung **2** relative Ablehnung **3** neutral **4** relative Zustimmung **5** volle Zustimmung

Alter	0	1	2	3	4	5
17	–	–	–	–	–	100 %
18	–	9,2 %	4,6 %	20,0 %	29,2 %	36,9 %
19	0,6 %	7,4 %	5,8 %	14,8 %	23,8 %	47,6 %
20	1,0 %	6,5 %	9,1 %	16,7 %	18,6 %	48,1 %
21	0,2 %	10,1 %	9,6 %	19,1 %	20,3 %	40,8 %
22	0,3 %	10,6 %	9,5 %	18,8 %	17,2 %	43,6 %
23	0,3 %	14,0 %	12,9 %	19,7 %	17,0 %	36,1 %
24	0,3 %	14,1 %	14,1 %	19,7 %	17,3 %	34,5 %
25	0,6 %	16,6 %	15,0 %	18,1 %	13,9 %	35,8 %
26	0,1 %	15,9 %	13,7 %	19,4 %	16,3 %	34,5 %
27	–	18,2 %	16,6 %	17,4 %	12,0 %	35,9 %
28	0,2 %	23,0 %	13,3 %	18,3 %	11,5 %	33,8 %
29	0,2 %	17,0 %	15,7 %	16,6 %	13,7 %	36,8 %
30	–	19,0 %	14,7 %	16,2 %	13,7 %	36,4 %
31	0,3 %	20,4 %	15,3 %	15,3 %	14,7 %	33,9 %
32	0,4 %	21,6 %	11,3 %	19,8 %	13,4 %	33,6 %
33	–	26,9 %	14,4 %	19,9 %	10,9 %	27,9 %
34	0,5 %	30,8 %	10,8 %	20,5 %	15,7 %	21,6 %
35	–	34,0 %	10,7 %	12,6 %	13,2 %	29,6 %
36	–	28,2 %	12,7 %	17,6 %	17,6 %	23,9 %
37	–	30,2 %	18,6 %	9,3 %	14,7 %	27,1 %
38	–	27,7 %	16,2 %	13,8 %	18,5 %	23,8 %
39	–	34,7 %	14,4 %	10,2 %	14,4 %	26,3 %
40	1,4 %	30,8 %	14,0 %	13,3 %	17,5 %	23,1 %
41	–	32,1 %	17,9 %	16,0 %	15,1 %	18,9 %
42	1,1 %	33,7 %	12,6 %	12,6 %	16,8 %	23,2 %
43	–	31,7 %	13,4 %	14,6 %	12,2 %	28,0 %
44	–	37,7 %	13,2 %	14,2 %	14,2 %	20,8 %
45	–	40,7 %	17,8 %	8,1 %	14,8 %	18,5 %
46	–	31,4 %	21,0 %	13,3 %	17,1 %	17,1 %
47	–	39,5 %	16,9 %	12,9 %	13,7 %	16,9 %
48	1,3 %	25,3 %	20,0 %	24,0 %	13,3 %	16,0 %
49	–	29,3 %	16,2 %	17,2 %	20,2 %	17,2 %
50	–	27,6 %	20,0 %	19,0 %	16,2 %	17,1 %

Alter	0	1	2	3	4	5
51	–	41,0 %	15,0 %	20,0 %	10,0 %	14,0 %
52	–	29,9 %	15,5 %	18,6 %	17,5 %	18,6 %
53	1,1 %	39,8 %	11,4 %	10,2 %	15,9 %	21,6 %
54	–	36,1 %	15,3 %	16,7 %	16,7 %	15,3 %
55	–	36,6 %	12,9 %	14,9 %	17,8 %	17,8 %
56	–	33,3 %	11,1 %	16,0 %	13,6 %	25,9 %
57	–	37,3 %	7,2 %	16,9 %	19,3 %	19,3 %
58	–	21,3 %	14,8 %	23,0 %	16,4 %	24,6 %
59	–	27,4 %	13,1 %	19,0 %	20,2 %	20,2 %
60	–	31,4 %	28,6 %	14,3 %	12,9 %	12,9 %
61	1,8 %	28,6 %	3,6 %	23,2 %	28,6 %	14,3 %
62	1,9 %	24,1 %	5,6 %	20,4 %	16,7 %	31,5 %
63	–	23,1 %	7,7 %	17,9 %	28,2 %	23,1 %
64	–	8,3 %	16,7 %	20,8 %	20,8 %	33,3 %
65	2,9 %	22,9 %	17,1 %	14,3 %	28,6 %	14,3 %
66	–	22,7 %	18,2 %	36,4 %	9,1 %	13,6 %
67	–	23,5 %	17,6 %	5,9 %	23,5 %	29,4 %
68	6,7 %	13,3 %	6,7 %	6,7 %	40,0 %	26,7 %
69	–	28,6 %	14,3 %	14,3 %	28,6 %	14,3 %
70	–	40,0 %	20,0 %	–	20,0 %	20,0 %
71	–	37,5 %	–	12,5 %	12,5 %	37,5 %
72	–	20,0 %	–	20,0 %	–	60,0 %
73	–	–	12,5 %	12,5 %	37,5 %	37,5 %
74	–	44,4 %	11,1 %	11,1 %	11,1 %	22,2 %
75	–	16,7 %	16,7 %	33,3 %	–	33,3 %
77	–	25,0 %	–	25,0 %	25,0 %	25,0 %
78	–	–	–	33,3 %	–	66,7 %
79	–	–	–	50,0 %	–	50,0 %
81	–	100 %	–	–	–	–
82	–	–	100 %	–	–	–
83	–	100 %	–	–	–	–
84	–	–	–	–	100 %	–
90	–	–	–	–	100 %	–
Σ	**0,3 %**	**19,7 %**	**13,2 %**	**17,5 %**	**16,1 %**	**33,1 %**

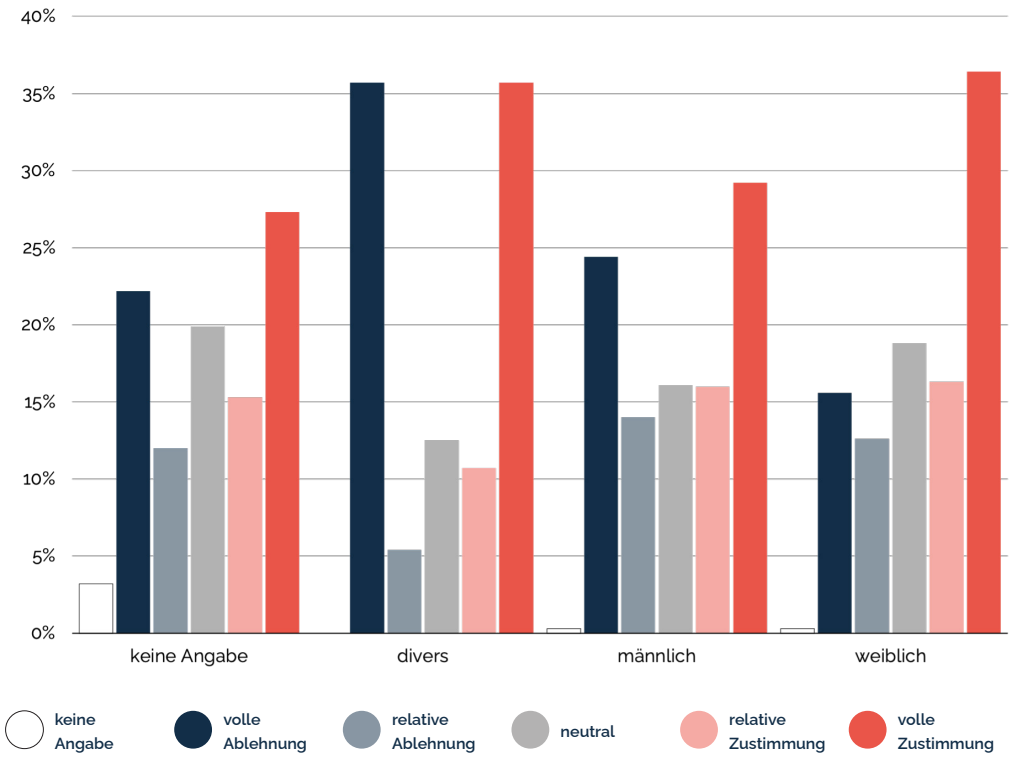
4.3 Geschlecht

***These 1 L** Geschlecht*

Geschlecht	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
keine Angabe	3,2 %	22,2 %	12,0 %	19,9 %	15,3 %	27,3 %
divers		35,7 %	5,4 %	12,5 %	10,7 %	35,7 %
männlich	0,3 %	24,4 %	14,0 %	16,1 %	16,0 %	29,2 %
weiblich	0,3 %	15,6 %	12,6 %	18,8 %	16,3 %	36,4 %
gesamt	**0,3 %**	**19,9 %**	**13,2 %**	**17,5 %**	**16,1 %**	**32,9 %**

Die Tabelle zeigt, dass bei diversen Personen vollständige Zustimmung und vollständige Ablehnung von jeweils 35 % der Befragten angegeben wurde. Dabei handelt es sich aber um eine relativ kleine Menge an Antworten von insgesamt 56 Personen. In den weit größeren Gruppen zeigt sich ein anderes Bild: Die vollständige Zustimmung mit 36,4 % bzw. 29,2 % ist bei Frauen und Männern ähnlich hoch. Die relative Zustimmung wurde in beiden Gruppen jeweils von 16,3 % bzw. 16,0 % der Teilnehmenden gewählt. Auch die Angabe von neutral und relativ ablehnend wurden in beiden Gruppen von ähnlich vielen Personen gemacht (18 % und 16 % bzw. 12,6 % und 14 %). Deutlich ist der Unterschied in der vollständigen Ablehnung. Hier sprachen sich 15,6 % der Frauen gegen die Verwendung von Online-Datenbanken in der Ersten juristischen Staatsprüfung aus, während 24,4 % der Männer dies als Präferenz angaben. Damit stehen die befragten Frauen dem Vorhaben insgesamt positiver gegenüber. Der Unterschied könnte sich jedoch auch dadurch erklären, dass weibliche Teilnehmerinnen im Schnitt 6 Jahre jünger waren als die männlichen Teilnehmer.

***These 1 L** Geschlecht*



4.4 Fachsemester

***These 1 L** Fachsemester*

Fachsemester	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
1	0,9 %	21,3 %	16,7 %	14,4 %	15,7 %	31,0 %
2	0,2 %	20,4 %	10,4 %	18,8 %	15,2 %	34,9 %
3	–	16,0 %	12,5 %	20,8 %	16,0 %	34,8 %
4	0,4 %	18,8 %	10,7 %	20,1 %	18,8 %	31,3 %
5	–	16,1 %	12,1 %	17,5 %	14,9 %	39,5 %
6	0,5 %	17,7 %	11,8 %	16,2 %	19,0 %	34,9 %
7	0,3 %	20,2 %	15,2 %	20,5 %	11,5 %	32,3 %
8	0,3 %	20,9 %	12,4 %	17,4 %	13,5 %	35,5 %
9	0,5 %	15,7 %	13,6 %	17,6 %	18,2 %	34,4 %
10	0,5 %	22,0 %	12,6 %	16,6 %	16,1 %	32,2 %
11	–	21,8 %	15,6 %	16,8 %	17,2 %	28,6 %
12	0,5 %	19,2 %	10,8 %	13,8 %	17,2 %	38,4 %
13	–	18,5 %	16,0 %	14,8 %	12,3 %	38,3 %
14	–	22,0 %	15,9 %	8,5 %	17,1 %	36,6 %
15	–	19,5 %	17,1 %	12,2 %	17,1 %	34,1 %
16	–	22,6 %	9,7 %	16,1 %	25,8 %	25,8 %
>16	–	11,1 %	14,4 %	15,6 %	21,1 %	37,8 %
gesamt	**0,3 %**	**19,0 %**	**12,8 %**	**17,5 %**	**16,2 %**	**34,2 %**

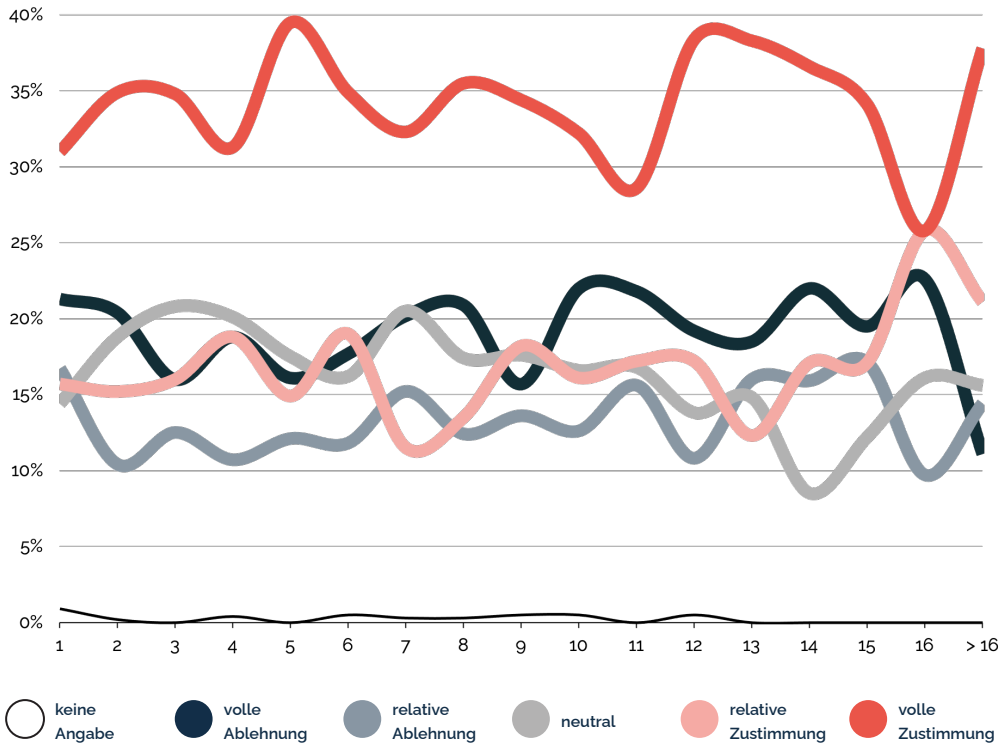
Eine einzelne Antwortoption erreicht in dieser Betrachtung über die Fachsemester hinweg keine absolute Mehrheit (wie auch in der Gesamtbetrachtung). Die vollständige Zustimmung ist mit über 30 % Prozent (außer bei Studierenden im 11. [28,6 %] und 16. [25,8 %] Fachsemester) hoch und erreicht sogar knapp 40 % unter Studierenden, die im 5., 12., und 13. Fachsemester sind.

Die relative und vollständige Zustimmung wurde unter den Teilnehmenden, die ein Fachsemester angegeben haben, abgesehen von vier Ausnahmen (Fachsemester 1, 7, 8 und 11 mit 46,7 %, 43,8 %, 49 % und 46,2 %) von einer absoluten Mehrheit, die zwischen 50,1 % und 54 % lag, unterstützt. Die Mehrheitsverhältnisse verändern sich dementsprechend zwischen den Semestern nicht so stark wie bei anderen Thesen.

Die kehrseitige Betrachtung, der vollständig ablehnenden Haltung , zeigt über die gesamte Betrachtung konstant Werte zwischen 15 – 22 %, mit der einzigen Ausnahme bei den Studierenden, die angegeben haben, mehr als 16 Semester zu studieren (vollständige Ablehnung 11,1 %). Auch erreicht die relative ablehnende Haltung in den Semestern 1–15 mindestens 10 % und maximal 17 %. Die beiden Werte zusammengenommen erreichen unter den Abstimmenden, die ein Fachsemester angegeben haben, durchweg zwischen 25 – 35,4 %.

Besonders wenige Personen (8,5 %) sprachen sich von den Personen im 14. Semester aus. Ansonsten liegt der Wert zwischen 14 % und 20,5 %.

***These 1 L** Fachsemester*



4.5 Gesamtnote

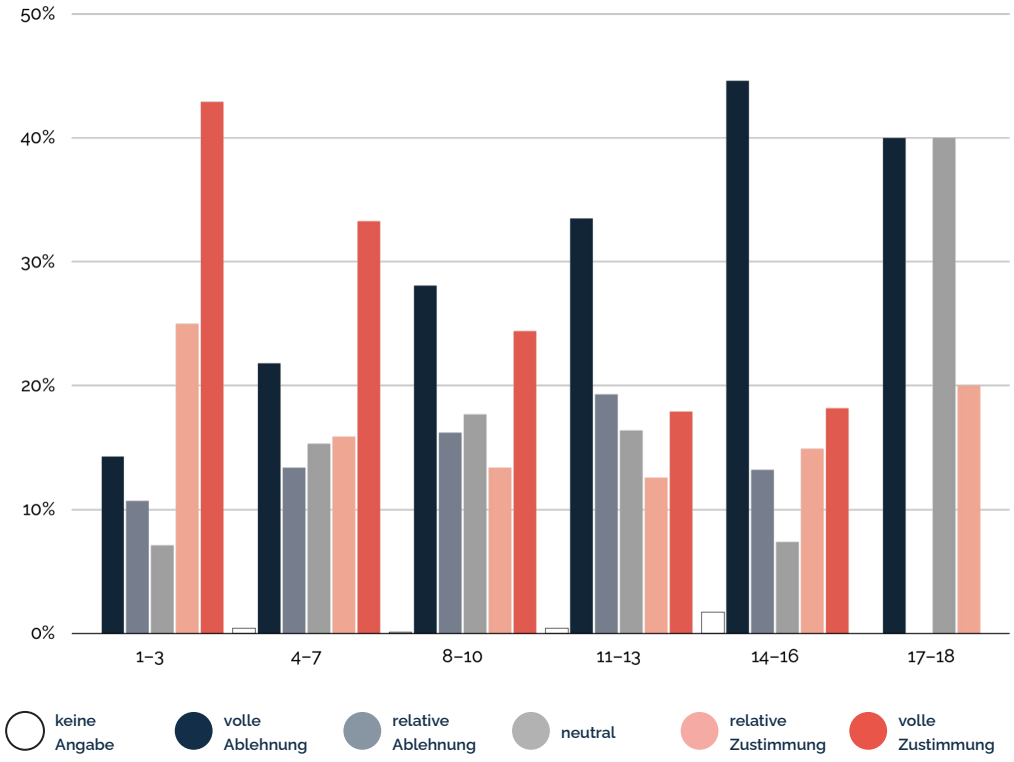
***These 1 L** Gesamtnote*

Gesamtnote	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
1–3	–	14,3 %	10,7 %	7,1 %	25,0 %	42,9 %
4–7	0,4 %	21,8 %	13,4 %	15,3 %	15,9 %	33,3 %
8–10	0,1 %	28,1 %	16,2 %	17,7 %	13,4 %	24,4 %
11–13	0,4 %	33,5 %	19,3 %	16,4 %	12,6 %	17,9 %
14–16	1,7 %	44,6 %	13,2 %	7,4 %	14,9 %	18,2 %
17–18	–	40,0 %	–	40,0 %	20,0 %	–
gesamt	**0,3 %**	**28,1 %**	**16,1 %**	**16,6 %**	**13,9 %**	**25,0 %**

In der Ansicht dieser Tabelle werden folgende Tendenzen ersichtlich: Teilnehmende, die angegeben haben 1-3 Punkte zu haben, stimmten der These zu 42,9 % vollständig zu. Die vollständige Zustimmung nimmt mit steigenden Notenstufen ab, sodass bei Teilnehmenden mit 11-13 Punkten nur noch 17,9 % bzw. bei Teilnehmenden, die angegeben haben 14-16 Punkte erhalten zu haben, nur noch 18,2 % (und bei 17-18 Punkte 20 %) die These vollständig unterstützen. Demgegenüber steigt die vollständige Ablehnung auch mit den höheren Notenstufen von 14,3 % unter den Personen mit 1-3 Punkten auf 44,6 % bei den Personen mit 14-16 Punkten (40 % vollständige Ablehnung bei Personen mit 17-18 Punkten). Auch die relative Zustimmung sinkt, je höher die Noten der antwortenden Personen sind. Ebenso steigt die relative Ablehnung, je höher die angegebenen Noten sind.

Bei den Stufen mit den meisten Teilnehmenden (die Notenstufen 4-7, 8-10, 11-13 machen 5686 der 5845 auf die Frage nach dem Fachsemester Antwortenden aus) ist eine ähnliche Tendenz zu erkennen (steigende Ablehnung und sinkende Zustimmung je höher die angegebene Note), wenn auch in weniger extremer Ausprägung. Hier sprechen sich 49,2 % der Teilnehmenden mit 4-7 Punkten überwiegend oder vollständig für die These aus, bzw. 35,2 % relativ oder vollständig dagegen aus. Studierende mit 11-13 Punkten stimmen zu 30,5 % relativ oder vollständig zu bzw. lehnen zu 52,8 % überwiegend oder vollständig ab.

***These 1 L** Gesamtnote*



4.6 Studienort

***These 1 L** Studienort*

Bundesland	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
Ausland	–	13,0 %	–	26,1 %	8,7 %	52,2 %
Baden-Württemberg	–	25,5 %	14,7 %	18,6 %	15,5 %	25,7 %
Bayern	0,3 %	23,7 %	14,4 %	17,7 %	15,0 %	28,8 %
Berlin	0,6 %	18,6 %	12,8 %	18,4 %	14,8 %	34,8 %
Brandenburg	0,4 %	15,3 %	14,0 %	14,8 %	14,4 %	41,1 %
Bremen	–	15,2 %	13,8 %	17,4 %	21,7 %	31,9 %
Hamburg	–	18,1 %	17,0 %	19,2 %	18,2 %	27,5 %
Hessen	0,5 %	21,4 %	11,5 %	17,6 %	16,6 %	32,5 %
Mecklenburg-Vorpommern	–	20,5 %	10,6 %	19,7 %	16,7 %	32,6 %
Niedersachsen	0,6 %	18,5 %	12,6 %	16,6 %	15,2 %	36,6 %
Nordrhein-Westfalen	0,3 %	18,3 %	12,7 %	15,9 %	16,7 %	36,0 %
Rheinland-Pfalz	0,2 %	18,1 %	14,5 %	18,9 %	16,9 %	31,4 %
Saarland	–	19,9 %	12,5 %	15,4 %	18,4 %	33,8 %
Sachsen	0,4 %	10,2 %	8,5 %	15,9 %	17,8 %	47,2 %
Sachsen-Anhalt	–	21,3 %	12,0 %	24,6 %	13,7 %	28,4 %
Schleswig-Holstein	0,6 %	17,8 %	12,7 %	18,5 %	17,8 %	32,5 %
Thüringen	–	12,5 %	17,3 %	19,0 %	16,7 %	34,5 %
gesamt	**0,3 %**	**19,7 %**	**13,3 %**	**17,5 %**	**16,1 %**	**33,1 %**

Bei der Betrachtung der Antworten nach dem angegebenen Studienort ähneln sich die Antworten in der Tendenz mit wenigen Ausnahmen (Ausland [23 Angaben] und Baden-Württemberg [1458 Angaben]) in dem Sinne, dass die vollständige Zustimmung die häufigste Antwort ist (zwischen Bayern mit 28,8 % und Sachsen mit 47,2 %). Bei Studierenden, die Sachsen, Brandenburg oder Ausland angegeben haben, liegt die vollständige Zustimmung bei über 40 %. Zusammen mit den Angaben von relativer Zustimmung liegt die positive Zustimmung zur These – mit Ausnahme von Baden-Württemberg, Bayern und Sachsen-Anhalt mit je 41,2 %, 43,8 % und 42,1 % – über 45 %. Bei Studierenden, die Ausland oder Sachsen angegeben haben, liegt die Zustimmung insgesamt bei über 60 %.

Bei Studierenden, die Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern oder Sachsen-Anhalt als Studienort angegeben haben, erreicht die vollständige Ablehnung mehr als 20 % (zwischen 20,5 % in Mecklenburg-Vorpommern und 25,5 % in Baden-Württemberg). Zusammen mit den Angaben relativer Ablehnung („2“) lehnen in den meisten Bundesländern rund 30 % (zwischen 29 % in Bremen und 35,1 % in Hamburg) die Nutzung von Online-Datenbanken in den Prüfungen ab. Besonders hoch ist die Ablehnung bei Studierenden, die angegeben haben, in Baden-Württemberg (40,2 %) und Bayern (39,1 %) zu studieren. Besonders niedrig ist die Ablehnung bei den Studierenden, die Ausland angegeben haben mit 13 % (23 Angaben).

***These 1 L** Studienort*

4.7 Verhältnis zur juristischen Ausbildung

***These 1 L** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*

Beruf	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
Studium	0,3 %	9,8 %	9,6 %	18,6 %	18,4 %	43,3 %
Referendariat	0,4 %	20,8 %	16,4 %	17,3 %	10,9 %	34,2 %
WissMit (Lehrstuhl)	0,2 %	23,3 %	18,1 %	17,5 %	16,2 %	24,6 %
WissMit (Kanzlei)	0,5 %	20,9 %	12,7 %	18,0 %	15,4 %	32,6 %
Promotion	0,4 %	26,1 %	17,9 %	17,1 %	14,2 %	24,3 %
LL.B.	–	14,4 %	10,9 %	21,3 %	13,1 %	40,3 %
LL.M.	0,4 %	23,7 %	14,9 %	16,0 %	14,5 %	30,5 %
Rechtsanwält:in	0,3 %	29,4 %	13,6 %	16,7 %	15,7 %	24,3 %
Syndikus	–	24,0 %	14,8 %	15,0 %	18,9 %	27,3 %
Richter:in	–	41,3 %	20,6 %	13,7 %	14,2 %	10,2 %
Staatsanwält:in	–	36,8 %	18,2 %	16,3 %	14,8 %	13,9 %
Professor:in	–	40,4 %	16,7 %	16,3 %	10,6 %	15,9 %
JPA	–	54,3 %	18,6 %	12,9 %	2,9 %	11,4 %
Verwaltungsbehörde	0,5 %	18,8 %	14,5 %	15,5 %	18,8 %	31,8 %
Abbruch	–	1,7 %	6,7 %	21,7 %	16,7 %	53,3 %
endgültig nicht bestanden	–	3,6 %	7,3 %	27,3 %	20,0 %	41,8 %
einstufige Ausbildung	–	14,3 %	12,1 %	22,0 %	23,1 %	28,6 %

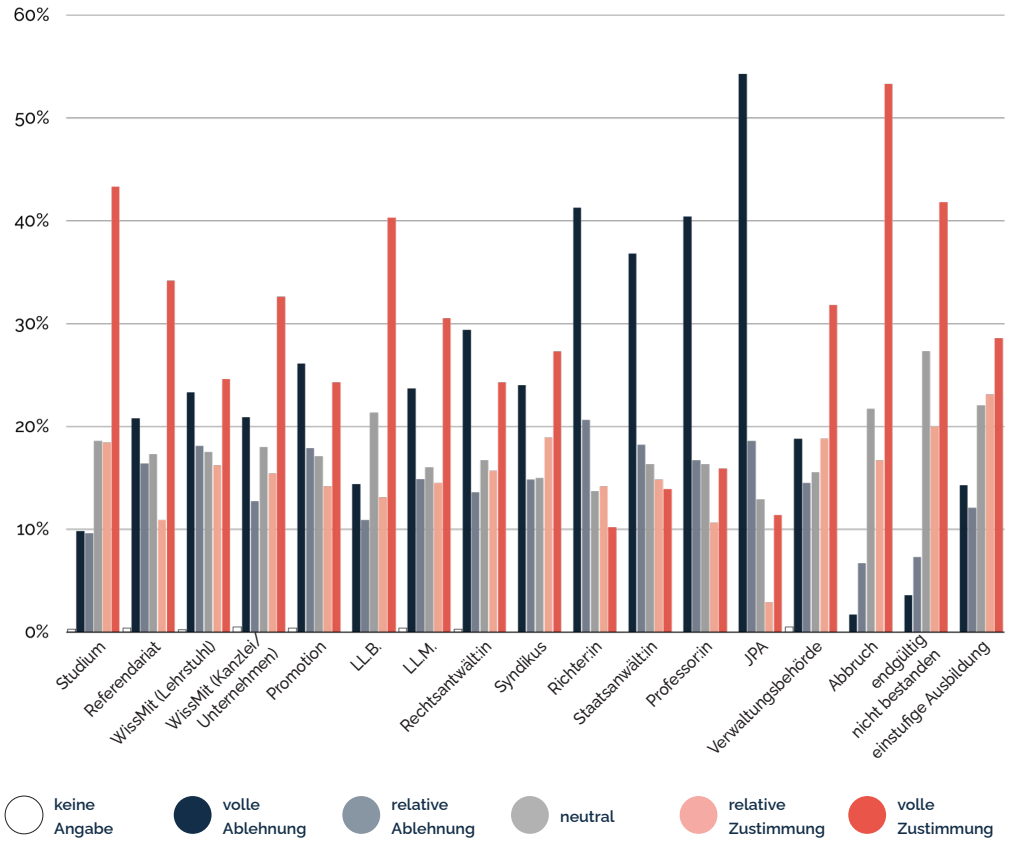
Bereits auf den ersten Blick fällt auf, dass es Gruppen gibt, die sich besonders stark zu unterscheiden scheinen. So ist unter einigen Gruppen die vollständige Zustimmung die Angabe mit der höchsten Zustimmung: Studium (43,3 %), Referendariat (34,2 %), Wissenschaftliche:r Mitarbeiter:in (24,6 % und 32,6 %), LL.B. (40,3 %), LL.M. (30,5 %), Syndikus (27,3 %), Verwaltungsbehörde (31,8 %), Studienabbruch (53,3 %), Endgültig nicht bestanden (41,8 %), Einstufige Ausbildung (28,6 %). Demgegenüber ist unter anderen Gruppen die vollständige Ablehnung („1“) die Angabe mit der höchsten Zustimmung: Promotion (24,3 %), RA:in (29,4 %), Richter:in (41,3 %), StA:in (36,8 %), Professor:in (40,4 %), JPA (54,3 %).

Nur in zwei Gruppen erreicht die vollständige Zustimmung bzw. die vollständige Ablehnung eine absolute Mehrheit: Von den 60 Personen, die Studienabbruch angegeben haben, stimmten 53,3 % für die vollständige Zustimmung. Von den 70 Personen, die angegeben haben bei einem JPA zu arbeiten, stimmen 54,3 % für eine vollständige Ablehnung.

Insgesamt kann man sagen, dass bei den Gruppen, für die eine Zulassung als Voraussetzung für die Aufnahme zu dem Beruf notwendig ist (RA:in, Richter:in, StA:in, Professor:in) und der Gruppe, die sich mit den Prüfungsbedingungen für ebendiese Prüfungen beschäftigt (JPA), die Ablehnung am höchsten ist.

Zugleich ist bei den Gruppen, die nah an der Ausbildung liegen (Studium, Referendariat, Wissenschaftliche:r Mitarbeiter:in, LL.B., LL.M. Studienabbruch, Endgültig nicht bestanden), die Zustimmung am höchsten. Damit entsprechen die Ergebnisse nahezu vollständig den formulierten Erwartungen.

***These 1 L** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*



5. Ergebnis bzgl. Erwartungen

Die gefundenen Ergebnisse gleichen in Bezug auf die Zustimmung unter den verschiedenen Gruppen der formulierten Erwartung.

These 1 M: Handkommentare

1. Thesenhintergrund

Ob während der ersten juristischen Staatsprüfung der Zugriff auf Handkommentare erlaubt sein soll, wurde in der Literaturrecherche umfangreich dargestellt. Insgesamt wurde diese Debatte unter neun Pro- und sechs Kontraargumenten zusammengefasst. Dabei wurde im Wesentlichen diskutiert, ob die Verwendung bloßes Auswendiglernen verhindert und das Transferverständnis stärkt.[1] Trotz historischer Bedeutung dieses Diskurses wurde vor allem die Literatur aus den vergangenen drei Jahren herangezogen. Ein Transfer der Verwendungsmöglichkeit von Hilfsmitteln, wie den Handkommentaren, von dem zweiten Staatsexamen hin zum ersten Staatsexamen gewann in den vergangenen Jahren mehr und mehr an Bedeutung.

2. Thesengestaltung

In der Ersten juristischen Staatsprüfung sollten Handkommentare zugelassen werden.

Auf der iur.reform-Webseite konnte zwischen den folgenden Argumenten ausgewählt werden:

Pro	Contra
1. Die Fähigkeit, sich Wissen anzueignen, ist das, was nach dem Studium bleibt. Ein Großteil des angehäuften Wissens für das Examen geht hingegen verloren.	1. Am Ende des Jurastudiums verfügt man über einen festen Wissensschatz, der als Allgemeinbildung von unschätzbarem Wert ist. Die Verwendung von Datenbanken hindert dies.
2. Die Nutzung von Handkommentaren verhindert stumpfes Auswendiglernen.	2. Auch jetzt kann man keine Klausur bestehen, wenn nur auswendig gelernt wird. Denn Wissen muss immer angewandt und kontextualisiert werden.
3. Verständnis und Transfer können stärker überprüft werden.	3. Allein die Zulassung von Handkommentaren kann nicht ausreichend sein. Konsequenterweise sollten dann viel mehr sog. Open-Book-Klausuren gestattet werden, bei denen alle Hilfsmittel verwendet werden können, wie es in der Rechtspraxis üblich ist.

3. Hypothese

Wir formulierten folgende Erwartungen für die These:

- Mit einer Zustimmung ist vor allem bei den Studierenden und Referendar:innen sowie jungen Absolvent:innen zu rechnen.
- Eine grundsätzliche Ablehnung wird bei der Mehrheit der Praktiker:innen und der Professorenschaft erwartet.
- Unter Umständen ist mit einer leichten Zustimmung unter den Anwält:innen zu rechnen.

[1] Hoven, „Wie eine Reform des Staatsexamens aussehen müsste“, FAZ Einspruch, 06.08.2019, abrufbar unter ***https://faz.net/einspruch/wie-eine-reform-des-staatsexamens-aussehen-muesste-16319742.html***, zuletzt abgerufen am 01.12.2020; Breidenbach, „Eine neue Juristenausbildung“, NJW 2020, 2864; Hoven, „Wie eine Reform des Staatsexmans aussehens vs. Staatsexamen“, Katzenkönig Online, 12.06.2020, abrufbar unter ***https://anwaltsblatt.anwaltverein.de/de/studium-und-referendariat/news/bachelor-of-laws-vs-staatsexamen***, zuletzt abgerufen am 01.12.2020 bzw. Schneider im Interview mit Hoven, „Wir prüfen zu viel und dann auch noch das falsche“, LTO v. 28.06.2019, abrufbar unter ***https://www.lto.de/recht/studium-referendariat/s/juristenausbildung-reform-staatsexamen-der-zukunft-interview-elisa-hoven/***, zuletzt abgerufen am 01.12.2020; Braun, Bloß keine neuen Regulative! Ein Stoßseufzer zur Juristenausbildung, Jura 2021, S. 737 abrufbar unter: ***https://www.degruyter.com/document/doi/10.1515/jura-2020-2732/html***.

4. Deskriptive Statistik

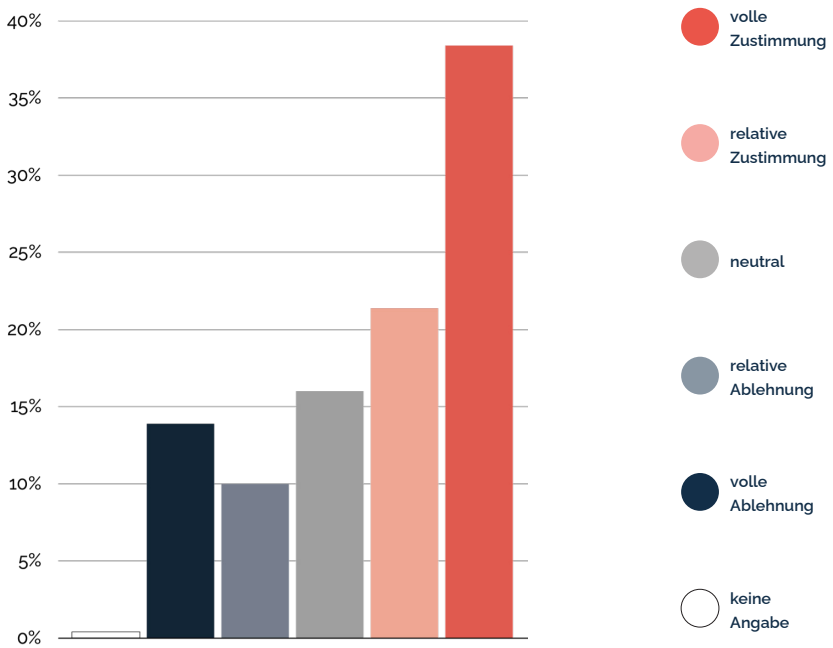
4.1 Gesamtauswertung

***These 1 M** Gesamtauswertung*

Bewertung	Anteil
keine Angabe	0,4 %
volle Ablehnung	13,9 %
relative Ablehnung	10,0 %
neutral	16,0 %
relative Zustimmung	21,4 %
volle Zustimmung	38,4 %
gesamt	**100,0 %**

Es fällt auf, dass eine absolute Mehrheit für die Einführung von Handkommentaren als Hilfsmittel plädiert. Kombinierte 59,8 % stimmen zu, wobei die relative Mehrheit von 38,4 % voll zustimmt. Es lehnen 23,9 % die Verwendung von Handkommentaren im Examen ab, wovon 13,9 % eine vollständig ablehnende Haltung haben.

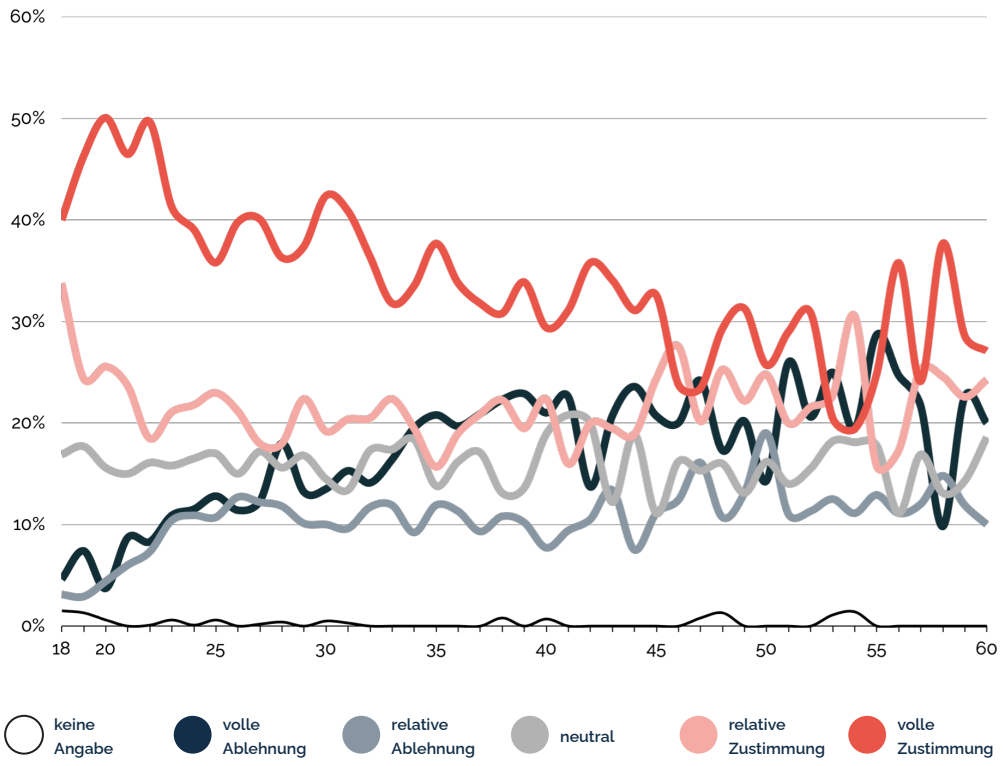
***These 1 M** Gesamtauswertung*



4.2 Alter

Bei einer ersten Betrachtung fällt auf, dass auch hier die Altersgruppe der 20 – 30-Jährigen, welche mit 62,1 % die Gesamtheit repräsentiert, für die Einführung von Handkommentaren als Hilfsmittel abgestimmt haben. Teilweise erreichen die Abstimmungsergebnisse hier bereits eine absolute Mehrheit für die volle Zustimmung (20-Jährige bspw. mit 50,1 %). Die zusammengefasste Altersgruppe 31 bis 65 zeigt sich in ihrem Abstimmungsergebnis ebenfalls eher zustimmend als ablehenend – in der kombinierten Zustimmung (4 und 5) sogar oftmals mit absoluter Mehrheit für die These. Diese Tendenz ändert sich nicht bei höheren Altersgruppen. Bemerkenswert ist aber doch, dass bei älteren Teilnehmenden teilweise bis zu einem Viertel die These voll ablehnen (bspw. bei den 51-järhigen mit 26 %).

***These 1 M** Alter*



***These 1 M** Alter*

0 keine Angabe **1** volle Ablehnung **2** relative Ablehnung **3** neutral **4** relative Zustimmung **5** volle Zustimmung

Alter	0	1	2	3	4	5
17	–	–	–	–	–	100 %
18	1.5 %	4.6 %	3.1 %	16.9 %	33.8 %	40.0 %
19	1.3 %	7.4 %	2.9 %	17.7 %	24.4 %	46.3 %
20	0.6 %	3.7 %	4.4 %	15.6 %	25.6 %	50.1 %
21	–	8.7 %	6.0 %	15.0 %	23.7 %	46.5 %
22	0.1 %	8.3 %	7.3 %	16.1 %	18.5 %	49.7 %
23	0.6 %	10.9 %	10.4 %	15.8 %	21.1 %	41.3 %
24	0.1 %	11.5 %	10.9 %	16.5 %	21.8 %	39.1 %
25	0.6 %	12.8 %	10.7 %	17.0 %	23.0 %	35.8 %
26	–	11.4 %	12.7 %	15.0 %	21.2 %	39.8 %
27	0.2 %	12.3 %	12.2 %	17.2 %	18.0 %	40.1 %
28	0.4 %	18.0 %	11.8 %	15.6 %	18.0 %	36.3 %
29	–	13.2 %	10.1 %	16.8 %	22.4 %	37.4 %
30	0.5 %	13.5 %	10.0 %	14.5 %	19.2 %	42.4 %
31	0.3 %	15.3 %	9.6 %	13.4 %	20.4 %	40.9 %
32	–	14.1 %	11.7 %	17.3 %	20.5 %	36.4 %
33	–	16.4 %	11.9 %	17.4 %	22.4 %	31.8 %
34	–	19.5 %	9.2 %	18.4 %	19.5 %	33.5 %
35	–	20.8 %	11.9 %	13.8 %	15.7 %	37.7 %
36	–	19.7 %	11.3 %	16.2 %	19.0 %	33.8 %
37	–	20.9 %	9.3 %	17.1 %	20.9 %	31.8 %
38	0.8 %	22.3 %	10.8 %	13.1 %	22.3 %	30.8 %
39	–	22.9 %	10.2 %	13.6 %	19.5 %	33.9 %
40	0.7 %	21.0 %	7.7 %	18.9 %	22.4 %	29.4 %
41	–	22.6 %	9.4 %	20.8 %	16.0 %	31.1 %
42	–	13.7 %	10.5 %	20.0 %	20.0 %	35.8 %
43	–	20.7 %	13.4 %	12.2 %	19.5 %	34.1 %
44	–	23.6 %	7.5 %	18.9 %	18.9 %	31.1 %
45	–	20.7 %	11.1 %	11.1 %	24.4 %	32.6 %
46	–	20.0 %	12.4 %	16.2 %	27.6 %	23.8 %
47	0.8 %	24.2 %	16.1 %	15.3 %	20.2 %	23.4 %
48	1.3 %	17.3 %	10.7 %	16.0 %	25.3 %	29.3 %
49	–	20.2 %	13.1 %	13.1 %	22.2 %	31.3 %
50	–	14.3 %	19.0 %	16.2 %	24.8 %	25.7 %

Alter	0	1	2	3	4	5
51	–	26.0 %	11.0 %	14.0 %	20.0 %	29.0 %
52	–	20.6 %	11.3 %	15.5 %	21.6 %	30.9 %
53	1.1 %	25.0 %	12.5 %	18.2 %	22.7 %	20.5 %
54	1.4 %	19.4 %	11.1 %	18.1 %	30.6 %	19.4 %
55	–	28.7 %	12.9 %	17.8 %	15.8 %	24.8 %
56	–	24.7 %	11.1 %	11.1 %	17.3 %	35.8 %
57	–	21.7 %	12.0 %	16.9 %	25.3 %	24.1 %
58	–	9.8 %	14.8 %	13.1 %	24.6 %	37.7 %
59	–	22.6 %	11.9 %	14.3 %	22.6 %	28.6 %
60	–	20.0 %	10.0 %	18.6 %	24.3 %	27.1 %
61	1.8 %	14.3 %	5.4 %	10.7 %	35.7 %	32.1 %
62	–	14.8 %	16.7 %	5.6 %	16.7 %	46.3 %
63	–	7.7 %	7.7 %	20.5 %	23.1 %	41.0 %
64	–	4.2 %	20.8 %	12.5 %	29.2 %	33.3 %
65	–	20.0 %	11.4 %	14.3 %	25.7 %	28.6 %
66	–	13.6 %	13.6 %	27.3 %	13.6 %	31.8 %
67	–	23.5 %	5.9 %	–	29.4 %	41.2 %
68	6.7 %	13.3 %	–	6.7 %	40.0 %	33.3 %
69	–	28.6 %	14.3 %	14.3 %	14.3 %	28.6 %
70	–	10.0 %	20.0 %	10.0 %	20.0 %	40.0 %
71	–	12.5 %	12.5 %	–	12.5 %	62.5 %
72	–	20.0 %	–	20.0 %	–	60.0 %
73	–	–	12.5 %	25.0 %	25.0 %	37.5 %
74	–	22.2 %	11.1 %	11.1 %	44.4 %	11.1 %
75	–	–	33.3 %	16.7 %	–	50.0 %
77	–	–	25.0 %	–	25.0 %	50.0 %
78	–	–	–	–	33.3 %	66.7 %
79	–	–	–	–	50.0 %	50.0 %
81	–	100 %	–	–	–	–
82	–	–	100 %	–	–	–
83	–	–	–	100 %	–	–
84	–	100 %	–	–	–	–
90	–	–	–	–	100 %	–
Σ	**0,3 %**	**13,8 %**	**10,0 %**	**15,9 %**	**21,5 %**	**38,5 %**

4.3 Geschlecht

***These 1 M** Geschlecht*

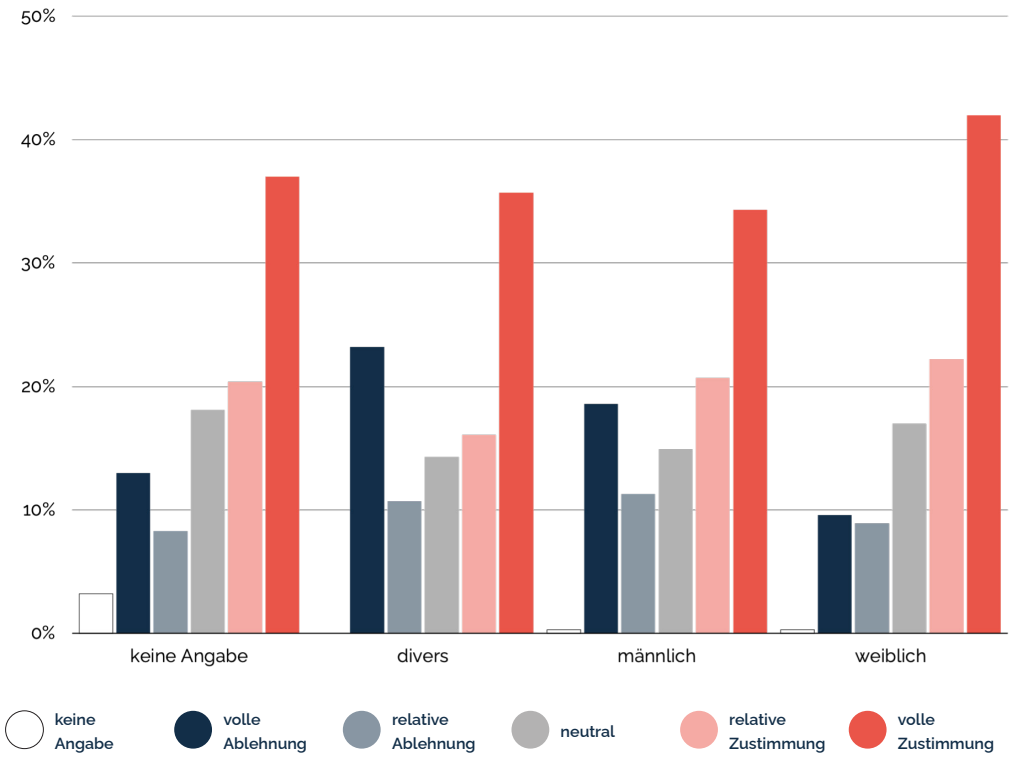
Geschlecht	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
keine Angabe	3,2 %	13,0 %	8,3 %	18,1 %	20,4 %	37,0 %
divers	–	23,2 %	10,7 %	14,3 %	16,1 %	35,7 %
männlich	0,3 %	18,6 %	11,3 %	14,9 %	20,7 %	34,3 %
weiblich	0,3 %	9,6 %	8,9 %	17,0 %	22,2 %	42,0 %
gesamt	**0,4 %**	**13,9 %**	**10,0 %**	**16,0 %**	**21,4 %**	**38,4 %**

Unter den Teilnehmenden waren 0,5 % divers, 46 % männlich und 51,7 % weiblich.

Bei der Aufschlüsselung nach Geschlecht gibt es auf den ersten Blick keine großen Abweichungen zur Gesamtheit. Die männlichen Teilnehmenden sind zwar insgesamt etwas konservativer als die weiblichen (kombiniert 55 % Zustimmung gegenüber 64,2 %), erreichen aber in Summe ebenfalls eine absolute Mehrheit für die These. Diverse Teilnehmende erreichen diese Mehrheit zwar auch, allerdings noch knapper als männliche, nämlich nur mit 51,8 % kombinierter Zustimmung.

Auf der anderen Seite des Spektrums zeigt sich, dass auch hier diejenigen, die „divers“ angegeben haben, mit kombinierten 33,9 % die These ablehnen und damit führen.

***These 1 M** Geschlecht*



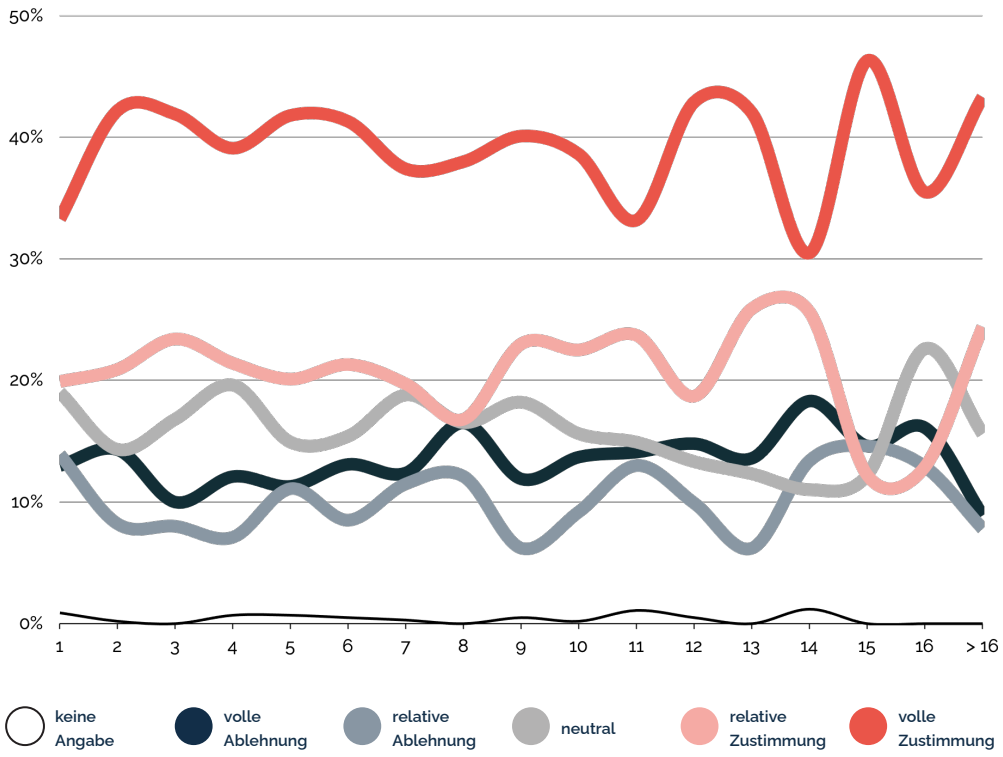
4.4 Fachsemester

***These 1 M** Fachsemester*

Fachsemester	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
1	0,9 %	13,0 %	13,9 %	19,0 %	19,9 %	33,3 %
2	0,2 %	14,3 %	8,2 %	14,3 %	20,9 %	42,2 %
3	–	10,0 %	8,0 %	16,8 %	23,4 %	41,9 %
4	0,7 %	12,1 %	7,1 %	19,6 %	21,4 %	39,1 %
5	0,7 %	11,3 %	11,1 %	14,9 %	20,1 %	41,8 %
6	0,5 %	13,1 %	8,5 %	15,4 %	21,3 %	41,3 %
7	0,3 %	12,4 %	11,5 %	18,8 %	19,7 %	37,4 %
8	–	16,5 %	12,1 %	16,5 %	16,8 %	38,0 %
9	0,5 %	11,9 %	6,2 %	18,2 %	23,0 %	40,1 %
10	0,2 %	13,7 %	9,2 %	15,6 %	22,5 %	38,6 %
11	1,1 %	14,1 %	13,0 %	14,9 %	23,7 %	33,2 %
12	0,5 %	14,8 %	9,9 %	13,3 %	18,7 %	42,9 %
13	–	13,6 %	6,2 %	12,3 %	25,9 %	42,0 %
14	1,2 %	18,3 %	13,4 %	11,0 %	25,6 %	30,5 %
15	–	14,6 %	14,6 %	12,2 %	12,2 %	46,3 %
16	–	16,1 %	12,9 %	22,6 %	12,9 %	35,5 %
>16	–	8,9 %	7,8 %	15,6 %	24,4 %	43,3 %
gesamt	**0,4 %**	**13,1 %**	**9,6 %**	**16,3 %**	**21,1 %**	**39,4 %**

Aus der Tabelle lässt sich ablesen, dass eine absolute Zustimmung unter allen Fachsemestern vertreten ist. Insgesamt haben 39,4 % derjenigen, die das Fachsemester angegeben haben mit voller Zustimmung abgestimmt. Wenig überraschend stimmten Personen im 13. Fachsemester mit der höchsten kombinierten Zustimmungsrate von 67,9 % für die These – diese dürften sich im staatlichen Examensteil oder kurz danach befinden, sodass der Eindruck der schriftlichen Klausuren noch frisch ist. Allerdings zieht sich diese hohe kombinierte Zustimmung durch alle Fachsemester durch. Nur das 1. und das 16. Fachsemester erreichen keine absolute Mehrheit. Die höchste (volle) Ablehnungsrate wird im 14. Fachsemester mit 18,3 % erreicht, also immerhin fast ein Fünftel der Personen in diesem Fachsemester.

***These 1 M** Fachsemester*



4.5 Gesamtnote

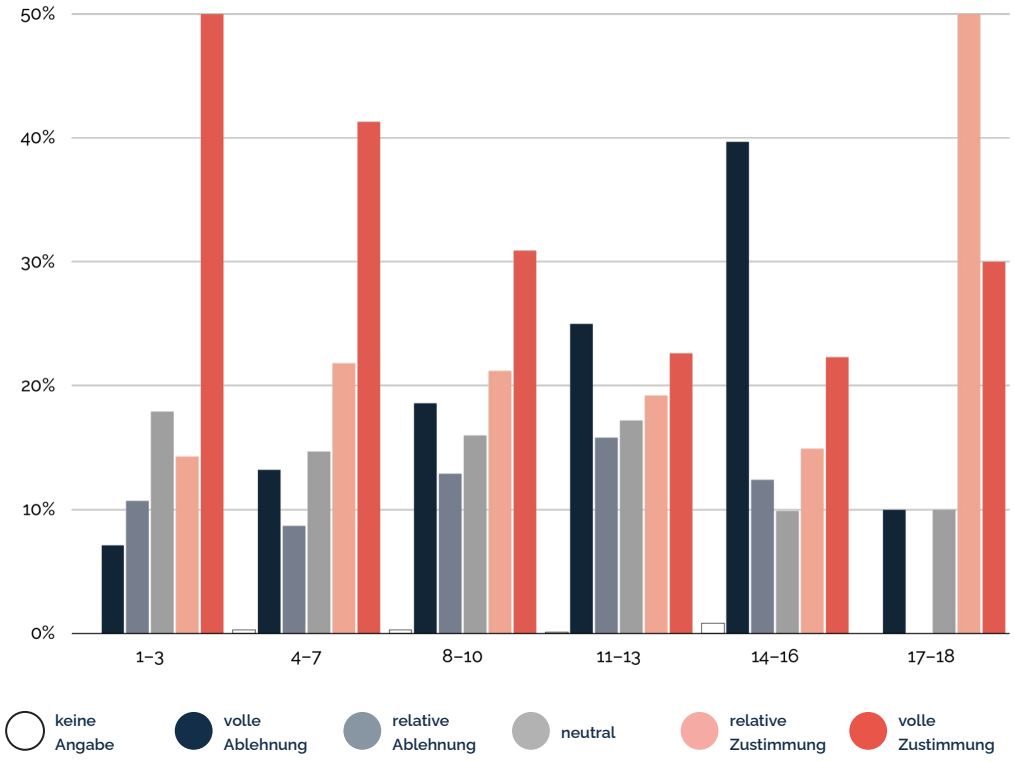
***These 1 M** Gesamtnote*

Gesamtnote	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
1–3	–	7,1 %	10,7 %	17,9 %	14,3 %	50,0 %
4–7	0,3 %	13,2 %	8,7 %	14,7 %	21,8 %	41,3 %
8–10	0,3 %	18,6 %	12,9 %	16,0 %	21,2 %	30,9 %
11–13	0,1 %	25,0 %	15,8 %	17,2 %	19,2 %	22,6 %
14–16	0,8 %	39,7 %	12,4 %	9,9 %	14,9 %	22,3 %
17–18	–	10,0 %	–	10,0 %	50,0 %	30,0 %
gesamt	**0,3 %**	**19,1 %**	**12,5 %**	**15,9 %**	**20,8 %**	**31,5 %**

Während sich die grundsätzliche Tendenz hält, ist bereits auf den ersten Blick auffallend, dass unter den niedrigsten Notenstufen (1-3 Punkte) fast eine absolute Mehrheit für die volle Zustimmung besteht (50 %). Indes sind die Teilnehmerzahlen hier sehr gering, sodass zweifelhaft ist, ob sich diese Ergebnisse replizieren lassen.

Die höheren Notenstufen – abgesehen von der höchsten (17-18 Punkte), wobei das Vorgesagte dort ebenfalls gelten dürfte – zeigen einen deutlichen Verlauf: Bis inkl. der Notenstufe 14-16 Punkte sinkt die Zustimmung zur These stets, je höher die Noten gehen. Es lässt sich also sagen, dass mit steigendem Erfolg die Notwendigkeit der Kommentarnutzung nicht gesehen wird. So besteht bei der Notenstufe 14-16 Punkte gar eine kombinierte absolute Mehrheit, die die These ablehnt mit 52,1 %.

***These 1 M** Gesamtnote*



4.6 Studienort

***These 1 M** Studienort*

Bundesland	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
Ausland	–	4,3 %	–	30,4 %	8,7 %	56,5 %
Baden-Württemberg	0,2 %	18,1 %	12,0 %	17,1 %	20,9 %	31,6 %
Bayern	0,4 %	17,4 %	11,9 %	17,4 %	20,3 %	32,5 %
Berlin	0,4 %	13,0 %	9,8 %	15,8 %	21,3 %	39,6 %
Brandenburg	0,8 %	11,9 %	7,2 %	14,4 %	19,5 %	46,2 %
Bremen	–	13,0 %	9,4 %	15,9 %	22,5 %	39,1 %
Hamburg	–	11,1 %	10,4 %	15,9 %	25,0 %	37,6 %
Hessen	–	13,5 %	9,9 %	15,0 %	21,5 %	40,0 %
Mecklenburg-Vorpommern	–	11,4 %	6,8 %	15,2 %	26,5 %	40,2 %
Niedersachsen	0,5 %	12,1 %	9,4 %	15,0 %	21,7 %	41,2 %
Nordrhein-Westfalen	0,3 %	12,9 %	9,1 %	15,1 %	21,2 %	41,4 %
Rheinland-Pfalz	–	14,5 %	9,3 %	17,9 %	23,5 %	34,8 %
Saarland	1,5 %	18,4 %	11,0 %	10,3 %	25,7 %	33,1 %
Sachsen	0,3 %	7,3 %	6,6 %	13,9 %	20,4 %	51,5 %
Sachsen-Anhalt	–	12,0 %	12,6 %	18,6 %	18,0 %	38,8 %
Schleswig-Holstein	0,6 %	13,4 %	6,1 %	15,0 %	24,2 %	40,8 %
Thüringen	–	7,7 %	13,1 %	20,2 %	19,0 %	39,9 %
gesamt	**0,3 %**	**13,8 %**	**10,0 %**	**16,0 %**	**21,5 %**	**38,5 %**

Aus der Tabelle ist zu entnehmen, dass die meisten Stimmen von Personen abgegeben wurden, die ihr Studium in Nordrhein-Westphalen, Bayern und Baden-Württemberg durchlaufen haben. Die eben genannten sind zudem die bevölkerungsreichsten Bundesländer Deutschlands. Nordrhein-Westphalen als Studienort ist mit 20 % am häufigsten vertreten. Insgesamt stimmten dort kombiniert 62,6 % für die Verwendung von Handkommentaren im Examen. Die niedrigste kombinierte Zustimmung kommt aus Bayern und Baden-Württemberg mit 52,8 %, respektive 52,5 % – wobei dies immernoch absolute Mehrheiten für die These sind. Diejenigen, die in Sachsen studier(t)en, stimmten sogar mit 51,5 % für die volle Zustimmung.

Die höchste (kombinierte) Ablehnungsrate findet sich bei Personen aus Baden-Württemberg mit 30,1 %.

***These 1 M** Studienort*

4.7 Verhältnis zur juristischen Ausbildung

These 1 M *Verhältnis zur juristischen Ausbildung*

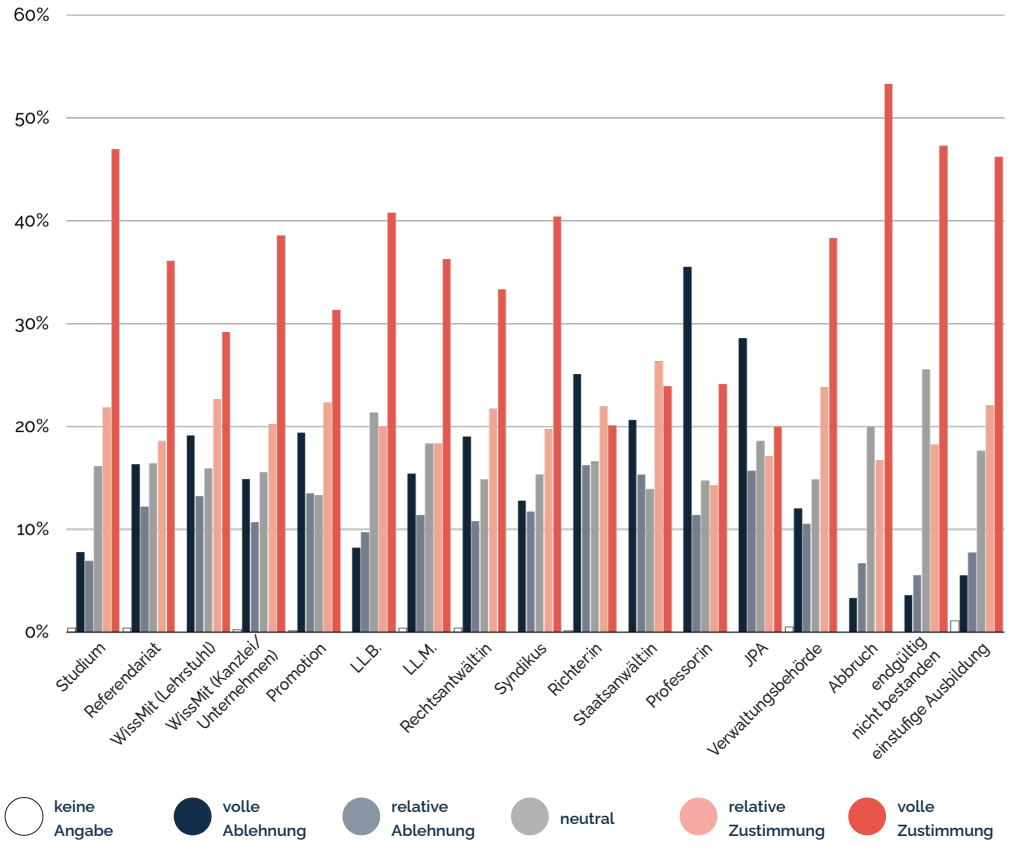
Beruf	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
Studium	0,4 %	7,8 %	6,9 %	16,1 %	21,8 %	47,0 %
Referendariat	0,4 %	16,3 %	12,2 %	16,4 %	18,6 %	36,1 %
WissMit (Lehrstuhl)	–	19,1 %	13,2 %	15,9 %	22,6 %	29,2 %
WissMit (Kanzlei)	0,2 %	14,9 %	10,7 %	15,5 %	20,2 %	38,6 %
Promotion	0,1 %	19,4 %	13,5 %	13,3 %	22,3 %	31,3 %
LL.B.	–	8,2 %	9,7 %	21,3 %	20,0 %	40,8 %
LL.M.	0,4 %	15,4 %	11,4 %	18,3 %	18,3 %	36,3 %
Rechtsanwält:in	0,4 %	19,0 %	10,8 %	14,8 %	21,7 %	33,3 %
Syndikus	–	12,8 %	11,7 %	15,3 %	19,7 %	40,4 %
Richter:in	0,1 %	25,1 %	16,2 %	16,6 %	21,9 %	20,1 %
Staatsanwält:in	–	20,6 %	15,3 %	13,9 %	26,3 %	23,9 %
Professor:in	–	35,5 %	11,4 %	14,7 %	14,3 %	24,1 %
JPA	–	28,6 %	15,7 %	18,6 %	17,1 %	20,0 %
Verwaltungsbehörde	0,5 %	12,0 %	10,5 %	14,8 %	23,8 %	38,3 %
Abbruch	–	3,3 %	6,7 %	20,0 %	16,7 %	53,3 %
endgültig nicht bestanden	–	3,6 %	5,5 %	25,5 %	18,2 %	47,3 %
einstufige Ausbildung	1,1 %	5,5 %	7,7 %	17,6 %	22,0 %	46,2 %

Wenig überraschend ist insbesondere die Studierendenschaft mit absoluter Mehrheit für die These mit kombinierten 68,8 %. Allerdings ist dies in den meisten Praktiker:innengruppen nicht anders, auch dort finden sich meist absolute Mehrheiten in der kombinierten Rate.

Unter der tendenziell zurückhaltend abstimmenden Gruppierung der Richter:innen besteht noch eine relative Mehrheit für die These (kombiniert 42 %). Bei den Professor:innen und JPA-Mitarbeitenden jedoch kippt dieses Verhältnis und es besteht eine relative Mehrheit gegen die These (kombiniert je 46,9 % und 44,3 %). Bei Professor:innen könnte dies möglicherweise in Sorgen um das Lehrsystem begründet sein.

Im Übrigen sind die weiteren Ergebnisse wenig überraschend.

***These 1 M** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*



5. Ergebnis bzgl. Erwartungen

Die Erwartungen wurden im Wesentlichen erfüllt. Die hohe Zustimmung unter Rechtsanwält:innen überraschte.

These 1 N: Unabhängige Bewertung

1. Thesenhintergrund

Die These stammt von Frau Prof. Dr. Elisa Hoven in einem LTO-Interview aus dem Jahr 2019 sowie einem Artikel in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (2020). Es wurden dazu ausschließlich pro-Argumente in der Literatur gefunden.[1]

2. Thesengestaltung

Die Korrektor:innen sollten die Gutachten der Klausuren ohne Kenntnis und unabhängig der anderen Korrektor:innen bzw. deren Bewertung anfertigen.

Die ausgewählten Argumente, welche auf der iur.reform-Webseite als Nachweise aufrufbar waren, sind:

Pro	Contra
1. Beim derzeitigen Modell besteht die Gefahr, dass die Zweitkorrektur unter dem Eindruck der ersten Korrektur sich auch nur in diesem Bereich bewegt („Ankereffekt"). Außerdem muss man sich, wenn man von der Erstbewertung abweicht, in einem aufwendigen Einigungsverfahren abstimmen.	1. Der dadurch notwendige höhere Aufwand muss entlohnt werden. Damit sind Kosten verbunden.
2. Das bisherige aufwendige Einigungsverfahren, bei dem Erstkorrektor und Zweitkorrektor bei einer größeren Abweichung versuchen, eine Note zu bilden, könnte durch eine Durchschnittsnote ersetzt werden.	2. Ob die viel beschworenen Ankereffekte tatsächlich bestehen, sollte im Zuge evidenzbasierter Entscheidungsfindung untersucht werden.
3. Dafür, dass die Zweitkorrektur die Note der Erstkorrektur vor der Vornahme der Zweitkorrektur kennt, gibt es keinen sachlichen, nur einen organisatorischen Grund.	3. Die Zweitkorrektur dient auch der potenziellen Korrektur der Erstkorrektur. Ist die Erstkorrektur nicht bekannt, kann dieser Zweck nicht mehr verfolgt werden.

3. Hypothese

Wir formulierten folgende Erwartungen für die These:

- Für die These der unabhängigeren Bewertungen rechnen wir mit breiter Zustimmung.
- Wir erwarten vereinzelte Stimmen, die keinen weiteren Handlungsbedarf sehen, weil eine unabhängige Bewertung bereits der Fall sei.
- Eine höhere Ablehnungsquote vermuten wir insbesondere bei Praktiker:innen, welche selbst korrigieren sowie beim JPA-Personal wegen des erhöhten Aufwandes.
- In den jüngeren Altersgruppen ist zudem mit einer höheren Zustimmung zu rechnen, da die Personen näher vom Problem betroffen sind.

[1] Vgl. Literaturauswertung, Reiter „Reformoptionen und Argumente", Zeile 401ff. ***https://onedrive.live.com/view.aspx?resid=D3C707BB028AE925!323&ithint=file %2cxlsx&authkey=!AERBCCwtBbE_-1M.***

4. Deskriptive Statistik

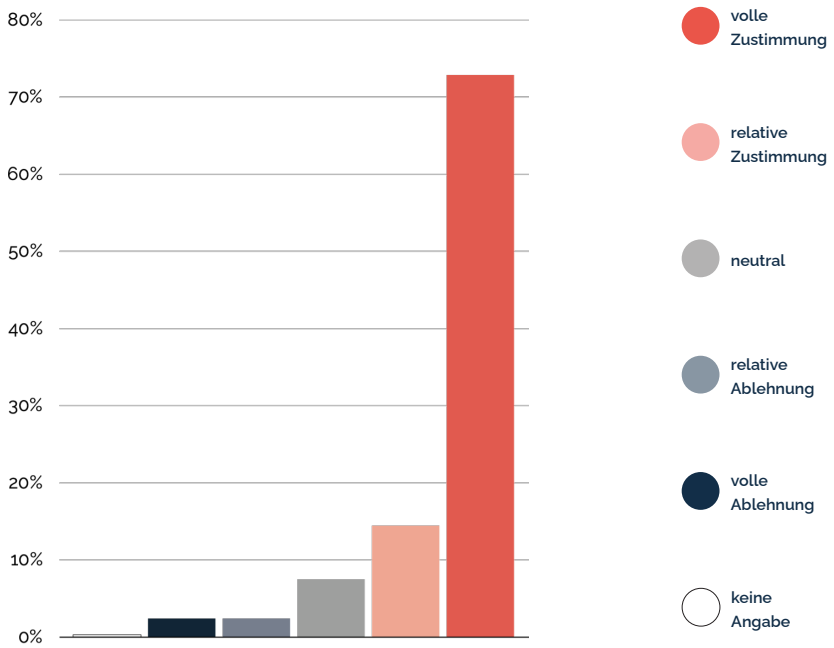
4.1 Gesamtauswertung

***These 1 N** Gesamtauswertung*

Bewertung	Anteil
keine Angabe	0,3 %
volle Ablehnung	2,4 %
relative Ablehnung	2,4 %
neutral	7,5 %
relative Zustimmung	14,5 %
volle Zustimmung	72,9 %
gesamt	**100,0 %**

Auffällig ist, dass 72,9 % aller Befragten der These vollständig zustimmen und weitere 14,5 % überwiegend zustimmen. Damit wünschen sich 87,4 % eine unabhängigere Bewertung der juristischen Klausuren im ersten Staatsexamen. Nur jeweils 2,4 % der Befragten lehnen die These vollständig oder zumindest überwiegend ab. Damit sind lediglich 4,8 % von 11.803 Befragten (eher) gegen eine unabhängige Bewertung. 7,5 % stehen der These neutral gegenüber.

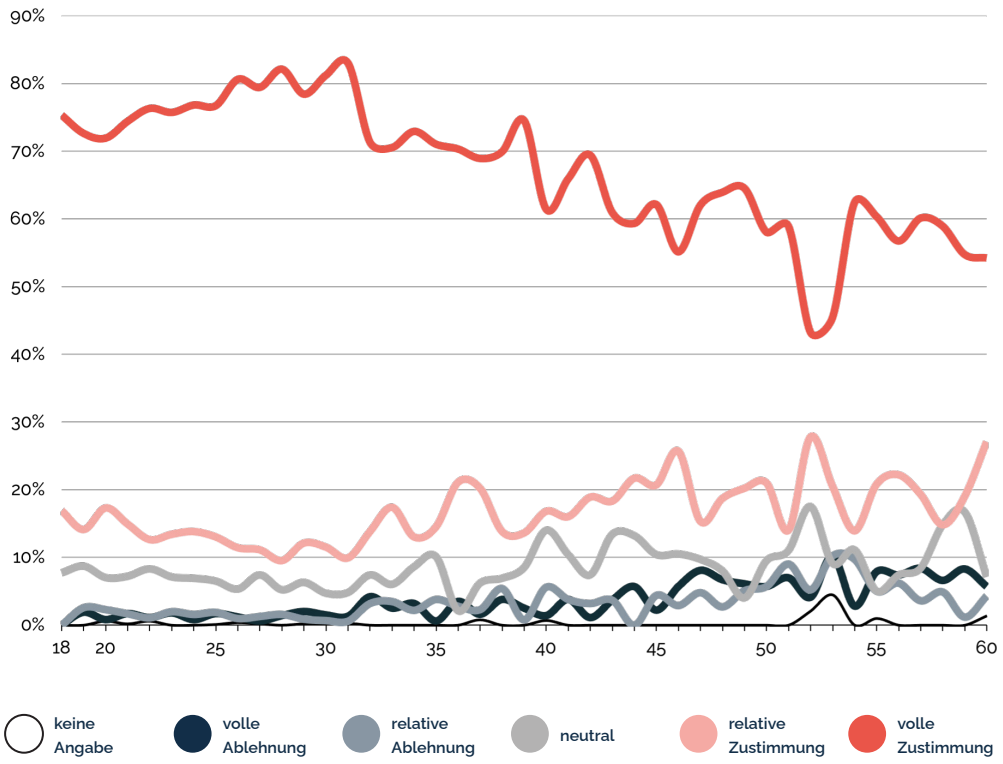
***These 1 N** Gesamtauswertung*



4.2 Alter

Bis zur Altersstufe 75 Jahre entfallen in jeder Gruppe die meisten Stimmen auf die volle Zustimmung. Das deckt sich mit dem sehr eindeutigen Gesamtergebnis. In der Altersstufe 77 und älter liegen die meisten Stimmen zwischen einer neutralen Bewertung und der vollen Zustimmung. Allerdings ist die Aussagekraft in diesen Altersstufen mit vier oder weniger Stimmen pro Altersstufe sehr begrenzt.

***These 1 N** Alter*



***These 1 N** Alter*

0 keine Angabe **1** volle Ablehnung **2** relative Ablehnung **3** neutral **4** relative Zustimmung **5** volle Zustimmung

Alter	0	1	2	3	4	5
17	–	–	–	–	–	100 %
18	–	–	–	7,7 %	16,9 %	75,4 %
19	–	1,9 %	2,6 %	8,7 %	14,1 %	72,7 %
20	0,6 %	0,8 %	2,3 %	7,0 %	17,3 %	72,0 %
21	0,2 %	1,7 %	1,7 %	7,2 %	14,9 %	74,5 %
22	0,6 %	1,1 %	1,1 %	8,3 %	12,6 %	76,4 %
23	–	1,8 %	2,0 %	7,1 %	13,4 %	75,8 %
24	–	0,8 %	1,6 %	6,9 %	13,8 %	76,9 %
25	0,1 %	1,7 %	1,9 %	6,5 %	13,0 %	76,8 %
26	0,4 %	1,2 %	1,0 %	5,3 %	11,4 %	80,7 %
27	0,2 %	0,6 %	1,3 %	7,4 %	11,1 %	79,5 %
28	–	1,4 %	1,6 %	5,2 %	9,5 %	82,2 %
29	0,2 %	2,0 %	0,9 %	6,3 %	12,1 %	78,5 %
30	0,2 %	1,5 %	0,7 %	4,7 %	11,5 %	81,3 %
31	0,3 %	1,3 %	0,6 %	4,8 %	9,9 %	83,1 %
32	–	4,2 %	3,2 %	7,4 %	13,8 %	71,4 %
33	–	2,5 %	3,5 %	6,0 %	17,4 %	70,6 %
34	–	3,2 %	2,2 %	8,6 %	13,0 %	73,0 %
35	–	0,6 %	3,8 %	10,1 %	14,5 %	71,1 %
36	–	3,5 %	2,8 %	2,1 %	21,1 %	70,4 %
37	0,8 %	1,6 %	2,3 %	6,2 %	20,2 %	69,0 %
38	–	3,8 %	5,4 %	6,9 %	13,8 %	70,0 %
39	–	2,5 %	0,8 %	8,5 %	13,6 %	74,6 %
40	0,7 %	1,4 %	5,6 %	14,0 %	16,8 %	61,5 %
41	–	3,8 %	3,8 %	10,4 %	16,0 %	66,0 %
42	–	1,1 %	3,2 %	7,4 %	18,9 %	69,5 %
43	–	3,7 %	3,7 %	13,4 %	18,3 %	61,0 %
44	–	5,7 %	–	13,2 %	21,7 %	59,4 %
45	–	2,2 %	4,4 %	10,4 %	20,7 %	62,2 %
46	–	5,7 %	2,9 %	10,5 %	25,7 %	55,2 %
47	–	8,1 %	4,8 %	9,7 %	15,3 %	62,1 %
48	–	6,7 %	2,7 %	8,0 %	18,7 %	64,0 %
49	–	6,1 %	5,1 %	4,0 %	20,2 %	64,6 %
50	–	5,7 %	5,7 %	9,5 %	21,0 %	58,1 %

Alter	0	1	2	3	4	5
51	–	7,0 %	9,0 %	11,0 %	14,0 %	59,0 %
52	2,1 %	4,1 %	5,2 %	17,5 %	27,8 %	43,3 %
53	4,5 %	10,2 %	10,2 %	9,1 %	20,5 %	45,5 %
54	–	2,8 %	9,7 %	11,1 %	13,9 %	62,5 %
55	1,0 %	7,9 %	5,0 %	5,0 %	20,8 %	60,4 %
56	–	7,4 %	6,2 %	7,4 %	22,2 %	56,8 %
57	–	8,4 %	3,6 %	8,4 %	19,3 %	60,2 %
58	–	6,6 %	4,9 %	14,8 %	14,8 %	59,0 %
59	–	8,3 %	1,2 %	16,7 %	19,0 %	54,8 %
60	1,4 %	5,7 %	4,3 %	7,1 %	27,1 %	54,3 %
61	1,8 %	5,4 %	3,6 %	7,1 %	19,6 %	62,5 %
62	–	7,4 %	3,7 %	5,6 %	22,2 %	61,1 %
63	–	2,6 %	2,6 %	10,3 %	25,6 %	59,0 %
64	–	–	16,7 %	8,3 %	16,7 %	58,3 %
65	–	2,9 %	5,7 %	11,4 %	17,1 %	62,9 %
66	4,5 %	13,6 %	4,5 %	13,6 %	18,2 %	45,5 %
67	–	17,6 %	5,9 %	5,9 %	23,5 %	47,1 %
68	–	–	–	20,0 %	6,7 %	73,3 %
69	–	14,3 %	–	14,3 %	14,3 %	57,1 %
70	–	10,0 %	–	–	40,0 %	50,0 %
71	–	–	25,0 %	–	–	75,0 %
72	–	–	–	–	–	100 %
73	–	–	–	12,5 %	12,5 %	75,0 %
74	–	–	11,1 %	–	11,1 %	77,8 %
75	–	–	–	33,3 %	–	66,7 %
77	–	–	–	50,0 %	–	50,0 %
78	–	–	–	33,3 %	–	66,7 %
79	–	–	–	–	50,0 %	50,0 %
81	–	–	–	100 %	–	–
82	–	–	–	–	–	100 %
83	–	–	–	100 %	–	–
84	–	–	–	–	–	100 %
90	–	–	–	–	–	100 %
Σ	**0,3 %**	**2,3 %**	**2,4 %**	**7,5 %**	**14,5 %**	**73,1 %**

4.3 Geschlecht

***These 1 N** Geschlecht*

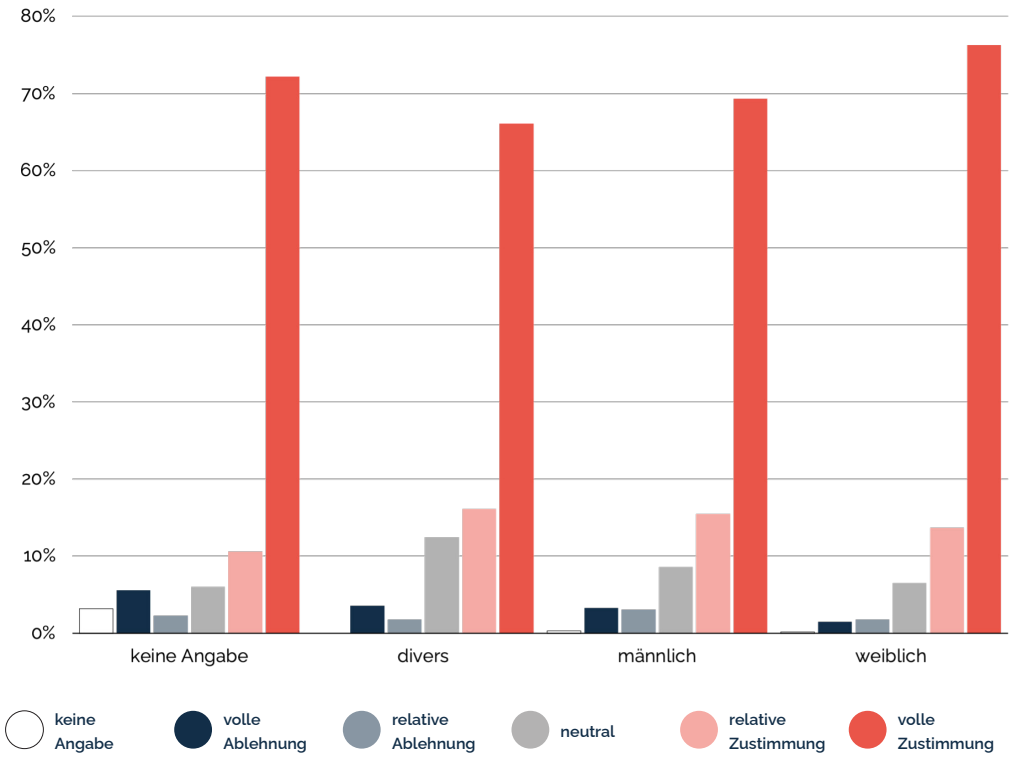
Geschlecht	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
keine Angabe	3,2 %	5,6 %	2,3 %	6,0 %	10,6 %	72,2 %
divers	–	3,6 %	1,8 %	12,5 %	16,1 %	66,1 %
männlich	0,3 %	3,3 %	3,1 %	8,6 %	15,5 %	69,3 %
weiblich	0,2 %	1,5 %	1,8 %	6,5 %	13,7 %	76,3 %
gesamt	**0,3 %**	**2,4 %**	**2,4 %**	**7,5 %**	**14,5 %**	**72,9 %**

4650 von 6095, mithin 76,2 % aller weiblichen Teilnehmerinnen, stimmten einer unabhängigen Bewertung der Klausuren im ersten Staatsexamen vollständig zu. Bei den männlichen Teilnehmenden waren es 3765 von 5436 und somit 69,3 %. Damit zeigt sich, dass die vollständige Zustimmung bei den weiblichen Befragten höher als bei den männlichen ist. Das spiegelt sich in der vollständigen Ablehnung wider. Immerhin 1,5 % der 2,4 % aller Abstimmenden, die der These überhaupt nicht zustimmten, sind männlich. Von 5436 abgegebenen männlichen Stimmen sind 181 vollständig ablehnende Stimmen. Dies entspricht 3,3 % der männlichen Abstimmenden. Die Quote der relativen Zustimmung ist bei den weiblichen Teilnehmerinnen mit 13,7 % geringer als bei den männlichen Teilnehmern mit 15,5 %.

Auch unter diversen Teilnehmenden und solchen ohne Geschlechtsangabe ist die volle Zustimmung am höchsten, mit 66,1 % aller befragten diversen und mit 72,2 % aller Personen ohne Geschlechterangabe. In der Gesamtschau zeigt sich jedoch, dass die hohe Befürwortung nicht geschlechtsspezifisch ist.

Die nachfolgende Grafik verdeutlicht die Angaben. Insbesondere bei der vollständigen Zustimmung erkennt man den beschriebenen Überhang an weiblichen gegenüber den männlichen Befragten.

***These 1 N** Geschlecht*



4.4 Fachsemester

***These 1 N** Fachsemester*

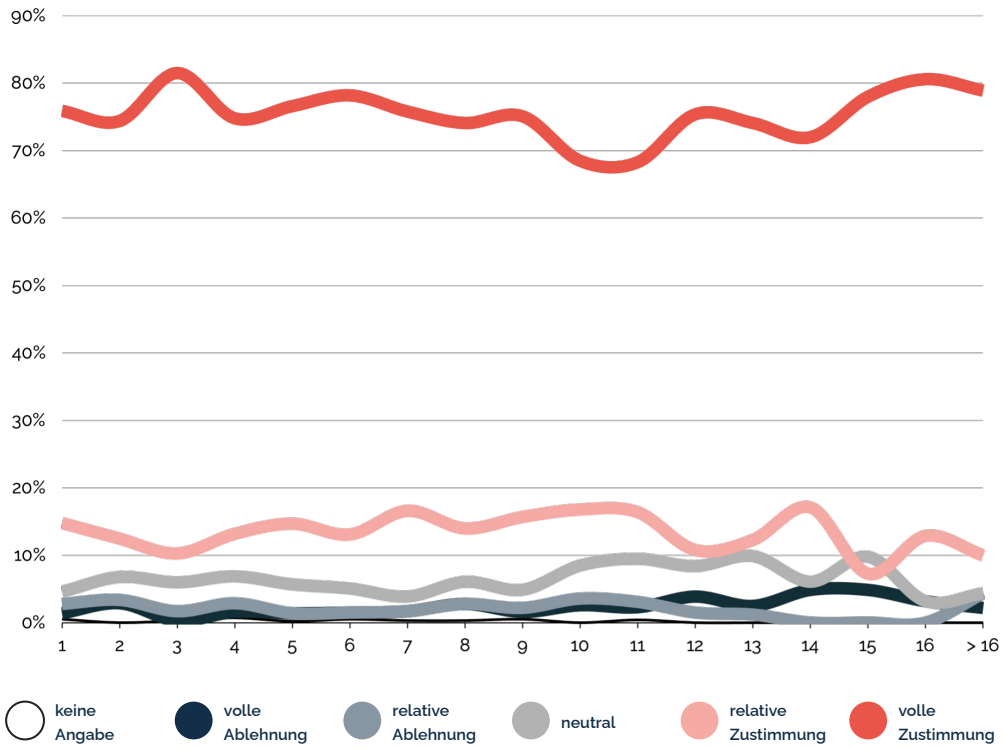
Fachsemester	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
1	0,5 %	1,4 %	2,8 %	4,6 %	14,8 %	75,9 %
2	–	2,9 %	3,4 %	6,8 %	12,5 %	74,4 %
3	0,3 %	0,3 %	1,7 %	6,0 %	10,3 %	81,5 %
4	0,7 %	1,6 %	2,9 %	6,9 %	13,2 %	74,8 %
5	0,2 %	1,4 %	1,4 %	5,7 %	14,7 %	76,6 %
6	0,5 %	1,5 %	1,5 %	5,1 %	13,1 %	78,2 %
7	0,3 %	1,7 %	1,7 %	3,9 %	16,6 %	75,8 %
8	0,3 %	2,8 %	2,8 %	6,1 %	14,0 %	74,1 %
9	0,5 %	1,6 %	2,2 %	4,9 %	15,7 %	75,1 %
10	–	2,6 %	3,6 %	8,5 %	16,8 %	68,5 %
11	0,4 %	2,3 %	3,1 %	9,5 %	16,4 %	68,3 %
12	–	3,9 %	1,5 %	8,4 %	10,8 %	75,4 %
13	–	2,5 %	1,2 %	9,9 %	12,3 %	74,1 %
14	–	4,9 %	–	6,1 %	17,1 %	72,0 %
15	–	4,9 %	–	9,8 %	7,3 %	78,0 %
16	–	3,2 %	–	3,2 %	12,9 %	80,6 %
>16	–	2,2 %	4,4 %	4,4 %	10,0 %	78,9 %
gesamt	**0,3 %**	**2,1 %**	**2,3 %**	**6,3 %**	**14,0 %**	**75,0 %**

Aus der Tabelle ist ersichtlich, dass unter Studierenden jedes Fachsemesters die (vollständige) Zustimmung die (vollständige) Ablehnung deutlich übersteigt. 89,0 % aller Studierenden wünschen sich eine voneinander unabhängige Bewertung der Examensklausuren, 14,0 % davon stimmen der These zumindest überwiegend zu.

Im dritten sowie 16. Fachsemester ergab sich die höchste Zustimmung. 286 von 351 Studierenden des dritten Semesters, folglich 81,5 %, sprechen sich vollständig für eine unabhängige Bewertung der Examensklausuren aus. Im 16. Semester sind es 25 von 31 Studierende und mithin 80,6 %. Die niedrigste vollständige Zustimmung findet sich in den Semestern 10 und 11 mit 68,5 % (289 von 422 Abstimmenden) im zehnten Semester und 68,3 % (179 von 262 Abstimmenden) im 11. Semester. Das überrascht im Hinblick auf die Tatsache, dass die meisten Studierenden in diesem Zeitraum ihr Examen schreiben bzw. sich auf dieses vorbereiten.

Umgekehrt zeigt sich, dass die (vollständige) Ablehnung bei den Studierenden, wie unter allen Befragten, vergleichbar gering ist. 2,1 % der Studierenden lehnen die unabhängige Bewertung vollständig und 2,3 % zumindest überwiegend ab. Im dritten Semester lehnt sogar nur einer von 351 Befragten die unabhängige Bewertung vollständig ab. Im 14. Semester ist die vollständige Ablehnung am höchsten mit 4 von 82 Befragten und mithin 4,9 % der Abstimmenden dieses Semesters. Jedoch gibt es hier keine Person, die die These (nur) relativ ablehnt.

***These 1 N** Fachsemester*



4.5 Gesamtnote

***These 1 N** Gesamtnote*

Gesamtnote	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
1–3	–	3,6 %	–	7,1 %	7,1 %	82,1 %
4–7	0,4 %	1,2 %	1,8 %	6,2 %	13,5 %	77,1 %
8–10	0,2 %	2,8 %	2,8 %	7,9 %	14,8 %	71,5 %
11–13	0,2 %	5,0 %	5,1 %	8,7 %	16,7 %	64,3 %
14–16	–	17,4 %	7,4 %	10,7 %	17,4 %	47,1 %
17–18	–	–	20,0 %	20,0 %	–	60,0 %
gesamt	**0,3 %**	**3,2 %**	**3,1 %**	**7,7 %**	**14,9 %**	**70,8 %**

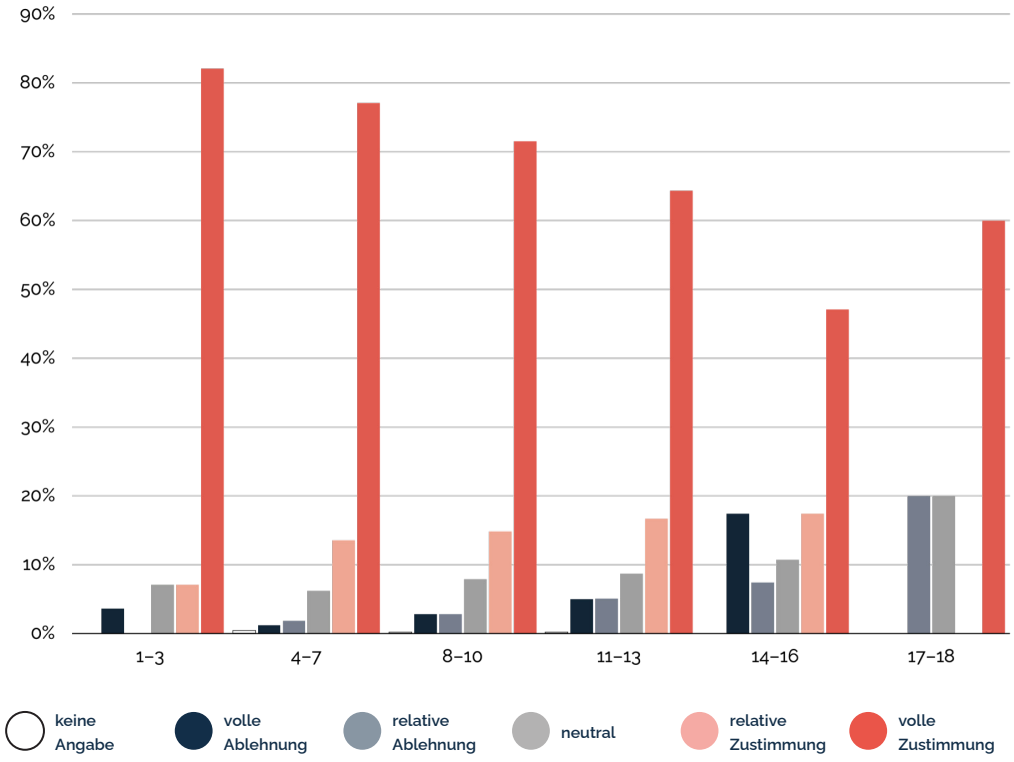
Auch die Aufteilung der Stimmen nach Notenstufen ähnelt der Gesamtauswertung der These. 70,8 % aller Personen, die eine Notenstufe angegeben haben, sprechen sich vollständig für eine unabhängige Bewertung aus und nur 3,2 % vollständig dagegen. Auffällig ist auf den ersten Blick, dass sich 82,1 % derjenigen Personen, die zwischen 1 und 3 Notenpunkten im Examen lagen, vollständig für eine unabhängige Bewertung aussprechen. Mit 28 Teilnehmenden in dieser Gruppe stellen diese Personen jedoch nur einen kleinen Anteil an der Gesamtgruppe dar.

Anders sieht das Bild bei den Personen zwischen 14 und 16 Notenpunkten im Examen aus. Dort ist die volle Zustimmung mit 47,1 % (57 von 121 der Befragten) am niedrigsten und zugleich die Quote der vollständig Ablehnenden mit 17,4 % (21 von 121 Befragten) vergleichsweise hoch.

Die meisten Teilnehmenden befinden sich, wie bereits oben beschrieben, in der Notenstufe 8–10. Innerhalb dieser Notenstufe stimmen 71,5 % (2122 von 2967 Befragten) voll zu, während 2,8 % (83 von 2967 Befragten) voll ablehnen. Damit ist die Zustimmungsquote knapp oberhalb der Gesamtzustimmungsrate und die Quote der vollständig Ablehnenden etwas niedriger.

Mit Ausnahme der Notenstufen 17 – 18, die jedoch mit zehn Teilnehmer:innen eine geringe Aussagekraft hat, ist kontinuierlich zu beobachten, dass die Zustimmungsquote mit Anstieg der Examensnoten sinkt.

***These 1 N** Gesamtnote*



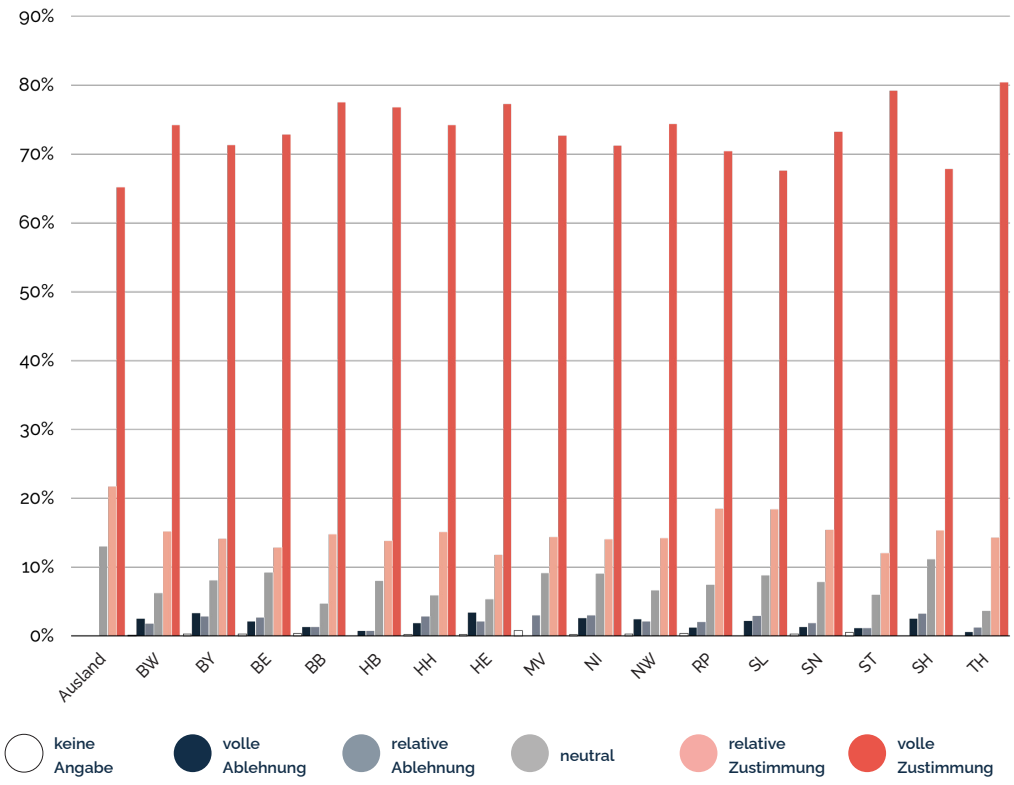
4.6 Studienort

***These 1 N** Studienort*

Bundesland	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
Ausland	–	–	–	13,0 %	21,7 %	65,2 %
Baden-Württemberg	0,1 %	2,5 %	1,8 %	6,2 %	15,2 %	74,2 %
Bayern	0,3 %	3,3 %	2,8 %	8,1 %	14,1 %	71,3 %
Berlin	0,3 %	2,1 %	2,7 %	9,2 %	12,8 %	72,8 %
Brandenburg	0,4 %	1,3 %	1,3 %	4,7 %	14,8 %	77,5 %
Bremen	–	0,7 %	0,7 %	8,0 %	13,8 %	76,8 %
Hamburg	0,2 %	1,9 %	2,8 %	5,9 %	15,1 %	74,2 %
Hessen	0,2 %	3,4 %	2,1 %	5,3 %	11,8 %	77,3 %
Mecklenburg-Vorpommern	0,8 %	–	3,0 %	9,1 %	14,4 %	72,7 %
Niedersachsen	0,2 %	2,6 %	3,0 %	9,0 %	14,0 %	71,2 %
Nordrhein-Westfalen	0,3 %	2,4 %	2,1 %	6,6 %	14,2 %	74,4 %
Rheinland-Pfalz	0,4 %	1,2 %	2,0 %	7,4 %	18,5 %	70,4 %
Saarland	–	2,2 %	2,9 %	8,8 %	18,4 %	67,6 %
Sachsen	0,3 %	1,3 %	1,9 %	7,8 %	15,4 %	73,2 %
Sachsen-Anhalt	0,5 %	1,1 %	1,1 %	6,0 %	12,0 %	79,2 %
Schleswig-Holstein	–	2,5 %	3,2 %	11,1 %	15,3 %	67,8 %
Thüringen	–	0,6 %	1,2 %	3,6 %	14,3 %	80,4 %
gesamt	**0,2 %**	**2,3 %**	**2,3 %**	**7,4 %**	**14,5 %**	**73,3 %**

In allen Bundesländern überwiegt die Zustimmung zur These zur unabhängigen Bewertung der Examensklausuren deutlich mit durchschnittlich 73,3 %. Die höchste vollständige Ablehnung ergibt sich in Hessen mit 3,4 % (20 von 585 Teilnehmenden). Die höchste vollständige Zustimmung findet sich bei den Personen, die in Thüringen studiert haben, mit 80,4 % (135 von 168 Teilnehmenden).

***These 1 N** Studienort*



4.7 Verhältnis zur juristischen Ausbildung

***These 1 N** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*

Beruf	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
Studium	0,2 %	1,2 %	1,4 %	7,2 %	13,7 %	76,3 %
Referendariat	0,1 %	1,5 %	1,6 %	6,5 %	10,3 %	79,9 %
WissMit (Lehrstuhl)	0,5 %	1,7 %	2,2 %	5,0 %	13,6 %	77,0 %
WissMit (Kanzlei)	0,5 %	0,8 %	2,5 %	5,3 %	11,7 %	79,1 %
Promotion	0,4 %	2,4 %	2,5 %	5,1 %	14,3 %	75,3 %
LL.B.	–	0,5 %	1,5 %	6,2 %	11,4 %	80,4 %
LL.M.	–	2,3 %	0,4 %	5,8 %	15,4 %	76,1 %
Rechtsanwält:in	0,4 %	2,4 %	2,2 %	7,2 %	16,4 %	71,4 %
Syndikus	0,5 %	1,6 %	1,1 %	7,1 %	12,8 %	76,8 %
Richter:in	0,2 %	6,7 %	7,8 %	11,7 %	20,6 %	52,9 %
Staatsanwält:in	0,5 %	2,9 %	3,3 %	8,6 %	23,9 %	60,8 %
Professor:in	0,4 %	18,8 %	12,7 %	15,1 %	16,7 %	36,3 %
JPA	–	18,6 %	11,4 %	20,0 %	15,7 %	34,3 %
Verwaltungsbehörde	–	2,3 %	1,8 %	5,0 %	12,8 %	78,2 %
Abbruch	–	–	1,7 %	8,3 %	10,0 %	80,0 %
endgültig nicht bestanden	–	–	1,8 %	1,8 %	5,5 %	90,9 %
einstufige Ausbildung	–	3,3 %	2,2 %	12,1 %	13,2 %	69,2 %

Direkt erkennbar ist die große Zustimmung bei den Studierenden. 3841 von 5033 (76,3 %) der befragten Student:innen äußerten ihre volle Zustimmung zu der These. Hingegen nur 59 Student:innen, mithin 1,2 % der Gruppe, stimmten der These vollständig nicht zu. Bei den Referendar:innen zeigt sich ein ähnliches Bild. 25 von 1653 (1,5 %) lehnen die These vollständig ab und 1321 (79,9 %) von ihnen befürworten die These vollständig.

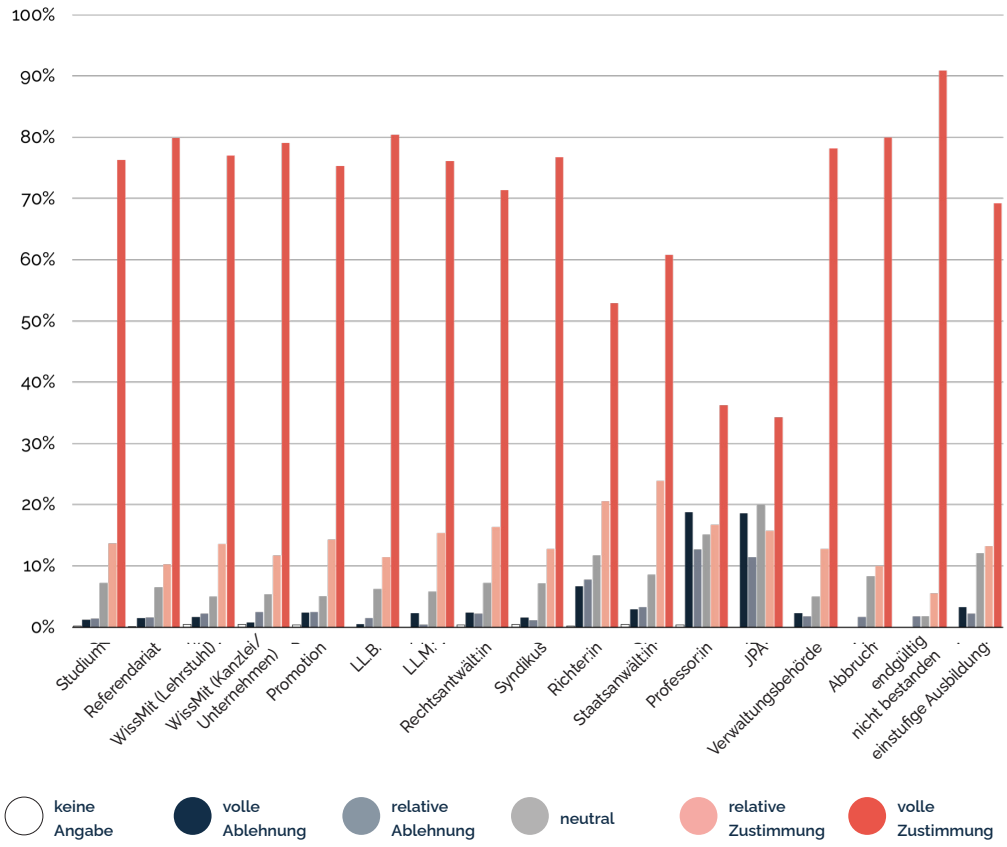
Keine Person, die das Studium abgebrochen oder das erste Staatsexamen endgültig nicht bestanden hat, spricht sich vollständig gegen eine unabhängigere Bewertung aus. Gegenteilig sieht es bei der vollständigen Zustimmung aus. 50 von 55 der Personen, die das erste Staatsexamen nicht bestanden haben (90,9 %), befürworten vollständig die unabhängigere Bewertung des ersten Staatsexamens. Bei den Studienabbrecher:innen sind es 48 von 60 Personen und mithin 80,0 %.

Blickt man hingegen auf die Stimmen der Professor:innen, zeigt sich ein ganz anderes Bild, welches insbesondere von der Gesamtauswertung erheblich abweicht. Immerhin 46 der 245 abstimmenden Professor:innen (18,8 %) lehnen eine unabhängigere Bewertung der Examensklausuren vollständig ab. Zum Vergleich waren es bei der Gesamtauswertung nur 2,4 %. Das Gleiche spiegelt sich in der vollständigen Zustimmung wider. Nur 89 von 245 Professor:innen und mithin 36,3 % dieser Gruppe stimmen der These vollständig zu. Die Gesamtquote der vollständigen Zustimmung beträgt zum Vergleich 72,9 %. Dieses Ergebnis lässt sich wohl damit begründen, dass die Profesor:innen von der Neutralität ihrer eigenen Bewertungen überzeugt sind und ferner eine unabhängigere Bewertung einen deutlichen Mehraufwand bedeuten würde.

Auch bei den Richter:innen, die häufig selbst Examensklausuren korrigieren, fällt die Überzeugung von der These geringer aus. 63 von 937 Richter:innen (6,7 %) lehnen die These vollständig ab und 496 (52,9 %) stimmen der These vollständig zu. Damit wünscht sich aber dennoch die absolute Mehrheit der Richter:innen vollständig eine unabhängigere Bewertung.

Die Zahlen der Rechtsanwält:innen und Syndikusanwält:innen sind vergleichbar mit denen der Gesamtquoten. 50 von 2089 der Rechtsanwält:innen (2,4 %) lehnen die These vollständig ab und 1492 (71,4 %) stimmen der These vollständig zu. Bei den Syndikusanwält:innen sind es von 366 Personen 6 voll ablehnende (1,6 %) und 281 (76,8 %) voll zustimmende Personen.

***These 1 N** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*



5. Ergebnis bzgl. Erwartungen

Unsere Hypothese bezüglich des Reformvorschlags trifft vollumfänglich zu. Wie erwartet gab es eine breite Zustimmung zur These und nur bei denjenigen, die die Klausuren selbst bewerten, eine nur abgeschwächte Zustimmung.

These 1 O: Argumentation abseits der Lösungsskizze

1. Thesenhintergrund

Die These, dass abseits der Lösungsskizze ein breiterer Argumentationsspielraum eröffnet werden sollte, ist keine These, die im Zentrum der Debatte um die juristische Ausbildung steht. Sie wurde jüngst vor allem von den Professor:innen Stephan Breidenbach, Ulla Gläßer und Marietta Auer betont.[1] Der These werden in diesem Kontext keine Gegenargumente entgegengebracht.

2. Thesengestaltung

Im Studium sollte die Argumentation abseits der Lösungsskizze gestärkt werden.

Die ausgewählten Argumente, welche auf der iur.reform-Webseite als Nachweise aufrufbar waren, sind:

Pro	Contra
1. Alles außerhalb der Lösung gilt als falsch.	1. Wahrscheinlicher ist, dass die Korrektur im Studium oberflächlicher ist, weil die Korrekturassistent:innen keine hinreichenden Anreize für eine gründliche Korrektur haben. Das bereitet auf das Examen vor, wo Praktiker:innen und Professor:innen korrigieren, die die Prüfungsamtslösung als einzigen Maßstab hernehmen.
2. Kreatives Gedankengut wird begrenzt. Die Fixierung auf eine Lösung bestraft das Andersdenken.	2. Ob alternative Lösungen sowohl im Studium als auch im Examen nicht hinreichend gewürdigt werden, ist nicht belegt.
3. Kritisches Denken und Kreativität sind die Grundlage der Juristerei.	3. Wann eine Lösung noch als vertretbar gewertet werden kann, unterliegt einem weiten Ermessensspielraum und muss einen Maßstab haben.

3. Hypothese

Wir formulierten folgende Erwartungen für die These:

- Wir erwarten eine breite Zustimmung von Studierenden, da der Frust über diesen Themenaspekt und das Empfinden eines geringen Wertungsspielraums im Studium oft groß ist.
- Dagegen erwarten wir nur eine verhaltene Zustimmung von Prüfer:innen aus Gründen der Praktikabilität. Denn die Korrektur würde gegebenenfalls aufwändiger und eventuell wären sogar eigene Recherchen notwendig.

[1] Breidenbach/Glässer, Eckpunkte für eine neue Juristenausbildung, S. 7 sowie Steinbeis im Interview mit Auer, „Was mich eigentlich interessiert, ist das Gesellschaftliche“, abrufbar unter ***www.verfassungsblog.de/was-mich-eigentlich-interessiert-ist-das-gesellschaftliche/***, zuletzt abgerufen am 30.11.2020.

4. Deskriptive Statistik

4.1 Gesamtauswertung

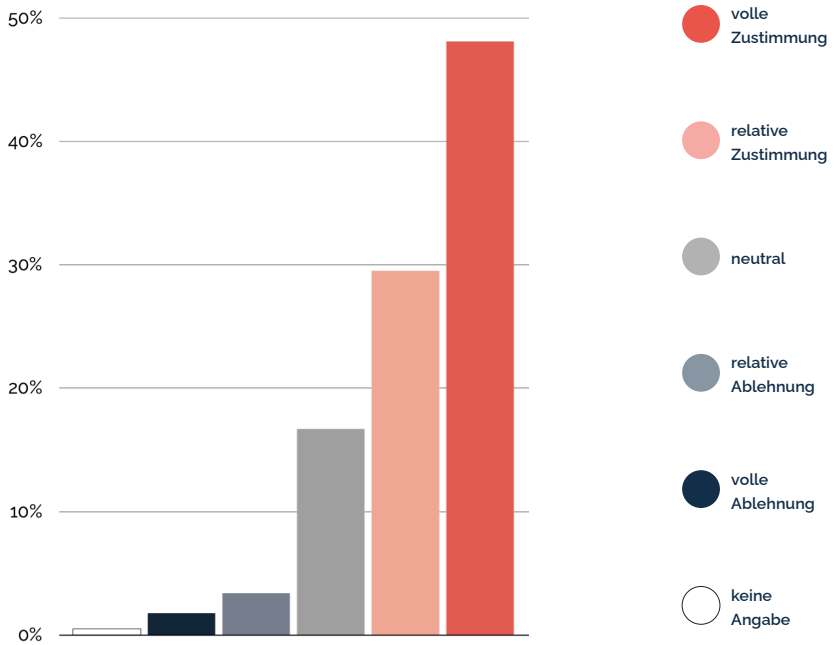
***These 1 O** Gesamtauswertung*

Bewertung	Anteil
keine Angabe	0,5 %
volle Ablehnung	1,8 %
relative Ablehnung	3,4 %
neutral	16,7 %
relative Zustimmung	29,5 %
volle Zustimmung	48,1 %
gesamt	**100,0 %**

Aus der Gesamtheit der Stimmen wurden die Stimmen herausgefiltert, die die Testfragen innerhalb des Fragebogens, zur Vermeidung von Bot-gesteuerten Antworten, nicht richtig beantwortet haben. Die Teilnehmenden, deren Altersangabe nicht nachvollziehbar war (5 Jahre, 200 Jahre oder 421 Jahre alt), sind exkludiert worden. Dies betrifft allerdings lediglich 5 Stimmen, sodass kein nennenswerter Einfluss auf das Ergebnis genommen wurde.

Insgesamt zeigt sich eine starke Zustimmung zu dieser These mit 77,6 % der Stimmen. Mit 16,7 % gibt es aber auch ein gewisses Stimmengewicht bei einer neutralen Haltung. Eine ablehnende Haltung haben dabei lediglich rund 5,2 % der Befragten.

***These 1 O** Gesamtauswertung*

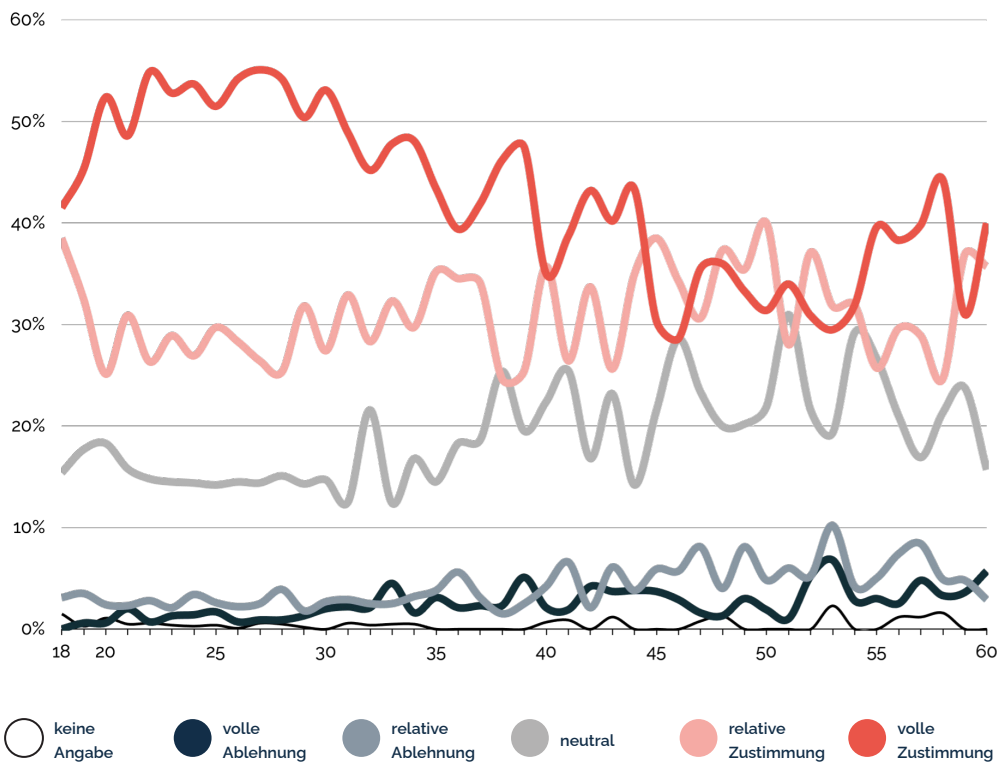


4.2 Alter

Im Vergleich zu den Zahlen aus der obigen Tabelle zeigt sich, dass sich der Gesamtwert für „neutral“ um 0,1 Prozentpunkte nach oben verschoben hat, sonst die Werte gleich sind.

Grundsätzlich besteht die Zustimmung über alle Altersgruppen hinweg. Besonders ausgeprägt ist sie jedoch bei jüngeren Altersgruppen im Bereich zwischen 20 und 28 Jahren. Dort beträgt die Zustimmungsrate jeweils zwischen 52,4 und 54,2 % der vollkommen zustimmenden Stimmen. Diese Quote nimmt ab der Altersgruppe von 29 Jahren schnell ab. Die Zustimmungsquoten überragen die ablehnenden Haltungen dabei aber in jeder Altersgruppe grundsätzlich bei weitem. Dies korreliert insoweit mit der gesamten Altersverteilung bei den Teilnehmenden der Abstimmung. Deshalb lohnt neben dem Gesamtstimmenanteil ein Blick auf den relativen Anteil der Altersgruppen an den jeweiligen Zustimmungs- oder Ablehnungsquoten der nach Alter selektierten Antworten. Dabei zeigt sich, dass die relativen Zustimmungsquoten auch über alle Altersgruppen hinweg hoch bleiben. Insgesamt liegen diese mit vereinzelten Ausnahmen stets zwischen 70,0 %–80,0 %. Selbst wo vereinzelt entsprechende Ausnahmen bestehen, liegen die Zustimmungsquoten über 60,0 %. Zwei Ausnahmen hiervon finden sich lediglich bei den Altersgruppen über 70, die ohnehin nicht stark repräsentiert waren. Dabei ist grundsätzlich eine Enthaltungsquote von ca. 15,0 % zu betrachten, die jedoch mit zunehmendem Alter ab der Altersgruppe 38 ansteigt auf über 20,0 %, vereinzelt auch über 30,0 %. Damit besteht gerade bei Personen, die sich unmittelbar in oder in zeitlicher Nähe zum eigenen Durchleben der juristischen Ausbildung befinden, ein gefestigteres Meinungsbild.

***These 1 O** Alter*



These 1 O Alter

0 keine Angabe **1** volle Ablehnung **2** relative Ablehnung **3** neutral **4** relative Zustimmung **5** volle Zustimmung

Alter	0	1	2	3	4	5
17	–	–	–	–	–	100 %
18	1,5 %	–	3,1 %	15,4 %	38,5 %	41,5 %
19	0,3 %	0,6 %	3,5 %	17,7 %	32,5 %	45,3 %
20	1,1 %	0,6 %	2,4 %	18,3 %	25,1 %	52,4 %
21	0,5 %	2,0 %	2,3 %	15,8 %	30,9 %	48,6 %
22	0,6 %	0,7 %	2,8 %	14,8 %	26,3 %	54,9 %
23	0,4 %	1,3 %	2,1 %	14,5 %	28,9 %	52,8 %
24	0,3 %	1,4 %	3,4 %	14,4 %	26,9 %	53,7 %
25	0,4 %	1,7 %	2,6 %	14,2 %	29,7 %	51,5 %
26	0,1 %	0,7 %	2,2 %	14,5 %	28,3 %	54,2 %
27	0,6 %	0,9 %	2,5 %	14,4 %	26,4 %	55,1 %
28	0,5 %	0,9 %	3,9 %	15,1 %	25,3 %	54,2 %
29	0,2 %	1,3 %	1,8 %	14,3 %	31,8 %	50,4 %
30	–	2,0 %	2,7 %	14,7 %	27,4 %	53,1 %
31	0,6 %	2,2 %	2,9 %	12,5 %	32,9 %	48,9 %
32	0,4 %	2,1 %	2,5 %	21,6 %	28,3 %	45,2 %
33	0,5 %	4,5 %	2,5 %	12,4 %	32,3 %	47,8 %
34	0,5 %	1,6 %	3,2 %	16,8 %	29,7 %	48,1 %
35	–	3,1 %	3,8 %	14,5 %	35,2 %	43,4 %
36	–	2,1 %	5,6 %	18,3 %	34,5 %	39,4 %
37	–	2,3 %	3,1 %	18,6 %	34,1 %	41,9 %
38	–	2,3 %	1,5 %	25,4 %	24,6 %	46,2 %
39	–	5,1 %	2,5 %	19,5 %	25,4 %	47,5 %
40	0,7 %	2,1 %	4,2 %	22,4 %	35,7 %	35,0 %
41	0,9 %	1,9 %	6,6 %	25,5 %	26,4 %	38,7 %
42	–	4,2 %	2,1 %	16,8 %	33,7 %	43,2 %
43	1,2 %	3,7 %	6,1 %	23,2 %	25,6 %	40,2 %
44	–	3,8 %	3,8 %	14,2 %	34,9 %	43,4 %
45	–	3,7 %	5,9 %	21,5 %	38,5 %	30,4 %
46	–	2,9 %	5,7 %	28,6 %	34,3 %	28,6 %
47	0,8 %	1,6 %	8,1 %	23,4 %	30,6 %	35,5 %
48	1,3 %	1,3 %	4,0 %	20,0 %	37,3 %	36,0 %
49	–	3,0 %	8,1 %	20,2 %	35,4 %	33,3 %
50	–	1,9 %	4,8 %	21,9 %	40,0 %	31,4 %

Alter	0	1	2	3	4	5
51	–	1,0 %	6,0 %	31,0 %	28,0 %	34,0 %
52	–	5,2 %	5,2 %	21,6 %	37,1 %	30,9 %
53	2,3 %	6,8 %	10,2 %	19,3 %	31,8 %	29,5 %
54	–	2,8 %	4,2 %	29,2 %	31,9 %	31,9 %
55	–	3,0 %	5,0 %	26,7 %	25,7 %	39,6 %
56	1,2 %	2,5 %	7,4 %	21,0 %	29,6 %	38,3 %
57	1,2 %	4,8 %	8,4 %	16,9 %	28,9 %	39,8 %
58	1,6 %	3,3 %	4,9 %	21,3 %	24,6 %	44,3 %
59	–	3,6 %	4,8 %	23,8 %	36,9 %	31,0 %
60	–	5,7 %	2,9 %	15,7 %	35,7 %	40,0 %
61	1,8 %	3,6 %	7,1 %	12,5 %	32,1 %	42,9 %
62	–	–	1,9 %	14,8 %	33,3 %	50,0 %
63	–	–	2,6 %	30,8 %	23,1 %	43,6 %
64	–	–	12,5 %	8,3 %	33,3 %	45,8 %
65	–	2,9 %	8,6 %	8,6 %	37,1 %	42,9 %
66	–	4,5 %	4,5 %	13,6 %	45,5 %	31,8 %
67	–	5,9 %	–	23,5 %	35,3 %	35,3 %
68	–	6,7 %	6,7 %	–	33,3 %	53,3 %
69	–	–	–	28,6 %	28,6 %	42,9 %
70	–	10,0 %	10,0 %	30,0 %	10,0 %	40,0 %
71	–	–	–	12,5 %	37,5 %	50,0 %
72	–	–	–	40,0 %	–	60,0 %
73	–	–	–	12,5 %	50,0 %	37,5 %
74	–	11,1 %	–	33,3 %	22,2 %	33,3 %
75	–	–	–	33,3 %	33,3 %	33,3 %
77	–	–	–	–	50,0 %	50,0 %
78	–	–	–	–	–	100 %
79	–	–	–	–	50,0 %	50,0 %
81	–	–	–	100 %	–	–
82	–	–	–	–	100 %	–
83	–	–	–	–	–	100 %
84	–	–	–	–	100 %	–
90	–	–	–	–	100 %	–
Σ	**0,4 %**	**1,8 %**	**3,3 %**	**16,7 %**	**29,5 %**	**48,3 %**

4.3 Geschlecht

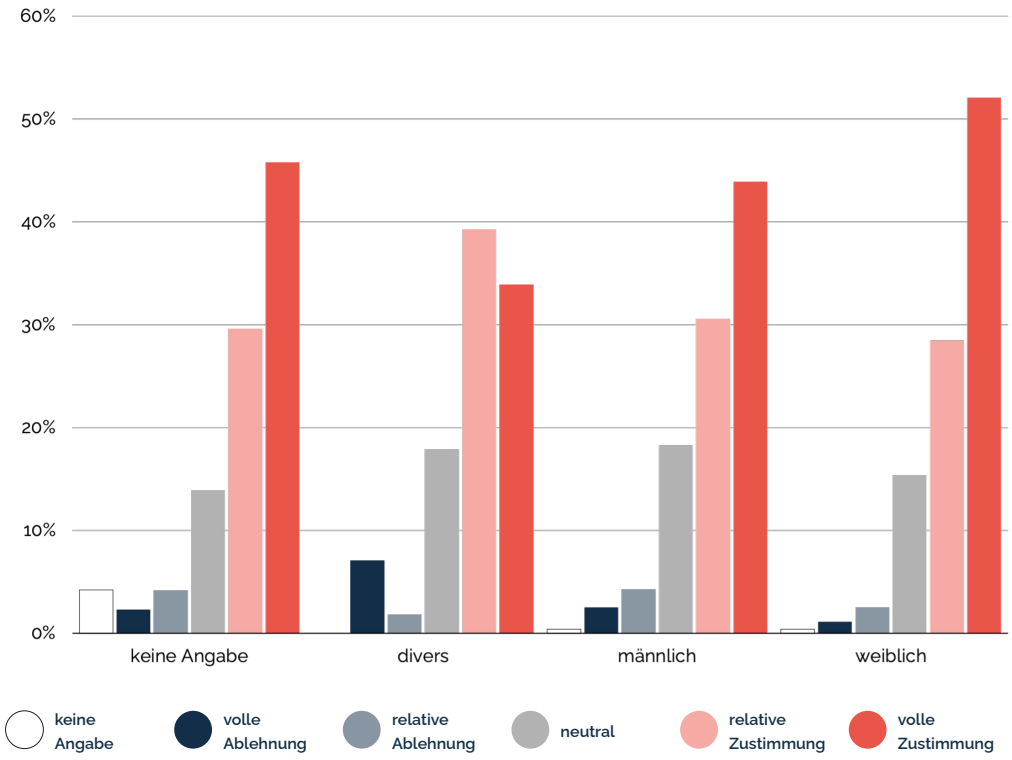
***These 1 O** Geschlecht*

Geschlecht	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
keine Angabe	4,2 %	2,3 %	4,2 %	13,9 %	29,6 %	45,8 %
divers	–	7,1 %	1,8 %	17,9 %	39,3 %	33,9 %
männlich	0,4 %	2,5 %	4,3 %	18,3 %	30,6 %	43,9 %
weiblich	0,4 %	1,1 %	2,5 %	15,4 %	28,5 %	52,1 %
gesamt	**0,5 %**	**1,8 %**	**3,4 %**	**16,7 %**	**29,5 %**	**48,1 %**

Die Zustimmungsquoten in Relation zu ihren Anteilen an den Gesamtstimmen sind bei Vertreter:innen des männlichen und des weiblichen Geschlechts grundsätzlich gleich verteilt. Nur im Rahmen der absoluten Zustimmung überragen die weiblichen Vertreter:innen die männlichen deutlich. Umgekehrt gibt es bei der (relativ) ablehnenden Haltung ein stärkeres Überwiegen der männlichen Befragten. Diese Verteilung entspricht grundsätzlich auch der Geschlechtsverteilung hinsichtlich der Gesamtzahl der Abstimmenden.

Insoweit lohnt auch hier ein Blick auf die relative Verteilung der Geschlechter mit Blick auf die Anteile an den Zustimmungs- und Ablehnungsquoten. Dabei zeigt sich, dass 80,6 % der sich als weiblich identifizierenden Personen und 74,5 % der sich als männlich identifizierenden Personen sowie 75,4 % der sich keinem dieser Geschlechter zuordnenden Personen der These zustimmen. Dabei enthalten sich ca. 15,0 bis 18,0 %.

***These 1 O** Geschlecht*



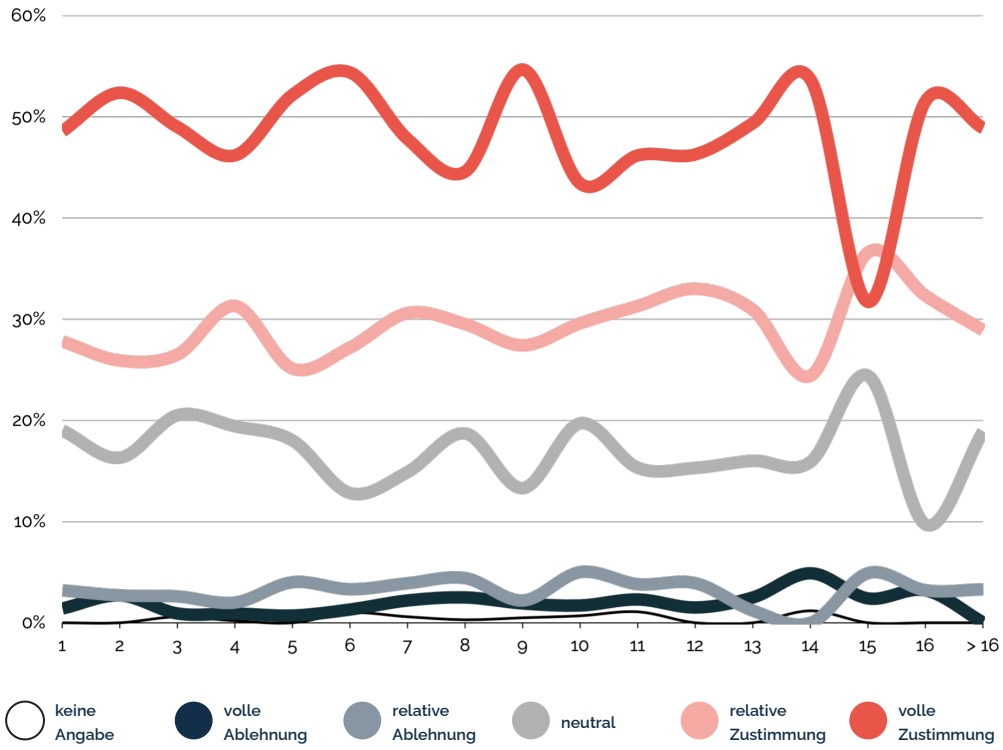
4.4 Fachsemester

***These 1 O** Fachsemester*

Fachsemester	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
1	–	1,4 %	3,2 %	19,0 %	27,8 %	48,6 %
2	–	2,7 %	2,7 %	16,3 %	25,9 %	52,4 %
3	0,6 %	0,9 %	2,6 %	20,5 %	26,5 %	49,0 %
4	0,2 %	0,9 %	2,0 %	19,4 %	31,3 %	46,2 %
5	–	0,7 %	4,0 %	18,0 %	25,1 %	52,2 %
6	1,0 %	1,3 %	3,3 %	12,8 %	27,2 %	54,4 %
7	0,6 %	2,2 %	3,9 %	14,9 %	30,6 %	47,8 %
8	0,3 %	2,5 %	4,4 %	18,7 %	29,5 %	44,6 %
9	0,5 %	1,9 %	2,2 %	13,3 %	27,4 %	54,7 %
10	0,7 %	1,7 %	5,0 %	19,7 %	29,6 %	43,4 %
11	1,1 %	2,3 %	3,8 %	15,3 %	31,3 %	46,2 %
12	–	1,5 %	3,9 %	15,3 %	33,0 %	46,3 %
13	–	2,5 %	1,2 %	16,0 %	30,9 %	49,4 %
14	1,2 %	4,9 %	–	15,9 %	24,4 %	53,7 %
15	–	2,4 %	4,9 %	24,4 %	36,6 %	31,7 %
16	–	3,2 %	3,2 %	9,7 %	32,3 %	51,6 %
>16	–	–	3,3 %	18,9 %	28,9 %	48,9 %
gesamt	**0,4 %**	**1,7 %**	**3,3 %**	**17,0 %**	**28,6 %**	**49,0 %**

Die Zustimmungsquoten sind auch hier über alle Semester hinweg im Verhältnis zur Ablehnung weit überwiegend. Die Zustimmung ist dabei in allen Semestern ausgeprägt. Die Zustimmungsquoten der vollkommenen Zustimmung bewegen sich zwischen 31,7 und 54,7 %. Hierbei offenbart sich, dass die absoluten Zustimmungsquoten grundsätzlich konstant über 70,0 % und überwiegend auch über 75,0 % der jeweiligen Fachsemesterzahl liegen. Eine Ausnahme besteht im Hinblick auf das 15. Fachsemester, wo die Zustimmungsquote allerdings mit 68,3 % nur knapp darunter liegt. Die übrigen Stimmen je Fachsemester sind mit ca. 12,0–24,0 % jeweils den Enthaltungen zuzuordnen. Dieses Ergebnis entspricht insoweit auch den altersspezifischen Zustimmungsquoten.

***These 1 O** Fachsemester*



4.5 Gesamtnote

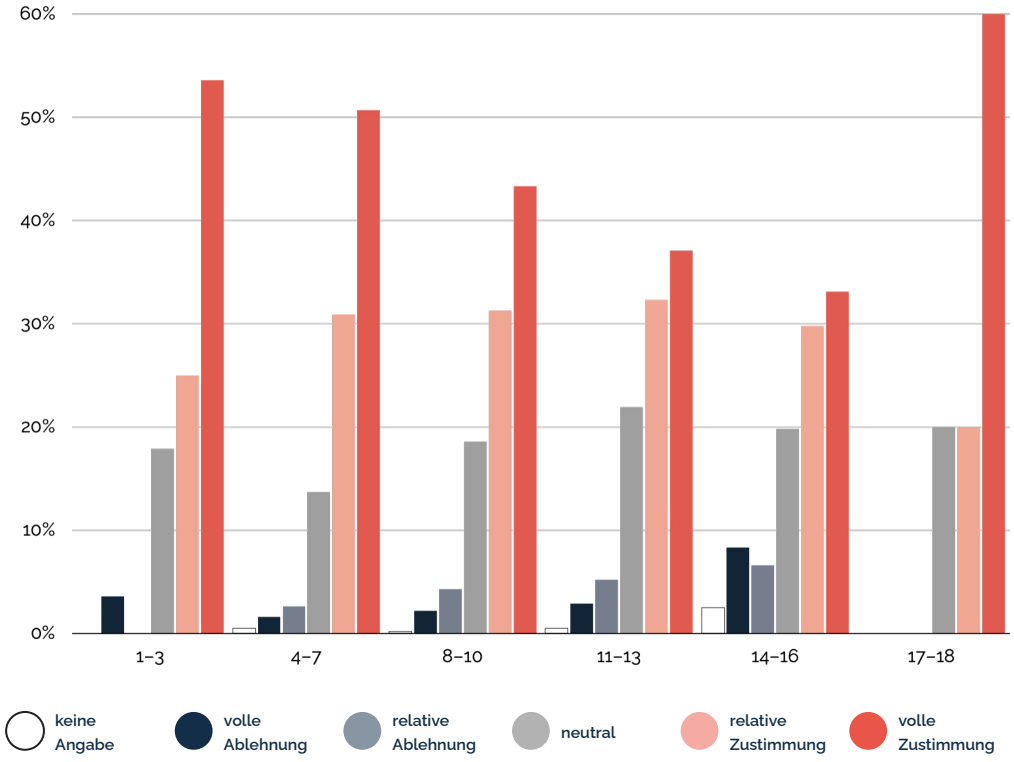
***These 1 O** Gesamtnote*

Gesamtnote	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
1–3	–	3,6 %	–	17,9 %	25,0 %	53,6 %
4–7	0,5 %	1,6 %	2,6 %	13,7 %	30,9 %	50,7 %
8–10	0,2 %	2,2 %	4,3 %	18,6 %	31,3 %	43,3 %
11–13	0,5 %	2,9 %	5,2 %	21,9 %	32,3 %	37,1 %
14–16	2,5 %	8,3 %	6,6 %	19,8 %	29,8 %	33,1 %
17–18	–	–	–	20,0 %	20,0 %	60,0 %
gesamt	**0,4 %**	**2,3 %**	**4,1 %**	**18,2 %**	**31,4 %**	**43,6 %**

Auch mit Blick auf die Notenstufen überwiegt die Zustimmung hinsichtlich der Gesamtheit der Stimmen eine ablehnende Haltung über alle Notenstufen hinweg. Dabei sticht die zweite Notenstufe (4–7 Punkte) besonders heraus mit 81,6 % der gesamten erteilten Zustimmung. Daneben gruppieren sich eher gleichberechtigt die Notenstufe 3 (8–10 Punkte) und 1 (1–3 Punkte) mit je 74,6 bzw. 78,6 % der gesamten Zustimmung. Auch hier ist für eine differenziertere Perspektive ein Blick auf den relativen Anteil der Notenstufen an den jeweils (eher) zustimmenden oder (eher) ablehnenden Haltungen zu werfen. Hierbei zeigt sich, dass vor allem auf den ersten beiden Notenstufen (1–7 Punkte) die Zustimmung bei ca. 80,0 % liegt. In diesem Kontext übersteigt die vollkommene Zustimmung die eher erteilte Zustimmung jeweils deutlich um mehr als 19,0 %. Die Zustimmungsquote flacht auf der dritten Notenstufe (8–10 Punkte) sodann auf ca. 75,0 %, auf der vierten (11–13 Punkte) und fünften Notenstufe (14–16 Punkte) auf ca. 70,0 % ab. In diesem Rahmen gleichen sich auch die Quoten für eine eher und eine vollkommen erteilte Zustimmung immer mehr auf jeweils 30 % an. Auf der letzten Notenstufe (17–18 Punkte) steigt die Zustimmungsquote dann wieder auf 80,0 %, wobei auch die vollkommene Zustimmung die relative Zustimmung um 40,0 % überragt. Die Enthaltungen sind mit ca. 18,0 und 14,0 % auf der ersten und zweiten Notenstufe geringer als in den höheren Notenstufen. Dort liegen die Enthaltungen bei ca. 19,0 bis 20,0 %, sodass das Meinungsbild auf den unteren Stufen gefestigter erscheint.

Damit zeigt sich eine konstante und deutliche Zustimmung, die jedoch auf den ersten beiden Notenstufen (1–7 Punkte) und der letzten Notenstufe (16–17 Punkte) deutlicher ausgeprägt ist. Dies könnte damit begründet sein, dass die erste Notenstufe mit den Personen besetzt ist, die das Examen nicht bestanden haben und dies potenziell mit einer zu engen Fokussierung der Korrektor:innen auf die Lösungsskizze in Verbindung bringen. Selbiges gilt insoweit für die zweite Notenstufe, da dort Personen vorzufinden sind, die (teils knapp) an der Notenschwelle von 9 Punkten gescheitert sind. Personen, die diese Schwelle hingegen übersprungen haben, scheinen mit der Bewertung ihrer Leistung potenziell zufriedener zu sein, sodass ein anderes Korrektor:innenverhalten hier weniger stark gewünscht wird. Eine Ausnahme bildet insoweit die letzte Notenstufe, bei der es sich um Personen handeln könnte, die potenziell mit dem Prüfungsstoff in einem sehr detaillierten Umfang vertraut sind. Hier könnte möglicherweise eine verstärkte Tendenz zu Gedankengängen außerhalb der Lösungsskizze bestehen. Dies könnte mit dem Gefühl einhergehen, diese Tendenz aktiver unterdrücken zu müssen, um nicht durch die Korrektur aufgrund einer Abweichung abgestraft zu werden.

***These 1 O** Gesamtnote*



4.6 Studienort

***These 1 O** Studienort*

Bundesland	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
Ausland	–	8,7 %	–	13,0 %	21,7 %	56,5 %
Baden-Württemberg	0,1 %	2,5 %	3,8 %	18,0 %	27,8 %	47,7 %
Bayern	0,4 %	2,1 %	4,0 %	17,6 %	28,2 %	47,6 %
Berlin	0,3 %	1,0 %	4,2 %	18,3 %	27,4 %	48,8 %
Brandenburg	0,4 %	1,7 %	0,8 %	12,3 %	27,1 %	57,6 %
Bremen	–	2,2 %	–	12,3 %	29,7 %	55,8 %
Hamburg	0,5 %	2,0 %	5,6 %	15,9 %	30,6 %	45,4 %
Hessen	0,7 %	1,9 %	2,9 %	12,1 %	29,6 %	52,8 %
Mecklenburg-Vorpommern	0,8 %	0,8 %	3,0 %	18,9 %	34,8 %	41,7 %
Niedersachsen	1,1 %	1,6 %	2,5 %	15,6 %	29,6 %	49,5 %
Nordrhein-Westfalen	0,4 %	1,6 %	2,9 %	16,1 %	31,2 %	47,8 %
Rheinland-Pfalz	–	3,0 %	3,0 %	16,5 %	32,0 %	45,5 %
Saarland	–	1,5 %	4,4 %	11,8 %	31,6 %	50,7 %
Sachsen	0,3 %	0,9 %	3,3 %	16,8 %	28,0 %	50,7 %
Sachsen-Anhalt	0,5 %	0,5 %	3,3 %	17,5 %	33,3 %	44,8 %
Schleswig-Holstein	0,6 %	1,3 %	1,6 %	18,8 %	32,2 %	45,5 %
Thüringen	–	1,8 %	1,2 %	17,3 %	29,2 %	50,6 %
gesamt	**0,4 %**	**1,8 %**	**3,3 %**	**16,5 %**	**29,5 %**	**48,4 %**

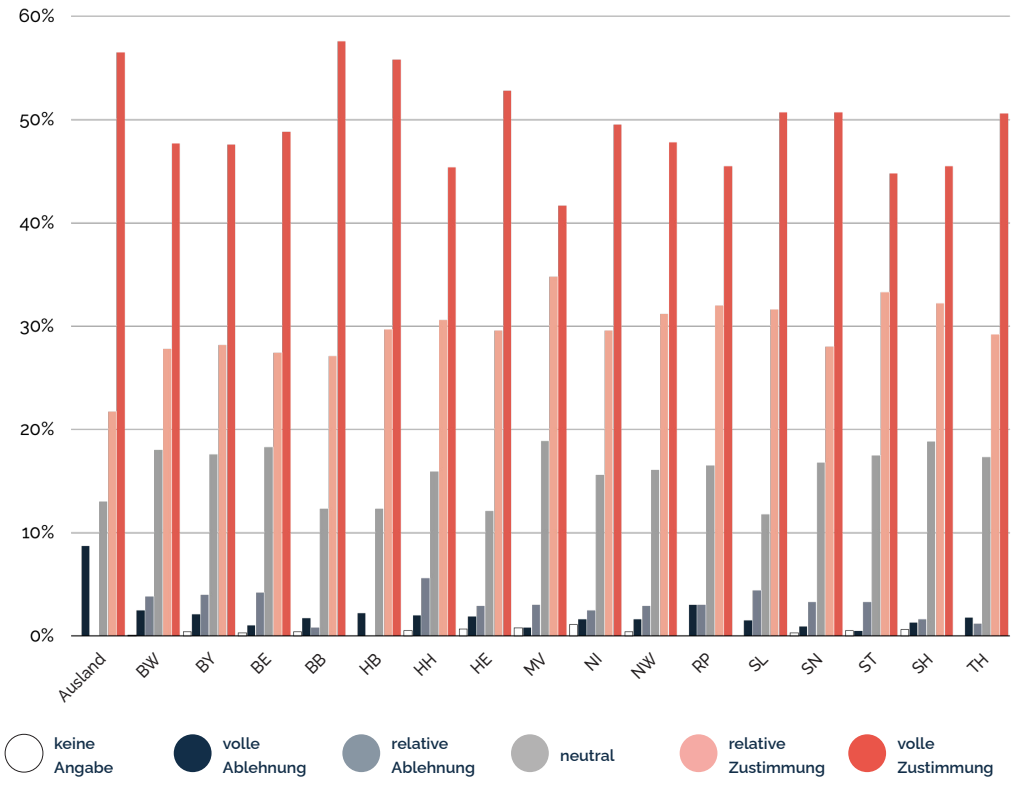
Auch über alle Bundesländer hinweg bleibt die hohe Zustimmungsquote erhalten.

Bei differenzierter Betrachtungsweise der Anteile an den jeweiligen Zustimmungs- und Ablehnungsquoten nach Bundesländern ergeben sich folgende Erkenntnisse.

Die Zustimmungsquoten liegen dabei zwischen ca. 75,0 und 85,0 %. Hierbei stechen die vollkommenen Zustimmungsquoten im Ausland (56,5 %), in Brandenburg (57,6 %) und in Bremen (55,8 %) hervor. Damit korreliert auch eine verringerte Enthaltungsquote von jeweils ca. 12,0–13,0 % (in Relation zu sonstigen 16,0–19,0 %). In Brandenburg und Bremen steht dies zudem im Zusammenhang mit einer hohen eher erteilten Zustimmung (27,1 % beziehungsweise 29,7 %), während im Ausland eine in der Gesamtbetrachtung zwar geringe, aber erhöhte vollkommene Ablehnung (8,7 %) und eine damit einhergehende verminderte eher erteilte Zustimmung (21,7 %) besteht.

Demgegenüber stehen die vollkommenen Zustimmungsquoten in Hamburg (45,4 %), Mecklenburg-Vorpommern (41,7 %) und Rheinland-Pfalz (45,5 %), wobei jedoch hier auch die Quote der eher erteilten Zustimmung höher ist mit 30,6 % (Hamburg), 34,8 % (Mecklenburg-Vorpommern) und 32,0 % (Rheinland-Pfalz).

***These 1 O** Studienort*



4.7 Verhältnis zur juristischen Ausbildung

***These 1 O** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*

Beruf	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
Studium	0,5 %	1,1 %	2,2 %	14,9 %	27,6 %	53,7 %
Referendariat	0,3 %	1,5 %	3,2 %	15,7 %	28,2 %	51,2 %
WissMit (Lehrstuhl)	0,3 %	2,4 %	4,4 %	15,5 %	28,2 %	49,2 %
WissMit (Kanzlei)	0,5 %	1,3 %	3,0 %	15,2 %	26,5 %	53,4 %
Promotion	0,4 %	2,9 %	3,4 %	13,9 %	29,6 %	49,8 %
LL.B.	–	0,7 %	3,2 %	19,3 %	26,0 %	50,7 %
LL.M.	0,4 %	2,1 %	2,7 %	18,5 %	32,2 %	44,2 %
Rechtsanwält:in	0,3 %	2,3 %	3,9 %	18,7 %	31,1 %	43,8 %
Syndikus	–	3,6 %	2,2 %	16,7 %	32,8 %	44,8 %
Richter:in	0,3 %	3,2 %	7,9 %	26,3 %	38,3 %	24,0 %
Staatsanwält:in	–	2,4 %	7,2 %	22,0 %	38,3 %	30,1 %
Professor:in	1,2 %	5,7 %	4,5 %	21,6 %	27,8 %	39,2 %
JPA	1,4 %	5,7 %	12,9 %	27,1 %	34,3 %	18,6 %
Verwaltungsbehörde	0,5 %	2,5 %	3,5 %	14,8 %	30,6 %	48,1 %
Abbruch	–	–	–	15,0 %	26,7 %	58,3 %
endgültig nicht bestanden	1,8 %	–	–	9,1 %	12,7 %	76,4 %
einstufige Ausbildung	–	–	3,3 %	15,4 %	22,0 %	59,3 %

Betrachtet man die Anteile der Berufs-/Ausbildungs- und Absolvent:innengruppen an den jeweiligen Abstimmungs- oder Zustimmungsquoten ergibt sich folgendes Bild: In den meisten Berufs-/Ausbildungs- und Absolvent:innengruppen liegt dabei die Zustimmung über 75,0 % und reicht bis knapp über 80,0 %.

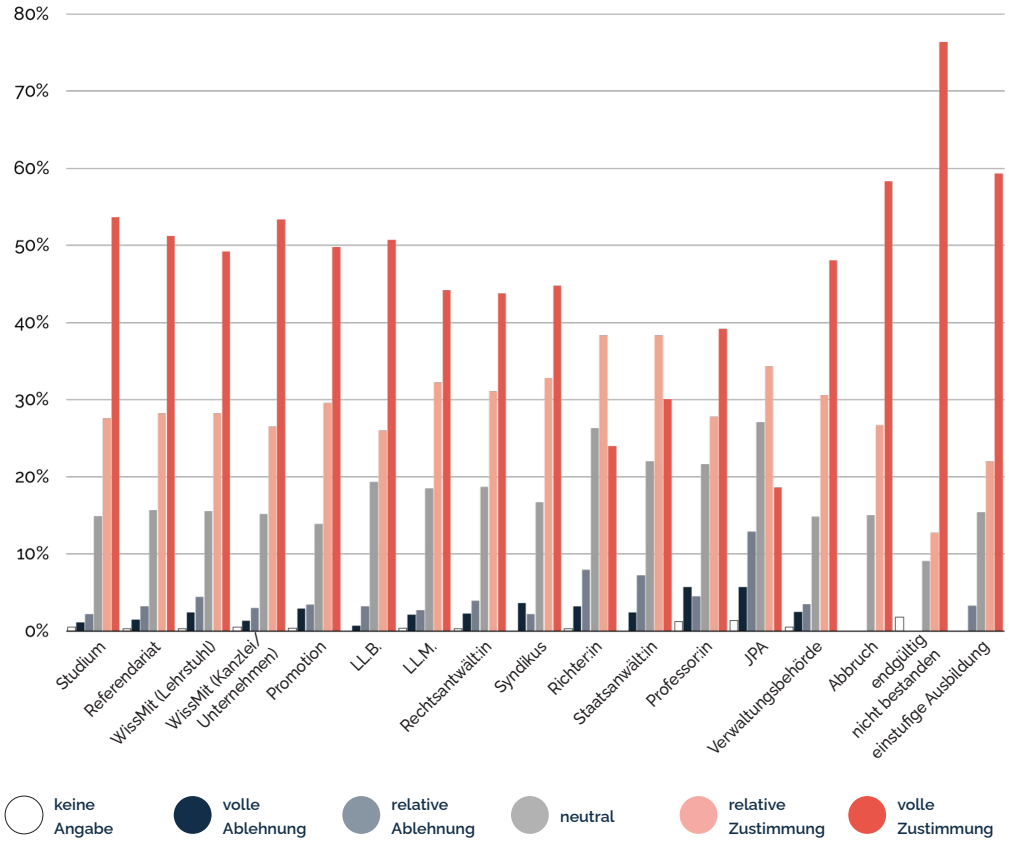
Besonders hervor stechen hier die Personen, die endgültig nicht bestanden haben (89,1 %, wobei die vollkommen erteilte Zustimmung mit 76,4 % ganz erheblich die eher erteilte Zustimmung mit 12,7 % überwiegt), Abbrecher:innen (84,5 %, wobei die vollkommen erteilte Zustimmung mit 58,3 % deutlich die relativ erteilte Zustimmung mit 26,7 % überwiegt) sowie Absolvent:innen der einstufigen juristischen Ausbildung (81,3 %, wobei die vollkommen erteilte Zustimmung mit 59,3 % ganz erheblich die relativ erteilte Zustimmung mit 22,0 % überwiegt). Gleiches gilt auch für Studierende (81,3 %, wobei die vollkommen erteilte Zustimmung mit 53,7 % deutlich die relativ erteilte Zustimmung mit 27,6 % überwiegt), Wissenschaftliche Mitarbeiter:innen in Kanzleien (79,9 %, wobei die vollkommen erteilte Zustimmung mit 53,4 % deutlich die relativ erteilte Zustimmung mit 26,5 % überwiegt), Referendar:innen (79,4 %, wobei die vollkommen erteilte Zustimmung mit 51,2 % deutlich die relativ erteilte Zustimmung mit 28,2 % überwiegt) und Promovierende (79,4 %, wobei die vollkommen erteilte Zustimmung mit 49,8 % deutlich die relativ erteilte Zustimmung mit 29,6 % überwiegt). Dabei ist darauf hinzuweisen, dass sich insbesondere zwischen den drei letztgenannten Gruppen auch inhaltliche Überschneidungen ergeben können.

Schwächer ausgeprägt ist die Zustimmung hingegen bei Mitarbeitenden in Verwaltungsbehörden (48,1 %), Richter:innen (62,3 %, wobei die vollkommene Zustimmung mit 24,0 % der relativ erteilten Zustimmung mit 38,3 % deutlich unterliegt), Professor:innen (67,0 %, hier überwiegt die vollkommene Zustimmung mit 39,2 % deutlich die relativ er-

teilte Zustimmung mit 27,8 %) sowie Staatsanwält:innen (68,4 %, wobei die vollkommene Zustimmung mit 30,1 % der relativ erteilten Zustimmung mit 38,3 % unterliegt).

Wenn auch in der deutlichen Minderheit, zeigt sich damit einhergehend die stärkste Ablehnung gegenüber der These bei Justizprüfungsämtern (18,6 %, wobei die relativ erteilte Ablehnung mit 12,9 % überwiegt) und bei den Professor:innen (10,2 % Ablehnung, wobei die vollkommene Ablehnung mit 5,7 % überwiegt). Gleiches gilt für Richter:innen (11,1 % Ablehnung, wobei die relativ erteilte Ablehnung mit 7,9 % überwiegt) und Staatsanwält:innen (9,6 % Ablehnung, wobei die relativ erteilte Ablehnung mit 7,2 % überwiegt).

***These 1 O** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*



5. Ergebnis bzgl. Erwartungen

Unsere Hypothese bezüglich des Reformvorschlags trifft vollumfänglich zu. Auch wenn damit über alle Gruppen hinweg eine Zustimmung zur These besteht, lässt sich festhalten, dass die Personen, die Klausuren schreiben oder geschrieben haben beziehungsweise potenziell auch Teil des korrigierenden universitären Mittelbaus sind, eher dazu tendieren, dass eine Würdigung von Gedanken abseits der Lösungsskizze stattfinden müsse. Personen, die eher auf der Seite der korrigierenden beziehungsweise klausurerstellenden Seite außerhalb des universitären Mittelbaus stehen, sehen hier tendenziell einen geringeren Handlungsbedarf.

These 1 P: Emotionale Entlastung

1. Thesenhintergrund

Aus den ausgewerteten Literaturbeiträgen zu dieser These wurden neun Pro- und fünf Contra-Argumente gesammelt, die insbesondere allgemeingesellschaftliche Fragen aufwarfen. Vor allem aufgrund der starken Subjektivität von emotionaler Belastung war die Recherche dieser These eine von vielen Meinungen geprägte Abwägung.

2. Thesengestaltung

Die juristische Ausbildung sollte emotional entlastet werden.

Die ausgewählten Argumente, welche auf der iur.reform-Webseite als Nachweise aufrufbar waren, sind:

Pro	Contra
1. Das Jurastudium steht für Desintegration, Entpersonalisierung und Isolation. Daraus folgt eine Angstkultur.	1. Die, die durchkommen, entsprechen der Bestenauslese.
2. Diese Form der Selektion hat viel mit einem Verständnis von Einzelkampf und wenig mit dem Eintreten für den Rechtsstaat zu tun.	2. Stressbewältigung ist eine positive gesellschaftliche Anforderung.
3. Es gibt Anzeichen klinischer Depressionen bei Studierenden.	3. Emotionaler Stress ist eher eine Frage der persönlichen Einstellung. Eine neue Regel oder Reform senkt ihn nicht.

3. Hypothese

Wir formulierten folgende Erwartungen für die These:

- Die These ist offen formuliert. Es wird vermutlich eine allgemeine Zustimmung bei den Studierenden geben, da der Ausbildungsdruck vor Abschluss besonders spürbar ist.
- Eine ablehnende Haltung wird wohl bei Professor:innen und bei den JPAs vorliegen.
- Bei den älteren Rechtsanwält:innen könnte dies ähnlich sein, da das Studium hier besonders weit zurück liegt.

4. Deskriptive Statistik

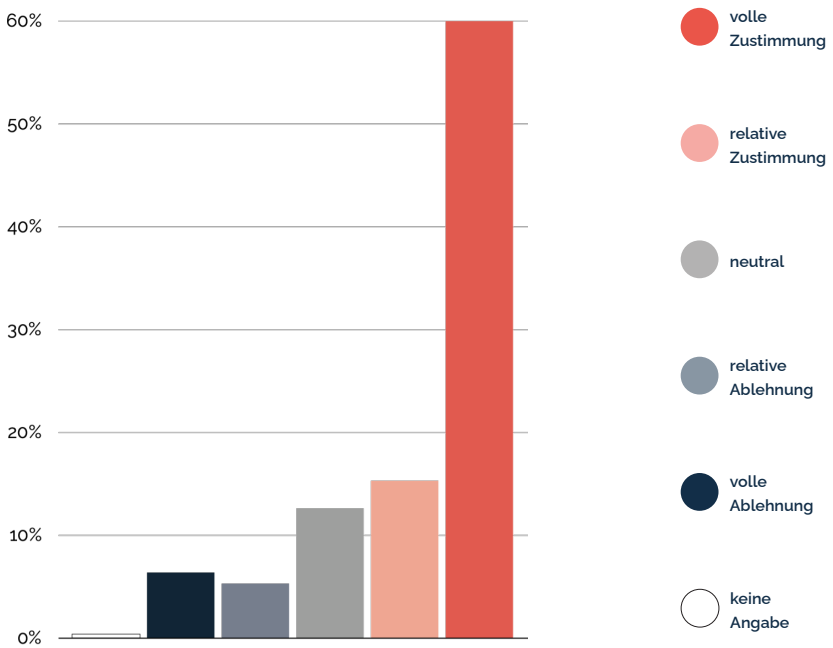
4.1 Gesamtauswertung

***These 1 P** Gesamtauswertung*

Bewertung	Anteil
keine Angabe	0,4 %
volle Ablehnung	6,4 %
relative Ablehnung	5,3 %
neutral	12,6 %
relative Zustimmung	15,3 %
volle Zustimmung	60,0 %
gesamt	**100,0 %**

Insgesamt ist eine hohe volle Zustimmung mit 60 % zu vermerken. Die allgemeine Zustimmung liegt bei 75,3 %. Die allgemeine Ablehnung liegt dagegen nur bei 11,7 %. Neutral verhalten sich 12,6 %, sodass von einer eindeutigen Zustimmung zu sprechen ist.

***These 1 P** Gesamtauswertung*



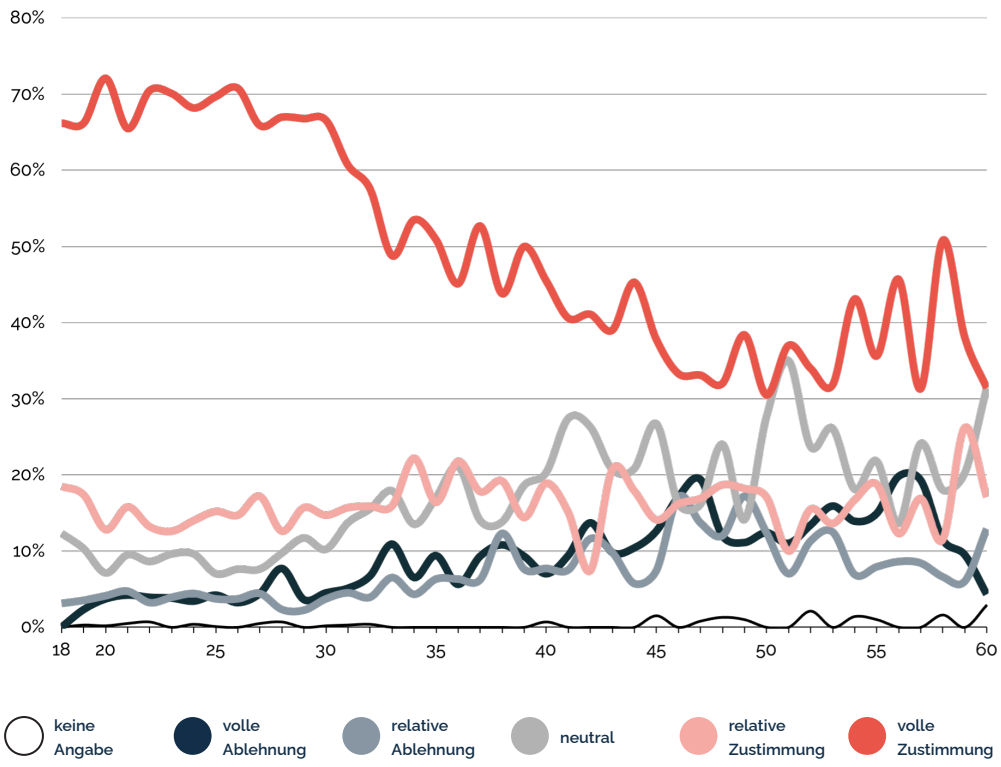
4.2 Alter

Die vollständige Zustimmung ist in allen Altersgruppen grundsätzlich sehr hoch und liegt durchschnittlich bei ca. 50 %.

Die größte Zustimmung ist bei der Altersgruppe von 21-25 Jahren zu verzeichnen. Die Zustimmung der 22-Jährigen ist am höchsten mit 70,5 %. Bei den 77-Jährigen, von denen zwar nur drei teilgenommen haben, liegt die Zustimmung bei 75 %.

Neutral stimmte die Altersgruppe der 67-Jährigen mit 41,2 % ab und die größte Ablehnung findet sich bei den 73 Jährigen mit 25 %. Insgesamt liegt die Ablehnung aber mit wenigen Ausnahmen um die 20 % bei unter 15 % in allen Altersgruppen.

***These 1 P** Alter*



***These 1 P** Alter*

0 keine Angabe **1** volle Ablehnung **2** relative Ablehnung **3** neutral **4** relative Zustimmung **5** volle Zustimmung

Alter	0	1	2	3	4	5
17	–	–	–	–	100 %	–
18	–	–	3,1 %	12,3 %	18,5 %	66,2 %
19	0,3 %	2,3 %	3,5 %	10,3 %	17,4 %	66,2 %
20	0,2 %	3,7 %	4,1 %	7,1 %	12,8 %	72,1 %
21	0,5 %	4,2 %	4,7 %	9,5 %	15,8 %	65,5 %
22	0,7 %	3,9 %	3,2 %	8,6 %	13,2 %	70,5 %
23	–	3,8 %	3,9 %	9,6 %	12,6 %	70,1 %
24	0,4 %	3,4 %	4,4 %	9,6 %	14,0 %	68,2 %
25	0,1 %	4,2 %	3,7 %	7,0 %	15,2 %	69,7 %
26	–	3,2 %	3,7 %	7,6 %	14,7 %	70,8 %
27	0,5 %	4,4 %	4,4 %	7,6 %	17,2 %	65,9 %
28	0,7 %	7,7 %	2,3 %	9,7 %	12,6 %	67,0 %
29	–	3,6 %	2,2 %	11,7 %	15,7 %	**66,8 %**
30	0,2 %	4,5 %	3,7 %	10,2 %	14,7 %	66,6 %
31	0,3 %	5,1 %	4,5 %	13,7 %	15,7 %	60,7 %
32	0,4 %	6,7 %	3,9 %	15,5 %	15,9 %	57,6 %
33	–	10,9 %	6,5 %	17,9 %	15,9 %	48,8 %
34	–	6,5 %	4,3 %	13,5 %	22,2 %	53,5 %
35	–	9,4 %	6,3 %	17,0 %	16,4 %	50,9 %
36	–	5,6 %	6,3 %	21,1 %	21,8 %	45,1 %
37	–	9,3 %	6,2 %	14,0 %	17,8 %	52,7 %
38	–	10,8 %	12,3 %	13,8 %	19,2 %	43,8 %
39	–	9,3 %	7,6 %	18,6 %	14,4 %	50,0 %
40	0,7 %	7,0 %	7,7 %	20,3 %	18,9 %	45,5 %
41	–	9,4 %	7,5 %	27,4 %	15,1 %	40,6 %
42	–	13,7 %	11,6 %	26,3 %	7,4 %	41,1 %
43	–	9,8 %	9,8 %	20,7 %	20,7 %	39,0 %
44	–	10,4 %	5,7 %	20,8 %	17,9 %	45,3 %
45	1,5 %	12,6 %	7,4 %	26,7 %	14,1 %	37,8 %
46	–	17,1 %	17,1 %	16,2 %	16,2 %	33,3 %
47	0,8 %	19,4 %	13,7 %	16,1 %	16,9 %	33,1 %
48	1,3 %	12,0 %	12,0 %	24,0 %	18,7 %	32,0 %
49	1,0 %	11,1 %	17,2 %	14,1 %	18,2 %	38,4 %
50	–	12,4 %	12,4 %	27,6 %	17,1 %	30,5 %

Alter	0	1	2	3	4	5
51	–	11,0 %	7,0 %	35,0 %	10,0 %	37,0 %
52	2,1 %	13,4 %	11,3 %	23,7 %	15,5 %	34,0 %
53	–	15,9 %	12,5 %	26,1 %	13,6 %	31,8 %
54	1,4 %	13,9 %	6,9 %	18,1 %	16,7 %	43,1 %
55	1,0 %	14,9 %	7,9 %	21,8 %	18,8 %	35,6 %
56	–	19,8 %	8,6 %	13,6 %	12,3 %	45,7 %
57	–	19,3 %	8,4 %	24,1 %	16,9 %	31,3 %
58	1,6 %	11,5 %	6,6 %	18,0 %	11,5 %	50,8 %
59	–	9,5 %	6,0 %	20,2 %	26,2 %	38,1 %
60	2,9 %	4,3 %	12,9 %	31,4 %	17,1 %	31,4 %
61	1,8 %	17,9 %	14,3 %	10,7 %	17,9 %	37,5 %
62	–	7,4 %	3,7 %	24,1 %	14,8 %	50,0 %
63	–	2,6 %	5,1 %	30,8 %	23,1 %	38,5 %
64	–	4,2 %	16,7 %	16,7 %	16,7 %	45,8 %
65	–	14,3 %	2,9 %	17,1 %	11,4 %	54,3 %
66	–	9,1 %	13,6 %	13,6 %	18,2 %	45,5 %
67	–	11,8 %	–	41,2 %	5,9 %	41,2 %
68	–	20,0 %	6,7 %	6,7 %	13,3 %	53,3 %
69	–	14,3 %	–	57,1 %	–	28,6 %
70	–	10,0 %	30,0 %	10,0 %	30,0 %	20,0 %
71	–	12,5 %	–	25,0 %	12,5 %	50,0 %
72	–	20,0 %	–	20,0 %	20,0 %	40,0 %
73	–	25,0 %	12,5 %	12,5 %	37,5 %	12,5 %
74	–	11,1 %	11,1 %	11,1 %	11,1 %	55,6 %
75	–	16,7 %	–	33,3 %	16,7 %	33,3 %
77	–	–	–	25,0 %	–	75,0 %
78	–	–	33,3 %	–	–	66,7 %
79	–	–	50,0 %	50,0 %	–	–
81	–	–	100 %	–	–	–
82	–	–	–	100 %	–	–
83	–	–	–	100 %	–	–
84	–	100 %	–	–	–	–
90	–	–	–	–	–	100 %
Σ	**0,3 %**	**6,3 %**	**5,3 %**	**12,6 %**	**15,3 %**	**60,2 %**

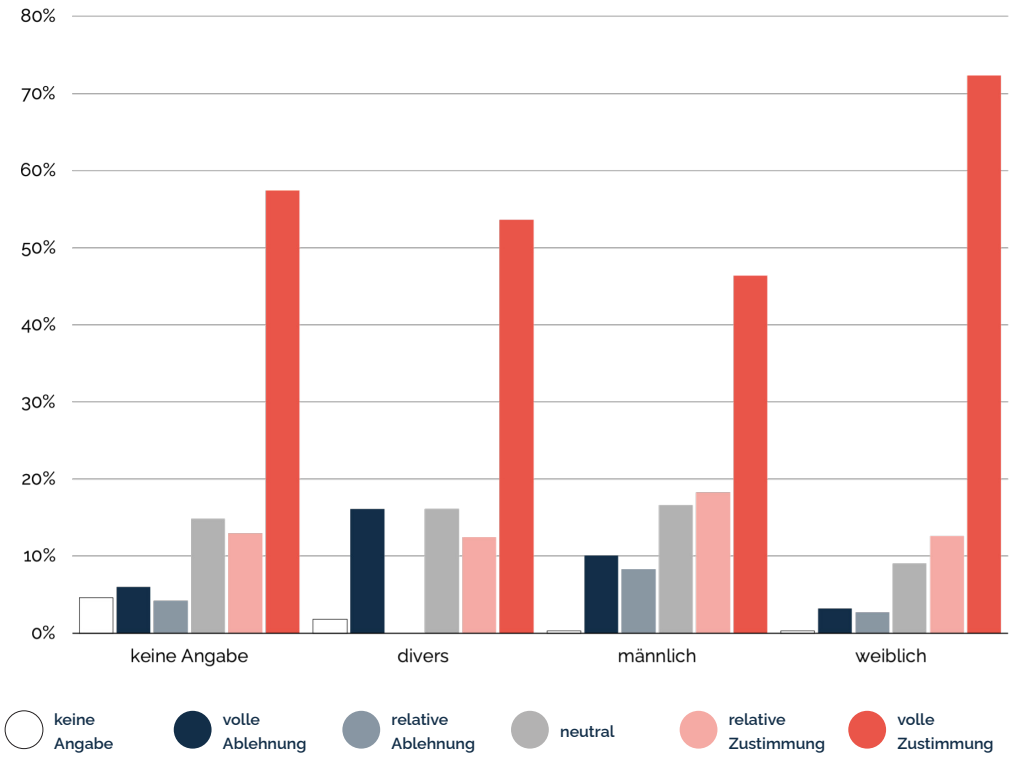
4.3 Geschlecht

***These 1 P** Geschlecht*

Geschlecht	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
keine Angabe	4,6 %	6,0 %	4,2 %	14,8 %	13,0 %	57,4 %
divers	1,8 %	16,1 %	–	16,1 %	12,5 %	53,6 %
männlich	0,3 %	10,1 %	8,3 %	16,6 %	18,3 %	46,4 %
weiblich	0,3 %	3,2 %	2,7 %	9,0 %	12,6 %	72,3 %
gesamt	**0,4 %**	**6,4 %**	**5,3 %**	**12,6 %**	**15,3 %**	**60,0 %**

Die allgemeine Zustimmung ist bei allen Geschlechtern hoch. Die höchste Zustimmung findet sich bei den weiblichen Abstimmenden mit 72,3 % voller Zustimmung, dies hebt sich im Gegensatz zur „relativen Zustimmung“ mit 12,6 % und neutraler Abstimmung mit 9 % deutlich ab. Die allgemeine Ablehnung unter den weiblichen Stimmen liegt nur bei insgesamt 5,9 %. Die diversen Stimmen liegen 53,6 % voller Zustimmung und 16,1 % voller Ablehnung etwas weiter zusammen. Die männlichen Stimmen stellen sich mit 46,4 % voller Zustimmung, 64,7 % allgemeiner Zustimmung und insgesamt 18,4 % allgemeiner Ablehnung etwas verhaltener dar.

***These 1 P** Geschlecht*



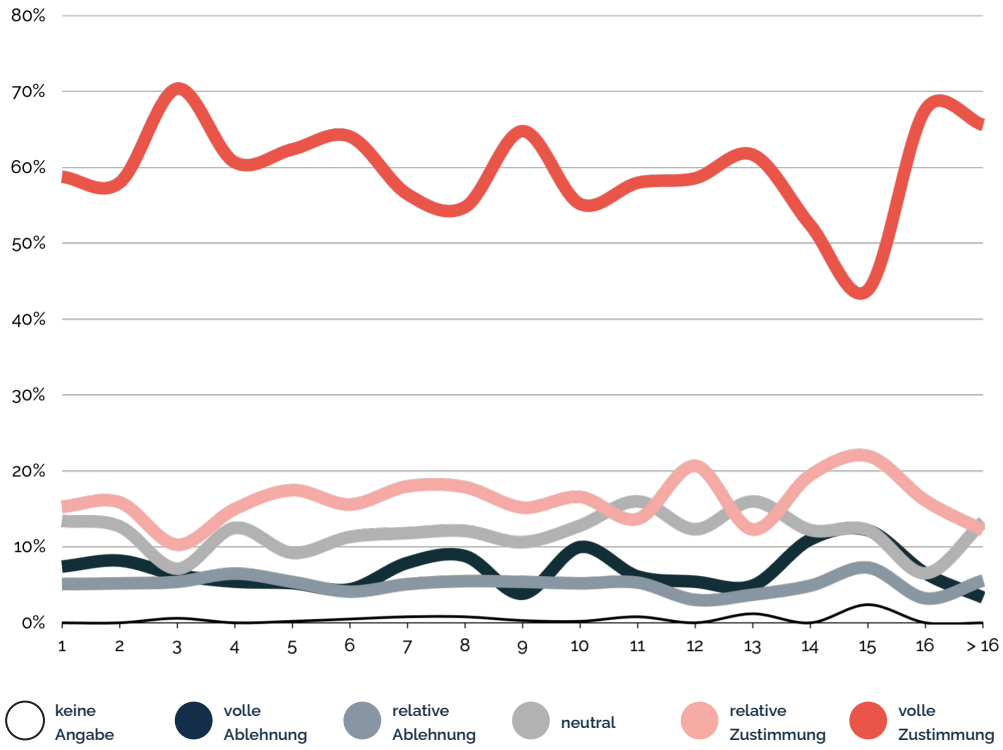
4.4 Fachsemester

***These 1 P** Fachsemester*

Fachsemester	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
1	–	7,4 %	5,1 %	13,4 %	15,3 %	58,8 %
2	–	8,2 %	5,2 %	12,7 %	15,9 %	58,0 %
3	0,6 %	6,3 %	5,4 %	7,1 %	10,3 %	70,4 %
4	–	5,4 %	6,5 %	12,5 %	15,0 %	60,7 %
5	0,2 %	5,2 %	5,4 %	9,2 %	17,5 %	62,4 %
6	0,5 %	4,4 %	4,1 %	11,3 %	15,6 %	64,1 %
7	0,8 %	7,9 %	5,1 %	11,8 %	18,0 %	56,5 %
8	0,8 %	8,8 %	5,5 %	12,1 %	17,9 %	54,8 %
9	0,3 %	3,8 %	5,4 %	10,6 %	15,2 %	64,8 %
10	0,2 %	10,0 %	5,2 %	12,8 %	16,6 %	55,2 %
11	0,8 %	6,1 %	5,3 %	16,0 %	13,7 %	58,0 %
12	–	5,4 %	3,0 %	12,3 %	20,7 %	58,6 %
13	1,2 %	4,9 %	3,7 %	16,0 %	12,3 %	61,7 %
14	–	11,0 %	4,9 %	12,2 %	19,5 %	52,4 %
15	2,4 %	12,2 %	7,3 %	12,2 %	22,0 %	43,9 %
16	–	6,5 %	3,2 %	6,5 %	16,1 %	67,7 %
>16	–	3,3 %	5,6 %	13,3 %	12,2 %	65,6 %
gesamt	**0,4 %**	**6,6 %**	**5,2 %**	**11,8 %**	**15,9 %**	**60,2 %**

Die größte Zustimmung findet sich im 10 Fachsemester. Am neutralsten verhält sich Fachsemester 6. Die größte Ablehnung zeigt sich ebenfalls in Fachsemester 6. Deutlich wird jedoch, dass unter allen Abstimmenden, die ein Fachsemester angegeben haben, die volle Zustimmung zu dieser These mit Abstand am häufigsten gewählt wurde.

***These 1 P** Fachsemester*



4.5 Gesamtnote

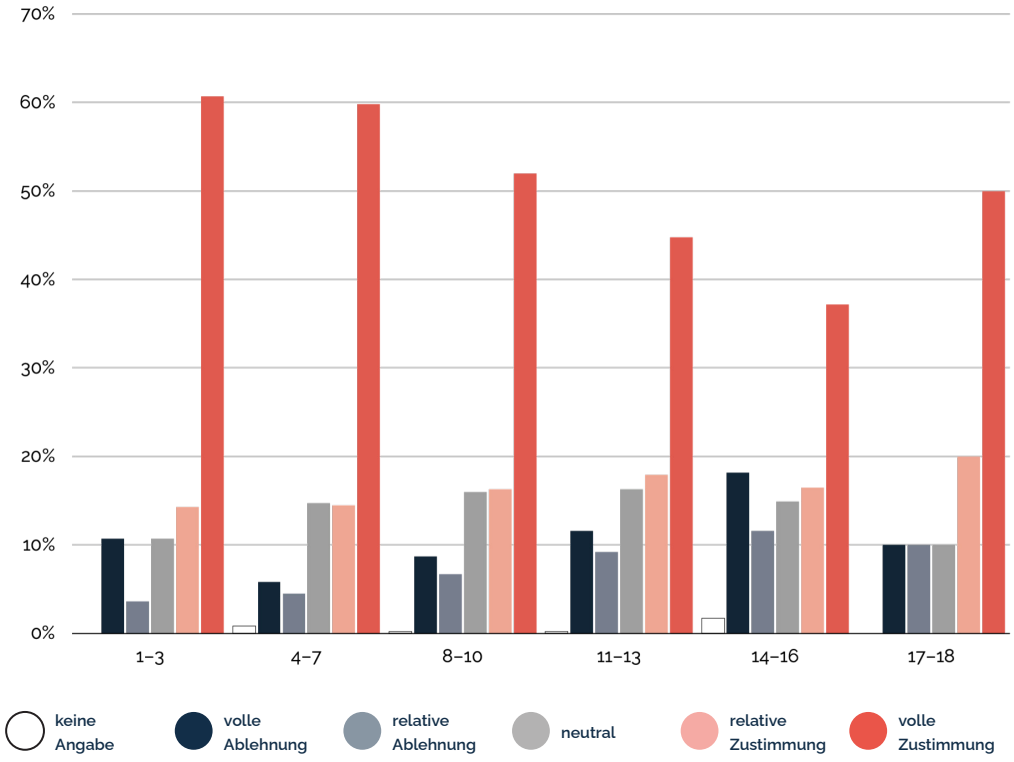
***These 1 P** Gesamtnote*

Gesamtnote	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
1–3	–	10,7 %	3,6 %	10,7 %	14,3 %	60,7 %
4–7	0,8 %	5,8 %	4,5 %	14,7 %	14,5 %	59,8 %
8–10	0,2 %	8,7 %	6,7 %	16,0 %	16,3 %	52,0 %
11–13	0,2 %	11,6 %	9,2 %	16,3 %	17,9 %	44,8 %
14–16	1,7 %	18,2 %	11,6 %	14,9 %	16,5 %	37,2 %
17–18	–	10,0 %	10,0 %	10,0 %	20,0 %	50,0 %
gesamt	**0,4 %**	**8,9 %**	**6,8 %**	**15,7 %**	**16,2 %**	**52,0 %**

Die vollständige Zustimmung ist bei allen Notenstufen bei über 50 % mit Ausnahme derjenigen, die 11-13 Punkte angegeben haben, wo sie bei 44,8 % und bei denjenigen, die 14-16 Punkte angegeben haben, wo sie nur bei 37,2 % liegt. Die höchste vollständige Zustimmung findet sich bei den Abstimmenden, die 1-3 Punkte angegeben haben, mit 60,7 %. Es ist anzumerken, dass sowohl unter als auch über der Note „Vollbefriedigend“ eine deutliche Zustimmung zur These vorliegt.

Neutral stimmten diejenigen am häufigsten ab, die 11-13 Punkte angegeben haben, mit 16,3 %. Der höchste Wert zur vollständigen Ablehnung (18,2 %) wird bei denjenigen erreicht, die 14-16 Punkte angegeben haben.

***These 1 P** Gesamtnote*



4.6 Studienort

***These 1 P** Studienort*

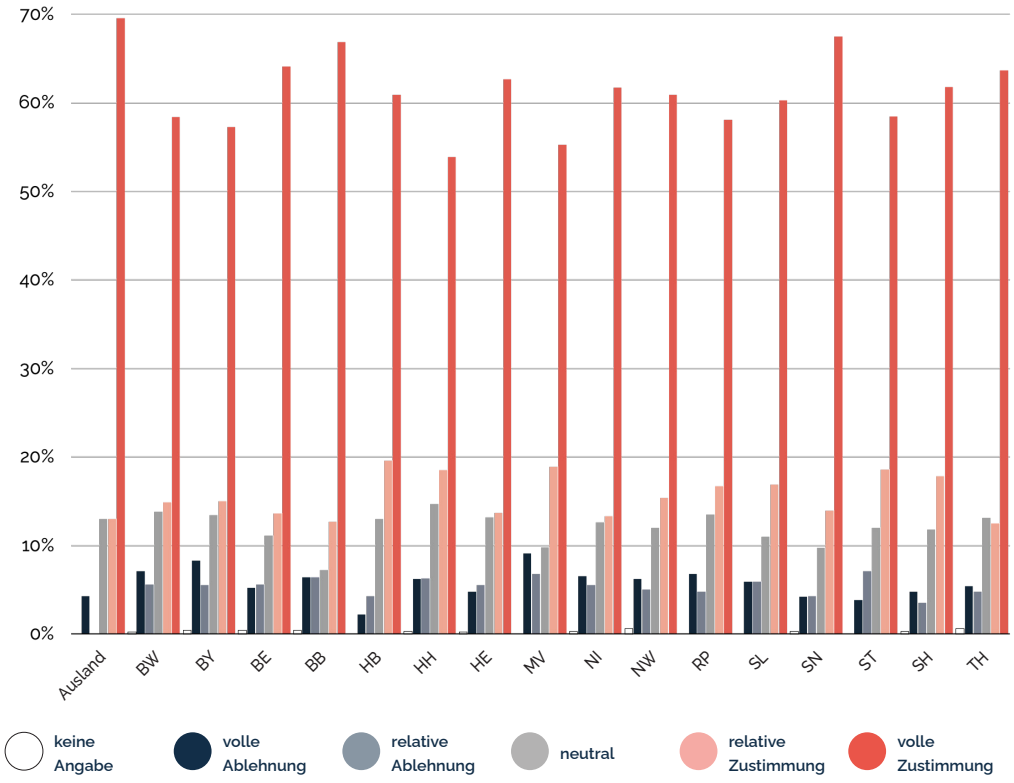
Bundesland	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
Ausland	–	4,3 %	–	13,0 %	13,0 %	69,6 %
Baden-Württemberg	0,2 %	7,1 %	5,6 %	13,8 %	14,9 %	58,4 %
Bayern	0,4 %	8,3 %	5,5 %	13,4 %	15,0 %	57,3 %
Berlin	0,4 %	5,2 %	5,6 %	11,1 %	13,6 %	64,1 %
Brandenburg	0,4 %	6,4 %	6,4 %	7,2 %	12,7 %	66,9 %
Bremen	–	2,2 %	4,3 %	13,0 %	19,6 %	60,9 %
Hamburg	0,3 %	6,2 %	6,3 %	14,7 %	18,5 %	53,9 %
Hessen	0,2 %	4,8 %	5,5 %	13,2 %	13,7 %	62,7 %
Mecklenburg-Vorpommern	–	9,1 %	6,8 %	9,8 %	18,9 %	55,3 %
Niedersachsen	0,3 %	6,5 %	5,5 %	12,6 %	13,3 %	61,7 %
Nordrhein-Westfalen	0,6 %	6,2 %	5,0 %	12,0 %	15,4 %	60,9 %
Rheinland-Pfalz	–	6,8 %	4,8 %	13,5 %	16,7 %	58,1 %
Saarland	–	5,9 %	5,9 %	11,0 %	16,9 %	60,3 %
Sachsen	0,3 %	4,2 %	4,3 %	9,7 %	13,9 %	67,5 %
Sachsen-Anhalt	–	3,8 %	7,1 %	12,0 %	18,6 %	58,5 %
Schleswig-Holstein	0,3 %	4,8 %	3,5 %	11,8 %	17,8 %	61,8 %
Thüringen	0,6 %	5,4 %	4,8 %	13,1 %	12,5 %	63,7 %
gesamt	**0,3 %**	**6,3 %**	**5,3 %**	**12,5 %**	**15,1 %**	**60,4 %**

Es ist eine hohe vollständige Zustimmung in allen Bundesländern zwischen ca. 53-67 % zu erkennen. Das Bundesland mit der höchsten vollständigen Zustimmung ist Sachsen mit 67,5 %. Absolvent:innen mit der Studienortangabe „Ausland“ stimmten mit 69,6 % vollständiger Zustimmung noch höher ab.

Die meisten neutralen Stimmen gab es in Hamburg, mit 14,7 %.

Vollständige Ablehnung wurde in allen Bundesländern und im Ausland nur von ca. 3-5 % gewählt, wobei die meisten Stimmen für vollständige Ablehnung bei 9,1 % in Mecklenburg-Vorpommern lagen.

***These 1 P** Studienort*



4.7 Verhältnis zur juristischen Ausbildung

***These 1 P** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*

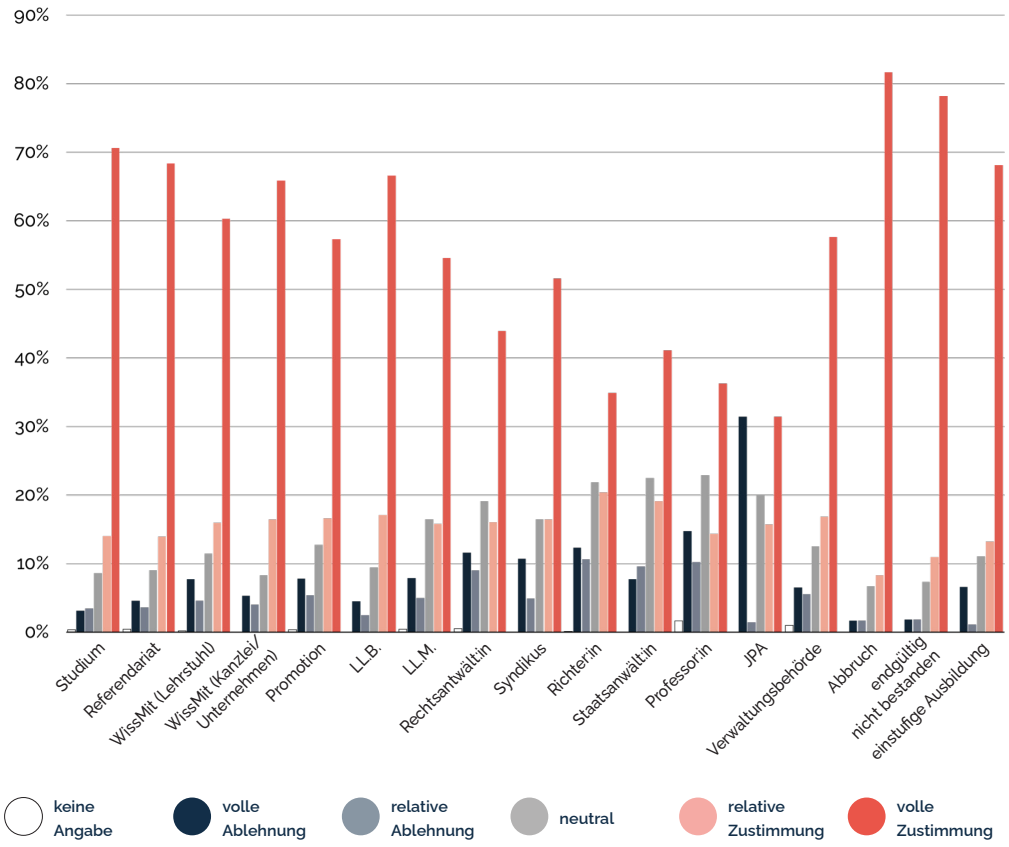
Beruf	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
Studium	0,3 %	3,1 %	3,4 %	8,6 %	14,0 %	70,6 %
Referendariat	0,4 %	4,6 %	3,6 %	9,0 %	13,9 %	68,4 %
WissMit (Lehrstuhl)	0,2 %	7,7 %	4,6 %	11,4 %	15,9 %	60,3 %
WissMit (Kanzlei)	–	5,3 %	4,0 %	8,3 %	16,4 %	65,9 %
Promotion	0,3 %	7,8 %	5,4 %	12,7 %	16,6 %	57,3 %
LL.B.	–	4,5 %	2,5 %	9,4 %	17,1 %	66,6 %
LL.M.	0,4 %	7,9 %	5,0 %	16,4 %	15,8 %	54,6 %
Rechtsanwält:in	0,5 %	11,6 %	9,0 %	19,1 %	16,0 %	43,9 %
Syndikus	–	10,7 %	4,9 %	16,4 %	16,4 %	51,6 %
Richter:in	0,1 %	12,3 %	10,6 %	21,8 %	20,4 %	34,9 %
Staatsanwält:in	–	7,7 %	9,6 %	22,5 %	19,1 %	41,1 %
Professor:in	1,6 %	14,7 %	10,2 %	22,9 %	14,3 %	36,3 %
JPA	–	31,4 %	1,4 %	20,0 %	15,7 %	31,4 %
Verwaltungsbehörde	1,0 %	6,5 %	5,5 %	12,5 %	16,8 %	57,6 %
Abbruch	–	1,7 %	1,7 %	6,7 %	8,3 %	81,7 %
endgültig nicht bestanden	–	1,8 %	1,8 %	7,3 %	10,9 %	78,2 %
einstufige Ausbildung	–	6,6 %	1,1 %	11,0 %	13,2 %	68,1 %

Die höchste vollständige Zustimmung findet sich mit 81,7 % bei denjenigen, die Abbruch der juristischen Ausbildung angegeben haben. Eine vollständige Zustimmung von über 60 % findet sich bei den Antworten derjenigen, die angegeben haben Endgültig nicht bestanden zu haben (78,2 %), sich im Studium befinden (70,6 %), sich im Referendariat befinden (68,4 %), die einstufige Ausbildung abgeschlossen haben (68,1 %), einen LLB absolvieren oder absolviert haben (66,6 %) und bei denjenigen, die angegeben haben WissMit in einer Kanzlei/einem Unternehmen zu sein (65,9 %) oder WissMit an einem Lehrstuhl zu sein (60,3 %).

Der höchste Wert von Stimmen, die neutral abgestimmt haben, findet sich mit 22,9 % unter der Berufsgruppe der Professor:innen, der Mittelwert der neutralen Haltung unter allen liegt bei ca. 13,8 %.

Vollständige Ablehnung liegt mit 31,4 % bei denjenigen am höchsten, die angegeben haben Mitarbeiter:innen in einem JPA zu sein. Hierbei ist festzustellen, dass auch die vollständige Zustimmung dieser Gruppe bei 31,4 % liegt und die allgemeine Zustimmung insgesamt bei 47,1 %, sowie die allgemeine Ablehnung insgesamt bei 32,8 % liegt.

***These 1 P** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*



5. Ergebnis bzgl. Erwartungen

Die allgemeine Zustimmung und insbesondere die der Studierenden ist, wie wir erwartet haben, sehr hoch. Die Zustimmung unter Mitarbeiter:innen der JPA, älteren Rechtsanwält:innen und Professor:innen war etwas niedriger, jedoch insgesamt trotzdem hoch und liegt bei ungefähr 50 %. Damit hat sich unsere Erwartung, dass Professor:innen und Mitarbeiter:innen der JPAs und ältere Rechtsanwält:innen der These mit Ablehnung gegenüber stehen, nicht bewahrheitet. Vielmehr findet sich unter allen Gruppen insgesamt eine einfache Mehrheit, die der These, dass die juristische Ausbildung emotional entlastet werden solle, zustimmt.

These 2 A: Umstellung auf Bologna-System

1. Thesenhintergrund

Die These wurde umfassend diskutiert. So konnten wir jeweils 19 pro- und contra Argumente für bzw. gegen die These aus 14 unterschiedlichen Quellen ausmachen.[1] Die erste Erscheinung der These war 2004[2], sie wurde aber auch noch bis zum Ende unserer Literaturauswertung 2020 diskutiert.[3]

2. Thesengestaltung

Die juristische Ausbildung sollte auf ein Bachelor/ Master-System (Bologna) mit z.B. berufsqualifizierenden Abschlüssen für den Beruf von Richter:innen oder Anwält:innen umgestellt werden.

Die ausgewählten Argumente, welche auf der iur.reform-Webseite als Nachweise aufrufbar waren, sind:

Pro	Contra
1. Ermöglicht die Verbindung mit anderen Fächern wie Wirtschafts-, Sozial- und Politikwissenschaften.	1. Unterschiedliche Fachgebiete erfordern unterschiedlich viel Zeit zum Lernen. Insbesondere das Studium der Rechtswissenschaften erfordert viel Zeit. Ein Bachelor-/Mastersystem ist zu kurz gefasst, um diesem Zeitbedarf gerecht zu werden.
2. Freiwerdende Mittel aus dem Referendariat können zur Vertiefung von wissenschaftlich-methodischen Grundlagen dem universitären Teil der Ausbildung gewidmet werden.	2. Bologna hat sich nicht als passend für die Juristenausbildung erwiesen.
3. Bachelor-Abschlüsse ermöglichen den schnelleren Einstieg in sich entwickelnde Berufsfelder.	3. Abschaffung einheitlicher Abschlussprüfung beeinträchtigt die Vergleichbarkeit der Abschlüsse.

3. Hypothese

Wir formulierten folgende Erwartungen für die These:

- Wir vermuten insgesamt eine deutlich relative Ablehnung, da eine solche Reform die Struktur der bisherigen juristischen Ausbildung komplett in Frage stellen würde.
- Eine leichte Zustimmung wird sich lediglich bei jüngeren Teilnehmenden bzw. unter Studierenden ergeben, da diese besonders von den Nachteilen des heutigen Systems betroffen sind.

[1] ***https://onedrive.live.com/view.aspx?resid=D3C707BB028AE925!323&ithint=file %2cxlsx&authkey=!AERBCCwtBbE_-1M***

[2] Merk, ZRP 2004, 264

[3] von Bültzingslöwen, „Bachelor of Laws vs. Staatsexamen“, Katzenkönig Online, 12.06.2020, abrufbar unter ***https://anwaltsblatt.anwaltverein.de/de/studium-und-referendariat/news/bachelor-of-laws-vs-staatsexamen***, zuletzt abgerufen am 01.12.2020.

4. Deskriptive Statistik

4.1 Gesamtauswertung

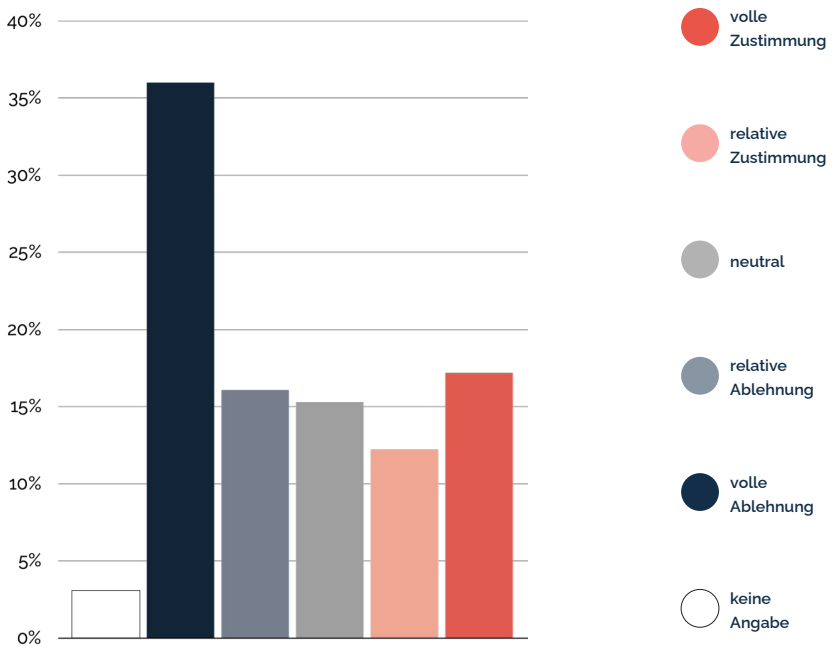
***These 2 A** Gesamtauswertung*

Bewertung	Anteil
keine Angabe	3,1 %
volle Ablehnung	36,0 %
relative Ablehnung	16,1 %
neutral	15,3 %
relative Zustimmung	12,2 %
volle Zustimmung	17,2 %
gesamt	**100,0 %**

Die Daten zeigen, dass eine absolute Mehrheit (52,1 %) die Einführung des Bologna-Systems ablehnt, wobei 36,0 % sogar vollständige Ablehnung zum Ausdruck bringen.

Demgegenüber stehen 29,4 % der Abstimmenden, die eine Umstellung auf das Bologna-System befürworten würden, wobei sogar 17,2 % voll zustimmen. Ein Anteil von 15,3 % der abstimmenden Personen äußerte sich neutral zu der These.

***These 2 A** Gesamtauswertung*



4.2 Alter

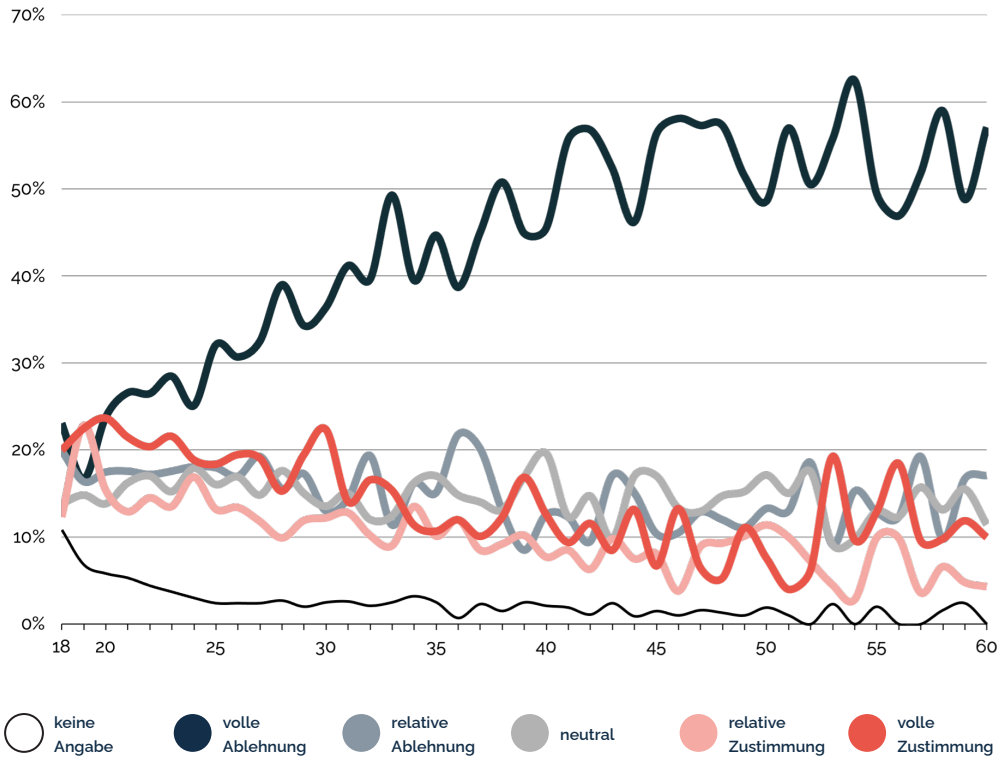
Bei einem Vergleich der Anteile innerhalb der Altersgruppen (% vom Alter) fällt auf, dass die stärkste Zustimmung bei 19- und 20-Jährigen, also dem Alter der meisten Studienanfänger bzw. jüngerer Semester, zu verzeichnen ist. Während die absolute Zustimmung mit 45,3 % bei den 19-Jährigen (zusammengesetzt aus 22,8 % voller und 22,5 % relativer Zustimmung) am höchsten ist, ist der Wert für die vollständige Zustimmung, mit 23,7 % bei den 20-Jährigen am höchsten. In dieser Gruppe ist allerdings auch eine hohe Ablehnungsrate von insgesamt 41,3 % zu verzeichnen.

Danach ist eine abnehmende Tendenz zu beobachten, obwohl es einzelne Ausreißer nach oben gibt (z. B. das Alter von 75, 77 bzw. 79 mit 50,0 % vollständiger Zustimmung, was aber bei nur 1–3 Abstimmenden in diesen Altersgruppen keinen aussagekräftigen Wert darstellt). Die stärkste Neutralität ist mit 19,6 % bei der Gruppe der 40-Jährigen zu beobachten.

Die höchste vollständige Ablehnungsrate liegt mit 59,0 % bei den 58-Jähriegn vor. Dazu kommen 9,8 % mit einer relativen Ablehnung, was eine absolute Ablehnungsrate von 68,8 % in dieser Altersgruppe ergibt. Dagegen stehen in dieser Altersgruppe lediglich 9,8 % mit vollständiger Zustimmung.

Insgesamt zeigen die Daten, dass die Ablehnung der These mit zunehmendem Alter stetig steigt. Stets hohe Zahlen zwischen 40 % und 60 % bezüglich einer vollständigen Ablehnung der These sind ab einem Alter von 31 Jahren zu verzeichnen. Dabei handelt es sich um Personen, die im Regelfall ihr Studium beziehungsweise ihre juristische Ausbildung bereits beendet haben. Abweichungen bei der Ablehnungsrate gibt es ebenfalls in den Altersgruppen der 80- bis 89-Jährigen mit teilweise 100 %, was aufgrund der geringen Teilnehmendenzahl in der Altersgruppe nicht aussagekräftig ist.

***These 2 A** Alter*



***These 2 A** Alter*

0 keine Angabe **1** volle Ablehnung **2** relative Ablehnung **3** neutral **4** relative Zustimmung **5** volle Zustimmung

Alter	0	1	2	3	4	5
17	–	–	–	–	100 %	–
18	10,8 %	23,1 %	20,0 %	13,8 %	12,3 %	20,0 %
19	6,8 %	16,7 %	16,4 %	14,8 %	22,8 %	22,5 %
20	5,8 %	23,8 %	17,5 %	13,8 %	15,4 %	23,7 %
21	5,3 %	26,6 %	17,6 %	16,2 %	12,9 %	21,5 %
22	4,4 %	26,5 %	17,2 %	17,0 %	14,5 %	20,4 %
23	3,7 %	28,5 %	17,6 %	15,2 %	13,5 %	21,6 %
24	3,0 %	25,1 %	18,1 %	17,9 %	16,9 %	18,9 %
25	2,4 %	32,1 %	18,0 %	16,0 %	13,2 %	18,4 %
26	2,4 %	30,7 %	17,0 %	16,9 %	13,4 %	19,5 %
27	2,4 %	32,5 %	19,3 %	14,8 %	11,8 %	19,1 %
28	2,7 %	39,0 %	15,6 %	17,6 %	9,9 %	15,3 %
29	2,0 %	34,3 %	17,3 %	15,0 %	11,9 %	19,5 %
30	2,5 %	36,4 %	13,0 %	13,5 %	12,2 %	22,4 %
31	2,6 %	41,2 %	14,4 %	15,0 %	12,8 %	14,1 %
32	2,1 %	39,6 %	19,4 %	12,0 %	10,2 %	16,6 %
33	2,5 %	49,3 %	11,4 %	12,4 %	9,0 %	15,4 %
34	3,2 %	39,5 %	16,2 %	16,2 %	13,5 %	11,4 %
35	2,5 %	44,7 %	15,1 %	17,0 %	10,1 %	10,7 %
36	0,7 %	38,7 %	21,8 %	14,8 %	12,0 %	12,0 %
37	2,3 %	45,0 %	20,2 %	14,0 %	8,5 %	10,1 %
38	1,5 %	50,8 %	13,1 %	13,1 %	9,2 %	12,3 %
39	2,5 %	44,9 %	8,5 %	16,9 %	10,2 %	16,9 %
40	2,1 %	45,5 %	12,6 %	19,6 %	7,7 %	12,6 %
41	1,9 %	55,7 %	12,3 %	12,3 %	8,5 %	9,4 %
42	1,1 %	56,8 %	9,5 %	14,7 %	6,3 %	11,6 %
43	2,4 %	52,4 %	17,1 %	9,8 %	9,8 %	8,5 %
44	0,9 %	46,2 %	15,1 %	17,0 %	7,5 %	13,2 %
45	1,5 %	56,3 %	10,4 %	17,0 %	8,1 %	6,7 %
46	1,0 %	58,1 %	10,5 %	13,3 %	3,8 %	13,3 %
47	1,6 %	57,3 %	12,9 %	12,9 %	8,9 %	6,5 %
48	1,3 %	57,3 %	12,0 %	14,7 %	9,3 %	5,3 %
49	1,0 %	51,5 %	11,1 %	15,2 %	10,1 %	11,1 %
50	1,9 %	48,6 %	13,3 %	17,1 %	11,4 %	7,6 %

Alter	0	1	2	3	4	5
51	1,0 %	57,0 %	13,0 %	15,0 %	10,0 %	4,0 %
52	–	50,5 %	18,6 %	17,5 %	7,2 %	6,2 %
53	2,3 %	55,7 %	9,1 %	9,1 %	4,5 %	19,3 %
54	–	62,5 %	15,3 %	9,7 %	2,8 %	9,7 %
55	2,0 %	49,5 %	12,9 %	12,9 %	9,9 %	12,9 %
56	–	46,9 %	12,3 %	12,3 %	9,9 %	18,5 %
57	–	51,8 %	19,3 %	15,7 %	3,6 %	9,6 %
58	1,6 %	59,0 %	9,8 %	13,1 %	6,6 %	9,8 %
59	2,4 %	48,8 %	16,7 %	15,5 %	4,8 %	11,9 %
60	–	57,1 %	17,1 %	11,4 %	4,3 %	10,0 %
61	5,4 %	58,9 %	16,1 %	3,6 %	7,1 %	8,9 %
62	3,7 %	48,1 %	11,1 %	13,0 %	9,3 %	14,8 %
63	5,1 %	48,7 %	7,7 %	15,4 %	15,4 %	7,7 %
64	–	45,8 %	12,5 %	12,5 %	16,7 %	12,5 %
65	–	60,0 %	14,3 %	8,6 %	2,9 %	14,3 %
66	4,5 %	40,9 %	13,6 %	22,7 %	13,6 %	4,5 %
67	–	58,8 %	17,6 %	11,8 %	11,8 %	–
68	–	26,7 %	13,3 %	6,7 %	20,0 %	33,3 %
69	–	42,9 %	–	–	28,6 %	28,6 %
70	–	20,0 %	20,0 %	10,0 %	50,0 %	–
71	–	62,5 %	12,5 %	–	–	25,0 %
72	–	20,0 %	–	40,0 %	–	40,0 %
73	–	25,0 %	12,5 %	25,0 %	25,0 %	12,5 %
74	–	66,7 %	11,1 %	–	–	22,2 %
75	–	50,0 %	–	–	–	50,0 %
77	–	–	–	25,0 %	25,0 %	50,0 %
78	–	66,7 %	–	–	–	33,3 %
79	–	50,0 %	–	–	–	50,0 %
81	–	100 %	–	–	–	–
82	–	100 %	–	–	–	–
83	–	100 %	–	–	–	–
84	–	100 %	–	–	–	–
90	–	–	100 %	–	–	–
Σ	**3,0 %**	**36,0 %**	**16,2 %**	**15,3 %**	**12,2 %**	**17,3 %**

4.3 Geschlecht

***These 2 A** Geschlecht*

Geschlecht	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
keine Angabe	13,0 %	31,0 %	14,4 %	15,3 %	11,1 %	15,3 %
divers	1,8 %	55,4 %	5,4 %	7,1 %	8,9 %	21,4 %
männlich	3,1 %	44,8 %	16,0 %	13,4 %	10,2 %	12,6 %
weiblich	2,8 %	28,1 %	16,4 %	17,1 %	14,1 %	21,4 %
gesamt	**3,1 %**	**36,0 %**	**16,1 %**	**15,3 %**	**12,2 %**	**17,2 %**

Die stärkste vollständige Zustimmung ist bei weiblichen und Personen die sich keinem der binären Geschlechter zuordnen können, mit jeweils 21,4 % zu beobachten. Bei den diversen Teilnehmenden ist allerdings die geringe Gesamtzahl der Teilnehmenden von nur 56 zu berücksichtigen, sodass die Aussage in dieser Gruppe nur bedingt aussagekräftig ist.

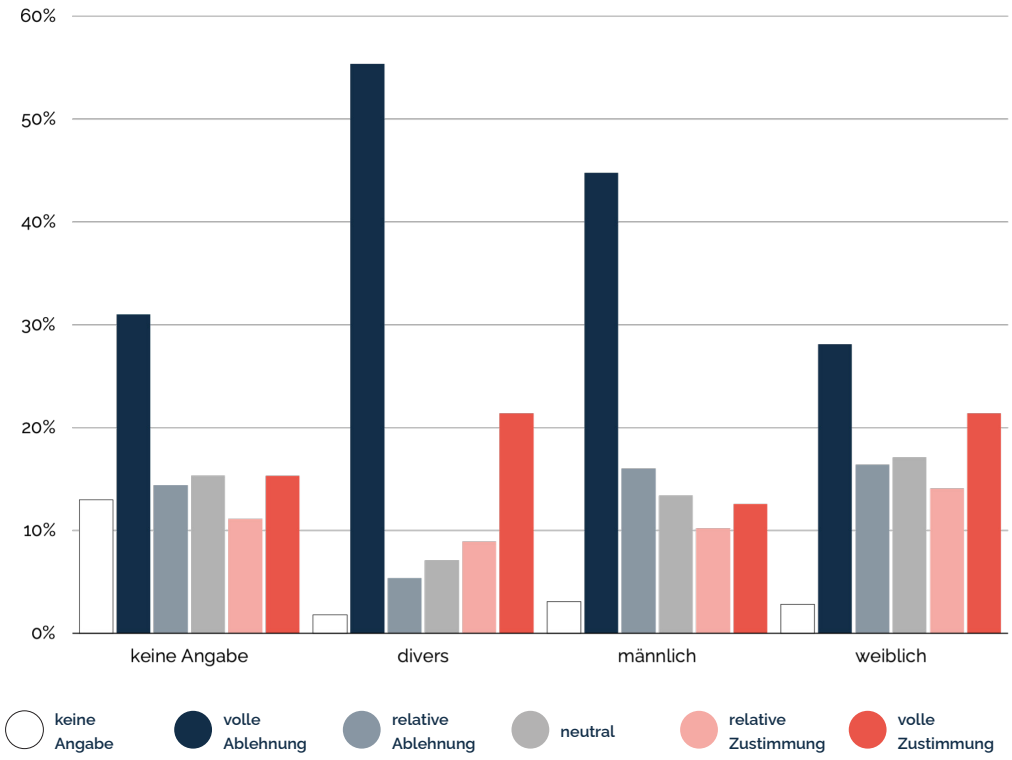
Aber auch bei den weiblichen und diversen Abstimmenden ist die Rate der vollständigen Ablehnung mit 28,1 % bzw. sogar 55,4 % bei divers jeweils deutlich höher als die vollständige Zustimmung.

Unter den männlichen Abstimmenden waren dagegen lediglich 12,6 % vollständig für eine Umstellung auf das Bologna-System. Kumuliert man diesen Wert mit dem Wert der relativen Zustimmung ergibt sich auch hier nur ein Wert von 22,8 % Zustimmung. Dagegen steht ebenso eine sehr hohe vollständige Ablehnung mit 44,8 % und kumuliert mit der Anzahl der relativen Ablehnung sogar eine absolute Mehrheit mit 60,8 %.

Weibliche Teilnehmende standen der These mit 17,1 % im Schnitt am ehesten neutral gegenüber.

Auch bei denjenigen Abstimmenden, die ihr Geschlecht nicht angegeben haben, ist die vollständige Ablehnung mit 31,0 % fast doppelt so hoch wie die absolute Zustimmung (15,3 %).

***These 2 A** Geschlecht*



4.4 Fachsemester

***These 2 A** Fachsemester*

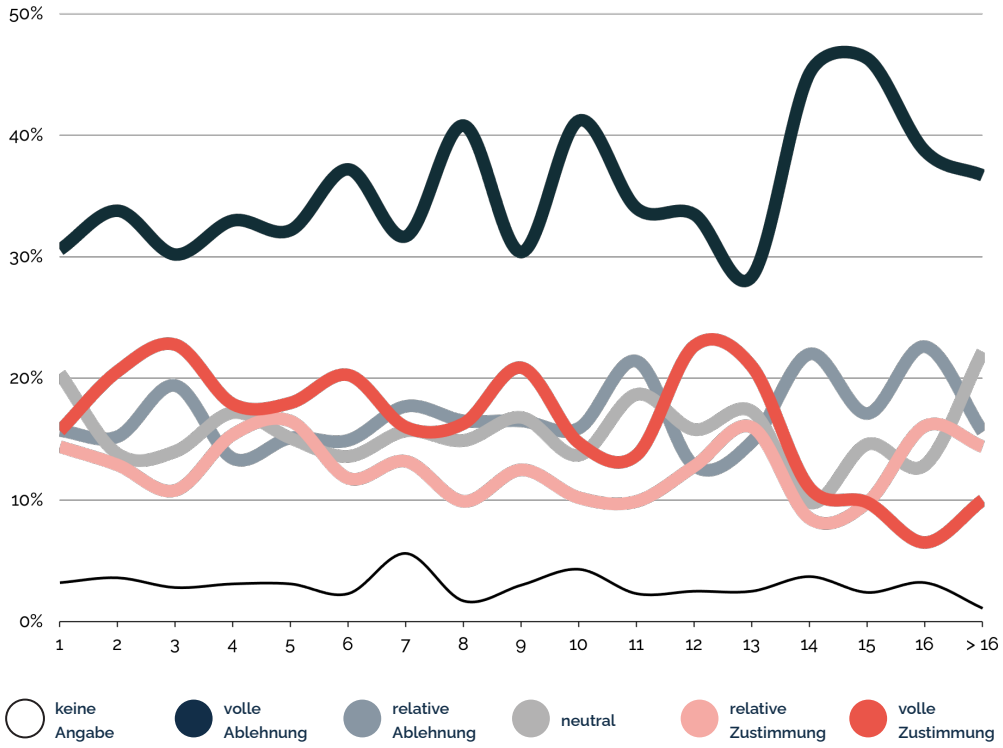
Fachsemester	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
1	3,2 %	30,6 %	15,7 %	20,4 %	14,4 %	15,7 %
2	3,6 %	33,8 %	15,2 %	13,8 %	12,9 %	20,6 %
3	2,8 %	30,2 %	19,4 %	14,0 %	10,8 %	22,8 %
4	3,1 %	33,0 %	13,4 %	17,2 %	15,4 %	17,9 %
5	3,1 %	32,2 %	15,1 %	15,1 %	16,5 %	18,0 %
6	2,3 %	37,2 %	14,9 %	13,6 %	11,8 %	20,3 %
7	5,6 %	31,7 %	17,7 %	15,7 %	13,2 %	16,0 %
8	1,7 %	40,8 %	16,5 %	14,9 %	9,9 %	16,3 %
9	3,0 %	30,4 %	16,5 %	16,8 %	12,5 %	20,9 %
10	4,3 %	41,2 %	15,9 %	13,7 %	10,2 %	14,7 %
11	2,3 %	34,0 %	21,4 %	18,7 %	9,9 %	13,7 %
12	2,5 %	33,5 %	12,8 %	15,8 %	12,8 %	22,7 %
13	2,5 %	28,4 %	14,8 %	17,3 %	16,0 %	21,0 %
14	3,7 %	45,1 %	22,0 %	9,8 %	8,5 %	11,0 %
15	2,4 %	46,3 %	17,1 %	14,6 %	9,8 %	9,8 %
16	3,2 %	38,7 %	22,6 %	12,9 %	16,1 %	6,5 %
>16	1,1 %	36,7 %	15,6 %	22,2 %	14,4 %	10,0 %
gesamt	**3,1 %**	**34,5 %**	**16,2 %**	**15,6 %**	**12,6 %**	**17,9 %**

Die stärkste vollständige Zustimmung ist mit 22,8 % bei Abstimmenden zu beobachten, die das 3. Semester angegeben haben. Sie sinkt dann stetig und erreicht bei Abstimmenden im 6. Semester wieder über 20 %, sinkt dann wieder und erreicht erst bei Abstimmenden im 12./13. Semester (wohl häufig Examenskandidat:innen) wieder 22,7 % bzw. 21,0 %. Die höheren Zustimmungswerte könnten sich darauf zurückführen lassen, dass ein Studierende bei der Einführung eines Bologna-Modells eine Entlastung erwarten und in den genannten Gruppen aufgrund der Examensnähe der Druck auf die Studierenden am höchsten ist.

Die höchste vollständige Ablehnung ist mit 45,1 % bzw. 46,3 % (bei jedoch nur 82 bzw. 41 Gesamtteilnehmenden) im 14. und 15. Semester (wohl häufig kurz nach der ersten juristischen Prüfung) und 41,2 % im 10. Semester (wohl in Examensvorbereitung) zu beobachten. Aber auch 11. und 12. Semester, also bei der Gruppe mit der stärksten Zustimmung, ist mit 34,0 % bzw. 33,5 % eine stärkere vollständige Ablehnung als Zustimmung zu verzeichnen.

Im 14. Semester ergibt sich mit 67,1 % auch die höchste kumulierte Ablehnung. Auffallend ist dabei, dass die Höchstwerte im Rahmen der Ablehnung die der Zustimmung deutlich übersteigen. Im 8., 10. und ab dem 14. Semester ist diese Diskrepanz besonders ausgeprägt. Die stärkste Neutralität ist mit 22,2 % bei Abstimmenden, die mehr als 16 Semester studieren zu beobachten, bewegt sich aber auch sonst zwischen 10 % und 20 %, mit einzelnen Ausnahmen nach oben und unten.

***These 2 A** Fachsemester*



4.5 Gesamtnote

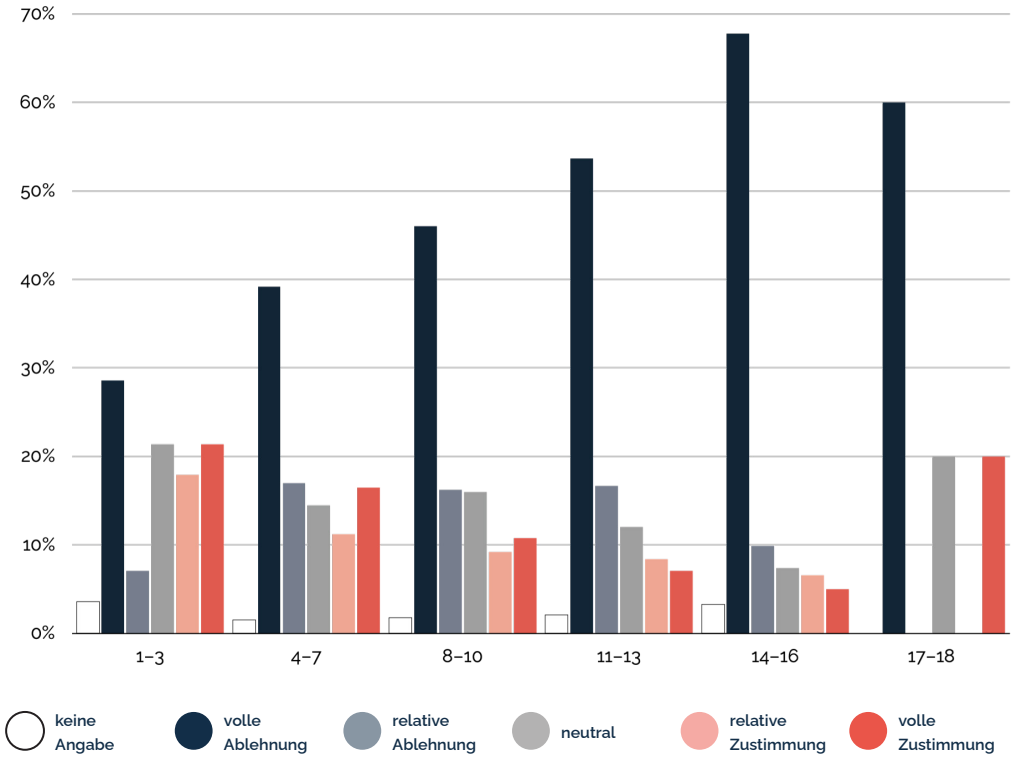
***These 2 A** Gesamtnote*

Gesamtnote	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
1–3	3,6 %	28,6 %	7,1 %	21,4 %	17,9 %	21,4 %
4–7	1,5 %	39,2 %	17,0 %	14,5 %	11,2 %	16,5 %
8–10	1,8 %	46,0 %	16,2 %	16,0 %	9,2 %	10,8 %
11–13	2,1 %	53,7 %	16,7 %	12,0 %	8,4 %	7,1 %
14–16	3,3 %	67,8 %	9,9 %	7,4 %	6,6 %	5,0 %
17–18	–	60,0 %	–	20,0 %	–	20,0 %
gesamt	**1,8 %**	**46,4 %**	**16,3 %**	**14,6 %**	**9,5 %**	**11,3 %**

Am stärksten wird die Umstellung des Studiums auf das Bologna-System von den Teilnehmenden, welche die erste juristische Prüfung nicht bestanden haben, Personen die 1–3 Punkte angegeben haben, sowie bei Abstimmenden die „sehr gut“ (17–18 Punkte) angegeben haben mit 21,4 % bzw. 20,0 % vollständig befürwortet. In diesen Gruppen haben allerdings nur 28 bzw. 10 Personen abgestimmt, was die Ergebnisse im Vergleich zu den anderen Gruppen weniger aussagekräftig macht. Zudem lagen die Werte der vollständigen Ablehnung auch hier deutlich über der Zustimmung (28,6 % bzw. 60,0 %)

Bei den Gesamtnoten von 4–7 Punkten beträgt die vollständige Zustimmung 16,5 % und die vollständige Ablehnung liegt bei 39,2 %. Mit steigender Note sinkt dann die Zustimmung zur These. Bei 14–16 Punkten ist mit 67,8 % die stärkste vollständige Ablehnung zu beobachten. In dieser Gruppe gibt es mit 5,0 % auch am wenigsten vollständige Zustimmung für die These.

***These 2 A** Gesamtnote*



4.6 Studienort

***These 2 A** Studienort*

Bundesland	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
Ausland	8,7 %	4,3 %	8,7 %	17,4 %	21,7 %	39,1 %
Baden-Württemberg	2,7 %	36,7 %	15,8 %	15,7 %	11,9 %	17,2 %
Bayern	3,1 %	40,1 %	14,8 %	13,7 %	12,2 %	16,2 %
Berlin	1,8 %	32,2 %	17,3 %	17,1 %	13,6 %	18,1 %
Brandenburg	2,1 %	33,9 %	12,3 %	16,1 %	14,4 %	21,2 %
Bremen	2,9 %	34,1 %	19,6 %	17,4 %	10,1 %	15,9 %
Hamburg	3,4 %	36,5 %	18,7 %	18,2 %	9,4 %	13,8 %
Hessen	2,2 %	35,9 %	14,7 %	17,6 %	11,5 %	18,1 %
Mecklenburg-Vorpommern	–	43,2 %	21,2 %	15,9 %	8,3 %	11,4 %
Niedersachsen	3,2 %	35,3 %	16,5 %	14,6 %	13,4 %	17,0 %
Nordrhein-Westfalen	3,3 %	35,8 %	15,8 %	14,0 %	12,5 %	18,7 %
Rheinland-Pfalz	2,0 %	34,2 %	20,3 %	12,1 %	13,1 %	18,3 %
Saarland	5,1 %	39,0 %	12,5 %	17,6 %	10,3 %	15,4 %
Sachsen	4,0 %	28,6 %	16,6 %	18,3 %	15,3 %	17,2 %
Sachsen-Anhalt	3,8 %	33,9 %	23,5 %	15,3 %	8,2 %	15,3 %
Schleswig-Holstein	2,5 %	38,9 %	15,9 %	16,2 %	10,2 %	16,2 %
Thüringen	2,4 %	35,1 %	16,7 %	12,5 %	14,3 %	19,0 %
gesamt	**2,9 %**	**35,8 %**	**16,3 %**	**15,3 %**	**12,3 %**	**17,3 %**

Die höchste vollständige Zustimmung ist mit 39,1 % bei Studierenden im Ausland zu beobachten, wobei der Wert aufgrund der geringen Gesamtzahl der Abstimmenden in der Gruppe (23) wenig aussagekräftig sein dürfte. Daneben ist in Brandenburg mit 21,2 % die vollständige Zustimmung am größten. Die kumulierte Zustimmung beträgt dort 35,6 %.

Am stärksten neutral stimmten Abstimmende mit dem Studienstandort Sachsen mit 18,3 % (der Durchschnitt beträgt 15,3 %) und Studierende im Ausland mit 34,8 % – wobei letzterer Wert aufgrund der geringen Gesamtzahl der Abstimmenden in der Gruppe (23) wenig aussagekräftig sein dürfte.

In Mecklenburg-Vorpommern herrscht dagegen die höchste vollständige Ablehnung mit 43,2 %, wobei die kumulative Ablehnung dort sogar 64,4 % erreicht. Generell bewegen sich die Werte der vollständigen Ablehnung der These in allen Bundesländern in einem sehr hohen Bereich zwischen 28,6 % und 43,2 %. Auch die kumulierte Ablehnung von durchschnittlich 52,1 % steht gegen eine durchschnittliche kumulierte Zustimmung von 29,6 %.

***These 2 A** Studienort*

4.7 Verhältnis zur juristischen Ausbildung

These 2 A *Verhältnis zur juristischen Ausbildung*

Beruf	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
Studium	4,4 %	23,6 %	16,4 %	16,3 %	15,6 %	23,8 %
Referendariat	2,2 %	35,6 %	17,8 %	16,8 %	12,0 %	15,6 %
WissMit (Lehrstuhl)	1,7 %	45,0 %	19,6 %	14,7 %	8,0 %	11,0 %
WissMit (Kanzlei)	2,8 %	36,1 %	20,2 %	14,9 %	11,4 %	14,7 %
Promotion	2,2 %	47,4 %	17,2 %	14,1 %	8,1 %	10,9 %
LL.B.	2,2 %	22,3 %	15,6 %	16,3 %	14,9 %	28,7 %
LL.M.	1,9 %	38,8 %	16,4 %	12,4 %	11,2 %	19,3 %
Rechtsanwält:in	1,9 %	50,4 %	14,8 %	14,4 %	9,1 %	9,4 %
Syndikus	2,5 %	39,9 %	18,0 %	11,7 %	10,1 %	17,8 %
Richter:in	1,0 %	59,2 %	15,0 %	14,1 %	6,7 %	3,9 %
Staatsanwält:in	1,0 %	64,1 %	12,9 %	9,6 %	6,2 %	6,2 %
Professor:in	1,6 %	67,8 %	7,3 %	8,6 %	4,9 %	9,8 %
JPA	4,3 %	64,3 %	7,1 %	10,0 %	8,6 %	5,7 %
Verwaltungsbehörde	1,8 %	34,3 %	17,5 %	14,5 %	11,8 %	20,1 %
Abbruch	5,0 %	8,3 %	5,0 %	15,0 %	18,3 %	48,3 %
endgültig nicht bestanden	5,5 %	9,1 %	5,5 %	12,7 %	14,5 %	52,7 %
einstufige Ausbildung	3,3 %	33,0 %	8,8 %	17,6 %	20,9 %	16,5 %

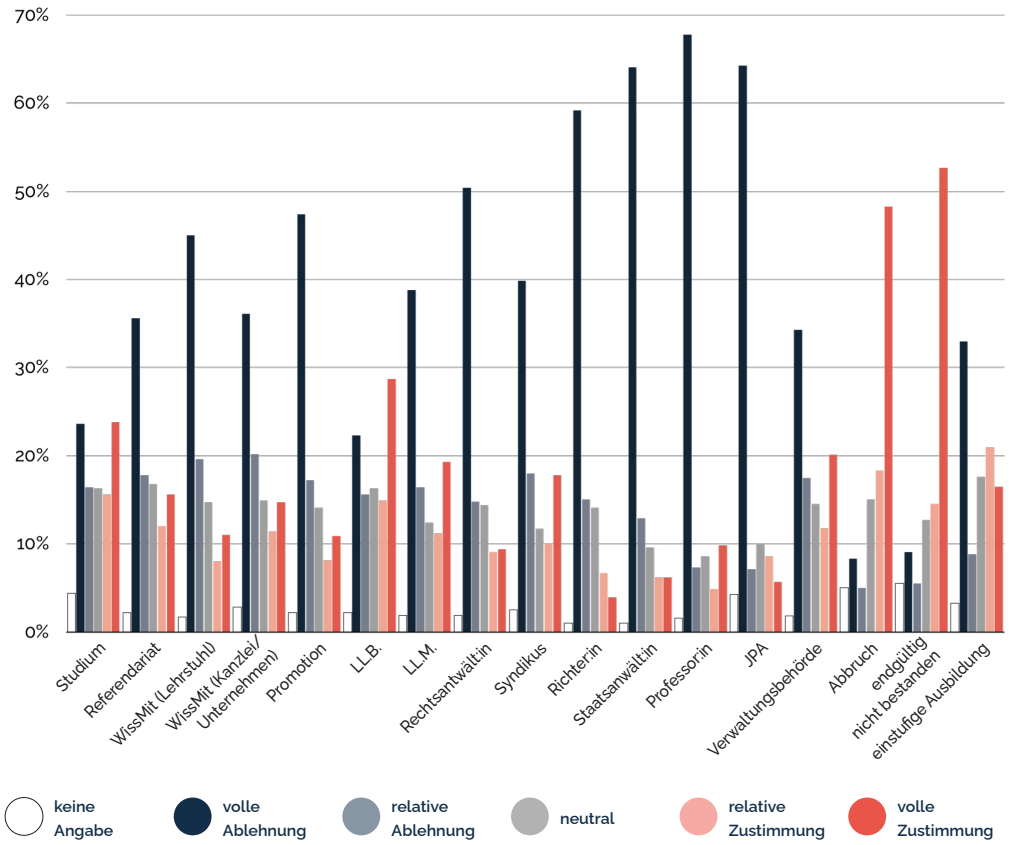
Die stärkste vollständige Zustimmung ist bei Abstimmenden, die das Studium abgebrochen bzw. die erste juristische Prüfung endgültig nicht bestanden haben, zu verzeichnen (48,3 % und 52,7 %). Diese Gruppen nehmen vermutlich an, dass sie von einem Bologna-System, in denen stetig Punkte gesammelt werden, profitiert hätten, was den Grund des Abstimmungsverhaltens darstellen könnte. Auch bei Studierenden und Teilnehmenden mit LL.B. ist die Zustimmung hoch (23,8 % bzw. 28,7 %), was darauf zurückzuführen sein könnte, dass diese Personen in gewisser Weise bereits Kontakt zu einem Bachelor-System haben und diesen positiv bewerten.

Die Neutralität in Bezug auf die These ist am höchsten bei Abstimmenden, die die einstufige Ausbildung durchlaufen haben mit 17,6 %.

Die höchste vollständige Ablehnung ist mit 67,8 % unter den teilnehmenden Professor:innen zu beobachten; sowie von Mitarbeitenden in JPAs (64,3 %) sowie in der Justiz (Richter:innen [59,2 %] und Staatsanwält:innen [64,1 %]), auf deren Berufsbilder das Staatsexamen idealtypisch ausgerichtet ist. Bei Studienabbrecher:innen ist die vollständige Ablehnungsquote mit 8,3 % dagegen am niedrigsten.

Studierende sind in etwa zu gleichen Teilen für wie gegen eine Umstellung auf das Bologna-System. Unter Referendar:innen herrscht eine höhere Ablehnung als Zustimmung für die These. Insgesamt ist bei berufstätigen Teilnehmenden stets eine deutlich höhere Ablehnung als Zustimmung erkennbar. Am wenigsten deutlich ist die Differenz bei Mitarbeitenden in der Verwaltung – aber auch dort ist der Unterscheid mit 14,2 % eindeutig.

***These 2 A** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*



5. Ergebnis bzgl. Erwartungen

Unsere Erwartung hat sich überwiegend auch in den Ergebnissen gezeigt. Es gibt fast durchgängig eine relative Ablehnung. Nur bei Studierenden ist insbes. in jüngeren Semestern bzw. bei Personen jüngeren Alters eine knapp relative Zustimmung festzustellen. Darüber hinaus überwiegt die Zustimmung auch bei Personen die das Studium abgebrochen bzw. das Examen final nicht bestanden haben.

These 2 B: Master-Abschluss für den Schwerpunkt

1. Thesenhintergrund

Die hier näher zu betrachtende These, den Schwerpunkt zugleich mit einem Master-Abschluss zu beenden, spielt in der Debatte um eine Reform der juristischen Ausbildung eher eine untergeordnete Rolle. Dies zeigt sich daran, dass sie nur vereinzelt überhaupt in den Diskurs eingebracht wird. Ausdruck dessen ist, dass wir bei unserer Analyse als Folge ihrer untergeordneten Rolle, uns überwiegend selbst Argumente für und gegen die These herleiten mussten. Lediglich vereinzelt ließen sich Pro-Argumente finden (s.u.).

2. Thesengestaltung

Der Schwerpunkt sollte mit einem Masterabschluss beendet werden.

Die entsprechenden Pro- und Contra-Argumente – wie sie auf der Webseite von iur.reform zu finden sind–lauten wie folgt:

Pro	Contra
1. Der Schwerpunkt zzgl. dem Staatsexamen entspricht dem Masterstudium.	1. Der Master schließt im Regelfall mit einer eigenständigen wissenschaftlichen Arbeit ab. Die Schwerpunktarbeit erfüllt diese Kriterien nicht. Eine „Aufrechnung“ mit dem Schwierigkeitsgrad des Staatsexamens ist wohl nur schwer möglich.
2. Die Qualifizierung als Master-Abschluss schafft eine bessere Verständlichkeit der juristischen Abschlüsse im internationalen Vergleich.	2. Der Master würde einen Studienabschluss voraussetzen. Dafür wird häufig argumentiert, die Schwerpunktarbeit könnte die Bachelorarbeit ersetzen; das ginge nicht, wenn der Schwerpunkt einem Master gleichkommen solle.
3. In nicht klassisch-juristischen Arbeitsfeldern bringt ein Master höheres Ansehen mit sich und ermöglicht eine klare Einstellungsvoraussetzung.	3. Die praktische Relevanz des Schwerpunkts (der eben auf die Wissenschaftlichkeit zielt) würde sich nicht dadurch erhöhen, dass man einen Master-Titel erlangt.

3. Hypothese

Wir formulierten folgende Erwartungen für die These:

- Wir erwarten eine durchschnittliche Zustimmung bei Studierenden.
- Unter den älteren Jurist:innen erwarten wir dagegen mehrheitlich Ablehnung, weil von dieser Gruppe keine Notwendigkeit gesehen wird.
- Konkretisiert auf insbesondere Anwält:innen in internationalen Kanzleien, erwarten wir hingehen ein zustimmendes Abstimmungsverhalten.

4. Deskriptive Statistik

4.1 Gesamtauswertung

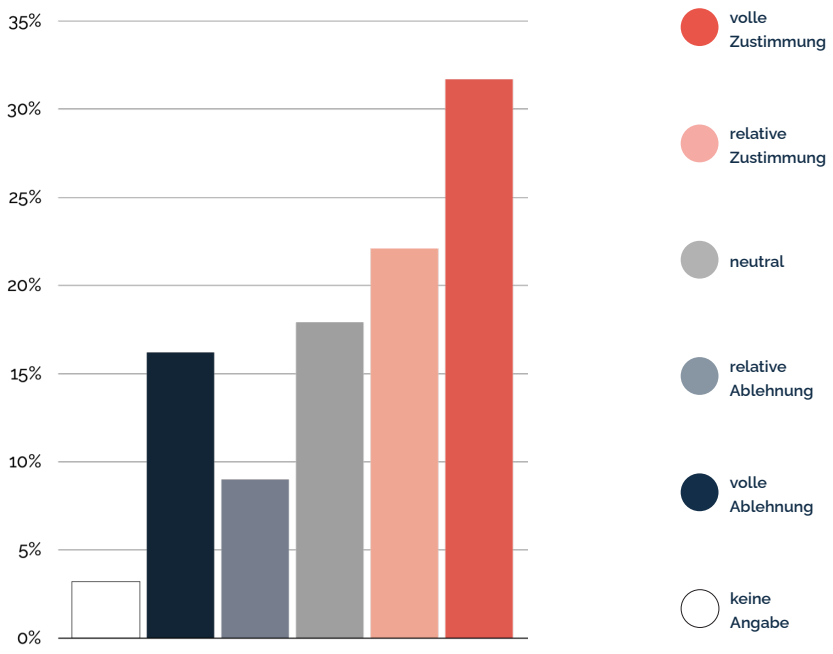
***These 2 B** Gesamtauswertung*

Bewertung	Anteil
keine Angabe	3,2 %
volle Ablehnung	16,2 %
relative Ablehnung	9,0 %
neutral	17,9 %
relative Zustimmung	22,1 %
volle Zustimmung	31,7 %
gesamt	**100,0 %**

Insgesamt haben ca. 11.800 Personen zur hiesigen These abgestimmt.

Die Auswertung der Gesamtheit aller abgegebenen Stimmen zeigt eine grundsätzliche zustimmende absolute Mehrheit von 53,8 %, wobei insgesamt 31,7 % der These vollständig zustimmen. Grundsätzlich gegen die Beendigung der Schwerpunktbereichsprüfung mit einem Master-Abschluss votierte ungefähr ein Viertel, also 25,2 % der Abstimmenden. Rund 16 % aller befragten Personen lehnen eine solche Verbindung von Schwerpunkt und Master-Abschluss vollständig ab. Insgesamt haben 17,9 % eine neutrale Haltung zu dieser These. Ausgehend von der in der Abstimmung verwendeten Likert-Skala mit einer Spannweite von 1 bis 5 ergibt sich damit ein Durchschnittswert von 3,5 und mithin leichte Tendenzen in Richtung Zustimmung.

***These 2 B** Gesamtauswertung*

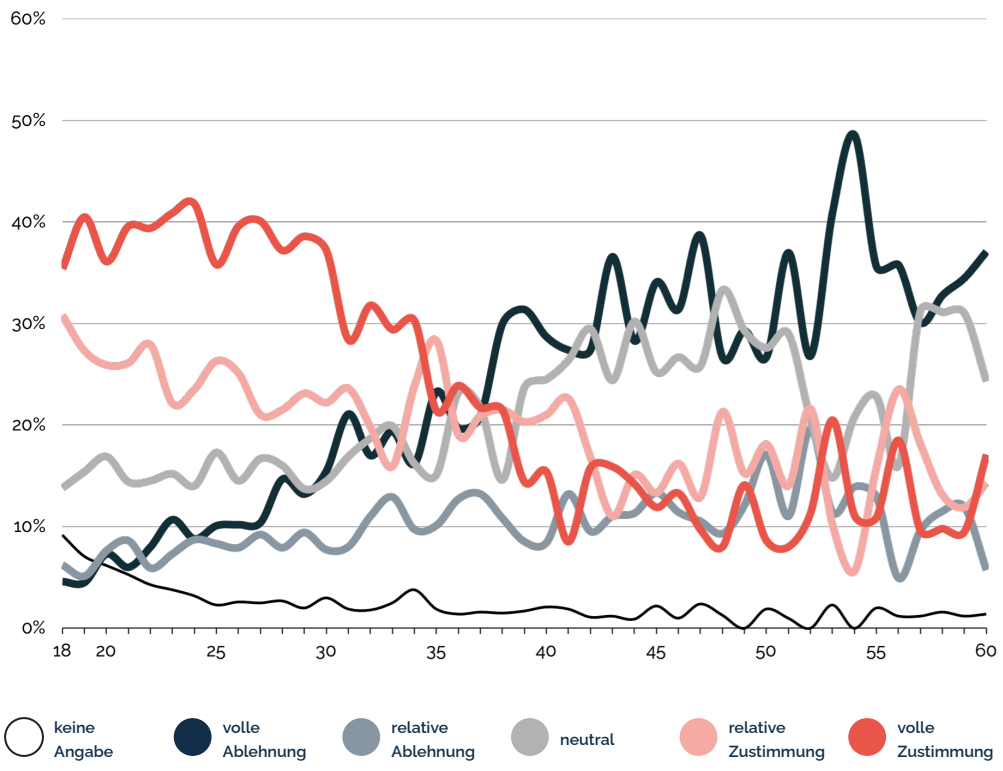


4.2 Alter

Insgesamt zeigen sich unter den Teilnehmenden im Alter zwischen 19 und 34 Jahren vergleichsweise hohe Zustimmungswerte, im Sinne einer vollständigen Zustimmung mit jeweils über 35 % – dies entspricht in etwa auch dem typischen Studierendenalter. Dies mag mit einem näheren (zeitlichen) Bezug zur juristischen Ausbildung und ihrem Durchlaufen zusammenhängen, wobei nicht davon ausgegangen werden kann, dass alle dieser Altersgruppe zugehörigen Teilnehmenden zugleich auch tatsächlich Studierende sind. Die vollständige Ablehnung ist verglichen mit älteren Altersgruppen relativ gering (zumeist deutlich unter 20 %). Zusammengenommen mit den Werten für die relative Ablehnung in der Altersgruppe bis 34 Jahre (ca. 10 %) erreicht die Ablehnung hier zumeist deutlich unter 30 % Zustimmung.

Mit zunehmendem Alter nimmt die Zustimmung jedoch stark ab. Ab dem Alter von 38 Jahren kippt sodann die Zustimmungsverteilung deutlich in Richtung einer mehrheitlichen vollständigen Ablehnung. Wie erwartet ergibt sich in dieser Altersgruppe daher eine Prävalenz der Ablehnung. Allerdings gibt es vereinzelt Ausreißer: Teilnehmende bestimmter, konkreter Altersgruppen (z.B. 44, 50, 57) sind unentschlossen und haben entgegen dieser Prävalenz mehrheitlich neutral abgestimmt. Zugleich lässt sich auch insgesamt eine relativ ausgeprägte Quote neutralen Abstimmungsverhaltens innerhalb dieser Alterskohorte beobachten. Zwar bewegen sich die prozentualen Anteile nur in einem geringen Bereich. Dies ist jedoch auf die generelle Altersverteilung der Teilnehmenden zurückzuführen. Die grafische Darstellung zeigt die Zustimmung nach Alter deutlich für jüngere Gruppen bis zum Alter von 34.

***These 2 B** Alter*



***These 2 B** Alter*

0 keine Angabe **1** volle Ablehnung **2** relative Ablehnung **3** neutral **4** relative Zustimmung **5** volle Zustimmung

Alter	0	1	2	3	4	5
17	–	–	–	100 %	–	–
18	9,2 %	4,6 %	6,2 %	13,8 %	30,8 %	35,4 %
19	7,1 %	4,5 %	5,1 %	15,4 %	27,3 %	40,5 %
20	6,2 %	7,3 %	7,6 %	16,9 %	25,9 %	36,1 %
21	5,3 %	6,0 %	8,6 %	14,4 %	26,1 %	39,6 %
22	4,3 %	8,0 %	5,9 %	14,5 %	27,9 %	39,4 %
23	3,8 %	10,7 %	7,3 %	15,2 %	22,1 %	40,9 %
24	3,2 %	8,8 %	8,7 %	14,0 %	23,5 %	41,8 %
25	2,3 %	10,1 %	8,3 %	17,3 %	26,3 %	35,8 %
26	2,6 %	10,2 %	7,9 %	14,5 %	25,1 %	39,6 %
27	2,5 %	10,4 %	9,2 %	16,7 %	21,0 %	40,1 %
28	2,7 %	14,7 %	7,9 %	16,0 %	21,5 %	37,2 %
29	2,0 %	13,2 %	9,4 %	13,7 %	23,1 %	38,6 %
30	3,0 %	15,5 %	7,7 %	14,5 %	22,2 %	37,2 %
31	1,9 %	21,1 %	8,0 %	16,9 %	23,6 %	28,4 %
32	1,8 %	17,0 %	11,0 %	18,7 %	19,8 %	31,8 %
33	2,5 %	19,4 %	12,9 %	19,9 %	15,9 %	29,4 %
34	3,8 %	16,2 %	9,7 %	16,2 %	23,8 %	30,3 %
35	1,9 %	23,3 %	10,1 %	15,1 %	28,3 %	21,4 %
36	1,4 %	19,7 %	12,7 %	23,2 %	19,0 %	23,9 %
37	1,6 %	20,9 %	13,2 %	21,7 %	20,9 %	21,7 %
38	1,5 %	30,0 %	10,8 %	14,6 %	21,5 %	21,5 %
39	1,7 %	31,4 %	8,5 %	23,7 %	20,3 %	14,4 %
40	2,1 %	28,7 %	8,4 %	24,5 %	21,0 %	15,4 %
41	1,9 %	27,4 %	13,2 %	26,4 %	22,6 %	8,5 %
42	1,1 %	27,4 %	9,5 %	29,5 %	16,8 %	15,8 %
43	1,2 %	36,6 %	11,0 %	24,4 %	11,0 %	15,9 %
44	0,9 %	28,3 %	11,3 %	30,2 %	15,1 %	14,2 %
45	2,2 %	34,1 %	13,3 %	25,2 %	13,3 %	11,9 %
46	1,0 %	31,4 %	11,4 %	26,7 %	16,2 %	13,3 %
47	2,4 %	38,7 %	10,5 %	25,8 %	12,9 %	9,7 %
48	1,3 %	26,7 %	9,3 %	33,3 %	21,3 %	8,0 %
49	–	29,3 %	12,1 %	29,3 %	15,2 %	14,1 %
50	1,9 %	26,7 %	17,1 %	27,6 %	18,1 %	8,6 %

Alter	0	1	2	3	4	5
51	1,0 %	37,0 %	11,0 %	29,0 %	14,0 %	8,0 %
52	–	26,8 %	19,6 %	20,6 %	21,6 %	11,3 %
53	2,3 %	40,9 %	11,4 %	14,8 %	10,2 %	20,5 %
54	–	48,6 %	13,9 %	20,8 %	5,6 %	11,1 %
55	2,0 %	35,6 %	12,9 %	22,8 %	15,8 %	10,9 %
56	1,2 %	35,8 %	4,9 %	16,0 %	23,5 %	18,5 %
57	1,2 %	30,1 %	9,6 %	31,3 %	18,1 %	9,6 %
58	1,6 %	32,8 %	11,5 %	31,1 %	13,1 %	9,8 %
59	1,2 %	34,5 %	11,9 %	31,0 %	11,9 %	9,5 %
60	1,4 %	37,1 %	5,7 %	24,3 %	14,3 %	17,1 %
61	3,6 %	26,8 %	16,1 %	26,8 %	19,6 %	7,1 %
62	3,7 %	29,6 %	9,3 %	31,5 %	7,4 %	18,5 %
63	5,1 %	38,5 %	10,3 %	20,5 %	10,3 %	15,4 %
64	–	29,2 %	20,8 %	12,5 %	20,8 %	16,7 %
65	–	40,0 %	17,1 %	11,4 %	14,3 %	17,1 %
66	9,1 %	22,7 %	9,1 %	27,3 %	27,3 %	4,5 %
67	–	52,9 %	5,9 %	23,5 %	11,8 %	5,9 %
68	–	20,0 %	20,0 %	6,7 %	20,0 %	33,3 %
69	–	14,3 %	–	28,6 %	14,3 %	42,9 %
70	–	30,0 %	–	20,0 %	40,0 %	10,0 %
71	–	37,5 %	–	25,0 %	–	37,5 %
72	20,0 %	20,0 %	20,0 %	20,0 %	–	20,0 %
73	–	12,5 %	12,5 %	50,0 %	12,5 %	12,5 %
74	–	66,7 %	–	–	11,1 %	22,2 %
75	–	16,7 %	–	50,0 %	–	33,3 %
77	–	–	–	25,0 %	25,0 %	50,0 %
78	–	66,7 %	–	–	–	33,3 %
79	–	50,0 %	–	50,0 %	–	–
81	–	–	–	100 %	–	–
82	–	100 %	–	–	–	–
83	–	100 %	–	–	–	–
84	–	100 %	–	–	–	–
90	–	–	–	–	100 %	–
Σ	**3,0 %**	**16,1 %**	**9,0 %**	**17,8 %**	**22,3 %**	**31,8 %**

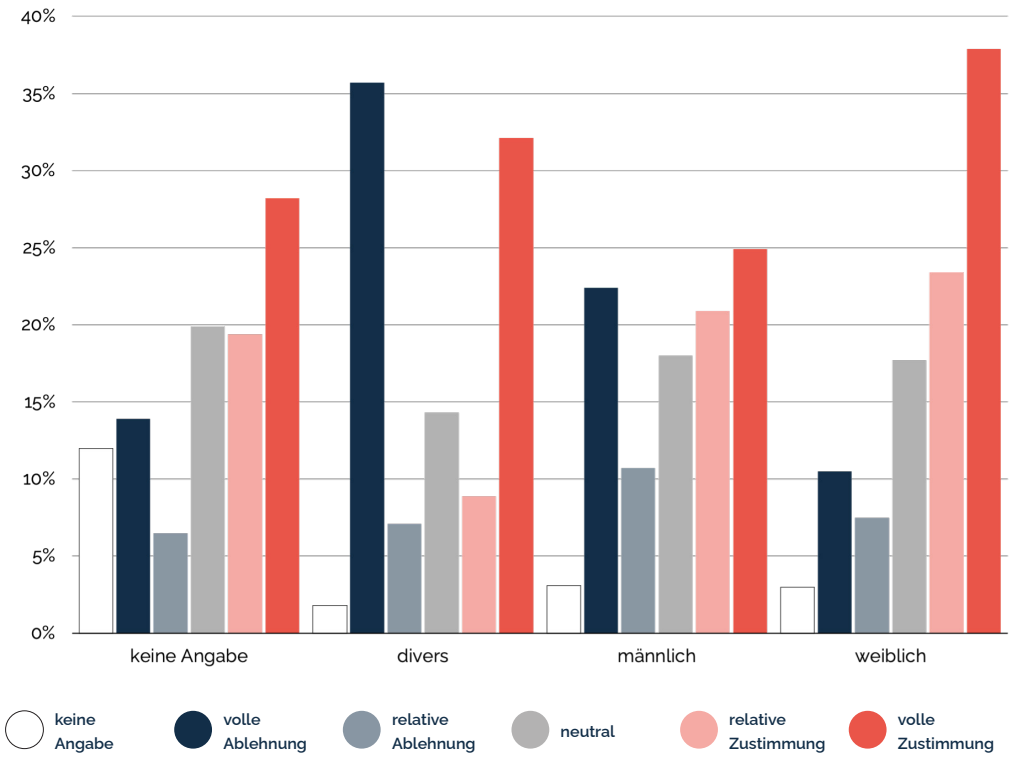
4.3 Geschlecht

***These 2 B** Geschlecht*

Geschlecht	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
keine Angabe	12,0 %	13,9 %	6,5 %	19,9 %	19,4 %	28,2 %
divers	1,8 %	35,7 %	7,1 %	14,3 %	8,9 %	32,1 %
männlich	3,1 %	22,4 %	10,7 %	18,0 %	20,9 %	24,9 %
weiblich	3,0 %	10,5 %	7,5 %	17,7 %	23,4 %	37,9 %
gesamt	**3,2 %**	**16,2 %**	**9,0 %**	**17,9 %**	**22,1 %**	**31,7 %**

Insgesamt haben für diese These mehr weibliche als männliche Personen abgestimmt. Die Tabelle zeigt insgesamt eine generell höhere Zustimmung für die Implementierung eines Master-Abschlusses im Rahmen des Schwerpunktstudiums bei weiblichen Personen. 19,6 % der weiblichen Teilnehmenden haben der These vollständig zugestimmt, bei den Teilnehmenden männlichen Geschlechts sind es 11,5 %. Damit immerhin 8,1 % Unterschied. Der These relativ zugestimmt haben noch 12,4 % der weiblichen, und 9,6 % der männlichen Teilnehmenden. Im Kontrast dazu lehnen jedoch 10,3 % der letzteren eine Verleihung eines Master-Abschlusses am Ende des Schwerpunktstudiums vollständig ab. Unter den weiblichen Personen lehnen dies 5,4 % ab, womit sich eine Differenz von 4,9 % ergibt. Die binärgeschlechterspezifische Differenz von starker Zustimmung (8,1 %) und starker Ablehnung (4,9 %) fällt auf.

***These 2 B** Geschlecht*



4.4 Fachsemester

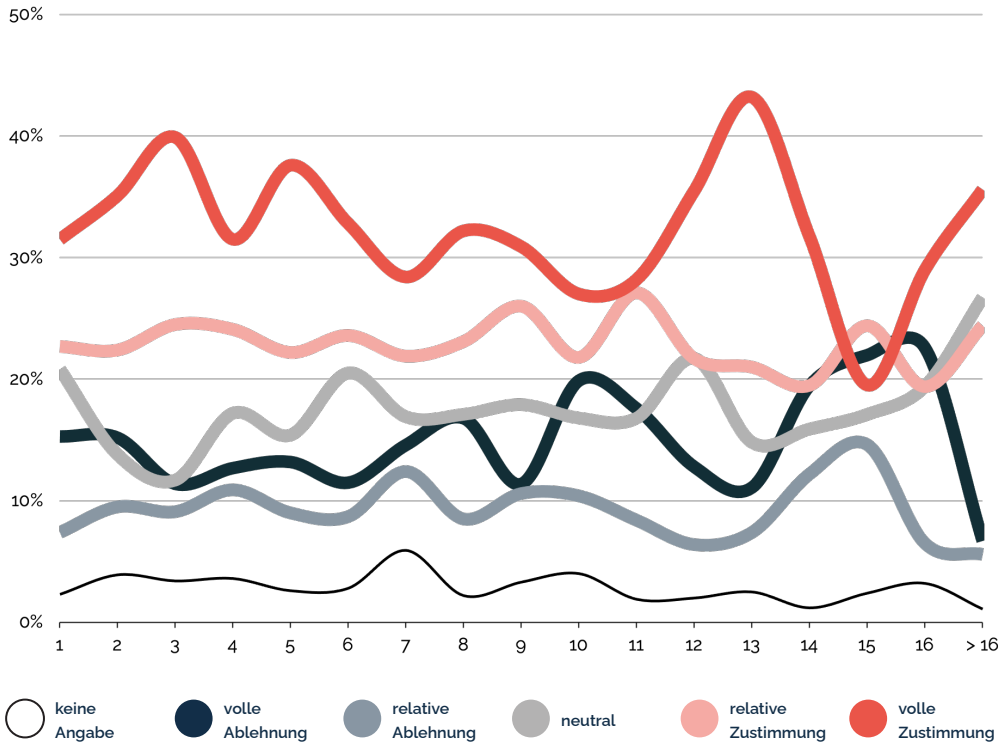
***These 2 B** Fachsemester*

Fachsemester	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
1	2,3 %	15,3 %	7,4 %	20,8 %	22,7 %	31,5 %
2	3,9 %	15,2 %	9,5 %	13,8 %	22,4 %	35,1 %
3	3,4 %	11,4 %	9,1 %	11,7 %	24,5 %	39,9 %
4	3,6 %	12,7 %	10,9 %	17,2 %	24,1 %	31,5 %
5	2,6 %	13,2 %	9,0 %	15,4 %	22,2 %	37,6 %
6	2,8 %	11,5 %	8,7 %	20,5 %	23,6 %	32,8 %
7	5,9 %	14,6 %	12,4 %	16,9 %	21,9 %	28,4 %
8	2,2 %	16,8 %	8,5 %	17,1 %	23,1 %	32,2 %
9	3,3 %	11,4 %	10,6 %	17,9 %	26,0 %	30,9 %
10	4,0 %	19,9 %	10,4 %	16,8 %	21,8 %	27,0 %
11	1,9 %	17,6 %	8,4 %	16,8 %	27,1 %	28,2 %
12	2,0 %	12,8 %	6,4 %	21,7 %	21,7 %	35,5 %
13	2,5 %	11,1 %	7,4 %	14,8 %	21,0 %	43,2 %
14	1,2 %	19,5 %	12,2 %	15,9 %	19,5 %	31,7 %
15	2,4 %	22,0 %	14,6 %	17,1 %	24,4 %	19,5 %
16	3,2 %	22,6 %	6,5 %	19,4 %	19,4 %	29,0 %
>16	1,1 %	6,7 %	5,6 %	26,7 %	24,4 %	35,6 %
gesamt	**3,2 %**	**14,4 %**	**9,5 %**	**17,0 %**	**23,3 %**	**32,7 %**

Die obige Tabelle verdeutlicht, dass 32,7 % aller Teilnehmenden, die eine Angabe zum Fachsemester gemacht haben, für die Verleihung eines Master-Abschlusses mit Beendigung des Schwerpunktes vollständig zustimmen. Zusammen mit den 23,3 % der Teilnehmenden, die eine Angabe zum Fachsemester gemacht haben, also sich wohl noch im Studium befinden, die der These relativ zustimmen, ergibt sich somit eine Gesamtzustimmungsquote von 56 %. Demgegenüber lehnen 14,4 % aller Personen, die eine Angabe zum Fachsemester gemacht haben, die These vollständig ab. Etwas darüber liegt die Quote für eine neutrale Haltung gegenüber der These mit 17 %.

Weiterhin lässt sich erkennen, dass eine Mehrheit unter fast allen Semestern–mit Ausnahme des 15. Fachsemesters – der These vollständig zustimmt. Besonders in den Semestern 2 bis 5 lassen sich hinsichtlich der vollständigen Zustimmung Höchstwerte erkennen. Dies entspricht jedoch der generellen Verteilung der Teilnehmenden, die eine Angabe zu ihrem Fachsemester gemacht haben. Insgesamt lässt sich in Bezug zur Ablehnung aber kein Trend in Relation zum Fachsemester herstellen. Vielmehr schwanken die Werte – dies gilt auch für die Zustimmung zur These. Jedoch zeigen die Semester 15 und 16 einige Ausreißer: so lässt sich hier erkennen, dass sich die Werte fast alle ähneln oder zumindest nur geringer Unterschiede aufweisen, dabei handelt es sich jedoch auch nur um eine kleine Gruppe von Abstimmenden.

***These 2 B** Fachsemester*



4.5 Gesamtnote

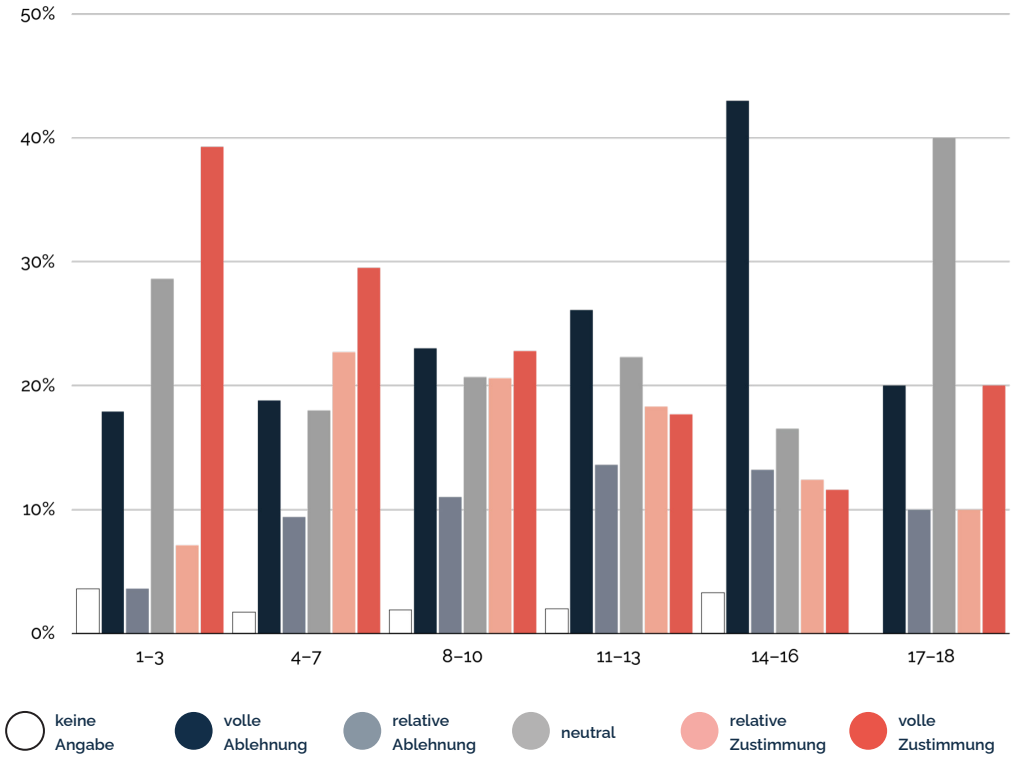
***These 2 B** Gesamtnote*

Gesamtnote	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
1–3	3,6 %	17,9 %	3,6 %	28,6 %	7,1 %	39,3 %
4–7	1,7 %	18,8 %	9,4 %	18,0 %	22,7 %	29,5 %
8–10	1,9 %	23,0 %	11,0 %	20,7 %	20,6 %	22,8 %
11–13	2,0 %	26,1 %	13,6 %	22,3 %	18,3 %	17,7 %
14–16	3,3 %	43,0 %	13,2 %	16,5 %	12,4 %	11,6 %
17–18	–	20,0 %	10,0 %	40,0 %	10,0 %	20,0 %
gesamt	**1,9 %**	**23,1 %**	**11,2 %**	**20,4 %**	**20,4 %**	**23,1 %**

Im Gegensatz zur vorherigen Analyse nach anderen Merkmalen, wird durch die obige Tabelle ersichtlich, dass das Abstimmungsverhalten zur These aufgeteilt nach Notenstufen überwiegend eine vollständige Ablehnung indiziert. Vor allem bei den mittleren bis höheren Notenstufen, also in einem Rahmen von 8 bis 16 Punkten, überwiegt die vollständige Ablehnung der These. Daraus mag gefolgert werden, dass die Zustimmung zur These in Relation zur Höhe der erzielten Notenstufe zunehmend abnimmt, d.h. dass je höher die erzielte Notenstufe, desto geringer ist die Zustimmung zur These. Besonders die Teilnehmenden innerhalb der Notenstufen von 11 bis 13 sowie 14 bis 16 haben im Vergleich zu den anderen Notenstufen die geringsten Zustimmungswerte. Aufgrund der wenigen Teilnehmenden, die Angaben zur Notenstufe 17 bis 18 gemacht haben, sind die Werte verschwindend gering.

Dabei indiziert die nachfolgende Abbildung 125, dass in der Notenstufe von 8 bis 10 Punkten die Werte für die vollständige Ablehnung sowie für die vollständige Zustimmung fast identisch sind – die vollständige Ablehnung der These ist hier jedoch am höchsten (absolute Anzahl: 683) und zugleich leicht höher als die vollständige Zustimmung. Insbesondere diese Notenstufen-Kohorte scheint im Hinblick auf die hiesige These aber eher gespalten zu sein, da die Werte für eine neutrale Haltung zur These am dritthöchsten sind; die relative Zustimmung ist leicht niedriger, sodass sich jedoch insgesamt eine höhere generelle Zustimmung als Ablehnung ergibt. Hingegen für die Notenstufen 4 bis 7 überwiegt die (vollständige) Zustimmung, ebenso wie für die Notenstufe 1 bis 3.

***These 2 B** Gesamtnote*



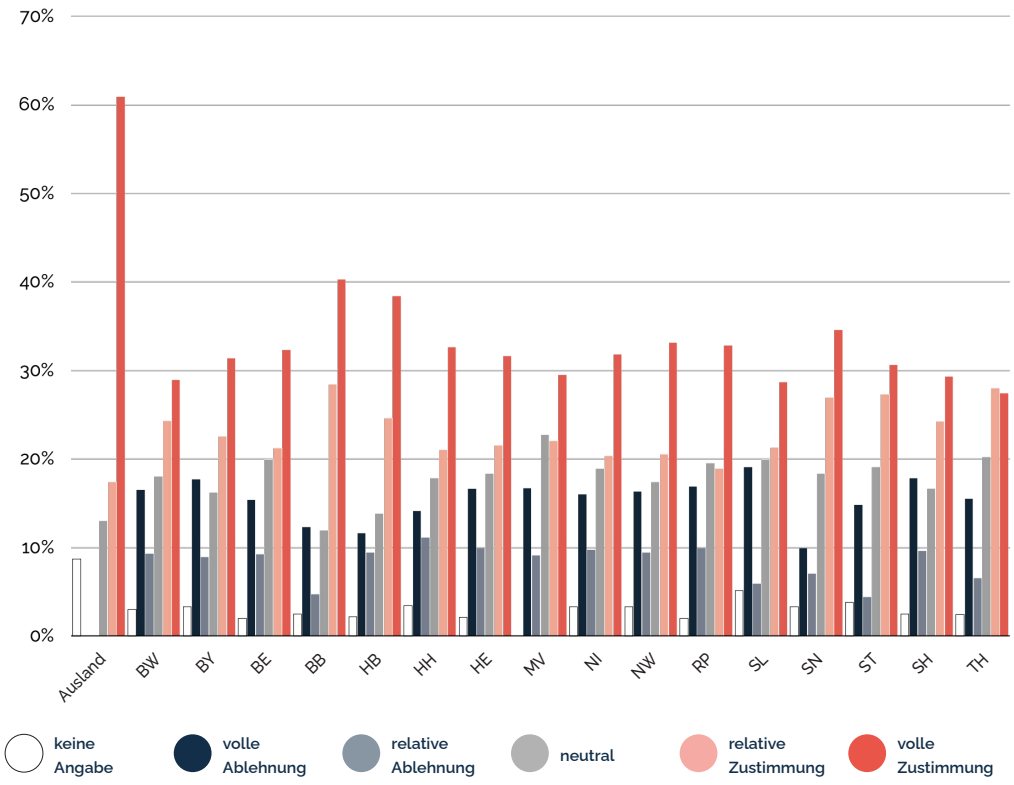
4.6 Studienort

***These 2 B** Studienort*

Bundesland	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
Ausland	8,7 %	–	–	13,0 %	17,4 %	60,9 %
Baden-Württemberg	3,0 %	16,5 %	9,3 %	18,0 %	24,3 %	28,9 %
Bayern	3,3 %	17,7 %	8,9 %	16,2 %	22,5 %	31,4 %
Berlin	2,0 %	15,4 %	9,2 %	19,9 %	21,2 %	32,3 %
Brandenburg	2,5 %	12,3 %	4,7 %	11,9 %	28,4 %	40,3 %
Bremen	2,2 %	11,6 %	9,4 %	13,8 %	24,6 %	38,4 %
Hamburg	3,4 %	14,1 %	11,1 %	17,8 %	21,0 %	32,6 %
Hessen	2,1 %	16,6 %	9,9 %	18,3 %	21,5 %	31,6 %
Mecklenburg-Vorpommern	–	16,7 %	9,1 %	22,7 %	22,0 %	29,5 %
Niedersachsen	3,3 %	16,0 %	9,7 %	18,9 %	20,3 %	31,8 %
Nordrhein-Westfalen	3,3 %	16,3 %	9,4 %	17,4 %	20,5 %	33,1 %
Rheinland-Pfalz	2,0 %	16,9 %	9,9 %	19,5 %	18,9 %	32,8 %
Saarland	5,1 %	19,1 %	5,9 %	19,9 %	21,3 %	28,7 %
Sachsen	3,3 %	9,9 %	7,0 %	18,3 %	26,9 %	34,6 %
Sachsen-Anhalt	3,8 %	14,8 %	4,4 %	19,1 %	27,3 %	30,6 %
Schleswig-Holstein	2,5 %	17,8 %	9,6 %	16,6 %	24,2 %	29,3 %
Thüringen	2,4 %	15,5 %	6,5 %	20,2 %	28,0 %	27,4 %
gesamt	**3,0 %**	**15,8 %**	**9,0 %**	**17,8 %**	**22,3 %**	**32,0 %**

Im Ausland sowie in allen Bundesländern, bis auf Thüringen, überwiegt die (vollständige) Zustimmung zur These. Durch Abbildung 116 wird diese Analyse in fast allen Bundesländern sehr deutlich, vor allem aber in Brandenburg und Bremen, wobei die vollständige Zustimmung in den meisten Bundesländern klar überwiegt.

***These 2 B** Studienort*



4.7 Verhältnis zur juristischen Ausbildung

These 2 B *Verhältnis zur juristischen Ausbildung*

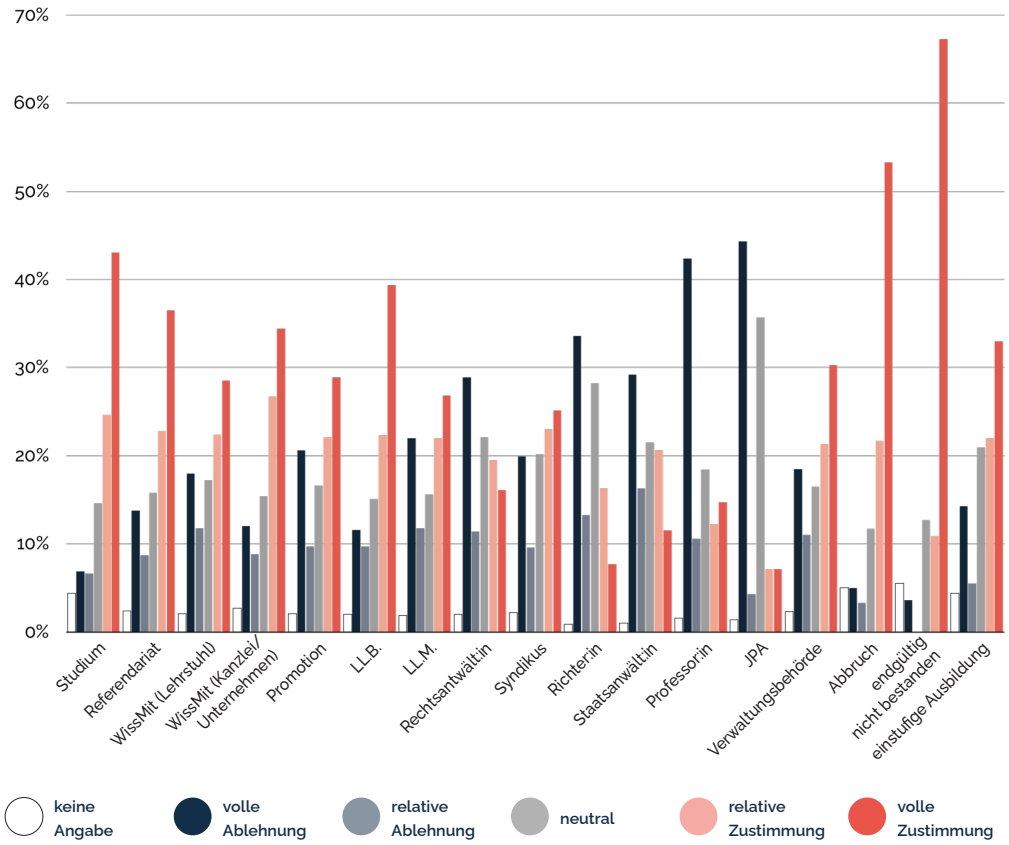
Beruf	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
Studium	4,4 %	6,9 %	6,6 %	14,6 %	24,6 %	43,1 %
Referendariat	2,4 %	13,8 %	8,7 %	15,8 %	22,8 %	36,5 %
WissMit (Lehrstuhl)	2,1 %	18,0 %	11,8 %	17,2 %	22,4 %	28,5 %
WissMit (Kanzlei)	2,7 %	12,0 %	8,8 %	15,4 %	26,7 %	34,4 %
Promotion	2,1 %	20,6 %	9,7 %	16,6 %	22,1 %	28,9 %
LL.B.	2,0 %	11,6 %	9,7 %	15,1 %	22,3 %	39,4 %
LL.M.	1,9 %	22,0 %	11,8 %	15,6 %	22,0 %	26,8 %
Rechtsanwält:in	2,0 %	28,9 %	11,4 %	22,1 %	19,5 %	16,1 %
Syndikus	2,2 %	19,9 %	9,6 %	20,2 %	23,0 %	25,1 %
Richter:in	0,9 %	33,6 %	13,3 %	28,2 %	16,3 %	7,7 %
Staatsanwält:in	1,0 %	29,2 %	16,3 %	21,5 %	20,6 %	11,5 %
Professor:in	1,6 %	42,4 %	10,6 %	18,4 %	12,2 %	14,7 %
JPA	1,4 %	44,3 %	4,3 %	35,7 %	7,1 %	7,1 %
Verwaltungsbehörde	2,3 %	18,5 %	11,0 %	16,5 %	21,3 %	30,3 %
Abbruch	5,0 %	5,0 %	3,3 %	11,7 %	21,7 %	53,3 %
endgültig nicht bestanden	5,5 %	3,6 %	0,0 %	12,7 %	10,9 %	67,3 %
einstufige Ausbildung	4,4 %	14,3 %	5,5 %	20,9 %	22,0 %	33,0 %

Auffällig ist, dass vor allem unter den Studierenden und Referendar:innen die (vollständige) Zustimmung zur These besonders hoch ausfällt: 43,1 % aller Studierenden und 36,5 % aller Referendar:innen, die teilgenommen haben, stimmten der These vollständig zu. Für die Gruppe der Studierenden haben wir eine durchschnittliche Zustimmung erwartet. Betrachtet man jedoch nicht nur die vollständige Zustimmung, sondern ebenso die teilweise Zustimmung, ergibt sich eine Gesamtzustimmung von 67,7 % der Studierenden. Noch deutlicher werden die Zustimmungswerte in der Gruppe der Studienabbrecher:innen (53,3 %) sowie all derer, die die erste juristische Prüfung endgültig nicht bestanden haben (67,3 %). Unter den beiden vorstehend genannten Gruppen sowie den Studierenden, lässt sich zudem die niedrigste vollständige Ablehnung zur These ablesen.

Vorwiegend ablehnend zur These stehen überwiegend die Teilnehmenden, die Volljurist:innen aus der Praxis sowie die Professor:innen. So lehnen z.B. 33,6 % der Richter:innen die These vollständig ab, unter den Professor:innen sind es 42,4 % und sogar 44,3 % unter den Angehörigen der Justizprüfungsämter. Für die letztgenannte Gruppe (JPA) lässt sich jedoch ein im Verhältnis relativ hoher Wert (35,7 %) einer neutralen Haltung zur These erkennen. Eine ähnliche Beobachtung lässt sich ebenfalls für die Rechtsanwält:innen (22,1 %) und die Richter:innen (28,2 %) anstellen.

Die Grafik verdeutlicht die obige Analyse noch einmal graphisch, wobei insbesondere die hohe Zustimmung unter den Studierenden und Referendar:innen besonders hervorsticht, ebenso wie die vollständige Ablehnung der Rechtsanwält:innen, Richter:innen sowie Professor:innen.

***These 2 B** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*



5. Ergebnis bzgl. Erwartungen

Im Ergebnis lässt sich in Bezug auf unsere Hypothese festhalten, dass die generelle Zustimmung unter Studierenden von über 67,7 %, entgegen unserer Erwartung, höher ist, als die durchschnittliche generelle Zustimmung von ca. 53,9 % bezogen auf die Gesamtheit der Teilnehmenden. Darüber hinaus erwarteten wir von „älteren Jurist:innen“ eine grundsätzliche Ablehnung, ohne dabei genauer eine Altersgrenze zu umreißen. Nichtsdestotrotz zeigt sich ab einem Alter von über 34 Jahren, eine zunehmende ablehnende Haltung gegenüber der Einführung eines Master-Abschlusses für das Schwerpunktstudium. Ferner lassen die Daten zu Teilnehmenden nach ihrem Verhältnis zur juristischen Ausbildung keinen Schluss auf insbesondere Rechtsanwält:innen zu, die in internationalen Kanzleien tätig sind. Jedenfalls wird hierbei deutlich, dass diese Berufsgruppe tendenziell insgesamt ablehnend zur These steht, womit sich die Hypothese nicht als nicht bestätigt erweist.

These 2 C: Laufbahnorientierung

1. Thesenhintergrund

Das Bild der juristischen Berufe ändert sich im Laufe der Zeit und wird zunehmend auch von Einflüssen der Digitalisierung und des internationalen Marktes geprägt. Die Berufsbilder differenzieren sich stärker aus. Eine Orientierung der Laufbahn während des Studiums scheint in diesem Zusammenhang denkbar und wird hin und wieder diskutiert.

2. Thesengestaltung

> *Das Bild der Einheitsjurist:innen (Befähigung zum Richteramt als Voraussetzung für alle staatlich regulierten juristischen Berufe) sollte aufgegeben und stattdessen eine Laufbahnorientierung während der Ausbildung ermöglicht werden.*

Die ausgewählten Argumente, welche auf der iur.reform Webseite als Nachweise aufrufbar waren, sind

Pro	Contra
1. Das bisherige Ziel der juristischen Ausbildung ist die Universalausbildung der Studierenden. In ihrer bisherigen Konzeption ist die juristische Ausbildung aber allein auf das Richteramt ausgelegt.	1. Eine generalistische Ausbildung ist gerade gut, da die meisten Studierenden am Anfang nicht wissen, in welche Richtung sie sich entwickeln wollen.
2. Der Staat hat eine Fürsorgepflicht gegenüber den unterschiedlichen Bildungsinteressen der Studierenden.	2. Der Einheitsjurist ist historisch geprägt.
3. Das Gros der Absolvierenden wird einer anwaltlichen Tätigkeit nachgehen; die Ausbildung zu einem Richter ist daher ineffektiv.	3. Die Denkweise des Richters ist Ausgangspunkt für jeden Beruf der Juristerei, während die Feinheiten anderer Berufe auch noch während der Berufsausübung erlernt werden können.

3. Hypothese

Wir formulierten folgende Erwartungen für die These:

- Wir erwarten Zustimmung bei Praktiker:innen, vornehmlich Anwält:innen, da ein Großteil der Absolvent:innen später in Anwaltschaft arbeiten wird und neutralere Stimmen bei Studierenden und Referendar:innen.
- Wir erwarten höhere Ablehnung bei Professor:innen und Richter:innen.

4. Deskriptive Statistik

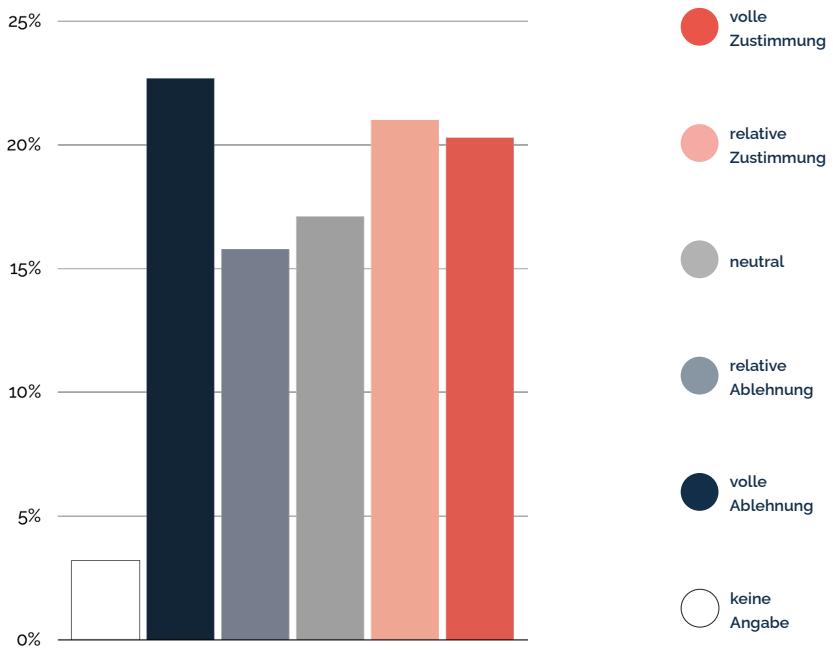
4.1 Gesamtauswertung

***These 2 C** Gesamtauswertung*

Bewertung	Anteil
keine Angabe	3,2 %
volle Ablehnung	22,7 %
relative Ablehnung	15,8 %
neutral	17,1 %
relative Zustimmung	21,0 %
volle Zustimmung	20,3 %
gesamt	**100,0 %**

Es liegt eine vollständige Zustimmung von 20,3 % vor, die relative Zustimmung liegt bei 41,3 %. Vollständige Ablehnung drückten 22,7 % der Abstimmenden aus, was über der vollständigen Zustimmung liegt. Die kumulierte Ablehnung liegt mit 38,5 % etwas unter der Gesamtzustimmung. Neutral stimmen 17,1 % ab. Ein klarer Trend ist damit nicht erkennbar.

***These 2 C** Gesamtauswertung*



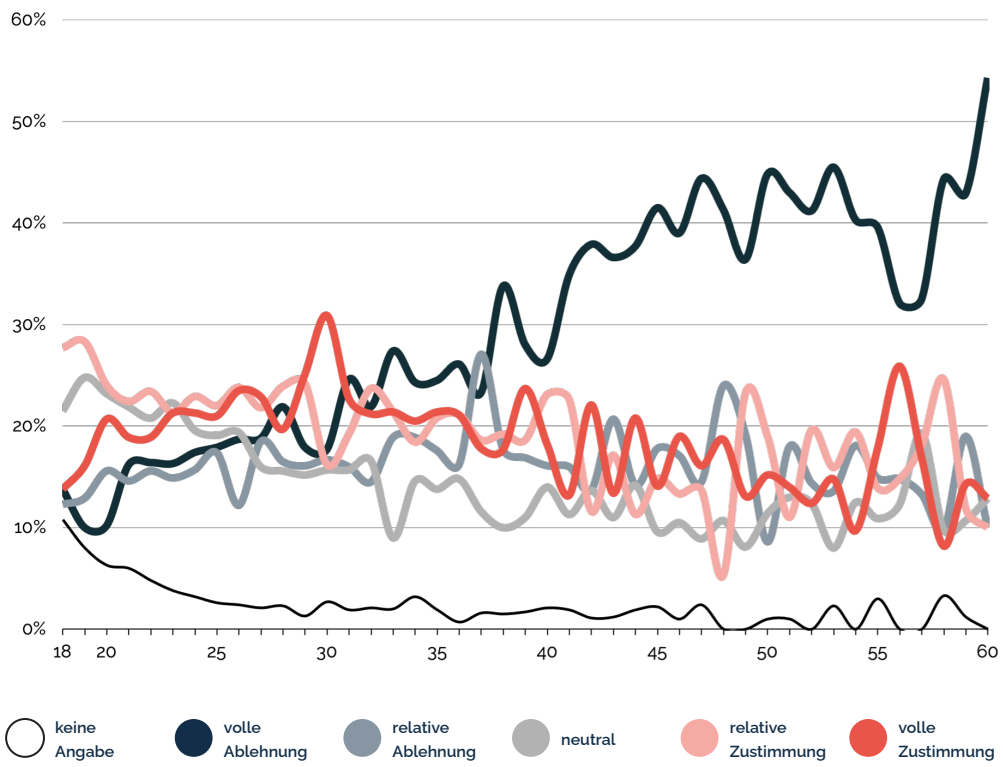
4.2 Alter

Die vollständige Übereinstimmung liegt in der Altersgruppe 22-42 durchschnittlich etwa bei 20 %. Die kumulative Zustimmung liegt in dieser Altersgruppe etwas bei 50 %.

Neutral liegt im Alter bis 26 das Abstimmungsverhalten ebenfalls um die 20 %, die Altersgruppen darüber stimmen mit ca. 10-15 % neutral ab.

Die größte Ablehnung ist zu erkennen bei den 45-70 Jährigen, wo die vollständige Ablehnung bei ca. 40 % liegt.

***These 2 C** Alter*



***These 2 C** Alter*

0 keine Angabe **1** volle Ablehnung **2** relative Ablehnung **3** neutral **4** relative Zustimmung **5** volle Zustimmung

Alter	0	1	2	3	4	5
17	–	–	–	–	100 %	–
18	10,8 %	13,8 %	12,3 %	21,5 %	27,7 %	13,8 %
19	8,0 %	10,0 %	12,9 %	24,8 %	28,3 %	16,1 %
20	6,3 %	10,2 %	15,6 %	23,2 %	24,0 %	20,7 %
21	6,0 %	16,2 %	14,6 %	21,9 %	22,4 %	18,9 %
22	4,8 %	16,4 %	15,6 %	20,8 %	23,4 %	18,9 %
23	3,8 %	16,3 %	14,9 %	22,3 %	21,3 %	21,3 %
24	3,2 %	17,4 %	15,7 %	19,6 %	22,9 %	21,3 %
25	2,6 %	17,9 %	17,4 %	19,1 %	22,0 %	21,0 %
26	2,4 %	18,7 %	12,2 %	19,4 %	23,8 %	23,5 %
27	2,1 %	18,8 %	18,5 %	16,0 %	21,8 %	22,9 %
28	2,3 %	21,9 %	16,5 %	15,6 %	23,9 %	19,7 %
29	1,3 %	17,9 %	16,1 %	15,2 %	24,2 %	25,1 %
30	2,7 %	17,7 %	16,7 %	15,7 %	16,2 %	30,9 %
31	1,9 %	24,6 %	16,0 %	15,7 %	19,2 %	22,7 %
32	2,1 %	21,9 %	14,5 %	16,6 %	23,7 %	21,2 %
33	2,0 %	27,4 %	18,9 %	9,0 %	21,4 %	21,4 %
34	3,2 %	24,3 %	18,9 %	14,6 %	18,4 %	20,5 %
35	1,9 %	24,5 %	17,6 %	13,8 %	20,8 %	21,4 %
36	0,7 %	26,1 %	16,2 %	14,8 %	21,1 %	21,1 %
37	1,6 %	23,3 %	27,1 %	11,6 %	18,6 %	17,8 %
38	1,5 %	33,8 %	17,7 %	10,0 %	19,2 %	17,7 %
39	1,7 %	28,0 %	16,9 %	11,0 %	18,6 %	23,7 %
40	2,1 %	26,6 %	16,1 %	14,0 %	23,1 %	18,2 %
41	1,9 %	34,9 %	16,0 %	11,3 %	22,6 %	13,2 %
42	1,1 %	37,9 %	13,7 %	13,7 %	11,6 %	22,1 %
43	1,2 %	36,6 %	20,7 %	11,0 %	17,1 %	13,4 %
44	1,9 %	37,7 %	14,2 %	14,2 %	11,3 %	20,8 %
45	2,2 %	41,5 %	17,8 %	9,6 %	14,8 %	14,1 %
46	1,0 %	39,0 %	17,1 %	10,5 %	13,3 %	19,0 %
47	2,4 %	44,4 %	14,5 %	8,9 %	13,7 %	16,1 %
48	–	41,3 %	24,0 %	10,7 %	5,3 %	18,7 %
49	–	36,4 %	19,2 %	8,1 %	23,2 %	13,1 %
50	1,0 %	44,8 %	8,6 %	11,4 %	19,0 %	15,2 %

Alter	0	1	2	3	4	5
51	1,0 %	43,0 %	18,0 %	13,0 %	11,0 %	14,0 %
52	–	41,2 %	14,4 %	12,4 %	19,6 %	12,4 %
53	2,3 %	45,5 %	13,6 %	8,0 %	15,9 %	14,8 %
54	–	40,3 %	18,1 %	12,5 %	19,4 %	9,7 %
55	3,0 %	39,6 %	14,9 %	10,9 %	13,9 %	17,8 %
56	–	32,1 %	14,8 %	12,3 %	14,8 %	25,9 %
57	–	32,5 %	13,3 %	19,3 %	18,1 %	16,9 %
58	3,3 %	44,3 %	9,8 %	9,8 %	24,6 %	8,2 %
59	1,2 %	42,9 %	19,0 %	10,7 %	11,9 %	14,3 %
60	–	54,3 %	10,0 %	12,9 %	10,0 %	12,9 %
61	1,8 %	44,6 %	17,9 %	8,9 %	12,5 %	14,3 %
62	1,9 %	38,9 %	13,0 %	11,1 %	14,8 %	20,4 %
63	5,1 %	30,8 %	10,3 %	12,8 %	25,6 %	15,4 %
64	–	33,3 %	20,8 %	4,2 %	20,8 %	20,8 %
65	–	42,9 %	14,3 %	11,4 %	22,9 %	8,6 %
66	4,5 %	45,5 %	13,6 %	9,1 %	18,2 %	9,1 %
67	–	47,1 %	11,8 %	11,8 %	23,5 %	5,9 %
68	–	26,7 %	26,7 %	20,0 %	–	26,7 %
69	–	57,1 %	14,3 %	14,3 %	–	14,3 %
70	–	30,0 %	10,0 %	20,0 %	30,0 %	10,0 %
71	–	50,0 %	25,0 %	–	–	25,0 %
72	–	–	–	40,0 %	–	60,0 %
73	–	12,5 %	25,0 %	12,5 %	25,0 %	25,0 %
74	–	44,4 %	–	22,2 %	22,2 %	11,1 %
75	–	33,3 %	–	16,7 %	16,7 %	33,3 %
77	–	25,0 %	–	25,0 %	25,0 %	25,0 %
78	–	33,3 %	–	–	33,3 %	33,3 %
79	–	50,0 %	–	–	–	50,0 %
81	–	–	–	–	–	100 %
82	–	–	–	–	100 %	–
83	–	100 %	–	–	–	–
84	–	100 %	–	–	–	–
90	–	–	–	–	–	100 %
Σ	**3,0 %**	**22,6 %**	**15,8 %**	**17,1 %**	**21,1 %**	**20,3 %**

4.3 Geschlecht

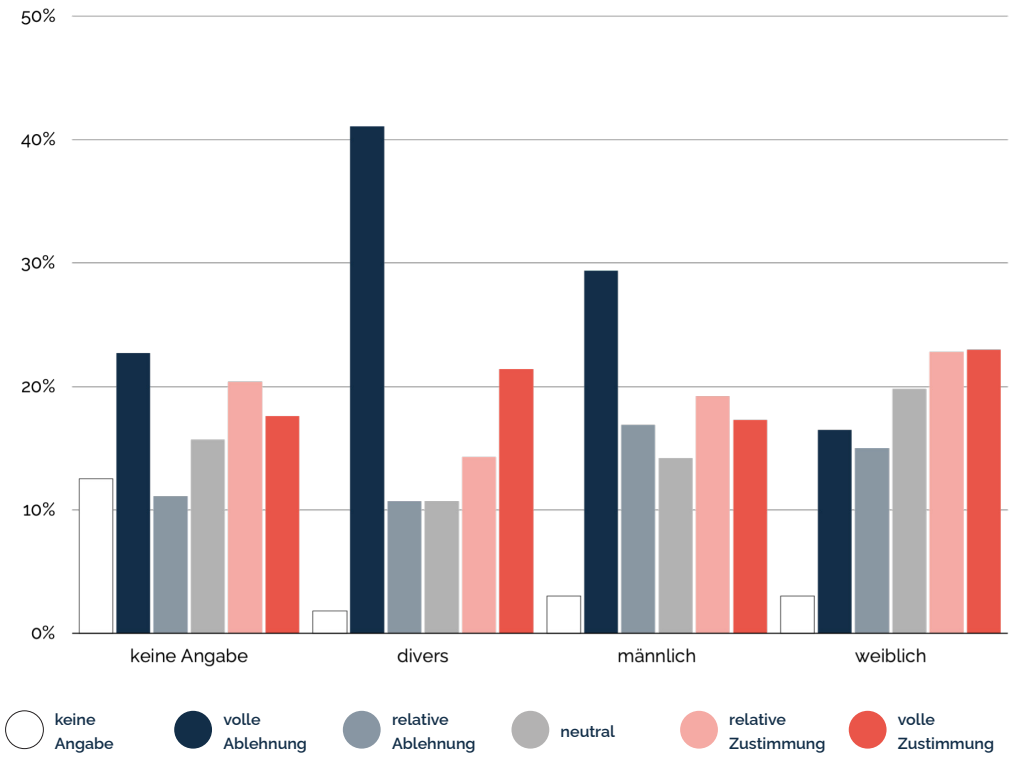
***These 2 C** Geschlecht*

Geschlecht	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
keine Angabe	12,5 %	22,7 %	11,1 %	15,7 %	20,4 %	17,6 %
divers	1,8 %	41,1 %	10,7 %	10,7 %	14,3 %	21,4 %
männlich	3,0 %	29,4 %	16,9 %	14,2 %	19,2 %	17,3 %
weiblich	3,0 %	16,5 %	15,0 %	19,8 %	22,8 %	23,0 %
gesamt	**3,2 %**	**22,7 %**	**15,8 %**	**17,1 %**	**21,0 %**	**20,3 %**

Die Tabelle zeigt eine stärkere Befürwortung bei weiblichen Personen mit 45,8 % relativer Zustimmung zur These gegenüber 38,5 % der männlichen Personen und 35,7 % der diversen Personen. Der prozentuale Unterschied der einzelnen Geschlechtergruppen ist jedoch mit ca. 10 % nicht besonders bemerkenswert.

Ein ähnliches Bild zeigt sich auch für die Ablehnung der These. Die diverse Gruppe liegt mit 51,8 % am höchsten, die männlichen Teilnehmenden liegen mit 46,4 % dahinter und zuletzt die weibliche Gruppe mit 31,5 %. Hier ist die Spanne zwischen den Geschlechtergruppen mit 20 % etwas deutlicher.

***These 2 C** Geschlecht*



4.4 Fachsemester

***These 2 C** Fachsemester*

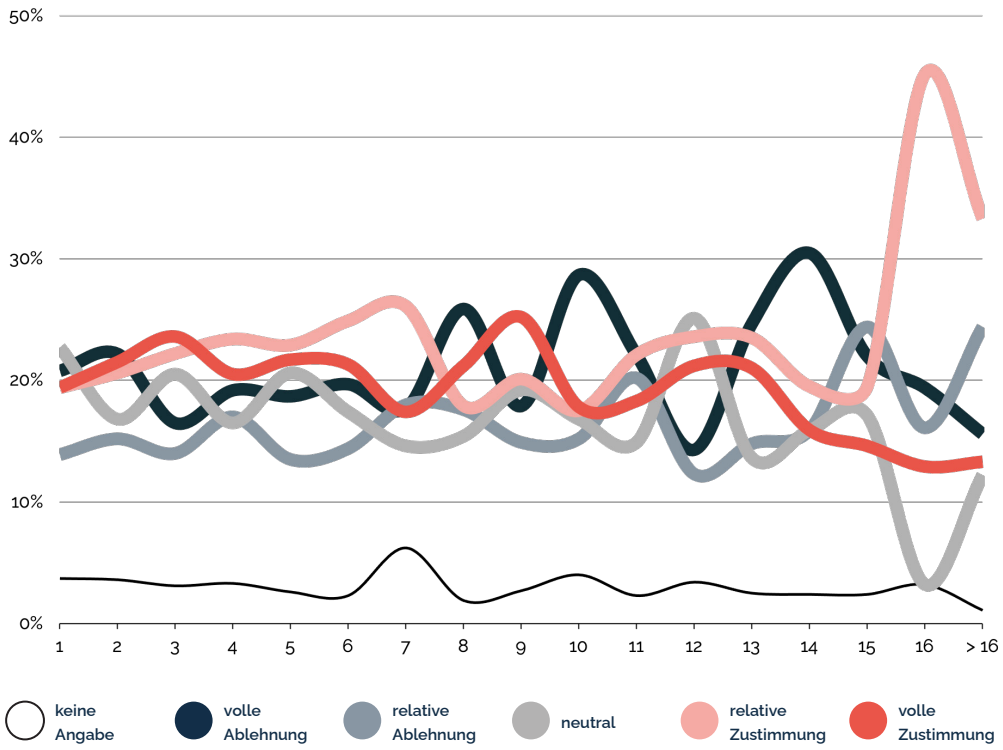
Fachsemester	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
1	3,7 %	20,8 %	13,9 %	22,7 %	19,4 %	19,4 %
2	3,6 %	22,2 %	15,2 %	16,8 %	20,6 %	21,5 %
3	3,1 %	16,5 %	14,0 %	20,5 %	22,2 %	23,6 %
4	3,3 %	19,2 %	17,0 %	16,5 %	23,4 %	20,5 %
5	2,6 %	18,7 %	13,5 %	20,6 %	22,9 %	21,7 %
6	2,3 %	19,7 %	14,4 %	17,4 %	24,9 %	21,3 %
7	6,2 %	17,7 %	18,0 %	14,6 %	26,1 %	17,4 %
8	1,9 %	25,9 %	17,6 %	15,4 %	17,9 %	21,2 %
9	2,7 %	17,9 %	14,9 %	19,2 %	20,1 %	25,2 %
10	4,0 %	28,7 %	15,2 %	16,8 %	17,5 %	17,8 %
11	2,3 %	22,1 %	20,2 %	14,9 %	22,1 %	18,3 %
12	3,4 %	14,3 %	12,3 %	25,1 %	23,6 %	21,2 %
13	2,5 %	24,7 %	14,8 %	13,6 %	23,5 %	21,0 %
14	2,4 %	30,5 %	15,9 %	15,9 %	19,5 %	15,9 %
15	2,4 %	22,0 %	24,4 %	17,1 %	19,5 %	14,6 %
16	3,2 %	19,4 %	16,1 %	3,2 %	45,2 %	12,9 %
>16	1,1 %	15,6 %	24,4 %	12,2 %	33,3 %	13,3 %
gesamt	**3,2 %**	**20,7 %**	**15,8 %**	**17,7 %**	**22,1 %**	**20,5 %**

Die Fachsemester 1–13 stimmen mit der Ausnahme von Fachsemestern 10 und 11 alle über 20 % der These vollständig zu. Die Abweichung der Fachsemester 10 und 11 beträgt nur wenige Prozente. Ab Semester 14 liegt die vollständige Zustimmung zur These bei ca. 13–16 %.

Das gleiche Bild zeigt sich spiegelbildlich auch für die vollständige Ablehnung. Hier stimmen Fachsemester 1–13 im Bereich 16-25 % vollständig gegen die These. Die vollständige Ablehnung der höheren Fachsemester liegt bei 16–30 %.

Insgesamt sind die Stimmen in allen Fachsemestern und allen Zustimmungsgraden mit kleineren Abweichungen mit etwa zwischen 15–20 % vertreten. Ein klarer Trend ist hier somit nicht festzustellen.

***These 2 C** Fachsemester*



4.5 Gesamtnote

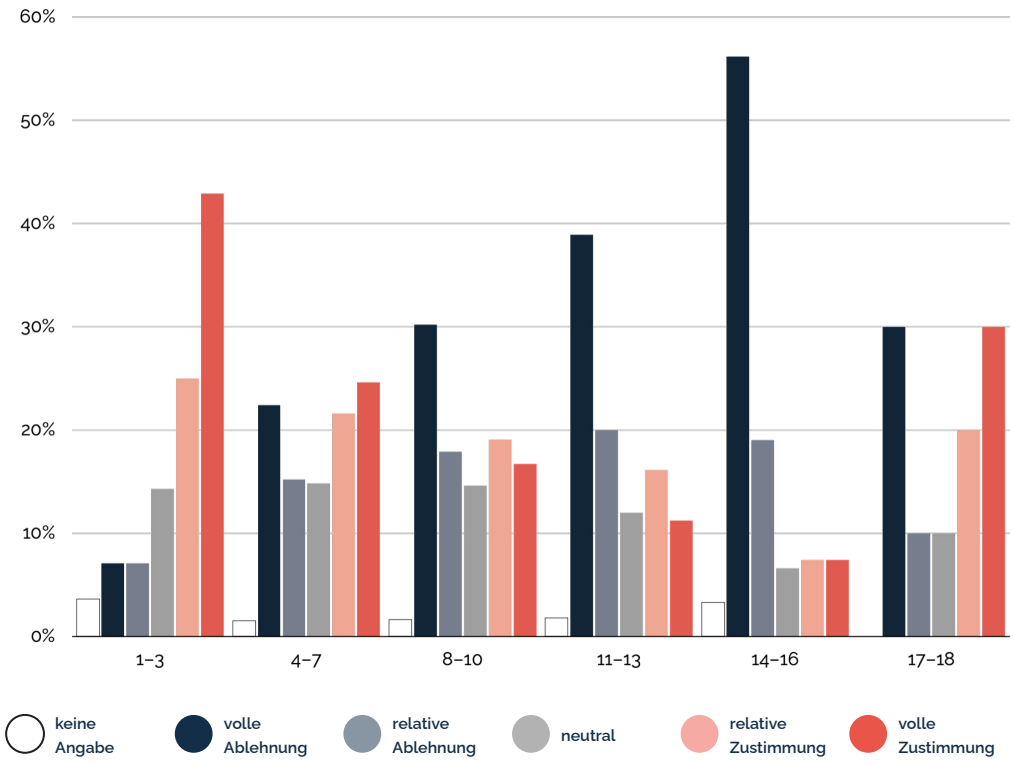
***These 2 C** Gesamtnote*

Gesamtnote	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
1–3	3,6 %	7,1 %	7,1 %	14,3 %	25,0 %	42,9 %
4–7	1,5 %	22,4 %	15,2 %	14,8 %	21,6 %	24,6 %
8–10	1,6 %	30,2 %	17,9 %	14,6 %	19,1 %	16,7 %
11–13	1,8 %	38,9 %	20,0 %	12,0 %	16,1 %	11,2 %
14–16	3,3 %	56,2 %	19,0 %	6,6 %	7,4 %	7,4 %
17–18	–	30,0 %	10,0 %	10,0 %	20,0 %	30,0 %
gesamt	**1,6 %**	**30,6 %**	**17,7 %**	**13,9 %**	**18,8 %**	**17,3 %**

Bemerkenswert ist hier, dass die niedrigste und die höchste Notenstufe der These prozentual am höchsten zugewandt waren. So ist die höchste Zustimmung bei den Notenstufen 1–3 mit 42,9 % volle und 67,9 % relative Zustimmung zu verzeichnen. Unter denjenigen, die angegeben haben die Notenstufe 17–18 erreicht zu haben, die Zustimmung zur These 50 %.

Die höchste Ablehnung der These ist seitens der Notenstufen 11–13 mit 58,9 % Ablehnung zu vermerken.

***These 2 C** Gesamtnote*



4.6 Studienort

***These 2 C** Studienort*

Bundesland	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
Ausland	8,7 %	4,3 %	4,3 %	17,4 %	13,0 %	52,2 %
Baden-Württemberg	3,2 %	25,2 %	16,5 %	16,5 %	20,4 %	18,2 %
Bayern	3,3 %	24,0 %	15,3 %	16,9 %	20,6 %	19,9 %
Berlin	1,6 %	20,2 %	14,7 %	16,2 %	23,8 %	23,6 %
Brandenburg	1,7 %	16,1 %	14,0 %	16,9 %	18,2 %	33,1 %
Bremen	2,2 %	22,5 %	17,4 %	12,3 %	21,0 %	24,6 %
Hamburg	3,4 %	24,1 %	18,2 %	16,8 %	20,1 %	17,3 %
Hessen	1,9 %	21,7 %	15,0 %	17,8 %	20,2 %	23,4 %
Mecklenburg-Vorpommern	0,8 %	21,2 %	14,4 %	26,5 %	15,2 %	22,0 %
Niedersachsen	3,4 %	22,3 %	14,7 %	18,4 %	22,2 %	18,9 %
Nordrhein-Westfalen	3,2 %	24,0 %	17,6 %	15,3 %	19,5 %	20,4 %
Rheinland-Pfalz	2,2 %	20,7 %	16,7 %	18,1 %	22,9 %	19,3 %
Saarland	5,1 %	25,7 %	15,4 %	14,7 %	22,1 %	16,9 %
Sachsen	3,1 %	14,2 %	13,2 %	21,0 %	27,2 %	21,3 %
Sachsen-Anhalt	3,8 %	20,8 %	16,4 %	19,1 %	22,4 %	17,5 %
Schleswig-Holstein	2,2 %	24,5 %	18,5 %	15,3 %	22,6 %	16,9 %
Thüringen	3,0 %	17,9 %	14,3 %	20,2 %	20,8 %	23,8 %
gesamt	**2,9 %**	**22,5 %**	**16,0 %**	**17,0 %**	**21,2 %**	**20,4 %**

In allen Bundesländern liegt die relative Zustimmung bei etwa 40-50 % verhältnismäßig ausgewogen. Das gleiche Bild lässt sich für die relative Ablehnung zeichnen, diese liegt flächendeckend bei 30-40 %. Nur unter der kleinen Gruppe, die angegeben haben im Ausland zu studieren (23 Stimmen), zeigt sich eine hohe Zustimmungsrate.

***These 2 C** Studienort*

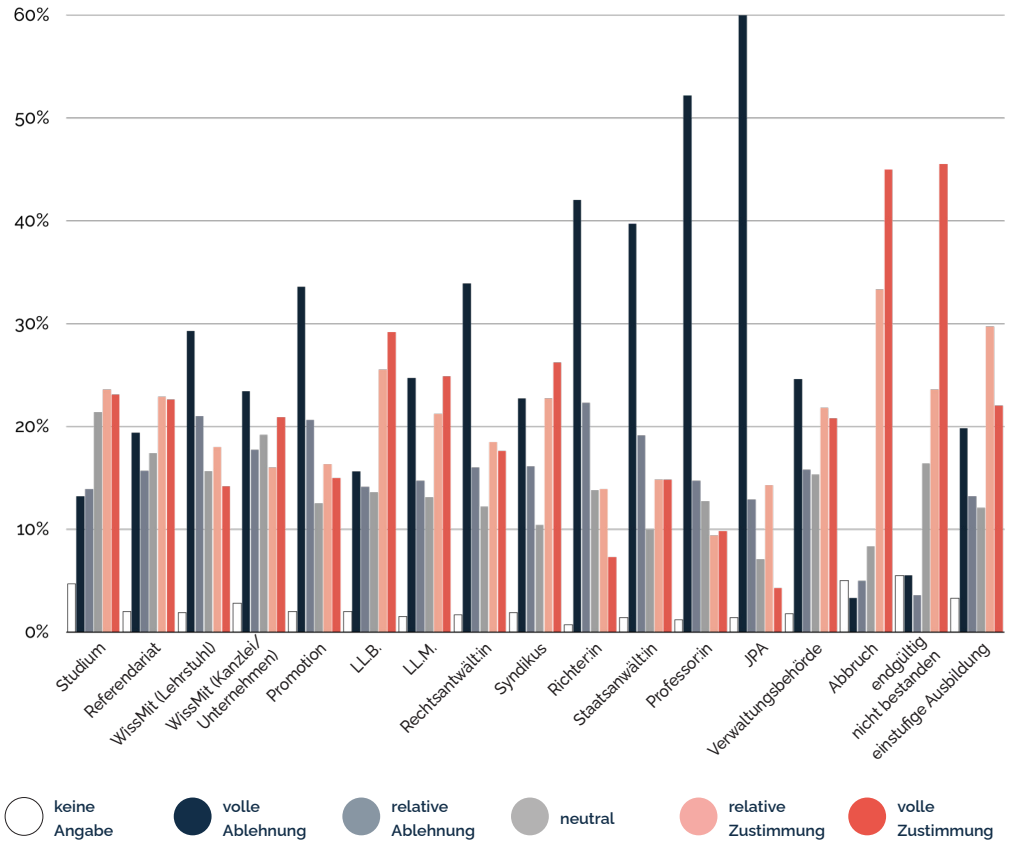
4.7 Verhältnis zur juristischen Ausbildung

***These 2 C** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*

Beruf	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
Studium	4,7 %	13,2 %	13,9 %	21,4 %	23,6 %	23,1 %
Referendariat	2,0 %	19,4 %	15,7 %	17,4 %	22,9 %	22,6 %
WissMit (Lehrstuhl)	1,9 %	29,3 %	21,0 %	15,6 %	18,0 %	14,2 %
WissMit (Kanzlei)	2,8 %	23,4 %	17,7 %	19,2 %	16,0 %	20,9 %
Promotion	2,0 %	33,6 %	20,6 %	12,5 %	16,3 %	15,0 %
LL.B.	2,0 %	15,6 %	14,1 %	13,6 %	25,5 %	29,2 %
LL.M.	1,5 %	24,7 %	14,7 %	13,1 %	21,2 %	24,9 %
Rechtsanwält:in	1,7 %	33,9 %	16,0 %	12,2 %	18,5 %	17,6 %
Syndikus	1,9 %	22,7 %	16,1 %	10,4 %	22,7 %	26,2 %
Richter:in	0,7 %	42,0 %	22,3 %	13,8 %	13,9 %	7,3 %
Staatsanwält:in	1,4 %	39,7 %	19,1 %	10,0 %	14,8 %	14,8 %
Professor:in	1,2 %	52,2 %	14,7 %	12,7 %	9,4 %	9,8 %
JPA	1,4 %	60,0 %	12,9 %	7,1 %	14,3 %	4,3 %
Verwaltungsbehörde	1,8 %	24,6 %	15,8 %	15,3 %	21,8 %	20,8 %
Abbruch	5,0 %	3,3 %	5,0 %	8,3 %	33,3 %	45,0 %
endgültig nicht bestanden	5,5 %	5,5 %	3,6 %	16,4 %	23,6 %	45,5 %
einstufige Ausbildung	3,3 %	19,8 %	13,2 %	12,1 %	29,7 %	22,0 %

Endgültig nicht bestandene Teilnehmende sowie Studienabbrecher haben am höchsten vollständige Zustimmung ausgedrückt mit 45 %. Die höchste vollständige Ablehnung der These kam derweil von Teilnehmenden, die angegeben haben bei einem JPA zu arbeiten mit 60 %. Auch unter Richter:innen, Statsanwät:innen und Professor:innen finden sich besonders hohe Ablehnungsraten von jeweils über 50 %.

***These 2 C** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*



5. Ergebnis bzgl. Erwartungen

Die erwartete Zustimmung bei Praktiker:innen konnte nicht verzeichnet werden. Studierende und Referendar:innen stimmten eher der These zugewandt ab. Die erwartete höhere Ablehnung bei Professor:innen und Richter:innen ist zu erkennen.

These 2 D: Leistungen im Studium in die Examensnote

1. Thesenhintergrund

Die These 2 D gehört einer großflächigen Debatte an, innerhalb welcher die Transparenz und Verteilung von Leistungen im Studium, sowie das Notensystem selbst angerissen wird. Bekanntermaßen finden die im Studium erbrachten Prüfungsleistungen außerhalb der Schwerpunktnote keinen Eingang in die Gesamtnote. Die These schlägt vor dies zu ändern.

2. Thesengestaltung

Während des Studiums erbrachte Prüfungsleistungen (über den Schwerpunkt hinaus) sollten in die Gesamtnote der Ersten juristischen Staatsprüfung mit einbezogen werden.

Auf der iur.reform-Webseite wurden folgende Argumente aus der Debatte dargestellt:

Pro	Contra
1. Ansonsten besteht eine große Abhängigkeit von den einzelnen Abschlussprüfungen am Ende des Studiums.	1. Die Noten im Staatsexamen zeigen wie gut Kandidat:innen am Ende des Studiums sind. Das ist für den Arbeitsmarkt interessanter, als die Noten während des Studiums.
2. So wird das Gesamtbild des Studiums abgebildet und nicht bloß ein Ausschnitt. Wenn nur die Noten aus dem Staatsexamen entscheidend sind, können Personen, die konstant starke Leistungen bringen, aber vom Prüfungsdruck stark beeinträchtigt werden, schlechter abschneiden.	2. Dadurch, dass die Noten nicht Teil der Gesamtnote sind, ist das Studium vor dem Staatsexamen entlastet und kann individuell gestaltet werden.
3. Die Leistungen während des Studiums spielen nach dieser Änderung eine größere Rolle; die Studienmotivation steigt.	3. Es gibt eine Divergenz zwischen den Bewertenden im Studium und denen im Staatsexamen. Es ist nicht möglich diese 1:1 zu übertragen.

3. Hypothese

Wir formulierten folgende Erwartungen für die These:

- Erwartet wird eine eher ablehnende Tendenz unter den Studierenden, auch, wenn es (wenige) starke Befürworter:innen hierfür geben wird.
- Innerhalb der Professor:innenschaft könnte die bereits vorhandene Praxis zur Einbeziehung von Leistungen im Examen aus dem Schwerpunkt gegen eine Umsetzung der These 2 D sprechen.
- Bei den weiteren Praktiker:innen werden eher gemischte Meinungen erwartet.

4. Deskriptive Statistik

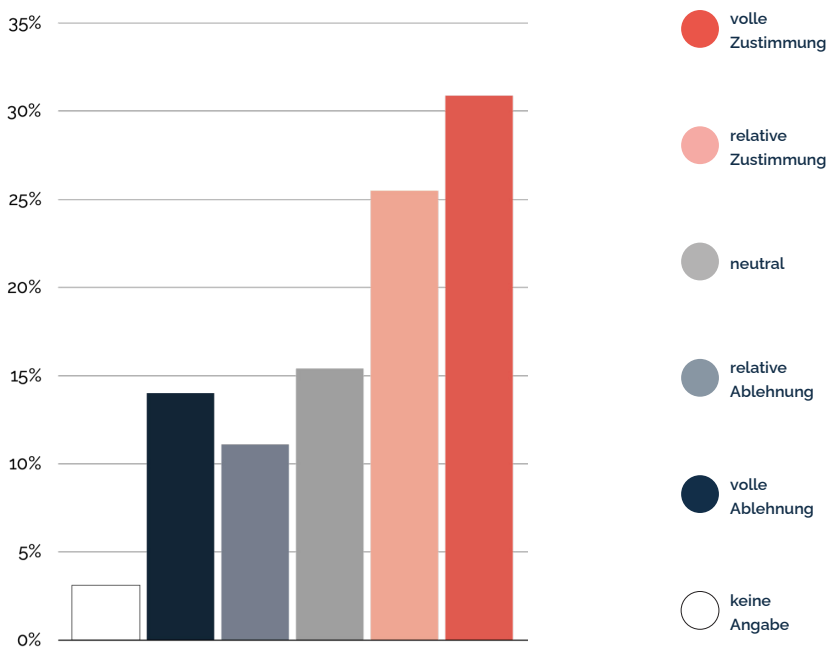
4.1 Gesamtauswertung

***These 2 D** Gesamtauswertung*

Bewertung	Anteil
keine Angabe	3,1 %
volle Ablehnung	14,0 %
relative Ablehnung	11,1 %
neutral	15,4 %
relative Zustimmung	25,5 %
volle Zustimmung	30,9 %
gesamt	**100,0 %**

Unmittelbar auffällig ist, dass sich hier eine absolute Mehrheit (56,4 %) für die These findet. Bemerkenswert ist, dass fast ein Drittel der Abstimmenden voll für die These stimmt. Nur ein Viertel der Abstimmenden (kombiniert 25,1 %) stimmt gegen die These.

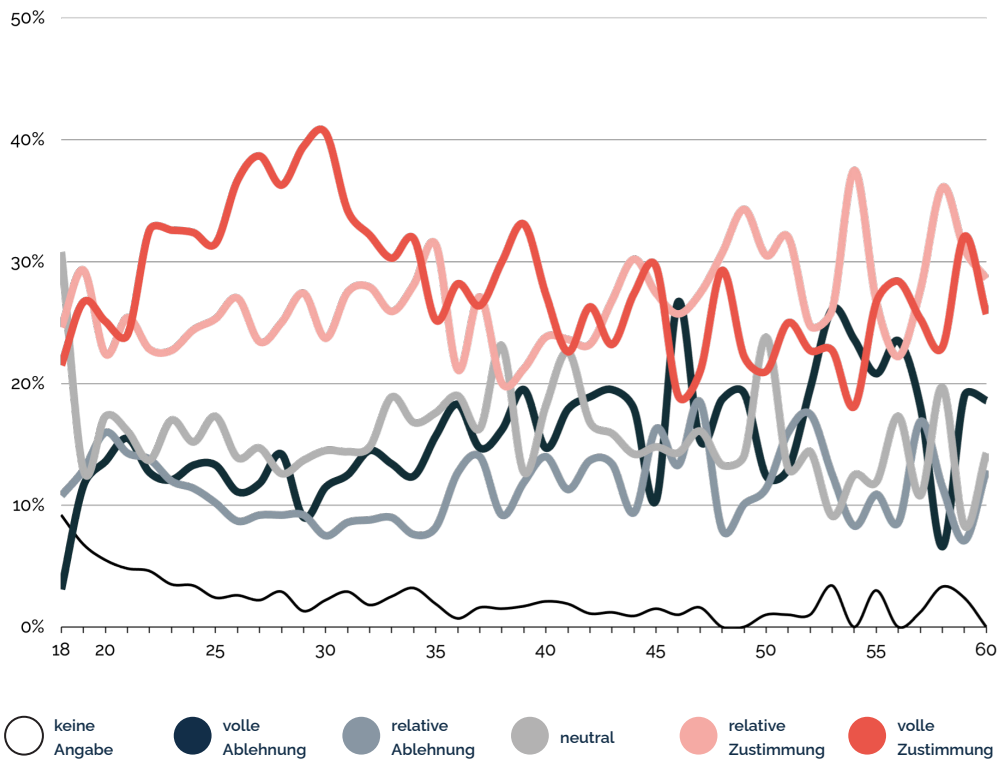
***These 2 D** Gesamtauswertung*



4.2 Alter

Bei der Aufteilung nach Alter fällt zunächst auf, dass insb. in den jüngsten Gruppen von 18-21 Jahren zwar schon eine große Zustimmung besteht, diese aber noch niedriger liegt als in den Jahrgängen danach. Die Jahrgänge im Alter von 22-34 halten oder übersteigen die in der Gesamtauswertung gesehene Zustimmung von fast einem Drittel. Bemerkenswert ist, dass die Jahrgänge im Alter von 43-51 nahezu vollständig höhere Werte für die relative Zustimmung als für die volle Zustimmung haben. Hier scheinen die Teilnehmenden sich weniger sicher zu sein, was die Zustimmung angeht.

***These 2 D** Alter*



***These 2 D** Alter*

0 keine Angabe **1** volle Ablehnung **2** relative Ablehnung **3** neutral **4** relative Zustimmung **5** volle Zustimmung

Alter	0	1	2	3	4	5
17	–	–	100 %	–	–	–
18	9,2 %	3,1 %	10,8 %	30,8 %	24,6 %	21,5 %
19	6,8 %	11,6 %	12,9 %	12,9 %	29,3 %	26,7 %
20	5,5 %	13,6 %	16,0 %	17,3 %	22,4 %	25,1 %
21	4,8 %	15,5 %	14,3 %	16,1 %	25,4 %	24,0 %
22	4,6 %	12,7 %	13,8 %	13,7 %	22,8 %	32,6 %
23	3,5 %	12,1 %	12,0 %	17,0 %	22,7 %	32,6 %
24	3,4 %	13,3 %	11,4 %	15,2 %	24,4 %	32,4 %
25	2,4 %	13,3 %	10,2 %	17,3 %	25,3 %	31,5 %
26	2,6 %	11,1 %	8,7 %	13,9 %	27,0 %	36,7 %
27	2,2 %	11,8 %	9,2 %	14,7 %	23,4 %	38,7 %
28	2,9 %	14,2 %	9,2 %	12,6 %	25,0 %	36,3 %
29	1,3 %	9,0 %	9,2 %	13,7 %	27,4 %	39,5 %
30	2,2 %	11,5 %	7,5 %	14,5 %	23,7 %	40,6 %
31	2,9 %	12,5 %	8,6 %	14,4 %	27,5 %	34,2 %
32	1,8 %	14,5 %	8,8 %	14,8 %	27,9 %	32,2 %
33	2,5 %	13,4 %	9,0 %	18,9 %	25,9 %	30,3 %
34	3,2 %	12,4 %	7,6 %	16,8 %	28,1 %	31,9 %
35	1,9 %	15,7 %	8,2 %	17,6 %	31,4 %	25,2 %
36	0,7 %	18,3 %	12,7 %	19,0 %	21,1 %	28,2 %
37	1,6 %	14,7 %	14,0 %	16,3 %	27,1 %	26,4 %
38	1,5 %	16,2 %	9,2 %	23,1 %	20,0 %	30,0 %
39	1,7 %	19,5 %	11,9 %	12,7 %	21,2 %	33,1 %
40	2,1 %	14,7 %	14,0 %	18,2 %	23,8 %	27,3 %
41	1,9 %	17,9 %	11,3 %	22,6 %	23,6 %	22,6 %
42	1,1 %	18,9 %	13,7 %	16,8 %	23,2 %	26,3 %
43	1,2 %	19,5 %	13,4 %	15,9 %	26,8 %	23,2 %
44	0,9 %	17,9 %	9,4 %	14,2 %	30,2 %	27,4 %
45	1,5 %	10,4 %	16,3 %	14,8 %	27,4 %	29,6 %
46	1,0 %	26,7 %	13,3 %	14,3 %	25,7 %	19,0 %
47	1,6 %	15,3 %	18,5 %	16,1 %	27,4 %	21,0 %
48	–	18,7 %	8,0 %	13,3 %	30,7 %	29,3 %
49	–	19,2 %	10,1 %	14,1 %	34,3 %	22,2 %
50	1,0 %	12,4 %	11,4 %	23,8 %	30,5 %	21,0 %

Alter	0	1	2	3	4	5
51	1,0 %	13,0 %	16,0 %	13,0 %	32,0 %	25,0 %
52	1,0 %	19,6 %	17,5 %	14,4 %	24,7 %	22,7 %
53	3,4 %	26,1 %	12,5 %	9,1 %	26,1 %	22,7 %
54	–	23,6 %	8,3 %	12,5 %	37,5 %	18,1 %
55	3,0 %	20,8 %	10,9 %	11,9 %	26,7 %	26,7 %
56	–	23,5 %	8,6 %	17,3 %	22,2 %	28,4 %
57	1,2 %	18,1 %	16,9 %	10,8 %	27,7 %	25,3 %
58	3,3 %	6,6 %	11,5 %	19,7 %	36,1 %	23,0 %
59	2,4 %	19,0 %	7,1 %	8,3 %	31,0 %	32,1 %
60	–	18,6 %	12,9 %	14,3 %	28,6 %	25,7 %
61	1,8 %	17,9 %	8,9 %	12,5 %	39,3 %	19,6 %
62	1,9 %	14,8 %	11,1 %	9,3 %	22,2 %	40,7 %
63	5,1 %	12,8 %	–	5,1 %	43,6 %	33,3 %
64	–	8,3 %	8,3 %	16,7 %	25,0 %	41,7 %
65	–	14,3 %	2,9 %	11,4 %	34,3 %	37,1 %
66	9,1 %	4,5 %	4,5 %	9,1 %	40,9 %	31,8 %
67	–	17,6 %	5,9 %	11,8 %	29,4 %	35,3 %
68	–	6,7 %	6,7 %	–	33,3 %	53,3 %
69	–	42,9 %	–	–	42,9 %	14,3 %
70	–	40,0 %	10,0 %	–	20,0 %	30,0 %
71	–	–	12,5 %	25,0 %	25,0 %	37,5 %
72	–	20,0 %	20,0 %	20,0 %	40,0 %	–
73	–	12,5 %	12,5 %	–	37,5 %	37,5 %
74	–	11,1 %	11,1 %	33,3 %	33,3 %	11,1 %
75	–	–	33,3 %	16,7 %	0	50,0 %
77	–	25,0 %	–	–	50,0 %	25,0 %
78	–	–	–	–	33,3 %	66,7 %
79	–	–	–	–	–	100 %
81	–	–	–	100 %	–	–
82	–	–	100 %	–	–	–
83	–	–	100 %	–	–	–
84	–	100 %	–	–	–	–
90	–	–	–	100 %	–	–
Σ	**2,9 %**	**13,8 %**	**11,2 %**	**15,3 %**	**25,7 %**	**31,1 %**

4.3 Geschlecht

***These 2 D** Geschlecht*

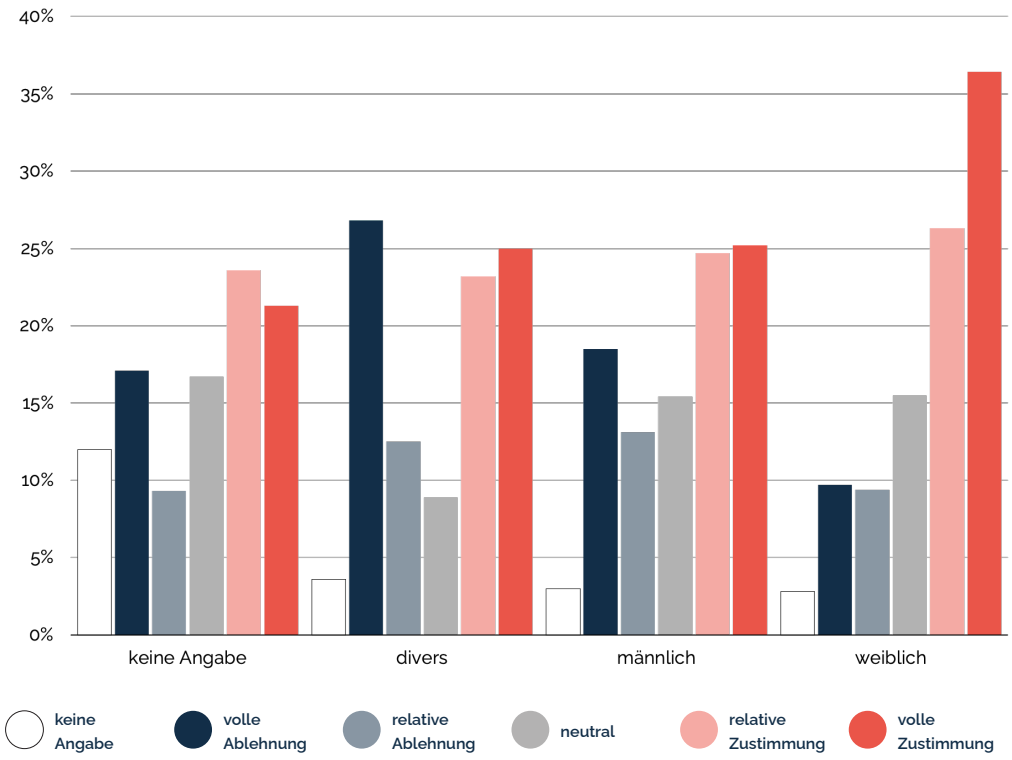
Geschlecht	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
keine Angabe	12,0 %	17,1 %	9,3 %	16,7 %	23,6 %	21,3 %
divers	3,6 %	26,8 %	12,5 %	8,9 %	23,2 %	25,0 %
männlich	3,0 %	18,5 %	13,1 %	15,4 %	24,7 %	25,2 %
weiblich	2,8 %	9,7 %	9,4 %	15,5 %	26,3 %	36,4 %
gesamt	**3,1 %**	**14,0 %**	**11,1 %**	**15,4 %**	**25,5 %**	**30,9 %**

In der Tabelle erkennt man die Abstimmungsergebnisse der These 2 D geordnet nach Geschlechtern: divers, männlich und weiblich.

Die Zustimmung unter weiblichen Teilnehmenden ist deutlich höher als unter den anderen Gruppen. 36,4 % der weiblichen Teilnehmenden stimmen voll zu gegenüber nur 25,2 % der männlichen und nur 25,0 % der diversen. Unter diversen Teilnehmenden stimmen 26,8 % voll gegen die These – da hier aber nur recht geringe Teilnehmerzahlen vorliegen, ist unklar, wie aussagekräftig dieses Ergebnis ist.

Unter männlichen und diversen Teilnehmenden besteht insgesamt allerdings auch nur eine relative Mehrheit für die These mit kombiniert 49,9 % (männlich) und 48,2 % (diverse).

***These 2 D** Geschlecht*



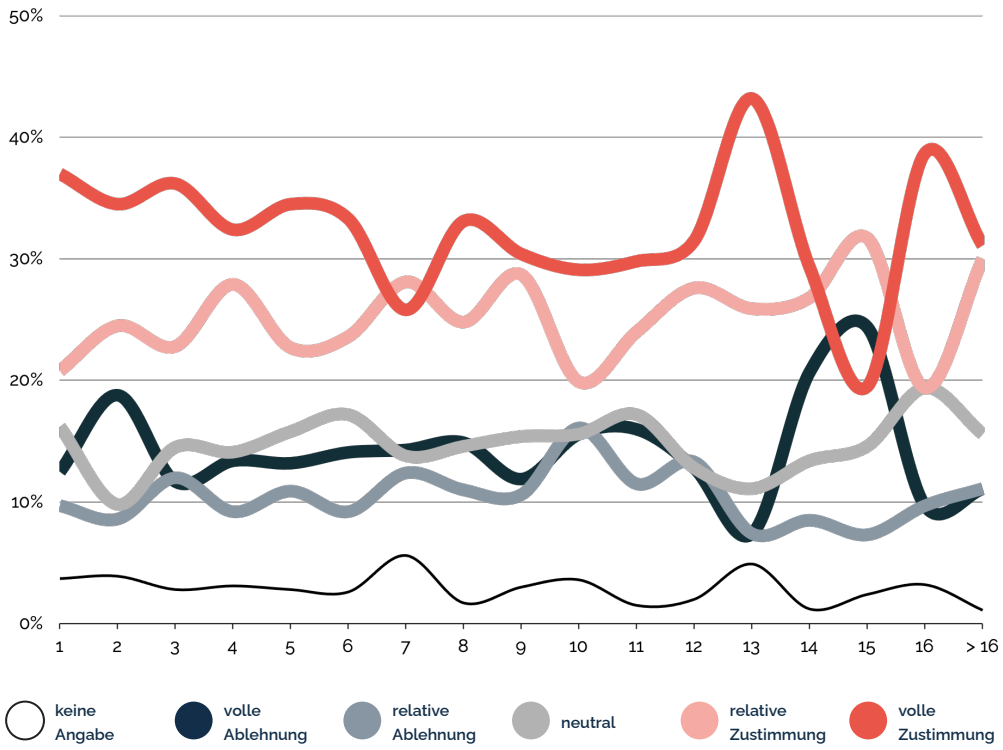
4.4 Fachsemester

***These 2 D** Fachsemester*

Fachsemester	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
1	3,7 %	12,5 %	9,7 %	16,2 %	20,8 %	37,0 %
2	3,9 %	18,8 %	8,6 %	9,8 %	24,5 %	34,5 %
3	2,8 %	11,7 %	12,0 %	14,5 %	22,8 %	36,2 %
4	3,1 %	13,4 %	9,2 %	14,1 %	27,9 %	32,4 %
5	2,8 %	13,2 %	10,9 %	15,8 %	22,7 %	34,5 %
6	2,6 %	14,1 %	9,2 %	17,2 %	23,6 %	33,3 %
7	5,6 %	14,3 %	12,4 %	13,8 %	28,1 %	25,8 %
8	1,7 %	14,9 %	11,0 %	14,6 %	24,8 %	33,1 %
9	3,0 %	11,9 %	10,6 %	15,4 %	28,7 %	30,4 %
10	3,6 %	15,6 %	16,1 %	15,6 %	19,9 %	29,1 %
11	1,5 %	16,0 %	11,5 %	17,2 %	24,0 %	29,8 %
12	2,0 %	12,8 %	13,3 %	12,8 %	27,6 %	31,5 %
13	4,9 %	7,4 %	7,4 %	11,1 %	25,9 %	43,2 %
14	1,2 %	20,7 %	8,5 %	13,4 %	26,8 %	29,3 %
15	2,4 %	24,4 %	7,3 %	14,6 %	31,7 %	19,5 %
16	3,2 %	9,7 %	9,7 %	19,4 %	19,4 %	38,7 %
>16	1,1 %	11,1 %	11,1 %	15,6 %	30,0 %	31,1 %
gesamt	**3,0 %**	**14,2 %**	**11,0 %**	**14,6 %**	**24,8 %**	**32,3 %**

Die höchste Rate für volle Zustimmung findet sich bei den Teilnehmenden im 13. Semester mit 43,2 %, die höchste Rate für volle Ablehnung hingegen im 15. Fachsemester mit 24,4 %. In allen Stufen findet sich eine absolute Mehrheit bei Betrachtung der kombinierten Zustimmungsrate. Die ursprüngliche Erwartung, dass Studierende diese These eher ablehnen würden, ist damit widerlegt.

***These 2 D** Fachsemester*



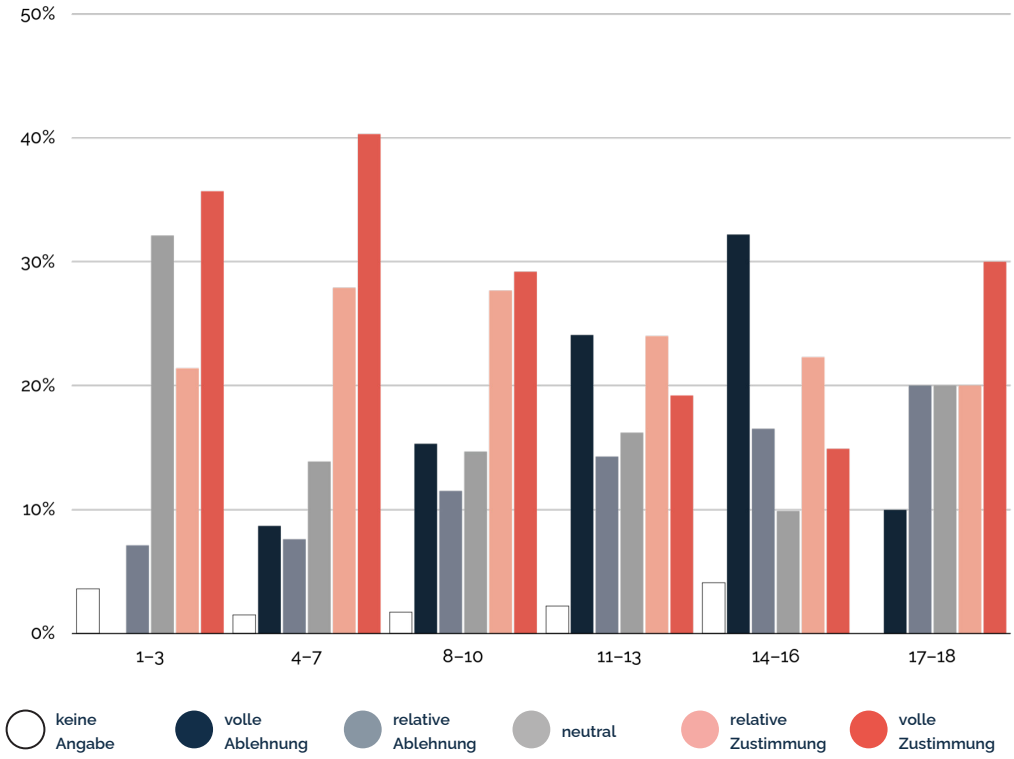
4.5 Gesamtnote

***These 2 D** Gesamtnote*

Gesamtnote	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
1–3	3,6 %	–	7,1 %	32,1 %	21,4 %	35,7 %
4–7	1,5 %	8,7 %	7,6 %	13,9 %	27,9 %	40,3 %
8–10	1,7 %	15,3 %	11,5 %	14,7 %	27,7 %	29,2 %
11–13	2,2 %	24,1 %	14,3 %	16,2 %	24,0 %	19,2 %
14–16	4,1 %	32,2 %	16,5 %	9,9 %	22,3 %	14,9 %
17–18	–	10,0 %	20,0 %	20,0 %	20,0 %	30,0 %
gesamt	**1,8 %**	**15,9 %**	**11,3 %**	**14,8 %**	**26,8 %**	**29,4 %**

Die Auswertung nach dem Merkmal Notenstufe zeigt keine bemerkenswerten Abweichungen gegenüber der grundsätzlichen Stimmung, mit Ausnahme der Notenstufe 14-16. Hier besteht eine relative Ablehnung bei kombinierter Betrachtung von 48,7 %. Bei der Notenstufe 11-13 besteht zwar ebenfalls eine vergleichsweise hohe Ablehnung mit fast einem Viertel für eine volle Ablehnung (24,1 %), jedoch immer noch eine relative Mehrheit von kombiniert 43,2 % für die These.

***These 2 D** Gesamtnote*



4.6 Studienort

***These 2 D** Studienort*

Bundesland	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
Ausland	8,7 %	8,7 %	4,3 %	8,7 %	21,7 %	47,8 %
Baden-Württemberg	2,9 %	15,8 %	9,6 %	15,2 %	25,3 %	31,2 %
Bayern	3,0 %	17,7 %	12,4 %	14,9 %	24,9 %	27,2 %
Berlin	2,2 %	13,9 %	14,6 %	17,2 %	22,7 %	29,4 %
Brandenburg	1,3 %	9,7 %	11,9 %	16,9 %	21,6 %	38,6 %
Bremen	2,2 %	10,1 %	9,4 %	14,5 %	25,4 %	38,4 %
Hamburg	3,1 %	13,0 %	11,9 %	13,4 %	30,4 %	28,1 %
Hessen	1,7 %	9,7 %	8,0 %	15,4 %	28,4 %	36,8 %
Mecklenburg-Vorpommern	0,8 %	12,1 %	13,6 %	20,5 %	29,5 %	23,5 %
Niedersachsen	3,3 %	12,8 %	10,4 %	14,2 %	25,5 %	33,7 %
Nordrhein-Westfalen	3,2 %	13,9 %	10,7 %	14,8 %	25,5 %	32,0 %
Rheinland-Pfalz	2,4 %	11,1 %	10,9 %	17,3 %	26,8 %	31,6 %
Saarland	5,1 %	12,5 %	9,6 %	19,1 %	23,5 %	30,1 %
Sachsen	3,0 %	10,5 %	11,5 %	15,9 %	25,1 %	34,0 %
Sachsen-Anhalt	3,3 %	18,6 %	10,4 %	15,3 %	24,6 %	27,9 %
Schleswig-Holstein	1,9 %	14,0 %	12,1 %	14,6 %	29,0 %	28,3 %
Thüringen	3,0 %	10,1 %	13,1 %	16,1 %	29,2 %	28,6 %
gesamt	**2,9 %**	**13,9 %**	**11,2 %**	**15,3 %**	**25,7 %**	**31,1 %**

Die Aufschlüsselung nach Studienorten zeigt auf den ersten Blick keine Besonderheiten. In allen Bundesländern besteht eine (kombinierte) absolute Mehrheit für die These. Nur in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Berlin und Bayern besteht eine kombinierte Ablehnung von einem Viertel.

***These 2 D** Studienort*

4.7 Verhältnis zur juristischen Ausbildung

***These 2 D** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*

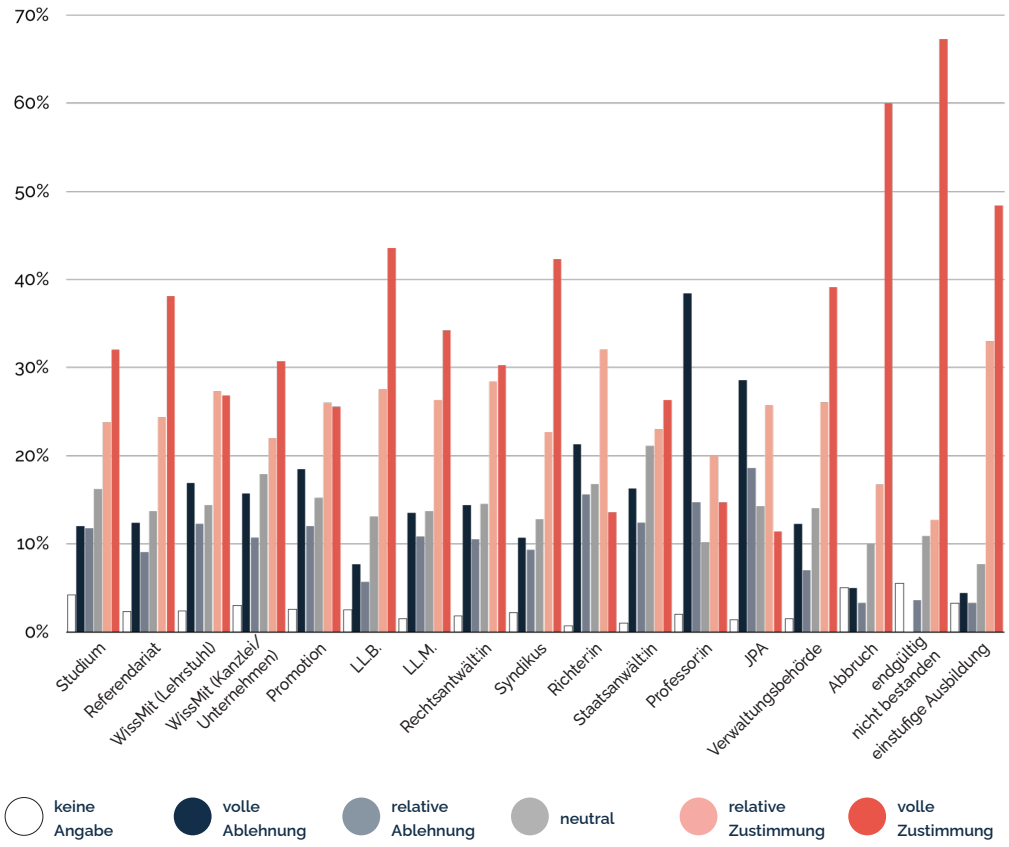
Beruf	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
Studium	4,2 %	12,0 %	11,8 %	16,2 %	23,8 %	32,0 %
Referendariat	2,3 %	12,4 %	9,1 %	13,7 %	24,4 %	38,1 %
WissMit (Lehrstuhl)	2,4 %	16,9 %	12,3 %	14,4 %	27,3 %	26,8 %
WissMit (Kanzlei)	3,0 %	15,7 %	10,7 %	17,9 %	22,0 %	30,7 %
Promotion	2,6 %	18,5 %	12,0 %	15,2 %	26,0 %	25,6 %
LL.B.	2,5 %	7,7 %	5,7 %	13,1 %	27,5 %	43,6 %
LL.M.	1,5 %	13,5 %	10,8 %	13,7 %	26,3 %	34,2 %
Rechtsanwält:in	1,8 %	14,4 %	10,5 %	14,5 %	28,4 %	30,3 %
Syndikus	2,2 %	10,7 %	9,3 %	12,8 %	22,7 %	42,3 %
Richter:in	0,7 %	21,3 %	15,6 %	16,8 %	32,0 %	13,6 %
Staatsanwält:in	1,0 %	16,3 %	12,4 %	21,1 %	23,0 %	26,3 %
Professor:in	2,0 %	38,4 %	14,7 %	10,2 %	20,0 %	14,7 %
JPA	1,4 %	28,6 %	18,6 %	14,3 %	25,7 %	11,4 %
Verwaltungsbehörde	1,5 %	12,3 %	7,0 %	14,0 %	26,1 %	39,1 %
Abbruch	5,0 %	5,0 %	3,3 %	10,0 %	16,7 %	60,0 %
endgültig nicht bestanden	5,5 %	0,0 %	3,6 %	10,9 %	12,7 %	67,3 %
einstufige Ausbildung	3,3 %	4,4 %	3,3 %	7,7 %	33,0 %	48,4 %

Nach den bisherigen Ergebnissen wenig überraschend ist die Zustimmung unter Studierenden mit kombiniert 55,8 % mit absoluter Mehrheit hoch. Eher überraschend ist jedoch, dass die Zustimmung unter Rechtsanwält:innen mit kombiniert 58,7 % diese sogar noch übersteigt. Selbst die tendenziell zurückhaltendere Gruppe der Richter:innen stimmt mit einer relativen Mehrheit (kombiniert 45,6 %) für die These.

Erwartungsgemäß ist bei Professor:innen eine ablehnende Haltung zu beobachten: Diese stimmen mit absoluter Mehrheit (kombiniert 53,7 %) gegen die These. Auch die JPA-Mitarbeitenden zeigen eine eher ablehnende Haltung mit kombiniert 47,2 % gegen die These.

Größte Zustimmungswerte erreicht die These bei denjenigen, die endgültig nicht bestanden haben, mit kombiniert 80 %. Dies ist indes eher weniger überraschend, da diese die Vorstellung haben könnten, dass sie von einer solchen Regelung hätten profitieren können.

***These 2 D** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*



5. Ergebnis bzgl. Erwartungen

Die formulierten Erwartungen wurden weitestgehend nicht erfüllt mit Ausnahme der Prognose bzgl. der Professor:innen. Insgesamt zeigt sich eine überraschend hohe Zustimmung unter allen Gruppen außer unter Professor:innen und Mitarbeiter:innen der JPA, sowie tendenziell bei Richter:innen und Staatsanwält:innen.

These 2 E: Freischuss abschaffen

1. Thesenhintergrund

Die These wurde in einem Gutachten der Bundesfachschaftentagung 2017 diskutiert und in einem online-Artikel aufgegriffen. Insgesamt wurden fünf pro- und drei contra-Argumente extrahiert.[1]

2. Thesengestaltung

Die Freischussregelung sollte abgeschafft werden.

Der Freischuss ist eine bundeslandabhängige Regelung. Danach wird bei Abschluss des Studiums in Regelstudienzeit ein weiterer Schreibversuch im Staatsexamen gewährt. Die ausgewählten Argumente, welche auf der iur.reform-Webseite als Nachweise aufrufbar waren, sind:

Pro	Contra
1. Alternativ kann ein voraussetzungsloser Zweitversuch im Examen zugelassen werden.	1. Der Freischuss verkürzt die Studienzeit.
2. Der Freischuss verhindert eine tiefergehende Befassung mit der Rechtsordnung. Es wird das gelernt, was geprüft wird.	2. Der Freischuss motiviert Studierende, das Studium schneller abzuschließen.
3. Ein Freischuss ist nur bei gleichzeitiger Stoffkürzung sinnvoll.	3. Ein Versuch mehr im Examen kann zu einer psychischen Entlastung führen.

3. Hypothese

Wir formulierten folgende Erwartungen für die These:

- Wir gingen von einer deutlich relativen Ablehnung der These aus.
- Unter Studierenden, die selbst von der flächendeckenden Einführung eines Freisschusses profitieren könnten, wird die Ablehnung noch höher ausfallen als beispielsweise bei älteren Teilnehmenden.

[1] Vgl. Literaturauswertung, Reiter „Reformoptionen und Argumente“, Zeile 119ff. ***https://onedrive.live.com/view.aspx?resid=D3C707BB028AE925!323&ithint=file %2cxlsx&authkey=!AERBCCwtBbE_-1M***

4. Deskriptive Statistik

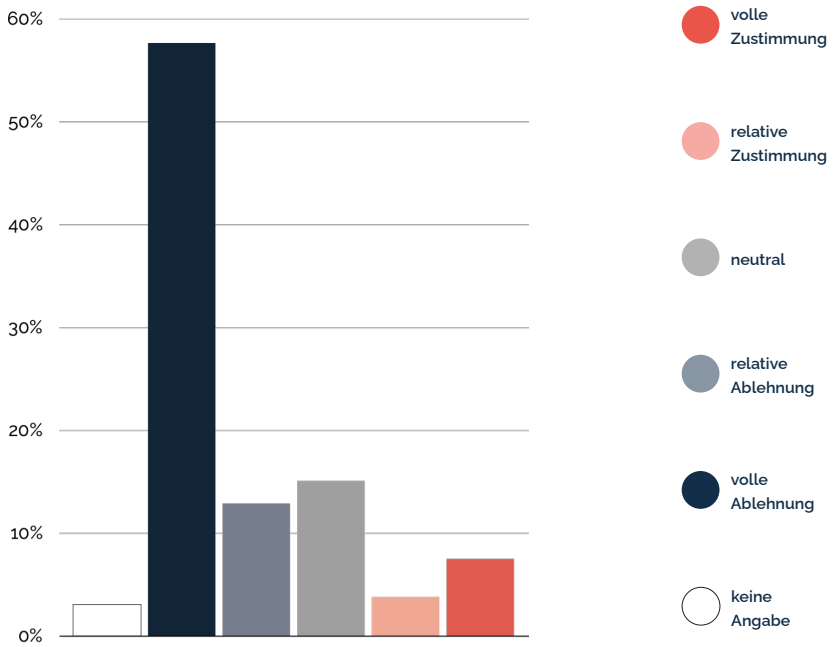
4.1 Gesamtauswertung

***These 2 E** Gesamtauswertung*

Bewertung	Anteil
keine Angabe	3,1 %
volle Ablehnung	57,7 %
relative Ablehnung	12,9 %
neutral	15,1 %
relative Zustimmung	3,8 %
volle Zustimmung	7,5 %
gesamt	**100,0 %**

Nur 7,5 % der Befragten sprechen sich vollständig für die Abschaffung des Freischusses und weitere 3,8 % relativ für die Abschaffung des Freischusses aus. Eine absolute Mehrheit von 57,7 % wünscht sich vollständig, dass der Freischuss nicht abgeschafft wird und weitere 12,9 % lehnen die These zumindest relativ ab. 70,6 % sind folglich insgesamt für die Beibehaltung des Freischusses. 15,1 % stehen der These neutral gegenüber.

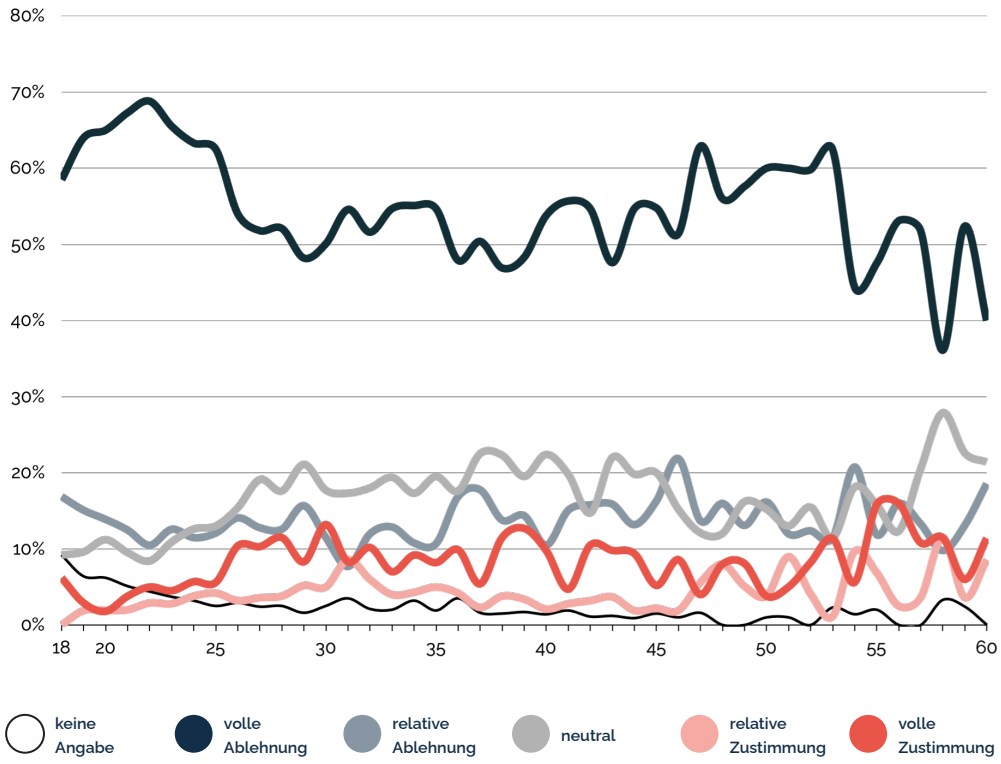
***These 2 E** Gesamtauswertung*



4.2 Alter

Bis zur Altersstufe von 69 Jahren entfallen jeweils die meisten Stimmen pro Gruppe auf die volle Ablehnung. Ab de Altersstufe 70 fallen die meisten Stimmen auf unterschiedliche Bewertungsstufen, was auch an der geringen Anzahl an Teilnehmer:innen pro Altersstufe von jeweils zehn und weniger erklären lassen könnte. Das Gesamtergebnis spiegelt sich folglich auch in den Altersstufen wider.

***These 2 E** Alter*



***These 2 E** Alter*

0 keine Angabe **1** volle Ablehnung **2** relative Ablehnung **3** neutral **4** relative Zustimmung **5** volle Zustimmung

Alter	0	1	2	3	4	5
17	–	100 %	–	–	–	–
18	9,2 %	58,5 %	16,9 %	9,2 %	–	6,2 %
19	6,4 %	64,0 %	15,1 %	9,6 %	1,9 %	2,9 %
20	6,2 %	65,0 %	13,9 %	11,2 %	1,9 %	1,8 %
21	5,1 %	67,3 %	12,5 %	9,5 %	2,0 %	3,8 %
22	4,4 %	68,8 %	10,5 %	8,4 %	2,9 %	5,0 %
23	3,7 %	65,5 %	12,6 %	10,9 %	2,8 %	4,5 %
24	3,2 %	63,3 %	11,5 %	12,6 %	3,8 %	5,7 %
25	2,5 %	62,5 %	12,1 %	13,0 %	4,2 %	5,6 %
26	2,9 %	54,0 %	14,1 %	15,4 %	3,2 %	10,4 %
27	2,4 %	51,8 %	12,8 %	19,1 %	3,6 %	10,3 %
28	2,5 %	52,1 %	12,6 %	17,6 %	3,8 %	11,5 %
29	1,6 %	48,2 %	15,7 %	21,1 %	5,2 %	8,3 %
30	2,5 %	50,1 %	11,5 %	17,7 %	5,0 %	13,2 %
31	3,5 %	54,6 %	7,7 %	17,3 %	8,6 %	8,3 %
32	2,1 %	51,6 %	12,0 %	18,0 %	6,0 %	10,2 %
33	2,0 %	54,7 %	12,9 %	19,4 %	4,0 %	7,0 %
34	3,2 %	55,1 %	10,8 %	17,3 %	4,3 %	9,2 %
35	1,9 %	54,7 %	10,7 %	19,5 %	5,0 %	8,2 %
36	3,5 %	47,9 %	16,9 %	17,6 %	4,2 %	9,9 %
37	1,6 %	50,4 %	17,8 %	22,5 %	2,3 %	5,4 %
38	1,5 %	46,9 %	13,8 %	22,3 %	3,8 %	11,5 %
39	1,7 %	48,3 %	14,4 %	19,5 %	3,4 %	12,7 %
40	1,4 %	53,8 %	10,5 %	22,4 %	2,1 %	9,8 %
41	1,9 %	55,7 %	15,1 %	19,8 %	2,8 %	4,7 %
42	1,1 %	54,7 %	15,8 %	14,7 %	3,2 %	10,5 %
43	1,2 %	47,6 %	15,9 %	22,0 %	3,7 %	9,8 %
44	0,9 %	54,7 %	13,2 %	19,8 %	1,9 %	9,4 %
45	1,5 %	54,8 %	16,3 %	20,0 %	2,2 %	5,2 %
46	1,0 %	51,4 %	21,9 %	15,2 %	1,9 %	8,6 %
47	1,6 %	62,9 %	13,7 %	12,1 %	5,6 %	4,0 %
48	–	56,0 %	16,0 %	12,0 %	8,0 %	8,0 %
49	–	57,6 %	13,1 %	16,2 %	5,1 %	8,1 %
50	1,0 %	60,0 %	16,2 %	15,2 %	3,8 %	3,8 %

Alter	0	1	2	3	4	5
51	1,0 %	60,0 %	12,0 %	13,0 %	9,0 %	5,0 %
52	–	59,8 %	12,4 %	15,5 %	4,1 %	8,2 %
53	2,3 %	62,5 %	11,4 %	11,4 %	1,1 %	11,4 %
54	1,4 %	44,4 %	20,8 %	18,1 %	9,7 %	5,6 %
55	2,0 %	47,5 %	11,9 %	15,8 %	6,9 %	15,8 %
56	–	53,1 %	16,0 %	12,3 %	2,5 %	16,0 %
57	–	51,8 %	13,3 %	20,5 %	3,6 %	10,8 %
58	3,3 %	36,1 %	9,8 %	27,9 %	11,5 %	11,5 %
59	2,4 %	52,4 %	13,1 %	22,6 %	3,6 %	6,0 %
60	–	40,0 %	18,6 %	21,4 %	8,6 %	11,4 %
61	–	50,0 %	12,5 %	25,0 %	1,8 %	10,7 %
62	1,9 %	59,3 %	13,0 %	14,8 %	3,7 %	7,4 %
63	5,1 %	51,3 %	12,8 %	17,9 %	5,1 %	7,7 %
64	–	50,0 %	20,8 %	4,2 %	12,5 %	12,5 %
65	–	60,0 %	14,3 %	8,6 %	2,9 %	14,3 %
66	4,5 %	59,1 %	9,1 %	18,2 %	4,5 %	4,5 %
67	–	76,5 %	–	23,5 %	–	–
68	–	66,7 %	–	20,0 %	–	13,3 %
69	–	42,9 %	28,6 %	–	–	28,6 %
70	–	40,0 %	40,0 %	10,0 %	10,0 %	–
71	–	37,5 %	25,0 %	12,5 %	12,5 %	12,5 %
72	–	80,0 %	–	20,0 %	–	–
73	–	62,5 %	12,5 %	12,5 %	–	12,5 %
74	–	22,2 %	22,2 %	55,6 %	–	–
75	–	33,3 %	16,7 %	16,7 %	–	33,3 %
77	–	75,0 %	–	25,0 %	–	–
78	–	66,7 %	–	33,3 %	–	–
79	–	50,0 %	–	50,0 %	–	–
81	–	–	–	100 %	–	–
82	–	100 %	–	–	–	–
83	–	100 %	–	–	–	–
84	–	100 %	–	–	–	–
90	–	100 %	–	–	–	–
Σ	**2,9 %**	**57,8 %**	**13,0 %**	**15,0 %**	**3,8 %**	**7,4 %**

4.3 Geschlecht

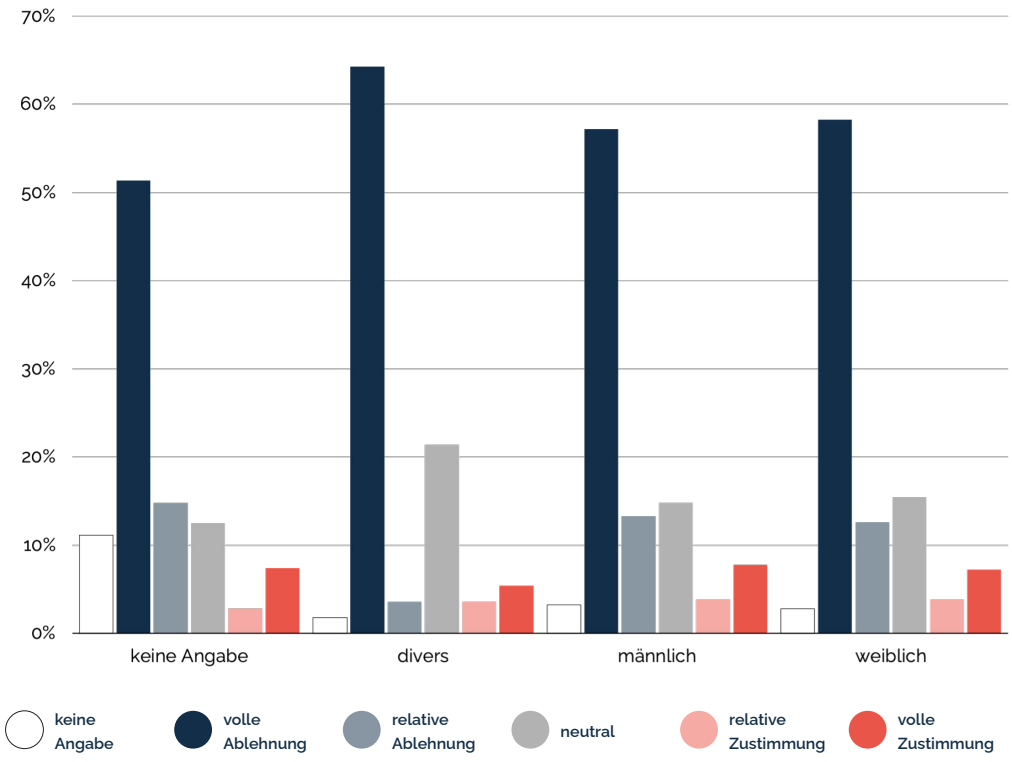
***These 2 E** Geschlecht*

Geschlecht	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
keine Angabe	11,1 %	51,4 %	14,8 %	12,5 %	2,8 %	7,4 %
divers	1,8 %	64,3 %	3,6 %	21,4 %	3,6 %	5,4 %
männlich	3,2 %	57,2 %	13,3 %	14,8 %	3,8 %	7,8 %
weiblich	2,8 %	58,3 %	12,6 %	15,4 %	3,8 %	7,2 %
gesamt	**3,1 %**	**57,7 %**	**12,9 %**	**15,1 %**	**3,8 %**	**7,5 %**

3110 männliche und 3551 weibliche Teilnehmende sprechen sich vollständig gegen die Abschaffung des Freischusses aus. Gemessen an der Gesamtzahl der weiblichen (6095 Stimmen) und der männlichen (5436 Stimmen) Stimmen sind 58,3 % der weiblichen Teilnehmerinnen und 57,2 % der männlichen Teilnehmenden vollständig gegen die Abschaffung des Freischusses. Bei den diversen Teilnehmenden sind es 64,3 % (36 von 56) und bei denjenigen ohne Geschlechterangabe 51,4 % (111 von 216).

7,8 % (423 von 5436) der männlichen und 7,2 % (438 von 6095) der weiblichen Teilnehmenden sprechen sich vollständig für die Abschaffung des Freischusses aus. Damit weichen die Werte nicht signifikant voneinander ab und ähneln denjenigen der Gesamtheit.

***These 2 E** Geschlecht*



4.4 Fachsemester

***These 2 E** Fachsemester*

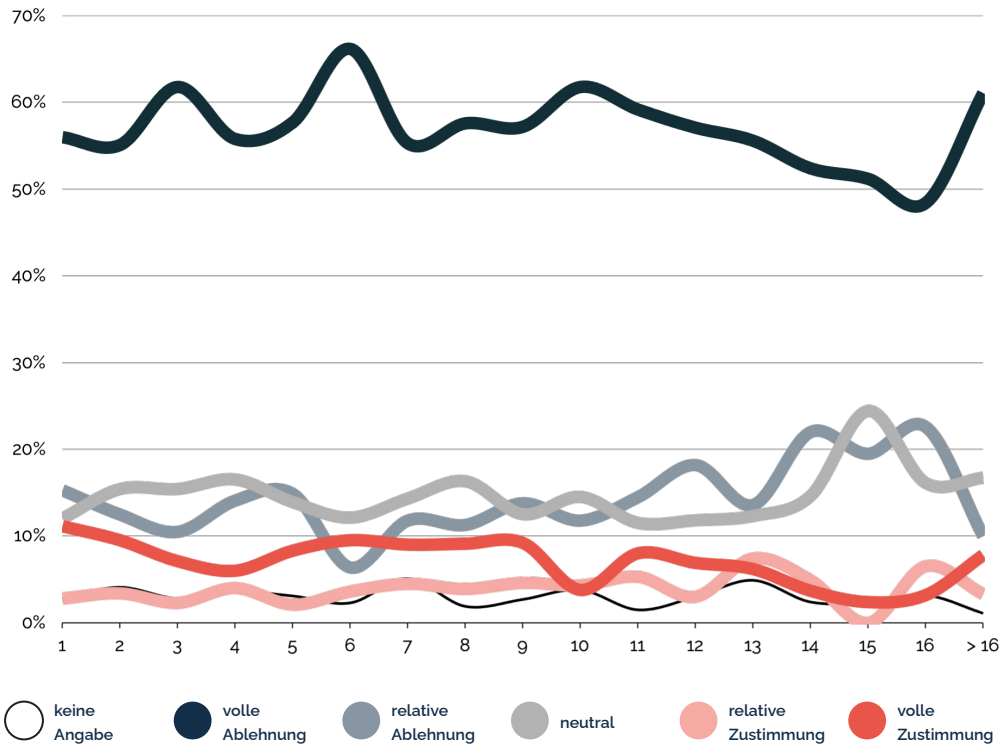
Fachsemester	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
1	2,8 %	56,0 %	15,3 %	12,0 %	2,8 %	11,1 %
2	4,1 %	55,1 %	12,5 %	15,4 %	3,4 %	9,5 %
3	2,8 %	61,8 %	10,5 %	15,4 %	2,3 %	7,1 %
4	3,6 %	55,8 %	14,1 %	16,5 %	4,0 %	6,0 %
5	3,1 %	57,7 %	14,9 %	13,9 %	2,1 %	8,3 %
6	2,3 %	66,2 %	6,4 %	12,1 %	3,6 %	9,5 %
7	5,1 %	55,3 %	11,8 %	14,3 %	4,5 %	9,0 %
8	1,9 %	57,6 %	11,3 %	16,3 %	3,9 %	9,1 %
9	2,7 %	57,2 %	13,8 %	12,5 %	4,6 %	9,2 %
10	3,8 %	61,8 %	11,8 %	14,5 %	4,3 %	3,8 %
11	1,5 %	59,2 %	14,5 %	11,5 %	5,3 %	8,0 %
12	3,0 %	57,1 %	18,2 %	11,8 %	3,0 %	6,9 %
13	4,9 %	55,6 %	13,6 %	12,3 %	7,4 %	6,2 %
14	2,4 %	52,4 %	22,0 %	14,6 %	4,9 %	3,7 %
15	2,4 %	51,2 %	19,5 %	24,4 %	–	2,4 %
16	3,2 %	48,4 %	22,6 %	16,1 %	6,5 %	3,2 %
>16	1,1 %	61,1 %	10,0 %	16,7 %	3,3 %	7,8 %
gesamt	**3,1 %**	**58,2 %**	**12,9 %**	**14,2 %**	**3,7 %**	**7,8 %**

Zunächst ist ersichtlich, dass sich unter den Studierenden die absolute Mehrheit von 58,2 % vollständig gegen die Abschaffung des Freischusses ausspricht. Zumindest 7,8 % aller Studierenden sprechen sich vollständig für die Abschaffung des Freischusses aus. Weitere 3,1 % der Studierenden haben sich bei der These enthalten und 14,2 % die Angabe „neutral“ gewählt und stehen dem Freischuss mithin neutral gegenüber.

Im Fachsemester 16 fällt die volle Zustimmung mit 48,4 % knapp unter 50 %. Ein vergleichsweise hoher Wert an vollständig ablehnenden Stimmen in diesem Fachsemester ist jedoch nicht erkennbar.

Davon abgesehen zeigen sich keine nennenswerten Abweichungen von der Gesamtauswertung.

***These 2 E** Fachsemester*



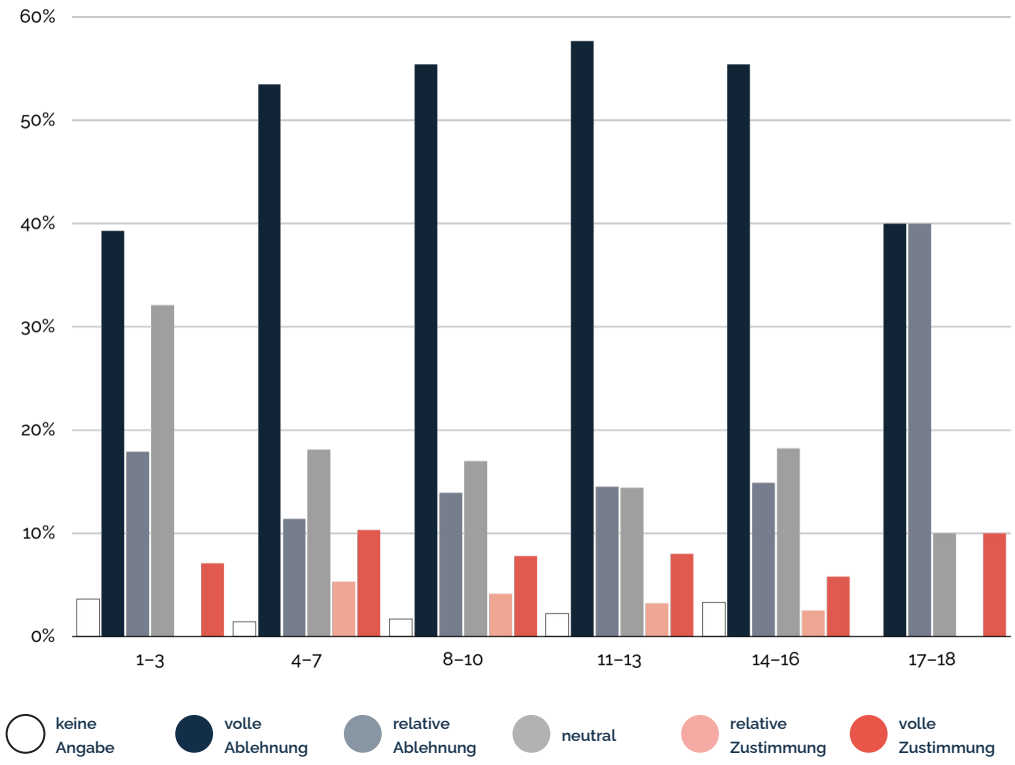
4.5 Gesamtnote

***These 2 E** Gesamtnote*

Gesamtnote	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
1–3	3,6 %	39,3 %	17,9 %	32,1 %	–	7,1 %
4–7	1,4 %	53,5 %	11,4 %	18,1 %	5,3 %	10,3 %
8–10	1,7 %	55,4 %	13,9 %	17,0 %	4,1 %	7,8 %
11–13	2,2 %	57,7 %	14,5 %	14,4 %	3,2 %	8,0 %
14–16	3,3 %	55,4 %	14,9 %	18,2 %	2,5 %	5,8 %
17–18	–	40,0 %	40,0 %	10,0 %	–	10,0 %
gesamt	**1,8 %**	**55,4 %**	**13,5 %**	**16,7 %**	**4,2 %**	**8,4 %**

Auch bei der Aufteilung nach Notenstufen überwiegt in jeder Gruppe – mit Ausnahme der Notenstufen 17–18 – die vollständige Ablehnung die Zustimmung. In den genannten Notenstufen liegt jedoch eine besonders hohe kombinierte Ablehnung von 80 % vor. Bei einer Anzahl von zehn Personen haben diese Zahlen jedoch nur eine geringe Aussagekraft. Die höchste vollständige Zustimmungsquote für die These „Freischuss abschaffen“ findet sich im Notenstufenbereich 4–7 Punkte mit 10,3 %. Des Weiteren ergeben sich jedoch keine nennenswerten Abweichungen.

***These 2 E** Gesamtnote*



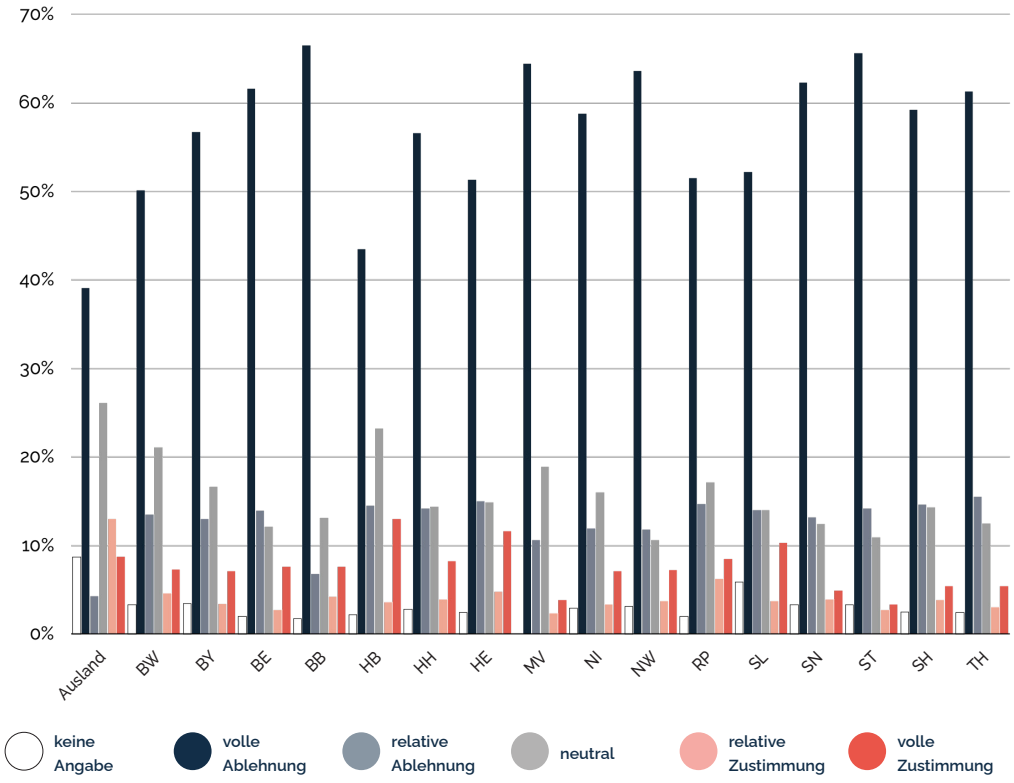
4.6 Studienort

***These 2 E** Studienort*

Bundesland	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
Ausland	8,7 %	39,1 %	4,3 %	26,1 %	13,0 %	8,7 %
Baden-Württemberg	3,3 %	50,1 %	13,5 %	21,1 %	4,6 %	7,3 %
Bayern	3,4 %	56,7 %	13,0 %	16,6 %	3,4 %	7,1 %
Berlin	2,0 %	61,6 %	13,9 %	12,1 %	2,7 %	7,6 %
Brandenburg	1,7 %	66,5 %	6,8 %	13,1 %	4,2 %	7,6 %
Bremen	2,2 %	43,5 %	14,5 %	23,2 %	3,6 %	13,0 %
Hamburg	2,8 %	56,6 %	14,2 %	14,4 %	3,9 %	8,2 %
Hessen	2,4 %	51,3 %	15,0 %	14,9 %	4,8 %	11,6 %
Mecklenburg-Vorpommern	–	64,4 %	10,6 %	18,9 %	2,3 %	3,8 %
Niedersachsen	2,9 %	58,8 %	11,9 %	16,0 %	3,3 %	7,1 %
Nordrhein-Westfalen	3,1 %	63,6 %	11,8 %	10,6 %	3,7 %	7,2 %
Rheinland-Pfalz	2,0 %	51,5 %	14,7 %	17,1 %	6,2 %	8,5 %
Saarland	5,9 %	52,2 %	14,0 %	14,0 %	3,7 %	10,3 %
Sachsen	3,3 %	62,3 %	13,2 %	12,4 %	3,9 %	4,9 %
Sachsen-Anhalt	3,3 %	65,6 %	14,2 %	10,9 %	2,7 %	3,3 %
Schleswig-Holstein	2,5 %	59,2 %	14,6 %	14,3 %	3,8 %	5,4 %
Thüringen	2,4 %	61,3 %	15,5 %	12,5 %	3,0 %	5,4 %
gesamt	**2,9 %**	**58,0 %**	**13,0 %**	**14,9 %**	**3,8 %**	**7,4 %**

In Brandenburg ist die Ablehnung der These „Freischuss abschaffen“ am höchsten mit 66,5 % der Befragten (157 von 236). Am niedrigsten ist die Zustimmungsquote in Sachsen-Anhalt. Nur 3,3 % der Personen, die dort studieren oder studiert haben, sprechen sich vollständig für die Abschaffung des Freischusses aus. Das spiegelt sich zugleich in einer hohen Ablehnungsquote von 65,6 % wider, welche damit im Bundesländervergleich die zweithöchste darstellt. In den restlichen Bundesländern liegt die vollständige Ablehnung zwischen 64,4 % (Mecklenburg-Vorpommern) und 50,1 % (Baden-Württemberg). Im Ausland erreicht die vollständige Ablehnung keine Mehrheit mit 39,1 %.

***These 2 E** Studienort*



4.7 Verhältnis zur juristischen Ausbildung

***These 2 E** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*

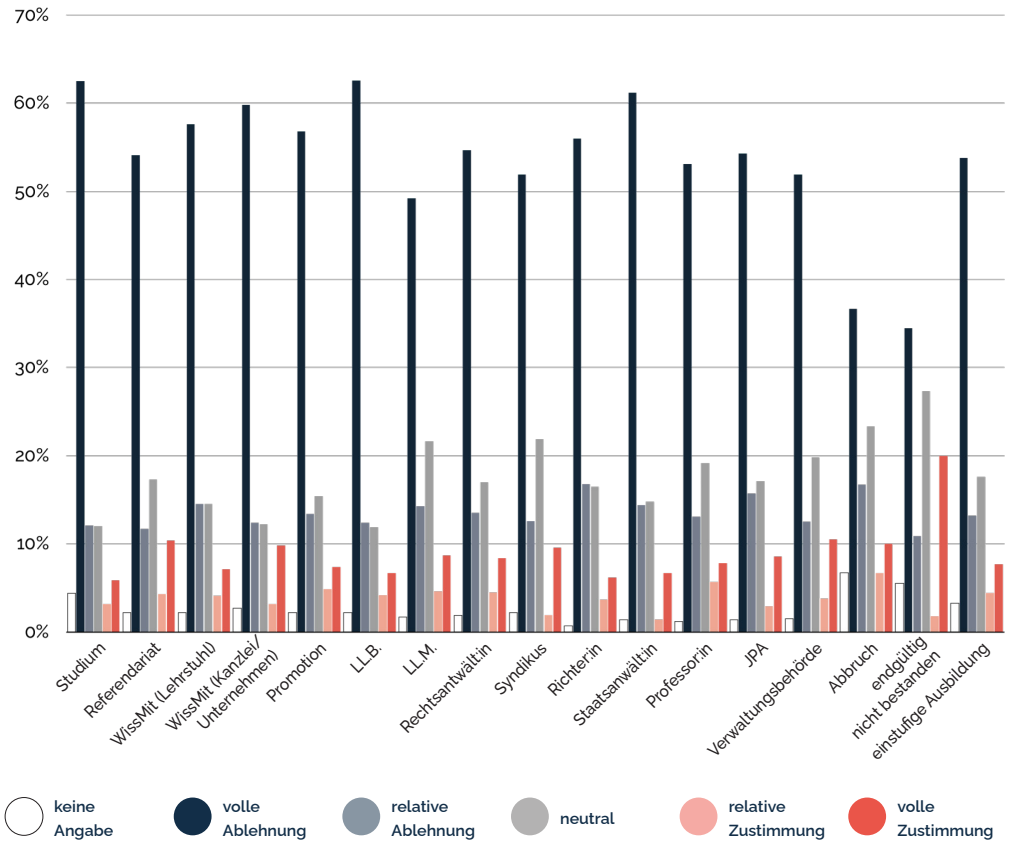
Beruf	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
Studium	4,4 %	62,5 %	12,1 %	12,0 %	3,2 %	5,9 %
Referendariat	2,2 %	54,1 %	11,7 %	17,3 %	4,3 %	10,4 %
WissMit (Lehrstuhl)	2,2 %	57,6 %	14,5 %	14,5 %	4,1 %	7,1 %
WissMit (Kanzlei)	2,7 %	59,8 %	12,4 %	12,2 %	3,2 %	9,8 %
Promotion	2,2 %	56,8 %	13,4 %	15,4 %	4,9 %	7,4 %
LL.B.	2,2 %	62,6 %	12,4 %	11,9 %	4,2 %	6,7 %
LL.M.	1,7 %	49,2 %	14,3 %	21,6 %	4,6 %	8,7 %
Rechtsanwält:in	1,9 %	54,7 %	13,5 %	17,0 %	4,5 %	8,4 %
Syndikus	2,2 %	51,9 %	12,6 %	21,9 %	1,9 %	9,6 %
Richter:in	0,7 %	56,0 %	16,8 %	16,5 %	3,7 %	6,2 %
Staatsanwält:in	1,4 %	61,2 %	14,4 %	14,8 %	1,4 %	6,7 %
Professor:in	1,2 %	53,1 %	13,1 %	19,2 %	5,7 %	7,8 %
JPA	1,4 %	54,3 %	15,7 %	17,1 %	2,9 %	8,6 %
Verwaltungsbehörde	1,5 %	51,9 %	12,5 %	19,8 %	3,8 %	10,5 %
Abbruch	6,7 %	36,7 %	16,7 %	23,3 %	6,7 %	10,0 %
endgültig nicht bestanden	5,5 %	34,5 %	10,9 %	27,3 %	1,8 %	20,0 %
einstufige Ausbildung	3,3 %	53,8 %	13,2 %	17,6 %	4,4 %	7,7 %

Die volle Ablehnung der These liegt auch bei einer Betrachtung unter diesem Aspekt bei insgesamt 57,9 %.

3145 der Studierenden lehnen die These vollständig ab. Gemessen an der Zahl der abstimmenden Student:innen von 5033 entfallen 62,5 % von ihnen auf die volle Ablehnung. 54,7 % (1143 von 2089) aller abstimmenden Rechtsanwält:innen sprechen sich ebenfalls vollständig gegen die Abschaffung des Freischusses aus. Bei den Richter:innen sind es 525 von 937 und mithin 56 % dieser Gruppe.

Keine Mehrheit findet die volle Ablehnung in den Gruppen „Endgültiges Nichtbestehen“ (19 von 55), „Abbruch des Studiums“ (22 von 60) und „LL.M.-Abschluss“ (237 von 482). In der Quote derjenigen, die das erste Staatsexamen endgültig nicht bestanden haben, spiegelt sich eine hohe volle Zustimmungsquote von 20,0 % (11 von 55) wider. Beim „Studienabbruch“ ergeben sich auch überdurchschnittlich viele volle Zustimmungen mit 6 von 60 (10,0 %). Bei Absolvent:innen des LL.M. sind es 42 von 482 (8,7 %). 3,0 % aller Befragten machten keine Angabe zur These.

***These 2 E** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*



5. Ergebnis bzgl. Erwartungen

Unsere Erwartungen an die These wurden bestätigt. Insbesondere war es zutreffend, dass die Ablehnung mit zunehmendem Alter tendenziell sinkt.

These 3 A: Prozessrecht im Examen

1. Thesenhintergrund

Bei dieser These fand eine äußerst ausgeglichene Pro- und Contra-Analyse statt. Vor allem fiel bei der Recherche der Literaturbeiträge auf, dass kein Beitrag älter als fünf Jahre war.

2. Thesengestaltung

In der Ersten juristischen Staatsprüfung sollte Prozessrecht eine größere Rolle spielen.

Die ausgewählten Argumente, welche auf der iur.reform-Webseite als Nachweise aufrufbar waren, sind:

Pro	Contra
1. Eine stärkere Berücksichtigung des Prozessrechts im ersten Examen verhindert eine Überforderung im Referendariat.	1. Es besteht die Gefahr einer zusätzlichen zeitlichen Belastung.
2. Der kleine Einblick, den Studierende in Praktika erhalten, wird der praktischen Relevanz des Prozessrechts nicht gerecht.	2. Der Sinn von großen Teilen des Prozessrechts zeigt sich sowieso erst in der Praxis.
3. Wenn man die stärkere Berücksichtigung des Prozessrechts nicht normativ verankert, werden die Klausurersteller:innen dies nicht von sich aus verstärkt prüfen.	3. Das Prozessrecht kann bereits jetzt in hinreichender Tiefe abgefragt werden. Ob dies geschieht, hängt stark von den individuellen Klausursteller:innen ab.

3. Hypothese

Wir formulierten folgende Erwartungen für die These:

- Es wird vermutlich eine Zustimmung bei Staatsanwält:innen und Richter:innen geben, da hier eine besondere Nähe zum Prozessrecht gegeben ist.
- Eine ablehnende Haltung wird wohl bei Studierenden vorzufinden sein, da der Pflichtstoff bereits sehr umfangreich ist.

4. Deskriptive Statistik

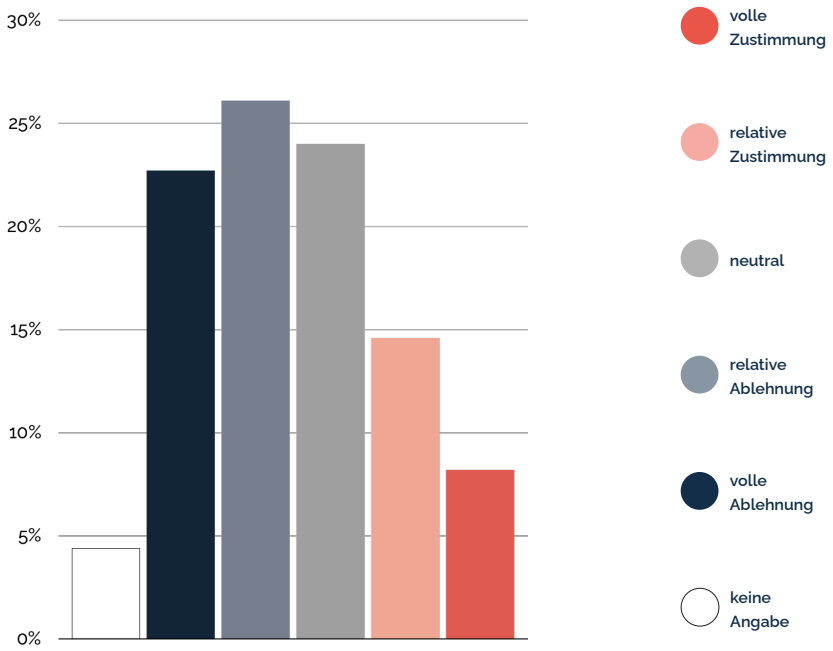
4.1 Gesamtauswertung

***These 3 A** Gesamtauswertung*

Bewertung	Anteil
keine Angabe	4,4 %
volle Ablehnung	22,7 %
relative Ablehnung	26,1 %
neutral	24,0 %
relative Zustimmung	14,6 %
volle Zustimmung	8,2 %
gesamt	**100,0 %**

Die vollständige Zustimmung liegt bei 8,3 %, die vollständige Ablehnung bei 22,7 %. Neutral haben 24 % der Teilnehmenden abgestimmt. Eher ablehnend waren insgesamt 48,8 % der Stimmen. Somit lässt sich allgemein eine höhere Ablehnung feststellen.

***These 3 A** Gesamtauswertung*



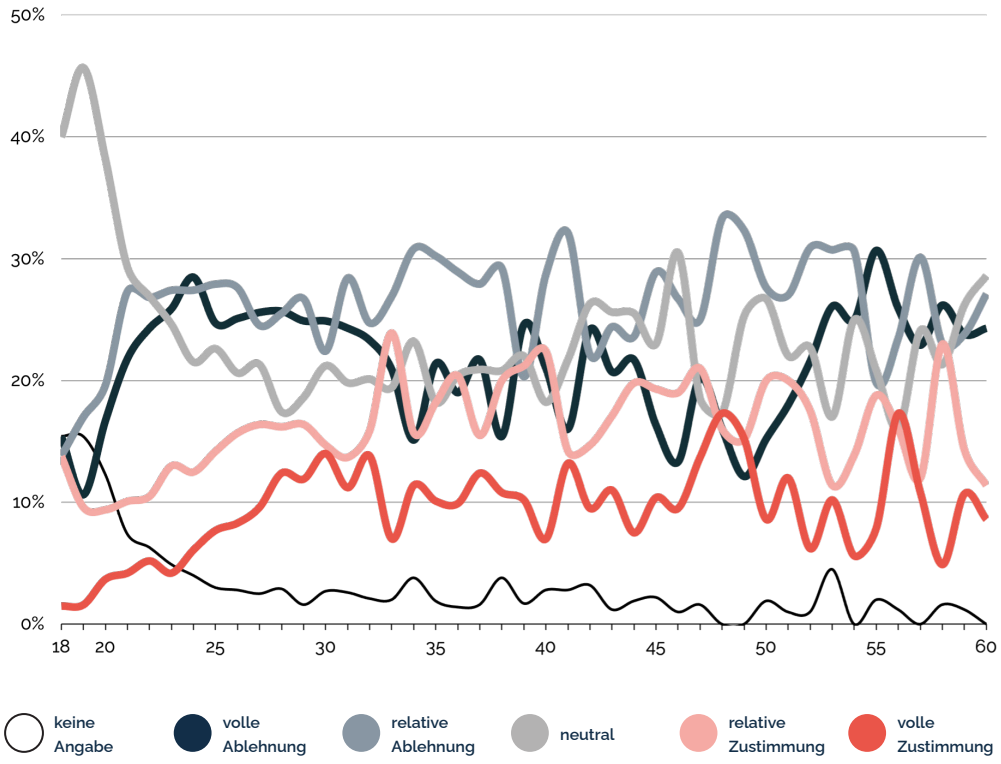
4.2 Alter

Die höchste Zustimmung liegt bei 17,3 % in der Gruppe der 48-Jährigen und der 53-Jährigen. Die Gruppe der 77-Jährigen wies zwar mit 75 % eine noch höhere Zustimmung auf, sie bestand jedoch nur aus vier Personen. Die vollständige Zustimmung in allen Altersgruppen liegt durchschnittlich bei ca. 15 %.

Am neutralsten stimmte die Gruppe der 19-Jährigen mit 45,7 % ab. Die Gruppe der 18- bis 23-Jährigen gibt insgesamt ein neutrales Abstimmungsbild ab.

Die größte Ablehnung liegt mit 31,4 % bei den 65-Jährigen. Insgesamt liegt die Ablehnung in allen Altersgruppen bei etwas über 20 %.

***These 3 A** Alter*



***These 3 A** Alter*

0 keine Angabe **1** volle Zustimmung **2** relative Ablehnung **3** neutral **4** relative Zustimmung **5** volle Zustimmung

Alter	0	1	2	3	4	5
17	–	–	100 %	–	–	–
18	15,4 %	15,4 %	13,8 %	40,0 %	13,8 %	1,5 %
19	15,4 %	10,6 %	17,0 %	45,7 %	9,6 %	1,6 %
20	12,3 %	16,7 %	19,6 %	38,2 %	9,4 %	3,7 %
21	7,4 %	21,8 %	27,3 %	29,3 %	10,1 %	4,2 %
22	6,3 %	24,3 %	26,8 %	26,9 %	10,5 %	5,2 %
23	4,9 %	25,9 %	27,4 %	24,6 %	13,0 %	4,2 %
24	4,0 %	28,5 %	27,4 %	21,5 %	12,5 %	6,1 %
25	3,0 %	24,7 %	27,9 %	22,6 %	14,2 %	7,7 %
26	2,8 %	25,1 %	27,6 %	20,6 %	15,7 %	8,3 %
27	2,5 %	25,6 %	24,5 %	21,3 %	16,4 %	9,6 %
28	2,9 %	25,7 %	25,5 %	17,4 %	16,2 %	12,4 %
29	1,6 %	24,9 %	26,7 %	18,6 %	16,4 %	11,9 %
30	2,7 %	24,9 %	22,4 %	21,2 %	14,7 %	14,0 %
31	2,6 %	24,3 %	28,4 %	19,8 %	13,7 %	11,2 %
32	2,1 %	23,3 %	24,7 %	20,1 %	15,9 %	13,8 %
33	2,0 %	20,9 %	26,9 %	19,4 %	23,9 %	7,0 %
34	3,8 %	15,1 %	30,8 %	23,2 %	15,7 %	11,4 %
35	1,9 %	21,4 %	30,2 %	18,2 %	18,2 %	10,1 %
36	1,4 %	19,0 %	28,9 %	20,4 %	20,4 %	9,9 %
37	1,6 %	21,7 %	27,9 %	20,9 %	15,5 %	12,4 %
38	3,8 %	15,4 %	29,2 %	20,8 %	20,0 %	10,8 %
39	1,7 %	24,6 %	20,3 %	22,0 %	21,2 %	10,2 %
40	2,8 %	21,0 %	28,7 %	18,2 %	22,4 %	7,0 %
41	2,8 %	16,0 %	32,1 %	21,7 %	14,2 %	13,2 %
42	3,2 %	24,2 %	22,1 %	26,3 %	14,7 %	9,5 %
43	1,2 %	20,7 %	24,4 %	25,6 %	17,1 %	11,0 %
44	1,9 %	21,7 %	23,6 %	25,5 %	19,8 %	7,5 %
45	2,2 %	16,3 %	28,9 %	23,0 %	19,3 %	10,4 %
46	1,0 %	13,3 %	26,7 %	30,5 %	19,0 %	9,5 %
47	1,6 %	20,2 %	25,0 %	18,5 %	21,0 %	13,7 %
48	–	16,0 %	33,3 %	17,3 %	16,0 %	17,3 %
49	–	12,1 %	32,3 %	25,3 %	15,2 %	15,2 %
50	1,9 %	15,2 %	27,6 %	26,7 %	20,0 %	8,6 %

Alter	0	1	2	3	4	5
51	1,0 %	18,0 %	27,0 %	22,0 %	20,0 %	12,0 %
52	1,0 %	21,6 %	30,9 %	22,7 %	17,5 %	6,2 %
53	4,5 %	26,1 %	30,7 %	17,0 %	11,4 %	10,2 %
54	–	25,0 %	30,6 %	25,0 %	13,9 %	5,6 %
55	2,0 %	30,7 %	19,8 %	20,8 %	18,8 %	7,9 %
56	1,2 %	25,9 %	23,5 %	16,0 %	16,0 %	17,3 %
57	–	22,9 %	30,1 %	24,1 %	12,0 %	10,8 %
58	1,6 %	26,2 %	23,0 %	21,3 %	23,0 %	4,9 %
59	1,2 %	23,8 %	23,8 %	26,2 %	14,3 %	10,7 %
60	–	24,3 %	27,1 %	28,6 %	11,4 %	8,6 %
61	–	23,2 %	30,4 %	26,8 %	12,5 %	7,1 %
62	1,9 %	20,4 %	27,8 %	25,9 %	14,8 %	9,3 %
63	7,7 %	15,4 %	28,2 %	15,4 %	12,8 %	20,5 %
64	–	12,5 %	25,0 %	29,2 %	25,0 %	8,3 %
65	–	31,4 %	25,7 %	22,9 %	14,3 %	5,7 %
66	4,5 %	27,3 %	27,3 %	22,7 %	13,6 %	4,5 %
67	–	11,8 %	29,4 %	17,6 %	23,5 %	17,6 %
68	–	26,7 %	33,3 %	13,3 %	13,3 %	13,3 %
69	–	28,6 %	28,6 %	14,3 %	28,6 %	–
70	–	20,0 %	40,0 %	20,0 %	20,0 %	–
71	–	25,0 %	62,5 %	–	–	12,5 %
72	–	20,0 %	–	60,0 %	20,0 %	–
73	–	37,5 %	25,0 %	25,0 %	12,5 %	–
74	–	33,3 %	33,3 %	–	33,3 %	–
75	–	33,3 %	–	50,0 %	16,7 %	–
77	–	–	–	25,0 %	–	75,0 %
78	–	66,7 %	–	33,3 %	–	–
79	–	50,0 %	–	–	50,0 %	–
81	–	–	–	–	100 %	–
82	–	–	–	100 %	–	–
83	–	–	–	100 %	–	–
84	–	100 %	–	–	–	–
90	–	–	–	100 %	–	–
Σ	**4,1 %**	**22,8 %**	**26,2 %**	**24,0 %**	**14,7 %**	**8,3 %**

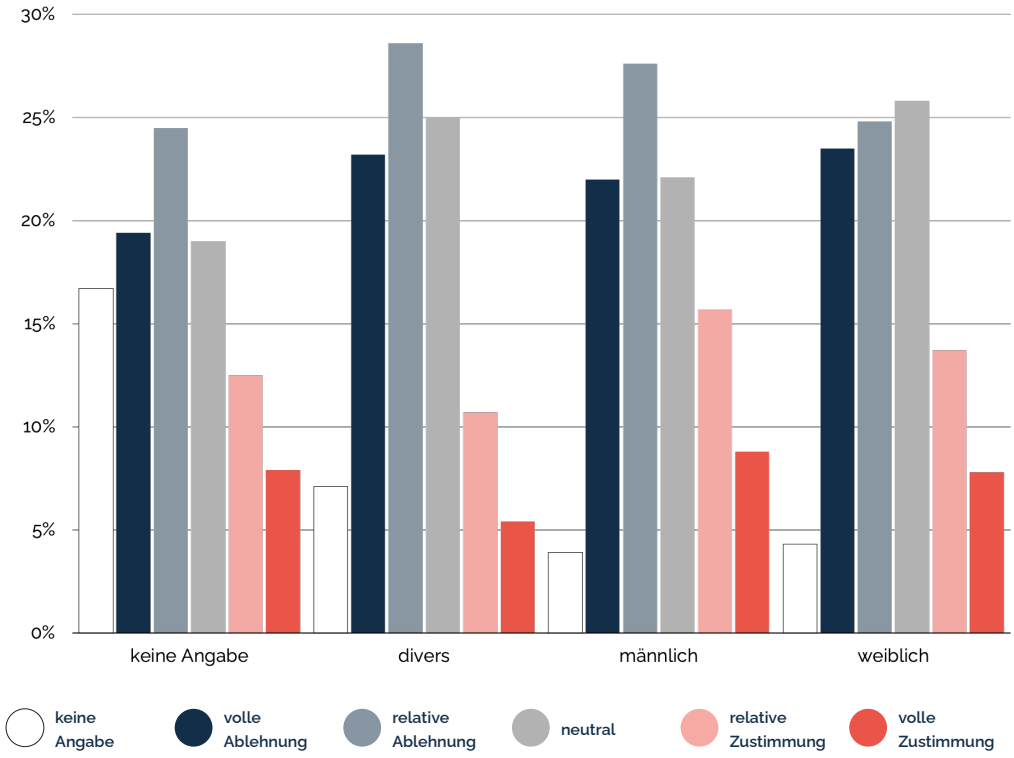
4.3 Geschlecht

***These 3 A** Geschlecht*

Geschlecht	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
keine Angabe	16,7 %	19,4 %	24,5 %	19,0 %	12,5 %	7,9 %
divers	7,1 %	23,2 %	28,6 %	25,0 %	10,7 %	5,4 %
männlich	3,9 %	22,0 %	27,6 %	22,1 %	15,7 %	8,8 %
weiblich	4,3 %	23,5 %	24,8 %	25,8 %	13,7 %	7,8 %
gesamt	**4,4 %**	**22,7 %**	**26,1 %**	**24,0 %**	**14,6 %**	**8,2 %**

Die vollständige Zustimmung ist mit 8,8 % bei den männlichen Stimmen mit 1 % Abstand am höchsten. Bei den diversen Teilnehmenden lag der Anteil der absoluten Zustimmung bei 5,4 %. Am neutralsten sind die weiblichen Stimmen mit 25,8 %. Von 22–23,5 % liegt die absolute Ablehnung bei allen abgegebenen Stimmen ungefähr gleich.

***These 3 A** Geschlecht*

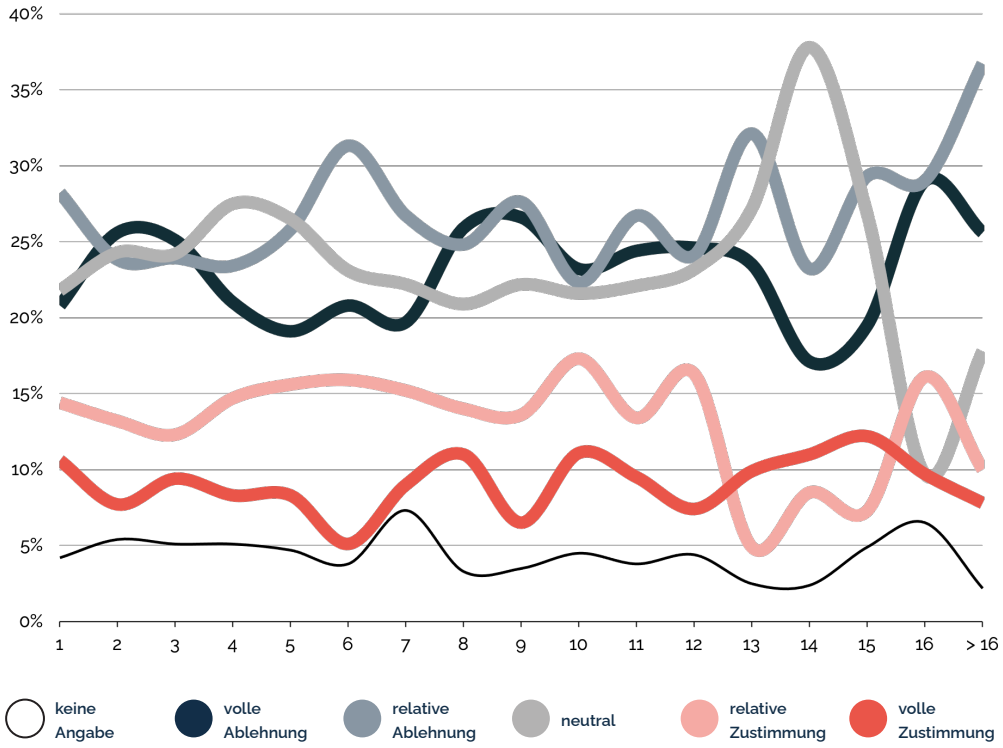


4.4 Fachsemester

***These 3 A** Fachsemester*

Fachsemester	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
1	4,2 %	20,8 %	28,2 %	21,8 %	14,4 %	10,6 %
2	5,4 %	25,6 %	23,8 %	24,3 %	13,2 %	7,7 %
3	5,1 %	25,1 %	23,9 %	24,2 %	12,3 %	9,4 %
4	5,1 %	21,0 %	23,4 %	27,5 %	14,7 %	8,3 %
5	4,7 %	19,1 %	25,8 %	26,5 %	15,6 %	8,3 %
6	3,8 %	20,8 %	31,3 %	23,1 %	15,9 %	5,1 %
7	7,3 %	19,7 %	26,7 %	22,2 %	15,2 %	9,0 %
8	3,3 %	25,9 %	24,8 %	20,9 %	14,0 %	11,0 %
9	3,5 %	26,6 %	27,6 %	22,2 %	13,6 %	6,5 %
10	4,5 %	23,2 %	22,3 %	21,6 %	17,3 %	11,1 %
11	3,8 %	24,4 %	26,7 %	22,1 %	13,4 %	9,5 %
12	4,4 %	24,6 %	24,1 %	23,2 %	16,3 %	7,4 %
13	2,5 %	23,5 %	32,1 %	27,2 %	4,9 %	9,9 %
14	2,4 %	17,1 %	23,2 %	37,8 %	8,5 %	11,0 %
15	4,9 %	19,5 %	29,3 %	26,8 %	7,3 %	12,2 %
16	6,5 %	29,0 %	29,0 %	9,7 %	16,1 %	9,7 %
>16	2,2 %	25,6 %	36,7 %	17,8 %	10,0 %	7,8 %
gesamt	**4,6 %**	**23,0 %**	**25,9 %**	**23,6 %**	**14,2 %**	**8,7 %**

***These 3 A** Fachsemester*



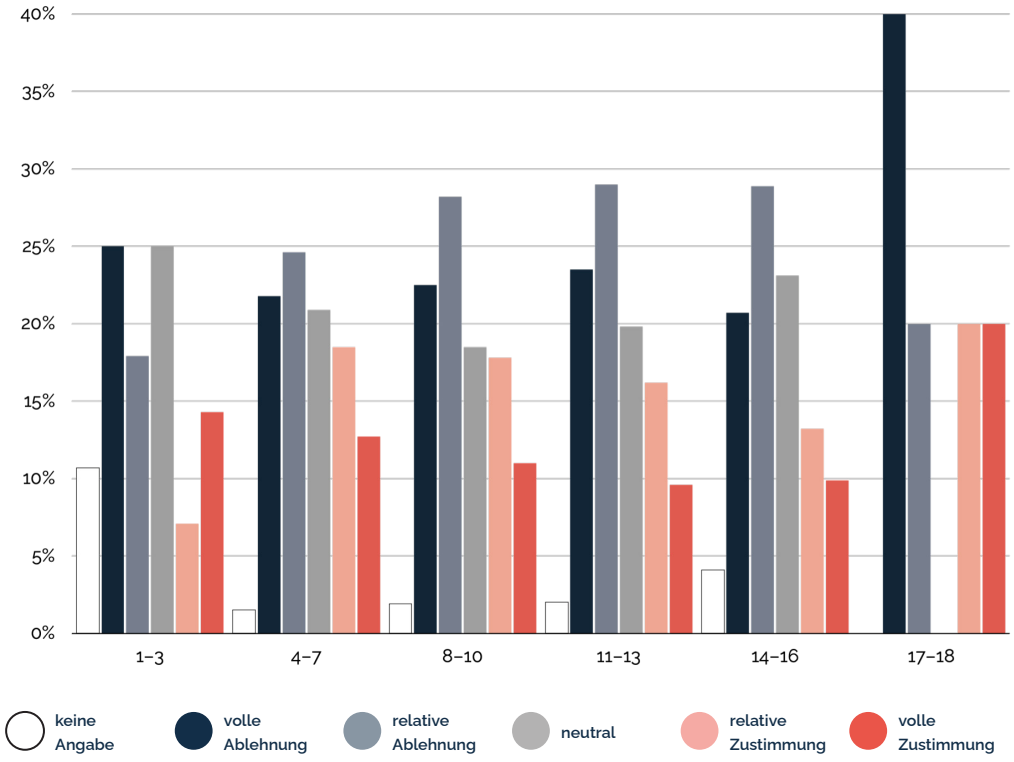
4.5 Gesamtnote

***These 3 A** Gesamtnote*

Gesamtnote	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
1–3	10,7 %	25,0 %	17,9 %	25,0 %	7,1 %	14,3 %
4–7	1,5 %	21,8 %	24,6 %	20,9 %	18,5 %	12,7 %
8–10	1,9 %	22,5 %	28,2 %	18,5 %	17,8 %	11,0 %
11–13	2,0 %	23,5 %	29,0 %	19,8 %	16,2 %	9,6 %
14–16	4,1 %	20,7 %	28,9 %	23,1 %	13,2 %	9,9 %
17–18	–	40,0 %	20,0 %	–	20,0 %	20,0 %
gesamt	**1,9 %**	**22,6 %**	**27,5 %**	**19,5 %**	**17,5 %**	**11,1 %**

Die höchste Zustimmung findet sich mit 20 % in der Gruppe derjenigen, die mit 17 bis 18 Punkten abgeschnitten haben. Am neutralsten stimmten mit 25 Prozent diejenigen ab, die 1 bis 3 Punkte erzielten. Die höchste Ablehnung liegt ebenfalls in der Gruppe 17 bis18 Punkte mit 40 %.

***These 3 A** Gesamtnote*



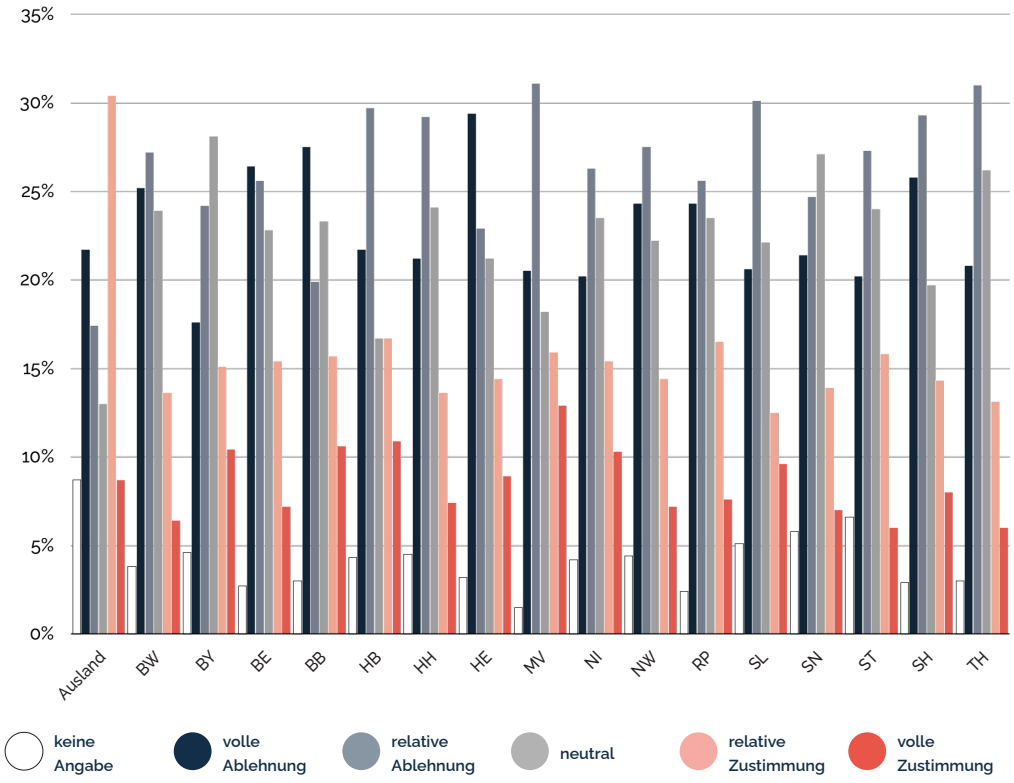
4.6 Studienort

***These 3 A** Studienort*

Bundesland	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
Ausland	8,7 %	21,7 %	17,4 %	13,0 %	30,4 %	8,7 %
Baden-Württemberg	3,8 %	25,2 %	27,2 %	23,9 %	13,6 %	6,4 %
Bayern	4,6 %	17,6 %	24,2 %	28,1 %	15,1 %	10,4 %
Berlin	2,7 %	26,4 %	25,6 %	22,8 %	15,4 %	7,2 %
Brandenburg	3,0 %	27,5 %	19,9 %	23,3 %	15,7 %	10,6 %
Bremen	4,3 %	21,7 %	29,7 %	16,7 %	16,7 %	10,9 %
Hamburg	4,5 %	21,2 %	29,2 %	24,1 %	13,6 %	7,4 %
Hessen	3,2 %	29,4 %	22,9 %	21,2 %	14,4 %	8,9 %
Mecklenburg-Vorpommern	1,5 %	20,5 %	31,1 %	18,2 %	15,9 %	12,9 %
Niedersachsen	4,2 %	20,2 %	26,3 %	23,5 %	15,4 %	10,3 %
Nordrhein-Westfalen	4,4 %	24,3 %	27,5 %	22,2 %	14,4 %	7,2 %
Rheinland-Pfalz	2,4 %	24,3 %	25,6 %	23,5 %	16,5 %	7,6 %
Saarland	5,1 %	20,6 %	30,1 %	22,1 %	12,5 %	9,6 %
Sachsen	5,8 %	21,4 %	24,7 %	27,1 %	13,9 %	7,0 %
Sachsen-Anhalt	6,6 %	20,2 %	27,3 %	24,0 %	15,8 %	6,0 %
Schleswig-Holstein	2,9 %	25,8 %	29,3 %	19,7 %	14,3 %	8,0 %
Thüringen	3,0 %	20,8 %	31,0 %	26,2 %	13,1 %	6,0 %
gesamt	**4,1 %**	**22,9 %**	**26,3 %**	**23,9 %**	**14,7 %**	**8,2 %**

Die größte Zustimmung zeigen (ehemalige) Studierende im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern mit 12,9 %. Am neutralsten abgestimmt haben Personen, die in Bayern studiert haben, mit 28,1 %. Die höchste Ablehnung findet sich bei (ehemaligen) Studierenden in Hessen mit 29,4 %.

***These 3 A** Studienort*



4.7 Verhältnis zur juristischen Ausbildung

***These 3 A** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*

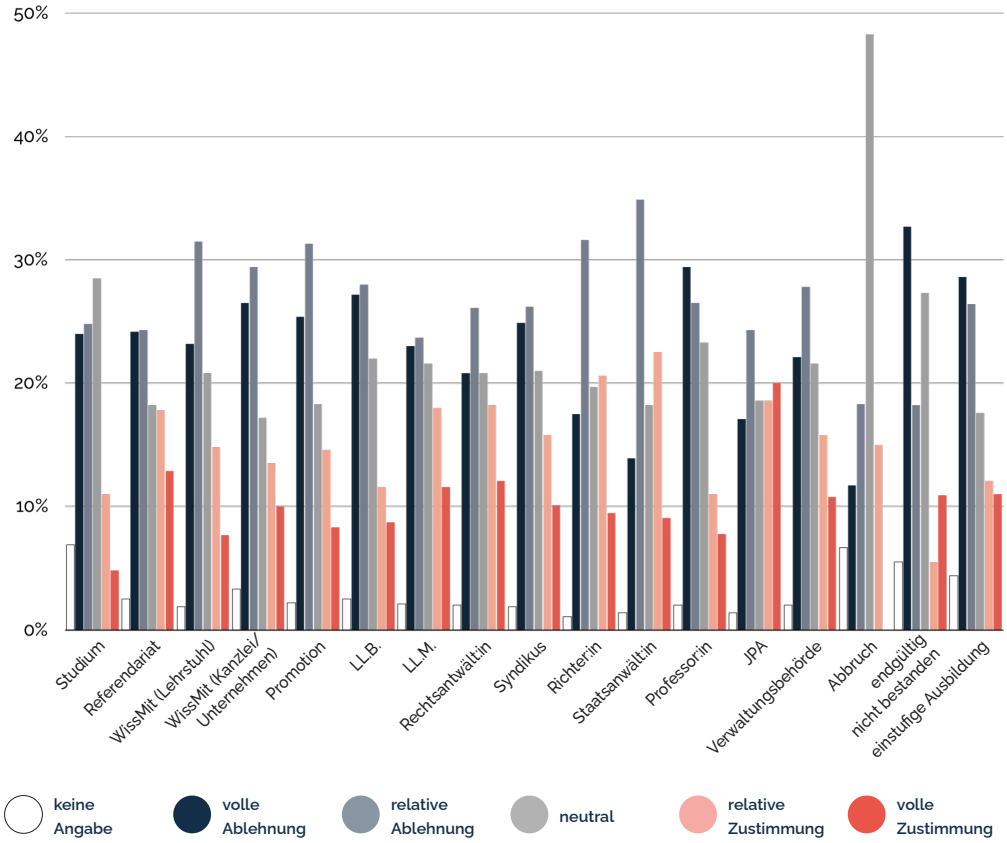
Beruf	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
Studium	6,9 %	24,0 %	24,8 %	28,5 %	11,0 %	4,8 %
Referendariat	2,5 %	24,2 %	24,3 %	18,2 %	17,8 %	12,9 %
WissMit (Lehrstuhl)	1,9 %	23,2 %	31,5 %	20,8 %	14,8 %	7,7 %
WissMit (Kanzlei)	3,3 %	26,5 %	29,4 %	17,2 %	13,5 %	10,0 %
Promotion	2,2 %	25,4 %	31,3 %	18,3 %	14,6 %	8,3 %
LL.B.	2,5 %	27,2 %	28,0 %	22,0 %	11,6 %	8,7 %
LL.M.	2,1 %	23,0 %	23,7 %	21,6 %	18,0 %	11,6 %
Rechtsanwält:in	2,0 %	20,8 %	26,1 %	20,8 %	18,2 %	12,1 %
Syndikus	1,9 %	24,9 %	26,2 %	21,0 %	15,8 %	10,1 %
Richter:in	1,1 %	17,5 %	31,6 %	19,7 %	20,6 %	9,5 %
Staatsanwält:in	1,4 %	13,9 %	34,9 %	18,2 %	22,5 %	9,1 %
Professor:in	2,0 %	29,4 %	26,5 %	23,3 %	11,0 %	7,8 %
JPA	1,4 %	17,1 %	24,3 %	18,6 %	18,6 %	20,0 %
Verwaltungsbehörde	2,0 %	22,1 %	27,8 %	21,6 %	15,8 %	10,8 %
Abbruch	6,7 %	11,7 %	18,3 %	48,3 %	15,0 %	0,0 %
endgültig nicht bestanden	5,5 %	32,7 %	18,2 %	27,3 %	5,5 %	10,9 %
einstufige Ausbildung	4,4 %	28,6 %	26,4 %	17,6 %	12,1 %	11,0 %

Die größte vollständige Zustimmung liegt mit 20 % bei der Berufsgruppe JPA. Die Berufsgruppe mit der zweithöchsten vollständigen Zustimmungsrate sind Referendar:innen mit 12,9 %.

Der höchste Anteil neutraler Stimmen findet sich bei Studienabbrecher:innen mit 48,3 %, gefolgt von den Studierenden.

Die größte vollständige Ablehnung ist bei Absolvent:innen der einstufigen Ausbildung (28,6 %) und eines LL.B. (27,2 %) zu verzeichnen.

***These 3 A** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*



5. Ergebnis bzgl. Erwartungen

Anders als erwartet lag die höchste Zustimmung bei den Rechtsanwält:innen, wobei die der Staatsanwält:innen und Richter:innen ebenfalls höher war. Die Erwartungen hinsichtlich der Ablehnung der These durch die Studierenden bewahrheiteten sich.

These 3 B: Prozessrecht im Staatsexamen

1. Thesenhintergrund

Diese These wurde in der Literatur weniger umfangreich diskutiert. Zwei auf der Internetseite abrufbare Thesen stammten von Mitgliedern der iur.reform.

2. Thesengestaltung

In der Ersten juristischen Staatsprüfung sollte Europarecht eine größere Rolle spielen.

Die ausgewählten Argumente, welche auf der iur.reform-Webseite als Nachweise aufrufbar waren, sind:

Pro	Contra
1. Europarechtliche Dogmatik und Theorie werden sowohl in internationalen als auch in nationalen Publikationen immer wichtiger. Der unionsrechtliche Kontext ist somit für das Verständnis und die Auslegung immanent.	1. Ob das Europarecht an einzelnen Universitäten stärker oder schwächer verankert ist, kann man dem Wettbewerb unter den Universitäten überlassen.
2. Verstärktes Auseinandersetzen mit internationalen Rechtssystemen verstärkt das sprachliche Verständnis z. B. englischer Gesetze/ Publikationen/ rechtlicher Texte und fördert die Möglichkeit, vermehrt deutsches Wissen international zu vertreten.	2. Das Recht wird national gedacht.
3. Es entstehen mehr Möglichkeiten der Interdisziplinierung und Internationalisierung.	3. Das Studium beinhaltet schon genug Europarecht durch mögliche Schwerpunkte, feste Vorlesungen und mögliche Klausuren im Examen.

3. Hypothese

Wir formulierten folgende Erwartungen für die These:

- Breite Zustimmung bei allen älteren Gruppen, insbesondere bei Professor:innen.
- Vermutlich höhere Ablehnung unter Studierenden und Referendar:innen, da die Sorge vor einem aufgeblähten Examen und das Fremdeln mit dem Europarecht groß sein könnten.
- Bei Praktizierenden, insbesondere solche mit europarechtlichem Hintergrund, dürfte eine höhere Zustimmung zu erwarten sein.

4. Deskriptive Statistik

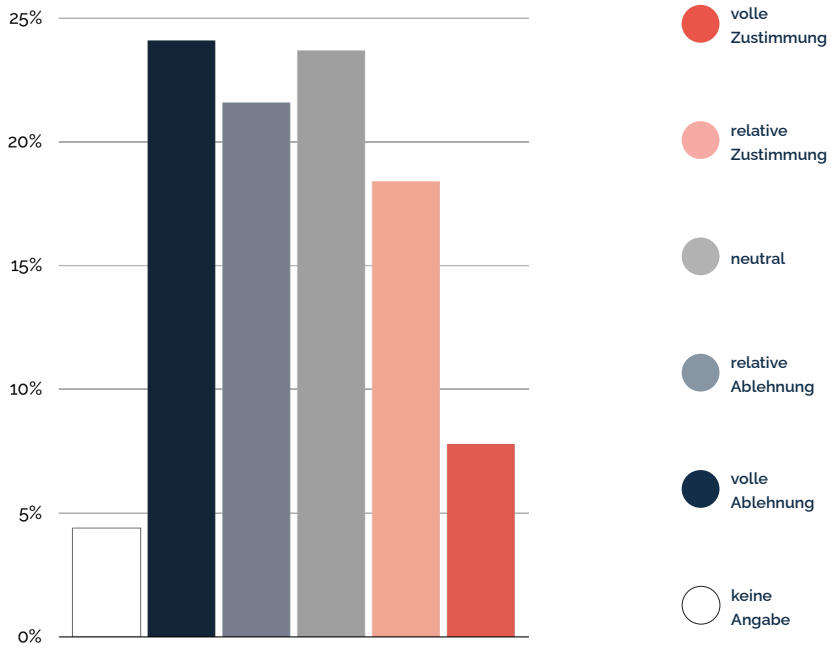
4.1 Gesamtauswertung

***These 3 B** Gesamtauswertung*

Bewertung	Anteil
keine Angabe	4,4 %
volle Ablehnung	24,1 %
relative Ablehnung	21,6 %
neutral	23,7 %
relative Zustimmung	18,4 %
volle Zustimmung	7,8 %
gesamt	**100,0 %**

Erkennbar ist, dass sich nur 7,8 % aller Teilnehmenden vollständig und 18,4 % überwiegend für mehr Europarecht in der Ersten Juristischen Staatsprüfung aussprechen. Damit erreichen die Befürworter keine Stimmenmehrheit. Demgegenüber sprechen sich aber 24,1 % aller Teilnehmenden vollständig und 21,6 % überwiegend gegen die These aus. Damit wird eine Mehrheit für die Ablehnung der These nur knapp verfehlt. 23,7 % der Abstimmenden stehen neutral zur These.

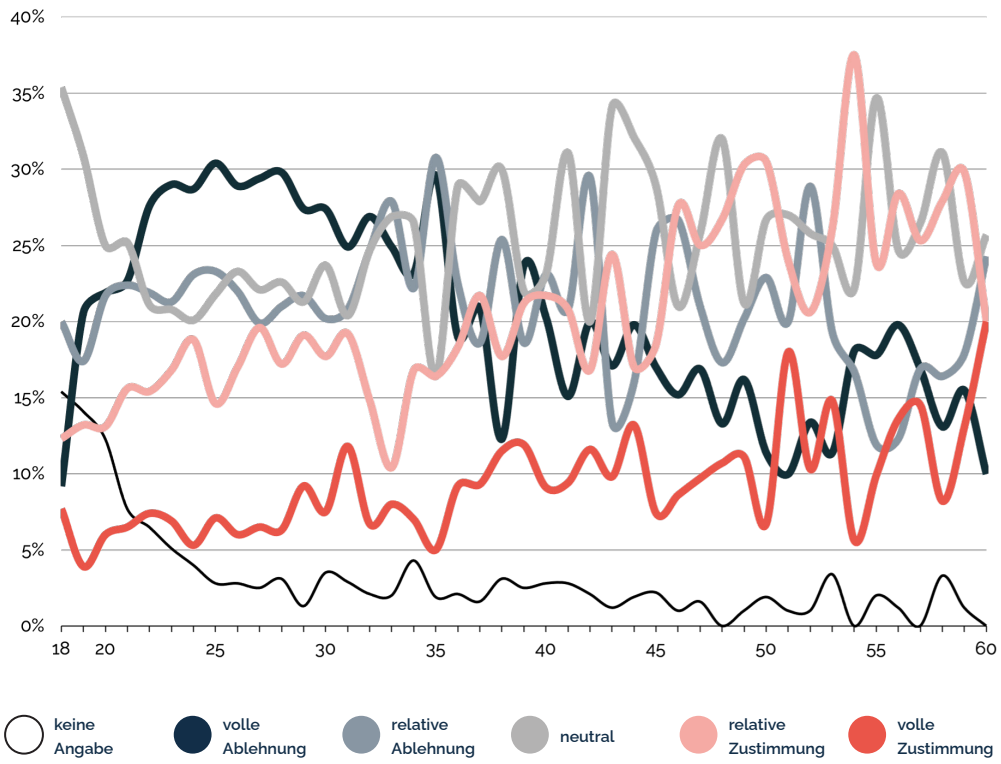
***These 3 B** Gesamtauswertung*



4.2 Alter

Sofort erkennbar ist, dass auch in der Kategorisierung nach Alter die Stimmen sehr gemischt sind mit einer Tendenz zur Ablehnung. Im Alter von 22 bis 32 Jahren ist auffällig, dass jeweils die meisten Stimmen in diesen Altersstufen die These vollständig ablehnen. Diese Altersgruppen ergeben 50 % der Teilnehmenden und beeinflussen folglich das Gesamtergebnis erheblich. Ferner fällt auf, dass ab einem Alter von 40 Jahren die vollständige Ablehnung mit unter 20 % geringer ist, und stattdessen die zumindest relative Zustimmung steigt. Die grafische Darstellung zeigt deutlich, dass keine Bewwertungsstufe eine Mehrheit erhielt.

***These 3 B** Alter*



***These 3 B** Alter*

0 keine Angabe **1** volle Ablehnung **2** relative Ablehnung **3** neutral **4** relative Zustimmung **5** volle Zustimmung

Alter	0	1	2	3	4	5
17	–	–	100 %	–	–	–
18	15,4 %	9,2 %	20,0 %	35,4 %	12,3 %	7,7 %
19	14,1 %	20,6 %	17,4 %	30,9 %	13,2 %	3,9 %
20	12,3 %	21,9 %	21,7 %	25,0 %	13,1 %	6,0 %
21	7,7 %	22,7 %	22,4 %	25,2 %	15,6 %	6,5 %
22	6,5 %	27,6 %	21,9 %	21,1 %	15,4 %	7,4 %
23	5,1 %	29,0 %	21,3 %	20,8 %	16,8 %	6,9 %
24	4,0 %	28,7 %	23,1 %	20,1 %	18,8 %	5,3 %
25	2,8 %	30,4 %	23,3 %	21,8 %	14,6 %	7,1 %
26	2,8 %	28,9 %	22,0 %	23,3 %	17,0 %	6,0 %
27	2,5 %	29,4 %	19,9 %	22,1 %	19,6 %	6,5 %
28	3,1 %	29,8 %	21,0 %	22,6 %	17,2 %	6,3 %
29	1,3 %	27,4 %	21,7 %	21,3 %	19,1 %	9,2 %
30	3,5 %	27,4 %	20,2 %	23,7 %	17,7 %	7,5 %
31	2,9 %	24,9 %	20,8 %	20,4 %	19,2 %	11,8 %
32	2,1 %	26,9 %	24,7 %	24,7 %	14,8 %	6,7 %
33	2,0 %	24,9 %	27,9 %	26,9 %	10,4 %	8,0 %
34	4,3 %	23,2 %	22,2 %	26,5 %	16,8 %	7,0 %
35	1,9 %	29,6 %	30,8 %	16,4 %	16,4 %	5,0 %
36	2,1 %	19,0 %	22,5 %	28,9 %	18,3 %	9,2 %
37	1,6 %	20,9 %	18,6 %	27,9 %	21,7 %	9,3 %
38	3,1 %	12,3 %	25,4 %	30,0 %	17,7 %	11,5 %
39	2,5 %	23,7 %	18,6 %	22,0 %	21,2 %	11,9 %
40	2,8 %	20,3 %	23,1 %	23,1 %	21,7 %	9,1 %
41	2,8 %	15,1 %	20,8 %	31,1 %	20,8 %	9,4 %
42	2,1 %	20,0 %	29,5 %	20,0 %	16,8 %	11,6 %
43	1,2 %	17,1 %	13,4 %	34,1 %	24,4 %	9,8 %
44	1,9 %	19,8 %	16,0 %	32,1 %	17,0 %	13,2 %
45	2,2 %	17,0 %	25,9 %	28,9 %	18,5 %	7,4 %
46	1,0 %	15,2 %	26,7 %	21,0 %	27,6 %	8,6 %
47	1,6 %	16,9 %	21,0 %	25,8 %	25,0 %	9,7 %
48	–	13,3 %	17,3 %	32,0 %	26,7 %	10,7 %
49	1,0 %	16,2 %	20,2 %	21,2 %	30,3 %	11,1 %
50	1,9 %	11,4 %	22,9 %	26,7 %	30,5 %	6,7 %

Alter	0	1	2	3	4	5
51	1,0 %	10,0 %	20,0 %	27,0 %	24,0 %	18,0 %
52	1,0 %	13,4 %	28,9 %	25,8 %	20,6 %	10,3 %
53	3,4 %	11,4 %	19,3 %	25,0 %	26,1 %	14,8 %
54	–	18,1 %	16,7 %	22,2 %	37,5 %	5,6 %
55	2,0 %	17,8 %	11,9 %	34,7 %	23,8 %	9,9 %
56	1,2 %	19,8 %	12,3 %	24,7 %	28,4 %	13,6 %
57	–	16,9 %	16,9 %	26,5 %	25,3 %	14,5 %
58	3,3 %	13,1 %	16,4 %	31,1 %	27,9 %	8,2 %
59	1,2 %	15,5 %	17,9 %	22,6 %	29,8 %	13,1 %
60	–	10,0 %	24,3 %	25,7 %	20,0 %	20,0 %
61	1,8 %	19,6 %	17,9 %	21,4 %	21,4 %	17,9 %
62	1,9 %	7,4 %	20,4 %	16,7 %	40,7 %	13,0 %
63	7,7 %	10,3 %	15,4 %	35,9 %	25,6 %	5,1 %
64	–	4,2 %	16,7 %	29,2 %	37,5 %	12,5 %
65	–	14,3 %	20,0 %	14,3 %	34,3 %	17,1 %
66	4,5 %	18,2 %	9,1 %	31,8 %	31,8 %	4,5 %
67	–	11,8 %	23,5 %	29,4 %	23,5 %	11,8 %
68	–	13,3 %	13,3 %	20,0 %	46,7 %	6,7 %
69	–	–	–	28,6 %	42,9 %	28,6 %
70	–	–	40,0 %	20,0 %	30,0 %	10,0 %
71	–	–	25,0 %	25,0 %	12,5 %	37,5 %
72	–	–	–	20,0 %	60,0 %	20,0 %
73	–	–	25,0 %	37,5 %	25,0 %	12,5 %
74	–	11,1 %	22,2 %	33,3 %	22,2 %	11,1 %
75	–	16,7 %	–	50,0 %	33,3 %	–
77	–	–	50,0 %	25,0 %	–	25,0 %
78	–	–	–	33,3 %	66,7 %	–
79	–	–	–	50,0 %	–	50,0 %
81	–	–	–	–	100 %	–
82	–	–	–	–	100 %	–
83	–	–	–	100 %	–	–
84	–	–	–	–	–	100 %
90	–	–	–	–	100 %	–
Σ	**4,1 %**	**24,3 %**	**21,6 %**	**23,8 %**	**18,4 %**	**7,9 %**

4.3 Geschlecht

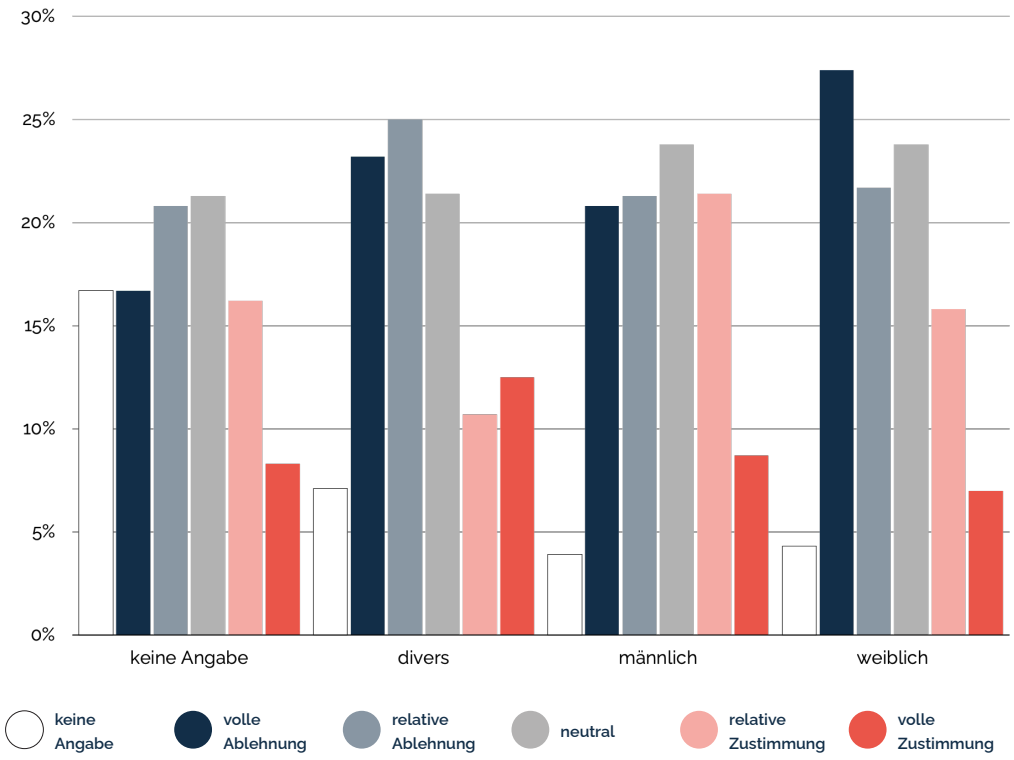
***These 3 B** Geschlecht*

Geschlecht	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
keine Angabe	16,7 %	16,7 %	20,8 %	21,3 %	16,2 %	8,3 %
divers	7,1 %	23,2 %	25,0 %	21,4 %	10,7 %	12,5 %
männlich	3,9 %	20,8 %	21,3 %	23,8 %	21,4 %	8,7 %
weiblich	4,3 %	27,4 %	21,7 %	23,8 %	15,8 %	7,0 %
gesamt	**4,4 %**	**24,1 %**	**21,6 %**	**23,7 %**	**18,4 %**	**7,8 %**

Die Tabelle zeigt, dass weibliche Teilnehmende die These häufiger vollständig ablehnen als männliche Teilnehmende mit 27,4 % zu 20,8 %. Demgegenüber stimmen 21,4 % der männlichen Teilnehmenden eher zu, dass mehr Europarecht in der ersten juristischen Staatsprüfung abgeprüft werden sollte. 8,7 % der männlichen Teilnehmenden stimmen dieser These vollständig zu. Bei den weiblichen Teilnehmenden sind es nur 15,8 % relative Zustimmung und 7 % absolute Zustimmung. Die neutralen Stimmen und die relative Ablehnung weichen nicht oder nicht nennenswert voneinander ab.

Unter den diversen und den Teilnehmer:innen ohne Geschlechtsangabe ergeben sich weiterhin keine nennenswerten Auffälligkeiten.

***These 3 B** Geschlecht*



4.4 Fachsemester

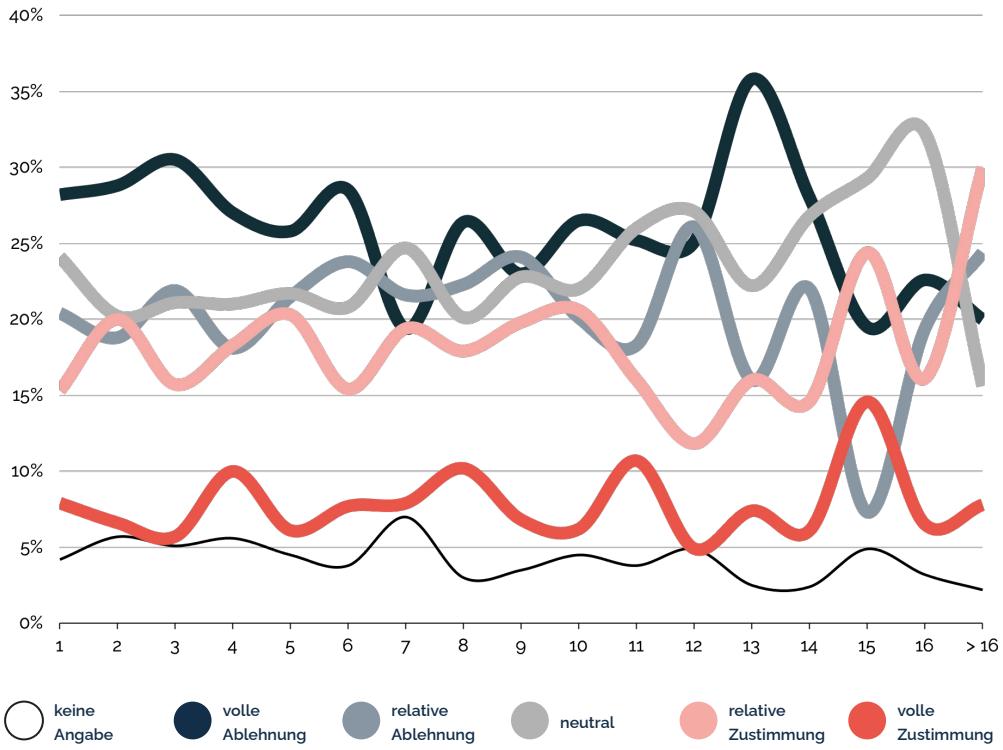
***These 3 B** Fachsemester*

Fachsemester	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
1	4,2 %	28,2 %	20,4 %	24,1 %	15,3 %	7,9 %
2	5,7 %	28,8 %	18,8 %	20,2 %	20,0 %	6,6 %
3	5,1 %	30,5 %	21,9 %	21,1 %	15,7 %	5,7 %
4	5,6 %	27,0 %	18,1 %	21,0 %	18,3 %	10,0 %
5	4,5 %	25,8 %	21,5 %	21,7 %	20,3 %	6,1 %
6	3,8 %	28,5 %	23,8 %	20,8 %	15,4 %	7,7 %
7	7,0 %	19,4 %	21,6 %	24,7 %	19,4 %	7,9 %
8	3,0 %	26,4 %	22,3 %	20,1 %	17,9 %	10,2 %
9	3,5 %	23,0 %	24,1 %	22,8 %	19,8 %	6,8 %
10	4,5 %	26,5 %	20,1 %	22,0 %	20,6 %	6,2 %
11	3,8 %	25,2 %	18,3 %	26,0 %	16,0 %	10,7 %
12	4,9 %	25,1 %	26,1 %	27,1 %	11,8 %	4,9 %
13	2,5 %	35,8 %	16,0 %	22,2 %	16,0 %	7,4 %
14	2,4 %	28,0 %	22,0 %	26,8 %	14,6 %	6,1 %
15	4,9 %	19,5 %	7,3 %	29,3 %	24,4 %	14,6 %
16	3,2 %	22,6 %	19,4 %	32,3 %	16,1 %	6,5 %
>16	2,2 %	20,0 %	24,4 %	15,6 %	30,0 %	7,8 %
gesamt	**4,6 %**	**26,3 %**	**21,1 %**	**22,3 %**	**18,2 %**	**7,6 %**

Zunächst ist erkennbar, dass 208 Studierende von denjenigen, die ein Fachsemester angegeben haben, keine Angabe zur These gemacht haben. Damit stellen sie einen nicht unerheblichen Teil von 4,6 % dar. Des Weiteren spiegelt sich die aus der Alterstabelle erkennbare hohe absolute Ablehnung bei den jüngeren Personen zwischen 22 und 32 Jahren (s.o.) auch bei der Kategorisierung nach Studierenden wider.

Im Fachsemestervergleich fällt nur die geringere absolute Ablehnung von 22,6 % und niedriger bei den Studierenden des 7., 15., 16. und höheren Fachsemesters auf. Im 7. Fachsemester zeigt sich zugleich mit 7 % die höchste Quote derjenigen Teilnehmer:innen, die keine Angabe zur These gemacht haben. Fachsemester 15 und 16 stimmten vermehrt neutral ab. Studierende ab dem 17. Fachsemester zeigen eine erhöhte relative Zustimmung zur These. Eine absolute Mehrheit in einem Semester findet sich nicht. Eine knappe absolute Ablehnung findet sich in den Fachsemestern 3, 6, 12, 13 und 14.

***These 3 B** Fachsemester*



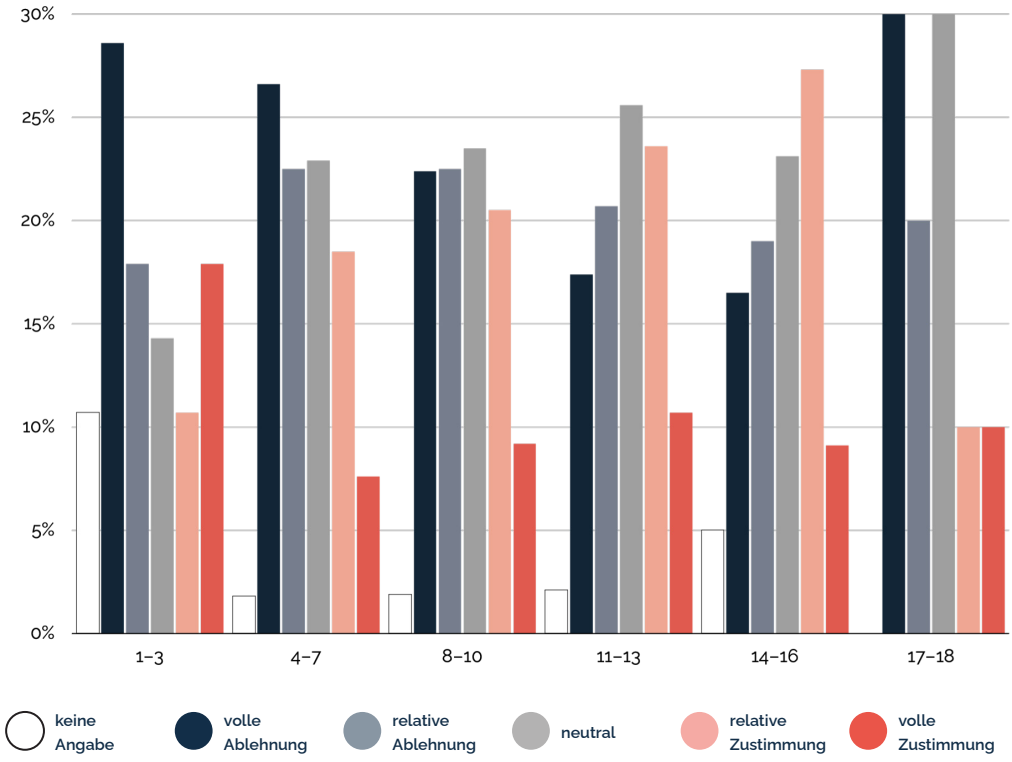
4.5 Gesamtnote

***These 3 B** Gesamtnote*

Gesamtnote	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
1–3	10,7 %	28,6 %	17,9 %	14,3 %	10,7 %	17,9 %
4–7	1,8 %	26,6 %	22,5 %	22,9 %	18,5 %	7,6 %
8–10	1,9 %	22,4 %	22,5 %	23,5 %	20,5 %	9,2 %
11–13	2,1 %	17,4 %	20,7 %	25,6 %	23,6 %	10,7 %
14–16	5,0 %	16,5 %	19,0 %	23,1 %	27,3 %	9,1 %
17–18	–	30,0 %	20,0 %	30,0 %	10,0 %	10,0 %
gesamt	**2,0 %**	**22,2 %**	**22,0 %**	**23,8 %**	**20,8 %**	**9,2 %**

Zunächst ist erkennbar, dass die Quoten in den Bewertungsstufen vollständig ablehnend und relativ zustimmend gleichmäßig bei ca. 20 % liegen. Insbesondere bei Teilnehmenden mit Notenstufe 14 – 16 Punkte ist die Zustimmung leicht erhöht. 36,4 % der Teilnehmenden dieser Gruppe stimmen der These eher oder vollständig zu. Ansonsten zeigen sich keine nennenswerten Besonderheiten.

***These 3 B** Gesamtnote*



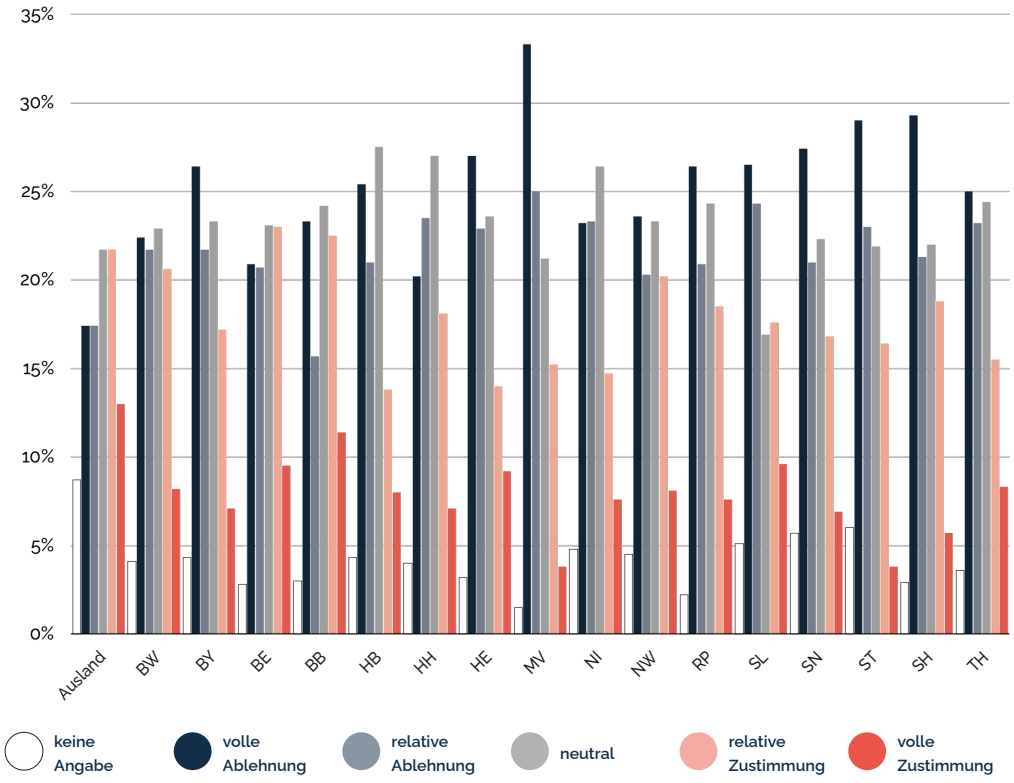
4.6 Studienort

***These 3 B** Studienort*

Bundesland	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
Ausland	8,7 %	17,4 %	17,4 %	21,7 %	21,7 %	13,0 %
Baden-Württemberg	4,1 %	22,4 %	21,7 %	22,9 %	20,6 %	8,2 %
Bayern	4,3 %	26,4 %	21,7 %	23,3 %	17,2 %	7,1 %
Berlin	2,8 %	20,9 %	20,7 %	23,1 %	23,0 %	9,5 %
Brandenburg	3,0 %	23,3 %	15,7 %	24,2 %	22,5 %	11,4 %
Bremen	4,3 %	25,4 %	21,0 %	27,5 %	13,8 %	8,0 %
Hamburg	4,0 %	20,2 %	23,5 %	27,0 %	18,1 %	7,1 %
Hessen	3,2 %	27,0 %	22,9 %	23,6 %	14,0 %	9,2 %
Mecklenburg-Vorpommern	1,5 %	33,3 %	25,0 %	21,2 %	15,2 %	3,8 %
Niedersachsen	4,8 %	23,2 %	23,3 %	26,4 %	14,7 %	7,6 %
Nordrhein-Westfalen	4,5 %	23,6 %	20,3 %	23,3 %	20,2 %	8,1 %
Rheinland-Pfalz	2,2 %	26,4 %	20,9 %	24,3 %	18,5 %	7,6 %
Saarland	5,1 %	26,5 %	24,3 %	16,9 %	17,6 %	9,6 %
Sachsen	5,7 %	27,4 %	21,0 %	22,3 %	16,8 %	6,9 %
Sachsen-Anhalt	6,0 %	29,0 %	23,0 %	21,9 %	16,4 %	3,8 %
Schleswig-Holstein	2,9 %	29,3 %	21,3 %	22,0 %	18,8 %	5,7 %
Thüringen	3,6 %	25,0 %	23,2 %	24,4 %	15,5 %	8,3 %
gesamt	**4,1 %**	**24,4 %**	**21,5 %**	**23,7 %**	**18,5 %**	**7,8 %**

Interessant ist zunächst, dass sich auch bei denjenigen, die im Ausland studiert haben, keine großen Abweichungen zur Gesamtquote ergeben. Lediglich drei von 23 Personen dieser Gruppe stimmen der These absolut zu. Des Weiteren weichen die Abstimmungsergebnisse innerhalb der Bundesländer nicht nennenswert voneinander ab.

***These 3 B** Studienort*



4.7 Verhältnis zur juristischen Ausbildung

***These 3 B** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*

Beruf	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
Studium	6,9 %	27,4 %	21,6 %	23,1 %	15,0 %	6,1 %
Referendariat	2,5 %	32,1 %	22,5 %	20,2 %	16,2 %	6,5 %
WissMit (Lehrstuhl)	1,7 %	16,1 %	17,4 %	25,9 %	26,2 %	12,8 %
WissMit (Kanzlei)	3,5 %	26,2 %	22,4 %	21,5 %	17,9 %	8,5 %
Promotion	2,1 %	15,8 %	18,1 %	25,1 %	27,5 %	11,4 %
LL.B.	3,0 %	25,2 %	21,3 %	24,0 %	19,6 %	6,9 %
LL.M.	1,9 %	15,1 %	18,9 %	23,0 %	25,3 %	15,8 %
Rechtsanwält:in	2,2 %	19,0 %	21,2 %	25,4 %	22,1 %	10,1 %
Syndikus	1,9 %	19,1 %	22,7 %	24,9 %	21,0 %	10,4 %
Richter:in	1,3 %	18,8 %	25,9 %	26,6 %	21,1 %	6,3 %
Staatsanwält:in	2,4 %	29,2 %	25,4 %	28,2 %	12,0 %	2,9 %
Professor:in	2,4 %	13,5 %	18,0 %	23,7 %	26,1 %	16,3 %
JPA	1,4 %	20,0 %	12,9 %	31,4 %	22,9 %	11,4 %
Verwaltungsbehörde	2,0 %	23,1 %	17,3 %	22,1 %	24,1 %	11,5 %
Abbruch	6,7 %	10,0 %	15,0 %	43,3 %	18,3 %	6,7 %
endgültig nicht bestanden	5,5 %	23,6 %	10,9 %	27,3 %	21,8 %	10,9 %
einstufige Ausbildung	4,4 %	13,2 %	20,9 %	30,8 %	19,8 %	11,0 %

Auffällig hoch ist die Ablehnung unter den Staatsanwält:innen. 29,2 % sprechen sich absolut und weitere 25,4 % zumindest relativ gegen die These aus. Ferner liegt die Zustimmungsquote mit nur 2,9 % vollständiger und 12 % relativer Zustimmung deutlich unter der Gesamtquote.

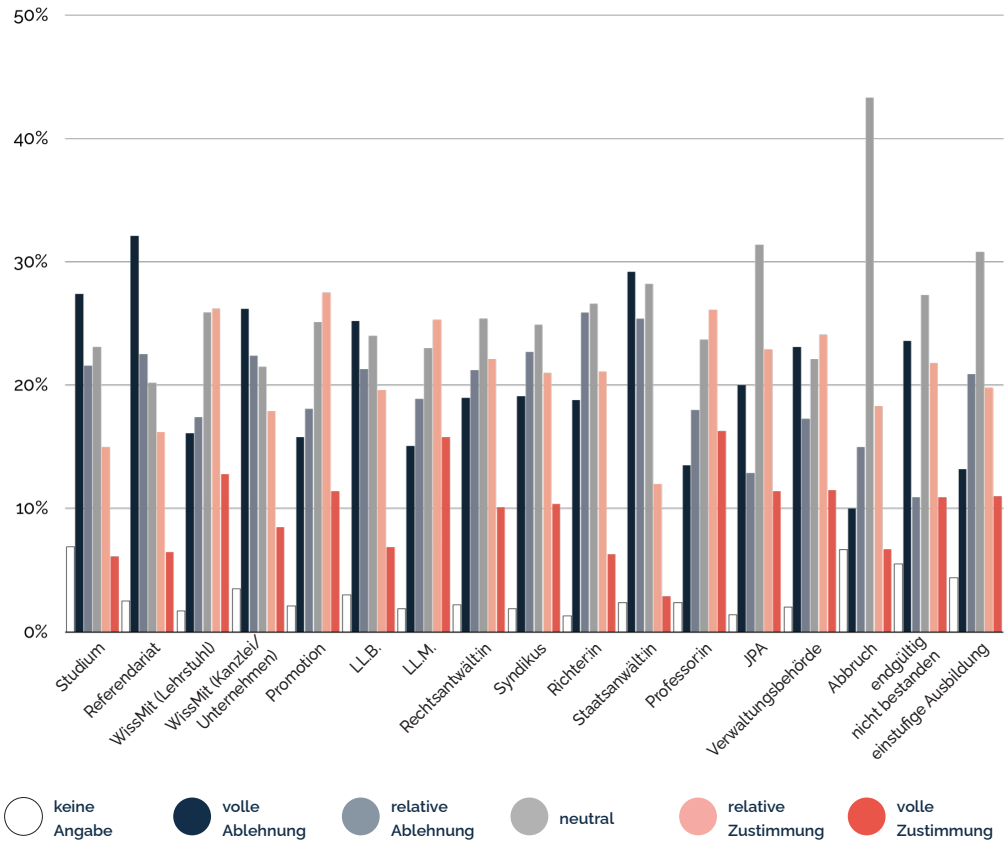
Besonders hoch ist die neutrale Haltung unter den Studienabbrecher:innen mit 43,3 %. Jedoch handelt es sich hierbei um eine kleine Gruppe von 60 Teilnehmer:innen.

Ferner eher ablehnend eingestellt sind die Referendar:innen, die neben den Staatsanwält:innen mit 54,6 % eine Mehrheit an ablehnenden Personen stellen.

Die erwartete breite Zustimmung zur These vertreten die Professor:innen nicht. Zwar weisen sie erhöhte Zustimmungswerte auf und knapp ein Viertel von ihnen spricht sich zumindest überwiegend für die These aus, allerdings erreichen sie damit noch keine Mehrheit für die These. Immerhin noch 13,5 % aller Professor:innen sprechen sich vollständig gegen mehr Europarecht in der Ersten juristischen Prüfung aus.

Erhöhte Zustimmungswerte unter Rechtsanwält:innen, etwa aufgrund beruflicher Zusammenhänge, lassen sich nicht erkennen. Weitere darüberhinausgehende Besonderheiten zeigen sich nicht.

***These 3 B** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*



5. Ergebnis bzgl. Erwartungen

Aufgrund des durchmischten Ergebnisses haben sich unsere Erwartungen nur bedingt erfüllt: Zutreffend war die erhöhte Ablehnung bei den Student:innen und Referendar:innen. Eine hohe Ablehnung ist allerdings durchweg zu verzeichnen. Die erwartete breite Zustimmung bei allen älteren Gruppen blieb aus. Jedoch bleibt festzuhalten, dass die Zustimmungsquoten in den älteren Gruppen etwas höher als unter den jüngeren sind.

These 3 C: Mehr Klausuren im Examen

1. Thesenhintergrund

Die These wurde lediglich in einem Beitrag von Professorin Dr. Elisa Hoven diskutiert.[1] Dabei konnten wir fünf pro- und ein contra-Argument extrahieren.[2]

2. Thesengestaltung

Es sollten mehr Klausuren in der Ersten juristischen Staatsprüfung geschrieben werden.

Die ausgewählten Argumente, welche auf der iur.reform-Webseite als Nachweise aufrufbar waren, sin

Pro	Contra
1. Mit mehr Klausuren kann eine Reduzierung des psychischen Drucks erreicht werden.	1. Dafür müssten sich die Kandidat:innen mehrfach dem Prüfungsstress aussetzen.
2. In vielen Bundesländern wird nur eine Klausur im Strafrecht geschrieben. Um die jahrelange Beschäftigung abzuprüfen, bleibt also nur ein Sachverhalt.	2. Die Anzahl an Klausuren orientiert sich an dem Verhältnis der Fächer für die späteren Tätigkeiten und dem Umfang des Prüfungsstoffs. Mit mehr Klausuren in bestimmten Fächern wie dem Strafrecht würde das Verhältnis zu den anderen Rechtsgebieten verfälscht werden.
3. Mit mehr Klausuren sinkt die Bedeutung einer schlechten Klausur, die durch „Pech" (unbeliebtes Prüfungsthema, schlechter Tag, überstrenger Korrektor) zu Stande gekommen ist.	3. Heute werden sechs oder sieben Klausuren geschrieben. Das reicht aus, um ein gutes Mittel der Leistungen zu erhalten. So hat jede Klausur einen Anteil von ca. 17 % an der schriftlichen Note. Würde man z.B. zehn Klausuren schreiben, wären es 10 %. Das rechtfertigt den zusätzlichen Aufwand (Klausurerstellung, Ladung, Aufsicht, Korrektur) nicht.

3. Hypothese

Wir formulierten folgende Erwartungen für die These:

- Wir erwarten eine deutlich relative Ablehnung der These unter allen Gruppen.
- Mit der Korrektur von Examensleistungen befasste Praktiker:innen könnten einen erhöhten Aufwand und Studierende eine zusätzliche Belastung fürchten.

[1] Hoven, Elisa, „Wie eine Reform des Staatsexamens aussehen müsste", FAZ Einspruch v. 06.08.2020 ***https://www.faz.net/einspruch/wie-eine-reform-des-staatsexamens-aussehen-muesste-16319742.html***, zuletzt abgerufen am 01.12.2020 bzw. Schneider im Interview mit Hoven, „Wir prüfen zu viel und dann auch noch das falsche", LTO v. 28.06.2019, abrufbar unter ***https://www.lto-karriere.de/jura-studium/stories/detail/juristenausbildung-reform-staatsexamen-der-zukunft-interview-elisa-hoven***, zuletzt abgerufen am 01.01.2022.

[2] Vgl. die Listung über ***https://onedrive.live.com/view.aspx?resid=D3C707BB028AE925!323&ithint=file%2cxlsx&authkey=!AERBCCwtBbE_-1M***

4. Deskriptive Statistik

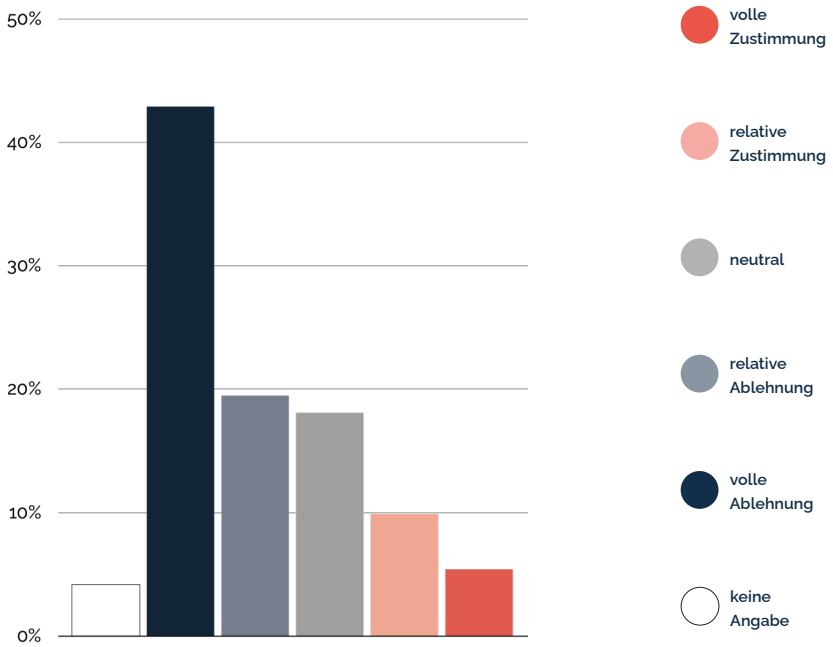
4.1 Gesamtauswertung

***These 3 C** Gesamtauswertung*

Bewertung	Anteil
keine Angabe	4,2 %
volle Ablehnung	42,9 %
relative Ablehnung	19,5 %
neutral	18,1 %
relative Zustimmung	9,9 %
volle Zustimmung	5,4 %
gesamt	**100,0 %**

Die Daten zeigen, dass eine absolute Mehrheit (62,4 %) die Erhöhung der Anzahl der Klausuren im Staatsexamen ablehnt, wobei 42,9 % sogar vollständig dagegen sind. Dagegen steht eine vollständige Zustimmung von lediglich 5,4 % und eine kumulierte (vollständige und relative Zustimmung zusammengenommen) Zustimmung von 14,3 %. 18,1 % der Teilnehmenden stehen der These neutral gegenüber.

***These 3 C** Gesamtauswertung*



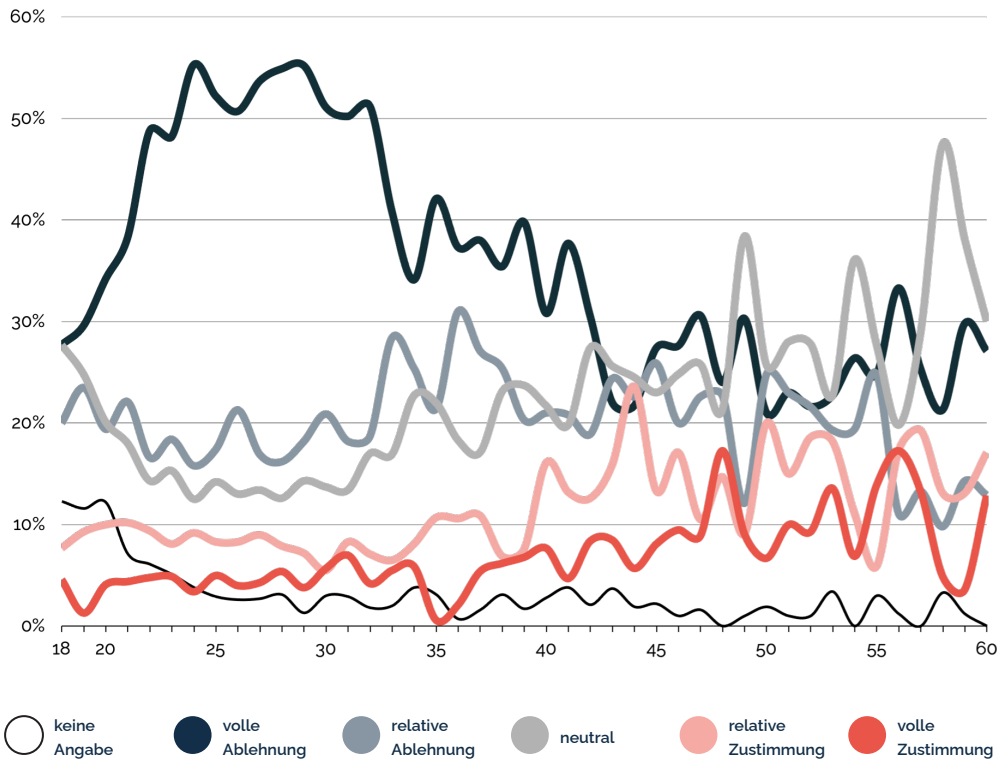
4.2 Alter

Die Werte der kumulierten Zustimmung bewegen sich in den Altersgruppen bis 40 um die 10 bis 15 % und erreichen ab dem Lebensalter von 40 Jahren erstmals einen Wert von über 20 %, wobei der Höchstwert von 34,6 % bei einem Lebensalter von 56 Jahren erreicht wird. Einem ähnlichen Muster folgt auch die vollständige Zustimmung, die bei jüngeren Teilnehmenden (bis 40 Jahre) sehr viel geringer ist als bei solchen, die ihr Studium schon länger abgeschlossen haben.

Die Werte bezüglich einer neutralen Haltung zur These bewegen sich stets im höheren Bereich um den Durchschnittswert von 18,0 % herum. Aber auch hier fällt auf, dass die Werte bei jüngeren Abstimmenden eher geringer sind und die Höchstwerte von 47,5 % und 38,1 % erst im Alter von 58 und 59 Jahren erreicht werden.

Gegenläufig zur Zustimmung sind die Werte für die vollständige Ablehnung der These bei jüngeren Teilnehmenden deutlich höher. Sie erreichen bei einem Lebensalter von 24 Jahren mit 55,3 % den Höchstwert und allein dort bereits die absolute Mehrheit. Dem folgt die kumulierte Ablehnung mit Werten von bis zu 73,4 % (29 Jahre). Sie unterschreitet erst im Alter von 42 wieder die Marke von 50 %.

***These 3 C** Alter*



***These 3 C** Alter*

0 keine Angabe **1** volle Ablehnung **2** relative Ablehnung **3** neutral **4** relative Zustimmung **5** volle Zustimmung

Alter	0	1	2	3	4	5
17	–	–	–	–	100 %	–
18	12,3 %	27,7 %	20,0 %	27,7 %	7,7 %	4,6 %
19	11,6 %	29,6 %	23,5 %	24,8 %	9,3 %	1,3 %
20	12,2 %	34,2 %	19,4 %	20,1 %	10,0 %	4,1 %
21	7,1 %	38,3 %	22,1 %	18,0 %	10,2 %	4,4 %
22	6,1 %	48,8 %	16,6 %	14,3 %	9,4 %	4,8 %
23	5,1 %	48,2 %	18,4 %	15,3 %	8,1 %	4,9 %
24	3,8 %	55,3 %	15,8 %	12,5 %	9,2 %	3,4 %
25	2,9 %	52,2 %	17,4 %	14,2 %	8,3 %	5,0 %
26	2,6 %	50,7 %	21,3 %	13,0 %	8,3 %	4,0 %
27	2,7 %	53,7 %	16,9 %	13,4 %	9,0 %	4,3 %
28	3,1 %	54,9 %	16,2 %	12,6 %	7,9 %	5,4 %
29	1,3 %	55,2 %	18,2 %	14,3 %	7,2 %	3,8 %
30	3,0 %	51,1 %	20,9 %	13,7 %	5,5 %	5,7 %
31	2,9 %	50,2 %	18,2 %	13,4 %	8,3 %	7,0 %
32	1,8 %	51,2 %	18,7 %	17,0 %	7,1 %	4,2 %
33	2,0 %	40,8 %	28,4 %	16,9 %	6,5 %	5,5 %
34	3,8 %	34,1 %	25,4 %	22,7 %	8,1 %	5,9 %
35	3,1 %	42,1 %	21,4 %	22,0 %	10,7 %	0,6 %
36	0,7 %	37,3 %	31,0 %	18,3 %	10,6 %	2,1 %
37	1,6 %	38,0 %	27,1 %	17,1 %	10,9 %	5,4 %
38	3,1 %	35,4 %	25,4 %	23,1 %	6,9 %	6,2 %
39	1,7 %	39,8 %	20,3 %	23,7 %	7,6 %	6,8 %
40	2,8 %	30,8 %	21,0 %	21,7 %	16,1 %	7,7 %
41	3,8 %	37,7 %	20,8 %	19,8 %	13,2 %	4,7 %
42	2,1 %	30,5 %	18,9 %	27,4 %	12,6 %	8,4 %
43	3,7 %	22,0 %	24,4 %	25,6 %	15,9 %	8,5 %
44	1,9 %	21,7 %	22,6 %	24,5 %	23,6 %	5,7 %
45	2,2 %	27,4 %	25,9 %	23,0 %	13,3 %	8,1 %
46	1,0 %	27,6 %	20,0 %	24,8 %	17,1 %	9,5 %
47	1,6 %	30,6 %	22,6 %	25,8 %	10,5 %	8,9 %
48	–	24,0 %	22,7 %	21,3 %	14,7 %	17,3 %
49	1,0 %	30,3 %	12,1 %	38,4 %	9,1 %	9,1 %
50	1,9 %	21,0 %	24,8 %	25,7 %	20,0 %	6,7 %

Alter	0	1	2	3	4	5
51	1,0 %	23,0 %	23,0 %	28,0 %	15,0 %	10,0 %
52	1,0 %	21,6 %	21,6 %	27,8 %	18,6 %	9,3 %
53	3,4 %	22,7 %	19,3 %	22,7 %	18,2 %	13,6 %
54	–	26,4 %	19,4 %	36,1 %	11,1 %	6,9 %
55	3,0 %	24,8 %	24,8 %	27,7 %	5,9 %	13,9 %
56	1,2 %	33,3 %	11,1 %	19,8 %	17,3 %	17,3 %
57	–	25,3 %	13,3 %	28,9 %	19,3 %	13,3 %
58	3,3 %	21,3 %	9,8 %	47,5 %	13,1 %	4,9 %
59	1,2 %	29,8 %	14,3 %	38,1 %	13,1 %	3,6 %
60	–	27,1 %	12,9 %	30,0 %	17,1 %	12,9 %
61	–	25,0 %	19,6 %	30,4 %	16,1 %	8,9 %
62	1,9 %	33,3 %	16,7 %	24,1 %	16,7 %	7,4 %
63	7,7 %	20,5 %	25,6 %	35,9 %	5,1 %	5,1 %
64	–	25,0 %	12,5 %	33,3 %	25,0 %	4,2 %
65	–	28,6 %	22,9 %	22,9 %	17,1 %	8,6 %
66	4,5 %	31,8 %	31,8 %	18,2 %	13,6 %	–
67	–	17,6 %	17,6 %	41,2 %	17,6 %	5,9 %
68	–	46,7 %	20,0 %	6,7 %	13,3 %	13,3 %
69	–	28,6 %	–	57,1 %	14,3 %	–
70	–	30,0 %	40,0 %	10,0 %	20,0 %	–
71	–	62,5 %	12,5 %	–	12,5 %	12,5 %
72	–	40,0 %	40,0 %	20,0 %	–	–
73	–	12,5 %	25,0 %	12,5 %	25,0 %	25,0 %
74	–	11,1 %	55,6 %	22,2 %	11,1 %	–
75	–	50,0 %	–	16,7 %	–	33,3 %
77	–	25,0 %	–	–	50,0 %	25,0 %
78	–	33,3 %	–	–	33,3 %	33,3 %
79	–	–	–	–	50,0 %	50,0 %
81	–	–	–	100 %	–	–
82	–	–	–	100 %	–	–
83	–	–	–	–	100 %	–
84	–	–	–	–	–	100 %
90	–	–	100 %	–	–	–
Σ	**3,9 %**	**43,2 %**	**19,5 %**	**18,0 %**	**9,9 %**	**5,4 %**

4.3 Geschlecht

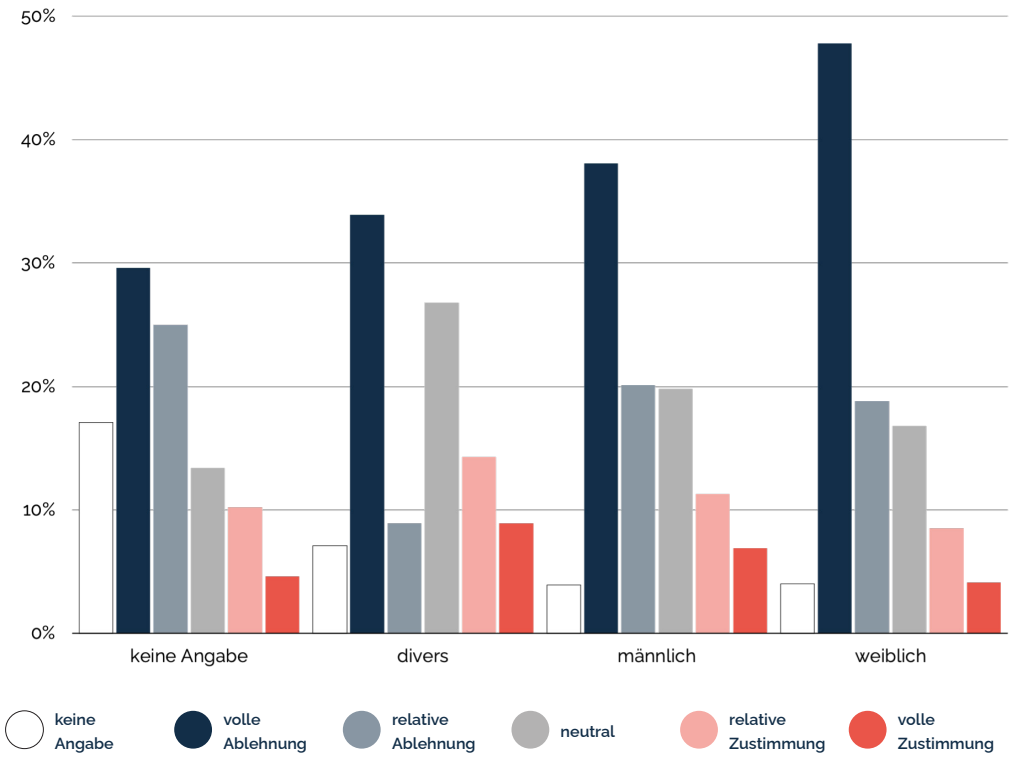
***These 3 C** Geschlecht*

Geschlecht	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
keine Angabe	17,1 %	29,6 %	25,0 %	13,4 %	10,2 %	4,6 %
divers	7,1 %	33,9 %	8,9 %	26,8 %	14,3 %	8,9 %
männlich	3,9 %	38,1 %	20,1 %	19,8 %	11,3 %	6,9 %
weiblich	4,0 %	47,8 %	18,8 %	16,8 %	8,5 %	4,1 %
gesamt	**4,2 %**	**42,9 %**	**19,5 %**	**18,1 %**	**9,9 %**	**5,4 %**

Männliche (6,8 %) und diverse Teilnehmende (8,6 %) stimmen der These eher vollständig zu als die übrigen Gruppen. Die beiden Gruppen weisen auch die höchsten Neutralitätswerte auf (26,8 % bei diversen und 19,8 % bei männlichen Teilnehmenden). Dennoch sind alle Gruppen überwiegend gegen die These.

Die weiblichen Abstimmenden sind am stärksten vollständig gegen die Erhöhung der Anzahl der Klausuren (beinahe absolute Mehrheit von 47,8 % vollständig dagegen). Die kumulierte Ablehnung erreicht unter den weiblichen Teilnehmenden sogar einen Wert von 66,6 %. Die Personen, die kein Geschlecht angegeben haben, weisen dagegen den geringsten vollständigen Ablehnungswert (29,6 %) auf.

***These 3 C** Geschlecht*



4.4 Fachsemester

***These 3 C** Fachsemester*

Fachsemester	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
1	4,2 %	46,3 %	19,9 %	13,4 %	8,8 %	7,4 %
2	5,0 %	43,1 %	16,6 %	19,0 %	11,1 %	5,2 %
3	5,1 %	48,4 %	18,2 %	15,7 %	7,4 %	5,1 %
4	5,6 %	48,2 %	17,0 %	16,7 %	8,0 %	4,5 %
5	4,7 %	40,0 %	20,8 %	20,8 %	7,8 %	5,9 %
6	3,6 %	47,4 %	19,0 %	15,6 %	8,7 %	5,6 %
7	7,0 %	41,3 %	18,3 %	19,9 %	8,4 %	5,1 %
8	3,3 %	42,7 %	22,6 %	16,5 %	8,5 %	6,3 %
9	3,0 %	48,0 %	20,1 %	14,9 %	8,9 %	5,1 %
10	4,5 %	40,8 %	19,2 %	18,7 %	10,7 %	6,2 %
11	3,8 %	45,0 %	22,9 %	12,2 %	10,7 %	5,3 %
12	4,4 %	45,8 %	16,7 %	17,2 %	9,9 %	5,9 %
13	2,5 %	43,2 %	24,7 %	16,0 %	9,9 %	3,7 %
14	1,2 %	35,4 %	24,4 %	24,4 %	8,5 %	6,1 %
15	4,9 %	51,2 %	12,2 %	22,0 %	4,9 %	4,9 %
16	3,2 %	38,7 %	25,8 %	22,6 %	6,5 %	3,2 %
>16	2,2 %	45,6 %	16,7 %	20,0 %	11,1 %	4,4 %
gesamt	**4,4 %**	**44,4 %**	**19,3 %**	**17,3 %**	**9,0 %**	**5,5 %**

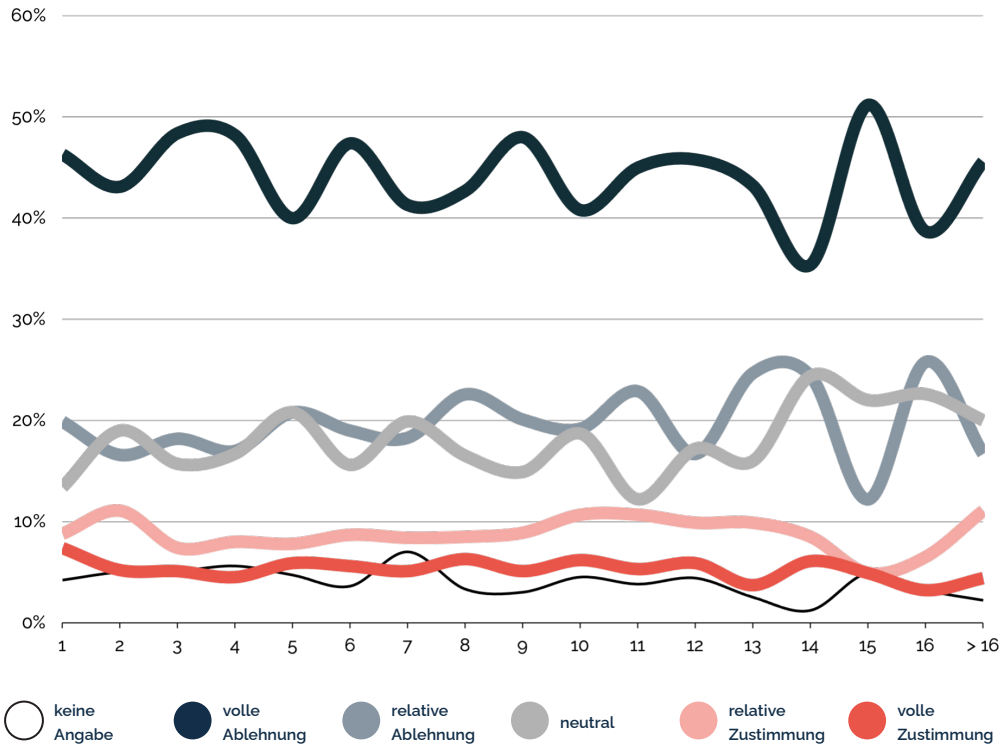
Die stärkste vollständige Zustimmung wird im ersten Semester mit 7,4 % erreicht. Die kumulierte Zustimmung bewegt sich stetig im Bereich des Durchschnitts von 14,5 %. Davon weichen nur Studierende im 15. und 16. Semester mit 9,8 % und 9,7 % nach unten ab.

Die Neutralität übersteigt im 14. Semester mit 24,4 % am deutlichsten den Durchschnittswert.

Allein die vollständige Ablehnung erreicht im 3. Semester mit 48,4 % beinahe die absolute Mehrheit, im 15. Semester wird die Marke mit 51,2 % sogar überschritten (allerdings bei nur 41 Abstimmenden in diesem Semester).

Mit leichten Schwankungen nach unten und nach oben bewegt sich der Wert für die kumulierte Ablehnung im Bereich des Durchschnittswertes aller Semester von 63,7 %.

***These 3 C** Fachsemester*



4.5 Gesamtnote

***These 3 C** Gesamtnote*

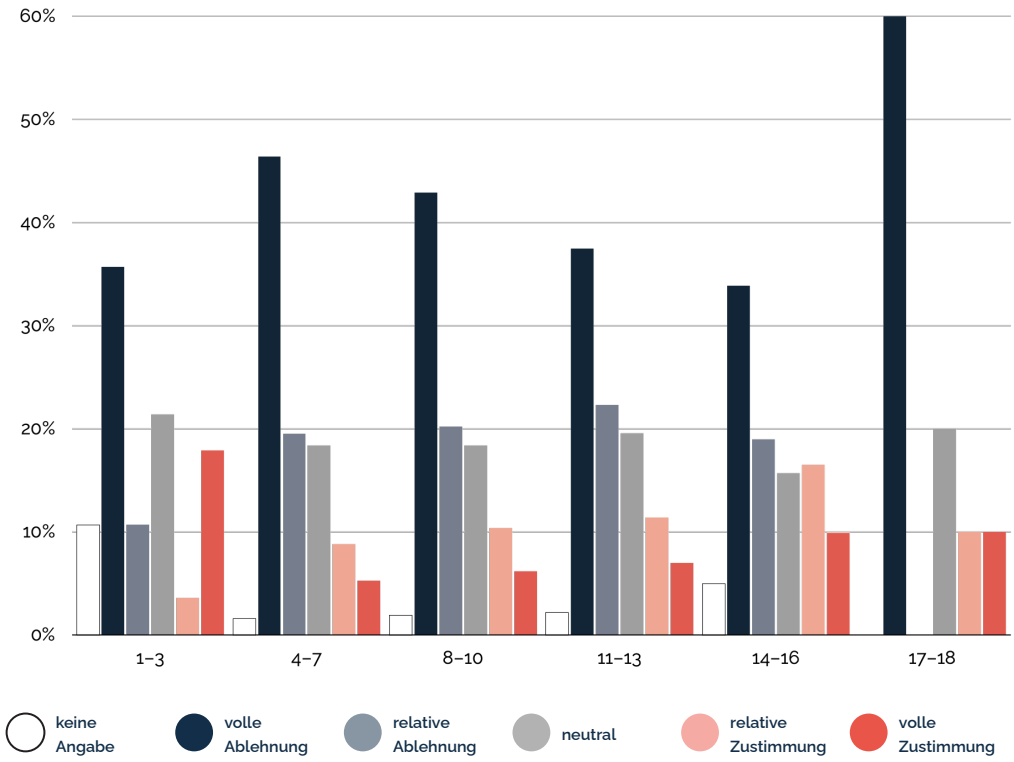
Gesamtnote	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
1–3	10,7 %	35,7 %	10,7 %	21,4 %	3,6 %	17,9 %
4–7	1,6 %	46,4 %	19,5 %	18,4 %	8,8 %	5,3 %
8–10	1,9 %	42,9 %	20,2 %	18,4 %	10,4 %	6,2 %
11–13	2,2 %	37,5 %	22,3 %	19,6 %	11,4 %	7,0 %
14–16	5,0 %	33,9 %	19,0 %	15,7 %	16,5 %	9,9 %
17–18	–	60,0 %	–	20,0 %	10,0 %	10,0 %
gesamt	**2,0 %**	**42,4 %**	**20,4 %**	**18,6 %**	**10,3 %**	**6,3 %**

Die stärkste vollständige Zustimmung erfährt die These bei Abstimmenden mit den Noten von 1–3 Punkten (17,9 % bei nur 28 Teilnehmenden), 17–18 Punkten (10,0 % bei nur 10 Abstimmenden) sowie 14–16 Punkten (9,9 % bei aussagekräftigeren 121 Teilnehmenden).

Die Neutralität bewegt sich in allen Notenstufen im Bereich des Durchschnitts von 18,6 % und weicht nur bei 14–16 Punkten mit 15,7 % nach unten ab.

Die vollständige Ablehnung ist in der Notenstufe 17–18 Punkte mit 60,0 % am deutlichsten, wegen der geringen Teilnehmendenzahl aber wenig aussagekräftig. In den aussagekräftigen Notenstufen von 4–13 Punkten ist keine signifikante Abweichung vom Durchschnitt erkennbar.

***These 3 C** Gesamtnote*



4.6 Studienort

***These 3 C** Studienort*

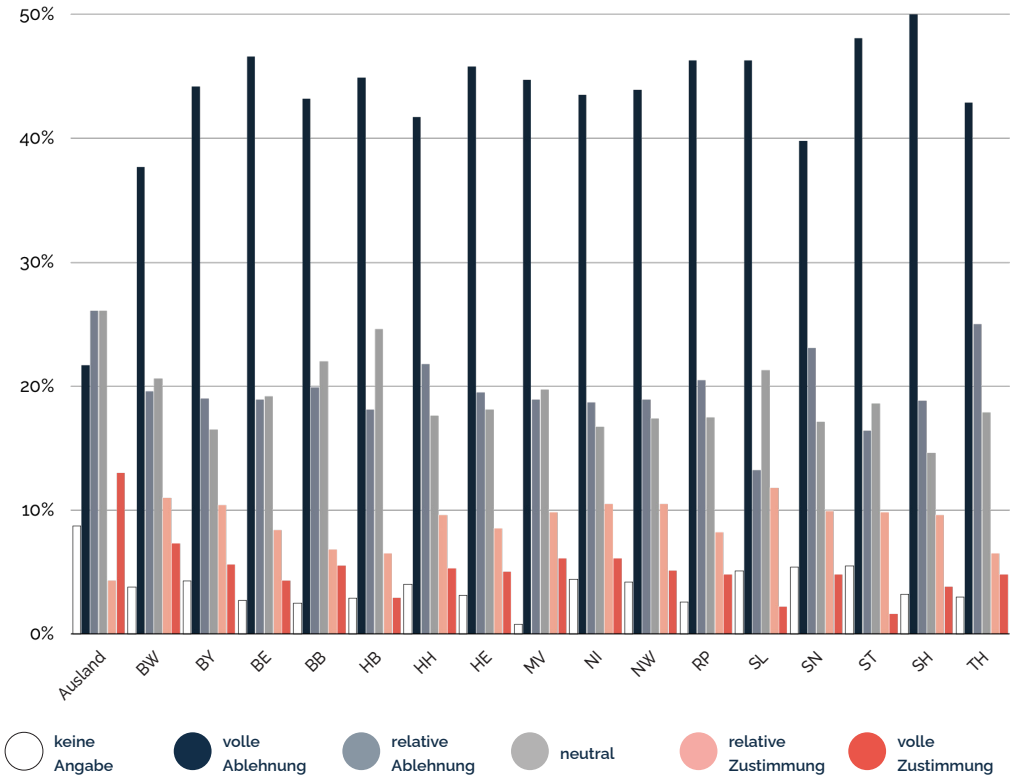
Bundesland	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
Ausland	8,7 %	21,7 %	26,1 %	26,1 %	4,3 %	13,0 %
Baden-Württemberg	3,8 %	37,7 %	19,6 %	20,6 %	11,0 %	7,3 %
Bayern	4,3 %	44,2 %	19,0 %	16,5 %	10,4 %	5,6 %
Berlin	2,7 %	46,6 %	18,9 %	19,2 %	8,4 %	4,3 %
Brandenburg	2,5 %	43,2 %	19,9 %	22,0 %	6,8 %	5,5 %
Bremen	2,9 %	44,9 %	18,1 %	24,6 %	6,5 %	2,9 %
Hamburg	4,0 %	41,7 %	21,8 %	17,6 %	9,6 %	5,3 %
Hessen	3,1 %	45,8 %	19,5 %	18,1 %	8,5 %	5,0 %
Mecklenburg-Vorpommern	0,8 %	44,7 %	18,9 %	19,7 %	9,8 %	6,1 %
Niedersachsen	4,4 %	43,5 %	18,7 %	16,7 %	10,5 %	6,1 %
Nordrhein-Westfalen	4,2 %	43,9 %	18,9 %	17,4 %	10,5 %	5,1 %
Rheinland-Pfalz	2,6 %	46,3 %	20,5 %	17,5 %	8,2 %	4,8 %
Saarland	5,1 %	46,3 %	13,2 %	21,3 %	11,8 %	2,2 %
Sachsen	5,4 %	39,8 %	23,1 %	17,1 %	9,9 %	4,8 %
Sachsen-Anhalt	5,5 %	48,1 %	16,4 %	18,6 %	9,8 %	1,6 %
Schleswig-Holstein	3,2 %	50,0 %	18,8 %	14,6 %	9,6 %	3,8 %
Thüringen	3,0 %	42,9 %	25,0 %	17,9 %	6,5 %	4,8 %
gesamt	**3,9 %**	**43,4 %**	**19,5 %**	**18,0 %**	**9,9 %**	**5,3 %**

Die vollständige Zustimmung ist im Ausland mit 13,0 % (bei nur 23 Abstimmenden) bzw. 7,3 % in Baden-Württemberg am höchsten. Daneben sind keine auffälligen Abweichungen vom Durchschnitt (5,3 % unter allen Bundesländern) erkennbar. In Baden-Württemberg ist auch die kumulierte Zustimmung mit 18,3 % am stärksten.

Im Ausland ist mit 26,1 % die Neutralität deutlich über dem Durchschnitt, die Aussagekraft aufgrund der geringen Teilnehmendenzahl aber gering.

In Sachsen-Anhalt erreicht allein die vollständige Ablehnung schon beinahe die absolute Mehrheit mit 50,0 % – in allen anderen Bundesländern liegt der Wert für „volle Ablehnung“ unter 50 %. Die kumulierte Ablehnung dagegen ist in allen Bundesländern (Ausnahme ist nur das Ausland) höher als 50 %. In Sachsen-Anhalt wird sogar ein Höchstwert von 68,8 % und in Rheinland-Pfalz ein Wert von 66,8 % erreicht.

***These 3 C** Studienort*



4.7 Verhältnis zur juristischen Ausbildung

***These 3 C** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*

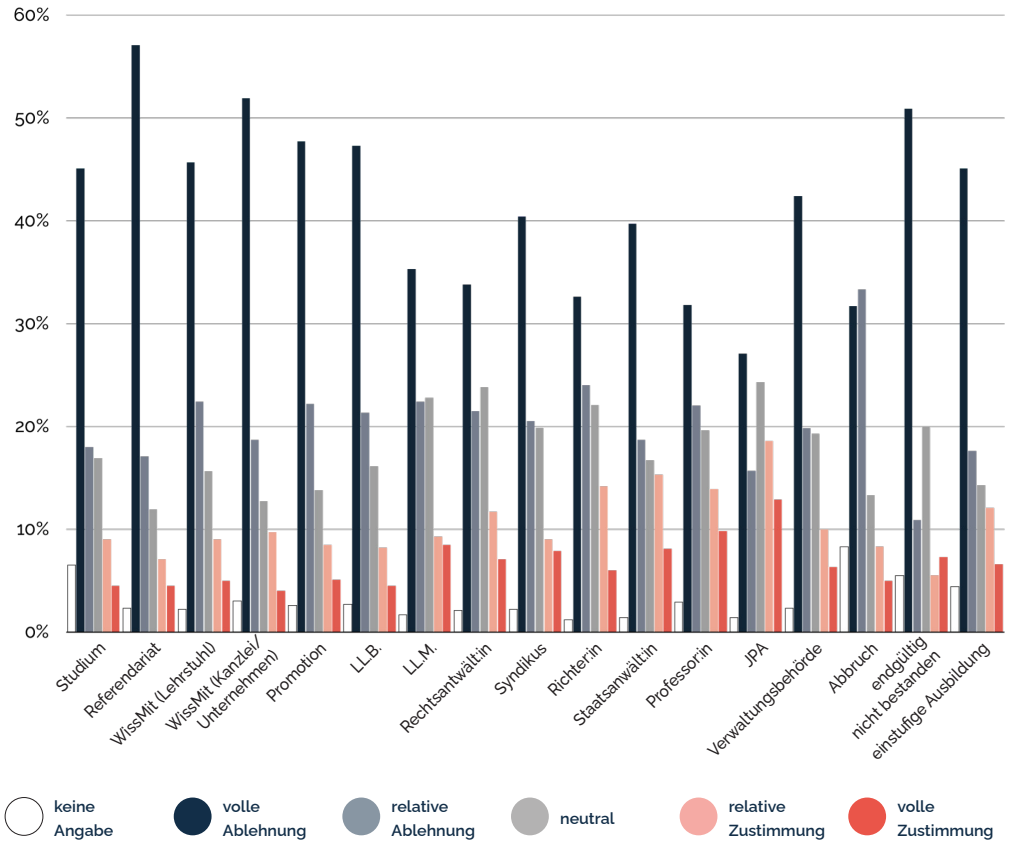
Beruf	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
Studium	6,5 %	45,1 %	18,0 %	16,9 %	9,0 %	4,5 %
Referendariat	2,3 %	57,1 %	17,1 %	11,9 %	7,1 %	4,5 %
WissMit (Lehrstuhl)	2,2 %	45,7 %	22,4 %	15,6 %	9,0 %	5,0 %
WissMit (Kanzlei)	3,0 %	51,9 %	18,7 %	12,7 %	9,7 %	4,0 %
Promotion	2,6 %	47,7 %	22,2 %	13,8 %	8,5 %	5,1 %
LL.B.	2,7 %	47,3 %	21,3 %	16,1 %	8,2 %	4,5 %
LL.M.	1,7 %	35,3 %	22,4 %	22,8 %	9,3 %	8,5 %
Rechtsanwält:in	2,1 %	33,8 %	21,5 %	23,8 %	11,7 %	7,1 %
Syndikus	2,2 %	40,4 %	20,5 %	19,9 %	9,0 %	7,9 %
Richter:in	1,2 %	32,6 %	24,0 %	22,1 %	14,2 %	6,0 %
Staatsanwält:in	1,4 %	39,7 %	18,7 %	16,7 %	15,3 %	8,1 %
Professor:in	2,9 %	31,8 %	22,0 %	19,6 %	13,9 %	9,8 %
JPA	1,4 %	27,1 %	15,7 %	24,3 %	18,6 %	12,9 %
Verwaltungsbehörde	2,3 %	42,4 %	19,8 %	19,3 %	10,0 %	6,3 %
Abbruch	8,3 %	31,7 %	33,3 %	13,3 %	8,3 %	5,0 %
endgültig nicht bestanden	5,5 %	50,9 %	10,9 %	20,0 %	5,5 %	7,3 %
einstufige Ausbildung	4,4 %	45,1 %	17,6 %	14,3 %	12,1 %	6,6 %

Sowohl die vollständige als auch die kumulierte Zustimmung sind mit 12,9 % und 31,5 % bei Mitarbeitenden in JPAs am höchsten. Eine vergleichsweise hohe Zustimmung erfährt die These außerdem bei Richter:innen, Staatsanwält:innen sowie Professor:innen mit jeweils über 20 % kumulierter Zustimmung.

Auch die Neutralität ist bei Mitarbeitenden im JPA am höchsten (24,3 %); bei Referendar:innen liegt der Wert mit 11,9 % am deutlichsten unter dem Durchschnitt von 14,3 %.

Die stärkste Ablehnung erfährt die These ebenfalls unter den Referendar:innen mit 57,1 % vollständiger und 74,2 % kumulierter Ablehnung. Werte über 70 % kumulierter Ablehnung erreichen ebenfalls die Promovierenden und wissenschaftlichen Mitarbeitenden (Kanzlei/Unternehmen), wobei hier häufig überschneidende Antworten anzunehmen sind. Personen mit LL.B.-Abschluss bleiben mit 69,9 % kumulierter Ablehnung nur knapp unter dieser Grenze. Über alle Berufsgruppen hinweg übersteigen die Ablehnungswerte die der Zustimmung deutlich.

***These 3 C** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*



5. Ergebnis bzgl. Erwartungen

Unsere Hypothese hat sich in Bezug auf die relative Ablehnung bestätigt. Allerdings ist die Ablehnung bei Referendar:innen und wissenschaftlichen Mitarbeitenden am höchsten, nicht dagegen wie vermutet bei Studierenden und Praktiker:innen.

These 3 D: Weniger umfangreiche Klausuren

1. Thesenhintergrund

Diese These wurde in der von uns ausgewerteten Literatur nicht übermäßig diskutiert, insbesondere fanden wir zwar sechs Pro-Argumente, jedoch keine Contra-Argumente.

2. Thesengestaltung

Die Klausuren sollten weniger umfangreich sein, also weniger Prüfungsstoff pro Klausur abfragen.

Für die These gab es folgende Argumente, die auf der iur.reform-Webseite als Nachweise zu finden sind:

Pro	Contra
1. Hätte man in einer Klausur mehr Zeit sich mit den einzelnen Fragen auseinanderzusetzen, könnte man die Gedanken vertiefen.	1. Die Praxis verlangt, dass man in kurzer Zeit „zum Punkt" kommt. Die wichtigen Punkte in kurzer Zeit vermitteln zu können, ist eine notwendige Fähigkeit.
2. Einzelne Klausuren erfordern die Bearbeitung von so vielen unterschiedlichen Punkten, dass man nur mit einer extremen Verengung überhaupt alle Themen bearbeiten kann. Gerade im Strafrecht geht es immer wieder um das „runterschreiben".	2. Ein breiteres Abprüfen des Prüfungsstoffes vermeidet ein Lernen auf Lücke. Denn Wissenslücken können fast nicht mehr aufgeholt werden.
3. Es ginge mit einer Entspannung der Prüfungssituation zu sehr geringen Kosten einher.	3. Damit würde einhergehen, dass man nur wenige Themen in einer Klausur abfragen könnte. Dann käme es jedoch noch stärker darauf an, dass man die ein oder zwei Themen des Sachverhalts wirklich gut beherrscht.

3. Hypothese

Wir formulierten folgende Erwartungen für die These:

- Die generelle Zustimmung wird relativ ausgeglichen bei einem Durchschnitt von 3,6 auf der Likert-Skala liegen, also mit leichter Tendenz zur vollständigen Zustimmung (Nr. 5 auf der Skala).
- Es wird aber auch viele Stimmen in Richtung (vollständiger) Ablehnung (auf der Skala 1 und 2) geben.
- Die Verteilung der Zustimmung wird nicht am Alter oder Beruf festzumachen sein.

4. Deskriptive Statistik

4.1 Gesamtauswertung

***These 3 D** Gesamtauswertung*

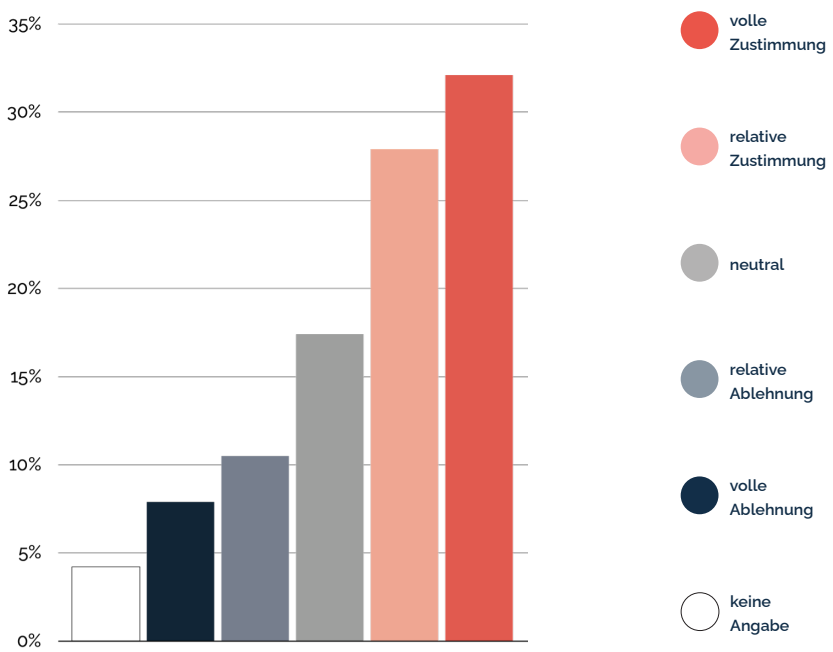
Bewertung	Anteil
keine Angabe	4,2 %
volle Ablehnung	7,9 %
relative Ablehnung	10,5 %
neutral	17,4 %
relative Zustimmung	27,9 %
volle Zustimmung	32,1 %
gesamt	**100,0 %**

In der Gesamtheit der abgegebenen Stimmen lässt sich eine Mehrheit erkennen, die der These vollständig zustimmt (32,1 %). Der These stimmen 27,9 % der Teilnehmenden relativ zu. Werden die vollständige und relative Zustimmung addiert, ergibt sich ein Gesamtwert von 60 %.

Dagegen steht die absolute Ablehnung mit 7,9 %. Angesichts dieses relativ niedrigen Wertes erscheint die in der Hypothese dargelegte Erwartungshaltung, dass es „viele“ Stimmen in Richtung (vollständiger) Ablehnung geben wird, eher fraglich. Addiert man hierzu noch die Stimmen, die die These relativ ablehnten, ergibt sich immerhin ein Wert von 18,4 % – das entspricht fast einem Fünftel der Stimmen. Doch auch vor diesem Hintergrund scheint eine Bestätigung unserer Erwartung nicht ersichtlich. Neutral zur These haben dagegen 17,4 % aller Teilnehmenden abgestimmt.

Erwartet haben wir eine durchschnittliche Zustimmung von 3,6 , doch liegt die tatsächliche Zustimmung leicht höher bei 3,7.

***These 3 D** Gesamtauswertung*



4.2 Alter

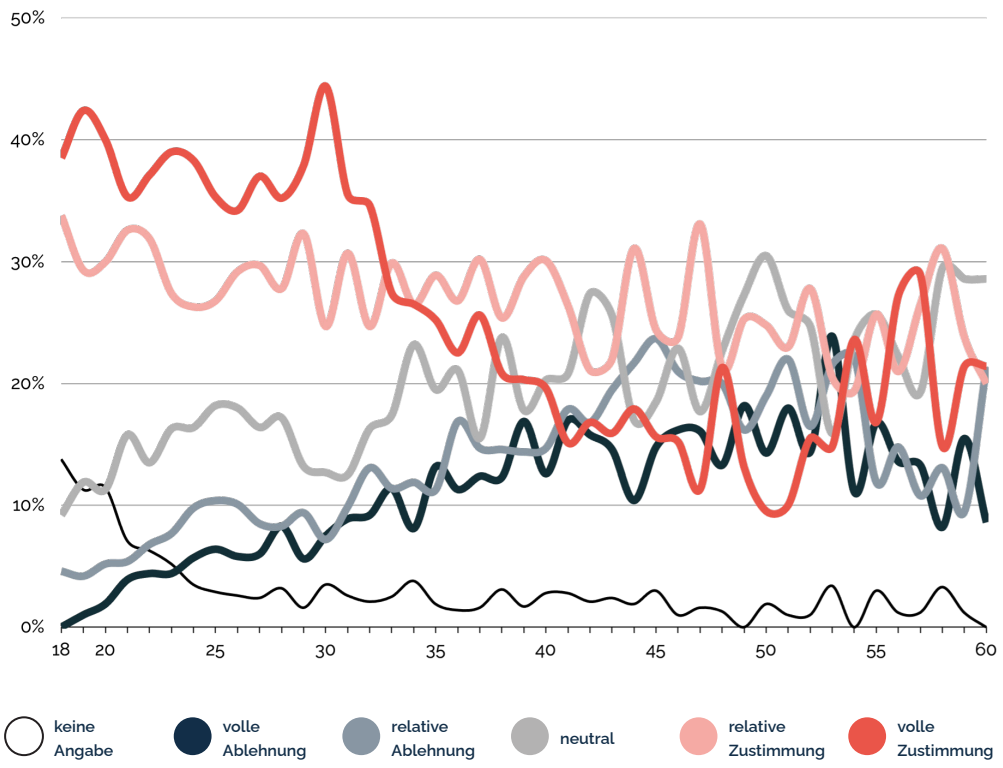
Im Vergleich zu den Zahlen aus der Gesamtauswertung zeigt sich, dass sich die Gesamtwerte nur vereinzelt im Promillebereich verschoben haben.

Auch hier zeigt sich, dass die (vollständige) Zustimmung zur These vor allem unter den Teilnehmenden im Alter zwischen 19 und 32 am höchsten war. Die entsprechenden Werte bewegen sich innerhalb dieser Kohorte konstant in einem zweistelligen Bereich, sodass zum Beispiel Maximalwerte von über 40 % erzielt werden. Entsprechend gering ist folglich auch die (vollständige) Ablehnung der These. Hier sind lediglich Werte von unter 10 % ersichtlich. Bemerkenswert ist der im Vergleich zum Abstimmungsergebnis hohe Anteil von Neutralität bei älteren Teilnehmenden.

Das Abstimmungsverhalten über diese Altersgruppe hinaus zeigt sich allerdings erheblich differenzierter und lässt sich nur schwer pauschalisieren. Deutlich wird jedoch, dass die (vollständige) Ablehnung der These bei den über 32-jährigen Teilnehmenden teils Höchstwerte (37,5 %) erzielt, die sich jedoch überwiegend eher im unteren zweistelligen Bereich bewegen, wobei es hier ebenfalls einige Ausreißer nach oben oder unten gibt. Ein Ausreißer im generellen Abstimmungsverhalten zeigt sich beispielsweise auch bei den 40-jährigen Teilnehmenden: Rund 30 % haben der These teilweise zugestimmt.

Jedoch mag daraus insgesamt eine vorsichtige Tendenz gefolgert werden, dass die (vollständige) Ablehnung der These „älterer“ Teilnehmender, also ab einem Alter von 33 Jahren, höher ist, als bei solchen bis zum Alter von 32 Jahren.

***These 3 D** Alter*



These 3 D Alter

0 keine Angabe **1** volle Ablehnung **2** relative Ablehnung **3** neutral **4** relative Zustimmung **5** volle Zustimmung

Alter	0	1	2	3	4	5
17	–	–	–	–	100 %	–
18	13,8 %	–	4,6 %	9,2 %	33,8 %	38,5 %
19	11,3 %	1,0 %	4,2 %	11,9 %	29,3 %	42,4 %
20	11,5 %	1,9 %	5,2 %	11,3 %	30,0 %	40,0 %
21	7,1 %	3,9 %	5,4 %	15,8 %	32,6 %	35,3 %
22	6,3 %	4,4 %	6,8 %	13,5 %	31,9 %	37,1 %
23	5,2 %	4,4 %	7,7 %	16,3 %	27,4 %	39,0 %
24	3,5 %	5,7 %	9,8 %	16,4 %	26,3 %	38,3 %
25	2,9 %	6,4 %	10,4 %	18,2 %	26,8 %	35,3 %
26	2,6 %	5,8 %	10,1 %	18,0 %	29,2 %	34,2 %
27	2,4 %	6,0 %	8,5 %	16,4 %	29,7 %	37,0 %
28	3,2 %	8,3 %	8,3 %	17,2 %	27,8 %	35,2 %
29	1,6 %	5,6 %	9,4 %	13,2 %	32,3 %	37,9 %
30	3,5 %	7,5 %	7,2 %	12,7 %	24,7 %	44,4 %
31	2,6 %	8,9 %	9,9 %	12,5 %	30,7 %	35,5 %
32	2,1 %	9,2 %	13,1 %	16,3 %	24,7 %	34,6 %
33	2,5 %	11,4 %	11,4 %	17,4 %	29,9 %	27,4 %
34	3,8 %	8,1 %	11,9 %	23,2 %	26,5 %	26,5 %
35	1,9 %	13,2 %	11,3 %	19,5 %	28,9 %	25,2 %
36	1,4 %	11,3 %	16,9 %	21,1 %	26,8 %	22,5 %
37	1,6 %	12,4 %	14,7 %	15,5 %	30,2 %	25,6 %
38	3,1 %	12,3 %	14,6 %	23,8 %	25,4 %	20,8 %
39	1,7 %	16,9 %	14,4 %	17,8 %	28,8 %	20,3 %
40	2,8 %	12,6 %	14,7 %	20,3 %	30,1 %	19,6 %
41	2,8 %	17,0 %	17,9 %	20,8 %	26,4 %	15,1 %
42	2,1 %	15,8 %	16,8 %	27,4 %	21,1 %	16,8 %
43	2,4 %	14,6 %	19,5 %	25,6 %	22,0 %	15,9 %
44	1,9 %	10,4 %	21,7 %	17,0 %	31,1 %	17,9 %
45	3,0 %	14,8 %	23,7 %	18,5 %	24,4 %	15,6 %
46	1,0 %	16,2 %	21,0 %	22,9 %	23,8 %	15,2 %
47	1,6 %	16,1 %	20,2 %	17,7 %	33,1 %	11,3 %
48	1,3 %	13,3 %	20,0 %	22,7 %	21,3 %	21,3 %
49	–	18,2 %	16,2 %	27,3 %	25,3 %	13,1 %
50	1,9 %	14,3 %	19,0 %	30,5 %	24,8 %	9,5 %

Alter	0	1	2	3	4	5
51	1,0 %	18,0 %	22,0 %	26,0 %	23,0 %	10,0 %
52	1,0 %	14,4 %	16,5 %	24,7 %	27,8 %	15,5 %
53	3,4 %	23,9 %	21,6 %	15,9 %	20,5 %	14,8 %
54	–	11,1 %	22,2 %	23,6 %	19,4 %	23,6 %
55	3,0 %	16,8 %	11,9 %	25,7 %	25,7 %	16,8 %
56	1,2 %	13,6 %	14,8 %	22,2 %	21,0 %	27,2 %
57	1,2 %	13,3 %	10,8 %	19,3 %	26,5 %	28,9 %
58	3,3 %	8,2 %	13,1 %	29,5 %	31,1 %	14,8 %
59	1,2 %	15,5 %	9,5 %	28,6 %	23,8 %	21,4 %
60	–	8,6 %	21,4 %	28,6 %	20,0 %	21,4 %
61	–	12,5 %	14,3 %	19,6 %	25,0 %	28,6 %
62	1,9 %	11,1 %	9,3 %	18,5 %	25,9 %	33,3 %
63	7,7 %	10,3 %	10,3 %	25,6 %	20,5 %	25,6 %
64	–	8,3 %	12,5 %	20,8 %	37,5 %	20,8 %
65	–	14,3 %	–	22,9 %	28,6 %	34,3 %
66	4,5 %	9,1 %	13,6 %	18,2 %	31,8 %	22,7 %
67	–	11,8 %	11,8 %	11,8 %	35,3 %	29,4 %
68	–	6,7 %	–	13,3 %	53,3 %	26,7 %
69	–	14,3 %	14,3 %	42,9 %	–	28,6 %
70	–	10,0 %	10,0 %	40,0 %	40,0 %	–
71	–	37,5 %	–	12,5 %	–	50,0 %
72	–	–	20,0 %	–	40,0 %	40,0 %
73	–	12,5 %	–	37,5 %	37,5 %	12,5 %
74	–	–	33,3 %	22,2 %	33,3 %	11,1 %
75	–	–	33,3 %	16,7 %	–	50,0 %
77	–	–	50,0 %	–	–	50,0 %
78	–	–	–	33,3 %	66,7 %	–
79	–	–	50,0 %	–	–	50,0 %
81	–	–	100 %	–	–	–
82	–	–	100 %	–	–	–
83	–	–	–	100 %	–	–
84	–	100 %	–	–	–	–
90	–	–	–	100 %	–	–
Σ	**3,9 %**	**7,8 %**	**10,5 %**	**17,3 %**	**28,2 %**	**32,3 %**

4.3 Geschlecht

***These 3 D** Geschlecht*

Geschlecht	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
keine Angabe	16,2 %	6,5 %	10,6 %	16,7 %	22,2 %	27,8 %
divers	7,1 %	12,5 %	10,7 %	26,8 %	17,9 %	25,0 %
männlich	3,9 %	10,8 %	12,9 %	18,6 %	27,8 %	26,0 %
weiblich	4,0 %	5,3 %	8,3 %	16,2 %	28,4 %	37,8 %
gesamt	**4,2 %**	**7,9 %**	**10,5 %**	**17,4 %**	**27,9 %**	**32,1 %**

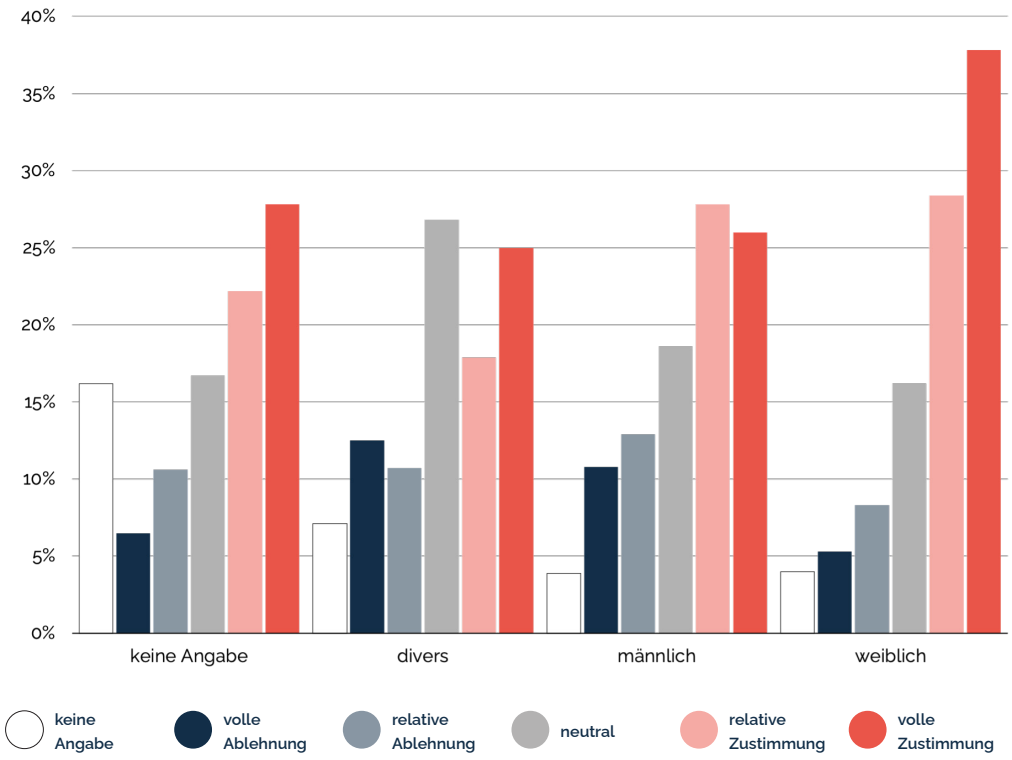
Die Tabelle zeigt deutlich, dass vor allem weibliche Teilnehmende der These mit 37,8 % am meisten zugestimmt haben und zeitgleich nur 5,3 % von ihnen die These vollständig ablehnten, was in dieser Kategorisierung der geringste Wert für diese Abstimmungsvariante ist – gefolgt von 28,4 % der weiblichen Teilnehmenden, die der These teilweise zustimmten. 16,2 % haben hingegen eine neutrale Haltung.

Die Mehrheit männlicher Teilnehmender stimmte der These demgegenüber nur teilweise zu mit 27,8 %; für eine vollständige Zustimmung votierte ein etwas kleinerer Teil dieser Gruppe (26 %). Mit 10,8 % lehnen männliche Teilnehmende die These vollständig ab – das ist somit der zweithöchste Prozentwert hinsichtlich dieser Abstimmungsoption.

Bemerkenswert ist hingegen, dass Teilnehmende, die keinem binären Geschlecht zugehören („divers“), mit 12,5 % die These am meisten vollständig ablehnten. Dies lässt sich damit erklären, dass insgesamt „nur“ 56 von 11.803 Teilnehmenden ihr Geschlecht als „divers“ angegeben haben und sieben davon die These vollständig ablehnten. Insgesamt bewegt sich der Wert vollständiger Ablehnung innerhalb der Kategorie „Geschlecht“ in einem niedrigen Bereich bei 7,9 %. Dieselbe Beobachtung lässt sich ebenso bei den Teilnehmenden anstellen, die keine Angabe zu ihrem Geschlecht gemacht haben: So haben von diesen 27,8 % der These vollständig zugestimmt, was der zweithöchste Zustimmungswert ist. Ganze 16,2 % haben gar keine Angabe zur These gemacht und sich enthalten.

Teilweise verdeutlicht die Abbildung 160 die obigen Ausführungen graphisch. Beachtenswert ist jedoch, dass – wie oben bereits erläutert – zwar der höchste Prozentwert für die vollständige Ablehnung der These unter den diversen Teilnehmenden zu finden ist. Die grafische Darstellung zeigt jedoch auch, dass dieser Anteil zahlenmäßig gering und daher im Diagramm kaum zu sehen ist.

***These 3 D** Geschlecht*



4.4 Fachsemester

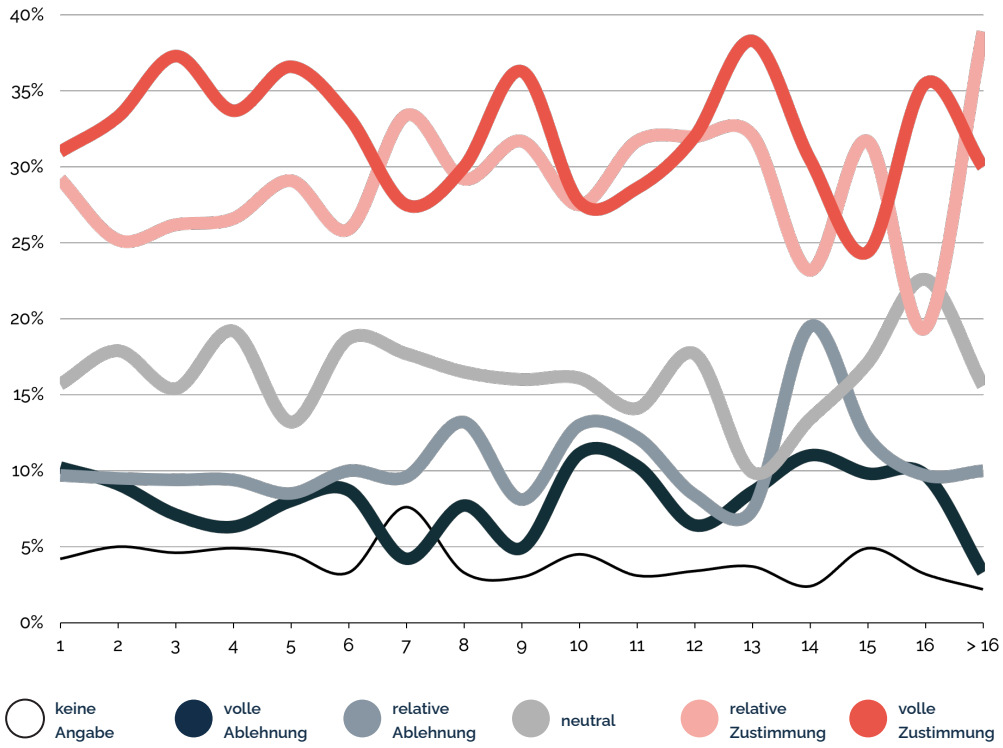
***These 3 D** Fachsemester*

Fachsemester	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
1	4,2 %	10,2 %	9,7 %	15,7 %	29,2 %	31,0 %
2	5,0 %	9,1 %	9,5 %	17,9 %	25,2 %	33,3 %
3	4,6 %	7,1 %	9,4 %	15,4 %	26,2 %	37,3 %
4	4,9 %	6,3 %	9,4 %	19,2 %	26,6 %	33,7 %
5	4,5 %	8,0 %	8,5 %	13,2 %	29,1 %	36,6 %
6	3,3 %	8,7 %	10,0 %	18,7 %	25,9 %	33,3 %
7	7,6 %	4,2 %	9,6 %	17,7 %	33,4 %	27,5 %
8	3,3 %	7,7 %	13,2 %	16,5 %	29,2 %	30,0 %
9	3,0 %	4,9 %	8,1 %	16,0 %	31,7 %	36,3 %
10	4,5 %	11,1 %	13,0 %	16,1 %	27,5 %	27,7 %
11	3,1 %	10,3 %	12,2 %	14,1 %	31,7 %	28,6 %
12	3,4 %	6,4 %	8,4 %	17,7 %	32,0 %	32,0 %
13	3,7 %	8,6 %	7,4 %	9,9 %	32,1 %	38,3 %
14	2,4 %	11,0 %	19,5 %	13,4 %	23,2 %	30,5 %
15	4,9 %	9,8 %	12,2 %	17,1 %	31,7 %	24,4 %
16	3,2 %	9,7 %	9,7 %	22,6 %	19,4 %	35,5 %
>16	2,2 %	3,3 %	10,0 %	15,6 %	38,9 %	30,0 %
gesamt	**4,3 %**	**7,8 %**	**10,2 %**	**16,5 %**	**28,8 %**	**32,5 %**

Insgesamt verdeutlicht die Tabelle, dass unter Studierenden aller Fachsemester keine klare absolute Mehrheit zu erkennen ist. Das Abstimmungsverhalten stellt sich eher komplex bzw. differenziert dar. Lediglich innerhalb der Fachsemester 2 bis 6 lässt sich eine leichte Mehrheit in Richtung vollständiger Zustimmung erkennen. Jedoch mag auch hier eine Tendenz hin zur generellen Zustimmung abzuleiten sein: Betrachtet man die Prozentwerte für jedes Fachsemester, so zeigen sich doch im Vergleich zu anderen Abstimmungsoptionen fast konstant wesentlich höhere Werte von über 20 % oder sogar 30 %. Eine ähnliche Beobachtung lässt sich auch für die teilweise Zustimmung zur These anstellen.

Interessant erscheint der Zusammenhang zwischen der Höhe des Fachsemesters und der vollständigen Ablehnung der These zu sein. So zeigt sich zum Beispiel, dass die vollständige Ablehnung unter den Studierenden in den höheren Fachsemestern (ab dem 10.) immer wieder teils „hohe“ Werte um die 10 % aufweist, wobei auch immer wieder Ausreißer nach unten festzustellen sind (zum Beispiel 6 % im 12. Fachsemester). Teils lassen sich noch höhere Werte für die relative Ablehnung der These schon ab dem 6. (10 %), respektive dem 8. Fachsemester (13 %) erkennen. Wie eingangs erwähnt, lässt sich jedoch kein Trend oder gar eine klare Mehrheit erkennen. Einzig mag aus den Ergebnissen geschlossen werden, dass tendenziell größere Unsicherheiten hinsichtlich weniger umfangreicher Klausuren zu bestehen scheinen.

***These 3 D** Fachsemester*



4.5 Gesamtnote

***These 3 D** Gesamtnote*

Gesamtnote	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
1–3	10,7 %	–	17,9 %	–	21,4 %	50,0 %
4–7	1,7 %	7,2 %	9,1 %	18,1 %	28,9 %	35,0 %
8–10	2,0 %	11,1 %	14,0 %	21,1 %	27,4 %	24,5 %
11–13	2,2 %	18,0 %	18,1 %	20,1 %	25,0 %	16,6 %
14–16	5,0 %	26,4 %	23,1 %	12,4 %	19,8 %	13,2 %
17–18	–	30,0 %	10,0 %	20,0 %	10,0 %	30,0 %
gesamt	**2,1 %**	**11,9 %**	**13,9 %**	**19,8 %**	**27,0 %**	**25,2 %**

Die Tabelle verdeutlicht ein ähnliches Ergebnis, wie die vorherige Tabelle zur Kategorisierung nach Fachsemestern: Eine klare Mehrheit ist nicht zu erkennen, vielmehr erscheint das hiesige Abstimmungsergebnis noch etwas diverser zu sein als zuvor.

Insgesamt lässt sich erkennen, dass nicht mehrheitlich für die vollständige Zustimmung abgestimmt wurde, wie dies zuvor oft der Fall gewesen ist. Vielmehr haben sich insgesamt 27 %, und damit eine leichte Mehrheit, für die teilweise Zustimmung ausgesprochen.

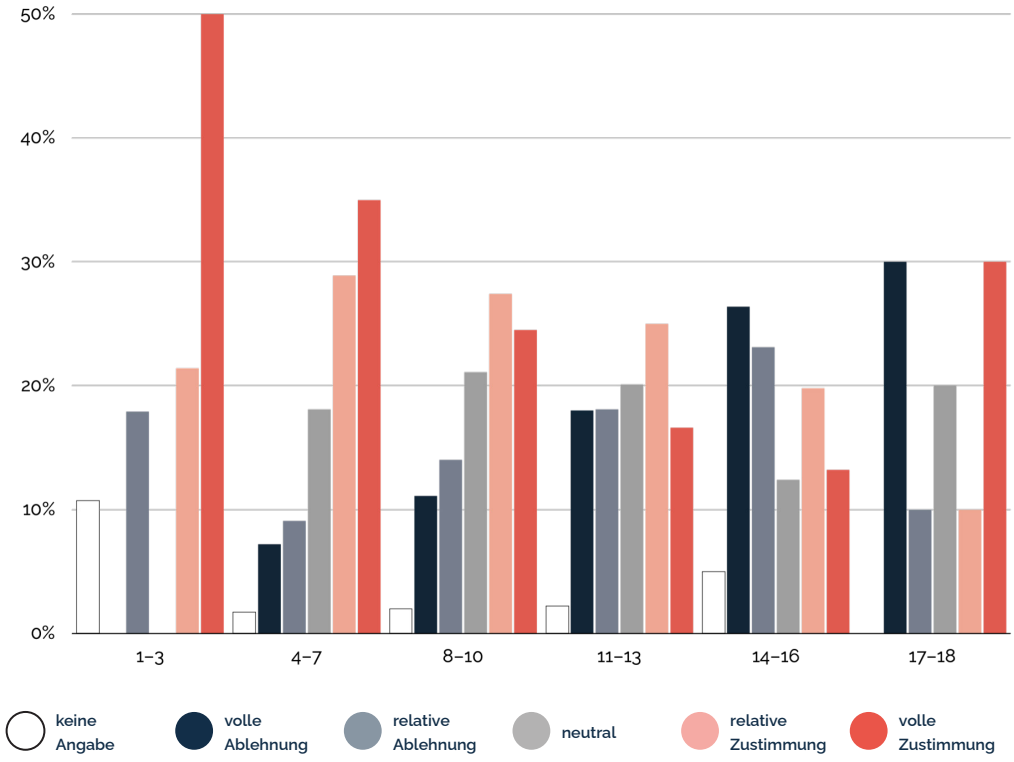
Bemerkenswert ist, dass die Teilnehmenden der Notenstufen 1–3 (50 %) sowie 4–7 (35 %) der These mehrheitlich vollständig zustimmen. Allerdings haben vor allem die Teilnehmenden innerhalb der Notenstufe 4–7 mit 28,9 % verglichen mit allen anderen Notenstufen am häufigsten für die teilweise Zustimmung abgestimmt.

Von den Teilnehmenden der Notenstufe 8–10 haben sich hingegen 27,4 % für die relative Zustimmung und „nur“ 24,5 % für die vollständige Zustimmung ausgesprochen.

Auffällig ist hier insbesondere auch der Zusammenhang zwischen der Höhe der Notenstufe und der vollständigen oder relativen Ablehnung der These. Je höher die erreichte Notenstufe ist, desto höher ist auch der Wert eben erwähnter Ablehnung der These zu sein. Für die Notenstufe 11–13 ergibt sich zum Beispiel ein Wert von 18 % für die vollständige Ablehnung. Anzumerken ist hier auch, dass 20,1 % der Teilnehmenden dieser Kategorie der These neutral gegenüberstehen. Innerhalb der Notenstufe 14–16 haben schon 26,4 % gegen die These gestimmt. Für die Notenstufe 14–16 lässt sich sogar erkennen, dass mehr Teilnehmende die These ablehnen als ihr zustimmen (13,2 %).

Im Ergebnis lässt sich daher konstatieren, dass das Abstimmungsbild insgesamt eher vage ist, eine Tendenz in Richtung einer grundsätzlichen Zustimmung zur These aber ausgeschlossen werden kann. Vielmehr lässt sich festhalten, dass nach Kategorisierung nach Notenstufen hinsichtlich der These bestehen. Die grafische Darstellung betont vor allem das differenzierte Abstimmungsbild.

***These 3 D** Gesamtnote*



4.6 Studienort

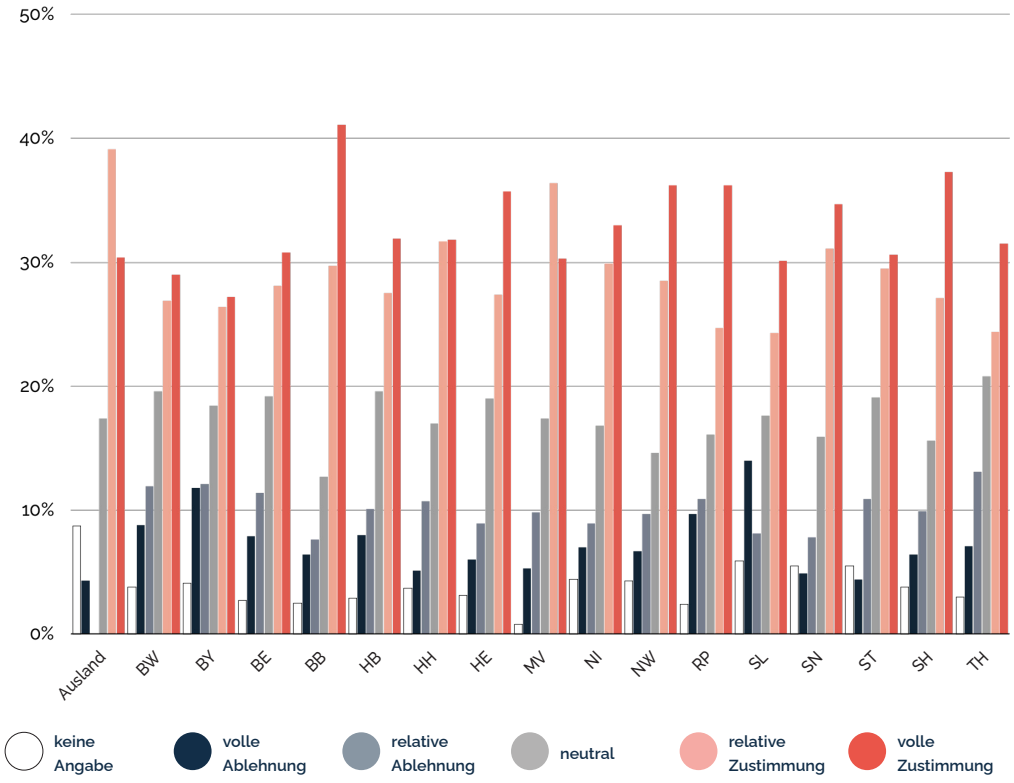
***These 3 D** Studienort*

Bundesland	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
Ausland	8,7 %	4,3 %	–	17,4 %	39,1 %	30,4 %
Baden-Württemberg	3,8 %	8,8 %	11,9 %	19,6 %	26,9 %	29,0 %
Bayern	4,1 %	11,8 %	12,1 %	18,4 %	26,4 %	27,2 %
Berlin	2,7 %	7,9 %	11,4 %	19,2 %	28,1 %	30,8 %
Brandenburg	2,5 %	6,4 %	7,6 %	12,7 %	29,7 %	41,1 %
Bremen	2,9 %	8,0 %	10,1 %	19,6 %	27,5 %	31,9 %
Hamburg	3,7 %	5,1 %	10,7 %	17,0 %	31,7 %	31,8 %
Hessen	3,1 %	6,0 %	8,9 %	19,0 %	27,4 %	35,7 %
Mecklenburg-Vorpommern	0,8 %	5,3 %	9,8 %	17,4 %	36,4 %	30,3 %
Niedersachsen	4,4 %	7,0 %	8,9 %	16,8 %	29,9 %	33,0 %
Nordrhein-Westfalen	4,3 %	6,7 %	9,7 %	14,6 %	28,5 %	36,2 %
Rheinland-Pfalz	2,4 %	9,7 %	10,9 %	16,1 %	24,7 %	36,2 %
Saarland	5,9 %	14,0 %	8,1 %	17,6 %	24,3 %	30,1 %
Sachsen	5,5 %	4,9 %	7,8 %	15,9 %	31,1 %	34,7 %
Sachsen-Anhalt	5,5 %	4,4 %	10,9 %	19,1 %	29,5 %	30,6 %
Schleswig-Holstein	3,8 %	6,4 %	9,9 %	15,6 %	27,1 %	37,3 %
Thüringen	3,0 %	7,1 %	13,1 %	20,8 %	24,4 %	31,5 %
gesamt	**3,9 %**	**7,8 %**	**10,4 %**	**17,3 %**	**28,2 %**	**32,5 %**

Die Verteilung der Abstimmungsergebnisse ist in jedem Bundesland eher differenziert, eine klare (absolute) Mehrheit für eine der Abstimmungsoptionen lässt sich nicht erkennen. Auffällig ist allerdings ein Gefälle von vollständiger Zustimmung hin zu vollständiger Ablehnung. So haben zwar erneut fast alle Bundesländer mit leichter Mehrheit für die vollständige Zustimmung zur These gestimmt, jedoch oft direkt gefolgt von einer bloßen teilweisen Zustimmung. Dabei verbleibt der Wert vollständiger Zustimmung fast kontinuierlich bei über 30 %, wobei es auch hier wieder einzelne Ausreißer gibt, so zum Beispiel Bayern mit einer vollständigen Zustimmung von „nur“ 27,2 % sowie Brandenburg mit einer solchen Zustimmung von 41,1 %. Hierbei sticht jedoch Bayern etwas hervor, denn immerhin 11,8 % der Teilnehmenden, die als Studienort „Bayern“ angegeben haben, lehnen die These vollständig ab. Dies ist zwar nicht der niedrigste Ablehnungswert. Im Kontext von vollständiger Ablehnung und Zustimmung zeigt sich jedoch, dass in diesem Verhältnis die Zustimmung am geringsten und die Ablehnung am zweithöchsten ist.

Die vollständige Ablehnung der These bewegt sich hier fast durchgängig in einem Bereich von unter 10 %, mit Ausnahme der teils oben erwähnten Ausreißer, wie Bayern oder auch das Saarland mit 14 %. Im Vergleich mit der vollständigen Ablehnung fällt zudem auf, dass die Werte für „neutral“ auf der Skala, also einem lediglich neutralen Abstimmungsverhalten wesentlich höher sind: Diese sind kontinuierlich zweistellig und erreichen Maximalwerte von um die 20 %.

***These 3 D** Studienort*



4.7 Verhältnis zur juristischen Ausbildung

***These 3 D** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*

Beruf	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
Studium	6,4 %	3,2 %	6,1 %	14,0 %	28,7 %	41,5 %
Referendariat	2,4 %	6,6 %	10,4 %	16,3 %	27,5 %	36,9 %
WissMit (Lehrstuhl)	2,1 %	12,3 %	14,2 %	19,9 %	28,7 %	22,9 %
WissMit (Kanzlei)	2,8 %	9,2 %	12,4 %	16,2 %	23,2 %	36,2 %
Promotion	2,6 %	13,0 %	13,4 %	17,7 %	29,6 %	23,7 %
LL.B.	2,7 %	4,7 %	10,6 %	14,6 %	27,7 %	39,6 %
LL.M.	1,9 %	10,6 %	12,4 %	19,7 %	27,8 %	27,6 %
Rechtsanwält:in	2,2 %	12,8 %	13,7 %	21,3 %	28,2 %	21,7 %
Syndikus	1,9 %	8,7 %	12,0 %	20,2 %	26,8 %	30,3 %
Richter:in	1,1 %	17,7 %	20,2 %	24,0 %	26,4 %	10,7 %
Staatsanwält:in	1,4 %	12,0 %	19,6 %	17,2 %	33,0 %	16,7 %
Professor:in	2,0 %	25,7 %	21,6 %	16,3 %	19,6 %	14,7 %
JPA	1,4 %	27,1 %	18,6 %	18,6 %	21,4 %	12,9 %
Verwaltungsbehörde	3,0 %	6,3 %	12,5 %	19,5 %	26,8 %	31,8 %
Abbruch	6,7 %	0,0 %	6,7 %	8,3 %	31,7 %	46,7 %
endgültig nicht bestanden	5,5 %	1,8 %	0,0 %	10,9 %	21,8 %	60,0 %
einstufige Ausbildung	5,5 %	5,5 %	8,8 %	26,4 %	27,5 %	26,4 %

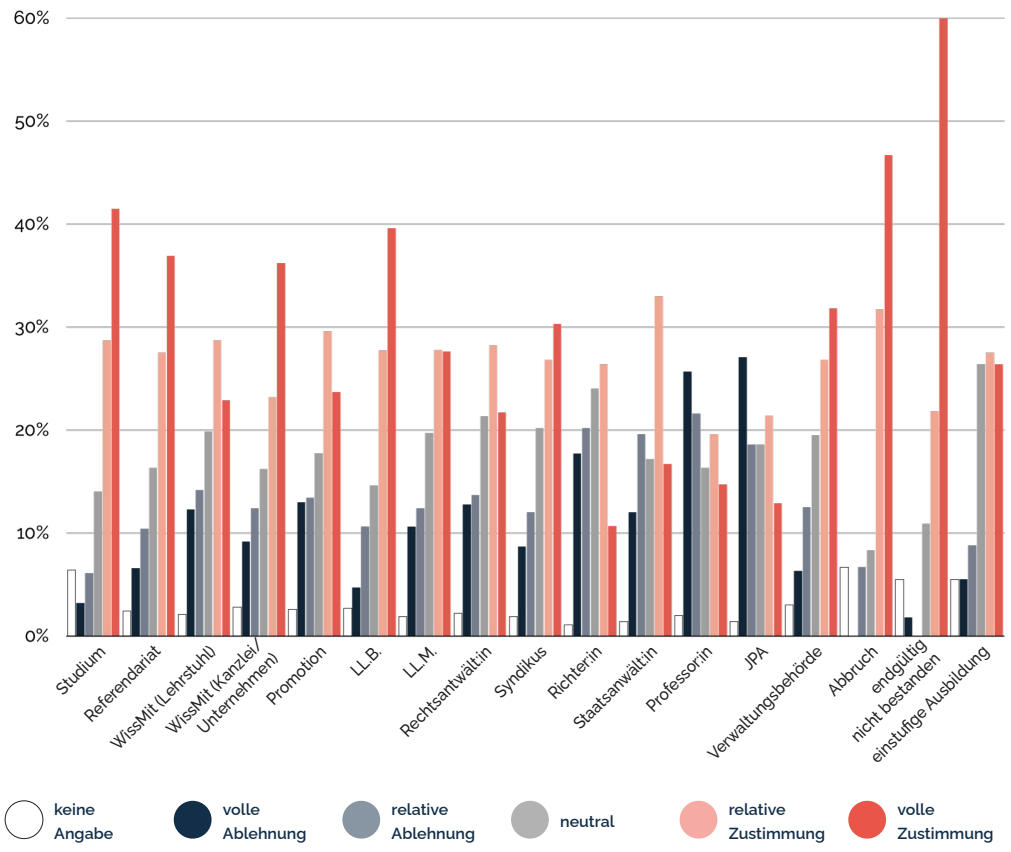
Bei Analyse der Tabelle 180 fällt direkt die mehrheitliche vollständige Zustimmung der Studierenden mit 41,5 % auf, bei einer vollständigen Ablehnung von lediglich 3,2 %. In einem ähnlichen Bereich liegende Werte lassen sich ebenfalls für Teilnehmende im Referendariat (6,6 % bzw. 36,9 %) sowie für solche, die als wissenschaftliche Mitarbeiter:innen („WissMit-Kanzlei“) in einer Kanzlei tätig sind, erkennen (9,2 % bzw. 36,2 %). Bemerkenswert sind darüber hinaus die Zustimmungswerte bei Personen, die endgültig die erste juristische Prüfung nicht bestanden haben („Endgültig NB“/60 %) sowie bei Personen, die das Studium abgebrochen haben („Studienabbruch“/46,7 %).

Im Kontrast dazu steht jedoch teilweise das Abstimmungsverhalten der Teilnehmenden, die als Volljurist:innen zu qualifizieren, zum Beispiel Richter:innen und Professor:innen: Hierbei fällt die im Verhältnis besonders niedrige vollständige Zustimmung zur These auf. Der Kategorie „Richter/in“ zugehörige Teilnehmende stimmten mit nur 10,7 % der These vollständig zu. Hingegen haben sich 17,7 % vollständig und 20,2 % teilweise gegen die These ausgesprochen. Bei den Teilnehmenden, die der Gruppe „Professor/in“ angehören, ist die generelle Ablehnung der These noch deutlicher: 25,7 % stimmten für die vollständige Ablehnung, 21,6 % für die relative Ablehnung. Allerdings gab es unter diesen auch 19,6 %, die der These relativ zustimmten. Insgesamt zeichnet sich somit ein sehr uneinheitliches, in der Tendenz teils gespaltenes Abstimmungsbild. Wiederum ein ganz anderes Bild lässt sich für Teilnehmende erkennen, die als Rechtsanwält:in tätig sind. So lässt sich hier zum Beispiel sehen, dass sich grundsätzlich und generell mehr Personen dieser Kohorte für die Zustimmung ausgesprochen haben, wobei 28,2 % relativ und 21,7 % der These vollständig zustimmen, jedoch lediglich 12,8 % die These vollständig ablehnen.

Im Ergebnis gibt es keine generelle Mehrheit bezüglich einer vollständigen Zustimmung, wie dies zuvor überwiegend zu beobachten gewesen ist. Vielmehr scheinen teils erhebliche Unsicherheiten respektive Bedenken der These gegenüber zu bestehen, wobei auffällt, dass

ein wohl näherer Bezug zur juristischen Ausbildung mit einer höheren generellen Zustimmung zu korrelieren scheint. Demgegenüber lässt sich jedoch keine klare Verbindung erkennen zwischen der Entfernung von der juristischen Ausbildung in dem Sinne, bereits Volljurist:in zu sein, und der (vollständigen) Ablehnung der These. Dieses Ergebnis bestätigt insbesondere unsere für diese These eingangs formulierte Hypothese: Die Verteilung der Zustimmung oder Ablehnung der These lässt sich nicht am Beruf festmachen.

***These 3 D** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*



5. Ergebnis bzgl. Erwartungen

Die Zustimmung der Gesamtheit der Teilnehmenden liegt bei einem Durchschnitt von 3,7 auf der Likert-Skala, wobei wir einen entsprechenden Zustimmungswert von 3,6 erwarteten. In Anbetracht dieses Ergebnisses zeigt sich eher eine Tendenz in Richtung teilweiser bzw. relativer Zustimmung. Dagegen liegt die absolute Ablehnung bei einem Wert von 7,9 %. Addiert man hierzu noch die Stimmen, die die These teilweise ablehnen, ergibt sich immerhin ein Wert von 18,4 % (generelle Ablehnung)– das entspricht fast einem Fünftel der Stimmen. Angesichts dieses relativ niedrigen Wertes erscheint die in der Hypothese dargelegte Erwartungshaltung, dass es „viele“ Stimmen in Richtung (vollständiger) Ablehnung geben wird, eher fraglich.

Darüber hinaus lässt sich keine Korrelation zwischen dem jeweiligen Beruf – und der damit eventuell einhergehenden zeitlichen Entfernung von der juristischen Ausbildung – und der Ablehnung oder Zustimmung zur Thesen konstatieren. Im Kontext der Kategorie „Alter“ wird jedoch deutlich, dass aus den Ergebnissen allenfalls eine vorsichtige Tendenz gefolgert werden kann, dass Teilnehmende ab einem Alter von 33 Jahren eher die These generell ablehnen. Da diese Folgerung allerdings sehr vage erscheint, mag die Hypothese in Hinblick auf „Alter“ und „Beruf“ als zutreffend betrachtet werden. Insgesamt betrachtet, ist die Hypothese nur teilweise zutreffend.

These 3 E: Examenshausarbeit wieder einführen

1. Thesenhintergrund

Die These zur Einführung einer Examenshausarbeit in der ersten juristischen Staatsprüfung wurde von Professor Dr. Peter Derleder diskutiert und hat in diesem Kontext eine reine Ablehnung erfahren.[1]

2. Thesengestaltung

Teil der Ersten juristischen Staatsprüfung sollte auch eine Hausarbeit sein.

Die ausgewählten Argumente, welcher auf der iur.reform-Webseite als Nachweise aufrufbar waren, sind

Pro	Contra
1. Die Examenshausarbeit war in der Vergangenheit Teil des Examens. Hier könnte auf bestehende Erfahrungen zurückgegriffen werden. Die dafür notwendigen Kapazitäten bei Korrektor:innen müssten geschaffen werden, z. B. durch finanzielle Kompensation.	1. Es werden ohnehin immer die gleichen sich bereits in vielen Texten findenden Inhalte abgeprüft. Darüber erfolgt keine eigene kreative Leistung, die irgendetwas wert wäre.
2. Auch im sonstigen Studium ist die Hausarbeit eine bewährte Prüfungsform.	2. Es ist schwer, immer wieder neue Hausarbeiten – noch dazu eine für jeden Prüfling – zu besorgen.
3. Das Studium hat einen wissenschaftlichen Anspruch, der sich in einer Hausarbeit in der Staatsexamensprüfung besser abbilden könnte.	3. Eine Hausarbeit ist sozial ungerecht. Personen aus besserem Haushalt und größeren finanziellen Mitteln können besser abschneiden.

3. Hypothese

Wir formulierten folgende Erwartungen für die These:

- Im Allgemeinen erwarten wir eine eher ablehnende Haltung zur Integration einer Examenshausarbeit in die erste juristische Staatsprüfung.
- Wir erwarten bei den Praktiker:innen ein geringes Interesse an einer Examenshausarbeit, da diese in ihrem Alltag durch übermäßig wissenschaftliches Arbeiten eher behindert würden.
- Weiter erwarten wir, dass auch Professor:innen sowie Justizprüfungsämter eher gegen die Einführung einer Examenshausarbeit abstimmen, da diese erheblichen Mehraufwand bedeuten würden.
- Bei Studierenden rechnen wir jedoch mit einem gemischten Bild, da die Examenshausarbeit eine zusätzliche Chance sein kann und gleichzeitig jedoch auch einen weiteren Aufwand darstellt.

[1] Derleder, NJW 2005, 2834 (2835).

4. Deskriptive Statistik

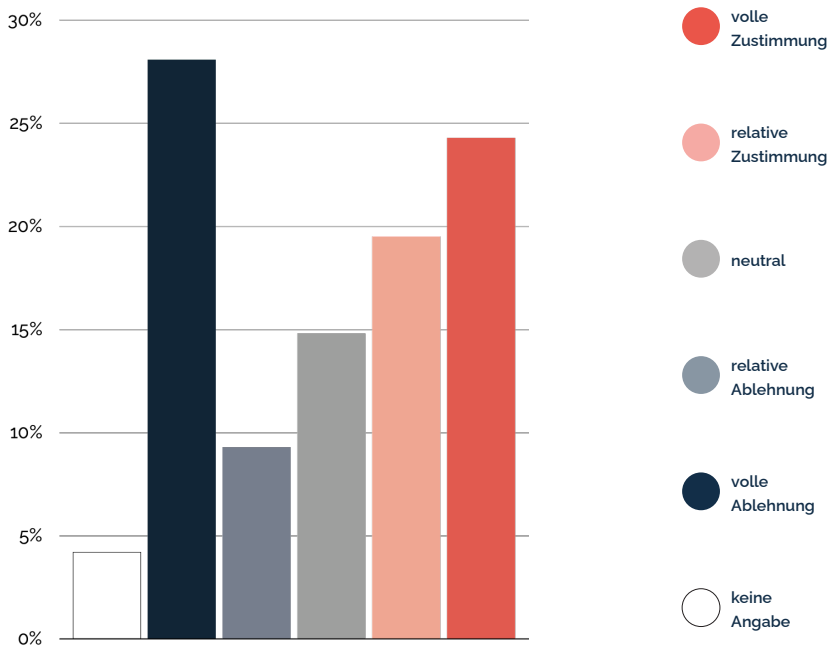
4.1 Gesamtauswertung

***These 3 E** Gesamtauswertung*

Bewertung	Anteil
keine Angabe	4,2 %
volle Ablehnung	28,1 %
relative Ablehnung	9,3 %
neutral	14,8 %
relative Zustimmung	19,5 %
volle Zustimmung	24,3 %
gesamt	**100,0 %**

Die Frage, ob eine Examenshausarbeit wieder Teil der ersten juristischen Staatsprüfung sein sollte, wird different beantwortet. So stimmen zwar 43,8 % der Gesamtheit (eher) für eine Einführung einer Examenshausarbeit. Es sprechen sich jedoch auch 37,4 % der Gesamtheit (eher) gegen eine Examenshausarbeit aus. Dabei ist der Wert der vollen Ablehnung mit 28,1 % der Gesamtheit knapp 4,0 % höher als die volle Zustimmung (24,3 % der Gesamtheit). Jede:r siebte der Befragten nimmt hierbei eine neutrale Stellung ein. Insoweit lässt sich im Ergebnis nur eine knappe Zustimmung für die Einführung der Examenshausarbeit feststellen.

***These 3 E** Gesamtauswertung*

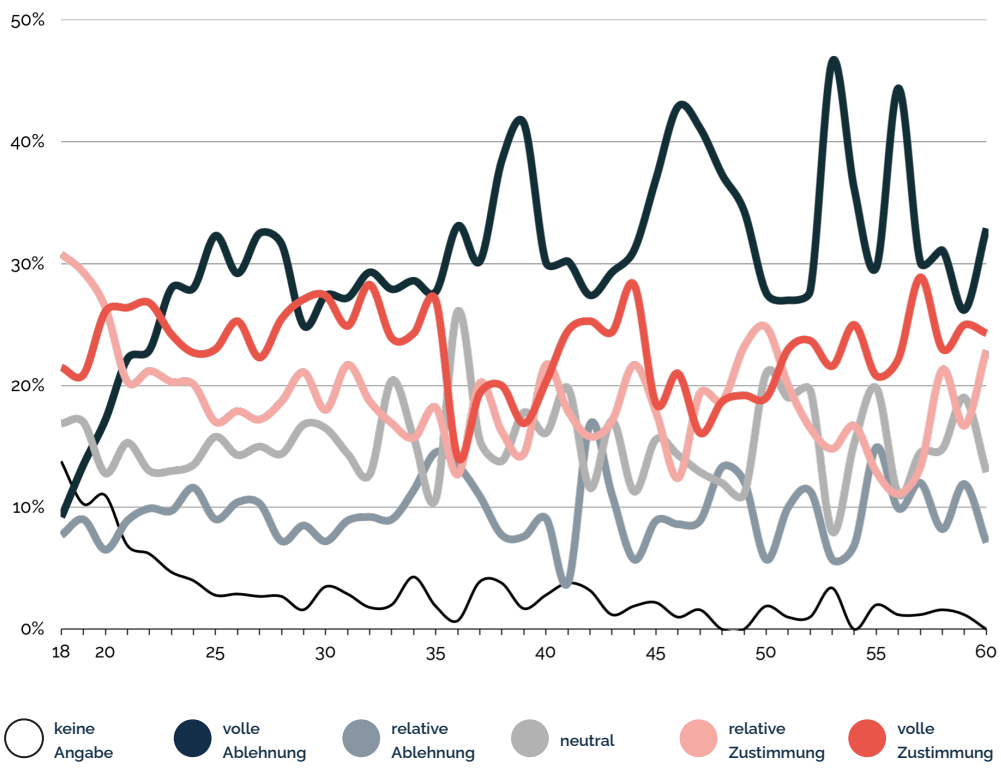


4.2 Alter

Es zeigt sich, dass sich das oben gezeichnete Bild der Gesamtheit auch in den Altersgruppen spiegelt. Mit Ausnahme der Altersgruppe 25, bei der die (eher) ablehnende Haltung mit der (eher) zustimmenden Haltung gleich auf ist, und der Altersgruppe 27, bei der die (eher) ablehnende Haltung die (eher) zustimmende Haltung überwiegt, bleibt dieser Trend bis zur Altersgruppe 35 gleich. Ab dieser Altersgruppe gleichen sich die (eher) ablehnende Haltung und die (eher) zustimmende Haltung aus, wobei es teils auch zu einem leichten Überwiegen der (eher) ablehnenden Haltung kommt.

Auch wenn man hierbei auf die relativen Anteile der jeweiligen Altersgruppen an den zustimmenden oder ablehnenden Stimmen blickt, bestätigt sich dieses Bild. Die Zustimmungsquote der 18-Jährigen liegt bei knapp über 50,0 % und sinkt dann konstant bis zur Altersgruppe der 25-Jährigen auf 40,0 %. Auffällig ist in diesem Kontext jedoch auch, dass in der Gruppe der 18- bis 22-Jährigen die Quote der Personen, die keine Stimme abgegeben haben, im Vergleich zu den sonstigen Altersgruppen anteilsmäßig hoch ist (abnehmend mit zunehmendem Alter von 13,8 % bis 6,9 %). Zwischen den Altersgruppen 25 und 28 gleicht sich der Anteil der Ablehnung und der der Zustimmung mehr und mehr an, wobei es in den Altersgruppen 25 und 27 zu einem leichten Überwiegen der Anteile an der ablehnenden Haltung und in den Altersgruppen 26 und 28 zu einem leichten Überwiegen der Anteile an der zustimmenden Haltung kommt. Innerhalb der Altersgruppen zwischen 25 und 28 kommt es jedoch zu einem deutlicheren Überwiegen der absoluten Ablehnung gegenüber der absoluten Zustimmung. Zwischen den Altersgruppen 29 und 33 kommt es dann erneut zu einem deutlicheren Überwiegen an der zustimmenden Haltung. Im Anschluss lassen sich keine deutlicheren Tendenzen über mehrere Altersgruppen hinweg feststellen. Die Anteile an der ablehnenden und der zustimmenden Haltung gleichen sich mehr und mehr an, wobei es in der Tendenz zu einem häufigeren Überwiegen zugunsten der zustimmenden Haltung kommt. Die absolute Ablehnung überwiegt in diesem Kontext jedoch stets die absolute Zustimmung und dies teils deutlich. Erst ab der Altersgruppe der über 60-Jährigen nimmt die Zustimmungsquote bezüglich der Examenshausarbeit wieder deutlich zu. Letzteres könnte damit begründet sein, dass Personen dieser Generationen noch aktiv an einer Examenshausarbeit partizipiert haben.

***These 3 E** Alter*



***These 3 E** Alter*

0 keine Angabe **1** volle Ablehnung **2** relative Ablehnung **3** neutral **4** relative Zustimmung **5** volle Zustimmung

Alter	0	1	2	3	4	5
17	–	–	–	–	–	100 %
18	13,8 %	9,2 %	7,7 %	16,9 %	30,8 %	21,5 %
19	10,3 %	13,5 %	9,0 %	17,0 %	29,3 %	20,9 %
20	11,0 %	17,2 %	6,5 %	12,8 %	26,4 %	26,1 %
21	6,9 %	22,2 %	8,9 %	15,3 %	20,3 %	26,4 %
22	6,2 %	22,9 %	9,9 %	13,0 %	21,2 %	26,8 %
23	4,7 %	28,0 %	9,7 %	13,0 %	20,3 %	24,2 %
24	4,0 %	28,0 %	11,6 %	13,5 %	20,1 %	22,7 %
25	2,8 %	32,3 %	9,0 %	15,8 %	17,0 %	23,0 %
26	2,9 %	29,2 %	10,4 %	14,3 %	17,9 %	25,3 %
27	2,7 %	32,5 %	10,3 %	15,0 %	17,2 %	22,3 %
28	2,7 %	31,6 %	7,2 %	14,4 %	18,7 %	25,5 %
29	1,6 %	24,9 %	8,5 %	16,8 %	21,1 %	27,1 %
30	3,5 %	27,4 %	7,2 %	16,5 %	18,0 %	27,4 %
31	2,9 %	27,2 %	8,9 %	14,4 %	21,7 %	24,9 %
32	1,8 %	29,3 %	9,2 %	12,7 %	18,7 %	28,3 %
33	2,0 %	27,9 %	9,0 %	20,4 %	16,9 %	23,9 %
34	4,3 %	28,6 %	11,4 %	15,7 %	15,7 %	24,3 %
35	1,9 %	27,7 %	14,5 %	10,7 %	18,2 %	27,0 %
36	0,7 %	33,1 %	13,4 %	26,1 %	12,7 %	14,1 %
37	3,9 %	30,2 %	10,9 %	15,5 %	20,2 %	19,4 %
38	3,8 %	38,5 %	7,7 %	13,8 %	16,2 %	20,0 %
39	1,7 %	41,5 %	7,6 %	17,8 %	14,4 %	16,9 %
40	2,8 %	30,1 %	9,1 %	16,1 %	21,7 %	20,3 %
41	3,8 %	30,2 %	3,8 %	19,8 %	17,9 %	24,5 %
42	3,2 %	27,4 %	16,8 %	11,6 %	15,8 %	25,3 %
43	1,2 %	29,3 %	11,0 %	17,1 %	17,1 %	24,4 %
44	1,9 %	31,1 %	5,7 %	11,3 %	21,7 %	28,3 %
45	2,2 %	37,0 %	8,9 %	15,6 %	17,8 %	18,5 %
46	1,0 %	42,9 %	8,6 %	14,3 %	12,4 %	21,0 %
47	1,6 %	41,1 %	8,9 %	12,9 %	19,4 %	16,1 %
48	–	37,3 %	13,3 %	12,0 %	18,7 %	18,7 %
49	–	34,3 %	12,1 %	11,1 %	23,2 %	19,2 %
50	1,9 %	27,6 %	5,7 %	21,0 %	24,8 %	19,0 %

Alter	0	1	2	3	4	5
51	1,0 %	27,0 %	10,0 %	19,0 %	20,0 %	23,0 %
52	1,0 %	27,8 %	11,3 %	19,6 %	16,5 %	23,7 %
53	3,4 %	46,6 %	5,7 %	8,0 %	14,8 %	21,6 %
54	–	36,1 %	6,9 %	15,3 %	16,7 %	25,0 %
55	2,0 %	29,7 %	14,9 %	19,8 %	12,9 %	20,8 %
56	1,2 %	44,4 %	9,9 %	11,1 %	11,1 %	22,2 %
57	1,2 %	30,1 %	12,0 %	14,5 %	13,3 %	28,9 %
58	1,6 %	31,1 %	8,2 %	14,8 %	21,3 %	23,0 %
59	1,2 %	26,2 %	11,9 %	19,0 %	16,7 %	25,0 %
60	–	32,9 %	7,1 %	12,9 %	22,9 %	24,3 %
61	–	26,8 %	8,9 %	7,1 %	32,1 %	25,0 %
62	3,7 %	29,6 %	3,7 %	11,1 %	18,5 %	33,3 %
63	5,1 %	15,4 %	7,7 %	12,8 %	23,1 %	35,9 %
64	–	20,8 %	16,7 %	20,8 %	16,7 %	25,0 %
65	–	11,4 %	8,6 %	17,1 %	17,1 %	45,7 %
66	9,1 %	9,1 %	–	13,6 %	27,3 %	40,9 %
67	–	35,3 %	5,9 %	–	17,6 %	41,2 %
68	–	20,0 %	–	13,3 %	20,0 %	46,7 %
69	14,3 %	14,3 %	14,3 %	14,3 %	–	42,9 %
70	–	10,0 %	10,0 %	–	50,0 %	30,0 %
71	–	25,0 %	–	–	25,0 %	50,0 %
72	–	40,0 %	–	–	20,0 %	40,0 %
73	12,5 %	12,5 %	12,5 %	12,5 %	37,5 %	12,5 %
74	–	22,2 %	–	–	44,4 %	33,3 %
75	–	16,7 %	–	–	–	83,3 %
77	–	25,0 %	–	25,0 %	–	50,0 %
78	–	33,3 %	–	33,3 %	–	33,3 %
79	–	–	–	–	50,0 %	50,0 %
81	–	–	–	100 %	–	–
82	–	–	–	–	100 %	–
83	–	–	–	–	100 %	–
84	–	100 %	–	–	–	–
90	–	100 %	–	–	–	–
Σ	**3,9 %**	**28,0 %**	**9,3 %**	**14,8 %**	**19,6 %**	**24,4 %**

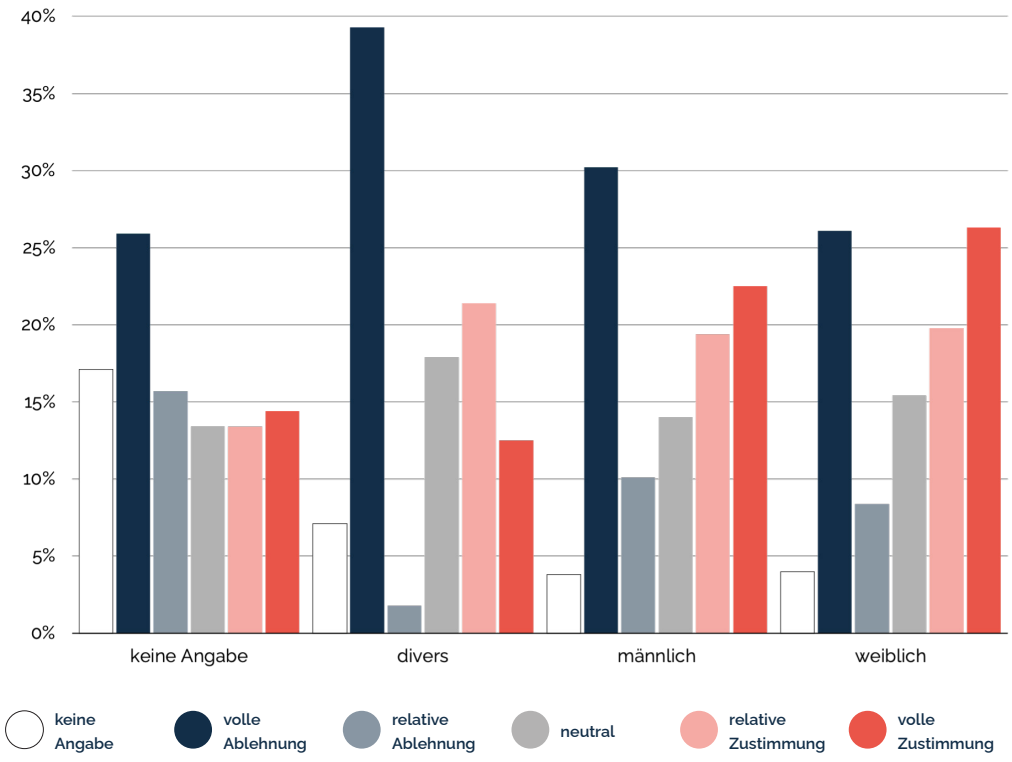
4.3 Geschlecht

***These 3 E** Geschlecht*

Geschlecht	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
keine Angabe	17,1 %	25,9 %	15,7 %	13,4 %	13,4 %	14,4 %
divers	7,1 %	39,3 %	1,8 %	17,9 %	21,4 %	12,5 %
männlich	3,8 %	30,2 %	10,1 %	14,0 %	19,4 %	22,5 %
weiblich	4,0 %	26,1 %	8,4 %	15,4 %	19,8 %	26,3 %
gesamt	**4,2 %**	**28,1 %**	**9,3 %**	**14,8 %**	**19,5 %**	**24,3 %**

Im Hinblick auf die Geschlechter zeigt sich, dass die Zustimmungsquote bei Personen weiblichen Geschlechts mit 26,3 % der vollen Zustimmung um knapp 4,0 % höher ist als bei Personen männlichen Geschlechts (22,5 % der vollen Zustimmung). Bei der ablehnenden Haltung gibt es jedoch ein leichtes Überwiegen der männlichen gegenüber den weiblichen Geschlechtern. Blickt man differenzierter auf die relativen Anteile der Geschlechter an den jeweiligen Zustimmungs- bzw. Ablehnungsquoten, so zeigt sich, dass die kumulierte Zustimmungsquoten bei Personen weiblichen Geschlechts bei 46,1 % liegt (gegenüber 30,1 % Ablehnung) während sie bei Personen männlichen Geschlechts bei 41,9 % liegt (gegenüber 40,3 % Ablehnung). Personen, die sich weder dem männlichen noch dem weiblichen Geschlecht zuordnen lehnen eine Examenshausarbeit deutlicher ab mit 41,6 % (gegenüber 33,9 % Zustimmung)

***These 3 E** Geschlecht*



4.4 Fachsemester

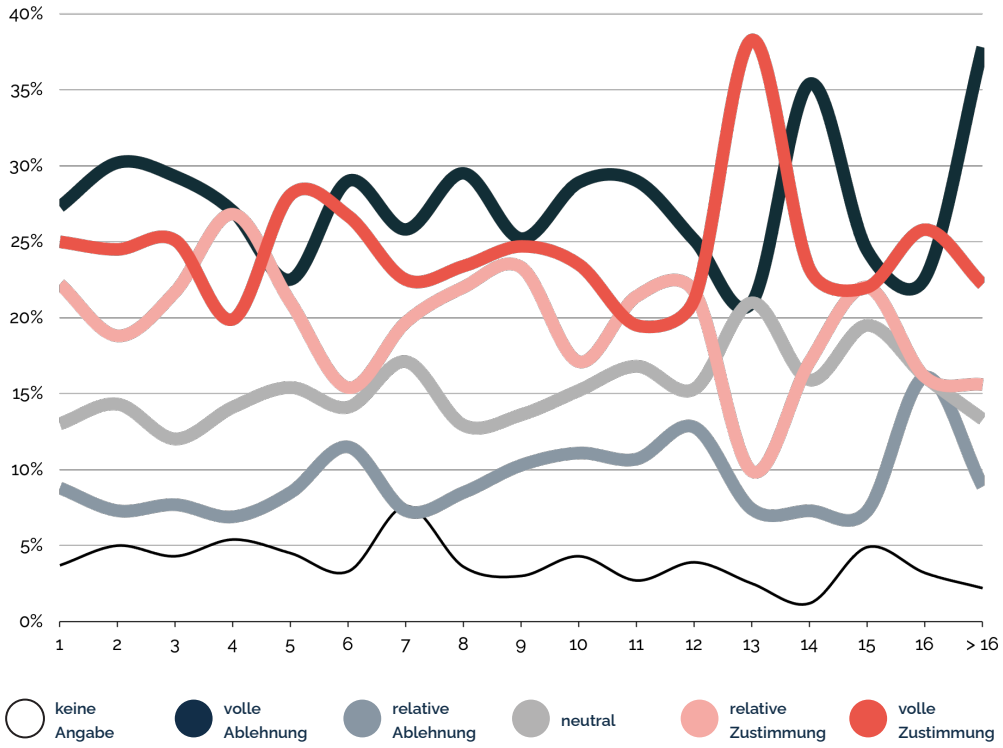
***These 3 E** Fachsemester*

Fachsemester	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
1	3,7 %	27,3 %	8,8 %	13,0 %	22,2 %	25,0 %
2	5,0 %	30,2 %	7,3 %	14,3 %	18,8 %	24,5 %
3	4,3 %	29,3 %	7,7 %	12,0 %	21,7 %	25,1 %
4	5,4 %	27,0 %	6,9 %	14,1 %	26,8 %	19,9 %
5	4,5 %	22,5 %	8,5 %	15,4 %	21,0 %	28,1 %
6	3,3 %	29,0 %	11,5 %	14,1 %	15,4 %	26,7 %
7	7,6 %	25,8 %	7,3 %	17,1 %	19,7 %	22,5 %
8	3,6 %	29,5 %	8,5 %	12,9 %	22,0 %	23,4 %
9	3,0 %	25,2 %	10,3 %	13,6 %	23,3 %	24,7 %
10	4,3 %	28,9 %	11,1 %	15,2 %	17,1 %	23,5 %
11	2,7 %	29,0 %	10,7 %	16,8 %	21,4 %	19,5 %
12	3,9 %	25,1 %	12,8 %	15,3 %	21,7 %	21,2 %
13	2,5 %	21,0 %	7,4 %	21,0 %	9,9 %	38,3 %
14	1,2 %	35,4 %	7,3 %	15,9 %	17,1 %	23,2 %
15	4,9 %	24,4 %	7,3 %	19,5 %	22,0 %	22,0 %
16	3,2 %	22,6 %	16,1 %	16,1 %	16,1 %	25,8 %
>16	2,2 %	37,8 %	8,9 %	13,3 %	15,6 %	22,2 %
gesamt	**4,2 %**	**27,6 %**	**9,1 %**	**14,6 %**	**20,4 %**	**24,0 %**

Der grundsätzliche Trend einer knapp relativen Zustimmungsquote lässt sich auch über die Fachsemester hinweg beobachten. Insbesondere zwischen den Fachsemestern 2 und 10 ist dies ausgeprägt. Im Hinblick auf Fachsemester 4 fällt die moderate Zustimmung jedoch höher aus als die absolute Zustimmung. In allen anderen Fachsemestern überwiegt die absolute Zustimmung hingegen deutlich die moderate Zustimmung oder ist dieser ebenwürdig. Kommt es hingegen zu einer ablehnenden Haltung, so ist über alle Semester hinweg ein Überwiegen der absoluten Ablehnung gegenüber der moderaten Ablehnung festzustellen. Damit überwiegt zwar über alle Fachsemester hinweg eine leichte Zustimmung, soweit es zu einer ablehnenden Haltung kommt, ist diese jedoch eindeutiger ablehnend als die zustimmende Haltung. Dies entspricht auch der grundsätzlichen Verteilung von zustimmenden und ablehnenden Haltungen der Fachsemester hinsichtlich der Gesamtstimmen.

Demnach wird das Bild differenzierter, wenn man auch auf die relativen Anteile Fachsemester im Hinblick auf die Fachsemester schaut. Doch auch hier zeigt sich das soeben skizzierte Bild in vergleichbarer Weise. Jedoch liegen die Zustimmungsquoten dabei deutlicher über den Ablehnungsquoten. Enger beieinander liegen die Anteile an den Zustimmungs- und Ablehnungsquoten nur in den Fachsemestern 6, 10, 11, 14 und ab dem 17 Fachsemester. Dabei überwiegt der Anteil an der Ablehnung knapp in Fachsemester 14 und ab dem 17. Fachsemester. Besonders deutlich ist die Zustimmung im 13. Fachsemester.

***These 3 E** Fachsemester*



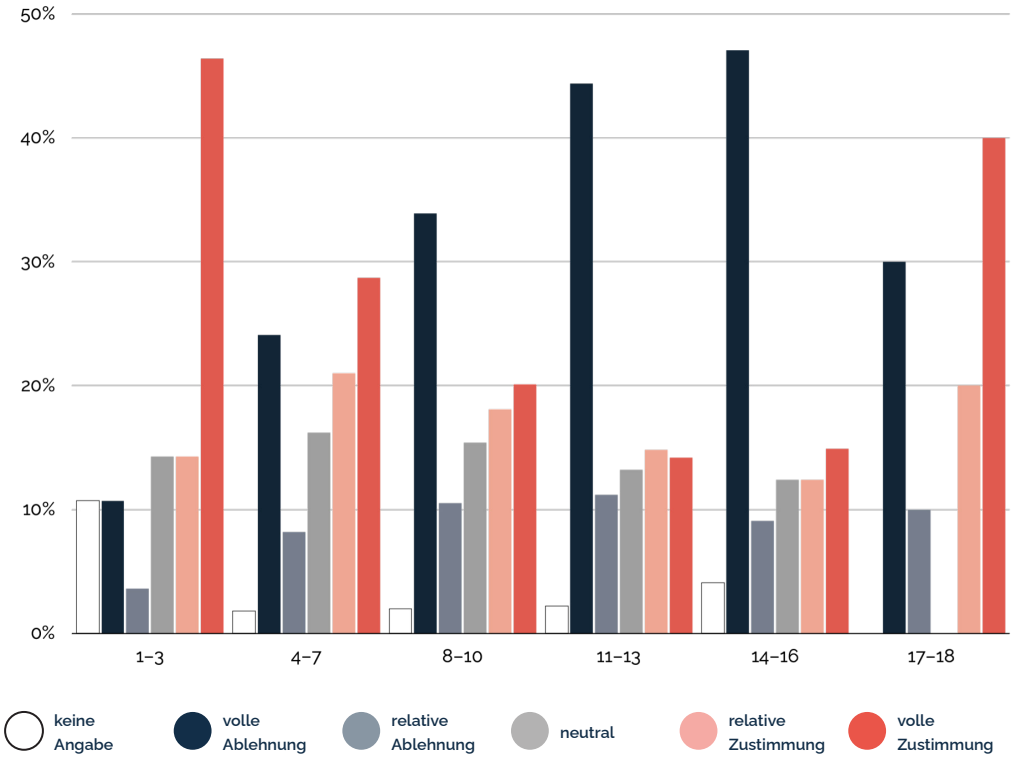
4.5 Gesamtnote

***These 3 E** Gesamtnote*

Gesamtnote	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
1–3	10,7 %	10,7 %	3,6 %	14,3 %	14,3 %	46,4 %
4–7	1,8 %	24,1 %	8,2 %	16,2 %	21,0 %	28,7 %
8–10	2,0 %	33,9 %	10,5 %	15,4 %	18,1 %	20,1 %
11–13	2,2 %	44,4 %	11,2 %	13,2 %	14,8 %	14,2 %
14–16	4,1 %	47,1 %	9,1 %	12,4 %	12,4 %	14,9 %
17–18	–	30,0 %	10,0 %	–	20,0 %	40,0 %
gesamt	**2,1 %**	**34,0 %**	**10,0 %**	**15,0 %**	**17,9 %**	**20,9 %**

Bei den höheren Notenstufen kommt es tendenziell zu einem überwiegenden relativen Anteil an den ablehnenden Stimmen gegenüber den zustimmenden. So sprechen sich in der Notenstufe 3 (8–10 Punkte) bereits 44,4 % gegen Examenshausarbeiten aus, während es auf der 4. Notenstufe (11–13 Punkte) bereits 55,6 % sind und auf der 5. Notenstufe (14–16 Punkte) 56,2 %. Auf den Notenstufen 1 (60,7 %, mit ausgeprägter absoluter Zustimmung von 46,4 %), 2 (49,7 %) und 6 (60,0 % mit ausgeprägter absoluter Zustimmung von 40,0 %) überwiegt die Zustimmung dagegen deutlich. Daraus lässt sich potenziell schließen, dass Personen, die die erste juristische Staatsprüfung unter den gegebenen Umständen bereits erfolgreich bestanden haben, eher die gegebenen Umstände hinnehmen während Personen, die die erste juristische Staatsprüfung nicht erfolgreich bestanden haben, eher für Veränderung eintreten.

***These 3 E** Gesamtnote*



4.6 Studienort

***These 3 E** Studienort*

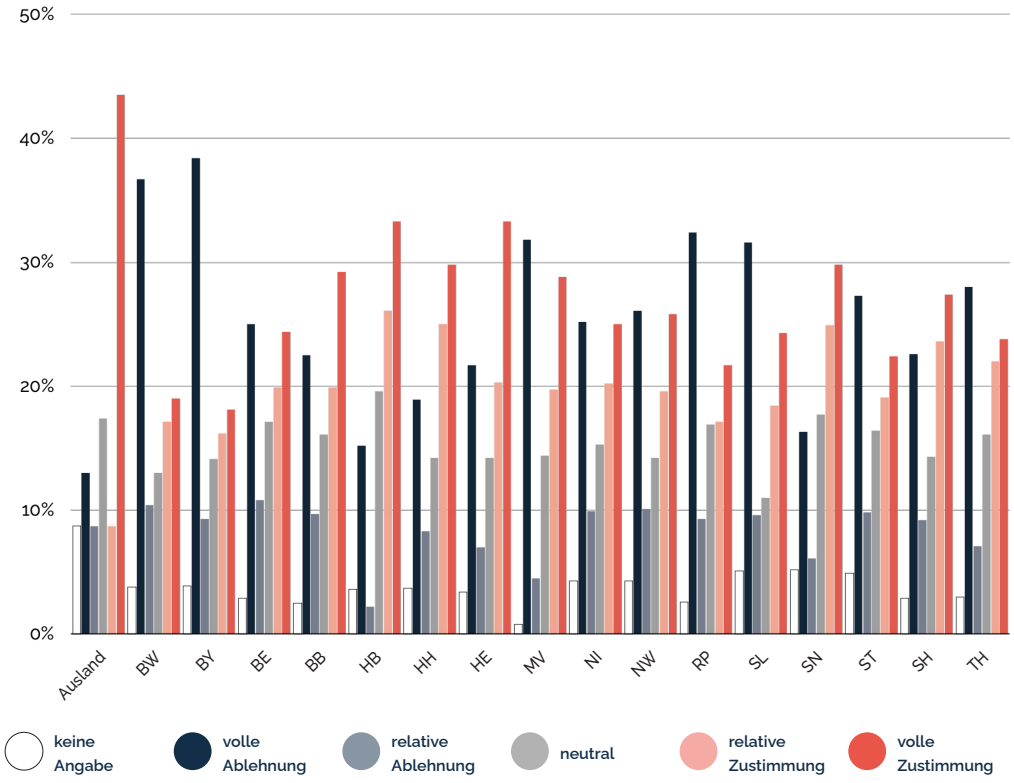
Bundesland	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
Ausland	8,7 %	13,0 %	8,7 %	17,4 %	8,7 %	43,5 %
Baden-Württemberg	3,8 %	36,7 %	10,4 %	13,0 %	17,1 %	19,0 %
Bayern	3,9 %	38,4 %	9,3 %	14,1 %	16,2 %	18,1 %
Berlin	2,9 %	25,0 %	10,8 %	17,1 %	19,9 %	24,4 %
Brandenburg	2,5 %	22,5 %	9,7 %	16,1 %	19,9 %	29,2 %
Bremen	3,6 %	15,2 %	2,2 %	19,6 %	26,1 %	33,3 %
Hamburg	3,7 %	18,9 %	8,3 %	14,2 %	25,0 %	29,8 %
Hessen	3,4 %	21,7 %	7,0 %	14,2 %	20,3 %	33,3 %
Mecklenburg-Vorpommern	0,8 %	31,8 %	4,5 %	14,4 %	19,7 %	28,8 %
Niedersachsen	4,3 %	25,2 %	9,9 %	15,3 %	20,2 %	25,0 %
Nordrhein-Westfalen	4,3 %	26,1 %	10,1 %	14,2 %	19,6 %	25,8 %
Rheinland-Pfalz	2,6 %	32,4 %	9,3 %	16,9 %	17,1 %	21,7 %
Saarland	5,1 %	31,6 %	9,6 %	11,0 %	18,4 %	24,3 %
Sachsen	5,2 %	16,3 %	6,1 %	17,7 %	24,9 %	29,8 %
Sachsen-Anhalt	4,9 %	27,3 %	9,8 %	16,4 %	19,1 %	22,4 %
Schleswig-Holstein	2,9 %	22,6 %	9,2 %	14,3 %	23,6 %	27,4 %
Thüringen	3,0 %	28,0 %	7,1 %	16,1 %	22,0 %	23,8 %
gesamt	**3,8 %**	**28,1 %**	**9,3 %**	**14,8 %**	**19,6 %**	**24,4 %**

Die aufgezeigten Trends der knappen Zustimmung spiegeln sich auch in allen Bundesländern. Dabei überwiegt in fast jedem Bundesland mit Blick auf die Gesamtstimmenanteile eine leichte Zustimmung gegenüber einer Ablehnung der Einbeziehung von Examenshausarbeiten in die erste juristische Staatsprüfung.

Blickt man auf die relativen Anteile der Bundesländer an den jeweiligen Zustimmungs- oder Ablehnungsquoten wird das Bild aber auch hier differenter. Die Anteile der zustimmenden Haltungen überwiegen die Anteile der ablehnenden Haltungen hierbei deutlicher: im Ausland mit 52,2 % (gegenüber 21,7 % Ablehnung), in Berlin mit 44,3 % (gegenüber 35,8 % Ablehnung), in Brandenburg mit 49,1 % (gegenüber 32,2 % Ablehnung), in Bremen mit 59,4 % (gegenüber 17,4 % Ablehnung), in Hamburg mit 54,8 % (gegenüber 27,2 % Ablehnung), in Hessen mit 53,6 % (gegenüber 28,7 % Ablehnung), in Mecklenburg-Vorpommern mit 48,5 % (gegenüber 36,3 % Ablehnung), in Niedersachsen mit 45,2 % (gegenüber 35,1 % Ablehnung), in Nordrhein-Westfalen mit 45,4 % (gegenüber 36,2 % Ablehnung), in Sachsen mit 54,7 % (gegenüber 22,4 % Ablehnung), in Schleswig-Holstein mit 51,0 % (gegenüber 31,8 % Ablehnung), in Thüringen mit 45,8 % (gegenüber 35,1 % Ablehnung).

Deutlicher überwiegen die relativen Anteile an den ablehnenden Stimmen in Baden-Württemberg mit 37,1 % (gegenüber 36,1 % Zustimmung) und in Bayern mit 34,3 % (gegenüber 47,7 % Ablehnung).

***These 3 E** Studienort*



4.7 Verhältnis zur juristischen Ausbildung

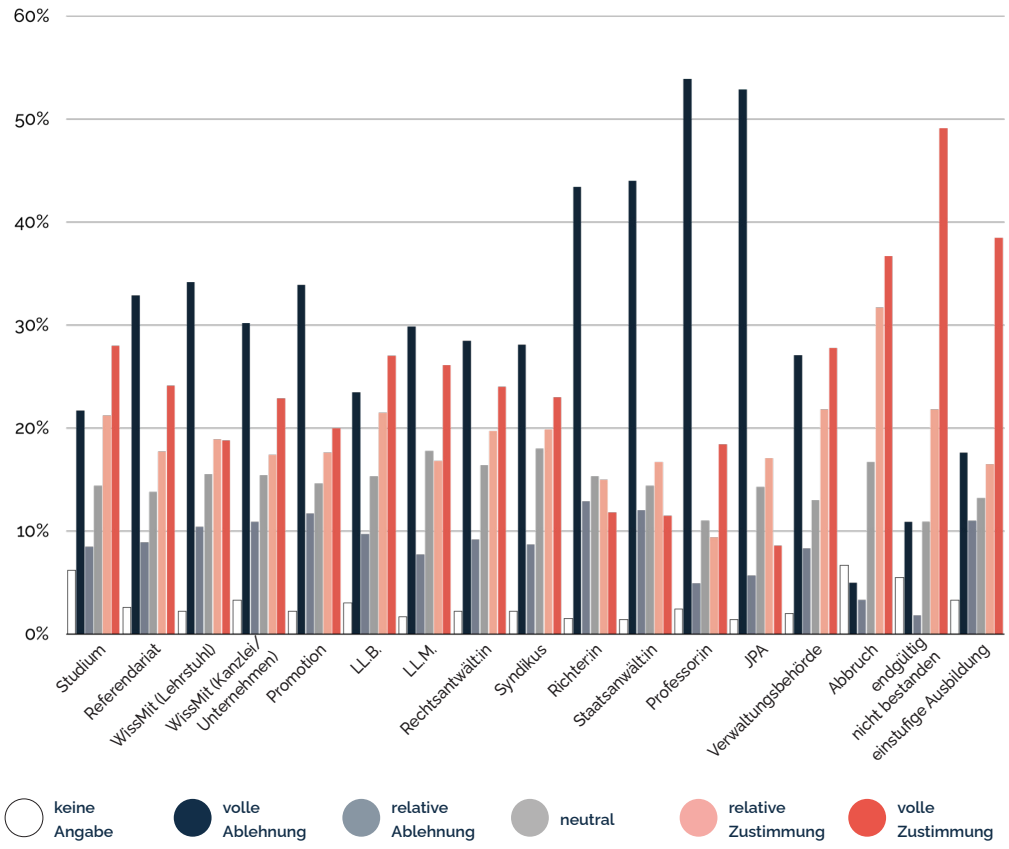
***These 3 E** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*

Beruf	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
Studium	6,2 %	21,7 %	8,5 %	14,4 %	21,2 %	28,0 %
Referendariat	2,6 %	32,9 %	8,9 %	13,8 %	17,7 %	24,1 %
WissMit (Lehrstuhl)	2,2 %	34,2 %	10,4 %	15,5 %	18,9 %	18,8 %
WissMit (Kanzlei)	3,3 %	30,2 %	10,9 %	15,4 %	17,4 %	22,9 %
Promotion	2,2 %	33,9 %	11,7 %	14,6 %	17,6 %	20,0 %
LL.B.	3,0 %	23,5 %	9,7 %	15,3 %	21,5 %	27,0 %
LL.M.	1,7 %	29,9 %	7,7 %	17,8 %	16,8 %	26,1 %
Rechtsanwält:in	2,2 %	28,5 %	9,2 %	16,4 %	19,7 %	24,0 %
Syndikus	2,2 %	28,1 %	8,7 %	18,0 %	19,9 %	23,0 %
Richter:in	1,5 %	43,4 %	12,9 %	15,3 %	15,0 %	11,8 %
Staatsanwält:in	1,4 %	44,0 %	12,0 %	14,4 %	16,7 %	11,5 %
Professor:in	2,4 %	53,9 %	4,9 %	11,0 %	9,4 %	18,4 %
JPA	1,4 %	52,9 %	5,7 %	14,3 %	17,1 %	8,6 %
Verwaltungsbehörde	2,0 %	27,1 %	8,3 %	13,0 %	21,8 %	27,8 %
Abbruch	6,7 %	5,0 %	3,3 %	16,7 %	31,7 %	36,7 %
endgültig nicht bestanden	5,5 %	10,9 %	1,8 %	10,9 %	21,8 %	49,1 %
einstufige Ausbildung	3,3 %	17,6 %	11,0 %	13,2 %	16,5 %	38,5 %

Die beschriebenen Trends zeigen sich auch in der Mehrheit der Berufs-/Ausbildungs- und Absolvent:innengruppen. Es gibt jedoch auch einzelne Ausnahmen. So zeigt sich etwa in der Gruppe der Personen, die das Studium abgebrochen haben, gar keine ablehnende Haltung hinsichtlich der kumulierten Stimmen. Eine leicht relative Ablehnung zeigt sich jedoch bei wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen am Lehrstuhl (44,6 %) und den Justizprüfungsämtern (58,6 %). Dies kann mutmaßlich damit erklärt werden, dass sich der Alltag dieser Personengruppen, da sie Studierende entweder auf die erste juristische Staatsprüfung vorbereiten oder die Prüfung abnehmen, verändern würde. Eine knapp relative Ablehnung findet sich jedoch auch bei den Gruppen der Wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen in Kanzleien (44,6 %) und Promotionsstudierenden (45,61 %). Deutlicher ist die Ablehnung bei Richter:innen (56,3 %), Staatsanwält:innen (56,0 %) und Professor:innen (58,8 %), sowie Justizprüfungsämtern (56,3 %). Bei Professor:innen kann dies mutmaßlich ebenfalls damit begründet werden, dass sich ihr Alltag durch die Einführung einer Examenshausarbeit ebenfalls verändern würde, da diese entweder Examenshausarbeiten korrigieren oder sogar bei den Justizprüfungsämtern einreichen müssten. Promovierende sind grundsätzlich auch Mitarbeitende an einem Lehrstuhl, sodass auf die o. g. Begründung verwiesen werden kann. Bei wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen in Kanzleien, Richter:innen und Staatsanwält:innen kann die ablehnende Haltung möglicherweise damit begründet werden, dass ihre Sichtweise auf die praktische juristische Arbeit ausgerichtet ist, die durch übermäßig wissenschaftliches Arbeiten eher behindert wird.

Besonders deutlich sind die kumulierten Zustimmungsquoten bei den Personen, die das Studium abgebrochen haben (68,4 %), den Personen, die die erste juristische Staatsprüfung endgültig nicht bestanden haben (70,9 %), den Personen, welche die einstufige juristische Ausbildung durchlaufen haben (55,0 %) und auch bei den Mitarbeitenden von Verwaltungsbehörden (49,6 %).

These 3 E *Verhältnis zur juristischen Ausbildung*



5. Ergebnis bzgl. Erwartungen

Unsere Erwartungen der These wurden bestätigt.

These 3 F: Kongruenz zwischen staatlicher Prüfung und Studiumsinhalten

1. Thesenhintergrund

Die These 3f findet enormen Zuspruch innerhalb der ausgewerteten Literatur. Mit 20 Proargumenten und keinen Kontraargumenten innerhalb der Literaturbeiträge findet eine tiefergehende Diskussion vor allem innerhalb der Befürworter dieser These statt. Die hier und auf der Webseite aufgeführten Kontraargumente sind vom iur.reform-Team bei der Erstellung eingefügt worden, um eine gleichförmige Argumentenzahl zu gewährleisten.

2. Thesengestaltung

Zwischen der Ersten juristischen Staatsprüfung und den Studiumsinhalten muss eine Kongruenz hergestellt werden.

Die Argumente, welche auf der Webseite zur Verfügung standen, sind:

Pro	Contra
1. Gelernt wird, was geprüft wird. Deshalb sollten auch Prüfungen im Grundstudium bereits mit Blick auf die Examensprüfungen entwickelt werden.	1. Ein Studium hängt auch im hohen Maße von Eigeninitiative ab. Studierende haben die Freiräume das zu lernen, was sie wollen und dies ganz unabhängig von den Inhalten der Prüfung.
2. Es bestehen bisher keine Leitbilder oder diese sind schlicht auf Wissensakkumulation ausgerichtet (eines der niedersten Lernziele).	2. Es besteht bereits ein Leitbild, das grundsätzlich auf die Vorbereitung für den juristischen Vorbereitungsdienst ausgelegt ist.
3. Die staatliche Prüfung orientiert sich bisher zu wenig an der Wissenschaftlichkeit, es geht eher um Wissens- und Kenntniskataloge.	3. Das Studium dient nicht allein der breiten wissenschaftlichen Auseinandersetzung bzw. allein den Prüfungen, sondern dient dem Erlernen des Handwerkszeuges zur Ausübung juristischer Berufe nach dem Vorbild des Richter:innenamtes.

3. Hypothese

Wir formulierten folgende Erwartungen für die These:

- Es wird mit einer hohen Zustimmung bei den Studierenden gerechnet.
- Dagegen ist unter Hinweis auf eine bereits bestehende Kongruenz mit einer Ablehnung innerhalb der Professor:innenschaft und vor allem mit den Justizprüfungsämtern zu rechnen.

4. Deskriptive Statistik

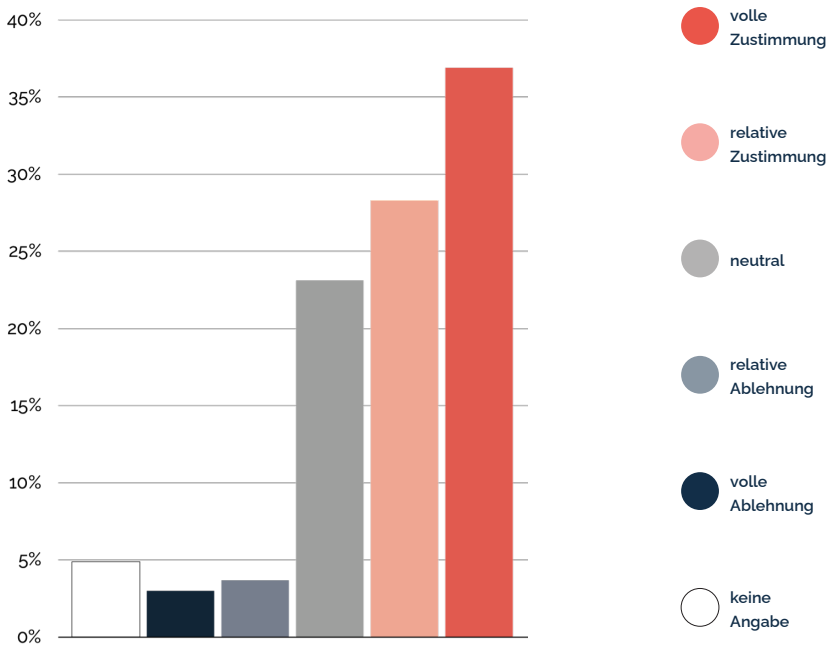
4.1 Gesamtauswertung

***These 3 F** Gesamtauswertung*

Bewertung	Anteil
keine Angabe	4,9 %
volle Ablehnung	3,0 %
relative Ablehnung	3,7 %
neutral	23,1 %
relative Zustimmung	28,3 %
volle Zustimmung	36,9 %
gesamt	**100,0 %**

Hier fällt bereits auf, dass im Vergleich zu den Befürwortenden (65,2 %) lediglich 6,7 % die These ablehnen. Die vergleichsweise hohe Enthaltungsrate von 23,1 % lässt jedoch auch auf eine recht breite Unentschlossenheit deuten.

***These 3 F** Gesamtauswertung*

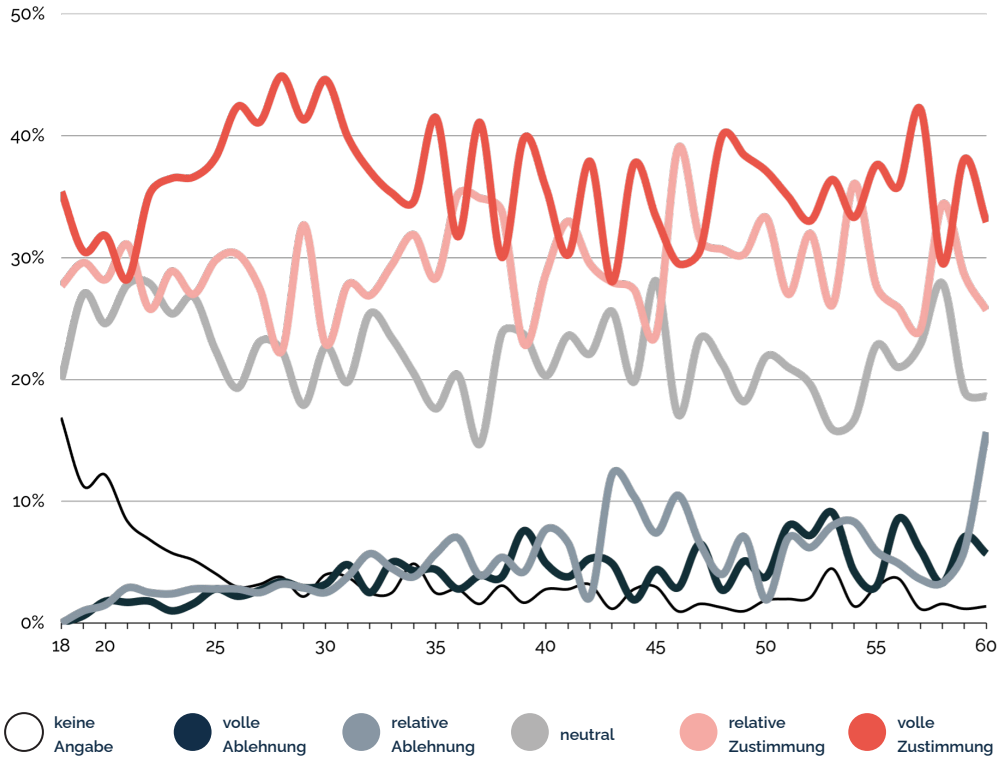


4.2 Alter

Über alle Altersklassen hinweg haben sich mehr Teilnehmende für die These ausgesprochen. Bemerkenswert ist allerdings auch, dass gerade bei den jüngsten Altersgruppen, den 18-21-jährigen Teilnehmenden jeweils über 10 % gegen eine Positionierung entschieden haben („keine Angabe“). Das ist ggf. damit erklärbar, dass diese Gruppe mangels Erfahrung, die Inhalte der Ersten juristischen Staatsprüfung nicht genau beurteilen können. Dennoch handelt es sich um eine vergleichsweise hohe Anzahl.

Besonders bemerkenswert ist darüber hinaus auch, dass in allen Altersgruppen, in denen mehr als 2 Teilnehmende vorhanden sind, eine (kombiniert) absolute Mehrheit für die These besteht.

***These 3 F** Alter*



These 3 F Alter

0 keine Angabe **1** volle Ablehnung **2** relative Ablehnung **3** neutral **4** relative Zustimmung **5** volle Zustimmung

Alter	0	1	2	3	4	5
17	–	–	–	–	100 %	–
18	16,9 %	–	–	20,0 %	27,7 %	35,4 %
19	11,3 %	0,6 %	1,0 %	27,0 %	29,6 %	30,5 %
20	12,2 %	1,8 %	1,5 %	24,6 %	28,2 %	31,8 %
21	8,4 %	1,7 %	2,9 %	27,8 %	31,1 %	28,2 %
22	6,9 %	1,8 %	2,5 %	27,9 %	25,8 %	35,2 %
23	5,8 %	1,0 %	2,4 %	25,4 %	28,9 %	36,5 %
24	5,2 %	1,6 %	2,8 %	26,8 %	27,0 %	36,6 %
25	4,1 %	2,8 %	2,8 %	22,4 %	29,8 %	38,2 %
26	3,0 %	2,2 %	2,8 %	19,3 %	30,3 %	42,4 %
27	3,2 %	2,7 %	2,5 %	23,1 %	27,5 %	41,1 %
28	3,8 %	3,4 %	3,2 %	22,4 %	22,3 %	44,9 %
29	2,2 %	2,9 %	2,9 %	17,9 %	32,7 %	41,3 %
30	4,0 %	3,2 %	2,5 %	22,7 %	22,9 %	44,6 %
31	3,8 %	4,8 %	3,8 %	19,8 %	27,8 %	39,9 %
32	2,5 %	2,5 %	5,7 %	25,4 %	26,9 %	37,1 %
33	2,5 %	5,0 %	4,5 %	23,4 %	29,4 %	35,3 %
34	4,9 %	4,3 %	3,8 %	20,5 %	31,9 %	34,6 %
35	2,5 %	4,4 %	5,7 %	17,6 %	28,3 %	41,5 %
36	2,8 %	2,8 %	7,0 %	20,4 %	35,2 %	31,7 %
37	1,6 %	3,9 %	3,9 %	14,7 %	34,9 %	41,1 %
38	3,1 %	3,8 %	5,4 %	23,8 %	33,8 %	30,0 %
39	1,7 %	7,6 %	4,2 %	23,7 %	22,9 %	39,8 %
40	2,8 %	4,9 %	7,7 %	20,3 %	28,7 %	35,7 %
41	2,8 %	3,8 %	6,6 %	23,6 %	33,0 %	30,2 %
42	3,2 %	5,3 %	2,1 %	22,1 %	29,5 %	37,9 %
43	1,2 %	4,9 %	12,2 %	25,6 %	28,0 %	28,0 %
44	2,8 %	1,9 %	10,4 %	19,8 %	27,4 %	37,7 %
45	3,0 %	4,4 %	7,4 %	28,1 %	23,7 %	33,3 %
46	1,0 %	2,9 %	10,5 %	17,1 %	39,0 %	29,5 %
47	1,6 %	6,5 %	6,5 %	23,4 %	31,5 %	30,6 %
48	1,3 %	2,7 %	4,0 %	21,3 %	30,7 %	40,0 %
49	1,0 %	5,1 %	7,1 %	18,2 %	30,3 %	38,4 %
50	1,9 %	3,8 %	1,9 %	21,9 %	33,3 %	37,1 %

Alter	0	1	2	3	4	5
51	2,0 %	8,0 %	7,0 %	21,0 %	27,0 %	35,0 %
52	2,1 %	7,2 %	6,2 %	19,6 %	32,0 %	33,0 %
53	4,5 %	9,1 %	8,0 %	15,9 %	26,1 %	36,4 %
54	1,4 %	4,2 %	8,3 %	16,7 %	36,1 %	33,3 %
55	3,0 %	3,0 %	5,9 %	22,8 %	27,7 %	37,6 %
56	3,7 %	8,6 %	4,9 %	21,0 %	25,9 %	35,8 %
57	1,2 %	6,0 %	3,6 %	22,9 %	24,1 %	42,2 %
58	1,6 %	3,3 %	3,3 %	27,9 %	34,4 %	29,5 %
59	1,2 %	7,1 %	6,0 %	19,0 %	28,6 %	38,1 %
60	1,4 %	5,7 %	15,7 %	18,6 %	25,7 %	32,9 %
61	–	3,6 %	7,1 %	21,4 %	25,0 %	42,9 %
62	3,7 %	1,9 %	5,6 %	18,5 %	31,5 %	38,9 %
63	10,3 %	2,6 %	5,1 %	20,5 %	15,4 %	46,2 %
64	4,2 %	–	16,7 %	16,7 %	20,8 %	41,7 %
65	2,9 %	5,7 %	2,9 %	20,0 %	31,4 %	37,1 %
66	4,5 %	4,5 %	4,5 %	4,5 %	36,4 %	45,5 %
67	–	5,9 %	5,9 %	29,4 %	5,9 %	52,9 %
68	–	6,7 %	–	6,7 %	33,3 %	53,3 %
69	–	–	–	14,3 %	14,3 %	71,4 %
70	–	–	–	30,0 %	20,0 %	50,0 %
71	–	–	–	12,5 %	50,0 %	37,5 %
72	–	–	–	40,0 %	20,0 %	40,0 %
73	–	–	–	12,5 %	37,5 %	50,0 %
74	–	–	–	33,3 %	22,2 %	44,4 %
75	–	–	16,7 %	16,7 %	–	66,7 %
77	–	–	–	25,0 %	25,0 %	50,0 %
78	–	–	–	66,7 %	–	33,3 %
79	–	–	50,0 %	–	–	50,0 %
81	–	–	–	–	100 %	–
82	–	–	–	–	–	100 %
83	–	100 %	–	–	–	–
84	–	–	–	–	–	100 %
90	–	–	–	–	–	100 %
Σ	**4,7 %**	**3,0 %**	**3,7 %**	**23,0 %**	**28,5 %**	**37,2 %**

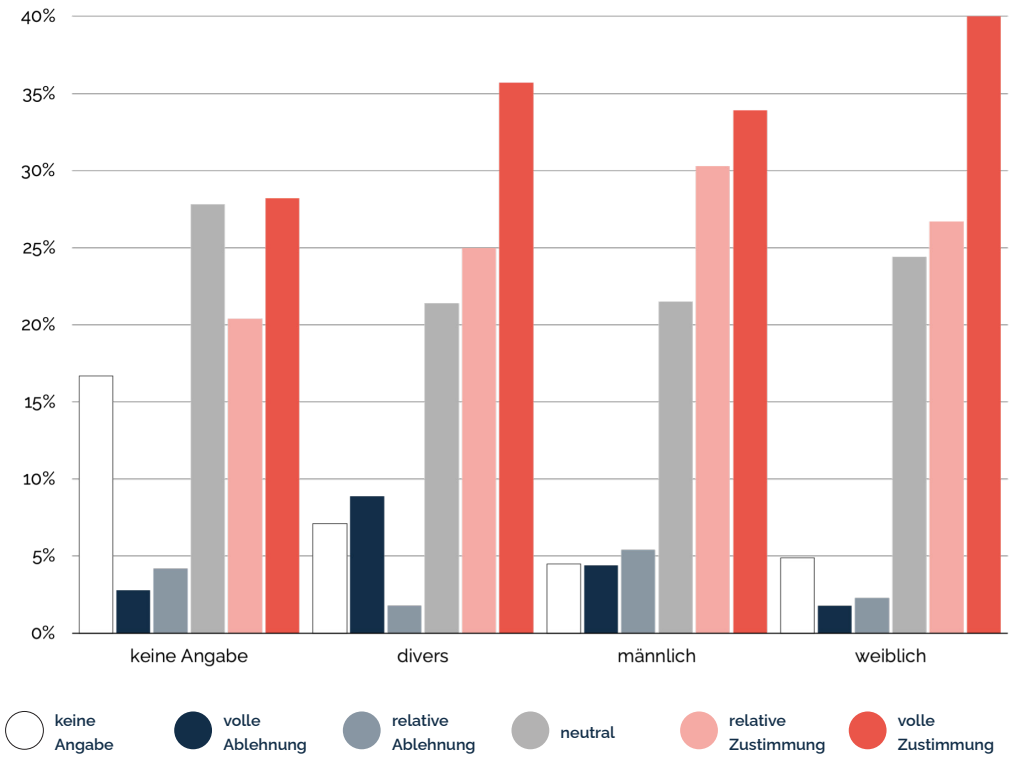
4.3 Geschlecht

***These 3 F** Geschlecht*

Geschlecht	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
keine Angabe	16,7 %	2,8 %	4,2 %	27,8 %	20,4 %	28,2 %
divers	7,1 %	8,9 %	1,8 %	21,4 %	25,0 %	35,7 %
männlich	4,5 %	4,4 %	5,4 %	21,5 %	30,3 %	33,9 %
weiblich	4,9 %	1,8 %	2,3 %	24,4 %	26,7 %	40,0 %
gesamt	**4,9 %**	**3,0 %**	**3,7 %**	**23,1 %**	**28,3 %**	**36,9 %**

Auch unter Betrachtung der Teilnehmenden nach Geschlecht ist die Zustimmung zur These in allen Gruppen nahezu ungebrochen hoch. Während die weiblichen Teilnehmenden zwar mit 4,3 Prozentpunkten mehr, respektive 6,1 Prozentpunkten mehr gegenüber den diversen und männlichen Teilnehmenden für die volle Zustimmung stimmten, sind die Werte der Ablehnung – auch der kombinierten Ablehnung, nur unter diversen Teilnehmenden überhaupt über 10 % (dort mit 10,7 %).

***These 3 F** Geschlecht*



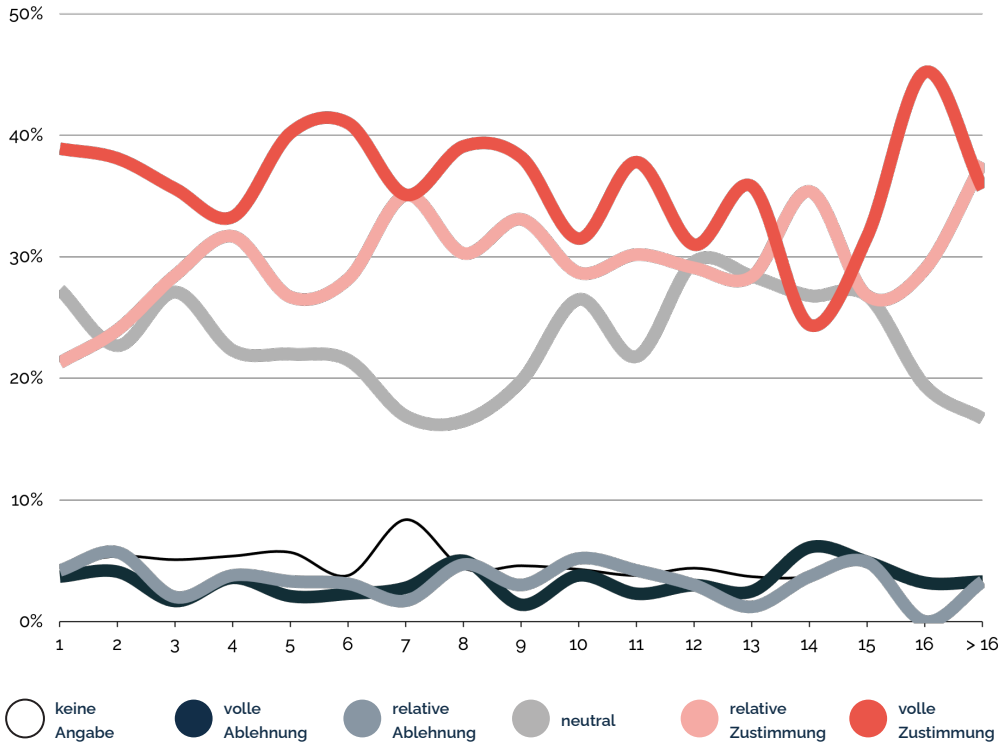
4.4 Fachsemester

***These 3 F** Fachsemester*

Fachsemester	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
1	4,6 %	3,7 %	4,2 %	27,3 %	21,3 %	38,9 %
2	5,4 %	4,1 %	5,7 %	22,7 %	24,0 %	38,1 %
3	5,1 %	1,7 %	2,0 %	27,1 %	28,5 %	35,6 %
4	5,4 %	3,6 %	3,8 %	22,3 %	31,7 %	33,3 %
5	5,7 %	2,1 %	3,3 %	22,0 %	26,7 %	40,2 %
6	3,8 %	2,3 %	3,1 %	21,5 %	28,2 %	41,0 %
7	8,4 %	2,8 %	1,7 %	16,9 %	35,1 %	35,1 %
8	4,4 %	5,0 %	4,7 %	16,5 %	30,3 %	39,1 %
9	4,6 %	1,4 %	3,0 %	19,8 %	33,1 %	38,2 %
10	4,3 %	3,8 %	5,2 %	26,5 %	28,7 %	31,5 %
11	3,8 %	2,3 %	4,2 %	21,8 %	30,2 %	37,8 %
12	4,4 %	3,0 %	3,0 %	29,6 %	29,1 %	31,0 %
13	3,7 %	2,5 %	1,2 %	28,4 %	28,4 %	35,8 %
14	3,7 %	6,1 %	3,7 %	26,8 %	35,4 %	24,4 %
15	4,9 %	4,9 %	4,9 %	26,8 %	26,8 %	31,7 %
16	3,2 %	3,2 %	–	19,4 %	29,0 %	45,2 %
>16	3,3 %	3,3 %	3,3 %	16,7 %	37,8 %	35,6 %
gesamt	**5,0 %**	**3,1 %**	**3,6 %**	**22,5 %**	**29,3 %**	**36,5 %**

In keinem Fachsemester übersteigt die (kombinierte) Ablehnung 10 %. In allen Fachsemestern besteht auf der anderen Seite eine kombinierte absolute Zustimmung. Bemerkenswert sind die regelmäßig bei einem Viertel liegenden neutralen Stimmen. Dies ist jedoch nicht so bei den Fachsemestern 7–11. Im Übrigen sind die Ergebnisse konsistent mit den Gesamtzahlen.

***These 3 F** Fachsemester*



4.5 Gesamtnote

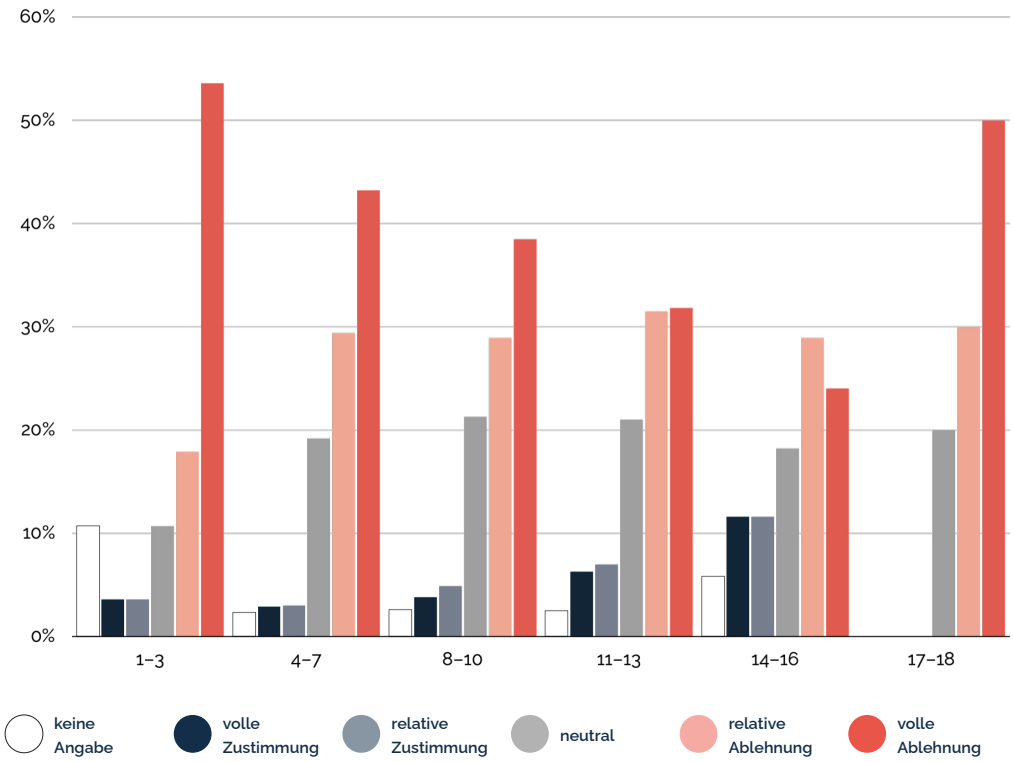
***These 3 F** Gesamtnote*

Gesamtnote	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
1–3	10,7 %	3,6 %	3,6 %	10,7 %	17,9 %	53,6 %
4–7	2,3 %	2,9 %	3,0 %	19,2 %	29,4 %	43,2 %
8–10	2,6 %	3,8 %	4,9 %	21,3 %	28,9 %	38,5 %
11–13	2,5 %	6,3 %	7,0 %	21,0 %	31,5 %	31,8 %
14–16	5,8 %	11,6 %	11,6 %	18,2 %	28,9 %	24,0 %
17–18	–	–	–	20,0 %	30,0 %	50,0 %
gesamt	**2,6 %**	**4,3 %**	**5,0 %**	**20,6 %**	**29,5 %**	**37,9 %**

Auf den ersten Blick bemerkenswert ist, dass in der Notenstufe 1-3 eine absolute Mehrheit alleine bei der vollen Zustimmung besteht. Aber auch bei den übrigen Jahrgängen besteht eine absolute Mehrheit zumindest in kombinierter Betrachtung der Werte 4 und 5.

Bei höheren Notenstufen steigt die Ablehnung etwas. Im Gegensatz zu vorherigen Merkmalen übersteigt die (kombinierte) Ablehnung in den Notenstufen 11–13 und 14–16 jeweils 10 %, in der Notenstufe 14–16 liegen sogar kombiniert 23,2 % Ablehnung vor.

***These 3 F** Gesamtnote*



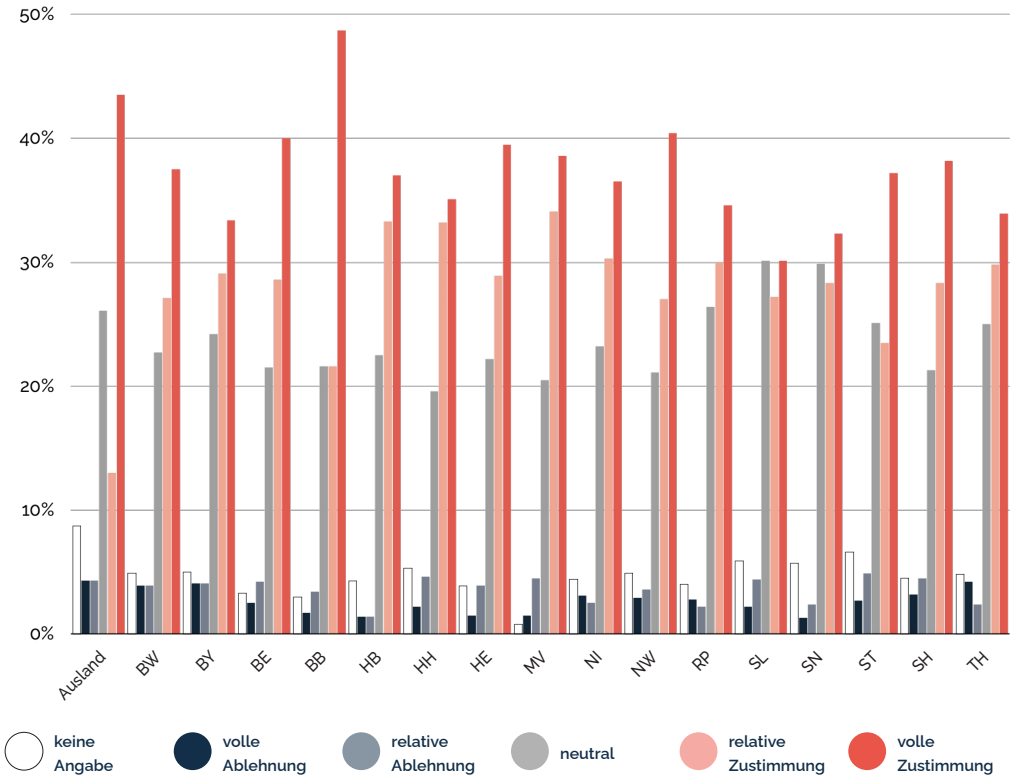
4.6 Studienort

***These 3 F** Studienort*

Bundesland	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
Ausland	8,7 %	4,3 %	4,3 %	26,1 %	13,0 %	43,5 %
Baden-Württemberg	4,9 %	3,9 %	3,9 %	22,7 %	27,1 %	37,5 %
Bayern	5,0 %	4,1 %	4,1 %	24,2 %	29,1 %	33,4 %
Berlin	3,3 %	2,5 %	4,2 %	21,5 %	28,6 %	40,0 %
Brandenburg	3,0 %	1,7 %	3,4 %	21,6 %	21,6 %	48,7 %
Bremen	4,3 %	1,4 %	1,4 %	22,5 %	33,3 %	37,0 %
Hamburg	5,3 %	2,2 %	4,6 %	19,6 %	33,2 %	35,1 %
Hessen	3,9 %	1,5 %	3,9 %	22,2 %	28,9 %	39,5 %
Mecklenburg-Vorpommern	0,8 %	1,5 %	4,5 %	20,5 %	34,1 %	38,6 %
Niedersachsen	4,4 %	3,1 %	2,5 %	23,2 %	30,3 %	36,5 %
Nordrhein-Westfalen	4,9 %	2,9 %	3,6 %	21,1 %	27,0 %	40,4 %
Rheinland-Pfalz	4,0 %	2,8 %	2,2 %	26,4 %	30,0 %	34,6 %
Saarland	5,9 %	2,2 %	4,4 %	30,1 %	27,2 %	30,1 %
Sachsen	5,7 %	1,3 %	2,4 %	29,9 %	28,3 %	32,3 %
Sachsen-Anhalt	6,6 %	2,7 %	4,9 %	25,1 %	23,5 %	37,2 %
Schleswig-Holstein	4,5 %	3,2 %	4,5 %	21,3 %	28,3 %	38,2 %
Thüringen	4,8 %	4,2 %	2,4 %	25,0 %	29,8 %	33,9 %
gesamt	**4,7 %**	**3,0 %**	**3,6 %**	**23,1 %**	**28,5 %**	**37,2 %**

In der Auswertung der These nach Studienort fällt unmittelbar erneut auf, dass auch hier in jedem Bundesland absolute Mehrheiten bei kombinierter Zustimmungsbetrachtung vorliegen. In keinem Bundesland erreicht demgegenüber die (kombinierte) Ablehnungsrate 10 %. Höchste Neutralität besteht mit 30,1 % im Saarland, dicht gefolgt mit 29,9 % in Sachsen.

***These 3 F** Studienort*



4.7 Verhältnis zur juristischen Ausbildung

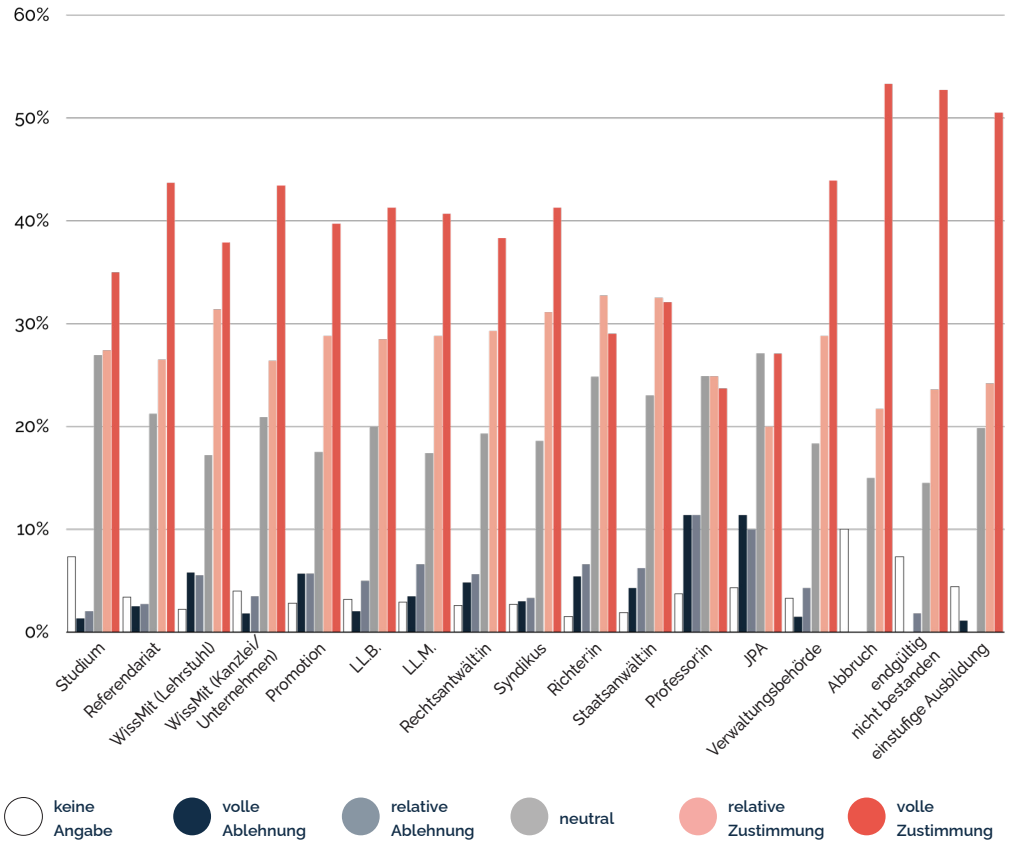
***These 3 F** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*

Beruf	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
Studium	7,3 %	1,3 %	2,0 %	26,9 %	27,4 %	35,0 %
Referendariat	3,4 %	2,5 %	2,7 %	21,2 %	26,5 %	43,7 %
WissMit (Lehrstuhl)	2,2 %	5,8 %	5,5 %	17,2 %	31,4 %	37,9 %
WissMit (Kanzlei)	4,0 %	1,8 %	3,5 %	20,9 %	26,4 %	43,4 %
Promotion	2,8 %	5,7 %	5,7 %	17,5 %	28,8 %	39,7 %
LL.B.	3,2 %	2,0 %	5,0 %	20,0 %	28,5 %	41,3 %
LL.M.	2,9 %	3,5 %	6,6 %	17,4 %	28,8 %	40,7 %
Rechtsanwält:in	2,6 %	4,8 %	5,6 %	19,3 %	29,3 %	38,3 %
Syndikus	2,7 %	3,0 %	3,3 %	18,6 %	31,1 %	41,3 %
Richter:in	1,5 %	5,4 %	6,6 %	24,8 %	32,7 %	29,0 %
Staatsanwält:in	1,9 %	4,3 %	6,2 %	23,0 %	32,5 %	32,1 %
Professor:in	3,7 %	11,4 %	11,4 %	24,9 %	24,9 %	23,7 %
JPA	4,3 %	11,4 %	10,0 %	27,1 %	20,0 %	27,1 %
Verwaltungsbehörde	3,3 %	1,5 %	4,3 %	18,3 %	28,8 %	43,9 %
Abbruch	10,0 %	0,0 %	0,0 %	15,0 %	21,7 %	53,3 %
endgültig nicht bestanden	7,3 %	0,0 %	1,8 %	14,5 %	23,6 %	52,7 %
einstufige Ausbildung	4,4 %	1,1 %	0,0 %	19,8 %	24,2 %	50,5 %

Entgegen den Erwartungen stimmt selbst die Professor:innenschaft mit zumindest einer relativen Mehrheit (kombiniert 48,6 %) für die These. Die JPA-Mitarbeitenden sind sogar noch etwas zurückhaltender mit kombiniert 47,1 % Zustimmung, indes auch hier mit relativer Mehrheit für die These. Bei diesen Gruppierungen liegt die (kombinierte) Ablehnung korrespondierend – und im Vergleich zu anderen Gruppen – recht hoch mit kombiniert 22,8 % (Professor:innen) und kombiniert 21,4 % (JPA-Mitarbeitenden).

Bemerkenswert ist auch, dass Referendar:innen, die also die Erste juristische Staatsprüfung bereits vollständig hinter sich haben, mit noch deutlich höherer voller Zustimmung als die Studierenden abstimmen, nämlich 43,7 % und damit 8,7 Prozentpunkte höher. Die höchste Neutralität besteht bei den JPA-Mitarbeitenden mit 27,1 %.

***These 3 F** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*



5. Ergebnis bzgl. Erwartungen

Die Erwartungen wurden hinsichtlich der Studierenden erfüllt. Die Erwartungen bzgl. der Professor:innen und JPA-Mitarbeitenden wurden nicht erfüllt. Hier liegt Zustimmung anstelle von Ablehnung vor.

These 3 G: Diverse Zusammenstellung der Prüfungskommission

1. Thesenhintergrund

Die These wurde von zahlreichen Autor:innen in verschiedenen Veröffentlichungen diskutiert und im Laufe der Zeit immer wieder aufgegriffen.[1]

2. Thesengestaltung

Die Prüfungskommissionen in den mündlichen Prüfungen sollten divers besetzt werden; z.B. sollte mind. eine Frau pro Prüfungskommission vertreten sein.

Die ausgewählten Argumente, welche auf der iur.reform-Webseite als Nachweise aufrufbar waren, sind:

Pro	Contra
1. Damit könnte man der empirisch belegten Benachteiligung von Frauen und von Menschen, die als Menschen mit Migrationshintergrund betrachtet werden, entgegnen.	1. Ob diese Benachteiligung tatsächlich in hinreichendem Maße vorliegt, muss durch weitere, bundesweite Studien belegt werden. Die bisherige empirische Lage bezieht sich nur auf ein Bundesland.
2. Ob sich hinreichend viele weibliche Prüfer:innen finden lassen, ist auch eine Frage der Struktur der Prüfer:innenauswahl. Eine Reduktion auf die Eigenverantwortung der potenziellen weiblichen Prüfer:innen greift zu kurz.	2. Der damit verbundene Mehraufwand müsste praktisch leistbar sein. Insbesondere müssten sich dafür ausreichend Frauen für Prüfungen zur Verfügung stellen.
3. Diversity-Kompetenz und eine diversere Prüfungskommission stehen nicht im Widerspruch.	3. Die Frage der Diversität ist potenziell uferlos. Es ließen sich beliebig viele Gruppen finden, die sich in den Prüfungskommissionen wiederfinden sollten. Es kommt vielmehr darauf an, die Prüfungskommission über Vorurteile und Diversity aufzuklären.

3. Hypothese

Wir formulierten folgende Erwartungen für die These:

- Die These wird auf hohe Zustimmung bei den Student:innen und den Referendar:innen treffen.
- Professor:innen und Praktiker:innen werden zumindest überwiegend zustimmen.
- Personen aus Prüfungskommissionen werden wohl die Umsetzungsschwierigkeiten sehen und daher eher die These ablehnen.
- Zudem sind Unterschiede in Bezug auf das Alter und das Geschlecht der Teilnehmenden zu erwarten.
- Während jüngere, nicht-männliche Abstimmende der These eher zustimmen werden, ist für ältere, männliche Teilnehmende eine vermehrte Ablehnung zu erwarten.

[1] Vgl. Literaturauswertung, Reiter „Reformoptionen und Argumente“, Zeile 355ff. ***https://onedrive.live.com/view.aspx?resid=D3C707BB028AE925!323&ithint=file %2cxlsx&authkey=!AERBCCwtBbE_-1M***

4. Deskriptive Statistik

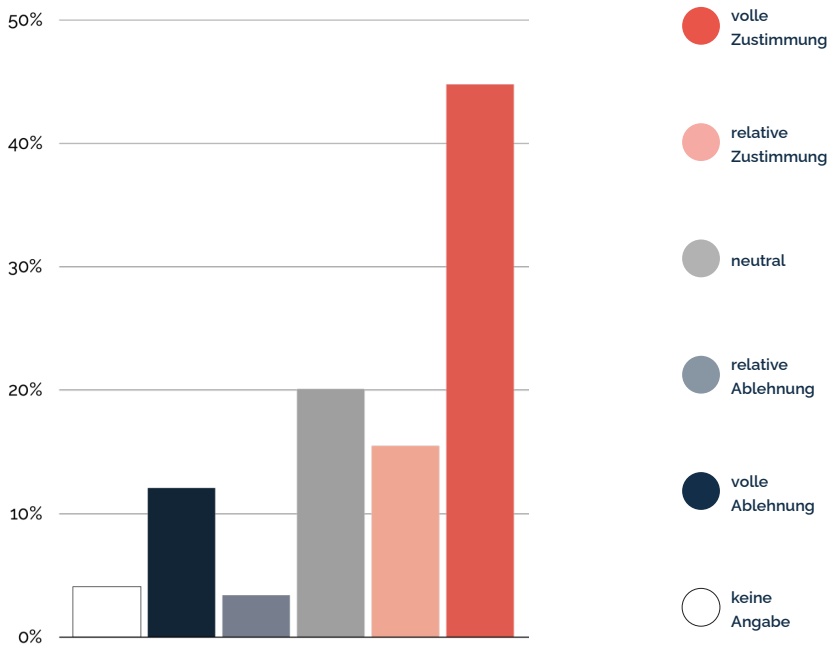
4.1 Gesamtauswertung

***These 3 G** Gesamtauswertung*

Bewertung	Anteil
keine Angabe	4,1 %
volle Ablehnung	12,1 %
relative Ablehnung	3,4 %
neutral	20,1 %
relative Zustimmung	15,5 %
volle Zustimmung	44,8 %
gesamt	**100,0 %**

44,8 % aller Befragten sprechen sich vollständig für eine diversere Zusammenstellung der Prüfungskommission aus. Demgegenüber stehen 12,1 %, die eine diversere Zusammenstellung der Prüfungskommission vollständig ablehnen. Immerhin 4,1 % haben keine Angabe gemacht und 20,1 % stehen der These neutral gegenüber. 3,4 % lehnen eine diversere Zusammenstellung zumindest relativ ab, wohingegen 15,5 % der These zumindest relativ zustimmen.

***These 3 G** Gesamtauswertung*

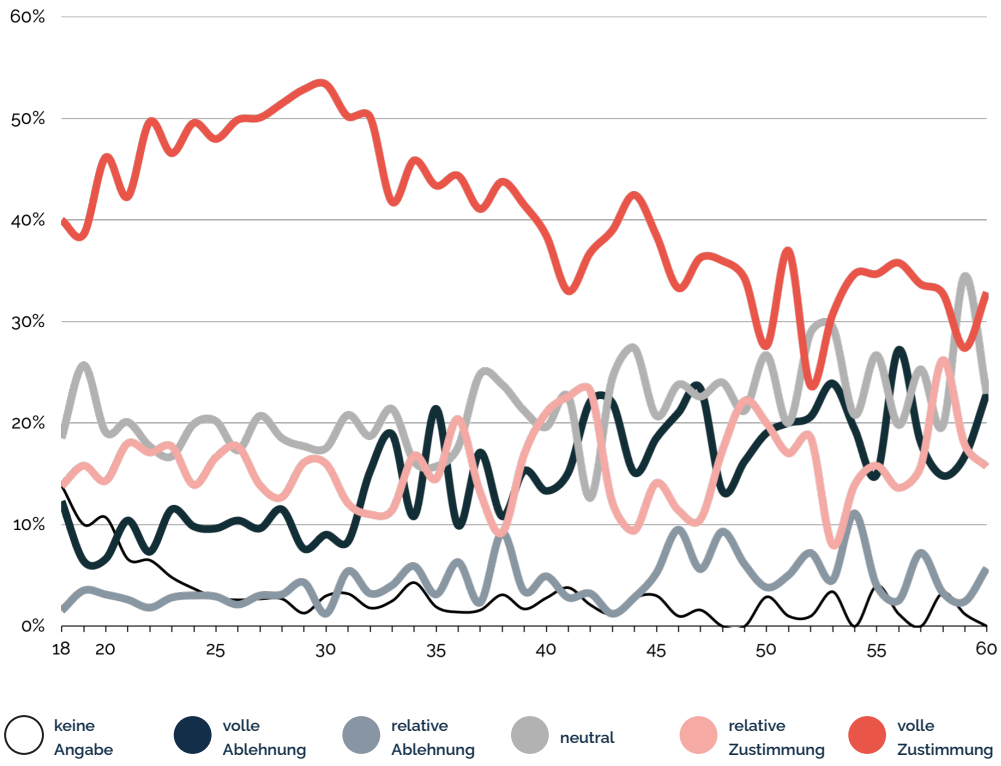


4.2 Alter

Bis zur Altersstufe 60 Jahre entfallen in fast jeder Gruppe die meisten Stimmen auf eine volle Zustimmung. Ausgenommen davon ist eine 17-jährige Person mit einer vollen Ablehnung und Personen mit einem Alter von 52 und 59 mit einer höchsten Zahl an neutralen Stimmen .

Ab einem Alter von 61 Jahren entfällt die Stimmenhöchstzahl gemischt über alle Bewertungsstufen bis auf die relative Ablehnung. Die Aussagekraft dieser Stimmen ist aufgrund der geringeren Teilnehmerzahl von unter 60 Personen jedoch geringer.

These 3 G *Alter*



These 3 G *Alter*

0 keine Angabe **1** volle Ablehnung **2** relative Ablehnung **3** neutral **4** relative Zustimmung **5** volle Zustimmung

Alter	0	1	2	3	4	5
17	–	100 %	–	–	–	–
18	13,8 %	12,3 %	1,5 %	18,5 %	13,8 %	40,0 %
19	10,0 %	6,4 %	3,5 %	25,7 %	15,8 %	38,6 %
20	10,7 %	6,6 %	3,1 %	19,1 %	14,3 %	46,2 %
21	6,6 %	10,4 %	2,6 %	20,1 %	18,0 %	42,3 %
22	6,5 %	7,3 %	1,8 %	17,7 %	17,1 %	49,7 %
23	4,8 %	11,5 %	2,8 %	16,7 %	17,7 %	46,6 %
24	3,7 %	9,8 %	3,0 %	19,9 %	13,9 %	49,6 %
25	2,8 %	9,6 %	2,9 %	20,2 %	16,6 %	48,0 %
26	2,6 %	10,4 %	2,1 %	17,3 %	17,7 %	49,9 %
27	2,7 %	9,6 %	3,0 %	20,7 %	13,9 %	50,1 %
28	2,7 %	11,5 %	3,1 %	18,5 %	12,7 %	51,5 %
29	1,3 %	7,6 %	4,3 %	17,7 %	16,1 %	52,9 %
30	3,0 %	9,0 %	1,2 %	17,5 %	16,0 %	53,4 %
31	3,2 %	8,3 %	5,4 %	20,8 %	12,1 %	50,2 %
32	1,8 %	15,2 %	3,2 %	18,7 %	11,0 %	50,2 %
33	2,5 %	18,9 %	4,0 %	21,4 %	11,4 %	41,8 %
34	4,3 %	10,8 %	5,9 %	16,2 %	16,8 %	45,9 %
35	1,9 %	21,4 %	3,1 %	15,7 %	14,5 %	43,4 %
36	1,4 %	9,9 %	6,3 %	17,6 %	20,4 %	44,4 %
37	1,6 %	17,1 %	2,3 %	24,8 %	13,2 %	41,1 %
38	3,1 %	10,8 %	9,2 %	23,8 %	9,2 %	43,8 %
39	1,7 %	15,3 %	3,4 %	21,2 %	16,9 %	41,5 %
40	2,8 %	13,3 %	4,9 %	19,6 %	21,0 %	38,5 %
41	3,8 %	15,1 %	2,8 %	22,6 %	22,6 %	33,0 %
42	2,1 %	22,1 %	3,2 %	12,6 %	23,2 %	36,8 %
43	1,2 %	22,0 %	1,2 %	24,4 %	12,2 %	39,0 %
44	2,8 %	15,1 %	2,8 %	27,4 %	9,4 %	42,5 %
45	3,0 %	18,5 %	5,2 %	20,7 %	14,1 %	38,5 %
46	1,0 %	21,0 %	9,5 %	23,8 %	11,4 %	33,3 %
47	1,6 %	23,4 %	5,6 %	22,6 %	10,5 %	36,3 %
48	–	13,3 %	9,3 %	24,0 %	17,3 %	36,0 %
49	–	16,2 %	6,1 %	21,2 %	22,2 %	34,3 %
50	2,9 %	19,0 %	3,8 %	26,7 %	20,0 %	27,6 %

Alter	0	1	2	3	4	5
51	1,0 %	20,0 %	5,0 %	20,0 %	17,0 %	37,0 %
52	1,0 %	20,6 %	7,2 %	28,9 %	18,6 %	23,7 %
53	3,4 %	23,9 %	4,5 %	29,5 %	8,0 %	30,7 %
54	–	19,4 %	11,1 %	20,8 %	13,9 %	34,7 %
55	4,0 %	14,9 %	4,0 %	26,7 %	15,8 %	34,7 %
56	1,2 %	27,2 %	2,5 %	19,8 %	13,6 %	35,8 %
57	–	18,1 %	7,2 %	25,3 %	15,7 %	33,7 %
58	3,3 %	14,8 %	3,3 %	19,7 %	26,2 %	32,8 %
59	1,2 %	16,7 %	2,4 %	34,5 %	17,9 %	27,4 %
60	–	22,9 %	5,7 %	22,9 %	15,7 %	32,9 %
61	–	17,9 %	1,8 %	37,5 %	16,1 %	26,8 %
62	1,9 %	24,1 %	7,4 %	18,5 %	11,1 %	37,0 %
63	7,7 %	10,3 %	2,6 %	28,2 %	12,8 %	38,5 %
64	–	25,0 %	–	25,0 %	25,0 %	25,0 %
65	–	14,3 %	5,7 %	25,7 %	22,9 %	31,4 %
66	4,5 %	18,2 %	4,5 %	9,1 %	9,1 %	54,5 %
67	–	17,6 %	5,9 %	17,6 %	35,3 %	23,5 %
68	–	20,0 %	6,7 %	26,7 %	–	46,7 %
69	–	28,6 %	–	14,3 %	14,3 %	42,9 %
70	–	40,0 %	–	10,0 %	10,0 %	40,0 %
71	–	62,5 %	–	–	–	37,5 %
72	20,0 %	40,0 %	–	–	–	40,0 %
73	–	12,5 %	25,0 %	25,0 %	–	37,5 %
74	–	–	–	44,4 %	22,2 %	33,3 %
75	–	33,3 %	–	16,7 %	16,7 %	33,3 %
77	–	50,0 %	–	25,0 %	25,0 %	–
78	–	66,7 %	–	–	–	33,3 %
79	–	100 %	–	–	–	–
81	–	100 %	–	–	–	–
82	–	–	–	100 %	–	–
83	–	100 %	–	–	–	–
84	–	–	–	–	–	100 %
90	–	–	–	100 %	–	–
Σ	**3,8 %**	**12,0 %**	**3,5 %**	**20,0 %**	**15,6 %**	**45,1 %**

4.3 Geschlecht

***These 3 G** Geschlecht*

Geschlecht	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
keine Angabe	16,7 %	12,5 %	1,4 %	17,1 %	8,8 %	43,5 %
divers	7,1 %	25,0 %	3,6 %	10,7 %	7,1 %	46,4 %
männlich	3,8 %	19,9 %	4,9 %	22,9 %	16,7 %	31,8 %
weiblich	3,8 %	5,0 %	2,2 %	17,8 %	14,7 %	56,4 %
gesamt	**4,1 %**	**12,1 %**	**3,4 %**	**20,1 %**	**15,5 %**	**44,8 %**

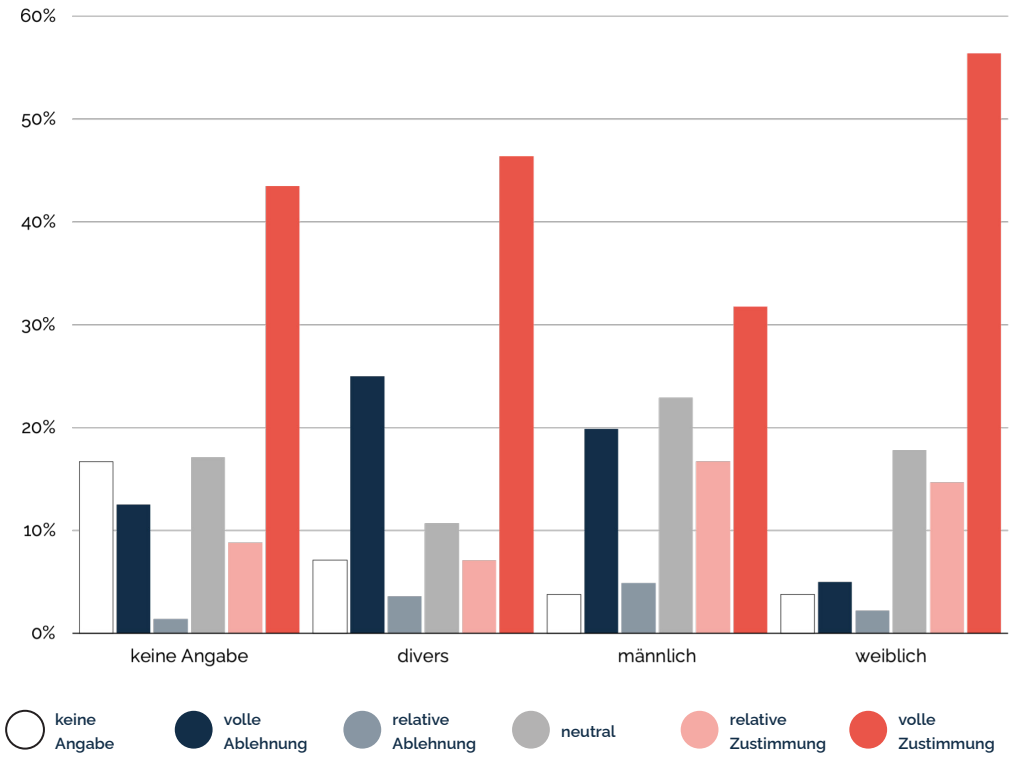
Die Tabelle zeigt eine deutlich stärkere Befürwortung einer diverseren Zusammenstellung der Prüfungskommission bei weiblichen als bei männlichen Teilnehmenden. Von den weiblichen Teilnehmerinnen haben sich 56,4 % vollständig und 14,7 % zumindest relativ für eine diversere Besetzung, wie z.B. durch mindestens eine weibliche Person in der Prüfungskommission ausgesprochen. Damit wünschen sich unter den weiblichen Befragten insgesamt 71,2 % (4338 von 5436 Befragten) eine diversere Zusammenstellung.

Die vollständige Zustimmung bei den männlichen Teilnehmern liegt hingegen nur bei 31,8 %, eine zumindest relative Zustimmung der These bei 16,7 %. Der Anteil der Befürwortung der diverseren Zusammenstellung der Prüfungskommission beträgt bei den männlichen Teilnehmern mithin insgesamt 48,4 % (2632 von 5436 Befragten) und stellt damit keine Mehrheit.

Unter den vollständig ablehnenden Personen befindet sich ein größerer Teil an männlichen Befragten. Immerhin 1080 von 5436 Teilnehmern lehnen eine diversere Zusammenstellung vollständig ab und 268 zumindest überwiegend. Damit liegt die Ablehnungsquote unter den männlichen Personen bei knapp ¼ (24,8 %, 1348 von 5449 Teilnehmern). Unter den 6095 weiblichen Teilnehmerinnen gibt es 306 vollständig Ablehnende und 132 zumindest überwiegend Ablehnende und damit nur 7,2 %.

Die grafische Darstellung lässt die größere weibliche Zustimmung deutlich erkennen.

***These 3 G** Geschlecht*



4.4 Fachsemester

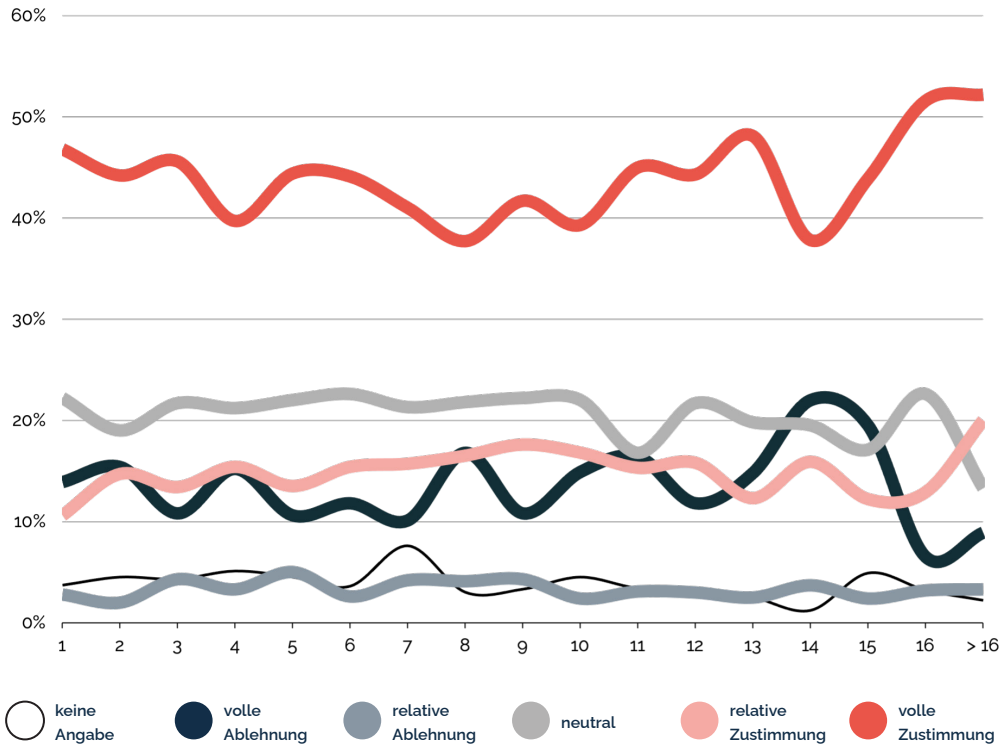
***These 3 G** Fachsemester*

Fachsemester	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
1	3,7 %	13,9 %	2,8 %	22,2 %	10,6 %	46,8 %
2	4,5 %	15,4 %	2,0 %	19,0 %	14,7 %	44,2 %
3	4,3 %	10,8 %	4,3 %	21,7 %	13,4 %	45,6 %
4	5,1 %	15,2 %	3,3 %	21,2 %	15,4 %	39,7 %
5	4,5 %	10,6 %	5,0 %	22,0 %	13,5 %	44,4 %
6	3,6 %	11,8 %	2,6 %	22,6 %	15,4 %	44,1 %
7	7,6 %	10,1 %	4,2 %	21,3 %	15,7 %	41,0 %
8	3,0 %	16,8 %	4,1 %	21,8 %	16,5 %	37,7 %
9	3,3 %	10,8 %	4,3 %	22,2 %	17,6 %	41,7 %
10	4,5 %	14,9 %	2,4 %	22,0 %	16,8 %	39,3 %
11	3,4 %	16,4 %	3,1 %	16,8 %	15,3 %	45,0 %
12	3,4 %	11,8 %	3,0 %	21,7 %	15,8 %	44,3 %
13	2,5 %	14,8 %	2,5 %	19,8 %	12,3 %	48,1 %
14	1,2 %	22,0 %	3,7 %	19,5 %	15,9 %	37,8 %
15	4,9 %	19,5 %	2,4 %	17,1 %	12,2 %	43,9 %
16	3,2 %	6,5 %	3,2 %	22,6 %	12,9 %	51,6 %
>16	2,2 %	8,9 %	3,3 %	13,3 %	20,0 %	52,2 %
gesamt	**4,2 %**	**13,4 %**	**3,4 %**	**21,0 %**	**15,2 %**	**42,8 %**

Aus der Tabelle ist ersichtlich, dass sich in jedem Semester die größte Zahl an Studierenden vollständig für eine diversere Zusammenstellung der Prüfungskommission ausspricht. Der Durchschnitt der vollständigen Zustimmung über alle Semester hinweg beträgt 42,8 %. Weitere 15,2 % (Durchschnitt) sprechen sich relativ für die These aus. Der Anteil an neutralen Stimmen ist mit durchschnittlich 21 % vergleichsweise hoch. Immerhin 13,4 % (Durchschnitt) lehnen eine diversere Zusammenstellung der Prüfungskommission vollständig ab, weitere 3,4 % zumindest relativ.

Nur in den Semestern 16 und mehr als 16 liegt die vollständige Zustimmung (knapp) über 50 %; bei den anderen Semestern jeweils unter 50 % der Befragten pro Semester. Die höchste vollständige Ablehnung ergibt sich im 14. Fachsemester mit 22,0 %.

***These 3 G** Fachsemester*



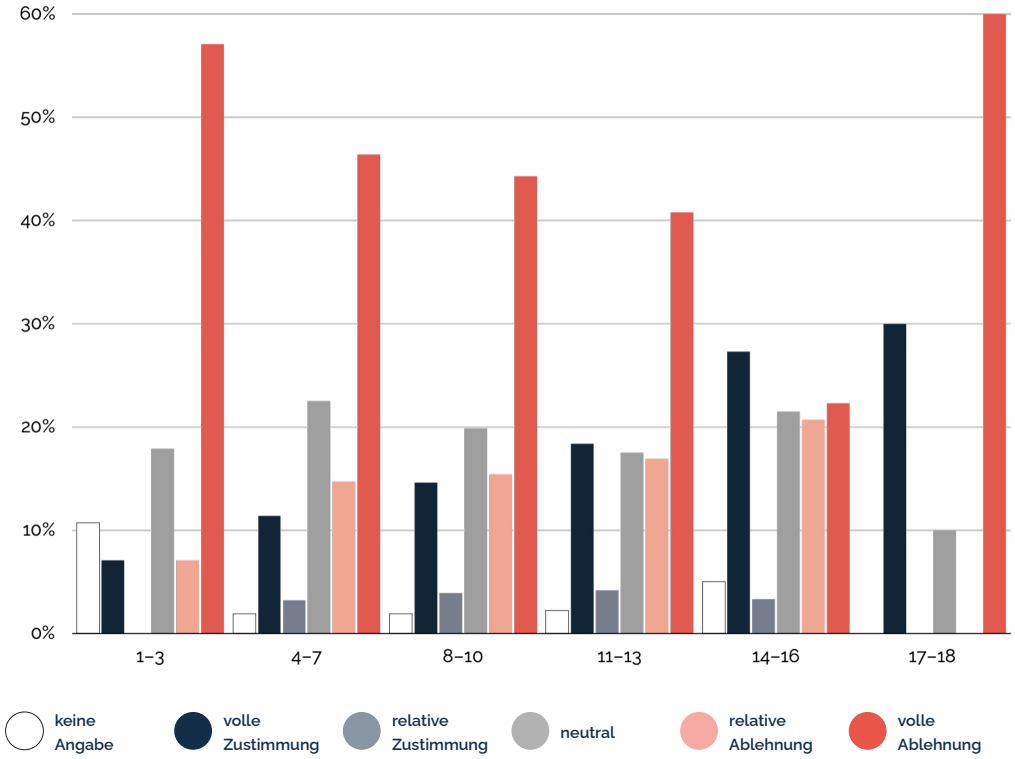
4.5 Gesamtnote

***These 3 G** Gesamtnote*

Gesamtnote	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
1–3	10,7 %	7,1 %	–	17,9 %	7,1 %	57,1 %
4–7	1,9 %	11,4 %	3,2 %	22,5 %	14,7 %	46,4 %
8–10	1,9 %	14,6 %	3,9 %	19,9 %	15,4 %	44,3 %
11–13	2,2 %	18,4 %	4,2 %	17,5 %	16,9 %	40,8 %
14–16	5,0 %	27,3 %	3,3 %	21,5 %	20,7 %	22,3 %
17–18	–	30,0 %	–	10,0 %	–	60,0 %
gesamt	**2,0 %**	**14,9 %**	**3,8 %**	**20,0 %**	**15,6 %**	**43,7 %**

Die volle Zustimmung für eine diversere Zusammenstellung der Prüfungskommission überwiegt in jeder Notenstufe die anderen Abstimmungsmöglichkeiten, mit Ausnahme der Notenstufe 14-16 Punkte. Eine absolute Mehrheit für eine volle Zustimmung zu der These findet sich jedoch nur in der Notenstufe 1-3 Punkte mit 57,1 % und der wenig aussagekräftigen Notenstufe 17-18 Punkte mit 60 %. Die kumulative Zustimmung überschreitet jedoch in jeder Notenstufe, wiederum mit Ausnahme der Notenstufe 14-16 Punkte, die Schwelle zur Mehrheit. Die Ergebnisse weichen insgesamt nicht nennenswert von der Gesamtquote ab.

***These 3 G** Gesamtnote*



4.6 Studienort

***These 3 G** Studienort*

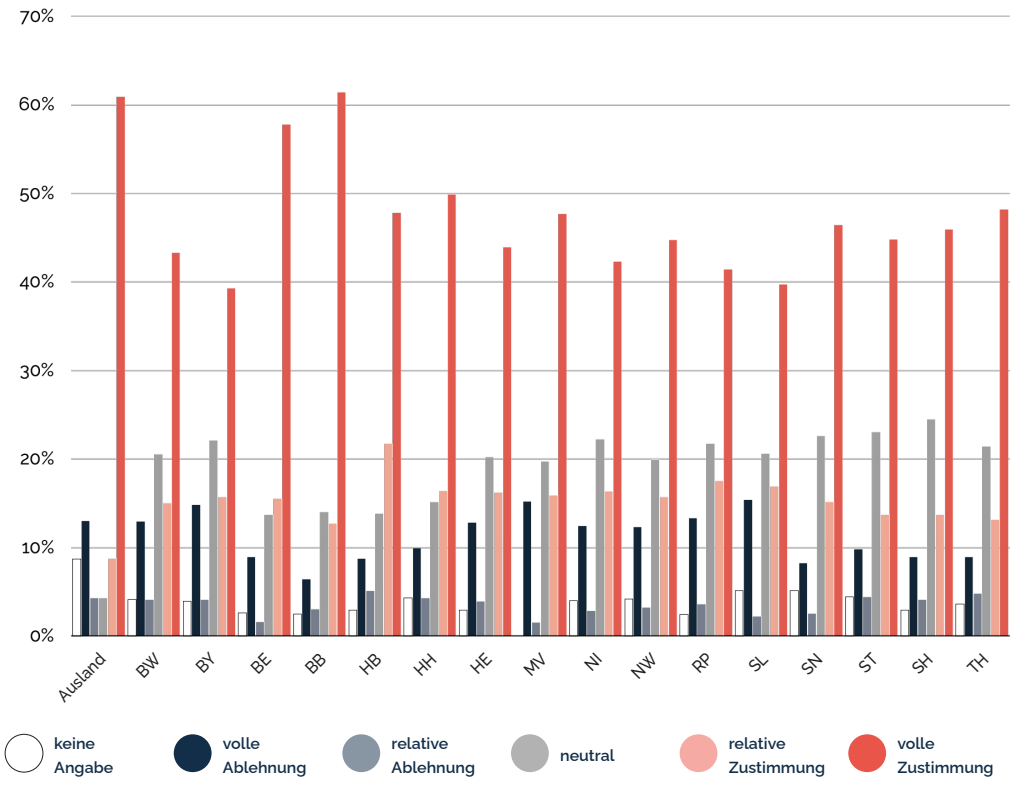
Bundesland	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
Ausland	8,7 %	13,0 %	4,3 %	4,3 %	8,7 %	60,9 %
Baden-Württemberg	4,1 %	12,9 %	4,1 %	20,5 %	15,0 %	43,3 %
Bayern	3,9 %	14,8 %	4,1 %	22,1 %	15,7 %	39,3 %
Berlin	2,6 %	8,9 %	1,6 %	13,7 %	15,5 %	57,8 %
Brandenburg	2,5 %	6,4 %	3,0 %	14,0 %	12,7 %	61,4 %
Bremen	2,9 %	8,7 %	5,1 %	13,8 %	21,7 %	47,8 %
Hamburg	4,3 %	9,9 %	4,3 %	15,1 %	16,4 %	49,9 %
Hessen	2,9 %	12,8 %	3,9 %	20,2 %	16,2 %	43,9 %
Mecklenburg-Vorpommern	–	15,2 %	1,5 %	19,7 %	15,9 %	47,7 %
Niedersachsen	4,0 %	12,4 %	2,8 %	22,2 %	16,3 %	42,3 %
Nordrhein-Westfalen	4,2 %	12,3 %	3,2 %	19,9 %	15,7 %	44,7 %
Rheinland-Pfalz	2,4 %	13,3 %	3,6 %	21,7 %	17,5 %	41,4 %
Saarland	5,1 %	15,4 %	2,2 %	20,6 %	16,9 %	39,7 %
Sachsen	5,1 %	8,2 %	2,5 %	22,6 %	15,1 %	46,4 %
Sachsen-Anhalt	4,4 %	9,8 %	4,4 %	23,0 %	13,7 %	44,8 %
Schleswig-Holstein	2,9 %	8,9 %	4,1 %	24,5 %	13,7 %	45,9 %
Thüringen	3,6 %	8,9 %	4,8 %	21,4 %	13,1 %	48,2 %
gesamt	**3,8 %**	**11,9 %**	**3,4 %**	**20,0 %**	**15,7 %**	**45,2 %**

Am geringsten fällt die volle Zustimmung zur These der diverseren Zusammenstellung der Prüfungskommission in Bayern (39,3 %) und im Saarland (39,7 %) aus. Zugleich spiegelt sich das Ergebnis in einer erhöhten vollständigen Ablehnung mit 14,8 % in Bayern und 15,4 % im Saarland. Auch in Mecklenburg-Vorpommern ist die vollständige Ablehnungsquote mit 15,2 % sehr hoch. Beachtet werden muss jedoch, dass das nur eine geringe Zahl an Teilnehmenden im Saarland oder in Mecklenburg-Vorpommern studiert haben, sodass die Zahlen weniger aussagekräftig sind. Brandenburg weist die geringste vollständige Ablehnungsquote mit 6,4 % auf.

Zugleich ist die vollständige Zustimmung in Brandenburg (61,4 %) am höchsten gefolgt von Berlin (57,8 %) und den Personen, die im Ausland studiert haben (60,9 %), wobei es sich bei letzterer Gruppe nur um 23 Teilnehmende handelt. Die genannten Bundesländer sind die einzigen, die sich mit absoluter Mehrheit vollständig für die These aussprechen. Kombiniert erreicht die Zustimmung in allen Bundesländern eine Mehrheit. Auffällig gering sind die neutralen Stimmen in den drei Stadtstaaten und Brandenburg im Vergleich zur Gesamtquote.

In den weiteren Bundesländern finden sich keine nennenswerten Abweichungen der Zustimmungs- oder Ablehnungsquoten im Vergleich zur Gesamtzahl.

***These 3 G** Studienort*



4.7 Verhältnis zur juristischen Ausbildung

***These 3 G** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*

Beruf	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
Studium	6,1 %	8,3 %	2,8 %	20,4 %	15,8 %	46,5 %
Referendariat	2,5 %	11,1 %	3,3 %	19,1 %	13,9 %	50,2 %
WissMit (Lehrstuhl)	1,7 %	14,2 %	2,5 %	15,0 %	16,2 %	50,3 %
WissMit (Kanzlei)	3,0 %	10,2 %	3,2 %	17,5 %	15,9 %	50,3 %
Promotion	2,1 %	16,3 %	3,3 %	12,2 %	17,1 %	49,0 %
LL.B.	2,5 %	7,7 %	2,7 %	14,9 %	15,1 %	57,2 %
LL.M.	1,7 %	13,1 %	3,5 %	14,7 %	13,9 %	53,1 %
Rechtsanwält:in	2,2 %	16,8 %	4,9 %	20,9 %	15,3 %	39,9 %
Syndikus	2,2 %	13,9 %	3,0 %	21,9 %	13,7 %	45,4 %
Richter:in	1,2 %	20,2 %	5,1 %	22,2 %	18,5 %	32,9 %
Staatsanwält:in	1,9 %	14,8 %	6,7 %	26,8 %	15,8 %	34,0 %
Professor:in	2,0 %	26,1 %	5,3 %	18,0 %	19,2 %	29,4 %
JPA	2,9 %	32,9 %	4,3 %	15,7 %	14,3 %	30,0 %
Verwaltungsbehörde	2,0 %	12,8 %	1,0 %	23,3 %	11,5 %	49,4 %
Abbruch	6,7 %	5,0 %	1,7 %	16,7 %	21,7 %	48,3 %
endgültig nicht bestanden	5,5 %	5,5 %	0,0 %	23,6 %	9,1 %	56,4 %
einstufige Ausbildung	5,5 %	6,6 %	2,2 %	19,8 %	13,2 %	52,7 %

2342 von 5033 (46,5 %) studentischen Stimmen entfallen auf die volle Zustimmung. Wie auch im Gesamtergebnis entfallen mehr Stimmen der Student:innen auf eine neutrale Bewertung (1026) als auf eine relative Zustimmung (797). Nur 417 der Studierenden (8,3 %) lehnen die These vollständig ab, womit sie unter dem Schnitt von 12,0 % liegen.

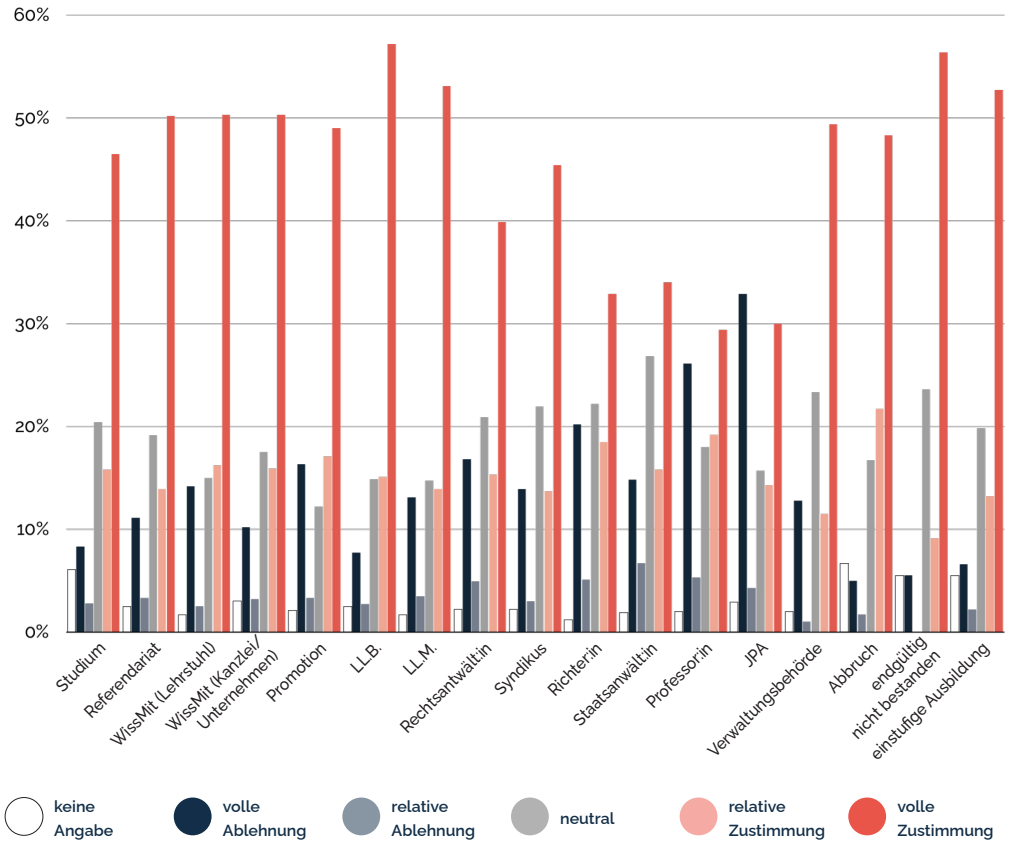
834 von 2089 (39,9 %) Rechtsanwält:innen stimmten vollständig für die These der „diverseren Zusammenstellung der Prüfungskommission". Damit liegen sie unter dem Durchschnitt von 44,8 %. Vollständig dagegen sind 350 (16,8 %) aus der Gruppe. Damit spiegelt sich die geringere volle Zustimmungsquote auch in einer höheren vollen Ablehnungsquote wider. Bei den Syndikusanwält:innen ist die volle Zustimmungsquote mit 45,4 % (166 von 366) höher, die volle Ablehnungsquote mit 13,9 % (51 von 366) jedoch ebenso.

Unter den Richter:innen ist die volle Ablehnung einer diverseren Zusammenstellung verhältnismäßig hoch mit 189 von 937 Stimmen und damit 20,2 %. Die volle Zustimmung liegt bei 308 von 937 Stimmen und mithin nur bei 32,9 %.

Bei den Professor:innen ist volle Ablehnung noch höher mit 64 von 245 Stimmen (26,1 %). Damit ist die Quote mehr als doppelt so hoch wie die durchschnittliche volle Ablehnungsquote von 12,0 %. Nur 72 Professor:innen (29,4 %) stimmten der These vollständig zu.

Bei den Stimmen der Mitarbeitenden in JPAs fällt auf, dass die vollständig ablehnenden Stimmen (23) die der voll Zustimmenden (21) übersteigen. Dieser Unterschied im Vergleich zur Gesamtverteilung der Stimmen lässt sich vermutlich damit begründen, dass diese Gruppe besonders Umsetzungsschwierigkeiten der These befürchtet.

***These 3 G** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*



5. Ergebnis bzgl. Erwartungen

Unsere Erwartungen an die These wurden vollumfänglich bestätigt.

These 4 A: Änderung des Notenstufen-Systems

1. Thesenhintergrund

Diese These wurde viel diskutiert. Bei der Recherche der Literaturbeiträge wurde sehr schnell deutlich, dass kein klares Diskussionsbild gezeichnet werden kann.

2. Thesengestaltung

Das juristische Notensystem sollte verändert werden.

Die ausgewählten Argumente, welcher auf der iur.reform-Webseite als Nachweise aufrufbar waren, sind:

Pro	Contra
1. Die Definitionen der Noten in der Skala sind mangelhaft. Eine Notenstufe rekurriert auf einen absoluten Maßstab, während die nächste einen relativen wählt. Zudem ist die Bezugsgröße für „durchschnittlich“ uneindeutig.	1. Die Begebenheit, dass vermeintlich niedrige Notenstufen (etwa 8 Punkte) mit guten Leistungen einhergehen, ist in der Juristerei bekannt.
2. Die Verknappung guter Noten führt zu einer Elitenbildung die weder bildungs- noch berufspolitisch sinnvoll ist. Viele Talente gehen so verloren.	2. Die juristischen Klausuren sind schwer. Es ist nicht leicht, eine herausragende Leistung zu erreichen, weil das Geforderte so umfangreich ist.
3. Die pädagogische Diagnostik gibt vor, dass sieben Leistungsstufen am besten sind, nicht 18.	3. Eine weiter als nur mit beispielsweise 6 Notenstufen ausdifferenzierte Notenskala ermöglicht eine ausgewogene Benotung.

3. Hypothese

Wir formulierten folgende Erwartungen für die These:

- Es wird vermutlich eine breite Zustimmung innerhalb der Studierenden geben.
- Mit Blick auf den Rest wird das Notenstufen-System wohl als ein langwährender Anker verstanden und mithin mit weniger Flexibilität zu rechnen sein. Der Gaußsche Notenschlüssel ist ein für Juristen bestehendes Alleinstellungsmerkmal.

4. Deskriptive Statistik

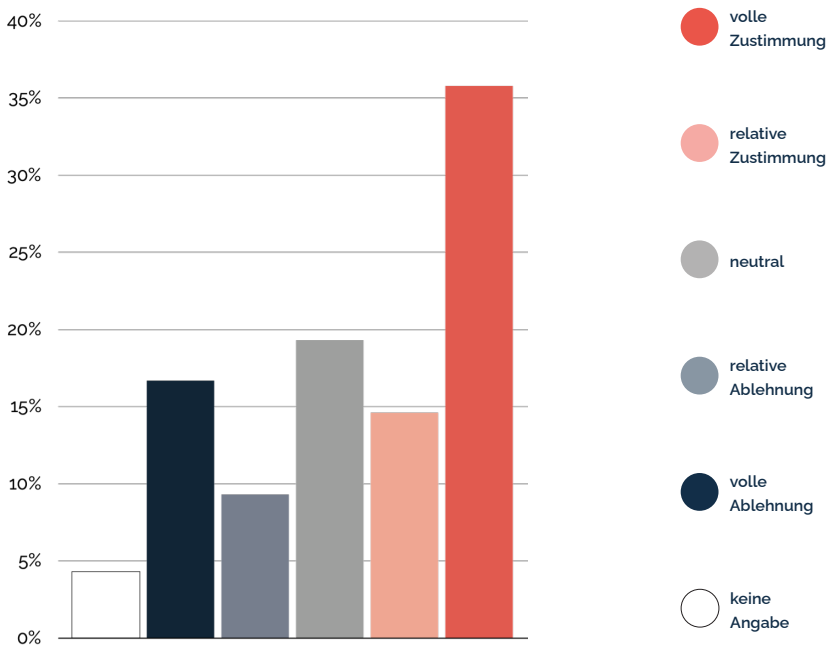
4.1 Gesamtauswertung

***These 4 A** Gesamtauswertung*

Bewertung	Anteil
keine Angabe	4,3 %
volle Ablehnung	16,7 %
relative Ablehnung	9,3 %
neutral	19,3 %
relative Zustimmung	14,6 %
volle Zustimmung	35,8 %
gesamt	**100,0 %**

Die vollständige Zustimmung liegt bei 35,8 %, die allgemeine Zustimmung bei 50,4 % Neutral stimmten 19,3 % ab. Die vollständige Ablehnung liegt bei 16,7 %, die allgemeine Ablehnung liegt bei 28 %. Insgesamt ist die allgemeine Zustimmung damit doppelt so hoch wie die Ablehnung.

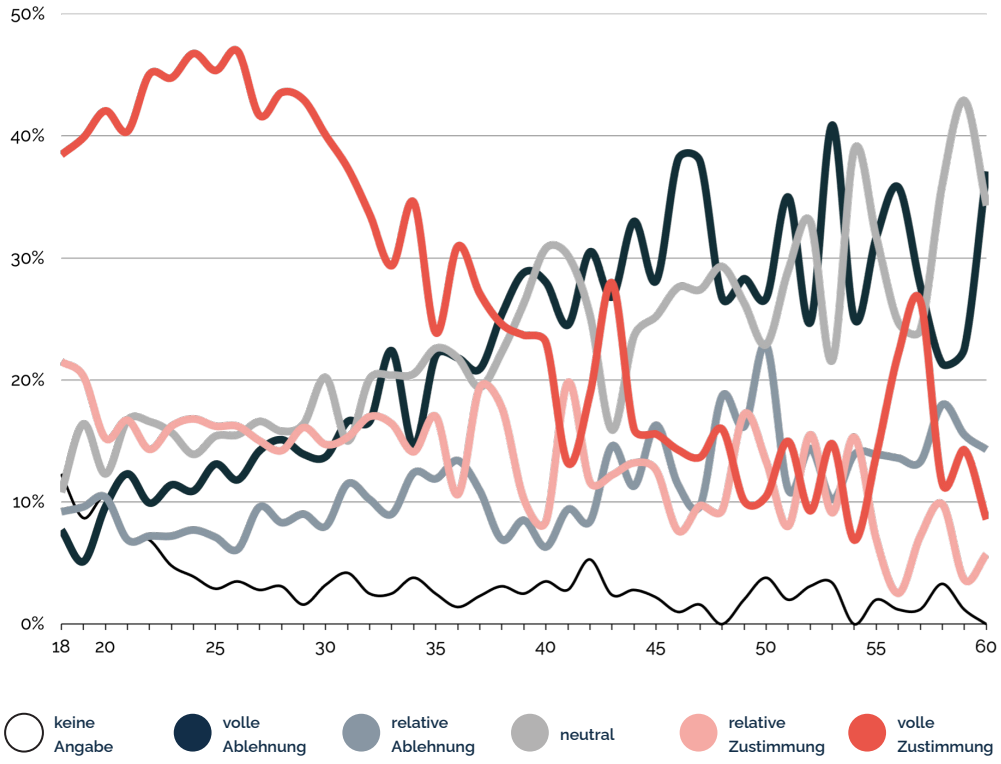
***These 4 A** Gesamtauswertung*



4.2 Alter

Die höchste vollständige Zustimmung liegt mit 47 % bei 26 Jahren. Die vollständige Zustimmung im Alter zwischen 18-31 liegt mit ca. 40 %. Am neutralsten stimmte die Altersgruppe 62 mit 44,6 % ab. Die höchste vollständige Ablehnung liegt mit 12,3 % bei 18 Jahren, gefolgt von 10,4 % mit 20 Jahren. Insgesamt liegt die vollständige Ablehnung bei ca. 3-9 % in allen Altersklassen.

***These 4 A** Alter*



***These 4 A** Alter*

0 keine Angabe **1** volle Ablehnung **2** relative Ablehnung **3** neutral **4** relative Zustimmung **5** volle Zustimmung

Alter	0	1	2	3	4	5
17	–	–	–	100 %	–	–
18	12,3 %	7,7 %	9,2 %	10,8 %	21,5 %	38,5 %
19	8,7 %	5,1 %	9,6 %	16,4 %	20,3 %	39,9 %
20	10,4 %	9,6 %	10,4 %	12,3 %	15,2 %	42,1 %
21	7,1 %	12,3 %	6,9 %	16,7 %	16,7 %	40,4 %
22	6,9 %	9,9 %	7,2 %	16,6 %	14,3 %	45,1 %
23	4,8 %	11,4 %	7,2 %	15,7 %	16,2 %	44,8 %
24	3,9 %	10,9 %	7,7 %	13,9 %	16,8 %	46,8 %
25	2,9 %	13,1 %	7,1 %	15,4 %	16,2 %	45,4 %
26	3,5 %	11,8 %	6,1 %	15,5 %	16,2 %	47,0 %
27	2,8 %	14,2 %	9,6 %	16,6 %	15,0 %	41,7 %
28	3,1 %	15,1 %	8,3 %	15,8 %	14,2 %	43,6 %
29	1,6 %	13,9 %	9,0 %	16,4 %	16,1 %	43,0 %
30	3,2 %	13,7 %	8,0 %	20,2 %	14,7 %	40,1 %
31	4,2 %	16,6 %	11,5 %	15,0 %	15,3 %	37,4 %
32	2,5 %	16,6 %	10,2 %	20,1 %	17,0 %	33,6 %
33	2,5 %	22,4 %	9,0 %	20,4 %	16,4 %	29,4 %
34	3,8 %	14,6 %	12,4 %	20,5 %	14,1 %	34,6 %
35	2,5 %	22,0 %	11,9 %	22,6 %	17,0 %	23,9 %
36	1,4 %	21,8 %	13,4 %	21,8 %	10,6 %	31,0 %
37	2,3 %	20,9 %	10,9 %	19,4 %	19,4 %	27,1 %
38	3,1 %	25,4 %	6,9 %	22,3 %	17,7 %	24,6 %
39	2,5 %	28,8 %	8,5 %	26,3 %	10,2 %	23,7 %
40	3,5 %	28,0 %	6,3 %	30,8 %	8,4 %	23,1 %
41	2,8 %	24,5 %	9,4 %	30,2 %	19,8 %	13,2 %
42	5,3 %	30,5 %	8,4 %	25,3 %	11,6 %	18,9 %
43	2,4 %	26,8 %	14,6 %	15,9 %	12,2 %	28,0 %
44	2,8 %	33,0 %	11,3 %	23,6 %	13,2 %	16,0 %
45	2,2 %	28,1 %	16,3 %	25,2 %	12,6 %	15,6 %
46	1,0 %	38,1 %	11,4 %	27,6 %	7,6 %	14,3 %
47	1,6 %	37,9 %	9,7 %	27,4 %	9,7 %	13,7 %
48	–	26,7 %	18,7 %	29,3 %	9,3 %	16,0 %
49	2,0 %	28,3 %	16,2 %	26,3 %	17,2 %	10,1 %
50	3,8 %	26,7 %	22,9 %	22,9 %	13,3 %	10,5 %

Alter	0	1	2	3	4	5
51	2,0 %	35,0 %	11,0 %	29,0 %	8,0 %	15,0 %
52	3,1 %	24,7 %	14,4 %	33,0 %	15,5 %	9,3 %
53	3,4 %	40,9 %	10,2 %	21,6 %	9,1 %	14,8 %
54	–	25,0 %	13,9 %	38,9 %	15,3 %	6,9 %
55	2,0 %	31,7 %	13,9 %	31,7 %	6,9 %	13,9 %
56	1,2 %	35,8 %	13,6 %	24,7 %	2,5 %	22,2 %
57	1,2 %	27,7 %	13,3 %	24,1 %	7,2 %	26,5 %
58	3,3 %	21,3 %	18,0 %	36,1 %	9,8 %	11,5 %
59	1,2 %	22,6 %	15,5 %	42,9 %	3,6 %	14,3 %
60	–	37,1 %	14,3 %	34,3 %	5,7 %	8,6 %
61	–	23,2 %	12,5 %	44,6 %	7,1 %	12,5 %
62	3,7 %	25,9 %	11,1 %	44,4 %	1,9 %	13,0 %
63	5,1 %	20,5 %	10,3 %	43,6 %	7,7 %	12,8 %
64	4,2 %	29,2 %	12,5 %	25,0 %	12,5 %	16,7 %
65	–	25,7 %	17,1 %	31,4 %	11,4 %	14,3 %
66	4,5 %	27,3 %	18,2 %	36,4 %	9,1 %	4,5 %
67	–	35,3 %	23,5 %	29,4 %	5,9 %	5,9 %
68	–	20,0 %	6,7 %	40,0 %	20,0 %	13,3 %
69	–	28,6 %	–	42,9 %	14,3 %	14,3 %
70	–	20,0 %	–	30,0 %	30,0 %	20,0 %
71	–	50,0 %	12,5 %	37,5 %	–	–
72	–	20,0 %	–	20,0 %	20,0 %	40,0 %
73	–	37,5 %	–	50,0 %	–	12,5 %
74	–	–	11,1 %	44,4 %	22,2 %	22,2 %
75	–	16,7 %	–	16,7 %	16,7 %	50,0 %
77	–	–	–	75,0 %	–	25,0 %
78	–	–	–	66,7 %	–	33,3 %
79	–	–	50,0 %	–	–	50,0 %
81	–	100 %	–	–	–	–
82	–	100 %	–	–	–	–
83	–	100 %	–	–	–	–
84	–	100 %	–	–	–	–
90	–	–	–	–	100 %	–
Σ	**4,0 %**	**16,6 %**	**9,3 %**	**19,2 %**	**14,7 %**	**36,1 %**

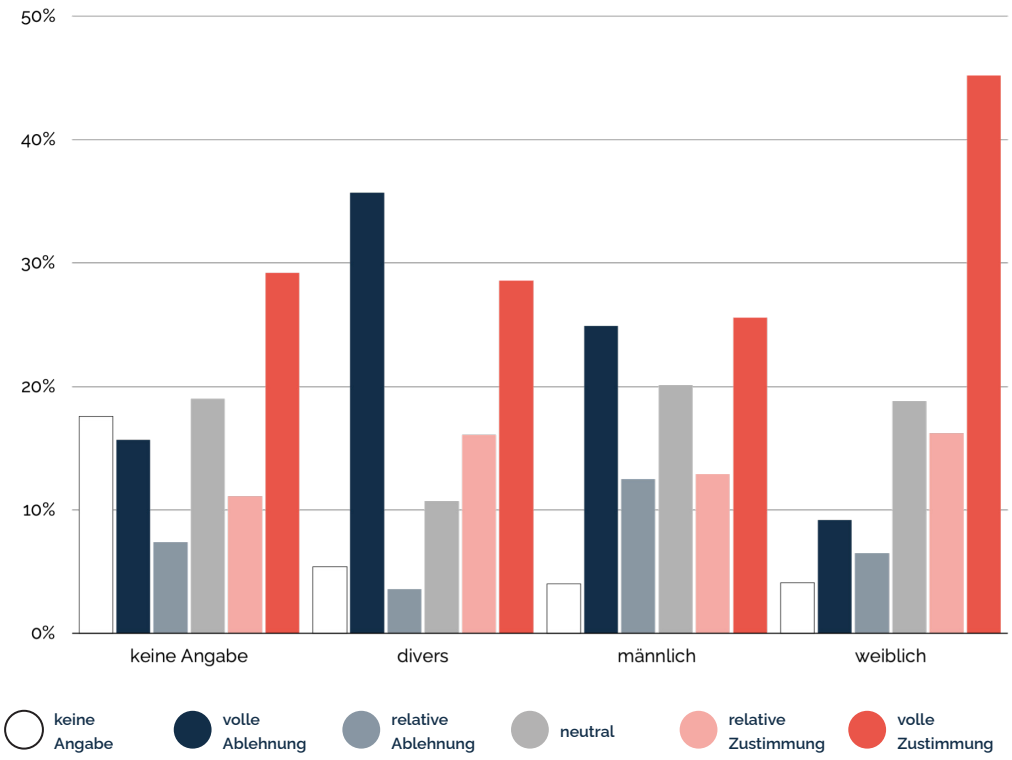
4.3 Geschlecht

***These 4 A** Geschlecht*

Geschlecht	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
keine Angabe	17,6 %	15,7 %	7,4 %	19,0 %	11,1 %	29,2 %
divers	5,4 %	35,7 %	3,6 %	10,7 %	16,1 %	28,6 %
männlich	4,0 %	24,9 %	12,5 %	20,1 %	12,9 %	25,6 %
weiblich	4,1 %	9,2 %	6,5 %	18,8 %	16,2 %	45,2 %
gesamt	**4,3 %**	**16,7 %**	**9,3 %**	**19,3 %**	**14,6 %**	**35,8 %**

Die vollständige Zustimmung ist mit 45,2 % bei den weiblichen Stimmen am höchsten. Am neutralsten sind die männlichen Stimmen mit 20,1 %. Hier liegen sowohl die vollständige Ablehnung und vollständige Zustimmung gleich bei ca. 25 %. Die höchste vollständige Ablehnung liegt mit 35,7 % bei den diversen Stimmen.

***These 4 A** Geschlecht*



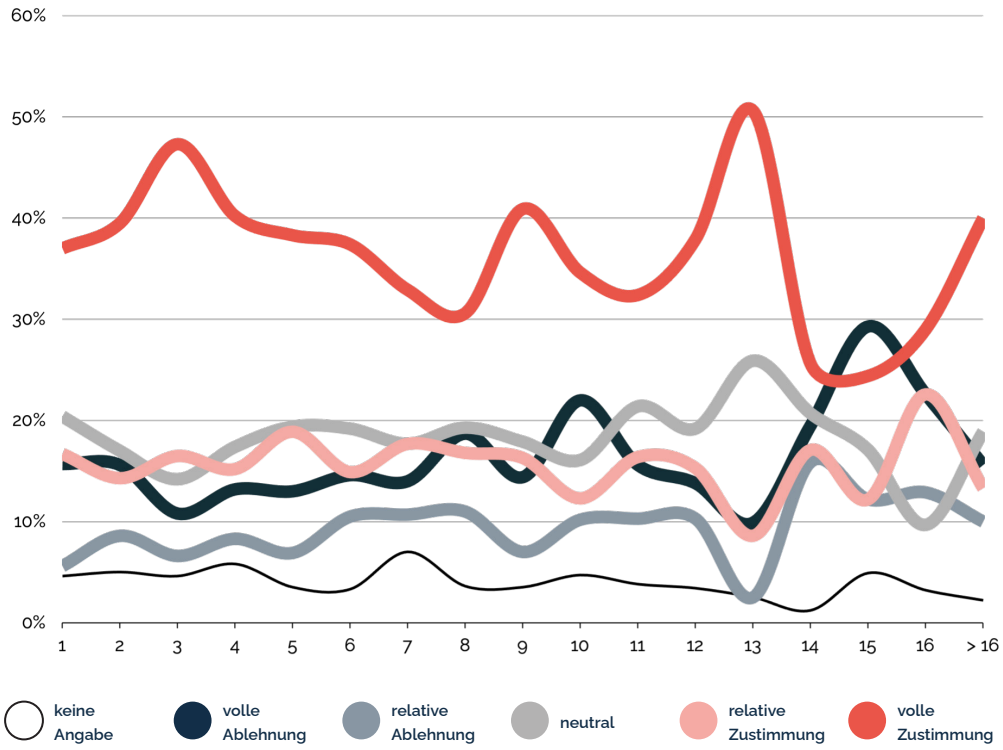
4.4 Fachsemester

***These 4 A** Fachsemester*

Fachsemester	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
1	4,6 %	15,7 %	5,6 %	20,4 %	16,7 %	37,0 %
2	5,0 %	15,6 %	8,6 %	17,0 %	14,3 %	39,5 %
3	4,6 %	10,8 %	6,6 %	14,2 %	16,5 %	47,3 %
4	5,8 %	13,2 %	8,3 %	17,4 %	15,2 %	40,2 %
5	3,5 %	13,0 %	6,9 %	19,4 %	18,9 %	38,3 %
6	3,3 %	14,6 %	10,5 %	19,2 %	14,9 %	37,4 %
7	7,0 %	14,0 %	10,7 %	17,7 %	17,7 %	32,9 %
8	3,6 %	18,7 %	11,0 %	19,3 %	16,8 %	30,6 %
9	3,5 %	14,4 %	7,0 %	17,9 %	16,3 %	40,9 %
10	4,7 %	22,0 %	10,2 %	16,1 %	12,3 %	34,6 %
11	3,8 %	15,6 %	10,3 %	21,4 %	16,4 %	32,4 %
12	3,4 %	13,8 %	10,3 %	19,2 %	15,3 %	37,9 %
13	2,5 %	9,9 %	2,5 %	25,9 %	8,6 %	50,6 %
14	1,2 %	19,5 %	15,9 %	20,7 %	17,1 %	25,6 %
15	4,9 %	29,3 %	12,2 %	17,1 %	12,2 %	24,4 %
16	3,2 %	22,6 %	12,9 %	9,7 %	22,6 %	29,0 %
>16	2,2 %	15,6 %	10,0 %	18,9 %	13,3 %	40,0 %
gesamt	**4,3 %**	**15,4 %**	**8,9 %**	**18,2 %**	**15,7 %**	**37,5 %**

Die höchste vollständige Zustimmung liegt mit 50,6 % im 13. Fachsemester. Die vollständige Zustimmung liegt bei allen Fachsemestern zwischen ca. 30-40 %. Am neutralsten stimmten Fachsemester 13 mit 25,9 % ab. Die vollständige Ablehnung liegt im 8. Fachsemester mit 18,7 % am höchsten.

***These 4 A** Fachsemester*



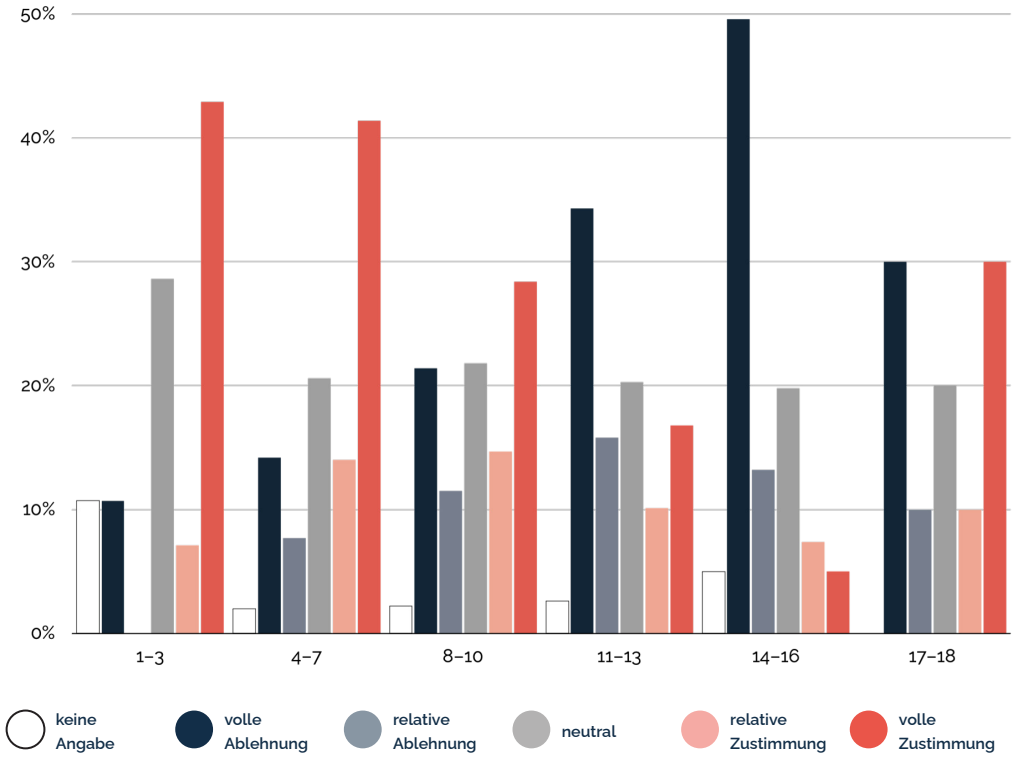
4.5 Gesamtnote

***These 4 A** Gesamtnote*

Gesamtnote	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
1–3	10,7 %	10,7 %	–	28,6 %	7,1 %	42,9 %
4–7	2,0 %	14,2 %	7,7 %	20,6 %	14,0 %	41,4 %
8–10	2,2 %	21,4 %	11,5 %	21,8 %	14,7 %	28,4 %
11–13	2,6 %	34,3 %	15,8 %	20,3 %	10,1 %	16,8 %
14–16	5,0 %	49,6 %	13,2 %	19,8 %	7,4 %	5,0 %
17–18	–	30,0 %	10,0 %	20,0 %	10,0 %	30,0 %
gesamt	**2,3 %**	**23,1 %**	**11,5 %**	**21,2 %**	**13,3 %**	**28,6 %**

Die höchste vollständige Zustimmung liegt mit 42,9 % bei der Notenstufe 1–3, die Notenstufe 4–7 liegt mit 0,5 % kurz dahinter bei 41,4 %. Die höchste Neutralität ist ebenfalls bei der Notenstufe 1–3 mit 28,6 % zu verzeichnen. Alle Notenstufen haben mit durchschnittlich ca. 20 % abgestimmt. Die höchste Ablehnung liegt mit 49,6 % bei der Notenstufe 14–16.

***These 4 A** Gesamtnote*



4.6 Studienort

***These 4 A** Studienort*

Bundesland	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
Ausland	8,7 %	8,7 %	4,3 %	52,2 %	–	26,1 %
Baden-Württemberg	4,0 %	16,3 %	8,8 %	18,9 %	15,9 %	36,1 %
Bayern	4,3 %	18,7 %	8,8 %	16,2 %	15,0 %	37,1 %
Berlin	3,3 %	14,1 %	8,2 %	22,1 %	12,9 %	39,4 %
Brandenburg	3,0 %	10,6 %	7,6 %	14,8 %	14,4 %	49,6 %
Bremen	2,9 %	10,9 %	10,9 %	21,7 %	20,3 %	33,3 %
Hamburg	4,5 %	17,2 %	10,5 %	19,0 %	17,9 %	30,9 %
Hessen	3,1 %	14,4 %	9,2 %	19,7 %	14,4 %	39,3 %
Mecklenburg-Vorpommern	0,8 %	13,6 %	8,3 %	22,7 %	18,9 %	35,6 %
Niedersachsen	4,0 %	18,0 %	10,5 %	19,3 %	12,7 %	35,6 %
Nordrhein-Westfalen	4,5 %	18,5 %	9,4 %	21,2 %	13,7 %	32,8 %
Rheinland-Pfalz	2,6 %	19,9 %	10,3 %	19,9 %	14,3 %	33,0 %
Saarland	5,9 %	14,7 %	11,8 %	19,9 %	14,7 %	33,1 %
Sachsen	5,4 %	9,1 %	7,9 %	17,8 %	16,9 %	42,8 %
Sachsen-Anhalt	4,4 %	14,8 %	7,7 %	14,8 %	15,3 %	43,2 %
Schleswig-Holstein	2,5 %	20,4 %	13,4 %	16,2 %	17,5 %	29,9 %
Thüringen	3,6 %	13,7 %	7,7 %	22,0 %	15,5 %	37,5 %
gesamt	**4,0 %**	**16,6 %**	**9,3 %**	**19,2 %**	**14,8 %**	**36,1 %**

Der höchste Wert der vollständigen Zustimmung liegt mit 43,2 % in Sachsen-Anhalt. Die vollständige Zustimmung liegt in allen Bundesländern bei ca. 30–40 %. Die höchste neutrale Abstimmung mit 52,2 % liegt im Ausland. Inländisch liegt sie mit 22,7 % in Mecklenburg-Vorpommern, dicht gefolgt von Thüringen mit 22 %. Die stärkste vollständige Ablehnung liegt mit 20,4 % in Schleswig-Holstein.

***These 4 A** Studienort*

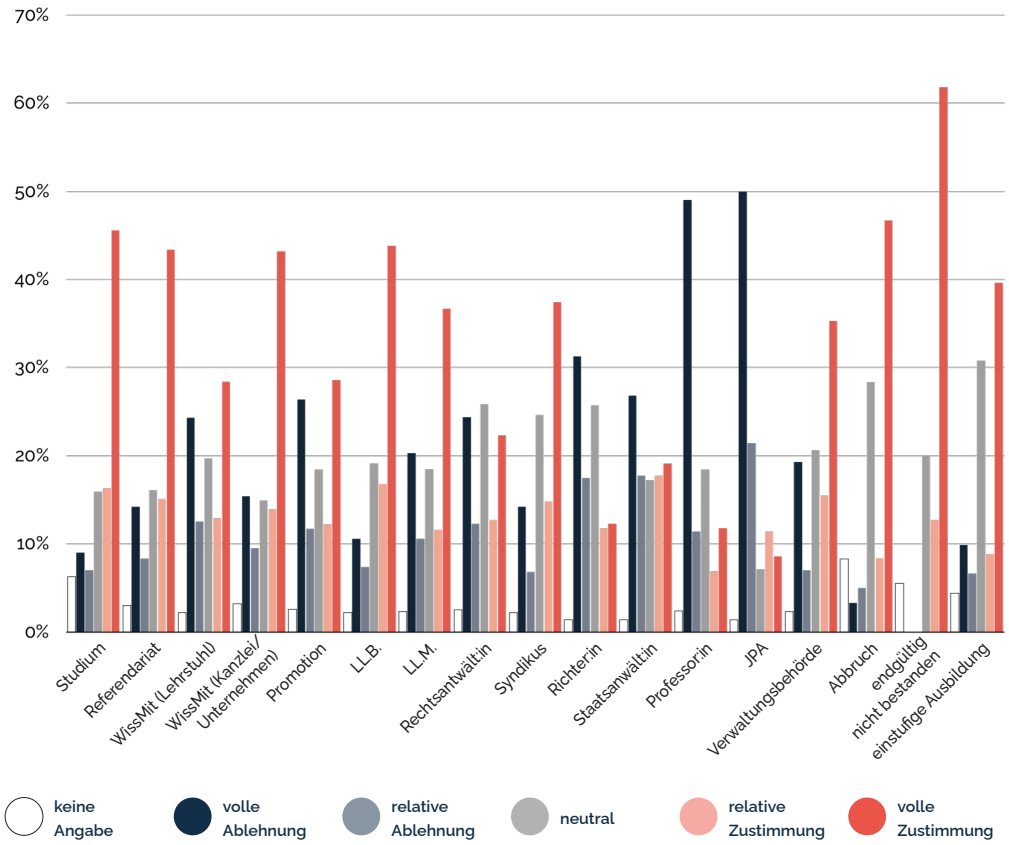
4.7 Verhältnis zur juristischen Ausbildung

These 4 A *Verhältnis zur juristischen Ausbildung*

Beruf	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
Studium	6,3 %	9,0 %	7,0 %	15,9 %	16,3 %	45,6 %
Referendariat	3,0 %	14,2 %	8,3 %	16,1 %	15,1 %	43,4 %
WissMit (Lehrstuhl)	2,2 %	24,3 %	12,5 %	19,7 %	12,9 %	28,4 %
WissMit (Kanzlei)	3,2 %	15,4 %	9,5 %	14,9 %	13,9 %	43,2 %
Promotion	2,6 %	26,4 %	11,7 %	18,4 %	12,2 %	28,6 %
LL.B.	2,2 %	10,6 %	7,4 %	19,1 %	16,8 %	43,8 %
LL.M.	2,3 %	20,3 %	10,6 %	18,5 %	11,6 %	36,7 %
Rechtsanwält:in	2,5 %	24,4 %	12,3 %	25,8 %	12,7 %	22,3 %
Syndikus	2,2 %	14,2 %	6,8 %	24,6 %	14,8 %	37,4 %
Richter:in	1,4 %	31,3 %	17,5 %	25,7 %	11,8 %	12,3 %
Staatsanwält:in	1,4 %	26,8 %	17,7 %	17,2 %	17,7 %	19,1 %
Professor:in	2,4 %	49,0 %	11,4 %	18,4 %	6,9 %	11,8 %
JPA	1,4 %	50,0 %	21,4 %	7,1 %	11,4 %	8,6 %
Verwaltungsbehörde	2,3 %	19,3 %	7,0 %	20,6 %	15,5 %	35,3 %
Abbruch	8,3 %	3,3 %	5,0 %	28,3 %	8,3 %	46,7 %
endgültig nicht bestanden	5,5 %	0,0 %	0,0 %	20,0 %	12,7 %	61,8 %
einstufige Ausbildung	4,4 %	9,9 %	6,6 %	30,8 %	8,8 %	39,6 %

Der höchste Wert für die vollständige Zustimmung der These liegt mit 61,8 % bei den Personen, die endgültig nicht bestanden haben. Alle Personen, die sich noch in der Ausbildung befinden (Studium, Referendariat, LL.B., LL.M.) haben mit ca. 36-45 % vollständiger Zustimmung abgestimmt. Die neutralsten Stimmen kamen von der Personengruppe der einstufigen Ausbildung mit 30,8 %, von denen allerdings fast 50 % (48,4 %) ihre Zustimmung erklärt haben. Die höchste Ablehnung der These liegt mit 50 % bei dem JPA. Die zweitstärkste Gruppe sind die Professor:innen mit 49 %. Die restlichen Berufsgruppen liegen bei ca. 9-26,8 %.

These 4 A *Verhältnis zur juristischen Ausbildung*



5. Ergebnis bzgl. Erwartungen

Die Erwartungen bezüglich der Zustimmung der Studierenden haben sich bewahrheitet.

These 4 B: Regelstudienzeit = Durchschnittsstudiendauer

1. Thesenhintergrund

Ob die Regestudienzeit an die tatsächliche Durchschnittsstudienzeit angepasst werden soll, wird in der Literatur nicht zu umfassend diskutiert. Was bei der Recherche jedoch auffiel, war, dass trotz geringfügiger Literaturbeiträge dieses Thema bereits zu Beginn der 2000er besprochen wurde und bis heute besprochen wird.

2. Thesengestaltung

Die Regelstudienzeit sollte an die Durchschnittsstudienzeit angepasst werden.

Die ausgewählten Argumente, die auf der iur.reform-Webseite als Nachweise aufrufbar waren, sind:

Pro	Contra
1. Die tatsächliche Dauer des Studiums liegt bei zehn bis zwölf Semestern. Die Regelstudienzeit sollte sich an der Realität messen lassen.	1. Die Regelstudienzeit wurde gerade erst auf 10 Semester angehoben.
2. Das Auseinanderfallen von tatsächlicher Dauer des Studiums und Regelstudienzeit kann dazu führen, dass Studierende ihren BaFöG-Anspruch in der Examensvorbereitung verlieren.	2. Dies ist ein weiterer Ansporn das Studium schneller abzuschließen. (Betrifft nur Staatsexamensstudiengänge).
3. Wenn man der Ansicht ist, dass das Studium zu lange dauert, dann muss auch an den Inhalten gekürzt werden. Ansonsten bleibt bei gleicher, inhaltlich hoher Belastung schlicht weniger Zeit um diese Inhalte im Studium zu bearbeiten.	3. Das Jurastudium dauert schon heute zu lange.

3. Hypothese

Wir formulierten folgende Erwartungen für die These:

- Von Seiten der Studierendenschaft wird eine relative Zustimmung erwartet.
- Mangels Betroffenheit wird von den anderen Berufsgruppen eine neutrale bis positive Einstellung gegenüber dieser These vermutet.
- Die Hochschulen werden dieser These voraussichtlich verhaltener gegenüber stehen mit Blick auf die im November 2019 erfolgte Erhöhung der Regelstudienzeit auf zehn Semester.

4. Deskriptive Statistik

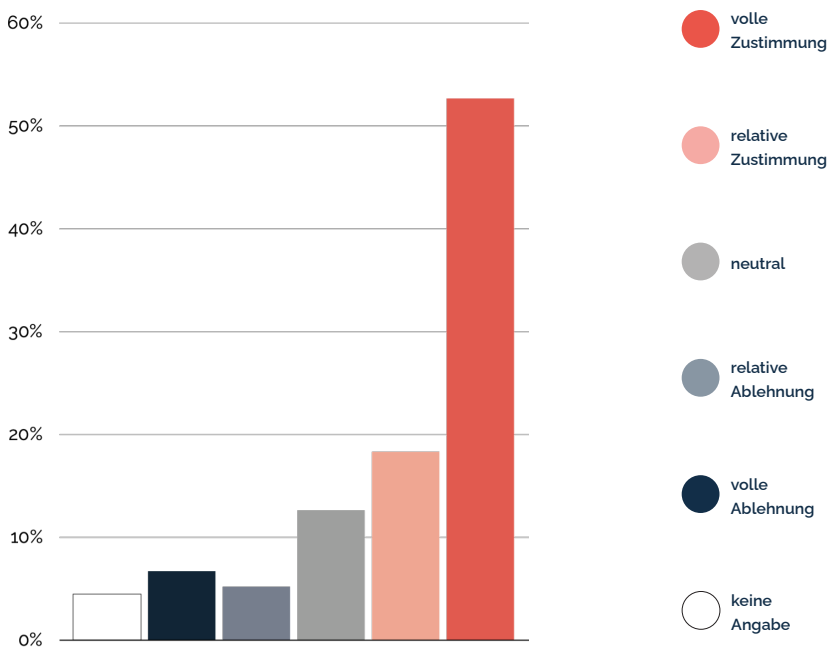
4.1 Gesamtauswertung

***These 4 B** Gesamtauswertung*

Bewertung	Anteil
keine Angabe	4,5 %
volle Ablehnung	6,7 %
relative Ablehnung	5,2 %
neutral	12,6 %
relative Zustimmung	18,3 %
volle Zustimmung	52,7 %
gesamt	**100,0 %**

Bereits auffällig ist, dass die absolute Mehrheit (71 %) für eine Anpassung der Regelstudienzeit an die Durchschnittsstudienzeit plädiert. Ca. ein Zehntel (11,9 %) spricht sich hier absolut gegen eine Anpassung aus, während beinahe ebenso viele (12,6 %) keine Haltung hierzu offenlegen.

***These 4 B** Gesamtauswertung*



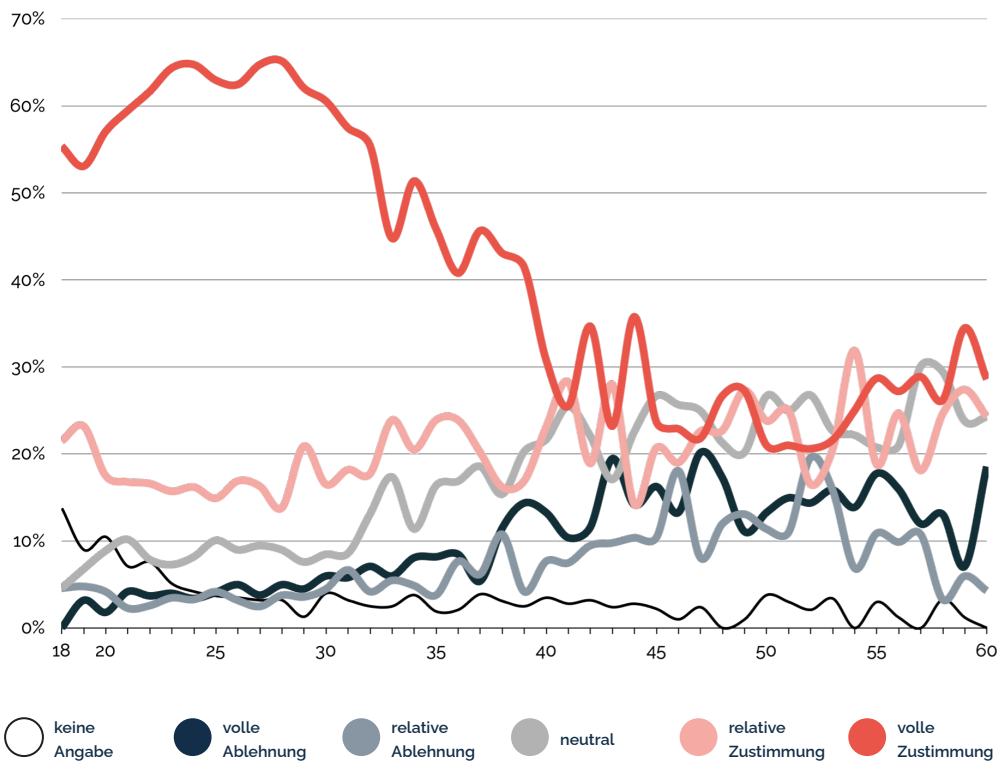
4.2 Alter

Im Vergleich zu den Zahlen aus der Gesamtauswertung zeigt sich, dass der Gesamtwert für „neutral“ sich um 0,1 Prozentpunkte nach oben verschoben hat, sonst die Werte gleich sind.

Bei genauerer Betrachtung der Tabelle wird deutlich, dass die Altersgruppe der 20- bis 30-Jährigen eine große Befürwortung für die Anpassung der Studienzeit kommuniziert. Diese Altersspanne ist zudem die am größten repräsentierte Gruppe. Innerhalb dieser Gruppe sind es die 28- bis 30-Jährigen, die mit 8,1 % bis 10,5 % die größte Ablehnung aufweisen. Dieser Anteil wird innerhalb der 30- bis 40-Jährigen aufrechterhalten bzw. erhöht sich marginal. Diejenigen, die diese These am wenigsten unterstützen, befinden sich in der nächsten Altersgruppe, der 40- bis 50-Jährigen. Hier kann die größte Ablehnung unter den 46-Jährigen mit 31,4 % festgestellt werden. Trotz überwiegender Befürwortung in durchweg allen Altersgruppen, setzt sich die davor beobachtete Skepsis in den höheren Altersklassen fort.

Die graphische Darstellung zeigt die Zustimmung nach Alter deutlich für das obengenannte Altersspektrum.

***These 4 B** Alter*



***These 4 B** Alter*

0 keine Angabe **1** volle Ablehnung **2** relative Ablehnung **3** neutral **4** relative Zustimmung **5** volle Zustimmung

Alter	0	1	2	3	4	5
17	–	–	–	–	–	100 %
18	13,8 %	–	4,6 %	4,6 %	21,5 %	55,4 %
19	9,0 %	3,2 %	4,8 %	6,8 %	23,2 %	53,1 %
20	10,5 %	1,8 %	4,2 %	8,9 %	17,5 %	57,1 %
21	7,1 %	4,2 %	2,3 %	10,2 %	16,8 %	59,5 %
22	7,6 %	3,7 %	2,6 %	7,9 %	16,6 %	61,7 %
23	5,1 %	4,0 %	3,5 %	7,3 %	15,7 %	64,4 %
24	4,2 %	3,4 %	3,3 %	8,2 %	16,2 %	64,8 %
25	3,7 %	4,1 %	4,2 %	10,1 %	14,9 %	63,0 %
26	3,5 %	5,0 %	3,2 %	9,0 %	16,9 %	62,5 %
27	3,2 %	3,8 %	2,5 %	9,5 %	16,3 %	64,8 %
28	3,2 %	5,0 %	3,8 %	9,0 %	13,8 %	65,2 %
29	1,3 %	4,5 %	3,6 %	7,6 %	20,9 %	62,1 %
30	4,0 %	6,0 %	4,5 %	8,5 %	16,5 %	60,6 %
31	3,2 %	5,8 %	6,7 %	8,6 %	18,2 %	57,5 %
32	2,5 %	7,1 %	4,2 %	13,1 %	17,7 %	55,5 %
33	2,5 %	6,0 %	5,5 %	17,4 %	23,9 %	44,8 %
34	3,8 %	8,1 %	4,9 %	11,4 %	20,5 %	51,4 %
35	1,9 %	8,2 %	3,8 %	16,4 %	23,9 %	45,9 %
36	2,1 %	8,5 %	7,7 %	16,9 %	23,9 %	40,8 %
37	3,9 %	5,4 %	6,2 %	18,6 %	20,2 %	45,7 %
38	3,1 %	11,5 %	10,8 %	15,4 %	16,2 %	43,1 %
39	2,5 %	14,4 %	4,2 %	20,3 %	16,9 %	41,5 %
40	3,5 %	13,3 %	7,7 %	21,7 %	23,1 %	30,8 %
41	2,8 %	10,4 %	7,5 %	25,5 %	28,3 %	25,5 %
42	3,2 %	11,6 %	9,5 %	22,1 %	18,9 %	34,7 %
43	2,4 %	19,5 %	9,8 %	17,1 %	28,0 %	23,2 %
44	2,8 %	14,2 %	10,4 %	22,6 %	14,2 %	35,8 %
45	2,2 %	16,3 %	10,4 %	26,7 %	20,7 %	23,7 %
46	1,0 %	13,3 %	18,1 %	25,7 %	19,0 %	22,9 %
47	2,4 %	20,2 %	8,1 %	25,0 %	22,6 %	21,8 %
48	–	17,3 %	12,0 %	21,3 %	22,7 %	26,7 %
49	1,0 %	11,1 %	13,1 %	20,2 %	27,3 %	27,3 %
50	3,8 %	13,3 %	11,4 %	26,7 %	23,8 %	21,0 %

Alter	0	1	2	3	4	5
51	3,0 %	15,0 %	11,0 %	25,0 %	25,0 %	21,0 %
52	2,1 %	14,4 %	19,6 %	26,8 %	16,5 %	20,6 %
53	3,4 %	15,9 %	15,9 %	22,7 %	20,5 %	21,6 %
54	–	13,9 %	6,9 %	22,2 %	31,9 %	25,0 %
55	3,0 %	17,8 %	10,9 %	20,8 %	18,8 %	28,7 %
56	1,2 %	16,0 %	9,9 %	21,0 %	24,7 %	27,2 %
57	–	12,0 %	10,8 %	30,1 %	18,1 %	28,9 %
58	3,3 %	13,1 %	3,3 %	29,5 %	24,6 %	26,2 %
59	1,2 %	7,1 %	6,0 %	23,8 %	27,4 %	34,5 %
60	–	18,6 %	4,3 %	24,3 %	24,3 %	28,6 %
61	–	12,5 %	10,7 %	21,4 %	25,0 %	30,4 %
62	1,9 %	11,1 %	9,3 %	22,2 %	13,0 %	42,6 %
63	7,7 %	5,1 %	2,6 %	15,4 %	35,9 %	33,3 %
64	4,2 %	16,7 %	8,3 %	8,3 %	20,8 %	41,7 %
65	–	11,4 %	11,4 %	17,1 %	20,0 %	40,0 %
66	4,5 %	–	13,6 %	36,4 %	22,7 %	22,7 %
67	–	17,6 %	5,9 %	35,3 %	17,6 %	23,5 %
68	–	20,0 %	6,7 %	20,0 %	6,7 %	46,7 %
69	–	14,3 %	–	14,3 %	28,6 %	42,9 %
70	–	20,0 %	10,0 %	–	30,0 %	40,0 %
71	–	37,5 %	–	–	12,5 %	50,0 %
72	–	–	20,0 %	40,0 %	–	40,0 %
73	–	–	25,0 %	37,5 %	25,0 %	12,5 %
74	–	–	22,2 %	33,3 %	11,1 %	33,3 %
75	16,7 %	–	–	50,0 %	16,7 %	16,7 %
77	–	25,0 %	50,0 %	–	25,0 %	–
78	–	33,3 %	–	66,7 %	–	–
79	–	50,0 %	–	–	–	50,0 %
81	–	–	100 %	–	–	–
82	–	–	–	100 %	–	–
83	–	–	–	100 %	–	–
84	–	–	–	100 %	–	–
90	–	–	–	–	100 %	–
Σ	**4,2 %**	**6,6 %**	**5,2 %**	**12,5 %**	**18,3 %**	**53,2 %**

4.3 Geschlecht

***These 4 B** Geschlecht*

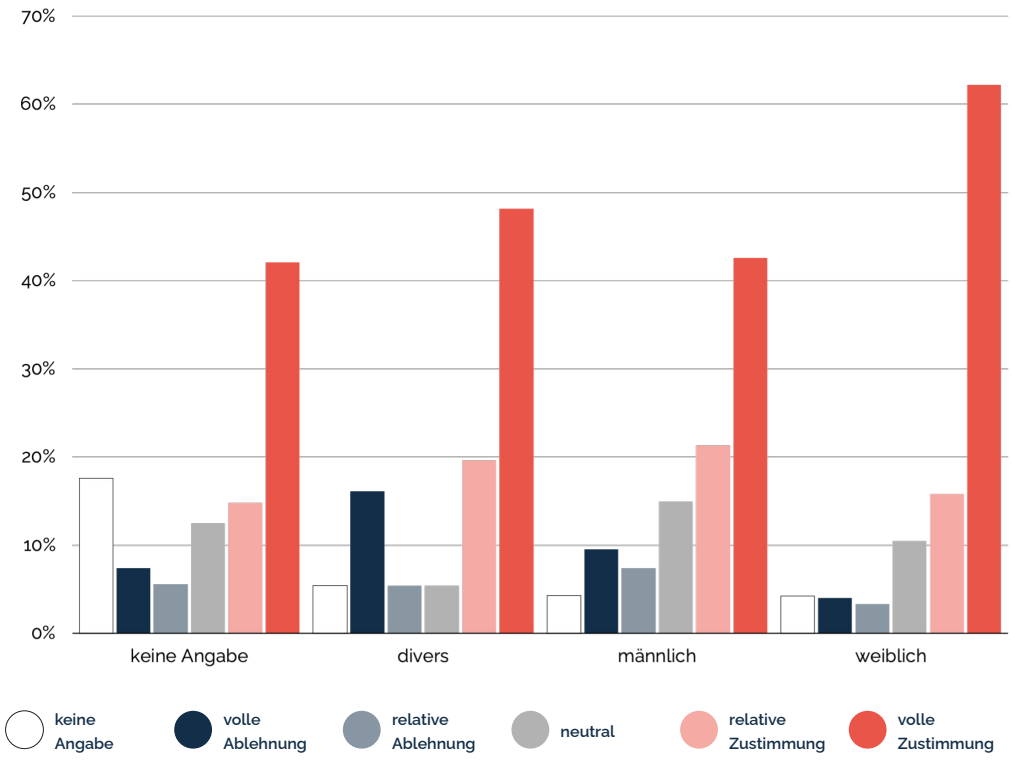
Geschlecht	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
keine Angabe	17,6 %	7,4 %	5,6 %	12,5 %	14,8 %	42,1 %
divers	5,4 %	16,1 %	5,4 %	5,4 %	19,6 %	48,2 %
männlich	4,3 %	9,5 %	7,4 %	14,9 %	21,3 %	42,6 %
weiblich	4,2 %	4,0 %	3,3 %	10,5 %	15,8 %	62,2 %
gesamt	**4,5 %**	**6,7 %**	**5,2 %**	**12,6 %**	**18,3 %**	**52,7 %**

Der Tabelle ist zu entnehmen, dass innerhalb derjenigen, die ihre absolute Zustimmung erklärt haben, ein relativ ausgewogenes Verhältnis zwischen diversen (48,2 %), männlichen (42,6 %) und weiblichen Teilnehmenden zu erkennen ist, wohingegen die weiblichen Teilnehmerinnen mit 62,2 % den größten Anteil ausmachen. Mit Blick auf die (absolute und relative) Ablehnung, verteilt es sich weniger ausgeglichen. Von 7,3 % (weiblich) zu 17,2 % (männlich) und schließlich 21,5 % (divers) lässt sich eine klare Tendenz in Richtung Thesenumsetzung erkennen.

Von den insgesamt 12,6 % neutral gestimmten Teilnehmenden sind 5,4 % divers, 14,9 % männlich und 10,5 % weiblich.

Die Angaben unter diversen und solchen ohne Geschlechtsangabe lässt eine Steigerung in Richtung Zustimmung erkennen. Während 7,4 % die These 4D absolut ablehnen, plädieren 42,1 % für eine Anpassung der Regelstudienzeit an die durchschnittliche Studienzeit.

***These 4 B** Geschlecht*



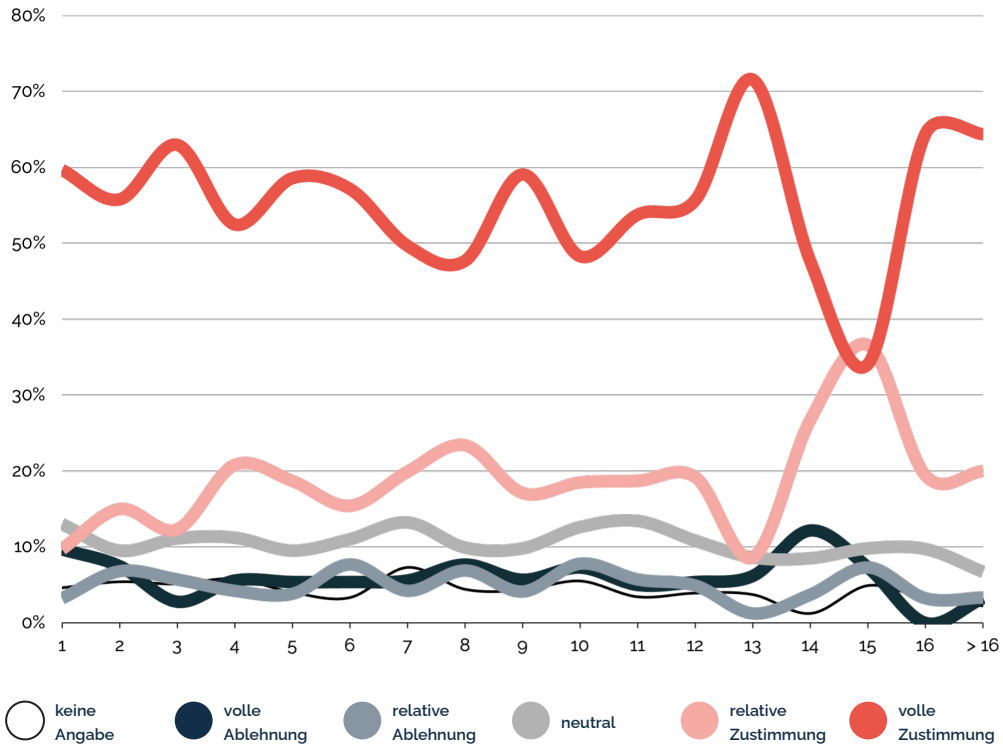
4.4 Fachsemester

***These 4 B** Fachsemester*

Fachsemester	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
1	4,6 %	9,7 %	3,2 %	13,0 %	9,7 %	59,7 %
2	5,4 %	7,5 %	6,8 %	9,5 %	15,0 %	55,8 %
3	5,1 %	2,8 %	5,7 %	11,1 %	12,3 %	63,0 %
4	5,8 %	5,6 %	4,2 %	11,2 %	20,8 %	52,5 %
5	4,0 %	5,4 %	3,8 %	9,5 %	18,7 %	58,6 %
6	3,3 %	5,4 %	7,7 %	11,0 %	15,4 %	57,2 %
7	7,3 %	5,6 %	4,2 %	13,2 %	19,9 %	49,7 %
8	4,4 %	7,7 %	6,9 %	9,9 %	23,4 %	47,7 %
9	4,3 %	5,7 %	4,1 %	9,8 %	17,1 %	59,1 %
10	5,5 %	7,3 %	7,8 %	12,6 %	18,5 %	48,3 %
11	3,4 %	5,0 %	5,7 %	13,4 %	18,7 %	53,8 %
12	3,9 %	5,4 %	4,9 %	10,8 %	19,2 %	55,7 %
13	3,7 %	6,2 %	1,2 %	8,6 %	8,6 %	71,6 %
14	1,2 %	12,2 %	3,7 %	8,5 %	26,8 %	47,6 %
15	4,9 %	7,3 %	7,3 %	9,8 %	36,6 %	34,1 %
16	3,2 %	–	3,2 %	9,7 %	19,4 %	64,5 %
>16	2,2 %	3,3 %	3,3 %	6,7 %	20,0 %	64,4 %
gesamt	**4,7 %**	**6,1 %**	**5,4 %**	**10,9 %**	**17,8 %**	**55,1 %**

Aus der Tabelle lässt sich ablesen, dass unter Studierenden jedes Fachsemesters die Zustimmung die Ablehnung durchweg übersteigt. Die meisten Stimmen stammen aus den Semestern 3 (63 %), 13 (71,6 %) und 16 (64,5 %). Die Ablehnungsrate liegt bei den Studierenden jedes Fachsemesters unter 6 % (vollständige Ablehnung), wobei ein leichter Vorsprung im Semester 7 besteht. Hier liegt die Abstimmungsrate bei 7,3 %. In diesem Stadium des Studiums befasst man sich in der Regel bereits mit der Examensvorbereitung.

***These 4 B** Fachsemester*



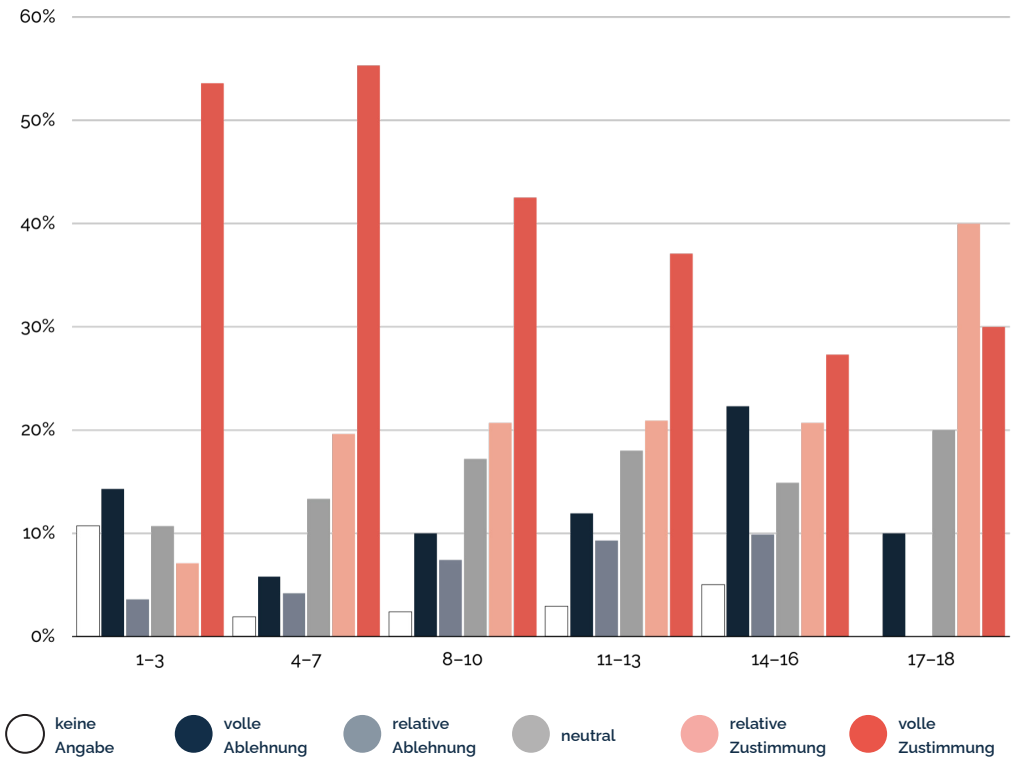
4.5 Gesamtnote

***These 4 B** Gesamtnote*

Gesamtnote	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
1–3	10,7 %	14,3 %	3,6 %	10,7 %	7,1 %	53,6 %
4–7	1,9 %	5,8 %	4,2 %	13,3 %	19,6 %	55,3 %
8–10	2,4 %	10,0 %	7,4 %	17,2 %	20,7 %	42,5 %
11–13	2,9 %	11,9 %	9,3 %	18,0 %	20,9 %	37,1 %
14–16	5,0 %	22,3 %	9,9 %	14,9 %	20,7 %	27,3 %
17–18	–	10,0 %	–	20,0 %	40,0 %	30,0 %
gesamt	**2,4 %**	**9,6 %**	**7,0 %**	**16,3 %**	**20,4 %**	**44,1 %**

Aus der Tabelle wird ersichtlich, dass auch bei Aufteilung nach diesem Merkmal die teilweise und volle Zustimmung die vollständige und moderate Ablehnung deutlich überwiegt. Die größte Zustimmung, jedoch auch Ablehnung erfolgt jedoch im höchsten Notenrahmen (17-18 Punkte) bei 70 %. Hier gibt es zudem die meisten Enthaltungen mit 20 %. Danach folgt die Notenstufe 4-7 mit 74,9 % Zustimmung und die Notenstufe 11-13 mit 18 % Enthaltungen.

***These 4 B** Gesamtnote*



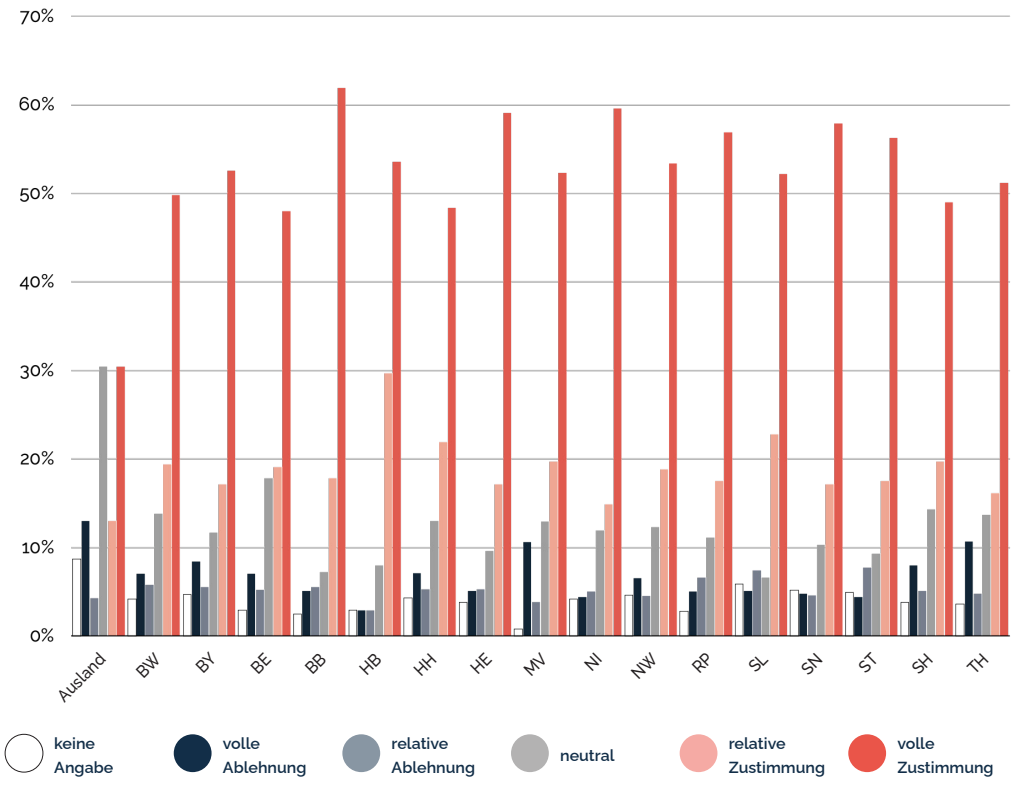
4.6 Studienort

***These 4 B** Studienort*

Bundesland	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
Ausland	8,7 %	13,0 %	4,3 %	30,4 %	13,0 %	30,4 %
Baden-Württemberg	4,2 %	7,0 %	5,8 %	13,8 %	19,4 %	49,8 %
Bayern	4,7 %	8,4 %	5,5 %	11,7 %	17,1 %	52,6 %
Berlin	2,9 %	7,0 %	5,2 %	17,8 %	19,1 %	48,0 %
Brandenburg	2,5 %	5,1 %	5,5 %	7,2 %	17,8 %	61,9 %
Bremen	2,9 %	2,9 %	2,9 %	8,0 %	29,7 %	53,6 %
Hamburg	4,3 %	7,1 %	5,3 %	13,0 %	21,9 %	48,4 %
Hessen	3,8 %	5,1 %	5,3 %	9,6 %	17,1 %	59,1 %
Mecklenburg-Vorpommern	0,8 %	10,6 %	3,8 %	12,9 %	19,7 %	52,3 %
Niedersachsen	4,2 %	4,4 %	5,0 %	11,9 %	14,9 %	59,6 %
Nordrhein-Westfalen	4,6 %	6,5 %	4,5 %	12,3 %	18,8 %	53,4 %
Rheinland-Pfalz	2,8 %	5,0 %	6,6 %	11,1 %	17,5 %	56,9 %
Saarland	5,9 %	5,1 %	7,4 %	6,6 %	22,8 %	52,2 %
Sachsen	5,2 %	4,8 %	4,6 %	10,3 %	17,1 %	57,9 %
Sachsen-Anhalt	4,9 %	4,4 %	7,7 %	9,3 %	17,5 %	56,3 %
Schleswig-Holstein	3,8 %	8,0 %	5,1 %	14,3 %	19,7 %	49,0 %
Thüringen	3,6 %	10,7 %	4,8 %	13,7 %	16,1 %	51,2 %
gesamt	**4,2 %**	**6,5 %**	**5,2 %**	**12,4 %**	**18,3 %**	**53,4 %**

Von den insgesamt 71,7 %, die sich (voll und teilweise) für eine Anpassung der Regelstudienzeit an die durchschnittliche Studienzeit ausgesprochen haben, stammen die meisten Stimmen aus Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg. Diese Bundesländer sind zudem die bevölkerungsreichsten Bundesländer Deutschlands. Die größte vollständige und moderate Zustimmung war jedoch aus den Bundesländern Bremen (83,3 %), Brandenburg (79,7 %) sowie Hessen (76,2 %) zu beobachten. Es haben insgesamt 2 Personen im Ausland ihre juristische Ausbildung genossen. Diese stellen mithin den am geringsten genannten Studienort dar.

***These 4 B** Studienort*



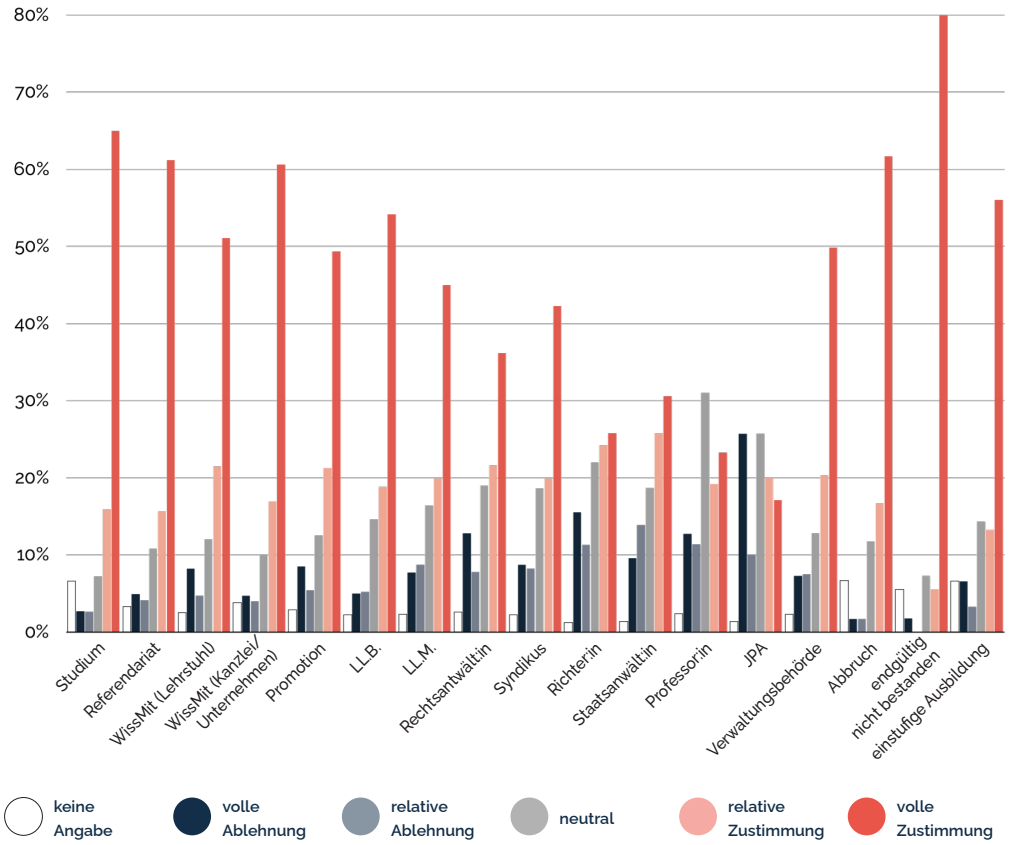
4.7 Verhältnis zur juristischen Ausbildung

***These 4 B** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*

Beruf	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
Studium	6,6 %	2,7 %	2,6 %	7,2 %	15,9 %	65,0 %
Referendariat	3,3 %	4,9 %	4,1 %	10,8 %	15,7 %	61,2 %
WissMit (Lehrstuhl)	2,5 %	8,2 %	4,7 %	12,0 %	21,5 %	51,1 %
WissMit (Kanzlei)	3,8 %	4,7 %	4,0 %	10,0 %	16,9 %	60,6 %
Promotion	2,9 %	8,5 %	5,4 %	12,5 %	21,3 %	49,4 %
LL.B.	2,2 %	5,0 %	5,2 %	14,6 %	18,8 %	54,2 %
LL.M.	2,3 %	7,7 %	8,7 %	16,4 %	19,9 %	45,0 %
Rechtsanwält:in	2,6 %	12,8 %	7,8 %	19,0 %	21,6 %	36,2 %
Syndikus	2,2 %	8,7 %	8,2 %	18,6 %	19,9 %	42,3 %
Richter:in	1,2 %	15,5 %	11,3 %	22,0 %	24,2 %	25,8 %
Staatsanwält:in	1,4 %	9,6 %	13,9 %	18,7 %	25,8 %	30,6 %
Professor:in	2,4 %	12,7 %	11,4 %	31,0 %	19,2 %	23,3 %
JPA	1,4 %	25,7 %	10,0 %	25,7 %	20,0 %	17,1 %
Verwaltungsbehörde	2,3 %	7,3 %	7,5 %	12,8 %	20,3 %	49,9 %
Abbruch	6,7 %	1,7 %	1,7 %	11,7 %	16,7 %	61,7 %
endgültig nicht bestanden	5,5 %	1,8 %	0,0 %	7,3 %	5,5 %	80,0 %
einstufige Ausbildung	6,6 %	6,6 %	3,3 %	14,3 %	13,2 %	56,0 %

Hier fällt bereits auf, dass die Mehrheit, die ihre vollständige und moderate Zustimmung abgegeben haben, Mitarbeiter:innen der Verwaltungsbehörde (70,2 %) sind. Hier haben 49,9 % ihre vollständige Zustimmung erklärt. Zudem haben Referendar:innen (76,9 %) sowie Staatsanwält:innen (80,9 %) und Studierende, die das Staatsexamen endgültig nicht bestanden haben, mit 85,5 % zugestimmt.

***These 4 B** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*



5. Ergebnis bzgl. Erwartungen

Die von Seiten der Studierendenschaft erwartete relative Zustimmung hat sich bestätigt. Entgegen unserer Erwartung lag auch bei den restlichen Berufsgruppen eine eher positive Einstellung gegenüber der These vor.

These 4 C: Ausgestaltung der Zwischenprüfung

1. Thesenhintergrund

Zu der These konnten wir vier Quellen finden, die insgesamt 10 Argumente aufführen; davon zwei dafür und acht dagegen.[1]

2. Thesengestaltung

Die Zwischenprüfung sollte umfangreicher sein und den Stoff der Ersten juristischen Prüfung umfassender abdecken.

Die ausgewählten Argumente, welche auf der iur.reform-Webseite als Nachweise aufrufbar waren, sind:

Pro	Contra
1. Die Zwischenprüfungen sind eine leichte Hürde an vielen Universitäten.	1. Dass ungeeignete Studierende früh ausgesiebt werden sollen, ist eine staatliche Bevormundung.
2. Studierende können ihre Eignung für die Rechtswissenschaft bzw. die Juristerei derzeit oft erst kurz vor dem 1. Examen feststellen. Das ist zu spät.	2. Hoher Verwaltungsaufwand, durch zusätzliche Prüfungs- und damit einhergehende Korrekturleistung.
3. Auch in anderen Studiengängen gibt es frühzeitige Eignungsprüfungen, an deren Ausgestaltung man sich orientieren könnte.	3. Studierende werden damit zum schnellen Studieren und Fokussieren auf die Abschlussprüfung und zum Repetitor (und damit weg von der Universität) gedrängt.

3. Hypothese

Wir formulierten folgende Erwartungen für die These:

- Insbesondere bei Studierenden jüngerer Semester erwarten wir eine starke Ablehnung der These aus Sorge vor schwereren, frühen Prüfungen.
- Aber auch bei Referendar:innen und Absolvent:innen, deren Studienabschluss noch nicht lange zurückliegt, vermuten wir eher eine Ablehnung, da diese vermutlich positiv auf ihre eigene Studienzeit vor der Examensvorbereitung zurückblicken.
- Unter Professor:innen erwarten wir ein gemischtes, aber vermutlich tendenziell ablehnendes Bild, da ein erhöhter Korrekturaufwand befürchtet werden könnte.
- Unter Praktiker:innen erwarten wir aus ähnlichen Gründen wie bei Referendar:innen nach steigendem Alter auch eine steigende Zustimmung zur These.

[1] ***https://onedrive.live.com/view.aspx?resid=D3C707BB028AE925!323&ithint=file %2cxlsx&authkey=!AERBCCwtBbE_-1M***

4. Deskriptive Statistik

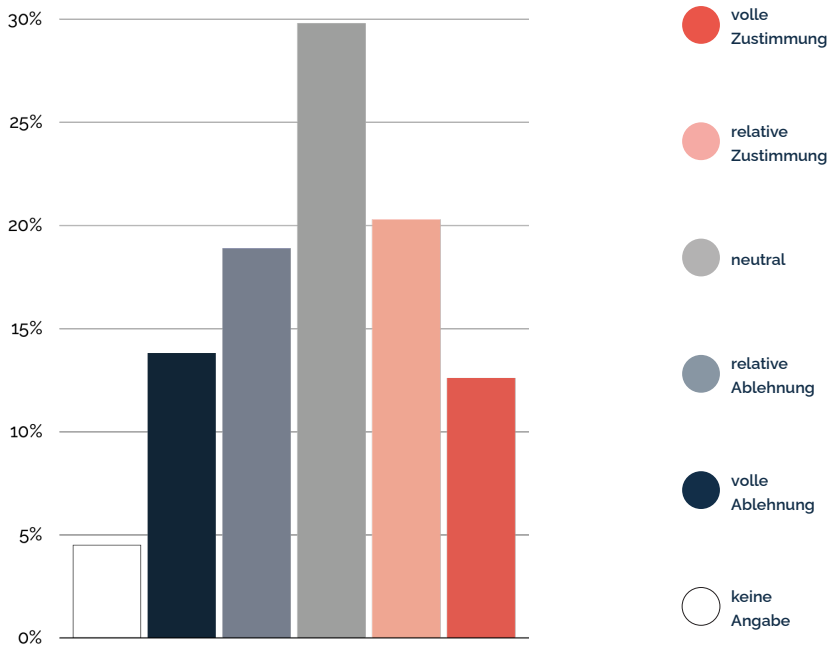
4.1 Gesamtauswertung

***These 4 C** Gesamtauswertung*

Bewertung	Anteil
keine Angabe	4,5 %
volle Ablehnung	13,8 %
relative Ablehnung	18,9 %
neutral	29,8 %
relative Zustimmung	20,3 %
volle Zustimmung	12,6 %
gesamt	**100,0 %**

Die Daten zeigen, dass ein großer Teil der Abstimmenden der These neutral gegenübersteht (29,8 %). Weiterhin ist eine große Spaltung zwischen den Teilnehmenden mit einer leichten Tendenz zur Zustimmung (kumuliert 32,9 % [vollständige und relative Zustimmung zusammengenommen] gegenüber 32,7 % kumulierte Ablehnung [vollständige und relative Ablehnung zusammengenommen]) zu beobachten.

***These 4 C** Gesamtauswertung*



4.2 Alter

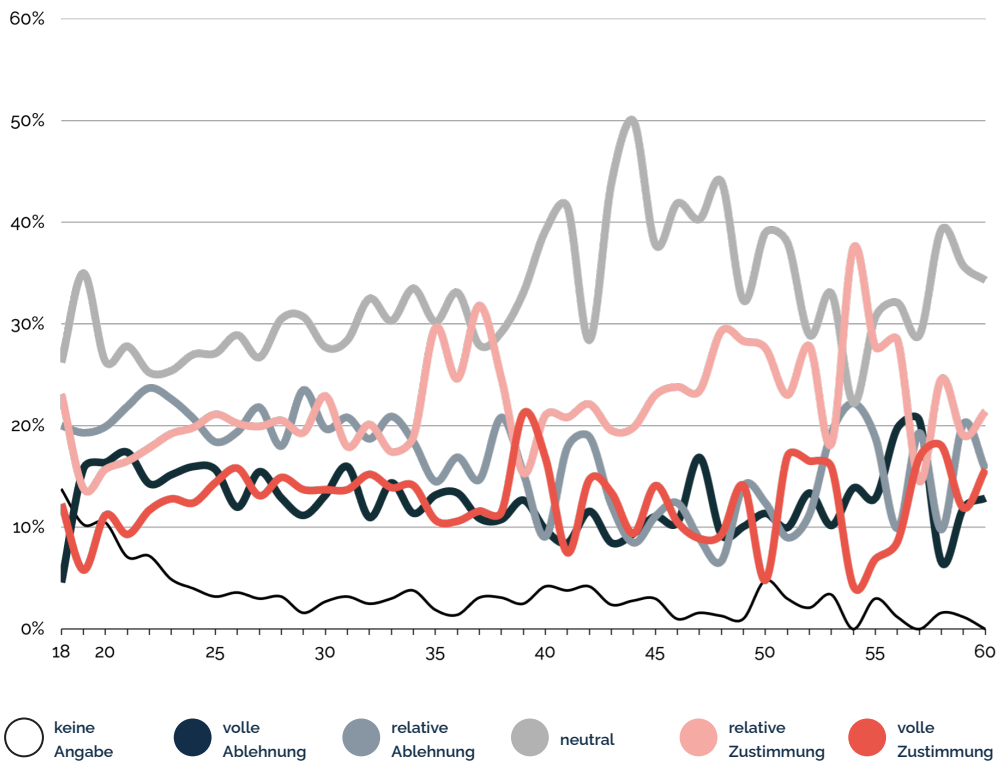
Die Stimmverteilung nach dem Alter der Abstimmenden ergibt kein klares Muster. Zwar ist die vollständige Zustimmung bei Teilnehmenden im Alter von 39 Jahren mit 21,2 % am höchsten, jedoch treten auch bei jüngeren und älteren Abstimmenden immer wieder Werte unter und über dem Durchschnitt von 12,8 % (in Bezug auf alle Altersgruppen) auf. Für die kumulierte Zustimmung ergibt sich bei einem Durchschnittswert von 23,2 % ein ähnliches Bild. Ab einem Alter von 40 Jahren werden immer wieder Werte von über 40,0 % erreicht, wobei in der Gruppe der 19-Jährigen die Untergrenze der Schwankung mit 19,6 % besteht.

Die Neutralität ist mit 50,0 % bei den 44-jährigen Personen am höchsten. Die Werte bewegen sich im Übrigen um die 30 %, schwanken dabei aber ebenfalls sehr stark.

Mit 20,5 % ist die vollständige Ablehnung im Alter von 57 Jahren am höchsten. Die kumulierte Ablehnung erreicht in den 20er-Gruppen Werte von etwas über 35 %; fällt ab den Jahren 34/35 auf unter 30 % und dann in Richtung 20 % bzw. darunter ab und steigt dann ab 50 Jahren wieder auf ca. 30 % an.

Insgesamt verteilen sich die Stimmen ca. jeweils mit einem Drittel auf die kumulierte Ablehnung, Neutralität und die kumulierte Zustimmung, wobei die Werte zwischen den einzelnen Altersgruppen stark schwanken. Eine Unsicherheit der Befragten bei der Bewertung der These drückt sich dadurch aus, dass die Werte für die relative Ablehnung bzw. Zustimmung grundsätzlich höher ausfallen als die der vollständigen Ablehnung bzw. Zustimmung.

***These 4 C** Alter*



These 4 C Alter

0 keine Angabe **1** volle Ablehnung **2** relative Ablehnung **3** neutral **4** relative Zustimmung **5** volle Zustimmung

Alter	0	1	2	3	4	5
17	–	–	100 %	–	–	–
18	13,8 %	4,6 %	20,0 %	26,2 %	23,1 %	12,3 %
19	10,3 %	15,8 %	19,3 %	35,0 %	13,8 %	5,8 %
20	10,5 %	16,4 %	19,9 %	26,3 %	15,7 %	11,2 %
21	7,1 %	17,4 %	21,9 %	27,8 %	16,5 %	9,3 %
22	7,2 %	14,3 %	23,7 %	25,2 %	17,8 %	11,7 %
23	4,9 %	15,2 %	22,6 %	25,4 %	19,2 %	12,8 %
24	4,0 %	16,0 %	20,7 %	27,0 %	19,8 %	12,4 %
25	3,2 %	15,7 %	18,4 %	27,1 %	21,1 %	14,4 %
26	3,6 %	12,0 %	19,4 %	28,9 %	20,2 %	15,8 %
27	3,0 %	15,5 %	21,8 %	26,7 %	19,9 %	13,1 %
28	3,2 %	12,9 %	18,0 %	30,5 %	20,5 %	14,9 %
29	1,6 %	11,2 %	23,5 %	30,7 %	19,3 %	13,7 %
30	2,7 %	13,2 %	19,7 %	27,7 %	22,9 %	13,7 %
31	3,2 %	16,0 %	20,8 %	28,4 %	17,9 %	13,7 %
32	2,5 %	11,0 %	18,7 %	32,5 %	20,1 %	15,2 %
33	3,0 %	14,4 %	20,9 %	30,3 %	17,4 %	13,9 %
34	3,8 %	11,4 %	18,4 %	33,5 %	18,9 %	14,1 %
35	1,9 %	13,2 %	14,5 %	30,2 %	29,6 %	10,7 %
36	1,4 %	13,4 %	16,9 %	33,1 %	24,6 %	10,6 %
37	3,1 %	10,9 %	14,7 %	27,9 %	31,8 %	11,6 %
38	3,1 %	10,8 %	20,8 %	29,2 %	24,6 %	11,5 %
39	2,5 %	12,7 %	15,3 %	33,1 %	15,3 %	21,2 %
40	4,2 %	9,8 %	9,1 %	39,2 %	21,0 %	16,8 %
41	3,8 %	8,5 %	17,9 %	41,5 %	20,8 %	7,5 %
42	4,2 %	11,6 %	18,9 %	28,4 %	22,1 %	14,7 %
43	2,4 %	8,5 %	12,2 %	43,9 %	19,5 %	13,4 %
44	2,8 %	9,4 %	8,5 %	50,0 %	19,8 %	9,4 %
45	3,0 %	11,1 %	11,1 %	37,8 %	23,0 %	14,1 %
46	1,0 %	10,5 %	12,4 %	41,9 %	23,8 %	10,5 %
47	1,6 %	16,9 %	8,9 %	40,3 %	23,4 %	8,9 %
48	1,3 %	9,3 %	6,7 %	44,0 %	29,3 %	9,3 %
49	1,0 %	10,1 %	14,1 %	32,3 %	28,3 %	14,1 %
50	4,8 %	11,4 %	12,4 %	39,0 %	27,6 %	4,8 %

Alter	0	1	2	3	4	5
51	3,0 %	10,0 %	9,0 %	38,0 %	23,0 %	17,0 %
52	2,1 %	13,4 %	11,3 %	28,9 %	27,8 %	16,5 %
53	3,4 %	10,2 %	19,3 %	33,0 %	18,2 %	15,9 %
54	–	13,9 %	22,2 %	22,2 %	37,5 %	4,2 %
55	3,0 %	12,9 %	18,8 %	30,7 %	27,7 %	6,9 %
56	1,2 %	19,8 %	9,9 %	32,1 %	28,4 %	8,6 %
57	–	20,5 %	19,3 %	28,9 %	14,5 %	16,9 %
58	1,6 %	6,6 %	9,8 %	39,3 %	24,6 %	18,0 %
59	1,2 %	11,9 %	20,2 %	35,7 %	19,0 %	11,9 %
60	–	12,9 %	15,7 %	34,3 %	21,4 %	15,7 %
61	–	19,6 %	14,3 %	25,0 %	28,6 %	12,5 %
62	3,7 %	18,5 %	13,0 %	33,3 %	18,5 %	13,0 %
63	7,7 %	2,6 %	15,4 %	43,6 %	20,5 %	10,3 %
64	4,2 %	4,2 %	8,3 %	41,7 %	25,0 %	16,7 %
65	2,9 %	5,7 %	17,1 %	28,6 %	17,1 %	28,6 %
66	4,5 %	13,6 %	18,2 %	27,3 %	27,3 %	9,1 %
67	–	17,6 %	17,6 %	41,2 %	11,8 %	11,8 %
68	–	26,7 %	13,3 %	40,0 %	20,0 %	–
69	–	–	28,6 %	28,6 %	14,3 %	28,6 %
70	–	10,0 %	–	40,0 %	40,0 %	10,0 %
71	–	–	12,5 %	25,0 %	37,5 %	25,0 %
72	–	–	20,0 %	60,0 %	20,0 %	–
73	–	–	–	37,5 %	50,0 %	12,5 %
74	–	–	–	33,3 %	55,6 %	11,1 %
75	–	–	16,7 %	–	50,0 %	33,3 %
77	–	25,0 %	25,0 %	–	–	50,0 %
78	–	–	–	66,7 %	33,3 %	–
79	–	100 %	–	–	–	–
81	–	–	–	100 %	–	–
82	–	–	–	100 %	–	–
83	–	–	–	100 %	–	–
84	–	–	–	–	–	100 %
90	–	–	–	100 %	–	–
Σ	**4,2 %**	**13,9 %**	**19,0 %**	**29,9 %**	**20,4 %**	**12,8 %**

4.3 Geschlecht

***These 4 C** Geschlecht*

Geschlecht	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
keine Angabe	17,6 %	13,0 %	17,1 %	29,6 %	14,8 %	7,9 %
divers	7,1 %	28,6 %	19,6 %	23,2 %	16,1 %	5,4 %
männlich	4,1 %	12,7 %	19,2 %	29,7 %	22,1 %	12,2 %
weiblich	4,3 %	14,7 %	18,7 %	30,0 %	19,0 %	13,3 %
gesamt	**4,5 %**	**13,8 %**	**18,9 %**	**29,8 %**	**20,3 %**	**12,6 %**

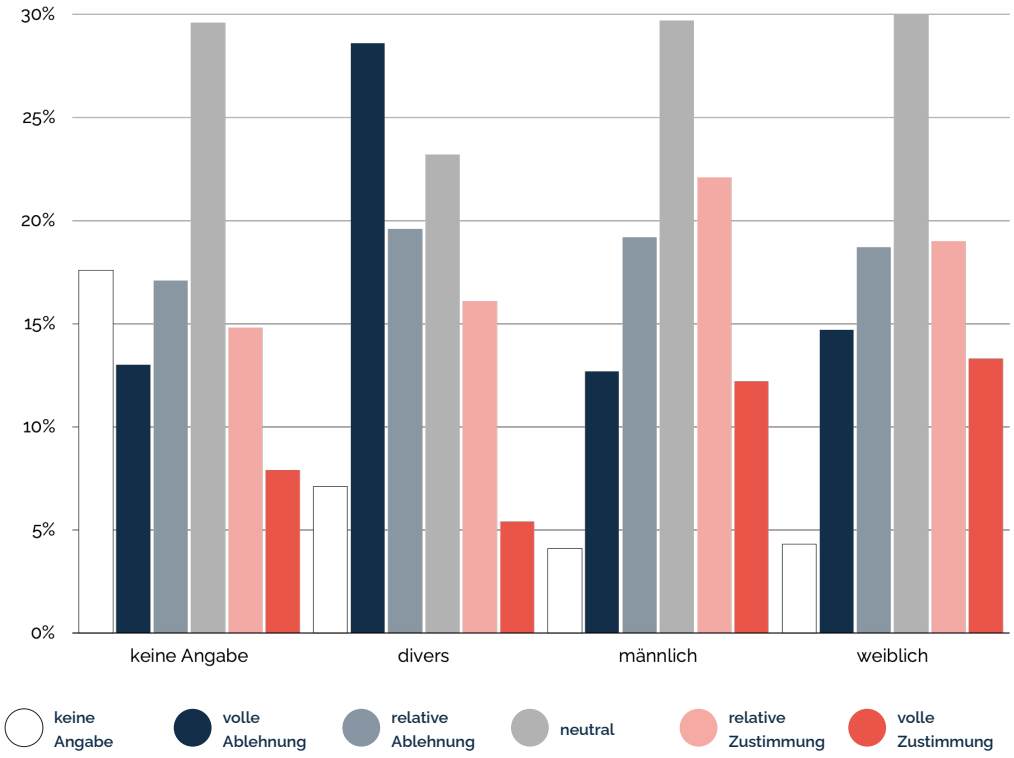
Die stärkste vollständige Zustimmung ist bei den weiblichen Teilnehmenden zu erkennen (13,3 %). Die kumulierte Zustimmung ist jedoch bei den männlichen Abstimmenden höher 34,3 % als unter den weiblichen (32,3 %). Die kumulierte Zustimmung bei diversen Teilnehmenden ist mit 21,5 % deutlich geringer, wegen der niedrigen Teilnehmendenzahl (56) fehlt dieser Gruppe jedoch die Aussagekraft.

Die Unterschiede bezüglich einer Abstimmung mit „neutral“ ist bei männlichen und weiblichen Teilnehmenden beinahe identisch (29,7 % bei männlichen und 30,0 % bei weiblichen Abstimmenden).

Die vollständige Ablehnung ist bei diversen Teilnehmenden mit 28,6 % am höchsten (mit geringer Aussagekraft aufgrund geringer Teilnehmendenzahl), gefolgt von weiblichen Abstimmenden (14,7 %). Der Unterschied der kumulierten Ablehnung ist zwischen männlichen (31,9 %) und weiblichen (33,4 %) Abstimmenden nur sehr gering.

Insgesamt ist bei Männern und Frauen eher eine Verteilung von jeweils einem Drittel der Stimmen auf die kumulierte Zustimmung bzw. Ablehnung sowie die Neutralität zu beobachten. Bei Personen, die sich keinem der binären Geschlechter zuordnen können sowie solchen, die keine Angabe zum Geschlecht gemacht haben, ist dagegen eine relative Zustimmung zu erkennen.

***These 4 C** Geschlecht*



4.4 Fachsemester

***These 4 C** Fachsemester*

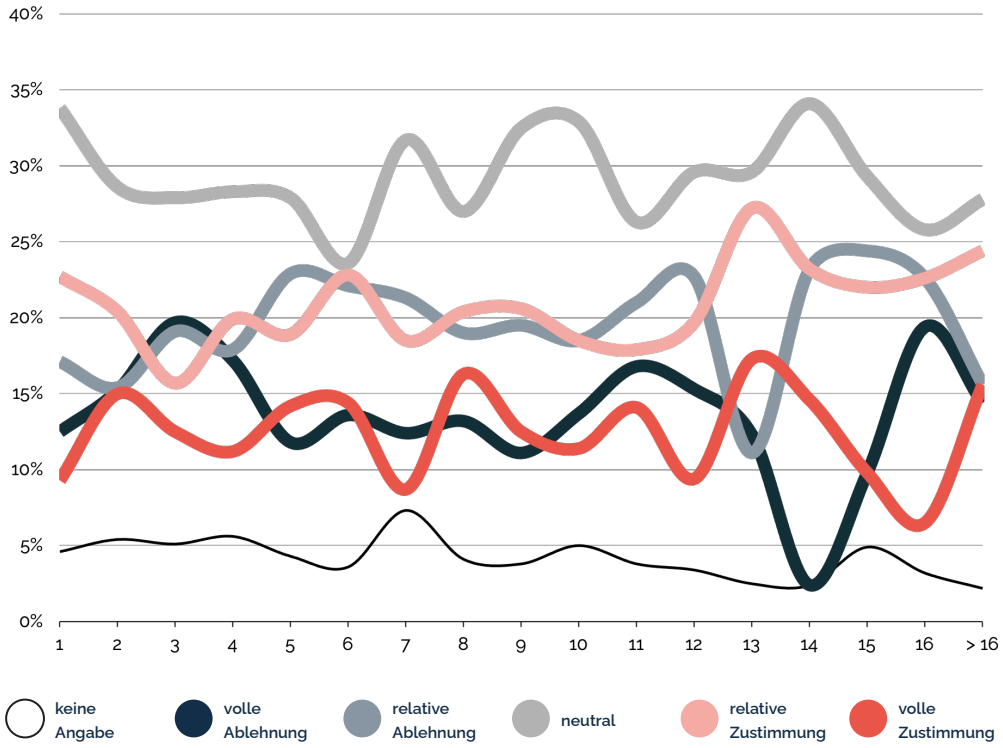
Fachsemester	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
1	4,6 %	12,5 %	17,1 %	33,8 %	22,7 %	9,3 %
2	5,4 %	15,2 %	15,4 %	28,6 %	20,4 %	15,0 %
3	5,1 %	19,7 %	19,1 %	27,9 %	15,7 %	12,5 %
4	5,6 %	17,2 %	17,9 %	28,3 %	19,9 %	11,2 %
5	4,3 %	11,8 %	22,9 %	27,9 %	18,9 %	14,2 %
6	3,6 %	13,6 %	22,1 %	23,6 %	22,8 %	14,4 %
7	7,3 %	12,4 %	21,3 %	31,7 %	18,5 %	8,7 %
8	4,1 %	13,2 %	19,0 %	27,0 %	20,4 %	16,3 %
9	3,8 %	11,1 %	19,5 %	32,5 %	20,6 %	12,5 %
10	5,0 %	13,7 %	18,5 %	32,9 %	18,5 %	11,4 %
11	3,8 %	16,8 %	21,0 %	26,3 %	17,9 %	14,1 %
12	3,4 %	15,3 %	22,7 %	29,6 %	19,7 %	9,4 %
13	2,5 %	12,3 %	11,1 %	29,6 %	27,2 %	17,3 %
14	2,4 %	2,4 %	23,2 %	34,1 %	23,2 %	14,6 %
15	4,9 %	9,8 %	24,4 %	29,3 %	22,0 %	9,8 %
16	3,2 %	19,4 %	22,6 %	25,8 %	22,6 %	6,5 %
>16	2,2 %	14,4 %	15,6 %	27,8 %	24,4 %	15,6 %
gesamt	**4,6 %**	**14,1 %**	**19,5 %**	**29,1 %**	**20,0 %**	**12,7 %**

Die vollständige und kumulierte Zustimmung ist mit 17,3 % beziehungsweise 44,5 % im 13. Semester am stärksten. Im Übrigen verteilen sich die Stimmen jeweils zu einem Drittel auf die kumulierte Zustimmung, Ablehnung sowie die Neutralität.

Die Neutralität liegt im 14. Semester mit 34,1 % am stärksten über dem Durchschnitt von 29,1 %.

Die stärkste vollständige sowie kumulierte Ablehnung lässt sich im 3. Semester ablesen, was sich möglicherweise dadurch erklären lässt, dass die Zwischenprüfung regelmäßig am Ende des 2. beziehungsweise im 3. Semester abgelegt wird und die Betroffenen in dieser Phase des Studiums nicht möchten, dass der Stoffumfang erhöht wird.

***These 4 C** Fachsemester*



4.5 Gesamtnote

***These 4 C** Gesamtnote*

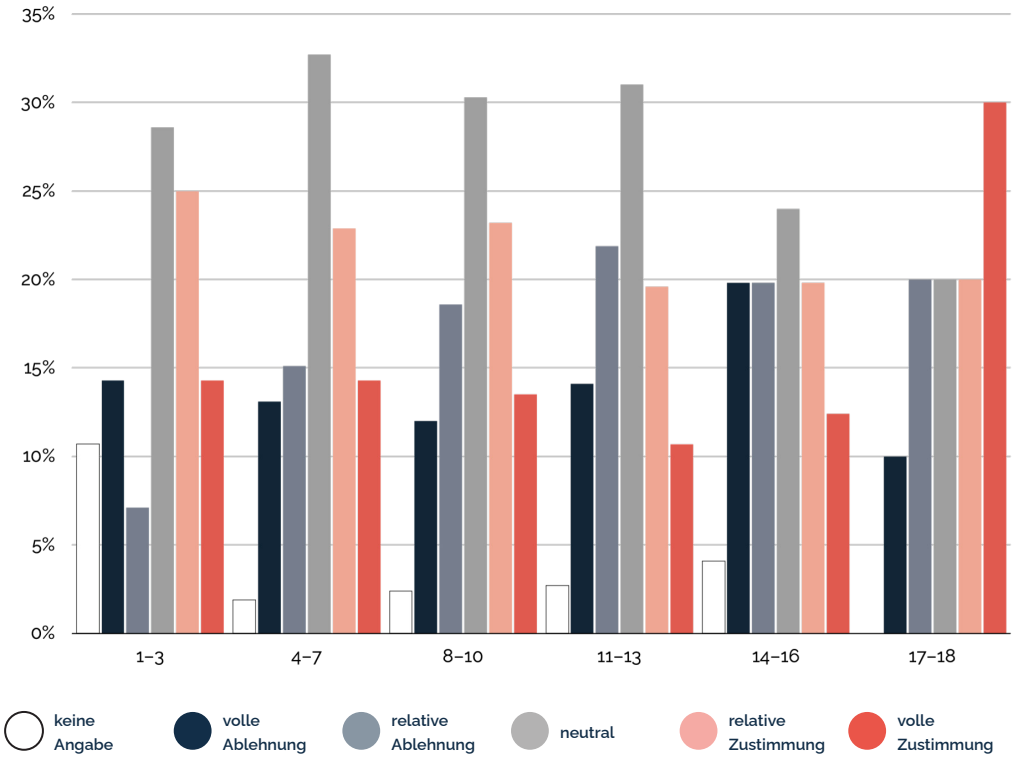
Gesamtnote	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
1–3	10,7 %	14,3 %	7,1 %	28,6 %	25,0 %	14,3 %
4–7	1,9 %	13,1 %	15,1 %	32,7 %	22,9 %	14,3 %
8–10	2,4 %	12,0 %	18,6 %	30,3 %	23,2 %	13,5 %
11–13	2,7 %	14,1 %	21,9 %	31,0 %	19,6 %	10,7 %
14–16	4,1 %	19,8 %	19,8 %	24,0 %	19,8 %	12,4 %
17–18	–	10,0 %	20,0 %	20,0 %	20,0 %	30,0 %
gesamt	**2,4 %**	**12,9 %**	**18,4 %**	**30,9 %**	**22,3 %**	**13,1 %**

Abgesehen von den höheren Werten bei den Notenstufen mit nur geringer Teilnehmendenzahl (1-3 Punkte mit 14,3 % sowie 17-18 Punkte mit 30,0 %) beträgt der Höchstwert der vollständigen Zustimmung 14,3 % und wird in den Notenstufen 4-7 Punkte erreicht. Die Abweichungen vom Durchschnitt (13,1 %) in den anderen Notenstufen sind allerdings ebenfalls nur gering.

Die stärkste vollständige Ablehnung ist mit 19,8 % in der Notenstufe 14-16 Punkte zu beobachten.

Die Daten zeigen, dass die Ablehnung mit zunehmender Notenstufe steigt und die Zustimmung sinkt. Eine Ausnahme davon bildet die Notenstufe 17-18 Punkte. Dadurch überwiegt in niedrigeren Notenstufen eher die Zustimmung, mit steigender Notenstufe nähert sich die Verteilung der Stimmen jeweils einem Drittel auf kumulierte Ablehnung, Zustimmung und Neutralität an und ab Notenstufe 11-13 überwiegt sogar die Ablehnung.

***These 4 C** Gesamtnote*



4.6 Studienort

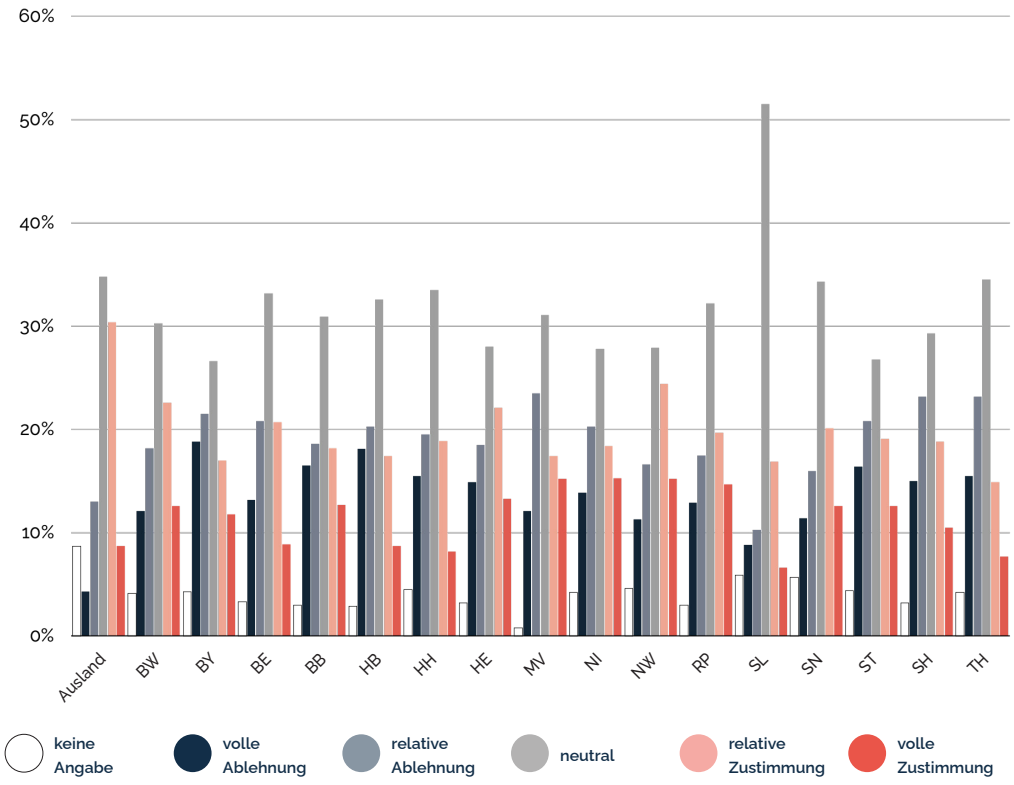
***These 4 C** Studienort*

Bundesland	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
Ausland	8,7 %	4,3 %	13,0 %	34,8 %	30,4 %	8,7 %
Baden-Württemberg	4,1 %	12,1 %	18,2 %	30,3 %	22,6 %	12,6 %
Bayern	4,3 %	18,8 %	21,5 %	26,6 %	17,0 %	11,8 %
Berlin	3,3 %	13,2 %	20,8 %	33,2 %	20,7 %	8,9 %
Brandenburg	3,0 %	16,5 %	18,6 %	30,9 %	18,2 %	12,7 %
Bremen	2,9 %	18,1 %	20,3 %	32,6 %	17,4 %	8,7 %
Hamburg	4,5 %	15,5 %	19,5 %	33,5 %	18,9 %	8,2 %
Hessen	3,2 %	14,9 %	18,5 %	28,0 %	22,1 %	13,3 %
Mecklenburg-Vorpommern	0,8 %	12,1 %	23,5 %	31,1 %	17,4 %	15,2 %
Niedersachsen	4,2 %	13,9 %	20,3 %	27,8 %	18,4 %	15,3 %
Nordrhein-Westfalen	4,6 %	11,3 %	16,6 %	27,9 %	24,4 %	15,2 %
Rheinland-Pfalz	3,0 %	12,9 %	17,5 %	32,2 %	19,7 %	14,7 %
Saarland	5,9 %	8,8 %	10,3 %	51,5 %	16,9 %	6,6 %
Sachsen	5,7 %	11,4 %	16,0 %	34,3 %	20,1 %	12,6 %
Sachsen-Anhalt	4,4 %	16,4 %	20,8 %	26,8 %	19,1 %	12,6 %
Schleswig-Holstein	3,2 %	15,0 %	23,2 %	29,3 %	18,8 %	10,5 %
Thüringen	4,2 %	15,5 %	23,2 %	34,5 %	14,9 %	7,7 %
gesamt	**4,1 %**	**13,9 %**	**19,0 %**	**29,9 %**	**20,4 %**	**12,6 %**

Der höchste Wert für die vollständige Zustimmung zur These ist mit 15,3 % in Niedersachsen erreicht worden, dicht gefolgt von 15,2 % in Mecklenburg-Vorpommern und Nordrhein-Westfalen. Die kumulierte Zustimmung ist mit 39,6 % in Niedersachsen, 38,7 % im Ausland und 35,3 % in Hessen am stärksten.

Die stärkste vollständige Ablehnung liegt in Bayern mit 18,8 % und Bremen mit 18,1 % vor. Dort ist auch die kumulierte Ablehnung mit 40,3 % und 38,3 % am höchsten, gefolgt von Sachsen-Anhalt mit 37,2 %.

***These 4 C** Studienort*



4.7 Verhältnis zur juristischen Ausbildung

These 4 C *Verhältnis zur juristischen Ausbildung*

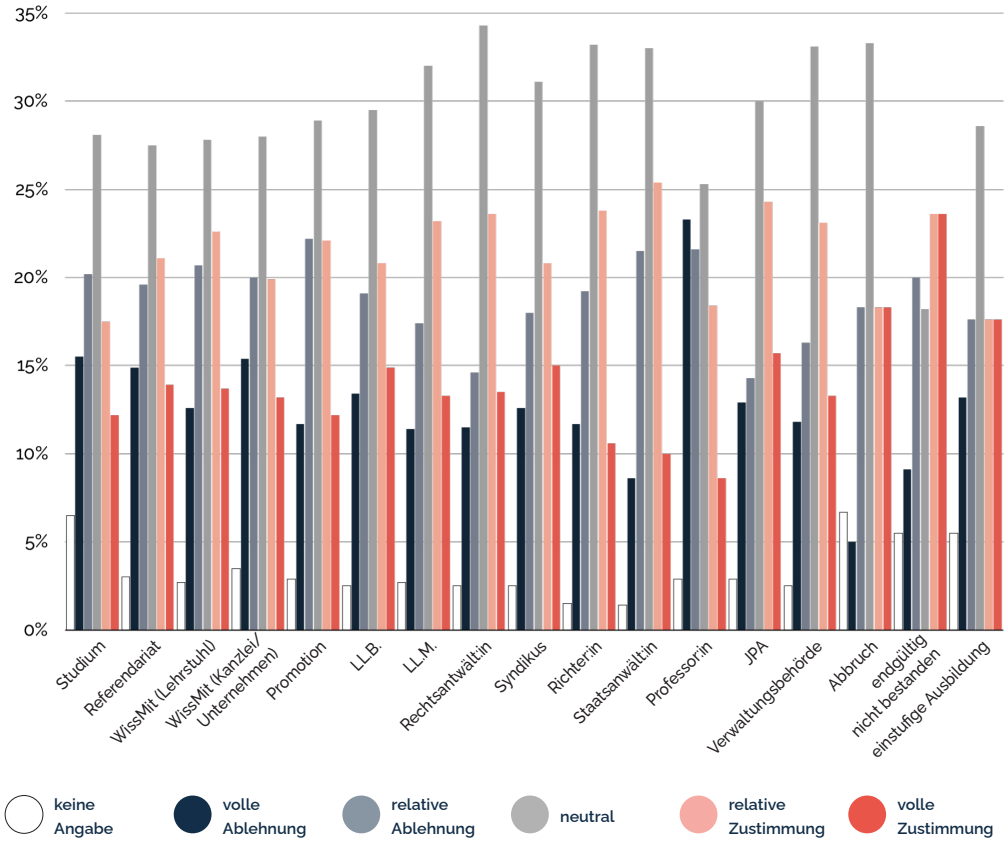
Beruf	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
Studium	6,5 %	15,5 %	20,2 %	28,1 %	17,5 %	12,2 %
Referendariat	3,0 %	14,9 %	19,6 %	27,5 %	21,1 %	13,9 %
WissMit (Lehrstuhl)	2,7 %	12,6 %	20,7 %	27,8 %	22,6 %	13,7 %
WissMit (Kanzlei)	3,5 %	15,4 %	20,0 %	28,0 %	19,9 %	13,2 %
Promotion	2,9 %	11,7 %	22,2 %	28,9 %	22,1 %	12,2 %
LL.B.	2,5 %	13,4 %	19,1 %	29,5 %	20,8 %	14,9 %
LL.M.	2,7 %	11,4 %	17,4 %	32,0 %	23,2 %	13,3 %
Rechtsanwält:in	2,5 %	11,5 %	14,6 %	34,3 %	23,6 %	13,5 %
Syndikus	2,5 %	12,6 %	18,0 %	31,1 %	20,8 %	15,0 %
Richter:in	1,5 %	11,7 %	19,2 %	33,2 %	23,8 %	10,6 %
Staatsanwält:in	1,4 %	8,6 %	21,5 %	33,0 %	25,4 %	10,0 %
Professor:in	2,9 %	23,3 %	21,6 %	25,3 %	18,4 %	8,6 %
JPA	2,9 %	12,9 %	14,3 %	30,0 %	24,3 %	15,7 %
Verwaltungsbehörde	2,5 %	11,8 %	16,3 %	33,1 %	23,1 %	13,3 %
Abbruch	6,7 %	5,0 %	18,3 %	33,3 %	18,3 %	18,3 %
endgültig nicht bestanden	5,5 %	9,1 %	20,0 %	18,2 %	23,6 %	23,6 %
einstufige Ausbildung	5,5 %	13,2 %	17,6 %	28,6 %	17,6 %	17,6 %

Die höchste vollständige Zustimmung wird unter Personen erreicht, die die erste juristische Prüfung endgültig nicht bestanden haben (23,6 %). Weiterhin sind die Werte für „volle Zustimmung“ bei Studienabbrecher:innen und Teilnehmenden, welche die einstufige Ausbildung durchlaufen haben (18,3 % und 17,6 % bei geringer Teilnehmendenzahl) hoch, ebenso wie bei den Syndikusanwält:innen (15,0 %). Bei der kumulierten Zustimmung stechen zusätzlich zu den erwähnten Gruppen die Mitarbeitenden der JPAs mit 40,0 % heraus.

Die stärkste Neutralität herrscht mit 34,3 % unter den Rechtsanwält:innen. Werte von ca. 33 % erreichen dabei aber auch die Richter:innen, Staatsanwält:innen, JPA-Mitarbeitenden, Mitarbeitenden in der Verwaltung und Studienabbrecher:innen.

Professor:innen sprechen sich mit 23,3 % am häufigsten vollständig und mit 44,9 % kumuliert gegen die These aus.

***These 4 C** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*



5. Ergebnis bzgl. Erwartungen

Unsere Erwartungen haben sich eher nicht bewahrheitet, da sich eine Drittelung der Stimmverteilung auf Ablehnung, Neutralität und Zustimmung über alle Gruppen hinweg gezeigt hat.

These 4 D: Betreuungsschlüssel

1. Thesenhintergrund

Die These wurde ebenfalls nur teilweise diskutiert. Die letzten Diskursbeiträge, die die These aufgegriffen haben, sind zudem aus 2017. Insgesamt haben wir „nur“ 6 Pro-Argumente und 1 Contra-Argument gezählt.

2. Thesengestaltung

Es bedarf einer engeren Betreuung der Studierenden.

Für die These gab es folgende Argumente, die auf der iur.reform-Webseite als Nachweise zu finden sind:

Pro	Contra
1. Der Lernerfolg von (großen) Vorlesungen ist relativ gering.	1. Eine zu enge Betreuung ist zu teuer.
2. Ein schlechtes Betreuungsverhältnis führt dazu, dass die Leistungen während des Studiums schlecht sind.	2. Gerade der Erfolg von Massive Open Online Courses (MOOC‘s) zeigt, dass der Betreuungsschlüssel nachrangig ist.
3. Verpflichtende Beratungsgespräche bieten rechtzeitig die Chance über Nachholbedarf im Hinblick die eigenen Kompetenzen nachzudenken und einen Studienabbruch zu verhüten.	3. Kann zur Verlängerung des Studiums beitragen.

3. Hypothese

Wir formulierten folgende Erwartungen für die These:

- Eine engere Betreuung der Studierenden würde zugleich einen hohen finanziellen Aufwand bedeuten, daher erwarten wir von Teilnehmenden der Universitätsseite und Professor:innen eher Ablehnung.
- Für die Studierenden erwarten hingegen ein zustimmendes Abstimmungsverhalten.
- Andere Berufsgruppen werden der These neutral bis zustimmend gegenüberstehen.

4. Deskriptive Statistik

4.1 Gesamtauswertung

***These 4 D** Gesamtauswertung*

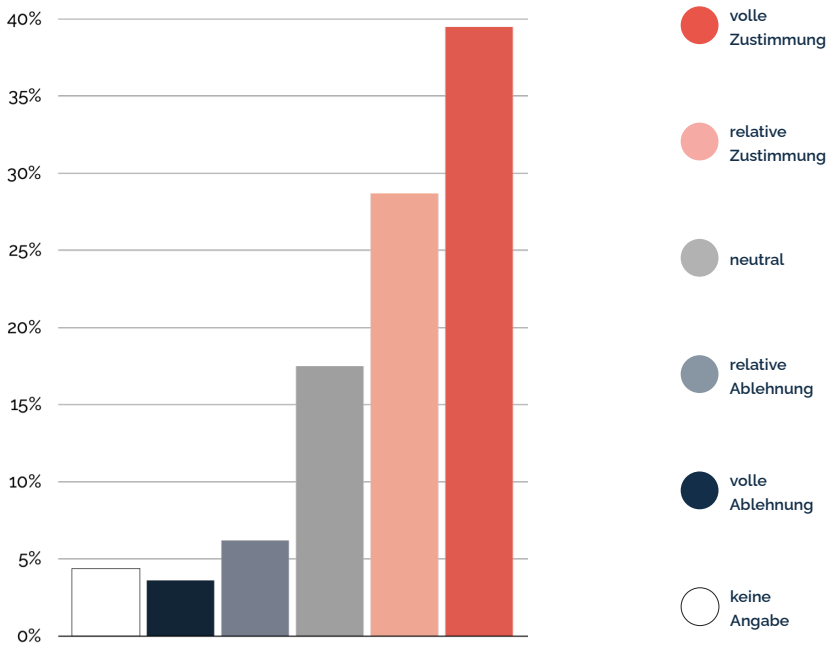
Bewertung	Anteil
keine Angabe	4,4 %
volle Ablehnung	3,6 %
relative Ablehnung	6,2 %
neutral	17,5 %
relative Zustimmung	28,7 %
volle Zustimmung	39,5 %
gesamt	**100,0 %**

Insgesamt liegt die durchschnittliche Zustimmung bei dem Wert 4,0. Dieses Ergebnis wird auch soweit von den Daten in der Tabelle unterstrichen. Aus dieser wird deutlich, dass 39,5 % der These vollständig zustimmten, wobei 28,7 % der Teilnehmenden der These teilweise zustimmten.

Demgegenüber haben lediglich 3,6 % der befragten Teilnehmenden die These vollständig und weitere 6,2 % teilweise abgelehnt.

Einer Änderung des Betreuungsschlüssels neutral gegenüber stehen immerhin 17,5 % der befragten Personen.

***These 4 D** Gesamtauswertung*



4.2 Alter

Im Vergleich zu den Zahlen aus der Gesamtauswertung zeigt sich, dass die Gesamtwerte sich nur im Promillepunktbereich verschoben haben.

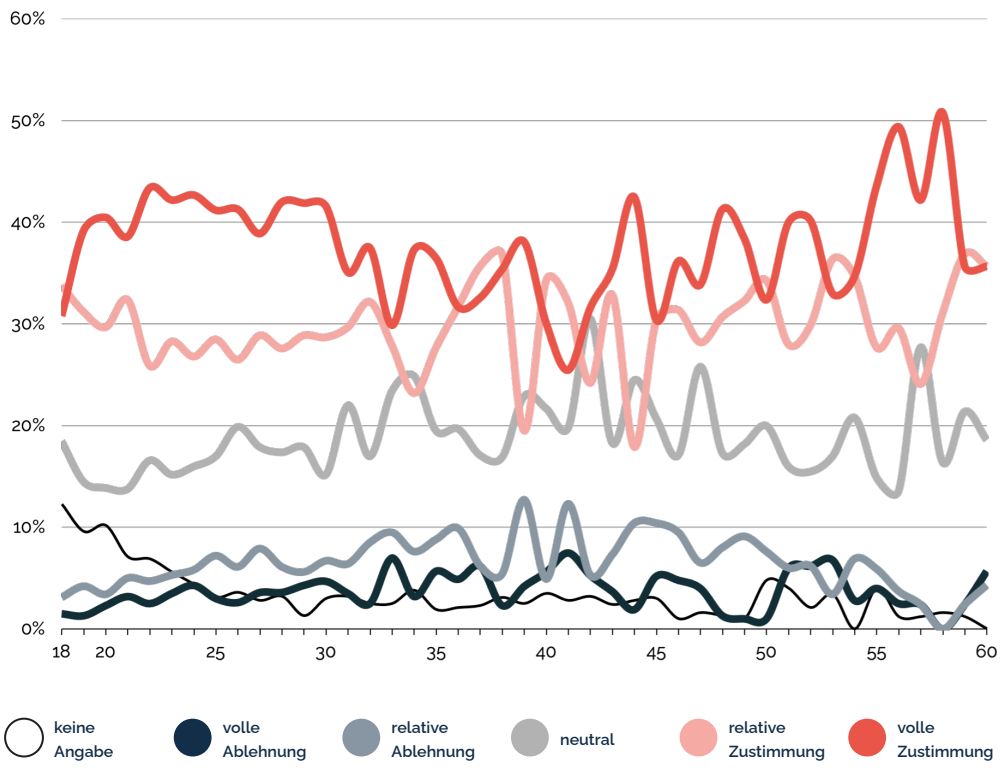
Generell fällt bei der Analyse der Tabelle auf, dass die Zustimmungswerte (vollständige Zustimmung) im Verhältnis zu anderen Tabellen und Thesen konstant hoch bei um die 30 % und höher liegen. Die Werte vollständiger Ablehnung hingegen bewegen sich fast durchgehend in einem Bereich von unter 10 %. „Höchstwerte“ vollständiger Ablehnung zeigen sich vereinzelt überwiegend bei „älteren“ Altersgruppen, wie z.B. bei den 72-jährigen Teilnehmenden (20,0 %), was jedoch erneut an der geringeren absoluten Anzahl Teilnehmender dieser Altersgruppe liegen könnte (Anzahl: 5). In der Folge ist hier auch die vollständige Zustimmung mit 50,0 % besonders hoch.

Wie zuvor sind besonders die Werte der „jüngeren“ Teilnehmenden im Alter von 17 bis 32 Jahren interessant. Innerhalb dieser Altersspanne bewegen sich die Werte für die vollständige Ablehnung der These sogar in einem Bereich von unter 5 %. Nicht unerwähnt bleiben sollten in dieser Altersgruppe die hohen Werte derjenigen Personen, die keine Antwort gegeben haben: für die 18-jährigen Teilnehmenden liegt dieser Wert bei 12,3 %, für die 20-jährigen Teilnehmenden immerhin noch bei 10,2 %.

Insgesamt lässt sich aus der Tabelle erkennen, dass das Abstimmungsverhalten hohe Ähnlichkeit zum zur „Gesamtheit“ aufweist, also dem Ergebnis ohne Kategorisierung. So lässt sich tendenziell eine generelle Zustimmung erkennen, wohingegen lediglich um die 10,0 % die These generell ablehnen.

Die Abbildung visualisiert dieses Ergebnis nochmal und hebt besonders die im Vergleich hohen Zustimmungswerte der Altersgruppen 18 bis 31 hervor.

***These 4 D** Alter*



***These 4 D** Alter*

0 keine Angabe **1** volle Ablehnung **2** relative Ablehnung **3** neutral **4** relative Zustimmung **5** volle Zustimmung

Alter	0	1	2	3	4	5
17	–	–	–	–	–	100 %
18	12,3 %	1,5 %	3,1 %	18,5 %	33,8 %	30,8 %
19	9,6 %	1,3 %	4,2 %	14,5 %	31,2 %	39,2 %
20	10,2 %	2,3 %	3,4 %	13,9 %	29,7 %	40,5 %
21	7,1 %	3,2 %	5,0 %	13,8 %	32,4 %	38,6 %
22	6,9 %	2,5 %	4,7 %	16,6 %	25,9 %	43,4 %
23	5,6 %	3,5 %	5,3 %	15,2 %	28,3 %	42,2 %
24	4,4 %	4,3 %	5,8 %	16,0 %	26,8 %	42,7 %
25	3,1 %	3,0 %	7,2 %	17,0 %	28,5 %	41,2 %
26	3,6 %	2,6 %	6,1 %	19,9 %	26,5 %	41,3 %
27	2,8 %	3,6 %	7,9 %	17,9 %	28,9 %	38,9 %
28	3,2 %	3,6 %	6,1 %	17,4 %	27,6 %	42,0 %
29	1,3 %	4,3 %	5,6 %	17,9 %	28,9 %	41,9 %
30	3,0 %	4,7 %	6,7 %	15,2 %	28,7 %	41,6 %
31	3,2 %	3,5 %	6,4 %	22,0 %	29,7 %	35,1 %
32	2,5 %	2,5 %	8,5 %	17,0 %	32,2 %	37,5 %
33	2,5 %	7,0 %	9,5 %	23,4 %	27,9 %	29,9 %
34	3,8 %	3,2 %	7,6 %	24,9 %	23,2 %	37,3 %
35	1,9 %	5,7 %	8,8 %	19,5 %	27,7 %	36,5 %
36	2,1 %	4,9 %	9,9 %	19,7 %	31,7 %	31,7 %
37	2,3 %	6,2 %	6,2 %	17,1 %	35,7 %	32,6 %
38	3,1 %	2,3 %	5,4 %	16,9 %	36,9 %	35,4 %
39	2,5 %	4,2 %	12,7 %	22,9 %	19,5 %	38,1 %
40	3,5 %	5,6 %	4,9 %	21,7 %	34,3 %	30,1 %
41	2,8 %	7,5 %	12,3 %	19,8 %	32,1 %	25,5 %
42	3,2 %	5,3 %	5,3 %	30,5 %	24,2 %	31,6 %
43	2,4 %	3,7 %	7,3 %	18,3 %	32,9 %	35,4 %
44	2,8 %	1,9 %	10,4 %	24,5 %	17,9 %	42,5 %
45	3,0 %	5,2 %	10,4 %	20,7 %	30,4 %	30,4 %
46	1,0 %	4,8 %	9,5 %	17,1 %	31,4 %	36,2 %
47	1,6 %	4,0 %	6,5 %	25,8 %	28,2 %	33,9 %
48	1,3 %	1,3 %	8,0 %	17,3 %	30,7 %	41,3 %
49	1,0 %	1,0 %	9,1 %	18,2 %	32,3 %	38,4 %
50	4,8 %	1,0 %	7,6 %	20,0 %	34,3 %	32,4 %

Alter	0	1	2	3	4	5
51	4,0 %	6,0 %	6,0 %	16,0 %	28,0 %	40,0 %
52	2,1 %	6,2 %	6,2 %	15,5 %	29,9 %	40,2 %
53	3,4 %	6,8 %	3,4 %	17,0 %	36,4 %	33,0 %
54	–	2,8 %	6,9 %	20,8 %	34,7 %	34,7 %
55	4,0 %	4,0 %	5,9 %	14,9 %	27,7 %	43,6 %
56	1,2 %	2,5 %	3,7 %	13,6 %	29,6 %	49,4 %
57	1,2 %	2,4 %	2,4 %	27,7 %	24,1 %	42,2 %
58	1,6 %	–	–	16,4 %	31,1 %	50,8 %
59	1,2 %	2,4 %	2,4 %	21,4 %	36,9 %	35,7 %
60	–	5,7 %	4,3 %	18,6 %	35,7 %	35,7 %
61	–	3,6 %	5,4 %	14,3 %	25,0 %	51,8 %
62	1,9 %	3,7 %	5,6 %	20,4 %	22,2 %	46,3 %
63	7,7 %	2,6 %	5,1 %	15,4 %	17,9 %	51,3 %
64	4,2 %	4,2 %	–	20,8 %	33,3 %	37,5 %
65	–	5,7 %	2,9 %	2,9 %	28,6 %	60,0 %
66	4,5 %	–	4,5 %	13,6 %	22,7 %	54,5 %
67	–	11,8 %	5,9 %	17,6 %	17,6 %	47,1 %
68	–	6,7 %	6,7 %	13,3 %	13,3 %	60,0 %
69	–	–	–	14,3 %	28,6 %	57,1 %
70	–	–	–	–	50,0 %	50,0 %
71	–	–	25,0 %	12,5 %	12,5 %	50,0 %
72	–	20,0 %	–	20,0 %	–	60,0 %
73	–	–	–	25,0 %	37,5 %	37,5 %
74	–	–	11,1 %	11,1 %	55,6 %	22,2 %
75	–	–	–	33,3 %	16,7 %	50,0 %
77	–	–	–	50,0 %	–	50,0 %
78	–	–	33,3 %	–	–	66,7 %
79	–	–	–	–	50,0 %	50,0 %
81	–	–	–	100 %	–	–
82	–	–	–	100 %	–	–
83	–	–	–	100 %	–	–
84	–	–	–	–	–	100 %
90	–	–	–	–	100 %	–
Σ	**4,2 %**	**3,5 %**	**6,2 %**	**17,6 %**	**28,8 %**	**39,7 %**

4.3 Geschlecht

***These 4 D** Geschlecht*

Geschlecht	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
keine Angabe	18,1 %	3,2 %	6,5 %	14,8 %	25,5 %	31,9 %
divers	5,4 %	7,1 %	1,8 %	21,4 %	30,4 %	33,9 %
männlich	4,2 %	4,9 %	7,5 %	18,1 %	30,6 %	34,7 %
weiblich	4,2 %	2,4 %	5,1 %	17,1 %	27,2 %	44,2 %
gesamt	**4,4 %**	**3,6 %**	**6,2 %**	**17,5 %**	**28,7 %**	**39,5 %**

Auch kategorisiert nach dem Merkmal „Geschlecht“, zeichnet sich ein ähnliches Bild ab wie zuvor: die vollständige Zustimmung der These sticht mit fast 40 % (39,5 %) besonders heraus, gefolgt von der teilweisen Zustimmung mit um die 30 % (28,7 %). Lediglich 3,6 % der Teilnehmenden lehnen die These vollständig ab. 6,2 % der befragten Personen lehnen die These teilweise ab.

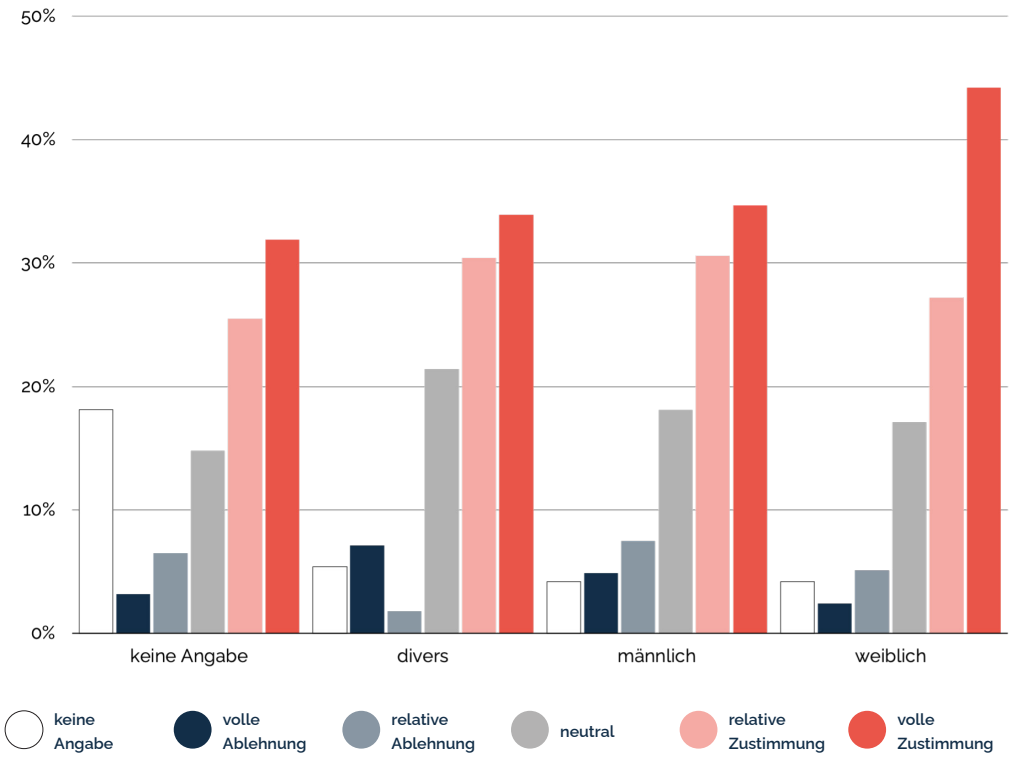
Die Daten in der Tabelle machen deutlich, dass die Teilnehmenden des Geschlechts „weiblich“ mit 44,2 % der These vollständig zustimmen. Im Vergleich zu den anderen Geschlechtern ist dies der Höchstwert. Lediglich 2,4 % von ihnen haben sich für eine vollständige Ablehnung ausgesprochen.

Von den Teilnehmenden, die hingegen keine Angabe zu ihrem Geschlecht gemacht haben, fällt auf, dass sich „nur“ 31,9 % vollständig für die These ausgesprochen haben. Besonders viele dieser Kohorte (18,1 %), zumindest in Relation mit den anderen Geschlechtsoptionen, haben ebenfalls keinerlei Angabe zur These gemacht, d.h. sie haben die These übersprungen.

Darüber hinaus fällt auf, dass von den Teilnehmenden, die ihr Geschlecht als „divers“ angegeben haben, 7,1 % die These vollständig ablehnen. Dies ist insofern ebenfalls ein „Höchstwert“ für diese konkrete Antwortmöglichkeit. Weitere 21,4 % von diesen befragten Personen haben zudem neutral abgestimmt.

Insgesamt zeigt sich somit, dass die meisten Teilnehmenden des Geschlechts „weiblich“ vornehmlich der These zustimmen, die wenigsten wiederum zeigen eine ablehnende Haltung.

***These 4 D** Geschlecht*



4.4 Fachsemester

***These 4 D** Fachsemester*

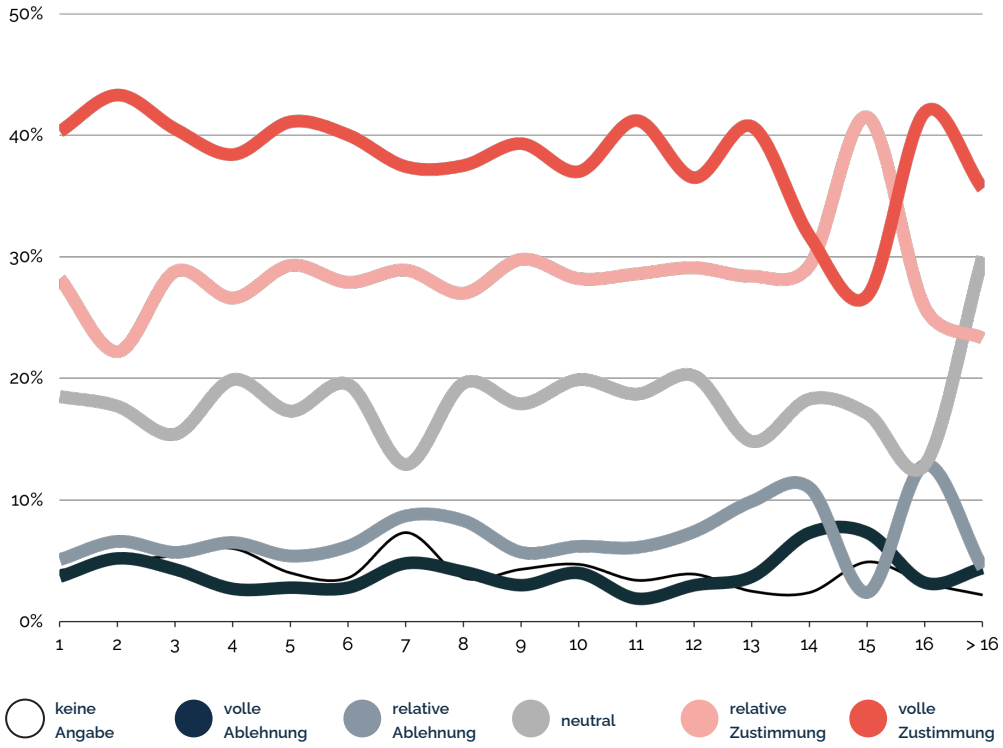
Fachsemester	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
1	4,2 %	3,7 %	5,1 %	18,5 %	28,2 %	40,3 %
2	5,0 %	5,2 %	6,6 %	17,7 %	22,2 %	43,3 %
3	5,4 %	4,3 %	5,7 %	15,4 %	28,8 %	40,5 %
4	6,0 %	2,7 %	6,5 %	19,9 %	26,6 %	38,4 %
5	4,0 %	2,8 %	5,4 %	17,3 %	29,3 %	41,1 %
6	3,6 %	2,8 %	6,2 %	19,5 %	27,9 %	40,0 %
7	7,3 %	4,8 %	8,7 %	12,9 %	28,9 %	37,4 %
8	3,6 %	4,1 %	8,3 %	19,6 %	27,0 %	37,5 %
9	4,3 %	3,0 %	5,7 %	17,9 %	29,8 %	39,3 %
10	4,7 %	4,0 %	6,2 %	19,9 %	28,2 %	37,0 %
11	3,4 %	1,9 %	6,1 %	18,7 %	28,6 %	41,2 %
12	3,9 %	3,0 %	7,4 %	20,2 %	29,1 %	36,5 %
13	2,5 %	3,7 %	9,9 %	14,8 %	28,4 %	40,7 %
14	2,4 %	7,3 %	11,0 %	18,3 %	29,3 %	31,7 %
15	4,9 %	7,3 %	2,4 %	17,1 %	41,5 %	26,8 %
16	3,2 %	3,2 %	12,9 %	12,9 %	25,8 %	41,9 %
>16	2,2 %	4,4 %	4,4 %	30,0 %	23,3 %	35,6 %
gesamt	**4,6 %**	**3,7 %**	**6,6 %**	**18,2 %**	**27,8 %**	**39,2 %**

Aus der Tabelle wird ersichtlich, dass unter den Studierenden fast aller Fachsemester die vollständige Zustimmung so gut wie durchgängig am höchsten ist mit Werten von mehr als 30 %. Zudem zeigt sich, dass die vollständige Ablehnung – mit Ausnahme der Fachsemester 14 und 15 – in der Regel über die meisten Fachsemester hinweg unter 5 % liegt.

Vor allem unter jenen Studierenden der Fachsemester 1 bis 6 zeigt sich beinahe konstant eine vollständige Zustimmung von um die 40 %. Des Weiteren zeigt Tabelle 229, dass zwischen 15 % und 20 % der Studierenden fast aller Fachsemester lediglich neutral zur These. Ausnahmen sind hierbei die Fachsemester 7, 13 und 16.

Abbildung 210 verdeutlicht dieses Bild graphisch. Im Kontrast zu den anderen Antwortmöglichkeiten ist hier die generelle Zustimmung (teilweise und vollständig) der Fachsemester 1 bis 13 klar zu erkennen.

***These 4 D** Fachsemester*



4.5 Gesamtnote

***These 4 D** Gesamtnote*

Gesamtnote	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
1–3	10,7 %	–	7,1 %	17,9 %	7,1 %	57,1 %
4–7	2,0 %	3,4 %	5,7 %	17,1 %	28,1 %	43,7 %
8–10	2,2 %	4,0 %	7,6 %	20,1 %	29,2 %	36,9 %
11–13	2,6 %	6,0 %	9,7 %	20,8 %	31,9 %	29,1 %
14–16	5,0 %	7,4 %	9,1 %	19,0 %	24,8 %	34,7 %
17–18	–	–	30,0 %	10,0 %	10,0 %	50,0 %
gesamt	**2,3 %**	**4,4 %**	**7,6 %**	**19,5 %**	**29,3 %**	**36,9 %**

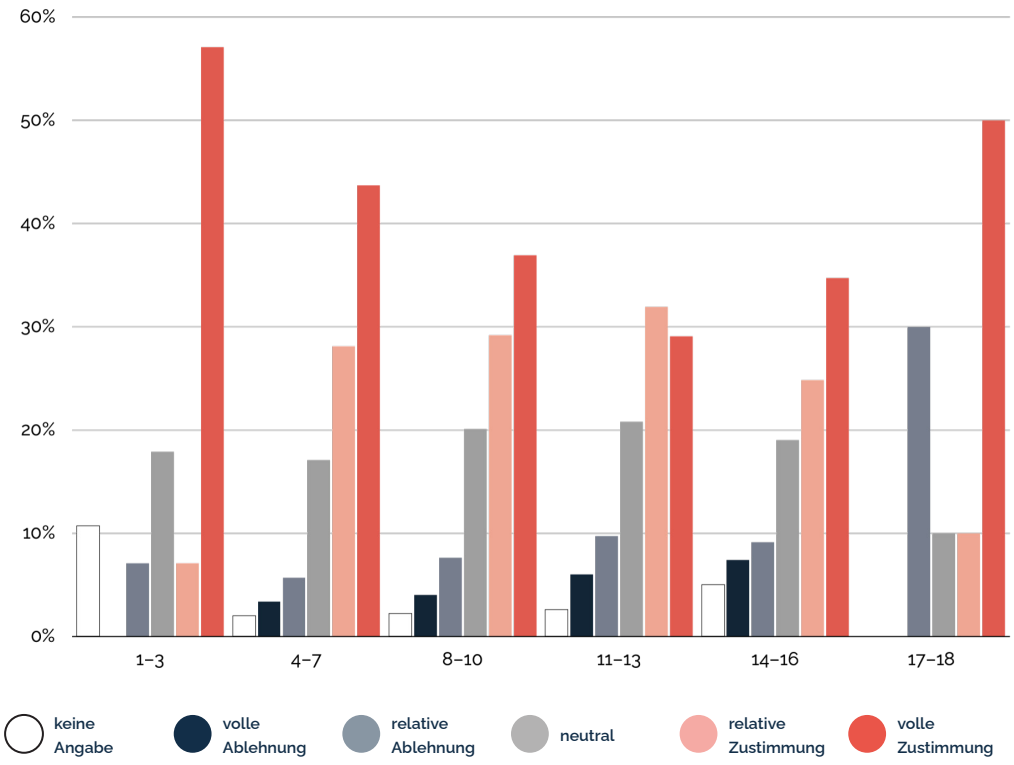
Aus der Tabelle wird ein interessantes Bild erkennbar: unten den niedrigeren sowie durchschnittlichen Notenstufen, lassen sich die höchsten Zustimmungswerte (vollständige Zustimmung) erkennen. Für die Notenstufe 1–3 liegt dieser Wert bei 57,1 %, für 4–7 noch bei 43,7 %. Ebenso lassen sich hier auch die niedrigsten Werte vollständiger Ablehnung herauslesen von 0,0 % bis hin zu 3,4 %. Darüber hinaus lässt sich Ähnliches nur für die Notenstufe 17–18 feststellen. Insofern ist es bemerkenswert, dass die vollständige Zustimmung über die Notenstufe 4–7 immer niedriger wird. So liegt sie noch bei 36,9 % für die Notenstufe 8–10 sowie 29,1 % für die Notenstufe 11–13. Für letztere fällt zudem auf, dass die entsprechenden Teilnehmenden mit 31,9 % mehrheitlich der These nur teilweise zustimmen. Verglichen mit anderen Thesen sind diese Werte teils immer noch sehr hoch.

Zudem fällt auf, dass 6 % der Teilnehmenden, die der Notenstufe 11–13 angehören, sowie weitere 7,4 % jener, die zur Notenstufe 14–16 zählen, die These vollständig ablehnen.

Insgesamt wird ein eher unsicheres Abstimmungsverhalten deutlich. Zwar stimmten 36,9 % der Teilnehmenden, nach Notenstufe, der These vollständig zu. Doch bereits 29,3 % stimmen nur noch teilweise zu. Knapp ein Fünftel der Teilnehmenden (19,5 %), die hier eine Angabe machten, waren unentschlossen und stimmten letztlich neutral ab. Ein bestimmter Trend oder eine etwaige Korrelation lässt sich zudem nicht feststellen. Zwar sinkt die vollständige Zustimmung, je höher die Notenstufe ist, doch gilt dies lediglich bis inklusive der Notenstufe 11–13.

Die folgende Abbildung visualisiert diese Erkenntnisse, insb. der nicht zu vernachlässigende Anteil neutraler Abstimmungsantworten.

***These 4 D** Gesamtnote*



4.6 Studienort

***These 4 D** Studienort*

Bundesland	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
Ausland	8,7 %	–	–	–	34,8 %	56,5 %
Baden-Württemberg	4,0 %	4,0 %	6,5 %	16,4 %	27,3 %	41,8 %
Bayern	4,6 %	4,3 %	6,8 %	18,6 %	29,6 %	36,2 %
Berlin	3,0 %	3,0 %	5,8 %	16,0 %	27,4 %	44,7 %
Brandenburg	2,5 %	3,4 %	3,0 %	16,5 %	25,8 %	48,7 %
Bremen	3,6 %	1,4 %	7,2 %	21,0 %	29,0 %	37,7 %
Hamburg	4,6 %	2,5 %	4,6 %	14,2 %	32,3 %	41,7 %
Hessen	3,1 %	3,9 %	6,5 %	16,2 %	29,7 %	40,5 %
Mecklenburg-Vorpommern	0,8 %	5,3 %	6,1 %	20,5 %	28,0 %	39,4 %
Niedersachsen	4,0 %	3,2 %	5,8 %	20,3 %	28,6 %	38,1 %
Nordrhein-Westfalen	4,5 %	3,5 %	6,4 %	17,0 %	29,6 %	39,0 %
Rheinland-Pfalz	2,6 %	4,8 %	8,7 %	18,9 %	29,0 %	36,0 %
Saarland	5,9 %	2,2 %	6,6 %	23,5 %	26,5 %	35,3 %
Sachsen	5,5 %	1,6 %	5,2 %	14,5 %	27,4 %	45,7 %
Sachsen-Anhalt	4,9 %	2,2 %	6,6 %	20,8 %	33,9 %	31,7 %
Schleswig-Holstein	3,2 %	3,5 %	8,0 %	18,2 %	27,7 %	39,5 %
Thüringen	4,2 %	5,4 %	4,2 %	24,4 %	26,8 %	35,1 %
gesamt	**4,1 %**	**3,5 %**	**6,2 %**	**17,5 %**	**28,9 %**	**39,8 %**

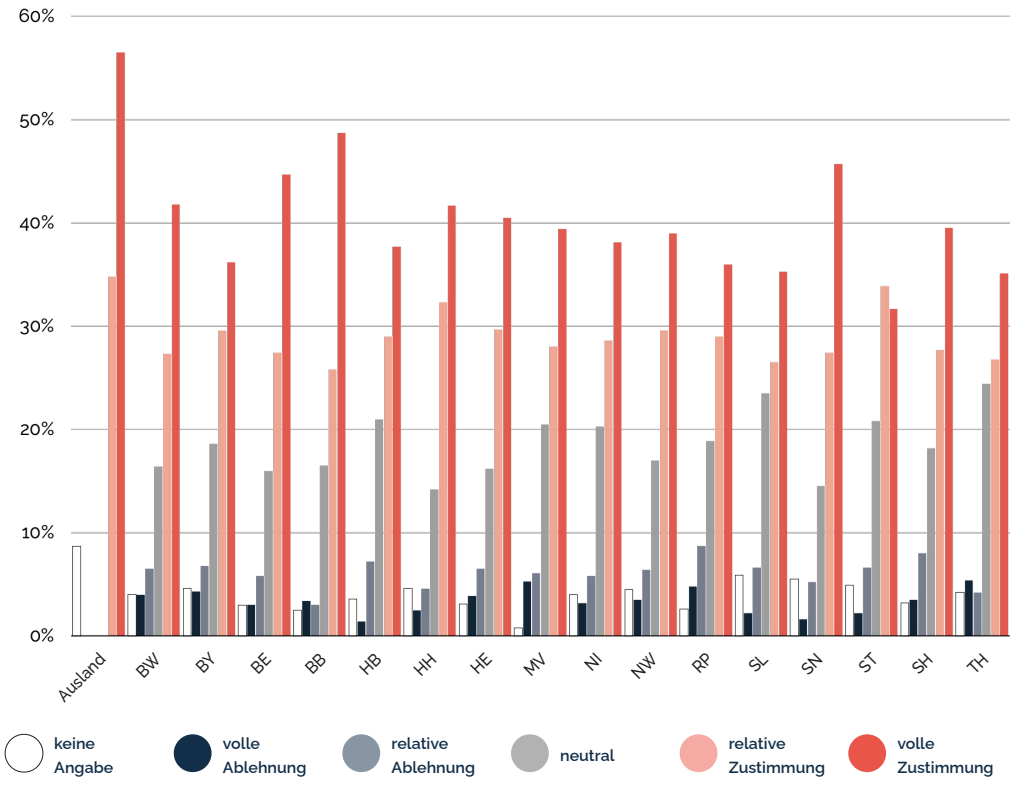
In allen Bundesländern überwiegt die generelle Zustimmung (teilweise und vollständig) zur These. Konkret liegt diese in keinem Bundesland unter 25 %. Insgesamt liegt die Zustimmung damit deutlich über der generellen Ablehnung der These (vollständig (3,5 %) und teilweise (6,2 %)).

Darüber hinaus fallen insbesondere die Werte für die Bundesländer Berlin und Brandenburg sowie Sachsen auf: hier zeigt sich, dass für Berlin 44,7 % der entsprechenden Teilnehmenden der These vollständig zustimmen, für Brandenburg liegt dieser Wert sogar bei 48,7 %, und für Sachsen lässt sich eine vollständige Zustimmung von 45,7 % herauslesen.

Besonders stechen auch die Werte der Teilnehmenden heraus, die als Studienort „Ausland“ angeben haben: 56,5 % von ihnen stimmen der These vollständig zu, weitere 34,8 % stimmen ihr teilweise zu. Darüber hinaus gibt es keine Person dieser Kohorte, die die These ablehnt, was allerdings an der, im Vergleich mit den anderen auswählbaren Studienorten, generell geringen Anzahl (23) derer liegen mag, die dieser Kohorte angehören.

Im Ergebnis zeigt sich zwar kein homogenes Bild, allerdings wird deutlich, dass nach der Kategorisierung nach Studienort ein Handlungsbedarf hinsichtlich einer engeren Betreuung der Studierenden mit einer mehrheitlichen Tendenz gesehen wird.

***These 4 D** Studienort*



4.7 Verhältnis zur juristischen Ausbildung

***These 4 D** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*

Beruf	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
Studium	6,5 %	2,4 %	4,7 %	15,4 %	28,3 %	42,7 %
Referendariat	3,0 %	4,1 %	7,4 %	18,9 %	26,2 %	40,4 %
WissMit (Lehrstuhl)	2,2 %	4,4 %	6,8 %	15,9 %	31,9 %	38,8 %
WissMit (Kanzlei)	3,7 %	3,3 %	6,0 %	17,5 %	27,9 %	41,6 %
Promotion	2,6 %	4,7 %	7,8 %	18,1 %	30,9 %	35,9 %
LL.B.	2,2 %	2,5 %	3,7 %	21,0 %	31,4 %	39,1 %
LL.M.	2,3 %	1,9 %	8,1 %	21,2 %	29,9 %	36,7 %
Rechtsanwält:in	2,6 %	5,1 %	7,6 %	18,9 %	28,5 %	37,3 %
Syndikus	2,2 %	3,6 %	6,6 %	18,9 %	28,1 %	40,7 %
Richter:in	1,3 %	4,9 %	8,9 %	23,6 %	33,9 %	27,4 %
Staatsanwält:in	1,4 %	5,3 %	13,9 %	24,9 %	29,2 %	25,4 %
Professor:in	3,3 %	4,9 %	6,5 %	20,8 %	30,2 %	34,3 %
JPA	1,4 %	5,7 %	8,6 %	12,9 %	38,6 %	32,9 %
Verwaltungsbehörde	2,3 %	2,5 %	5,5 %	17,5 %	33,8 %	38,3 %
Abbruch	6,7 %	0,0 %	0,0 %	10,0 %	25,0 %	58,3 %
endgültig nicht bestanden	5,5 %	3,6 %	0,0 %	9,1 %	20,0 %	61,8 %
einstufige Ausbildung	5,5 %	3,3 %	2,2 %	16,5 %	20,9 %	51,6 %

Insgesamt liegt die vollständige Zustimmung zur These im Rahmen der Kategorisierung nach dem jeweiligen Verhältnis zur juristischen Ausbildung bei 39,5 %. Über beinahe alle „Verhältnis-Kohorten“ hinweg bewegt sich die vollständige Zustimmung im einem Bereich von über 30 %, wobei es einige Ausnahmen gibt, die im Folgenden noch näher betrachtet werden sollen. Die vollständige Ablehnung hingegen liegt bei „nur“ 3,5 %, die Neutralität zur These liegt wiederum bei 17,5 %.

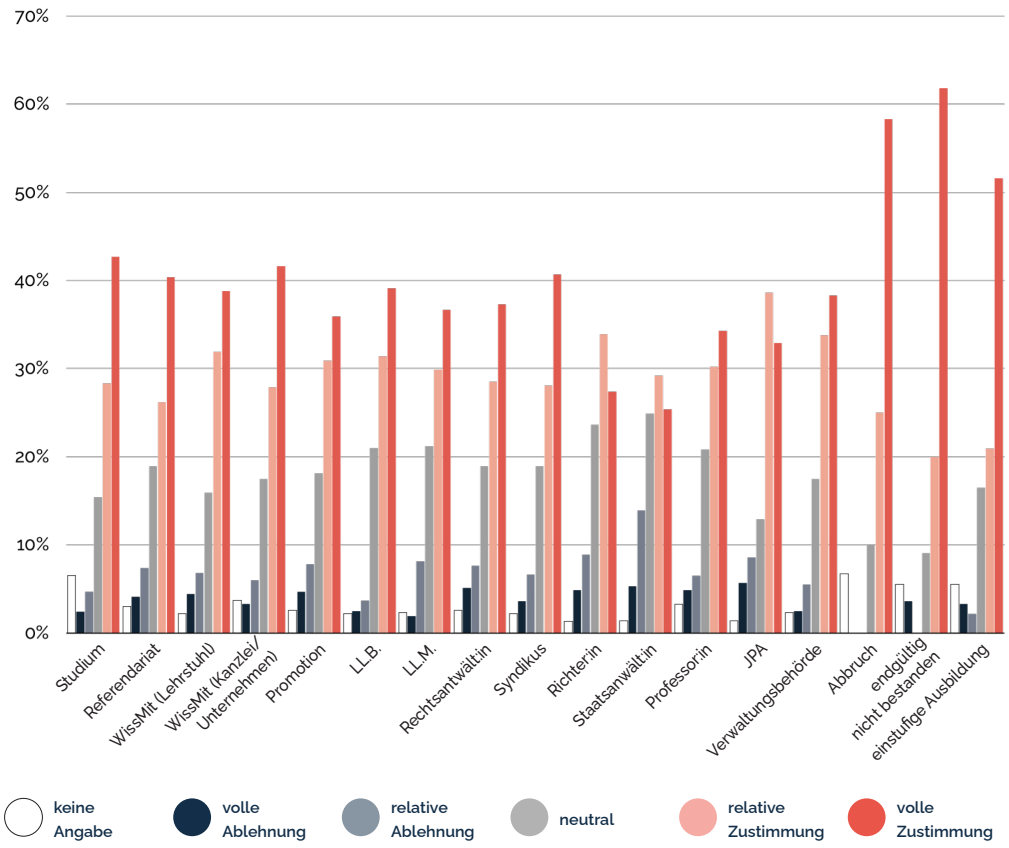
Hiesig besonders auffällig sind die Zustimmungswerte (vollständige Zustimmung) jener Teilnehmenden, die das Studium abgebrochen (58,3 %), endgültig nicht bestanden (61,8 %) oder die einstufige juristische Ausbildung durchlaufen (51,6 %) haben. Dies entspricht einer absoluten Mehrheit für die entsprechenden „Verhältnis-Kohorten“.

Interessant sind besonders die Werte für die Studierenden, u.a. aufgrund ihrer besonderen Nähe zur juristischen Ausbildung: 42,7 % der Studierenden stimmen der These vollständig zu, 28,3 % stimmen ihr nur teilweise zu. Insgesamt ergibt sich daraus aber eine generelle Zustimmung von 71 %. Von dieser Kohorte lehnen nur 2,4 % die These vollständig, und 4,7 % teilweise ab. Somit ergibt sich eine generelle Ablehnung von 7,1 %. In diesem Kontext erscheint die Gruppe der Professor:innen ebenfalls von besonderem Interesse: so stimmten 34,3 % von ihnen der These vollständig und 30,2 % der These nur teilweise zu. Daraus ergibt sich allerdings immer noch eine generelle Zustimmung von 64,3 %. Im Kontrast dazu stehen 4,9 % der Professor:innen, die die These vollständig, sowie weitere 6,5 %, die die These teilweise ablehnen. Insgesamt lehnen damit 11,4 % der teilnehmenden Professor:innen die These generell ablehnen. 20,8 % von ihnen haben neutral abgestimmt. Im Ergebnis scheint eine Mehrheit dieser Kohorte also Handlungsbedarf bezüglich des Betreuungsschlüssels zu sehen.

Erwähnenswert sind ebenfalls die Kohorten mit den geringsten Zustimmungswerten. Dies sind vor allem Richter:innen (27,4 %) und Staatsanwält:innen (25,4 %). Vorwiegend

die letztere Kohorte ist besonders auffällig, denn ein höherer Anteil von ihnen (29,3 %) stimmt der These nur teilweise zu und immerhin 13,9 % lehnen die These teilweise ab. Rund ein Viertel (24,9 %) der Staatsanwält:innen hat ein neutrales Verhältnis zur These. Hier scheinen also besonders viele Unsicherheiten hinsichtlich einer engeren Betreuung der Studierenden zu bestehen. Ein vergleichbares Bild ergibt sich auch für die Teilnehmenden, die für ein Justizprüfungsamt („JPA“) tätig sind: in Relation zu den anderen Kohorten lehnen hier die Meisten (5,7 %) die These vollständig ab. Demgegenüber stimmen jedoch 32,9 % der These vollständig zu, allerdings wird ihr mehrheitlich mit 38,6 % nur teilweise zugestimmt.

***These 4 D** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*



5. Ergebnis bzgl. Erwartungen

Entgegen unserer Hypothese hat im Ergebnis eine klare Mehrheit der Professor:innen der These generell zugestimmt. Fast drei Viertel der Studierenden, konkret sind es 71,0 %, stimmen der These ebenfalls generell zu, was insbesondere mit unserer Hypothese übereinstimmt. Ein grundsätzlich ähnliches Bild ergibt sich zudem für andere Universitätsangehörige, wie Promotionsstudierende sowie wissenschaftliche Mitarbeiter:innen: Bei diesen beiden Berufsgruppen zeigt sich ebenfalls eine generell breite Zustimmung zur These. Insgesamt lässt sich konstatieren, dass keine Berufsgruppe die These generell eher ablehnt. Vielmehr überwiegt in fast allen Kohorten die generelle Zustimmung, doch sind die Werte für ein neutrales Abstimmungsverhalten teils sehr hoch, wie beispielsweise bei den Staatsanwält:innen mit 24,9 %. Dieses Ergebnis entspricht damit zum Teil nicht der zuvor von uns formulierten Hypothese, vor allem in Bezug auf Professor:innen und Teilnehmende der Universitätsseite.

These 4 E: Zulassung anderer Prüfungs-/Unterrichtsformen

1. Thesenhintergrund

Die Zulassung anderer Prüfungs- und Unterrichtsformen wird nur etwas kontrovers dafür aber breit diskutiert. Es lassen sich 51 Pro- und 11 Contra-Argumente aus der Literatur extrahieren. Damit besteht von Seiten der Literatur eine breite Zustimmung.

2. Thesengestaltung

> *Neben der Klausur und der Vorlesung als übliche Prüfungs- und Unterrichtsform sollten auch andere Formen, z.B. mündliche Prüfungen, Moot Courts oder Seminare zugelassen werden.*

Die ausgewählten Argumente, welche auf der iur.reform-Webseite als Nachweise aufrufbar waren, lauten:

Pro	Contra
1. Die Klausur ist praxisfern. Mündliche Leistungen sind hingegen ein großer Teil der Praxis.	1. Klausuren sind im Massenstudium das einzig vertretbare Prüfungsmedium.
2. Eine verstärkte Rückbesinnung auf die Seminararbeit ermöglicht den Studierenden individuelle Profilierung und Erkenntnisgewinn, nicht zuletzt im selbstständigen Bearbeiten eines unbekannten Themas.	2. Speziell zu Mock-Trials: Hoher Aufwand an Ressourcen und zusätzliche Zeitbelastung für Studierende.
3. In einer Vorlesung kann der Wissenserwerbsprozess nicht überprüft werden.	3. Das Jurastudium ist in erster Linie ein Selbststudium, welches eigenständiges Lernen erfordert, unabhängig von der Unterrichtsform.

3. Hypothese

Wir formulierten folgende Erwartungen für die These:

- Es wird eine Ablehnung bei Personen erwartet, die professionell in die juristische Ausbildung eingebunden sind, diese bereitstellen und abnehmen. Dies betrifft also vor allem Menschen aus dem Lehr- und Fakultätsbetrieb (insbesondere Professor:innen) und wohl auch noch Prüfungsämter.
- Die Ablehnung ist aber auch eher erwartbar bei älteren Personen, die gut mit den bestehenden Lehr- und Prüfungsformaten zurechtgekommen sind.
- Eine tendenziell eher zustimmende Haltung wird es bei (relativ) jungen Menschen (bis 40) geben.

4. Deskriptive Statistik

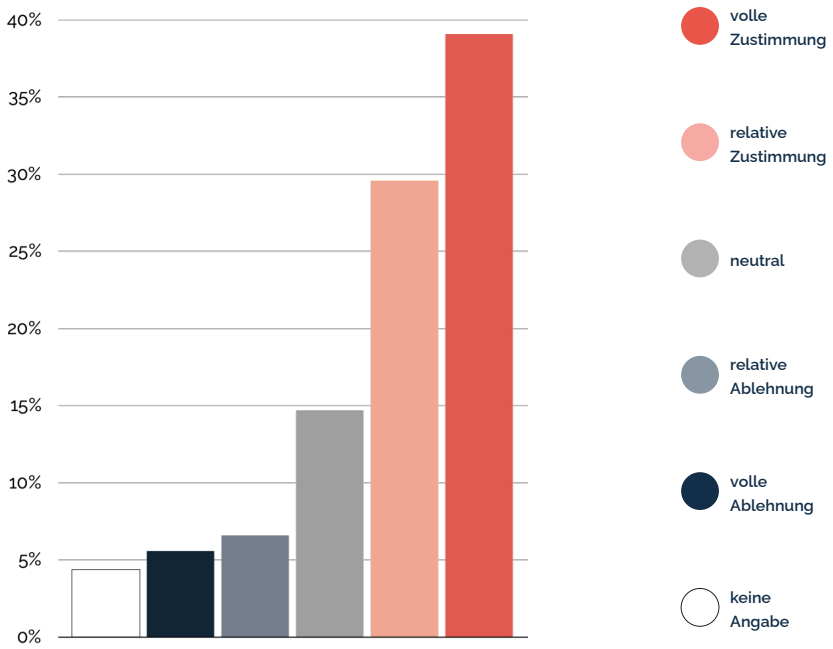
4.1 Gesamtauswertung

***These 4 E** Gesamtauswertung*

Bewertung	Anteil
keine Angabe	4,4 %
volle Ablehnung	5,6 %
relative Ablehnung	6,6 %
neutral	14,7 %
relative Zustimmung	29,6 %
volle Zustimmung	39,1 %
gesamt	**100,0 %**

Für die Zulassung anderer Prüfungs- und Unterrichtsformen spricht sich eine deutliche Mehrheit der Befragten aus (68,7 %). Ablehnend stehen dem lediglich 12,2 % gegenüber, wobei sich 14, 7 % neutral verhalten.

***These 4 E** Gesamtauswertung*



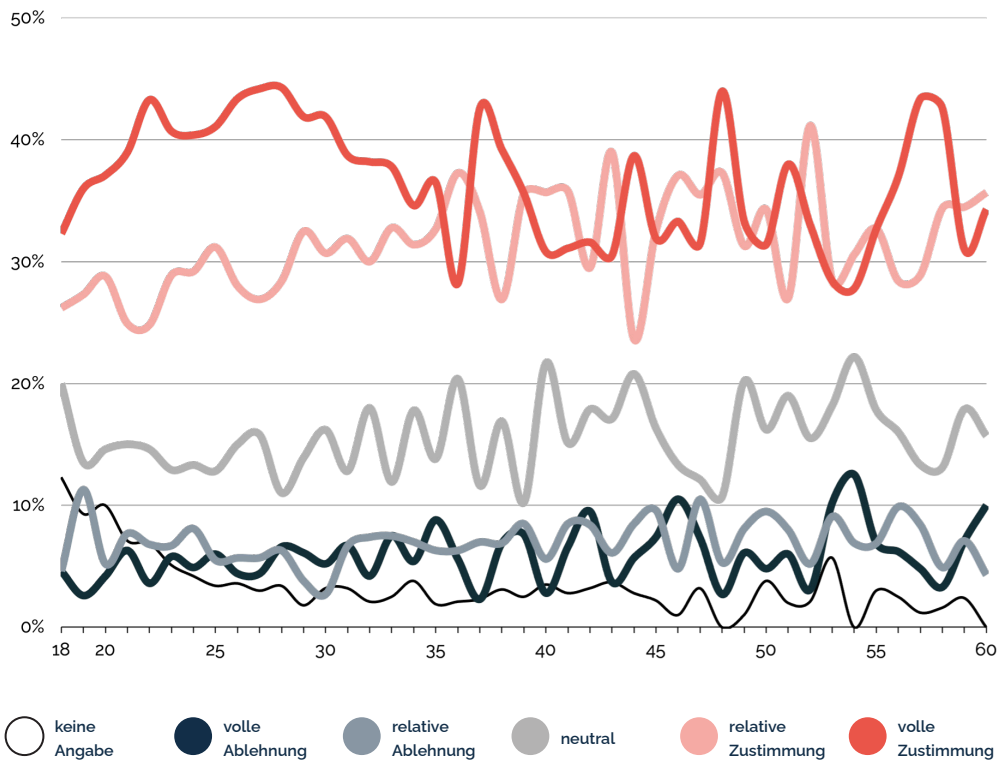
4.2 Alter

Im Vergleich zu den Zahlen aus der Gesamtauswertung zeigt sich, dass die Gesamtwertee, wenn überhaupt, sich nur um wenige Kommastellen verschoben haben.

Die relative Zustimmung zeigt sich auch über alle Altersgruppen hinweg. Die Zustimmungsquoten liegen dabei stets über 60,0 % und häufig auch über 70,0 %. Besonders ausgeprägt ist sie in den Altersgruppen zwischen 20 und 30 mit einer Zustimmungsquote von 65,9 bis 72,7 % der Gesamtstimmen, wobei die Zustimmungsquote zwischen 20- und 28-Jährigen ansteigt, bei den 28-Jährigen ihre Klimax erreicht und dann wieder abfällt.

Die Ablehnungsquoten liegen demgegenüber bei nur ca. 10,0 bis 15,0 % ohne, dass sich hierbei klare Tendenzen nach den Altersgruppen ablesen ließen. Ebenfalls ohne klare Tendenz zeigen sich die Enthaltungsquoten, welche durchwegs bei ca. 15 bis 25 % liegen.

***These 4 E** Alter*



***These 4 E** Alter*

0 keine Angabe **1** volle Ablehnung **2** relative Ablehnung **3** neutral **4** relative Zustimmung **5** volle Zustimmung

Alter	0	1	2	3	4	5
17	–	–	–	–	–	100 %
18	12,3 %	4,6 %	4,6 %	20,0 %	26,2 %	32,3 %
19	9,3 %	2,6 %	11,3 %	13,5 %	27,3 %	36,0 %
20	10,0 %	4,2 %	5,2 %	14,6 %	28,8 %	37,1 %
21	7,1 %	6,3 %	7,7 %	15,0 %	24,9 %	39,0 %
22	6,9 %	3,6 %	6,8 %	14,6 %	24,8 %	43,3 %
23	5,1 %	5,8 %	6,7 %	12,9 %	28,9 %	40,7 %
24	4,2 %	4,9 %	8,1 %	13,3 %	29,2 %	40,4 %
25	3,4 %	6,0 %	5,5 %	12,8 %	31,2 %	41,1 %
26	3,6 %	4,4 %	5,7 %	15,0 %	28,0 %	43,4 %
27	3,0 %	4,4 %	5,7 %	15,8 %	26,9 %	44,2 %
28	3,4 %	6,6 %	6,3 %	11,0 %	28,4 %	44,3 %
29	1,8 %	6,1 %	3,8 %	13,9 %	32,5 %	41,9 %
30	3,2 %	5,2 %	2,7 %	16,2 %	30,7 %	41,9 %
31	3,2 %	6,7 %	6,7 %	12,8 %	31,9 %	38,7 %
32	2,1 %	4,2 %	7,4 %	18,0 %	30,0 %	38,2 %
33	2,5 %	7,5 %	7,5 %	11,9 %	32,8 %	37,8 %
34	3,8 %	5,4 %	7,0 %	17,8 %	31,4 %	34,6 %
35	1,9 %	8,8 %	6,3 %	13,8 %	32,7 %	36,5 %
36	2,1 %	5,6 %	6,3 %	20,4 %	37,3 %	28,2 %
37	2,3 %	2,3 %	7,0 %	11,6 %	34,1 %	42,6 %
38	3,1 %	6,9 %	6,9 %	16,9 %	26,9 %	39,2 %
39	2,5 %	7,6 %	8,5 %	10,2 %	35,6 %	35,6 %
40	3,5 %	2,8 %	5,6 %	21,7 %	35,7 %	30,8 %
41	2,8 %	6,6 %	8,5 %	15,1 %	35,8 %	31,1 %
42	3,2 %	9,5 %	8,4 %	17,9 %	29,5 %	31,6 %
43	3,7 %	3,7 %	6,1 %	17,1 %	39,0 %	30,5 %
44	2,8 %	5,7 %	8,5 %	20,8 %	23,6 %	38,7 %
45	2,2 %	7,4 %	9,6 %	16,3 %	32,6 %	31,9 %
46	1,0 %	10,5 %	4,8 %	13,3 %	37,1 %	33,3 %
47	3,2 %	7,3 %	10,5 %	12,1 %	35,5 %	31,5 %
48	–	2,7 %	5,3 %	10,7 %	37,3 %	44,0 %
49	1,0 %	6,1 %	8,1 %	20,2 %	31,3 %	33,3 %
50	3,8 %	4,8 %	9,5 %	16,2 %	34,3 %	31,4 %

Alter	0	1	2	3	4	5
51	2,0 %	6,0 %	8,0 %	19,0 %	27,0 %	38,0 %
52	2,1 %	3,1 %	5,2 %	15,5 %	41,2 %	33,0 %
53	5,7 %	10,2 %	9,1 %	18,2 %	28,4 %	28,4 %
54	–	12,5 %	6,9 %	22,2 %	30,6 %	27,8 %
55	3,0 %	6,9 %	6,9 %	17,8 %	32,7 %	32,7 %
56	2,5 %	6,2 %	9,9 %	16,0 %	28,4 %	37,0 %
57	1,2 %	4,8 %	8,4 %	13,3 %	28,9 %	43,4 %
58	1,6 %	3,3 %	4,9 %	13,1 %	34,4 %	42,6 %
59	2,4 %	7,1 %	7,1 %	17,9 %	34,5 %	31,0 %
60	–	10,0 %	4,3 %	15,7 %	35,7 %	34,3 %
61	–	12,5 %	5,4 %	12,5 %	19,6 %	50,0 %
62	1,9 %	5,6 %	5,6 %	11,1 %	25,9 %	50,0 %
63	7,7 %	–	5,1 %	15,4 %	33,3 %	38,5 %
64	4,2 %	–	8,3 %	20,8 %	29,2 %	37,5 %
65	–	8,6 %	5,7 %	11,4 %	28,6 %	45,7 %
66	4,5 %	4,5 %	–	22,7 %	36,4 %	31,8 %
67	–	5,9 %	5,9 %	23,5 %	23,5 %	41,2 %
68	6,7 %	–	–	–	33,3 %	60,0 %
69	–	–	14,3 %	14,3 %	28,6 %	42,9 %
70	–	–	10,0 %	10,0 %	20,0 %	60,0 %
71	–	–	–	25,0 %	25,0 %	50,0 %
72	–	–	–	60,0 %	–	40,0 %
73	–	–	25,0 %	–	50,0 %	25,0 %
74	–	–	33,3 %	11,1 %	44,4 %	11,1 %
75	–	33,3 %	–	16,7 %	16,7 %	33,3 %
77	–	–	–	25,0 %	25,0 %	50,0 %
78	–	–	–	–	66,7 %	33,3 %
79	–	50,0 %	–	–	–	50,0 %
81	–	–	–	100 %	–	–
82	–	–	–	100 %	–	–
83	–	–	–	100 %	–	–
84	–	–	–	–	–	100 %
90	–	–	–	–	100 %	–
Σ	**4,2 %**	**5,5 %**	**6,6 %**	**14,7 %**	**29,7 %**	**39,4 %**

4.3 Geschlecht

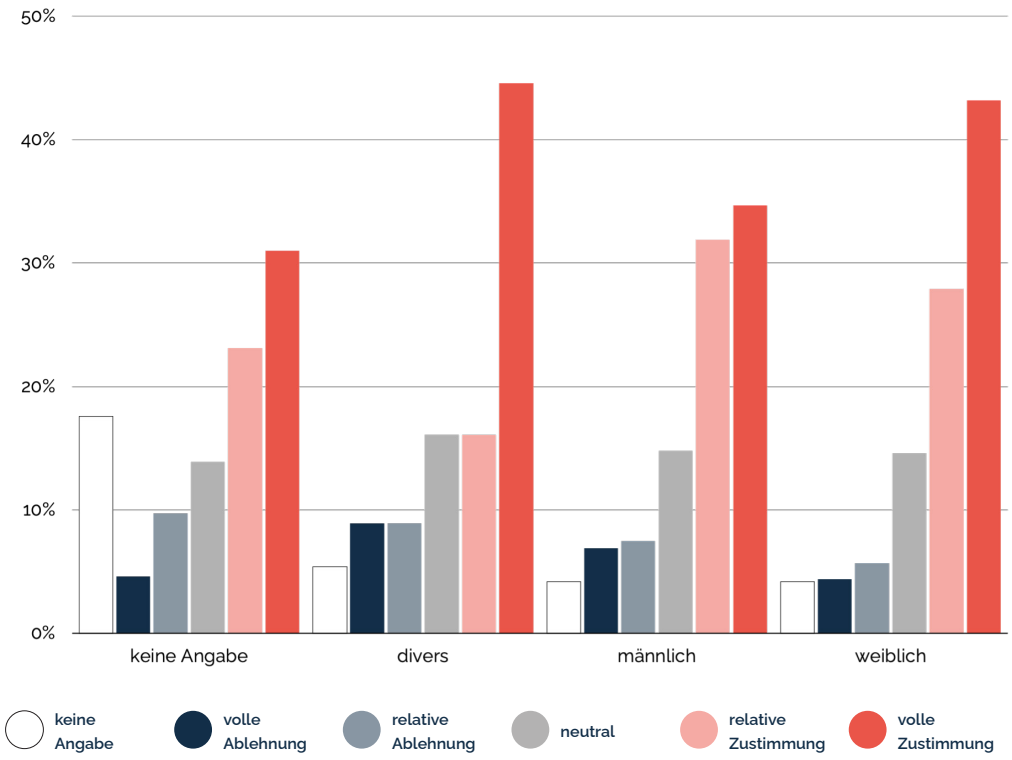
***These 4 E** Geschlecht*

Geschlecht	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
keine Angabe	17,6 %	4,6 %	9,7 %	13,9 %	23,1 %	31,0 %
divers	5,4 %	8,9 %	8,9 %	16,1 %	16,1 %	44,6 %
männlich	4,2 %	6,9 %	7,5 %	14,8 %	31,9 %	34,7 %
weiblich	4,2 %	4,4 %	5,7 %	14,6 %	27,9 %	43,2 %
gesamt	**4,4 %**	**5,6 %**	**6,6 %**	**14,7 %**	**29,6 %**	**39,1 %**

Bei den Geschlechtern spiegelt sich die starke Zustimmungsquote ebenso wider. Dabei ergeben sich deutliche Divergenzen der absoluten Zustimmung bei den Personen weiblichen Geschlechts gegenüber den Personen männlichen Geschlechts. Ebenfalls ergeben sich Divergenzen bei einem leichten überwiegen der (eher) ablehnenden Haltung der Personen männlichen Geschlechts gegenüber den Personen weiblichen Geschlechts.

Blickt man auf die relativen Anteile der Geschlechter an den Zustimmungs- beziehungsweise Ablehnungsquoten, so zeigt sich dieses Bild auch hier. Personen weiblichen Geschlechts unterstützen die Forderung zu 71,1 % (bei einer Ablehnung von 10,1 %), Personen männlichen Geschlechts sind der These zu 66,6 % zugewandt (bei einer Ablehnung von 14,4 %) und Personen, die sich keinem der genannten Geschlechter zuordnen können, stimmen zu 60,7 % zu (bei einer Ablehnung von 17,8 %).

***These 4 E** Geschlecht*



4.4 Fachsemester

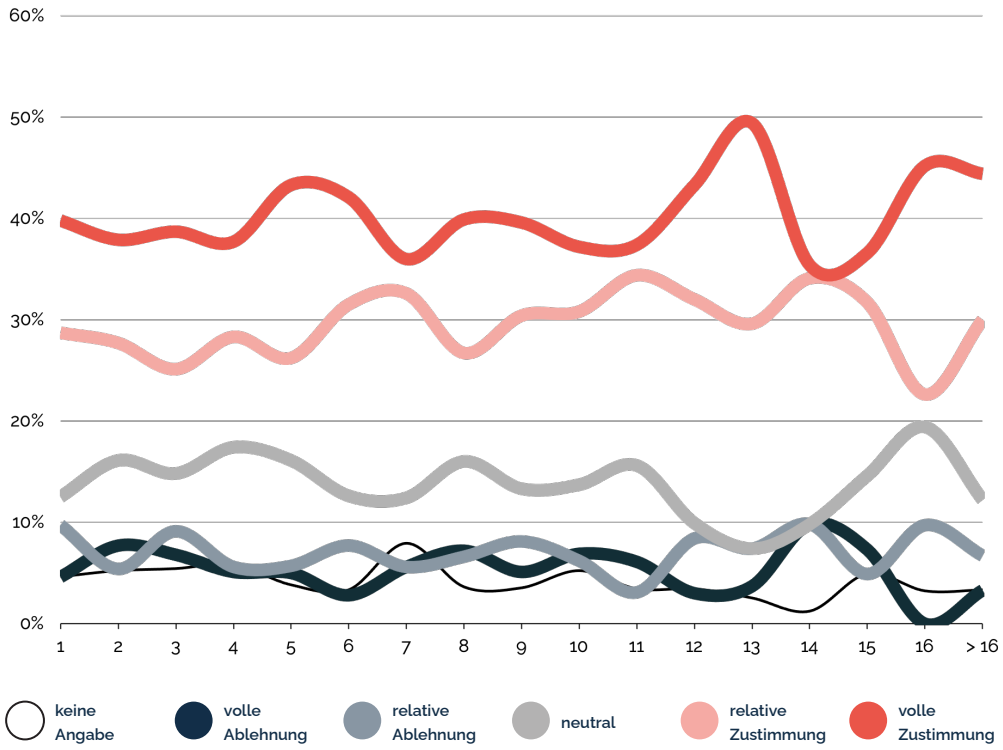
***These 4 E** Fachsemester*

Fachsemester	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
1	4,6 %	4,6 %	9,7 %	12,5 %	28,7 %	39,8 %
2	5,2 %	7,7 %	5,4 %	16,1 %	27,7 %	37,9 %
3	5,4 %	6,8 %	9,1 %	14,8 %	25,1 %	38,7 %
4	5,8 %	5,1 %	5,6 %	17,4 %	28,3 %	37,7 %
5	3,8 %	5,0 %	5,7 %	16,1 %	26,2 %	43,3 %
6	3,3 %	2,8 %	7,7 %	12,6 %	31,5 %	42,1 %
7	7,9 %	5,6 %	5,6 %	12,4 %	32,6 %	36,0 %
8	3,6 %	7,2 %	6,6 %	16,0 %	26,7 %	39,9 %
9	3,5 %	5,1 %	8,1 %	13,3 %	30,4 %	39,6 %
10	5,2 %	6,9 %	6,2 %	13,7 %	30,8 %	37,2 %
11	3,4 %	6,1 %	3,1 %	15,6 %	34,4 %	37,4 %
12	3,4 %	3,0 %	8,4 %	9,9 %	32,0 %	43,3 %
13	2,5 %	3,7 %	7,4 %	7,4 %	29,6 %	49,4 %
14	1,2 %	9,8 %	9,8 %	9,8 %	34,1 %	35,4 %
15	4,9 %	7,3 %	4,9 %	14,6 %	31,7 %	36,6 %
16	3,2 %	–	9,7 %	19,4 %	22,6 %	45,2 %
>16	3,3 %	3,3 %	6,7 %	12,2 %	30,0 %	44,4 %
gesamt	**4,6 %**	**5,6 %**	**6,7 %**	**14,3 %**	**29,4 %**	**39,5 %**

Die Zustimmungsquoten zeigen sich auch über alle Fachsemester hinweg. Besonders ausgeprägt sind die Zustimmungsquoten dabei zwischen den Fachsemestern 1 und 11. Danach nehmen die Zustimmungsquoten ab und steigen ab 17 Semestern wieder an.

Differenzierter wird das Bild auch hier unter Berücksichtigung der relativen Anteile der Fachsemester an den jeweils abgegebenen Stimmen. Sodann zeigt sich eine über alle Fachsemester weit relative Zustimmungsquote von grundsätzlich 60 bis 70 %. Ab dem 5. Fachsemester liegen die Zustimmungswerte in der Tendenz auch bei über 70 %. Damit zeigt sich eine grundsätzlich leichtzunehmende Zustimmung mit der Steigerung des Fachsemesters. Die Ablehnungsquoten liegen mit wenigen Ausnahmen bei ca. knapp über 10 % über die Fachsemester hinweg. Die Enthaltungen liegen dabei, soweit man auch die nichtabgebebenen Stimmen hinzuzählt bei ca. 15 bis 20 %. Die Enthaltungen sind dabei in den ersten Semestern leicht höher und in den Semestern 12 bis 14 mit ca. 8 bis 10 % am niedrigsten.

***These 4 E** Fachsemester*



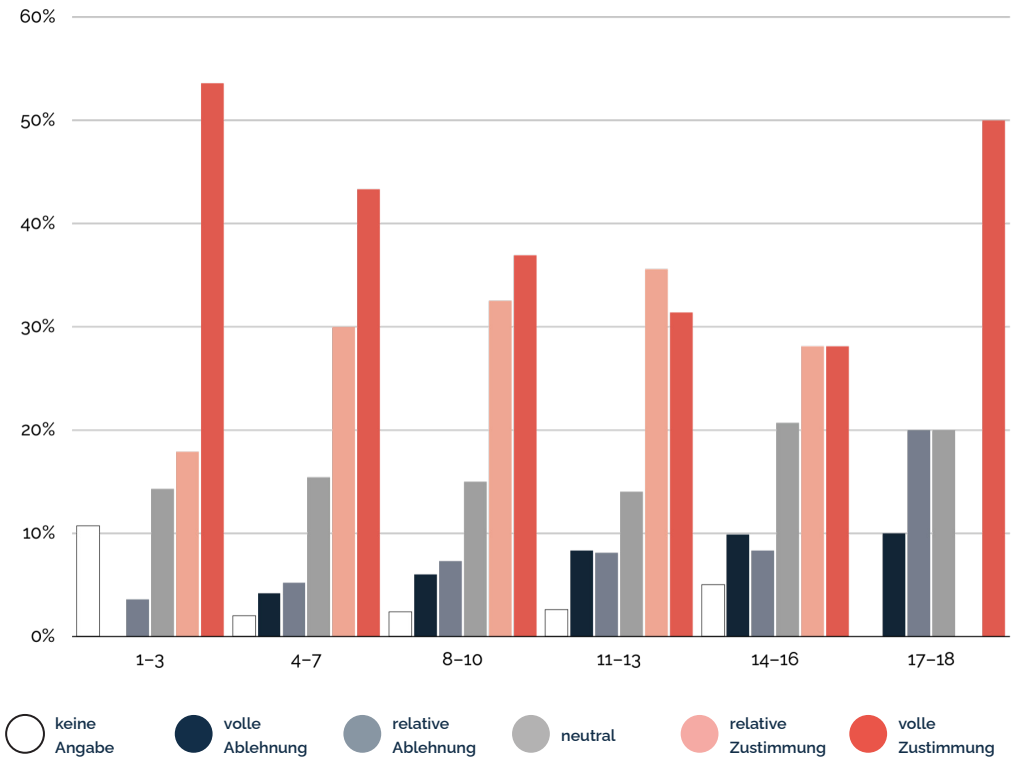
4.5 Gesamtnote

***These 4 E** Gesamtnote*

Gesamtnote	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
1–3	10,7 %	–	3,6 %	14,3 %	17,9 %	53,6 %
4–7	2,0 %	4,2 %	5,2 %	15,4 %	30,0 %	43,3 %
8–10	2,4 %	6,0 %	7,3 %	15,0 %	32,5 %	36,9 %
11–13	2,6 %	8,3 %	8,1 %	14,0 %	35,6 %	31,4 %
14–16	5,0 %	9,9 %	8,3 %	20,7 %	28,1 %	28,1 %
17–18	–	10,0 %	20,0 %	20,0 %	–	50,0 %
gesamt	**2,4 %**	**6,1 %**	**7,0 %**	**15,0 %**	**32,3 %**	**37,2 %**

Über alle Notenstufen hinweg zeigt sich eine klar relative Zustimmung. Besonders stark tritt diese auf der ersten Notenstufe zwischen 1 und 3 Punkten (71,5 % Zustimmung gegenüber 3,6 % eher geäußerter Ablehnung) und der zweiten Notenstufe zwischen 4 und 7 Punkten (73,3 % der Zustimmung gegenüber 9,4 % Ablehnung) hervor. Auch auf der dritten Notenstufe (8 bis 10 Punkte) bleibt die Zustimmung mit 69,4 % auf einem vergleichbaren Niveau. Auf der vierten Notenstufe (11 bis 13 Punkte) gibt es eine weitere Absenkung der Zustimmung auf 67,0 %. Auf der fünften Notenstufe (14 bis 16 Punkte) sinkt die Zustimmung sodann auf 56,2 % (bei einer auf 18,2 % ansteigenden Ablehnung) und auf der sechsten Notenstufe (17 bis 18 Punkte) auf 50,0 % (bei einer Ablehnung von 30,0 %). Damit lässt sich sagen, dass die Zustimmung bei einer geringeren Notenstufe höher ist als bei einer höheren Notenstufe, während sich die Ablehnungsquote umgekehrt verhält. Dieses Bild könnte sich damit erklären lassen, dass Personen einer höheren Notenstufe mit dem bisherigen Prüfungssystem aufgrund des gezeichneten Erfolges besser zurechtkommen, beziehungsweise davon ausgehen, mit diesem System besser zurechtzukommen und dieses demnach nicht ändern wollen. Dennoch bleibt es durchgehend bei einer weit relativen Zustimmung auch in den höheren Notenstufen.

***These 4 E** Gesamtnote*



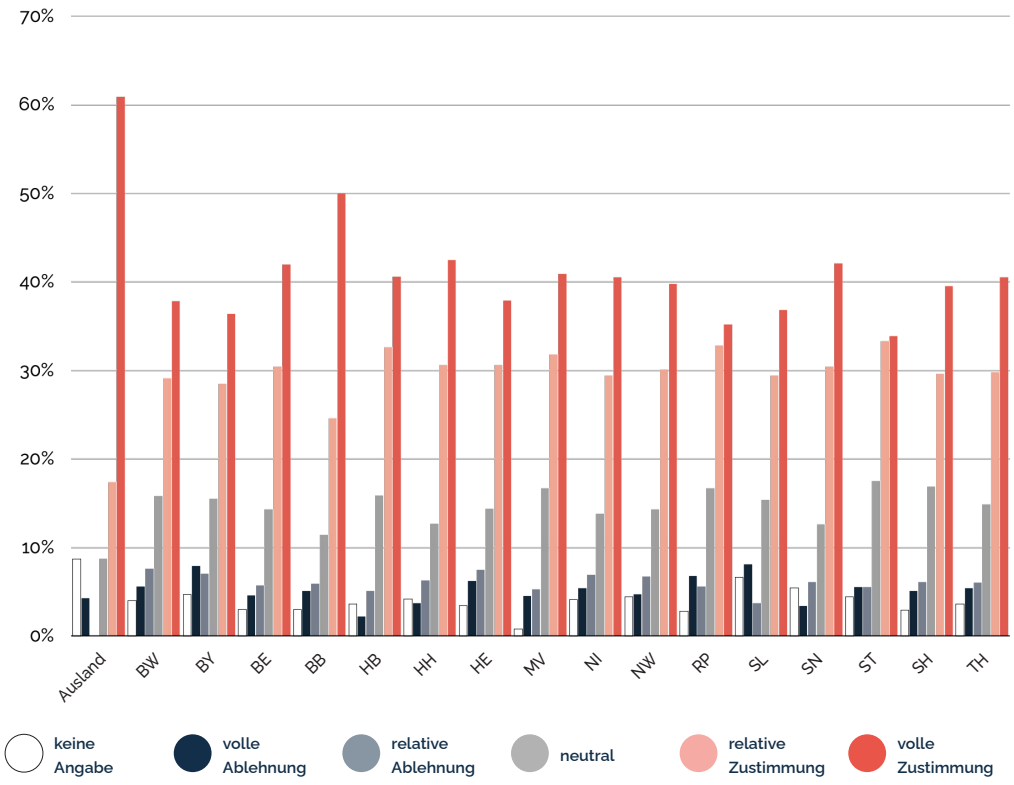
4.6 Studienort

***These 4 E** Studienort*

Bundesland	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
Ausland	8,7 %	4,3 %	–	8,7 %	17,4 %	60,9 %
Baden-Württemberg	4,0 %	5,6 %	7,6 %	15,8 %	29,1 %	37,8 %
Bayern	4,7 %	7,9 %	7,0 %	15,5 %	28,5 %	36,4 %
Berlin	3,0 %	4,6 %	5,7 %	14,3 %	30,4 %	42,0 %
Brandenburg	3,0 %	5,1 %	5,9 %	11,4 %	24,6 %	50,0 %
Bremen	3,6 %	2,2 %	5,1 %	15,9 %	32,6 %	40,6 %
Hamburg	4,2 %	3,7 %	6,3 %	12,7 %	30,6 %	42,5 %
Hessen	3,4 %	6,2 %	7,5 %	14,4 %	30,6 %	37,9 %
Mecklenburg-Vorpommern	0,8 %	4,5 %	5,3 %	16,7 %	31,8 %	40,9 %
Niedersachsen	4,1 %	5,4 %	6,9 %	13,8 %	29,4 %	40,5 %
Nordrhein-Westfalen	4,4 %	4,7 %	6,7 %	14,3 %	30,1 %	39,8 %
Rheinland-Pfalz	2,8 %	6,8 %	5,6 %	16,7 %	32,8 %	35,2 %
Saarland	6,6 %	8,1 %	3,7 %	15,4 %	29,4 %	36,8 %
Sachsen	5,4 %	3,4 %	6,1 %	12,6 %	30,4 %	42,1 %
Sachsen-Anhalt	4,4 %	5,5 %	5,5 %	17,5 %	33,3 %	33,9 %
Schleswig-Holstein	2,9 %	5,1 %	6,1 %	16,9 %	29,6 %	39,5 %
Thüringen	3,6 %	5,4 %	6,0 %	14,9 %	29,8 %	40,5 %
gesamt	**4,1 %**	**5,5 %**	**6,6 %**	**14,7 %**	**29,8 %**	**39,4 %**

Die relativen Zustimmungsquoten bleiben auch über alle Bundesländer konstant. Es zeigt sich über alle Bundesländer hinweg eine deutliche Zustimmung von weit über 60 % und bei der überwiegenden Anzahl der Bundesländer auch über 70 %. Am stärksten ausgeprägt ist dabei die Zustimmung im Ausland mit 78,3 %. Dies könnte sich damit erklären lassen, dass Studierende außerhalb des Bundesgebietes bereits einen Blick über den Tellerrand werfen konnten und andere Lehr- und Prüfungsformate kennengelernt haben. Die Ablehnungsquoten liegen dabei ca. bei 10 % über alle Bundesländer hinweg. Nur im Ausland liegt die Ablehnung parallel zur höchsten Zustimmung am Tiefpunkt mit 4,3 % voll erteilter Ablehnung.

***These 4 E** Studienort*



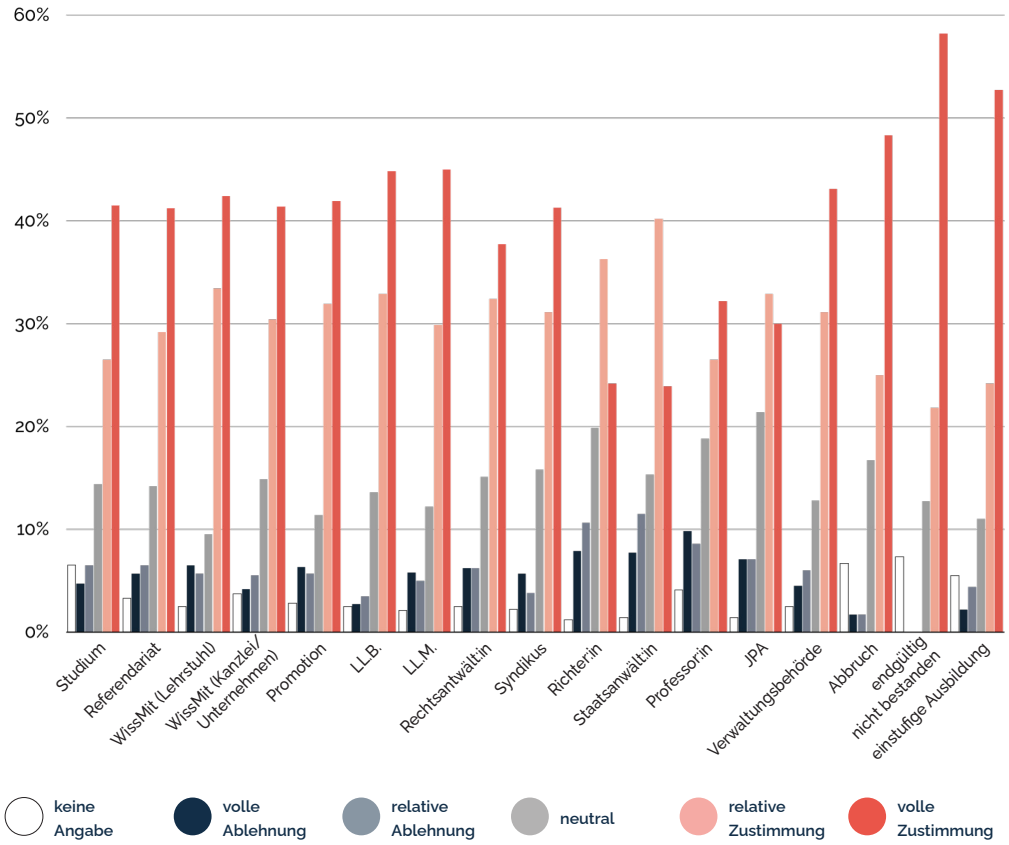
4.7 Verhältnis zur juristischen Ausbildung

These 4 E *Verhältnis zur juristischen Ausbildung*

Beruf	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
Studium	6,5 %	4,7 %	6,5 %	14,4 %	26,5 %	41,5 %
Referendariat	3,3 %	5,7 %	6,5 %	14,2 %	29,2 %	41,2 %
WissMit (Lehrstuhl)	2,5 %	6,5 %	5,7 %	9,5 %	33,4 %	42,4 %
WissMit (Kanzlei)	3,7 %	4,2 %	5,5 %	14,9 %	30,4 %	41,4 %
Promotion	2,8 %	6,3 %	5,7 %	11,4 %	31,9 %	41,9 %
LL.B.	2,5 %	2,7 %	3,5 %	13,6 %	32,9 %	44,8 %
LL.M.	2,1 %	5,8 %	5,0 %	12,2 %	29,9 %	45,0 %
Rechtsanwält:in	2,5 %	6,2 %	6,2 %	15,1 %	32,4 %	37,7 %
Syndikus	2,2 %	5,7 %	3,8 %	15,8 %	31,1 %	41,3 %
Richter:in	1,2 %	7,9 %	10,6 %	19,9 %	36,3 %	24,2 %
Staatsanwält:in	1,4 %	7,7 %	11,5 %	15,3 %	40,2 %	23,9 %
Professor:in	4,1 %	9,8 %	8,6 %	18,8 %	26,5 %	32,2 %
JPA	1,4 %	7,1 %	7,1 %	21,4 %	32,9 %	30,0 %
Verwaltungsbehörde	2,5 %	4,5 %	6,0 %	12,8 %	31,1 %	43,1 %
Abbruch	6,7 %	1,7 %	1,7 %	16,7 %	25,0 %	48,3 %
endgültig nicht bestanden	7,3 %	0,0 %	0,0 %	12,7 %	21,8 %	58,2 %
einstufige Ausbildung	5,5 %	2,2 %	4,4 %	11,0 %	24,2 %	52,7 %

Die Zustimmungsquoten zeigen sich auch über alle Berufs-/Ausbildung- und Absolvent:innengruppen. Ausdifferenzierter wird der Blick, wenn man die relativen Stimmanteile der Berufsgruppen betrachtet. Aber auch hier zeigen sich über alle Berufs-/ Ausbildung- und Absolvent:innengruppen hinweg deutliche Zustimmungswerte. Diese liegen grundsätzlich um die 70 %. Ausgenommen sind hier die Berufsgruppen Staatsanwält:innen (64,1 %), Professor:innen (58,7 %) und Mitarbeitenden in juristischen Prüfungsämtern (62,9 %). Bei den Personen, die das Staatsexamen endgültig Nichtbestanden haben, liegt die Zustimmung sogar bei 80,0 % und bei den Personen, die die einstufige juristische Ausbildung durchlebt haben bei 76,9 %. Die leichtere Zurückhaltung bei Professor:innen und Mitarbeitenden in juristischen Prüfungsämtern lässt sich mutmaßlich damit begründen, dass dies die Personengruppen sind, die sowohl bei den universitären Veranstaltungen und Prüfungen als auch bei den staatlichen Prüfungen andere Methoden anwenden müssten, was mit einem nicht unerheblichen Arbeitsaufwand einhergehen kann. Die erhöhte Zustimmung bei Personen, die das Staatsexamen nicht bestanden haben, lässt sich potenziell damit begründen, dass diese in den bisherigen Veranstaltungs- und Prüfungsformen keine Selbstverwirklichung erleben konnten, um die eigenen Stärken auszuspielen. Die erhöhte Zustimmung bei Absolvent:innen der einstufigen juristischen Ausbildung lässt sich eventuell damit begründen, dass diese neben den Klausuren und Vorlesungen bereits andere Ausbildungsformate kennenlernen konnten.

***These 4 E** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*



5. Ergebnis bzgl. Erwartungen

Unsere Hypothese wird nur teilweise bestätigt. Entgegen unseren Erwartungen gab es bei den Menschen aus dem Lehr- bzw. Fakultätsbetrieb (insbesondere Professor:innen und wohl auch noch Prüfungsämtern) eine deutliche zustimmende Haltung. Eine klare Ablehnung bei älteren (über 40), die gut mit den bestehenden Lehr- und Prüfungsformaten zurechtgekommen sind, ließ sich ebenfalls nicht eindeutig abzeichnen. Eine tendenziell eher zustimmende Haltung war bei allen Altersgruppen und damit auch wie vermutet bei den relativ jungen Menschen (bis 40) geben.

These 4 F: Digitale Lehre

1. Thesenhintergrund

Ein stärker digitalisiertes Lehrangebot zu gewährleisten wurde nicht nur jüngst während der Ausgangsbeschränkungen der Covid-19 Pandemie gefordert.[1] Bereits Anfang der 2000er wurde dieses Thema in Bezug auf die juristische Ausbildung diskutiert. Im Rahmen der Literaturauswertung konnten im Wesentlichen neun Proargumente den sechs Kontraargumenten gefunden werden. Mit Blick auf die schleppend verlaufende Digitalisierung in Deutschland, wurden die Stimmen im Ausbildungsbereich auch bei den Juristen lauter.

2. Thesengestaltung

Vorlesungen und Seminare sollten digitalisiert werden.

Die ausgewählten Argumente, die auf der iur.reform-Homepage als Nachweise aufrufbar waren, sind:

Pro	Contra
1. Digitale Lehre macht unabhängig von Zeit und Ort.	1. Der persönliche Kontakt darf nicht wegfallen, um der Vorbildfunktion von Menschen und dem Erwerb sozialer Kompetenzen gerecht zu werden.
2. Der Lernstoff lässt sich beliebig untergliedern und wiederholen. Dies entlastet Professor:innen bei der Stoffvermittlung und Wiederholung. Diese haben mehr Zeit für die Forschung und Individualbetreuung.	2. Es können technische Probleme auftreten und viele Fakultäten sind technisch noch zu schlecht ausgestattet.
3. Den Studierenden ermöglicht die Digitalisierung, virtuell Lehrveranstaltungen an anderen Universitäten zu besuchen und damit von Lehrangeboten zu profitieren, die ihnen in Präsenz nicht zur Verfügung stehen.	3. Es gibt zu viele E-Learning-Angebote mit ganz unterschiedlicher Qualität; schwierig ist es, den Überblick zu behalten und nur qualitätsvolle Produkte zu verwenden.

3. Hypothese

Wir formulierten folgende Erwartungen für die These:

- Mit einer größeren Bereitschaft innerhalb der Studentenschaft und der Professor:innenschaft kann gerechnet werden.
- Jedoch mangelt es in der Regel an Kapazitäten von Seiten der Universität, sodass in die unmittelbare Universitätsverwaltung involvierte Professor:innen ein gemischtes Bild geben könnten.
- Jedoch könnte mittlerweile und aufgrund von Corona eine günstigere Grundlage für die Akzeptanz der These 4F geschaffen worden sein.“

[1] Fries, Virtuelle Lehre nach der Coronakrise – Geht die Digitalisierung schon bald wieder weg?, LTO v. 21.04.2020, abrufbar unter ***https://www.lto.de/karriere/jura-studium/stories/detail/juristenausbildung-digitalisierung-corona-was-bleibt-nach-der-krise***, zuletzt abgerufen am 31.12.2022.

4. Deskriptive Statistik

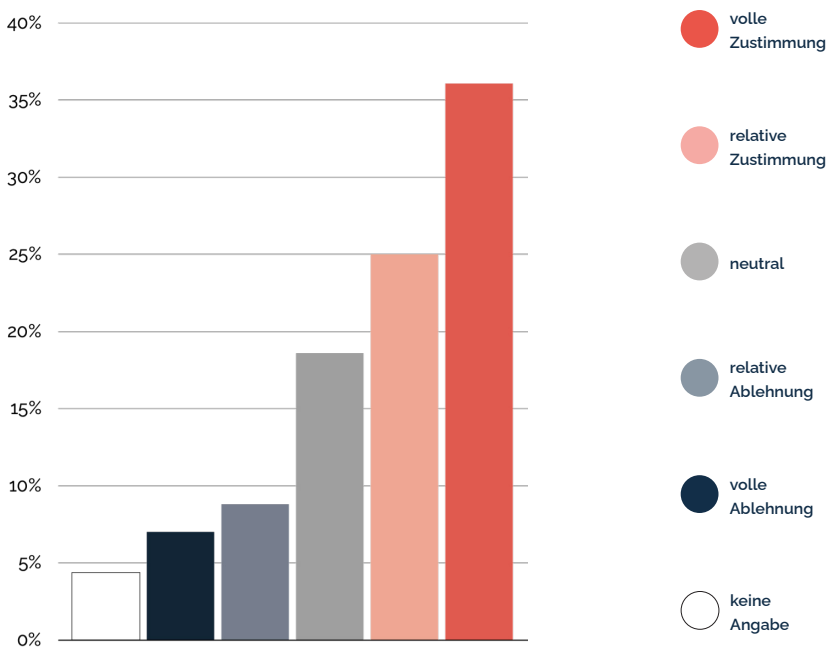
4.1 Gesamtauswertung

***These 4 F** Gesamtauswertung*

Bewertung	Anteil
keine Angabe	4,4 %
volle Ablehnung	7,0 %
relative Ablehnung	8,8 %
neutral	18,6 %
relative Zustimmung	25,0 %
volle Zustimmung	36,1 %
gesamt	**100,0 %**

Es haben 95,6 % der Teilnehmenden eine Antwort auf die These 4F abgegeben. Auch hier fällt die Resonanz insgesamt positiv aus. Es ergibt sich eine kombinierte absolute Mehrheit i. H. v. 61,1 % zugunsten der These 4F. Knapp ein Fünftel der Teilnehmenden hat sich für eine neutrale Position entschieden mit 18,7 %.

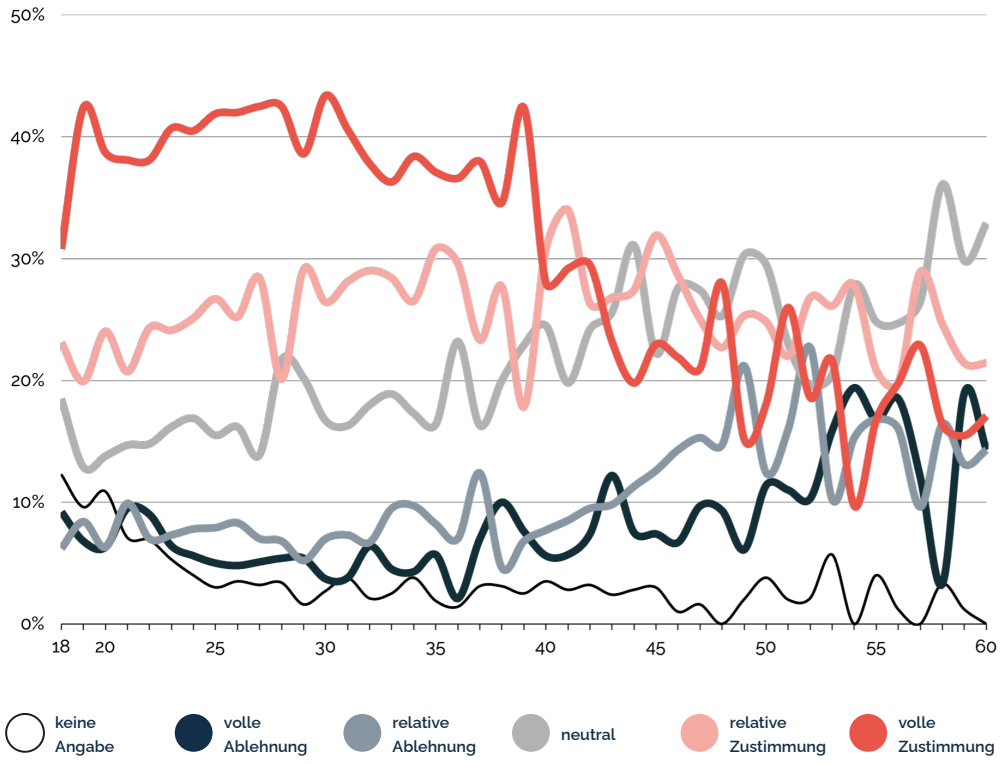
***These 4 F** Gesamtauswertung*



4.2 Alter

Aus der Tabelle ist ersichtlich, dass sich unter jüngeren Teilnehmenden bis zum Alter von 45 eine recht stabile Mehrheit – meist absolut (kombiniert) – für die These findet. Bis zum Alter von 51 erreicht die neutrale Option die höchste Einzelzustimmung, sodass zwar weiter eine relative kombinierte Mehrheit für die These vorliegt, aber die Neutralität bemerkenswert steigt. Gleiches gilt für die weiteren Altersgruppen mit signifikanten Teilnehmer:innenzahlen.

***These 4 F** Alter*



These 4 F Alter

0 keine Angabe **1** volle Ablehnung **2** relative Ablehnung **3** neutral **4** relative Zustimmung **5** volle Zustimmung

Alter	0	1	2	3	4	5
17	–	–	–	–	100 %	–
18	12,3 %	9,2 %	6,2 %	18,5 %	23,1 %	30,8 %
19	9,6 %	6,8 %	8,4 %	12,9 %	19,9 %	42,4 %
20	10,9 %	6,3 %	6,3 %	13,8 %	24,0 %	38,7 %
21	7,1 %	9,5 %	9,9 %	14,7 %	20,7 %	38,1 %
22	6,9 %	9,0 %	7,0 %	14,8 %	24,3 %	38,1 %
23	5,3 %	6,4 %	7,3 %	16,2 %	24,1 %	40,7 %
24	4,0 %	5,6 %	7,8 %	16,9 %	25,1 %	40,5 %
25	3,0 %	5,0 %	7,9 %	15,5 %	26,7 %	41,9 %
26	3,5 %	4,8 %	8,3 %	16,2 %	25,2 %	42,0 %
27	3,2 %	5,1 %	7,0 %	13,9 %	28,4 %	42,5 %
28	3,4 %	5,4 %	6,8 %	21,7 %	20,1 %	42,5 %
29	1,6 %	5,4 %	5,2 %	20,2 %	29,1 %	38,6 %
30	2,7 %	3,7 %	7,0 %	16,7 %	26,4 %	43,4 %
31	3,8 %	3,8 %	7,3 %	16,3 %	28,1 %	40,6 %
32	2,1 %	6,4 %	6,7 %	18,0 %	29,0 %	37,8 %
33	2,5 %	4,5 %	9,5 %	18,9 %	28,4 %	36,3 %
34	3,8 %	4,3 %	9,7 %	17,3 %	26,5 %	38,4 %
35	1,9 %	5,7 %	8,2 %	16,4 %	30,8 %	37,1 %
36	1,4 %	2,1 %	7,0 %	23,2 %	29,6 %	36,6 %
37	3,1 %	7,0 %	12,4 %	16,3 %	23,3 %	38,0 %
38	3,1 %	10,0 %	4,6 %	20,0 %	27,7 %	34,6 %
39	2,5 %	7,6 %	6,8 %	22,9 %	17,8 %	42,4 %
40	3,5 %	5,6 %	7,7 %	24,5 %	30,8 %	28,0 %
41	2,8 %	5,7 %	8,5 %	19,8 %	34,0 %	29,2 %
42	3,2 %	7,4 %	9,5 %	24,2 %	26,3 %	29,5 %
43	2,4 %	12,2 %	9,8 %	25,6 %	26,8 %	23,2 %
44	2,8 %	7,5 %	11,3 %	31,1 %	27,4 %	19,8 %
45	3,0 %	7,4 %	12,6 %	22,2 %	31,9 %	23,0 %
46	1,0 %	6,7 %	14,3 %	27,6 %	28,6 %	21,9 %
47	1,6 %	9,7 %	15,3 %	27,4 %	25,0 %	21,0 %
48	–	9,3 %	14,7 %	25,3 %	22,7 %	28,0 %
49	2,0 %	6,1 %	21,2 %	30,3 %	25,3 %	15,2 %
50	3,8 %	11,4 %	12,4 %	29,5 %	24,8 %	18,1 %

Alter	0	1	2	3	4	5
51	2,0 %	11,0 %	16,0 %	23,0 %	22,0 %	26,0 %
52	2,1 %	10,3 %	22,7 %	19,6 %	26,8 %	18,6 %
53	5,7 %	15,9 %	10,2 %	20,5 %	26,1 %	21,6 %
54	–	19,4 %	15,3 %	27,8 %	27,8 %	9,7 %
55	4,0 %	16,8 %	16,8 %	24,8 %	20,8 %	16,8 %
56	1,2 %	18,5 %	16,0 %	24,7 %	19,8 %	19,8 %
57	–	12,0 %	9,6 %	26,5 %	28,9 %	22,9 %
58	3,3 %	3,3 %	16,4 %	36,1 %	24,6 %	16,4 %
59	1,2 %	19,0 %	13,1 %	29,8 %	21,4 %	15,5 %
60	–	14,3 %	14,3 %	32,9 %	21,4 %	17,1 %
61	–	16,1 %	19,6 %	30,4 %	17,9 %	16,1 %
62	1,9 %	18,5 %	7,4 %	25,9 %	24,1 %	22,2 %
63	7,7 %	10,3 %	17,9 %	30,8 %	15,4 %	17,9 %
64	4,2 %	4,2 %	25,0 %	25,0 %	8,3 %	33,3 %
65	–	11,4 %	14,3 %	40,0 %	14,3 %	20,0 %
66	4,5 %	4,5 %	22,7 %	27,3 %	18,2 %	22,7 %
67	–	11,8 %	17,6 %	41,2 %	17,6 %	11,8 %
68	–	6,7 %	–	33,3 %	13,3 %	46,7 %
69	–	14,3 %	–	14,3 %	28,6 %	42,9 %
70	–	10,0 %	30,0 %	–	40,0 %	20,0 %
71	–	25,0 %	12,5 %	37,5 %	–	25,0 %
72	–	–	–	40,0 %	20,0 %	40,0 %
73	–	–	–	25,0 %	75,0 %	–
74	–	–	22,2 %	22,2 %	33,3 %	22,2 %
75	–	–	–	50,0 %	16,7 %	33,3 %
77	–	25,0 %	–	50,0 %	–	25,0 %
78	–	66,7 %	–	33,3 %	–	–
79	–	–	–	–	50,0 %	50,0 %
81	–	–	–	–	–	100 %
82	–	100 %	–	–	–	–
83	–	–	100 %	–	–	–
84	–	100 %	–	–	–	–
90	–	–	–	–	100 %	–
Σ	**4,2 %**	**7,0 %**	**8,8 %**	**18,5 %**	**25,2 %**	**36,4 %**

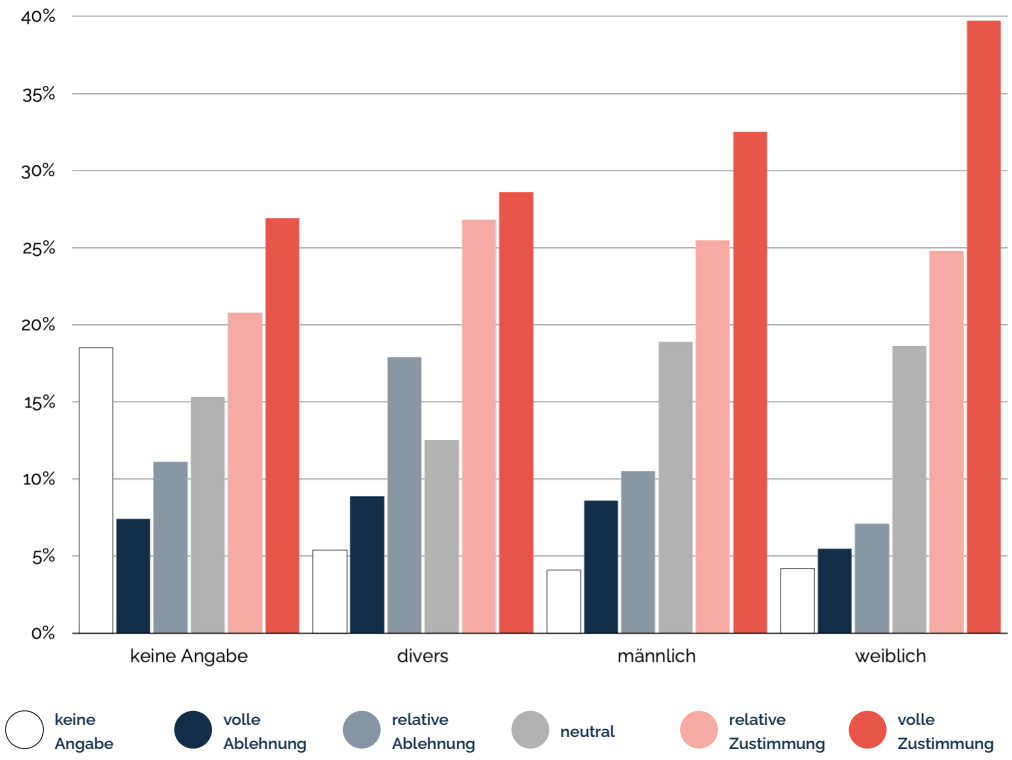
4.3 Geschlecht

***These 4 F** Geschlecht*

Geschlecht	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
keine Angabe	18,5 %	7,4 %	11,1 %	15,3 %	20,8 %	26,9 %
divers	5,4 %	8,9 %	17,9 %	12,5 %	26,8 %	28,6 %
männlich	4,1 %	8,6 %	10,5 %	18,9 %	25,5 %	32,5 %
weiblich	4,2 %	5,5 %	7,1 %	18,6 %	24,8 %	39,7 %
gesamt	**4,4 %**	**7,0 %**	**8,8 %**	**18,6 %**	**25,0 %**	**36,1 %**

Bei Betrachtung der Tabelle wird auf den ersten Blick erneut deutlich, dass weibliche Teilnehmende in der Ansicht gefestigter scheinen – 39,7 % von ihnen stimmen voll zu, während bei den männlichen Teilnehmenden nur 32,5 % voll zustimmen; bei diversen sogar nur 28,6 %. Kombiniert erreichen alle Gruppen eine absolute Mehrheit für die These, die kombinierte Ablehnung übersteigt nur in der Gruppe der diversen ein Viertel der Stimmen (26,8 %). Im Gegensatz zur Aufschlüsselung nach Alter sind die neutralen Stimmen hier moderater und eher übereinstimmend mit der Aufteilung der Stimmen bei der Gesamtbetrachtung.

***These 4 F** Geschlecht*



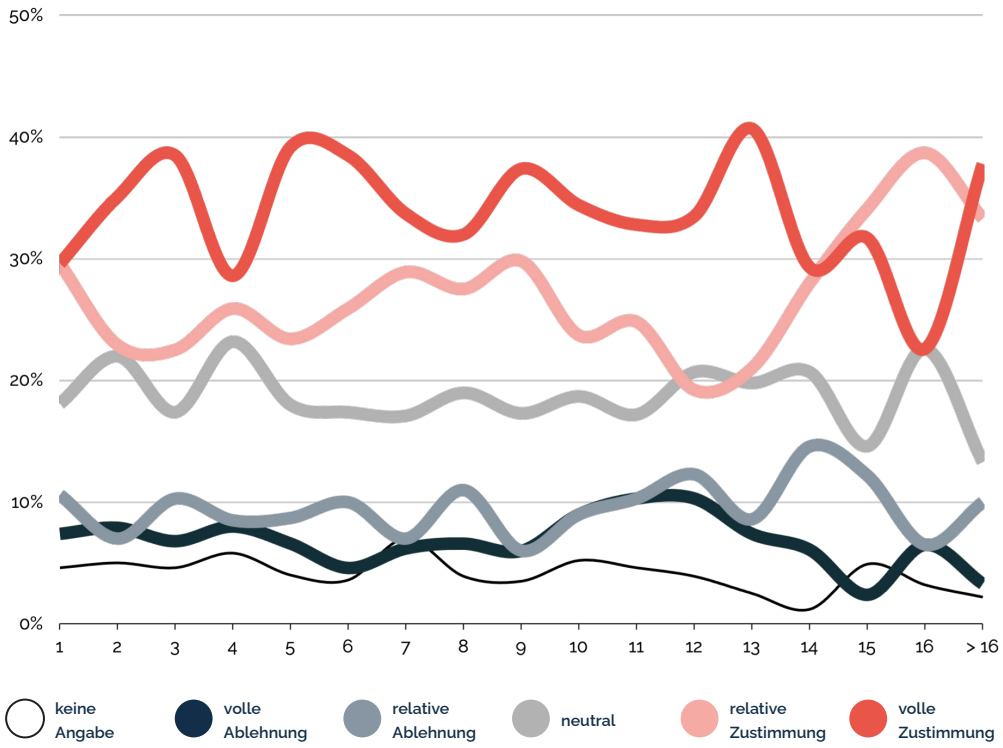
4.4 Fachsemester

***These 4 F** Fachsemester*

Fachsemester	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
1	4,6 %	7,4 %	10,6 %	18,1 %	29,6 %	29,6 %
2	5,0 %	7,9 %	7,0 %	22,0 %	22,9 %	35,1 %
3	4,6 %	6,8 %	10,3 %	17,4 %	22,5 %	38,5 %
4	5,8 %	8,0 %	8,5 %	23,2 %	25,9 %	28,6 %
5	4,0 %	6,6 %	8,7 %	18,0 %	23,4 %	39,2 %
6	3,6 %	4,6 %	10,0 %	17,4 %	25,9 %	38,5 %
7	7,0 %	6,2 %	7,0 %	17,1 %	28,9 %	33,7 %
8	3,9 %	6,6 %	11,0 %	19,0 %	27,5 %	32,0 %
9	3,5 %	6,0 %	6,0 %	17,3 %	29,8 %	37,4 %
10	5,2 %	9,0 %	9,0 %	18,7 %	23,7 %	34,4 %
11	4,6 %	10,3 %	10,3 %	17,2 %	24,8 %	32,8 %
12	3,9 %	10,3 %	12,3 %	20,7 %	19,2 %	33,5 %
13	2,5 %	7,4 %	8,6 %	19,8 %	21,0 %	40,7 %
14	1,2 %	6,1 %	14,6 %	20,7 %	28,0 %	29,3 %
15	4,9 %	2,4 %	12,2 %	14,6 %	34,1 %	31,7 %
16	3,2 %	6,5 %	6,5 %	22,6 %	38,7 %	22,6 %
>16	2,2 %	3,3 %	10,0 %	13,3 %	33,3 %	37,8 %
gesamt	**4,5 %**	**7,2 %**	**9,1 %**	**18,9 %**	**25,7 %**	**34,6 %**

Die Tabelle zeigt, dass die These in allen Fachsemestern eine kombinierte absolute Zustimmung erhält. Höchste Zustimmung gibt es in den Gruppen „16. Fachsemester“ und „Mehr als 16“ Fachsemester mit (kombiniert) 61,3 % und (kombiniert) 71,1 %. Ein Erklärungsversuch für diese bemerkenswert hohen Zustimmungsraten könnte sein, dass die Studierenden in dieser Fachsemesterzahl bereits erhebliche Änderungen des Prüfungsstoffs erlebt haben könnten. Insgesamt ist diese hohe Zustimmung unter den Studierenden jedoch wenig überraschend.

***These 4 F** Fachsemester*



4.5 Gesamtnote

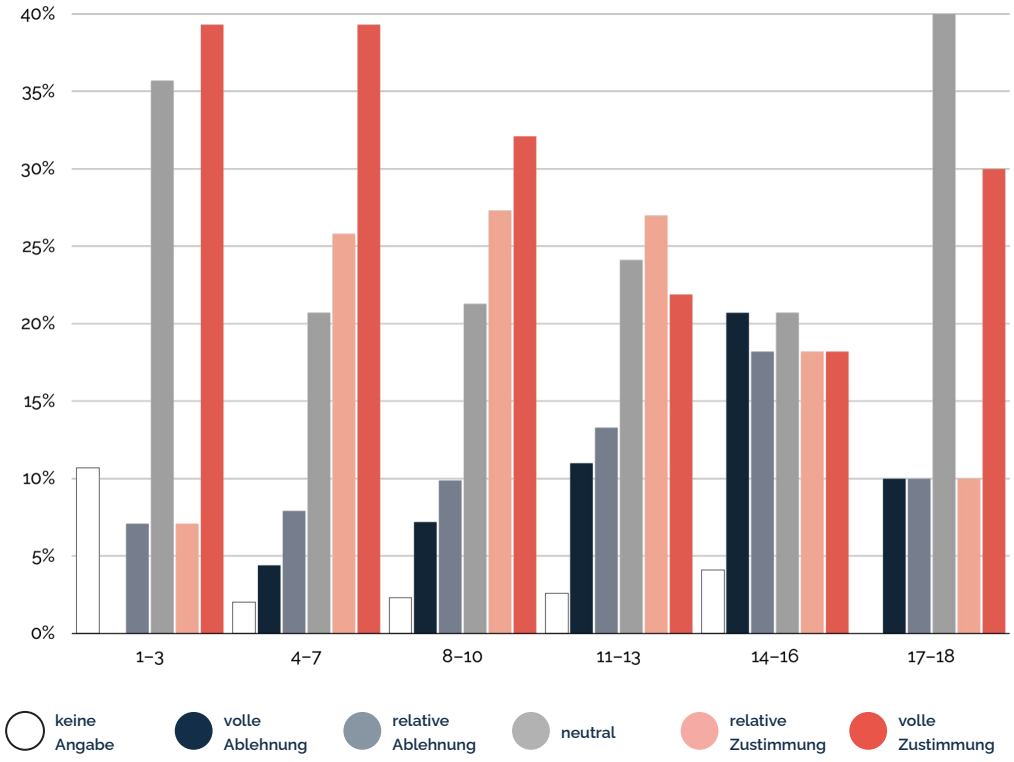
***These 4 F** Gesamtnote*

Gesamtnote	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
1–3	10,7 %	–	7,1 %	35,7 %	7,1 %	39,3 %
4–7	2,0 %	4,4 %	7,9 %	20,7 %	25,8 %	39,3 %
8–10	2,3 %	7,2 %	9,9 %	21,3 %	27,3 %	32,1 %
11–13	2,6 %	11,0 %	13,3 %	24,1 %	27,0 %	21,9 %
14–16	4,1 %	20,7 %	18,2 %	20,7 %	18,2 %	18,2 %
17–18	–	10,0 %	10,0 %	40,0 %	10,0 %	30,0 %
gesamt	**2,4 %**	**7,6 %**	**10,3 %**	**21,8 %**	**26,5 %**	**31,3 %**

Auf den ersten Blick ist bereits ersichtlich, dass die Zustimmung mit steigenden Noten sinkt. Die Notenstufe 1-3 hat zwar eine relative Mehrheit für die volle Zustimmung mit 39,3 %, hier sei aber erneut auf die vergleichsweise geringe Teilnehmendenzahl in dieser Gruppe hingewiesen, sodass das Ergebnis ggf. nicht replizierbar ist. Bei den Teilnehmenden der Notenstufe 4-7 hingegen besteht eine absolute Mehrheit von kombiniert 65,1 %, die der These zustimmt. Diese Zahl sinkt bei der Notenstufe 8-10 auf 59,4 %, bei der Notenstufe 11-13 auf 48,9 % und schlägt bei der Notenstufe 14-16 sogar vollständig um auf nur noch 36,4 %, wobei die kombinierte Ablehnung der These in dieser Notenstufe 38,9 % beträgt und damit höher liegt.

Ein Erklärungsversuch könnte sein, dass die Teilnehmenden der höheren Notenstufen eine Notwendigkeit sehen, neue Inhalte hinzuzufügen, die eine besondere Bedeutung für die Rechtswissenschaft gewonnen haben (etwa durch neue Problemfelder), wobei die „alten“ Felder aber nicht an Relevanz verloren haben.

***These 4 F** Gesamtnote*



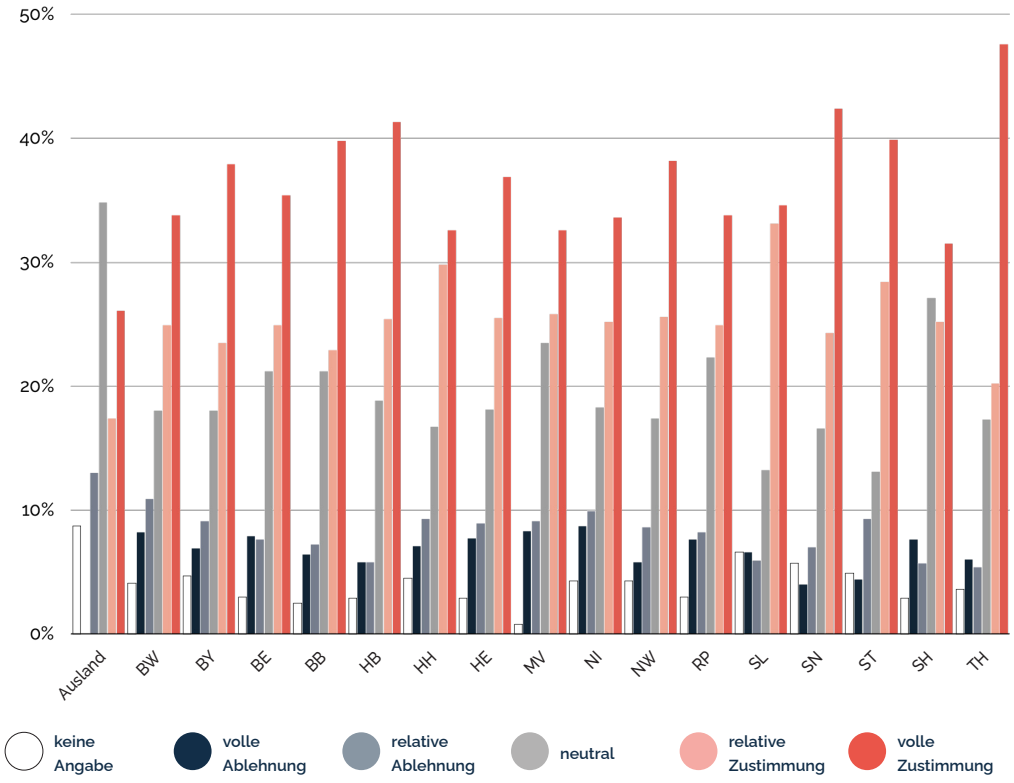
4.6 Studienort

***These 4 F** Studienort*

Bundesland	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
Ausland	8,7 %	–	13,0 %	34,8 %	17,4 %	26,1 %
Baden-Württemberg	4,1 %	8,2 %	10,9 %	18,0 %	24,9 %	33,8 %
Bayern	4,7 %	6,9 %	9,1 %	18,0 %	23,5 %	37,9 %
Berlin	3,0 %	7,9 %	7,6 %	21,2 %	24,9 %	35,4 %
Brandenburg	2,5 %	6,4 %	7,2 %	21,2 %	22,9 %	39,8 %
Bremen	2,9 %	5,8 %	5,8 %	18,8 %	25,4 %	41,3 %
Hamburg	4,5 %	7,1 %	9,3 %	16,7 %	29,8 %	32,6 %
Hessen	2,9 %	7,7 %	8,9 %	18,1 %	25,5 %	36,9 %
Mecklenburg-Vorpommern	0,8 %	8,3 %	9,1 %	23,5 %	25,8 %	32,6 %
Niedersachsen	4,3 %	8,7 %	9,9 %	18,3 %	25,2 %	33,6 %
Nordrhein-Westfalen	4,3 %	5,8 %	8,6 %	17,4 %	25,6 %	38,2 %
Rheinland-Pfalz	3,0 %	7,6 %	8,2 %	22,3 %	24,9 %	33,8 %
Saarland	6,6 %	6,6 %	5,9 %	13,2 %	33,1 %	34,6 %
Sachsen	5,7 %	4,0 %	7,0 %	16,6 %	24,3 %	42,4 %
Sachsen-Anhalt	4,9 %	4,4 %	9,3 %	13,1 %	28,4 %	39,9 %
Schleswig-Holstein	2,9 %	7,6 %	5,7 %	27,1 %	25,2 %	31,5 %
Thüringen	3,6 %	6,0 %	5,4 %	17,3 %	20,2 %	47,6 %
gesamt	**4,1 %**	**7,0 %**	**8,8 %**	**18,5 %**	**25,2 %**	**36,5 %**

Bei Betrachtung der Tabelle fällt auf, dass in allen Bundesländern eine absolute (kombinierte) Mehrheit der These zustimmt. Nur bei denjenigen, die „Ausland“ gewählt haben, führt die neutrale Antwort mit 34,8 %; wobei auch dort eine relative kombinierte Mehrheit der These zustimmt mit 43,5 %. Im Übrigen ist diese Aufteilung nicht weiter bemerkenswert.

***These 4 F** Studienort*



4.7 Verhältnis zur juristischen Ausbildung

***These 4 F** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*

Beruf	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
Studium	6,5 %	6,3 %	6,9 %	14,5 %	22,9 %	42,9 %
Referendariat	3,2 %	5,8 %	7,4 %	17,1 %	26,8 %	39,6 %
WissMit (Lehrstuhl)	2,2 %	9,5 %	12,9 %	20,5 %	27,0 %	27,9 %
WissMit (Kanzlei)	3,2 %	3,5 %	6,3 %	15,0 %	27,7 %	44,2 %
Promotion	2,6 %	8,9 %	11,0 %	19,2 %	30,1 %	28,1 %
LL.B.	2,2 %	3,7 %	5,2 %	18,1 %	26,2 %	44,6 %
LL.M.	2,3 %	4,8 %	8,7 %	20,5 %	25,5 %	38,2 %
Rechtsanwält:in	2,6 %	6,9 %	10,8 %	22,5 %	27,0 %	30,3 %
Syndikus	2,5 %	4,4 %	5,7 %	19,4 %	26,5 %	41,5 %
Richter:in	1,1 %	12,0 %	15,8 %	29,1 %	26,9 %	15,2 %
Staatsanwält:in	1,9 %	7,7 %	7,7 %	24,4 %	31,6 %	26,8 %
Professor:in	3,3 %	23,7 %	18,8 %	24,9 %	16,7 %	12,7 %
JPA	1,4 %	18,6 %	17,1 %	40,0 %	11,4 %	11,4 %
Verwaltungsbehörde	2,3 %	3,3 %	8,3 %	22,3 %	27,6 %	36,3 %
Abbruch	6,7 %	0,0 %	1,7 %	21,7 %	20,0 %	50,0 %
endgültig nicht bestanden	5,5 %	0,0 %	3,6 %	10,9 %	23,6 %	56,4 %
einstufige Ausbildung	5,5 %	7,7 %	11,0 %	17,6 %	24,2 %	34,1 %

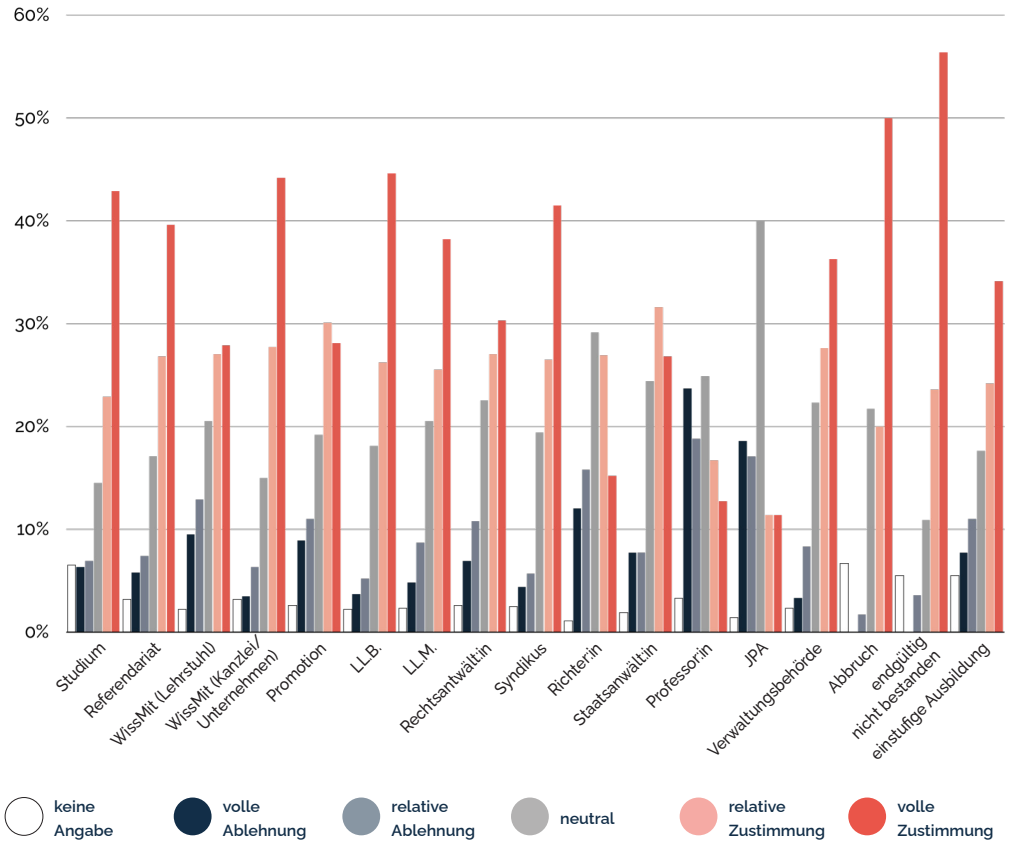
Wenig überraschend besteht bei den Studierenden eine (kombinierte) absolute Mehrheit von 67,8 % für die These. Dieser Trend setzt sich bei den sachnäheren Gruppierungen der Wissenschaftlich Mitarbeitenden, und dem Referendariat im Prinzip vor, wenngleich bei manchen etwas mehr Unsicherheit besteht (bspw. Promovierende mit zwar kombiniert 58,2 % Zustimmung, dabei aber 30,1 % nur relative Zustimmung).

Auch Rechtsanwält:innen sehen eine Notwendigkeit für mehr Digitalisierung in der Lehre und stimmen ebenfalls mit (kombiniert) 57,3 % zu.

Entgegen der Erwartungen sieht bei Professor:innen die Stimmung etwas anders aus. Diese stimmen mit relativer Mehrheit gegen die These (kombiniert 42,5 %) und sind zu 24,9 % neutral. Unter JPA-Mitarbeitenden besteht sogar eine relative Mehrheit von 40,0 % für einen neutralen Standpunkt. Unter diesen kippt die Stimmung ggf. eher in Ablehnung, haben doch kombiniert 35,7 % gegen die These gestimmt.

Bei den weiteren Praktizierenden (Richter:innen, Staatsanwält:innen und Syndikusanwält:innen) bestehen relative oder gar absolute Mehrheiten für die These.

***These 4 F** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*



5. Ergebnis bzgl. Erwartungen

Die Erwartungen wurden nur teilweise erfüllt, scheinen doch insbesondere Professor:innen nicht überzeugt vom Konzept „digitale Lehre“. Dies könnte mit den Erfahrungen der Corona-Pandemie zusammenhängen; während es für Studierende, als Zuhörer, einfacher ist eine digitale Vorlesung zu verfolgen, könnte der Ausschlag für die Dozierenden gewesen sein oftmals gegenüber mehreren hundert schwarzen Kacheln zu sprechen, ohne ein direktes Feedback zu erhalten.

These 4 G: Rechtsdidaktik

1. Thesenhintergrund

Die These wurde umfangreich diskutiert. Wir konnten insgesamt 18 Argumente aus der Literatur extrahieren, wovon 15 für die These sprechen und nur drei Argumente dagegen.[1]

2. Thesengestaltung

An den Universitäten braucht es eine verstärkte Auseinandersetzung mit der Rechtsdidaktik.

Dies kann sich etwa darin äußern, dass Lehrende verpflichtend an Schulungen teilnehmen, sich untereinander austauschen, individuelles Coaching in Anspruch nehmen oder sogar ein bundes- oder jeweils landesweiter Think-Tank „Lehre" entsteht.

Die ausgewählten Argumente, welche auf der iur.reform-Webseite als Nachweise abrufbar waren, sind:

Pro	Contra
1. Der Schwerpunkt der Debatte sollte nicht auf dem „Ob" des Lernens, sondern auf dem „Wie" liegen. Bisher wird Lehre mit der Durchführung von Lehrveranstaltungen gleichgesetzt und man fragt nur, wer welche Lehrveranstaltung macht.	1. Vorgaben schränken die Lehrfreiheit ein.
2. Die Einführung von Angeboten zur Rechtsdidaktik für Lehrende ist eine notwendige Basis für kompetenzorientierte Lehr-/Lernkultur.	2. Es scheitert nicht am Willen, sondern an widrigen Rahmenbedingungen und insbesondere fehlenden monetären Ressourcen.
3. Das Instruktionsmodell, wonach eine Person vermittelt und die andere dies genauso aufnimmt, ist noch weit verbreitet.	3. Es steht den Professor:innen frei, wie sie ihre Lehrveranstaltungen gestalten. Auf diese Weise setzen sich schon heute die Professor:innen durch, die rechtsdidaktisch stärker aktiv sind.

3. Hypothese

Wir formulierten folgende Erwartungen für die These:

- Die überwiegende Mehrheit wird positiv auf die These reagieren.
- Jedoch wird man keinen klaren Trend zwischen den Berufsgruppen und unter den verschiedenen Altersgruppen erkennen können.
- In Bezug auf die erreichte Gesamtnote ist eine verminderte Zustimmung bei besserer Note zu erwarten, weil Teilnehmende mit höherer Punktzahl die Lehre subjektiv qualitativ hochwertiger wahrnehmen und daher die Notwendigkeit einer vermehrten Auseinandersetzung mit der Didaktik nicht erkennen.

[1] Vgl. Literaturauswertung, Reiter „Reformoptionen und Argumente", Zeile 682ff. ***https://onedrive.live.com/view.aspx?resid=D3C707BB028AE925!323&ithint=file %2cxlsx&authkey=!AERBCCwtBbE_-1M.***

4. Deskriptive Statistik

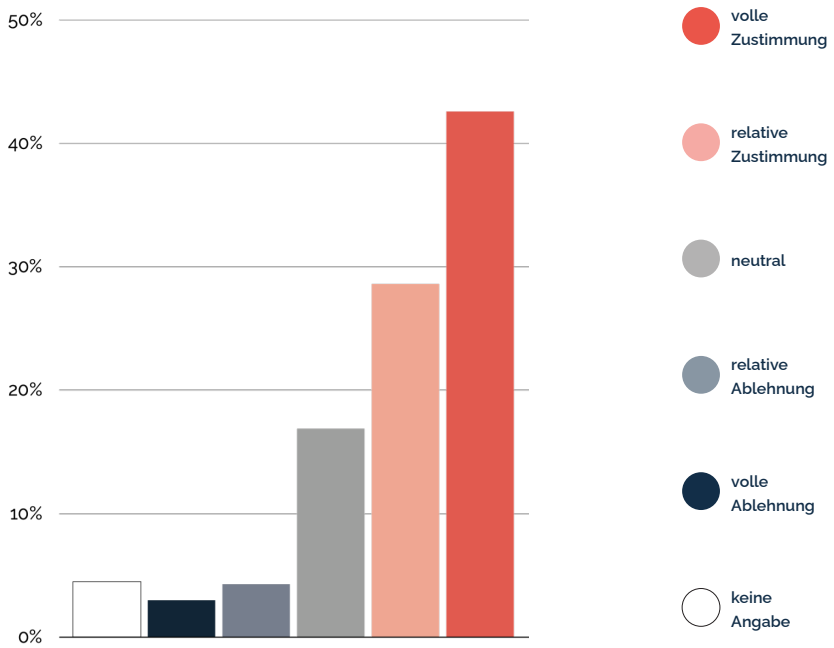
4.1 Gesamtauswertung

***These 4 G** Gesamtauswertung*

Bewertung	Anteil
keine Angabe	4,5 %
volle Ablehnung	3,0 %
relative Ablehnung	4,3 %
neutral	16,9 %
relative Zustimmung	28,6 %
volle Zustimmung	42,6 %
gesamt	**100,0 %**

3,0 % der Teilnehmenden lehnen eine stärkere Auseinandersetzung mit Rechtsdidaktik an den Universitäten vollständig ab, weitere 4,3 % zumindest überwiegend. 42,6 % befürworten eine stärkere Auseinandersetzung mit Rechtsdidaktik an den Universitäten vollständig, zusätzliche 28,6 % zumindest überwiegend. Die Gesamtheit der Befürwortenden liegt damit bei 71,2 %. Neutral stehen der These 16,9 % gegenüber und 4,5 % der Teilnehmenden haben keine Angabe gemacht.

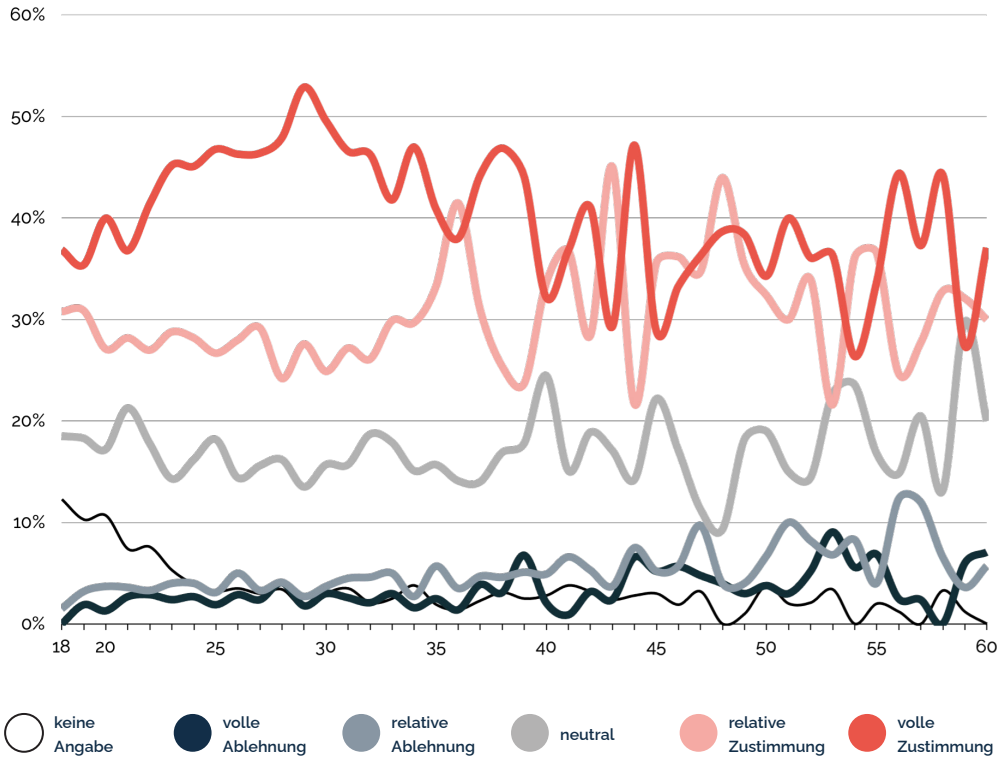
***These 4 G** Gesamtauswertung*



4.2 Alter

In den Altersstufen von 18 bis 35 Jahren entfallen die meisten Stimmen pro Gruppe auf die volle Zustimmung zur These. Ab Altersstufe 36 entfallen die Stimmenhöchstzahlen wechselnd auf eine überwiegende („4“) oder eine volle („5“) Zustimmung. Ab der Altersstufe 78 entfällt die höchste Zahl der Stimmen teilweise auch auf eine volle Ablehnung („1“) oder eine neutrale Bewertung („3“). Jedoch ist die Aussagekraft aufgrund der geringen Teilnehmerzahl von unter 4 Personen pro Gruppe begrenzt.

***These 4 G** Alter*



These 4 G Alter

0 keine Angabe **1** volle Ablehnung **2** relative Ablehnung **3** neutral **4** relative Zustimmung **5** volle Zustimmung

Alter	0	1	2	3	4	5
17	–	–	–	–	100 %	–
18	12,3 %	–	1,5 %	18,5 %	30,8 %	36,9 %
19	10,3 %	1,9 %	3,2 %	18,3 %	30,9 %	35,4 %
20	10,7 %	1,3 %	3,7 %	17,2 %	27,1 %	40,0 %
21	7,4 %	2,7 %	3,6 %	21,3 %	28,2 %	36,8 %
22	7,6 %	2,9 %	3,3 %	17,8 %	27,0 %	41,4 %
23	5,3 %	2,4 %	4,0 %	14,3 %	28,8 %	45,2 %
24	3,9 %	2,7 %	4,0 %	16,2 %	28,2 %	45,1 %
25	3,2 %	1,9 %	3,1 %	18,2 %	26,7 %	46,8 %
26	3,5 %	2,9 %	5,0 %	14,4 %	28,0 %	46,3 %
27	3,0 %	2,4 %	3,3 %	15,6 %	29,2 %	46,4 %
28	3,4 %	4,1 %	4,1 %	16,2 %	24,2 %	47,9 %
29	1,6 %	1,8 %	2,7 %	13,5 %	27,6 %	52,9 %
30	3,0 %	3,0 %	3,7 %	15,7 %	24,9 %	49,6 %
31	3,5 %	2,6 %	4,5 %	15,7 %	27,2 %	46,6 %
32	2,1 %	2,1 %	4,6 %	18,7 %	26,1 %	46,3 %
33	2,5 %	3,0 %	5,0 %	17,9 %	29,9 %	41,8 %
34	3,8 %	1,6 %	2,7 %	15,1 %	29,7 %	47,0 %
35	1,9 %	2,5 %	5,7 %	15,7 %	33,3 %	40,9 %
36	1,4 %	1,4 %	3,5 %	14,1 %	41,5 %	38,0 %
37	2,3 %	3,9 %	4,7 %	14,0 %	31,0 %	44,2 %
38	3,1 %	3,1 %	4,6 %	16,9 %	25,4 %	46,9 %
39	2,5 %	6,8 %	5,1 %	17,8 %	23,7 %	44,1 %
40	2,8 %	2,1 %	4,9 %	24,5 %	33,6 %	32,2 %
41	3,8 %	0,9 %	6,6 %	15,1 %	36,8 %	36,8 %
42	3,2 %	3,2 %	5,3 %	18,9 %	28,4 %	41,1 %
43	2,4 %	2,4 %	3,7 %	17,1 %	45,1 %	29,3 %
44	2,8 %	6,6 %	7,5 %	14,2 %	21,7 %	47,2 %
45	3,0 %	5,2 %	5,2 %	22,2 %	35,6 %	28,9 %
46	1,9 %	5,7 %	5,7 %	17,1 %	36,2 %	33,3 %
47	3,2 %	4,8 %	9,7 %	11,3 %	34,7 %	36,3 %
48	–	4,0 %	4,0 %	9,3 %	44,0 %	38,7 %
49	1,0 %	3,0 %	4,0 %	18,2 %	35,4 %	38,4 %
50	3,8 %	3,8 %	6,7 %	19,0 %	32,4 %	34,3 %

Alter	0	1	2	3	4	5
51	2,0 %	3,0 %	10,0 %	15,0 %	30,0 %	40,0 %
52	2,1 %	5,2 %	8,2 %	14,4 %	34,0 %	36,1 %
53	3,4 %	9,1 %	6,8 %	22,7 %	21,6 %	36,4 %
54	–	5,6 %	8,3 %	23,6 %	36,1 %	26,4 %
55	2,0 %	6,9 %	4,0 %	16,8 %	36,6 %	33,7 %
56	1,2 %	2,5 %	12,3 %	14,8 %	24,7 %	44,4 %
57	–	2,4 %	12,0 %	20,5 %	27,7 %	37,3 %
58	3,3 %	–	6,6 %	13,1 %	32,8 %	44,3 %
59	1,2 %	6,0 %	3,6 %	29,8 %	32,1 %	27,4 %
60	–	7,1 %	5,7 %	20,0 %	30,0 %	37,1 %
61	–	10,7 %	–	19,6 %	26,8 %	42,9 %
62	1,9 %	3,7 %	7,4 %	16,7 %	16,7 %	53,7 %
63	7,7 %	–	–	25,6 %	25,6 %	41,0 %
64	4,2 %	4,2 %	12,5 %	8,3 %	33,3 %	37,5 %
65	2,9 %	8,6 %	2,9 %	20,0 %	25,7 %	40,0 %
66	4,5 %	–	9,1 %	9,1 %	31,8 %	45,5 %
67	–	–	11,8 %	5,9 %	41,2 %	41,2 %
68	–	6,7 %	–	13,3 %	20,0 %	60,0 %
69	–	–	14,3 %	28,6 %	14,3 %	42,9 %
70	–	10,0 %	–	–	30,0 %	60,0 %
71	–	12,5 %	–	12,5 %	25,0 %	50,0 %
72	–	–	–	20,0 %	–	80,0 %
73	–	–	–	12,5 %	50,0 %	37,5 %
74	–	–	–	22,2 %	44,4 %	33,3 %
75	–	16,7 %	–	–	33,3 %	50,0 %
77	–	–	–	25,0 %	50,0 %	25,0 %
78	–	–	–	33,3 %	33,3 %	33,3 %
79	–	–	–	50,0 %	–	50,0 %
81	–	–	–	–	–	100 %
82	–	–	–	–	100 %	–
83	–	100 %	–	–	–	–
84	–	–	–	–	–	100 %
90	–	–	–	–	100 %	–
Σ	**4,2 %**	**2,9 %**	**4,3 %**	**16,8 %**	**28,7 %**	**43,0 %**

4.3 Geschlecht

***These 4 G** Geschlecht*

Geschlecht	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
keine Angabe	17,1 %	4,6 %	3,2 %	17,1 %	22,2 %	35,6 %
divers	7,1 %	12,5 %	5,4 %	21,4 %	32,1 %	21,4 %
männlich	4,1 %	4,1 %	5,4 %	16,6 %	30,8 %	38,9 %
weiblich	4,3 %	1,8 %	3,4 %	17,2 %	26,9 %	46,4 %
gesamt	**4,5 %**	**3,0 %**	**4,3 %**	**16,9 %**	**28,6 %**	**42,6 %**

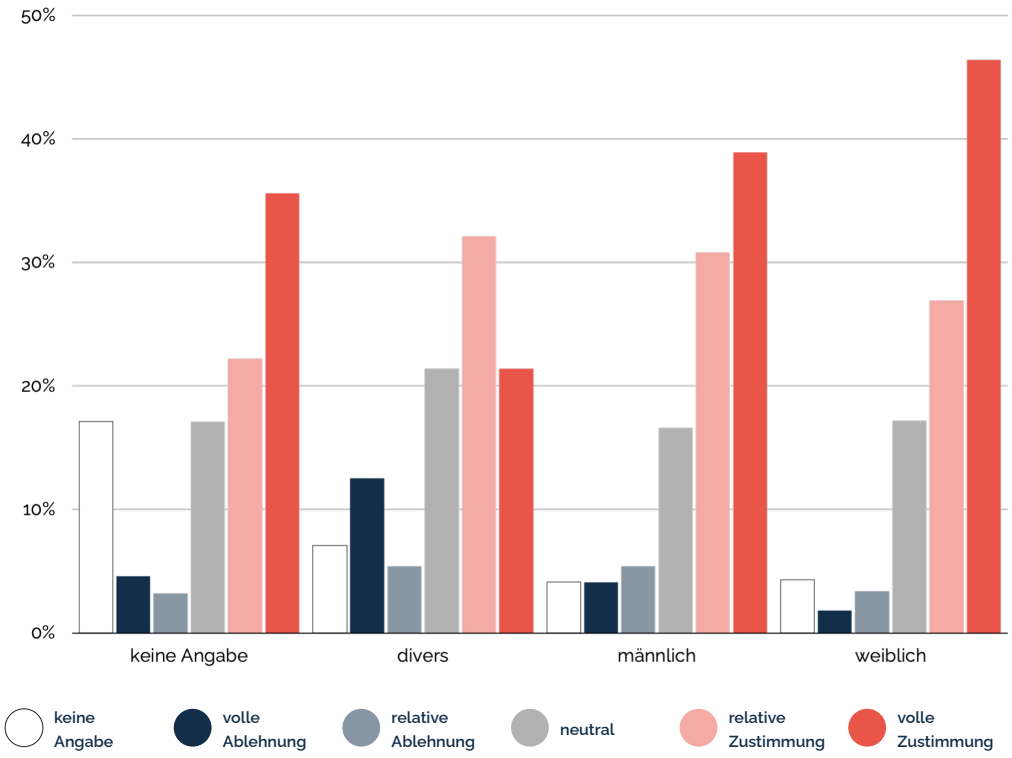
Die Tabelle zeigt eine vollständige Befürwortung der stärkeren Einbindung von Rechtsdidaktik im Studium von 46,4 % unter den weiblichen Teilnehmerinnen. 26,9 % der weiblichen Teilnehmerinnen befürworten die These zumindest überwiegend. Bei den männlichen Teilnehmern sind es 2114 von 5436 Teilnehmern (38,9 %), die sich vollständig für mehr Rechtsdidaktik im Studium aussprechen und 1677 (30,8 %) zumindest überwiegend. Damit gibt sich sowohl bei den weiblichen als auch bei den männlichen Befragten eine absolute Mehrheit für die kumulative Zustimmung zur These.

Es sprechen sich 225 männliche Teilnehmer (4,1 %) und 109 weibliche Teilnehmerinnen (1,8 %) vollständig gegen mehr Rechtsdidaktik im Studium aus. Weitere 296 der männlichen Teilnehmer (5,4 %) sind zumindest überwiegend gegen mehr Rechtsdidaktik, ebenso wie 205 weibliche Teilnehmerinnen (3,4 %).

Bei den diversen Abstimmenden liegt die volle Zustimmung mit 21,4 % deutlich unter der Gesamtquote von 42,6 % und die volle Ablehnung ist mit 12,5 % verglichen mit der Gesamtquote von 3,0 % sehr hoch.

Insgesamt lässt sich folglich sowohl bei den männlichen als auch bei den weiblichen Teilnehmer:innen eine deutliche Befürwortung erkennen.

***These 4 G** Geschlecht*



4.4 Fachsemester

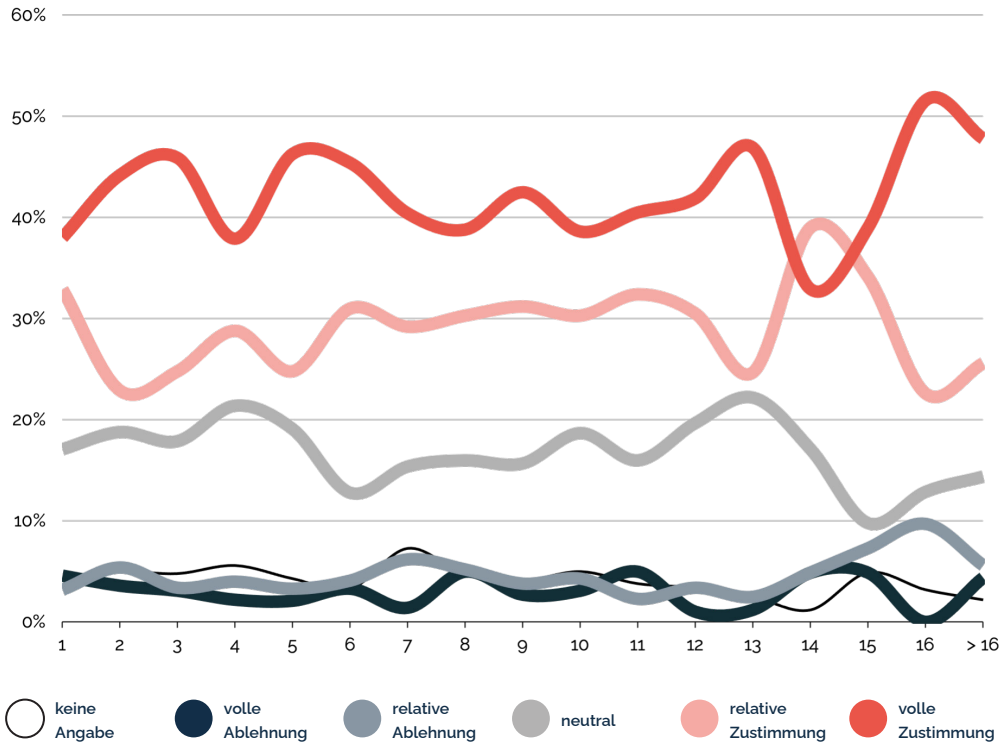
***These 4 G** Fachsemester*

Fachsemester	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
1	4,2 %	4,6 %	3,2 %	17,1 %	32,9 %	38,0 %
2	5,0 %	3,6 %	5,4 %	18,8 %	22,9 %	44,2 %
3	4,8 %	3,1 %	3,4 %	17,9 %	24,8 %	45,9 %
4	5,6 %	2,2 %	4,0 %	21,4 %	28,8 %	37,9 %
5	4,3 %	2,1 %	3,3 %	19,1 %	24,8 %	46,3 %
6	3,3 %	3,3 %	4,1 %	12,8 %	31,0 %	45,4 %
7	7,3 %	1,4 %	6,2 %	15,4 %	29,2 %	40,4 %
8	4,7 %	5,0 %	5,2 %	16,0 %	30,3 %	38,8 %
9	4,1 %	2,7 %	3,8 %	15,7 %	31,2 %	42,5 %
10	5,0 %	3,1 %	4,3 %	18,7 %	30,3 %	38,6 %
11	3,8 %	5,0 %	2,3 %	16,0 %	32,4 %	40,5 %
12	3,4 %	1,0 %	3,4 %	19,7 %	30,5 %	41,9 %
13	2,5 %	1,2 %	2,5 %	22,2 %	24,7 %	46,9 %
14	1,2 %	4,9 %	4,9 %	17,1 %	39,0 %	32,9 %
15	4,9 %	4,9 %	7,3 %	9,8 %	34,1 %	39,0 %
16	3,2 %	–	9,7 %	12,9 %	22,6 %	51,6 %
>16	2,2 %	4,4 %	5,6 %	14,4 %	25,6 %	47,8 %
gesamt	**4,6 %**	**3,1 %**	**4,2 %**	**17,4 %**	**28,8 %**	**42,0 %**

Die These „An den Universitäten braucht es eine verstärkte Auseinandersetzung mit der Rechtsdidaktik“ findet unter den Studierenden deutliche Zustimmung. 42,0 % der Studierenden stimmen der These vollständig zu und weitere 28,8 % zumindest überwiegend. Neutral stehen der These 17,4 % entgegen. Im 16. Fachsemester ergibt sich sogar eine vollständige Zustimmung von über 50 % (bei allerdings nur 31 Teilnehmenden).

Vollständig abgelehnt wird eine verstärkte Auseinandersetzung mit der Rechtsdidaktik von 3,1 % der Studierenden und von 4,2 % zumindest relativ. Im 14. Fachsemester liegt die Zahl der Personen, die der These nur überwiegend zustimmen (32) über der Zahl derjenigen, die der These vollständig zustimmen (27). Eine höhere Ablehnungsquote weist dieses Semester jedoch nicht auf. In allen anderen Fachsemestern ist die vollständige Zustimmung die am häufigsten ausgewählte Option. Besondere Abweichungen innerhalb der Fachsemester sind nicht erkennbar.

***These 4 G** Fachsemester*



4.5 Gesamtnote

***These 4 G** Gesamtnote*

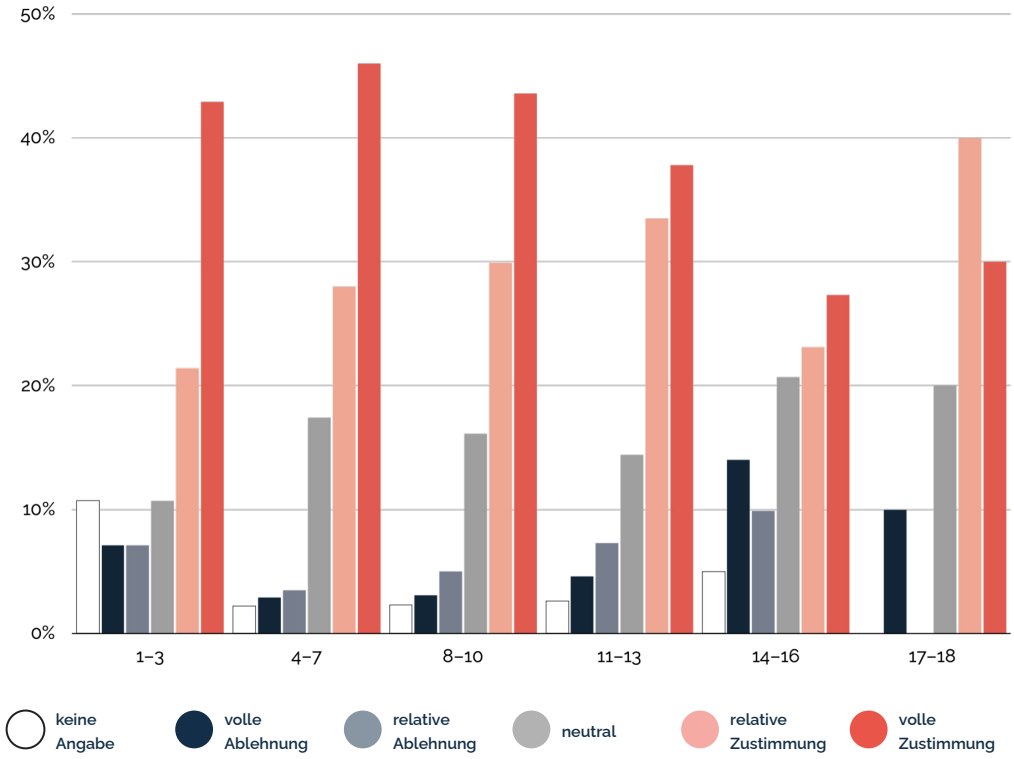
Gesamtnote	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
1–3	10,7 %	7,1 %	7,1 %	10,7 %	21,4 %	42,9 %
4–7	2,2 %	2,9 %	3,5 %	17,4 %	28,0 %	46,0 %
8–10	2,3 %	3,1 %	5,0 %	16,1 %	29,9 %	43,6 %
11–13	2,6 %	4,6 %	7,3 %	14,4 %	33,5 %	37,8 %
14–16	5,0 %	14,0 %	9,9 %	20,7 %	23,1 %	27,3 %
17–18	–	10,0 %	–	20,0 %	40,0 %	30,0 %
gesamt	**2,4 %**	**3,6 %**	**5,2 %**	**16,1 %**	**30,1 %**	**42,5 %**

Die stärkste vollständige Zustimmung ist in den Notenstufen von 4–7 mit 46,0 % und 8–10 mit 43,6 % zu finden. Aufgrund der Vielzahl der Teilnehmer:innen mit Noten im genannten Spektrum haben diese Stimmen erheblichen Einfluss auf die Gesamtquote von 42,5 %. Eine absolute Mehrheit der vollständigen Zustimmung findet sich jedoch in keiner Notenstufe.

In der Notenstufe 14–16 Punkte ist die vollständige Zustimmung am geringsten mit 27,3 %, gefolgt von den Notenstufen 17–18 Punkte mit 30 %. Beide Notenstufen, insbesondere jedoch letztgenannte, haben jedoch aufgrund ihrer geringen Zahl an Teilnehmer:innen eine geringe Aussagekraft. Die vollständige Ablehnung ist spiegelbildlich in diesen Notenstufen ebenfalls höher als in den anderen Notenstufen. Das könnte insbesondere dran liegen, dass eine stärkere Befassung mit Rechtsdidaktik nach ihrer Vorstellung keine positiven Effekte auf die Examensnote hätte haben können.

Kombiniert mit der relativen Zustimmung erreicht jedoch jede Gruppe eine Mehrheit an Befürworter:innen. Ansonsten ergeben sich keine nennenswerten Abweichungen zu den Gesamtwerten.

***These 4 G** Gesamtnote*



4.6 Studienort

***These 4 G** Studienort*

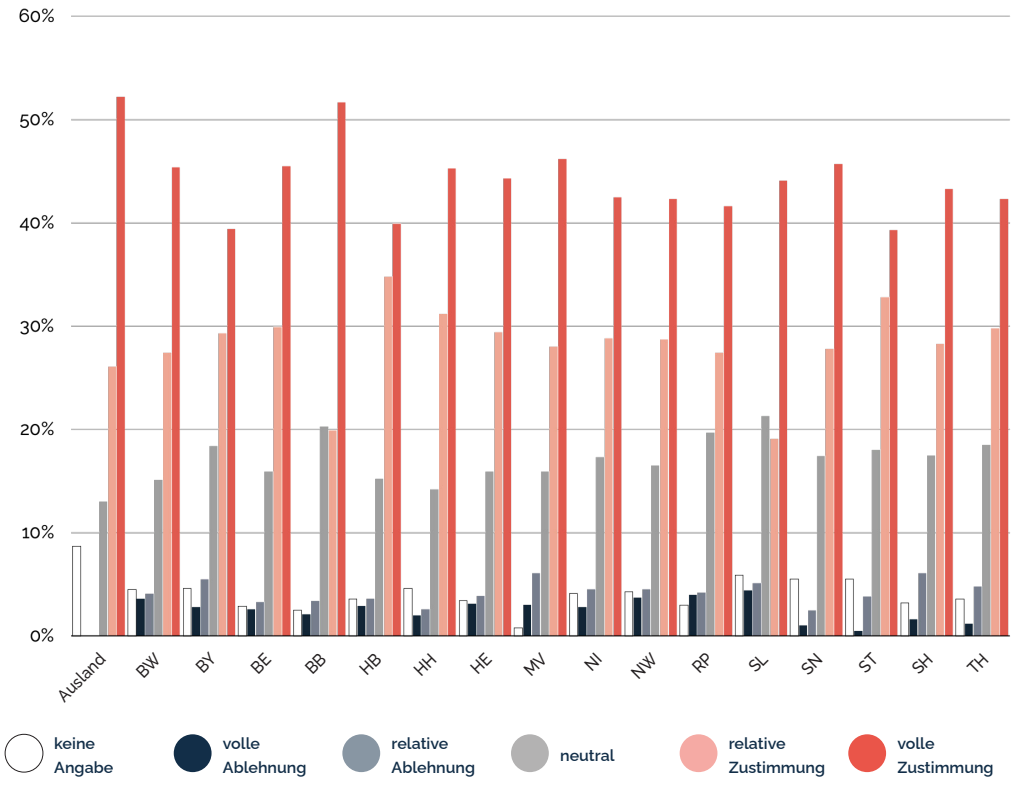
Bundesland	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
Ausland	8,7 %	–	–	13,0 %	26,1 %	52,2 %
Baden-Württemberg	4,5 %	3,6 %	4,1 %	15,1 %	27,4 %	45,4 %
Bayern	4,6 %	2,8 %	5,5 %	18,4 %	29,3 %	39,4 %
Berlin	2,9 %	2,6 %	3,3 %	15,9 %	29,9 %	45,5 %
Brandenburg	2,5 %	2,1 %	3,4 %	20,3 %	19,9 %	51,7 %
Bremen	3,6 %	2,9 %	3,6 %	15,2 %	34,8 %	39,9 %
Hamburg	4,6 %	2,0 %	2,6 %	14,2 %	31,2 %	45,3 %
Hessen	3,4 %	3,1 %	3,9 %	15,9 %	29,4 %	44,3 %
Mecklenburg-Vorpommern	0,8 %	3,0 %	6,1 %	15,9 %	28,0 %	46,2 %
Niedersachsen	4,1 %	2,8 %	4,5 %	17,3 %	28,8 %	42,5 %
Nordrhein-Westfalen	4,3 %	3,7 %	4,5 %	16,5 %	28,7 %	42,3 %
Rheinland-Pfalz	3,0 %	4,0 %	4,2 %	19,7 %	27,4 %	41,6 %
Saarland	5,9 %	4,4 %	5,1 %	21,3 %	19,1 %	44,1 %
Sachsen	5,5 %	1,0 %	2,5 %	17,4 %	27,8 %	45,7 %
Sachsen-Anhalt	5,5 %	0,5 %	3,8 %	18,0 %	32,8 %	39,3 %
Schleswig-Holstein	3,2 %	1,6 %	6,1 %	17,5 %	28,3 %	43,3 %
Thüringen	3,6 %	1,2 %	4,8 %	18,5 %	29,8 %	42,3 %
gesamt	**4,1 %**	**2,9 %**	**4,3 %**	**16,9 %**	**28,6 %**	**43,2 %**

Insgesamt haben 11.255 Abstimmende eine Angabe zum Studienort gemacht. 42,3 % von ihnen (4863 Teilnehmer:innen) stimmen der These vollständig zu, 28,6 % überwiegend, 2,9 % lehnen vollständig und weitere 4,3 % überwiegend ab. 16,9 % stehen der These neutral entgegen.

Eine vollständige Zustimmung von über 50 % findet sich nur in Berlin und bei Personen, die im Ausland studiert haben. Mit 51,7 % und 52,2 % sind diese Mehrheiten jedoch ebenfalls nur knapp. Die kumulative Zustimmung bildet aber in allen Studienorten eine eindeutige absolute Mehrheit mit 63,2 % (SL) und aufwärts.

Im Übrigen ergeben sich keine nennenswerten Abweichungen zur Gesamtquote.

***These 4 G** Studienort*



4.7 Verhältnis zur juristischen Ausbildung

***These 4 G** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*

Beruf	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
Studium	6,6 %	2,0 %	3,3 %	17,9 %	27,1 %	43,2 %
Referendariat	3,0 %	3,6 %	4,5 %	14,6 %	26,3 %	48,0 %
WissMit (Lehrstuhl)	2,5 %	3,2 %	5,0 %	10,6 %	30,0 %	48,7 %
WissMit (Kanzlei)	3,8 %	1,7 %	4,7 %	14,2 %	27,5 %	48,1 %
Promotion	2,5 %	3,0 %	4,6 %	11,0 %	29,0 %	49,8 %
LL.B.	2,2 %	1,0 %	3,5 %	13,9 %	31,4 %	48,0 %
LL.M.	2,3 %	1,9 %	4,1 %	13,5 %	32,6 %	45,6 %
Rechtsanwält:in	2,5 %	4,1 %	4,6 %	16,3 %	30,5 %	42,0 %
Syndikus	2,2 %	3,6 %	3,8 %	14,8 %	32,0 %	43,7 %
Richter:in	1,1 %	3,0 %	7,2 %	19,7 %	38,1 %	30,9 %
Staatsanwält:in	2,4 %	2,9 %	6,2 %	29,7 %	27,3 %	31,6 %
Professor:in	2,9 %	14,3 %	13,9 %	20,8 %	24,1 %	24,1 %
JPA	2,9 %	7,1 %	7,1 %	24,3 %	32,9 %	25,7 %
Verwaltungsbehörde	2,3 %	1,3 %	4,0 %	16,0 %	26,8 %	49,6 %
Abbruch	6,7 %	1,7 %	3,3 %	13,3 %	26,7 %	48,3 %
endgültig nicht bestanden	5,5 %	0,0 %	3,6 %	10,9 %	21,8 %	58,2 %
einstufige Ausbildung	5,5 %	1,1 %	2,2 %	14,3 %	19,8 %	57,1 %

69 von 245 (28,2 %) Professor:innen lehnen die These voll oder überwiegend ab. Damit liegen sie erheblich über dem Durchschnitt von 7,4 %. Zum Vergleich stimmen nur 59 der Profesor:innen der These vollständig und weitere 59 zumindest relativ zu, was eine kumulative Zustimmungsquote von 48,2 % ergibt.

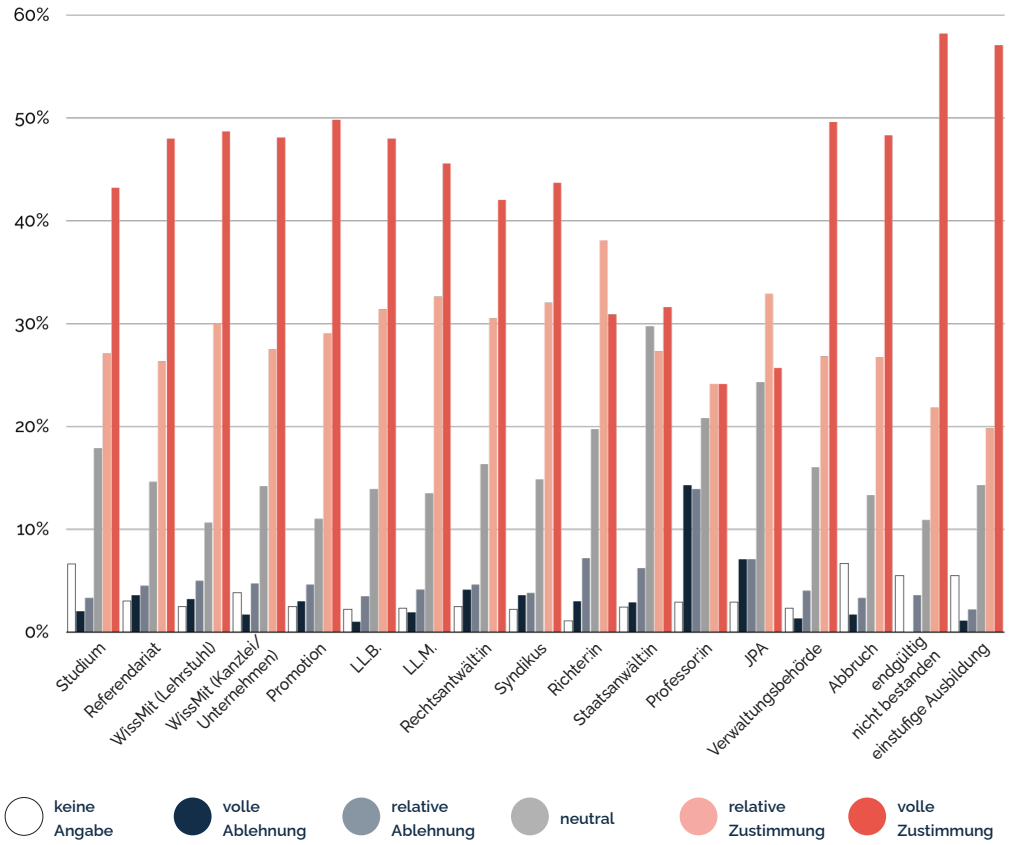
Unter den 2089 teilnehmenden Rechtsanwält:innen lehnen die These 85 vollständig und 96 relativ ab, was eine Quote von 8,7 % ergibt. 878 stimmen vollständig zu, weitere 638 zumindest relativ, was eine Zustimmungsquote von 72,5 % ergibt.

28 der 937 abstimmenden Richter:innen lehnen die These vollständig und weitere 67 zumindest relativ ab. Daraus ergibt sich eine Ablehnungsquote von 10,2 %. Die Zustimmungsquote liegt dagegen bei 69 %.

Unter den Studierenden lehnen nur 2,0 % die These vollständig und weitere 3,3 % relativ ab. 2173 Studierende stimmen der These vollständig und 1362 relativ zu und damit insgesamt 70,3 %. Bei den Referendar:innen lehnen 134 von 1653 (8,1 %) die These ganz oder relativ ab und 74,3 % stimmen der These voll oder relativ zu.

Auffällig ist, dass die Quote der Professor:innen von der Gesamtquote und den der anderen Berufsgruppen erheblich abweicht. Im Schnitt stehen die Professor:innen einer verstärkten Integration von Rechtsdidaktik im Studium viel skeptischer gegenüber als die übrigen Teilnehmenden. Dies lässt sich mit der direkten Betroffenheit dieser Gruppe von der These erklären.

***These 4 G** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*



5. Ergebnis bzgl. Erwartungen

Unsere Erwartungen an die These wurden im Wesentlichen bestätigt. Die überwiegende Mehrheit stimmt der Reformidee in der Tat zu. Unter den Berufsgruppen, namentlich bei den Professor:innen, waren aber deutliche Unterschiede auszumachen. Weniger stark als vermutet hatte dagegen die Gesamtnote Einfluss auf das Abstimmungsverhalten.

These 4 H: Auslandsaufenthalt

1. Thesenhintergrund

Die Frage der Einbeziehung verpflichtender Auslandsaufenthalte steht nicht im Zentrum der Debatte um die juristische Ausbildung und wird auch nicht breiter, dafür aber von wesentlichen Akteur:innen wie dem Wissenschaftsrat, diskutiert.[1] Hier wurden 3 Pro-Argumente und 1 Contra-Argument aus der Literatur entnommen. Allgemein kann der Literatur damit eine eher positive Sichtweise auf die Einführung verpflichtender Auslandsaufenthalte entnommen werden.

2. Thesengestaltung

Es sollten verpflichtende Auslandsaufenthalte in das Studium integriert werden.

Die ausgewählten Argumente, welche auf der iur.reform-Webseite als Nachweise aufrufbar waren, sind:

Pro	Contra
1. Im Zuge der Internationalisierung der Rechtsordnung sind mehrere Sprachen wichtig.	1. Das Recht wird originär immer noch national gedacht. Einen Teil der Ausbildung im Ausland zu absolvieren ist nicht nötig.
2. Fremdsprachen und Grundlagenfächer sind international besonders anschlussfähig.	2. Das Studium ist bereits jetzt lang. Würde man verpflichtende Auslandsaufenthalte einführen, würde sich das Studium noch verlängern.
3. Die Internationalität prägt das Recht auf vielen Ebenen.	3. Viele Universitäten bieten bereits Auslandsaufenthalte während des Studiums an. Es obliegt den Studierenden, sich dem Wettbewerb der Universitäten entsprechend, die richtige Universität auszusuchen.

3. Hypothese

Wir formulierten folgende Erwartung für die These:

- Es wird eine breite Ablehnung wegen der mit der These einhergehenden zusätzlichen Verpflichtung und des fraglichen Nutzens erwartet.

[1] Wissenschaftsrat, Perspektiven der Rechtswissenschaft in Deutschland, 2012, S. 62, abrufbar unter ***https://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/2558-12.pdf?__blob=publicationFile&v=1***, zuletzt abgerufen am 07.01.2022.

4. Deskriptive Statistik

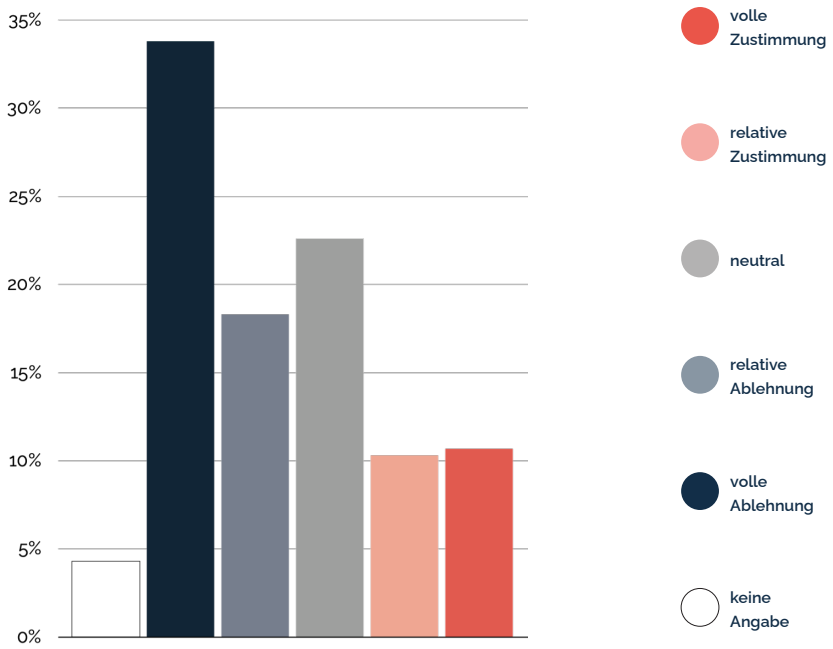
4.1 Gesamtauswertung

***These 4 H** Gesamtauswertung*

Bewertung	Anteil
keine Angabe	4,3 %
volle Ablehnung	33,8 %
relative Ablehnung	18,3 %
neutral	22,6 %
relative Zustimmung	10,3 %
volle Zustimmung	10,7 %
gesamt	**100,0 %**

Hinsichtlich der Frage, ob Auslandsaufenthalte ein verpflichtender Teil des Studiums werden sollten, herrscht eine klar ablehnende Haltung. So stimmten 52,1 % der Befragten dagegen und nur 21,0 % dafür. Weitere 22,6 % verhielten sich neutral.

***These 4 H** Gesamtauswertung*

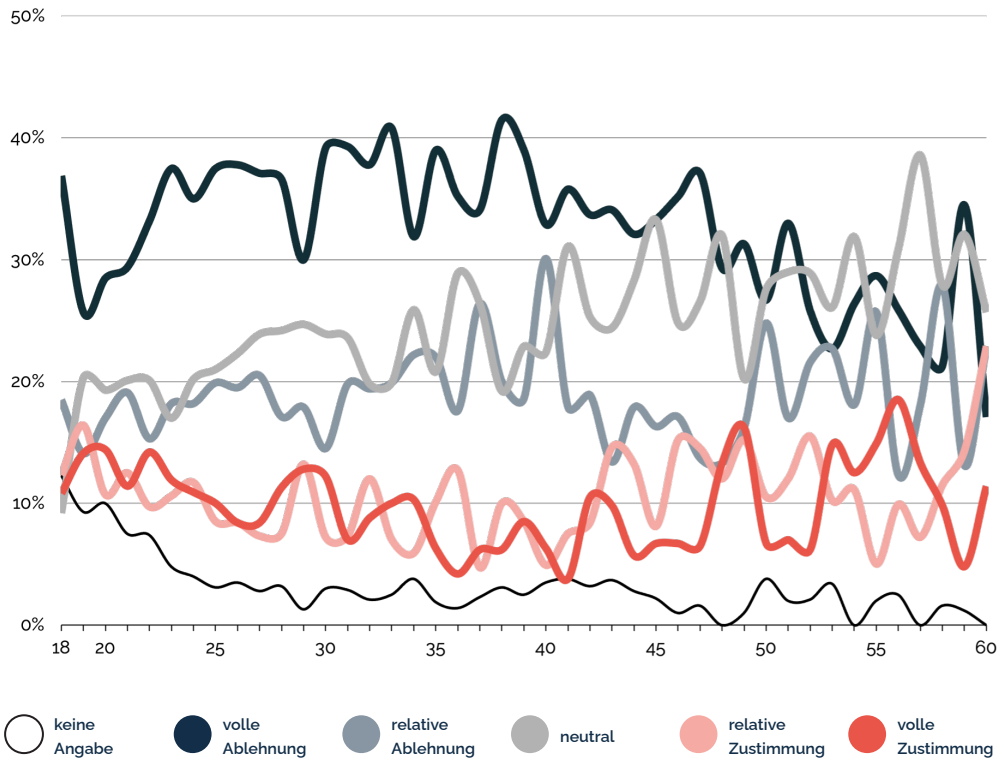


4.2 Alter

Die relative Ablehnung der These zeigt sich auch über alle Altersgruppen hinweg. So ist die kumulierte ablehnende Haltung in der Altersklasse 18 mit 55,4 % zunächst höher als in den nachfolgenden Altersklassen bis 22 mit jeweils ca. 45,0 – 50 %. Zwischen den Altersklassen 23 bis 28 steigt die Ablehnung dann auf ca. 53–58 %, wobei die Ablehnung hier zuerst mit zunehmendem Alter ansteigt und dann wieder abflacht. In der Altersklasse 29 sinkt die Ablehnung dann knapp unter 50,0 %, um sodann wieder auf über 53 % anzusteigen und ab der Altersklasse 31 sogar in der Tendenz auf ca. 60,0 % zu steigen bis zur Altersklasse 40.

Sodann pendelt sich die Ablehnungsquote mit wenigen Ausnahmen bei ca. (knapp über beziehungsweise unter) 50 % ein. Bis zur Altersklasse 60 überwiegt die vollkommene Ablehnungsquote dabei auch grundsätzlich die relativ erteilte Ablehnung. Ab der Altersklasse 60 sinkt die Ablehnungsquote sodann, mit vereinzelten Ausnahmen, auf unter 40 % und pendelt sich im Folgenden bei ca. 30 % ein. Hierbei gleichen sich auch die vollkommene und die relativ erteilte Ablehnung teils an. Dies führt jedoch nur vereinzelt zu einem Überwiegen der Zustimmungsquote. Viel mehr steigt die Enthaltungsquote in den Altersklassen ab 41 auf über 25 % und in der Tendenz auf ca. 30 % an. In den Altersklassen zuvor liegt die Enthaltungsquote mit Ausnahme der Altersklasse 18 (ca. 9 %) bei ca. 20 %. Damit lässt sich sagen, dass die Ablehnung der These gegenüber grundsätzlich mit fortschreitendem Alter ansteigt, was in höheren Altersklassen ab 60 abflacht, aber auch mit einer größeren Unsicherheit durch die ansteigende Enthaltungsquote einhergeht. Beachtet bleiben, sollten auch die geringeren Teilnehmer:innenzahlen in diesen Altersstufen.

***These 4 H** Alter*



***These 4 H** Alter*

0 keine Angabe **1** volle Ablehnung **2** relative Ablehnung **3** neutral **4** relative Zustimmung **5** volle Zustimmung

Alter	0	1	2	3	4	5
17	–	100 %	–	–	–	–
18	12,3 %	36,9 %	18,5 %	9,2 %	12,3 %	10,8 %
19	9,3 %	25,7 %	14,1 %	20,3 %	16,4 %	14,1 %
20	10,0 %	28,5 %	17,0 %	19,3 %	10,7 %	14,4 %
21	7,5 %	29,4 %	19,1 %	20,1 %	12,5 %	11,4 %
22	7,4 %	33,2 %	15,3 %	20,1 %	9,7 %	14,2 %
23	4,8 %	37,5 %	18,2 %	17,0 %	10,6 %	11,9 %
24	4,0 %	35,0 %	18,2 %	20,2 %	11,7 %	10,9 %
25	3,1 %	37,5 %	19,9 %	21,0 %	8,5 %	10,0 %
26	3,5 %	37,8 %	19,5 %	22,3 %	8,4 %	8,4 %
27	2,8 %	37,1 %	20,5 %	23,9 %	7,3 %	8,4 %
28	3,2 %	36,6 %	17,1 %	24,2 %	7,5 %	11,3 %
29	1,3 %	30,0 %	17,9 %	24,7 %	13,2 %	12,8 %
30	3,0 %	39,2 %	14,5 %	23,9 %	7,2 %	12,2 %
31	2,9 %	39,3 %	19,8 %	23,6 %	7,3 %	7,0 %
32	2,1 %	37,8 %	19,4 %	19,8 %	12,0 %	8,8 %
33	2,5 %	40,8 %	19,9 %	19,9 %	7,0 %	10,0 %
34	3,8 %	31,9 %	22,2 %	25,9 %	5,9 %	10,3 %
35	1,9 %	39,0 %	22,0 %	20,8 %	10,1 %	6,3 %
36	1,4 %	35,2 %	17,6 %	28,9 %	12,7 %	4,2 %
37	2,3 %	34,1 %	26,4 %	26,4 %	4,7 %	6,2 %
38	3,1 %	41,5 %	20,0 %	19,2 %	10,0 %	6,2 %
39	2,5 %	39,0 %	18,6 %	22,9 %	8,5 %	8,5 %
40	3,5 %	32,9 %	30,1 %	22,4 %	4,9 %	6,3 %
41	3,8 %	35,8 %	17,9 %	31,1 %	7,5 %	3,8 %
42	3,2 %	33,7 %	18,9 %	25,3 %	8,4 %	10,5 %
43	3,7 %	34,1 %	13,4 %	24,4 %	14,6 %	9,8 %
44	2,8 %	32,1 %	17,9 %	28,3 %	13,2 %	5,7 %
45	2,2 %	33,3 %	16,3 %	33,3 %	8,1 %	6,7 %
46	1,0 %	35,2 %	17,1 %	24,8 %	15,2 %	6,7 %
47	1,6 %	37,1 %	13,7 %	26,6 %	14,5 %	6,5 %
48	–	29,3 %	13,3 %	32,0 %	12,0 %	13,3 %
49	1,0 %	31,3 %	16,2 %	20,2 %	15,2 %	16,2 %
50	3,8 %	26,7 %	24,8 %	27,6 %	10,5 %	6,7 %

Alter	0	1	2	3	4	5
51	2,0 %	33,0 %	17,0 %	29,0 %	12,0 %	7,0 %
52	2,1 %	25,8 %	21,6 %	28,9 %	15,5 %	6,2 %
53	3,4 %	22,7 %	22,7 %	26,1 %	10,2 %	14,8 %
54	–	26,4 %	18,1 %	31,9 %	11,1 %	12,5 %
55	2,0 %	28,7 %	25,7 %	23,8 %	5,0 %	14,9 %
56	2,5 %	25,9 %	12,3 %	30,9 %	9,9 %	18,5 %
57	–	22,9 %	18,1 %	38,6 %	7,2 %	13,3 %
58	1,6 %	21,3 %	27,9 %	27,9 %	11,5 %	9,8 %
59	1,2 %	34,5 %	13,1 %	32,1 %	14,3 %	4,8 %
60	–	17,1 %	22,9 %	25,7 %	22,9 %	11,4 %
61	–	26,8 %	19,6 %	30,4 %	10,7 %	12,5 %
62	1,9 %	24,1 %	11,1 %	25,9 %	16,7 %	20,4 %
63	7,7 %	17,9 %	12,8 %	35,9 %	15,4 %	10,3 %
64	4,2 %	8,3 %	25,0 %	25,0 %	12,5 %	25,0 %
65	–	34,3 %	20,0 %	17,1 %	11,4 %	17,1 %
66	4,5 %	13,6 %	27,3 %	27,3 %	18,2 %	9,1 %
67	–	23,5 %	23,5 %	17,6 %	5,9 %	29,4 %
68	–	6,7 %	26,7 %	–	46,7 %	20,0 %
69	–	14,3 %	14,3 %	14,3 %	14,3 %	42,9 %
70	–	–	30,0 %	20,0 %	20,0 %	30,0 %
71	–	12,5 %	–	50,0 %	25,0 %	12,5 %
72	–	20,0 %	–	40,0 %	20,0 %	20,0 %
73	–	12,5 %	–	50,0 %	25,0 %	12,5 %
74	–	22,2 %	11,1 %	22,2 %	33,3 %	11,1 %
75	–	33,3 %	–	33,3 %	16,7 %	16,7 %
77	–	25,0 %	–	25,0 %	50,0 %	–
78	–	33,3 %	–	–	66,7 %	–
79	–	–	–	–	50,0 %	50,0 %
81	–	–	–	–	–	100 %
82	–	–	–	–	100 %	–
83	–	–	–	100 %	–	–
84	–	100 %	–	–	–	–
90	–	–	–	100 %	–	–
Σ	**4,0 %**	**33,8 %**	**18,5 %**	**22,6 %**	**10,3 %**	**10,7 %**

4.3 Geschlecht

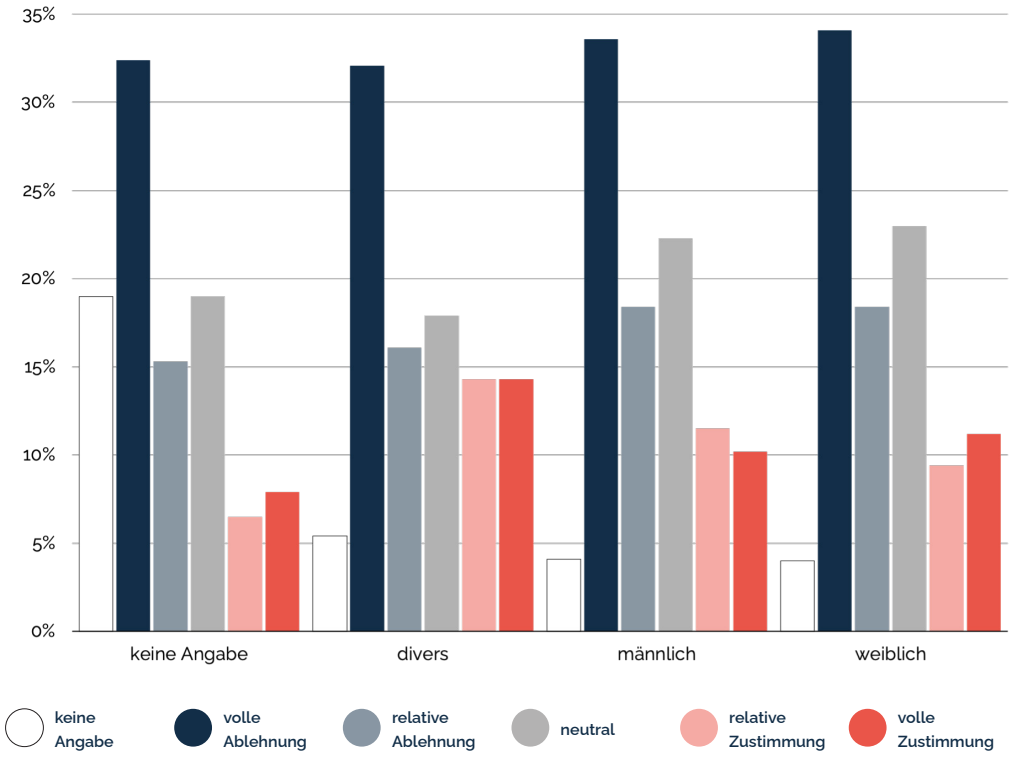
***These 4 H** Geschlecht*

Geschlecht	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
keine Angabe	19,0 %	32,4 %	15,3 %	19,0 %	6,5 %	7,9 %
divers	5,4 %	32,1 %	16,1 %	17,9 %	14,3 %	14,3 %
männlich	4,1 %	33,6 %	18,4 %	22,3 %	11,5 %	10,2 %
weiblich	4,0 %	34,1 %	18,4 %	23,0 %	9,4 %	11,2 %
gesamt	**4,3 %**	**33,8 %**	**18,3 %**	**22,6 %**	**10,3 %**	**10,7 %**

Die grundsätzlich ablehnende Haltung gegenüber der These zeigt sich auch in der geschlechtsspezifischen Analyse. Dabei liegen die Stimmen von Personen weiblichen und männlichen Geschlechts grundsätzlich nah beieinander. Die ablehnende Haltung der Personen weiblichen Geschlechts (52,5 %) überwiegt dabei marginal die ablehnende Haltung der Personen männlichen Geschlechts (52,0 %).

Nimmt man auch die einzelnen relativen Anteile der Geschlechter in den Blick, wird das Bild differenzierter. Die Anteile der Geschlechter sind dabei bei in der (relativ) ablehnenden Haltung gleich verteilt (divers = 32,1 % bzw. 16,1 %, männlich = 33,6 % bzw. 18,4 %, weiblich = 34,1 % bzw. 18,4 %). Etwas geringer ist der Anteil der sich selbst als nicht männlich oder weiblich eingestuften Personen bei den Enthaltungen (divers = 17,9 %, männlich = 22,3 %, weiblich = 23,0 %). Bei der zustimmenden Haltung überwiegen die Anteile der diversen und der sich als männlich eingeordneten Personen gegenüber denjenigen, die sich als weiblich einordnend haben (divers = je 14,3 %, männlich = 10,2 % bzw. 11,5 % weiblich = 11,2 % bzw. 9,4 %).

***These 4 H** Geschlecht*



4.4 Fachsemester

***These 4 H** Fachsemester*

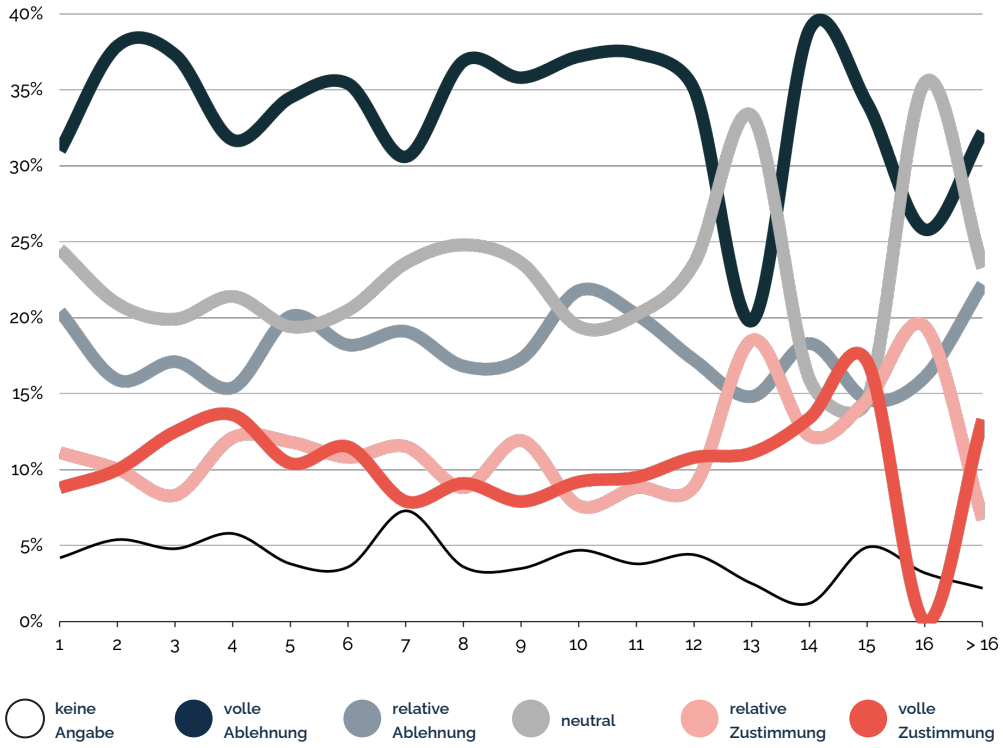
Fachsemester	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
1	4,2 %	31,0 %	20,4 %	24,5 %	11,1 %	8,8 %
2	5,4 %	37,9 %	15,9 %	20,9 %	10,0 %	10,0 %
3	4,8 %	37,3 %	17,1 %	19,9 %	8,3 %	12,5 %
4	5,8 %	31,7 %	15,4 %	21,4 %	12,1 %	13,6 %
5	3,8 %	34,5 %	20,1 %	19,4 %	11,8 %	10,4 %
6	3,6 %	35,4 %	18,2 %	20,5 %	10,8 %	11,5 %
7	7,3 %	30,6 %	19,1 %	23,6 %	11,5 %	7,9 %
8	3,6 %	36,9 %	16,8 %	24,8 %	8,8 %	9,1 %
9	3,5 %	35,8 %	17,3 %	23,6 %	11,9 %	7,9 %
10	4,7 %	37,2 %	21,8 %	19,4 %	7,6 %	9,2 %
11	3,8 %	37,4 %	20,2 %	20,2 %	8,8 %	9,5 %
12	4,4 %	35,0 %	17,2 %	23,6 %	8,9 %	10,8 %
13	2,5 %	19,8 %	14,8 %	33,3 %	18,5 %	11,1 %
14	1,2 %	39,0 %	18,3 %	15,9 %	12,2 %	13,4 %
15	4,9 %	34,1 %	14,6 %	14,6 %	14,6 %	17,1 %
16	3,2 %	25,8 %	16,1 %	35,5 %	19,4 %	–
>16	2,2 %	32,2 %	22,2 %	23,3 %	6,7 %	13,3 %
gesamt	**4,5 %**	**34,8 %**	**18,2 %**	**21,8 %**	**10,4 %**	**10,3 %**

Die vollkommen ablehnende Haltung bestätigt sich auch über eine Filterung nach Fachsemestern über alle Fachsemester hinweg. In den Semestern mit hohen Teilnehmendenzahlen, zwischen 1 und 12, zeigt sich eine Quote von 30,6 % bis 37,9 %. Hierbei stechen die Semester 7 und 4 mit den niedrigsten Quoten von 30,6 % bzw. 31,7 % hervor. Außerhalb dessen sticht das Semester 14 mit der höchsten vollkommenen Ablehnung mit 39 % hervor.

Betrachtet man die relativen Ablehnungs- und Zustimmungsquoten, so zeigt sich, dass die anteilsmäßige Ablehnung besonders ausgeprägt in den Fachsemstern 3 (54,4 %), 5 (54,6 %), 10 (59,0 %), 11 (57,6 %), 14 (57,3 %) und über 16 (54,4 %) ist. Die verstärkte Ablehnung in höheren Semestern könnte dabei einerseits mit der möglichen Examensvorbereitung oder Examensableistung in den Fachsemstern 10 und 11 einhergehen. Andererseits könnte dies in den darüber liegenden Fachsemestern mit dem Gefühl einhergehen, dass weitere Verpflichtungen den Studienabschluss weiter verzögern oder erschweren könnten.

Besonders niedrig ist der überwiegende Anteil an der Ablehnung in den Fachsemestern 13 (34,6 % Ablehnung bei 33,3 % Enthaltungen und einer Zustimmung von 29,6 %) und 16 (41,9 % Ablehnung bei 35,5 % Enthaltungen und nur 19,4 % eher erteilter Zustimmung). Im 13 Fachsemester könnte diese eher ausgeglichene Haltung mit dem potenziell erfolgreichen Abschluss der ersten juristischen Staatsprüfung einhergehen, nach dessen Ablegung eine gedankliche Freiheit für weitere Inhalte und Erfahrungen besonders gesteigert sein könnte.

***These 4 H** Fachsemester*



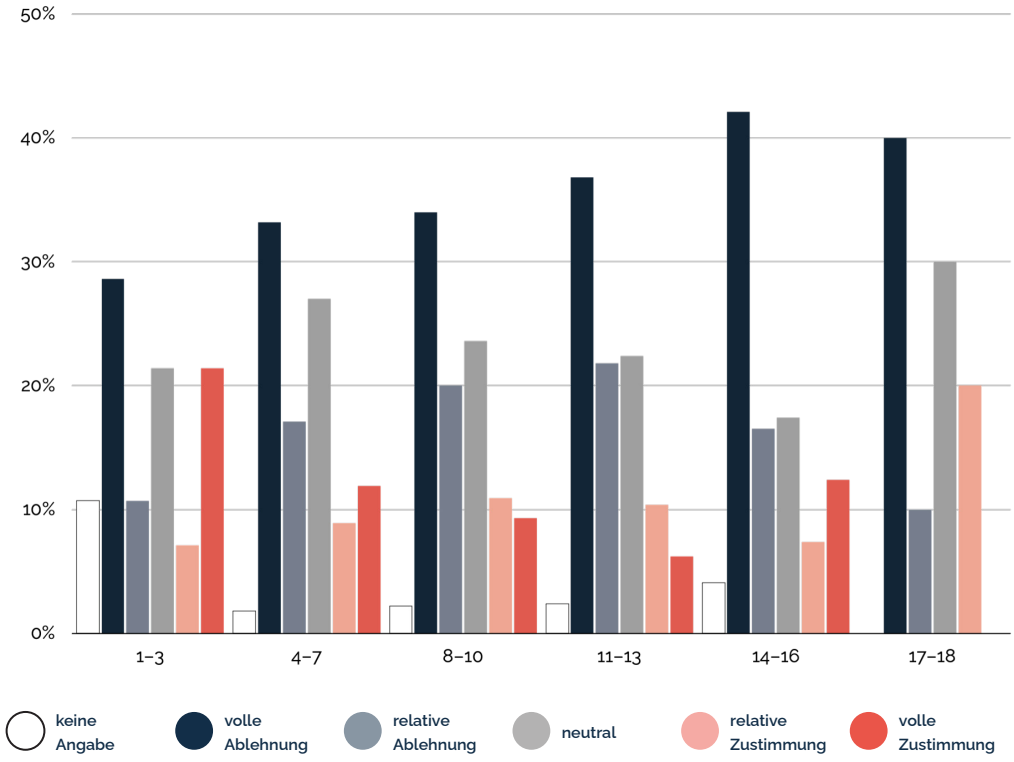
4.5 Gesamtnote

***These 4 H** Gesamtnote*

Gesamtnote	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
1–3	10,7 %	28,6 %	10,7 %	21,4 %	7,1 %	21,4 %
4–7	1,8 %	33,2 %	17,1 %	27,0 %	8,9 %	11,9 %
8–10	2,2 %	34,0 %	20,0 %	23,6 %	10,9 %	9,3 %
11–13	2,4 %	36,8 %	21,8 %	22,4 %	10,4 %	6,2 %
14–16	4,1 %	42,1 %	16,5 %	17,4 %	7,4 %	12,4 %
17–18	–	40,0 %	10,0 %	30,0 %	20,0 %	–
gesamt	**2,2 %**	**34,6 %**	**19,5 %**	**24,0 %**	**10,2 %**	**9,4 %**

Eine vollständig ablehnende Haltung ergibt sich auch bei einem Blick auf die Notenstufen. Diese ist bei der Notenstufe 5 (14–16 Punkte) mit 42,1 % besonders ausgeprägt, dicht gefolgt von der Notenstufe 6 (17-18) mit 40,0 %. Nachfolgende stehen die Notenstufen 4 (11–13 Punkte) und 3 (8–10 Punkte) mit 36,8 bzw. 34,0 % nah beieinander. Blickt man auf die zumindest überwiegend zustimmenden oder ablehnenden Haltungen, so zeigt sich, dass die relativen Anteile der Notenstufen an der Ablehnung mit der zunehmenden Notenstufe zunehmen. Ausgenommen ist hier, wenn auch nur aufgrund einer geringfügigen Abweichung das Verhältnis von der 5. (14–16 Punkte) zur 6. (17–18 Punkte) Notenstufe. So zeigt sich in Notenstufe 1 (1–3 Punkte) eine kumulierte Ablehnung von 39,3 % und in Notenstufe 5 (14–16 Punkte) von 58,6 % sowie in Notenstufe 6 (17–18 Punkte) von 50,0 %. Parallel nimmt der Anteil an der kumulierten Zustimmung von der ersten Notenstufe (1–3 Punkte) mit 28,5 % bis zur vierten Notenstufe (11–13 Punkte) mit 16,6 % ab. In der fünften (14–16 Punkte, 19,8 %) und sechsten Notenstufe (17–18 Punkte, 20 %) steigt dieser Anteil dann wieder leicht an. Zudem sinkt auch der Anteil der Enthaltungen von der zweiten (4–7 Punkte, 27,0 %) bis zur fünften (14–16 Punkte, 17,4 %) Notenstufe, sodass sich das Meinungsbild hier festigt. Dies ändert sich schlagartig in der sechsten Notenstufe (17–18 Punkte) mit 30,0 %.

***These 4 H** Gesamtnote*



4.6 Studienort

***These 4 H** Studienort*

Bundesland	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
Ausland	8,7 %	30,4 %	8,7 %	17,4 %	–	34,8 %
Baden-Württemberg	4,0 %	31,6 %	19,4 %	22,3 %	11,6 %	11,1 %
Bayern	4,4 %	33,8 %	17,0 %	22,2 %	11,0 %	11,6 %
Berlin	2,8 %	30,8 %	18,5 %	26,0 %	9,9 %	12,0 %
Brandenburg	3,0 %	35,2 %	11,9 %	27,5 %	9,3 %	13,1 %
Bremen	2,9 %	44,2 %	18,1 %	16,7 %	9,4 %	8,7 %
Hamburg	4,5 %	24,9 %	19,8 %	24,7 %	13,4 %	12,7 %
Hessen	3,1 %	32,5 %	18,3 %	22,4 %	11,5 %	12,3 %
Mecklenburg-Vorpommern	0,8 %	48,5 %	19,7 %	17,4 %	6,8 %	6,8 %
Niedersachsen	4,2 %	35,1 %	18,1 %	21,8 %	10,9 %	9,9 %
Nordrhein-Westfalen	4,3 %	35,6 %	19,7 %	22,1 %	8,5 %	9,8 %
Rheinland-Pfalz	2,8 %	36,8 %	17,7 %	24,3 %	7,8 %	10,5 %
Saarland	5,9 %	31,6 %	13,2 %	23,5 %	10,3 %	15,4 %
Sachsen	5,2 %	33,4 %	16,9 %	24,1 %	12,0 %	8,4 %
Sachsen-Anhalt	4,4 %	41,0 %	19,1 %	23,0 %	8,7 %	3,8 %
Schleswig-Holstein	2,9 %	40,8 %	22,0 %	16,9 %	8,6 %	8,9 %
Thüringen	4,2 %	39,9 %	19,6 %	21,4 %	7,7 %	7,1 %
gesamt	**4,0 %**	**34,0 %**	**18,4 %**	**22,7 %**	**10,3 %**	**10,7 %**

Die ablehnende Haltung bestätigt sich auch über alle Bundesländer hinweg. Besonders ausgeprägt ist die vollkommene Ablehnung in Mecklenburg-Vorpommern (48,5 %), Bremen (44,2 %), Sachsen-Anhalt (41,0 %), Schleswig-Holstein (40,8 %) und Thüringen (39,9 %).

***These 4 H** Studienort*

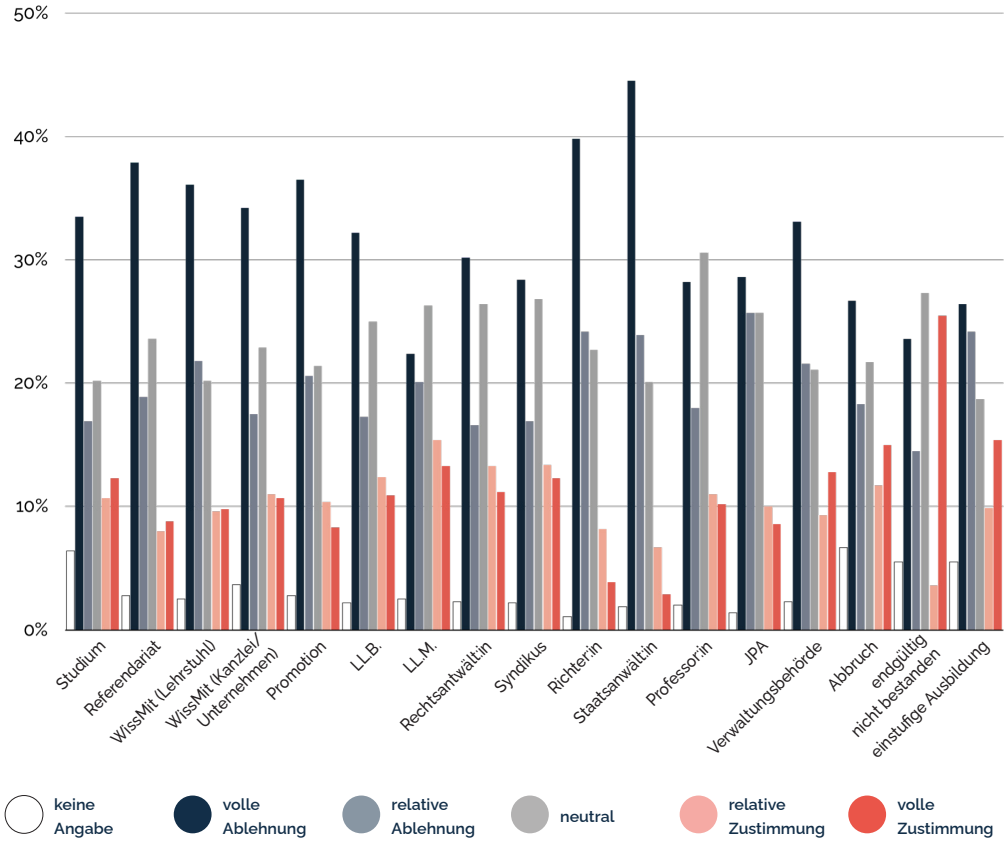
4.7 Verhältnis zur juristischen Ausbildung

***These 4 H** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*

Beruf	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
Studium	6,4 %	33,5 %	16,9 %	20,2 %	10,7 %	12,3 %
Referendariat	2,8 %	37,9 %	18,9 %	23,6 %	8,0 %	8,8 %
WissMit (Lehrstuhl)	2,5 %	36,1 %	21,8 %	20,2 %	9,6 %	9,8 %
WissMit (Kanzlei)	3,7 %	34,2 %	17,5 %	22,9 %	11,0 %	10,7 %
Promotion	2,8 %	36,5 %	20,6 %	21,4 %	10,4 %	8,3 %
LL.B.	2,2 %	32,2 %	17,3 %	25,0 %	12,4 %	10,9 %
LL.M.	2,5 %	22,4 %	20,1 %	26,3 %	15,4 %	13,3 %
Rechtsanwält:in	2,3 %	30,2 %	16,6 %	26,4 %	13,3 %	11,2 %
Syndikus	2,2 %	28,4 %	16,9 %	26,8 %	13,4 %	12,3 %
Richter:in	1,1 %	39,8 %	24,2 %	22,7 %	8,2 %	3,9 %
Staatsanwält:in	1,9 %	44,5 %	23,9 %	20,1 %	6,7 %	2,9 %
Professor:in	2,0 %	28,2 %	18,0 %	30,6 %	11,0 %	10,2 %
JPA	1,4 %	28,6 %	25,7 %	25,7 %	10,0 %	8,6 %
Verwaltungsbehörde	2,3 %	33,1 %	21,6 %	21,1 %	9,3 %	12,8 %
Abbruch	6,7 %	26,7 %	18,3 %	21,7 %	11,7 %	15,0 %
endgültig nicht bestanden	5,5 %	23,6 %	14,5 %	27,3 %	3,6 %	25,5 %
einstufige Ausbildung	5,5 %	26,4 %	24,2 %	18,7 %	9,9 %	15,4 %

Grundsätzlich zeigt sich die ablehnenden Haltung auch in den meisten Berufs-/ Ausbildungs- und Absolvent:innengruppen. Blickt man differenzierter auch auf die jeweiligen Anteile der Berufsgruppen an den Zustimmungs- und Ablehnungsquoten so zeigt sich, dass eine eindeutige Ablehnung über alle Berufsgruppen hinweg besteht. Besonders deutlich wird dies bei Referendar:innen (56,8 %), wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen am Lehrstuhl (57,9 %), wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen in Kanzleien/Unternehmen (51,7 %), Richter:innen (64,0 %) und Staatsanwält:innen (68, 4 %). Niedriger ist die Ablehnung bei LL.M.-Absolvent:innen (42,5 % bei einer Enthaltung von 26,3 %) und Syndikus-Anwält:innen (45,4 % bei einer Enthaltung von 26,8 %), Professor:innen (46,2 %, bei einer Enthaltung von 30,6 %) und den Personen, die die erste juristische Staatsprüfung endgültig nicht bestanden haben (38,1 % bei einer Enthaltung von 27,3 %).

***These 4 H** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*



5. Ergebnis bzgl. Erwartungen

Die erwartete breite Ablehnung der These über alle Abstimmenden hinweg wurde bestätigt. Dies ist auf die damit einhergehende zusätzliche Verpflichtung und dem damit verbundenen fraglichen Nutzen zu erklären.

These 4 I: Universitäres Repetitorium

1. Thesenhintergrund

Für die These 4 I wurden insgesamt 16 Pro-Argumente und neun Contra-Argumente gesammelt. Hierbei wurden Literaturbeiträge der letzten 20 Jahre ausgewertet und viele unterschiedliche Perspektiven beleuchtet.

2. Thesengestaltung

Das universitäre Repetitorium sollte ausgebaut werden.

Die ausgewählten Argumente, welcher auf der iur.reform-Webseite als Nachweise aufrufbar waren, sind:

Pro	Contra
1. Der Druck zum Prädikatsexamen zieht die Studierenden zu den kommerziellen Repetitorien.	1. Studierende nutzen auch bei gutem Angebot durch die Universität zu 90 % die privaten Repetitorien.
2. Die Wahrnehmung des privaten Repetitoriums sorgt nach bisherigen Auswertungen nicht zwingend für eine bessere Note.	2. Die häufigere Teilnahme an den Unikursen im Studium führt zu einer besseren Bewertung der Unikurse im Repetitorium. Tatsächlich werden die universitären Kurse während des Studiums aber nicht so häufig aufgesucht.
3. Wenn das ganze Studium durch die Universität als Examensvorbereitung betrachtet und auch so gestaltet wird, ist eine effektivere Vorbereitung möglich.	3. Nicht das ganze Studium muss eine Examensvorbereitung sein.

3. Hypothese

Wir formulierten folgende Erwartungen für die These:

- Es wird mit einer insgesamt hohen Zustimmung zu rechnen sein.
- Vereinzelnde Stimmen könnten keinen weiteren Handlungsbedarf für erforderlich halten, da einige universitäre Repetitorien bereits „funktionieren“.

4. Deskriptive Statistik

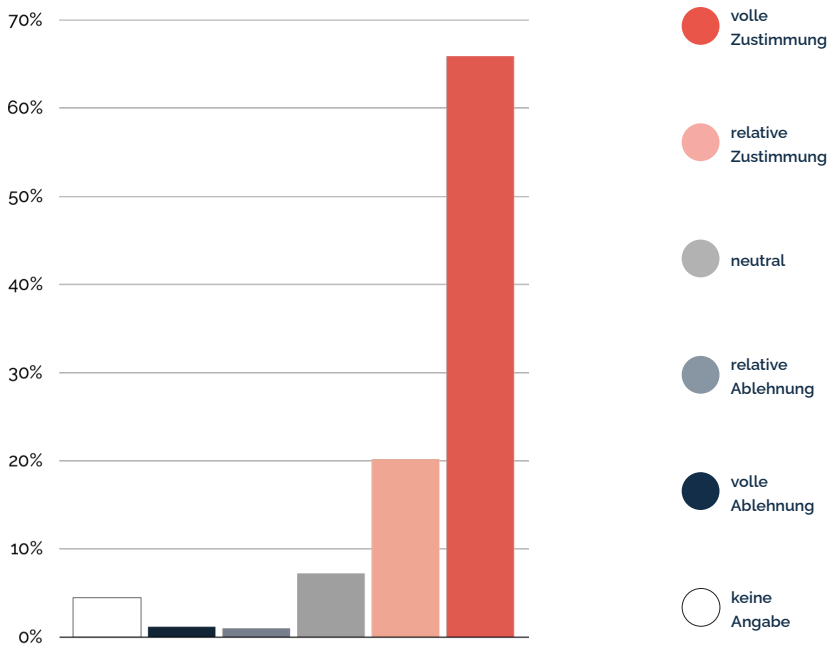
4.1 Gesamtauswertung

***These 4 I** Gesamtauswertung*

Bewertung	Anteil
keine Angabe	4,5 %
volle Ablehnung	1,2 %
relative Ablehnung	1,0 %
neutral	7,2 %
relative Zustimmung	20,2 %
volle Zustimmung	65,9 %
gesamt	**100,0 %**

Der Wert für die vollständige Zustimmung zur These liegt bei 65,9 %. Die kumulierte Zustimmung liegt bei 83,1 %. Neutral stimmten 7,2 % der Teilnehmenden ab. Der Wert für die vollständige Ablehnung liegt bei 1,2 %.

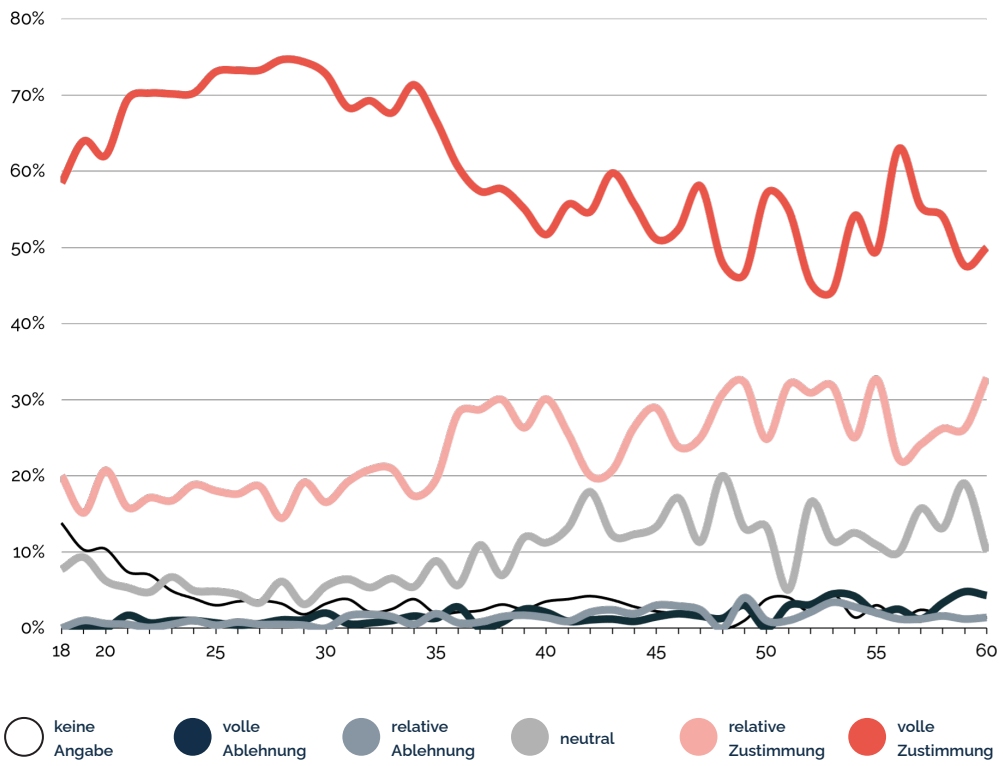
***These 4 I** Gesamtauswertung*



4.2 Alter

Der höchste Wert für die vollkommene Zustimmung liegt im Alter von 28 bei 74,7 %. Die Altersspanne zwischen 22-35 liegt bei einem durchschnittlichen Wert von ca. 70 %. Am neutralsten stimmte die Altersgruppe 59 mit 19 % ab. Der höchste Wert für die vollkommene Ablehnung liegt in der Altersgruppe 68 mit 6,8 %. Die vollständige Ablehnung liegt in allen Altersgruppen im einstelligen Bereich.

***These 4 I** Alter*



***These 4 I** Alter*

0 keine Angabe **1** volle Ablehnung **2** relative Ablehnung **3** neutral **4** relative Zustimmung **5** volle Zustimmung

Alter	0	1	2	3	4	5
17	–	–	–	100 %	–	–
18	13,8 %	–	–	7,7 %	20,0 %	58,5 %
19	10,3 %	0,3 %	1,0 %	9,3 %	15,1 %	64,0 %
20	10,4 %	–	0,6 %	6,2 %	20,7 %	62,1 %
21	7,4 %	1,7 %	0,5 %	5,3 %	15,8 %	69,5 %
22	7,0 %	0,7 %	0,1 %	4,7 %	17,1 %	70,3 %
23	4,9 %	1,0 %	0,5 %	6,7 %	16,7 %	70,2 %
24	3,9 %	1,0 %	1,0 %	4,9 %	18,8 %	70,3 %
25	3,0 %	0,7 %	0,4 %	4,8 %	18,0 %	73,1 %
26	3,5 %	0,4 %	0,8 %	4,4 %	17,6 %	73,3 %
27	3,6 %	0,6 %	0,5 %	3,3 %	18,6 %	73,3 %
28	3,2 %	1,1 %	0,5 %	6,1 %	14,4 %	74,7 %
29	1,8 %	1,1 %	0,4 %	3,1 %	19,1 %	74,4 %
30	3,2 %	2,0 %	–	5,5 %	16,5 %	72,8 %
31	3,8 %	0,6 %	1,6 %	6,4 %	19,2 %	68,4 %
32	2,1 %	0,7 %	1,8 %	5,3 %	20,8 %	69,3 %
33	2,5 %	1,0 %	1,5 %	6,5 %	20,9 %	67,7 %
34	3,8 %	1,6 %	0,5 %	5,4 %	17,3 %	71,4 %
35	1,9 %	1,3 %	1,9 %	8,8 %	19,5 %	66,7 %
36	2,1 %	2,8 %	0,7 %	5,6 %	28,2 %	60,6 %
37	2,3 %	–	0,8 %	10,9 %	28,7 %	57,4 %
38	3,1 %	0,8 %	1,5 %	6,9 %	30,0 %	57,7 %
39	2,5 %	2,5 %	1,7 %	11,9 %	26,3 %	55,1 %
40	3,5 %	2,1 %	1,4 %	11,2 %	30,1 %	51,7 %
41	3,8 %	0,9 %	0,9 %	13,2 %	25,5 %	55,7 %
42	4,2 %	1,1 %	2,1 %	17,9 %	20,0 %	54,7 %
43	3,7 %	1,2 %	2,4 %	12,2 %	20,7 %	59,8 %
44	2,8 %	0,9 %	1,9 %	12,3 %	26,4 %	55,7 %
45	2,2 %	1,5 %	3,0 %	13,3 %	28,9 %	51,1 %
46	1,9 %	1,9 %	2,9 %	17,1 %	23,8 %	52,4 %
47	1,6 %	1,6 %	2,4 %	11,3 %	25,0 %	58,1 %
48	–	1,3 %	–	20,0 %	30,7 %	48,0 %
49	1,0 %	3,0 %	4,0 %	13,1 %	32,3 %	46,5 %
50	3,8 %	–	1,0 %	13,3 %	24,8 %	57,1 %
51	4,0 %	3,0 %	1,0 %	5,0 %	32,0 %	55,0 %
52	2,1 %	3,1 %	2,1 %	16,5 %	30,9 %	45,4 %
53	4,5 %	4,5 %	3,4 %	11,4 %	31,8 %	44,3 %
54	1,4 %	4,2 %	2,8 %	12,5 %	25,0 %	54,2 %
55	3,0 %	2,0 %	2,0 %	10,9 %	32,7 %	49,5 %
56	1,2 %	2,5 %	1,2 %	9,9 %	22,2 %	63,0 %
57	2,4 %	1,2 %	1,2 %	15,7 %	24,1 %	55,4 %
58	1,6 %	3,3 %	1,6 %	13,1 %	26,2 %	54,1 %
59	1,2 %	4,8 %	1,2 %	19,0 %	26,2 %	47,6 %
60	1,4 %	4,3 %	1,4 %	10,0 %	32,9 %	50,0 %
61	–	1,8 %	1,8 %	7,1 %	33,9 %	55,4 %
62	1,9 %	1,9 %	3,7 %	16,7 %	22,2 %	53,7 %
63	7,7 %	5,1 %	2,6 %	10,3 %	20,5 %	53,8 %
64	4,2 %	4,2 %	12,5 %	12,5 %	20,8 %	45,8 %
65	–	5,7 %	14,3 %	5,7 %	20,0 %	54,3 %
66	4,5 %	4,5 %	4,5 %	9,1 %	36,4 %	40,9 %
67	–	–	5,9 %	5,9 %	29,4 %	58,8 %
68	6,7 %	6,7 %	–	13,3 %	26,7 %	46,7 %
69	–	–	–	–	28,6 %	71,4 %
70	–	–	–	20,0 %	50,0 %	30,0 %
71	–	–	–	25,0 %	12,5 %	62,5 %
72	20,0 %	–	–	20,0 %	–	60,0 %
73	–	–	12,5 %	25,0 %	37,5 %	25,0 %
74	–	11,1 %	–	11,1 %	33,3 %	44,4 %
75	–	–	–	–	50,0 %	50,0 %
77	–	–	25,0 %	–	–	75,0 %
78	–	–	–	–	66,7 %	33,3 %
79	–	–	–	–	100 %	–
81	–	–	–	100 %	–	–
82	–	–	–	100 %	–	–
83	–	–	–	–	–	100 %
84	–	–	–	–	–	100 %
90	–	–	–	–	–	100 %
Σ	**4,3 %**	**1,2 %**	**1,0 %**	**7,1 %**	**20,2 %**	**66,3 %**

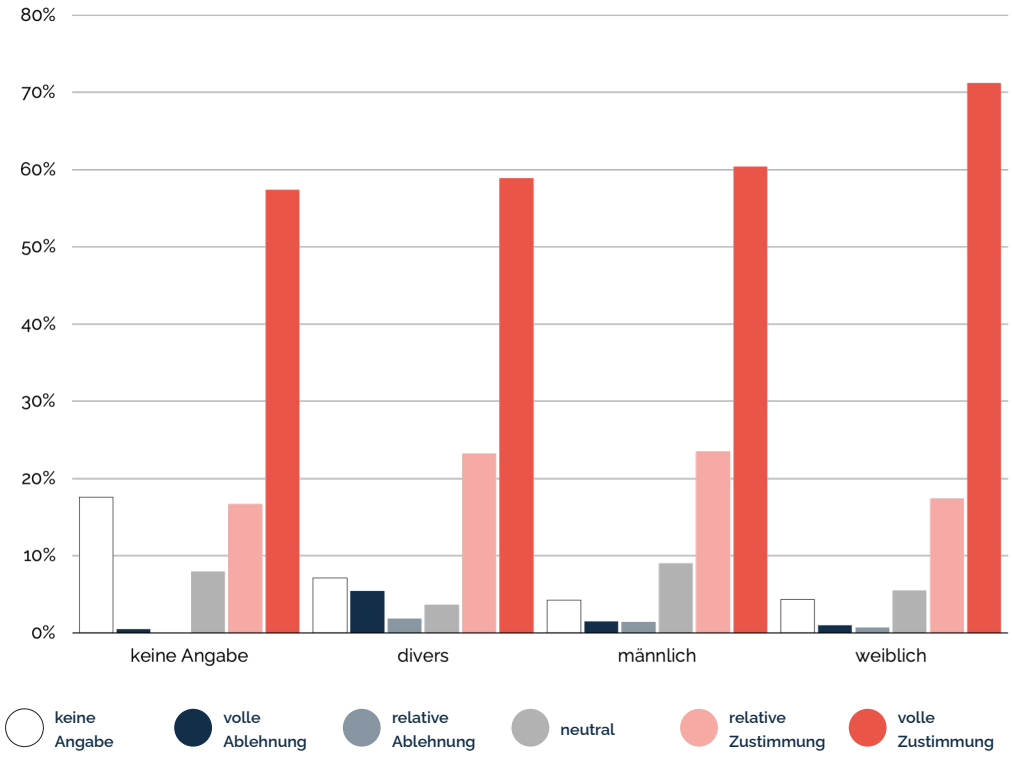
4.3 Geschlecht

***These 4 I** Geschlecht*

Geschlecht	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
keine Angabe	17,6 %	0,5 %	–	7,9 %	16,7 %	57,4 %
divers	7,1 %	5,4 %	1,8 %	3,6 %	23,2 %	58,9 %
männlich	4,2 %	1,5 %	1,4 %	9,0 %	23,5 %	60,4 %
weiblich	4,3 %	1,0 %	0,7 %	5,5 %	17,4 %	71,2 %
gesamt	**4,5 %**	**1,2 %**	**1,0 %**	**7,2 %**	**20,2 %**	**65,9 %**

Der höchste Wert für die vollständige Zustimmung liegt mit 71,2 % bei den weiblichen Stimmen. Am neutralsten stimmten die männlichen Teilnehmenden mit 9 % ab. Die stärkste Ablehnung liegt mit 5,4 % bei den diversen Teilnehmenden.

***These 4 I** Geschlecht*



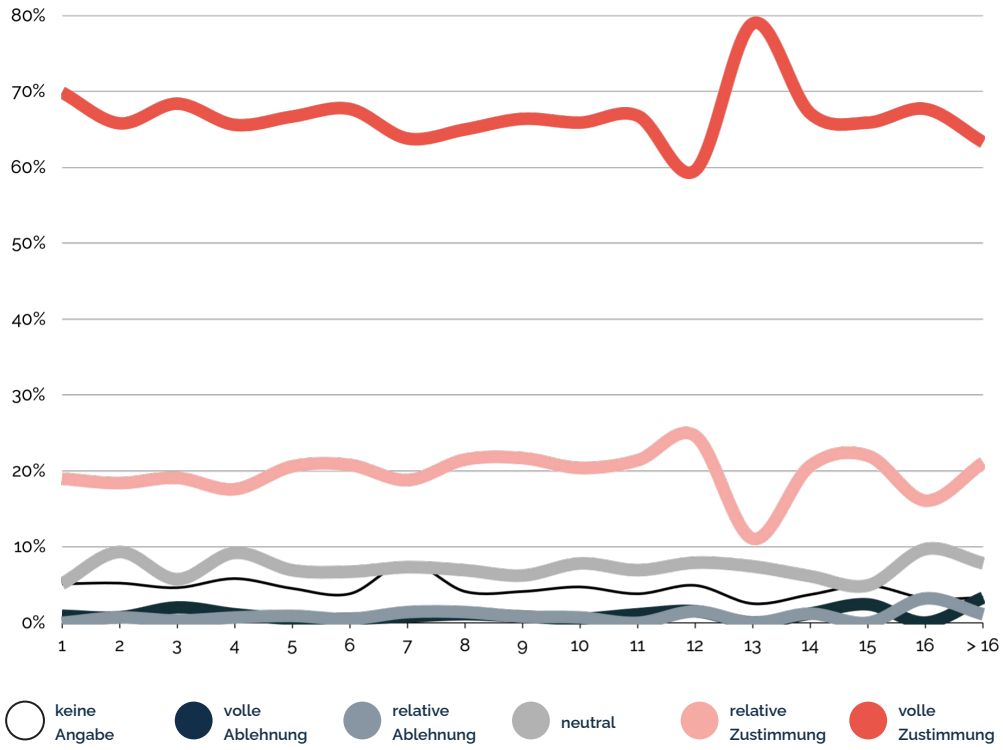
4.4 Fachsemester

***These 4 I** Fachsemester*

Fachsemester	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
1	5,1 %	0,9 %	–	5,1 %	19,0 %	69,9 %
2	5,2 %	0,7 %	0,7 %	9,3 %	18,4 %	65,8 %
3	4,6 %	2,0 %	0,3 %	5,7 %	19,1 %	68,4 %
4	5,8 %	1,1 %	0,7 %	9,2 %	17,6 %	65,6 %
5	4,5 %	0,5 %	0,9 %	6,9 %	20,6 %	66,7 %
6	3,8 %	0,5 %	0,5 %	6,7 %	20,8 %	67,7 %
7	7,9 %	0,8 %	1,4 %	7,3 %	18,8 %	63,8 %
8	4,1 %	1,1 %	1,4 %	6,9 %	21,5 %	65,0 %
9	4,1 %	0,8 %	0,8 %	6,2 %	21,7 %	66,4 %
10	4,7 %	0,5 %	0,7 %	7,8 %	20,4 %	65,9 %
11	3,8 %	1,1 %	–	6,9 %	21,4 %	66,8 %
12	4,9 %	1,5 %	1,5 %	7,9 %	24,6 %	59,6 %
13	2,5 %	–	–	7,4 %	11,1 %	79,0 %
14	3,7 %	1,2 %	1,2 %	6,1 %	20,7 %	67,1 %
15	4,9 %	2,4 %	–	4,9 %	22,0 %	65,9 %
16	3,2 %	–	3,2 %	9,7 %	16,1 %	67,7 %
>16	3,3 %	3,3 %	1,1 %	7,8 %	21,1 %	63,3 %
gesamt	**4,8 %**	**1,0 %**	**0,8 %**	**7,3 %**	**20,0 %**	**66,3 %**

Auffallend ist, dass die absolute Zustimmung bei allen Fachsemestern bei über 50 % liegt, mit dem größten Anteil von 79 % in Semester 13. Die Teilnehmenden, die mehr als 16 Semester studierten, bekundeten mit 3,3 % die höchste Ablehnungsrate. Die größte Enthaltung lag bei denjenigen aus Semester 16.

***These 4 I** Fachsemester*



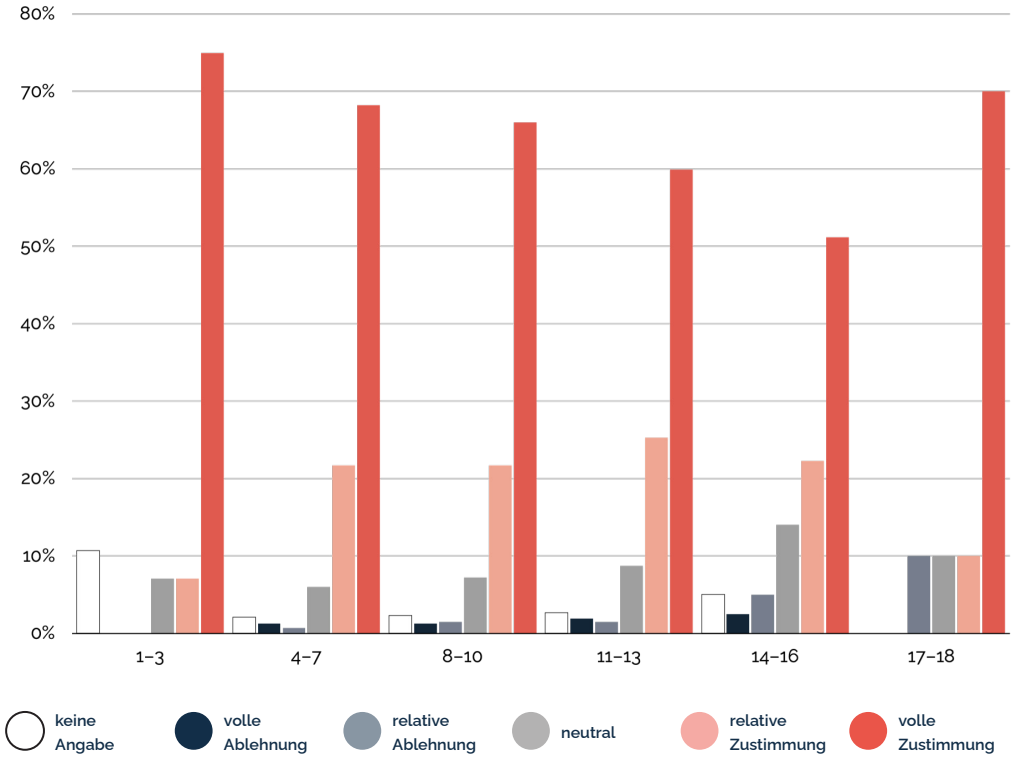
4.5 Gesamtnote

***These 4 I** Gesamtnote*

Gesamtnote	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
1–3	10,7 %	–	–	7,1 %	7,1 %	75,0 %
4–7	2,1 %	1,3 %	0,7 %	6,0 %	21,7 %	68,2 %
8–10	2,3 %	1,3 %	1,5 %	7,2 %	21,7 %	66,0 %
11–13	2,7 %	1,9 %	1,5 %	8,7 %	25,3 %	59,9 %
14–16	5,0 %	2,5 %	5,0 %	14,0 %	22,3 %	51,2 %
17–18	–	–	10,0 %	10,0 %	10,0 %	70,0 %
gesamt	**2,4 %**	**1,5 %**	**1,4 %**	**7,4 %**	**22,4 %**	**64,9 %**

Mit 2,5 % steht die Notenstufe 14-16 der Umsetzung der These am kritischsten gegenüber. Während über alle Notenbereiche hinweg eine absolute Zustimmung von weit über 50 % zu beobachten ist, sind hierunter Teilnehmenden der Notenstufe 14-16 mit „lediglich“ 51,2 % für diese These. Mit 75 % und 70 % teilen sich die Notenstufen 1-3 und 17-18 die größte Begeisterung für einen Ausbau des universitären Repetitoriums. Am neutralsten verhält sich die Notenstufe 14-16.

***These 4 I** Gesamtnote*



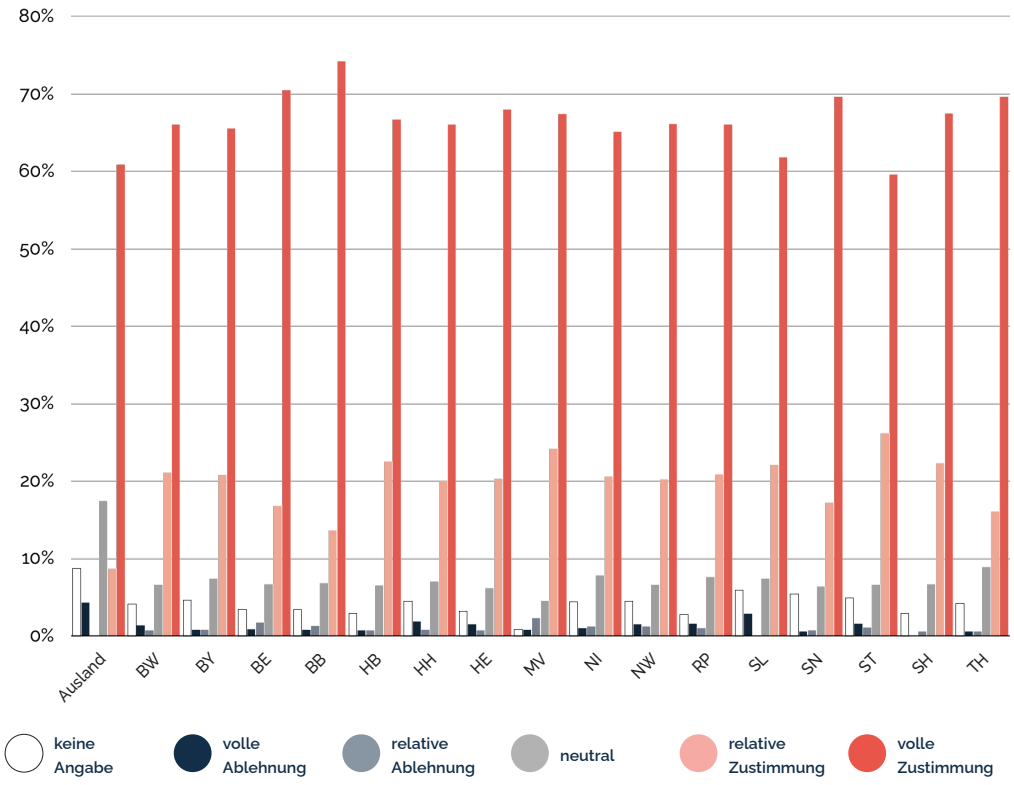
4.6 Studienort

***These 4 I** Studienort*

Bundesland	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
Ausland	8,7 %	4,3 %	–	17,4 %	8,7 %	60,9 %
Baden-Württemberg	4,1 %	1,4 %	0,7 %	6,6 %	21,1 %	66,0 %
Bayern	4,6 %	0,8 %	0,8 %	7,4 %	20,8 %	65,5 %
Berlin	3,4 %	0,9 %	1,7 %	6,7 %	16,8 %	70,5 %
Brandenburg	3,4 %	0,8 %	1,3 %	6,8 %	13,6 %	74,2 %
Bremen	2,9 %	0,7 %	0,7 %	6,5 %	22,5 %	66,7 %
Hamburg	4,5 %	1,9 %	0,8 %	7,0 %	19,9 %	66,0 %
Hessen	3,2 %	1,5 %	0,7 %	6,2 %	20,3 %	68,0 %
Mecklenburg-Vorpommern	0,8 %	0,8 %	2,3 %	4,5 %	24,2 %	67,4 %
Niedersachsen	4,4 %	1,0 %	1,2 %	7,8 %	20,6 %	65,1 %
Nordrhein-Westfalen	4,5 %	1,5 %	1,2 %	6,6 %	20,2 %	66,1 %
Rheinland-Pfalz	2,8 %	1,6 %	1,0 %	7,6 %	20,9 %	66,0 %
Saarland	5,9 %	2,9 %	–	7,4 %	22,1 %	61,8 %
Sachsen	5,4 %	0,6 %	0,7 %	6,4 %	17,2 %	69,6 %
Sachsen-Anhalt	4,9 %	1,6 %	1,1 %	6,6 %	26,2 %	59,6 %
Schleswig-Holstein	2,9 %	–	0,6 %	6,7 %	22,3 %	67,5 %
Thüringen	4,2 %	0,6 %	0,6 %	8,9 %	16,1 %	69,6 %
gesamt	**4,2 %**	**1,2 %**	**1,0 %**	**6,9 %**	**20,1 %**	**66,6 %**

Durchweg in allen Studienorten ist eine absolute Zustimmung von über 50 % gegeben, wovon der größte Anteil aus dem Studienort Brandenburg mit 74,2 % stammt. Am Neutralsten verhielten sich diejenigen, die im Ausland studierten mit einer Rate von 17,4 %. Die größte Ablehnung liegt bei 1,9 % und stammt von den Studierenden aus Hamburg. Auch hier sind die absoluten Zahlen am höchsten innerhalb der bevölkerungsstärksten Bundesländer Baden-Württemberg, Bayern und Nordrhein-Westphalen.

***These 4 I** Studienort*

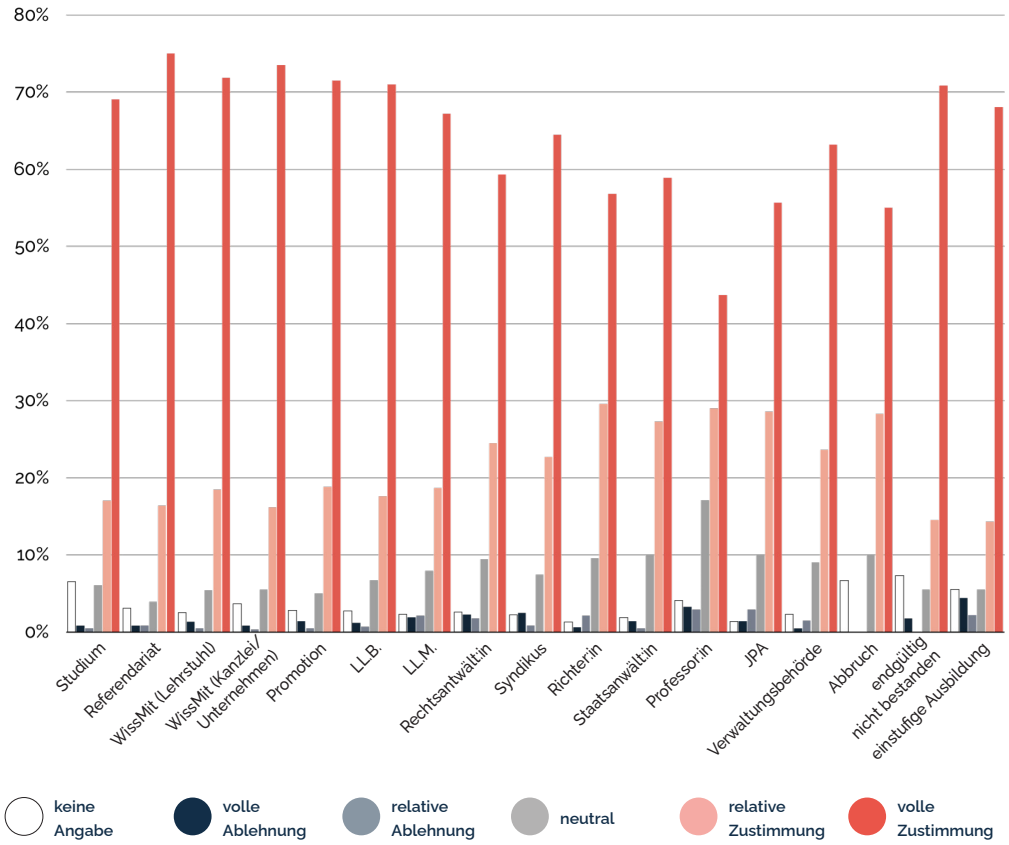


4.7 Verhältnis zur juristischen Ausbildung

***These 4 I** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*

Beruf	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
Studium	6,5 %	0,8 %	0,5 %	6,1 %	17,0 %	69,1 %
Referendariat	3,1 %	0,8 %	0,8 %	3,9 %	16,4 %	75,0 %
WissMit (Lehrstuhl)	2,5 %	1,3 %	0,5 %	5,4 %	18,5 %	71,9 %
WissMit (Kanzlei)	3,7 %	0,8 %	0,3 %	5,5 %	16,2 %	73,5 %
Promotion	2,8 %	1,4 %	0,5 %	5,0 %	18,8 %	71,5 %
LL.B.	2,7 %	1,2 %	0,7 %	6,7 %	17,6 %	71,0 %
LL.M.	2,3 %	1,9 %	2,1 %	7,9 %	18,7 %	67,2 %
Rechtsanwält:in	2,6 %	2,3 %	1,8 %	9,4 %	24,5 %	59,3 %
Syndikus	2,2 %	2,5 %	0,8 %	7,4 %	22,7 %	64,5 %
Richter:in	1,3 %	0,6 %	2,1 %	9,6 %	29,6 %	56,8 %
Staatsanwält:in	1,9 %	1,4 %	0,5 %	10,0 %	27,3 %	58,9 %
Professor:in	4,1 %	3,3 %	2,9 %	17,1 %	29,0 %	43,7 %
JPA	1,4 %	1,4 %	2,9 %	10,0 %	28,6 %	55,7 %
Verwaltungsbehörde	2,3 %	0,5 %	1,5 %	9,0 %	23,6 %	63,2 %
Abbruch	6,7 %	0,0 %	0,0 %	10,0 %	28,3 %	55,0 %
endgültig nicht bestanden	7,3 %	1,8 %	0,0 %	5,5 %	14,5 %	70,9 %
einstufige Ausbildung	5,5 %	4,4 %	2,2 %	5,5 %	14,3 %	68,1 %

***These 4 I** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*



5. Ergebnis bzgl. Erwartungen

Die Studierenden stimmten erwartungsgemäß mehrheitlich positiv ab. Insgesamt lag die Zustimmung bei allen Berufsgruppen sehr hoch.

These 4 J: Regelmäßiges Monitoring des Reformbedarfs

1. Thesenhintergrund

Die These wurde vereinzelt diskutiert. Im Kontext wissenschaftlicher Publikationen konnten ausschließlich pro-Argumente gefunden werden. Die These fand erstmalig 2010 Erwähnung[1] und wurde sodann 2015, 2019 und 2020 erneut diskutiert.[2]

2. Thesengestaltung

Es bedarf eines regelmäßigen Monitorings des Jurastudiums unter Einbindung der Studierenden im Hinblick auf einen etwaigen Reformbedarf.

Die ausgewählten Argumente, welche auf der iur.reform-Webseite als Nachweise aufrufbar waren, sind:

Pro	Contra
1. Die Reform der juristischen Ausbildung ist eine Daueraufgabe.	1. Ein Monitoring bedeutet Ressourcenbindung und Verwaltungsaufwand, der an anderer Stelle besser aufgehoben wäre.
2. Studierende haben stets neue Ideen, die berücksichtigt werden sollten.	2. Wird das juristische Studium als Dauerreformaufgabe betrachtet, verliert man den positiven Blick auf das bereits Geschaffene.
3. Sorgt für die ständige Vergewisserung im Hinblick auf die Aufgaben der Jurist:innen in der heutigen Zeit und den Zustand des Rechtssystems.	3. Mit der Justizminister:innenkonferenz (JuMiKo)gibt es bereits ein Gremium, dass sich auch regelmäßig mit den Fragen der juristischen Ausbildung befasst.

3. Hypothese

Wir formulierten folgende Erwartungen für die These:

- Deutlich relative Zustimmung seitens der Studierenden und von Personen, die noch in Ausbildungs- und Qualifizierungsphasen (Referendariat, Promotion) befindlich sind, da noch die zeitliche Nähe zur Ausbildung gegeben ist.
- Die Zustimmung wird abnehmen je länger die Ausbildung zurückliegt.
- Bei Professor:innen könnte die Zustimmungsrate niedriger bis ablehnend sein, da diese Gruppe durch regelmäßiges Monitoring auch tatsächliche Veränderung befürchtet, welche dazu führen könnte, dass derzeit bestehende Vorteile sukzessive eingebüßt werden.
- Es wird erwartet, dass politische Entscheidungsträger und LJP-Mitarbeitende die These überwiegend ablehnen, da die Umsetzung Mehrarbeit bedeuten würde.

[1] Voßkuhle, RW 2010, 326.

[2] Baer, AnwBl 2015, 816; Breidenbach/Gläßer, Eckpunkte für eine neue Juristenausbildung, 2020, S. 31, abrufbar unter ***https://static1.squarespace.com/static/5f57a0f4c4f285361e0f15ec/t/5f65ac55bd90701b223380ef/1600498780025/Eckpunkte+f %C3 %BCr+eine+neue+Juristenausbildung_Langfassung.pdf***, zuletzt abgerufen am 15.12.2021; Lange, in: Kramer/Kuhn/Putzke (Hrsg.), Was muss Juristenausbildung heute leisten?, 2019, S. 19.

4. Deskriptive Statistik

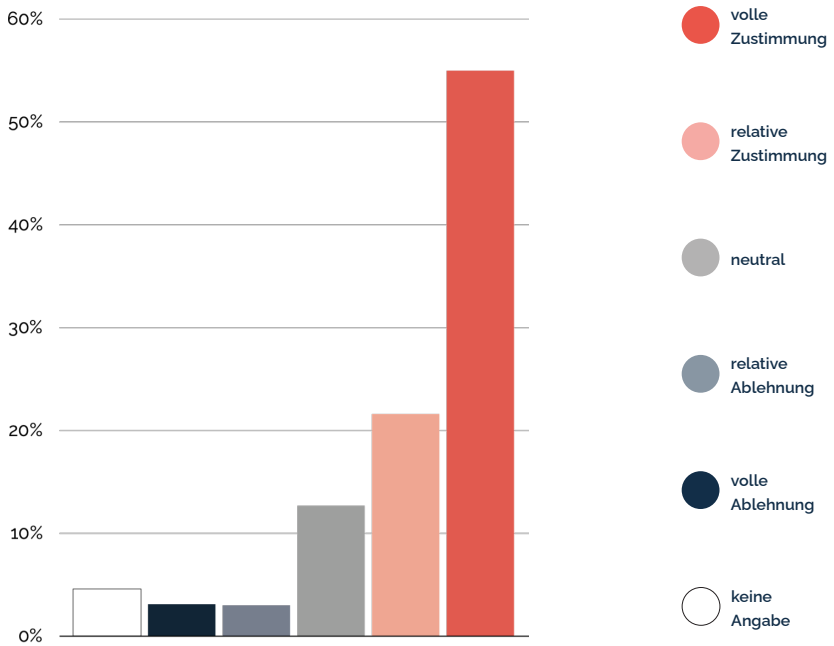
4.1 Gesamtauswertung

***These 4 J** Gesamtauswertung*

Bewertung	Anteil
keine Angabe	4,6 %
volle Ablehnung	3,1 %
relative Ablehnung	3,0 %
neutral	12,7 %
relative Zustimmung	21,6 %
volle Zustimmung	55,0 %
gesamt	**100,0 %**

Die Daten zeigen, dass eine absolute Mehrheit (55 %) eines regelmäßigen Monitorings des Reformbedarfs der juristischen Ausbildung vollständig zustimmt. Dazu kommt eine leichte Zustimmung von 21,6 %, sodass der Anteil derjenigen, die ein regelmäßiges Monitoring grundsätzlich befürworten bei insgesamt 76,6 % liegt. Nur 12,5 % stehen der These neutral gegenüber. Die Ablehnungsquote beträgt insgesamt 6,1 %.

***These 4 J** Gesamtauswertung*



4.2 Alter

Bei Vergleich der Anteile innerhalb der Altersgruppen (% vom Alter) fällt auf, dass die stärkste Zustimmung in der Altersgruppe zwischen 17 und 30 Jahren liegt; hier erreicht der Wert vollständiger Zustimmung zumeist über 60 % (Ausnahme bei 19- und 20-Jährigen, wo die Werte bei 56,3 % bzw. 57, 1 % liegen). Mit zunehmendem Alter sinkt der Wert vollständiger Zustimmung. Pendelt er bei 30-40 Jahren zwischen 40,6 %. Bei den 40-Jährigen und 57,2 % und bei den 31-Jährigen, so variiert dieser Wert ab 40 Jahren – mit wenigen Ausnahmen – im Korridor knapp unterhalb von 50 % und 26,8 %.

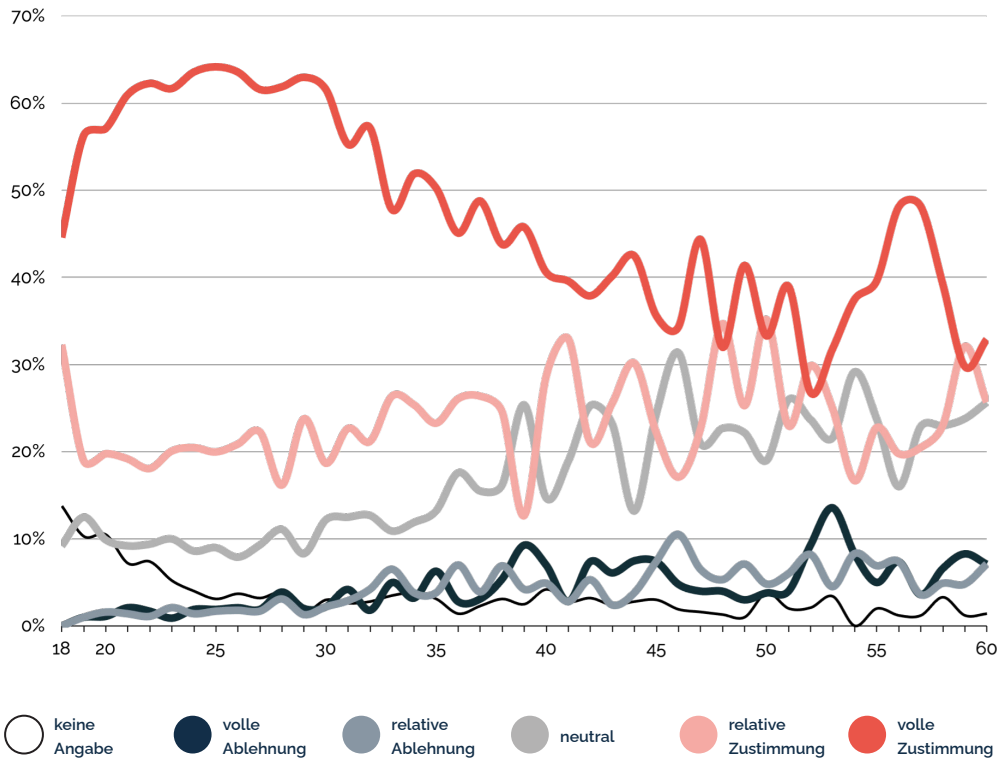
Mit steigendem Alter ist zudem eine Zunahme der Neutralität zu beobachten, welche zwischen 39 und 63 Jahren zumeist oberhalb von 20 % und damit deutlich über dem durchschnittlichen Wert liegt.

Die stärkste Neutralität ist mit 19,6 % bei 40 Jahren zu beobachten.

Die höchste vollständige Ablehnungsrate liegt mit 50,0 % bei 79 Jahren vor, wobei nur zwei Personen in diesem Alter abgestimmt haben. Insgesamt ist die Rate der vollständigen Ablehnung zwischen den 75- bis 79-Jährigen besonders hoch; es handelt sich um insgesamt 15 Personen in dieser Altersspanne. Die relative Ablehnung ist ab 64 Jahren erkennbar höher und erreicht mit 100 % bei einer 83-Jährigen Person (insgesamt eine Person in diesem Alter) ihren Höchstwert. Der nächsthöhere Wert beträgt 25,0 % bei der Altersangabe 71 Jahre.

Insgesamt zeigen die Daten, dass die Ablehnung der These stetig mit zunehmendem Alter steigt. Insbesondere junge Abstimmende stimmen der These (weit) überwiegend zu. Je älter die abstimmenden Personen werden, desto stärker ist eine zunächst neutrale und sodann ablehnende Haltung zu beobachten. Abweichungen bei der Ablehnungsrate gibt es ebenfalls in den 80ern mit teilweise 100 %, was aufgrund der geringen Teilnehmendenzahl in der Altersgruppe nicht aussagekräftig ist.

***These 4 J** Alter*



These 4 J Alter

0 keine Angabe **1** volle Ablehnung **2** relative Ablehnung **3** neutral **4** relative Zustimmung **5** volle Zustimmung

Alter	0	1	2	3	4	5
17	–	–	–	–	–	100 %
18	13,8 %	–	–	9,2 %	32,3 %	44,6 %
19	10,3 %	1,0 %	1,0 %	12,5 %	19,0 %	56,3 %
20	10,5 %	1,1 %	1,6 %	9,9 %	19,8 %	57,1 %
21	7,2 %	2,1 %	1,4 %	9,2 %	19,2 %	61,0 %
22	7,4 %	1,7 %	1,1 %	9,4 %	18,1 %	62,3 %
23	5,2 %	0,9 %	2,1 %	10,0 %	20,1 %	61,7 %
24	4,0 %	1,9 %	1,4 %	8,6 %	20,5 %	63,6 %
25	3,1 %	1,9 %	1,7 %	9,0 %	20,0 %	64,2 %
26	3,7 %	2,1 %	1,8 %	7,9 %	20,9 %	63,6 %
27	3,2 %	1,9 %	1,7 %	9,3 %	22,3 %	61,6 %
28	3,8 %	3,9 %	3,1 %	11,1 %	16,2 %	61,9 %
29	1,6 %	2,0 %	1,3 %	8,3 %	23,8 %	63,0 %
30	3,0 %	2,2 %	2,2 %	12,2 %	18,7 %	61,6 %
31	2,6 %	4,2 %	2,9 %	12,5 %	22,7 %	55,3 %
32	2,8 %	1,8 %	4,2 %	12,7 %	21,2 %	57,2 %
33	3,5 %	5,0 %	6,5 %	10,9 %	26,4 %	47,8 %
34	3,8 %	3,2 %	3,8 %	11,9 %	25,4 %	51,9 %
35	3,1 %	6,3 %	3,8 %	13,2 %	23,3 %	50,3 %
36	1,4 %	2,8 %	7,0 %	17,6 %	26,1 %	45,1 %
37	2,3 %	3,1 %	3,9 %	15,5 %	26,4 %	48,8 %
38	3,1 %	5,4 %	6,9 %	16,2 %	24,6 %	43,8 %
39	2,5 %	9,3 %	4,2 %	25,4 %	12,7 %	45,8 %
40	4,2 %	7,0 %	4,9 %	14,7 %	28,7 %	40,6 %
41	2,8 %	2,8 %	2,8 %	18,9 %	33,0 %	39,6 %
42	3,2 %	7,4 %	5,3 %	25,3 %	21,1 %	37,9 %
43	2,4 %	6,1 %	2,4 %	23,2 %	25,6 %	40,2 %
44	2,8 %	7,5 %	3,8 %	13,2 %	30,2 %	42,5 %
45	3,0 %	7,4 %	7,4 %	24,4 %	22,2 %	35,6 %
46	1,9 %	4,8 %	10,5 %	31,4 %	17,1 %	34,3 %
47	1,6 %	4,0 %	6,5 %	21,0 %	22,6 %	44,4 %
48	1,3 %	4,0 %	5,3 %	22,7 %	34,7 %	32,0 %
49	1,0 %	3,0 %	7,1 %	22,2 %	25,3 %	41,4 %
50	3,8 %	3,8 %	4,8 %	19,0 %	35,2 %	33,3 %

Alter	0	1	2	3	4	5
51	2,0 %	4,0 %	6,0 %	26,0 %	23,0 %	39,0 %
52	2,1 %	9,3 %	8,2 %	23,7 %	29,9 %	26,8 %
53	3,4 %	13,6 %	4,5 %	21,6 %	25,0 %	31,8 %
54	–	8,3 %	8,3 %	29,2 %	16,7 %	37,5 %
55	2,0 %	5,0 %	6,9 %	23,8 %	22,8 %	39,6 %
56	1,2 %	7,4 %	7,4 %	16,0 %	19,8 %	48,1 %
57	1,2 %	3,6 %	3,6 %	22,9 %	20,5 %	48,2 %
58	3,3 %	6,6 %	4,9 %	23,0 %	23,0 %	39,3 %
59	1,2 %	8,3 %	4,8 %	23,8 %	32,1 %	29,8 %
60	1,4 %	7,1 %	7,1 %	25,7 %	25,7 %	32,9 %
61	–	7,1 %	5,4 %	16,1 %	26,8 %	44,6 %
62	3,7 %	5,6 %	5,6 %	20,4 %	24,1 %	40,7 %
63	10,3 %	–	2,6 %	25,6 %	25,6 %	35,9 %
64	4,2 %	4,2 %	16,7 %	8,3 %	25,0 %	41,7 %
65	2,9 %	5,7 %	5,7 %	14,3 %	20,0 %	51,4 %
66	4,5 %	4,5 %	4,5 %	13,6 %	31,8 %	40,9 %
67	–	5,9 %	11,8 %	5,9 %	29,4 %	47,1 %
68	–	–	–	6,7 %	26,7 %	66,7 %
69	–	–	14,3 %	14,3 %	14,3 %	57,1 %
70	–	10,0 %	–	–	20,0 %	70,0 %
71	–	–	25,0 %	–	25,0 %	50,0 %
72	–	–	–	–	–	100 %
73	12,5 %	–	–	12,5 %	50,0 %	25,0 %
74	–	–	–	22,2 %	44,4 %	33,3 %
75	–	16,7 %	–	16,7 %	16,7 %	50,0 %
77	–	–	–	50,0 %	–	50,0 %
78	–	33,3 %	–	33,3 %	–	33,3 %
79	–	50,0 %	–	–	–	50,0 %
81	–	–	–	100 %	–	–
82	–	–	–	–	100 %	–
83	–	–	100 %	–	–	–
84	–	–	–	–	–	100 %
90	–	–	–	–	100 %	–
Σ	**4,3 %**	**3,0 %**	**3,0 %**	**12,6 %**	**21,6 %**	**55,6 %**

4.3 Geschlecht

***These 4 J** Geschlecht*

Geschlecht	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
keine Angabe	19,4 %	4,6 %	4,2 %	13,4 %	17,6 %	40,7 %
divers	5,4 %	12,5 %	8,9 %	14,3 %	19,6 %	39,3 %
männlich	4,3 %	4,5 %	4,2 %	14,1 %	23,8 %	49,1 %
weiblich	4,3 %	1,7 %	1,8 %	11,4 %	19,8 %	61,0 %
gesamt	**4,6 %**	**3,1 %**	**3,0 %**	**12,7 %**	**21,6 %**	**55,0 %**

Die stärkste vollständige Zustimmung ist bei weiblichen Abstimmenden mit 61,0 % zu beobachten. Bei männlichen Teilnehmenden ist die vollständige Zustimmung mit 49,1 % ebenfalls sehr hoch.

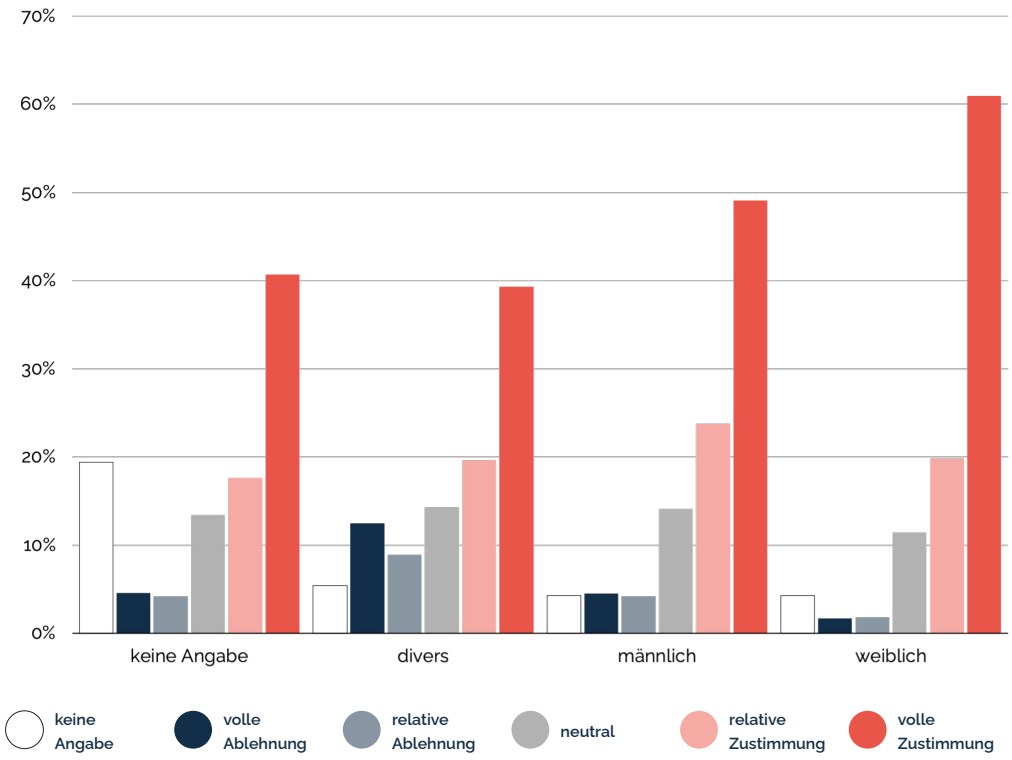
Die moderate Zustimmung ist bei allen Geschlechterangaben ähnlich hoch und variiert zwischen 19,6 % (divers), 19,8 % (weiblich) und 23,8 % (männlich).

Eine neutrale Haltung gegenüber der gegenständlichen These ist zwischen den Geschlechtern ähnlich hoch. 11,4 % der weiblichen, 14,1 % der männlichen und 14,3 % der diversen Abstimmenden stehen dem Monitoringbedarf neutral gegenüber.

Die höchste Rate der vollständigen Ablehnung herrscht unter den diversen Abstimmenden mit 12,5 % vor. Dabei ist zu berücksichtigen, dass von 11.803 gültigen Stimmen nur 56 Personen „divers“ als Geschlecht angegeben haben.

Personen, die kein Geschlecht angegeben haben stimmen der These zu 40,7 % vollständig zu. Die – relative und vollständige – Ablehnung beläuft sich in dieser Personengruppe auf nur 8,8 %.

***These 4 J** Geschlecht*



4.4 Fachsemester

***These 4 J** Fachsemester*

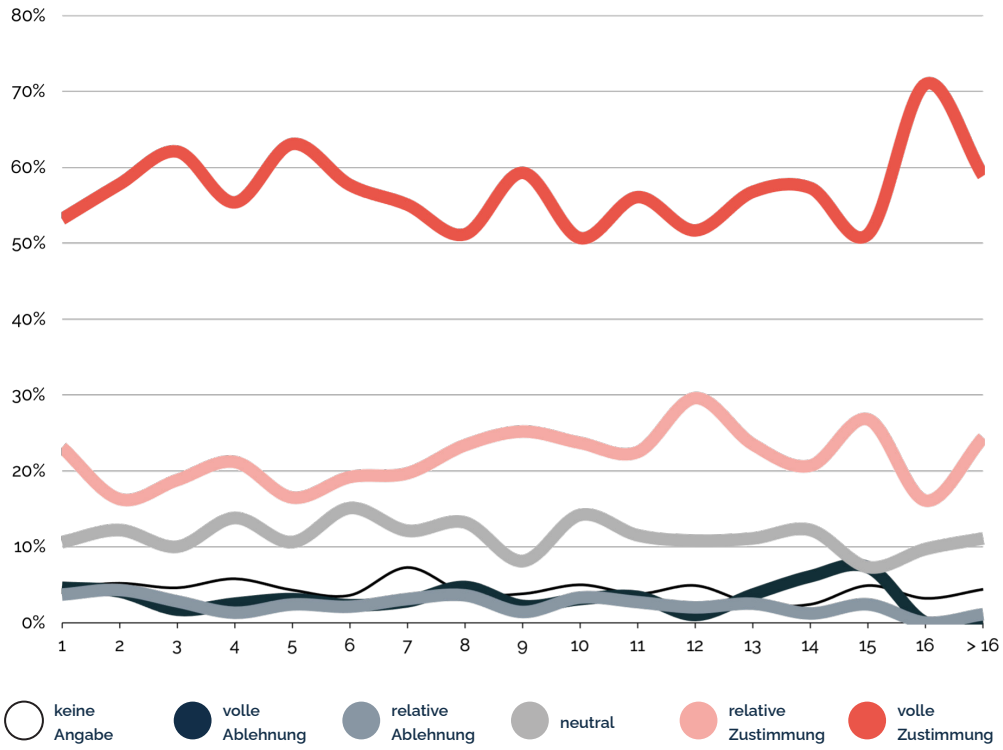
Fachsemester	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
1	4,6 %	4,6 %	3,7 %	10,6 %	23,1 %	53,2 %
2	5,2 %	4,1 %	4,3 %	12,2 %	16,3 %	57,8 %
3	4,6 %	1,7 %	2,8 %	10,0 %	18,8 %	62,1 %
4	5,8 %	2,5 %	1,3 %	13,8 %	21,2 %	55,4 %
5	4,3 %	3,1 %	2,4 %	10,6 %	16,5 %	63,1 %
6	3,6 %	2,3 %	2,1 %	15,1 %	19,2 %	57,7 %
7	7,3 %	2,8 %	3,1 %	12,1 %	19,7 %	55,1 %
8	3,9 %	4,7 %	3,6 %	13,2 %	23,4 %	51,2 %
9	3,8 %	2,2 %	1,4 %	8,1 %	25,2 %	59,3 %
10	5,0 %	3,1 %	3,3 %	14,2 %	23,7 %	50,7 %
11	3,8 %	3,4 %	2,7 %	11,5 %	22,5 %	56,1 %
12	4,9 %	1,0 %	2,0 %	10,8 %	29,6 %	51,7 %
13	2,5 %	3,7 %	2,5 %	11,1 %	23,5 %	56,8 %
14	2,4 %	6,1 %	1,2 %	12,2 %	20,7 %	57,3 %
15	4,9 %	7,3 %	2,4 %	7,3 %	26,8 %	51,2 %
16	3,2 %	–	–	9,7 %	16,1 %	71,0 %
>16	4,4 %	–	1,1 %	11,1 %	24,4 %	58,9 %
gesamt	**4,7 %**	**3,0 %**	**2,6 %**	**12,0 %**	**21,2 %**	**56,6 %**

Die stärkste vollständige Zustimmung ist mit 71,0 % im 16. Semester zu beobachten, gefolgt von 63,1 % im 5. Semester. Über 60 % liegt die vollständige Zustimmung überdies noch bei Abstimmenden des 3. Semesters. Bei den übrigen Semestern die vollständige Zustimmung nie unter 50,7 % (10. Semester).

Die höchste vollständige Ablehnung liegt bei 7,3 % im 15. Semester und damit ebenso wie die hohe Zustimmung im Bereich höherer Semesterzahlen. Im 15. Semester befanden sich allerdings nur drei abstimmende Personen. Mit 6,1 % vollständiger Ablehnung folgen Abstimmende im 14. Semester (fünf Personen).

Die neutrale Haltung variiert unter allen Semessterzahlen zumeist um die Marke der 10 %. Am höchsten ist die neutrale Haltung mit 15,1 % im 6. Semester (59 Personen).

***These 4 J** Fachsemester*



4.5 Gesamtnote

***These 4 J** Gesamtnote*

Gesamtnote	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
1–3	10,7 %	3,6 %	–	14,3 %	17,9 %	53,6 %
4–7	2,5 %	3,5 %	2,7 %	12,4 %	22,4 %	56,4 %
8–10	2,3 %	3,6 %	4,0 %	15,3 %	23,4 %	51,4 %
11–13	2,6 %	6,6 %	5,9 %	17,9 %	24,9 %	42,2 %
14–16	5,8 %	11,6 %	9,9 %	19,8 %	25,6 %	27,3 %
17–18	–	10,0 %	10,0 %	30,0 %	–	50,0 %
gesamt	**2,5 %**	**4,4 %**	**4,2 %**	**15,3 %**	**23,4 %**	**50,1 %**

148 Abstimmende haben zwar Ihre Notenstufe, jedoch keine Aussage bzgl. der These angegeben.

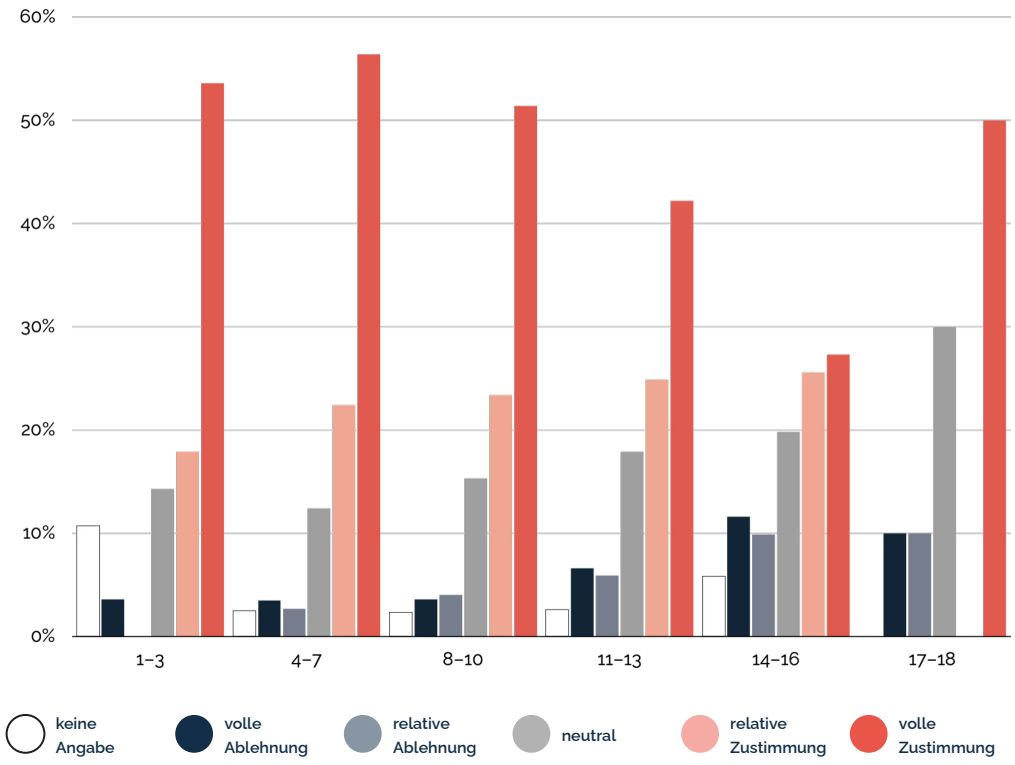
Am stärksten wird der Monitoringbedarf von niedrigeren Notenstufen gesehen. Personen mit der Gesamtnote 4-7 (804 Personen) stimmen der These zu 56,4 % vollständig zu. Gefolgt von Personen mit den Noten 1-3 bei 53,6 % Zustimmung. Im Übrigen sind in den meisten Notenstufen die vollständigen Zustimmungswerte bei nahezu 50 %. Eine Ausnahme stellt die Notenstufe 14-16 (33 Personen) dar. In dieser Notenstufe stimmen nur 27,3 % vollständig zu. Die Quote der relativen Zustimmung liegt mit 25,6 % in der Notenstufe 14-16 am höchsten und mit 17,9 % in der Notenstufe 1-3 am niedrigsten.

Eine neutrale Haltung zur These liegt bei 30 % bei der Notenstufe 17-18 am höchsten und mit 12,4 % in der Notenstufe 4-7 am niedrigsten. Insgesamt liegen die Werte der neutralen Haltung notenstufenübergreifend ähnlich. Eine Ausnahme bildet die Notenstufe 17-18, der aber nur 10 Personen angehören.

Die vollständige Ablehnung der These liegt in der Notenstufe 14-16 mit 11,6 % am höchsten. Der Höchstwert der relativen Ablehnung liegt mit 9,9 % in der gleichen Notenstufe.

Insgesamt fällt auf, dass höhere Notenstufen der These tendenziell ablehnender gegenüberstehen.

***These 4 J** Gesamtnote*



4.6 Studienort

***These 4 J** Studienort*

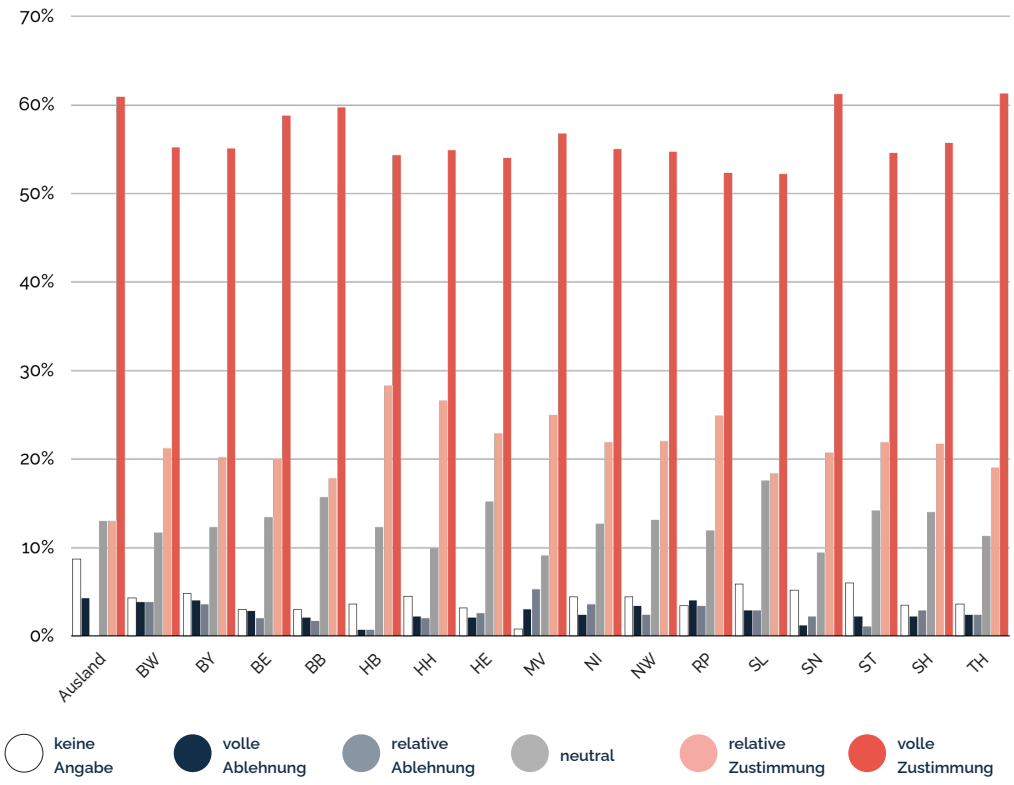
Bundesland	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
Ausland	8,7 %	4,3 %	–	13,0 %	13,0 %	60,9 %
Baden-Württemberg	4,3 %	3,8 %	3,8 %	11,7 %	21,2 %	55,2 %
Bayern	4,8 %	4,0 %	3,6 %	12,3 %	20,2 %	55,1 %
Berlin	3,0 %	2,8 %	2,0 %	13,4 %	20,0 %	58,8 %
Brandenburg	3,0 %	2,1 %	1,7 %	15,7 %	17,8 %	59,7 %
Bremen	3,6 %	0,7 %	0,7 %	12,3 %	28,3 %	54,3 %
Hamburg	4,5 %	2,2 %	2,0 %	9,9 %	26,6 %	54,9 %
Hessen	3,2 %	2,1 %	2,6 %	15,2 %	22,9 %	54,0 %
Mecklenburg-Vorpommern	0,8 %	3,0 %	5,3 %	9,1 %	25,0 %	56,8 %
Niedersachsen	4,4 %	2,4 %	3,6 %	12,7 %	21,9 %	55,0 %
Nordrhein-Westfalen	4,4 %	3,4 %	2,4 %	13,1 %	22,0 %	54,7 %
Rheinland-Pfalz	3,4 %	4,0 %	3,4 %	11,9 %	24,9 %	52,3 %
Saarland	5,9 %	2,9 %	2,9 %	17,6 %	18,4 %	52,2 %
Sachsen	5,2 %	1,2 %	2,2 %	9,4 %	20,7 %	61,2 %
Sachsen-Anhalt	6,0 %	2,2 %	1,1 %	14,2 %	21,9 %	54,6 %
Schleswig-Holstein	3,5 %	2,2 %	2,9 %	14,0 %	21,7 %	55,7 %
Thüringen	3,6 %	2,4 %	2,4 %	11,3 %	19,0 %	61,3 %
gesamt	**4,2 %**	**3,0 %**	**2,9 %**	**12,5 %**	**21,7 %**	**55,7 %**

Die höchste vollständige Zustimmung ist mit 61,3 % bei Studierenden am Studienort in Thüringen festzustellen. Dabei handelt es sich um 103 Personen. Kumuliert – vollständige und moderate Zustimmung – liegt die Zustimmungsquote mit 82,6 % in Bremen am höchsten. Die kumuliert niedrigste Zustimmung herrscht im Saarland vor. Dort stimmen nur 70,6 % zugunsten eines regelmäßigen Monitorings des Reformbedarfs.

Die Werte hinsichtlich einer neutralen Einstellung zur These sind über alle Bundesländer hinweg ähnlich hoch. Die Werte variieren zwischen dem Höchstwert von 17,6 % im Saarland und 9,4 % in Sachsen, wobei die meisten Werte im Bereich zwischen 10 % und 15 % liegen.

Die höchste relative Ablehnung erfährt die These in Mecklenburg-Vorpommern mit 5,3 %. Die stärkste vollständige Ablehnung herrscht dagegen unter den Abstimmenden, die ihren Abschluss im Ausland erworben haben vor und beträgt 4,3 %; hierbei handelt es sich allerdings um lediglich eine Person. Ähnlich hoch ist die vollständige Ablehnung der These mit jeweils 4,0 % in Bayern und Rheinland-Pfalz.

***These 4 J** Studienort*



4.7 Verhältnis zur juristischen Ausbildung

***These 4 J** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*

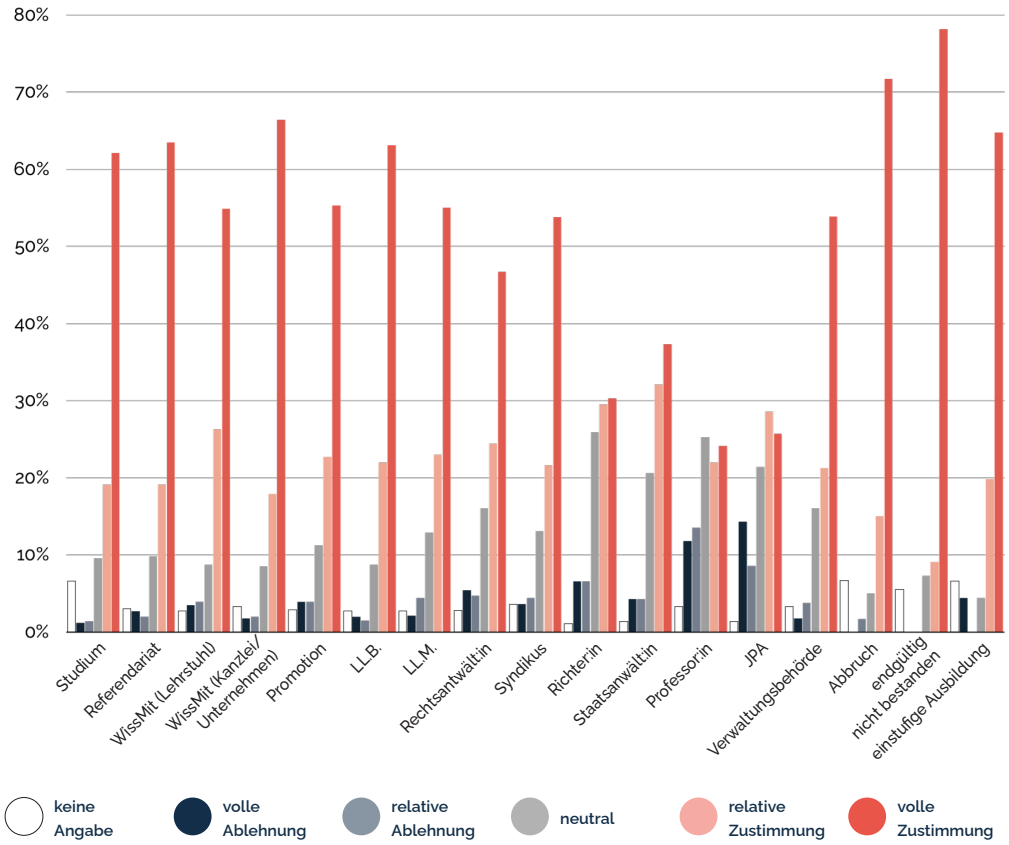
Beruf	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
Studium	6,6 %	1,2 %	1,4 %	9,6 %	19,1 %	62,1 %
Referendariat	3,0 %	2,7 %	2,0 %	9,8 %	19,1 %	63,5 %
WissMit (Lehrstuhl)	2,7 %	3,5 %	3,9 %	8,7 %	26,3 %	54,9 %
WissMit (Kanzlei)	3,3 %	1,8 %	2,0 %	8,5 %	17,9 %	66,4 %
Promotion	2,9 %	3,9 %	3,9 %	11,2 %	22,7 %	55,3 %
LL.B.	2,7 %	2,0 %	1,5 %	8,7 %	22,0 %	63,1 %
LL.M.	2,7 %	2,1 %	4,4 %	12,9 %	23,0 %	55,0 %
Rechtsanwält:in	2,8 %	5,4 %	4,7 %	16,0 %	24,4 %	46,7 %
Syndikus	3,6 %	3,6 %	4,4 %	13,1 %	21,6 %	53,8 %
Richter:in	1,1 %	6,6 %	6,6 %	25,9 %	29,5 %	30,3 %
Staatsanwält:in	1,4 %	4,3 %	4,3 %	20,6 %	32,1 %	37,3 %
Professor:in	3,3 %	11,8 %	13,5 %	25,3 %	22,0 %	24,1 %
JPA	1,4 %	14,3 %	8,6 %	21,4 %	28,6 %	25,7 %
Verwaltungsbehörde	3,3 %	1,8 %	3,8 %	16,0 %	21,3 %	53,9 %
Abbruch	6,7 %	0,0 %	1,7 %	5,0 %	15,0 %	71,7 %
endgültig nicht bestanden	5,5 %	0,0 %	0,0 %	7,3 %	9,1 %	78,2 %
einstufige Ausbildung	6,6 %	4,4 %	0,0 %	4,4 %	19,8 %	64,8 %

Die stärkste vollständige Zustimmung ist bei Abstimmenden, die das Studium abgebrochen bzw. die erste juristische Prüfung endgültig nicht bestanden haben zu verzeichnen (71,7 % und 78,2 %). Auch bei Studierenden und Referendar:innen ist die vollständige Zustimmung hoch (62,1 % und 63,5 %). Es fällt auf, dass die niedrigsten vollständigen Zustimmungswerte klar bei den Professor:innen und Mitarbeitenden der LJPAer liegt (24,1 % und 25,7 %). Die kumulierte Zustimmung – vollständig und relativ – ist unter den Personen, die das Studium endgültig nicht bestanden haben, mit 87,3 % am höchsten. Während die meisten Personengruppen insgesamt der These bisweilen sehr eindeutig positiv gegenüberstehen, findet die Zustimmung zur These unter Professor:innen keine absolute Mehrheit (46,1 %). Unter den Mitarbeiter:innen der LJPAer wird diese Hürde nur knapp übertroffen (54,3 %). Ebenfalls auffällig ist, dass die Zustimmung unter Personen die bereits qualifiziert im Beruf stehen (Richter:innen; Staatsanwält:innen, Rechtsanwält:innen, Syndika, Verwaltungsjurist:innen) tendenziell niedriger liegt als unter Personengruppen, die noch näher mit der Ausbildung befasst sind (Studium bzw. Qualifizierungsphase).

Die Neutralität in Bezug auf die These ist unter Richter:innen (25,9 %), Professor:innen (25,3 %), LJPA-Mitarbeiter:innen (21,4 %) und Staatsanwält:innen (20,6 %) am höchsten.

Lediglich Professor:innen (11,8 %) und LJPA-Mitarbeiter:innen (14,3 %) lehnen die These mit zweistelligen Prozentpunkten vollständig ab. Kumuliert lehnt über ein Viertel der Professor:innen ein regelmäßiges Monitoring des Reformbedarfs der juristischen Ausbildung ab (25,3 %); der höchste kumulierte Ablehnungswert.

***These 4 J** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*



5. Ergebnis bzgl. Erwartungen

Es herrscht überwiegend klare Zustimmung zur These, dass der Reformbedarf der juristischen Ausbildung regelmäßigem Monitoring unterzogen werden sollte. Die Zustimmungsraten liegen teilweise bei nahezu 90 %. Somit deckt sich die Einstellung der abstimmenden Personen mit der Tatsache, dass in der wissenschaftlichen Diskussion – wie die Literaturauswertung von iur.reform gezeigt hat – keine Contra-Argumente gegen ein Monitoring vorgetragen wurden.

Die Hypothese bestätigt sich. Die Zustimmung ist insgesamt hoch, jedoch unter Personen, die sich noch in der Ausbildung befinden oder in nahem zeitlichem Kontext zu ihr stehen, am höchsten. Je länger die Ausbildung zeitlich zurückzuliegen scheint, desto stärker nimmt die Zustimmung ab. Durch besonders hohe Ablehnungszahlen stechen – wie erwartet – Professor:innen und Mitarbeitende der LJPAer hervor.

These 5 A: Grundlagenfächer stärken

1. Thesenhintergrund

Die These wurde in der Literatur häufiger diskutiert, besonders in den 2010er-Jahren. Erste Beiträge reichen jedoch zurück bis ins Jahr 2001. Insgesamt zählten wir bei unserer Analyse 21 Pro- und sechs Contra-Argumente.[1] Allerdings sollte beachtet werden, dass teilweise eine Vielzahl von Argumenten teils von dem oder derselben Autor:in veröffentlicht wurde.

2. Thesengestaltung

Die Rolle der Grundlagenfächer (wie bspw. Methodenlehre, Rechtsgeschichte, Rechtsphilosophie, etc.) im Studium sollte gestärkt werden.

Es gab folgenden Erläuterungstext dazu: „Dies kann etwa über eine stärkere Betonung der Grundlagenfächer in den Examensklausuren oder eine grundsätzlichere Einbindung in die Prüfungssituationen während des gesamten Studiums geschehen."

Für die These gab es folgende Argumente, die auf der iur.reform-Webseite als Nachweise zu finden sind:

Pro	Contra
1. Die Grundlagenfächer können beim Umgang mit dem Prüfungsstoff helfen. Eigentlich sollte nicht die Fähigkeit mit einzelnen Gesetzen umzugehen im Vordergrund stehen, sondern die systematisch methodische Lösung eines Problems als Kernfähigkeit.	1. Recht ist ein in sich geschlossenes System, dass unabhängig von äußeren Einflüssen besteht. Grundlagenfächer wie die Rechtssoziologie, die auch außerhalb der Dogmatik liegende Faktoren untersuchen, stören dieses System.
2. Wenn die Grundlagenfächer zum Prüfungsstoff aufsteigen, steigt auch deren Relevanz im Studium.	2. Die Grundlagenfächer sollten im Grundstudium das juristische Denken schulen. Konzentriert man sich zu sehr auf Grundlagenfächer im Examen entfernt man sich noch weiter von einer zumindest an der Praxis orientierten Prüfung im Examen. In den USA werden die Grundlagenfächer zwar verstärkt gelehrt, dort wird aber über die Anwendungsferne des Studiums geklagt.
3. Grundlagenfächer führen zu mehr politischem Hintergrundwissen. Gerade als Praktiker:in muss man sich auch an politischen Willensbildungsprozessen beteiligen, wenn man Veränderungen herbeiführen will.	3. Der Dialog zwischen Wissenschaft und Rechtsprechung wird beeinträchtigt, wenn die Rechtsdogmatik hinter einer stärkeren Integration der Grundlagenfächer zurücktreten muss.

3. Hypothese

Wir formulierten folgende Erwartungen für die These:

- Generell erwarten wir eher ein ablehnendes Abstimmungsverhalten. Dies erwarten wir insbesondere bei Studierenden, unter denen Grundlagenfächer nicht beliebt sind und deren Relevanz oft erst nach dem universitären Studium erkannt wird.
- Bei Professor:innen hingegen erwarten wir eine größere Zustimmung, unter anderem da im Rahmen des Grundlagenfächer oft wissenschaftlichere Inhalte lehrbar sind.
- Für die Gruppe der Absolvent:innen hingegen erwarten wir ein gespaltenes Bild, was daran liegen könnte, dass Teilnehmende dieser Gruppen während des Studiums eher negative Erfahrungen im Hinblick auf Grundlagenfächer gemacht und deren Notwendigkeit eventuell erst danach gesehen haben.

[1] Vgl. Literaturauswertung, Reiter „Reformoptionen und Argumente", Zeile 243ff, abrufbar unter ***https://onedrive.live.com/view.aspx?resid=D3C707BB028AE925!323&ithint=file %2cxlsx&authkey=!AL-pfNdqHMWoqWw***.

4. Deskriptive Statistik

4.1 Gesamtauswertung

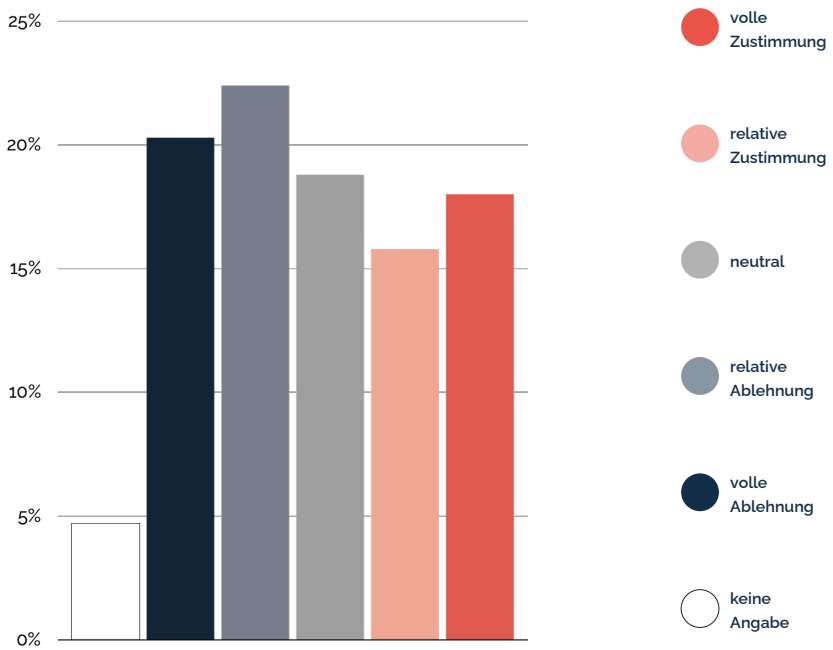
***These 5 A** Gesamtauswertung*

Bewertung	Anteil
keine Angabe	4,7 %
volle Ablehnung	20,3 %
relative Ablehnung	22,4 %
neutral	18,8 %
relative Zustimmung	15,8 %
volle Zustimmung	18,0 %
gesamt	**100,0 %**

Die nachfolgende zeigt die insgesamt abgegebenen Stimmen zur These, dass die Rolle der Grundlagenfächer im Studium gestärkt werden sollte. Die durchschnittliche Bewertung dieser These liegt bei 2,9 (Durchschnittswert der verfügbaren Antwortoptionen von 0 bis 5 auf der Skala).

Auf den ersten Blick wird klar, dass das Abstimmungsergebnis deutlich ausgeglichener und differenzierter ist, als dies manch anderen These der Fall gewesen ist (z.B. integrierter Bachelor). So kann man aus der Tabelle sehen, dass die Ergebnisse über alle Antwortmöglichkeiten hinweg relativ ähnlich ist, mit Ausnahme keiner Antwort sowie der teilweisen Zustimmung. Der Höchstwert wird hierbei für die teilweise Ablehnung mit 22,4 % ersichtlich. Weitere 20,3 % der gesamten Teilnehmenden haben die These vollständig abgelehnt. Im Vergleich dazu, haben „nur“ 15,8 % die These teilweise, und zusätzliche 18,0 % vollständig zugestimmt. Etwas höher als die individuellen Zustimmungswerte ist auch die Anzahl jener, die neutral zur These stehen (18,8 %). Somit ergibt sich eine höhere generelle Ablehnung von 42,7 % im Verglich zur generellen Zustimmung mit lediglich 33,8 %.

***These 5 A** Gesamtauswertung*



4.2 Alter

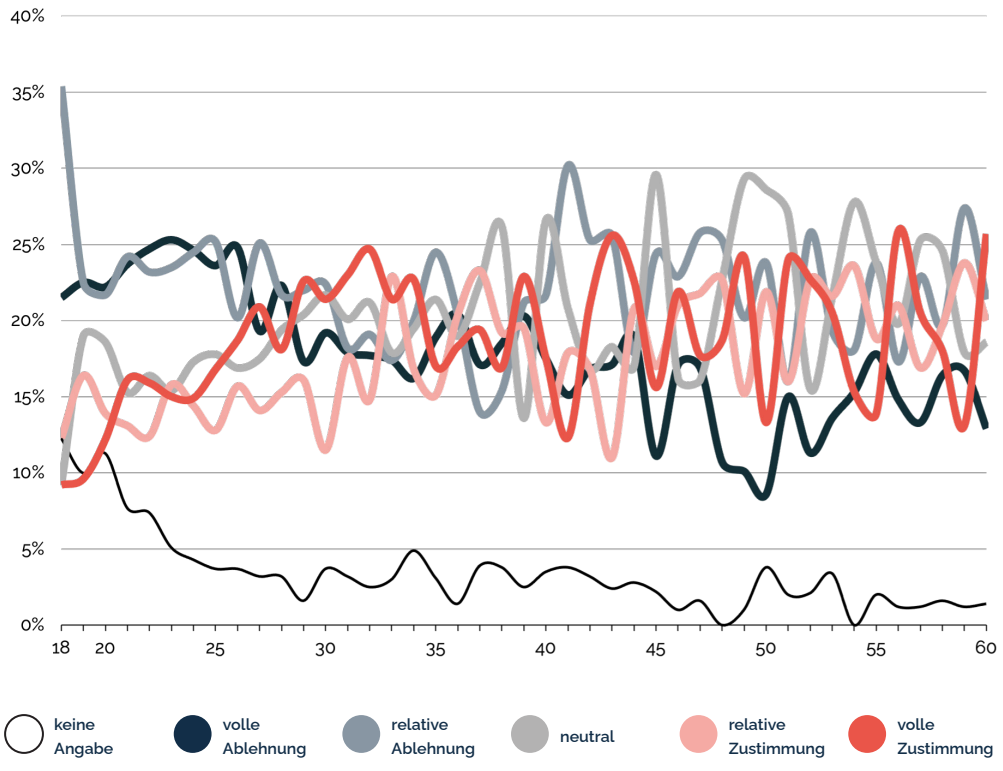
Im Vergleich zu den Zahlen der Gesamtauswertung zeigt sich, dass die Gesamtwerte sich nur im Promillepunktbereich verschoben haben. Es lässt sich konstatieren, dass die Zustimmung nach Alter ähnlich zur unkategorisierten Gesamtzustimmung verteilt ist. Dabei gibt es eine klare Tendenz zur generellen Ablehnung (vollständig und teilweise) der These von 42,9 %. Demgegenüber steht eine generelle Zustimmung zur These mit „nur“ 33,9 %–also einer Differenz von 9 %. Weitere 18,9 % stehen der These wiederum neutral gegenüber.

Ein genauerer Blick auf einzelne Altersgruppen in der Tabelle zeichnet wiederum ein eher diffuses Bild. Denn bestimmte Korrelationen lassen sich auch für diese These nicht erkennen. Vielmehr gibt es Altersgruppen, in denen eine Tendenz hin zur generellen Ablehnung klar wird. Doch es gibt ebenfalls Altersgruppen, in denen das Abstimmungsverhältnis durchaus ausgewogen erscheint, so z.B. bei den 29-jährigen Teilnehmenden, von 39,3 % die These generell ablehnen, 38,7 % ihr aber generell zustimmen. Besonders auffällig ist die generelle Ablehnung der Teilnehmenden solcher Altersgruppen, die sich typischerweise noch innerhalb der juristischen Ausbildung befinden. Dies sind hier vor allem die Altersgruppen von 18 bis 26 Jahren. Innerhalb dieser Gruppen lässt sich eine generelle Ablehnung von mindestens 40 % konstatieren, d.h. isoliert für die vollständige sowie teilweise Ablehnung haben jeweils mindestens 20 %, oft aber auch mehr, der Teilnehmenden dieser Altersgruppe gestimmt. Im Kontrast dazu bewegen sich die vollständige sowie teilweise Zustimmung jedoch nur in einem zweistelligen Bereichen unterhalb der eben erwähnten 20 %.

Stellt man die beiden Extreme (vollständige Ablehnung, vollständige Zustimmung) direkt gegenüber, so lässt sich immerhin erkennen, dass der Wert für die vollständige Zustimmung zur These zumindest bei Altersgruppen ab dem Alter von 29 Jahren generell höher zu sein scheint, als dies bei den Altersgruppen der Fall ist, die sich aufgrund ihres Alters typischerweise noch in der juristischen Ausbildung befinden könnten. Zugleich lässt sich für die vollständige Ablehnung konstatieren, dass diese lediglich etwas weniger abnimmt, jedoch beständig zweistellig verbleibt.

Die Abbildung zeigt insbesondere die in der Tendenz mehrheitliche generelle Ablehnung der Teilnehmenden bis zum Alter von 26 Jahren.

***These 5 A** Alter*



***These 5 A** Alter*

0 keine Angabe **1** volle Ablehnung **2** relative Ablehnung **3** neutral **4** relative Zustimmung **5** volle Zustimmung

Alter	0	1	2	3	4	5
17	–	–	100 %	–	–	–
18	12,3 %	21,5 %	35,4 %	9,2 %	12,3 %	9,2 %
19	10,0 %	22,5 %	22,5 %	19,0 %	16,4 %	9,6 %
20	11,3 %	22,2 %	21,7 %	18,6 %	13,9 %	12,2 %
21	7,7 %	23,7 %	24,2 %	15,3 %	13,1 %	16,1 %
22	7,4 %	24,7 %	23,2 %	16,4 %	12,4 %	15,9 %
23	5,1 %	25,3 %	23,5 %	15,4 %	15,8 %	15,0 %
24	4,3 %	24,6 %	24,5 %	17,3 %	14,4 %	14,9 %
25	3,7 %	23,6 %	25,2 %	17,8 %	12,8 %	16,8 %
26	3,7 %	24,8 %	20,2 %	16,9 %	15,7 %	18,7 %
27	3,2 %	19,3 %	25,1 %	17,5 %	14,1 %	20,9 %
28	3,2 %	22,3 %	21,7 %	19,4 %	15,3 %	18,1 %
29	1,6 %	17,3 %	22,0 %	20,4 %	16,1 %	22,6 %
30	3,7 %	19,2 %	22,4 %	21,7 %	11,5 %	21,4 %
31	3,2 %	17,9 %	18,2 %	20,1 %	17,6 %	23,0 %
32	2,5 %	17,7 %	19,1 %	21,2 %	14,8 %	24,7 %
33	3,0 %	17,4 %	17,4 %	17,9 %	22,9 %	21,4 %
34	4,9 %	16,2 %	20,0 %	19,5 %	16,8 %	22,7 %
35	3,1 %	18,9 %	24,5 %	21,4 %	15,1 %	17,0 %
36	1,4 %	20,4 %	20,4 %	19,0 %	20,4 %	18,3 %
37	3,9 %	17,1 %	14,0 %	22,5 %	23,3 %	19,4 %
38	3,8 %	18,5 %	15,4 %	26,2 %	19,2 %	16,9 %
39	2,5 %	20,3 %	21,2 %	13,6 %	19,5 %	22,9 %
40	3,5 %	17,5 %	21,7 %	26,6 %	13,3 %	17,5 %
41	3,8 %	15,1 %	30,2 %	20,8 %	17,9 %	12,3 %
42	3,2 %	16,8 %	25,3 %	16,8 %	16,8 %	21,1 %
43	2,4 %	17,1 %	25,6 %	18,3 %	11,0 %	25,6 %
44	2,8 %	18,9 %	17,9 %	17,0 %	20,8 %	22,6 %
45	2,2 %	11,1 %	24,4 %	29,6 %	17,0 %	15,6 %
46	1,0 %	17,1 %	22,9 %	16,2 %	21,0 %	21,9 %
47	1,6 %	16,9 %	25,8 %	16,1 %	21,8 %	17,7 %
48	–	10,7 %	25,3 %	22,7 %	22,7 %	18,7 %
49	1,0 %	10,1 %	20,2 %	29,3 %	15,2 %	24,2 %
50	3,8 %	8,6 %	23,8 %	28,6 %	21,9 %	13,3 %

Alter	0	1	2	3	4	5
51	2,0 %	15,0 %	16,0 %	27,0 %	16,0 %	24,0 %
52	2,1 %	11,3 %	25,8 %	15,5 %	22,7 %	22,7 %
53	3,4 %	13,6 %	19,3 %	21,6 %	21,6 %	20,5 %
54	–	15,3 %	18,1 %	27,8 %	23,6 %	15,3 %
55	2,0 %	17,8 %	23,8 %	23,8 %	18,8 %	13,9 %
56	1,2 %	14,8 %	17,3 %	19,8 %	21,0 %	25,9 %
57	1,2 %	13,3 %	22,9 %	25,3 %	16,9 %	20,5 %
58	1,6 %	16,4 %	19,7 %	24,6 %	19,7 %	18,0 %
59	1,2 %	16,7 %	27,4 %	17,9 %	23,8 %	13,1 %
60	1,4 %	12,9 %	21,4 %	18,6 %	20,0 %	25,7 %
61	1,8 %	10,7 %	25,0 %	14,3 %	23,2 %	25,0 %
62	1,9 %	13,0 %	18,5 %	16,7 %	25,9 %	24,1 %
63	10,3 %	2,6 %	10,3 %	33,3 %	15,4 %	28,2 %
64	4,2 %	16,7 %	16,7 %	25,0 %	12,5 %	25,0 %
65	2,9 %	20,0 %	25,7 %	8,6 %	22,9 %	20,0 %
66	9,1 %	9,1 %	18,2 %	36,4 %	4,5 %	22,7 %
67	–	–	23,5 %	17,6 %	29,4 %	29,4 %
68	–	6,7 %	33,3 %	33,3 %	–	26,7 %
69	–	–	14,3 %	–	14,3 %	71,4 %
70	–	–	30,0 %	20,0 %	20,0 %	30,0 %
71	–	–	12,5 %	37,5 %	25,0 %	25,0 %
72	–	–	–	40,0 %	20,0 %	40,0 %
73	–	–	37,5 %	25,0 %	37,5 %	–
74	–	11,1 %	22,2 %	44,4 %	11,1 %	11,1 %
75	–	16,7 %	33,3 %	–	33,3 %	16,7 %
77	–	–	–	25,0 %	25,0 %	50,0 %
78	–	–	33,3 %	–	–	66,7 %
79	–	–	–	–	50,0 %	50,0 %
81	–	–	–	–	–	100 %
82	–	–	–	100 %	–	–
83	–	–	–	–	–	100 %
84	–	100 %	–	–	–	–
90	–	–	–	100 %	–	–
Σ	**4,4 %**	**20,4 %**	**22,5 %**	**18,9 %**	**15,8 %**	**18,1 %**

4.3 Geschlecht

***These 5 A** Geschlecht*

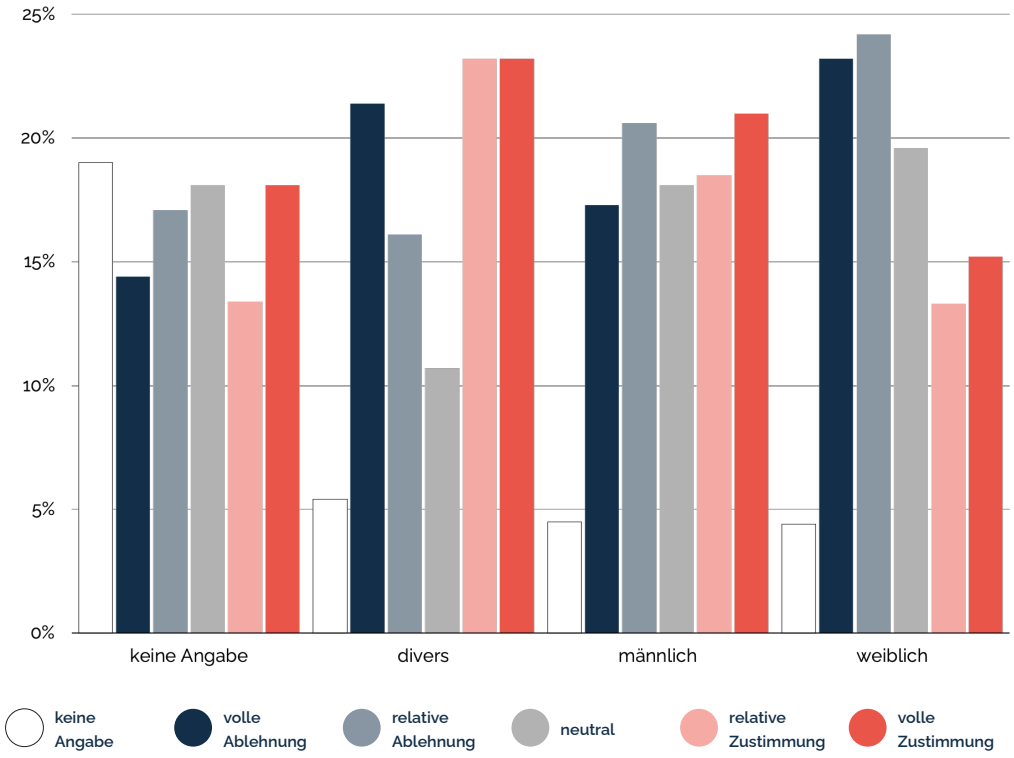
Geschlecht	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
keine Angabe	19,0 %	14,4 %	17,1 %	18,1 %	13,4 %	18,1 %
divers	5,4 %	21,4 %	16,1 %	10,7 %	23,2 %	23,2 %
männlich	4,5 %	17,3 %	20,6 %	18,1 %	18,5 %	21,0 %
weiblich	4,4 %	23,2 %	24,2 %	19,6 %	13,3 %	15,2 %
gesamt	**4,7 %**	**20,3 %**	**22,4 %**	**18,8 %**	**15,8 %**	**18,0 %**

Ein sehr ähnliches Ergebnis lässt sich ebenfalls aus dieser Tabelle erkennen. Eine leichte tendenzielle Mehrheit von 42,7 % hat sich generell gegen die These ausgesprochen, wobei ihr 33,8 % generell zustimmen. 18,8 % stehen ihr wiederum neutral gegenüber.

Nichtsdestotrotz wird deutlich, dass 47,4 %, und damit von allen geschlechtsspezifischen Kategorisierungsoptionen am meisten, der weiblichen Teilnehmenden, die These generell ablehnen. Für die diversen Teilnehmenden sind dies hingegen 37,5 % und damit knapp 10 % weniger. Die höchste generelle Zustimmung (46,4 %) lässt sich zugleich bei Teilnehmenden mit der derselben Angabe zum Geschlecht feststellen, jedoch sollte beachtet werden, dass zu dieser Kohorte insgesamt nur 56 Teilnehmende gehören. Vor allem die männlichen Teilnehmenden sowie jene, die keine geschlechtsspezifische Angabe gemacht haben, scheinen besonders unentschlossen zu sein, da sich die Abstimmungsverhältnisse, sowohl für die generelle Ablehnung als auch für die generelle Zustimmung, auf einem sehr ähnlichen Niveau befinden.

Die Abbildung visualisiert dieses Ergebnis auch nochmal und zeigt dabei auf, dass das Abstimmungsverhalten männlicher Teilnehmender nicht ganz so deutlich ist, wie bei weiblichen Teilnehmenden.

***These 5 A** Geschlecht*



4.4 Fachsemester

***These 5 A** Fachsemester*

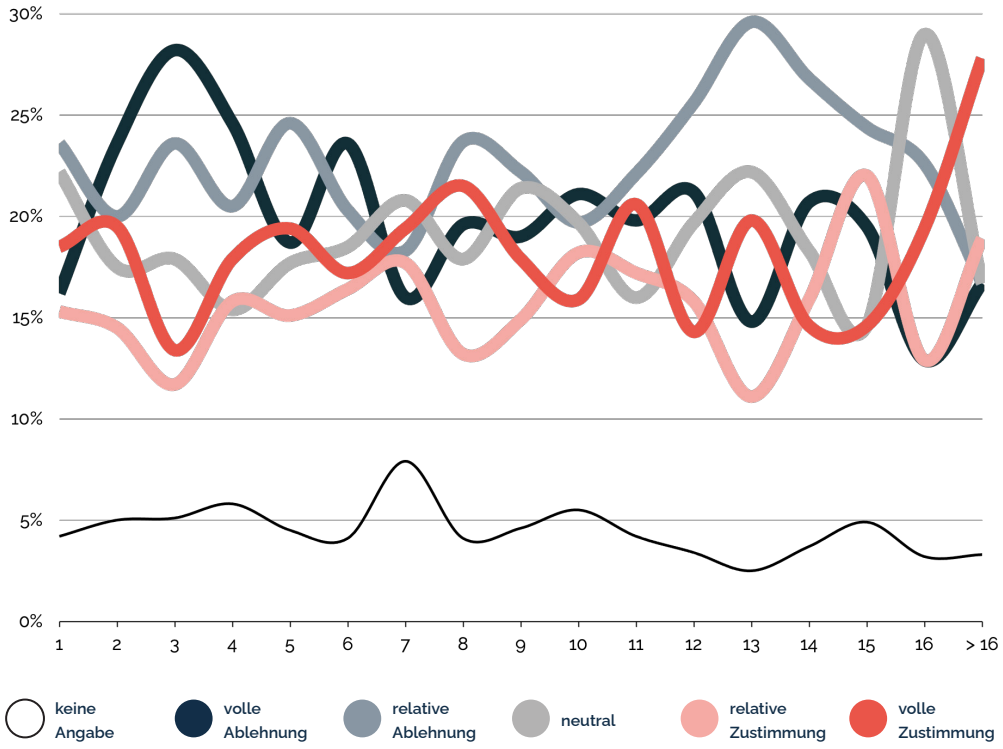
Fachsemester	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
1	4,2 %	16,2 %	23,6 %	22,2 %	15,3 %	18,5 %
2	5,0 %	23,6 %	20,0 %	17,5 %	14,5 %	19,5 %
3	5,1 %	28,2 %	23,6 %	17,9 %	11,7 %	13,4 %
4	5,8 %	24,6 %	20,5 %	15,4 %	15,8 %	17,9 %
5	4,5 %	18,7 %	24,6 %	17,7 %	15,1 %	19,4 %
6	4,1 %	23,6 %	20,3 %	18,5 %	16,4 %	17,2 %
7	7,9 %	16,0 %	18,3 %	20,8 %	17,7 %	19,4 %
8	4,1 %	19,6 %	23,7 %	17,9 %	13,2 %	21,5 %
9	4,6 %	19,0 %	22,2 %	21,4 %	14,9 %	17,9 %
10	5,5 %	21,1 %	19,7 %	19,7 %	18,2 %	15,9 %
11	4,2 %	19,8 %	22,1 %	16,0 %	17,2 %	20,6 %
12	3,4 %	21,2 %	25,6 %	19,7 %	15,8 %	14,3 %
13	2,5 %	14,8 %	29,6 %	22,2 %	11,1 %	19,8 %
14	3,7 %	20,7 %	26,8 %	18,3 %	15,9 %	14,6 %
15	4,9 %	19,5 %	24,4 %	14,6 %	22,0 %	14,6 %
16	3,2 %	12,9 %	22,6 %	29,0 %	12,9 %	19,4 %
>16	3,3 %	16,7 %	16,7 %	16,7 %	18,9 %	27,8 %
gesamt	**4,9 %**	**20,9 %**	**21,9 %**	**18,6 %**	**15,5 %**	**18,2 %**

Insgesamt zeigt die Tabelle, dass auch das Abstimmungsverhalten kategorisiert nach Fachsemestern durchaus differenziert zu sein scheint, ähnlich wie dies zuvor auch schon zu beobachten gewesen ist. So lässt sich aus der Tabelle erkennen, dass es zwar einmal mehr eine in der Tendenz leichte Mehrheit von 42,8 % der Teilnehmenden gibt, die die These generell ablehnen, also im Sinne von „vollständig“ und „relativ“. Weitere 33,7 % der Teilnehmenden hingegen, stimmen der These vollständig zu, wobei 18,6 % letztliche neutral abgestimmt haben.

Auch bei einer genaueren Betrachtung bestimmter Fachsemester, zeigt sich letztlich nur ein sehr differenziertes Bild. Konstant liegen die Abstimmungswerte für die einzelnen Abstimmungsoptionen in einem zweistelligen Bereich, ein klares Gefälle, wie dies schon bei vorigen These teils zu beobachten war, zeigt sich hier mithin nicht. Studierende einzelner weniger Fachsemester, z.B. Fachsemester 7, haben sich jedoch eher für die generelle Zustimmung zur These ausgesprochen. Im genannten Beispiel liegt die generelle Zustimmung insgesamt bei 37,1 %, wobei etwas weniger, also 34,3 % die These generell ablehnen. Darüber hinaus auffällig erscheinen auch die Werte für die neutrale Abstimmung, die teilweise ähnlich ausfallen wie die anderer Antwortoptionen oder sogar höher sind. Im Beispiel von Fachsemester 7 liegt dieser Wert bei 20,8 % und ist für diese Kohorte sogar der höchste Wert, d.h. dass die meisten Teilnehmenden, die als Fachsemester „7“ angegeben haben, neutral zur These stehen.

Im Ergebnis erscheint das Abstimmungsverhalten einmal mehr, auch nach Fachsemestern kategorisiert, von einer gewissen Unsicherheit geprägt zu sein. Deutlich wird jedoch, dass eine Tendenz insgesamt in Richtung genereller Ablehnung der These besteht.

***These 5 A** Fachsemester*



4.5 Gesamtnote

***These 5 A** Gesamtnote*

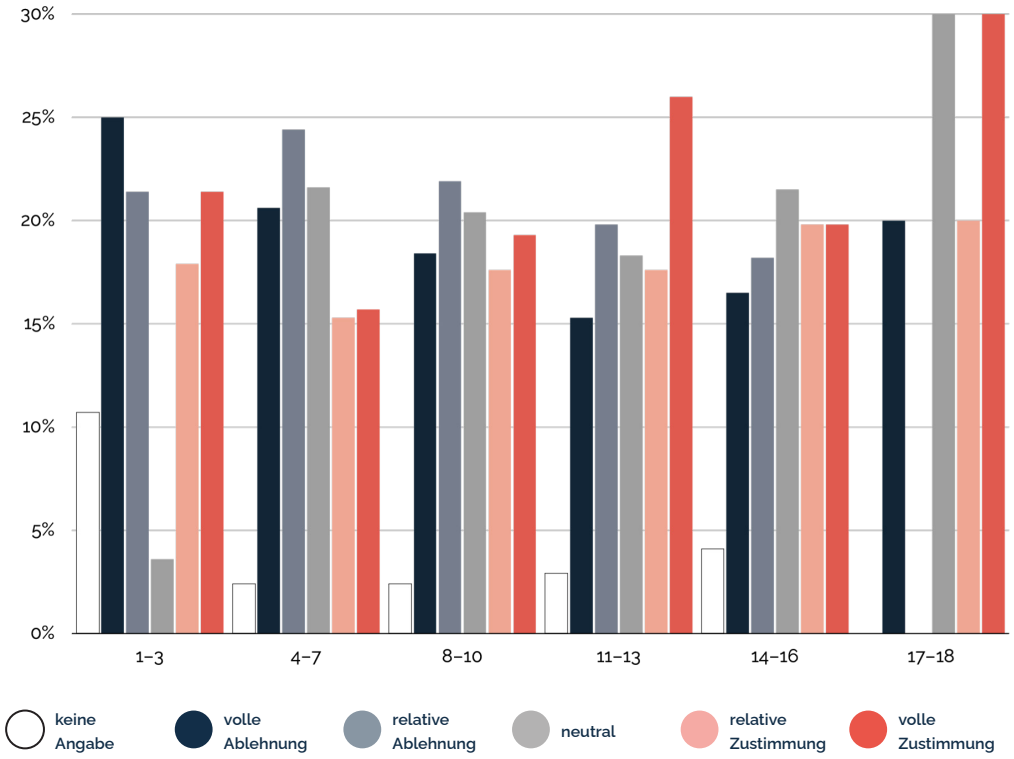
Gesamtnote	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
1–3	10,7 %	25,0 %	21,4 %	3,6 %	17,9 %	21,4 %
4–7	2,4 %	20,6 %	24,4 %	21,6 %	15,3 %	15,7 %
8–10	2,4 %	18,4 %	21,9 %	20,4 %	17,6 %	19,3 %
11–13	2,9 %	15,3 %	19,8 %	18,3 %	17,6 %	26,0 %
14–16	4,1 %	16,5 %	18,2 %	21,5 %	19,8 %	19,8 %
17–18	–	20,0 %	–	30,0 %	20,0 %	30,0 %
gesamt	**2,6 %**	**18,2 %**	**22,0 %**	**20,2 %**	**17,1 %**	**20,0 %**

Insgesamt zeigt Tabelle ein leicht anderes Bild, als die Tabellen voriger Kategorien. Hiesig wird deutlich, dass das Abstimmungsergebnis nach Notenstufen aufgeschlüsselt, noch etwas unklarer zu sein scheint. Dies zeigt sich nicht zuletzt nur daran, dass 20,2 % der Teilnehmenden neutral abgestimmt haben. Zusätzlich wird deutlich, dass die generelle Ablehnung bei 40,2 % liegt und die generelle Zustimmung leicht darunter bei 37,1 %. Daraus ergibt sich nur eine Differenz von 3,1 %. Dies entspricht etwas mehr als den 2,6 % der Teilnehmenden, die weder eine Angabe zur These noch zu ihrer Notenstufe gemacht haben. Auch bei genauerer Analyse der Abstimmungsergebnisse der Teilnehmenden einzelner Notenstufen zeigen sich konstant recht ähnliche Werte von um die 20,0 %.

Zwar haben im Ergebnis mehr Teilnehmende gegen die These gestimmt und sie abgelehnt, der Unterschied ist jedoch insignifikant. Doch weder eine Addition der jeweils vollständigen oder relativen Ablehnung/Zustimmung, ergibt eine klare Mehrheit in eine bestimmte Richtung.

Interessant sind jedoch die beiden Maximalwerte beider „Extreme“, also die der vollständigen Ablehnung wie auch der vollständigen Zustimmung. In diesem Kontext zeigt sich, dass die These die höchste vollständige Ablehnung mit 25 % von Teilnehmenden der Notenstufe 1–3 erhalten hat. Für die vollständige Zustimmung wird deutlich, dass dies für die Notenstufe 11–13 der Fall ist, von denen 26 % entsprechend abgestimmt haben. Daraus sollte man jedoch nicht den Schluss ziehen, dass eine scheinbare Korrelation zwischen Höhe der erreichten Notenstufe und Grad an Zustimmung zu bestehen scheint. Denn es gab in absoluten Zahlen mehr Teilnehmende der Notenstufe 11–13 und zugleich ist die generelle Zustimmung unter den Teilnehmenden der Notenstufe 1–3 mit 39,1 % vergleichbar mit der der Notenstufe 11–13 (43,6 %).

***These 5 A** Gesamtnote*



4.6 Studienort

***These 5 A** Studienort*

Bundesland	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
Ausland	8,7 %	13,0 %	17,4 %	17,4 %	17,4 %	26,1 %
Baden-Württemberg	4,2 %	19,8 %	21,7 %	18,6 %	16,8 %	18,9 %
Bayern	4,8 %	25,6 %	21,9 %	18,2 %	13,9 %	15,5 %
Berlin	3,4 %	14,9 %	18,5 %	19,8 %	18,7 %	24,7 %
Brandenburg	3,8 %	19,9 %	19,5 %	20,3 %	16,5 %	19,9 %
Bremen	3,6 %	15,2 %	27,5 %	21,7 %	13,8 %	18,1 %
Hamburg	4,8 %	15,6 %	25,3 %	16,7 %	18,1 %	19,5 %
Hessen	3,2 %	21,7 %	23,2 %	19,8 %	13,2 %	18,8 %
Mecklenburg-Vorpommern	0,8 %	29,5 %	22,7 %	10,6 %	13,6 %	22,7 %
Niedersachsen	4,4 %	21,3 %	25,3 %	19,9 %	13,4 %	15,7 %
Nordrhein-Westfalen	4,5 %	19,7 %	23,9 %	17,6 %	16,6 %	17,7 %
Rheinland-Pfalz	3,0 %	26,0 %	22,5 %	20,9 %	13,3 %	14,3 %
Saarland	5,9 %	31,6 %	25,7 %	16,2 %	10,3 %	10,3 %
Sachsen	6,6 %	15,9 %	18,7 %	20,8 %	18,6 %	19,5 %
Sachsen-Anhalt	6,6 %	20,8 %	23,0 %	15,3 %	19,7 %	14,8 %
Schleswig-Holstein	2,9 %	16,9 %	28,3 %	23,9 %	15,3 %	12,7 %
Thüringen	4,2 %	22,6 %	19,0 %	19,0 %	16,1 %	19,0 %
gesamt	**4,4 %**	**20,5 %**	**22,7 %**	**18,8 %**	**15,8 %**	**17,8 %**

Die Tabelle zeigt einmal mehr das diffuse Abstimmungsbild wie zuvor die weiteren Kategorien. Insgesamt lässt sich erneut eine Tendenz in Richtung genereller Ablehnung (43,2 %) erkennen. Zumindest für die Bundesländer, die traditionell als starke Studienstandort gelten, also Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen, zeigt sich diese tendenzielle Mehrheit zur generellen Ablehnung der These mit jeweils mehr als 40 %. Vor allem gegenüber der Tabelle zur Gesamtheit zeigen sich aber keine weiteren Besonderheiten, u.a. da sich die jeweils entsprechenden Gesamtwerte in einem sehr ähnlichen Bereich bewegen.

***These 5 A** Studienort*

4.7 Verhältnis zur juristischen Ausbildung

These 5 A *Verhältnis zur juristischen Ausbildung*

Beruf	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
Studium	6,8 %	23,7 %	23,0 %	17,3 %	13,9 %	15,3 %
Referendariat	3,6 %	24,4 %	21,8 %	18,6 %	13,6 %	17,8 %
WissMit (Lehrstuhl)	3,3 %	12,6 %	16,6 %	15,6 %	18,6 %	33,3 %
WissMit (Kanzlei)	4,3 %	25,2 %	23,7 %	15,9 %	13,5 %	17,4 %
Promotion	2,6 %	11,8 %	18,4 %	16,7 %	20,0 %	30,5 %
LL.B.	3,2 %	16,8 %	22,5 %	21,8 %	16,1 %	19,6 %
LL.M.	2,5 %	14,3 %	21,8 %	19,9 %	15,6 %	25,9 %
Rechtsanwält:in	2,5 %	15,9 %	22,5 %	21,4 %	18,4 %	19,2 %
Syndikus	2,2 %	17,5 %	24,0 %	24,3 %	15,8 %	16,1 %
Richter:in	1,5 %	18,0 %	26,6 %	21,8 %	18,1 %	14,0 %
Staatsanwält:in	1,4 %	17,2 %	29,2 %	22,0 %	22,5 %	7,7 %
Professor:in	2,0 %	13,9 %	13,5 %	15,5 %	21,2 %	33,9 %
JPA	1,4 %	8,6 %	22,9 %	21,4 %	28,6 %	17,1 %
Verwaltungsbehörde	2,8 %	17,0 %	17,5 %	19,5 %	19,5 %	23,6 %
Abbruch	6,7 %	11,7 %	13,3 %	28,3 %	16,7 %	23,3 %
endgültig nicht bestanden	7,3 %	12,7 %	18,2 %	29,1 %	20,0 %	12,7 %
einstufige Ausbildung	6,6 %	12,1 %	14,3 %	20,9 %	11,0 %	35,2 %

Im Kontext der von uns formulierten Erwartung, ist die Kategorisierung nach dem individuellen Verhältnis zur juristischen Ausbildung der Teilnehmenden von besonderem Interesse.

Für die Studierenden zeigt die Tabelle, dass sich im Ergebnis 46,7 % gegen die These ausgesprochen haben im Sinne einer generellen Ablehnung. „Nur“ 29,2 % von ihnen waren anderer Meinung und stimmen der These generell zu.

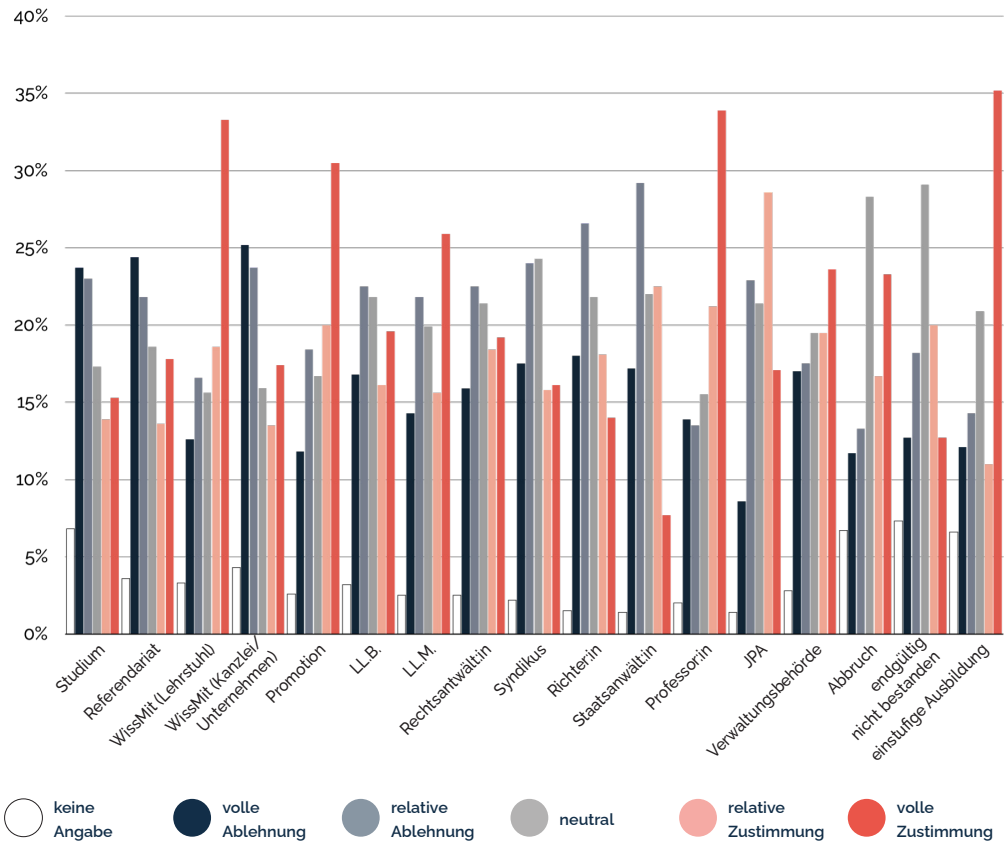
Für die Gruppe der Professor:innen haben 55,1 % von ihnen der These generell zugestimmt, von denen sich sogar 33,9 % für die vollständige Zustimmung ausgesprochen haben. Für die generelle Abstimmung hingegen haben 27,4 % der Professor:innen gestimmt.

Unterzieht man den anderen Gruppen einer genaueren Betrachtung, so zeigt sich mithin ein differenzierteres Bild. Beispielsweise hat eine relative Mehrheit der Teilnehmenden der Gruppe „Promotion“ für die vollständige, respektive der generellen Zustimmung abgestimmt. Ein ähnliches Ergebnis lässt sich auch für wissenschaftliche Mitarbeiter:innen an Universitäten erkennen, wobei es hier durchaus Schnittmengen mit den Teilnehmenden der Gruppe „Promotion“ geben kann und das Ergebnis daher vergleichbar ist. Unabhängig davon gibt es allerdings noch einige weitere Gruppen innerhalb derer sich eine relative Mehrheit für die generelle Zustimmung zur These erkennen lässt (z.B. „LL.M.-Abschluss“, „JPA“). Doch für die Richter:innen ergibt sich ein anderes Ergebnis: innerhalb dieser Gruppe haben sich 44,4 % der zugehörigen Teilnehmenden, und damit wiederum eine relative Mehrheit, für die generelle Ablehnung der These ausgesprochen. Ein sehr

ähnliches Ergebnis lässt sich auch für die Syndikusanwält:innen herauslesen. Die Teilnehmenden, die jedoch zur Rechtsanwaltschaft gehören, schienen sich etwas unsicherer gewesen zu sein, denn die generelle Ablehnung liegt hier bei 38,4 %, die generelle Zustimmung hingegen bei 37,6 %. Nicht unbeachtet bleiben sollten darüber hinaus die teils verhältnismäßig hohen Werte neutraler Abstimmung. In diesem Kontext lässt sich u.a. für die Gruppe „Studienabbruch" klar erkennen, dass die Mehrheit (28,3 %) der zugehörigen Teilnehmenden eher neutral zur These steht. Ähnliches lässt sich auch im Abstimmungsverhalten der Syndikusanwält:innen erkennen. Im Ergebnis scheint das Abstimmungsverhalten unter den Absvolvent:innen daher gespalten und unsicher zu sein, was unsere Erwartung bestätigt.

Die Abbildung visualisiert diese Ergebnisse, insbesondere auch die Gespaltenheit unter den Teilnehmenden, respektive den Absolvent:innen.

***These 5 A** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*



5. Ergebnis bzgl. Erwartungen

Im Ergebnis ergibt sich ein eher ablehnendes Abstimmungsverhalten, wie wir dies auch in unserer Hypothese erwartet haben. Dies zeigt sich insbesondere auch bei Studierenden mit einer generellen Ablehnung von 46,7 %. Entsprechend unserer Erwartung haben die Ergebnisse gezeigt, dass eine Mehrheit von 55,1 % der Professor:innen der These generell zustimmen. Für die anderen Gruppen, respektive den Absolvent:innen, lässt sich ein eher gespaltenes Abstimmungsverhalten konstatieren. Insofern sind die Ergebnisse mit unserer Hypothese deckungsgleich.

These 5 B: Rechtsvergleichung

1. Thesenhintergrund

Die Frage der Internationalisierung bzw. dem Bedürfnis der Rechtsvergleichung innerhalb des Studiums wurde in der Literaturrecherche klar zugunsten der Pro-Argumente analysiert. Während lediglich zwei Contra-Argumente erarbeitet wurden, konnten 15 Pro-Argumente gesammelt werden.

2. Thesengestaltung

Die Rechtsvergleichung sollte stärker im Studium verankert werden.

Die ausgewählten Argumente, welcher auf der iur.reform-Webseite als Nachweise aufrufbar waren, sind:

Pro	Contra
1. Im derzeitigen Studium werden kaum internationale Aspekte vermittelt. Als Jurist:in ist man jedoch häufig mit diesen konfrontiert und muss sich auch in anderen Rechtsordnungen zurechtfinden.	1. Das Recht wird weiterhin national gedacht. Internationalität darf dabei kein Selbstzweck sein.
2. Internationalität prägt das Recht auf vielen Ebenen.	2. Zusätzliche Kurse zum Thema Rechtsvergleichung verlängern das ohnehin schon lange Studium.
3. Der Blick auf andere Rechtsordnungen ermöglicht es sich kritisch mit der eigenen Rechtsordnung auseinanderzusetzen.	3. Ob die Rechtsvergleichung an einzelnen Universitäten stärker oder schwächer verankert ist, kann man dem Wettbewerb unter den Universitäten überlassen.

3. Hypothese

Wir formulierten folgende Erwartungen für die These:

- Es wird vermutlich eine Zustimmung von Seiten der Anwält:innen und Professor:innen mit Berufsschwerpunkten im internationalen Recht zu rechnen sein. Zu diesen könnten vereinzelnd interessierte Studierende gezählt werden.
- Allerdings wird keine breite Zustimmung zu erwarten sein.

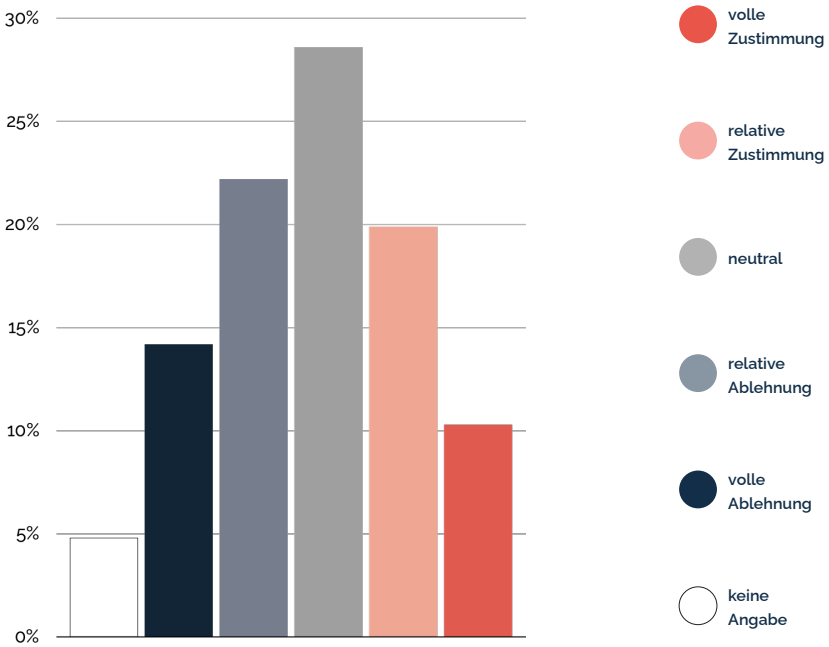
4. Deskriptive Statistik

4.1 Gesamtauswertung

***These 5 B** Gesamtauswertung*

Bewertung	Anteil
keine Angabe	4,8 %
volle Ablehnung	14,2 %
relative Ablehnung	22,2 %
neutral	28,6 %
relative Zustimmung	19,9 %
volle Zustimmung	10,3 %
gesamt	**100,0 %**

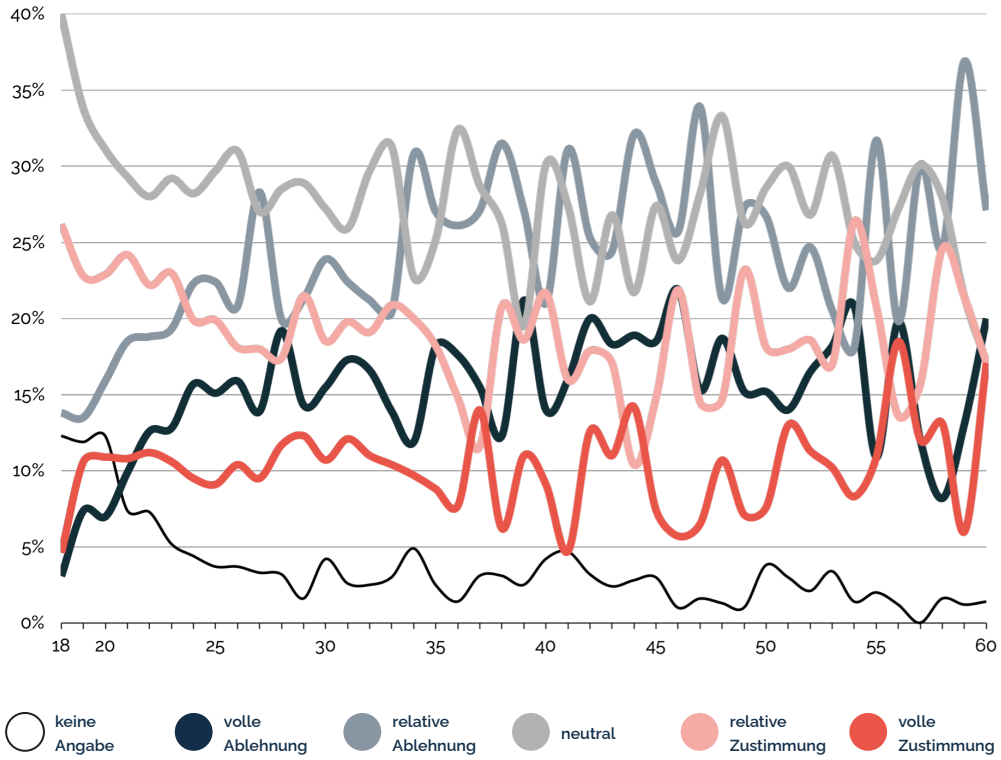
***These 5 B** Gesamtauswertung*



4.2 Alter

Die größte Zustimmung ist unter den 78 und 69-Jährigen festzuhalten mit 66,7 % und 28,6 % bei jeweils zwei abgegebenen Stimmen. Mit 18,5 % und 14, 2 % sind bei deutlich mehr abgegebenen Stimmen die 56 und 44 Jährigen größten Befürworter dieser These. Enthalten haben sich damit 41 % die 63 Jährigen als auch die 18 Jährigen mit 40 %. Demgegenüber stehen 100 % der 17 Jährigen dieser These neutral; hier wurde allerdings nur eine Stimme abgegeben. Mit 18,2 % haben die 35 Jährigen ihre absolute Ablehnung erklärt.

***These 5 B** Alter*



***These 5 B** Alter*

0 keine Angabe **1** volle Ablehnunng **2** relative Ablehnung **3** neutral **4** relative Zustimmung **5** volle Zustimmung

Alter	0	1	2	3	4	5
17	–	–	–	100 %	–	–
18	12,3 %	3,1 %	13,8 %	40,0 %	26,2 %	4,6 %
19	11,9 %	7,4 %	13,5 %	33,8 %	22,8 %	10,6 %
20	12,3 %	7,0 %	15,9 %	31,1 %	22,9 %	10,9 %
21	7,4 %	9,9 %	18,5 %	29,3 %	24,2 %	10,8 %
22	7,3 %	12,6 %	18,8 %	28,0 %	22,2 %	11,2 %
23	5,2 %	12,8 %	19,3 %	29,2 %	23,0 %	10,6 %
24	4,4 %	15,7 %	22,3 %	28,2 %	19,9 %	9,5 %
25	3,7 %	15,1 %	22,4 %	29,7 %	19,9 %	9,1 %
26	3,7 %	15,9 %	20,8 %	31,0 %	18,1 %	10,4 %
27	3,3 %	13,9 %	28,3 %	27,0 %	18,0 %	9,5 %
28	3,2 %	19,2 %	19,9 %	28,5 %	17,4 %	11,7 %
29	1,6 %	14,3 %	21,3 %	28,9 %	21,5 %	12,3 %
30	4,2 %	15,5 %	23,9 %	27,2 %	18,5 %	10,7 %
31	2,6 %	17,3 %	22,4 %	25,9 %	19,8 %	12,1 %
32	2,5 %	16,6 %	21,2 %	29,7 %	19,1 %	11,0 %
33	3,0 %	13,9 %	20,4 %	31,3 %	20,9 %	10,4 %
34	4,9 %	11,9 %	30,8 %	22,7 %	20,0 %	9,7 %
35	2,5 %	18,2 %	27,0 %	25,2 %	18,2 %	8,8 %
36	1,4 %	17,6 %	26,1 %	32,4 %	14,8 %	7,7 %
37	3,1 %	15,5 %	27,1 %	28,7 %	11,6 %	14,0 %
38	3,1 %	12,3 %	31,5 %	26,2 %	20,8 %	6,2 %
39	2,5 %	21,2 %	27,1 %	19,5 %	18,6 %	11,0 %
40	4,2 %	14,0 %	21,0 %	30,1 %	21,7 %	9,1 %
41	4,7 %	16,0 %	31,1 %	27,4 %	16,0 %	4,7 %
42	3,2 %	20,0 %	25,3 %	21,1 %	17,9 %	12,6 %
43	2,4 %	18,3 %	24,4 %	26,8 %	17,1 %	11,0 %
44	2,8 %	18,9 %	32,1 %	21,7 %	10,4 %	14,2 %
45	3,0 %	18,5 %	28,9 %	27,4 %	14,8 %	7,4 %
46	1,0 %	21,9 %	25,7 %	23,8 %	21,9 %	5,7 %
47	1,6 %	15,3 %	33,9 %	28,2 %	14,5 %	6,5 %
48	1,3 %	18,7 %	21,3 %	33,3 %	14,7 %	10,7 %
49	1,0 %	15,2 %	27,3 %	26,3 %	23,2 %	7,1 %
50	3,8 %	15,2 %	26,7 %	28,6 %	18,1 %	7,6 %

Alter	0	1	2	3	4	5
51	3,0 %	14,0 %	22,0 %	30,0 %	18,0 %	13,0 %
52	2,1 %	16,5 %	24,7 %	26,8 %	18,6 %	11,3 %
53	3,4 %	18,2 %	20,5 %	30,7 %	17,0 %	10,2 %
54	1,4 %	20,8 %	18,1 %	25,0 %	26,4 %	8,3 %
55	2,0 %	10,9 %	31,7 %	23,8 %	20,8 %	10,9 %
56	1,2 %	19,8 %	19,8 %	27,2 %	13,6 %	18,5 %
57	–	12,0 %	30,1 %	30,1 %	15,7 %	12,0 %
58	1,6 %	8,2 %	24,6 %	27,9 %	24,6 %	13,1 %
59	1,2 %	13,1 %	36,9 %	21,4 %	21,4 %	6,0 %
60	1,4 %	20,0 %	27,1 %	17,1 %	17,1 %	17,1 %
61	1,8 %	12,5 %	32,1 %	28,6 %	17,9 %	7,1 %
62	3,7 %	9,3 %	20,4 %	27,8 %	31,5 %	7,4 %
63	7,7 %	5,1 %	17,9 %	41,0 %	15,4 %	12,8 %
64	8,3 %	16,7 %	16,7 %	29,2 %	12,5 %	16,7 %
65	–	31,4 %	20,0 %	14,3 %	20,0 %	14,3 %
66	4,5 %	13,6 %	13,6 %	31,8 %	22,7 %	13,6 %
67	–	–	17,6 %	17,6 %	41,2 %	23,5 %
68	–	6,7 %	26,7 %	53,3 %	13,3 %	–
69	–	–	–	28,6 %	42,9 %	28,6 %
70	–	–	20,0 %	20,0 %	60,0 %	–
71	–	12,5 %	12,5 %	25,0 %	25,0 %	25,0 %
72	–	–	–	100 %	–	–
73	–	–	12,5 %	50,0 %	37,5 %	–
74	–	22,2 %	11,1 %	33,3 %	33,3 %	–
75	–	16,7 %	16,7 %	16,7 %	33,3 %	16,7 %
77	–	–	25,0 %	25,0 %	25,0 %	25,0 %
78	–	–	33,3 %	–	–	66,7 %
79	–	–	–	50,0 %	50,0 %	–
81	–	–	–	100 %	–	–
82	–	–	–	–	100 %	–
83	–	–	–	–	–	100 %
84	–	–	–	–	–	100 %
90	–	–	–	100 %	–	–
Σ	**4,5 %**	**14,2 %**	**22,2 %**	**28,5 %**	**20,1 %**	**10,4 %**

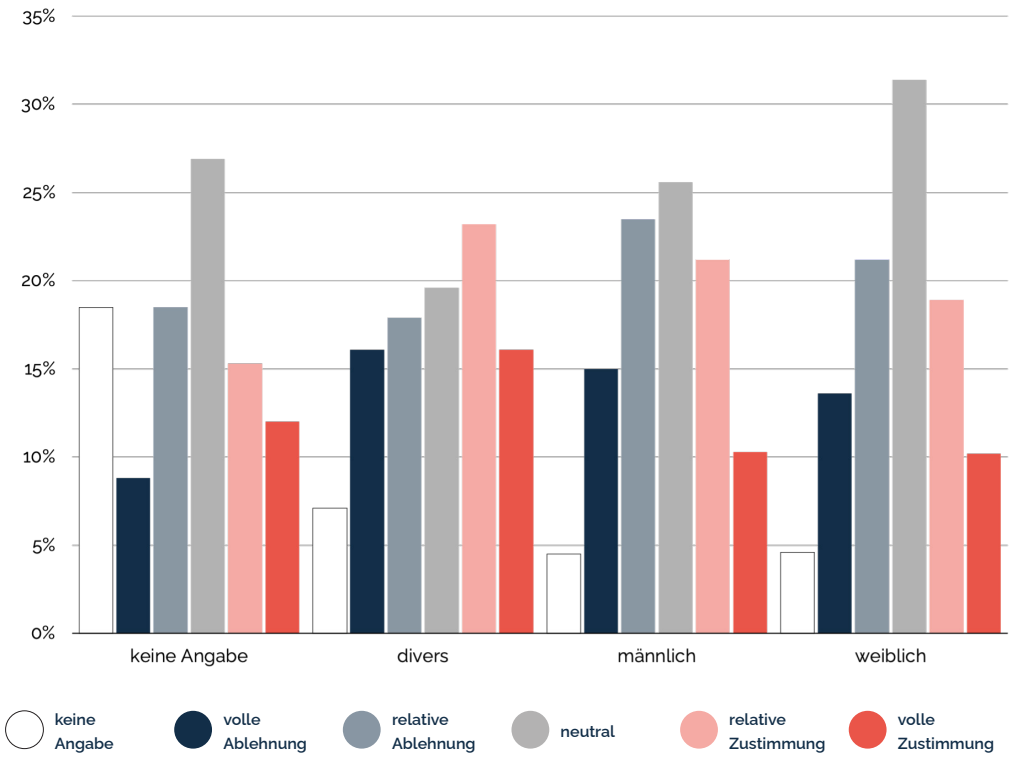
4.3 Geschlecht

***These 5 B** Geschlecht*

Geschlecht	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
keine Angabe	18,5 %	8,8 %	18,5 %	26,9 %	15,3 %	12,0 %
divers	7,1 %	16,1 %	17,9 %	19,6 %	23,2 %	16,1 %
männlich	4,5 %	15,0 %	23,5 %	25,6 %	21,2 %	10,3 %
weiblich	4,6 %	13,6 %	21,2 %	31,4 %	18,9 %	10,2 %
gesamt	**4,8 %**	**14,2 %**	**22,2 %**	**28,6 %**	**19,9 %**	**10,3 %**

Die größte Zustimmung ist bei den diversen Abstimmenden zu sehen mit 16,1 % voller Zustimmung. Die weiblichen und männlichen Teilnehmenden haben mit 10,2 % und 10,3 % ihre volle Zustimmung erklärt. Mit 31,4 % haben sich die weiblichen Teilnehmerinnen als größte Gruppe neutral entschieden. Die größte Ablehnung ist unter den diversen Teilnehmenden mit 16,1 % zu datieren.

***These 5 B** Geschlecht*



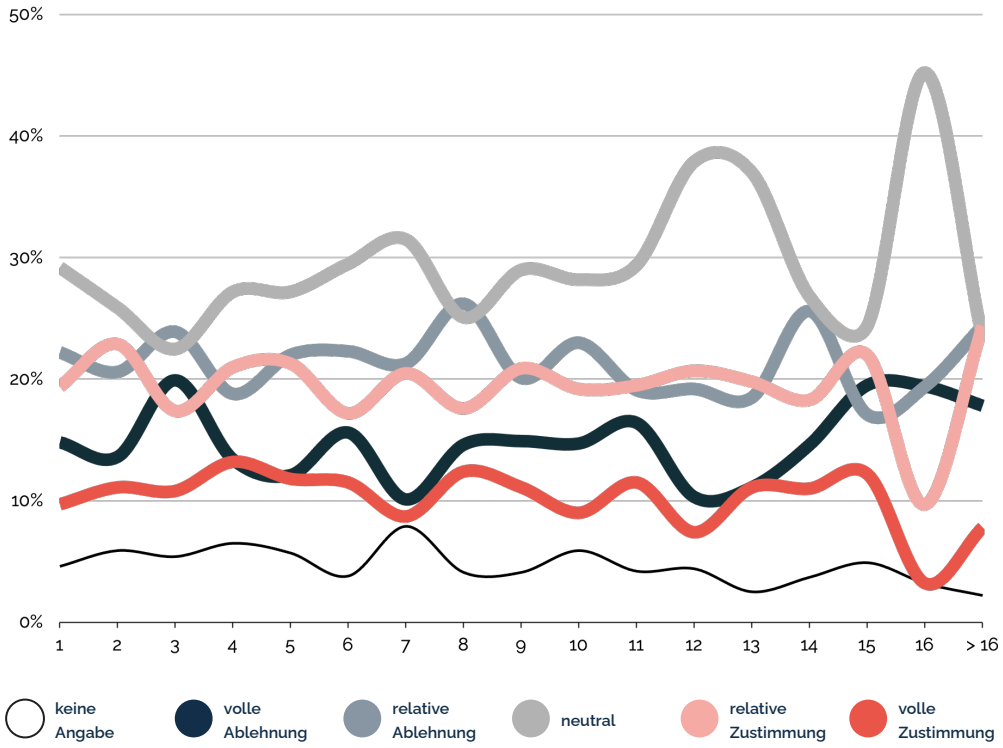
4.4 Fachsemester

***These 5 B** Fachsemester*

Fachsemester	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
1	4,6 %	14,8 %	22,2 %	29,2 %	19,4 %	9,7 %
2	5,9 %	13,6 %	20,6 %	25,9 %	22,9 %	11,1 %
3	5,4 %	19,9 %	23,9 %	22,5 %	17,4 %	10,8 %
4	6,5 %	13,4 %	18,8 %	27,2 %	21,0 %	13,2 %
5	5,7 %	12,1 %	22,0 %	27,2 %	21,3 %	11,8 %
6	3,8 %	15,6 %	22,3 %	29,5 %	17,2 %	11,5 %
7	7,9 %	10,1 %	21,3 %	31,5 %	20,5 %	8,7 %
8	4,1 %	14,6 %	26,2 %	25,1 %	17,6 %	12,4 %
9	4,1 %	14,9 %	20,1 %	29,0 %	20,9 %	11,1 %
10	5,9 %	14,7 %	23,0 %	28,2 %	19,2 %	9,0 %
11	4,2 %	16,4 %	19,1 %	29,4 %	19,5 %	11,5 %
12	4,4 %	10,3 %	19,2 %	37,9 %	20,7 %	7,4 %
13	2,5 %	11,1 %	18,5 %	37,0 %	19,8 %	11,1 %
14	3,7 %	14,6 %	25,6 %	26,8 %	18,3 %	11,0 %
15	4,9 %	19,5 %	17,1 %	24,4 %	22,0 %	12,2 %
16	3,2 %	19,4 %	19,4 %	45,2 %	9,7 %	3,2 %
>16	2,2 %	17,8 %	24,4 %	23,3 %	24,4 %	7,8 %
gesamt	**5,2 %**	**14,3 %**	**21,6 %**	**28,2 %**	**19,9 %**	**10,8 %**

Die größte Ablehnung haben Teilnehmende aus Semester 3 und 15 mit jeweils 19,9 % und 19,5 % erklärt. Am neutralsten verhielten sich Teilnehemde aus Semester 16 mit 45,2 %. Die größte Gruppe der Befürworter:innen stammt aus den Semestern 8 und 15 mit 12,4 % und 12,2 %.

***These 5 B** Fachsemester*



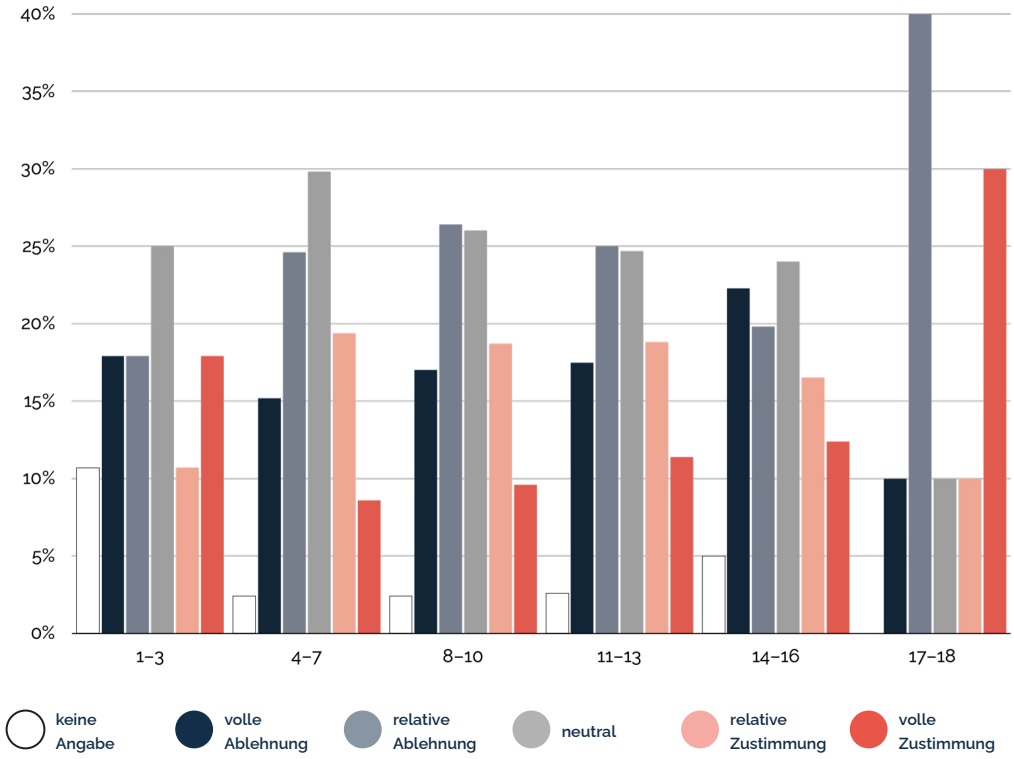
4.5 Gesamtnote

***These 5 B** Gesamtnote*

Gesamtnote	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
1–3	10,7 %	17,9 %	17,9 %	25,0 %	10,7 %	17,9 %
4–7	2,4 %	15,2 %	24,6 %	29,8 %	19,4 %	8,6 %
8–10	2,4 %	17,0 %	26,4 %	26,0 %	18,7 %	9,6 %
11–13	2,6 %	17,5 %	25,0 %	24,7 %	18,8 %	11,4 %
14–16	5,0 %	22,3 %	19,8 %	24,0 %	16,5 %	12,4 %
17–18	–	10,0 %	40,0 %	10,0 %	10,0 %	30,0 %
gesamt	**2,5 %**	**16,8 %**	**25,5 %**	**26,5 %**	**18,8 %**	**9,9 %**

Die Tendenz innerhalb der Notenstufen geht in Richtung Ablehnung. Während sich die Notenstufe 14-16 mit 22,3 % gegen die Umsetzung der These erklärt haben, waren 12,4 % aus derselben Notenstufe dafür. Zwar haben 30 % aus der Notenstufe 17-18 für mehr Rechtsvergleichung im Studium abgestimmt. Allerdings sind diese im Vergleich eine kleinere Abstimmungsgruppe. Aus der Notenstufe 8-10 haben die meisten neutral abgestimmt mit 26 %.

***These 5 B** Gesamtnote*



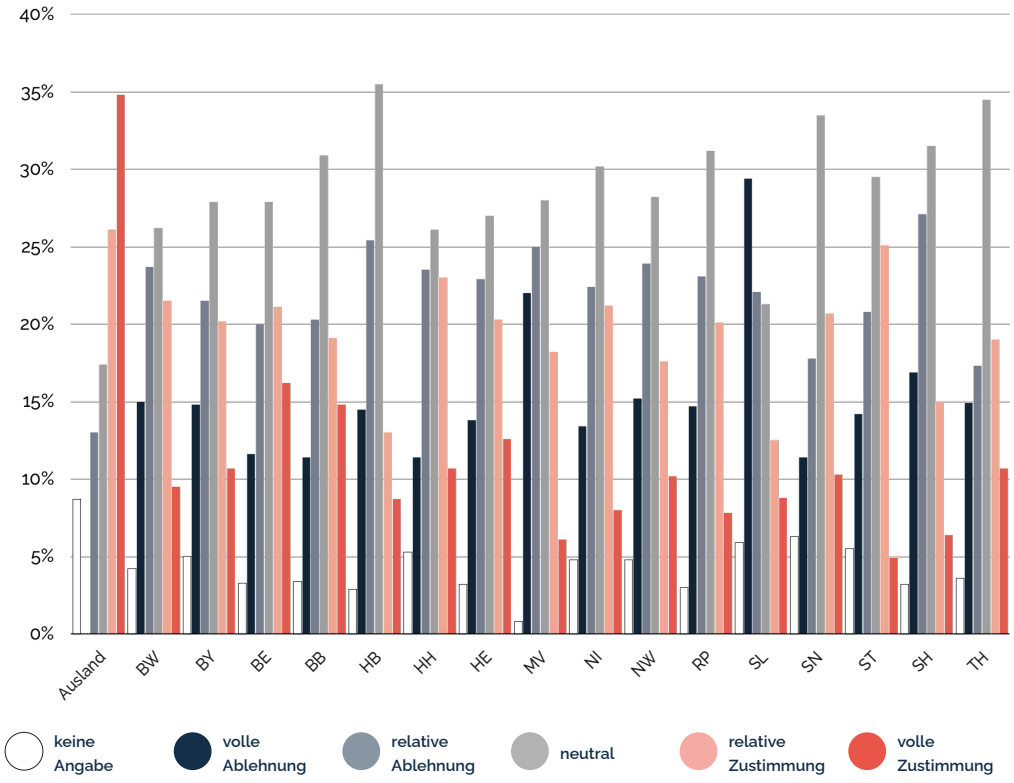
4.6 Studienort

***These 5 B** Studienort*

Bundesland	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
Ausland	8,7 %	–	13,0 %	17,4 %	26,1 %	34,8 %
Baden-Württemberg	4,2 %	15,0 %	23,7 %	26,2 %	21,5 %	9,5 %
Bayern	5,0 %	14,8 %	21,5 %	27,9 %	20,2 %	10,7 %
Berlin	3,3 %	11,6 %	20,0 %	27,9 %	21,1 %	16,2 %
Brandenburg	3,4 %	11,4 %	20,3 %	30,9 %	19,1 %	14,8 %
Bremen	2,9 %	14,5 %	25,4 %	35,5 %	13,0 %	8,7 %
Hamburg	5,3 %	11,4 %	23,5 %	26,1 %	23,0 %	10,7 %
Hessen	3,2 %	13,8 %	22,9 %	27,0 %	20,3 %	12,6 %
Mecklenburg-Vorpommern	0,8 %	22,0 %	25,0 %	28,0 %	18,2 %	6,1 %
Niedersachsen	4,8 %	13,4 %	22,4 %	30,2 %	21,2 %	8,0 %
Nordrhein-Westfalen	4,8 %	15,2 %	23,9 %	28,2 %	17,6 %	10,2 %
Rheinland-Pfalz	3,0 %	14,7 %	23,1 %	31,2 %	20,1 %	7,8 %
Saarland	5,9 %	29,4 %	22,1 %	21,3 %	12,5 %	8,8 %
Sachsen	6,3 %	11,4 %	17,8 %	33,5 %	20,7 %	10,3 %
Sachsen-Anhalt	5,5 %	14,2 %	20,8 %	29,5 %	25,1 %	4,9 %
Schleswig-Holstein	3,2 %	16,9 %	27,1 %	31,5 %	15,0 %	6,4 %
Thüringen	3,6 %	14,9 %	17,3 %	34,5 %	19,0 %	10,7 %
gesamt	**4,5 %**	**14,3 %**	**22,4 %**	**28,6 %**	**19,9 %**	**10,4 %**

Studierende aus dem Saarland haben ihre größte Ablehnung mit 29,4 % erklärt. Am neutralsten waren diejenigen, die in Bremen studiert haben mit 35,5 %. Diese haben jedoch auch mit 16,2 % die größte im Bundesland studierende Gruppe dargestellt und ihre absolute Zustimmung erklärt. Mit 34,8 % waren es allerdings die Studierenden aus dem Ausland, die für eine Umsetzung dieser These waren.

***These 5 B** Studienort*



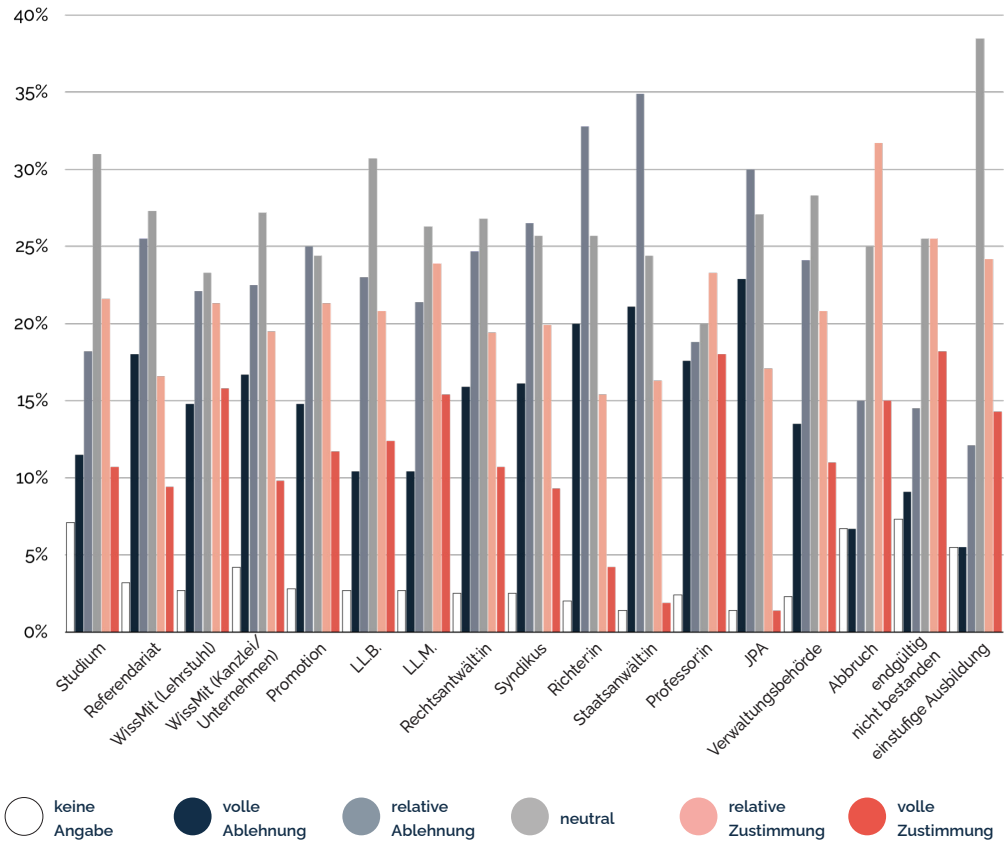
4.7 Verhältnis zur juristischen Ausbildung

***These 5 B** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*

Beruf	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
Studium	7,1 %	11,5 %	18,2 %	31,0 %	21,6 %	10,7 %
Referendariat	3,2 %	18,0 %	25,5 %	27,3 %	16,6 %	9,4 %
WissMit (Lehrstuhl)	2,7 %	14,8 %	22,1 %	23,3 %	21,3 %	15,8 %
WissMit (Kanzlei)	4,2 %	16,7 %	22,5 %	27,2 %	19,5 %	9,8 %
Promotion	2,8 %	14,8 %	25,0 %	24,4 %	21,3 %	11,7 %
LL.B.	2,7 %	10,4 %	23,0 %	30,7 %	20,8 %	12,4 %
LL.M.	2,7 %	10,4 %	21,4 %	26,3 %	23,9 %	15,4 %
Rechtsanwält:in	2,5 %	15,9 %	24,7 %	26,8 %	19,4 %	10,7 %
Syndikus	2,5 %	16,1 %	26,5 %	25,7 %	19,9 %	9,3 %
Richter:in	2,0 %	20,0 %	32,8 %	25,7 %	15,4 %	4,2 %
Staatsanwält:in	1,4 %	21,1 %	34,9 %	24,4 %	16,3 %	1,9 %
Professor:in	2,4 %	17,6 %	18,8 %	20,0 %	23,3 %	18,0 %
JPA	1,4 %	22,9 %	30,0 %	27,1 %	17,1 %	1,4 %
Verwaltungsbehörde	2,3 %	13,5 %	24,1 %	28,3 %	20,8 %	11,0 %
Abbruch	6,7 %	6,7 %	15,0 %	25,0 %	31,7 %	15,0 %
endgültig nicht bestanden	7,3 %	9,1 %	14,5 %	25,5 %	25,5 %	18,2 %
einstufige Ausbildung	5,5 %	5,5 %	12,1 %	38,5 %	24,2 %	14,3 %

Die größte Ablehnung haben Richter:innen (20 %), Staatsanwält:innen (21,1 %) sowie das JPA (22,9 %) erklärt. Neutral hingegen blieben vor allem sich im Studium Befindende mit 31 % und diejenigen, die das einstufige Jurastudium absolviert haben (38,5 %). Absolute Zustimmung erfuhr diese These von Professor:innen mit 18 % sowie von denjenigen, die das Studium endgültig nicht bestanden haben mit 18,2 %.

***These 5 B** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*



5. Ergebnis bzgl. Erwartungen

Die Zustimmung bei den wissenschaftlichen Mitarbeitenden, Doktoranden und LL.M Kandidaten war am höchsten, dort wird der internationale Schwerpunkt mutmaßlich eine übergeordnete Rolle spielen im Vergleich zu anderen Berufsgruppen. Insgesamt wurden die Erwartungen weitestgehend erfüllt.

These 5 C: Neue Inhalte nur bei Streichung von Bestehendem

1. Thesenhintergrund

Die These „Neue Inhalte nur bei Streichung von Bestehenden“ ist eine Besonderheit unter den restlichen Thesen. Sie hebt sich deshalb ab, weil sie keine in der Literatur original beschriebene These ist, sondern als Anti-These zu den Thesen 1 F–1 H eingefügt wurde.

2. Thesengestaltung

> *Soweit das Studium inhaltlich um weitere Inhalte angereichert werden soll, sollen andere Inhalte gekürzt werden.*

Da dies eine Anti-These war, gibt es keine Argumente, die auf der iur.reform-Webseite dargestellt wurden.

3. Hypothese

Wir formulierten folgende Erwartungen für die These:

- Eine eher kontroverse These, was sich auch innerhalb der Studierendenschaft bemerkbar sein sollte, gleichwohl mit leichter Mehrheit für die These.
- Die Schwierigkeit dürfte darin bestehen, zu ermitteln, was ‚zu streichen‘ wäre.
- Für Professor:innen wird eher Zurückhaltung bis Ablehnung erwartet, da auch eigener Lehrstoff betroffen sein könnte – gleiches gilt für JPA-Mitarbeitende.
- Anders bei Rechtsanwält:innen, die ggf. die Notwendigkeit eher bei Grundlagen als tiefgehender Betrachtung vieler Rechtsgebiete sehen.

4. Deskriptive Statistik

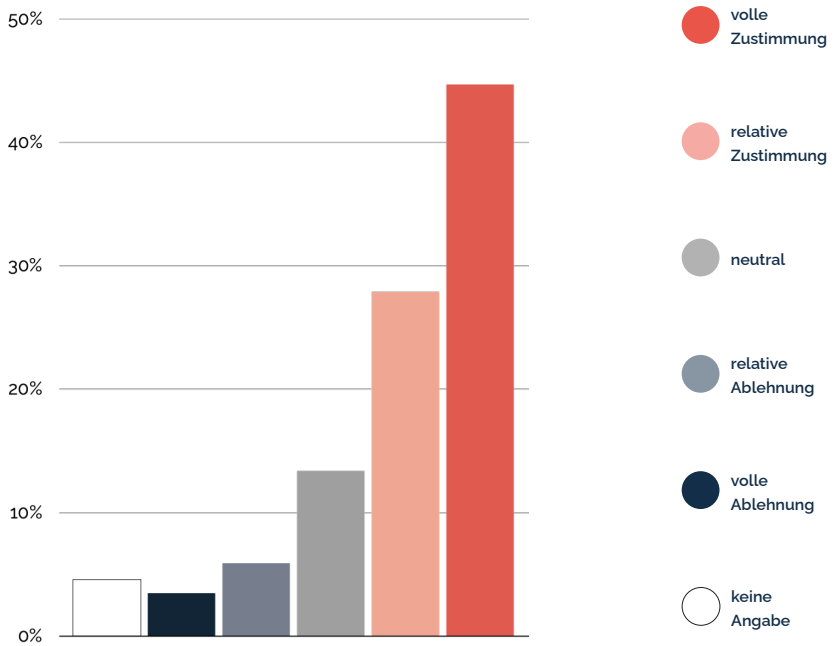
4.1 Gesamtauswertung

***These 5 C** Gesamtauswertung*

Bewertung	Anteil
keine Angabe	4,6 %
volle Ablehnung	3,5 %
relative Ablehnung	5,9 %
neutral	13,4 %
relative Zustimmung	27,9 %
volle Zustimmung	44,7 %
gesamt	**100,0 %**

Selbst bei kombinierter Betrachtung erreichen diejenigen, die die These ablehnen nur 9,4 %. Es besteht bereits eine relative Mehrheit, die der These voll zustimmt (44,7 %), kombiniert mit denjenigen, die teilweise zustimmen erreichen diese sogar eine Zwei-Drittel-Mehrheit (kombiniert 72,6 %). Auf den ersten Blick scheinen nur sehr wenige Bedenken hinsichtlich der These zu bestehen.

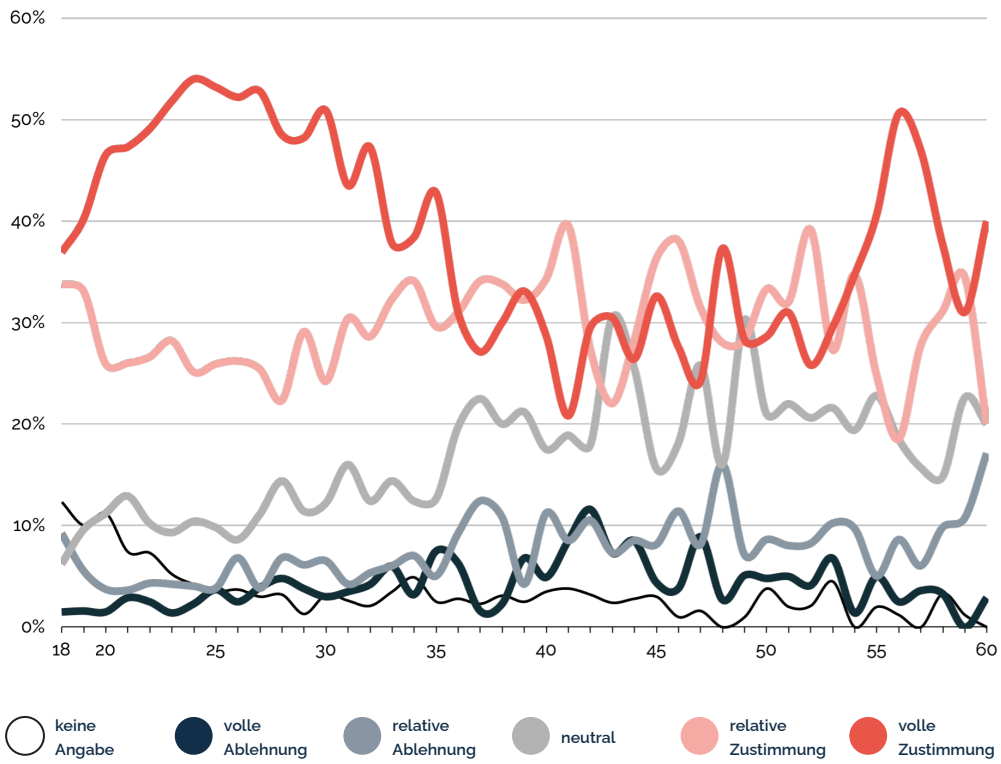
***These 5 C** Gesamtauswertung*



4.2 Alter

Bereits auf den ersten Blick wird deutlich, dass die jüngeren Altersklassen von 19-32 Jahren mit teilweise absoluter Mehrheit voll für die These stimmen. Dieser Trend flacht danach etwas ab. Bleibt im Anschluss aber stabil bei einer kombinierten Mehrheit für die These. Selbst dort, wo die „neutralen“ Stimmen vergleichsweise hoch liegen (bspw. Alter 43 mit 30,5 %), besteht eine relative kombinierte Mehrheit für die These. In Einzelfällen, wo die Teilnehmerzahl nicht signifikant ist, kann eine Ablehnung der These bestehen (bspw. Alter 84, die einzige Stimme lehnt vollständig ab).

***These 5 C** Alter*



These 5 C Alter

0 keine Angabe **1** volle Ablehnung **2** relative Ablehnung **3** neutral **4** relative Zustimmung **5** volle Zustimmung

Alter	0	1	2	3	4	5
17	–	–	–	–	100 %	–
18	12,3 %	1,5 %	9,2 %	6,2 %	33,8 %	36,9 %
19	10,0 %	1,6 %	5,5 %	9,6 %	33,1 %	40,2 %
20	11,2 %	1,5 %	3,7 %	11,2 %	25,9 %	46,5 %
21	7,4 %	2,9 %	3,6 %	12,9 %	26,0 %	47,3 %
22	7,3 %	2,5 %	4,3 %	10,2 %	26,6 %	49,1 %
23	5,2 %	1,4 %	4,2 %	9,3 %	28,2 %	51,8 %
24	4,2 %	2,3 %	4,0 %	10,4 %	25,1 %	54,0 %
25	3,5 %	3,7 %	3,8 %	9,8 %	25,9 %	53,2 %
26	3,7 %	2,5 %	6,8 %	8,6 %	26,2 %	52,2 %
27	3,0 %	3,9 %	3,8 %	11,1 %	25,4 %	52,8 %
28	3,2 %	4,8 %	6,8 %	14,4 %	22,3 %	48,5 %
29	1,3 %	3,8 %	6,1 %	11,4 %	29,1 %	48,2 %
30	3,2 %	3,0 %	6,5 %	12,2 %	24,2 %	50,9 %
31	2,6 %	3,5 %	4,2 %	16,0 %	30,4 %	43,5 %
32	2,1 %	4,2 %	5,3 %	12,4 %	28,6 %	47,3 %
33	3,5 %	6,0 %	6,0 %	14,4 %	32,3 %	37,8 %
34	4,9 %	3,2 %	7,0 %	12,4 %	34,1 %	38,4 %
35	2,5 %	7,5 %	5,0 %	12,6 %	29,6 %	42,8 %
36	2,8 %	6,3 %	9,2 %	19,7 %	31,0 %	31,0 %
37	2,3 %	1,6 %	12,4 %	22,5 %	34,1 %	27,1 %
38	3,1 %	2,3 %	10,8 %	20,0 %	33,8 %	30,0 %
39	2,5 %	6,8 %	4,2 %	21,2 %	32,2 %	33,1 %
40	3,5 %	4,9 %	11,2 %	17,5 %	34,3 %	28,7 %
41	3,8 %	8,5 %	8,5 %	18,9 %	39,6 %	20,8 %
42	3,2 %	11,6 %	10,5 %	17,9 %	27,4 %	29,5 %
43	2,4 %	7,3 %	7,3 %	30,5 %	22,0 %	30,5 %
44	2,8 %	8,5 %	8,5 %	25,5 %	28,3 %	26,4 %
45	3,0 %	4,4 %	8,1 %	15,6 %	36,3 %	32,6 %
46	1,0 %	3,8 %	11,4 %	18,1 %	38,1 %	27,6 %
47	1,6 %	8,9 %	8,1 %	25,8 %	31,5 %	24,2 %
48	–	2,7 %	16,0 %	16,0 %	28,0 %	37,3 %
49	1,0 %	5,1 %	7,1 %	30,3 %	28,3 %	28,3 %
50	3,8 %	4,8 %	8,6 %	21,0 %	33,3 %	28,6 %

Alter	0	1	2	3	4	5
51	2,0 %	5,0 %	8,0 %	22,0 %	32,0 %	31,0 %
52	2,1 %	4,1 %	8,2 %	20,6 %	39,2 %	25,8 %
53	4,5 %	6,8 %	10,2 %	21,6 %	27,3 %	29,5 %
54	–	1,4 %	9,7 %	19,4 %	34,7 %	34,7 %
55	2,0 %	5,0 %	5,0 %	22,8 %	24,8 %	40,6 %
56	1,2 %	2,5 %	8,6 %	18,5 %	18,5 %	50,6 %
57	–	3,6 %	6,0 %	15,7 %	27,7 %	47,0 %
58	3,3 %	3,3 %	9,8 %	14,8 %	31,1 %	37,7 %
59	1,2 %	–	10,7 %	22,6 %	34,5 %	31,0 %
60	–	2,9 %	17,1 %	20,0 %	20,0 %	40,0 %
61	1,8 %	7,1 %	8,9 %	7,1 %	32,1 %	42,9 %
62	1,9 %	5,6 %	1,9 %	14,8 %	37,0 %	38,9 %
63	7,7 %	2,6 %	5,1 %	20,5 %	30,8 %	33,3 %
64	8,3 %	–	4,2 %	8,3 %	41,7 %	37,5 %
65	–	2,9 %	8,6 %	5,7 %	22,9 %	60,0 %
66	4,5 %	–	4,5 %	27,3 %	31,8 %	31,8 %
67	–	5,9 %	11,8 %	23,5 %	17,6 %	41,2 %
68	–	6,7 %	13,3 %	20,0 %	26,7 %	33,3 %
69	–	14,3 %	14,3 %	–	57,1 %	14,3 %
70	–	10,0 %	10,0 %	–	40,0 %	40,0 %
71	–	12,5 %	–	–	12,5 %	75,0 %
72	–	–	20,0 %	20,0 %	–	60,0 %
73	–	–	12,5 %	25,0 %	12,5 %	50,0 %
74	–	–	11,1 %	33,3 %	33,3 %	22,2 %
75	16,7 %	16,7 %	–	–	33,3 %	33,3 %
77	–	–	50,0 %	–	–	50,0 %
78	–	–	–	–	33,3 %	66,7 %
79	–	–	–	50,0 %	–	50,0 %
81	–	–	–	–	–	100 %
82	–	–	–	100 %	–	–
83	–	–	100 %	–	–	–
84	–	100 %	–	–	–	–
90	–	–	–	–	100 %	–
Σ	**4,3 %**	**3,5 %**	**5,9 %**	**13,3 %**	**28,0 %**	**45,0 %**

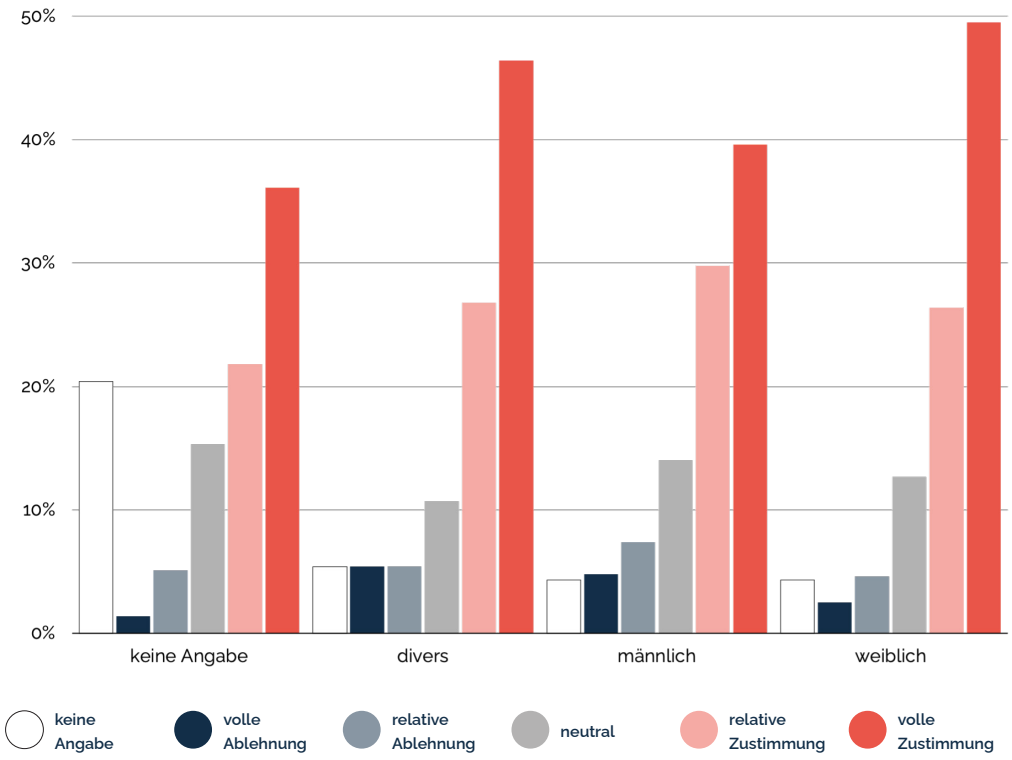
4.3 Geschlecht

***These 5 C** Geschlecht*

Geschlecht	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
keine Angabe	20,4 %	1,4 %	5,1 %	15,3 %	21,8 %	36,1 %
divers	5,4 %	5,4 %	5,4 %	10,7 %	26,8 %	46,4 %
männlich	4,3 %	4,8 %	7,4 %	14,0 %	29,8 %	39,6 %
weiblich	4,3 %	2,5 %	4,6 %	12,7 %	26,4 %	49,5 %
gesamt	**4,6 %**	**3,5 %**	**5,9 %**	**13,4 %**	**27,9 %**	**44,7 %**

Auch bei Betrachtung des Merkmals „Geschlecht“ ist eine starke Befürwortung der These ersichtlich. Männliche Teilnehmende sind zwar tendenziell etwas mehr ablehnend (12,2 % kombinierte Ablehnung, bei weiblichen nur 7,1 %, bei diversen 10,8 %), aber auch bei diesen besteht eine kombinierte absolute Mehrheit für die These mit 69,4 %). Weibliche Teilnehmende stimmen fast mit absoluter Mehrheit voll der These zu (49, 5 %).

***These 5 C** Geschlecht*



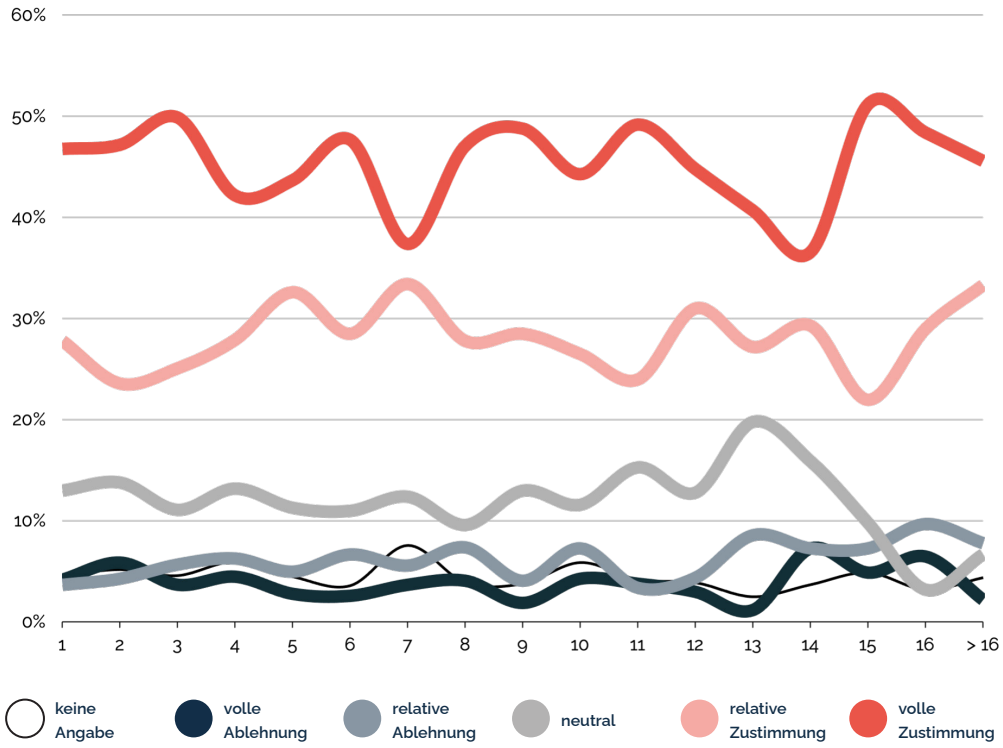
4.4 Fachsemester

***These 5 C** Fachsemester*

Fachsemester	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
1	4,6 %	4,2 %	3,7 %	13,0 %	27,8 %	46,8 %
2	5,2 %	5,9 %	4,3 %	13,8 %	23,6 %	47,2 %
3	4,6 %	3,7 %	5,7 %	11,1 %	25,1 %	49,9 %
4	6,0 %	4,5 %	6,3 %	13,2 %	27,9 %	42,2 %
5	4,5 %	2,8 %	5,0 %	11,3 %	32,6 %	43,7 %
6	3,6 %	2,6 %	6,7 %	11,0 %	28,5 %	47,7 %
7	7,6 %	3,7 %	5,6 %	12,4 %	33,4 %	37,4 %
8	3,9 %	4,1 %	7,4 %	9,6 %	27,8 %	47,1 %
9	3,8 %	1,9 %	4,1 %	13,0 %	28,5 %	48,8 %
10	5,9 %	4,3 %	7,3 %	11,6 %	26,5 %	44,3 %
11	4,2 %	3,8 %	3,4 %	15,3 %	24,0 %	49,2 %
12	3,9 %	3,0 %	4,4 %	12,8 %	31,0 %	44,8 %
13	2,5 %	1,2 %	8,6 %	19,8 %	27,2 %	40,7 %
14	3,7 %	7,3 %	7,3 %	15,9 %	29,3 %	36,6 %
15	4,9 %	4,9 %	7,3 %	9,8 %	22,0 %	51,2 %
16	3,2 %	6,5 %	9,7 %	3,2 %	29,0 %	48,4 %
>16	4,4 %	2,2 %	7,8 %	6,7 %	33,3 %	45,6 %
gesamt	**4,8 %**	**3,8 %**	**5,7 %**	**12,3 %**	**28,1 %**	**45,4 %**

In allen Fachsemestern gibt es mindestens eine relative Mehrheit, die voll zustimmt; in Kombination mit der teilweisen Zustimmung erreicht diese immer mehr als eine 2/3-Mehrheit. Das ist nahezu ungebrochene Zustimmung. Die niedrigste volle Zustimmung liegt beim 7. Fachsemester mit 37,4 %, hier besteht aber gleichzeitig auch die höchste teilweise Zustimmung mit 33,4 %.

***These 5 C** Fachsemester*



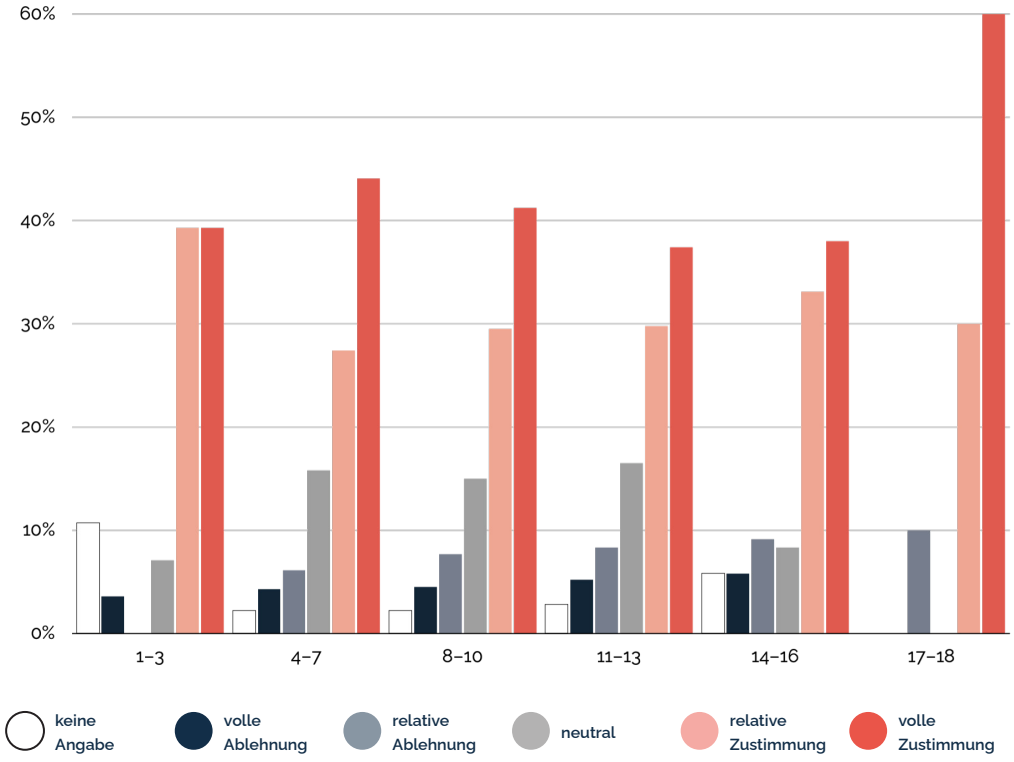
4.5 Gesamtnote

***These 5 C** Gesamtnote*

Gesamtnote	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
1–3	10,7 %	3,6 %	–	7,1 %	39,3 %	39,3 %
4–7	2,2 %	4,3 %	6,1 %	15,8 %	27,4 %	44,1 %
8–10	2,2 %	4,5 %	7,7 %	15,0 %	29,5 %	41,2 %
11–13	2,8 %	5,2 %	8,3 %	16,5 %	29,8 %	37,4 %
14–16	5,8 %	5,8 %	9,1 %	8,3 %	33,1 %	38,0 %
17–18	–	–	10,0 %	–	30,0 %	60,0 %
gesamt	**2,4 %**	**4,6 %**	**7,4 %**	**15,3 %**	**29,2 %**	**41,0 %**

Erneut wird deutlich, dass in jeder Notenstufe eine kombinierte Zwei-Drittel-Mehrheit der These zustimmt, unabhängig von der Notenstufe. In der Notenstufe 11-13 besteht zwar die höchste Rate an Neutralität mit 16,5 %, aber auch in dieser Notenstufe wird eine 2/3-Mehrheit an Zustimmung erreicht (kombiniert 67,1 %).

***These 5 C** Gesamtnote*



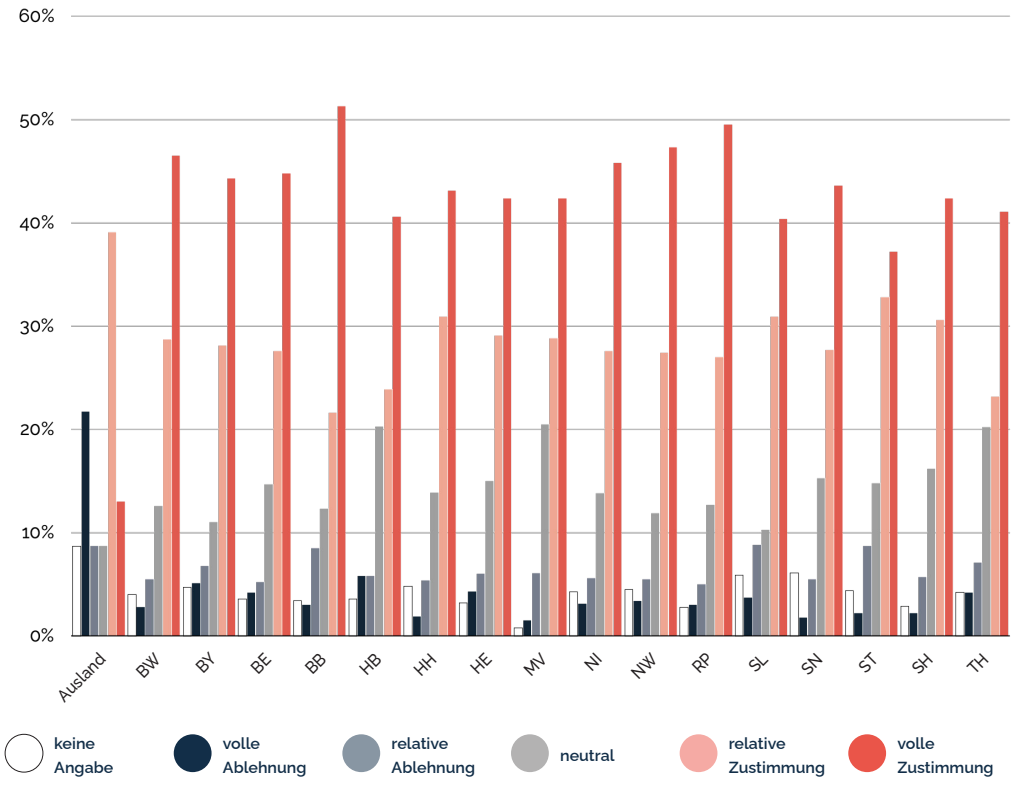
4.6 Studienort

***These 5 C** Studienort*

Bundesland	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
Ausland	8,7 %	21,7 %	8,7 %	8,7 %	39,1 %	13,0 %
Baden-Württemberg	4,0 %	2,8 %	5,5 %	12,6 %	28,7 %	46,5 %
Bayern	4,7 %	5,1 %	6,8 %	11,0 %	28,1 %	44,3 %
Berlin	3,6 %	4,2 %	5,2 %	14,7 %	27,6 %	44,8 %
Brandenburg	3,4 %	3,0 %	8,5 %	12,3 %	21,6 %	51,3 %
Bremen	3,6 %	5,8 %	5,8 %	20,3 %	23,9 %	40,6 %
Hamburg	4,8 %	1,9 %	5,4 %	13,9 %	30,9 %	43,1 %
Hessen	3,2 %	4,3 %	6,0 %	15,0 %	29,1 %	42,4 %
Mecklenburg-Vorpommern	0,8 %	1,5 %	6,1 %	20,5 %	28,8 %	42,4 %
Niedersachsen	4,3 %	3,1 %	5,6 %	13,8 %	27,6 %	45,8 %
Nordrhein-Westfalen	4,5 %	3,4 %	5,5 %	11,9 %	27,4 %	47,3 %
Rheinland-Pfalz	2,8 %	3,0 %	5,0 %	12,7 %	27,0 %	49,5 %
Saarland	5,9 %	3,7 %	8,8 %	10,3 %	30,9 %	40,4 %
Sachsen	6,1 %	1,8 %	5,5 %	15,3 %	27,7 %	43,6 %
Sachsen-Anhalt	4,4 %	2,2 %	8,7 %	14,8 %	32,8 %	37,2 %
Schleswig-Holstein	2,9 %	2,2 %	5,7 %	16,2 %	30,6 %	42,4 %
Thüringen	4,2 %	4,2 %	7,1 %	20,2 %	23,2 %	41,1 %
gesamt	**4,2 %**	**3,5 %**	**5,9 %**	**13,2 %**	**28,0 %**	**45,1 %**

Ausschließlich beim Studienort „Ausland“ besteht „nur“ eine kombinierte absolute Mehrheit für die These mit 52,1 %. Im Übrigen sind die Werte konsistent mit den vorherigen Auswertungsmerkmalen, mit einer kombinierten Zwei-Drittel-Mehrheit, die der These zustimmt bei jedem Studienort. Bei allen Bundesländern überwiegt dabei die volle Zustimmung die teilweise Zustimmung deutlich.

***These 5 C** Studienort*



4.7 Verhältnis zur juristischen Ausbildung

***These 5 C** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*

Beruf	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
Studium	6,8 %	2,0 %	3,9 %	10,5 %	25,9 %	50,9 %
Referendariat	3,0 %	3,5 %	4,8 %	10,2 %	25,3 %	53,2 %
WissMit (Lehrstuhl)	3,0 %	5,7 %	6,2 %	12,9 %	28,1 %	44,2 %
WissMit (Kanzlei)	4,0 %	4,0 %	5,3 %	10,4 %	27,4 %	48,9 %
Promotion	2,6 %	6,8 %	6,3 %	12,4 %	27,3 %	44,5 %
LL.B.	2,7 %	2,0 %	5,0 %	10,6 %	25,0 %	54,7 %
LL.M.	2,7 %	4,6 %	7,9 %	14,3 %	31,1 %	39,4 %
Rechtsanwält:in	2,6 %	6,4 %	8,7 %	18,1 %	31,2 %	32,9 %
Syndikus	2,2 %	3,6 %	4,4 %	16,4 %	32,0 %	41,5 %
Richter:in	1,4 %	4,9 %	10,9 %	21,9 %	32,4 %	28,5 %
Staatsanwält:in	1,4 %	2,9 %	13,4 %	19,1 %	36,8 %	26,3 %
Professor:in	2,0 %	4,9 %	7,8 %	14,7 %	23,7 %	46,9 %
JPA	1,4 %	8,6 %	12,9 %	30,0 %	21,4 %	25,7 %
Verwaltungsbehörde	2,3 %	1,5 %	6,0 %	12,3 %	32,3 %	45,6 %
Abbruch	6,7 %	1,7 %	5,0 %	11,7 %	35,0 %	40,0 %
endgültig nicht bestanden	7,3 %	1,8 %	3,6 %	14,5 %	12,7 %	60,0 %
einstufige Ausbildung	7,7 %	2,2 %	4,4 %	15,4 %	29,7 %	40,7 %

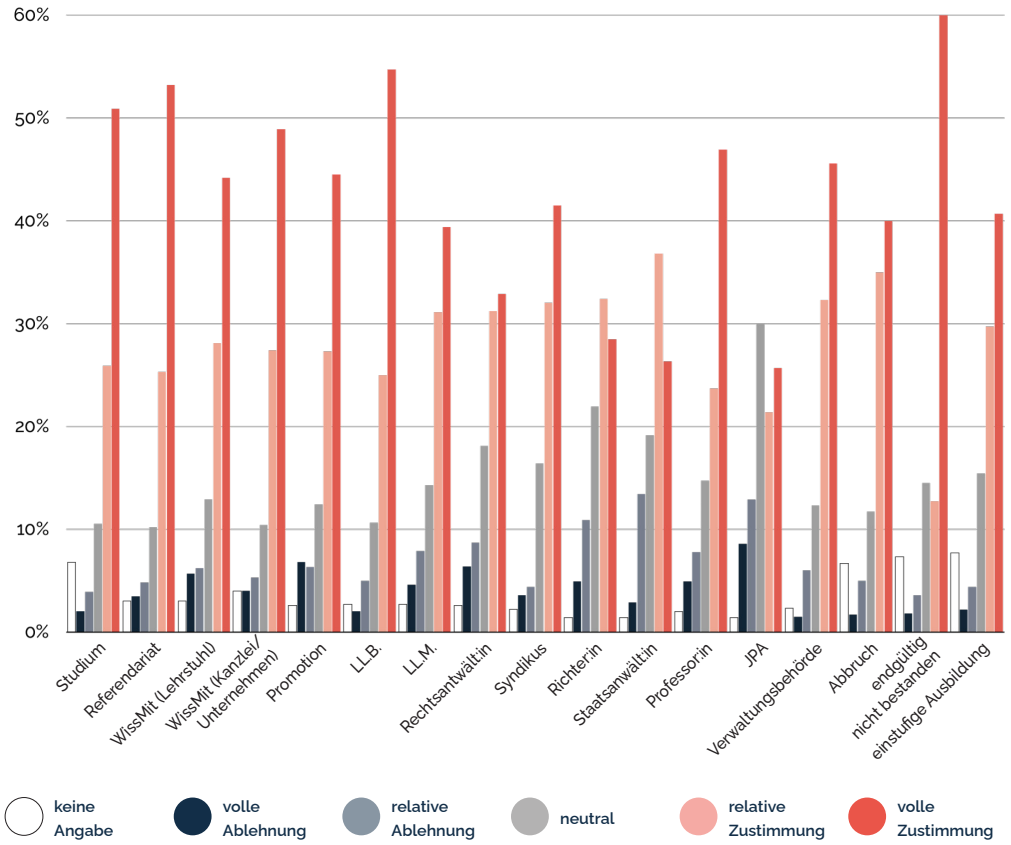
Aus der Tabelle ist ersichtlich, was bereits nach den vorhergehenden Merkmalen deutlich wurde: Unter Studierenden herrscht eine sehr breite Zustimmung zur These, ebenso unter Referendarinnen. Diese haben jeweils eine absolute Mehrheit für die volle Zustimmung (50,9 % respektive 53,2 %).

Entgegen der Erwartungen besteht eine kombinierte Zwei-Drittel-Mehrheit für die These auch bei Professor:innen mit 70,6 %.

JPA-Mitarbeitende sind hiergegen deutlich zurückhaltender und erreichen eine relative Mehrheit, die neutral stimmt – bei kombinierter Betrachtung allerdings eine relative Mehrheit für die These (kombiniert 46,1 %).

Bei den Staatsbediensteten ist die teilweise Zustimmung höher als die volle Zustimmung – kombiniert erreichen aber auch diese eine absolute Mehrheit dafür.

***These 5 C** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*



5. Ergebnis bzgl. Erwartungen

Die formulierten Erwartungen waren insoweit falsch, als dass sie Zurückhaltung prognostizierten – nahezu durchgängige 2/3-Mehrheiten für die These, auch unter den Professor:innen sprechen eine eindeutige Sprache.

These 5 D: Softskills

1. Thesenhintergrund

Die These wurde nur in einer gesichteten Veröffentlichung aus dem Jahr 2014 thematisiert. Aus dieser konnten wir zwei pro-Argumente für die These, jedoch keine contra-Argumente extrahieren.[1]

2. Thesengestaltung

Softskills sollten stärker trainiert werden.

Zu den Softskills gehören sämtliche Eigenschaften, Fähigkeiten und Qualifikationen, die berufliche und private Erfolge bestimmen; sie betreffen persönliche, soziale und methodische Kompetenzen.

Die ausgewählten Argumente, welche auf der iur.reform-Webseite als Nachweise aufrufbar waren, sind:

Pro	Contra
1. Im Beruf ist man nie Einzelkämpfer.	1. Das Studium droht, zu umfangreich zu werden und die Studierenden zu überfordern.
2. Die Universitäten nutzen ihre Spielräume bisher nicht hinreichend aus, um Soft Skills zu integrieren.	2. Die Universitäten haben bereits jetzt die Möglichkeit, dies im Studium zu integrieren.
3. Im Beruf ist ein sicheres Auftreten essentiell.	3. Die Universität dient nicht dazu, Menschen perfekt auf ihr Berufsleben vorzubereiten.

3. Hypothese

Wir formulierten folgende Erwartungen für die These:

- Der These wird eher neutral gegenüber getreten, da Softskills zwar nützliche Qualifikationen sein können, andererseits aber insbesondere die Student:innen befürchten könnten, dass das Studium noch umfangreicher wird.
- Lehrende könnten sich in der Qualität ihrer bisherigen Lehre angegriffen fühlen. Praktiker:innen sprechen sich aufgrund beruflicher Erfahrung eher für die These aus.
- Weiterhin ist zu erwarten, dass jüngere Teilnehmende der These eher zustimmen als ältere Abstimmende und dass die Ablehnung unter männlichen Teilnehmenden stärker ausfällt als unter dem Rest der Gesamtgruppe.

[1] Vgl. Literaturauswertung, Reiter „Reformoptionen und Argumente“, Zeile 856ff. ***https://onedrive.live.com/view.aspx?resid=D3C707BB028AE925!323&ithint=file %2cxlsx&authkey=!AERBCCwtBbE_-1M.***

4. Deskriptive Statistik

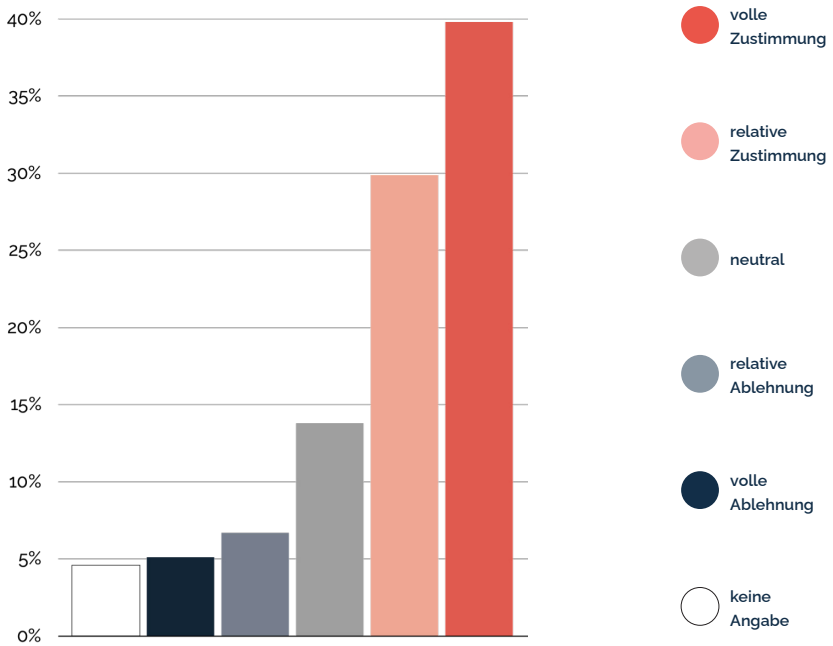
4.1 Gesamtauswertung

***These 5 D** Gesamtauswertung*

Bewertung	Anteil
keine Angabe	4,6 %
volle Ablehnung	5,1 %
relative Ablehnung	6,7 %
neutral	13,8 %
relative Zustimmung	29,9 %
volle Zustimmung	39,8 %
gesamt	**100,0 %**

39,8 % der Abstimmenden stimmen vollständig zu, dass Softskills im Studium stärker trainiert werden sollten. Weitere 29,9 % sind zumindest überwiegend der Meinung. 5,1 % sprechen sich vollständig gegen ein stärkeres Training von Softskills aus und 6,7 % zumindest überwiegend. 13,8 % stehen der These neutral gegenüber und 4,6 % haben keine Angabe zur These gemacht.

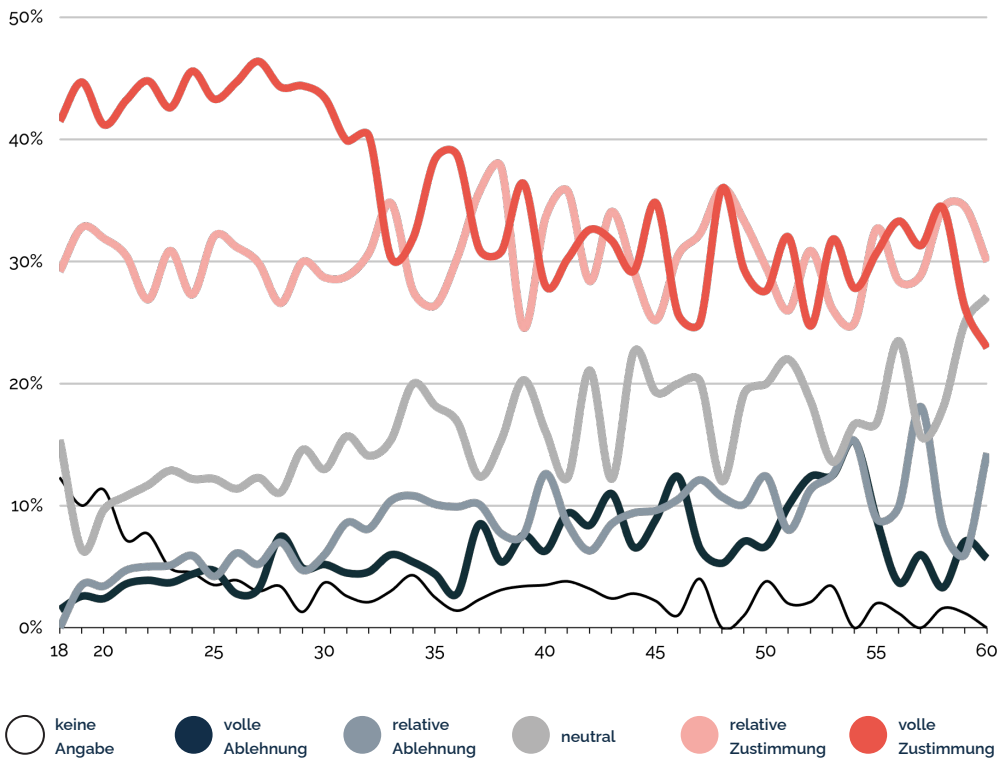
***These 5 D** Gesamtauswertung*



4.2 Alter

Bis zur Altersstufe von 32 Jahren entfällt die höchste Stimmenzahl pro Gruppe auf die volle Zustimmung zur These. Ab Altersstufe 33 mischt sich das Bild zwischen voller und relativer Zustimmung mit einer Tendenz hin zur relativen Zustimmung. Ab Altersstufe 67 verteilen sich die Stimmen über sämtliche Bewertungsstufen. Die Aussagekraft ist jedoch mit einer Teilnehmerzahl pro Gruppe von unter 20 begrenzt.

***These 5 D** Alter*



***These 5 D** Alter*

0 keine Angabe **1** volle Ablehnung **2** relative Ablehnung **3** neutral **4** relative Zustimmung **5** volle Zustimmung

Alter	0	1	2	3	4	5
17	–	–	–	–	–	100 %
18	12,3 %	1,5 %	–	15,4 %	29,2 %	41,5 %
19	10,0 %	2,6 %	3,5 %	6,4 %	32,8 %	44,7 %
20	11,3 %	2,4 %	3,4 %	9,7 %	31,9 %	41,2 %
21	7,2 %	3,6 %	4,7 %	10,8 %	30,5 %	43,2 %
22	7,7 %	3,9 %	5,0 %	11,7 %	26,9 %	44,8 %
23	4,9 %	3,7 %	5,1 %	12,9 %	30,9 %	42,6 %
24	4,5 %	4,4 %	5,9 %	12,2 %	27,3 %	45,6 %
25	3,5 %	4,7 %	4,2 %	12,2 %	32,1 %	43,3 %
26	3,9 %	2,8 %	6,1 %	11,4 %	31,2 %	44,7 %
27	3,0 %	3,2 %	5,2 %	12,3 %	29,9 %	46,4 %
28	3,4 %	7,5 %	7,0 %	11,1 %	26,6 %	44,3 %
29	1,3 %	4,9 %	4,7 %	14,6 %	30,0 %	44,4 %
30	3,7 %	5,2 %	6,0 %	13,0 %	28,7 %	43,4 %
31	2,6 %	4,5 %	8,6 %	15,7 %	28,8 %	39,9 %
32	2,1 %	4,6 %	8,1 %	14,1 %	30,7 %	40,3 %
33	3,0 %	6,0 %	10,4 %	15,4 %	34,8 %	30,3 %
34	4,3 %	5,4 %	10,8 %	20,0 %	27,6 %	31,9 %
35	2,5 %	4,4 %	10,1 %	18,2 %	26,4 %	38,4 %
36	1,4 %	2,8 %	9,9 %	16,9 %	30,3 %	38,7 %
37	2,3 %	8,5 %	10,1 %	12,4 %	35,7 %	31,0 %
38	3,1 %	5,4 %	7,7 %	15,4 %	37,7 %	30,8 %
39	3,4 %	7,6 %	7,6 %	20,3 %	24,6 %	36,4 %
40	3,5 %	6,3 %	12,6 %	16,1 %	33,6 %	28,0 %
41	3,8 %	9,4 %	8,5 %	12,3 %	35,8 %	30,2 %
42	3,2 %	8,4 %	6,3 %	21,1 %	28,4 %	32,6 %
43	2,4 %	11,0 %	8,5 %	12,2 %	34,1 %	31,7 %
44	2,8 %	6,6 %	9,4 %	22,6 %	29,2 %	29,2 %
45	2,2 %	8,9 %	9,6 %	19,3 %	25,2 %	34,8 %
46	1,0 %	12,4 %	10,5 %	20,0 %	30,5 %	25,7 %
47	4,0 %	6,5 %	12,1 %	20,2 %	32,3 %	25,0 %
48	–	5,3 %	10,7 %	12,0 %	36,0 %	36,0 %
49	1,0 %	7,1 %	10,1 %	19,2 %	33,3 %	29,3 %
50	3,8 %	6,7 %	12,4 %	20,0 %	29,5 %	27,6 %

Alter	0	1	2	3	4	5
51	2,0 %	10,0 %	8,0 %	22,0 %	26,0 %	32,0 %
52	2,1 %	12,4 %	11,3 %	18,6 %	30,9 %	24,7 %
53	3,4 %	12,5 %	12,5 %	13,6 %	26,1 %	31,8 %
54	–	15,3 %	15,3 %	16,7 %	25,0 %	27,8 %
55	2,0 %	8,9 %	8,9 %	16,8 %	32,7 %	30,7 %
56	1,2 %	3,7 %	9,9 %	23,5 %	28,4 %	33,3 %
57	–	6,0 %	18,1 %	15,7 %	28,9 %	31,3 %
58	1,6 %	3,3 %	8,2 %	18,0 %	34,4 %	34,4 %
59	1,2 %	7,1 %	6,0 %	25,0 %	34,5 %	26,2 %
60	–	5,7 %	14,3 %	27,1 %	30,0 %	22,9 %
61	1,8 %	10,7 %	7,1 %	19,6 %	30,4 %	30,4 %
62	1,9 %	1,9 %	7,4 %	11,1 %	31,5 %	46,3 %
63	7,7 %	7,7 %	2,6 %	10,3 %	41,0 %	30,8 %
64	4,2 %	4,2 %	16,7 %	16,7 %	20,8 %	37,5 %
65	–	17,1 %	2,9 %	17,1 %	25,7 %	37,1 %
66	4,5 %	–	9,1 %	27,3 %	31,8 %	27,3 %
67	–	–	5,9 %	35,3 %	23,5 %	35,3 %
68	–	6,7 %	6,7 %	13,3 %	26,7 %	46,7 %
69	–	–	28,6 %	28,6 %	14,3 %	28,6 %
70	–	–	20,0 %	–	40,0 %	40,0 %
71	–	–	12,5 %	25,0 %	37,5 %	25,0 %
72	–	20,0 %	–	20,0 %	20,0 %	40,0 %
73	–	–	–	12,5 %	37,5 %	50,0 %
74	–	–	11,1 %	22,2 %	22,2 %	44,4 %
75	–	16,7 %	–	16,7 %	16,7 %	50,0 %
77	–	–	25,0 %	25,0 %	50,0 %	–
78	–	33,3 %	–	–	–	66,7 %
79	–	–	–	50,0 %	–	50,0 %
81	–	–	–	–	100 %	–
82	–	–	–	100 %	–	–
83	–	100 %	–	–	–	–
84	–	–	–	–	–	100 %
90	–	–	–	100 %	–	–
Σ	**4,3 %**	**5,0 %**	**6,7 %**	**13,8 %**	**30,1 %**	**40,2 %**

4.3 Geschlecht

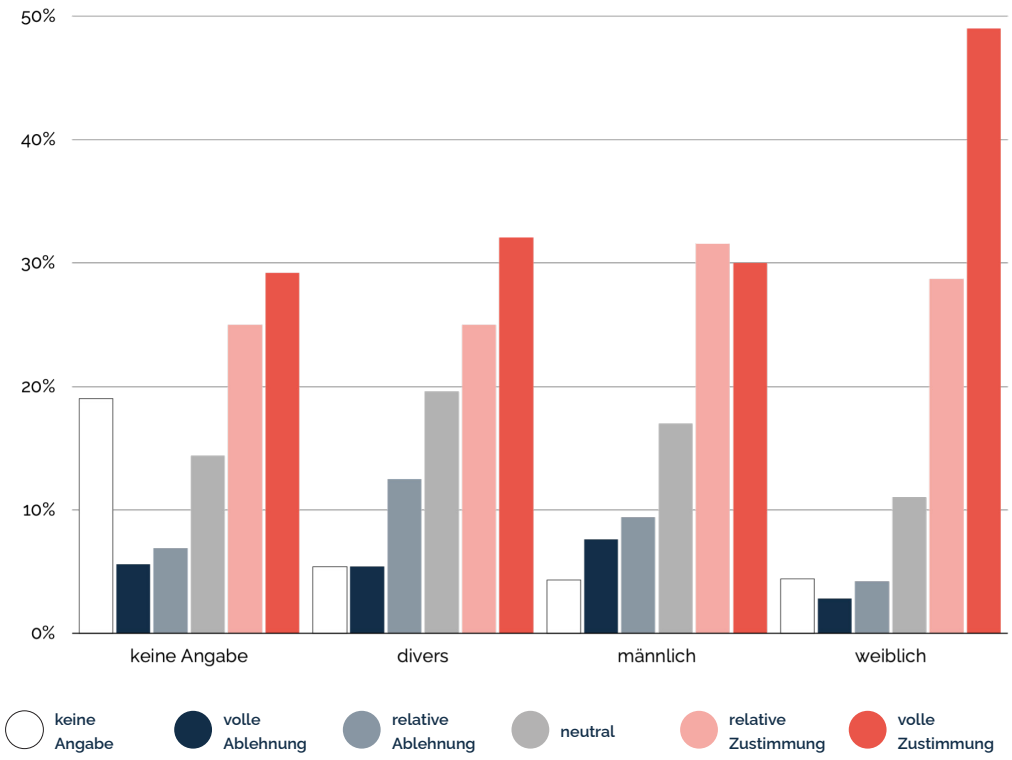
***These 5 D** Geschlecht*

Geschlecht	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
keine Angabe	19,0 %	5,6 %	6,9 %	14,4 %	25,0 %	29,2 %
divers	5,4 %	5,4 %	12,5 %	19,6 %	25,0 %	32,1 %
männlich	4,3 %	7,6 %	9,4 %	17,0 %	31,6 %	30,0 %
weiblich	4,4 %	2,8 %	4,2 %	11,0 %	28,7 %	49,0 %
gesamt	**4,6 %**	**5,1 %**	**6,7 %**	**13,8 %**	**29,9 %**	**39,8 %**

Die Tabelle zeigt, dass sich 2986 von 6095 weiblichen Abstimmenden (49 %) vollständig wünschen, dass Softskills im Studium stärker trainiert werden. Weitere 1749 (28,7 %) stimmen der These zumindest überwiegend zu. Während unter den männlichen Teilnehmern 31,6 % der These überwiegend zustimmen und damit ähnlich viele wie bei den weiblichen Teilnehmerinnen, weicht die Zahl der vollständig Zustimmenden deutlich ab. Von den 5436 männlichen Teilnehmern sind befürworten nur 1632 (30 %) vollständig, dass Softskills stärker trainiert werden.

Eine vollständige Ablehnung der These erfolgt von 415 (7,6 %) der männlichen Teilnehmer und von 169 (2,8 %) der weiblichen Teilnehmerinnen. Damit spiegelt sich die geringere vollständige Zustimmung unter den männlichen Abstimmenden auch in der vollständigen Ablehnung wider. Ähnliche Differenzen sind in der relativen Ablehnung erkennbar.

***These 5 D** Geschlecht*



4.4 Fachsemester

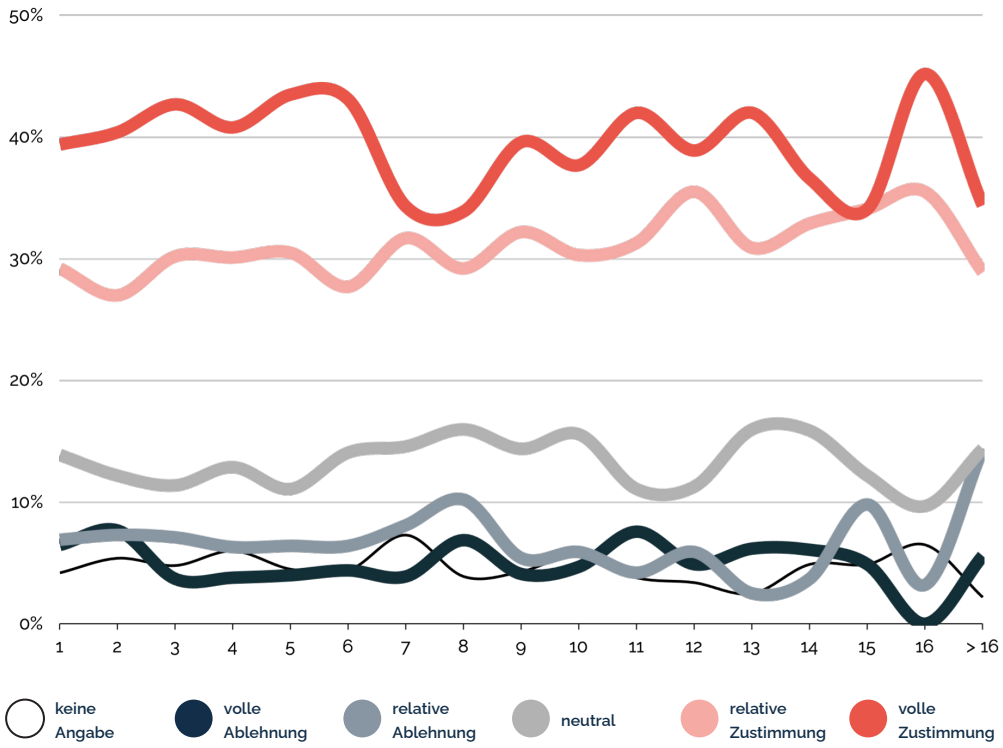
***These 5 D** Fachsemester*

Fachsemester	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
1	4,2 %	6,5 %	6,9 %	13,9 %	29,2 %	39,4 %
2	5,4 %	7,7 %	7,3 %	12,2 %	27,0 %	40,4 %
3	4,8 %	3,7 %	7,1 %	11,4 %	30,2 %	42,7 %
4	6,0 %	3,8 %	6,3 %	12,9 %	30,1 %	40,8 %
5	4,5 %	4,0 %	6,4 %	11,1 %	30,5 %	43,5 %
6	4,4 %	4,4 %	6,4 %	14,1 %	27,7 %	43,1 %
7	7,3 %	3,9 %	8,1 %	14,6 %	31,7 %	34,3 %
8	3,9 %	6,9 %	10,2 %	16,0 %	29,2 %	33,9 %
9	4,3 %	4,1 %	5,4 %	14,4 %	32,2 %	39,6 %
10	5,7 %	4,7 %	5,9 %	15,6 %	30,3 %	37,7 %
11	3,8 %	7,6 %	4,2 %	11,1 %	31,3 %	42,0 %
12	3,4 %	4,9 %	5,9 %	11,3 %	35,5 %	38,9 %
13	2,5 %	6,2 %	2,5 %	16,0 %	30,9 %	42,0 %
14	4,9 %	6,1 %	3,7 %	15,9 %	32,9 %	36,6 %
15	4,9 %	4,9 %	9,8 %	12,2 %	34,1 %	34,1 %
16	6,5 %	0,0 %	3,2 %	9,7 %	35,5 %	45,2 %
>16	2,2 %	5,6 %	14,4 %	14,4 %	28,9 %	34,4 %
gesamt	**4,9 %**	**5,1 %**	**6,8 %**	**13,4 %**	**30,3 %**	**39,6 %**

Der These „Softskills sollten stärker trainiert werden“ stimmen 39,6 % der Studierenden vollständig zu und 30,3 % zumindest überwiegend. Weitere 13,4 % verhalten sich zu der These neutral und 4,9 % haben keine Angaben gemacht. Die Quote der vollständig Ablehnenden liegt bei 5,1 % und die der zumindest überwiegend Ablehnenden bei 6,8 %. Damit weichen die Quoten nicht nennenswert vom Gesamtergebnis ab.

Am größten ist der Wunsch nach stärkerem Training von Softskills in den Fachsemestern 2 bis 6, 11, 13 und 16 mit einer vollständigen Zustimmung von mehr als 40 %, was in der nachfolgenden Grafik anschaulich abgebildet wird. Eine besonders hohe Ablehnungsquote in einem bestimmten Fachsemester ist dagegen nicht erkennbar.

***These 5 D** Fachsemester*



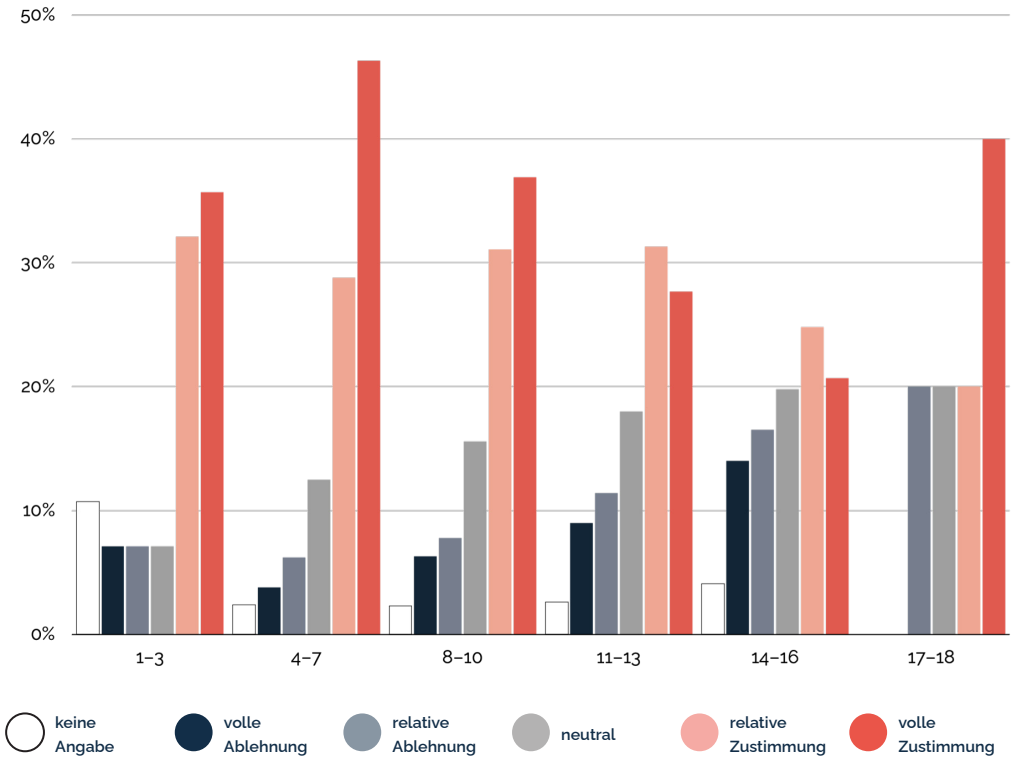
4.5 Gesamtnote

***These 5 D** Gesamtnote*

Gesamtnote	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
1–3	10,7 %	7,1 %	7,1 %	7,1 %	32,1 %	35,7 %
4–7	2,4 %	3,8 %	6,2 %	12,5 %	28,8 %	46,3 %
8–10	2,3 %	6,3 %	7,8 %	15,6 %	31,1 %	36,9 %
11–13	2,6 %	9,0 %	11,4 %	18,0 %	31,3 %	27,7 %
14–16	4,1 %	14,0 %	16,5 %	19,8 %	24,8 %	20,7 %
17–18	–	–	20,0 %	20,0 %	20,0 %	40,0 %
gesamt	**2,4 %**	**6,4 %**	**8,4 %**	**15,4 %**	**30,5 %**	**36,8 %**

Die stärkste vollständige Zustimmung wird in der Notenstufe von 4-7 Punkten erreicht. Die höchste vollständige Ablehnung in den Notenstufen von 14-16 Punkten. Lässt man die Notenstufen 1-3 und 17-18 aufgrund der geringen Teilnehmer:innen außer Betracht, wird deutlich, dass die vollständige Zustimmung mit Anstieg der Punkte im Examen sinkt.

***These 5 D** Gesamtnote*



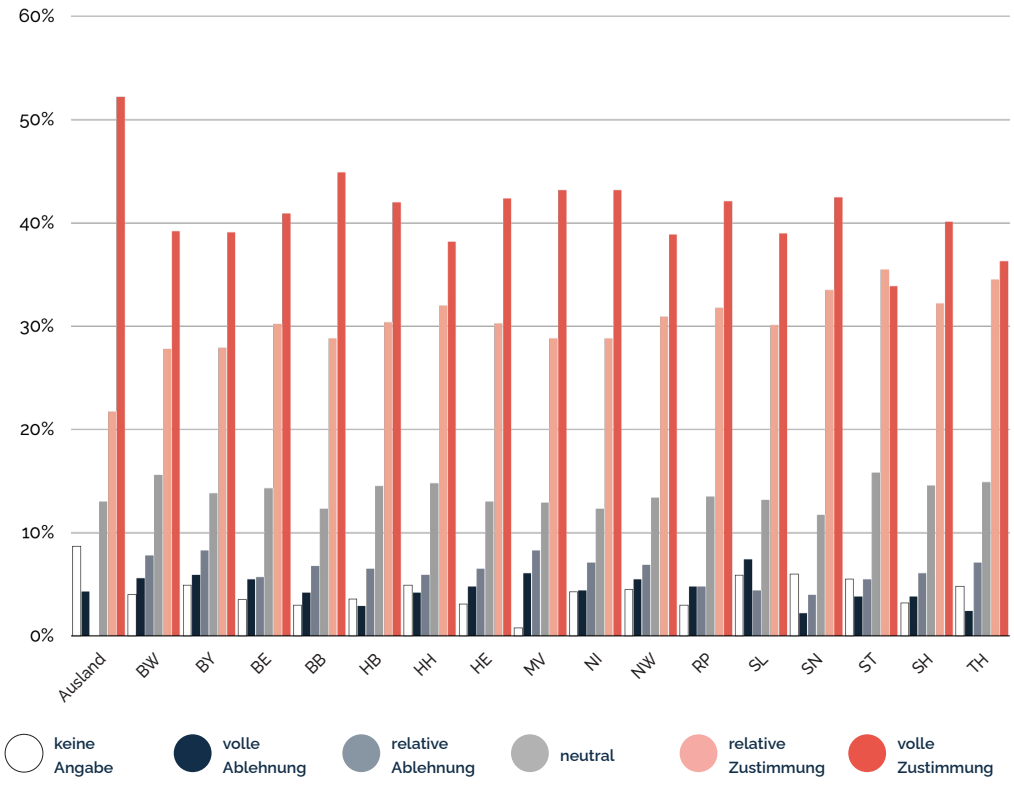
4.6 Studienort

***These 5 D** Studienort*

Bundesland	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
Ausland	8,7 %	4,3 %	–	13,0 %	21,7 %	52,2 %
Baden-Württemberg	4,0 %	5,6 %	7,8 %	15,6 %	27,8 %	39,2 %
Bayern	4,9 %	5,9 %	8,3 %	13,8 %	27,9 %	39,1 %
Berlin	3,5 %	5,5 %	5,7 %	14,3 %	30,2 %	40,9 %
Brandenburg	3,0 %	4,2 %	6,8 %	12,3 %	28,8 %	44,9 %
Bremen	3,6 %	2,9 %	6,5 %	14,5 %	30,4 %	42,0 %
Hamburg	4,9 %	4,2 %	5,9 %	14,8 %	32,0 %	38,2 %
Hessen	3,1 %	4,8 %	6,5 %	13,0 %	30,3 %	42,4 %
Mecklenburg-Vorpommern	0,8 %	6,1 %	8,3 %	12,9 %	28,8 %	43,2 %
Niedersachsen	4,3 %	4,4 %	7,1 %	12,3 %	28,8 %	43,2 %
Nordrhein-Westfalen	4,5 %	5,5 %	6,9 %	13,4 %	30,9 %	38,9 %
Rheinland-Pfalz	3,0 %	4,8 %	4,8 %	13,5 %	31,8 %	42,1 %
Saarland	5,9 %	7,4 %	4,4 %	13,2 %	30,1 %	39,0 %
Sachsen	6,0 %	2,2 %	4,0 %	11,7 %	33,5 %	42,5 %
Sachsen-Anhalt	5,5 %	3,8 %	5,5 %	15,8 %	35,5 %	33,9 %
Schleswig-Holstein	3,2 %	3,8 %	6,1 %	14,6 %	32,2 %	40,1 %
Thüringen	4,8 %	2,4 %	7,1 %	14,9 %	34,5 %	36,3 %
gesamt	**4,3 %**	**5,0 %**	**6,7 %**	**13,7 %**	**30,0 %**	**40,2 %**

Keines der Bundesländer weicht von der Gesamtquote nennenswert in der Ablehnungsquote oder Zustimmungsquote ab.

***These 5 D** Studienort*



4.7 Verhältnis zur juristischen Ausbildung

***These 5 D** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*

Beruf	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
Studium	6,8 %	3,2 %	4,5 %	11,7 %	29,9 %	43,9 %
Referendariat	3,2 %	5,4 %	6,2 %	12,2 %	27,7 %	45,3 %
WissMit (Lehrstuhl)	2,7 %	7,7 %	9,0 %	15,8 %	28,9 %	36,0 %
WissMit (Kanzlei)	4,2 %	5,3 %	5,5 %	12,5 %	28,9 %	43,6 %
Promotion	2,6 %	7,8 %	8,3 %	15,0 %	29,0 %	37,3 %
LL.B.	2,7 %	3,5 %	5,9 %	16,3 %	29,7 %	41,8 %
LL.M.	2,5 %	6,8 %	7,7 %	12,0 %	28,2 %	42,7 %
Rechtsanwält:in	2,5 %	6,8 %	8,5 %	15,7 %	29,2 %	37,3 %
Syndikus	2,2 %	7,9 %	6,0 %	13,9 %	28,7 %	41,3 %
Richter:in	1,4 %	6,2 %	10,1 %	22,3 %	36,7 %	23,3 %
Staatsanwält:in	1,4 %	4,8 %	13,4 %	16,7 %	36,4 %	27,3 %
Professor:in	2,0 %	19,6 %	15,1 %	20,8 %	23,3 %	19,2 %
JPA	1,4 %	8,6 %	18,6 %	17,1 %	44,3 %	10,0 %
Verwaltungsbehörde	2,3 %	4,8 %	8,8 %	13,5 %	30,6 %	40,1 %
Abbruch	6,7 %	6,7 %	1,7 %	8,3 %	26,7 %	50,0 %
endgültig nicht bestanden	9,1 %	0,0 %	1,8 %	10,9 %	29,1 %	49,1 %
einstufige Ausbildung	5,5 %	1,1 %	4,4 %	9,9 %	25,3 %	53,8 %

2210 der 5033 studentischen Stimmen entfallen auf die volle Zustimmung. Weitere 1505 stimmen der These zumindest relativ zu. Daraus ergibt sich eine Gesamtzustimmung von 73,8 %. Nur 161 Studierende lehnen die These vollständig und weitere 225 überwiegend ab; mithin insgesamt 7,7 %.

Vergleichbar ist das Bild bei den Referendar:innen. 73 % (1207 von 1653) stimmen der These vollständig oder relativ zu. 191 von 1653 (11,6 %) lehnen sie vollständig oder relativ ab.

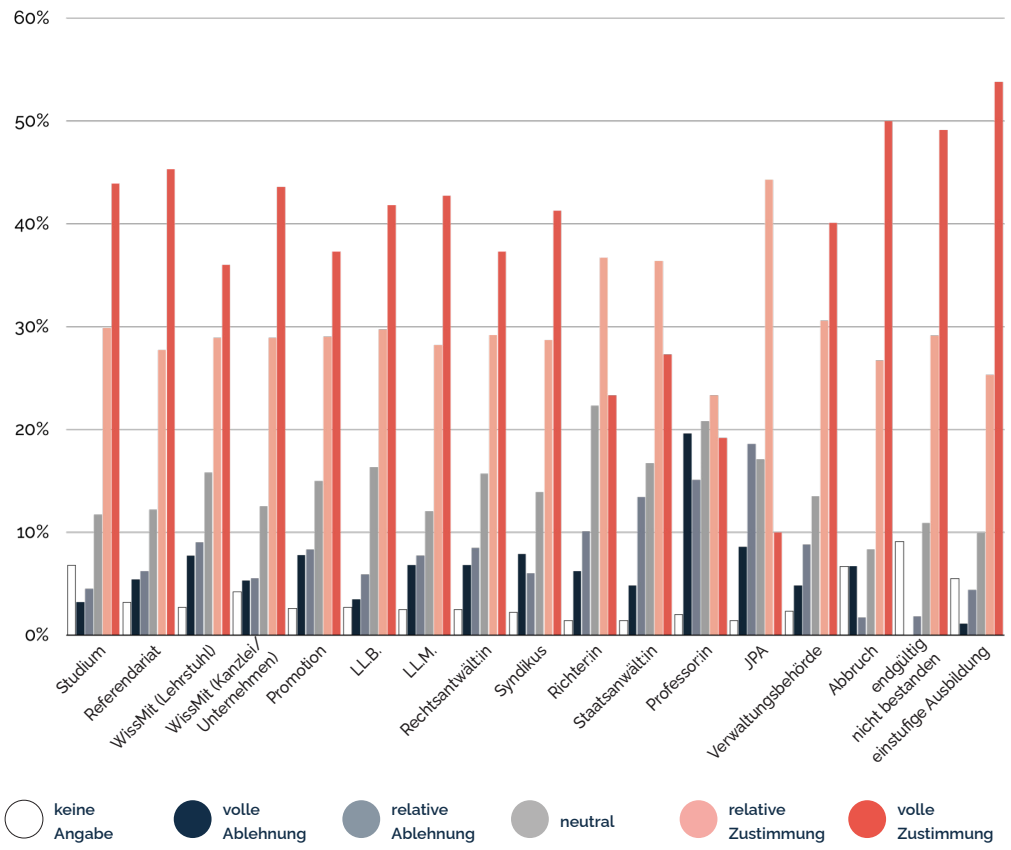
Bei den Rechtsanwält:innen sind 780 von 2089 vollständig und 610 von 2089 zumindest überwiegend für die These, dass Softskills mehr in das Studium integriert werden sollten und damit insgesamt 66,5 %. Damit liegen sie knapp unter der Gesamtquote der voll oder überwiegend Zustimmenden von 69,9 %. Voll oder relativ dagegen sind 319 der Rechtsanwält:innen und mithin 15,3 %. Damit spiegelt sich die leicht geringere Zustimmungsquote auch in einer leicht höheren Ablehnungsquote wider. Bei den Syndikusanwält:innen ist die Zustimmungsquote mit 70,0 % (256 von 366) etwas höher, die kumulierte Ablehnungsquote mit 13,9 % (51 von 366) jedoch auch.

Bei den Richter:innen liegt die voll oder relative Ablehnung von mehr Softskills im Studium bei 16,3 % (153 von 937). Auffällig ist, dass die Quote der überwiegend Zustimmenden (344) größer ist als die der vollständig zustimmenden (218) Richter:innen. Auch die neutralen Stimmen sind mit 210 Stimmen fast so hoch wie die vollständig zustimmenden Richter:innen. Die Zustimmungsquote liegt mithin bei 562 von 937 Stimmen und 60,0 %.

Bei den Professor:innen übersteigt die Zahl der vollständig ablehnenden Personen (48) die der vollständig zustimmenden Personen (47) mit einer Stimme. Mit jeweils knapp unter 20 % weicht das Ergebnis erheblich von der Gesamtquote ab. Die Zahl der relativ Zustimmenden ist am höchsten mit 57, gefolgt von den neutralen mit 51.

Bei den wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen in Kanzleien liegt die Zustimmungsquote bei 72,5 % (434 von 599) und damit höher als bei den wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen an einem Lehrstuhl mit 64,9 % (411 von 634).

***These 5 D** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*



5. Ergebnis bzgl. Erwartungen

Unsere Erwartungen an die These haben sich nur teilweise bestätigt. Anders als vermutet, ergab sich doch eine deutlich relative Zustimmung zur These. Die erwartete Skepsis unter den lehrenden (Professor:innen) hat sich dagegen bestätigt. Die Hypothese, dass jüngere Teilnehmende der These eher zustimmen als ältere Abstimmende und dass die Ablehnung unter männlichen Teilnehmenden stärker ausfällt als unter dem Rest der Gesamtgruppe, hat sich ebenfalls bewahrheitet.

These 5 E: Rechtsgebietsübergreifende Ausbildung

1. Thesenhintergrund

Die Frage der rechtsgebietsübergreifenden Ausbildung steht nicht im Zentrum der Debatte um die juristische Ausbildung wird aber etwas breiter diskutiert. Hier wurden 5 Pro-Argumente und 1 Contra-Argument aus der Literatur entnommen. Allgemein kann der Literatur damit eine eher positive Sichtweise auf die rechtsgebietsübergreifende Ausbildung entnommen werden.

2. Thesengestaltung

Die juristische Ausbildung sollte stärker rechtsgebietsübergreifend ausgestaltet sein.

Die ausgewählten Argumente, welcher auf der iur.reform-Webseite als Nachweise aufrufbar waren, sind:

Pro	Contra
1. Die rechtsgebietsübergreifende Ausbildung ist eine Grundvoraussetzung für eine Auseinandersetzung mit juristischen Problemen aus verschiedenen Perspektiven.	1. Der Föderalismus und die damit einhergehende Ländergesetzgebung erschweren eine einheitliche Ausgestaltung der rechtsgebietsübergreifenden Ausbildung.
2. Das Deutsche Richtergesetz wäre für eine Festschreibung des rechtsgebietsübergreifenden Lernens offen. Zwar können auch die Länder eine rechtsgebietsübergreifende Klausurgestaltung in ihren landesrechtlichen Regelungen vorsehen, doch kann nur das DRiG eine Einheitlichkeit sicherstellen.	2. Rechtsgebietsübergreifende Klausuren (z.B. Strafrecht in der Zivilrechtsklausur) hindern den Zweck des Abschichtens.
3. Das rechtsgebietsübergreifende Arbeiten entspricht der Praxis.	3. Die Fächer werden bereits jetzt hinreichend rechtsgebietsübergreifend unterrichtet.

3. Hypothese

Wir formulierten folgende Erwartungen für die These:

- Tendenziell wird es eine ablehnende Haltung bei Studierenden geben, da Befürchtungen zur Überfrachtung der Fachinhalte bestehen können.
- Zudem wird dies von Seiten der Professor:innen eine ablehnende Haltung geben, da es geringe (zumindest nicht unwesentliche) Umsetzungsschwierigkeiten bei Professor:innen geben kann.

4. Deskriptive Statistik

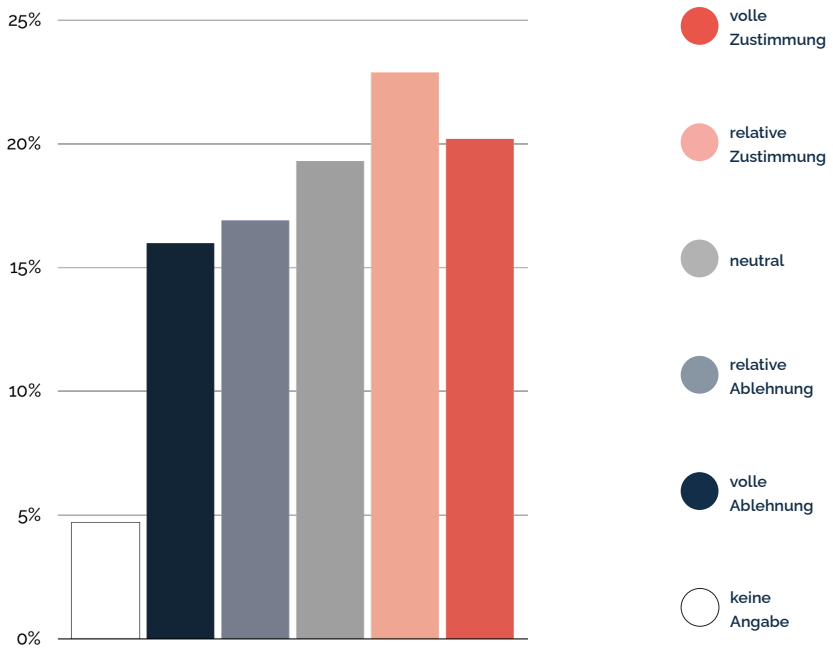
4.1 Gesamtauswertung

***These 5 E** Gesamtauswertung*

Bewertung	Anteil
keine Angabe	4,7 %
volle Ablehnung	16,0 %
relative Ablehnung	16,9 %
neutral	19,3 %
relative Zustimmung	22,9 %
volle Zustimmung	20,2 %
gesamt	**100,0 %**

Mit Blick auf die Ausrichtung der juristischen Ausbildung im Hinblick auf eine stärker rechtsgebietsübergreifende Ausbildung zeigt sich grundsätzlich eine leichte Zustimmung (43,1 %). Ablehnend stehen der These 32,9 %, und neutral 19,3 % der Befragten gegenüber.

***These 5 E** Gesamtauswertung*



4.2 Alter

Im Vergleich zu den Zahlen aus der obigen Tabelle zeigt sich, dass der Gesamtwert für „neutral“ sich um 0,1 Prozentpunkte nach oben verschoben hat, sonst die Werte gleich sind.

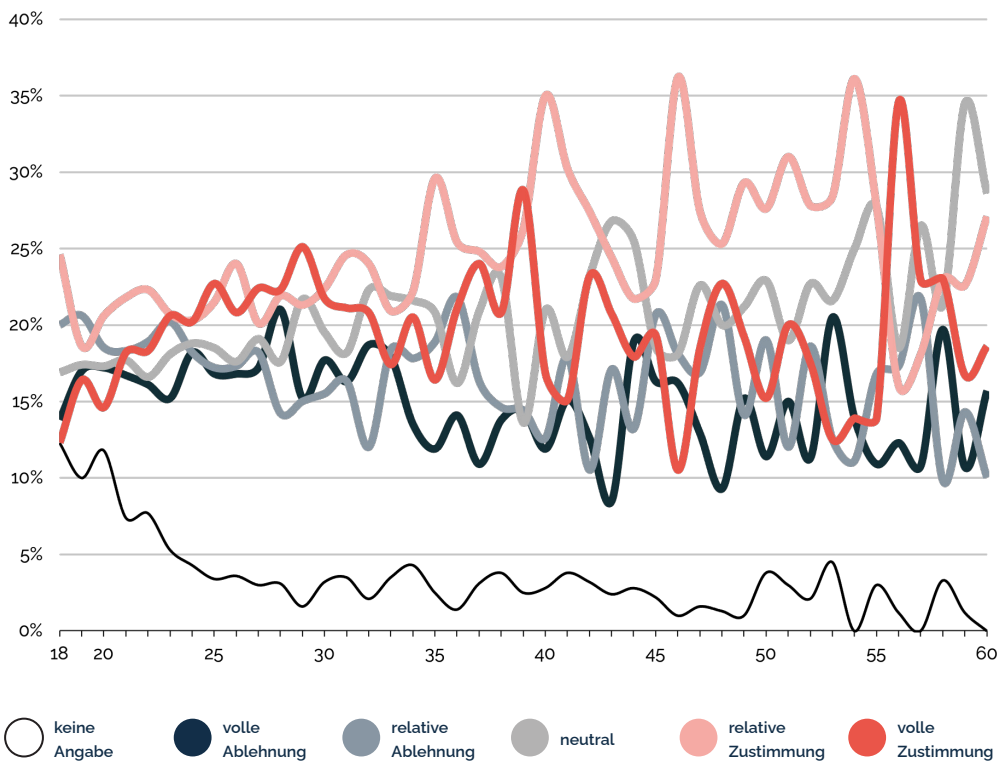
Im Rahmen der Altersverteilung fällt mit Blick auf die relativen Anteile der jeweiligen Altersgruppe an der zustimmenden beziehungsweise ablehnenden Haltung auf, dass grundsätzlich über alle Altersgruppen hinweg ein Überwiegen im Hinblick auf die zustimmenden Anteile besteht. Eine Ausnahme bildet hier lediglich die Altersgruppe 19.

Die Zustimmungsquote liegt dabei bei den 18- bis 20-Jährigen bei ca. 35,0 %, die bei den 21- bis 24-Jährigen bei ca. 40,0 %, bei den 25- bis 32-Jährigen bei ca. 44,0 bis 45,0 % und bei den 33- bis 59-Jährigen bei ca. 46 bis 50 % ansteigt. Ab der Altersgrenze von 60 gibt es sogar teils Zustimmungswerte von über 60,0 %. Mit zunehmendem Alter steigt damit die Zustimmungsquote. Besonders auffallend ist hier ebenfalls die eher zustimmende Haltung der 17-Jährigen mit 100 %.

Gleichzeitig steigen aber – ausgenommen die Altersgruppen 18 bis 21 (s.o.) – die Enthaltungen leicht an. Antiparallel zu den Zustimmungsquoten nimmt die ablehnende Haltung mit zunehmendem Alter ab – dies jedoch nicht mit vergleichbarer Konstanz. So liegt sie bei den 18 bis 28-Jährigen bei ca. 33,0 bis 37,0 %. Ab der Altersgruppe 29 liegt die Ablehnungsquote bei ca. 30,0 %, die teilweise auch auf 20,0 % fällt. Ab der Altersgruppe 60 fällt die Ablehnungsquote teils auch unter 20,0 oder 10,0 %.

Die mit dem Alter deutlicher werdende Zustimmung könnte mit dem stärkeren Berufsbezug älterer Personen einhergehen, die damit auch in vielfältigeren Kontexten Rechtsverzweigungen wahrnehmen, die sie in der Ausbildung nicht hinreichend gespiegelt sahen.

***These 5 E** Alter*



***These 5 E** Alter*

0 keine Angabe **1** volle Ablehnung **2** relative Ablehnung **3** neutral **4** relative Zustimmung **5** volle Zustimmung

Alter	0	1	2	3	4	5
17	–	–	–	–	100 %	–
18	12,3 %	13,8 %	20,0 %	16,9 %	24,6 %	12,3 %
19	10,0 %	17,0 %	20,6 %	17,4 %	18,6 %	16,4 %
20	11,8 %	17,2 %	18,5 %	17,3 %	20,6 %	14,6 %
21	7,4 %	16,7 %	18,3 %	17,7 %	21,8 %	18,2 %
22	7,7 %	16,1 %	18,9 %	16,6 %	22,3 %	18,3 %
23	5,3 %	15,2 %	20,2 %	18,1 %	20,7 %	20,6 %
24	4,3 %	18,2 %	18,2 %	18,8 %	20,3 %	20,2 %
25	3,4 %	16,8 %	17,2 %	18,5 %	21,5 %	22,7 %
26	3,6 %	16,8 %	17,3 %	17,6 %	24,0 %	20,8 %
27	3,0 %	17,2 %	18,2 %	19,1 %	20,1 %	22,4 %
28	3,1 %	21,0 %	14,2 %	17,6 %	21,9 %	22,3 %
29	1,6 %	15,2 %	15,0 %	21,7 %	21,3 %	25,1 %
30	3,2 %	17,7 %	15,5 %	19,5 %	22,4 %	21,7 %
31	3,5 %	16,3 %	16,3 %	18,2 %	24,6 %	21,1 %
32	2,1 %	18,7 %	12,0 %	22,3 %	24,0 %	20,8 %
33	3,5 %	17,9 %	18,4 %	21,9 %	20,9 %	17,4 %
34	4,3 %	13,5 %	17,8 %	21,6 %	22,2 %	20,5 %
35	2,5 %	11,9 %	18,9 %	20,8 %	29,6 %	16,4 %
36	1,4 %	14,1 %	21,8 %	16,2 %	25,4 %	21,1 %
37	3,1 %	10,9 %	16,3 %	20,9 %	24,8 %	24,0 %
38	3,8 %	13,8 %	14,6 %	23,1 %	23,8 %	20,8 %
39	2,5 %	14,4 %	14,4 %	13,6 %	26,3 %	28,8 %
40	2,8 %	11,9 %	12,6 %	21,0 %	35,0 %	16,8 %
41	3,8 %	15,1 %	17,9 %	17,9 %	30,2 %	15,1 %
42	3,2 %	12,6 %	10,5 %	23,2 %	27,4 %	23,2 %
43	2,4 %	8,5 %	17,1 %	26,8 %	24,4 %	20,7 %
44	2,8 %	18,9 %	13,2 %	25,5 %	21,7 %	17,9 %
45	2,2 %	16,3 %	20,7 %	18,5 %	23,0 %	19,3 %
46	1,0 %	16,2 %	18,1 %	18,1 %	36,2 %	10,5 %
47	1,6 %	12,9 %	16,9 %	22,6 %	27,4 %	18,5 %
48	1,3 %	9,3 %	21,3 %	20,0 %	25,3 %	22,7 %
49	1,0 %	15,2 %	14,1 %	21,2 %	29,3 %	19,2 %
50	3,8 %	11,4 %	19,0 %	22,9 %	27,6 %	15,2 %

Alter	0	1	2	3	4	5
51	3,0 %	15,0 %	12,0 %	19,0 %	31,0 %	20,0 %
52	2,1 %	11,3 %	18,6 %	22,7 %	27,8 %	17,5 %
53	4,5 %	20,5 %	12,5 %	21,6 %	28,4 %	12,5 %
54	–	13,9 %	11,1 %	25,0 %	36,1 %	13,9 %
55	3,0 %	10,9 %	16,8 %	27,7 %	27,7 %	13,9 %
56	1,2 %	12,3 %	17,3 %	18,5 %	16,0 %	34,6 %
57	–	10,8 %	21,7 %	26,5 %	18,1 %	22,9 %
58	3,3 %	19,7 %	9,8 %	21,3 %	23,0 %	23,0 %
59	1,2 %	10,7 %	14,3 %	34,5 %	22,6 %	16,7 %
60	–	15,7 %	10,0 %	28,6 %	27,1 %	18,6 %
61	1,8 %	10,7 %	5,4 %	28,6 %	25,0 %	28,6 %
62	3,7 %	11,1 %	7,4 %	18,5 %	18,5 %	40,7 %
63	7,7 %	7,7 %	5,1 %	30,8 %	28,2 %	20,5 %
64	4,2 %	4,2 %	16,7 %	8,3 %	33,3 %	33,3 %
65	–	17,1 %	17,1 %	11,4 %	17,1 %	37,1 %
66	4,5 %	13,6 %	22,7 %	18,2 %	22,7 %	18,2 %
67	–	11,8 %	5,9 %	17,6 %	17,6 %	47,1 %
68	–	13,3 %	6,7 %	13,3 %	33,3 %	33,3 %
69	–	28,6 %	14,3 %	–	28,6 %	28,6 %
70	–	–	–	10,0 %	60,0 %	30,0 %
71	–	12,5 %	12,5 %	12,5 %	25,0 %	37,5 %
72	–	40,0 %	–	–	20,0 %	40,0 %
73	–	–	–	37,5 %	25,0 %	37,5 %
74	–	–	–	44,4 %	22,2 %	33,3 %
75	–	16,7 %	–	16,7 %	33,3 %	33,3 %
77	–	25,0 %	–	25,0 %	50,0 %	–
78	–	33,3 %	–	–	–	66,7 %
79	–	–	–	–	50,0 %	50,0 %
81	–	–	–	–	100 %	–
82	–	–	–	100 %	–	–
83	–	–	–	–	100 %	–
84	–	–	–	–	–	100 %
90	–	–	–	100 %	–	–
Σ	**4,4 %**	**16,0 %**	**17,0 %**	**19,3 %**	**23,0 %**	**20,3 %**

4.3 Geschlecht

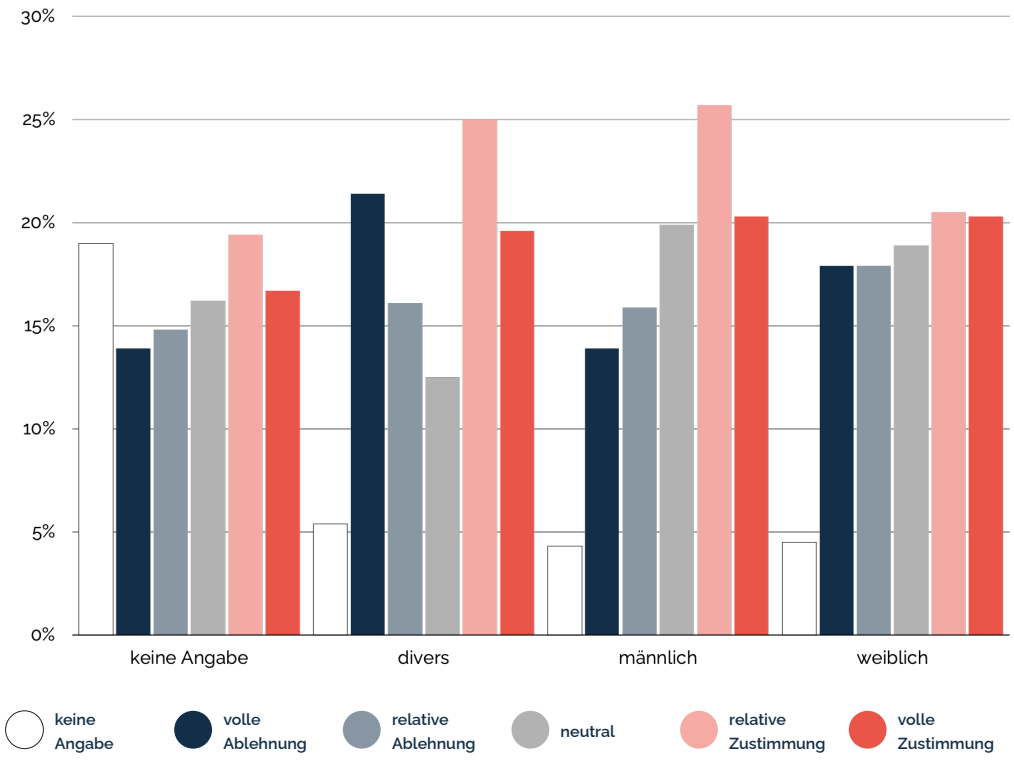
***These 5 E** Geschlecht*

Geschlecht	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
keine Angabe	19,0 %	13,9 %	14,8 %	16,2 %	19,4 %	16,7 %
divers	5,4 %	21,4 %	16,1 %	12,5 %	25,0 %	19,6 %
männlich	4,3 %	13,9 %	15,9 %	19,9 %	25,7 %	20,3 %
weiblich	4,5 %	17,9 %	17,9 %	18,9 %	20,5 %	20,3 %
gesamt	**4,7 %**	**16,0 %**	**16,9 %**	**19,3 %**	**22,9 %**	**20,2 %**

Blicken wir auf die relativen Anteile der Geschlechter an den ablehnenden beziehungsweise zustimmenden Haltungen, so erkennen wir eine leicht relative Zustimmung der sich als männlich (46,0 %) gegenüber den sich als weiblich (40,8 %) identifizierenden Personen. Die Personen, die sich keinem der genannten Geschlechter zuordnen können, sind nahezu gleich auf, mit den sich als männlich identifizierenden Personen im Hinblick auf die zustimmenden Anteile (44,6 %).

Die zustimmenden Anteile überwiegen die ablehnenden Anteile dabei jeweils – mit Ausnahme der Personen, die sich dem weiblichen Geschlecht zuordnen können – deutlich. So stehen sich die Stimmen der Personen, die sich als männlich identifizieren (46,0 % Zustimmung gegenüber 29,8 % Ablehnung), der Personen, die sich als weiblich identifizieren (40,8 % Zustimmung gegenüber 35,8 % Ablehnung) sowie der Personen, die sich keinem der zuvor genannten Geschlechter zuordnen können, folglich gegenüber (44,6 % Zustimmung gegenüber 26,8 % Ablehnung).

***These 5 E** Geschlecht*



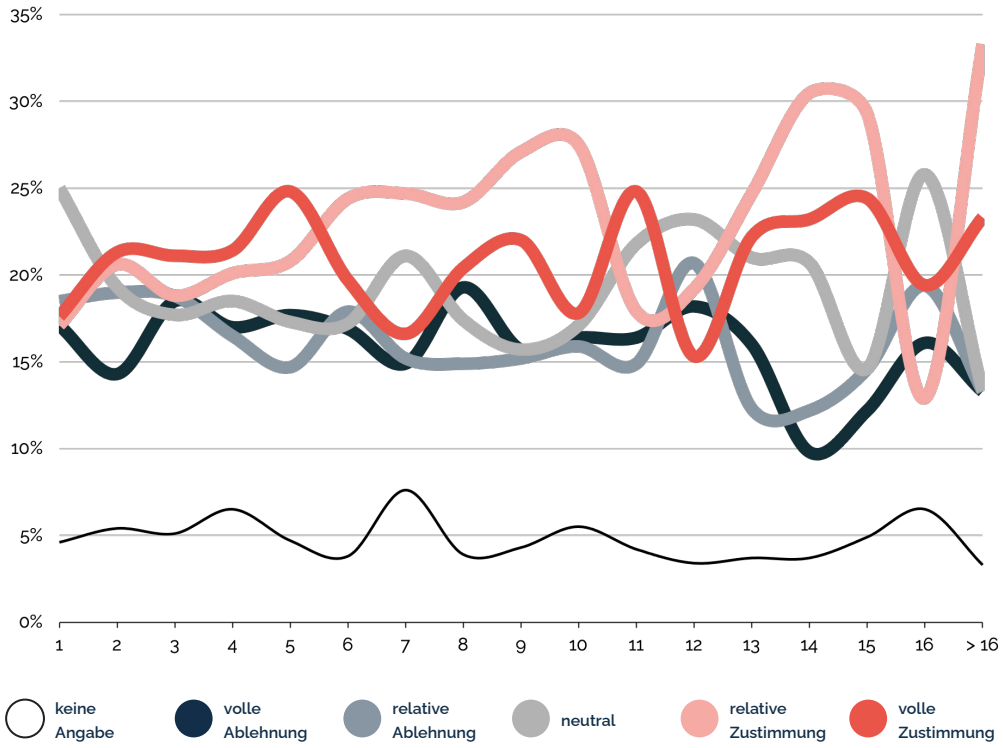
4.4 Fachsemester

***These 5 E** Fachsemester*

Fachsemester	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
1	4,6 %	17,1 %	18,5 %	25,0 %	17,1 %	17,6 %
2	5,4 %	14,3 %	19,0 %	19,3 %	20,6 %	21,3 %
3	5,1 %	18,5 %	18,8 %	17,7 %	18,8 %	21,1 %
4	6,5 %	17,0 %	16,5 %	18,5 %	20,1 %	21,4 %
5	4,7 %	17,7 %	14,7 %	17,3 %	20,8 %	24,8 %
6	3,8 %	16,9 %	17,9 %	17,2 %	24,4 %	19,7 %
7	7,6 %	14,9 %	15,2 %	21,1 %	24,7 %	16,6 %
8	3,9 %	19,3 %	14,9 %	17,4 %	24,2 %	20,4 %
9	4,3 %	15,7 %	15,2 %	15,7 %	27,1 %	22,0 %
10	5,5 %	16,4 %	15,9 %	17,1 %	27,5 %	17,8 %
11	4,2 %	16,4 %	14,9 %	21,8 %	17,9 %	24,8 %
12	3,4 %	18,2 %	20,7 %	23,2 %	19,2 %	15,3 %
13	3,7 %	16,0 %	12,3 %	21,0 %	24,7 %	22,2 %
14	3,7 %	9,8 %	12,2 %	20,7 %	30,5 %	23,2 %
15	4,9 %	12,2 %	14,6 %	14,6 %	29,3 %	24,4 %
16	6,5 %	16,1 %	19,4 %	25,8 %	12,9 %	19,4 %
>16	3,3 %	13,3 %	13,3 %	13,3 %	33,3 %	23,3 %
gesamt	**5,0 %**	**16,5 %**	**16,5 %**	**18,7 %**	**22,7 %**	**20,6 %**

Mit Blick auf die relativen Anteile der Fachsemester an der Zustimmung beziehungsweise Ablehnung erkennen wir, dass in der Tendenz mit zunehmendem Semester eine höhere Zustimmungsquote besteht. So ist der Anteil an der Zustimmung und der Ablehnung in den ersten drei Semestern ca. gleich auf. Ab dem 4. Semester überwiegt die zustimmende Haltung in der Tendenz die ablehnende Haltung im Schnitt um ca. 10,0 %. Dabei erreichen die Zustimmungsanteile ca. 40,0 % der jeweiligen Stimmenanteile. Ab dem 9. Semester liegt die Zustimmung sogar ca. 20,0 % über der Ablehnung. Ausgenommen sind hier das 12. und das 16. Semester, bei denen es zu einem leichten Überwiegen der ablehnenden Haltung kommt. Besonders ausgeprägt ist die Zustimmung in den Semestern 14 und 15, wo sie jeweils ca. 25,0 beziehungsweise 30,0 % über der ablehnenden Haltung liegt.

***These 5 E** Fachsemester*



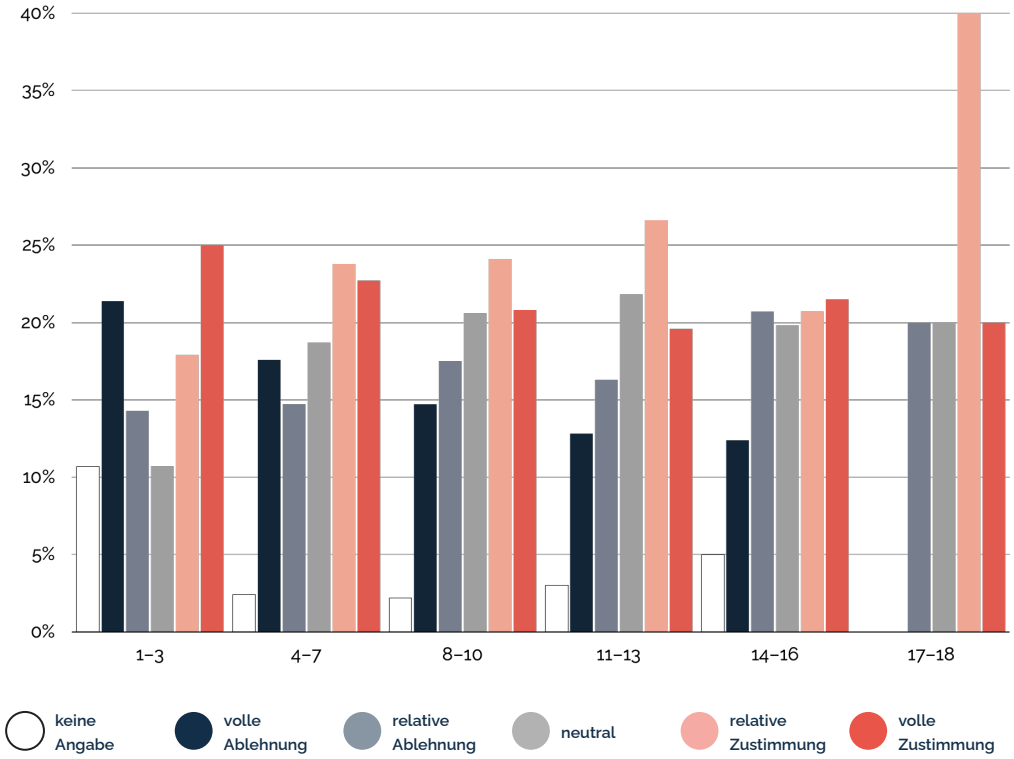
4.5 Gesamtnote

***These 5 E** Gesamtnote*

Gesamtnote	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
1–3	10,7 %	21,4 %	14,3 %	10,7 %	17,9 %	25,0 %
4–7	2,4 %	17,6 %	14,7 %	18,7 %	23,8 %	22,7 %
8–10	2,2 %	14,7 %	17,5 %	20,6 %	24,1 %	20,8 %
11–13	3,0 %	12,8 %	16,3 %	21,8 %	26,6 %	19,6 %
14–16	5,0 %	12,4 %	20,7 %	19,8 %	20,7 %	21,5 %
17–18	–	–	20,0 %	20,0 %	40,0 %	20,0 %
gesamt	**2,5 %**	**15,0 %**	**16,6 %**	**20,3 %**	**24,5 %**	**21,0 %**

Blicken wir auf die relativen Anteile der Notenstufen an den Zustimmungs- oder Ablehnungsanteilen, so erkennen wir über alle Notenstufen hinweg eine relative Zustimmung. Stärker ausgeprägt ist diese auf den Notenstufen 2 bis 5 mit ca. 42,0 bis 46,0 % Zustimmung gegenüber ca. 29 bis 32 % Ablehnung. Besonders ausgeprägt ist die Zustimmung auf der sechsten Notenstufe mit 60,0 % Zustimmung gegenüber 20,0 % eher geäußerter Ablehnung. Die stärkste Ablehnung findet sich auf der ersten Notenstufe mit rund 36 % gegenüber rund 43 % Zustimmung. Auf der ersten Notenstufe fällt auch eine geringere Enthaltungsquote von 10,7 % gegenüber den anderen Notenstufen mit jeweils ca. 20,0 % auf. Jedoch liegt der Prozentwert der Personen, die die Frage nicht beantwortet haben, ebenfalls bei 10,7 % auf der ersten Notenstufe, sodass sich in der Summe kein Unterschied ergeben dürfte.

***These 5 E** Gesamtnote*



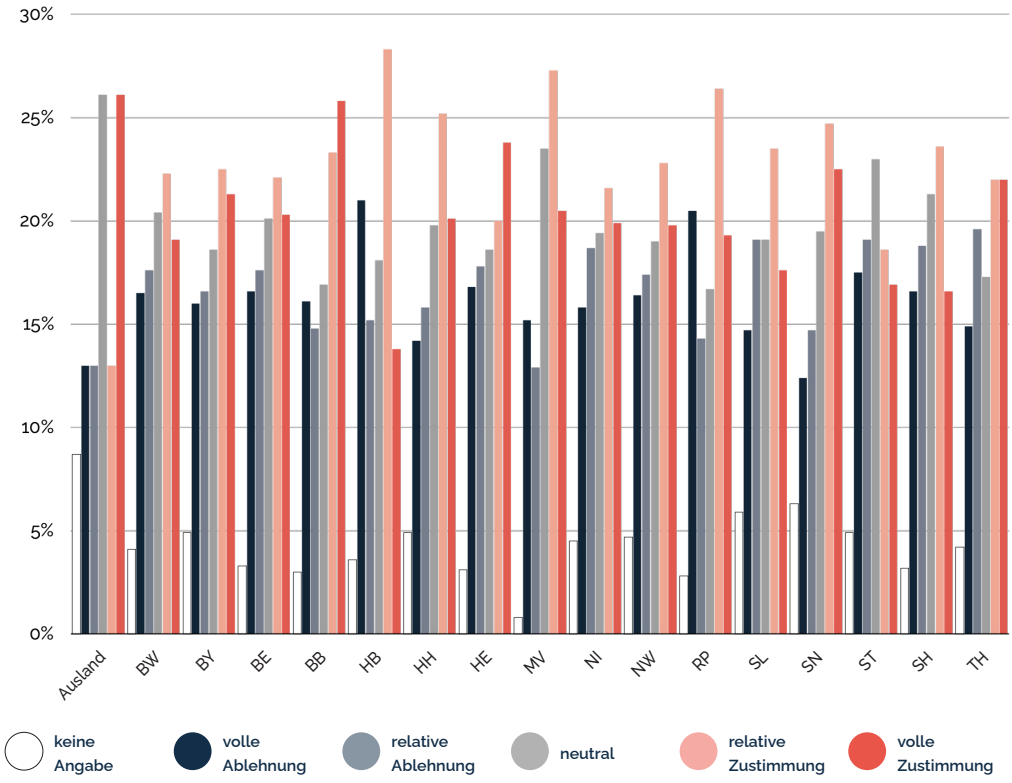
4.6 Studienort

***These 5 E** Studienort*

Bundesland	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
Ausland	8,7 %	13,0 %	13,0 %	26,1 %	13,0 %	26,1 %
Baden-Württemberg	4,1 %	16,5 %	17,6 %	20,4 %	22,3 %	19,1 %
Bayern	4,9 %	16,0 %	16,6 %	18,6 %	22,5 %	21,3 %
Berlin	3,3 %	16,6 %	17,6 %	20,1 %	22,1 %	20,3 %
Brandenburg	3,0 %	16,1 %	14,8 %	16,9 %	23,3 %	25,8 %
Bremen	3,6 %	21,0 %	15,2 %	18,1 %	28,3 %	13,8 %
Hamburg	4,9 %	14,2 %	15,8 %	19,8 %	25,2 %	20,1 %
Hessen	3,1 %	16,8 %	17,8 %	18,6 %	20,0 %	23,8 %
Mecklenburg-Vorpommern	0,8 %	15,2 %	12,9 %	23,5 %	27,3 %	20,5 %
Niedersachsen	4,5 %	15,8 %	18,7 %	19,4 %	21,6 %	19,9 %
Nordrhein-Westfalen	4,7 %	16,4 %	17,4 %	19,0 %	22,8 %	19,8 %
Rheinland-Pfalz	2,8 %	20,5 %	14,3 %	16,7 %	26,4 %	19,3 %
Saarland	5,9 %	14,7 %	19,1 %	19,1 %	23,5 %	17,6 %
Sachsen	6,3 %	12,4 %	14,7 %	19,5 %	24,7 %	22,5 %
Sachsen-Anhalt	4,9 %	17,5 %	19,1 %	23,0 %	18,6 %	16,9 %
Schleswig-Holstein	3,2 %	16,6 %	18,8 %	21,3 %	23,6 %	16,6 %
Thüringen	4,2 %	14,9 %	19,6 %	17,3 %	22,0 %	22,0 %
gesamt	**4,3 %**	**16,2 %**	**17,0 %**	**19,3 %**	**22,8 %**	**20,3 %**

Blickt man auf die relativen Anteile der Studienorte an den Stimmgewichten, so erkennt man auch hier eine verbreitete relative Zustimmung zur These der Stärkung einer rechtsgebietsübergreifenden Ausbildung. Diese liegt grundsätzlich bei ca. 40,0 %. Eine Ausnahme bildet das Bundesland Sachsen-Anhalt mit einem Überwiegen der Ablehnung (36,6 %) gegenüber der Zustimmung (35,5 %) bei gleichzeitig hoher Quote an Enthaltungen (23,0 %). Besonders ausgeprägt ist die Zustimmung in der Ländern Brandenburg (49,1 % Zustimmung gegenüber 30,9 % Ablehnung), Mecklenburg-Vorpommern (47,8 % Zustimmung gegenüber 28,1 % Ablehnung), Rheinland-Pfalz (45,7 % Zustimmung gegenüber 34,8 % Ablehnung) und Sachsen (47,2 % Zustimmung gegenüber 27,1 % Ablehnung). Ausgeprägtere Ablehnungsanteile beziehungsweise eine schwächer ausgeprägtere zustimmende Haltung finden sich in Sachsen-Anhalt, dem einzigen Land mit einer relativen Ablehnenden Haltung (s.o.), sowie im Ausland (39,1 % Zustimmung gegenüber 26,0 % Ablehnung) und Schleswig-Holstein (40,2 % Zustimmung gegenüber 35,4 % Ablehnung). Auffälliger sind neben dem starken Anteil der Enthaltungen sowie der Nichtbeantwortung der Fragen in Sachsen-Anhalt (s.o.) auch die höheren Quoten der Nichtbeantwortung im Saarland (5,9 %) und in Sachsen (6,3 %).

***These 5 E** Studienort*



4.7 Verhältnis zur juristischen Ausbildung

***These 5 E** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*

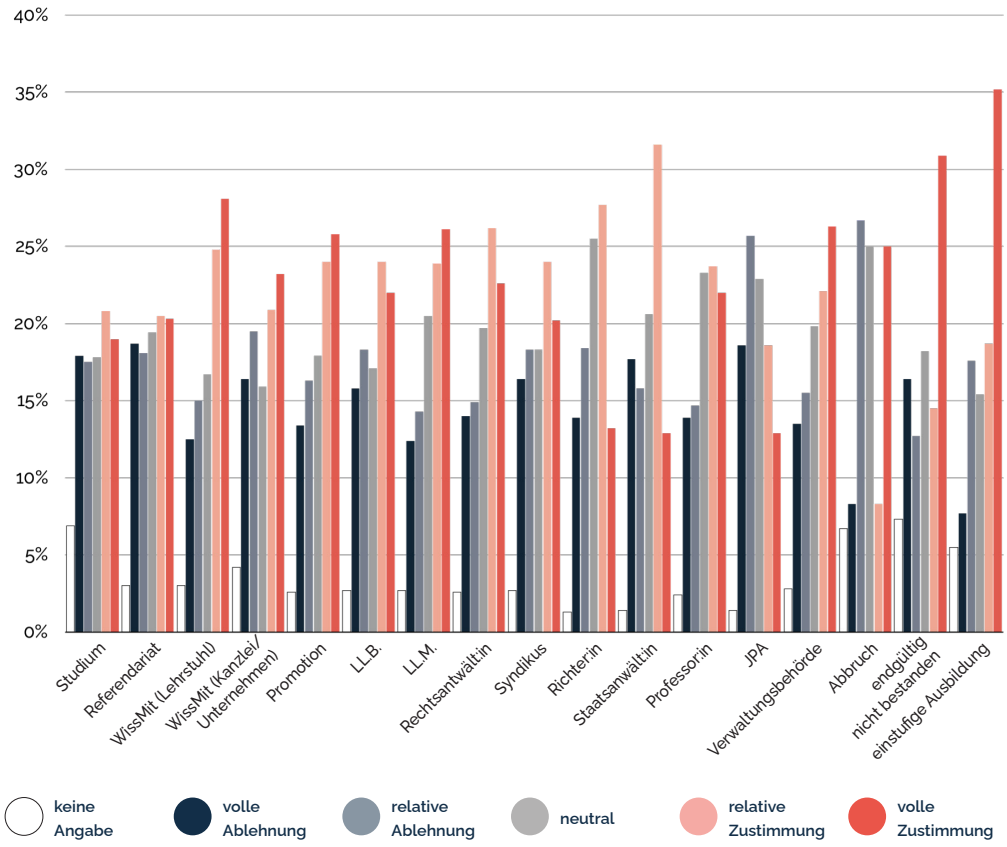
Beruf	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
Studium	6,9 %	17,9 %	17,5 %	17,8 %	20,8 %	19,0 %
Referendariat	3,0 %	18,7 %	18,1 %	19,4 %	20,5 %	20,3 %
WissMit (Lehrstuhl)	3,0 %	12,5 %	15,0 %	16,7 %	24,8 %	28,1 %
WissMit (Kanzlei)	4,2 %	16,4 %	19,5 %	15,9 %	20,9 %	23,2 %
Promotion	2,6 %	13,4 %	16,3 %	17,9 %	24,0 %	25,8 %
LL.B.	2,7 %	15,8 %	18,3 %	17,1 %	24,0 %	22,0 %
LL.M.	2,7 %	12,4 %	14,3 %	20,5 %	23,9 %	26,1 %
Rechtsanwält:in	2,6 %	14,0 %	14,9 %	19,7 %	26,2 %	22,6 %
Syndikus	2,7 %	16,4 %	18,3 %	18,3 %	24,0 %	20,2 %
Richter:in	1,3 %	13,9 %	18,4 %	25,5 %	27,7 %	13,2 %
Staatsanwält:in	1,4 %	17,7 %	15,8 %	20,6 %	31,6 %	12,9 %
Professor:in	2,4 %	13,9 %	14,7 %	23,3 %	23,7 %	22,0 %
JPA	1,4 %	18,6 %	25,7 %	22,9 %	18,6 %	12,9 %
Verwaltungsbehörde	2,8 %	13,5 %	15,5 %	19,8 %	22,1 %	26,3 %
Abbruch	6,7 %	8,3 %	26,7 %	25,0 %	8,3 %	25,0 %
endgültig nicht bestanden	7,3 %	16,4 %	12,7 %	18,2 %	14,5 %	30,9 %
einstufige Ausbildung	5,5 %	7,7 %	17,6 %	15,4 %	18,7 %	35,2 %

Ein Blick auf die relativen Anteile der Berufs-/Ausbildungs- und Absolvent:innengruppen an den Zustimmungs- und Ablehnungsanteilen zeigt, dass auch hier die überwiegende Anzahl der Berufs-/Ausbildungs- und Absolvent:innengruppen der These (eher) zustimmt. Die meisten Zustimmungsanteile liegen dabei grundsätzlich zwischen 45,0 und 50,0 %. Besonders ausgeprägt ist die Zustimmung bei den wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen am Lehrstuhl (52,9 %), den Promovierenden (49,8 %) (wobei sich diese Gruppen überschneiden können), den Masterstudierenden (50,0 %) und den Personen, die die einstufige juristische Ausbildung durchlaufen haben (53,9 %).

Schwächer ausgeprägt ist die Zustimmung bei Studierenden (39,8 % Zustimmung gegenüber 35,4 % Ablehnung), Referendar:innen (40,8 % Zustimmung gegenüber 36,8 % Ablehnung) und bei Richter:innen (40,9 % Zustimmung gegenüber 32,3 % Ablehnung). Bei letzterer Gruppe findet sich zudem ein außergewöhnlich hoher Anteil an Enthaltungen mit 25,5 %.

Abgelehnt wird die These deutlich von Mitarbeitenden der juristischen Prüfungsämter (44,3 % Ablehnung gegenüber 31,5 % Zustimmung) und knapp von den Personen, die das Studium abgebrochen haben (35,0 % Ablehnung gegenüber 33,3 % Zustimmung). Bei letzterer Gruppe ist aber zu beachten, dass der größte Teil der Zustimmung mit 25,0 % aus den Reihen der Personen stammt, die der These voll zustimmen, während der größte Teil der Ablehnung (26,7 %) aus den Reihen der Personen stammt, die die These eher ablehnt. Zudem haben sich hier 25,0 % der Personen enthalten.

***These 5 E** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*



5. Ergebnis bzgl. Erwartungen

Unsere Hypothese wurde hier nicht bestätigt. Entgegen unseren Erwartungen gab es eine leicht zustimmende Haltung der Professor:innen. Die ablehnende Haltung der Studierenden hat sich ebenfalls nicht bestätigt, da diese ebenfalls, wenn auch minimal, eher eine zustimmende Haltung bezüglich der Rechtsgebietsübergreifenden Ausbildung haben.

These 5 F: Mehr Diversitätskompetenz

1. Thesenhintergrund

Diese These wurde in der Literatur erst im späteren Teil des Beobachtungszeitraums, nämlich ab 2015 intensiv diskutiert. Wir zählten 12 Pro-Argumente bei nur einem Contra-Argument.[1] Die früheste Erscheinung der These war in 2009.[2] Dass die These erst später intensiv diskutiert wurde, dürfte daran liegen, dass das Thema „Diversität" erst in den letzten Jahren an Traktion gewinnt.

2. Thesengestaltung

In der Lehre sollten Diversität und Diversitätskompetenz gestärkt werden.

Die These hatte den folgenden Erklärungstext: „Beispielsweise könnte dies durch Repräsentation des gesamten Bevölkerungsspektrums in verschiedenen Rollen in Klausursachverhalten geschehen."

Die ausgewählten Argumente, welcher auf der iur.reform-Webseite als Nachweise aufrufbar waren, sind:

Pro	Contra
1. Dass die Diversität bisher nicht bei Lehrenden und Studierende abgebildet wird, kann insbesondere auch mit systematischen gesellschaftlichen Zusammenhängen in Verbindung stehen.	1. Es gibt grundsätzlich wenige Menschen die bestimmten Minderheiten angehören, sodass ihre Repräsentation demnach auch geringer ist.
2. Lehrende sind Vorbilder, an denen man sich orientiert. Bisher bilden sie aber eine homogene Masse.	2. Der Aufwand für die Diversity-Kompetenz verknappt die Ressourcen an wichtigeren Stellen wie z. B. der Lehre.
3. Die Akzeptanz des Rechts steigt, wenn Vertrauen in die Institutionen herrscht, die das Recht ausüben/erzeugen. Dann müssen diese Institutionen auch die Perspektive aller vom Recht Betroffenen einnehmen können.	3. Die Datenlage zu diesem Thema ist ausbaufähig. Zunächst bedarf es größerer empirischer Untersuchungen bevor weitreichend gehandelt wird.

3. Hypothese

Wir formulierten folgende Erwartung für die These:

- In Ermangelung eigener Betroffenheit nicht als wichtig erachtet; im Allgemeinen höhere Zustimmung bei Studierenden und Referendar:innen als bei älteren Personen und Praktiker:innen, insbesondere auch wegen mangelnder Einsicht in Universitätsklausuren.

[1] Vgl. Literaturauswertung, Reiter „Reformoptionen und Argumente", Zeile 901ff. ***https://onedrive.live.com/view.aspx?resid=D3C707BB028AE925!323&ithint=file %2cxlsx&authkey=!AERBCCwtBbE_-1M***

[2] Ibid, Zeile 904.

4. Deskriptive Statistik

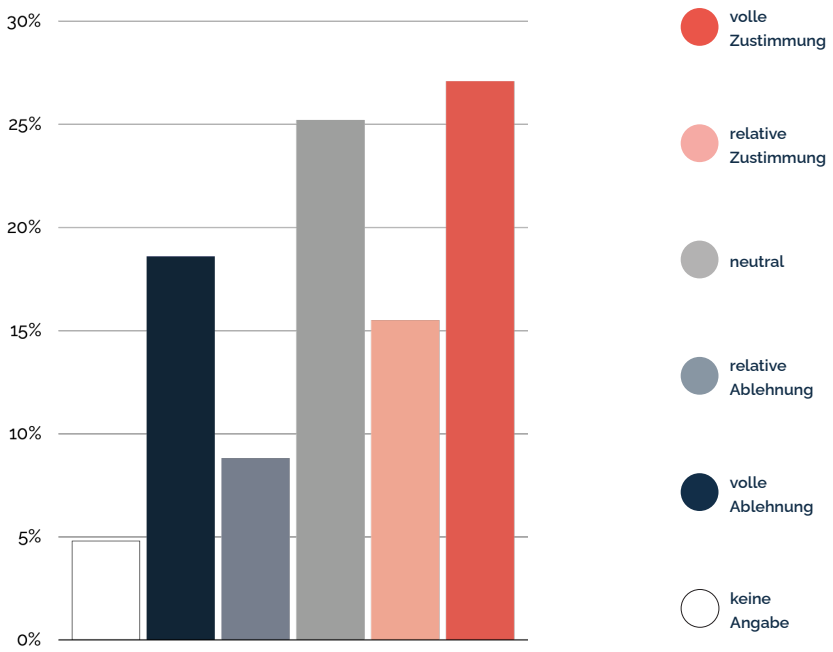
4.1 Gesamtauswertung

***These 5 F** Gesamtauswertung*

Bewertung	Anteil
keine Angabe	4,8 %
volle Ablehnung	18,6 %
relative Ablehnung	8,8 %
neutral	25,2 %
relative Zustimmung	15,5 %
volle Zustimmung	27,1 %
gesamt	**100,0 %**

Das Zustimmungsbild ist auf den ersten Blick recht gemischt. Es finden sich nur 27,1 % der Stimmen für eine volle Zustimmung, dagegen stehen 18,6 % volle Ablehnung. Kumuliert liegt eine relative Mehrheit bei der Zustimmung mit insgesamt 42,6 %. Knapp ein Viertel der Teilnehmenden (25,2 %) ist gänzlich unentschieden.

***These 5 F** Gesamtauswertung*



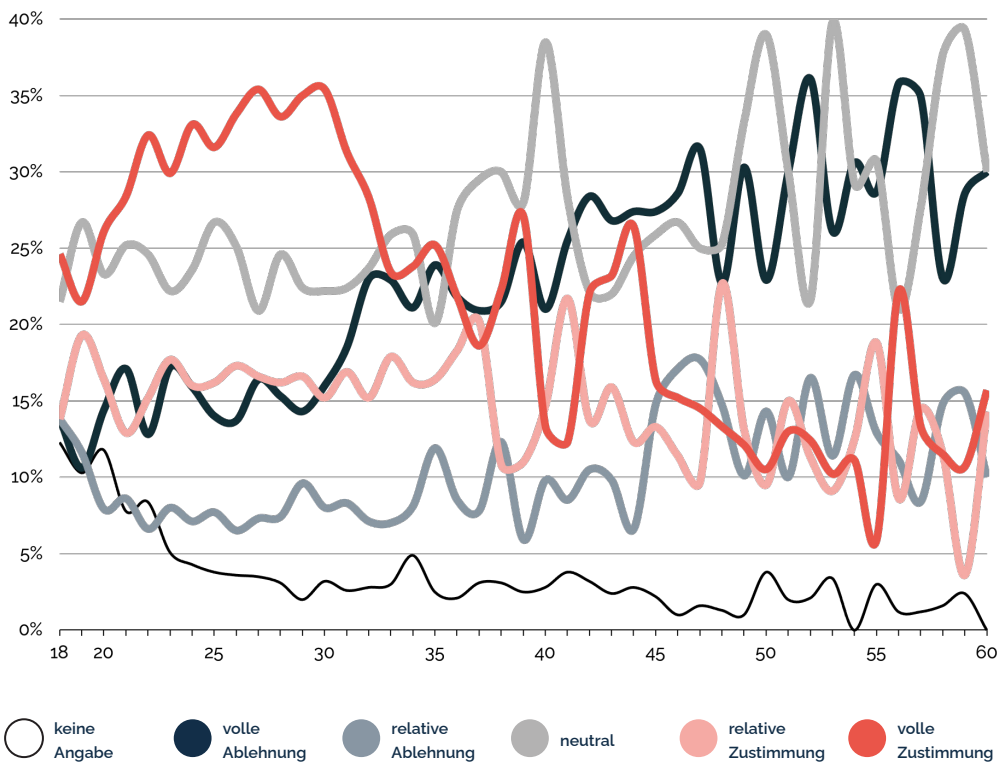
4.2 Alter

Recht eindeutig ist, dass sich in der Altersgruppe von 21-32 die volle Zustimmung jeweils etwas über dem Niveau der durchschnittlich vollen Zustimmung liegt. In der Spitze erreicht die volle Zustimmung hier 35,4 % bei den 27- und 30-jährigen. Dies sind auch die Höchstwerte für die Zustimmung.

Spitzenwert für die volle Ablehnung ist 60 % bei den 72-jährigen. Jedoch handelt es sich um nur insgesamt 5 Teilnehmende und entsprechend keine repräsentative Gruppe. Nachfolgend liegt der Spitzenwert der vollen Ablehnung innerhalb einer Altersgruppe bei den 52-jährigen Teilnehmenden mit 36,1 %. Die Altersgruppe bildet mit 97 Teilnehmenden eine ansprechende Größe.

Insgesamt verfestigt sich das oben genannte gemischte Bild der Gesamtabbildung. Bei den 30- und 27-jährigen erreicht zwar die kombinierte Zustimmung eine absolute Mehrheit und bei den 52-jährigen die kombinierte Ablehnung, dies sind aber Einzelfälle.

***These 5 F** Alter*



These 5 F Alter

0 keine Angabe **1** volle Ablehnung **2** relative Ablehnung **3** neutral **4** relative Zustimmung **5** volle Zustimmung

Alter	0	1	2	3	4	5
17	–	–	100 %	–	–	–
18	12,3 %	13,8 %	13,8 %	21,5 %	13,8 %	24,6 %
19	10,3 %	10,6 %	11,6 %	26,7 %	19,3 %	21,5 %
20	11,8 %	14,4 %	7,9 %	23,3 %	16,4 %	26,1 %
21	7,8 %	17,1 %	8,6 %	25,2 %	12,9 %	28,4 %
22	8,4 %	12,8 %	6,6 %	24,6 %	15,2 %	32,4 %
23	5,1 %	17,2 %	8,0 %	22,2 %	17,7 %	29,9 %
24	4,3 %	15,9 %	7,1 %	23,6 %	16,0 %	33,1 %
25	3,8 %	14,0 %	7,7 %	26,7 %	16,2 %	31,6 %
26	3,6 %	13,7 %	6,5 %	25,1 %	17,3 %	33,8 %
27	3,5 %	16,4 %	7,3 %	20,9 %	16,6 %	35,4 %
28	3,1 %	15,3 %	7,4 %	24,6 %	16,2 %	33,6 %
29	2,0 %	14,3 %	9,6 %	22,4 %	16,6 %	35,0 %
30	3,2 %	16,0 %	8,0 %	22,2 %	15,2 %	35,4 %
31	2,6 %	18,5 %	8,3 %	22,4 %	16,9 %	31,3 %
32	2,8 %	23,0 %	7,1 %	23,7 %	15,2 %	28,3 %
33	3,0 %	22,9 %	7,0 %	25,9 %	17,9 %	23,4 %
34	4,9 %	21,1 %	8,1 %	25,9 %	16,2 %	23,8 %
35	2,5 %	23,9 %	11,9 %	20,1 %	16,4 %	25,2 %
36	2,1 %	21,8 %	8,5 %	27,5 %	18,3 %	21,8 %
37	3,1 %	20,9 %	7,8 %	29,5 %	20,2 %	18,6 %
38	3,1 %	21,5 %	12,3 %	30,0 %	10,8 %	22,3 %
39	2,5 %	25,4 %	5,9 %	28,0 %	11,0 %	27,1 %
40	2,8 %	21,0 %	9,8 %	38,5 %	14,7 %	13,3 %
41	3,8 %	25,5 %	8,5 %	28,3 %	21,7 %	12,3 %
42	3,2 %	28,4 %	10,5 %	22,1 %	13,7 %	22,1 %
43	2,4 %	26,8 %	9,8 %	22,0 %	15,9 %	23,2 %
44	2,8 %	27,4 %	6,6 %	24,5 %	12,3 %	26,4 %
45	2,2 %	27,4 %	14,8 %	25,9 %	13,3 %	16,3 %
46	1,0 %	28,6 %	17,1 %	26,7 %	11,4 %	15,2 %
47	1,6 %	31,5 %	17,7 %	25,0 %	9,7 %	14,5 %
48	1,3 %	22,7 %	14,7 %	25,3 %	22,7 %	13,3 %
49	1,0 %	30,3 %	10,1 %	33,3 %	13,1 %	12,1 %
50	3,8 %	22,9 %	14,3 %	39,0 %	9,5 %	10,5 %

Alter	0	1	2	3	4	5
51	2,0 %	30,0 %	10,0 %	30,0 %	15,0 %	13,0 %
52	2,1 %	36,1 %	16,5 %	21,6 %	11,3 %	12,4 %
53	3,4 %	26,1 %	11,4 %	39,8 %	9,1 %	10,2 %
54	–	30,6 %	16,7 %	29,2 %	12,5 %	11,1 %
55	3,0 %	28,7 %	12,9 %	30,7 %	18,8 %	5,9 %
56	1,2 %	35,8 %	11,1 %	21,0 %	8,6 %	22,2 %
57	1,2 %	34,9 %	8,4 %	27,7 %	14,5 %	13,3 %
58	1,6 %	23,0 %	14,8 %	37,7 %	11,5 %	11,5 %
59	2,4 %	28,6 %	15,5 %	39,3 %	3,6 %	10,7 %
60	–	30,0 %	10,0 %	30,0 %	14,3 %	15,7 %
61	1,8 %	32,1 %	8,9 %	32,1 %	14,3 %	10,7 %
62	1,9 %	29,6 %	5,6 %	25,9 %	14,8 %	22,2 %
63	7,7 %	7,7 %	7,7 %	51,3 %	10,3 %	15,4 %
64	4,2 %	29,2 %	12,5 %	29,2 %	8,3 %	16,7 %
65	–	28,6 %	20,0 %	22,9 %	5,7 %	22,9 %
66	4,5 %	18,2 %	18,2 %	27,3 %	13,6 %	18,2 %
67	–	29,4 %	–	29,4 %	11,8 %	29,4 %
68	–	20,0 %	6,7 %	33,3 %	20,0 %	20,0 %
69	–	28,6 %	28,6 %	42,9 %	–	–
70	–	30,0 %	10,0 %	40,0 %	–	20,0 %
71	–	50,0 %	12,5 %	12,5 %	–	25,0 %
72	20,0 %	60,0 %	–	–	–	20,0 %
73	–	–	37,5 %	12,5 %	25,0 %	25,0 %
74	–	22,2 %	33,3 %	33,3 %	11,1 %	–
75	–	50,0 %	–	33,3 %	16,7 %	–
77	–	25,0 %	25,0 %	25,0 %	25,0 %	–
78	–	33,3 %	–	–	–	66,7 %
79	–	50,0 %	–	50,0 %	–	–
81	–	–	100 %	–	–	–
82	–	–	100 %	–	–	–
83	–	100 %	–	–	–	–
84	–	–	–	–	100 %	–
90	–	–	–	100 %	–	–
Σ	**4,5 %**	**18,6 %**	**8,8 %**	**25,3 %**	**15,5 %**	**27,3 %**

4.3 Geschlecht

***These 5 F** Geschlecht*

Geschlecht	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
keine Angabe	19,9 %	16,7 %	6,0 %	17,6 %	13,4 %	26,4 %
divers	5,4 %	25,0 %	1,8 %	14,3 %	16,1 %	37,5 %
männlich	4,4 %	27,9 %	11,1 %	24,6 %	14,5 %	17,6 %
weiblich	4,7 %	10,4 %	6,9 %	26,2 %	16,4 %	35,5 %
gesamt	**4,8 %**	**18,6 %**	**8,8 %**	**25,2 %**	**15,5 %**	**27,1 %**

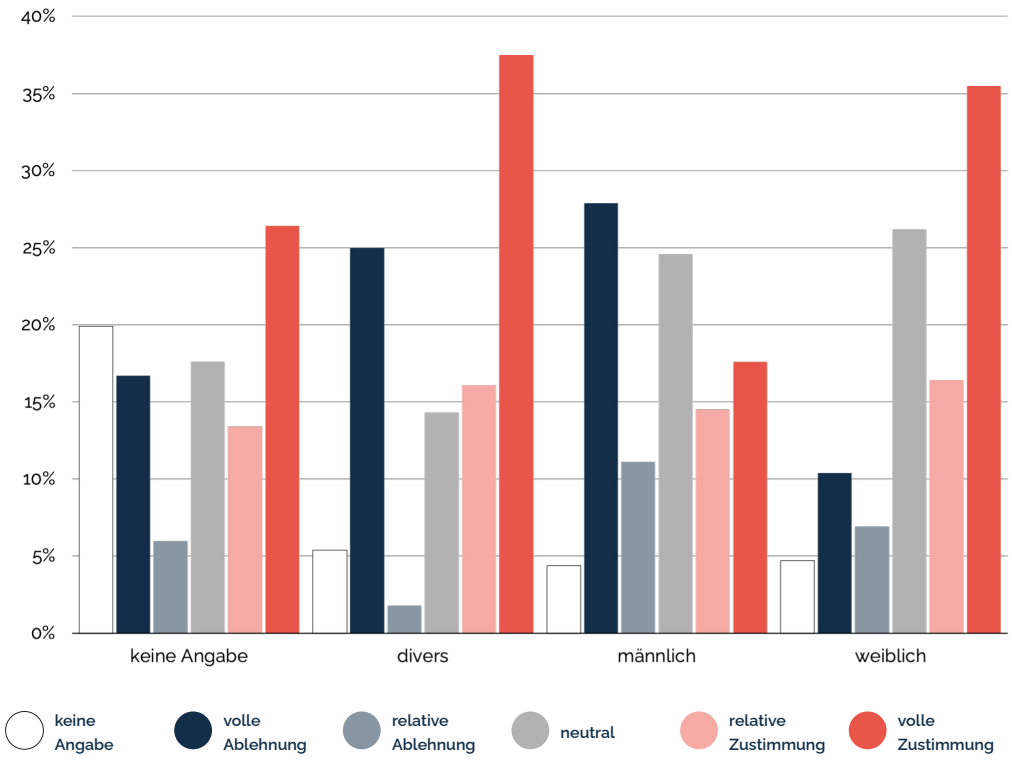
Wenig überraschend, aber dennoch auffällig ist die starke Abweichung der Zustimmung zur These durch weibliche und diverse Personen ggü. der Gesamtmeinung.

Weibliche und diverse Personen stimmen mit 35,5 %, respektive 37,5 % voll zu. Dazu kommen noch relative Zustimmungswerte von 16,4 % und 16,1 %. Demgegenüber stimmen männliche Personen mit nur 17,6 % voll, 14,5 % relativ dafür. In Summe sind entsprechend nur 32,1 % der männlichen Personen zumindest relativ dafür, womit bei den weiblichen und diversen Teilnehmenden die volle Zustimmung bereits höher liegt.

Ein Erklärungsansatz hierzu ist, dass bei männlichen Personen das Problembewusstsein für die der These zugrundeliegende Problematik weniger vorhanden ist.

Entsprechend dessen sind auch nur 17,3 % der weiblichen Teilnehmenden insgesamt gegen die These. Um einen Prozentpunkt über dem Durchschnitt liegen die weiblichen unentschlossenen Teilnehmenden mit 26,2 % innerhalb der Gruppe.

***These 5 F** Geschlecht*



4.4 Fachsemester

***These 5 F** Fachsemester*

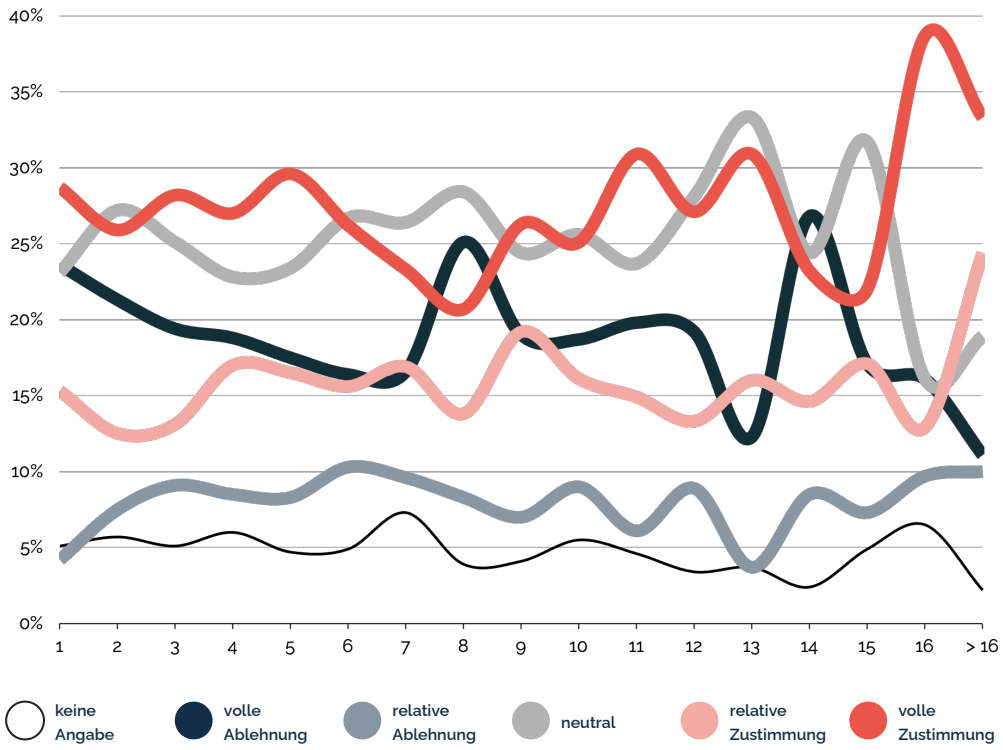
Fachsemester	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
1	5,1 %	23,6 %	4,2 %	23,1 %	15,3 %	28,7 %
2	5,7 %	21,3 %	7,5 %	27,2 %	12,5 %	25,9 %
3	5,1 %	19,4 %	9,1 %	25,1 %	13,1 %	28,2 %
4	6,0 %	18,8 %	8,5 %	22,8 %	17,0 %	27,0 %
5	4,7 %	17,5 %	8,3 %	23,4 %	16,5 %	29,6 %
6	4,9 %	16,4 %	10,3 %	26,7 %	15,6 %	26,2 %
7	7,3 %	16,6 %	9,6 %	26,4 %	16,9 %	23,3 %
8	3,9 %	25,1 %	8,3 %	28,4 %	13,8 %	20,7 %
9	4,1 %	19,0 %	7,0 %	24,4 %	19,2 %	26,3 %
10	5,5 %	18,7 %	9,0 %	25,6 %	16,1 %	25,1 %
11	4,6 %	19,8 %	6,1 %	23,7 %	14,9 %	30,9 %
12	3,4 %	19,2 %	8,9 %	28,1 %	13,3 %	27,1 %
13	3,7 %	12,3 %	3,7 %	33,3 %	16,0 %	30,9 %
14	2,4 %	26,8 %	8,5 %	24,4 %	14,6 %	23,2 %
15	4,9 %	17,1 %	7,3 %	31,7 %	17,1 %	22,0 %
16	6,5 %	16,1 %	9,7 %	16,1 %	12,9 %	38,7 %
>16	2,2 %	11,1 %	10,0 %	18,9 %	24,4 %	33,3 %
gesamt	**5,0 %**	**19,2 %**	**8,2 %**	**25,4 %**	**15,6 %**	**26,6 %**

Unter den Studierenden, also deren Aufschlüsselung in Fachsemester, zeigt sich ggf. etwas überraschend weiter das gemischte Bild. Anders als erwartet ist die Zustimmung bei den Studierenden nur wenig höher als bei der Gesamtheit. In den Fachsemstern 8, 14 und 15 ist die volle Zustimmung sogar geringer als bei der Gesamtheit mit 20,7 %, 23,2 % und 22,0 %.

Ins Auge fallen ferner hohe neutrale Stimmquoten von über 30 % innerhalb der Fachsemester 13 und 15. In der Gesamtheit der Studierenden sind es jedoch nur 25,4 % neutrale Stimmen und mithin nur 0,2 Prozentpunkte mehr als die Gesamtheit.

Etwas überraschend könnte sein, dass die höchsten Fachsemester (16 und mehr als 16) tendenziell deutlich positiver der These gegenüberstehen mit jeweils kombiniert absoluten Zustimmungen. Kein anderes Fachsemester erreicht eine kombinierte absolute Zustimmung.

***These 5 F** Fachsemester*



4.5 Gesamtnote

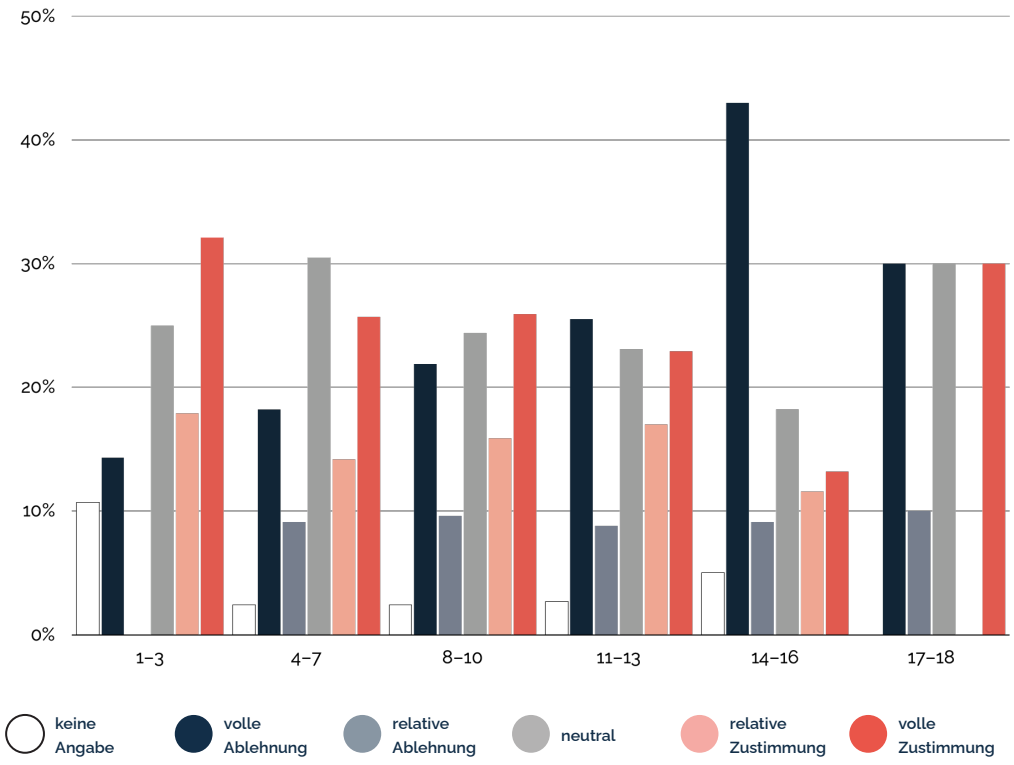
***These 5 F** Gesamtnote*

Gesamtnote	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
1–3	10,7 %	14,3 %	–	25,0 %	17,9 %	32,1 %
4–7	2,4 %	18,2 %	9,1 %	30,5 %	14,2 %	25,7 %
8–10	2,4 %	21,9 %	9,6 %	24,4 %	15,9 %	25,9 %
11–13	2,7 %	25,5 %	8,8 %	23,1 %	17,0 %	22,9 %
14–16	5,0 %	43,0 %	9,1 %	18,2 %	11,6 %	13,2 %
17–18	–	30,0 %	10,0 %	30,0 %	–	30,0 %
gesamt	**2,5 %**	**22,2 %**	**9,2 %**	**25,5 %**	**15,6 %**	**24,9 %**

Es zeigt sich erneut, dass die Zustimmung zur These eher abnimmt, je höher die Notenstufe. Ausnahme ist die höchste Notenstufe 17-18 Punkte, die mit 30 % voll zustimmt und damit die zweithöchste volle Zustimmungsrate hat (höchste ist 32,1 % bei der Stufe 1-3). Das kann allerdings auch auf der geringen Teilnehmendenzahl dieser Notenstufe beruhen.

Eindeutiger ist da die kombiniert absolute Mehrheit, die ablehnend gestimmt hat in der Notenstufe 14-16 mit 52,1 %. Die restlichen Notenstufen sind indes gemäßigter und nähern sich dem Bild der Gesamtheit an.

***These 5 F** Gesamtnote*



4.6 Studienort

***These 5 F** Studienort*

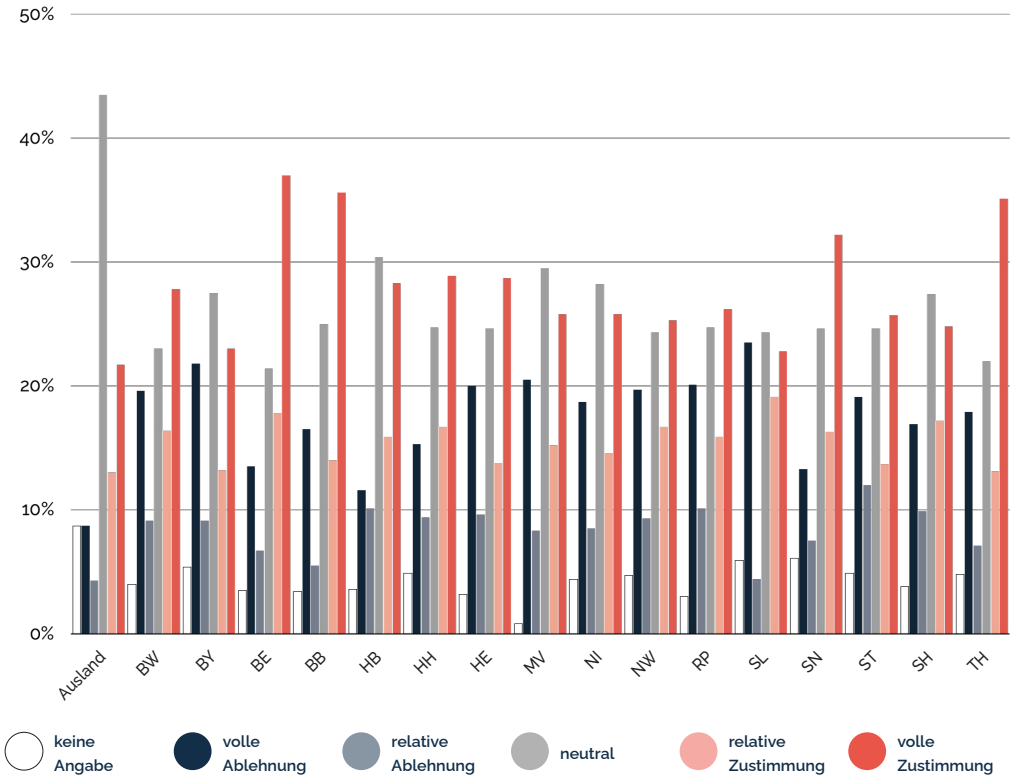
Bundesland	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
Ausland	8,7 %	8,7 %	4,3 %	43,5 %	13,0 %	21,7 %
Baden-Württemberg	4,0 %	19,6 %	9,1 %	23,0 %	16,4 %	27,8 %
Bayern	5,4 %	21,8 %	9,1 %	27,5 %	13,2 %	23,0 %
Berlin	3,5 %	13,5 %	6,7 %	21,4 %	17,8 %	37,0 %
Brandenburg	3,4 %	16,5 %	5,5 %	25,0 %	14,0 %	35,6 %
Bremen	3,6 %	11,6 %	10,1 %	30,4 %	15,9 %	28,3 %
Hamburg	4,9 %	15,3 %	9,4 %	24,7 %	16,7 %	28,9 %
Hessen	3,2 %	20,0 %	9,6 %	24,6 %	13,8 %	28,7 %
Mecklenburg-Vorpommern	0,8 %	20,5 %	8,3 %	29,5 %	15,2 %	25,8 %
Niedersachsen	4,4 %	18,7 %	8,5 %	28,2 %	14,6 %	25,8 %
Nordrhein-Westfalen	4,7 %	19,7 %	9,3 %	24,3 %	16,7 %	25,3 %
Rheinland-Pfalz	3,0 %	20,1 %	10,1 %	24,7 %	15,9 %	26,2 %
Saarland	5,9 %	23,5 %	4,4 %	24,3 %	19,1 %	22,8 %
Sachsen	6,1 %	13,3 %	7,5 %	24,6 %	16,3 %	32,2 %
Sachsen-Anhalt	4,9 %	19,1 %	12,0 %	24,6 %	13,7 %	25,7 %
Schleswig-Holstein	3,8 %	16,9 %	9,9 %	27,4 %	17,2 %	24,8 %
Thüringen	4,8 %	17,9 %	7,1 %	22,0 %	13,1 %	35,1 %
gesamt	**4,5 %**	**18,6 %**	**8,8 %**	**25,1 %**	**15,6 %**	**27,4 %**

Ggf. weniger überraschend herrscht insb. in Berlin und in Brandenburg eine deutlich erhöhte Zustimmung mit kombiniert 54,8 %, respektive 49,6 %. Das sind auch die höchsten Zustimmungswerte im Rahmen des Studienstandorts. Eine Begründung dafür könnte sein, dass insbesondere Berliner und Brandenburger Studierenden, die mehrheitlich in Berlin wohnen, ein stärkeres Bewusstsein für die These herrscht.

Auffällig ist auch noch die stark ausgeprägte Unentschlossenheit von Bremern (30,4 %), Mecklenburg-Vorpommer'schen (29,5 %) und Sachsen-Anhaltinischen (27,4 %), die jeweils relative Spitzenwerte in der Unentschlossenheit haben.

Ferner fällt eine hohe volle Zustimmung von 35,1 % bei den in Thüringen Studierenden auf, welche jedoch begleitet von einer geringen relativen Zustimmung von 13,1 % ist und in der kombinierten Zustimmung mithin keine absolute Mehrheit bildet.

***These 5 F** Studienort*



4.7 Verhältnis zur juristischen Ausbildung

***These 5 F** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*

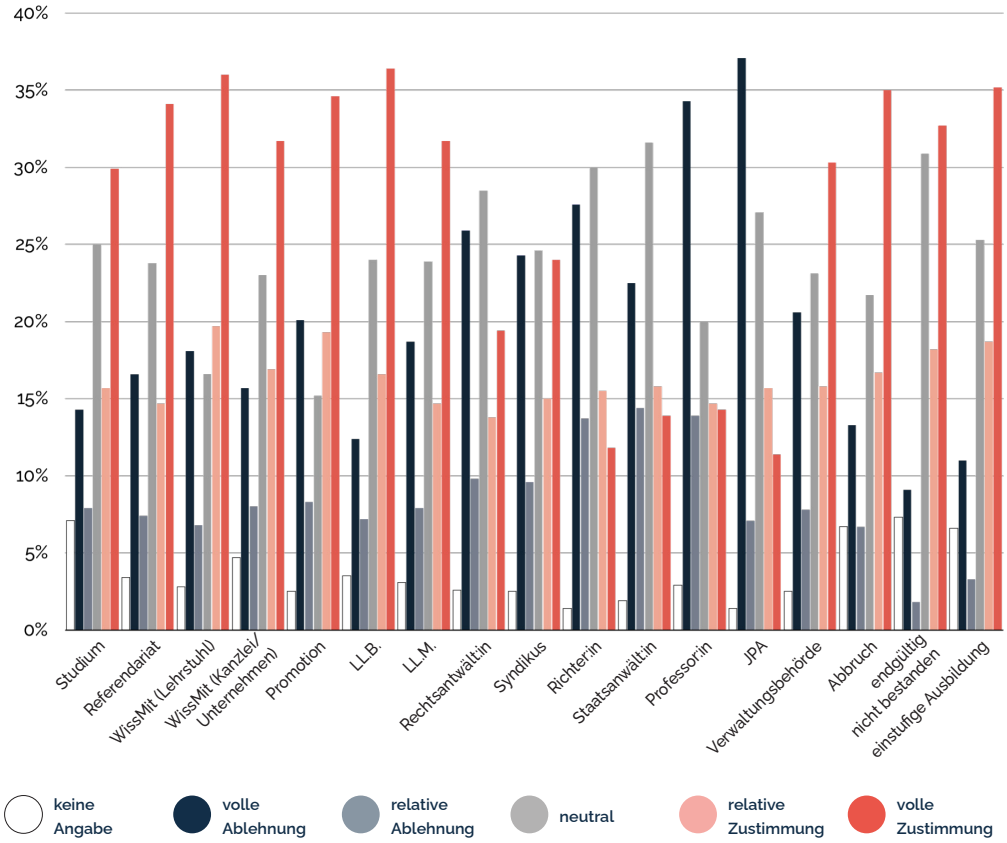
Beruf	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
Studium	7,1 %	14,3 %	7,9 %	25,0 %	15,7 %	29,9 %
Referendariat	3,4 %	16,6 %	7,4 %	23,8 %	14,7 %	34,1 %
WissMit (Lehrstuhl)	2,8 %	18,1 %	6,8 %	16,6 %	19,7 %	36,0 %
WissMit (Kanzlei)	4,7 %	15,7 %	8,0 %	23,0 %	16,9 %	31,7 %
Promotion	2,5 %	20,1 %	8,3 %	15,2 %	19,3 %	34,6 %
LL.B.	3,5 %	12,4 %	7,2 %	24,0 %	16,6 %	36,4 %
LL.M.	3,1 %	18,7 %	7,9 %	23,9 %	14,7 %	31,7 %
Rechtsanwält:in	2,6 %	25,9 %	9,8 %	28,5 %	13,8 %	19,4 %
Syndikus	2,5 %	24,3 %	9,6 %	24,6 %	15,0 %	24,0 %
Richter:in	1,4 %	27,6 %	13,7 %	30,0 %	15,5 %	11,8 %
Staatsanwält:in	1,9 %	22,5 %	14,4 %	31,6 %	15,8 %	13,9 %
Professor:in	2,9 %	34,3 %	13,9 %	20,0 %	14,7 %	14,3 %
JPA	1,4 %	37,1 %	7,1 %	27,1 %	15,7 %	11,4 %
Verwaltungsbehörde	2,5 %	20,6 %	7,8 %	23,1 %	15,8 %	30,3 %
Abbruch	6,7 %	13,3 %	6,7 %	21,7 %	16,7 %	35,0 %
endgültig nicht bestanden	7,3 %	9,1 %	1,8 %	30,9 %	18,2 %	32,7 %
einstufige Ausbildung	6,6 %	11,0 %	3,3 %	25,3 %	18,7 %	35,2 %

Absolute Spitze ist insbesondere bei Professor:innen und JPA-Mitarbeitenden die Ablehnung mit kombiniert 48,2 % und 44,2 %, damit jedoch auch keine absolute Mehrheit für eine Ablehnung in ihrer Gruppierung. Unter Rechtsanwält:innen sind die Meisten Stimmen mit 28,5 % neutral; ebenso bei Richter:inenn mit 30,0 %.

Erwartungsgemäß höher ist die Zustimmung unter Referendar:innen. Die kombinierte absolute Zustimmung liegt bei 51,8 %; bei wissenschaftlichen Mitarbeitenden ist diese allerdings noch höher mit 55,7 %. Dabei dürfte eine gewisse Überlappung zwischen beiden Gruppen bestehen, ebenso wie bei den Wissenschaftlich Mitarbeitenden in den Kanzleien und den Promovierenden; auch dort wird jeweils eine absolute (kombinierte) Mehrheit zustimmend zur These erreicht.

Auch diejenigen, die die einstufige Ausbildung durchlaufen haben, wünschen sich mehr Diversity-Kompetenz; hier herrscht kombiniert ebenfalls eine absolute Mehrheit mit 53,9 %. Ähnlich sehen es Studienabbrechende und diejenigen, die endgültig nicht bestanden haben.

***These 5 F** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*



5. Ergebnis bzgl. Erwartungen

Die Erwartungen wurden weitgehend getroffen. Während die Zustimmung insb. bei Studierenden und Referendar:innen eher hoch liegt, war sie bei Praktiker:innen entweder gar nicht vorhanden oder es war eine Balance zu beobachten.

These 5 G: Wissenschaftliche Ausrichtung des Studiums

1. Thesenhintergrund

Die Frage der „Wissenschaftlichen Ausrichtung“ des Studiums wurde in der Literatur umfangreich diskutiert. Es gab 32 Pro-Argumente und 2 Kontra-Argumente. Der Konsens scheint zu sein, dass das Studium sich verstärkt am Leitbild der Wissenschaftlichkeit ausrichten müsse. Die Debattenbeiträge reichen bis ins Jahr 2000 zurück und entstammen der gesamten Beobachtungsperiode. Die wissenschaftliche Ausrichtung des Studiums ist also Gegenstand der wiederkehrenden Debatte.

2. Thesengestaltung

Das Studium muss sich auch am Leitbild der Wissenschaftlichkeit ausrichten.

Auf der iur.reform-Webseite wurden folgende Argumente dargestellt:

Pro	Contra
1. Es muss mehr Distanz zum Rechtsstoff gewonnen werden, um diesen reflektieren zu können.	1. Die Studierenden weichen der Intellektualisierung aus.
2. Es wird zunehmend ein Fokus auf das alleinige Erlernen des Examensstoffes gelegt, der sich auf die reine Rechtsanwendung reduziert.	2. Der wissenschaftliche Anspruch wird dadurch gewahrt, dass Falllösungen einen engen Zusammenhang zur Methoden- und Begründungslehre haben. Dabei handelt es sich um Grundlagenfächer die der Strukturierung der Stoffmenge dienen.
3. Das Argument, dass die alleinige Beschäftigung mit dem positiven Recht die Rechtswissenschaft ausmacht, ist Selbstschutz: Man wäre ansonsten weder Theoretiker:in noch Praktiker:in. Denn die reine Dogmatik sei weder wissenschaftlich noch würde die an der Universität gelehrte Dogmatik für die Bewältigung der juristischen Praxis ausreichen.	3. Bereits heute haben Studierende die Möglichkeit sich in Seminaren weitergehend und vertiefend auch mit anderen Disziplinen auseinanderzusetzen. Es obliegt den Studierenden sich die entsprechenden Fakultäten zu suchen und dort zu studieren.

3. Hypothese

Wir formulierten folgende Erwartungen für die These:

- Es wird erwartet, dass ähnlich viele Stimmen neutral und voll zustimmen.
- Eine starke Polarisierung wird nicht erwartet.
- Es werden mehr Stimmen älterer Teilnehmender für die eher ablehnenden bis neutralen Werte erwartet.

4. Deskriptive Statistik

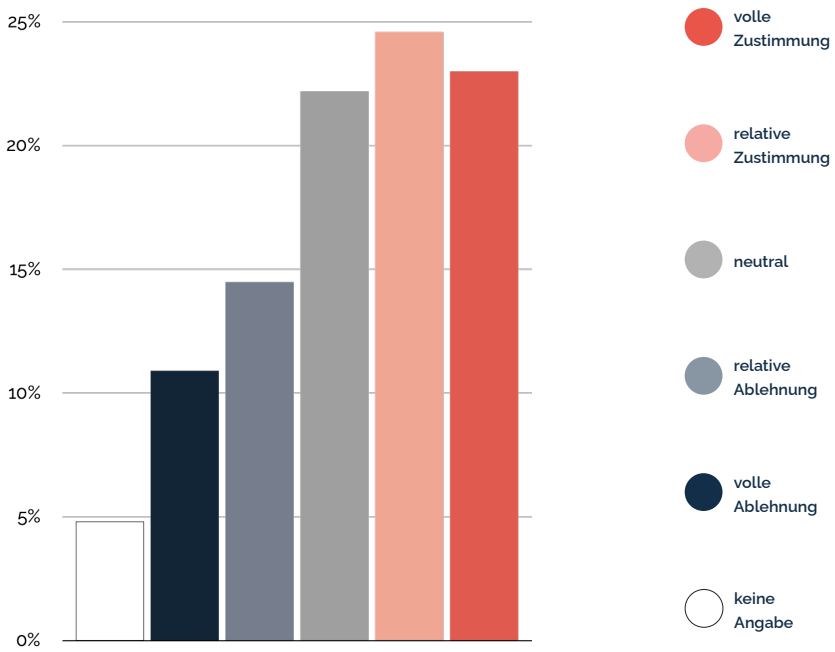
4.1 Gesamtauswertung

***These 5 G** Gesamtauswertung*

Bewertung	Anteil
keine Angabe	4,8 %
volle Ablehnung	10,9 %
relative Ablehnung	14,5 %
neutral	22,2 %
relative Zustimmung	24,6 %
volle Zustimmung	23,0 %
gesamt	**100,0 %**

Es zeichnet sich bei kombinierter Betrachtung (47,6 %) eine relative Mehrheit für die These ab. Auffällig ist auch, dass 22,2 %, also ca. ein Fünftel neutral stimmten. Knapp 5 % haben keine Angabe zur These gemacht. Erwartungsgemäß stimmen ähnlich viele voll zu wie neutral ab.

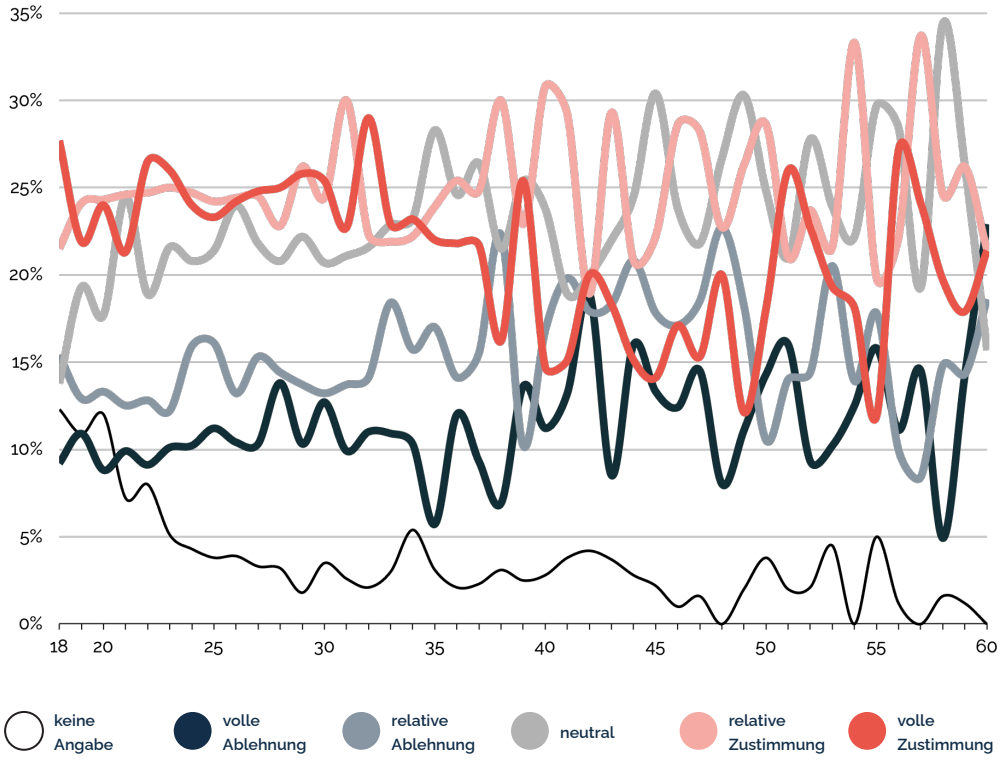
***These 5 G** Gesamtauswertung*



4.2 Alter

Bereits auf den ersten Blick zeigt sich, dass in jüngeren Altersgruppen zwar eine relative Mehrheit für die These gestimmt hat, jedoch stimmt jeweils ca. ein Fünftel neutral ab. Die Gruppe der 35- bis 40-jährigen stimmt sogar mit ca. einem Viertel neutral ab. In fast keinem Jahrgang besteht eine absolute Mehrheit für die These. Ausnahmen bilden die 54- und 57-jährigen Teilnehmenden, die bei kombinierter Betrachtung mit absoluter Mehrheit für die These stimmen. Dies ändert sich auch nicht in anderen Gruppierungen.

These 5 G *Alter*



These 5 G *Alter*

0 keine Angabe | **1** volle Ablehnung | **2** relative Ablehnung | **3** neutral | **4** relative Zustimmung | **5** volle Zustimmung

Alter	0	1	2	3	4	5
17	–	–	–	–	–	100 %
18	12,3 %	9,2 %	15,4 %	13,8 %	21,5 %	27,7 %
19	10,9 %	10,9 %	12,9 %	19,3 %	24,1 %	21,9 %
20	12,0 %	8,8 %	13,3 %	17,7 %	24,3 %	24,0 %
21	7,2 %	9,9 %	12,5 %	24,5 %	24,6 %	21,3 %
22	8,0 %	9,1 %	12,8 %	18,9 %	24,7 %	26,5 %
23	5,1 %	10,1 %	12,2 %	21,6 %	25,0 %	26,0 %
24	4,3 %	10,2 %	15,9 %	20,8 %	24,7 %	24,0 %
25	3,8 %	11,2 %	16,1 %	21,4 %	24,2 %	23,3 %
26	3,9 %	10,4 %	13,2 %	24,0 %	24,4 %	24,2 %
27	3,3 %	10,3 %	15,3 %	21,8 %	24,5 %	24,8 %
28	3,2 %	13,8 %	14,4 %	20,8 %	22,8 %	25,0 %
29	1,8 %	10,3 %	13,7 %	22,2 %	26,2 %	25,8 %
30	3,5 %	12,7 %	13,2 %	20,7 %	24,4 %	25,4 %
31	2,6 %	9,9 %	13,7 %	21,1 %	30,0 %	22,7 %
32	2,1 %	11,0 %	14,1 %	21,6 %	22,3 %	29,0 %
33	3,0 %	10,9 %	18,4 %	22,9 %	21,9 %	22,9 %
34	5,4 %	10,3 %	15,7 %	23,2 %	22,2 %	23,2 %
35	3,1 %	5,7 %	17,0 %	28,3 %	23,9 %	22,0 %
36	2,1 %	12,0 %	14,1 %	24,6 %	25,4 %	21,8 %
37	2,3 %	9,3 %	15,5 %	26,4 %	24,8 %	21,7 %
38	3,1 %	6,9 %	22,3 %	21,5 %	30,0 %	16,2 %
39	2,5 %	13,6 %	10,2 %	25,4 %	22,9 %	25,4 %
40	2,8 %	11,2 %	16,8 %	23,8 %	30,8 %	14,7 %
41	3,8 %	13,2 %	19,8 %	18,9 %	29,2 %	15,1 %
42	4,2 %	18,9 %	17,9 %	20,0 %	18,9 %	20,0 %
43	3,7 %	8,5 %	18,3 %	22,0 %	29,3 %	18,3 %
44	2,8 %	16,0 %	20,8 %	24,5 %	20,8 %	15,1 %
45	2,2 %	13,3 %	17,8 %	30,4 %	22,2 %	14,1 %
46	1,0 %	12,4 %	17,1 %	23,8 %	28,6 %	17,1 %
47	1,6 %	14,5 %	18,5 %	21,8 %	28,2 %	15,3 %
48	–	8,0 %	22,7 %	26,7 %	22,7 %	20,0 %
49	2,0 %	11,1 %	18,2 %	30,3 %	26,3 %	12,1 %
50	3,8 %	14,3 %	10,5 %	24,8 %	28,6 %	18,1 %
51	2,0 %	16,0 %	14,0 %	21,0 %	21,0 %	26,0 %
52	2,1 %	9,3 %	14,4 %	27,8 %	23,7 %	22,7 %
53	4,5 %	10,2 %	20,5 %	23,9 %	21,6 %	19,3 %
54	–	12,5 %	13,9 %	22,2 %	33,3 %	18,1 %
55	5,0 %	15,8 %	17,8 %	29,7 %	19,8 %	11,9 %
56	1,2 %	11,1 %	9,9 %	28,4 %	22,2 %	27,2 %
57	–	14,5 %	8,4 %	19,3 %	33,7 %	24,1 %
58	1,6 %	4,9 %	14,8 %	34,4 %	24,6 %	19,7 %
59	1,2 %	14,3 %	14,3 %	26,2 %	26,2 %	17,9 %
60	–	22,9 %	18,6 %	15,7 %	21,4 %	21,4 %
61	1,8 %	12,5 %	14,3 %	21,4 %	23,2 %	26,8 %
62	1,9 %	9,3 %	13,0 %	24,1 %	20,4 %	31,5 %
63	7,7 %	7,7 %	20,5 %	20,5 %	28,2 %	15,4 %
64	4,2 %	4,2 %	37,5 %	12,5 %	29,2 %	12,5 %
65	2,9 %	17,1 %	11,4 %	28,6 %	25,7 %	14,3 %
66	4,5 %	9,1 %	4,5 %	18,2 %	36,4 %	27,3 %
67	–	11,8 %	17,6 %	29,4 %	17,6 %	23,5 %
68	–	6,7 %	6,7 %	20,0 %	40,0 %	26,7 %
69	–	–	14,3 %	28,6 %	–	57,1 %
70	–	10,0 %	20,0 %	30,0 %	20,0 %	20,0 %
71	–	25,0 %	–	12,5 %	37,5 %	25,0 %
72	–	20,0 %	–	20,0 %	20,0 %	40,0 %
73	–	–	12,5 %	25,0 %	37,5 %	25,0 %
74	–	33,3 %	11,1 %	11,1 %	22,2 %	22,2 %
75	–	33,3 %	–	16,7 %	33,3 %	16,7 %
77	–	–	–	–	25,0 %	75,0 %
78	–	–	–	33,3 %	66,7 %	–
79	–	–	–	50,0 %	–	50,0 %
81	–	–	–	–	–	100 %
82	–	–	–	–	–	100 %
83	–	–	–	–	100 %	–
84	–	–	–	–	–	100 %
90	–	–	–	–	100 %	–
Σ	**4,5 %**	**10,9 %**	**14,6 %**	**22,1 %**	**24,8 %**	**23,2 %**

4.3 Geschlecht

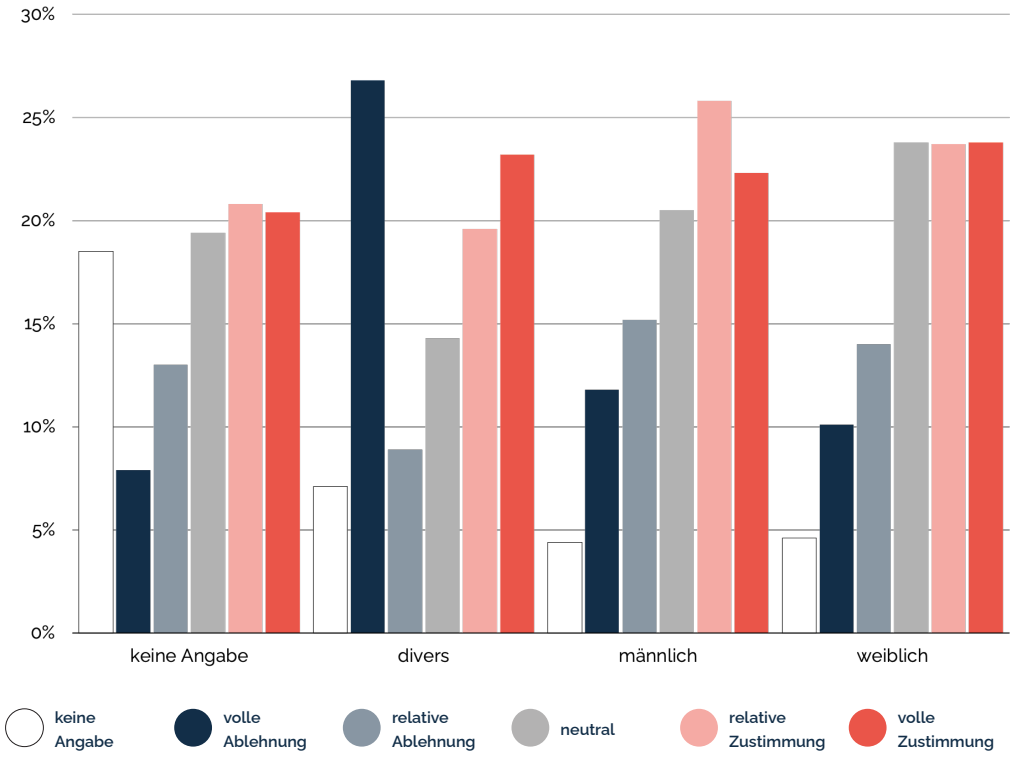
***These 5 G** Geschlecht*

Geschlecht	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
keine Angabe	18,5 %	7,9 %	13,0 %	19,4 %	20,8 %	20,4 %
divers	7,1 %	26,8 %	8,9 %	14,3 %	19,6 %	23,2 %
männlich	4,4 %	11,8 %	15,2 %	20,5 %	25,8 %	22,3 %
weiblich	4,6 %	10,1 %	14,0 %	23,8 %	23,7 %	23,8 %
gesamt	**4,8 %**	**10,9 %**	**14,5 %**	**22,2 %**	**24,6 %**	**23,0 %**

Bei der Aufschlüsselung nach Geschlecht fällt auf, dass keine absoluten Mehrheiten erreicht werden, auch nicht bei kombinierter Betrachtung. Die männlichen Teilnehmenden scheinen etwas positiver auf die These zu blicken, es stimmen 25,8 % für eine teilweise Zustimmung; 2 Prozentpunkte mehr als unter weiblichen Teilnehmenden, 6 Prozentpunkte mehr als bei diversen. Auch bei diesen wird bei kombinierter Betrachtung mit den voll zustimmenden allerdings keine absolute Mehrheit erreicht.

Die neutralen Stimmen sind bei einzelner Betrachtung jeweils höher als die negativen Stimmen. Bei weiblichen Teilnehmenden haben gleich viele, nämlich jeweils 23,8 % neutral gestimmt und voll zugestimmt.

***These 5 G** Geschlecht*



4.4 Fachsemester

***These 5 G** Fachsemester*

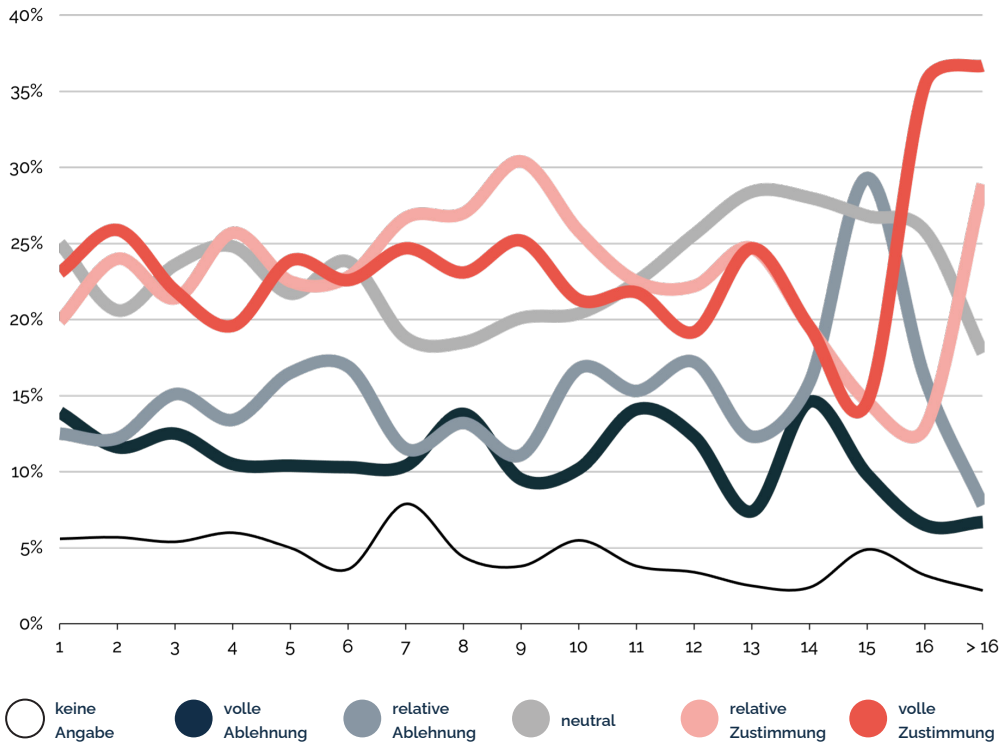
Fachsemester	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
1	5,6 %	13,9 %	12,5 %	25,0 %	19,9 %	23,1 %
2	5,7 %	11,6 %	12,2 %	20,6 %	24,0 %	25,9 %
3	5,4 %	12,5 %	15,1 %	23,6 %	21,4 %	21,9 %
4	6,0 %	10,5 %	13,4 %	24,8 %	25,7 %	19,6 %
5	5,0 %	10,4 %	16,5 %	21,7 %	22,5 %	23,9 %
6	3,6 %	10,3 %	16,9 %	23,8 %	22,8 %	22,6 %
7	7,9 %	10,4 %	11,5 %	18,8 %	26,7 %	24,7 %
8	4,4 %	13,8 %	13,2 %	18,5 %	27,0 %	23,1 %
9	3,8 %	9,5 %	11,1 %	20,1 %	30,4 %	25,2 %
10	5,5 %	10,2 %	16,8 %	20,4 %	25,8 %	21,3 %
11	3,8 %	14,1 %	15,3 %	22,5 %	22,5 %	21,8 %
12	3,4 %	12,3 %	17,2 %	25,6 %	22,2 %	19,2 %
13	2,5 %	7,4 %	12,3 %	28,4 %	24,7 %	24,7 %
14	2,4 %	14,6 %	15,9 %	28,0 %	19,5 %	19,5 %
15	4,9 %	9,8 %	29,3 %	26,8 %	14,6 %	14,6 %
16	3,2 %	6,5 %	16,1 %	25,8 %	12,9 %	35,5 %
>16	2,2 %	6,7 %	7,8 %	17,8 %	28,9 %	36,7 %
gesamt	**4,9 %**	**11,2 %**	**14,3 %**	**22,1 %**	**24,4 %**	**23,1 %**

In der Aufteilung nach Fachsemestern zeigen sich erstmals stärkere Tendenzen in einzelnen Gruppen. Im 7., 8. und 9. Fachsemester gibt es bei kombinierter Betrachtung eine absolute Mehrheit für die These von 51,4 %, respektive 50,1 %, respektive 55,6 %.

Im 15. Fachsemester besteht eine relative Mehrheit gegen die These mit 39,1 %.

Die neutralen Stimmen bewegen sich in allen Fachsemestern um die 20-25 %, Ausnahmen bilden das 7. und 8. Fachsemester, wo 18,8 %, respektive 18,5 %, was jeweils aber durch die vorhandene kombinierte absolute Mehrheit erklärbar ist.

***These 5 G** Fachsemester*



4.5 Gesamtnote

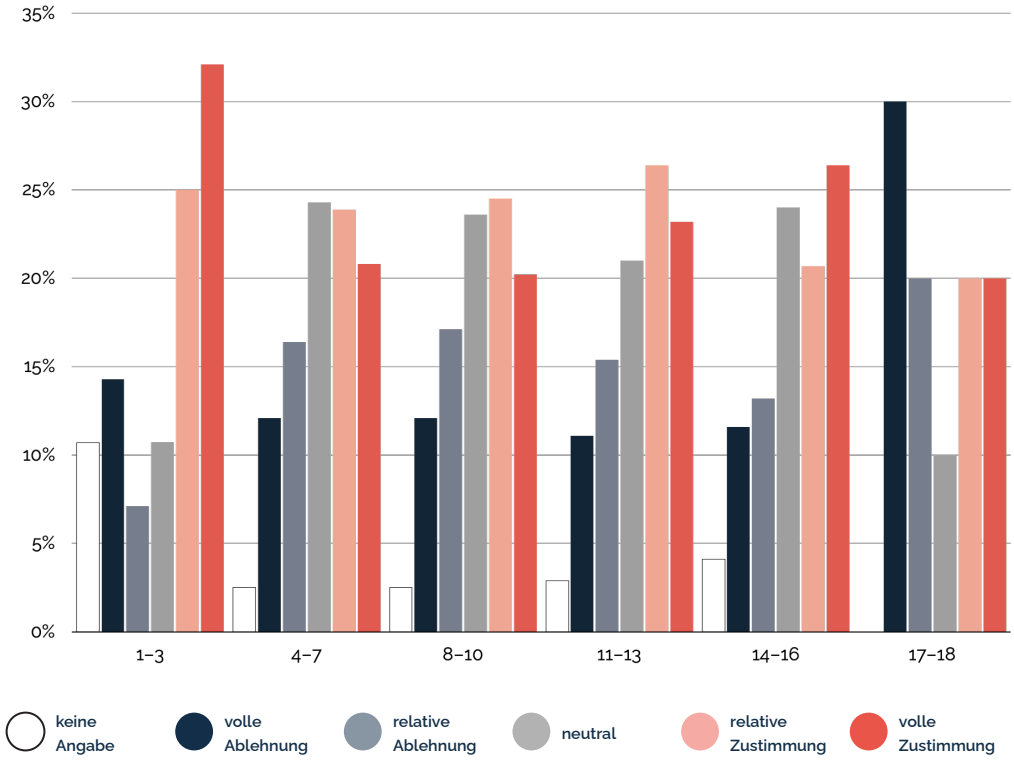
***These 5 G** Gesamtnote*

Gesamtnote	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
1–3	10,7 %	14,3 %	7,1 %	10,7 %	25,0 %	32,1 %
4–7	2,5 %	12,1 %	16,4 %	24,3 %	23,9 %	20,8 %
8–10	2,5 %	12,1 %	17,1 %	23,6 %	24,5 %	20,2 %
11–13	2,9 %	11,1 %	15,4 %	21,0 %	26,4 %	23,2 %
14–16	4,1 %	11,6 %	13,2 %	24,0 %	20,7 %	26,4 %
17–18	–	30,0 %	20,0 %	10,0 %	20,0 %	20,0 %
gesamt	**2,6 %**	**11,9 %**	**16,4 %**	**23,1 %**	**24,7 %**	**21,2 %**

Auffällig ist auch hier, dass bei der Notenstufe 1-3 mit kombiniert 57,1 % Zustimmung eine absolute Mehrheit für die These erreicht wird. Im Übrigen wird keine absolute Mehrheit für die These erreicht, weder bei kombinierter Betrachtung noch bei einzelner. Eine absolute Mehrheit für die Ablehnung wird nicht erreicht, jedoch stimmten bei der Notenstufe 17-18 kombiniert 50 % der Teilnehmenden gegen die These.

In den Notenstufen 1-3 und 17-18 haben jeweils nur ca. ein Zehntel der Teilnehmenden neutral gestimmt, in den übrigen Notenstufen bewegt sich dieser Wert jedoch zwischen 20 und 25 %.

***These 5 G** Gesamtnote*



4.6 Studienort

***These 5 G** Studienort*

Bundesland	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
Ausland	8,7 %	–	–	26,1 %	17,4 %	47,8 %
Baden-Württemberg	4,5 %	12,0 %	14,5 %	22,1 %	24,1 %	22,8 %
Bayern	5,1 %	13,2 %	15,9 %	21,8 %	21,9 %	22,1 %
Berlin	3,5 %	9,4 %	13,8 %	20,8 %	23,3 %	29,2 %
Brandenburg	4,2 %	13,1 %	13,6 %	18,6 %	24,6 %	25,8 %
Bremen	2,9 %	9,4 %	11,6 %	31,2 %	23,2 %	21,7 %
Hamburg	5,1 %	8,0 %	14,1 %	21,5 %	28,0 %	23,3 %
Hessen	3,2 %	10,9 %	11,6 %	21,2 %	29,1 %	23,9 %
Mecklenburg-Vorpommern	0,8 %	12,1 %	16,7 %	25,8 %	24,2 %	20,5 %
Niedersachsen	4,4 %	10,3 %	14,7 %	22,5 %	25,0 %	23,0 %
Nordrhein-Westfalen	4,5 %	10,8 %	15,6 %	21,2 %	26,3 %	21,6 %
Rheinland-Pfalz	3,4 %	12,3 %	13,5 %	26,4 %	22,5 %	21,9 %
Saarland	5,9 %	12,5 %	14,7 %	22,1 %	26,5 %	18,4 %
Sachsen	6,1 %	7,9 %	12,9 %	22,6 %	24,1 %	26,3 %
Sachsen-Anhalt	4,4 %	13,1 %	15,3 %	23,5 %	25,7 %	18,0 %
Schleswig-Holstein	2,9 %	9,9 %	15,6 %	24,2 %	24,8 %	22,6 %
Thüringen	4,8 %	7,7 %	17,3 %	21,4 %	30,4 %	18,5 %
gesamt	**4,4 %**	**10,9 %**	**14,6 %**	**22,1 %**	**24,8 %**	**23,1 %**

Bei der Auswertung nach Studienort zeigen sich ebenfalls leicht stärkere Tendenzen. In den Bundesländern Berlin, Brandenburg, Hamburg, Hessen und Sachsen besteht bei kombinierter Betrachtung jeweils eine absolute Mehrheit für die These. Im Übrigen bestehen nur relative Mehrheiten für die These (bei kombinierter Betrachtung).

In Bremen haben 31,2 % neutral gestimmt. Das stellt den Höchstwert für neutrale Stimmen dar. Auch in Mecklenburg-Vorpommern und Rheinland-Pfalz ist der neutrale Wert der jeweils höchste Einzelwert. Nur in Brandenburg fällt der neutrale Wert unter 20 % mit 18,6 %.

***These 5 G** Studienort*

4.7 Verhältnis zur juristischen Ausbildung

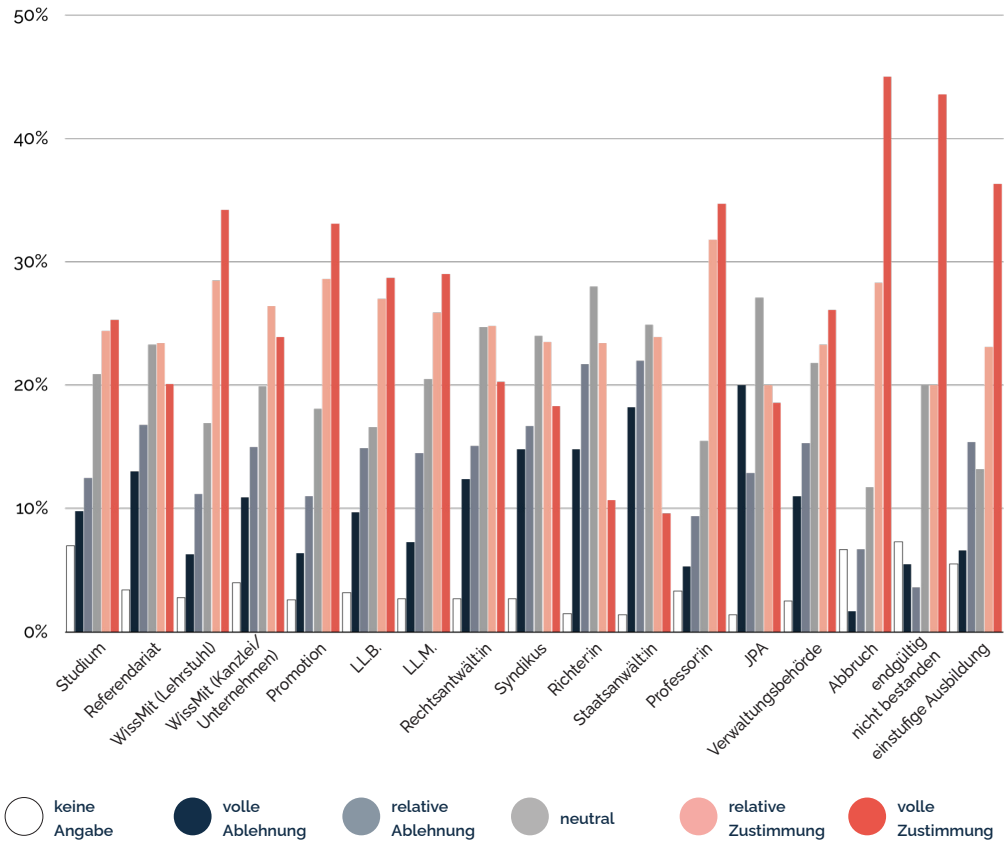
***These 5 G** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*

Beruf	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
Studium	7,0 %	9,8 %	12,5 %	20,9 %	24,4 %	25,3 %
Referendariat	3,4 %	13,0 %	16,8 %	23,3 %	23,4 %	20,1 %
WissMit (Lehrstuhl)	2,8 %	6,3 %	11,2 %	16,9 %	28,5 %	34,2 %
WissMit (Kanzlei)	4,0 %	10,9 %	15,0 %	19,9 %	26,4 %	23,9 %
Promotion	2,6 %	6,4 %	11,0 %	18,1 %	28,6 %	33,1 %
LL.B.	3,2 %	9,7 %	14,9 %	16,6 %	27,0 %	28,7 %
LL.M.	2,7 %	7,3 %	14,5 %	20,5 %	25,9 %	29,0 %
Rechtsanwält:in	2,7 %	12,4 %	15,1 %	24,7 %	24,8 %	20,3 %
Syndikus	2,7 %	14,8 %	16,7 %	24,0 %	23,5 %	18,3 %
Richter:in	1,5 %	14,8 %	21,7 %	28,0 %	23,4 %	10,7 %
Staatsanwält:in	1,4 %	18,2 %	22,0 %	24,9 %	23,9 %	9,6 %
Professor:in	3,3 %	5,3 %	9,4 %	15,5 %	31,8 %	34,7 %
JPA	1,4 %	20,0 %	12,9 %	27,1 %	20,0 %	18,6 %
Verwaltungsbehörde	2,5 %	11,0 %	15,3 %	21,8 %	23,3 %	26,1 %
Abbruch	6,7 %	1,7 %	6,7 %	11,7 %	28,3 %	45,0 %
endgültig nicht bestanden	7,3 %	5,5 %	3,6 %	20,0 %	20,0 %	43,6 %
einstufige Ausbildung	5,5 %	6,6 %	15,4 %	13,2 %	23,1 %	36,3 %

Bei erster Betrachtung fällt auf, dass insbesondere bei denjenigen, die sich wissenschaftlich betätigen (wissenschaftlich Mitarbeitenden, Promovierenden) bei kombinierter Betrachtung absolute Mehrheiten für die These bestehen. Promovierende stimmen mit kombiniert 61,7 % der These zu; wissenschaftlich Mitarbeitende an einem Lehrstuhl sogar mit kombiniert 62,9 %. Auch unter denjenigen mit LL.B.-Abschluss besteht eine kombinierte Mehrheit von 55,7 % zustimmenden Teilnehmenden. Wenig überraschend in diesem Zusammenhang ist die zweithöchste Zustimmung zur These unter Professor:innen zu beobachten, die mit kombinierten 66,5 % der These zustimmen. Die höchste Rate findet sich unter Studienabbrechenden mit kombinierten 73,3 % Zustimmung.

Dies widerspricht insgesamt eher der ursprünglichen Erwartung, wonach jeweils etwa gleich viele voll zustimmende und neutrale Stimmen erwartet wurden. Diese Erwartung wird auch bei anderen Gruppen so nicht erfüllt. Unter Richter:innen und Staatsanwält:innen übertreffen die neutralen Stimmen die voll zustimmenden bei Weitem: 28 % zu 10,7 % respektive 24,9 % zu 9,6 %. Bei diesen Gruppen bestehen vielmehr kombinierte relative Mehrheiten, die die These ablehnen (36,5 % und 40,2 %).

***These 5 G** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*



5. Ergebnis bzgl. Erwartungen

Die Erwartungen wurden teilweise erfüllt, wobei jedoch die besonders hohen Zustimmungsraten unter den wissenschaftlich arbeitenden Personen der vorformulierten Erwartung entgegensteht, im Ergebnis aber gleichwohl wenig überraschend ist.

Die Erwartungen wurden teilweise erfüllt, wobei jedoch die besonders hohen Zustimmungsraten unter den wissenschaftlich arbeitenden Personen der vorformulierten Erwartung entgegensteht, im Ergebnis aber gleichwohl wenig überraschend ist.

These 5 H: Stärkere Einbindung der Professor:innen in die Ausbildung

1. Thesenhintergrund

Die These wurde in den vergangenen Jahren immer wieder vorgebracht. Dabei konnten wir ausschließlich pro-Argumente aus den Quellen extrahieren.[1]

2. Thesengestaltung

> *Die Professor:innen sollten sich stärker als bisher in die Gestaltung der juristischen Ausbildung einbringen. Professor:innen sollten einerseits ihre Forschungsinhalte stärker in der universitären Ausbildung einbringen. Andererseits sollten sich Professor:innen stärker als bisher in der Gestaltung von Examensprüfungen wie auch der Korrektur von Examensleistungen einbringen.*

Professor:innen sollten einerseits ihre Forschungsinhalte stärker in der universitären Ausbildung einbringen. Andererseits sollten sich Professor:innen stärker als bisher in der Gestaltung von Examensprüfungen wie auch der Korrektur von Examensleistungen einbringen.

Die ausgewählten Argumente, welche auf der iur.reform-Webseite als Nachweise aufrufbar waren, sind:

Pro	Contra
1. So könnten die Grundlagenfächer bzw. die Wissenschaftlichkeit effektiver in das Examen integriert werden.	1. Professor:innen bringen sich bereits vielfach in die Gestaltung der juristischen Ausbildung ein.
2. Der überwiegende Einfluss privater Repetitorien ist Ursache dafür, dass die Examen von der Justiz und nicht von den Universitäten geprägt werden.	2. Die Professor:innen haben im universitären Alltag schon hinreichend viele Aufgaben. Dies geht nur, wenn an anderer Stelle Entlastungen eintreten.
3. Bisher überprüfen meist Praktiker:innen mit anderen Zielvorstellungen als Professor:innen, ob jemand die Universität erfolgreich abschließt oder nicht.	3. Praktiker:innen kommen dafür in der universitären Ausbildung weniger vor. Dies wird durch ein höheres Aufkommen der Praktiker:innen in der Prüfungssituation ausgeglichen.

3. Hypothese

Wir formulierten folgende Erwartungen für die These:

- Unter Professor:innen vermuten wir aufgrund der persönlichen Einbindung in die Ausbildung und den Einfluss auf die Lehre eine breite Zustimmung.
- Unter Studierenden erwarten wir eine gespaltene Haltung, die sich auf eigene überwiegend positive bzw. negative Erfahrungen mit den Professor:innen im Studienverlauf stützt.
- Praktiker:innen werden die These überwiegend ablehnen, da so deren eigener Einfluss auf das Studium geringer würde.

[1] ***https://onedrive.live.com/view.aspx?resid=D3C707BB028AE925!323&ithint=file %2cxlsx&authkey=!AERBCCwtBbE_-1M***

4. Deskriptive Statistik

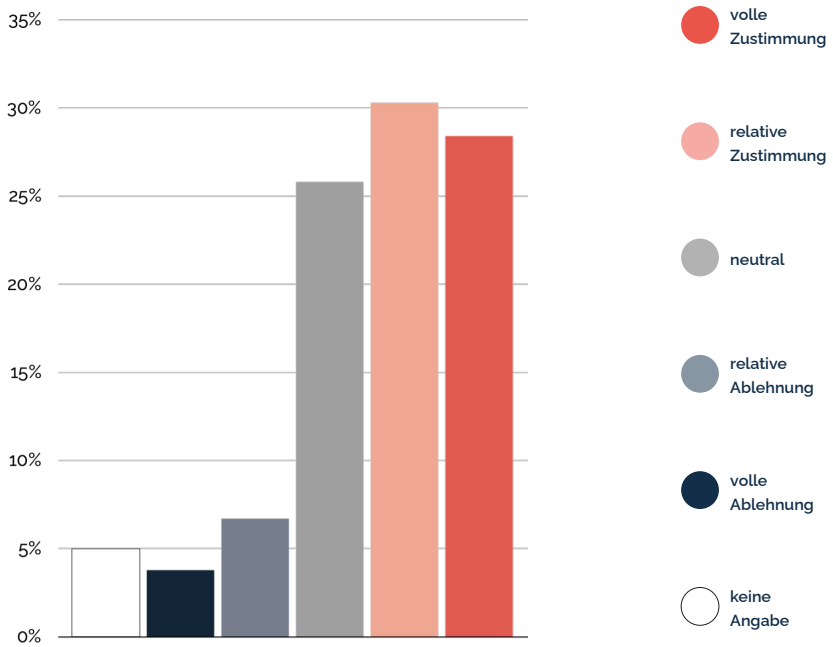
4.1 Gesamtauswertung

***These 5 H** Gesamtauswertung*

Bewertung	Anteil
keine Angabe	5,0 %
volle Ablehnung	3,8 %
relative Ablehnung	6,7 %
neutral	25,8 %
relative Zustimmung	30,3 %
volle Zustimmung	28,4 %
gesamt	**100,0 %**

Insgesamt ist eine breite Zustimmung für die These zu beobachten. 28,4 % stimmen vollständig zu und die kumulierte Zustimmung (vollständige und relative Zustimmung zusammengenommen) erreicht sogar eine absolute Mehrheit von 58,7 %. Mit 25,8 % steht ein hoher Anteil neutral zur These. Die vollständige Ablehnung erreicht lediglich einen Wert von 3,8 %, wobei auch die kumulierte Ablehnung nur 10,5 % beträgt.

***These 5 H** Gesamtauswertung*



4.2 Alter

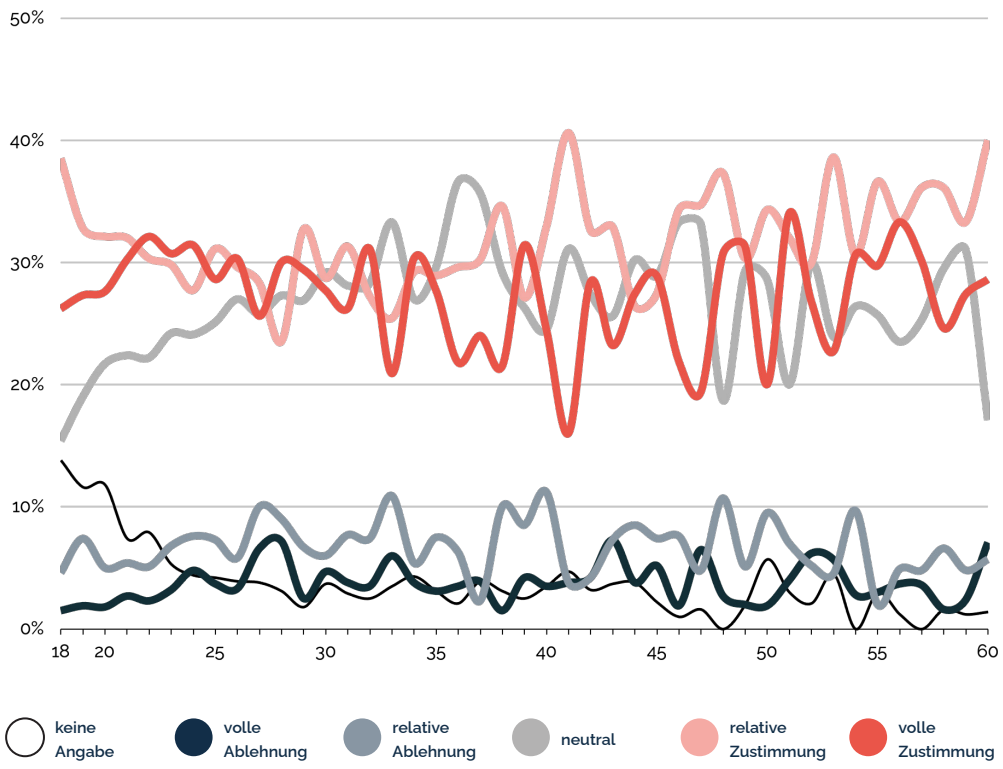
Die vollständige Zustimmung zur These bewegt sich in allen Altersgruppen mit wenigen Ausnahmen im Rahmen des Durchschnittswertes von 28,7 %. Dasselbe trifft auf die kumulierte Zustimmung mit einem Mittelwert von 59,2 % zu, wobei die Werte mit zunehmendem Alter der Teilnehmenden geringfügig zunehmen.

Die stärkste Neutralität ist bei Teilnehmenden im Alter von 36 Jahren mit 36,6 % zu verzeichnen.

Mit 7,2 % ist die vollständige Ablehnung bei den 28-Jährigen am höchsten und beinahe doppelt so hoch wie der Durchschnitt für diese Bewertung. Die kumulierte Ablehnung erreicht ihre Höchstwerte bei Teilnehmenden im Alter von 27, 28 und 33 Jahren mit jeweils über 16 %.

Auffällige Unterschiede in den Altersgruppen sind für diese These nicht auszumachen, was die nachfolgende Abbildung verdeutlicht.

***These 5 H** Alter*



***These 5 H** Alter*

0 keine Angabe **1** volle Ablehnung **2** relative Ablehnung **3** neutral **4** relative Zustimmung **5** volle Zustimmung

Alter	0	1	2	3	4	5
17	–	–	–	–	100 %	–
18	13,8 %	1,5 %	4,6 %	15,4 %	38,5 %	26,2 %
19	11,6 %	1,9 %	7,4 %	19,0 %	32,8 %	27,3 %
20	11,8 %	1,8 %	5,0 %	21,7 %	32,1 %	27,6 %
21	7,4 %	2,7 %	5,4 %	22,4 %	32,0 %	30,2 %
22	7,9 %	2,3 %	5,1 %	22,2 %	30,3 %	32,1 %
23	5,3 %	3,2 %	6,8 %	24,2 %	29,8 %	30,7 %
24	4,4 %	4,8 %	7,6 %	24,1 %	27,7 %	31,4 %
25	4,2 %	3,7 %	7,3 %	25,1 %	31,1 %	28,6 %
26	3,9 %	3,3 %	5,8 %	27,0 %	29,6 %	30,3 %
27	3,8 %	6,6 %	10,0 %	25,8 %	28,3 %	25,6 %
28	3,1 %	7,2 %	9,0 %	27,3 %	23,5 %	30,0 %
29	1,8 %	2,5 %	6,7 %	26,9 %	32,7 %	29,4 %
30	3,7 %	4,7 %	6,0 %	29,2 %	28,7 %	27,7 %
31	2,9 %	3,8 %	7,7 %	28,1 %	31,3 %	26,2 %
32	2,5 %	3,5 %	7,4 %	28,3 %	27,2 %	31,1 %
33	3,5 %	6,0 %	10,9 %	33,3 %	25,4 %	20,9 %
34	4,3 %	3,8 %	5,4 %	27,0 %	29,2 %	30,3 %
35	3,1 %	3,1 %	7,5 %	29,6 %	28,9 %	27,7 %
36	2,1 %	3,5 %	6,3 %	36,6 %	29,6 %	21,8 %
37	3,9 %	3,9 %	2,3 %	35,7 %	30,2 %	24,0 %
38	3,1 %	1,5 %	10,0 %	29,2 %	34,6 %	21,5 %
39	2,5 %	4,2 %	8,5 %	26,3 %	27,1 %	31,4 %
40	3,5 %	3,5 %	11,2 %	24,5 %	32,9 %	24,5 %
41	4,7 %	3,8 %	3,8 %	31,1 %	40,6 %	16,0 %
42	3,2 %	4,2 %	4,2 %	27,4 %	32,6 %	28,4 %
43	3,7 %	7,3 %	7,3 %	25,6 %	32,9 %	23,2 %
44	3,8 %	3,8 %	8,5 %	30,2 %	26,4 %	27,4 %
45	2,2 %	5,2 %	7,4 %	28,9 %	27,4 %	28,9 %
46	1,0 %	1,9 %	7,6 %	33,3 %	34,3 %	21,9 %
47	1,6 %	6,5 %	4,8 %	33,1 %	34,7 %	19,4 %
48	–	2,7 %	10,7 %	18,7 %	37,3 %	30,7 %
49	2,0 %	2,0 %	5,1 %	29,3 %	30,3 %	31,3 %
50	5,7 %	1,9 %	9,5 %	28,6 %	34,3 %	20,0 %

Alter	0	1	2	3	4	5
51	3,0 %	4,0 %	7,0 %	20,0 %	32,0 %	34,0 %
52	2,1 %	6,2 %	5,2 %	29,9 %	29,9 %	26,8 %
53	4,5 %	5,7 %	4,5 %	23,9 %	38,6 %	22,7 %
54	–	2,8 %	9,7 %	26,4 %	30,6 %	30,6 %
55	3,0 %	3,0 %	2,0 %	25,7 %	36,6 %	29,7 %
56	1,2 %	3,7 %	4,9 %	23,5 %	33,3 %	33,3 %
57	–	3,6 %	4,8 %	25,3 %	36,1 %	30,1 %
58	1,6 %	1,6 %	6,6 %	29,5 %	36,1 %	24,6 %
59	1,2 %	2,4 %	4,8 %	31,0 %	33,3 %	27,4 %
60	1,4 %	7,1 %	5,7 %	17,1 %	40,0 %	28,6 %
61	1,8 %	5,4 %	3,6 %	19,6 %	33,9 %	35,7 %
62	3,7 %	1,9 %	7,4 %	27,8 %	27,8 %	31,5 %
63	7,7 %	7,7 %	–	10,3 %	38,5 %	35,9 %
64	8,3 %	–	12,5 %	12,5 %	45,8 %	20,8 %
65	2,9 %	2,9 %	2,9 %	34,3 %	34,3 %	22,9 %
66	4,5 %	–	4,5 %	13,6 %	40,9 %	36,4 %
67	–	–	–	5,9 %	47,1 %	47,1 %
68	–	–	–	26,7 %	13,3 %	60,0 %
69	–	–	–	57,1 %	14,3 %	28,6 %
70	–	–	–	10,0 %	40,0 %	50,0 %
71	–	–	–	12,5 %	25,0 %	62,5 %
72	–	–	–	–	20,0 %	80,0 %
73	–	–	–	37,5 %	25,0 %	37,5 %
74	–	11,1 %	11,1 %	11,1 %	11,1 %	55,6 %
75	–	16,7 %	–	16,7 %	33,3 %	33,3 %
77	–	–	–	25,0 %	–	75,0 %
78	–	–	–	33,3 %	33,3 %	33,3 %
79	–	–	50,0 %	50,0 %	–	–
81	–	–	–	–	100 %	–
82	–	–	–	–	100 %	–
83	–	–	–	100 %	–	–
84	–	–	–	–	–	100 %
90	–	–	–	–	–	100 %
Σ	**4,7 %**	**3,8 %**	**6,8 %**	**25,6 %**	**30,5 %**	**28,7 %**

4.3 Geschlecht

***These 5 H** Geschlecht*

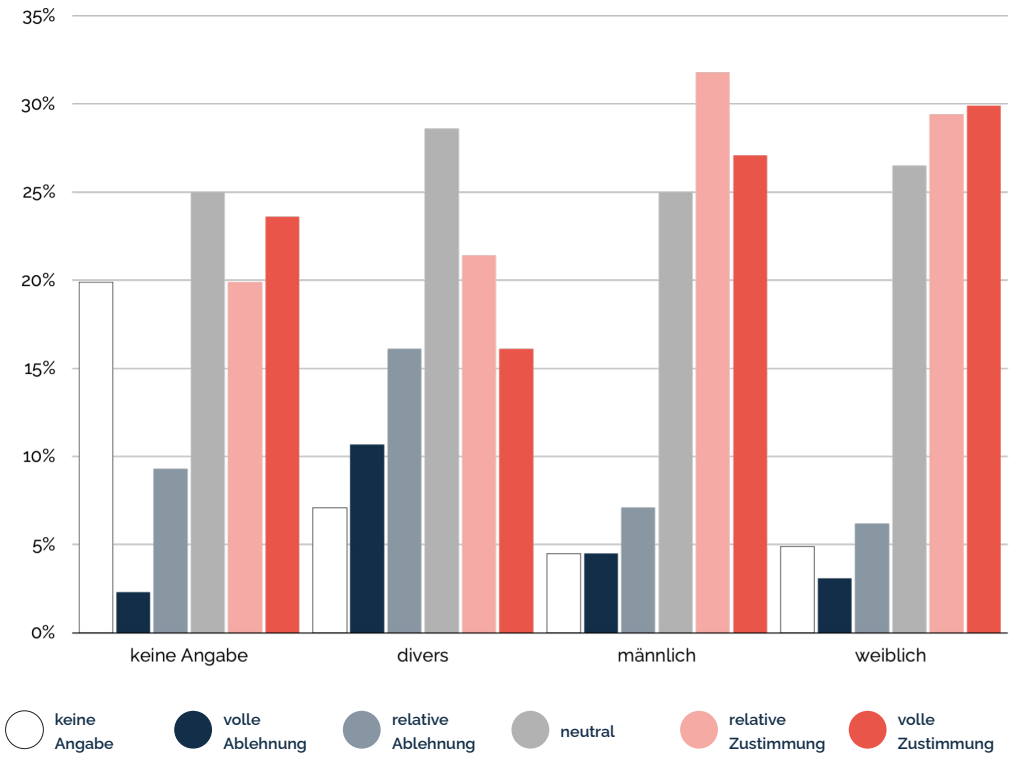
Geschlecht	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
keine Angabe	19,9 %	2,3 %	9,3 %	25,0 %	19,9 %	23,6 %
divers	7,1 %	10,7 %	16,1 %	28,6 %	21,4 %	16,1 %
männlich	4,5 %	4,5 %	7,1 %	25,0 %	31,8 %	27,1 %
weiblich	4,9 %	3,1 %	6,2 %	26,5 %	29,4 %	29,9 %
gesamt	**5,0 %**	**3,8 %**	**6,7 %**	**25,8 %**	**30,3 %**	**28,4 %**

Die stärkste vollständige Zustimmung ist mit 29,9 % bei den weiblichen Abstimmenden zu beobachten. Die kumulierte Zustimmung beträgt bei den weiblichen Abstimmenden 59,3 % und bei den männlichen Teilnehmenden 58,9 %. Es befürwortet also in beiden Gruppen eine absolute Mehrheit die These. Die kumulierte Zustimmung bei Teilnehmenden, die divers sind bzw. keine Angabe zum Geschlecht gemacht haben, fällt bei deutlich kleinerer Teilnehmendenzahl (56 bzw. 216) mit 37,5 % und 43,5 % geringer aus.

Die Neutralität ist bei diversen Teilnehmenden am höchsten (28,6 %), bei männlichen (25,0 %) am geringsten.

Ebenso ist der Wert für die vollständige und die kumulierte Ablehnung bei diversen Abstimmenden am höchsten (10,7 % und 26,8 %). Der Unterschied der kumulierten Ablehnung zwischen männlichen und weiblichen Teilnehmenden beträgt unter 2 %.

***These 5 H** Geschlecht*



4.4 Fachsemester

***These 5 H** Fachsemester*

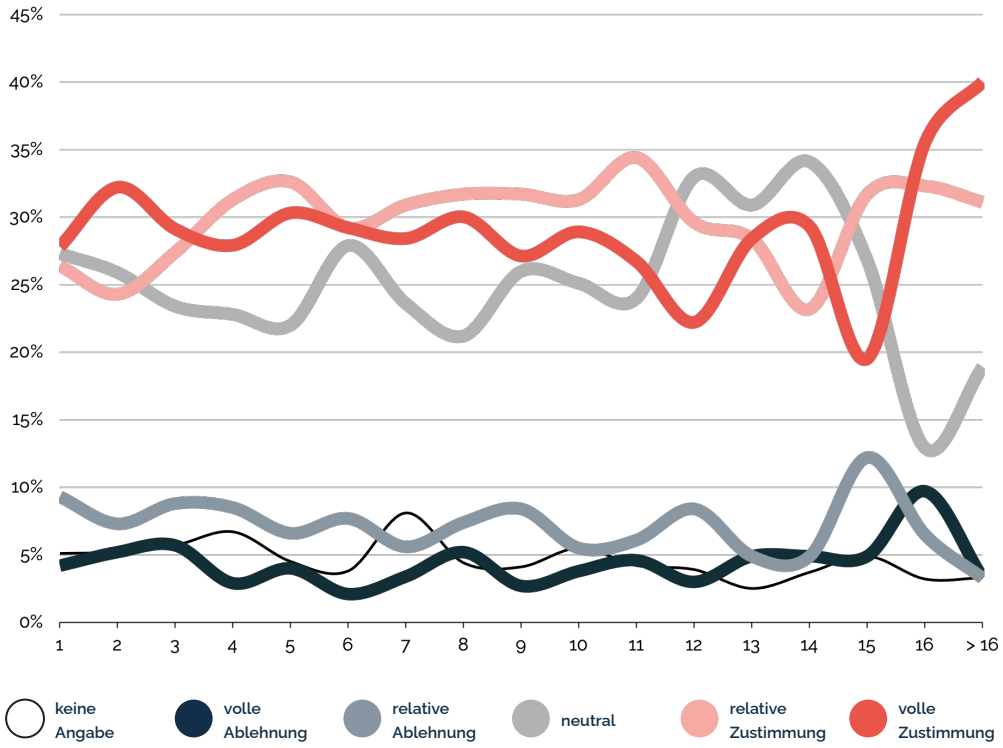
Fachsemester	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
1	5,1 %	4,2 %	9,3 %	27,3 %	26,4 %	27,8 %
2	5,2 %	5,2 %	7,3 %	25,9 %	24,3 %	32,2 %
3	5,7 %	5,7 %	8,8 %	23,4 %	27,4 %	29,1 %
4	6,7 %	2,9 %	8,5 %	22,8 %	31,3 %	27,9 %
5	4,5 %	4,0 %	6,6 %	22,0 %	32,6 %	30,3 %
6	3,8 %	2,1 %	7,7 %	27,9 %	29,2 %	29,2 %
7	8,1 %	3,4 %	5,6 %	23,6 %	30,9 %	28,4 %
8	4,4 %	5,2 %	7,4 %	21,2 %	31,7 %	30,0 %
9	4,1 %	2,7 %	8,4 %	26,0 %	31,7 %	27,1 %
10	5,5 %	3,8 %	5,5 %	25,1 %	31,3 %	28,9 %
11	4,2 %	4,6 %	6,1 %	24,0 %	34,4 %	26,7 %
12	3,9 %	3,0 %	8,4 %	33,0 %	29,6 %	22,2 %
13	2,5 %	4,9 %	4,9 %	30,9 %	28,4 %	28,4 %
14	3,7 %	4,9 %	4,9 %	34,1 %	23,2 %	29,3 %
15	4,9 %	4,9 %	12,2 %	26,8 %	31,7 %	19,5 %
16	3,2 %	9,7 %	6,5 %	12,9 %	32,3 %	35,5 %
>16	3,3 %	3,3 %	3,3 %	18,9 %	31,1 %	40,0 %
gesamt	**5,1 %**	**4,0 %**	**7,2 %**	**24,9 %**	**30,0 %**	**28,9 %**

Die höchste vollständige Zustimmung wird in Semester 16 und höher (35,5 % und 40,0 %) bei allerdings nur 31 bzw. 90 Abstimmenden erreicht. Bereits im zweiten Semester ist die vollständige Zustimmung mit 32,2 % hoch, nimmt mit zunehmendem Semester aber eher ab. Die kumulierte Zustimmung beträgt in allen Semestergruppen mehr als 50 %.

Die stärkste Neutralität ist im 12. (und 14. mit nur 82 Teilnehmenden) Semester zu beobachten (33,0 % bzw. 34,1 %).

In den unteren drei Semestern sowie ab dem 13. Semester sind höhere Werte für die vollständige Ablehnung zu verzeichnen (ca. 5 %). Für die kumulierte Ablehnung zeichnet sich ein ähnliches Muster ab.

***These 5 H** Fachsemester*



4.5 Gesamtnote

***These 5 H** Gesamtnote*

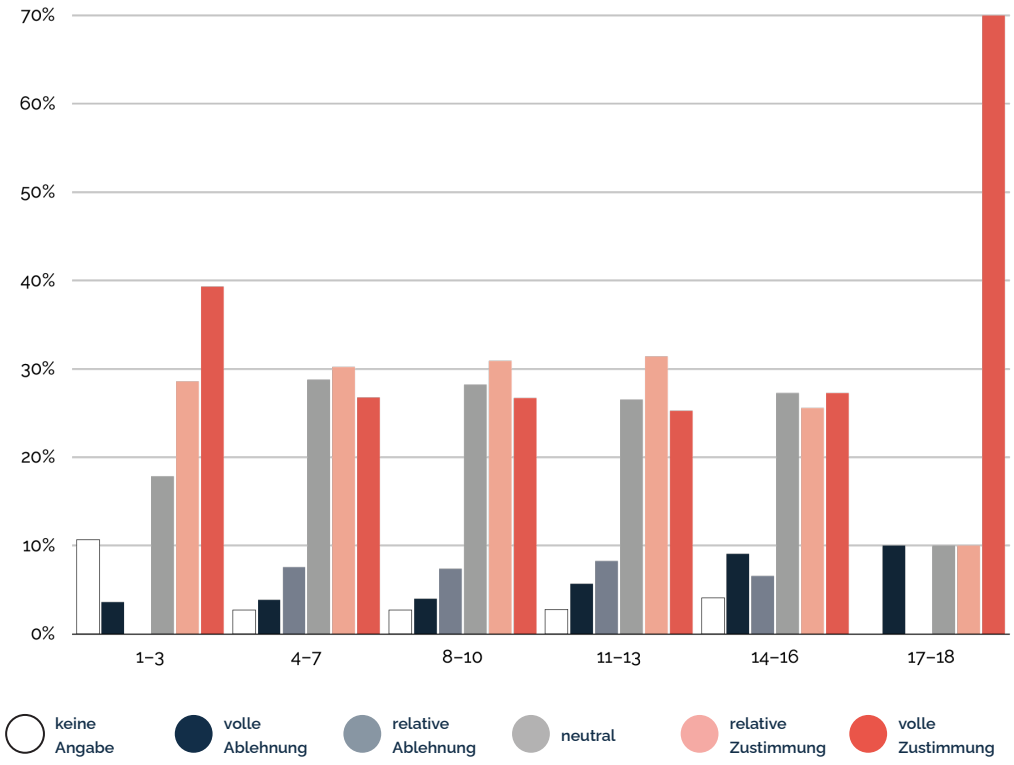
Gesamtnote	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
1–3	10,7 %	3,6 %	–	17,9 %	28,6 %	39,3 %
4–7	2,7 %	3,9 %	7,6 %	28,8 %	30,2 %	26,8 %
8–10	2,7 %	4,0 %	7,4 %	28,2 %	30,9 %	26,7 %
11–13	2,8 %	5,7 %	8,3 %	26,5 %	31,4 %	25,3 %
14–16	4,1 %	9,1 %	6,6 %	27,3 %	25,6 %	27,3 %
17–18	–	10,0 %	–	10,0 %	10,0 %	70,0 %
gesamt	**2,8 %**	**4,5 %**	**7,6 %**	**27,9 %**	**30,7 %**	**26,6 %**

Die stärkste vollständige Zustimmung ist mit 39,3 % bei 1–3 Punkten, bei allerdings nur 28 Teilnehmenden in dieser Notenstufe, zu verzeichnen. In den aussagekräftigen Notenstufen zwischen 4 und 16 Punkten schwankt die vollständige Zustimmung nur leicht um den Durchschnittswert von 26,6 %. Die kumulierte Zustimmung macht in allen Notenstufen die absolute Mehrheit aus.

Die stärkste Neutralität ist in den unteren Notenstufen von 4–7 Punkten mit 28,8 % zu beobachten.

Teilnehmende mit 14–16 Punkten lehnen die These am stärksten vollständig ab (9,1 %). Die kumulierte Ablehnung bewegt sich in den Notenstufen mit aussagekräftiger Teilnehmendenzahl um den Durchschnittswert von 12,1 %.

***These 5 H** Gesamtnote*



4.6 Studienort

***These 5 H** Studienort*

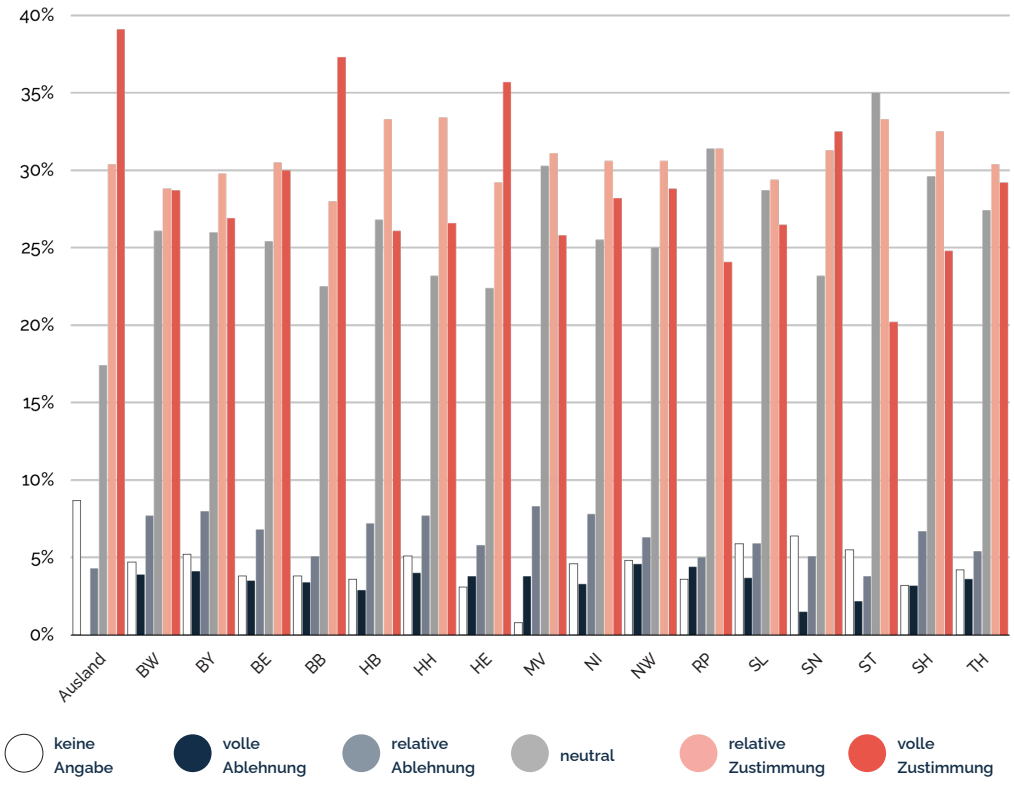
Bundesland	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
Ausland	8,7 %	–	4,3 %	17,4 %	30,4 %	39,1 %
Baden-Württemberg	4,7 %	3,9 %	7,7 %	26,1 %	28,8 %	28,7 %
Bayern	5,2 %	4,1 %	8,0 %	26,0 %	29,8 %	26,9 %
Berlin	3,8 %	3,5 %	6,8 %	25,4 %	30,5 %	30,0 %
Brandenburg	3,8 %	3,4 %	5,1 %	22,5 %	28,0 %	37,3 %
Bremen	3,6 %	2,9 %	7,2 %	26,8 %	33,3 %	26,1 %
Hamburg	5,1 %	4,0 %	7,7 %	23,2 %	33,4 %	26,6 %
Hessen	3,1 %	3,8 %	5,8 %	22,4 %	29,2 %	35,7 %
Mecklenburg-Vorpommern	0,8 %	3,8 %	8,3 %	30,3 %	31,1 %	25,8 %
Niedersachsen	4,6 %	3,3 %	7,8 %	25,5 %	30,6 %	28,2 %
Nordrhein-Westfalen	4,8 %	4,6 %	6,3 %	25,0 %	30,6 %	28,8 %
Rheinland-Pfalz	3,6 %	4,4 %	5,0 %	31,4 %	31,4 %	24,1 %
Saarland	5,9 %	3,7 %	5,9 %	28,7 %	29,4 %	26,5 %
Sachsen	6,4 %	1,5 %	5,1 %	23,2 %	31,3 %	32,5 %
Sachsen-Anhalt	5,5 %	2,2 %	3,8 %	35,0 %	33,3 %	20,2 %
Schleswig-Holstein	3,2 %	3,2 %	6,7 %	29,6 %	32,5 %	24,8 %
Thüringen	4,2 %	3,6 %	5,4 %	27,4 %	30,4 %	29,2 %
gesamt	**4,6 %**	**3,8 %**	**6,8 %**	**25,7 %**	**30,5 %**	**28,6 %**

Die stärkste vollständige Zustimmung ist in Brandenburg mit 37,3 % zu verzeichnen (ungeachtet der 39,1 % von Teilnehmenden, die im Ausland studieren oder studiert haben – mit nur 23 Personen). Die kumulierte Zustimmung bewegt sich insgesamt aber mit nur geringen Schwankungen um den Durchschnittswert aller Bundesländer (inkl. Ausland) von 59,1 %.

Die stärkste Neutralität herrscht im Ausland und mit 35,0 % in Sachsen-Anhalt.

Die höchste vollständige Ablehnung ist in Nordrhein-Westfalen mit 4,6 % zu beobachten. Die kumulierte Ablehnung liegt mit dem höchsten Wert von 12,1 % in Bayern und Mecklenburg-Vorpommern nur leicht über dem Durchschnitt von 10,6 %.

***These 5 H** Studienort*



4.7 Verhältnis zur juristischen Ausbildung

These 5 H *Verhältnis zur juristischen Ausbildung*

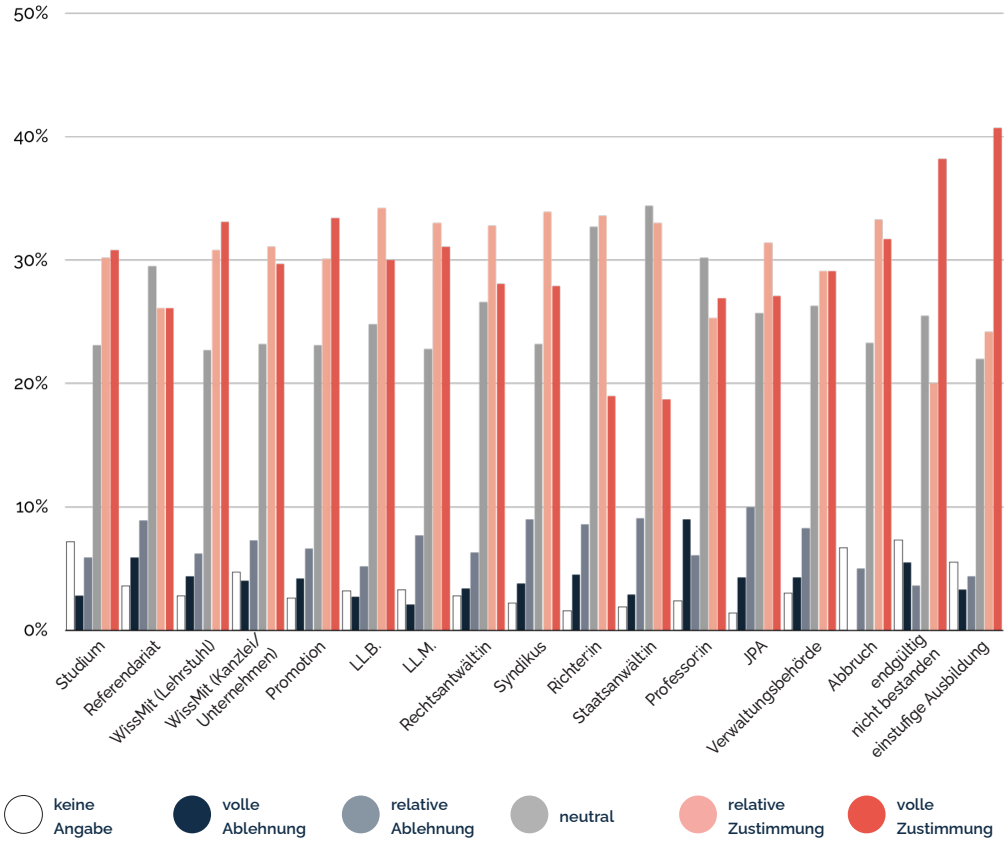
Beruf	keine Angabe	volle Ablehnung	relative Ablehnung	neutral	relative Zustimmung	volle Zustimmung
Studium	7,2 %	2,8 %	5,9 %	23,1 %	30,2 %	30,8 %
Referendariat	3,6 %	5,9 %	8,9 %	29,5 %	26,1 %	26,1 %
WissMit (Lehrstuhl)	2,8 %	4,4 %	6,2 %	22,7 %	30,8 %	33,1 %
WissMit (Kanzlei)	4,7 %	4,0 %	7,3 %	23,2 %	31,1 %	29,7 %
Promotion	2,6 %	4,2 %	6,6 %	23,1 %	30,1 %	33,4 %
LL.B.	3,2 %	2,7 %	5,2 %	24,8 %	34,2 %	30,0 %
LL.M.	3,3 %	2,1 %	7,7 %	22,8 %	33,0 %	31,1 %
Rechtsanwält:in	2,8 %	3,4 %	6,3 %	26,6 %	32,8 %	28,1 %
Syndikus	2,2 %	3,8 %	9,0 %	23,2 %	33,9 %	27,9 %
Richter:in	1,6 %	4,5 %	8,6 %	32,7 %	33,6 %	19,0 %
Staatsanwält:in	1,9 %	2,9 %	9,1 %	34,4 %	33,0 %	18,7 %
Professor:in	2,4 %	9,0 %	6,1 %	30,2 %	25,3 %	26,9 %
JPA	1,4 %	4,3 %	10,0 %	25,7 %	31,4 %	27,1 %
Verwaltungsbehörde	3,0 %	4,3 %	8,3 %	26,3 %	29,1 %	29,1 %
Abbruch	6,7 %	0,0 %	5,0 %	23,3 %	33,3 %	31,7 %
endgültig nicht bestanden	7,3 %	5,5 %	3,6 %	25,5 %	20,0 %	38,2 %
einstufige Ausbildung	5,5 %	3,3 %	4,4 %	22,0 %	24,2 %	40,7 %

Die vollständige Zustimmung hat ihren Höchstwert bei Promovierenden (33,4 %) sowie Personen, die die einstufige Ausbildung durchlaufen haben (40,7 %). Bei Betrachtung der kumulierten Zustimmung befinden sich zudem die Werte der Studienabbrecher:innen (56,6 %), Sydikusrechtsanwält:innen (61,8 %), Rechtsanwält:innen (60,9 %), Personen mit LL.B. und LL.M. (64,2 % bzw. 64,1 %) sowie Wissenschaftlichen Mitarbeitenden (in Kanzlei/Unternehmen sowie am Lehrstuhl) mit 60,8 % und 63,1 % im oberen Bereich. Die kumulierte Zustimmung hat darüber hinaus aber in allen Berufsgruppen Werte von über 50 %. Interessanterweise ist bei den Professor:innen, deren Einbindung die These betrifft, mit 52,2 % einen der geringsten Werte der kumulierten Zustimmung zu beobachten. Allerdings ist die Ablehnung hier auch gering und die Enthaltungsquote sehr hoch; d.h. im Kern ist auch diese Gruppe eher dafür.

Am stärksten neutral votierten die Staatsanwält:innen mit 34,4 %, die Richter:innen mit 32,7 %, die Professor:innen mit 30,2 % sowie die Referendar:innen mit 29,5 %.

Wiederum die Professor:innen weisen den Höchstwert der vollständigen Ablehnung mit 9,0 % auf, der sich deutlich vom Durchschnitt von 3,3 % abhebt. Dies trifft auch mit 15,1 % für die kumulierte Ablehnung zu, die auch unter Referendar:innen (14,8 %) und Mitarbeitenden in JPAs (14,3 %) im Vergleich zu den anderen Berufsgruppen hoch ist. Dennoch übersteigt die Zustimmungsquote die Ablehnung in allen Gruppen.

***These 5 H** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*



5. Ergebnis bzgl. Erwartungen

Unsere Erwartungen haben sich nicht bestätigt. Unter den Professor:innen gibt es nur eine knappe absolute Mehrheit für die Zustimmung zur These. Unter den Studierenden herrscht dagegen anders als angenommen eine breite Zustimmung. Auch die vermutete Skepsis unter den Praktiker:innen hat sich nicht bewahrheitet. Insbesondere bei Rechtsanwält:innen und Syndikusanwält:innen liegt die Zustimmung bei ca. 60 %. Lediglich bei Richter:innen und StA's ist die Zustimmungsquote jeweils etwas geringer. Doch auch hier überwiegt dies die neutrale oder ablehnende Haltung weit.

6 Reliabilität & Kritik

Die Studie erscheint auf den ersten Blick in sich stimmig und nachvollziehbar. Das zeigt sich bereits bei der meist hohen Stichprobe im Vergleich zu den (soweit ermittelbaren) Gesamtpopulationen, die unter dem Punkt „Demographie“ im vorigen Kapitel dargestellt sind.

Dabei dürfte die vergleichsweise geringe Prozentzahl an Rechtsanwält:innen mit 1,48 % von der Gesamtpopulation insoweit einer der Hauptfaktoren dafür sein, dass die Altersstruktur der Teilnehmenden sich stark von derjenigen der Gesamtbevölkerung unterscheidet.

In diesem Kapitel der Studie sollen die Probleme aufgezeigt werden, die beim Studiendesign (a) und bei der Durchführung (b) aufgetreten sind. Dabei sollen jeweils mögliche Einflüsse beleuchtet werden. Gleichsam wird versucht, anhand von vergleichbaren Studien (c) zu untersuchen, ob die Ergebnisse konsistent sind, mithin also reproduzierbar und damit verlässlich.

Das vorgenannte Beispiel der abweichenden Altersstruktur der Gesamtpopulation von den Teilnehmenden zeigt anhand einer einfachen und klaren Erklärung, dass die Reliabilität gegeben ist. Die Ergebnisse sind grundsätzlich auch für Rechtsanwält:innen kontrollierbar und in den jeweiligen Darstellungen auch auffindbar, sodass die augenscheinliche Überhand von bspw. Studierenden nur einen Einfluss auf das jeweilige Gesamtbild hat, nicht jedoch auf einzelne Ergebnisse.

1. Studiendesignprobleme

1.1 Blockeinteilung

Wie im Abschnitt zur Methodik oben beschrieben, wurde der Fragebogen in fünf Blöcke unterteilt, bzw. sechs, wenn die demographische Abfrage einbezogen wird.

Diese Unterteilung in Blöcke kann in einen Selektionsbias[1] münden, in dem nur solche Teilnehmende bis zum Schluss durchdringen, die mit besonderer Motivation teilnehmen. Dieser Effekt beruht auf der Tatsache, dass wir den ersten Block als „Die 16 meistdiskutierten Thesen!“ bezeichneten. Damit suggerierten wir eine gesteigerte Relevanz dieser Thesen im Gegensatz zu den nachfolgenden. So kann das Bild der nachfolgenden Thesen von diesen 16 abweichen.

Es ist versucht worden, dem entgegenzuwirken, indem die Thesen tatsächlich nicht als wichtiger, sondern nur – und das datenbasiert – als meistdiskutiert dargestellt wurden. Die Einteilung in Blöcke wurde indes vorgenommen, um Teilnehmenden zu ermöglichen, die Umfrage vorzeitig zu beenden und dennoch die Antworten auswertbar zu machen.

1.2 Pre-Tests

Im Rahmen der Pre-Tests bemühten wir uns, eine möglichst breite Streuung der Pre-Test-Teilnehmenden zu erreichen. Wie bereits in Kapitel 2 erwähnt, haben 18 Studierende, 12 Referendar:innen, 10 Wissenschaftlich Mitarbeitende/Dokotrand:innen, 12 sonstige (Studienabbrechende, Richter:innen, Praktiker:innen anderweitig), 9 Rechtsanwält:innen und 3 Professor:innen/Habilitierende teilgenommen.

Daraus ist deutlich ersichtlich, dass von 64 Teilnehmenden 28,1 % Studierende waren. Weitere 18,6 % waren Referendar:innen und 15,6 % Wissenschaftliche Mitarbeitende/ Doktorand:innen. Im Gegensatz dazu waren nur 14,1 % Rechtsanwält:innen und nur 4,7 % Professor:innen/Habilitierende.

Diese Zahlen sind aufgrund der jüngeren Altersstruktur (25-31 Jahre) der Gruppierung zwar durchaus nachvollziehbar, könnten aber Einfluss gehabt haben auf Aufbau und Struktur des Fragebogens.

1.3 These 5 C

Die These 5 C „Neue Inhalte nur bei Streichung von Bestehendem" ist keine literaturbasierte These. Dementsprechend erscheint sie auch nicht auf der iur.reform-Webseite unter den Reformoptionen und hat auch entsprechend keine Pro- oder Contraargumente.

Der Hintergrund für diesen Umstand war, dass die These als „Gegenthese" zu den Thesen eingefügt wurde, die neue Studieninhalte vorschlagen.

Da dies aber nicht ohne Weiteres ersichtlich gewesen ist, könnte es Einfluss auf die Abstimmung gehabt haben. Allerdings gab es keine Mitteilung oder Indikation, dass dies eine:r Teilnehmenden aufgefallen sei.

1.4 Universität nicht abgefragt

In den demographischen Angaben fragen wir nach einem Studienort, dies jedoch nur auf Bundeslandbasis und nicht auf Universitätsbasis.

Hintergrund dafür war, dass die grundsätzlichen Regelungen der Jurist:innenausbildung Ländersache sind und damit landeseinheitlich gesehen werden.

Diese Sichtweise klammert jedoch universitäre Freiheiten und individuelle Ausgestaltungen im Rahmen der gesetzlichen und in Verordnungen niedergelegten Leitlinien aus. Damit könnte ein veränderter Blickwinkel je nach Universitätshintergrund der Teilnehmenden nicht abgebildet sein.

1.5 Argumente der Webseite

Auf der Webseite ersichtlich und in Kapitel 2 bereits angesprochen ist, dass wir nicht für alle Thesen gleichmäßig viele literaturbasierte Argumente nennen konnten. Hintergrund ist, dass in der Literatur nicht für jede These ausreichend Pro- und Contraargumente genannt wurden.

Um dennoch eine ausbalancierte Sicht zu ermöglichen und jeder These 3 Pro- und 3 Contraargumente zuzuweisen, haben die Mitglieder des Vereins Argumente beigesteuert.

Dieser Umstand könnte Einfluss gehabt haben. Zwar waren diese Argumente daran ersichtlich, dass keine Quellenangabe existierte, jedoch machten wir dies nicht zu Beginn ersichtlich. Es ist möglich, dass einzelne Teilnehmende, die diesen Umstand bemerkten, die Abstimmung unterbrachen. Es gab allerdings keine Rückmeldung an uns, wonach dies jemanden beeinflusst hätte.

1.6 Wechsel der Likert-Skala

Der Fragebogen enthielt für jede Frage die Likert-Skala 1-5 (1 vollständige Ablehnung, 5 vollständige Zustimmung). Davon wurde bei der Abfrage der allgemeinen Zufriedenheit (1.a.) abgewichen. Dort bedeutete 1 vollständige Zustimmung und 5 vollständige Ablehnung.

Dies wurde zu Beginn des Fragebogens zwar deutlich gemacht, kann aber dennoch nicht unerheblichen Einfluss gehabt haben, falls eine teilnehmende Person sich nicht bei jeder These erneut die Skala angesehen hat.

1.7 Studienort – Mehrfachauswahl

Im Fragebogen bestand bei den demografischen Merkmalen zwar die Möglichkeit, einen Studienort auszuwählen (Bundesland, wie oben bereits angesprochen). Jedoch wurde es nicht ermöglicht, mehrere Studienorte zu wählen.

Dies beeinflusst solche Personen, die während des Studiums das Bundesland gewechselt haben. Es gibt zwar keine Statistik, die führt, wie häufig dies vorkommt, aber dieser Umstand ist jedenfalls nicht so selten, dass es keiner Erwähnung bedarf.

Im Ergebnis gehen wir allerdings davon aus, dass es keinen nennenswerten Einfluss auf die Ergebnisse hatte.

1.8 Demografie – sexuelle Ausrichtung und Migrationshintergrund

Bei den in Kapitel 2 dargestellten und im Folgenden auch einbezogenen demografischen Merkmalen wurde zwar das Geschlecht der Teilnehmenden abgefragt, aber auf die sexuelle Ausrichtung und auch Migrationshintergrund verzichtet.

Dies wäre von Interesse gewesen bei der Beantwortung der These 5.f. „Mehr Diversitätskompetenz“, da so eine weitere Betrachtung aus dem Blickwinkel typischerweise marginalisierter Gruppierungen möglich gewesen wäre.

1.9 Beschränkung der Argumente

Wir beschränkten die Argumentezahl für jede These bei der Darstellung auf der Webseite auf 3 Pro- und 3 Contraargumente. Da für manche Thesen deutlich mehr Argumente existieren, könnte hier unsererseits Einfluss auf die Meinungsbildung der Teilnehmenden genommen worden sein.

Dies versuchten wir zu verhindern, indem wir die vollständige Liste der Literatur zugänglich gemacht haben und auf der Webseite darauf hinwiesen. Besonders interessierte Teilnehmende sollten so die Möglichkeit haben, weitere Argumente zur Meinungsbildung zu bekommen.

Ein praktisches Problem mehr Argumente auf der Webseite aufzuführen, war auch, dass manche Thesen, wie oben erwähnt, nicht mehr als 1 oder 2 Pro- bzw. Contra-Argumente hatten, sodass es ein erhebliches Ungleichgewicht in der Thesendarstellung gegeben hätte.

1.10 Auswahl der Thesen und Formulierung

Wie in Kapitel 1 erwähnt, zeigten sich bei der Literaturauswertung mehr als 44 Thesen, nämlich ca. 60 Thesen zur Reform.

Diese Thesen wurden offensichtlich nicht vollständig in den Fragebogen aufgenommen. Hintergrund für diese Einschränkung war, dass die Mitglieder insbesondere Zweifel hatten, dass eine Abstimmung über 60 Thesen in einem machbaren zeitlichen Rahmen bleibt. Teilnehmende hätten ein Viertel mehr Zeit auf die Abstimmung verwenden müssen, wenn alle Thesen geblieben wären.

Dazu kam auch, dass manche der nicht mit aufgenommenen Thesen nur sehr vereinzelt vertreten wurden. Vor diesem Hintergrund wählten wir nur solche Thesen aus, die breitere Unterstützung erfuhren und tatsächlich wiederkehrend erwähnt wurden. Thesen, die nur ein einziges Mal im Diskurs erwähnt wurden und nicht breit diskutiert waren (mind. 2 verschiedene Personen), wurden nicht mit aufgenommen.

Dies kommunizierten wir nicht umfassend, da wir diese ausgelassenen Thesen nicht überbewerten wollten. Darüber hinaus könnte die Thesenformulierung problematisch sein. Es könnte ein Framing-Effekt stattgefunden haben. Die Thesen wurden zwar aus der Literatur destilliert, jedoch nicht in Fragebogenform dort vorformuliert. Es war entspre-

chend auch unsere Aufgabe, eine Formulierung zu finden, die einerseits möglichst wenig Einfluss, andererseits Klarheit bezüglich des Anliegens vermittelt. Dabei können Framing-Effekte entstanden sein. Beispielhaft genannt seien hier die Thesen Bundesweites Abschichten (1 J) und Freischuss (2 E):

Die These 1 J lautet: „In allen Bundesländern sollte das sog. Abschichten ermöglicht werden."

Die These 2 E lautet: „Die Freischussregelung sollte in allen Bundesländern abgeschafft werden."

Diese Thesen sind insoweit polarisierend, weil sie zwei für Studierende weitgehend positiv angesehene Regelungen und Möglichkeiten betreffen. Die negative Formulierung der These 2.e. im Kontrast zur These 1.j. ist zwar der zugrundeliegenden Literatur geschuldet, könnte aber selbstverständlich andersrum ebenfalls formuliert werden, wenn die Pro- und Contra-Argumente gewechselt werden.

Ein gewisser Framing-Effekt[2] ist nur selten vermeidbar. Diesem Umstand waren wir uns bewusst, sodass wir uns bemühten, möglichst neutrale Formulierungen zu finden und gleichzeitig bei Thesen, die nicht ohne Weiteres aus sich heraus zu erschließen waren, einen Hinweis zu formulieren, was genau gemeint ist. Diese Hinweise wiederum basierten vielfach auf den Pre-Tests und den dort gewonnenen Erkenntnissen – besonders dort, wo Unklarheiten bestehen.

Die Beschreibung selbst ist ebenfalls anfällig für Framing-Effekte, sodass ein Einfluss nicht ausgeschlossen werden kann.

Auch fehlen an manchen Stellen Hinweistexte. Beispielsweise ist in These 1.i. (Schwerpunkt abschaffen) nicht erläutert, was mit dem Schwerpunkt genau gemeint ist. Aktuelle Studierende und alle solche Teilnehmenden, die seit Einführung des Schwerpunktbereichsstudiums die Ausbildung durchlaufen sind, wissen zwar grundsätzlich, was gemeint ist. Ältere Teilnehmende jedoch wissen nicht zwingend, was genau der Schwerpunkt umfasst.

Auch inkonsequente Formulierungen können insoweit Einfluss haben. Wir haben uns bemüht, durchgängig konsequent zu formulieren, d.h. die Erste juristische Staatsprüfung als Bezeichnung für das umgangssprachlich so benannte „Erste Staatsexamen". Unterschiedliche Rezipienten verstehen jedoch auch Unterschiedliches. So ist bspw. nicht von vorneherein ersichtlich, ob das Schwerpunktbereichsstudium jeweils mitgemeint ist.

1.11 Demografie – Studierende

Im Rahmen der demografischen Angaben ist es möglich, auszuwählen, dass der:die Teilnehmende „Studierende:r" ist. Dabei waren sämtliche Studierende, also solche, die auf Staatsexamen studieren, aber auch LL.B.- und LL.M.-Studierende gemeint. Das führt dazu, dass wir keine Möglichkeit haben, hier zwischen den Gruppen zu differenzieren. Es fehlt also eine Variable.

1.12 Demografie – Examensabschluss

Bei den demografischen Merkmalen ist es nicht möglich gewesen, auszuwählen, wann das Examen gemacht wurde. So ist es nicht möglich, zu differenzieren, ob Teilnehmende, die bspw. vor Einführung des Schwerpunktbereichs studiert haben, grundsätzlich bspw. zufriedener sind/waren, als Teilnehmende, die nach diesem Zeitpunkt studiert haben.

1.13 Kreuztabellenauswertung – „Keine Angabe"

Zur Auswertung nutzten wir das Programm „SPSS". Um dies zu verwenden, wurden die Rohdaten aus der Exceldatei in SPSS übertragen, wobei leere Felder mit „0" ersetzt werden mussten. In manchen Tabellen wird diese „0" mit ausgewertet, d.h. bspw. bei einer Kreuzauswertung einer These mit dem demografischen Merkmal „Geschlecht" war die „0" sichtbar. Für andere Merkmale, insb. „Fachsemester" und „Notenstufen" werden diejenigen, die keine Angabe gemacht haben, nicht mit aufgeführt. Dieser Umstand ist im Wesentlichen

technischer Natur: Die Angabe war als „String“ gespeichert, also als reine Textangabe. Es musste entsprechend für eine maschinelle Auswertung eine Codierung erfolgen, die dazu führte, dass die Angabe „1-3“ eine 1 erhielt, die Angabe „4-7“ eine 2 usw. Das hat sämtliche „0“ entfernt und diese als Fehlvariablen aufgenommen. Durch eine dann erfolgte maschinell erstellte Kreuztabelle wurden diese Fehlvariablen nicht mit aufgenommen.

Unseres Erachtens ist dies indes ohne Einfluss auf das Ergebnis. Denn die Aussagekraft der Kreuztabelle „These XY – Notenstufe“ bezieht sich per se nur auf die Personen, die eine Angabe zur Notenstufe gemacht haben. Eine Beifügung der Fehlwert-Abstimmenden hätte keinen Mehrwert gehabt.

1.14 Stakeholder-Einfluss

Auch die Einbeziehung von verschiedenen Verbänden im Stakeholderprozess hat einen nicht aufzuzeichnenden Einfluss auf die Abstimmung. Grundsätzlich halten wir es für besser, eine breite Streuung an Personen einzubeziehen, um den Fragebogen klarer und besser zu strukturieren und aufzubauen, sodass der Einfluss in unseren Augen primär positiver Natur gewesen sein dürfte.

1.15 Gendering

Die Entscheidung für das Gendern der Personenattribute ist bewusst gefallen. Die Mitglieder haben sich mit Gründung für einen inklusiven Sprachgebrauch entschieden und diesen auch konsequent verfolgt. Damit sollte niemand ausgeschlossen werden, sondern der Kreis der Beteiligten vergrößert werden. Wo möglich, wurden neutrale Begriffe genutzt (bspw. Studierende).

Gleichwohl ist es möglich, dass es potenzielle Teilnehmende gab, die aufgrund dieses Umstandes von einer Teilnahme abgesehen haben. Wie groß diese Zahl ist, können wir nicht beziffern. Jedoch erhielten wir eine Reihe an Zuschriften, die explizit erwähnten, dass sie von einer Teilnahme absehen, da wir gendern.

Im Ergebnis dürfte von einer recht geringen tatsächlichen Zahl an verlorenen Teilnehmenden auszugehen sein, gleichwohl nicht so gering, dass es hier keiner Erwähnung bedarf.

2. Studiendurchführungsprobleme

2.1 Keine Shibboleth-Abfrage

Wie im Kapitel 2 erläutert, implementierten wir keine Shibboleth-Abfrage. Eine solche Abfrage sichert, dass jede Person nur einmal abstimmt und sich – je nach Ausgestaltung – auch legitimiert.

Wir hatten weder eine Legitimationsabfrage noch eine Verhinderung der Mehrfachabstimmung. Diesem Umstand waren wir uns bewusst. Hintergrund der Entscheidung, eine solche Abfrage nicht zu implementieren, war primär finanzieller Natur. Es war im Rahmen unserer Vereinsmittel nicht möglich, eine solche in der Regel nicht günstige technische Barriere zu verbauen. Darüber hinaus hätte es ggf. auch als Hindernis gewirkt, wenn erst eine Registrierung oder ein Log-In o.ä. nötig gewesen wäre, um Mehrfachantworten zu verhindern.

Wir gehen nicht davon aus, dass es viele Fälle von Mehrfachabstimmungen gab. In den Daten gab es keine offensichtlichen Hinweise darauf. Gleichwohl können wir solche nicht ausschließen.

2.2 Technische Schwierigkeiten/Darstellungen

Es gab bei der Durchführung der Abstimmung vereinzelt technische Schwierigkeiten. Einige Teilnehmende berichteten zwischenzeitlich von Darstellungsschwierigkeiten auf

bestimmten Endgeräten, die ein Absolvieren der Abstimmung nicht möglich machten. Insgesamt erreichten uns jedoch weniger als 20 Mitteilungen von Teilnehmenden, die Schwierigkeiten hatten.

Wir bemühten uns, solche Probleme möglichst sofort zu lösen, sodass ein eventueller Abstimmungswille noch vorhanden war und die Betroffenen diese erneut versuchen konnten.

Es ist nicht zu beziffern, welchen Einfluss diese Probleme hatten.

Darüber hinaus gab es auch aufgrund der Nutzung verschiedener Endgeräte weitere Schwierigkeiten in der Darstellung. Je nach Endgerät wurde die Abstimmung leicht unterschiedlich präsentiert. Mit Nutzung eines professionellen Anbieters versuchten wir bereits, derartige Darstellungsdifferenzen zu minimieren. Gleichwohl ist es nicht möglich, für jedes Endgerät eine identische Darstellung zu ermöglichen, sodass dies ein Einflussfaktor ist, der nicht zu verhindern war.

2.3 Reine Online-Abstimmung

Die Abstimmung war ausschließlich über das Internet abrufbar und nur digital zu bearbeiten. Das bedeutete, dass wir Teilnehmende, deren technischen Fähigkeiten diese Teilnahme nicht ermöglichten, nicht erreichten.

Uns erreichte eine Zuschrift, in der nach einer ausgedruckten Variante gefragt wurde. Ein ausgedruckter Fragebogen wurde daraufhin übersandt, jedoch nicht zurückgesendet.

Im Ergebnis dürfte dieser Umstand keinen großen Einfluss haben, da ein Querschnitt der Gesamtpopulationen auch so erreicht wird, nutzen doch inzwischen 79 % der 65-74-Jährigen in Deutschland das Internet.[3]

2.4 Bot-Abfrage erst nach ca. 7.000 Stimmen

Wie in Kapitel 2 erwähnt, erreichte uns, nachdem ca. 7000 Teilnehmende verzeichnet waren, eine Zuschrift, in der erläutert wurde, dass man einen Bot eingesetzt habe, um die Abstimmung zu beantworten. Dies sei problemlos möglich gewesen.

Eine kurze Analyse des bis dahin vorhandenen Datensatzes zeigte keine solche Anomalie (etwa: besonders auffällig unterschiedliche Abstimmungswerte bei ähnlichen Thesen; besonders auffällige Freitextantworten oder nicht zusammenpassende demografische Daten (bspw. 5 Jahre alt und Rechtsanwältin)).

Diese Nachricht stellte sich im Rahmen eines telefonischen Gesprächs mit dem Verfasser als (schlechter) Scherz heraus, zeigte aber dennoch eine nicht unerhebliche Lücke im Design und der Durchführung auf.

Sodann implementierten wir eine Bot-Abfrage am Schluss der Abstimmung. Diese wurde tatsächlich über die weiteren 4.842 Abstimmungen 39-mal falsch beantwortet, sodass diese Datensätze entfernt wurden und nicht ausgewertet wurden.

Es ist nicht auszuschließen, dass manche der 7.000 vorherigen Stimmen ebenfalls entfernt worden wären, beziffern lässt sich dies allerdings nicht.

2.5 Selektionsbias und Weiterleitung der E-Mails

Die bereits oben angesprochene Problematik rund um die Selektion der Teilnehmenden der Pre-Tests spiegelt sich auch in der Studiendurchführung. Die Mitglieder von iur. reform sind vergleichsweise recht jung, ihre Peer-Groups ebenfalls. Daraus resultiert, dass erste, persönliche Multiplikation der Studie durch Direktaufrufe zur Abstimmung unter eigenem Namen primär in der gleichen Altersgruppe Resonanz fanden.

Das genutzte Tool typeform ermöglichte Zwischenauswertungen. Eine solche Zwischenauswertung erfolgte ausführlich Ende März 2022. Dabei stellten wir fest, dass insbesondere die Gruppe der Rechtsanwält:innen, aber auch Staatsanwält:innen unterrepräsentiert waren. Es wurde der Beschluss gefasst, hier nochmal gezielter nachzufragen und zur Teil-

nahme aufzurufen. Mangels einer zeitlich aufgeschlüsselten Abstimmungsauswertung ist es nicht möglich, genau festzustellen, ob diese gezielten Aufrufe einen nennenswerten Effekt hatten.

Die in der demografischen Aufschlüsselung in Kapitel 3 genannten Zahlen zeigen jedoch, dass grundsätzlich ein nicht unerheblicher Anteil der Gesamtpopulationen erreicht worden ist. Unter Rechtsanwält:innen ist dieser Anteil am geringsten, sodass das Ziel der gezielten Ansprache eher nicht erreicht wurde.

Ein weiterer Problemkreis der Selektion bzw. der Ansprache ist auch das insbesondere bei Gerichten und Staatsanwaltschaften übliche Prozedere bei solchen Aufrufen zur Teilnahme. Die Anfragen sind an die allgemeinen Verwaltungspoststellen gerichtet. Üblicherweise sichten Verwaltungsdezernent:innen dieses Postfach und legen solche Anfragen der Leitung vor. Sollte diese entscheiden, dass die Anfrage nicht weitergeleitet wird, verläuft der Aufruf leer. Dies ist in einigen Behörden passiert, wie durch Nachfragen in Erfahrung gebracht werden konnte.

Eine umfassende Nachverfolgung der Anfragen ist indes nicht möglich. Gleichwohl zeigen die Populationszahlen für die Bundesländer (Studienorte), dass die erreichte Verteilung im Wesentlichen dem Anteil der Gesamtpopulation relativ entspricht.

2.6 Abstimmungsbeendigung

Die typeform-Daten zeigten bereits früh, dass die Abstimmung nicht von allen Personen beendet wird. Die größte Dropoff-Rate, also die Anzahl derjenigen, die die Abstimmung an einer bestimmten Stelle abgebrochen haben in Relation zu der Gesamtmenge derjenigen, die die Abstimmung überhaupt aufgerufen haben, war mit 53 % am höchsten direkt nach Aufruf, also bei der Landingpage. Von 42.926 Aufrufen blieben also noch 20.178 Personen übrig, die den ersten Block überhaupt ansahen.

Ein Erklärungsversuch für diesen hohen Abfall könnte sein, dass ein größerer Personenanteil die Abstimmung über soziale Medien aufrief und sich für später merkte, jedoch ggf. versehentlich oder absichtlich das Browserfenster schloss, um die Abstimmung später fortzusetzen und so erneut aufzurufen.

Im weiteren Verlauf gab es noch zur ersten „These“ (die allg. Abfrage der Zufriedenheit, 1.a.) einen höheren Abfall von 7 %, in absoluten Zahlen 1.437 Personen, ebenso zur These 1.b. (5 % oder 895 Personen) und zur These 1.c. (7 % oder 1.267 Personen). Von den dann verbleibenden 15.931 Personen verloren wir über alle weiteren Fragen hinweg noch insgesamt 4.087 Personen, sodass 11.844 Teilnehmende übrigblieben, von denen 2 bereits von vorneherein keinen Eingang in die Auswertung fanden, da diese nach Schluss der Abstimmung die Abstimmung absolviert hatten. Wie diesen Personen das möglich war, kann nicht aufgeklärt werden. Es steht zu vermuten, dass das Browserfenster noch geöffnet war und so die Webseite mit der Abstimmung noch aufgerufen war.

Es verbleibt von den ursprünglichen Aufrufen eine Abgaben-Quote von 27,6 %. Die Quote an Personen, denen die Abstimmung zugesendet wurde, ist nicht zu ermitteln, da nicht klar ist, wie viele Personen die Aufrufe tatsächlich wahrgenommen haben. Diese Quote dürfte vermutlich niedriger sein.

Die weltweit durchschnittliche Antwortrate bei Studien, d.h. die Anzahl der Personen, die die Abstimmung zugesendet bekamen und derjenigen, die sie nicht abgegeben haben, liegt bei ca. 30 %.[4]

Es war uns technisch nicht möglich, die abgebrochenen Abstimmungen mit in den Datenpool aufzunehmen. Wir haben entsprechend nur vollständige Datensätze.

3. Vergleichsstudien

In diesem Abschnitt werden wir die deskriptiven Ergebnisse unserer Studie mit Ergebnissen anderer Umfragen zum Reformbedarf der juristischen Ausbildung abgleichen. Dies dient der Erörterung der Vergleichbarkeit unserer Ergebnisse. So lässt sich im Vergleich

zu anderen Umfragen aufzeigen, dass sich Ähnlichkeiten oder gar vollständige Übereinstimmungen der Ergebnisse zeigen. Dies lässt Schlüsse auf eine Übertragbarkeit der Ergebnisse auch auf andere Gruppen von Befragten zu. Über diesen Abgleich im Sinne einer Metaanalyse nähern wir uns also der Repräsentativität unserer Studie an.

In einem ersten Schritt werden dabei die Umfragen dargestellt, die zur Überprüfung unserer Ergebnisse herangezogen wurden. Dabei wird jeweils beschrieben wie sich die Teilnehmenden der Umfrage zusammengesetzt haben und inwieweit sich dies mit den Teilnehmenden unserer Studie deckt.

In einem zweiten Schritt werden dann jeweils die Thesen unserer Abstimmung, die auch in anderen Vergleichsumfragen abgefragt wurden oder jedenfalls teilweise abgefragt wurden, behandelt. Dabei wird zum einen erörtert, inwieweit sich die jeweiligen Fragebogendesigns gleichen oder inwieweit sich hieraus relevante Unterschiede ergeben. Zudem werden die Ergebnisse der Vergleichsumfrage in Relation zu unseren Ergebnissen gesetzt und dadurch Schlüsse auf etwaige Repräsentanzen gezogen.

3.1 Einbezogene Vergleichsstudien

Folgende Vergleichsstudien haben wir herangezogen:

a) Absolvent:innenbefragungen des BRF aus den Jahren 2014, 2016, 2018 und 2020

Die Absolvent:innenbefragungen[5] des BRF (Bundesverband Rechtswissenschaftlicher Fachschaften e.V.) werden alle zwei Jahre im Zuge einer eigenen Studie ausgewertet. Dabei befragt der BRF über einen Online-Fragebogen, vermittelt über die Plattform Sosci-Survey, die Absolvent:innen der ersten juristischen Staatsprüfung im Hinblick auf verschiedene Fragestellungen. Die Befragungen finden im ganzen Bundesgebiet statt und erreichen stets alle juristischen Fakultäten, wenn auch in unterschiedlichem Umfang.[6] Die Gesamtzahl der Teilnehmenden schwankt zwischen 911 und 1608 Personen.[7]

Auch wenn die Studie sich explizit nur an Absolvent:innen richtet, die im Rahmen der iur. reform-Abstimmung nicht gezielt angesprochen beziehungsweise im Abstimmungsbogen als Antwortmöglichkeit ausgegeben wurden, können die Absolvent:innenbefragungen als Grundlage herangezogen werden. Denn im Zuge der iur.reform-Studie wurde auch die jeweilige Semesterzahl abgefragt. Unter der Prämisse, dass Personen ab dem 9. Semester kurz vor der ersten juristischen Staatsprüfung stehen oder diese bereits nebst Schwerpunkt abgeschlossen haben und noch nicht exmatrikuliert wurden, können die Ergebnisse der iur.reform-Studie mit denen der Absolvent:innenbefragungen abgeglichen werden. Dies auch deshalb, weil die Zahl der Langzeitstudierenden als gering einzustufen ist, sodass die Gefahr gering ist, dass Personen ab dem 9. Semester nicht kurz vor der ersten juristischen Staatsprüfung stehen beziehungsweise diese gerade nebst Schwerpunkt abgeschlossen haben. Gleiches gilt für das Szenario, dass Personen vor dem 9. Semester die erste juristische Staatsprüfung nebst Schwerpunkt abgeschlossen haben sollten.

Zudem können die Ergebnisse der iur.reform-Studie von Studierenden ab dem 9. Semester auch mit den Abstimmungsergebnissen von Studierenden vor dem 9. Semester abgeglichen werden, um zu sehen, ob es hier grundsätzliche Abweichungen gibt.

b) Abschlussbericht des BRF zur zweiten Umfrage zum psychischen Druck

Der Abschlussbericht des BRF[8] ist auf Grundlage seiner zweiten Umfrage zum psychischen Druck entstanden, wobei die erste Umfrage wegen Zweifeln an der Repräsentativität erneut durchgeführt werden musste.[9]

Sowohl der Abschlussbericht des BRF als auch die iur.reform-Studie untersuchen Studierende als Teilnehmende. In der Umfrage des BRF waren 100 % der 1178 Befragten Studierende. Die Mehrheit studierte im 1.-9. Fachsemester, mit dem höchsten Anteil im 3. Fachsemester (20 %). Die meisten Teilnehmenden befanden sich entweder noch im Grundstudium oder bereits in der Examensvorbereitung. Die Studie wurde in 40 Universitäten durchgeführt, aber es gab keine gleichmäßige Verteilung der Teilnehmenden.

In der iur.reform-Studie betrug der Anteil der Studierenden unter den Befragten ca. 40 %,

bei insgesamt 5.033 Teilnehmenden in dieser Gruppe. Die Mehrheit studierte im 2.-11. Fachsemester, mit dem höchsten Anteil im 4. Fachsemester (448 Personen). Die Teilnehmenden kamen aus allen Bundesländern und auch aus dem Ausland, wobei dieser Anteil mit 0,2 % (23) sehr gering ausfällt. Auch hier gab es keine gleichmäßige Verteilung der Teilnehmenden auf die Bundesländer.

Die beiden Studien können zwar nicht direkt in Bezug auf die Verteilung der Teilnehmenden über die einzelnen Universitäten verglichen werden. Es ist jedoch anzunehmen, dass die Streuung der Teilnehmenden vergleichbar ist. In beiden Studien verteilten sich die Teilnehmenden hauptsächlich über die ersten 9 Semester, mit dem höchsten Anteil im 3. bzw. 4. Semester. In der iur.reform Studie sind die Schwankungen in der Verteilung der Fachsemester geringer, was eine gleichmäßigere Verteilung der Aussagen zur Folge hat. Die Semesterverteilung unterscheidet sich also in beiden Studien relevant. Die iur.reform Studie umfasst insgesamt mehr Teilnehmende, jedoch sollte dieser Faktor bei der Bewertung der Ergebnisse nicht ausschlaggebend sein, da es sich in beiden Studien um einen ähnlichen Ansatz handelt.

Bei beiden Studien erfolgte die Verbreitung der Umfrage hauptsächlich online. Die iur.reform Studie nutzte dabei diverse Online-Kanäle, einschließlich jener, die auch durch den BRF genutzt wurden. Daher ist anzunehmen, dass beide Studien ähnliche Gruppen erreicht haben, wobei die iur.reform Studie eine größere Personenzahl erreichte.

c) Umfrage des DAV zum Reformbedarf der Jurist*Innenausbildung

Die Onlinebefragung zum Reformbedarf der Jurist*Innenausbildung[10] wurde 2020 vom Deutschen Anwaltverein e.V. und dem Bundesverband rechtswissenschaftlicher Fachschaften e.V. durchgeführt. Zu der Befragung eingeladen waren Jurastudierende, Referendar:innen und Volljurist:innen. Die Einladung erfolgte über Fachschaften, ELSA und den DAV. Insgesamt 977 Personen nahmen an der Befragung teil, darunter 264 Jurastudierende, 433 Referendar:innen und 280 Volljurist:innen, darunter primär Anwält:innen.

Der Vergleich mit der iur.reform-Studie in Bezug auf die Teilnehmendengruppen ist möglich, da die iur.reform Studie dieselben Kategorien umfasst, wobei für die Volljurist:innen die Syndikusanwält:innen und Rechtsanwält:innen addiert werden müssen.

d) Abschlussbericht des Regenburger Forschungsprojektes zur Examensbelastung bei Jurastudierenden – jurSTRESS Studie

Die jurSTRESS-Studie[11] bezieht sich in erster Linie auf die Untersuchung der Stressbelastung in der Studien- und Examenszeit. Dabei wurden verschiedene Variablen über Fragebögen abgefragt. Zusätzlich wurden Haarproben, Wangenabstriche, MRT-Untersuchungen sowie Speichelproben hinzugezogen, um u.a. die Ausschüttung von Hormonen zu messen.[12] Die Art und Weise der Datenerfassung unterscheidet sich also erheblich von der in der iur.reform-Studie.

Beide Studien haben Studierende ab dem 3. Semester als Teilnehmende einbezogen[13], wobei diese in der iur.reform-Studie als Teilgruppe der Studierenden extrahierbar sind. Es handelt sich demnach um einen gut vergleichbaren Teilnehmendenkreis.

Das Durchschnittsalter der Teilnehmenden der jurSTRESS-Studie beträgt 22 Jahre[14], das der Studierenden ab dem dritten Semester als Vergleichsgruppe der iur.reform-Studie ist 29 Jahre. In der jurSTRESS-Studie betrug der Anteil der weiblichen Teilnehmerinnen 75,2 %,[15] in der iur.reform-Studie 50,3 %. Diese demografischen Unterschiede können Auswirkungen auf den Vergleich haben.

e) Elisa Hoven: Befragung der Studierenden in Leipzig

Prof. Dr. Elisa Hoven, Strafrechtsprofessorin an der Universität Leipzig, hat ihre Studierenden zur Belastung im Studium befragt.[16] Weitere Informationen zur Kohorte und der Befragung sind nicht verfügbar. Überschneidungen zur iur.reform-Studie lassen sich mit Blick auf die dort auch abgefragte Gruppe der Studierenden unter den Teilnehmenden bilden.

f) Digital Study zur Digitalisierung in der juristischen Ausbildung

Die Digital Study als gemeinsames Projekt von LEX superior, dem Bundesverband rechtswissenschaftlicher Fachschaften, ELSA Deutschland und der LEGAL ®EVOLUTION und weiteren wurde 2019[17], 2020[18] und 2021[19] durchgeführt. Als Vergleichsstudien nutzen wir die Befragungen von 2019 und 2021.

2019 wurden Studierende, Referendar:innen und Fakultäten befragt.[20] Fakultäten waren nicht Untergruppe in der iur.reform-Studie, jedoch erfolgt der Vergleich im Rahmen einer Frage, die nicht an die Fakultäten gerichtet war, sodass dieser Umstand zu vernachlässigen ist. 2021 wurden zwar keine Fakultäten, aber neben Studierenden und Referendar:innen auch Rechtsanwält:innen sowie Unternehmensjurist:innen einbezogen.[21] Hier ist ein Vergleich möglich, da in der iur.reform-Studie dieselben Gruppen erfasst wurden.

Die Geschlechter-Verteilung der Teilnehmer:innen der Digital Study gestaltete sich 2021 wie folgt: männlich: 42 %, weiblich: 57 %, divers: 1 %,[22] was sich in etwa mit der Verteilung in der Vergleichsgruppe der iur.reform-Studie: männlich–48 %, weiblich: 51 %, divers: 0,3 % deckt.

3.2 Ergebnisabgleich

a) Studium emotional entlasten/stressfreier gestalten

Absolvent:innenbefragung des BRF von 2018[23] und 2020[24]

> Der BRF fragte auf einer Skala von 1 bis 10 danach, wie hoch die Studierenden den Prüfungsdruck, der mit der unmittelbaren Vorbereitung auf das erste Staatsexamen einhergeht, bewerten. Wir fragten allgemeiner nach der emotionalen Entlastung der Ausbildung. Somit zielt die Frage der BRF mehr auf einen spezifischen Aspekt im Vergleich zu unserer Frage.
>
> Im Ergebnis lag bei der Abfrage der BRF 2018 sowie 2020 nahezu vollständige Zustimmung vor (9,3 für Zustimmung = 98,8 %). Bei unserer Studie sprachen sich 84,6 % eher für emotionale Entlastung (wobei 70 % voll zustimmen) aus, 8,9 % sind neutral und 6,5 % sind eher dagegen. Somit lässt sich hier eine klare Tendenz im Hinblick auf Prüfungsdruck und emotionale Entlastung erkennen, wenngleich die Stärke der Zustimmung der Absolvent:innenbefragung des BRF doch deutlich abweicht.

JurStress-Vorstudie[25]

> In der JurStress-Vorstudie wurde nach der Belastung durch das Studium gefragt, um die Stressbelastung herauszufinden. Im Ergebnis fühlten sich etwa 50 % der Befragten durch das Studium belastet. Die Stressbelastung ist während des Studiums überdurchschnittlich im Vergleich zu anderen Kohorten; d. h. aber auch, dass dies für alle Studiengänge gilt. Während des Examens weisen 59 % bedenkliche Stressindikatoren auf, die jedoch nach dem Examen wieder auf ein normales Niveau fallen. Die Autor:innen der Studie weisen aber zugleich daraufhin, dass Stress zu verschiedenen Szenarien führen kann: kein Effekt, Resilienz, erhöhte Sensitivität. Eine Gruppe von Personen (24) überschritt die Messwerte auch im letzten Messzeitpunkt (an dem die Werte fallen sollten) und 8 Personen erhielten Messwerte, die auf Depressivität hindeuten (es wurde aber keine Diagnose gestellt).
>
> In unserer Studie sprachen sich 75,42 % für eine emotionale Entlastung aus. Somit ist bei uns eine wesentlich stärkere Tendenz ersichtlich. Die Vergleichbarkeit der Ergebnisse hält sich jedoch aufgrund der gänzlich anderen Untersuchungsmethode und der viel kleineren Kohorte in engen Grenzen.

b) Allgemeine Zufriedenheit

Im Hinblick auf unsere Abfrage zur allgemeinen Zufriedenheit stellten wir folgende Frage: „Ich bin mit dem universitären Teil der juristischen Ausbildung (inkl. Erste juristische Staatsprüfung) in ihrem gegenwärtigen Zustand zufrieden“. Zu dieser These fanden sich in drei Vergleichsstudien vergleichbare Fragestellungen. Im Abschlussbericht des BRF zur

zweiten Umfrage zum psychischen Druck im juristischen universitären Studium und in den Absolvent:innenbefragungen 2016 und 2018.

Abschlussbericht des BRF zur zweiten Umfrage zum psychischen Druck

In dem Bericht wurde die Gefühlslage und bezüglich des Faktors „psychischer Druck“ auch die Frage nach der Weiterempfehlung gestellt. Wir stellten die Frage nach der Zufriedenheit mit dem universitären Teil der juristischen Ausbildung anhand einer Skala von 1 bis 5. Es bestehen insoweit unterschiedliche Fragestellungen, die aber in eine ähnliche Richtung gehen. Im Hinblick auf die Ergebnisse des BRF ist zwischen Gefühlslage und Weiterempfehlung zu differenzieren. Die Studierenden antworteten wie folgt: 37 % eher schlechte Gefühlslage, 29 % neutral und 33 % eher gute Gefühlslage. Bzgl. Weiterempfehlung antworteten 70 % (eher -), 12 % (eher +) und 17 % neutral. In unserer Abfrage waren 58,6 % der Befragten eher unzufrieden, 23,5 % neutral und 17.5 % eher zufrieden.

Daraus lässt sich ableiten, dass der Abgleich bei der Gefühlslage wesentlich weniger eindeutig ist, da bei der BRF-Befragung jede Antwort ca. zu gleichen Teilen repräsentiert ist. Die Weiterempfehlung aufgrund des psychischen Drucks ist hingegen eindeutiger als bei der iur.reform-Abfrage. Damit sind insgesamt die Ergebnisse zwar unterschiedlich, aber es lässt sich eine Tendenz zur Unzufriedenheit ableiten.

Absolvent:innenbefragung 2016

Bei der Absolvent:innenbefragung 2016 wurde gefragt: „Wie zufrieden bist du mit Ablauf und Organisation des Jurastudiums?“. Diese Frage ist im Vergleich zur hiesigen spezifischer, da wir nur nach der allgemeinen Zufriedenheit fragten. Das Ergebnis der Befragung lag bei einem Durchschnittswert von 2,76 auf einer Skala von 1 bis 5; ca. 37,5 % waren eher unzufrieden. Bei uns waren 58,6 % (teilweise) unzufrieden, 23,5 % neutral und 17.5 % eher zufrieden. Im Abgleich ist bei der Absolvent:innenbefragung eine relative Neutralität mit leichter Tendenz zur Zufriedenheit festzustellen, während die hiesige Studie eine absolute Mehrheit an Unzufriedenen zeigt.

Absolvent:innenbefragung von 2018

Die Fragestellung der Befragung von 2018 glich sich mit der von 2016. Der Durchschnittswert lag bei 5,2 auf einer Skala von 1 bis 10; 53,8 % waren dagegen. Hier zeigt sich eine angleichende Tendenz.

c) Abschaffen des Schwerpunktes

BRF-Absolvent:innenbefragung von 2014[26]

Die BRF-Befragung fragte einerseits: „Ist der Schwerpunkt wichtig?“. Andererseits gab es auch ein Freitextfeld mit der Möglichkeit der Eintragung. Wir stellten die Frage: „Sollte der Schwerpunkt abgeschafft werden?“ und filterten zwischen allgemeinen Studierenden und hohen Semestern (ab dem 9.). Die Freitext-Antworten ließen sich nicht vergleichen. Allerdings steht die Wichtigkeit des Schwerpunktes und die Frage ob es abgeschafft werden soll, in einer gewissen Korrelation. Je unwichtiger er ist, desto eher kann er abgeschafft werden. Von einer Stimme zum Abschaffen sollte aber eher bei denen ausgegangen werden, die dem Schwerpunkt keine oder nur eine geringe Wichtigkeit beimessen.

Im Ergebnis hielten einerseits bei der BRF-Befragung 5,98 (auf einer Skala von 1 bis 10) den Schwerpunkt für wichtig; andererseits wünschen sich 12 Teilnehmende eine Abschaffung oder Verbesserung des Schwerpunktes. Bei uns lehnen 62,3 % der allgemeinen Studierenden die These ab und bei den hohen Semestern besteht eine ca. 60–70 % Ablehnung gegenüber der These. In der Tendenz ist die Ablehnung zunehmend mit höherem Semester. Somit gehen beide Ergebnisse in die gleiche Richtung unabhängig davon, ob man die Studierenden oder nur die höheren Semester betrachtet.

Absolvent:innenbefragung von 2016[27]

Bei der Befragung von 2016 ist die Fragestellung gleichgeblieben. Im Ergebnis hielten 34,8 % den Schwerpunkt für eher nicht wichtig und 44,2 % für wichtig. Zudem wurde 2016 die Frage gestellt, ob der Schwerpunkt abgeschafft werden sollte, wobei 75,18 % gegen die Abschaffung stimmten. Damit liegt die Rate bei der zweiten Frage der BRF-Befragung etwas höher als bei iur.reform, aber zeigt eine sehr ähnliche Richtung.

Absolvent:innenbefragung von 2018[28]

2018 waren 75,9 % gegen eine Abschaffung des Schwerpunkts – die Zahl ist damit leicht gestiegen und liegt auch um etwa 10 % höher als bei unserer Abfrage hinsichtlich der allgemeinen Studierenden, ist aber ähnlich hoch wie bei den Studierenden im 9. Semester oder höher in der iur.reform Auswertung.

Absolvent:innenbefragung von 2020[29]

Auch 2020 war der Wert bezüglich der Frage nach der Abschaffung des Schwerpunkts bei 76 % der Stimmen dagegen konstant hoch in ungefährer Übereinstimmung mit den Vorjahren und leichter Steigerung. Damit zeigt sich, dass die Werte bezüglich der Frage der Abschaffung des Schwerpunkts bei den Absolvent:innenbefragung der BRF sowie bei der iur.reform-Studie konstant von 65-75 % Teilnehmerinnen eine eher ablehnende Haltung zeigen.

d) Ausbau des universitären Repetitoriums

Absolvent:innenbefragung von 2014

Im Jahr 2014 stellte die BRF die Frage: „Die Universität hat mich gut auf das Examen vorbereitet“. Dort konnte auf einer Skala von 1 bis 10 geantwortet werden und es gab zudem Freitextantworten. Wir fragten nach der Zustimmung zum Ausbau des universitären Repetitoriums.

2014 lag der Durchschnitt der Antwort auf die Frage danach, wie gut die Universität auf das Examen vorbereitet bei 4,39. In der Befragung von iur.reform stimmen 86,1 % der Studierenden und ca. 84-88 % der höheren Semester der Frage nach dem Ausbau des universitären Repetitoriums zu. Eine unmittelbare Vergleichbarkeit ist aufgrund der unterschiedlichen Fragestellung nicht gegeben, gleichwohl zeigt die BRF-Befragung eine leichte Tendenz dazu, dass die Universität nicht gut aufs Examen vorbereitete. Unsere Befragung hingegen zeigte eine sehr hohe Zustimmung zum Ausbau des universitären Repetitoriums.

Absolvent:innenbefragung von 2016

2016 wurden die folgenden Fragen hinzugefügt: „Sollte die Uni mehr auf das Examen vorbereiten bzw. Studium von Anfang an enger an den Voraussetzungen des Examens?“ und „Was hat dir am Repetitorium nicht gefallen?“ Bei dieser Frage stand vor allem die Materialen, die Didaktik und die Schwerpunktsetzung im Vordergrund.

2016 lag der Wert bei 2,55 auf der Skala von 1-10 und nähert sich damit bereits sehr deutlich unseren Ergebnissen an. Auf die Frage, ob die Uni mehr auf das Examen vorbereiten bzw. das Studium von Anfang an enger an den Voraussetzungen des Examens anpassen, antworteten 2016 positiv mit 79,37 %. Die starke Verschiebung des Wertes von 4,39 auf 2,55 deutet darauf hin, dass die weiteren Fragen starken Einfluss hatten. Auch zeigt die hohe Zustimmung zur früheren Anpassung an Examensvoraussetzungen eine ähnlich starke Tendenz wie unsere Befragung.

Absolvent:innenbefragung von 2018

2018 lag der Wert bei 4,5 auf der Skala von 1-10. Über die erneute Rückverschiebung zur Neutralität kann nur spekuliert werden; entsprechend verringert sich auch wieder die Vergleichbarkeit zur iur.reform-Studie.

Umfrage des DAV[30]

Die Fragestellung des DAV trennte zwischen universitärem Repetitorium und kommerziellem Repetitorium: „Wie bewertest du das universitäre Repetitorium im Hinblick auf seinen Nutzen für die Vorbereitung auf die staatliche Pflichtfachprüfung im Rahmen der Ersten Juristischen Prüfung?“ und „Wie bewertest du das kommerzielle Repetitorium im Hinblick auf seinen Nutzen für die Vorbereitung auf die staatliche Pflichtfachprüfung im Rahmen der Ersten Juristischen Prüfung?“ (Hervorhebungen jeweils durch uns). Wir fragten nach der Zustimmung zum Ausbau des universitären Repetitoriums. Im Abgleich unterscheiden sich die Fragen zwar, da wir positiv nach der Zustimmung zum Ausbau fragten und das kommerzielle Repetitorium nicht erwähnten. Allerdings kann von einer schlechten Bewertung des universitären Repetitoriums bei der DAV-Befragung auf eine Tendenz zum Ausbau desselben geschlossen werden.

Im Ergebnis bewerten bei der DAV-Befragung Studierende das universitäre Repetitorium deutlich besser als Referendar:innen und Anwält:innen, die es ca. gleich bewerten. Personen, die ein kommerzielles und ein universitäres Repetitorium besucht haben, bewerten das universitäre deutlich schlechter. Bei uns stimmten 86,1 % der Studierenden, 91, 4 % der Referendar:innen: und 85,5 % der Anwält:innen der Frage nach dem Ausbau zu.

Zwar lässt sich bei der hiesigen Studie nicht ohne Weiteres sagen, dass die Ergebnisse eindeutig eine Unzufriedenheit mit dem universitären Repetitorium zeigen; die Fragestellung war nur positiv formuliert nach einem Ausbau desselben, gleichwohl dürfte spiegelbildlich eine gewisse Unzufriedenheit vorliegen, wenn derart hohe Zustimmungswerte für den Ausbau erreicht werden. Das wiederum deckt sich dann nur begrenzt mit der DAV-Befragung.

e) Grundlagenfächer stärken

Absolvent:innenbefragung 2014, 2016, 2018, 2020

Die Absolvent:innenbefragung fragte: Wie wichtig sind Grundlagenfächer? Wir fragten nach der Stärkung der Grundlagenfächer. Im Abgleich zeigt sich zwar die Unterschiedlichkeit der Fragestellungen, dennoch lässt sich aus einer geringeren Bedeutung auch ableiten, dass die Grundlagenfächer nicht gestärkt werden sollten. Im Ergebnis lag der Wert 2014 bei 4,65 (auf einer Skala von 1 bis 10), 2016 bei 3,04, 2018 bei 5,3 und 2020 bei 5,6. Bei unserer Abfrage erreichte die Frage nach der Stärkung der Grundlagenfächer 29,2 % Zustimmung bei den Studierenden und bei den höheren Semestern ca. 30-35 %. Im Abgleich wird bei der iur.reform Befragung den Grundlagenfächern eine höhere Wertigkeit beigemessen, aber in der Tendenz ist insgesamt eine Geringschätzung der Grundlagenfächer zu beobachten.

f) Auslandsaufenthalte

Absolvent:innenbefragung 2014, 2016, 2018, 2020

Der BRF fragte: Wie wichtig sind Auslandsaufenthalte? Wir stellten die These: Verpflichtende Auslandsaufenthalte einführen. Die Fragestellungen divergieren demnach im Hinblick auf die Verpflichtung und die Frage nach Wichtigkeit; dennoch gehen beide Fragen in dieselbe Richtung, indem sie nach dem Auslandsaufenthalt fragen. Bei der BRF lag das Ergebnis 2014 bei 4,51 (auf einer Skala von 1 bis 10), 2016 bei 2,87, 2018 war 41,6 % der Aufenthalt nicht wichtig, 2018 41 %, 2020 waren es 47,9 %. Bei uns waren nur 23 % der Studierenden und ca. 16-25 % der höheren Semester für einen verpflichtenden Auslandsaufenthalt.

Im Abgleich zeigt sich, dass die Ablehnung bei uns in der Tendenz höher ist, aber beide Ergebnisse in die gleiche Richtung gehen und zwar in Form einer eher negativen Einstellung gegenüber Auslandsaufenthalten.

g) Leistung im Studium in die Endnote

Absolvent:innenbefragung 2016, 2018, 2020

Die Absolvent:innenbefragung fragte: Auch während des Jurastudiums müssen schon Leistungen in die Endnote einfließen können, so dass es nicht am Ende „nur" auf das Examen ankommt. Wir stellten die These zur Abstimmung, dass während des Studiums erbrachte Prüfungsleistungen in die Gesamtnote miteinfließen sollen. Beide stellen somit fast die identisch formulierte Frage. Im Ergebnis sprachen sich 2016 71,2 %, 2018 68 % und 2020 65 % dafür aus. Bei uns sprachen sich 55,8 % der Studierenden und ca. 60-60 % der höheren Semester dafür aus.

Im Abgleich ist die Zahl bei der BRF Befragung höher, allerdings gehen beide Ergebnisse in eine ähnliche Richtung.

h) Integrierter Bachelor

Absolvent:innenbefragung 2016, 2018, 2020

Die Absolvent:innenbefragung fragte: Sollte es einen Zwischenabschluss wie den Bachelor of Laws geben? Wir fragten, ob in die aktuelle juristische, universitäre Ausbildung ein Bachelor-Abschluss integriert werden sollte, der zusätzlich oder alternativ zum Staatsexamen durch die Universitäten verliehen wird. Die Fragen sind jedenfalls von ihrer Zielrichtung ähnlich formuliert, sodass sie genug vergleichbar sind. Bei der BRF stimmten 2016 67,89 %, 2018 82,1 % und 2020 83 % dafür. Bei uns sprachen sich 86, 4 % der Studierenden und ca. 66 bis 82 % der höheren Semester dafür aus. Das Ergebnis ist bei uns bei den jüngeren Semestern etwas ausgeprägter, dafür aber ähnlich bei den höheren Semestern.

i) Änderung des Notenstufensystems

Absolvent:innenbefragung 2016, 2018, 2020

Die Absolvent:innenbefragung fragte: Sollte das übliche Notensystem anstelle des Jura-Notensystems treten? Wir fragten danach, ob es eine Veränderung des Notenstufensystems geben sollte. Die BRF fragte somit enger als wir. Daher kann es deutlichere Unterschiede geben, die aber im Endeffekt weniger Bedeutung haben könnten, da die meisten Befragten die klassische Notenskala von 1 bis 6 im Kopf haben könnten.

2016 waren 51,2 % gegen eine Änderung, 2018 53 % und 2020 49,9 %. Bei uns waren 61, 9 % der Studierenden für eine Änderung und bei den höheren Semestern ca. 32 bis 59 %. Im Ergebnis gibt es bei uns einen ausgeprägteren entgegengesetzten Trend bei jüngeren Studierenden (für Zustimmung), aber eine ähnliche Richtung bei höheren Semestern gegen eine Veränderung.

j) Laufbahnorientierung während der Ausbildung

Absolvent:innenbefragung 2018, 2020

Die BRF fragte: Findest du die Ausbildung zum Einheitsjuristen bis zum 2. Examen sinnvoll (also parallele Ausbildung in allen drei Rechtsgebiete)? Wir stellten folgende These zur Abstimmung: Das Bild der Einheitsjurist:innen (Befähigung zum Richteramt als Voraussetzung für alle staatlich regulierten jur. Berufe) sollte aufgegeben und stattdessen eine Laufbahnorientierung während der Ausbildung ermöglicht werden. Im Abgleich geht es bei der BRF Befragung mehr um die Rechtsgebiete, während es bei uns um die Berufswahl geht.

Im Ergebnis sprachen sich 2018 61,3 % und 2020 77 % für den Einheitsjuristen aus. Die Ergebnisse unserer Studie zeigen, dass sich 41,3 % für die Umstellung auf eine Laufbahnorientierte Ausbildung aussprechen. 38,5 % der Befragten sprechen sich ausdrücklich dagegen aus und 17,1 % sind neutral. Die Zustimmung von denjenigen in Ausbildung ist dabei besonders hoch. 54,2 % der Personen in Ausbildung sprechen sich für eine Umstellung auf eine laufbahnorientierte Ausbildung aus,

während Praktiker:innen nur zu 35,7 % zustimmen und Ausbildende (Professor:innen und Mitarbeiter:innen in JPA's) nur zu 18,9 % zustimmen.

Umfrage des DAV

Der DAV fragte: Würde die Jurist*innenausbildung von einer Möglichkeit zur frühen Spezialisierung auf den angestrebten Beruf profitieren? Wir stellten folgende These zur Abstimmung: Das Bild der Einheitsjurist:innen (Befähigung zum Richteramt als Voraussetzung für alle staatlich regulierten jur. Berufe) sollte aufgegeben und stattdessen eine Laufbahnorientierung während der Ausbildung ermöglicht werden. Die Fragen sind grundsätzlich unterschiedlich, im Kern geht es jedoch um das gleiche: Laufbahnorientierung während der Ausbildung.

Im Ergebnis beantworteten bei der DAV Umfrage 60 % der Studierenden, 51 % der Referendar:innen und 59 % der Anwält:innen die Fragte positiv. Bei uns

Waren 46, 7 % der Studierenden, 45,5 % der Referendar:innen und 42,5 % der Anwält:innen für die Abschaffung. In der Tendenz gibt es eine allgemeine Zustimmung, aber nicht in der Ausprägung bei den einzelnen Berufsgruppen.

k) Hilfsmittel im Examen – Computer zum Schreiben

Absolvent:innenbefragung 2020

Die Absolvent:innenbefragung fragte: Für wie sinnvoll hältst du die Einführung eines E-Examens, bei dem die schriftlichen Prüfungen des 1. Staatsexamens an einem Computer geschrieben werden? Wir stellten die These zur Abstimmung: Das „E-Examen" sollte in allen Bundesländern eingeführt werden. Im Abgleich sind beide Fragen identisch, wobei bei der Absolvent:innenbefragung der Fokus auf das erste Examen besteht, wohingegen es bei uns offen formuliert ist. Allerdings werden Studierende die Frage auch bei uns eher auf das 1. Examen beziehen.

Im Ergebnis stimmten bei der Absolvent:innenbefragung 56 % dafür. Bei uns stimmten 70,7 % der Studierenden und zwischen 64 und 78 % der höheren Semester dafür. Somit sind beide Befragungen positiv für eine Einführung des E-Examens, bei uns gibt es allerdings eine stärkere Tendenz.

l) Der einheitliche Studienkatalog sollte um Inhalte ergänzt werden – Mediation

Umfrage des DAV

Der DAV fragte danach, welche Kenntnisse und Fähigkeiten im Rahmen der Jurist*innenausbildung stärker vermittelt und gefördert werden sollten. Eine Antwortmöglichkeit war dabei Mediation. Wir stellten die These zu Abstimmung: Mediation und sonstige außergerichtliche Streitbeilegung sollte Bestandteil des Studiums werden. Beide Fragen gehen dabei in die gleiche Richtung, wobei die Bezeichnung „Bestandteil" eher spezifisch und „vermitteln" und „fördern" eher allgemein gehalten sind. Im Ergebnis sprachen sich 73 % eher für eine stärkere Vermittlung ein. Bei uns stimmten 54,33 % der These zu.

Damit zeigt sich, dass sich im Rahmen der DAV-Umfrage wesentlich mehr der Befragten für die Stärkung der Mediation in der Ausbildung aussprechen, als bei uns. Jedoch lässt sich die Tendenz für eine stärkere Integration der Mediation in die juristische Ausbildung durch beide Umfragen bestätigen.

m) Bundesweites Abschichten

Umfrage des DAV

Der DAV fragte: Sollte die Möglichkeit des Abschichtens bundesweit bestehen? Wir stellten die These zur Abstimmung auf: In allen Bundesländern sollte das sog. Abschichten ermöglicht werden. Beide Fragen sind ihrem Inhalt nach identisch. Beim DAV sprachen sich 88 % dafür aus, bei uns 82,6 %. Somit zeigt sich hier bei beiden Befragungen ein klar positives Bild für die Möglichkeit des Abschichtens.

3.3 Ergebnis

Insgesamt zeigt sich, dass die unterschiedlichen Studien oft sehr unterschiedliche Fragestellungen hatten und deshalb eine direkte Vergleichbarkeit nicht möglich ist. Tendenzen zeigen sich jedoch und diese gehen meist zumindest in ähnliche Richtungen wie die hier dargestellten Ergebnisse.

---

[1] Zur Definition siehe bspw. https://www.emf-portal.org/de/glossary/1475.

[2] Der Duden definiert „Framing" als „durch Medienproduzent oder -konsument erfolgende Einbettung eines Themas in einen subjektiven Deutungsrahmen".

[3] Destatis, 2022; abrufbar unter: ***https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Einkommen-Konsum-Lebensbedingungen/_Grafik/_Interaktiv/it-nutzung-alter.html.***

[4] Vgl. Lindemann, „What's the average survey response rate? [2021 benchmark]", abrufbar unter ***https://pointerpro.com/blog/average-survey-response-rate/***.

[5] BRF/Borchers, Abschlussbericht Absolventenbefragung 2014, abrufbar unter ***http://bundesfachschaft.de/wp-content/uploads/2014/07/Ergebnisbericht-Absovlentenbefragung-BRF-e.V.pdf***; BRF/Borchers, Abschlussbericht Absolventenbefragung 2016, abrufbar unter ***http://bundesfachschaft.de/wp-content/uploads/2013/10/Abschlussbericht-zur-zweiten-Absolventenbefragung.pdf***; BRF/Brinkmann, Borchers, Drosten u.a., Abschlussbericht Absolventenbefragung 2018, abrufbar unter ***https://bundesfachschaft.de/wp-content/uploads/2019/07/Abschlussbericht_Dritte-Absolventenbefragung-des-BRF.pdf***; BRF/Stichnothe, Schmidt, Luceri u.a., Abschlussbericht Absolvent:innenbefragung 2020, abrufbar unter ***https://bundesfachschaft.de/wp-content/uploads/2021/07/Abschlussbericht_Vierte-Absolventinnenbefragung-des-BRF-e.V._final_2.0.pdf*** [alle zuletzt abgerufen am 08.02.2023].

[6] BRF/Borchers, Abschlussbericht Absolventenbefragung 2014, S. 6 f., abrufbar unter ***http://bundesfachschaft.de/wp-content/uploads/2014/07/Ergebnisbericht-Absovlentenbefragung-BRF-e.V.pdf***; BRF/Borchers, Abschlussbericht Absolventenbefragung 2016, S. 9, abrufbar unter ***http://bundesfachschaft.de/wp-content/uploads/2013/10/Abschlussbericht-zur-zweiten-Absolventenbefragung.pdf***; BRF/Brinkmann, Borchers, Drosten u.a., Abschlussbericht Absolventenbefragung 2018, S. 7, abrufbar unter ***https://bundesfachschaft.de/wp-content/uploads/2019/07/Abschlussbericht_Dritte-Absolventenbefragung-des-BRF.pdf***; BRF/Stichnothe, Schmidt, Luceri u.a., Abschlussbericht Absolvent:innenbefragung 2020, S. 8, abrufbar unter ***https://bundesfachschaft.de/wp-content/uploads/2021/07/Abschlussbericht_Vierte-Absolventinnenbefragung-des-BRF-e.V._final_2.0.pdf*** [alle zuletzt abgerufen am 08.02.2023].

[7] BRF/Borchers, Abschlussbericht Absolventenbefragung 2014, S. 5., abrufbar unter ***http://bundesfachschaft.de/wp-content/uploads/2014/07/Ergebnisbericht-Absovlentenbefragung-BRF-e.V.pdf***; BRF/Borchers, Abschlussbericht Absolventenbefragung 2016, S. 7, abrufbar unter ***http://bundesfachschaft.de/wp-content/uploads/2013/10/Abschlussbericht-zur-zweiten-Absolventenbefragung.pdf***; BRF/Brinkmann, Borchers, Drosten u.a., Abschlussbericht Absolventenbefragung 2018, S. 4, abrufbar unter ***https://bundesfachschaft.de/wp-content/uploads/2019/07/Abschlussbericht_Dritte-Absolventenbefragung-des-BRF.pdf***; BRF/Stichnothe, Schmidt, Luceri u.a., Abschlussbericht Absolvent:innenbefragung 2020, S. 5, abrufbar unter ***https://bundesfachschaft.de/wp-content/uploads/2021/07/Abschlussbericht_Vierte-Absolventinnenbefragung-des-BRF-e.V._final_2.0.pdf*** [alle zuletzt abgerufen am 08.02.2023].

[8] BRF, Abschlussbericht zur zweiten Umfrage zum psychischen Druck, 2022, S. 6, abrufbar unter ***https://bundesfachschaft.de/wp-content/uploads/2022/02/Abschlussbericht_Umfrage_psychischer_Druck_final.***

pdf [zuletzt abgerufen am 08.02.2023].

[9] vgl. BRF, Abschlussbericht – AK Studium und Lehre I, 2022, S. 7, abrufbar unter ***https://bundesfachschaft.de/wp-content/uploads/2022/02/Abschlussbericht-AK-Studium-und-Lehre.pdf*** [zuletzt abgerufen am 08.02.2023].

[10] DAV, Reformbedarf der Jurist*Innenausbildung, 2020, abrufbar unter ***https://anwaltverein.de/files/anwaltverein.de/downloads/veranstaltungen/forum-juristenausbildung/2020-dav-juristenausbildung-bericht-final-neu.pdf*** [zuletzt abgerufen am 08.02.2023].

[11] Wüst/Giglberger/Peter, Abschlussbericht des Regenburger Forschungsprojektes zur Examensbelastung bei Jurastudierenden – jurSTRESS, abrufbar unter ***https://www.uni-regensburg.de/assets/humanwissenschaften/psychologie-kudielka/JurSTRESS_Abschlussbericht.pdf*** [zuletzt abgerufen am 08.02.2023].

[12] Wüst/Giglberger/Peter, Abschlussbericht des Regenburger Forschungsprojektes zur Examensbelastung bei Jurastudierenden – jurSTRESS, S. 8 f., abrufbar unter ***https://www.uni-regensburg.de/assets/humanwissenschaften/psychologie-kudielka/JurSTRESS_Abschlussbericht.pdf*** [zuletzt abgerufen am 08.02.2023].

[13] Wüst/Giglberger/Peter, Abschlussbericht des Regenburger Forschungsprojektes zur Examensbelastung bei Jurastudierenden – jurSTRESS, S. 7, abrufbar unter ***https://www.uni-regensburg.de/assets/humanwissenschaften/psychologie-kudielka/JurSTRESS_Abschlussbericht.pdf*** [zuletzt abgerufen am 08.02.2023].

[14] Wüst/Giglberger/Peter, Abschlussbericht des Regenburger Forschungsprojektes zur Examensbelastung bei Jurastudierenden – jurSTRESS, S. 10, abrufbar unter ***https://www.uni-regensburg.de/assets/humanwissenschaften/psychologie-kudielka/JurSTRESS_Abschlussbericht.pdf*** [zuletzt abgerufen am 08.02.2023].

[15] Wüst/Giglberger/Peter, Abschlussbericht des Regenburger Forschungsprojektes zur Examensbelastung bei Jurastudierenden – jurSTRESS, S. 10, abrufbar unter ***https://www.uni-regensburg.de/assets/humanwissenschaften/psychologie-kudielka/JurSTRESS_Abschlussbericht.pdf*** [zuletzt abgerufen am 08.02.2023].

[16] SWR, DIE JUSTIZREPORTER*INNEN, Das Jurastudium – Was muss sich ändern?, abrufbar unter ***https://www.swr.de/justizreporterinnen/das-jurastudium-was-muss-sich-aendern-100.html*** [zuletzt abgerufen am 08.02.2023].

[17] Lühr/Spektor, Digital Study, abrufbar unter ***https://digital-study.de/wp-content/uploads/2020/05/Digital-Study-eMagazin-2020-03.pdf*** [zuletzt abgerufen am 08.02.2023].

[18] Lühr/Spektor, Digital Study, abrufbar unter ***https://digital-study.de/wp-content/uploads/2021/02/Digital-Study-eMagazin-2021-01.pdf*** [zuletzt abgerufen am 08.02.2023].

[19] Lühr/Spektor, Digital Study, abrufbar unter ***https://digital-study.de/wp-content/uploads/2022/01/Digital-Study-Magazin-2022-01-Digitale-Ausgabe.pdf*** [zuletzt abgerufen am 08.02.2023].

[20] Digital Study 2019, ***https://digital-study.de/ds2019/*** [zuletzt abgerufen am 08.02.2023].

[21] ***https://digital-study.de/ds2021/*** [zuletzt abgerufen am 08.02.2023].

[22] Digital Study 2021, Lühr/Spektor, Digital Study, S. 15, abrufbar unter ***https://digital-study.de/wp-content/uploads/2022/01/Digital-Study-Magazin-2022-01-Digitale-Ausgabe.pdf*** [zuletzt abgerufen am 08.02.2023].

[23] ***https://bundesfachschaft.de/wp-content/uploads/2019/07/Abschlussbericht_Dritte-Absolventenbefragung-des-BRF.pdf***

[24] ***https://bundesfachschaft.de/wp-content/uploads/2021/07/Abschlussbericht_Vierte-Absolventinnenbefragung-des-BRF-e.V._final_2.0.pdf***

[25] ***https://www.uni-regensburg.de/assets/humanwissenschaften/psychologie-kudielka/JurSTRESS_Abschlussbericht.pdf***

[26] ***https://bundesfachschaft.de/wp-content/uploads/2014/07/Ergebnisbericht-Absovlentenbefragung-BRF-e.V.pdf***

[27] ***https://bundesfachschaft.de/wp-content/uploads/2013/10/Abschlussbericht-zur-zweiten-Absolventenbefragung.pdf***

[28] ***https://bundesfachschaft.de/wp-content/uploads/2019/07/Abschlussbericht_Dritte-Absolventenbefragung-des-BRF.pdf***

[29] ***https://bundesfachschaft.de/wp-content/uploads/2021/07/Abschlussbericht_Vierte-Absolventinnenbefragung-des-BRF-e.V._final_2.0.pdf***

[30] ***https://anwaltverein.de/files/anwaltverein.de/downloads/veranstaltungen/forum-juristenausbildung/2020-dav-juristenausbildung-bericht-final-neu.pdf***

7 Sofortprogramm

1. Einleitung

Dieses Dokument ist Produkt der von iur.reform durchgeführten, abgefassten und veröffentlichten Studienergebnisse der Kapitel 1 bis 4. Die hier vorgestellten „Sofortprogramm"-Thesen sind diesen Ergebnissen entnommen, alle Zahlen und Daten entstammen ebenso diesen Ergebnissen. Für weitere Referenzen sollten also die Ergebnisse selbst konsultiert werden, auf die jeweilige Seite ist hier mittels Fußnote hingewiesen.

An der von iur.reform in der ersten Jahreshälfte 2022 durchgeführten Abstimmung über 43 Thesen zur Reform der juristischen Ausbildung haben 11.839 Personen teilgenommen. Daneben bestand die Möglichkeit eine eigene These in den Diskurs hineinzugeben, die wir als 44. These betiteln. Nicht jede These erzielte Mehrheiten, manche wurden auch überwiegend abgelehnt. Jedoch gibt es Thesen, die eine derart breite Mehrheit erhielten, dass Sie „sofort" umgesetzt werden sollten.

Gleichwohl haben wir uns vorab Gedanken gemacht, welche dieser 43 Thesen sich überhaupt für eine zeitnahe Umsetzung eignen. Daraus entstand die folgende Definition:

1.1 Was ist eine Sofortprogrammthese?

Als Inhalt des „Sofortprogramms" definierten wir solche Thesen, die zwei Kriterien entsprachen. Ein zeitliches Kriterium und ein Kriterium hinsichtlich der Anzahl der unterstützenden Akteursgruppen sowie auch hinsichtlich der Mehrheiten in diesen Gruppen.

Mit Blick auf das zeitliche Kriterium wurden Thesen einbezogen deren Umsetzung zeitlich innerhalb weniger Monate erfolgen könnte. Für die Frage nach der Umsetzbarkeit wurde bewusst die gegebenfalls bestehende Problematik einer Finanzierung nicht berücksichtigt. Freilich wurden – soweit möglich – finanzielle Aspekte kommentiert.

Diese Definition erfolgte in dieser Form, da für diese Gruppierung eine Einschätzung finanziellen Aufwands nur begrenzt möglich ist. Gleichzeitig wollten wir so die theoretische Möglichkeit besser aufzeigen. „Wenige Monate" ist zwar ein unsicherer Zeitraum, sollte jedoch deutlich unterhalb eines Jahres bleiben. Auch erfolgte diese zeitliche Einschränkung, da Gesetzesänderungen mit Konsultationen und Stellungnahmen regelmäßig etwas Zeit in Anspruch nehmen, sodass „sofort" sich auch in Abgrenzung zum langfristigen Reformprozess definieren musste.

Die zweite Komponente zur Eingrenzung dieser Thesen ist die erforderliche Mehrheit. Eine „breite" Mehrheit konnte sich – auch aufgrund der relativen Mehrheit von Studierenden und Referendar:innen, die gemeinsam 56,64 % der Teilnehmenden ausmachte – nicht nur anhand des Gesamtergebnisses für eine einzelne These ergeben.

Deshalb entwickelten wir die folgende Abgrenzung: Eine absolute Mehrheit (50 % + X) an Zustimmung für die These (d. h. kombiniert teilweise und vollständige Zustimmung) musste in drei Gruppierungen existieren: Personen, die in Ausbildung sind (also Studierende/Referendar:innen), Ausbildende (Professor:innen/JPA-Mitarbeitende) und Praktiker:innen (Rechtsanwält:innen, Syndizi, Richter:innen, Staatsanwält:innen, Verwaltungsmitarbeitende). Dabei wurde der Mittelwert dieser Mengen genommen. Es ist also möglich, dass bspw. Rechtsanwält:innen eine These stark befürworten, Richter:innen aber nicht und diese These dennoch hier aufgenommen wurde.

Dabei ist uns bewusst, dass diese Gruppierungen nicht gleichstark gewichtet sind. Die Gruppierung der Ausbildenden hat ein deutlich höheres Stimmgewicht als die Gruppe der in Ausbildung befindlichen Personen. Erstere sind nur 308 Personen (7 weitere fallen in beide Gruppen), letztere sind 6.686 Personen. Gleichwohl dürfte die Gruppe der Professor:innen deutlich besser repräsentiert sein mit 18,41 % der Gesamtpopulation, während unter Studierenden nur ca. 4,22 % repräsentiert sind.

Wir wählten diese Abgrenzung, da so eine breite Koalition für die Thesen sichergestellt ist. Im nachfolgenden Programm werden jeweils nur die gemittelten Mehrheiten dieser Gruppen angegeben. Die individuellen Werte sind in der Studie oder im One-Sheet zur jeweiligen These ersichtlich.

Auf dieser Basis eigneten sich folgende Thesen für eine Aufnahme in das iur.reform-Sofortprogramm:

1. Zulassung anderer Prüfungs- und Unterrichtsformen neben Klausur/Vorlesung
2. Unabhängige Bewertung
3. Neue Inhalte nur bei Streichung von Bestehenden
4. Regelmäßiges Monitoring
5. Hilfsmittel im Examen – Computer zum Schreiben
6. Betreuungsschlüssel

1.2 Weitere Einteilung der Thesen

Gleichzeitig ermittelten wir Sachebenen, an die die einzelnen Thesen des Sofortprogramms adressiert sind. Die Sachebenen sind:

- Landesebene – Verwaltung (Prüfungsamt): Dies betrifft bspw. Thesen, die sich mit Prüfungsfragen beschäftigen und deren Umsetzung nicht an eine Gesetzes-, sondern gegebenenfalls nur an eine Verwaltungsvorschriftsänderung gekoppelt ist.
- Justizminister:innenkonferenz: Länderübergreifende Änderungen, die keinen Gesetzgebungsakt des Bundes erfordern, sondern nur der Länder untereinander.
- Justiminister:innenkonferenz/Bund: Gesetzesänderungen des Bundes, die i.d.R. auf Empfehlungen der Konferenz beruhen und in Abstimmung mit dem Bundesministerium für Justiz vorgenommen werden.
- Landesebene/Parlament: Änderungen, die die Landesausbildungsgesetze betreffen.
- Universität: Thesen, die lediglich die Universitätspraxis betreffen, sind in diese Sachebene einsortiert.

Wir bemühen uns gleichwohl um eine kurze Darstellung nicht nur der These, ihres Hintergrunds und der Ergebnisse, sondern auch um eine Darstellung der finanziellen Implikationen, der für uns noch offenen Fragen und versuchen gleichzeitig, einen Formulierungsvorschlag abzugeben. Sofern im inländischen oder ausländischen Vergleich bereits eine (vergleichbare) Umsetzung erfolgt ist, findet diese Erwähnung.

2. These: Zulassung anderer Prüfungs- und Unterrichtsformen neben Klausur/Vorlesung

„Neben der Klausur und der Vorlesung als übliche Prüfungs- und Unterrichtsform sollten auch andere Formen, z.B. mündliche Prüfungen, Moot Courts oder Seminare zugelassen werden.“

2.1 Hintergrund für die Einordnung als Sofortprogrammthese

Die These: „Zulassung anderer Prüfungs- und Unterrichtsformen neben Klausur/Vorlesung." wurde als Sofortprogramm qualifiziert, da die Zulassung alternativer Lehr- und Prüfungsformate durch eine bloße Änderung der jeweiligen Studienordnungen und Universitätspraxis (Durchführung der jeweiligen Kurse/Angebot von entsprechenden Kursen) für das Fach Rechtswissenschaften in den Universitäten umgesetzt werden könnte. Darauf aufbauend ist aufgrund der hohen Zustimmung unter allen Gruppen, also auch den Lehrenden selbst, davon auszugehen, dass alternative Formate entwickelt und erprobt würden, sobald die rechtliche Voraussetzung dafür geschaffen ist.

2.2 Adressat:in

Die These richtet sich an die Universitäten und dort im Speziellen an die Fakultätsräte der juristischen Fakultäten oder entsprechende Gremien, welche für den Erlass und die Änderung der Studienordnung für das Fach Rechtswissenschaften an der jeweiligen Universität zuständig sind.

2.3 Finanzieller Aufwand

Die Umsetzung kann mit finanziellem Aufwand verbunden sein, falls für die neuen Formate zusätzliche Materialien bzw. personelle Ressourcen benötigt werden. Werden Formate so diversifiziert, dass nur die Art der erbrachten Leistungen (z.B. kurze Seminararbeit vs. Klausur) ausgetauscht werden, der Aufwand dafür aber gleich bleibt, kann die Umsetzung der Reformoption sogar ohne zusätzliche Finanzmittel auskommen.

2.4 Offene Fragen

Es müsste bestimmt werden, welche Lehr- und Prüfungsformate für welche Module bzw. Themenfelder geeignet wären. Die Einschätzung und Entscheidung darüber könnte den Lehrenden bzw. Prüfungsausschüssen selbst überlassen werden. Weitere Fragen, die auftauchen könnten:

- Kann eine mündliche Leistung (stets?) eine Aufsichtsarbeit ersetzen?
- Sind Essays geeignet, klassische Fallklausuren zu ersetzen?
- Darüber hinaus auch: Wer ist am besten geeignet, über diese Fragen zu entscheiden?
- Sollte dies, wie oben suggestiert, nur den Professor:innen überlassen werden?
- Wäre es möglich, hier Forschung in Sachen Rechtsdidaktik heranzuziehen?
- Müsste in diesem Rahmen ggf. auch die Bewertungsskala angepasst werden?

2.5 Abgleich mit den Studienergebnissen

Zu dieser These lag eine insgesamt sehr hohe Zustimmung aller Beteiligten von 68,7 % vor. Im Einzelnen haben die Personen in Ausbildung eine Zustimmung von 69,2 % erreicht. Bei den Praktiker:innen lag das Ergebnis bei 68,3 % und bei den mit der Ausbildung befassten Personen bei 60,8 %.

2.6 Inlandsvergleich

Die im Folgenden angegebenen zugelassenen Lehr- und Prüfungsformate entstammen den Prüfungsordnungen der Fernuniversität Hagen, der Bucerius Law School, der European Business School, der Ludwig-Maximilian-Universität München und der Universitäten Bonn und Münster.[1]

In den juristischen Fakultäten in Deutschland bereits zugelassene Lehrformate sind:

- Vorlesungen
- Arbeitsgemeinschaften/ Übungen
- Klausurenkurse
- Seminare/Proseminare
- Repetitorien
- Kolloquien
- Tutorien
- Workshops

Zugelassene Prüfungsformen sind[2]:

- Klausuren (Aufsichtsarbeiten)
- Hausarbeiten (häusliche Arbeiten)–gutachterlich oder thematisch
- mündliche Prüfungen
- Bewertete Übungen
- Take-home Exams
- Prüfungsleistungen im Antwort-Wahl-Verfahren
- Lerntagebuch (Learning Journal)
- Reflexionspapier (Reflection Paper)
- Gruppenarbeit (Projekt)
- Peer-Group-Evaluation
- Unternehmensplanspiel (Simulation)
- Verfahrenssimulationen (Moot Courts)
- Präsentation (Referat, Präsentation)

Es ist erkenntlich, dass bereits eine Vielzahl an verschiedenen Lehr- und Prüfungsformen besteht. Diese sind jedoch oft nur für bestimmte Teilgebiete der Ausbildung zugelassen. Es sollte daher geprüft und erprobt werden, ob eine Diversifizierung der Angebote auch im Rahmen der Pflichtfächer Bürgerliches Recht, Öffentliches Recht und Strafrecht sowie in den Examina möglich ist. Grade in diesen Fächern ist die Struktur von Vorlesung mit begleitender Übung bzw. Arbeitsgemeinschaft sowie abschließender Klausur an allen Fakultäten ähnlich.

2.7 Auslandsvergleich[3]

Auch im europäischen Ausland wird der Stoff vorranging mittels Vorlesungen vermittelt (Belgien, Großbritannien, Finnland, Frankreich, Italien, Lettland, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Polen, Schweden, Schweiz, Spanien). Die Leistungsüberprüfung erfolgt aber teils deutlich diverser als in Deutschland. Zwar sind Klausuren ebenso oft fester Bestandteil der Leistungsüberprüfungen, allerdings beinhalten diese nicht wie in Deutschland ausschließlich umfangreiche Fälle, die einer gutachterlichen Lösung zuzuführen sind. Vielmehr werden auch Themen diskutiert, juristische Texte eingeordnet oder Wissensfragen (im Multiple-Choice-Format) beantwortet.

So werden in Belgien auch Klausuren geschrieben, die vor allem in Form von Themenaufsätzen gestellt werden, es gibt aber auch Multiple-Choice-Prüfungen oder Fallfragen. Teilweise gibt es mündliche Prüfungen, und in anderen Fächern muss eine schriftliche Hausarbeit angefertigt werden. In Großbritannien enthalten Abschlussklausuren neben kleinen Fällen auch Diskussionsfragen, zudem müssen während des Semesters bewertete

Essays geschrieben werden. Auch in Finnland enthalten die Klausuren neben Fallfragen auch Themen- und Multiple-Choice-Fragen. In Frankreich gibt es drei Klausurtypen: neben den selteneren Fallfragen werden auch Themen- bzw. Kommentarklausuren angeboten, bei denen juristische Texte analysiert werden müssen. In Italien wird das Wissen vorrangig mittels mündlicher Prüfungen abgefragt, teilweise mit vorgelagerten Multiple-Choice Prüfungen. Auch in Spanien enthalten Klausuren eher abstrakt-theoretisch Wissensfragen, wobei es kaum mündliche Prüfungen gibt.

2.8 Formulierungsvorschlag

Vorgeschlagen wird die Aufnahme einer Öffnungsklausel in alle Prüfungs- und Studienordnungen der juristischen Fakultäten in Anlehnung an § 8 Abs. 1 S. 2 SPO der Bucerius Law School mit folgender oder ähnlicher Formulierung:

„[Das zuständige Gremium] kann andere Veranstaltungs- und Prüfungsformate zulassen."[4]

In dieser Weise wäre die Voraussetzung geschaffen, dass Lehrende eigenständig kreative und neue Formate entwickeln und Studierende sich darauf berufen können. Initiativen an den Fakultäten oder der Fachschaften selbst hätten eine Grundlage, Veränderungen vorzuschlagen, ihre Ideen einzubringen und Lehrende könnten diese nicht einfach mit Verweis auf eine Studienordnung, die eine Veränderung nicht zulässt, ablehnen. Die alternativen Formate könnten so erprobt und auf ihre Geeignetheit überprüft werden. Gleichzeitig bleibt sichergestellt, dass die Qualität der Lehre und der anschließenden Leistungsüberprüfung nicht leidet, weil die Formate einer Enzelfallprüfung durch unterzogen würden. Eine solche Öffnungsklausel gäbe die Möglichkeit einer individuellen Gestaltung, welche aufgrund der Qualitätskontrollen durch das zuständige Gremium jederzeit angepasst werden könnten.

So könnten beispielsweise verpflichtende Moot Courts im Rahmen einer Arbeitsgemeinschaft angeboten und bewertet werden, ggf. zusammen mit einer Klausur oder einer Hausarbeit (mit dann geringerem Umfang).[5]

In der Literatur wird weiter vorgeschlagen, Law-Clinics stärker zu fördern. [6] Auch die im Rahmen dieser Formate erbrachten Leistungen könnten in die Bewertung eines Pflichtfachmoduls einfließen und die Leistungsüberprüfung so stärker diversifizieren.

Darüber hinaus könnten Prüfungen öfter als Präsentationen, Diskussionen oder mündliche Prüfungen ausgestaltet sein, auf die Studierende durch entsprechende Workshops vorbereitet werden. [7]

3. These: Unabhängige Bewertung

„Unabhängige Bewertung der Klausuren in der Ersten juristischen Staatsprüfung (durch diverse Prüfer:innen)."

3.1 Hintergrund für die Einordnung als Sofortprogrammthese

Die Einordnung dieser These in das Sofortprogramm erfolgte, da die beabsichtigte Änderung (Unkenntnis der Erstkorrektur bei Zweitkorrektur) nach unserer Kenntnis bis auf wenige Ausnahmen nur eine Änderung der Verwaltungspraxis erfordert. [8] Beispielhaft sei hier die JAPO Bayern genannt, in deren § 30 Abs. 1 S. 1 es für die Bewertung der Prüfungsarbeiten in der Ersten jur. Prüfung nur heißt: „Die schriftlichen Prüfungsarbeiten werden je von zwei Prüfern selbstständig mit einer Einzelnote bewertet." Die meisten Prüfungsordnungen treffen zur Ausgestaltung dieser Frage keine Aussage, sodass – wie gesagt – nur eine Änderung der Verwaltungspraxis nötig ist.

In diesem Zusammenhang ergibt sich auch ein Querschnitt zu einer weiteren These dieses Sofortprogramms: Ein elektronisches Examen ließe im Übrigen auch den – weiter unten approximierten Verwaltungsaufwand – schrumpfen. Weitere denkbare Maßnahmen

werden unten im Formulierungsvorschlag angesprochen, gleichwohl ist diese Änderung schnell und weitgehend unkompliziert umsetzbar.

3.2 Abgleich mit den Studienergebnissen

Die These erhielt unter Ausbildenden 51,5 % Zustimmung, unter Praktiker:innen 86,4 % und unter denjenigen, die in Ausbildung sind sogar 90,10 %. [9]

3.3 Adressat:in

Adressat wären die jeweiligen Landesjustizprüfungsämter, mit Ausnahme der Länder Rheinland-Pfalz und Mecklenburg-Vorpommern, wo eine Verordnungsänderung notwendig wäre.

3.4 Finanzieller Aufwand

Der finanzielle Aufwand dürfte vergleichsweise gering sein. Es wird solange weiter handschriftliche Prüfungsarbeiten angefertigt werden und keine elektronisch signierten, ein zusätzlicher Postlauf nötig: Von der Erstprüfungsperson zurück ans Prüfungsamt und sodann zur Zweitprüfungsperson. [10]

Je nach Ausgestaltung würden jedoch auch Kopierkosten anfallen, denn um eine wirkliche Unkenntnis zu garantieren, dürften auch Randbemerkungen und Unterstreichungen der Erstkorrektur für die Zweitkorrektur bekannt sein. Unseres Erachtens dürfte es zur Umsetzung jedoch bereits ausreichen, dass das Votum der Erstkorrektur entnommen wird. In den Bundesländern, in denen die Vergütung für die Erstkorrektur und die Zweitkorrektur abweicht, muss außerdem der finanzielle Aufwand berechnet werden, um sowohl dem Erst- als auch dem Zweitkorrektur die Vergütung in gleicher Höhe zu zahlen.

3.5 Offene Fragen

Es bestehen keine offenen Fragen.

3.6 Innerdeutscher Vergleich

Wie die obigen Ausführungen zeigen, ist dies unseres Wissens in keinem Bundesland Verwaltungspraxis.

3.7 Auslandsvergleich

Unseres Wissens ist zumindest im europäischen Vergleich keine vergleichbare Prüfung Voraussetzung zum Abschluss der universitären Ausbildung, sodass ein Auslandsvergleich grundsätzlich nicht anfällt.

3.8 Formulierungsvorschlag:

Für die meisten Bundesländer ist kein Formulierungsvorschlag notwendig. Die Bundesländer, in denen die explizite Regelung herrscht, müssten diese streichen. Baden-Württemberg benötigt keine Änderung, da dies nur eine „kann“-Regelung ist, könnte dies jedoch zur Sicherung auch streichen.

Unseres Erachtens wäre es jedoch angemessen, in die jeweiligen Prüfungsordnungen den folgenden Satz aufzunehmen:

„Die Bewertung der Erstprüferin oder des Erstprüfers wird der Zweitprüferin oder dem Zweitprüfer nicht mitgeteilt.“

4. These: Neue Inhalte nur bei Streichung von Bestehenden

„Soweit das Studium inhaltlich um weitere Inhalte angereichert werden soll, sollen andere Inhalte gekürzt werden."

4.1 Hintergrund für die Einordnung als Sofortprogrammthese

Die These „Soweit das Studium inhaltlich um weitere Inhalte angereichert werden soll, sollen andere Inhalte gekürzt werden" könnte zeitnah dadurch umgesetzt werden, dass eine gesetzliche Regelung geschaffen wird, welche eine Neuaufnahme von Examensinhalten ohne gleichzeitige Streichung von bestehenden Inhalten verhindert. Die These ist, wie in der Studie bereits dargestellt, tatsächlich eine Anti-These, die von uns speziell hinzugefügt wurde. Hintergrund ist, dass einige Thesen das Hinzufügen von Inhalten betrafen, sodass hiermit eine Art Sperre abgefragt werden sollte.

4.2 Abgleich mit den Studienergebnissen

Die Zustimmung unter den Ausbildenden betrug 58,85 %. Unter den Praktiker:innen stimmten 67,9 % der These zu. Bei den in Ausbildung befindlichen stimmten 77,65 % zu.

4.3 Adressat:in

Adressatin der These ist die Landesebene/Parlament. Ferner erfolgt eine Koordinierung derselben regelmäßig in der Justizministerkonferenz der Länder, welche für die Anpassung der Prüfungsinhalte zuständig sind. Gleichwohl sind die primären Adressaten die Landesparlamente, die die jeweiligen Ausbildungsgesetze beschließen.

4.4 Finanzieller Aufwand

Da lediglich eine gesetzliche Änderung angestrebt wird, entstehen keine Mehrkosten.

4.5 Offene Fragen

Unsererseits bestehen keine offenen Fragen. Die These beabsichtigt lediglich eine Sperre hinsichtlich neuer Inhalte ohne die Streichung von alten, ist insofern zunächst deklaratorischer Natur. Gleichwohl wäre die Umsetzung im Detail mit offenen Fragen verbunden: Wie wird eine Abwägung vorgenommen zwischen dem neuen und dem zu streichenden Inhalt? Wie wird sichergestellt, dass durch die Aufnahme eines neuen Inhalts und der Streichung eines alten Inhalts das Gesamtkonzept der Ausbildungsinhalte kohärent bleibt. Diese Fragen stellen sich jedoch auch bereits heute bei der Einführung neuen Prüfungsstoffs.

4.6 Inlandsvergleich

Eine vergleichbare gesetzliche Regelung besteht nach unserer Kenntnis derzeit in keinem Bundesland.

4.7 Auslandsvergleich

Eine vergleichbare Regelung im Ausland ist uns nicht bekannt.

4.8 Formulierungsvorschlag

Das jeweilige Landesparlament sollte eine Änderung des Juristenausbildungsgesetzes beschließen – dort, wo kein solches Gesetz besteht, sollte die Regierung eine Verordnungsänderung beschließen mit bspw. dem folgenden Inhalt:

„Eine Ergänzung des Prüfungsstoffs der Pflichtfachprüfung (§ X der JAVO/JAPrO/JAO) darf nur unter gleichzeitiger Streichung bestehender Inhalte in gleichem Umfang erfolgen."

5. These: Regelmäßiges Monitoring

„Regelmäßiges Monitoring des Jurastudiums im Hinblick auf einen etwaigen Reformbedarf“

5.1 Hintergrund für die Einordnung als Sofortprogrammthese

Die Einordnung dieser These in das Sofortprogramm erfolgte, da so ein Gremium grundsätzlich nur geschaffen werden müsste. Die Konzeption dieses Gremiums dürfte zügig zu erarbeiten sein. Ein Vorschlag für die zu beteiligenden Akteur:innen ist unten beigefügt. Die Arbeit des Gremiums ist langfristig angelegt.

Die These spezifizierte diesbezüglich in ihrer Erläuterung: „Dies kann etwa über eine verpflichtende, regelmäßige Evaluation am Ende des Studiums oder eine Vertretung auf der Justizminister:innenkonferenz (JuMiKo) erfolgen.“

5.2 Abgleich mit den Studienergebnissen

Ausbildende Personen stimmten der These mit 70,18 % zu; Praktiker:innen mit 50,2 %. In der Ausbildung befindliche Teilnehmende stimmten der These mit 81,9 % zu.[11]

5.3 Adressat:in

Der Aufbau einer solchen Beobachtungsinstanz obliegt nach unserer Auffassung der Justizminister:innenkonferenz. Als ständige Einrichtung koordiniert die JuMiKo die Justizpolitik der Länder und ist das wichtigste Instrument bei der Vertretung der gemeinsamen Interessen der Länder gegenüber dem Bund. Es könnte insofern ein die JuMiKo beratendes Gremium geschaffen werden. Da insoweit auch die Kultusminister:innenkonferenz zum Teil zu beteiligen wäre, müsste es hier eine Koordinierung geben.

Adressat einer gesetzlichen Verankerung dieses Gremiums wäre jedoch der Bundestag bzw. die Bundesgesetzgebung.

5.4 Finanzieller Aufwand

Die maßgeblichen Kosten beträfen die tatsächliche Umsetzung des Monitorings, was aber abhängig ist von der Ausgestaltung. Wird eine regelmäßige Evaluation durch bspw. Umfragen zum Ende des Ersten jur. Staatsexamens durchgeführt, fielen Kosten für Durchführung dieser Umfragen und deren Auswertung an.

Regelmäßiger Kostenpunkt wären die reinen Organisationskosten des Gremiums für etwaige Tagungen und Erarbeitung von Stellungnahmen. Diese sind diesseits nicht bezifferbar.

Der finanzielle Aufwand dürfte damit überschaubar sein.

5.5 Offene Fragen

Die maßgeblich offene Frage betrifft den konkreten Auftrag eines solchen Beobachtungsgremiums.

Es wäre deshalb unseres Erachtens zunächst eine erste Bestandserhebung durchzuführen, nicht unähnlich dieser vorliegenden Studie. Diese müsste – institutionalisiert – wiederholt werden; primär unter dem Gesichtspunkt der Zufriedenheit. Dabei wären auch die Prüfungsergebnisse von Interesse, wobei diese bereits systematisch katalogisiert werden; insofern entstünde kein Mehraufwand.

Weitergehend wäre offen, wie Empfehlungen dieses Gremiums behandelt würden, ob diese eine gewisse Verbindlichkeit aufweisen sollten oder könnten.

Darüber hinaus wäre die Stellung des Gremiums in Relation zur Justizminister:innenkonferenz und dessen Unterorganisation in Form des Koordinierungsausschusses zu klären.

5.6 Innerdeutscher Vergleich

Unseres Wissens existiert in keinem Bundesland ein solches Gremium, speziell für die juristische Ausbildung.[12]

5.7 Auslandsvergleich

Aufgrund der Spezialität der juristischen Ausbildung in Deutschland gestaltet sich ein umfassender Auslandsvergleich regelmäßig schwierig.

Gleichwohl könnte als vergleichbares Beispiel das regelmäßige Monitoring der Solicitors Regulation Authority (SRA) im Vereinigten Königreich dienen: Die SRA ist vergleichbar mit den Rechtsanwaltskammern in Deutschland, bedient jedoch sämtliche Solicitors in England und Wales, ca. 200.000 Personen.[13] Dabei hat die SRA auch Verantwortung für die Ausbildung der Solicitors, in etwa vergleichbar mit dem hiesigen Referendariat. 2021 führte die SRA ein neues Examen ein, das „Solicitors Qualifying Examination (SQE)".[14] Dabei prüft und evaluiert die SRA diese Ausbildung – und die Vorgängerausbildungen, die noch teilweise genutzt werden können – laufend.

5.8 Formulierungsvorschlag

Eine gesetzliche Verankerung könnte bspw. in § 5a DRiG mit einem neu einzufügenden Absatz 5 geschehen:

„(5) Die Justizministerkonferenz beruft ein Gremium zur regelmäßigen Evaluierung und Fortentwicklung der juristischen Ausbildung. Dieses Gremium setzt sich zusammen aus

- *zwei Vertreter:innen der Hochschulprofessor:innen für Rechtswissenschaft*
- *zwei Vertreter:innen der Richterschaft*
- *zwei Vertreter:innen der Studierenden der Rechtswissenschaften*
- *zwei Vertreter:innen der Rechtsanwaltschaft*
- *zwei Vertreter:innen der Referendar:innen, auszuwählen aus den Referendarpersonalräten*
- *zwei Vertreter:innen eines Landesjustizprüfungsamtes.*
- *Einer ständigen Leitung aus dem Bundesjustizministerium.*

Diese Mitglieder werden jeweils für den Zeitraum von zwei Jahren berufen. Mehrfachberufungen sind möglich. Die Finanzierung erfolgt aus dem Haushalt des Bundesjustizministeriums. Das Gremium erstattet zweijährlich einen Bericht, der sich mit dem Stand der juristischen Ausbildung beschäftigt."

6. These: Hilfsmittel im Examen – Computer zum Schreiben

„Das `E-Examen` sollte in allen Bundesländern eingeführt werden."

6.1 Hintergrund für die Einordnung als Sofortprogrammthese

Diese These eignete sich für das Sofortprogramm, da eine Umsetzung aufgrund der bereits existierenden bundesgesetzlichen Regelung (vgl. klarstellend § 5d Abs. 6 DRiG)[15] primär einen Verwaltungsaufwand bedeutet und sich bereits einige Bundesländer[16] zur Einführung des E-Examens jedenfalls im zweiten Staatsexamen entschlossen haben. Alle Bundesländer stehen der breiten Einführung des sog. E-Examens jedoch grundsätzlich

offen gegenüber.[17] Der Verwaltungsaufwand ist zu Beginn zwar in einzelnen Bundesländern – wie Berlin, NRW oder Bayern – aufgrund der Absolvent:innenzahlen und in Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein aufgrund der räumlichen Begebenheiten[18] nicht zu unterschätzen.

6.2 Abgleich mit den Studienergebnissen

Die These erreichte bei Ausbildenden eine Zustimmung von 55,15 %. Bei Praktiker:innen stimmten 58,08 % zu, bei denjenigen in Ausbildung befindlichen sogar 75,85 %.

6.3 Adressat:in

Adressatin der These ist die Länderebene. In diesem Zusammenhang richtet sich die These primär an die Justizprüfungsämter, die die schriftlichen Prüfungen organisieren und durchführen (vgl. bspw. § 11 Abs. 1 S. 1 NJAG: „Das Landesjustizprüfungsamt nimmt die Pflichtfachprüfung und die zweite juristische Staatsprüfung (Staatsprüfungen) ab."). Im Rahmen der Zielsetzung einer formal gleichmäßigen bundesweiten Umsetzung des E-Examens kann als indirekte Adressatin auch die Justizminister:innenkonferenz gesehen werden, die einen gleichgelagerten Umsetzungsprozesse der Länder unterstützen kann.

6.4 Finanzieller Aufwand

Der finanzielle Aufwand für die Erstausstattung dürfte erheblich sein, da die technischen Möglichkeiten zunächst erst geschaffen werden müssen. Dabei sind unseres Erachtens folgende Kostenpunkte zu bedenken: Hardwarekosten (Kauf oder Miete), ggf. Anschaffungskosten für Prüfungssoftware (eigene Entwicklung? bestehende Software, die entweder nur Textverarbeitung ermöglicht oder darüber hinaus für juristische Prüfungen spezifiziert wird?) und letztlich auch laufende Personal- und Sachkosten für die technische Überwachung und Sicherstellung der Funktionsfähigkeit während der Prüfungsabnahme.

Demgegenüber dürften Ersparnisse insb. bei Portokosten, Klausurbögen und Schreibmaterial einzustellen sein. Es sind auch indirekte Kosten zu berücksichtigen, insbesondere im gesundheitlichen Bereich durch wegfallende Sehnenscheidenentzündungen und weitere Belastungen im Zuge der handschriftlichen Anfertigung.

6.5 Offene Fragen

Es bestehen unseres Erachtens fünf offene Fragen:

- Erfolgt die Einführung eines elektronisch geschriebenen Examens schrittweise? Zwei Schrittarten sind vorstellbar: Zum einen die schrittweise Einführung hinsichtlich Pflichtfachprüfung und Assessorexamen und zum zweiten die Einführung standortweise (bei Flächenländern mit mehreren Standorten). Letzteres halten wir unter dem Gesichtspunkt des Gleichheitsgrundsatzes für problematisch.
- Gibt es eine Übergangsphase, in der beide Ableistungsarten (handschriftlich und am Computer) parallel laufen?
- Welche Software wird verwendet? Handelt es sich um eine handelsübliche Software wie Microsoft Word oder wird eine eigens beauftragte und entwickelte Software verwendet? Welche Funktionalitäten muss diese dann haben? Bspw. genannt sei hier die Frage, ob eine automatische Rechtschreibkorrektur ein- oder ausgeschaltet wird.
- Welche Hardware wird verwendet? Eigene Endgeräte oder extern angekaufte Hardware?
- Erfolgt eine spezifische Vorbereitung der Prüflinge auf das Ablegen der E-Examen? Dies könnte bspw. im Rahmen von 10-Finger-Schreibkursen geschehen, welche an Universitäten angeboten werden könnten.

6.6 Inlandsvergleich

Sachsen-Anhalt führt bereits seit April 2019 das schriftliche Assessorexamen am Computer durch. Dies soll ab Frühjahr 2025 auch für das Referendarsexamen stattfinden.[19] In Sachsen lief bis Dezember 2022 ein Pilotprojekt für das Assessorexamen, wobei weiter von der handschriftlichen Klausur als Normalfall ausgegangen wird.[20] In Nordrhein-Westfalen kann das zweite Examen ab dem Frühjahr 2024 elektronisch geschrieben werden, wobei ein Wahlrecht besteht.[21] Rheinland-Pfalz hat im Oktober 2021 eine Testphase zum Einsatz der elektronischen Examensablegung beendet,[22] hier wird nunmehr im Rahmen des zweiten Staatsexamens die elektronische Prüfung eingeführt.[23] Dies soll auch ab dem Frühjahr 2023 für das Referendarsexamen möglich sein.[24] In Bayern sollen ab dem Frühjahr 2023 die Assessorexamensklausuren elektronisch ablegbar sein.[25] Das GJPA Berlin/Brandenburg ermöglicht das elektronische Assessorexamen ab dem Ende des Jahres 2023.[26] Hessen hat einen Testlauf im Rahmen des Assessorexamens beendet.[27] Thüringen hat einen Testlauf absolviert und plante die Einführung zu Ende 2022[28], was augenscheinlich bislang nicht erfolgte.

6.7 Auslandsvergleich

In der Schweiz wird im Kanton Bern seit dem Jahr 2016 die Anwaltsprüfung vermittelt über das Unternehmen IQuL elektronisch abgewickelt. Dabei werden sowohl Hard- als auch Software des externen Anbieters genutzt um einen reibungslosen Prüfungsablauf sicherzustellen.[29] Im Zuge der Coronapandemie sind viele Staaten der USA dazu übergegangen, Online-Bar-Exams anzubieten.[30] Auch hierbei wird stets auf externe Software zurückgegriffen. Dabei haben es einige Staaten zugelassen, dass die Bar-Exams auch auf eigenen Endgeräten an beliebigen Orten durchgeführt werden konnten.[31] Die Philippinen sind dazu übergegangen die Bar-Exams sogar ausschließlich online bzw. mit Hilfe eines Computers abzuhalten.[32]

6.8 Formulierungsvorschlag

Mit Einführung des § 5d Abs. 6 S. 2 DRiG steht fest, dass die Bundesländer eine landesgesetzliche Regelung schaffen können und müssen, wenn sie eine das elektronische Examen ermöglichen wollen. Allein aus Standortvorteilsgesichtspunkten ist zwar davon auszugehen, dass die Bundesländer nunmehr alle dazu übergehen, diese Möglichkeit einzuführen. Gleichwohl wäre es aus unserer Sicht notwendig, § 5d DRiG derart abzuändern, dass unter schriftlich grundsätzlich elektronisch verstanden wird. Hierzu könnte entweder immer dort, wo „schriftlich“ genannt ist, dies schlicht durch „elektronisch“ ersetzt werden.

Für das Landesrecht machen wir dort, wo eine solche Regelung noch nicht existiert, folgenden Formulierungsvorschlag, wobei der Zeitpunkt einen Gleichlauf auch mit der Einführung der elektronischen Akte in der Justiz sicherstellt:

„Das Justizprüfungsamt kann festlegen, dass die schriftlichen Leistungen auch elektronisch erbracht werden können. Ab dem 1. Januar 2026 hat es die Anfertigung der Aufsichtsarbeiten in elektronischer Form zu ermöglichen. In diesem Fall haben die Prüfungsteilnehmerinnen und Prüfungsteilnehmer bis zu einem durch das Landesjustizprüfungsamt zu bestimmenden Termin mitzuteilen, ob sie die schriftliche Prüfung handschriftlich oder in elektronischer Form ablegen. Wird keine Wahl getroffen, ist die schriftliche Prüfung elektronisch abzulegen. Ab dem 1. Januar 2028 sind Aufsichtsarbeiten ausschließlich elektronisch zu ermöglichen.“

Unseres Erachtens ist die Einführung eines zwingenden Datums für die vollständige Umstellung sinnvoll, um ein konkretes Handlungsziel zu setzen. Wir würden es begrüßen, wenn dieses früher läge als von uns vorgeschlagen.

7. These: Betreuungsschlüssel

„Es bedarf einer engeren Betreuung der Studierenden."

7.1 Hintergrund für die Einordnung als Sofortprogrammthese

Die These: „Es bedarf einer engeren Betreuung der Studierenden." wurde in die Liste der Sofortprogramme aufgenommen, da sie nach einem Betreuungsschlüssel messbar und zumindest das Ziel eines niedrigeren Betreuungsschlüssels schnell zu setzen ist. Die Umsetzung kann dann engmaschig kontrolliert werden. Ein niedriger Betreuungsschlüssel kann die Anwendung von Lehrkonzepten gewährleisten, die auf die Bedürfnisse einzelner Studierender zugeschnitten sind und ausreichend Raum für persönliches Feedback einräumen. Zusätzlich wird das Gemeinschaftsgefühl der Studierenden gefördert.[33] Betreuungsschlüssel weichen je nach Größe der Universität ab. Der Bundesdurchschnitt lag der Schlüssel 2019 bei 66 Studierenden pro Professor:in.[34]

7.2 Abgleich mit den Studienergebnissen

Zu dieser These lag eine insgesamt sehr hohe Zustimmung aller Beteiligten vor. Im Einzelnen haben die Personen in Ausbildung mit einer kumulativen Zustimmung von 68,8 % gestimmt. Bei den Praktiker:innen lag das Ergebnis bei 63 % und bei den Ausbildenden bei 68 %.

7.3 Adressat:in

Die These betrifft zwar primär die Universitäten. Sekundär sind jedoch die Länder (Parlamente und Regierungen) betroffen, die mehr Mittel für Professor:innenstellen bereitstellen müssten.

7.4 Finanzieller Aufwand

Die Umsetzung dürfte mit erheblichem finanziellem Aufwand verbunden sein. Es dürfte zwar möglich sein, bereits vorhandene finanzielle Mittel effizienter zu nutzen, sodass ohne zusätzliche Personalstellen ein höherer Betreuungsschlüssel gewährleistet werden könnte.

Gleichwohl dürften zusätzliche Stellen zu schaffen sein. Beim derzeitigen Betreuungsschlüssel von ca. 66 Studierenden pro Professor (2019, s.o.) treffen also ca. 1.770 Professor:innen auf ca. 117.000 Studierende[35]. Diese Zahlen dürften so nicht ganz zutreffen, da nicht alle eingeschriebenen Studierenden auch tatsächlich aktiv teilnehmen. Genaue Zahlen zu aktiven Rechtswissenschaftlichen Professuren sind für uns derzeit nicht zu beschaffen. Die letzten Zahlen, die hier gefunden wurden, entstammen aus 2010, wo nur ca 92.000 Studierende vermerkt wurden, die auf – insgesamt – 1.331 Professor:innen trafen (Zahlen auch in der Studie verwendet). Diese Professuren inkludierten jedoch Fachhochschulen und Verwaltungsfachhochschulen.

Ginge man bspw. vom besten verfügbaren Betreuungsschlüssel in Thüringen mit 44:1 aus[36], würden nach obiger Schätzung nahezu 880 Professuren fehlen. Ausgegangen von einem Durchschnittsgehalt von 6.000 € brutto[37] bedeutet dies mindestens einen Aufwand von 5.280.000,00 € monatlich, wobei dies auf W2-Professuren bundesweit beruht und keine Zuschläge oder ähnliches beinhaltet. Das wäre ein Jahresaufwand von bundesweit mind. 63,3 Mio. €. Pro Bundesland wären dies jedoch „nur" 3,96 Mio. €.

7.5 Offene Fragen

Fraglich ist zunächst, was ein erstrebenswerter Betreuungsschlüssel ist. Grundsätzlich dürfte in Lehre und Forschung Einigkeit bestehen, dass ein niedrigerer Betreuungsschlüssel sinnvoller ist. 2019 lag der im juristischen Feld bundesweit beste Betreuungsschlüssel

in Thüringen mit 44:1. Unseres Erachtens dürfte dies als erster Maßstab sinnvoll sein.

7.6 Inlandsvergleich

Der wohl niedrigste Betreuungsschlüssel einer öffentlichen Universität in Deutschland liegt bei 15:1 an dem neuen Jurastudium der Leuphana Law School in Lüneburg.[38] Besonders niedrig ist der Betreuungsschlüssel auch an der privaten Universität Bucerius Law School in Hamburg mit 22 Studierende pro Professor:in.[39] Ein besonders hoher Schlüssel ist bei der Universität Köln mit 151 Studierenden pro Professor:innen festzustellen.

Bundesweit kommen auf eine Professur bzw. Lehrkraft, wie wissenschaftliche Mitarbeiter:innen 11,5 Studierende zu,[40] was einen recht niedrigen Betreuungsschlüssel darstellt. Da dies jedoch auch Forschungssemester von Professor:innen beinhaltet, ebenso wie Studierende, die ggf. nur eingeschrieben, aber nicht aktiv teilnehmen, sind diese Zahlen kaum zuverlässig.

7.7 Auslandsvergleich

Für amerikanische Fakultäten gibt es im Schnitt einen Betreuungsschlüssel von etwa 7–10 Studierende pro Professor:in.[41] Die Harvard Universität hat einen Schlüssel von 7:1[42].

7.8 Formulierungsvorschlag

Eine gesetzliche Regelung für den Betreuungsschlüssel gibt es unseres Wissens nicht. Eine gesetzliche Anpassung bzw. ein Vorschlag zur Formulierung entfällt damit. Jedoch könnte darüber nachgedacht werden, dass die JuMiKo – ggf. auch die Kultusminister:innenkonferenz sich diesbezüglich ein entsprechendes Ziel setzt und Mittel dafür bereitstellt. Weitere Maßnahmen neben dem Einstellen von Personal könnten auch die Überarbeitung bzw. Optimierung der bereits bestehenden Betreuungsangebote je nach Universität sein – ggf. mehrere Parallelkurse pro Vorlesung/Seminar, weitere Arbeitsgemeinschaften zur Nacharbeitung der vorlesungsspezifischen Inhalte oder ähnliches.

---

[1] Vgl. die Studien- und Prüfungsordnungen der größten deutschen jur. Fakultäten Hagen, (***https://www.fernuni-hagen.de/rewi/docs/ordnungen/pruefungsordnungejp2022.pdf***), Münster (***https://www.jura.uni-muenster.de/de/fakultaet/rechtsgrundlagen/zum-studium/pruefungsordnung-ab-ws-2022-23/***), München (LMU) (***https://www.jura.uni-muenchen.de/studium/pruefungsamt/zentral/892-03ju-2012-ps00.pdf***), Bonn (***https://www.jura.uni-bonn.de/fileadmin/Fachbereich_Rechtswissenschaft/Einrichtungen/Pruefungsausschuss/Rechtsgrundlagen/Allgemein/Amtl._Bek._1533-2_StO_2015.pdf***) sowie der privaten Hochschulen Bucerius Law School (***https://www.law-school.de/fileadmin/content/law-school.de/de/pdf/publications/SPO_mit_AEnderung_vom_2._Oktober_2019.pdf***) und EBS (***https://www.ebs.edu/fileadmin/EBS/Vertragsunterlagen/StuPo_Allgemein_DE.pdf***), alle zuletzt abgerufen am 04.01.2023.

[2] Dabei ist anzumerken, dass die größte Diversität an der European Business School besteht.

[3] Vgl. die Beschreibungen zu den einzelnen Ländern unter ***http://www.europaeische-juristenausbildung.de/laenderframe.htm***, zuletzt abgerufen am 08.01.2023.

[4] ***https://www.law-school.de/fileadmin/content/0_general_downloads/rechtsgrundlagen/spo.pdf***

[5] Hörnig, in: Hochschulrektorenkonferenz (Hrsg.), Juristenausbildung heute – Zwischen Berlin und Bologna, 2014, S. 12, abrufbar unter ***https://www.hrk-nexus.de/fileadmin/redaktion/hrk-nexus/07-Downloads/07-02-Publikatio-nen/270626_HRK_Juristenausbildung_web_01.pdf***, zuletzt abgerufen am 31.12.2021; Wissenschaftsrat, Perspektiven der Rechtswissenschaft in Deutschland, 2012, S. 58, abrufbar unter ***https://www.wissenschaftsrat.de/download/ar-chiv/2558-12.pdf?__blob=publicationFile&v=1***, zuletzt abgerufen am 07.01.2022].

[6] Baer, AnwBl 2015, 816 (817).

[7] Breckwoldt-Jung, „Das Jurastudium – Ein Relikt aus der Vergangenheit“, 03.04.2019, abrufbar unter ***https://deutschlandstipendium.blogs.uni-hamburg.de/das-jurastudium-ein-relikt-aus-der-vergangenheit/***, zuletzt abgerufen am 08.01.2022.

[8] Die JAPO Rheinland-Pfalz stipuliert in § 9 Abs. 1: „Der Zweitprüferin oder dem Zweitprüfer wird die Bewertung der Erstprüferin oder des Erstprüfers mitgeteilt.“, § 16 der JAPO M-V: „Dem zweiten Gutachter ist die Bewertung des ersten Gutachters mitzuteilen.“ In § 14 Abs. 1 S. 2 JAPrO BW heißt es: „Der Zweitprüferin oder dem Zweitprüfer kann die Begutachtung der Erstprüferin oder des Erstprüfers mitgeteilt werden.“

[9] Für detaillierte Ergebnisse, vgl. S. 254ff. d. Studie.

[10] Ggf. ist dies bereits Praxis in manchen Bundesländern, sodass dieser Aufwand entfiele.

[11] Für detaillierte Ergebnisse, vgl. S. 590ff. d. Studie

[12] Der bspw. In Baden-Württemberg existierende „Ständige Ausschuss“ (§ 6 JAPrO) erfüllt diese Funktion nicht: Weder ist dieser Ausschuss entsprechend umfassend besetzt, noch wird die Ausbildung als ganzes beobachtet.

[13] ***https://www.sra.org.uk/sra/how-we-work/***, zuletzt abgerufen am 20.01.2023.

[14] ***https://www.sra.org.uk/sra/research-publications/education-training-monitoring-2020-21/***, zuletzt abgerufen am 20.01.2023.

[15] Hierbei gilt es jedoch zu beachten, dass die Änderung durch § 5d Abs. 6 DRiG rein deklaratorischer Natur ist, da es die scheinbare Rechtsunsicherheit der vorherigen Regelungslage behebt und nun expliziert, dass auch elektronische Klausurabgaben zulässig sind, vgl. Insoweit die zutreffende Sichtweise des Landesjustizministeriums Sachsen-Anhalt in Dietrich, „Wie weit sind die Länder mit dem E-Examen?“, LTO v. 22.03.2022, abrufbar unter ***https://www.lto.de/karriere/jura-referendariat/stories/detail/welche-bundeslaender-fuehren-e-examen-ein-jura-referendariat-studium-digitalisierung***. Diese Frage ist war jedoch durchaus umstritten, vgl. Insoweit zu den einzelnen Positionen ***https://iqb.de/karrieremagazin/jura/digitalisierung-staatsexamen-jura-examen-am-computer/***

[16] Sachsen, Sachsen-Anhalt, Rheinland-Pfalz, Bayern, NRW, Berlin, Brandenburg, das Saarland, Thüringen, Baden-Württemberg und Hessen haben bereits konkrete Fristen für die Einführung des E-Examens vgl. Dietrich, „Wie weit sind die Länder mit dem E-Examen?“, LTO v. 22.03.2022, abrufbar unter ***https://www.lto.de/karriere/jura-referendariat/stories/detail/welche-bundeslaender-fuehren-e-examen-ein-jura-referendariat-studium-digitalisierung***. Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein arbeiten noch an der räumliche Organisation, vgl. Dietrich, „Wie weit sind die Länder mit dem E-Examen?“, LTO v. 22.03.2022, abrufbar unter ***https://www.lto.de/karriere/jura-referendariat/stories/detail/welche-bundeslaender-fuehren-e-examen-ein-jura-referendariat-studium-digitalisierung***. Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen befinden sich in früheren Stadien stehen der Umsetzung aber ebenfalls grundsätzlich offen gegenüber, vgl. Dietrich, „Wie weit sind die Länder mit dem E-Examen?“, LTO v. 22.03.2022, abrufbar unter ***https://www.lto.de/karriere/jura-referendariat/stories/detail/welche-bundeslaender-fuehren-e-examen-ein-jura-referendariat-studium-digitalisierung***.

[17] Dietrich, „Wie weit sind die Länder mit dem E-Examen?“, LTO v. 22.03.2022, abrufbar unter ***https://www.lto.de/karriere/jura-referendariat/stories/detail/welche-bundeslaender-fuehren-e-examen-ein-jura-referendariat-studium-digitalisierung***.

[18] Vgl. Dietrich, „Wie weit sind die Länder mit dem E-Examen?“, LTO v. 22.03.2022, abrufbar unter ***https://www.lto.de/karriere/jura-referendariat/stories/detail/welche-bundeslaender-fuehren-e-examen-ein-jura-referendariat-studium-digitalisierung***.

[19] ***https://www.lto.de/karriere/jura-referendariat/stories/detail/welche-bundeslaender-fuehren-e-examen-ein-jura-referendariat-studium-digitalisierung***, zuletzt abgerufen am 21.01.2023.

[20] ***https://www.lto.de/karriere/jura-referendariat/stories/detail/welche-bundeslaender-fuehren-e-examen-ein-jura-referendariat-studium-digitalisierung***, zuletzt abgerufen am 21.01.2023.

[21] ***https://www.lto.de/karriere/jura-referendariat/stories/detail/welche-bundeslaender-fuehren-e-examen-ein-jura-referendariat-studium-digitalisierung***, zuletzt abgerufen am 21.01.2023.

[22] Zuvor wurde das elektronische Examen schon im Rahmen der Rechtspfleger:innenprüfung erprobt, vgl. ***https://jm.rlp.de/fileadmin/mjv/Service/LPA/Folien_zum_Videomeeting_19._August_2020.pdf***, S. 4

[23] ***https://jm.rlp.de/de/service/landespruefungsamt-fuer-juristen/elektronisches-examen/***, zuletzt abgerufen am 21.01.2023.

[24] Ebenda.

[25] Vgl. ***https://www.justiz.bayern.de/presse-und-medien/pressemitteilungen/archiv/2020/107.php***, zuletzt abgerufen am 21.01.2023.

[26] ***https://www.lto.de/karriere/jura-referendariat/stories/detail/welche-bundeslaender-fuehren-e-examen-ein-jura-referendariat-studium-digitalisierung***, zuletzt abgerufen am 21.01.2023.

[27] ***https://rsw.beck.de/aktuell/daily/meldung/detail/erfolgreicher-abschluss-des-juristischen-e-examens-in-hessen***, zuletzt abgerufen am 21.01.2023

[28] ***https://www.lto.de/karriere/jura-referendariat/stories/detail/welche-bundeslaender-fuehren-e-examen-ein-jura-referendariat-studium-digitalisierung***, zuletzt abgerufen am 21.01.2023.

[29] ***https://www.q-exam.net/fallstudien/11-fallstudien/46-das-obergericht-bern***

[30] ***https://www.quimbee.com/resources/the-bar-exam-moves-online***

[31] ***https://www.quimbee.com/resources/the-bar-exam-moves-online***

[32] ***https://mb.com.ph/2022/02/25/bar-exams-will-always-be-held-online-sc/***

[33] Halfmeier, Holterhus, Terhechte in: Beck'scher Studienführer Jura Wintersemester 2022/2023, „Jura 2.0 an der Leuphana Law School", S. 46, [***abrufbar unter: https://beckassets.blob.core.windows.net/productattachment/readingsample/15051008/34604015_studienf%C3%BChrer%202022_2023.pdf***, zuletzt abgerufen am 09.01.2023].

[34] ***https://www.sueddeutsche.de/bildung/studium-lehre-professor-1.4380180*** zuletzt abgerufen am 28.12.2022.

[35] Zahlen gerundet, basieren auf ***https://www.lto.de/karriere/jura-studium/wieviel-jurastudierende-gibt-es-in-deutschland***, zuletzt abgerufen am 21.01.2023.

[36] Zahlen aus 2019, ***https://www.sueddeutsche.de/bildung/studium-lehre-professor-1.4380180***, zuletzt abgerufen am 21.01.2023.

[37] Durchschnitt aus den Basisbruttogehältern für W2-Professuren nach Bundesländern Oktober 2022, Tabelle abrufbar auf ***https://www.academics.de/ratgeber/haw-fh-professor-gehalt-w-besoldung#:~:text=Der%20gr%C3%B6%C3%9Fte%20Teil%20der%20Professoren,(Stand%3A%20Oktober%202022).***, zuletzt abgerufen am 21.01.2023.

[38] Halfmeier, Holterhus, Terhechte in: Beck'scher Studienführer Jura Wintersemester 2022/2023, „Jura 2.0 an der Leuphana Law School", S. 46, [abrufbar unter: ***https://beckassets.blob.core.windows.net/productattachment/readingsample/15051008/34604015_studienf%C3%BChrer%202022_2023.pdf***, zuletzt abgerufen am 09.01.2023].

[39] https://www.law-school.de/studium zuletzt abgerufen am 28.12.2022.

[40] Berechnet aus Zahlen aus 2018, abrufbar auf: ***https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2020/01/PD20_026_213.html***, zuletzt abgerufen am 21.01.2023.

[41] ***https://www.ilrg.com/rankings/law/1/asc/SFRatio*** zuletzt abgerufen am 28.12.2022.

[42] ***https://hls.harvard.edu/intro-to-hls/*** zuletzt abgerufen am 28.12.2022.

8 Loccum 2.0

Wie ein grundlegender Reformprozess aussehen könnte

Auf Basis der Ergebnisse dieser Studie kennen wir nun die Reformoptionen, die verwendeten Argumente und die Ausgangspositionen derer, die von der juristischen Ausbildung betroffen sind. Auf dieser Grundlage haben wir nun (1.) ein Sofortprogramm entwickelt, dass sechs Reformoptionen enthält, die unmittelbar umgesetzt werden können. Dies bildet die Möglichkeit, an kleinen Stellschrauben der juristischen Ausbildung Veränderungen herbeizuführen, hinter denen sich die drei großen Gruppen der Befragten (Personen, die sich in der Ausbildung befinden, Praktiker:innen und Lehrende) alle mit breiten Mehrheiten versammeln.

Doch der Diskurs über die juristische Ausbildung zeigt, dass es sich lohnen kann, auch ganz grundsätzlich über die Zukunft der juristischen Ausbildung abseits kleinteiliger Veränderungen nachzudenken. Dies offenbart (a) die historische Zeitlinie, vor deren Hintergrund es in wiederkehrenden Abständen von 10 bis 15 Jahren zu Rufen nach einer Reform der juristischen Ausbildung kommt, (b) die Menge an Reformoptionen die im Raum stehen, (c) die mediale Aufmerksamkeit die die Kampagne iur.reform auf sich gezogen hat, sowie (d) die enorme Anzahl von 12.000 Teilnehmenden an der Abstimmung aus allen Bereichen der juristischen Ausbildung.

Wir können deshalb (2.) die mit Hilfe der iur.reform-Kampagne gewonnene Datengrundlage nutzen, um einen grundsätzlichen Stakeholderpozess zu initiieren, der eine ergebnisoffene Diskussion über die Zukunft der juristischen Ausbildung zulässt und eine gemeinsame neue Vision einer juristischen Ausbildung erzeugt. Der Strukturierung eines solchen Stakeholderprozesses widmet sich der hiesige Abschnitt.

Zunächst wird dabei die Struktur vorgestellt, in der bisher über die Reform der juristischen Ausbildung maßgeblich nachgedacht wird: Die Justizminister:innenkonferenz. Dabei wird auch auf die Probleme der bisherigen Struktur verwiesen. In einem weiteren Schritt wird der Prozess nachgezeichnet, der bereits in der Vergangenheit zu einer ganz grundsätzlichen Reform der juristischen Ausbildung geführt hat: Die Akademie Loccum. Dabei wird auch eruiert, inwiefern dieser Prozess heute wiederholt werden könnte. Hierzu werden im Anschluss zwei Möglichkeiten präsentiert, in deren Umfang gegenwärtig grundsätzlichen Reformanstößen in Prozessen mit einer Vielzahl von Akteur:innen begegnet wird. Einerseits ein breiter Beteiligungsprozess am Beispiel der Erstellung des Klimaschutzplans 2050, andererseits die Bildung einer Expert:innengruppe, die verschiedene Szenarien skizziert.

1. Der gegenwärtige Raum für Reformen: Die Justizminister:innenkonferenz

Im Rahmen der föderalen Struktur Deutschlands wurde die Gesetzgebungsbefugnis und Regelung der Bildung den Ländern übertragen. Folglich entscheiden maßgeblich 16 Justizminister:innen im Zusammenspeil mit den Landesparlamenten im Rahmen der durch den Bund in Form des Parlamentes meist auf Vorschlag des:der Bundesjustizminister:in gegebenen Ordnung des DRiG über die Ausgestaltung der juristischen Ausbildung auf Landesebene. Die hierbei gegebenen Spielräume werden wiederrum durch die einzelnen Universitäten und deren rechtswissenschaftliche Fakultäten genutzt. Der Dreh- und

Angelpunkt für Reformdiskussionen und deren Umsetzung ist damit faktisch die Justizminister:innenkonferenz (JuMiKo) in der sich die Justizminister:innen in regelmäßigen Abständen zu den justiziellen Ordnungen der Länder abstimmen. Auch wenn die JuMiKo formal nur dem Informationasaustauch dient, die dort getroffenen Beschlüsse unverbindlich sind und nicht immer einheitlich umgesetzt werden, ist es dennoch die zentrale Stelle zur politischen Entscheidungsfindung. Dies dient dabei nicht selten auch als Forum zur gemeinsamen Positionierung gegenüber dem Bundesjustizministerium. Die JuMiKo findet dabei grundsätzlich zweimal jährlich, einmal im Frühjahr und einmal im Herbst statt. Nicht immer steht dabei jedoch die juristische Ausbildung auf der Tagesordnung. Soweit dies der Fall ist, wird der Koordinierungsausschuss, in denen maßgeblich Repräsentant:innen der jeweiligen Justizverwaltungen, insbesondere in Form der Prüfungsämter, sitzen, vorbereitend tätig.

Dabei hat sich die JuMiKo über die Jahrzehnte mehr und mehr, wie auch andere länderübergreifende Gremien, verselbstständigt. Immer wieder befruchtet durch Äußerungen in der juristischen Literatur, den Juristenfakultätentag, die juristischen Verbände, politische Parteien oder einzelne Stimmen aus der Professor:innenschaft wurden einzelne Reformdiskussionen geführt. Doch die große Veränderung blieb auch hier über die große Anzahl der zurückliegenden Jahrzehnte aus. Grund hierfür ist vor allem auch die notwendige Konsensfindung innerhalb der JuMiKo. So einigt man sich dort meist auf den kleinsten gemeinsamen Nenner. Denn allein kann ein Land die Reformbemühungen selten umsetzen. Bei der Änderung des DRiG bedarf es schließlich zunächst nach Art 74 Abs. 2, Abs. 1 Nr. 27 GG eines Aktes des Bundestages neben der Zustimmung des Bundesrates. Im Weiteren wird die Vielzahl der an der juristischen Ausbildung beteiligten Akteur:innen nicht im Rahmen der JuMiKo gespiegelt. Deshalb, erscheint das Gremium strukturell ungeeignet für die ergebnisoffene Führung grundlegender Debatten über die Zukunft der juristischen Ausbildung. Vielmehr sollte diese Debatte abseits der JuMiKo geführt und das Ergebnis für eine mögliche Beschlussfassung durch die JuMiKo vorbereitet werden.

Wie diese Diskursräume gewinnbringend eröffnet werden können hat bereits die Vergangenheit gezeigt.

2. Der Rahmen für grundlegenden Reformen: Das Beispiel der Akademie Loccum

Die Akademie Loccum war ein breites Forum von Reforminteressierten unterschiedlichster politischer Hintergründe und ohne politischen Auftrag, die sich über die Reform der juristischen Ausbildung in den 1960‘ austauschten. Diesen Stimmen schwebte es vor allem vor gesellschaftliche Aspekte und damit auch die sozialwissenschaftliche Lehre tiefer in der juristischen Ausbildung zu verankern.[1] Die erste Tagung endete mit der Proklamation Jurist:innen auszubilden, die das Recht mit seine gesellschaftlich-politischen Bezügen kennen würden.[2] Erreicht werden sollte dies durch die einstufige juristische Ausbildung, die den universitären Teil und das Referendariat im Rahmen einer sechs-jährigen Ausbildung verbinden würde.[3] Vor dem Hintergrund der sozial-liberalen Koalition unter Willy Brandt kam nun eine zweite Loccumer Tagung zusammen, die ein derweil im Nachgang an die erste Tagung ausgearbeitetes Memorandum diskutierte.[4] Im Gegensatz jedoch zur ersten Tagung in der sich progressive und konservative Kräfte gegenübersaßen blieben die progressiven Kräfte jetzt im Rahmen der zweiten Tagung unter sich.[5] Denn die progressiven Kräfte glaubten unter der Kanzlerschaft von Willy Brandt auf einen Konsens mit den Konservativen verzichten zu können.[6] Den Schluss der Debatten und der Ergebnisfindung der Arbeitsgruppen bildete sodann der Juristentag im Jahr 1970.[7] Die Debatte zog sich in die Länge und wurde unter anderem durch die taktische Besetzung der Redner:innenliste durch progressive Kräfte maßgeblich beeinflusst.[8] Dadurch entstand zwischenzeitlich der Eindruck, dass eine schweigende Mehrheit im Publikum die Beschlüsse zu den einstufigen Modellen scheitern lassen würde, da diese Gruppe keine hinreichende Repräsentanz auf der Bühne fand.[9] Dennoch wurde am Ende die bundesweite Einführung der einstufigen Ausbildung nur knapp vom über zwei Tage mittlerweile ausgedünnten Publikum mit 181 zu 168 Stimmen abgelehnt, und mit 192 zu 162 Stimmen

das Modell der Hamburger Arbeitsgruppe für ein Experiment der einstufigen juristischen Ausbildung an einzelnen Universitäten angenommen.[10] In der Folge wurde im DRiG eine Experimentierklausel eingefügt, die es für gut ein Jahrzehnt an verschiedenen Universitäten des Landes ermöglichte in Abweichung von der zweistufigen juristischen Ausbildung andere Ausbildungsverläufe zu erproben in dessen Zuge es zu ganz unterschiedlichen Ausformungen der einstufigen juristischen Ausbildung kam.

Im Ergebnis blieb dem Loccumer-Prozesses auch über das Jahrzehnt des Experimentes der Ruf eines vor allem progressiven Projektes anhaften.[11] Auch, wenn dieser Vorwurf in den inhaltlichen Ausprägungen der einstufigen Ausbildung an den verschiedenen Universitäten hinter der Realität zurückbleibt,[12] lies dieser Makel das Experiment der einstufigen Ausbildung letztlich scheitern.[13] So änderte sich zum Beginn der 80‘ die Regierung in Bonn und die konservativen Kräfte der Union zogen wieder ins Kanzleramt. Von dem gemeinsamem´n Ideal der ersten Loccumer Tagung war nichts mehr übrig. So gelang es nicht eine gemeinsame kritische Evaluierung des Jahrzehntes des Experimentes vorzunehmen auf dessen Basis Schlüsse für eine weitere Phase der Veränderung der juristischen Ausbildung gezogen werden konnten.[14] Die Debatte um die juristische Ausbildung entzog sich so mehr und mehr einem breiten öffentlichen Diskurs und Konsens.[15] Schließlich beendete man das Experiment und ging mehr oder weniger zurück auf Los, indem man sich mangels anderweitiger konkreter gemeinsamer Visionen auf die alte zweistufige Ausbildung einigte.[16] Dies zeigt schließlich wie wichtig die Aufrechterhaltung eines auch dauerhaften gemeinsamen Forums für den Erhalt visionärer Kräfte im Hinblick auf eine neue juristische Ausbildung ist.

Die Historie zeigt, dass es ein gemeinsames Forum aller von der juristischen Ausbildung Betroffener war, dass vor rund 50 Jahren den Anstoß für fundamentalen Wandel abseits des Klein Klein der Veränderung gab. Wie wir dieses Forum auch heute wiederherstellen, können die Vergleiche zu bestehenden Prozessen im Umgang mit größeren gesellschaftlichen Einigungsprozessen aufzeigen.

3. Der Weg zu einer gemeinsamen Vision

Diesen Weg zu einer gemeinsamen Vision von einer neuen juristischen Ausbildung lässt sich auf potenziell auf zwei Arten beschreiten. Den Einen bezeichnen wir als die große Lösung, da er sich an der gewaltigen Aufgabe der Prozesssteuerung in der Klimapolitik orientiert. Den Anderen nennen wir die kleine Lösung, da er weniger Personen und Strukturen umfasst und sich an den Expert:innengruppen und Gremien orientiert, die im Sinne runder Tische im Hinblick auf eine Vielzahl von Themen einberufen wurden.

3.1 Die große Lösung

Vor nichts geringerem als der Herausforderung zur Erzeugung eines gesamtgesellschaftlichen Zielbildes im Hinblick auf die Klimaneutralität Deutschlands im Jahr 2050, stand das Bundesumweltministerium im Jahr 2015, als es innerhalb von knapp einem Jahr einen entsprechenden Stakeholderprozess organisieren musste. Im Rahmen dieses Stakeholderprozesses wurde eine Vielzahl gesellschaftlicher Bezugsgruppen schließlich vor dem Hintergrund der Aufgabe erfolgreich einbezogen. Im nachfolgenden wird dieser Prozess anhand der im Rahmen der juristischen Ausbildung einzubeziehenden Gruppen nachgezeichnet.[17] Dabei werden auch die Verbesserungsvorschläge einbezogen, die die evaluierenden Unternehmen, die den Prozess der Erstellung des Klimaschutzplanes begleiteten im Anschluss empfahlen. Daraus ergibt sich folgende Struktur für eine Reformprozess der juristischen Ausbildung:

Der entsprechende Stakeholderprozess wird von einer Gruppe von Staatssekretär:innen aus den Justizministerien aller Bundesländer unter dem jeweiligen Vorsitz des jeweiligen Bundeslandes in der JuMiKo koordiniert.[18] Auf diese Weise werden die Sichtweisen der einzelnen Bundesländer zu Beginn des Prozesses transparent,[19] und zum anderen wird verhindert, dass ein Bundesland oder der Bund einen prägenden Einfluss auf das Verfahren nimmt.[20] Diese Gruppe sucht im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung zu Beginn

des Prozesses Organisationen die den Stakeholderprozess durchführen und anschließend evaluieren.[21]

Der Stakeholderprozess beginnt mit einer Auftaktveranstaltung auf der die einzelnen Akteur:innen die von der juristischen Ausbildung betroffen sind zusammenkommen.[22] Dies sind:

- die Auszubildenden, also Studierende und Referendar:innen
- Praktiker:innen, also Richter:innen, Staatsanwält:innen und (Syndikus-)Anwält:innen oder wissenschaftliche Mitarbeiter:innen in Kanzleien, Unternehmen und der Verwaltung
- Lehrende, also Professor:innen und wissenschaftliche Mitarbeiter:innen an Lehrstühlen
- die juristischen Verbände wie DAV, BRF und DRB[23]
- die Justizprüfungsämter
- Personen, die die juristische Ausbildung endgültig nicht bestanden haben
- Personen, die die juristische Ausbildung abgebrochen haben.

Die Personen sollten abseits der Verbände und der Justizprüfungsämter im Zuge eines deliberativen Prozesses durch Zufall ausgewählt werden. Damit soll der Prozess in der Breite geöffnet und verhindert werden, dass Strukturen der Vergangenheit den Reformdiskurs maßgeblich prägen.

Auf der Auftaktveranstaltung wird das Ziel des Stakeholderprozesses, nämlich die Schaffung einer gemeinsamen Vision von einer neuen juristischen Ausbildung, sowie die Grenzen und die weitere Struktur des Verfahrens kommuniziert.[24]

Sodann werden in einem ersten Schritt zielgruppenspezifische Gruppen gebildet, in denen jeweils die einzelnen Verteter:innen einer Gruppe isoliert zusammenkommen. In diesen Gruppen wird separat über die jeweilige Vision und daraus abzuleitende Handlungsmaßnahmen im Hinblick auf die juristische Ausbildung gesprochen. Grundlage können hierbei, die Arbeiten im Zuge der iur.reform-Studie hinsichtlich der aufgezeigten Reformoptionen, Argumente und der Ausgangspositionen der Stakeholder sein. Durch die zielgruppenspezifischen Gruppen wird so zunächst eine Kommunikation auf Augenhöhe und ein relativ vergleichbares Gesprächsniveau ermöglicht.[25] In jeder Zielgruppe werden sodann Vertreter:innen gewählt, die dann in einem Vermittlungsgremium zusammenkommen, dass einen inhaltlichen Austausch zwischen den Zielgruppen ermöglicht.[26] Ziel des Vermittlungsgremiums ist alleinig der Informationsaustausch und nicht etwa eine Repräsentation oder Stimmberechtigung für die jeweiligen Zielgruppen.[27] Jede Zielgruppe entsendet drei Mitglieder in das Vermittlungsgremium.[28] Die Maßnahmen, die in den Zielgruppen sodann entwickelt werden, werden durch die den Prozess begleitende Organisation anhand vorher festgelegter Kriterien konsolidiert und veröffentlicht.[29] Auf Basis der so entstandenen Maßnahmenkataloges soll das Vermittlungsgremium dann erstmals zusammentreten. Sodann wird über die Inhalte des Maßnahmenkatalogs diskutiert und die Inhalte der Diskussion werden über die Vermittler:innen an die Zielgruppen rückgekoppelt.

In einem Zweiten Schritt werden auf Basis der erzielten Ergebnisse themenspezifische Gruppen gebildet. Diese setzen sich aus Themenkreisen zusammen, die auf Basis des Maßnahmenkataloges durch die, den Prozess begleitende Organisation gebildet werden. Die Vertreter:innen der Zielgruppen werden sodann gleichmäßig auf diese themenspezifischen Gruppen verteilt. In diesem Rahmen werden die Maßnahmen des Maßnahmenkataloges weiterentwickelt, verworfen oder neu gebildet. Die so im Rahmen der themenspezifischen Gruppen gebildeten Maßnahmen werden wieder durch die begleitende Organisation anhand zuvor definierter Kriterien konsolidiert und veröffentlicht. Dabei sollte klar werden, welche Zielgruppe Einfluss auf welche Maßnahme hatte.[30] Im Anschluss hieran kommt wiederrum das Vermittlungsgremium zusammen, dass sich über die erzielten Ergebnisse auf Basis des zweiten Maßnahmenkaaloges austauscht. Die Ergebnisse der Diskussion werden wiederrum an die Zielgruppen rückgekoppelt.

Am Ende stimmen schließlich die einzelnen Zielgruppen über die jeweils konsolidierten Maßnahmen ab, die der JuMiKo zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Der gesamte Prozess sollte die Dauer eines Jahres nicht überschreiten, damit die Maßnahmen möglichst in den jeweils laufenden Legislaturen der Bundesländer parallel umgesetzt werden können.

3.2 Die kleine Lösung

Die kleine Lösung setzt ebenfalls an dem Gedanken eines breiten Stakeholderprozesses an ist jedoch niederschwelliger im Hinblick auf den damit einhergehenden Aufwand und die in diesem Zuge zu entwerfenden Strukturen sowie die einzubeziehenden Personen. Auch hier wären alle Akteur:innen die von der juristischen Ausbildung betroffen sind in den Prozess einzubeziehen. Jedoch wäre ihre Anzahl auf 2 Mitglieder je Gruppe beschränkt. Die Justizministerin der Länder sollten sich hierbei auf Vertreter:innen der jeweiligen Gruppen einigen. Dabei sollten die Repräsentant:innen einer Gruppe paritätisch besetzt sein. Im Rahmen eines Jahres soll diese Gruppe dann auf Basis der durch die iur.reform-Studie erarbeiteten Reformoptionen, Argumente und Ausgangspositionen der Akteur:innen ergebnisoffen verschiedenen Visionen für eine neue juristischen Ausbildung entwerfen und diese zunächst der Öffentlichkeit und dann der JuMiKo beschlussfassungsreif vorlegen. Die JuMiKo muss sich sodann positionieren, ob sie die Beschlüsse annehmen möchte oder nicht und dies jeweils begründen.

---

[1] Vgl. Lührig, Die Diskussion über die Reform der juristischen Ausbildung von 1945 bis 1995, 1997, S. 117.

[2] Vgl. Lührig, Die Diskussion über die Reform der juristischen Ausbildung von 1945 bis 1995, 1997, S. 119.

[3] Vgl. Lührig, Die Diskussion über die Reform der juristischen Ausbildung von 1945 bis 1995, 1997, S. 119.

[4] Vgl. Lührig, Die Diskussion über die Reform der juristischen Ausbildung von 1945 bis 1995, 1997, S. 122.

[5] Vgl. Lührig, Die Diskussion über die Reform der juristischen Ausbildung von 1945 bis 1995, 1997, S. 122.

[6] Vgl. Lührig, Die Diskussion über die Reform der juristischen Ausbildung von 1945 bis 1995, 1997, S. 122 f.

[7] Vgl. Lührig, Die Diskussion über die Reform der juristischen Ausbildung von 1945 bis 1995, 1997, S. 136.

[8] Vgl. Lührig, Die Diskussion über die Reform der juristischen Ausbildung von 1945 bis 1995, 1997, S. 139 f.

[9] Vgl. Lührig, Die Diskussion über die Reform der juristischen Ausbildung von 1945 bis 1995, 1997, S. 139 f.

[10] Vgl. Lührig, Die Diskussion über die Reform der juristischen Ausbildung von 1945 bis 1995, 1997, S. 141.

[11] Dies wurde den Ideen Loccums schließlich zum Verhängnis, vgl. Lührig, Die Diskussion über die Reform der juristischen Ausbildung von 1945 bis 1995, 1997, S. 142.

[12] Vgl. dazu Vgl. Lührig, Die Diskussion über die Reform der juristischen Ausbildung von 1945 bis 1995, 1997, S. 145 ff.

[13] In diese Richtung Lührig, Die Diskussion über die Reform der juristischen Ausbildung von 1945 bis 1995, 1997, S. 142.

[14] Lührig, Die Diskussion über die Reform der juristischen Ausbildung von 1945 bis 1995, 1997, S. 176.

[15] Lührig, Die Diskussion über die Reform der juristischen Ausbildung von 1945 bis 1995, 1997, S. 176 f.

[16] Lührig, Die Diskussion über die Reform der juristischen Ausbildung von 1945 bis 1995, 1997, S. 180.

[17] Vgl. dazu die Übersicht bei Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Dialog der Bundesregierung zum Klimaschutzplan 2050 – Breite Beteiligung von Bundesländern, Kommunen, Verbänden sowie Bürgerinnen und Bürgern.

[18] Zu einer ressortübergreifenden Lenkungsgruppe prognos, Evaluierung der Stakeholder-Beteiligung an der Erstellung des Klimaschutzplans 2050 – Abschlussbericht, S. 87.

[19] Zu dieser Notwendigkeit, vgl. Lenkungsgruppe prognos, Evaluierung der Stakeholder-Beteiligung an der Erstellung des Klimaschutzplans 2050 – Abschlussbericht, S. 87 sowie in diese Richtung auch Faas/Huesemann, Die Bürgerbeteiligung zum Klimaschutzplan 2050 – Ergebnisse der Evaluation, S. 42.

[20] Vgl. in diese Richtung etwa prognos, Evaluierung der Stakeholder-Beteiligung an der Erstellung des Klimaschutzplans 2050 – Abschlussbericht, S. 72 oder Greenpeace, Der Beteiligungsprozess am Klimaschutzplan 2050 – Analyse und Bewertung, S. 23.

[21] Dazu Greenpeace, Der Beteiligungsprozess am Klimaschutzplan 2050 – Analyse und Bewertung, S. 16.

[22] Zur Notwendigkeit der parallelen Auftaktveranstaltung, vgl. Faas/Huesemann, Die Bürgerbeteiligung zum Klimaschutzplan 2050 – Ergebnisse der Evaluation, S. 10.

[23] In Zeiten der Krise der Repräsentation sollten gerade Gremien, die etwa aufgrund geringer Wahlbeteiligung an den Universitäten oder zu denen bereits in der Vergangenheit Splitterorganisationen gegründet werden nicht für sich in Anspruch nehmen die jeweilige Gruppe als solches zu vertreten. Die Reaktionen aus der Professor:innenschaft auf den Beitrag der Vorsitzenden des Fakultätentages im Hinblick auf die Möglichkeit der Einführung einies LL.B. in der juristischen Ausbildung zeigen dies exemplarisch. Aus diesem Grunde ist es zentral, dass neben den Verbänden auch zufällig ausgewählte Einzelpersonen am Beispiel der Bürger:innenräte am Stakeholderprozess teilnehmen.

[24] Zur Notwendigkeit der Transparenz, prognos, Evaluierung der Stakeholder-Beteiligung an der Erstellung des Klimaschutzplans 2050 – Abschlussbericht, S. 92.

[25] Zu den unterschiedlichen Voraussetzungen der Gruppen, etwa prognos, Evaluierung der Stakeholder-Beteiligung an der Erstellung des Klimaschutzplans 2050 – Abschlussbericht, S. 81 ff.

[26] Etwa Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Dialog der Bundesregierung zum Klimaschutzplan 2050 – Breite Beteiligung von Bundesländern, Kommunen, Verbänden sowie Bürgerinnen und Bürgern, S. 33; zur Kritik etwa prognos, Evaluierung der Stakeholder-Beteiligung an der Erstellung des Klimaschutzplans 2050 – Abschlussbericht, S. 32.

[27] Etwa Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Dialog der Bundesregierung zum Klimaschutzplan 2050 – Breite Beteiligung von Bundesländern, Kommunen, Verbänden sowie Bürgerinnen und Bürgern, S. 33.

[28] Dazu Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Dialog der Bundesregierung zum Klimaschutzplan 2050 – Breite Beteiligung von Bundesländern, Kommunen, Verbänden sowie Bürgerinnen und Bürgern, S. 14.

[29] Vgl. Dazu Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Dialog der Bundesregierung zum Klimaschutzplan 2050 – Breite Beteiligung von Bundesländern, Kommunen, Verbänden sowie Bürgerinnen und Bürgern, S. 15.

[30] In diese Richtung etwa Faas/Huesemann, Die Bürgerbeteiligung zum Klimaschutzplan 2050 – Ergebnisse der Evaluation, S. 43.

Die Ergebnisse auf einen Blick

Dieses Dokument dient als schnelles Nachschlagewerk für die große iur.reform Studie, die Sie auf unserer Webseite www.iurreform.de vollständig herunterladen können. In der großen iur.reform Studie finden Sie zu jeder der 43 Thesen, die wir abgefragt haben, die vollständigen Ergebnisse. Dort werden die Antworten jeweils aufgeschlüsselt dargestellt nach der Gesamtbewertung, nach dem Alter der Abstimmenden, nach dem Geschlecht der Abstimmenden, nach dem Fachsemester, nach den angegebenen Noten, nach dem Studienort und nach dem Verhältnis zur juristischen Ausbildung der Abstimmenden.

Mit dieser Kurzzusammenfassung wollen wir einen schnellen Überblick ermöglichen, indem jede These kurz mit ihrem Hintergrund dargestellt wird und sodann die Auffälligkeiten bei der Betrachtung der einzelnen Aspekte der Antworten kurz erläutert werden. Außerdem finden Sie jeweils die Abbildung der Gesamtergebnisse und aufgeteilt nach dem Verhältnis zur juristischen Ausbildung sowie einen Hinweis auf die Seitenzahl in der großen iur.reform-Studie.

Außerdem empfehlen wir gerne für einen Überblick über unsere Vorgehensweise und die Abstimmungsergebnisse auch unsere Executive Summary, die Sie ebenfalls auf unserer Webseite www.iurreform.de herunterladen können.

These 1 A: Allgemeine Zufriedenheit A–4
These 1 B: Integrierter Bachelor A–6
These 1 C: Einstufige juristische Ausbildung (Loccum) A–8
These 1 D: Reduzierung des Prüfungsstoffs A–10
These 1 F: Legal Tech A–12
These 1 G: Methoden der Sozialwissenschaften A–14
These 1 H: Mediation A–16
These 1 I: Schwerpunktstudium (Abschaffung) A–18
These 1 J: Abschichten (bundesweit) A–20
These 1 K: E-Examen A–22
These 1 L: Online-Datenbanken A–24
These 1 M: Handkommentare A–26
These 1 N: Unabhängige Bewertung A–28
These 1 O: Argumentation abseits der Lösungsskizze A–30
These 1 P: Emotionale Entlastung A–32

These 2 A: Umstellung auf das Bologna-System A–34
These 2 B: Master-Abschluss für den Schwerpunkt A–36
These 2 C: Laufbahnorientierung A–38
These 2 D: Leistungen im Studium in die Examensnote A–40
These 2 E: Freischuss abschaffen A–42

These 3 A: Prozessrecht im Examen A–44
These 3 B: Europarecht im Examen A–46
These 3 C: Mehr Klausuren im Examen A–48
These 3 D: Weniger umfangreiche Klausuren A–50
These 3 E: Examenshausarbeit wieder einführen A–52
These 3 F: Kongruenz zwischen staatlicher Prüfung und Studiumsinhalten A–54
These 3 G: Diverse Zusammenstellung der Prüfungskommission A–56

These 4 A: Änderung des Notenstufen-Systems A–58
These 4 B: Regelstudienzeit = Durchschnittsstudiendauer A–60
These 4 C: Ausgestaltung der Zwischenprüfung A–62
These 4 D: Betreuungsschlüssel A–64
These 4 E: Zulassung anderer Prüfungs-/Unterrichtsformen A–66
These 4 F: Digitale Lehre A–68
These 4 G: Rechtsdidaktik A–70
These 4 H: Auslandsaufenthalte A–72
These 4 I: Universitäres Repetitorium A–74
These 4 J: Regelmäßiges Monitoring des Reformbedarfs A–76

These 5 A: Grundlagenfächer stärken A–78
These 5 B: Rechtsvergleichung A–80
These 5 C: Neue Inhalte nur bei Streichung von Bestehendem A–82
These 5 D: Softskills A–84
These 5 E: Rechtsgebietsübergreifende Ausbildung A–86
These 5 F: Mehr Diversitätskompetenz A–88
These 5 G: Wissenschaftliche Ausrichtung des Studiums A–90
These 5 H: Stärkere Einbindung der Professor:innen in die juristische Ausbildung A–92

These 1 A:
Allgemeine Zufriedenheit

Ich bin mit dem universitären Teil der juristischen Ausbildung (inkl. Erste juristische Staatsprüfung) in ihrem gegenwärtigen Zustand zufrieden.

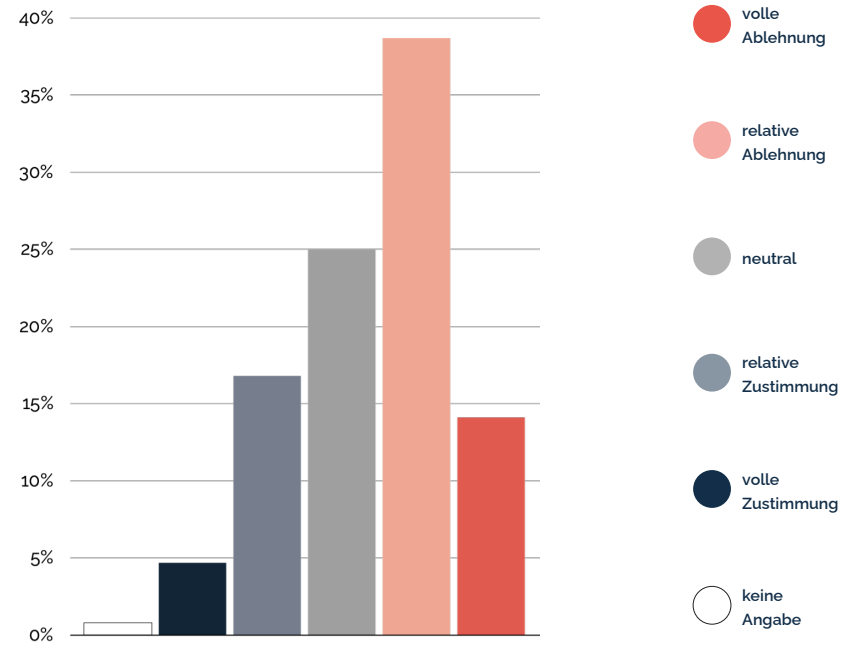
Thesenhintergrund

Die Abfrage der „allgemeinen Zufriedenheit“ stellt einen generellen Zufriedenheitsindikator der Teilnehmenden mit der juristischen Ausbildung dar. Sie wurde mit aufgenommen, damit es möglich ist zu schauen, wie sich die Grundstimmung bzgl. der juristischen Ausbildung auf die Antworten auswirkt. Diese Abfrage wird deshalb hier nur kurz kursorisch beleuchtet.

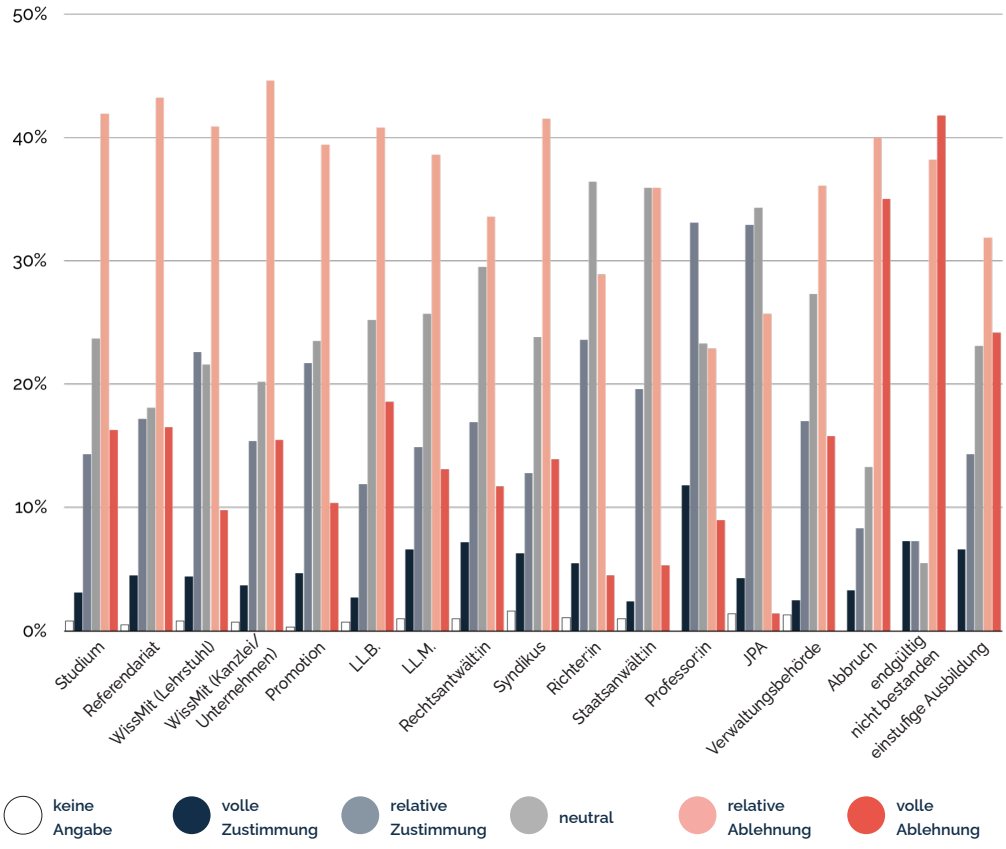
Was auffällt

Betrachtet man die Gesamtheit, ergibt sich lediglich eine (relative) Zufriedenheit mit der Ausbildung bei 21,5 % der Teilnehmenden. Die absolute Mehrheit ist unzufrieden mit der juristischen Ausbildung (52,8 %). Ein Viertel der Teilnehmenden (25 %) ist weder unzufrieden noch zufrieden mit der juristischen Ausbildung. Betrachtet man die Antworten nach Alter gestaffelt, zeigt sich, dass bei Teilnehmenden unter 35 Jahren bis zu 64 % der Abstimmenden unzufrieden sind mit der juristischen Ausbildung. Aber auch unter älteren Abstimmenden sind nur maximal 30 % der Abstimmenden mit der Ausbildung zufrieden. Studienort und Fachsemester haben nur einen geringen Einfluss auf die Antworten. Lediglich bei Professor:innen, Richter:innen und Prüfungsamtsmitarbeitenden ist die geringste Unzufriedenheit zu beobachten mit 31,9 % (Professor:innen), 33,4 % (Richter:innen) und 27,1 % (Prüfungsamtsmitarbeiter:innen).

***These 1 A** Gesamtauswertung*



***These 1 A** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*



These 1 B:
Integrierter Bachelor

In die aktuelle juristische, universitäre Ausbildung sollte generell ein Bachelor-Abschluss integriert werden, der zusätzlich oder alternativ zum Staatsexamen durch die Universitäten verliehen wird.

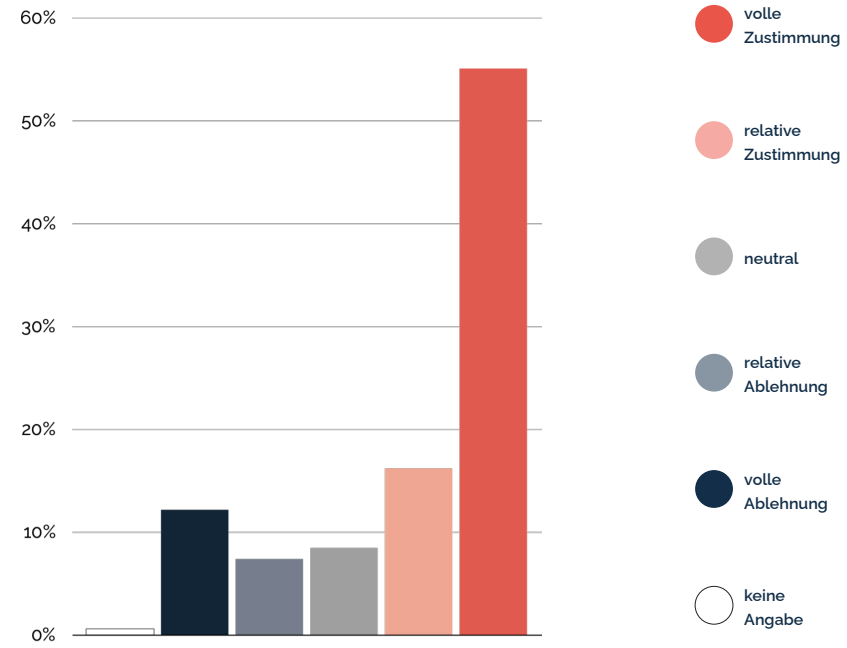
Thesenhintergrund

Diese These wurde in der Literatur breit diskutiert. Wir zählten 36 Pro-Argumente bei nur 6 Contra-Argumenten. Die früheste Erscheinung der These war in 2005. Die Vielzahl der von uns ausgewerteten Artikel, erschien erst nach 2017. Insbesondere in jüngster Vergangenheit, nach Erscheinen des FAZ-Beitrags von Prof. Chiusi am 29.06.2022 zum „Loser-Bachelor", entstand erneut ein breiter Diskurs der zuletzt noch Einfluss auf die Abstimmenden gehabt haben kann. Abstimmungsschluss war der 17.07.2022.

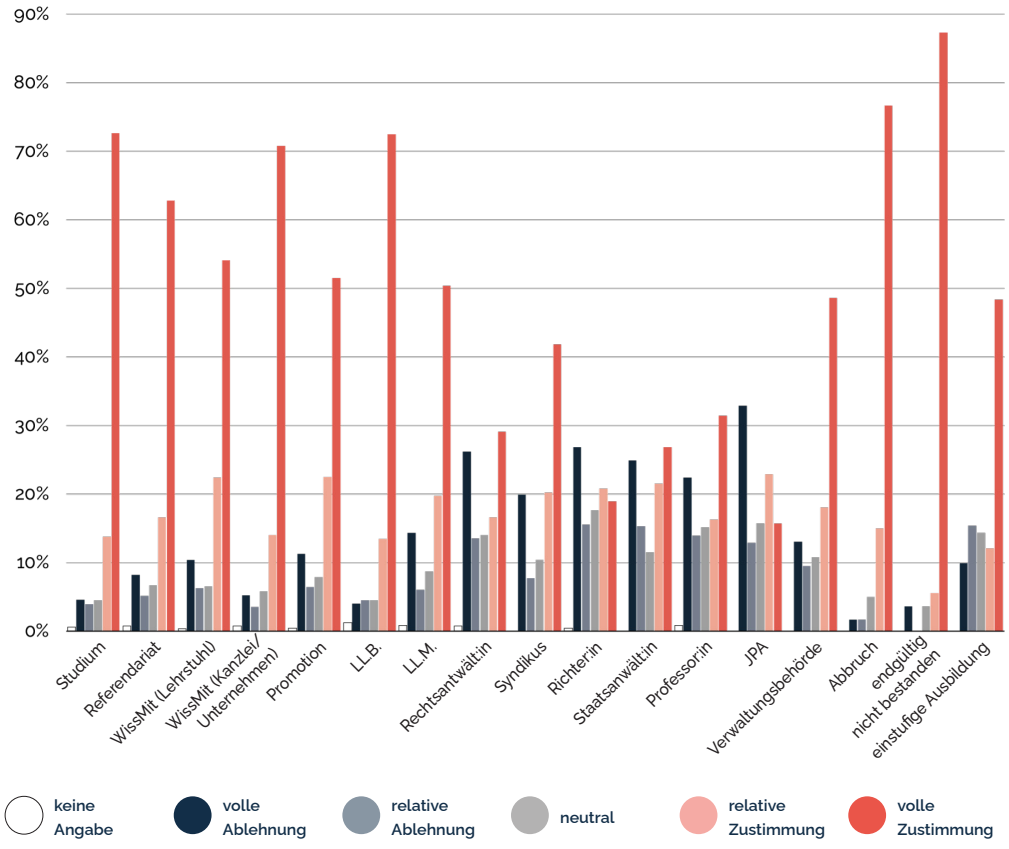
Was auffällt

71 % der Gesamtheit der Abstimmenden spricht sich für einen integrierten Bachelor aus. Demgegenüber stehen nur 20 % Ablehnung. Unter den Teilnehmenden bis 28 liegt die Zustimmung sogar bei über 80 %. Es lässt sich feststellen, dass die Forderung nach einem integrierten Bachelor umso stärker ist, je niedriger die angegebene Notenstufe. Betrachtet man die Kategorien zum Verhältnis zur juristischen Ausbildung, fällt auf, dass nur bei wenigen Gruppen die Ablehnung die Zustimmung überwiegt. Bei Richter:innen beträgt die Ablehnung (42,3 %) und die Zustimmung (39,7 %), ähnlich auch bei JPA-Mitarbeitenden (Ablehnung: 45,8 %, Zustimmung: 38,6 %), weshalb der These auch die notwendige Zustimmung aus allen Gruppen fehlte, um in das Sofortprogramm aufgenommen zu werden.

***These 1 B** Gesamtauswertung*



***These 1 B** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*



These 1 C:
Einstufige juristische Ausbildung (Loccum)

Die einstufige juristische Ausbildung sollte erneut erprobt werden.

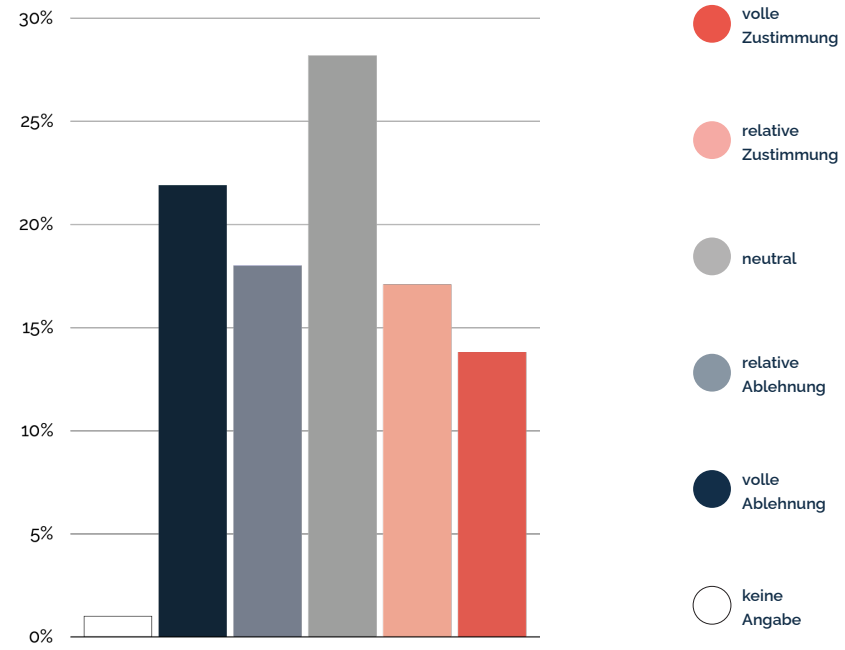
Thesenhintergrund

Diese These wurde in der Literatur häufiger insbesondere Anfang der 2000er diskutiert. Wir zählten 10 Pro-Argumente bei 11 Contra-Argumenten. Die früheste Erscheinung der These war in 2000. Nach 2006 gab es eine größere Diskussion der These erst 2019/2020, wie aus der Literaturauswertungstabelle ersichtlich ist.

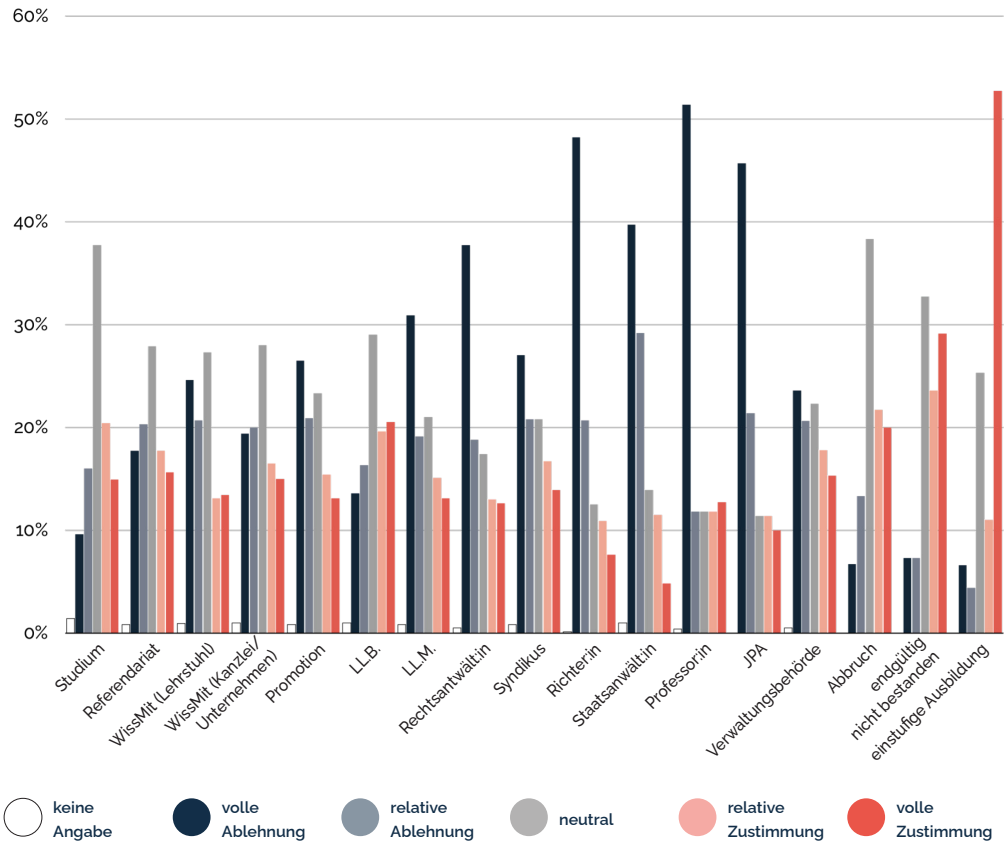
Was auffällt

Viele der Abstimmenden scheinen sich eher unsicher zu sein. Am meisten wurde neutral abgestimmt („3“) mit 28,2 %. Die Ablehnung liegt bei kombiniert 39,9 %, die Zustimmung bei kombiniert 30,9 %. Bei Studierenden war die Neutralität mit 37,7 % besonders hoch. Anders als erwartet, erreicht die einstufige Ausbildung, bei denjenigen die sie selbst durchlaufen haben, eine absolute Mehrheit (52,7 %) für die volle Zustimmung.

***These 1 C** Gesamtauswertung*



***These 1 C** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*



These 1 D:
Reduzierung des Prüfungsstoffs

Der Prüfungsstoff für die Erste juristische Staatsprüfung sollte reduziert werden.

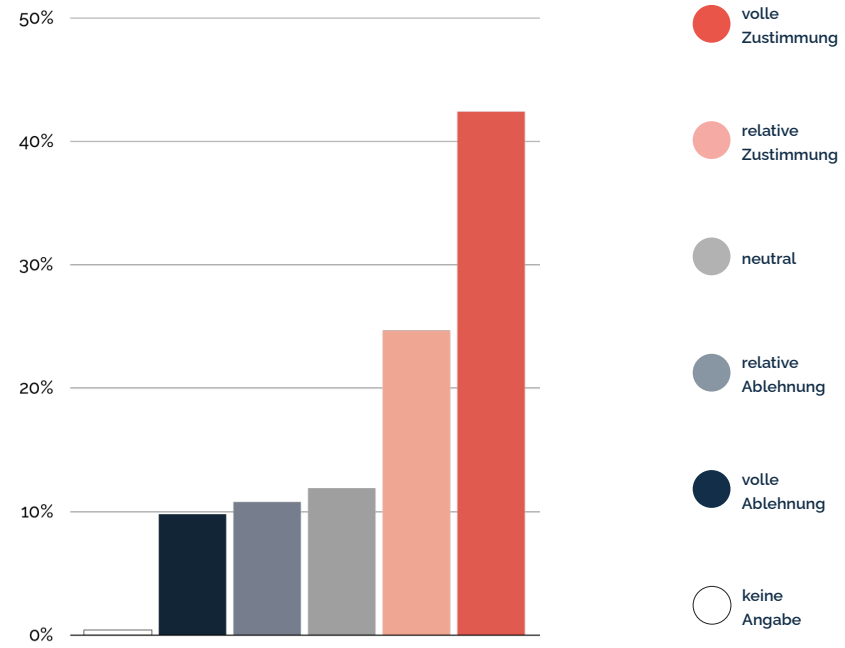
Thesenhintergrund

Diese These wurde in der Literatur im beobachteten Zeitraum nahezu durchgängig diskutiert. Wir zählten 22 Pro-Argumente bei nur 6 Contra-Argumenten. Die früheste Erscheinung der These war in 2000.

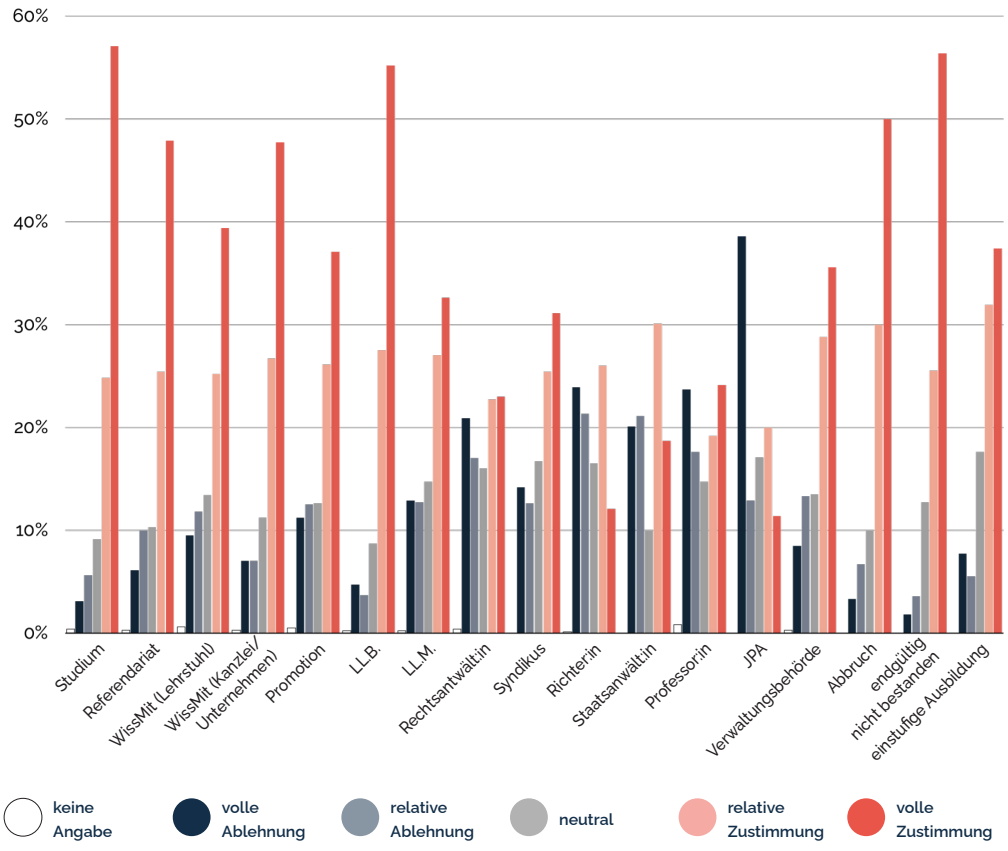
Was auffällt

Eine absolute Mehrheit von 67,1 % spricht sich für die Reduktion des Prüfungsstoffs aus. 20,6 % lehnen die These ab. Mit steigendem Alter zeigt sich sehr deutlich eine sinkende Zustimmung. Unter den 17- bis 30-jährigen hat die volle Zustimmung in fast allen Jahrgängen eine absolute Mehrheit. Es zeigt sich, dass weibliche Teilnehmende der These häufiger ihre absolute Zustimmung („5“) aussprechen. Bei den Professor:innen ist die Ablehnungsrate erwartet hoch, wobei die Zustimmungsrate jedoch auch leicht überwiegt. Auch bei Praktiker:innen ist die Ablehnung höher als der Durchschnitt.

***These 1 D** Gesamtauswertung*



***These 1 D** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*



These 1 F:
Legal Tech

Legal Tech sollte Bestandteil des Studiums werden.

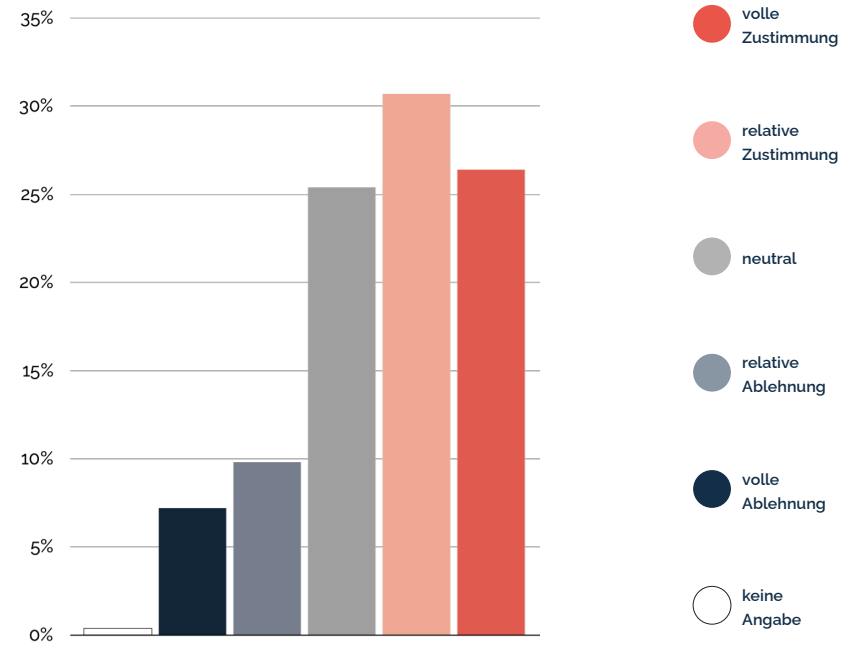
Thesenhintergrund

Diese These wurde in der Literatur sehr viel diskutiert. Aus den ausgewerteten Literaturbeiträgen waren 24 Pro-Argumente zu zählen, während fünf Contra-Argumente zu verzeichnen waren. Im Zeitraum der vergangenen fünf Jahre war ein besonderer Auftrieb der Diskussion zu beobachten. Das liegt im Wesentlichen daran, dass die Präsenz und Einbettung von Legal Tech-Mechanismen in der Praxis in den vergangenen Jahren stark zunahm.

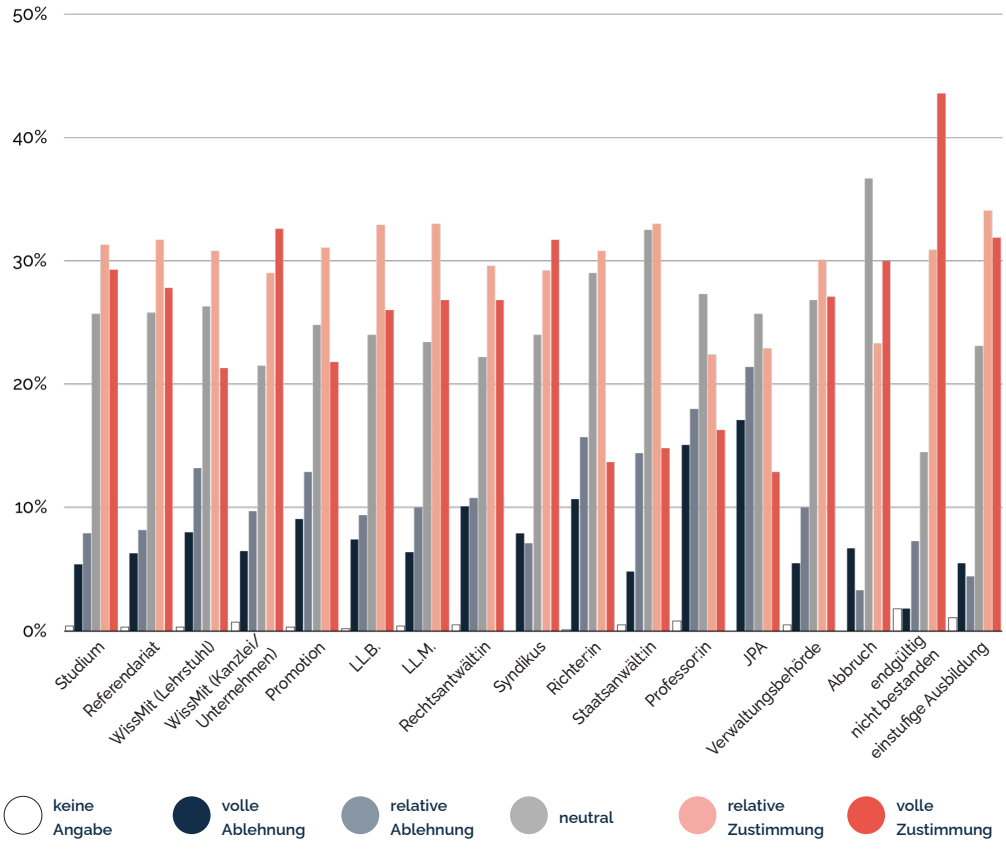
Was auffällt

57,1 % der Abstimmenden sprachen sich für Legal Tech als Bestandteil des Studiums aus. Demgegenüber lehnten nur 17 % diese These ab. Auch ältere Generationen stimmen dieser These mit großer Mehrheit zu. Unter Professor:innen und Richter:innen ist die Ablehnung tendenziell höher, jedoch überwiegt weiterhin die Zustimmung deutlich. Bei JPA-Mitarbeitenden ist die Ablehnung höher als die Zustimmung.

***These 1 F** Gesamtauswertung*



***These 1 F** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*



These 1 G:
Methoden der Sozialwissenschaften

Die Methoden der Sozialwissenschaften sollten in das Studium integriert werden.

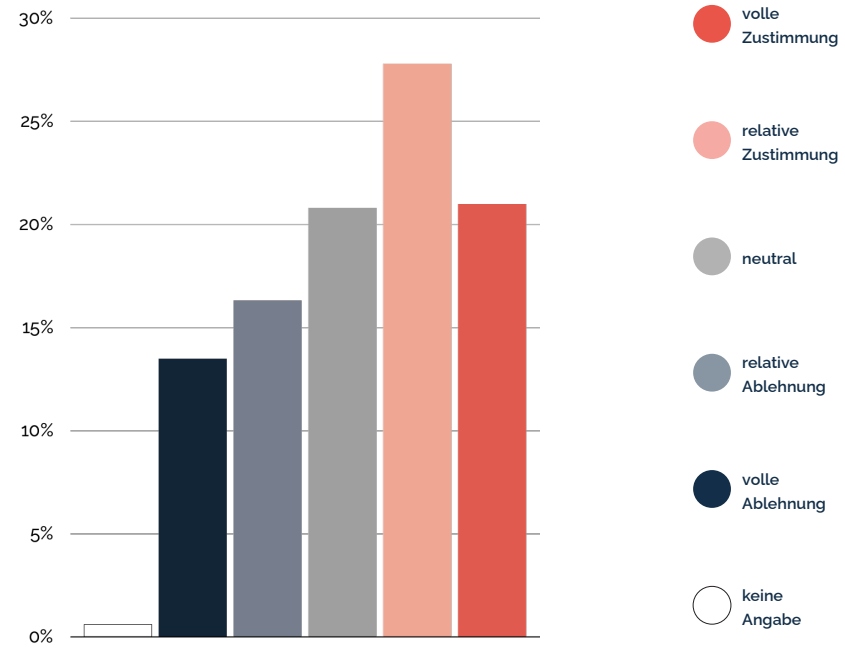
Thesenhintergrund

Die These wurde v. a. von Prof. Dr. Stephan Breidenbach und Prof. Dr. Ulla Gläßer, LL.M (UC Berkeley) in ihrem Eckpunktepapier für eine neue Juristenausbildung diskutiert. Aufgegriffen wurde sie zudem in einem weiteren Artikel, der 2014 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung erschien.

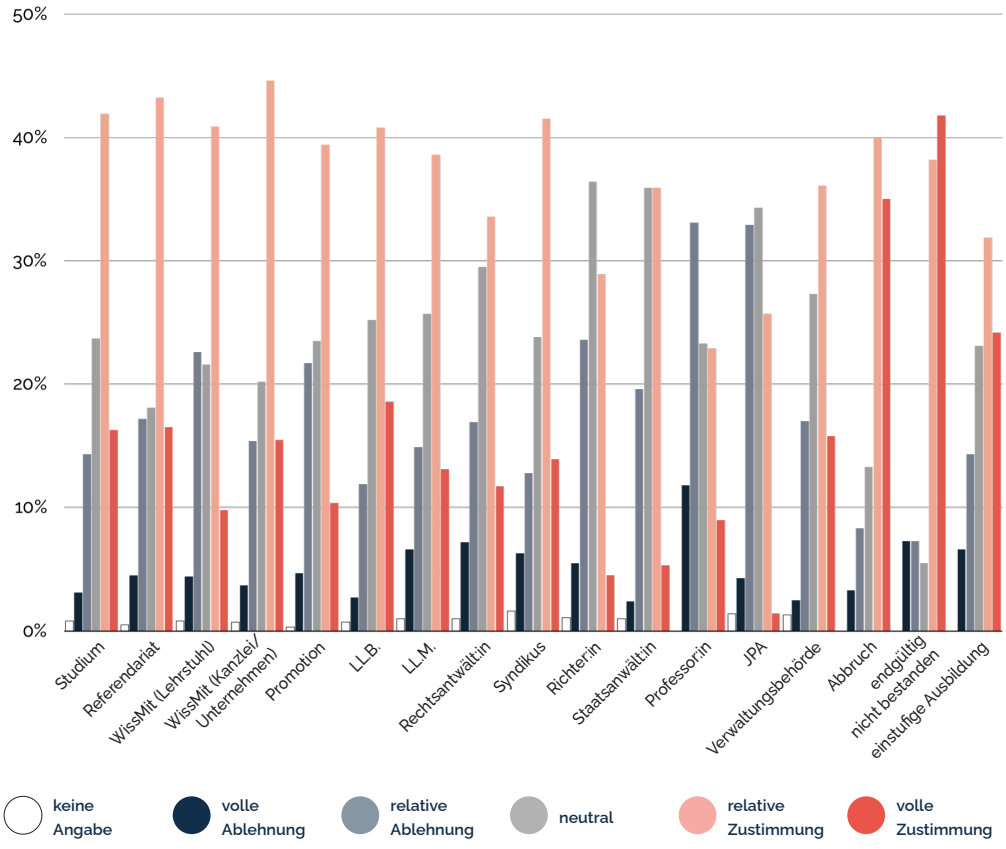
Was auffällt

Erkennbar ist, dass sich nur 21,0 % vollständig und 27,8 % der Abstimmenden überwiegend (insgesamt 48,8 %) für die stärkere Einbindung der Methoden der Sozialwissenschaften ins Studium aussprechen. Die Ablehnung liegt mit 29,8 % deutlich geringer. Die Ablehnungsquoten der Praktiker:innen sind tatsächlich überdurchschnittlich, jedoch überwiegt die Zustimmung weiterhin.

***These 1 G** Gesamtauswertung*



***These 1 G** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*



These 1 H:
Mediation

Mediation und sonstige außergerichtliche Streitbeilegung sollte Bestandteil des Studiums werden.

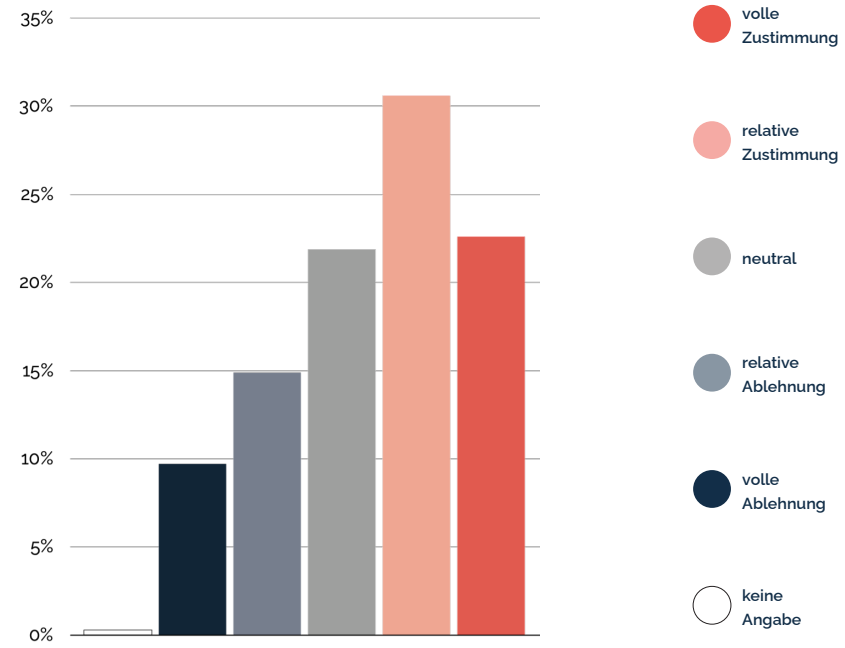
Thesenhintergrund

Die Einbindung der Mediation bzw. von Methoden der außergerichtlichen Streitbeilegung ist eine These, die nicht besonders im Zentrum der Aufmerksamkeit der Debatte um die juristische Ausbildung stand. Sie wird jedoch vor allem vom Wissenschaftsrat in seinem Gutachten aus dem Jahr 2012 betont sowie Neuerdings auch von den Professor:innen Stephan Breidenbach und Ulla Gläßer in ihrem Konzept der New School of Law hervorgehoben. Insgesamt lässt sich in dieser Hinsicht nur Zuspruch und keine Gegenrede finden.

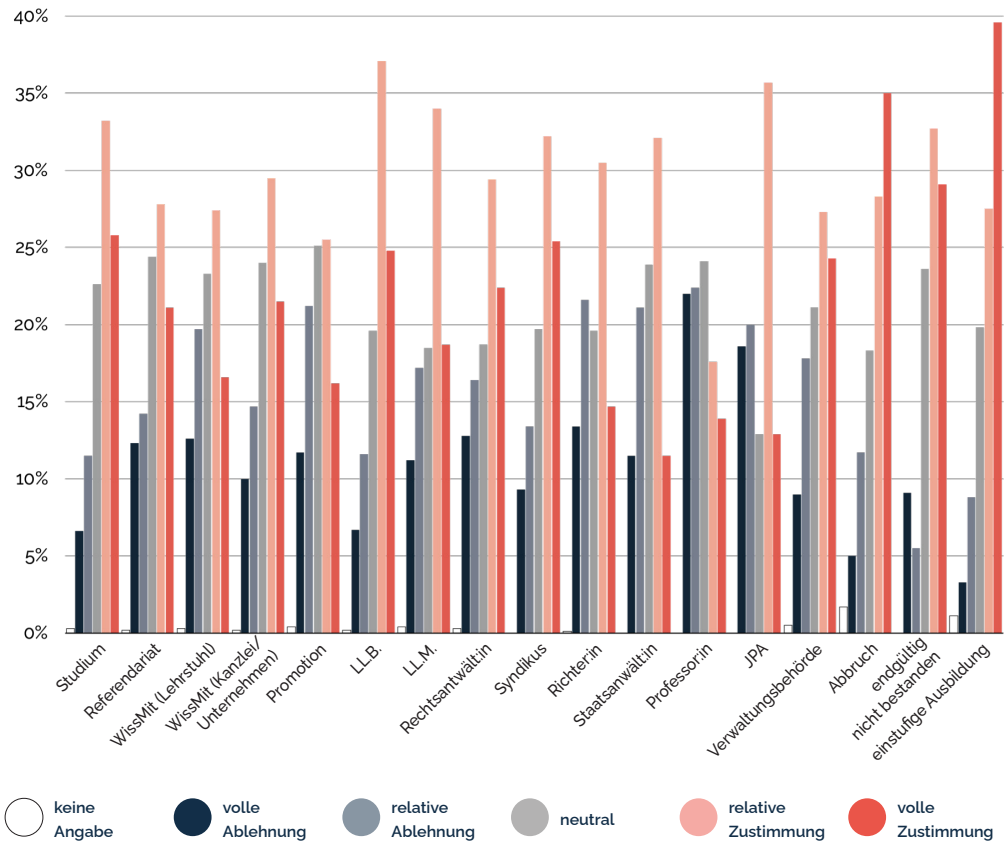
Was auffällt

Insgesamt gab es eine relative Zustimmung mit 53,2 % aller Abstimmenden für die Mediationsausbildung, bei einer Ablehnung von 24,6 %. Lediglich in Bezug auf einen Teil der Abstimmenden, nämlich den Anwält:innen und den Professor:innen, traf unsere Einschätzung zu, dass die Ersteren der These zustimmend und die Letzteren der These eher ablehnend gegenüberstehen. Bei weiblichen Teilnehmer:innen liegt die Zustimmung um mehr als 10 Prozentpunkte höher als bei den männlichen Teilnehmern (58,7 % zu 46,9 %).

***These 1 H** Gesamtauswertung*



***These 1 H** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*



These 1 I:
Schwerpunktstudium

Der Schwerpunkt sollte abgeschafft werden.

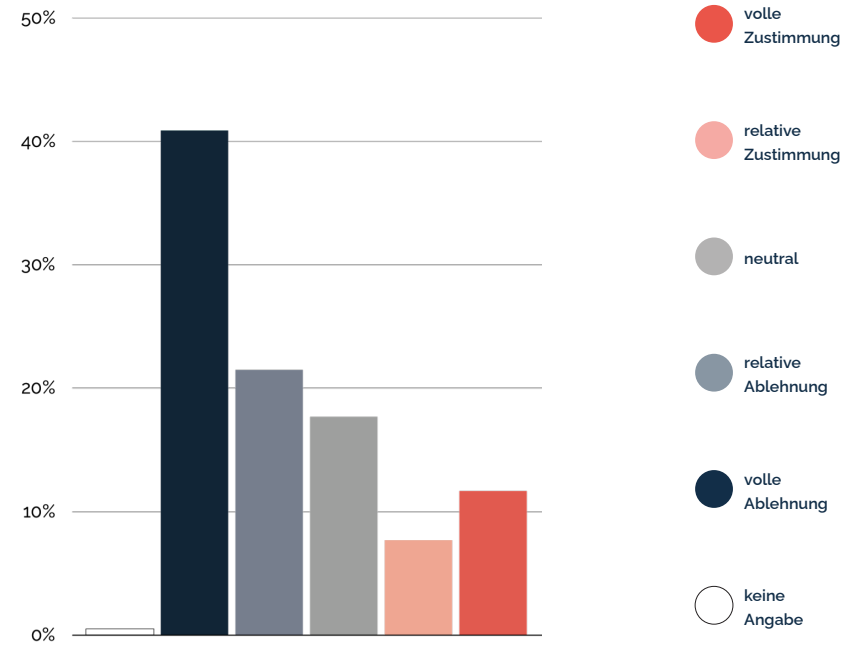
Thesenhintergrund

Das Schwerpunktstudium wurde als universitärer Teil der ersten juristischen Prüfung 2003 eingeführt und geht mit 30 % in die Gesamtnote ein. Jede juristische Fakultät verfügt über unterschiedliche Schwerpunktbereiche, die vor oder nach dem staatlichen Teil durchlaufen werden können. Seit der Einführung wird in weiten Teilen der Literatur darüber diskutiert, ob das Schwerpunktstudium den Abschluss bereichert hat.

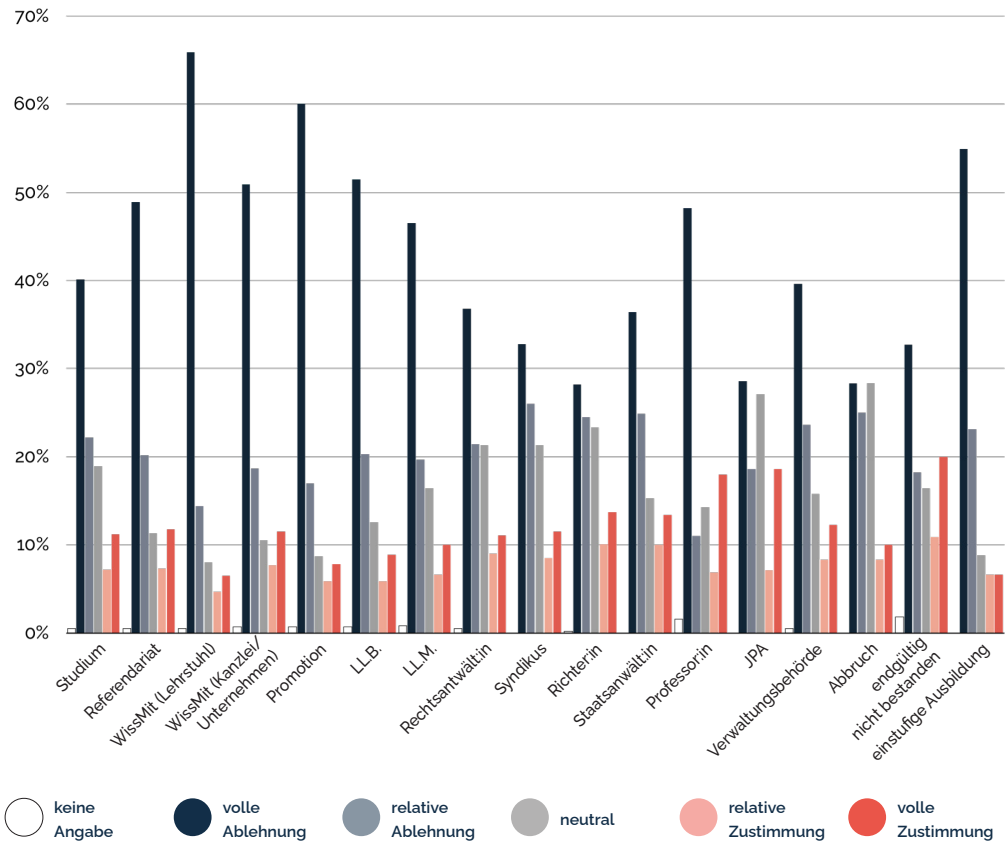
Was auffällt

Die These wurde in weiten Teilen (mit 62,4 % der Abstimmenden) abgelehnt, das Schwerpunktstudium wird also von den Teilnehmenden größtenteils als positiver Bestandteil des Studiums angesehen. Die Zustimmung liegt bei 19,4 %. Es ist eine deutliche Ablehnung der These unter den 20–35-Jährigen zu erkennen, aber auch unter den 38–59-Jährigen bleibt sie im unteren Bereich. Alle Berufsgruppen, mit Ausnahme der JPA-Mitarbeitenden (relative Mehrheit), lehnen die These mit einer absoluten Mehrheit ab. Besonders hoch ist die vollständige Ablehnung („5“) bei Wissenschaftlichen Mitarbeitenden am Lehrstuhl und Promovenden mit über 60 %.

***These 1 I** Gesamtauswertung*



***These 1 I** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*



These 1 J:
Bundesweites Abschichten

In allen Bundesländern sollte das sogenannte Abschichten ermöglicht werden.

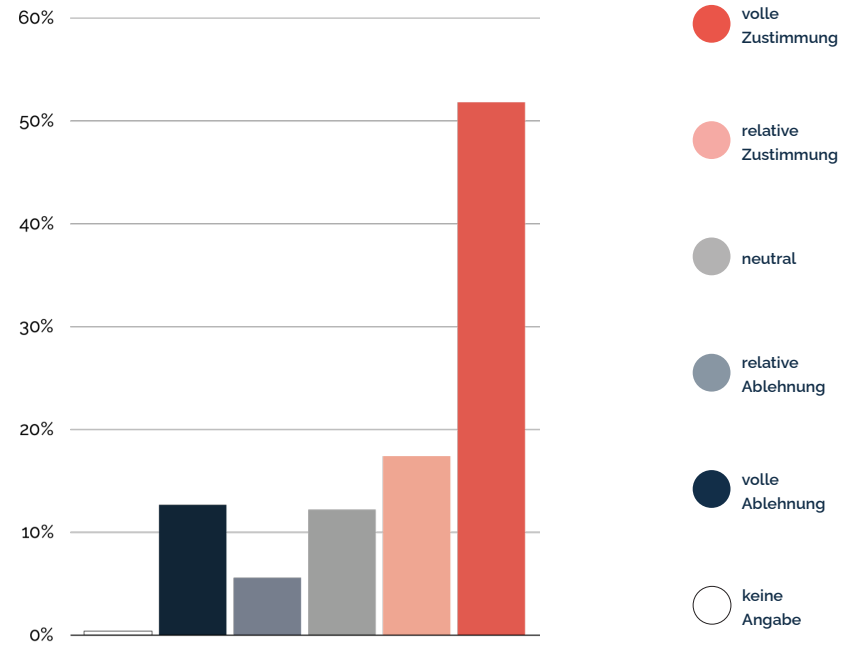
Thesenhintergrund

Diese These wurde von Elisa Hoven in der FAZ Einspruch diskutiert. Es wurden dabei sieben Pro- und vier Contra-Argumente in der Literatur gefunden.

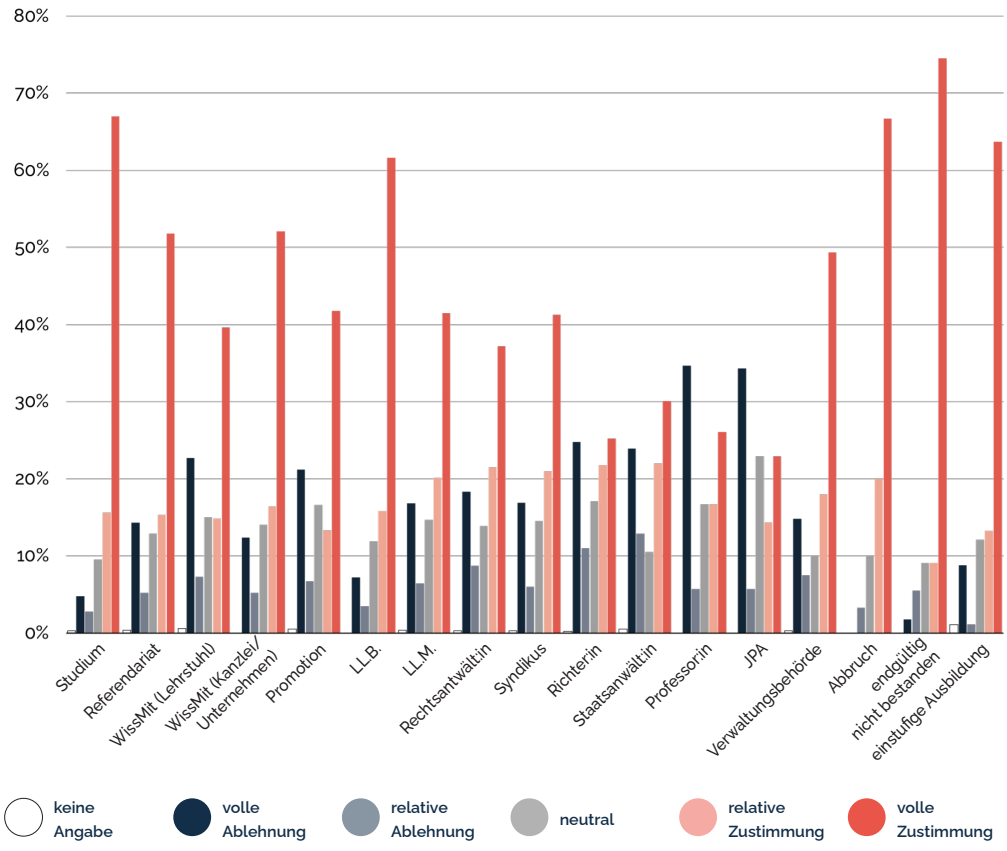
Was auffällt

Die These hat eine absolute Mehrheit (51,8 % der Abstimmenden) für die volle Zustimmung erhalten. Kombiniert mit der relativen Zustimmung eine Mehrheit von 69,2 %. Die Ablehnung liegt bei 18,3 %. Die volle Zustimmung sinkt deutlich mit zunehmendem Alter. Bei weiblichen Teilnehmerinnen (59,5 %) ist die volle Zustimmung deutlich höher als bei männlichen Teilnehmern (43,3 %). Entgegen unseren Erwartungen besteht bei den Verwaltungsbehörden eine eher zustimmende Haltung. Die erwartete zustimmende Haltung der Studierenden und die erwartete ablehnende Haltung der Justizprüfungsämtern und Professor:innen wurde jedoch bestätigt.

***These 1 J** Gesamtauswertung*



***These 1 J** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*



These 1 K:
E-Examen

Das „E-Examen“ sollte in allen Bundesländern eingeführt werden.

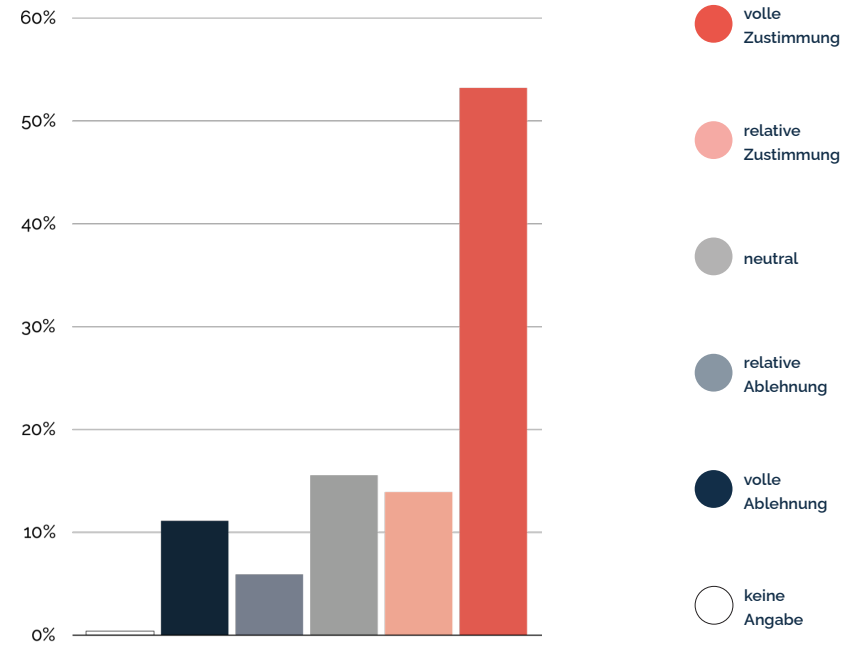
Thesenhintergrund

Die These wurde in verschiedenen Quellen diskutiert. Wir konnten 8 pro- und 5 contra-Argumente herausfiltern. Die erste Quelle dazu fand sich bereits im Jahr 2005. Die meisten Artikel zum Thema wurden 2019/20 veröffentlicht.

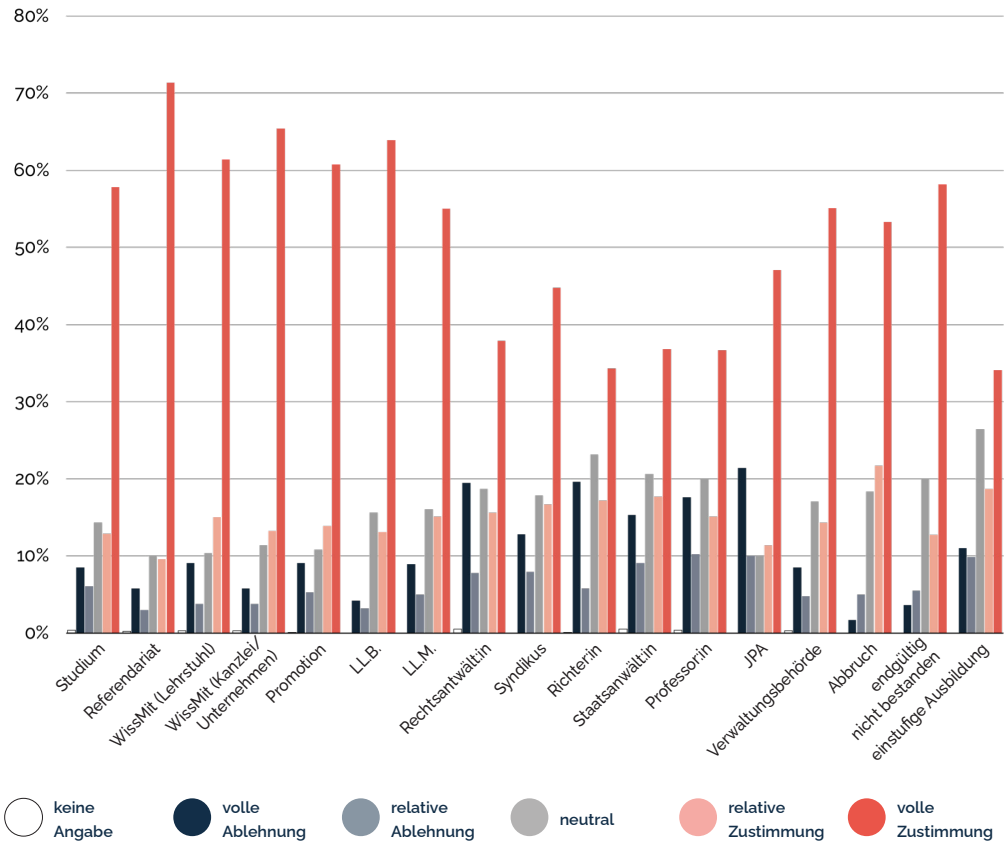
Was auffällt

Eine absolute Mehrheit von 67,1 % der abstimmenden Personen spricht sich für die Einführung des E-Examens aus. Nur weniger als ein Fünftel (17,0 %) der Abstimmenden ist gegen die Einführung. Die These erreicht sogar unter der vollständigen Zustimmung („5“) eine absolute Mehrheit der Stimmen mit 53,2 %. Bis zu einem Alter von 29 Jahren (angefangen mit 61,5 % bei 18 Jahren) steigt die vollständige Zustimmung auf 71,5 %, womit sie ihren Höhepunkt erreicht und sodann konstant mit zunehmendem Alter abnimmt. Die höchste Zustimmung findet sich unter den Referendar:innen (81 %), gefolgt von Wissenschaftlichen Mitarbeitenden in der Kanzlei (78,6 %) und am Lehrstuhl (76,4 %). Eine besonders hohe Ablehnung findet sich bei den JPA Mitarbeitenden (31,4 %), Professor:innen (27,8 %) und Richter:innen (25,4 %).

***These 1 K** Gesamtauswertung*



***These 1 K** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*



These 1 L:
Online-Datenbanken

Der Zugriff auf Online-Datenbanken sollte in der Ersten juristischen Staatsprüfung erlaubt werden.

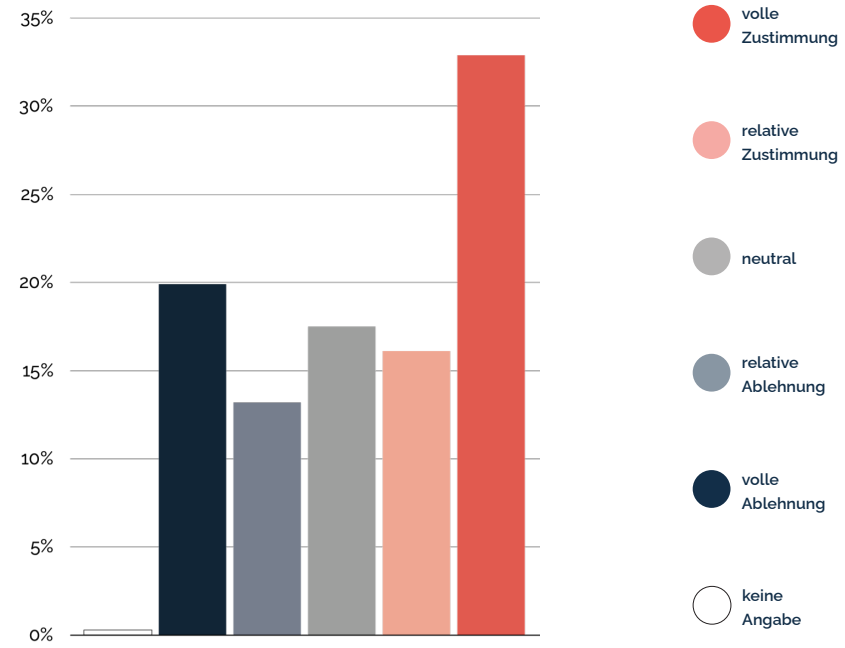
Thesenhintergrund

Die These wurde von wenigen Akteur:innen diskutiert. Insgesamt haben wir neun Pro-Argumente gezählt, vorgebracht von drei Personen. Contra-Argumente fanden sich in der Literatur nicht. Da die erstmalige Nennung dieser These aus einer Veröffentlichung von 2019 stammt, war die Debatte zum Zeitpunkt der Auswertung noch nicht weit fortgeschritten. Die Argumente bezogen sich v.a. auf die Verwendung von Handkommentaren in den Prüfungen. Diese Argumente sind jedoch übertragbar, weil auch bei der Verwendung von Online-Datenbanken der Zugang zu Kommentaren im Zentrum stehen dürfte. Die meisten Argumente beziehen sich darauf, dass man die den Praktiker:innen zur Verfügung stehenden Hilfsmittel auch in der Prüfungssituation zugänglich macht. Sie beziehen sich deshalb sowohl auf Kommentare als auch auf Online-Datenbanken. Der Unterschied besteht jedoch darin, dass physische Kommentare beschränkt werden könnten wie in der Prüfung zum 2. Examen.

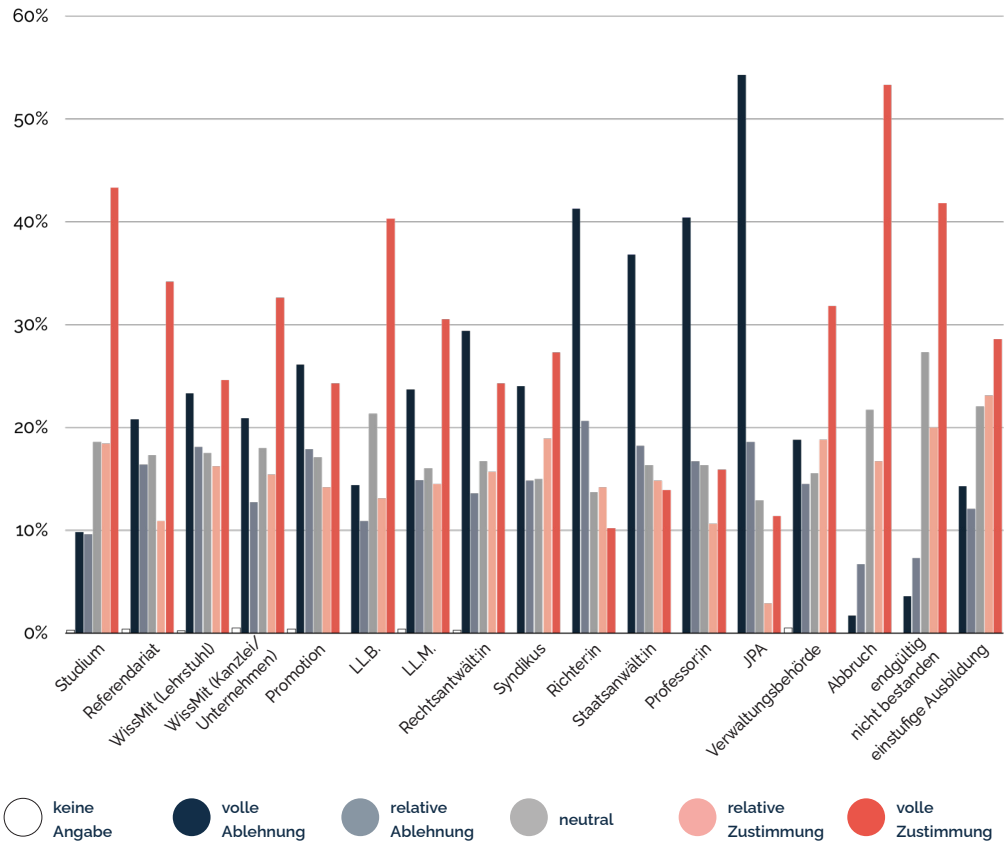
Was auffällt

Die These findet keine absolute, nur eine relative Mehrheit. 49 % befürworten die Verwendung von Online-Datenbanken, bei einer Ablehnung von 33,1 %. Tendenziell ist die Unterstützung bei jüngeren Befragten höher, während die Ablehnung in der Tendenz umso stärker ist, je älter die Abstimmenden sind. Bei den Teilnehmenden bis 22 Jahren ist die Ablehnung besonders gering mit unter 21 %. Ab einem Alter von 28 Jahren liegt die Ablehnungsquote, mit wenigen Ausnahmen, konstant über dem Durchschnitt. Während Studierende, Referendar:innen, wissenschaftliche Mitarbeitende und Personen, die das Studium abgebrochen oder endgültig nichtbestanden haben,besonders deutlich zustimmen, sieht dies insbesondere unter Praktizierenden anders aus. Die Rechtsanwaltschaft ist relativ uneinig, eine relative Mehrheit lehnt voll ab; bei Syndizi stimmt eine relative Mehrheit voll zu. Bei Richter:innen, Staatsanwält:innen, aber auch bei Professor:innen und JPA-Mitarbeitenden ist die volle Ablehnung sehr deutlich.

***These 1 L** Gesamtauswertung*



***These 1 L** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*



These 1 M:
Handkommentare

In der Ersten juristischen Staatsprüfung sollten Handkommentare zugelassen werden.

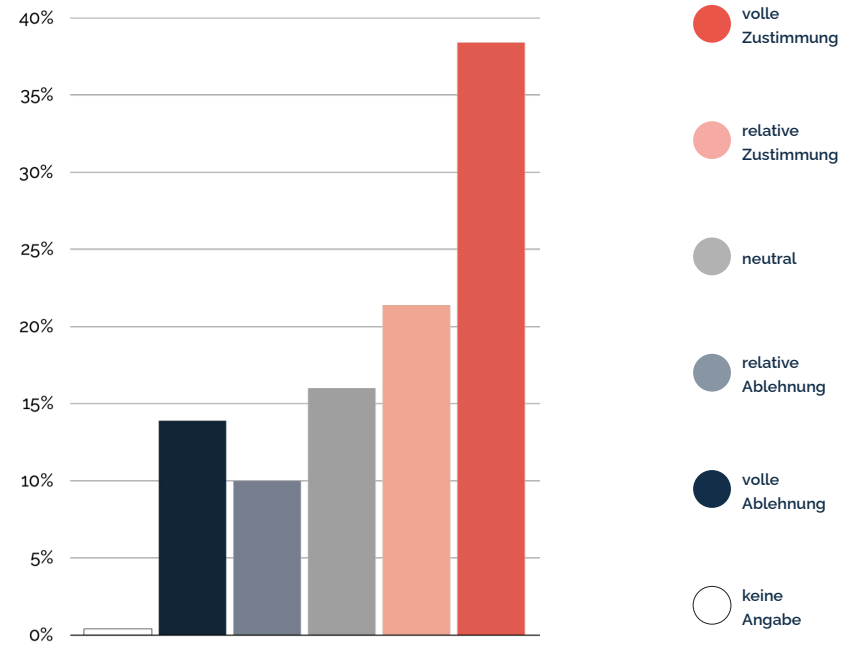
Thesenhintergrund

Ob während der ersten juristischen Staatsprüfung der Zugriff auf Handkommentare erlaubt sein soll, wurde in der Literaturrecherche umfangreich dargestellt. Insgesamt wurde diese Debatte unter neun Pro- und sechs Kontraargumenten zusammengefasst. Dabei wurde im Wesentlichen diskutiert, ob die Verwendung bloßes Auswendiglernen verhindert und das Transferverständnis stärkt. Trotz historischer Bedeutung dieses Diskurses wurde vor allem die Literatur aus den vergangenen drei Jahren herangezogen. Ein Transfer der Verwendungsmöglichkeit von Hilfsmitteln, wie den Handkommentaren, von dem zweiten Staatsexamen hin zum ersten Staatsexamen gewann in den vergangenen Jahren mehr und mehr an Bedeutung.

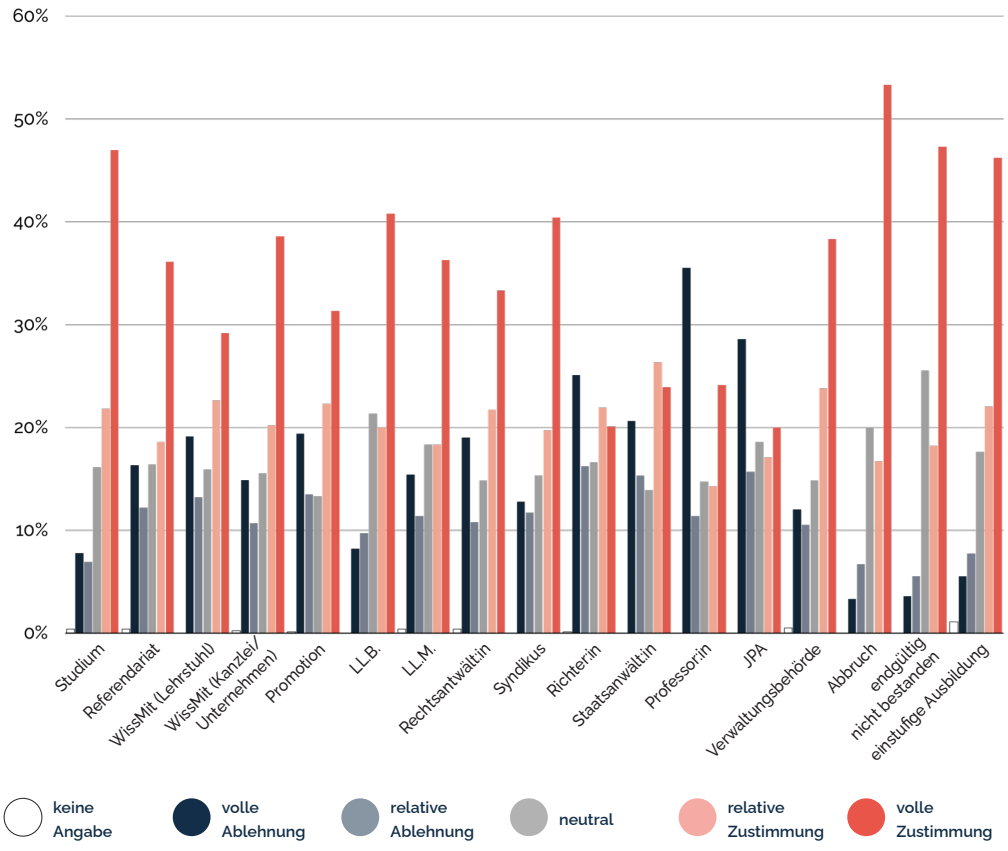
Was auffällt

Die Nutzung von Handkommentaren erreichte eine absolute Mehrheit der Abstimmenden an Zustimmung von 59,8 % bei einer Ablehnung von 23,9 %. Eine volle Zustimmung („5“) nimmt mit zunehmendem Alter ab, die kombinierte Zustimmung („4“ und „5“) bleibt weitestgehend konstant. Besonders hoch ist eine Ablehnung der These bei Personen mit einem Notenabschluss von 14-16 Punkten mit einer absoluten Mehrheit von 52,1 %. Unter Studierenden besteht eine Zustimmung mit absoluter Mehrheit von 68,8 %, unter Praktiker:innen und Richter:innen findet sich zumindest eine relative Mehrheit. Bei Professor:innen und JPA-Mitarbeitenden besteht eine relative Mehrheit für die Ablehnung der These.

***These 1 M** Gesamtauswertung*



***These 1 M** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*



These 1 N:
Unabhängige Bewertung

Die Korrektor:innen sollten die Gutachten der Klausuren ohne Kenntnis und unabhängig der anderen Korrektor:innen bzw. deren Bewertung anfertigen.

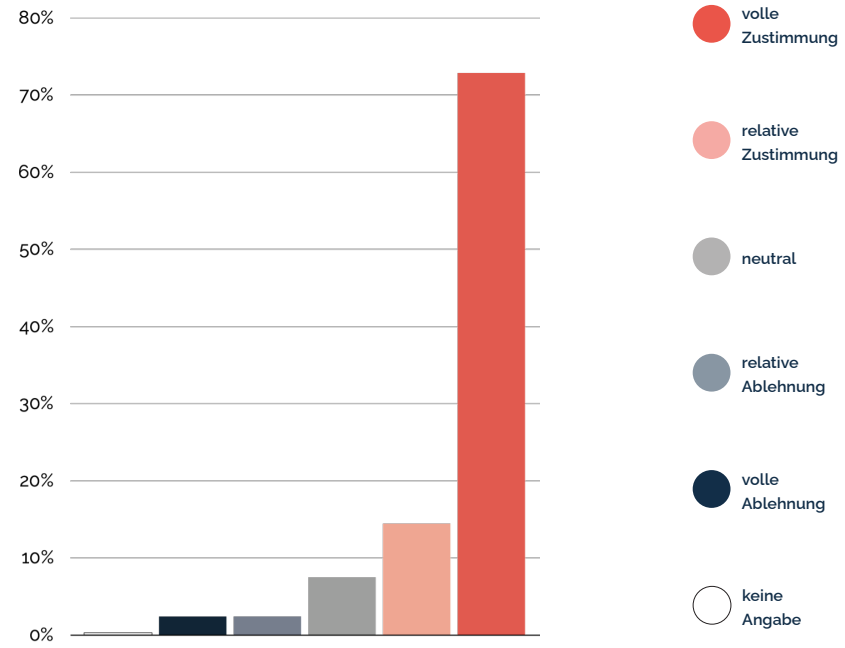
Thesenhintergrund

Die These stammt von Frau Prof. Dr. Elisa Hoven in einem LTO-Interview aus dem Jahr 2019 sowie einem Artikel in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (2020). Es wurden dazu ausschließlich pro-Argumente in der Literatur gefunden.

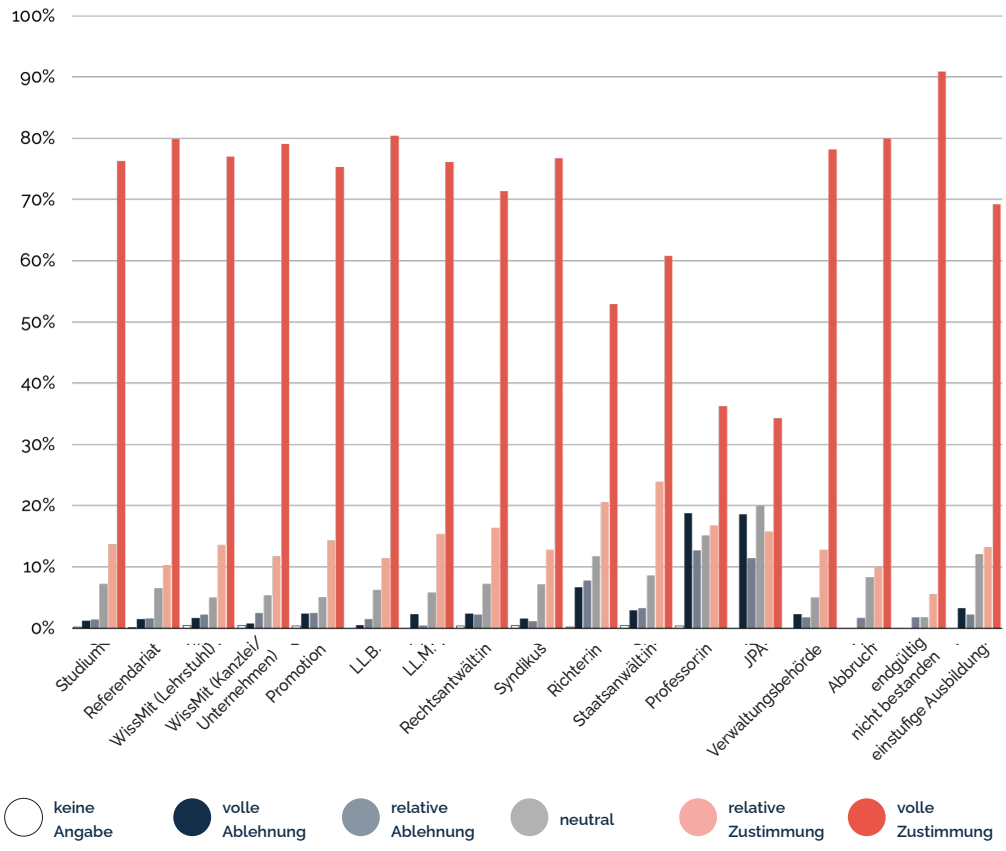
Was auffällt

72,9 % aller Befragten stimmten der These vollständig zu und weitere 14,5 % überwiegend. Damit wünschen sich 87,4 % eine unabhängigere Bewertung der juristischen Klausuren im ersten Staatsexamen. Nur jeweils 2,4 % der Befragten lehnen die These vollständig oder zumindest überwiegend ab. Die große Zustimmung zeigt sich über alles Altersgruppen hinweg. Nur Professor:innen und JPA- Mitarbeitende stehen der These kritischer gegenüber mit einer vollen Zustimmung (“5“) von „nur“ 36,3 % respektive 34,3 % und einer vollen Ablehnung (“1“) von knapp über 18 %. Doch auch unter Professor:innen findet die These insgesamt mehrheitlich (53 %) Zustimmung (“4“ und „5“). JPA Mitarbeiter:innen stimmten zu 50 % für die These (“4“ und „5“) und lehnten die These zu 30 % ab (“1“ und „2“).

***These 1 N** Gesamtauswertung*



***These 1 N** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*



These 1 O:
Argumentation abseits der Lösungsskizze

Im Studium sollte die Argumentation abseits der Lösungsskizze gestärkt werden.

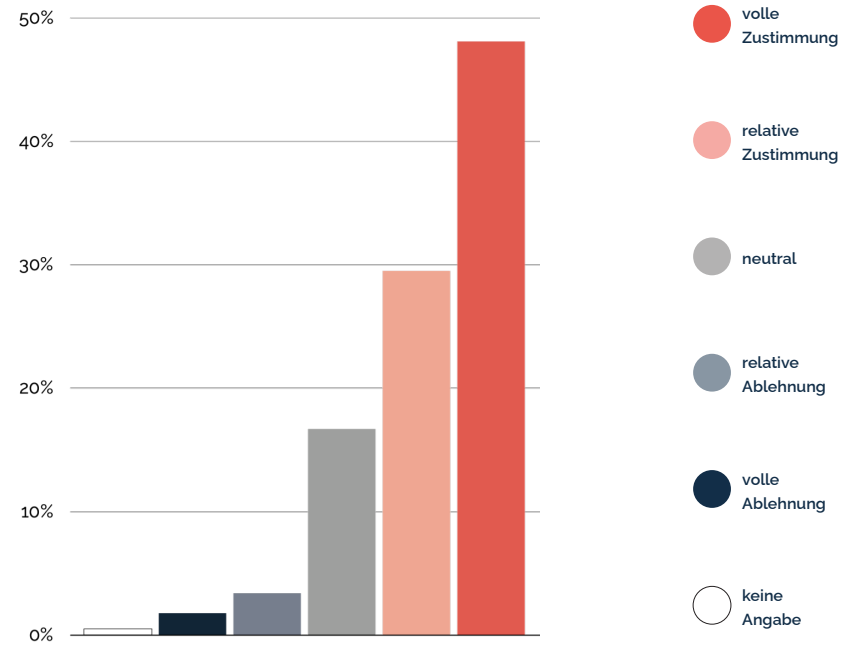
Thesenhintergrund

Die These, dass abseits der Lösungsskizze ein breiterer Argumentationsspielraum eröffnet werden sollte, ist keine These, die im Zentrum der Debatte um die juristische Ausbildung steht. Sie wurde jüngst vor allem von den Professor:innen Stephan Breidenbach, Ulla Gläßer und Marietta Auer betont. Der These werden in diesem Kontext keine Gegenargumente entgegengebracht.

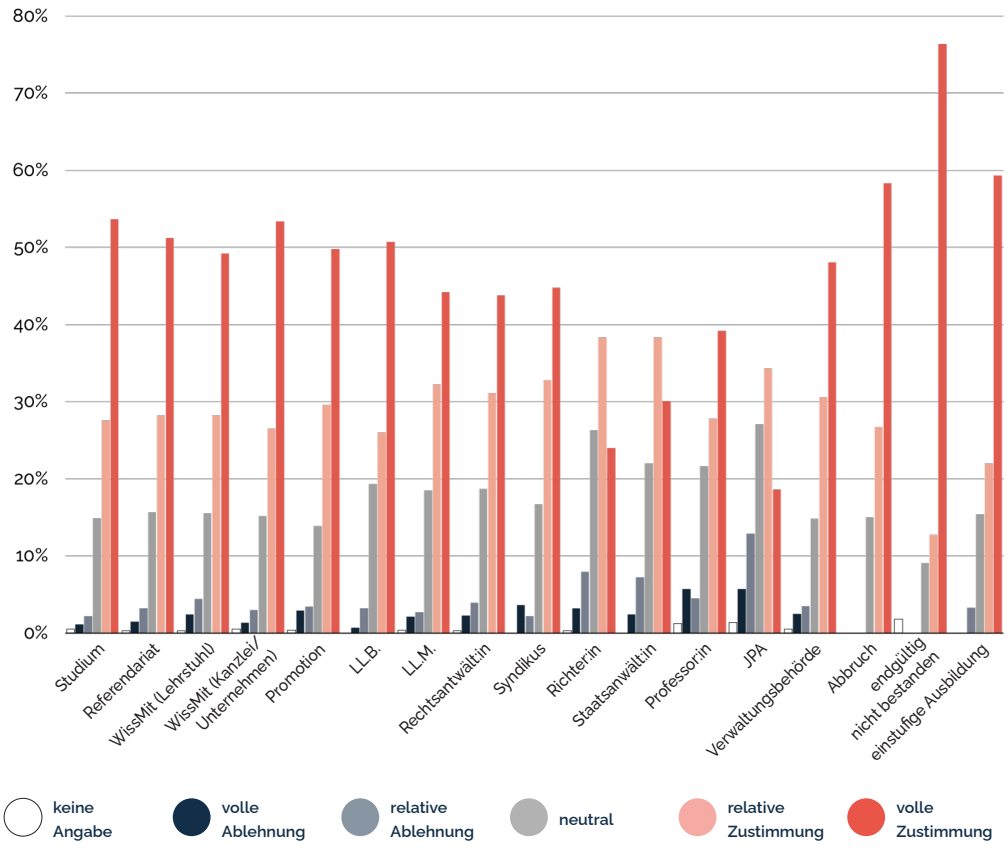
Was auffällt

Insgesamt zeigts ich eine Zustimmung von 77,6 % zu der These bei einer Ablehnung von nur 5,2 % mit Blick auf alle Abstimmenden. Über alle Gruppen hinweg besteht eine deutliche Zustimmung zur These. Es lässt sich jedoch feststellen, dass Personen, die Klausuren schreiben oder zuletzt geschrieben haben höhere Zustimmungsquoten aufweisen, als korrigierende beziehungsweise klausurerstellende Personen.

***These 1 O** Gesamtauswertung*



***These 1 O** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*



These 1 P:
Emotionale Entlastung

Die juristische Ausbildung sollte emotional entlastet werden.

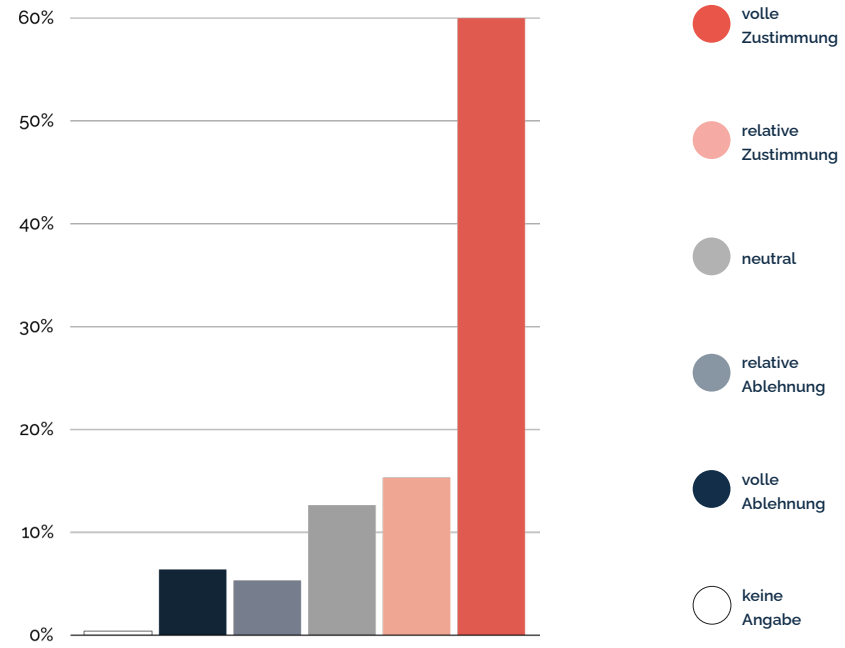
Thesenhintergrund

Aus den ausgewerteten Literaturbeiträgen zu dieser These wurden neun Pro- und fünf Contra-Argumente gesammelt, die insbesondere allgemeingesellschaftliche Fragen aufwarfen. Vor allem aufgrund der starken Subjektivität von emotionaler Belastung war die Recherche dieser These eine von vielen Meinungen geprägte Abwägung.

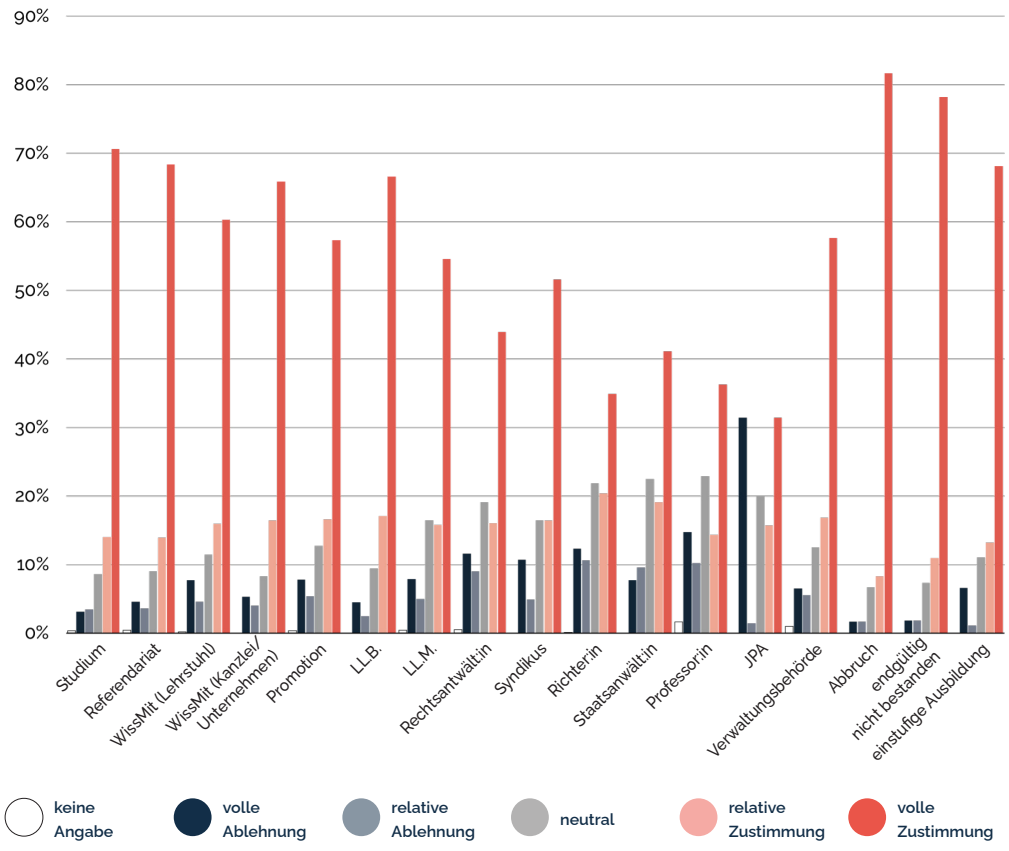
Was auffällt

Die allgemeine Zustimmung liegt bei 75,3 %, die Ablehnung bei 11,7 %. Die volle Zustimmung zur These („5“) nimmt mit steigendem Alter ab. Besonders auffällig ist die hohe volle Zustimmung bei den weiblichen Teilnehmerinnen mit 72,3 %, zu nur 46,4 % bei den männlichen Teilnehmern. Insbesondere unter Studierenden ist die Zustimmung sehr hoch mit 84,6 %. Die Zustimmung unter Mitarbeiter:innen der JPA, Rechtsanwält:innen und Professor:innen war etwas niedriger, jedoch trotzdem hoch und liegt bei ungefähr 50 %.

***These 1 P** Gesamtauswertung*



***These 1 P** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*



These 2 A:
Umstellung auf Bologna-System

Die juristische Ausbildung sollte auf ein Bachelor/ Master-System (Bologna) mit z.B. berufsqualifizierenden Abschlüssen für den Beruf von Richter:innen oder Anwält:innen umgestellt werden.

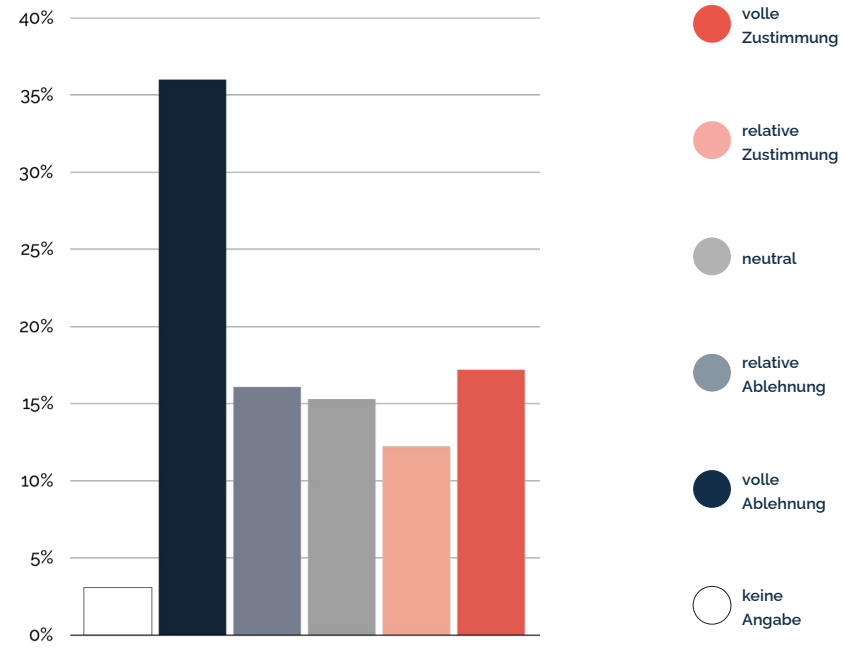
Thesenhintergrund

Die These wurde umfassend diskutiert. So konnten wir jeweils 19 pro- und contra Argumente für bzw. gegen die These aus 14 unterschiedlichen Quellen ausmachen. Die erste Erscheinung der These war 2004, sie wurde aber auch noch bis zum Ende unserer Literaturauswertung 2020 diskutiert.

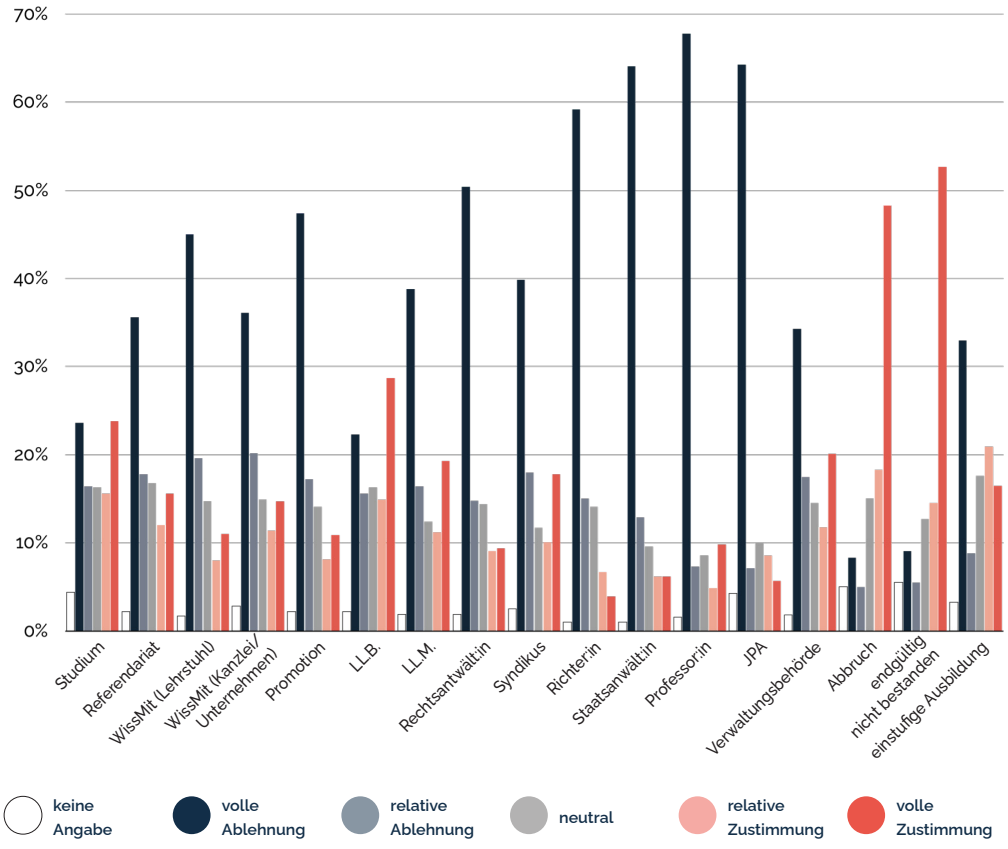
Was auffällt

Die Ablehnung der These durch alle Abstimmenden hat eine absolute Mehrheit mit 52,1 %. Demgegenüber stehen nur 29,4 % der Abstimmenden, die eine Umstellung auf das Bologna-System befürworten würden. Die Ablehnung steigt in der Tendenz mit zunehmendem Alter. Männliche Teilnehmer lehnten die These häufiger ab als weibliche Teilnehmerinnen. Mit steigender Examensnote steigt die vollständige Ablehnung. Bei den Studierenden ist die Zustimmung etwas höher und liegt mit 39,4 % dicht bei der Ablehnung mit 40 %. Darüber hinaus überwiegt die Zustimmung bei Personen die das Studium abgebrochen bzw. das Examen final nicht bestanden haben.

***These 2 A** Gesamtauswertung*



***These 2 A** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*



These 2 B:
Master-Abschluss für den Schwerpunkt

Der Schwerpunkt sollte mit einem Masterabschluss beendet werden.

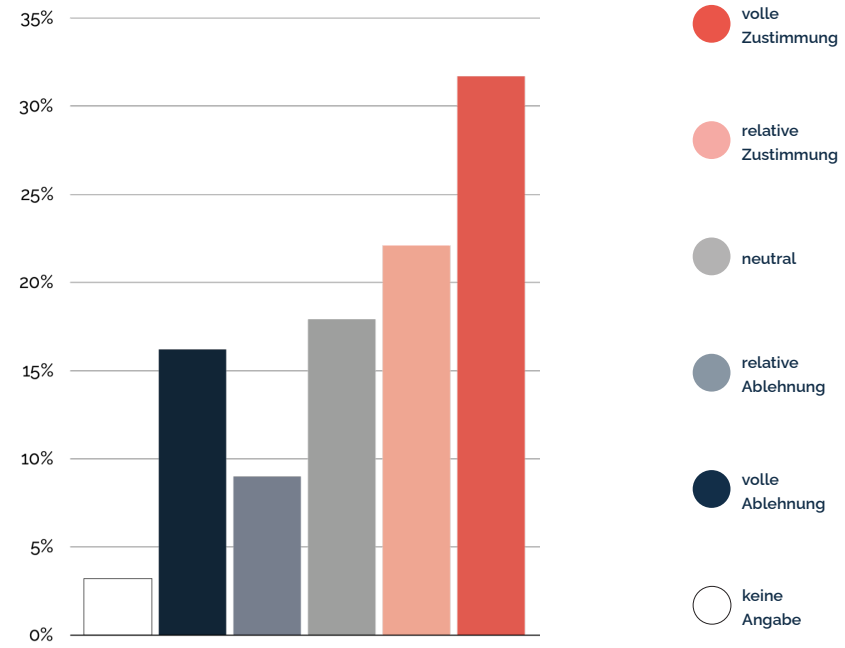
Thesenhintergrund

Die These, den Schwerpunkt zugleich mit einem Master-Abschluss zu beenden, spielt in der Debatte um eine Reform der juristischen Ausbildung im Beobachtungszeitraum eher eine untergeordnete Rolle. Dies zeigt sich daran, dass sie nur vereinzelt überhaupt in den Diskurs eingebracht wird. Es wurden nur vereinzelt Argumente für und gegen die These in die Debatte eingebracht.

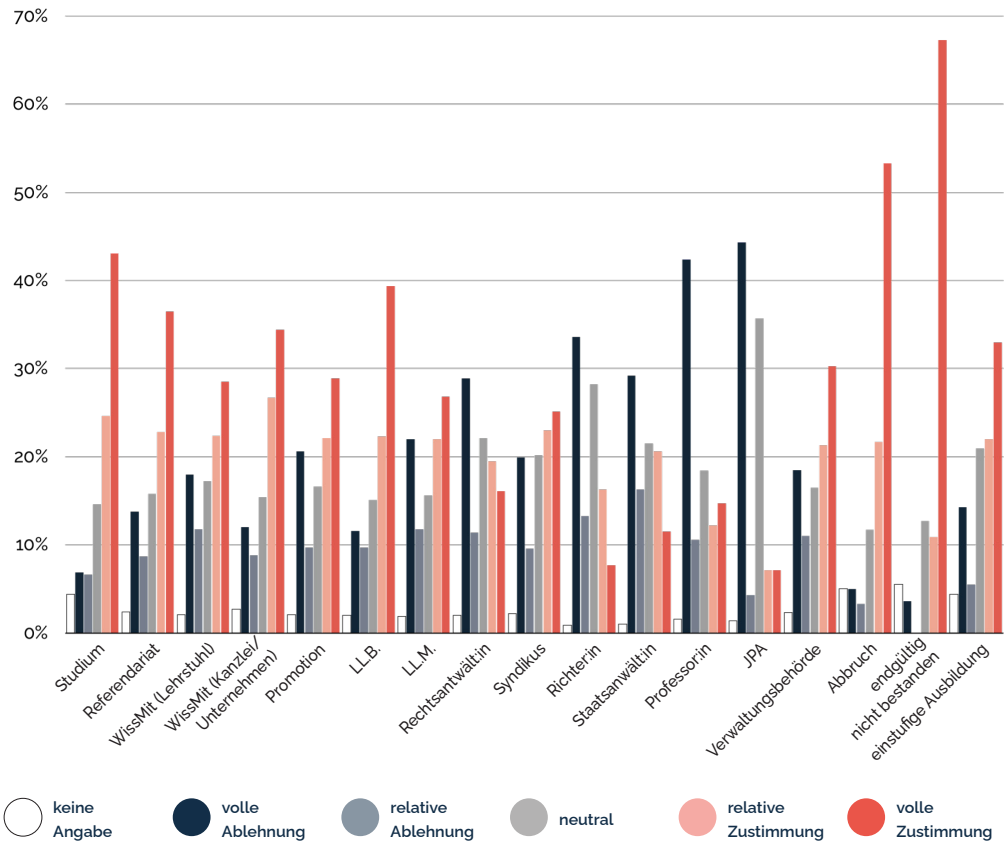
Was auffällt

Betrachtet man die Gesamtheit der Abstimmenden erhält diese These Zustimmung von der Mehrheit der Abstimmenden (“4“ und „5“) mit 53,9 %. Die generelle Zustimmung unter Studierenden von über 67,7 % und Referendar:innen (59,3 %) fällt besonders hoch aus. Ab einem Alter von über 38 Jahren ist eine zunehmend ablehnende Haltung gegenüber der Einführung eines Master-Abschlusses für das Schwerpunktstudium erkennbar. Bei 38-jährigen Abstimmenden wird eine ablehnende Haltung (“1“ und „2“) von 40,8 % der Abstimmenden ausgedrückt. Demgegenüber stehen 43 % Zustimmung (“4“ und „5“). Außerdem stehen 14,6 % der These neutral (“3“) gegenüber. Die ablehnende Haltung verstärkt sich tendenziell mit dem Alter und erreicht bei 65-jährigen Abstimmenden 57 % der abgegebenen Antworten, wenn die Zahl der Teilnehmenden in dem Alter jedoch auch deutlich geringer ist. Je geringer die angegebene Notenstufe der Teilnehmenden ist, desto höher fällt die Zustimmung zu dieser These aus. Zwischen dem Studienort der Teilnehmenden lässt sich kein signifikanter Unterschied erkennen. Jedoch stimmen Abstimmende, die angeben im Ausland zu studieren oder studiert zu haben mit 78,3 % für die Einführung eines Masterabschlusses für den Schwerpunkt. Richter:innen, Staatsanwält:innen und Professor:innen stehen der These eher ablehnend (“1“ und „2“) gegenüber (46,9 %, 45,5 %, 53 % respektive). Besonders hoch ist die vollständige Ablehnung (“1“) unter Mitarbeiter:innen der JPA mit 44,3 % (mit „2“ lehnten 4,3 % der JPA-Mitarbeiter:innen die These ab). Nur 14,2 % der JPA-Mitarbeiter:innen sprachen sich für (“4“ und „5“) diese These aus. Unter Studienabbrecher:innen ist die Zustimmungsquote besonders hoch mit insgesamt 75 %.

***These 2 B** Gesamtauswertung*



***These 2 B** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*



These 2 C:
Laufbahnorientierung

Das Bild der Einheitsjurist:innen (Befähigung zum Richteramt als Voraussetzung für alle staatlich regulierten juristischen Berufe) sollte aufgegeben und stattdessen eine Laufbahnorientierung während der Ausbildung ermöglicht werden.

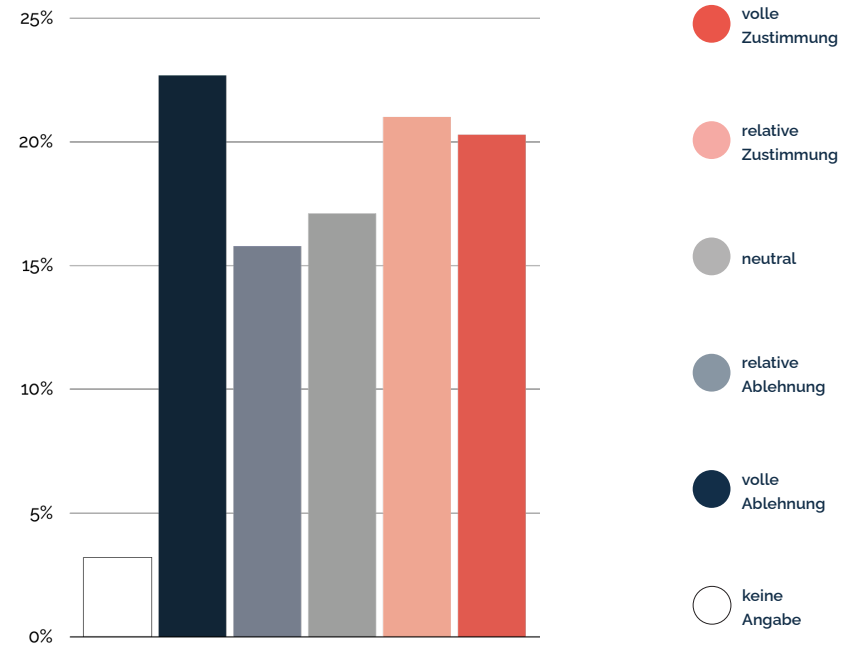
Thesenhintergrund

Das Bild der juristischen Berufe ändert sich im Laufe der Zeit und wird zunehmend auch von Einflüssen der Digitalisierung und des internationalen Marktes geprägt. Die Berufsbilder differenzieren sich stärker aus. Eine Orientierung der Laufbahn während des Studiums scheint in diesem Zusammenhang denkbar und wird hin und wieder diskutiert. Die hierzu ausgetauschten Argumente in der Literatur bewegen sich zwischen den Vorteilen der einheitlichen Ausbildung für alle, die später im juristischen Bereich arbeiten und den Vorteilen der ausdifferenzierten Ausbildung indem Expert:innenwissen an die Gruppen vermittelt werden kann, die dieses Wissen später verwenden können.

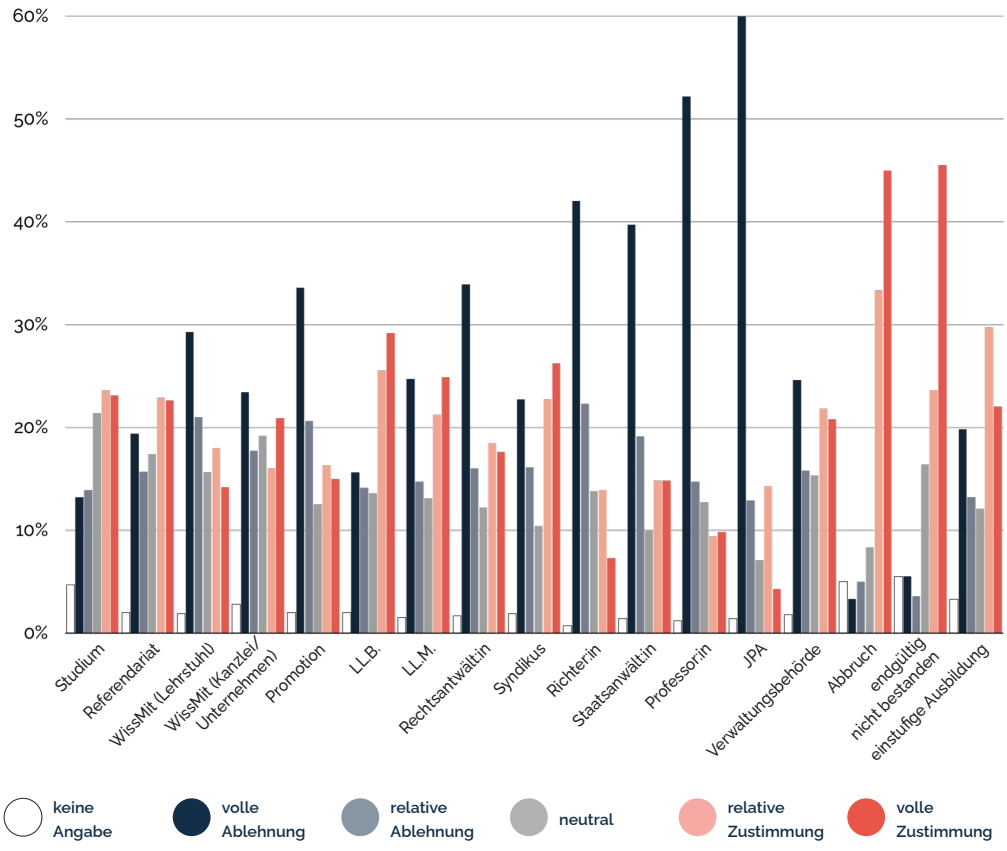
Was auffällt

Betrachtet man die Gesamtheit der Abstimmenden ergibt sich ein ausgewogenes Bild. Die Abstimmenden haben sich zu jeweils zu 15,8 – 22,7 % für eine der Abstimmungsmöglichkeiten (“1“, „2“, „3“, „4“, „5“) entschieden. Mit zunehmendem Alter nimmt die Ablehnung (“4“ und „5“) zu. So sprechen sich unter den 31-jährigen 40,6 % gegen die Aufgabe des Bilds der Einheitsjurist:innen aus, während 41,9 % sich für die Aufgabe dieses Bildes aussprechen (15,7 % neutral). Unter Abstimmenden im Alter von 47 sprechen sich 58,9 % gegen die Abschaffung des Bildes der Einheitsjurist:innen aus, während sich nur 29,8 % für die Aufgabe des Bildes der Einheitsjurist:innen aussprechen. Die Ablehnung dieser These bleibt über dem Alter von 38 auf einem ähnlich hohen Niveau. Tendenziell lässt sich erkennen, dass die Zustimmung zu dieser These immer geringer wird, je höher die angegebene Notenstufe. Bei Abstimmenden, die angegeben haben im Ausland zu studieren oder studiert zu haben, fällt die Zustimmung (“4“ und „5“) mit 65,2 % besonders hoch aus. Während Studierende und Referendar:innen der These insgesamt tendenziell eher positiv gegenüber stehen als negativ (Studierende: 46,7 % Zustimmung, 27,1 % Ablehnung; Referendar:innen: 45,5 % Zustimmung, 34,3 % Ablehnung) sind Richter:innen, Staatsanwält:innen und Professor:innen mehrheitlich gegen eine Abschaffung des Bild der Einheitsjurist:innen (64,3 %, 58,8 % 66,9 % Ablehnung [“1“ und „2“]). JPA-Mitarbeitende stimmten zu 72,9 % gegen die Aufgabe des Bildes der Einheitsjurist:innen. Rechtsanwält:innen stimmten zu 49,9 % gegen und zu 36,1 % für die Abschaffung des Bildes der Einheitsjurist:innen. Unter Studienabbrecher:innen liegt die Zustimmung (“4“ und „5“) mit 78,3 % besonders hoch.

***These 2 C** Gesamtauswertung*



***These 2 C** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*



These 2 D:
Leistungen im Studium in die Examensnote

Während des Studiums erbrachte Prüfungsleistungen (über den Schwerpunkt hinaus) sollten in die Gesamtnote der Ersten juristischen Staatsprüfung mit einbezogen werden.

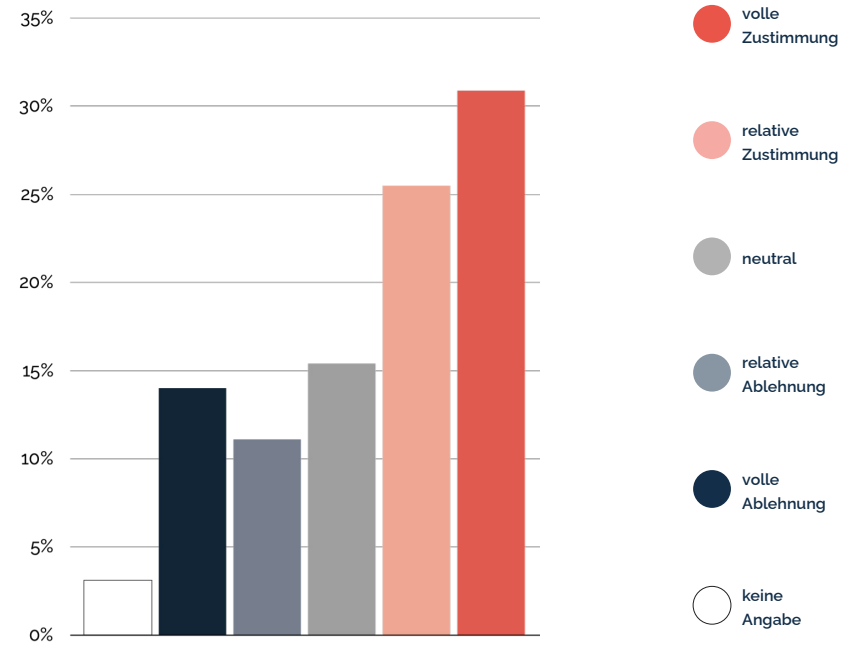
Thesenhintergrund

Die These 2d gehört einer großflächigen Debatte an, innerhalb welcher die Transparenz und Verteilung von Leistungen im Studium, sowie das Notensystem selbst angerissen wird. Bekanntermaßen finden die im Studium erbrachten Prüfungsleistungen außerhalb der Schwerpunktnote keinen Eingang in die Gesamtnote. Die These schlägt vor dies zu ändern. Dafür wird angebracht, dass konstante Leistungen während des Studiums so in der Examensnote wiedergespiegelt werden können und damit weniger von den Examensklausuren abhängt. Dagegen könnte sprechen, dass so das Studium verschult wird, weniger Freiräume bestehen und die Examensnote wie sie jetzt ist Auskunft über die Fähigkeiten am Ende des Studiums gibt.

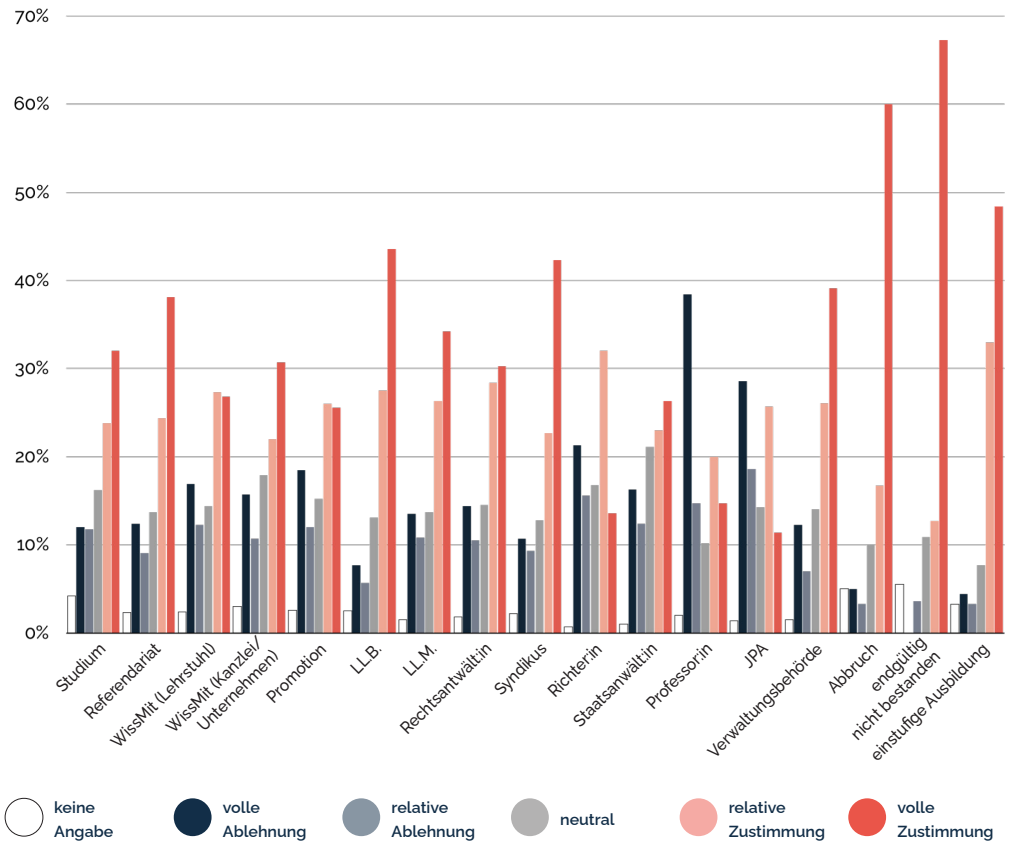
Was auffällt

Betrachtet man die Gesamtheit der Abstimmenden, so sprechen sich 56,4 % für die Aufnahme von Studienleistungen in die Examensnote aus (“4“ und „5“). Betrachtet man die Ergebnisse aufgeteilt nach Alter der Abstimmenden, lässt sich erkennen, dass die Zustimmungs- und Ablehnungswerte über die verschiedenen Altersstufen hinweg sehr ähnlich bleibt und in allen Altersgruppen die Zustimmung deutlich die Ablehnung überwiegt (Zustimmung zwischen 45 – 65 %; Ablehnung zwischen 20 – 35 %). Betrachtet man die Zustimmung/Ablehnung nach der angegebenen Notenstufe fällt auf, dass die Ablehnung höher ist, bei höheren Noten. Betrachtet man die Zustimmung/Ablehnung aufgeteilt nach dem Verhältnis zur juristischen Ausbildung fällt auf, dass die Zustimmung zu dieser These unter Rechtsanwält:innen mit 58,7 % (“4“ und „5“) noch höher ist als bei Studierenden (55,8 %). Selbst die tendenziell zurückhaltendere Gruppe der Richter:innen stimmt mit einer relativen Mehrheit (kombiniert 45,6 %) für die These (36,9 % Ablehnung). Professor:innen stimmten mit absoluter Mehrheit (kombiniert 53,7 %) gegen die These. Auch die JPA-Mitarbeitenden zeigen eine eher ablehnende Haltung mit kombiniert 47,2 % gegen die These, wenn auch hier 37,1 % für die These stimmten. Größte Zustimmungswerte erreicht die These bei denjenigen, die endgültig nicht bestanden haben, mit kombiniert 80 %.

***These 2 D** Gesamtauswertung*



***These 2 D** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*



These 2 E:
Freischuss abschaffen

Die Freischussregelung sollte abgeschafft werden.

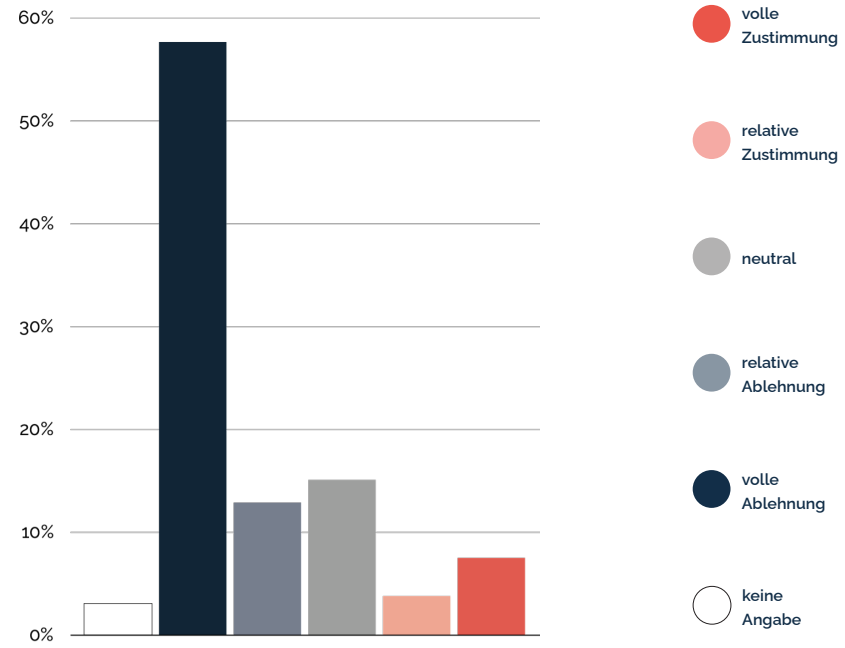
Thesenhintergrund

Die These wurde in einem Gutachten der Bundesfachschaftentagung 2017 diskutiert und in einem online-Artikel aufgegriffen. Insgesamt wurden fünf pro- und drei contra-Argumente extrahiert.

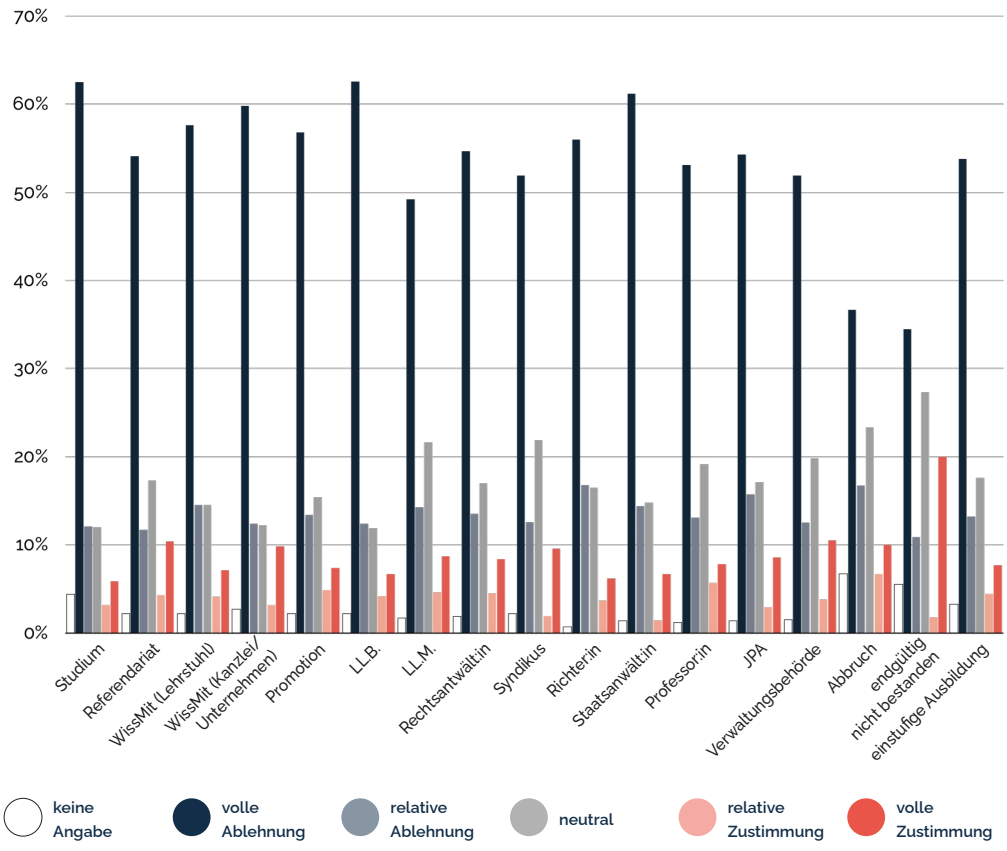
Was auffällt

Betrachtet man die Gesamtheit sprechen sich nur 7,5 % der Befragten vollständig („5“) für die Abschaffung des Freischusses und weitere 3,8 % überwiegend („4“) für die Abschaffung des Freischusses aus. Eine absolute Mehrheit von 57,7 % wünscht sich vollständig („1“), dass der Freischuss nicht abgeschafft wird und weitere 12,9 % lehnen die These zumindest überwiegend („2“) ab. 70,6 % sind folglich insgesamt für die Beibehaltung des Freischusses. 15,1 % stehen der These neutral („3“) gegenüber. Betrachtet man die Abstimmung nach Alter, fällt auf, dass über alle Altersgruppen hinweg bis zur Altersstufe von 69 Jahren jeweils mit Abstand die meisten Stimmen pro Gruppe auf die volle Ablehnung („1“) fallen. Unter der Kategorie Geschlecht, Notenstufe und Studienort gibt es keine wesentlichen Unterschiede. Stets entfällt eine (beinahe vollständig) absolute Mehrheit auf vollständige Ablehnung. Ebenso wenn man die These unter dem Aspekt des Verhältnisses zur juristischen Ausbildung betrachtet, stimmen (fast) alle Gruppen mit mehr als 50 % vollständig (“1“) gegen die Abschaffung der Freischussregelung. Auch unter JPA-Mitarbeiter:innen stimmten 54,3 % vollständig und 70 % kombiniert gegen die Abschaffung der Freischussregelung.

***These 2 E** Gesamtauswertung*



***These 2 E** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*



These 3 A:
Prozessrecht im Examen

In der Ersten juristischen Staatsprüfung sollte Prozessrecht eine größere Rolle spielen.

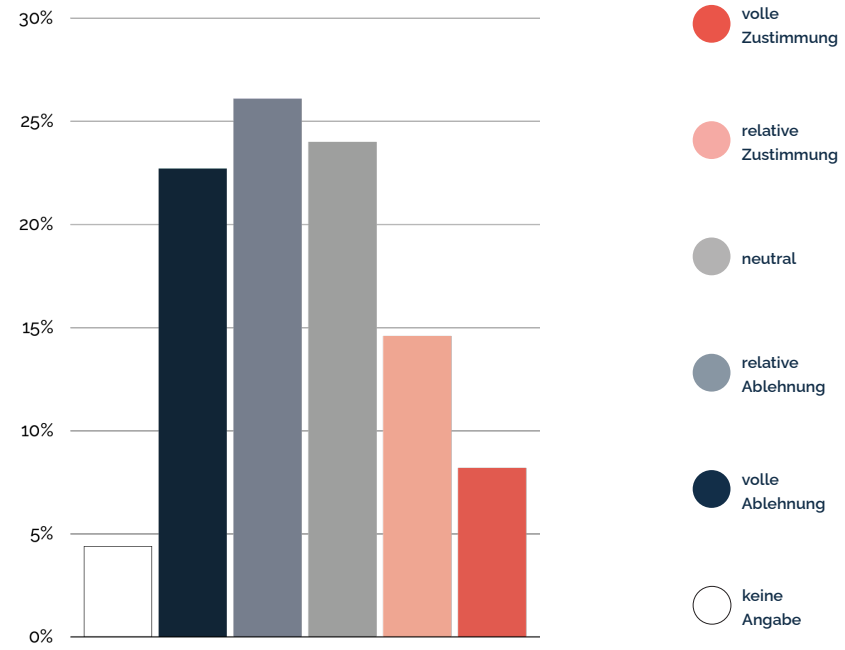
Thesenhintergrund

Bei dieser These fand eine äußerst ausgeglichene Pro- und Contra-Analyse statt. Vor allem fiel bei der Recherche der Literaturbeiträge auf, dass kein Beitrag älter als fünf Jahre war.

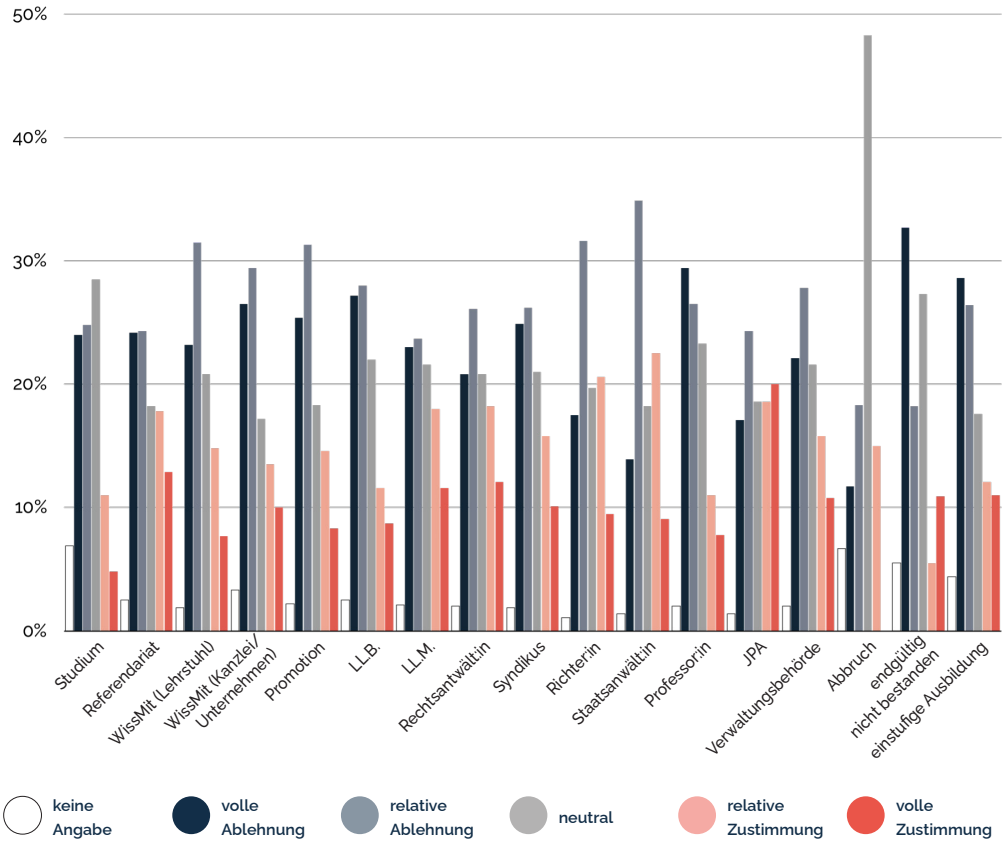
Was auffällt

Die vollständige Zustimmung („5“) liegt bei 8,3 %, die vollständige Ablehnung („1“) bei 22,7 %. Neutral („3“) haben 24 % der Teilnehmenden abgestimmt. Eher ablehnend waren insgesamt 48,8 % der Stimmen. Somit lässt sich allgemein eine höhere Ablehnung feststellen. Die größte vollständige Zustimmung („5“) liegt mit 20 % bei der Berufsgruppe JPA. Kombinierte Zustimmungsquoten von über 30 % finden sich bei Referendar:innen, Richter:innen, JPA-Mitarbeitenden, Staatsanwält:innen und Rechtsanwält:innen. Der höchste Anteil neutraler Stimmen findet sich bei Studienabbrecher:innen mit 48,3 %, gefolgt von den Studierenden mit 28,5 %.

***These 3 A** Gesamtauswertung*



***These 3 A** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*



These 3 B:
Prozessrecht im Staatsexamen

In der Ersten juristischen Staatsprüfung sollte Europarecht eine größere Rolle spielen.

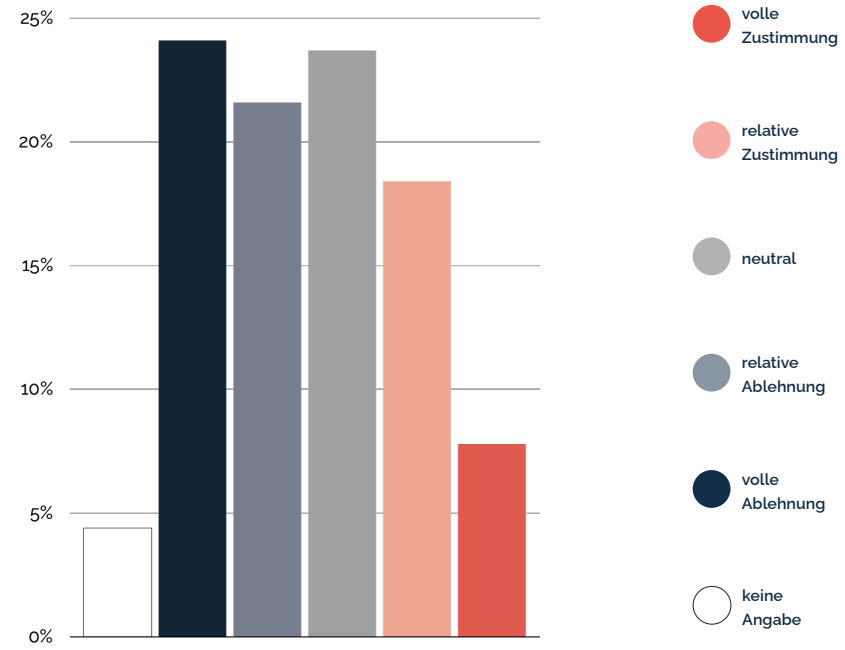
Thesenhintergrund

Diese These wurde in der Literatur weniger umfangreich diskutiert. Zwei auf der Internetseite abrufbare Thesen stammten von Mitgliedern der iur.reform.

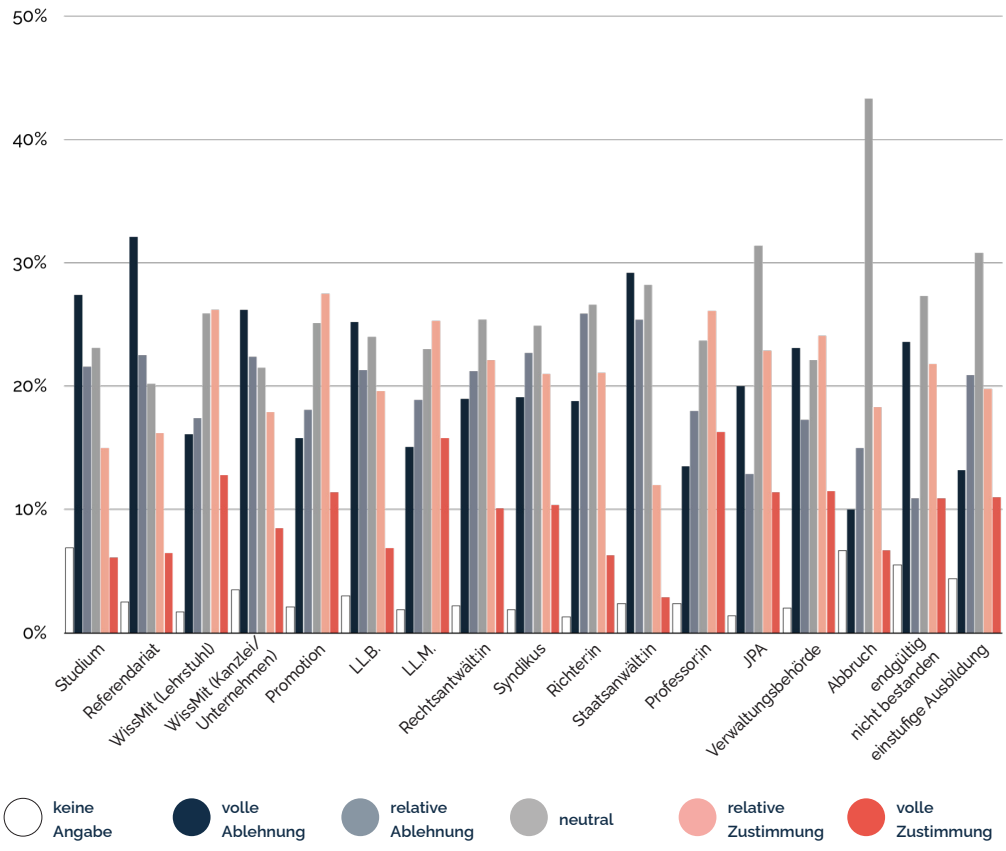
Was auffällt

Erkennbar ist, dass sich nur 7,8 % aller Teilnehmenden vollständig („5“) und 18,4 % („4“) überwiegend für mehr Europarecht in der Ersten Juristischen Staatsprüfung aussprechen. Demgegenüber sprechen sich aber 24,1 % aller Teilnehmenden vollständig („1“) und 21,6 % überwiegend („2“) gegen die These aus. Im Alter von 22 bis 32 Jahren ist auffällig, dass jeweils die meisten Stimmen in diesen Altersstufen die These vollständig („1“) ablehnen. Weibliche Teilnehmende lehnen die These häufiger vollständig („1“) ab als männliche Teilnehmende mit 27,4 % zu 20,8 %. Auffällig hoch ist die Ablehnung unter den Staatsanwält:innen. 29,2 % sprechen sich vollständig („1“) und weitere 25,4 % teilweise („2“) gegen die These aus. Ferner liegt die Zustimmungsquote mit nur 2,9 % vollständiger und 12 % relativer Zustimmung deutlich unter der Gesamtquote. Ferner eher ablehnend eingestellt sind die Referendar:innen, die neben den Staatsanwält:innen mit 54,6 % eine Mehrheit an ablehnenden Personen stellen.

***These 3 B** Gesamtauswertung*



***These 3 B** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*



These 3 C:
Mehr Klausuren im Examen

Es sollten mehr Klausuren in der Ersten juristischen Staatsprüfung geschrieben werden.

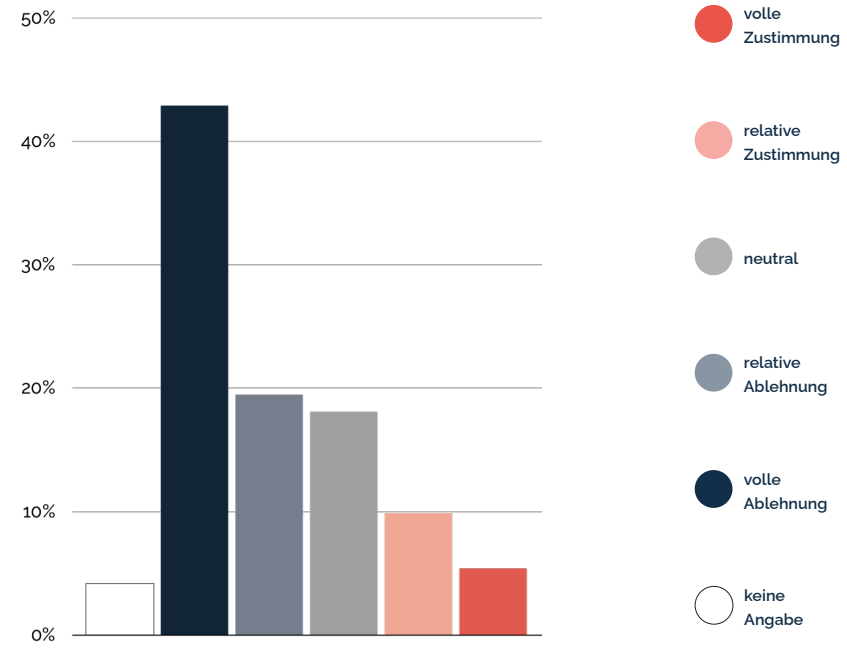
Thesenhintergrund

Die These wurde lediglich in einem Beitrag von Professorin Dr. Elisa Hoven diskutiert. Dabei konnten wir fünf pro- und ein contra-Argument extrahieren.

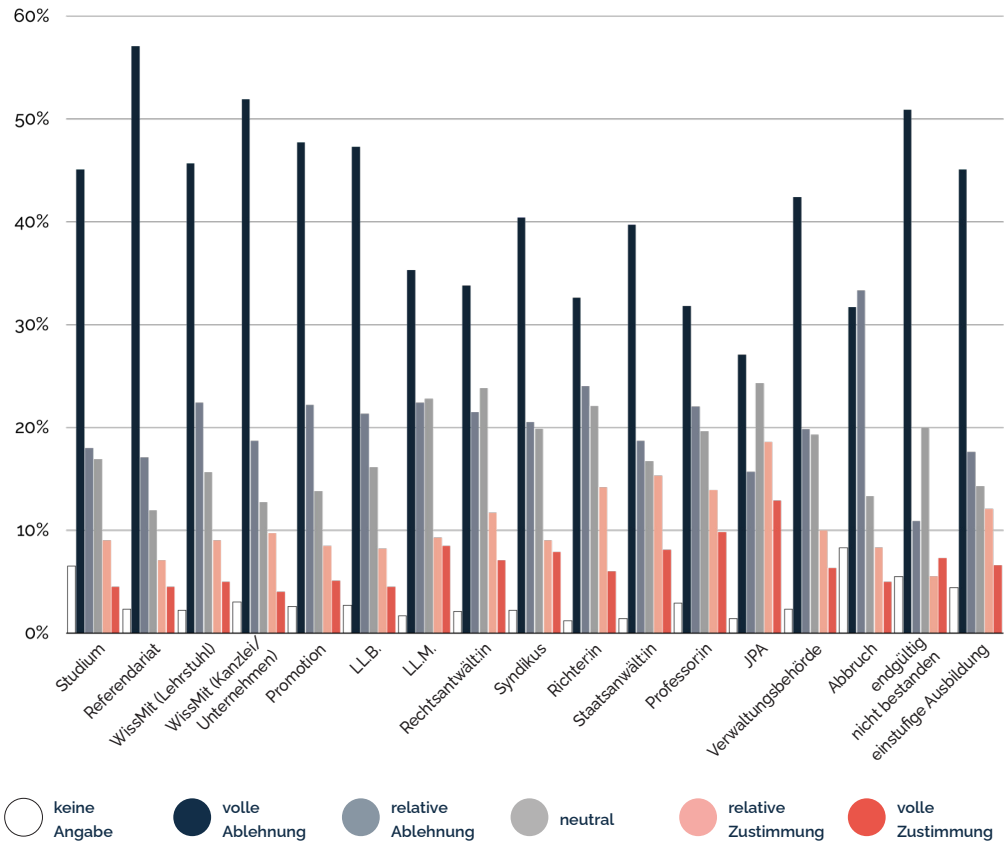
Was auffällt

Die Daten zeigen, dass eine absolute Mehrheit (62,4 %) die Erhöhung der Anzahl der Klausuren im Staatsexamen ablehnt, wobei 42,9 % sogar vollständig („1“) dagegen sind. Dem gegenüber steht eine kumulierte („4“ und „5“) Zustimmung von 14,3 %. Die Werte für die vollständige Ablehnung der These („1“) sind bei Teilnehmenden zwischen 22 und 33 Jahren deutlich höher und erreichen teilweise eine absolute Mehrheit von über 50 %. Die weiblichen Abstimmenden sind mit 47,8 % deutlich stärker vollständig („1“) gegen die Erhöhung der Anzahl der Klausuren. Sowohl die vollständige als auch die kumulierte Zustimmung sind mit 12,9 % und 31,5 % bei Mitarbeitenden in JPAs am höchsten. Eine vergleichsweise hohe Zustimmung erfährt die These außerdem bei Richter:innen, Staatsanwält:innen sowie Professor:innen mit jeweils über 20 % kumulierter Zustimmung. Die stärkste Ablehnung erfährt die These ebenfalls unter den Referendar:innen mit 57,1 % vollständiger und 74,2 % kumulierter Ablehnung. Werte über 70 % kumulierter Ablehnung erreichen ebenfalls die Promovierenden und wissenschaftlichen Mitarbeitenden (Kanzlei/Unternehmen).

***These 3 C** Gesamtauswertung*



***These 3 C** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*



These 3 D:
Weniger umfangreiche Klausuren

Die Klausuren sollten weniger umfangreich sein, also weniger Prüfungsstoff pro Klausur abfragen.

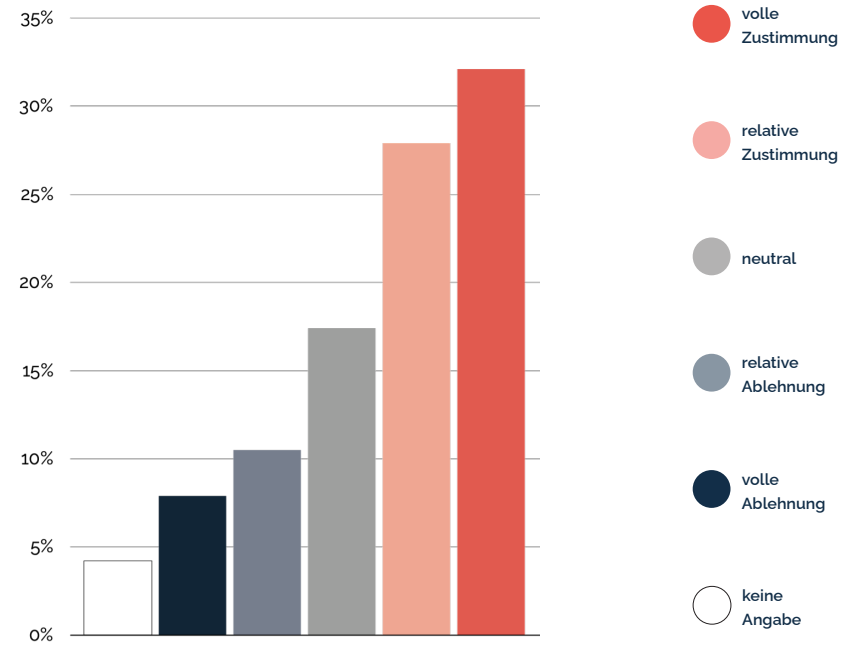
Thesenhintergrund

Diese These wurde in der von uns ausgewerteten Literatur nicht übermäßig diskutiert, insbesondere fanden wir zwar sechs Pro-Argumente, jedoch keine Contra-Argumente.

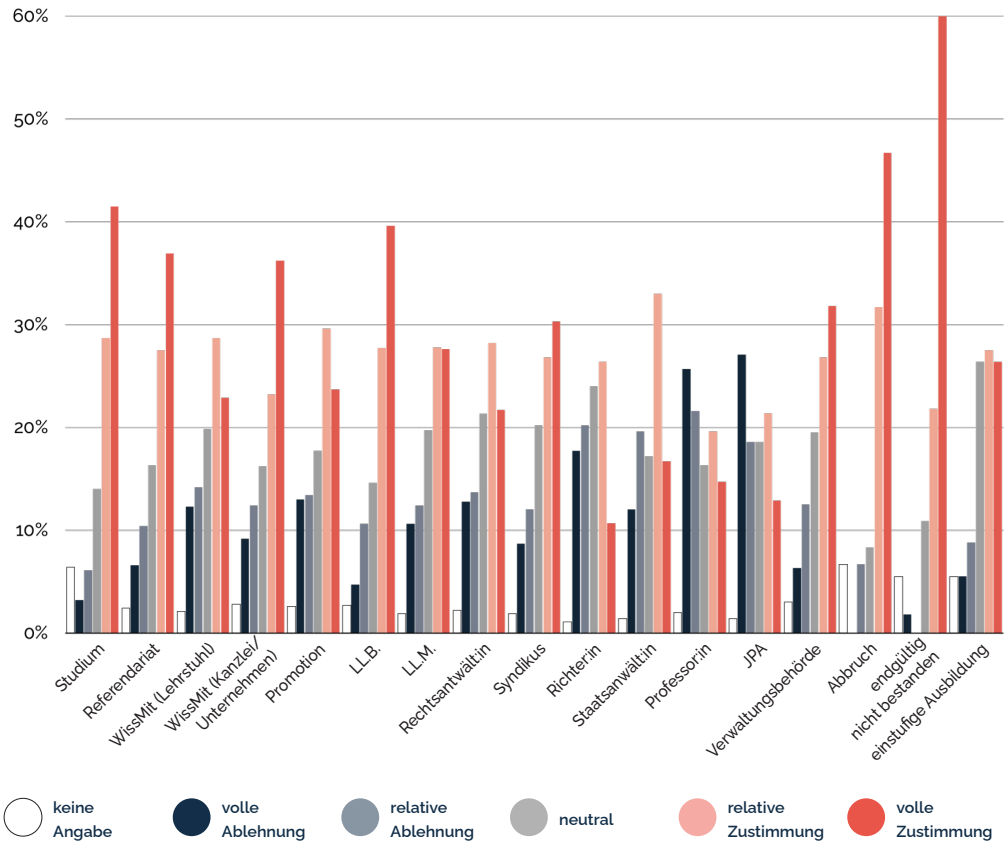
Was auffällt

Den Umfang der Klausuren kritisiert eine absolute Mehrheit, durch kombiniert 60 % Zustimmung zur These. Vollständig („5“) stimmte eine Mehrheit von 32,1 % der These zu. Dagegen steht eine kombinierte Ablehnung von 18,4 %. Es zeigt sich, dass die (vollständige) Zustimmung zur These vor allem unter den Teilnehmenden im Alter zwischen 19 und 32 am höchsten war. Entsprechend gering ist folglich auch die (vollständige) Ablehnung der These in dieser Altersgruppe. Bemerkenswert ist der im Vergleich zum Abstimmungsergebnis hohe Anteil von Neutralität bei älteren Teilnehmenden. Weibliche Teilnehmerinnen stimmten der These mit kombiniert 67,2 % deutlich häufiger zu als männliche Teilnehmer mit 53,8 %. Die (vollständige) Zustimmung zur These fällt mit steigender Punktzahl im Examen, bei gleichzeitiger Steigerung der (vollständigen) Ablehnung. Auffällig ist die mehrheitliche vollständige Zustimmung („5“) der Studierenden mit 41,5 % (kombiniert 70,2 %), bei einer vollständigen Ablehnung („1“) von lediglich 3,2 %. Bemerkenswert ist, dass sich unter Studienabbrechern keine einzige Person, unter Personen die endgültig nicht bestanden haben nur eine Person findet, welche die These vollständig („1“) ablehnt, bei kombinierter Zustimmung von 78,4 % bzw. 81,8 %. Bei Richter:innen, Staatsanwält:innen, Professor:innen und JPA-Mitarbeitenden ist die vollständige („5“) Zustimmung deutlich geringer mit unter 20 %, bzw. kombiniert unter 50 %.

***These 3 D** Gesamtauswertung*



***These 3 D** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*



These 3 E:
Examenshausarbeit wieder einführen

Teil der Ersten juristischen Staatsprüfung sollte auch eine Hausarbeit sein.

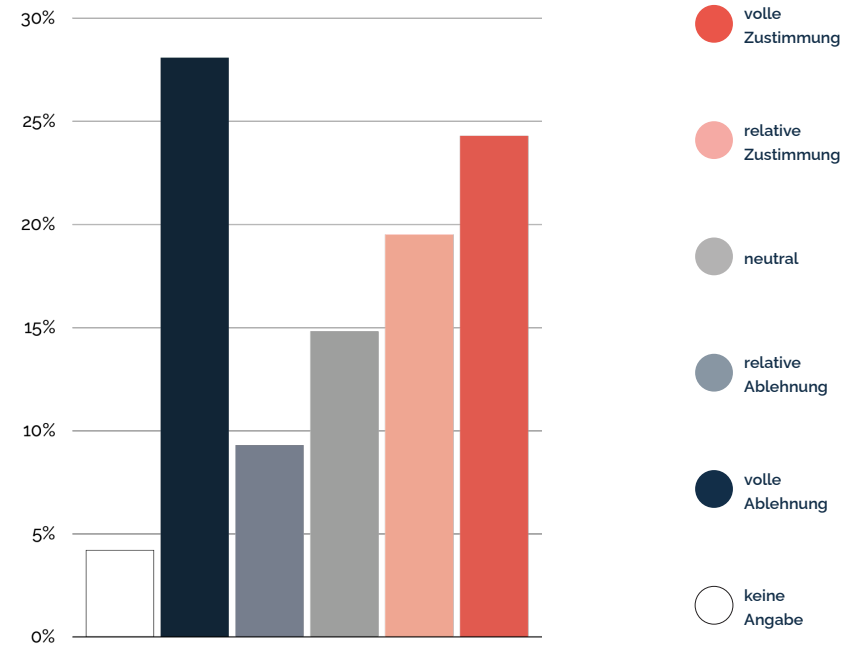
Thesenhintergrund

Die These zur Einführung einer Examenshausarbeit in der ersten juristischen Staatsprüfung wurde von Professor Dr. Peter Derleder diskutiert und hat in diesem Kontext eine reine Ablehnung erfahren.

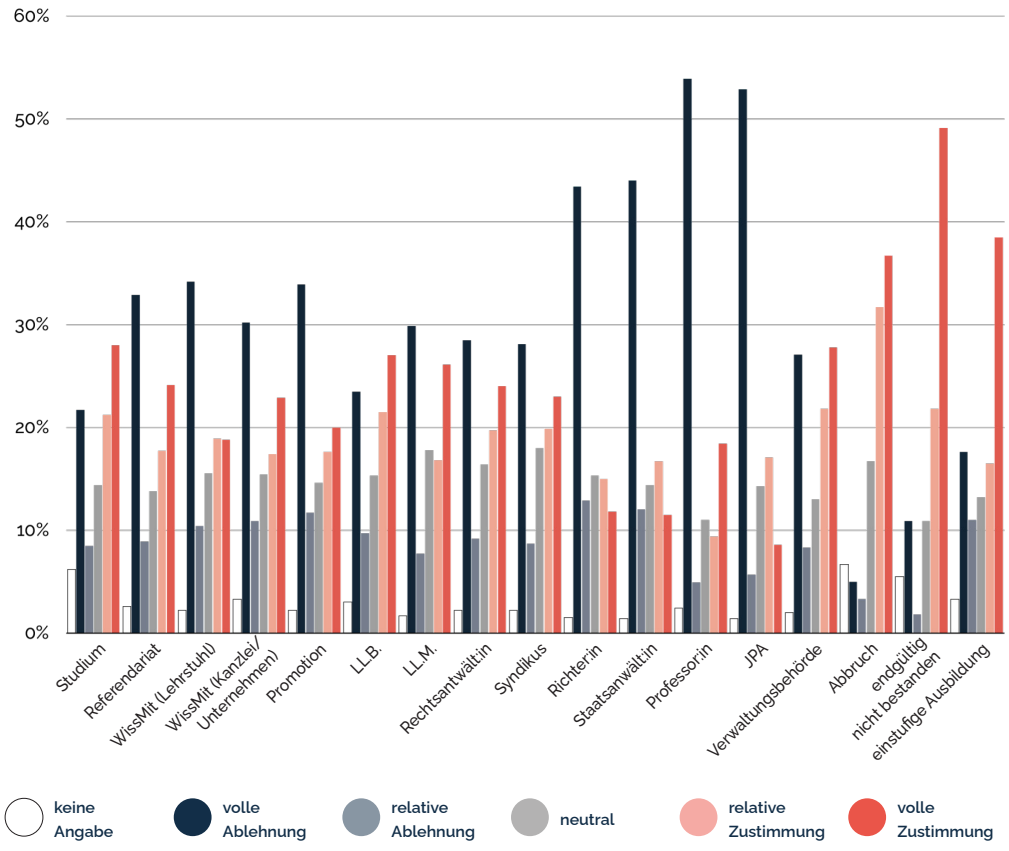
Was auffällt

Die Frage wird different beantwortet. So stimmen zwar kombiniert 43,8 % der Gesamtheit für eine Einführung einer Examenshausarbeit. Es sprechen sich jedoch auch kombiniert 37,4 % der Gesamtheit gegen eine Examenshausarbeit aus. Dabei ist der Wert der vollen Ablehnung („1“) mit 28,1 % der Gesamtheit knapp 4,0 % höher als die volle Zustimmung („5“) mit 24,3 % der Gesamtheit. Bei den höheren Notenstufen kommt es tendenziell zu einem überwiegenden relativen Anteil an den ablehnenden Stimmen gegenüber den zustimmenden. So sprechen sich in der Notenstufe 3 (8–10 Punkte) 44,4 % gegen Examenshausarbeiten aus, auf der 4. Notenstufe (11–13 Punkte) bereits 55,6 % und auf der 5. Notenstufe (14–16 Punkte) 56,2 %. Die Zustimmungs-/ bzw. Ablehnungsquoten fallen kategorisiert nach Bundesländern deutlich abweichend aus. So sprechen sich Teilnehmende in Baden-Württemberg mit 37,1 % und in Bayern mit 34,3 % vollständig („1“) gegen die These aus. Besonders hohe vollständige Ablehnungswerte („1“) finden sich bei Professor:innen (53,9 %), JPA-Mitarbeitenden (52,9 %), Staatsanwält:innen (44 %) und Richter:innen (43,4 %).

***These 3 E** Gesamtauswertung*



***These 3 E** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*



These 3 F:
Kongruenz zwischen staatlicher Prüfung und Studiumsinhalten

Zwischen der Ersten juristischen Staatsprüfung und den Studiumsinhalten muss eine Kongruenz hergestellt werden.

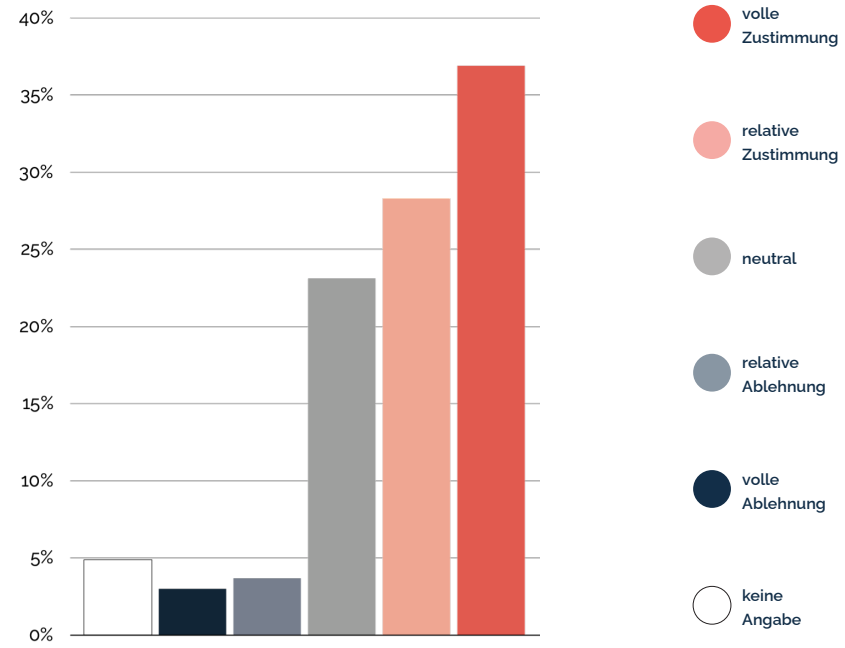
Thesenhintergrund

Die These 3f findet enormen Zuspruch innerhalb der ausgewerteten Literatur. Mit 20 Pro-argumenten und keinen Kontraargumenten innerhalb der Literaturbeiträge findet eine tiefergehende Diskussion vor allem innerhalb der Befürworter dieser These statt. Die hier und auf der Webseite aufgeführten Kontraargumente sind vom iur.reform-Team bei der Erstellung eingefügt worden, um eine gleichförmige Argumentenzahl zu gewährleisten.

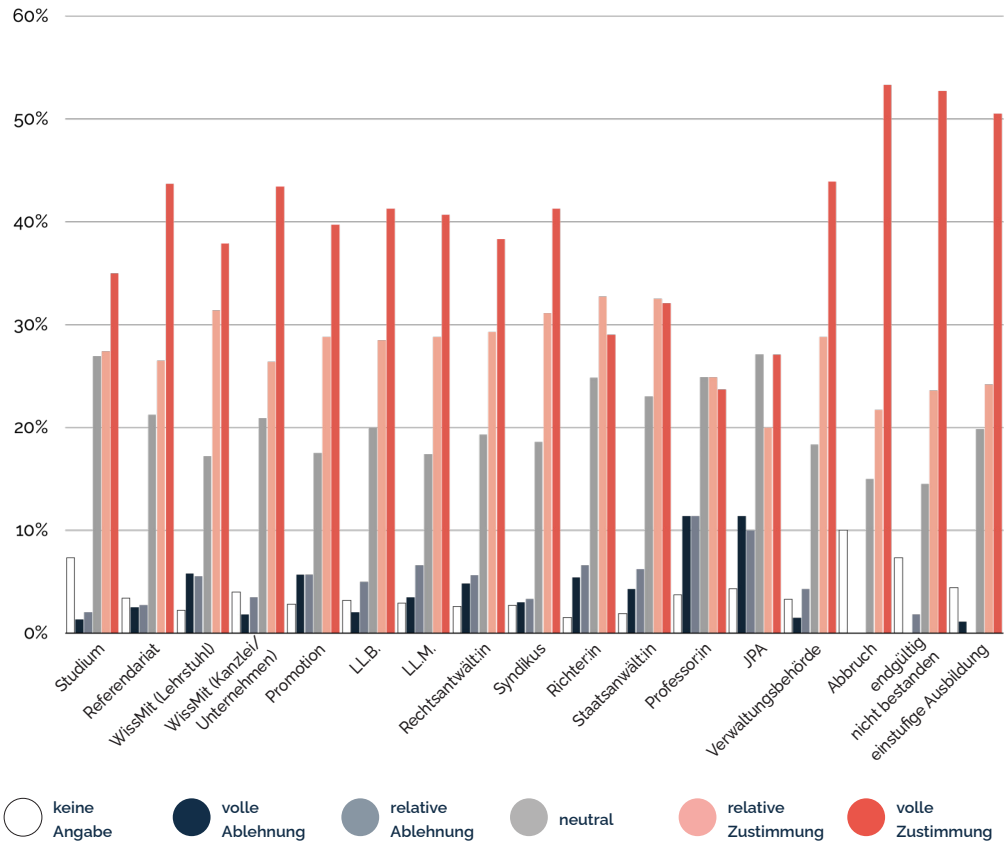
Was auffällt

Bei der Gesamtheit fällt bereits auf, dass im Vergleich zu den Befürwortenden (65,2 %) lediglich 6,7 % die These ablehnen. Die vergleichsweise hohe Enthaltungsrate von 23,1 % lässt jedoch auch auf eine recht breite Unentschlossenheit deuten. Über alle Altersklassen hinweg haben sich mehr Teilnehmende für die These ausgesprochen. Bei höheren Notenstufen steigt tendenziell die Ablehnung bei sinkender Zustimmung. Die kombinierte Ablehnung liegt in den Notenstufen 11-13 und 14-16 jeweils bei über 10 %, in der Notenstufe 14-16 liegt sogar eine kombinierte Ablehnung von 23,2 % vor. Eine absolute Mehrheit an Zustimmung besteht jedoch in jeder Notenstufe. In den meisten Berufsgruppe findet sich eine deutliche absolute Zustimmung für die These. Bei den Professor:innen (kombiniert 48,6 %) und JPA-Mitarbeitenden (kombiniert 47,1 %) zumindest eine relative Mehrheit.

***These 3 F** Gesamtauswertung*



***These 3 F** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*



These 3 G:
Diverse Zusammenstellung der Prüfungskommission

Die Prüfungskommissionen in den mündlichen Prüfungen sollten divers besetzt werden; z.B. sollte mind. eine Frau pro Prüfungskommission vertreten sein.

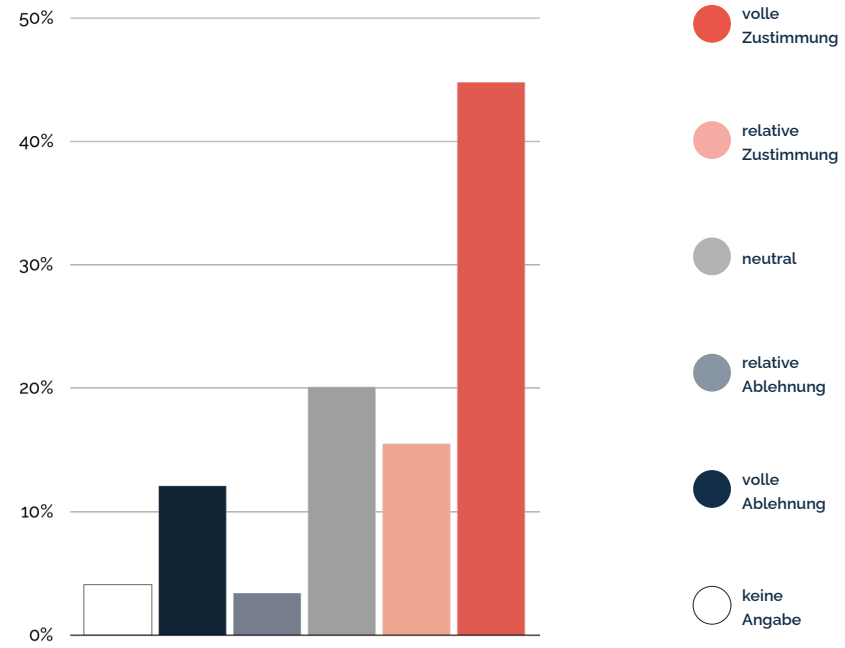
Thesenhintergrund

Die These wurde von zahlreichen Autor:innen in verschiedenen Veröffentlichungen diskutiert und im Laufe der Zeit immer wieder aufgegriffen.

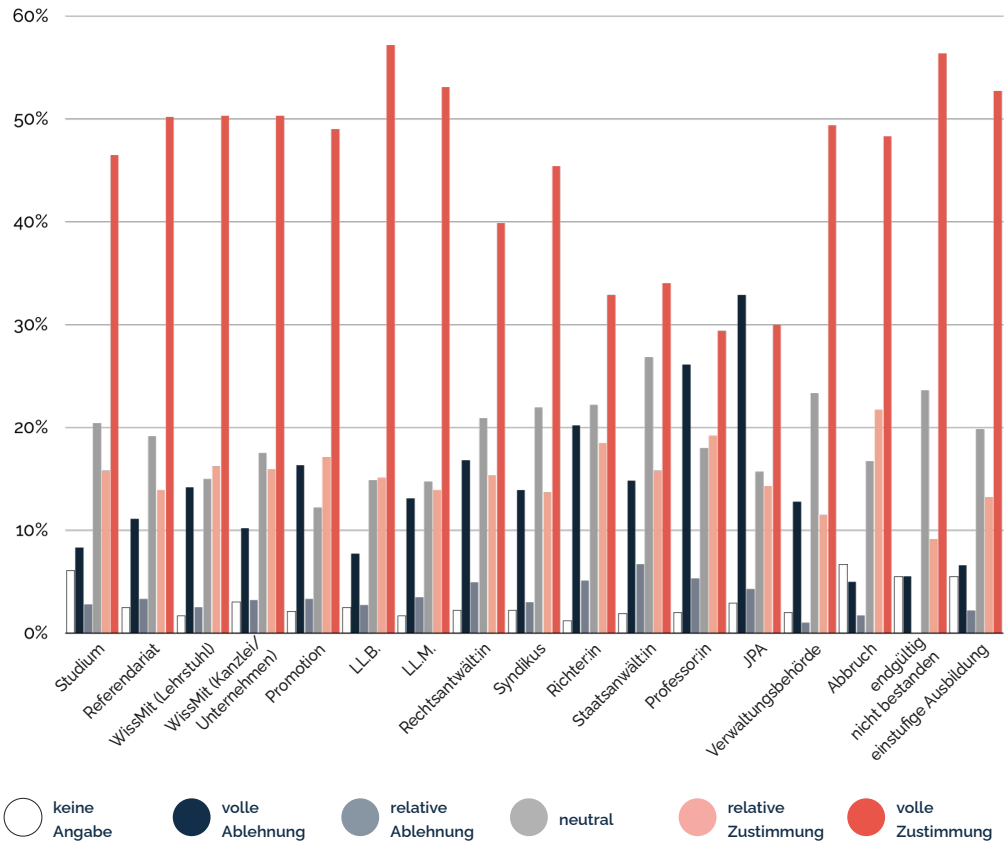
Was auffällt

44,8 % aller Befragten sprechen sich vollständig (kombiniert 60,3 %) für eine diversere Zusammenstellung der Prüfungskommission aus. Demgegenüber stehen 12,1 %, die eine diversere Zusammenstellung der Prüfungskommission vollständig ablehnen (kombiniert 15,5 %). 20,1 % stehen der These neutral („3“) gegenüber. Bis zur Altersstufe 60 Jahre entfallen in fast jeder Gruppe die meisten Stimmen auf eine volle Zustimmung. Es zeigt sich eine deutlich stärkere Befürwortung einer diverseren Zusammenstellung der Prüfungskommission bei weiblichen als bei männlichen Teilnehmenden. Von den weiblichen Teilnehmerinnen haben sich 56,4 % vollständig („5“) für eine diversere Zusammensetzung z.B. durch mindestens eine weibliche Person in der Prüfungskommission ausgesprochen. Bei männlichen Teilnehmern sind es demgegenüber nur 31,8 %. Die vollständige Ablehnung („1“) ist bei den männlichen Teilnehmern fast doppelt so hoch mit 19 % zu 5 % bei den weiblichen Abstimmenden. Die vollständige Ablehnung der These („1“) ist bei den Professor:innen (26,1 %), JPA-Mitarbeitenden (32,9 %) und Richter:innen (20,2 %) besonders hoch.

***These 3 G** Gesamtauswertung*



***These 3 G** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*



These 4 A:
Änderung des Notenstufen-Systems

Das juristische Notensystem sollte verändert werden.

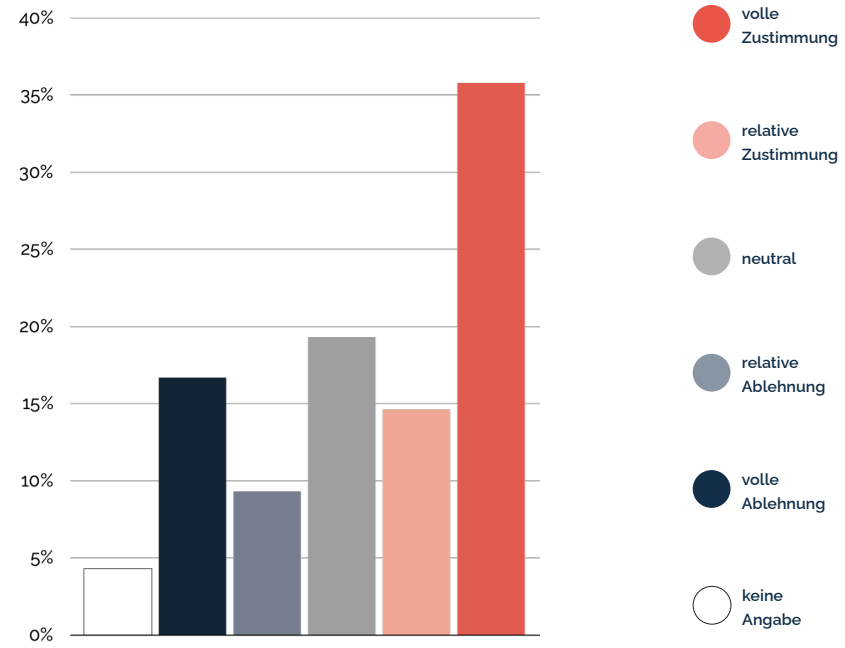
Thesenhintergrund

Diese These wurde viel diskutiert. Bei der Recherche der Literaturbeiträge wurde sehr schnell deutlich, dass kein klares Diskussionsbild gezeichnet werden kann.

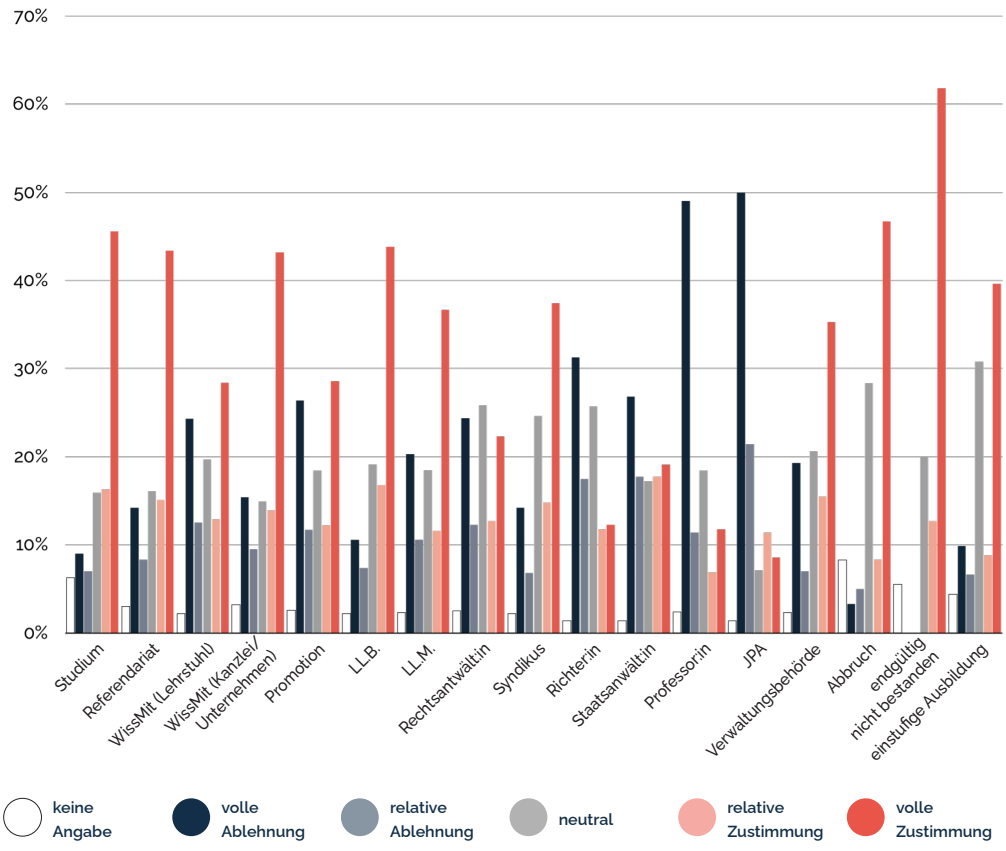
Was auffällt

Die vollständige Zustimmung („5“) liegt bei 35,8 %, die allgemeine Zustimmung bei 50,4 %. Neutral stimmten 19,3 % ab. Die vollständige Ablehnung („1“) liegt bei 16,7 %, die allgemeine Ablehnung liegt bei 28 %. Erkennbar ist, dass die vollständige Zustimmung mit steigendem Alter sinkt, während die ganz und teilweise Ablehnung („1“ und „2“) entsprechend steigt. Liegt die vollständige Zustimmung im Alter bis 30 bsp. bei über 40 % ist sie ab 41 Jahren überwiegend unter 20 %. Weibliche Teilnehmerinnen sind der These deutlich zustimmender zugewandt als männliche Teilnehmer. Die Zustimmung zur These sinkt mit steigender Notenstufe bei steigender Ablehnung. Stimmen in der Notenstufe 4 – 7 Punkte kombiniert 55,4 % für die These sind es in der Notenstufe 14 – 16 Punkte nur 12,4 %. Alle Personen, die sich noch in der Ausbildung befinden (Studium, Referendariat, LL.B., LL.M.) haben mit ca. 36-45 % vollständiger Zustimmung („5“) abgestimmt. Die höchste Ablehnung der These liegt bei den Mitarbeiter:innen des JPA mit 50 % und den Professor:innen mit 49 %.

***These 4 A** Gesamtauswertung*



***These 4 A** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*



These 4 B:
Regelstudienzeit = Durchschnittsstudiendauer

Die Regelstudienzeit sollte an die Durchschnittsstudienzeit angepasst werden.

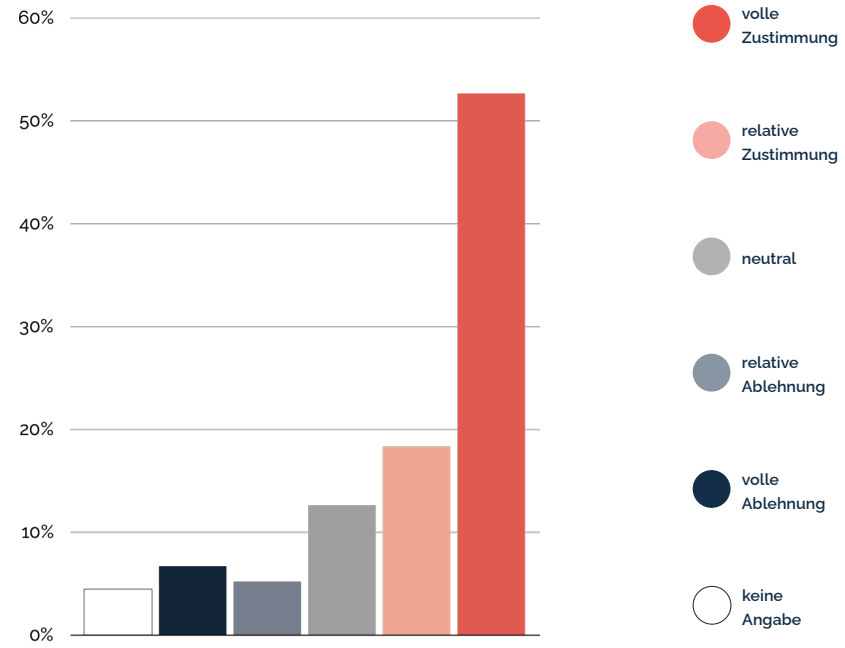
Thesenhintergrund

Ob die Regestudienzeit an die tatsächliche Durchschnittsstudienzeit angepasst werden soll, wird in der Literatur nicht zu umfassend diskutiert. Was bei der Recherche jedoch auffiel, war, dass trotz geringfügiger Literaturbeiträge dieses Thema bereits zu Beginn der 2000er besprochen wurde und bis heute besprochen wird.

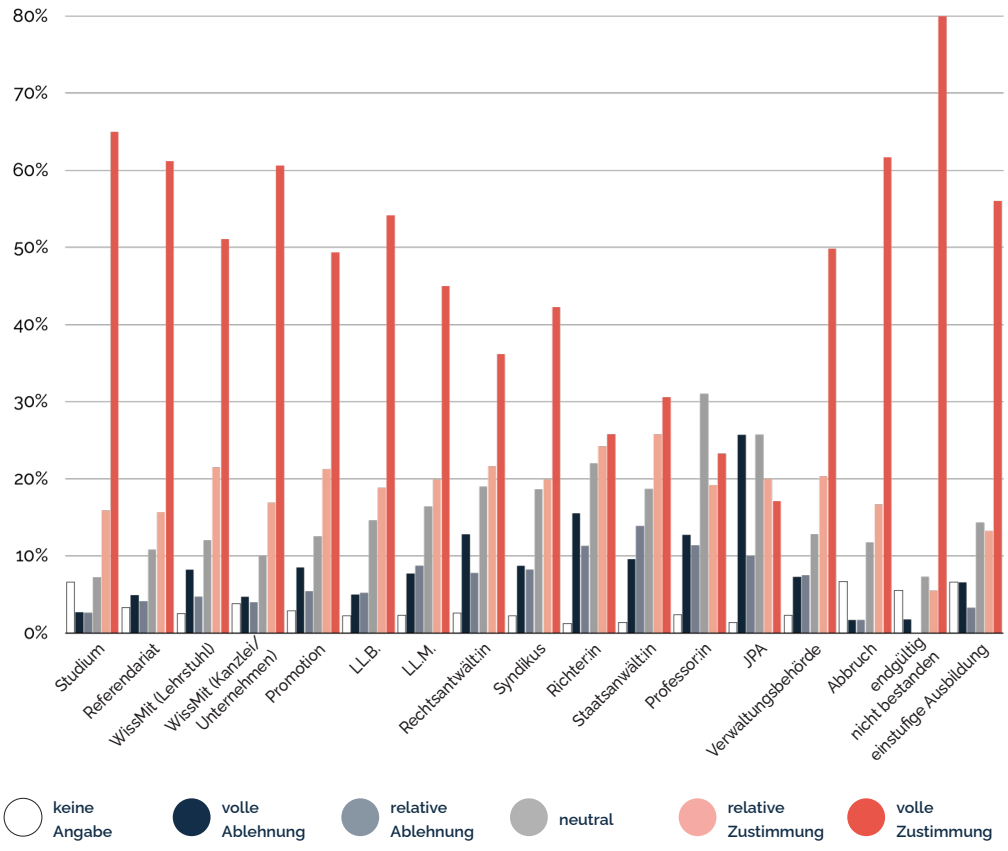
Was auffällt

Die absolute Mehrheit (71 %) spricht sich für eine Anpassung der Regelstudienzeit an die Durchschnittsstudienzeit aus, wobei sogar die vollständige Zustimmung („5“) eine absolute Mehrheit von 52,7 % erreicht. Ca. ein Zehntel (11,9 %) spricht sich hier gegen eine Anpassung aus. Es wird deutlich, dass die Altersgruppe der 20- bis 30-Jährigen eine große Befürwortung für die Anpassung der Studienzeit kommuniziert, mit vollständiger Zustimmung („5“) zwischen 57,1 % und 65,2 %. Die weiblichen Teilnehmerinnen sprechen sich mit 62,2 % für die vollständige Zustimmung („5“) besonders befürwortend aus. In jeder Berufsgruppe überwiegt die Zustimmung der Ablehnung. Besonders befürwortend sprechen sich Student:innen, Referendar:innen und Wissenschaftliche Mitarbeiter:innen aus. Aber auch unter Verwaltungsbehördenmitarbeiter:innen liegt die Zustimmung im Vergleich zu anderen ausgelernten Berufsgruppen hoch mit 70,2 %.

***These 4 B** Gesamtauswertung*



***These 4 B** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*



These 4 C:
Ausgestaltung der Zwischenprüfung

Die Zwischenprüfung sollte umfangreicher sein und den Stoff der Ersten juristischen Prüfung umfassender abdecken.

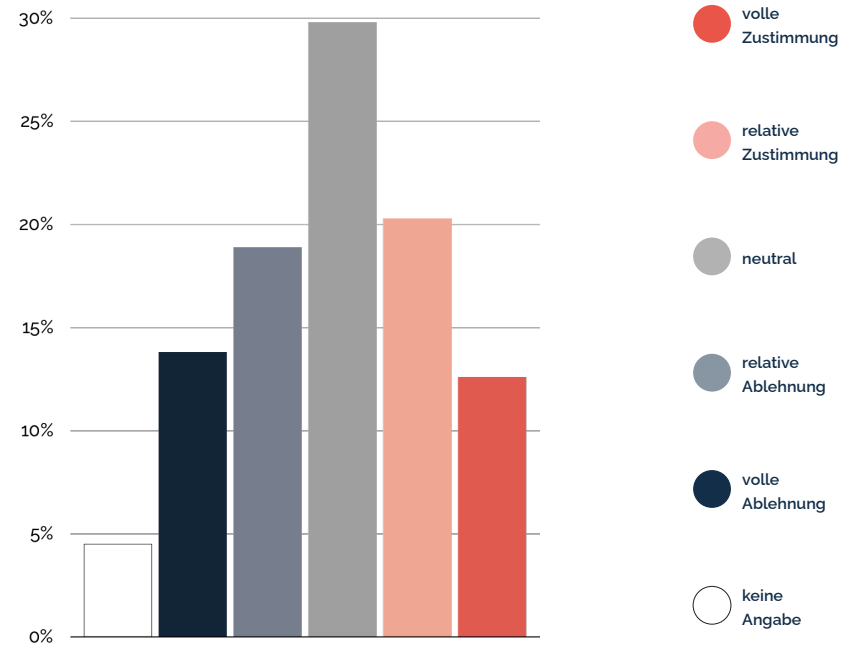
Thesenhintergrund

Zu der These konnten wir vier Quellen finden, die insgesamt 10 Argumente aufführen; davon zwei dafür und acht dagegen.

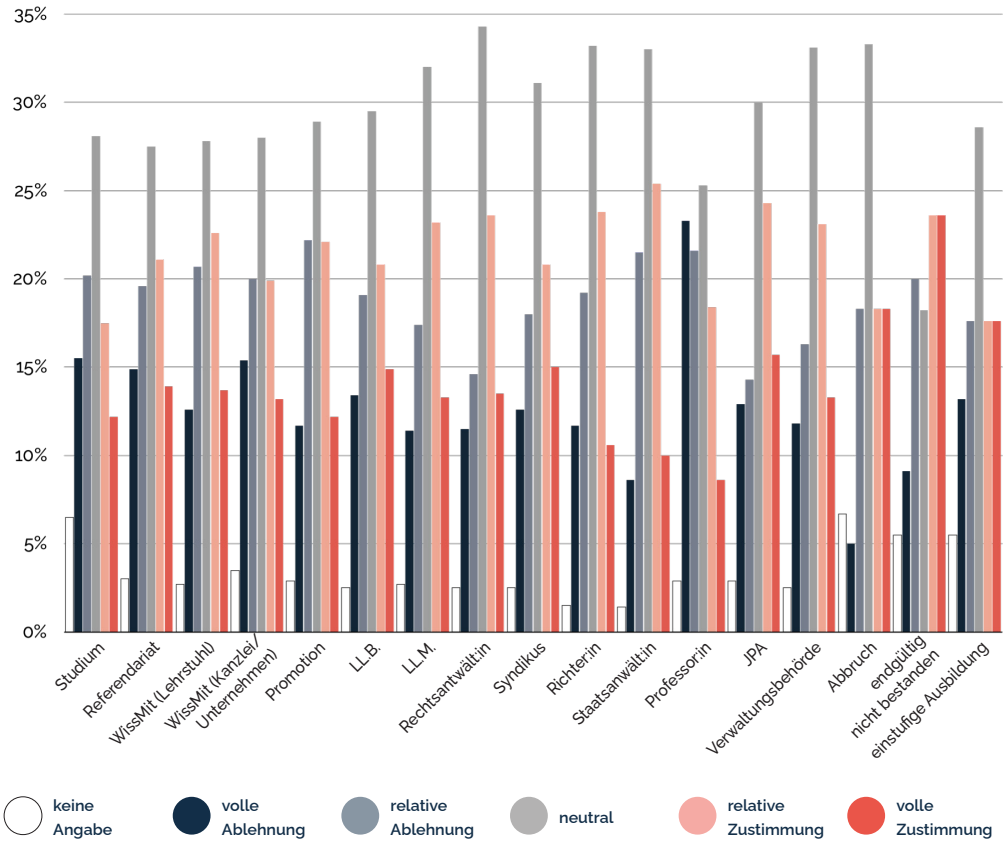
Was auffällt

In der Gesamtschau lässt sich kein klarer Trend dafür ablesen, ob die Zwischenprüfung den Stoff des ersten Examens umfassender abbilden sollte, auch wenn sich hierfür eine knappe Mehrheit abzeichnet (32,9 % gegenüber 32,7 %).Die Stimmverteilung nach dem Alter zeigt kein klares Muster. Studierende im 13. Semester zeigen jedoch die höchste Zustimmung (17,3 % vollständig, 44,5 % kumuliert), während das 3. Semester die stärkste Ablehnung zeigt. Frauen zeigen daneben die stärkste vollständige Zustimmung (13,3 %), während Männer eine höhere kumulierte Zustimmung haben (34,3 %). Die Ablehnung steigt allerdings mit zunehmender Notenstufe, außer in der 17-18-Punkte-Stufe. Räumlich offenbart Niedersachsen die höchste Zustimmung (15,3 % vollständig, 39,6 % kumuliert), Bayern die höchste Ablehnung. Im Hinblick auf die Akteursgruppen zeigen Personen, die die erste juristische Prüfung nicht bestanden haben, die höchste Zustimmung (23,6 % vollständig), während Professor:innen am häufigsten dagegen sind (23,3 % vollständig, 44,9 % kumuliert).

***These 4 C** Gesamtauswertung*



***These 4 C** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*



These 4 D:
Betreuungsschlüssel

Es bedarf einer engeren Betreuung der Studierenden.

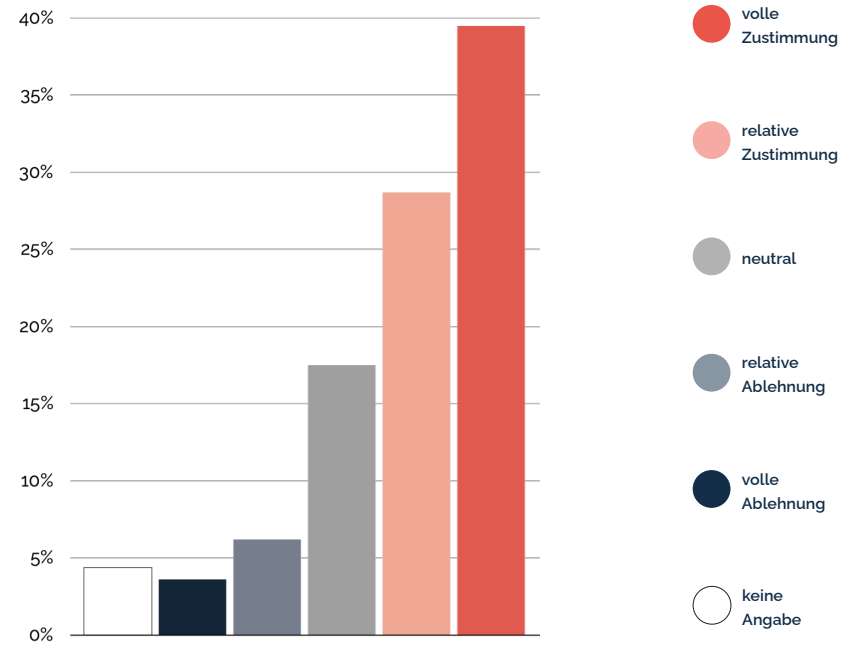
Thesenhintergrund

Die These wurde ebenfalls nur teilweise diskutiert. Die letzten Diskursbeiträge, die die These aufgegriffen haben, sind zudem aus 2017. Insgesamt haben wir „nur“ 6 Pro-Argumente und 1 Contra-Argument gezählt.

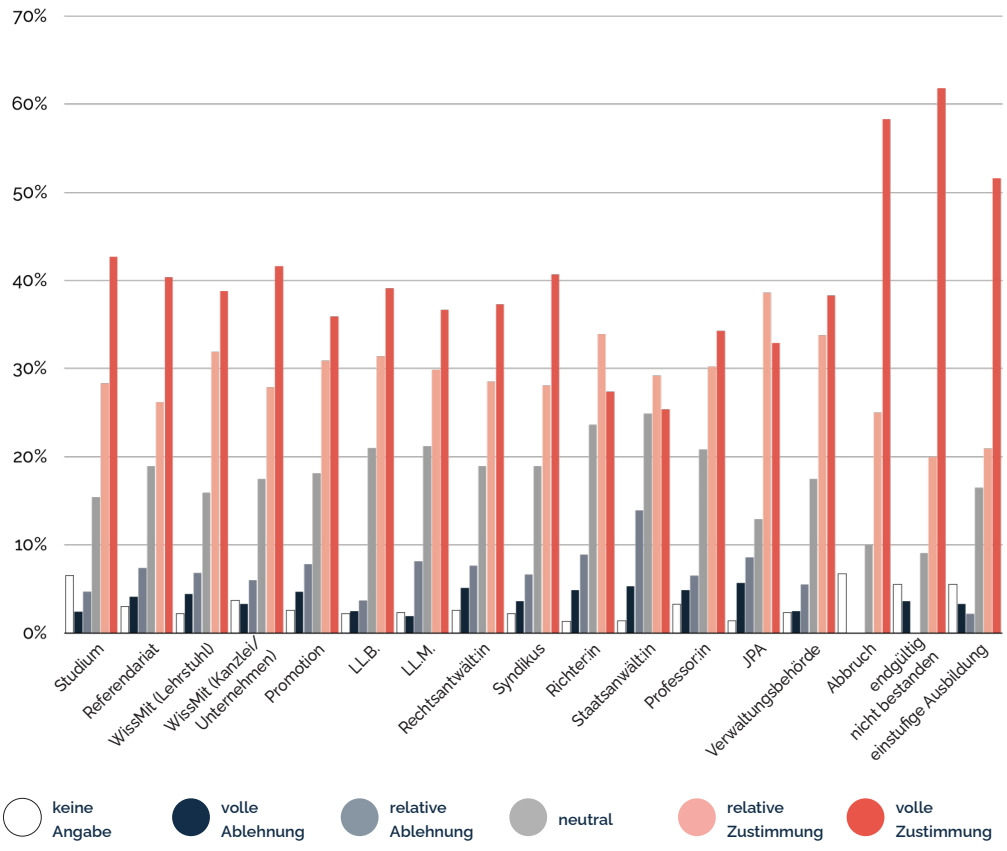
Was auffällt

Im Ergebnis hat eine klare Mehrheit der Professor:innen der These generell zugestimmt. Fast drei Viertel der Studierenden, konkret sind es 71,0 %, stimmen der These, übereinstimmend mit der Hypothese, ebenfalls generell zu. Ein grundsätzlich ähnliches Bild ergibt sich zudem für andere Universitätsangehörige, wie Promotionsstudierende sowie wissenschaftliche Mitarbeiter:innen. Insgesamt lässt sich konstatieren, dass keine Berufsgruppe die These generell eher ablehnt. Vielmehr überwiegt in fast allen Kohorten die generelle Zustimmung, doch sind die Werte für ein neutrales Abstimmungsverhalten teils sehr hoch, wie beispielsweise bei den Staatsanwält:innen mit 24,9 %.

***These 4 D** Gesamtauswertung*



***These 4 D** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*



These 4 E:
Zulassung anderer Prüfungs-/Unterrichtsformen

Neben der Klausur und der Vorlesung als übliche Prüfungs- und Unterrichtsform sollten auch andere Formen, z.B. mündliche Prüfungen, Moot Courts oder Seminare zugelassen werden.

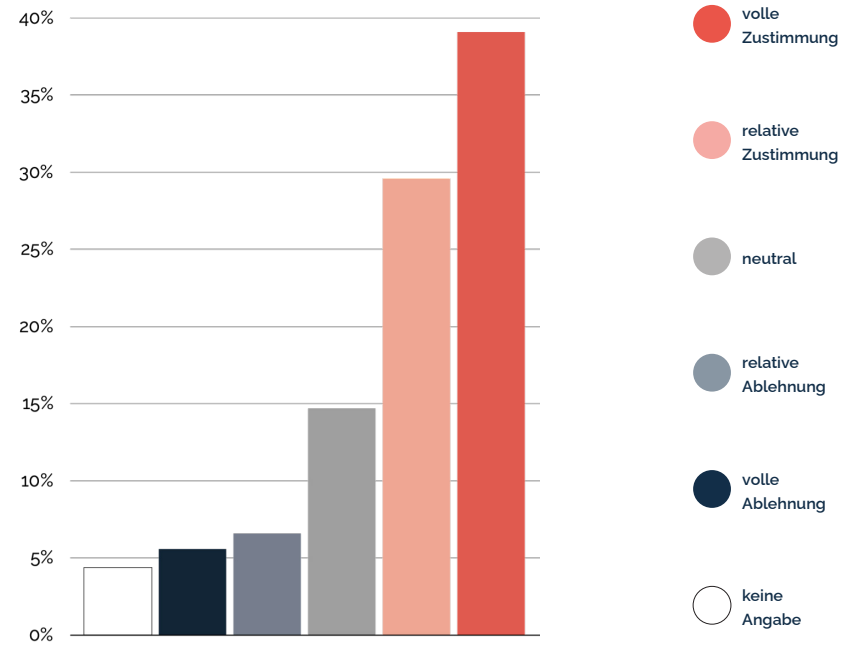
Thesenhintergrund

Die Zulassung anderer Prüfungs- und Unterrichtsformen wird nur etwas kontrovers dafür aber breit diskutiert. Es lassen sich 51 Pro- und 11 Contra-Argumente aus der Literatur extrahieren. Damit besteht von Seiten der Literatur eine breite Zustimmung.

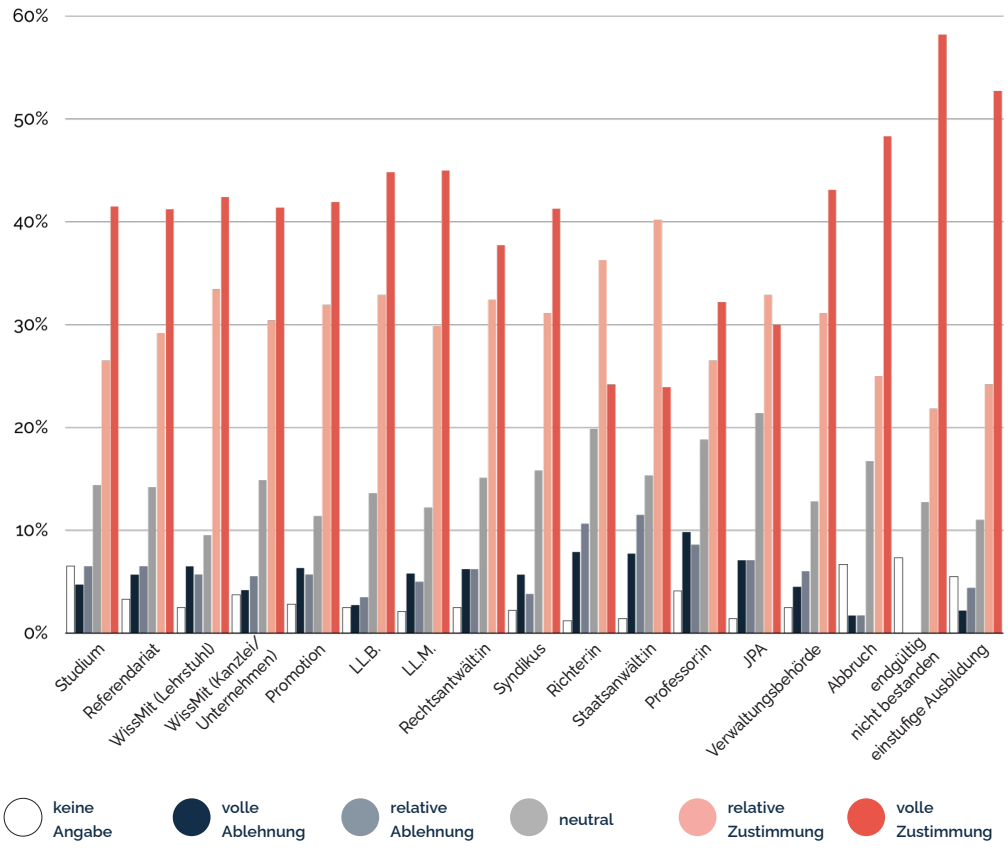
Was auffällt

Für die Zulassung anderer Prüfungs- und Unterrichtsformen spricht sich eine absolute Mehrheit der Befragten aus (68,7 %). Ablehnend stehen dem lediglich 12,2 % gegenüber. Entgegen unseren Erwartungen gab es bei den Menschen aus dem Lehr- bzw. Fakultätsbetrieb (insbesondere Professor:innen und wohl auch noch Prüfungsämtern) eine deutliche zustimmende Haltung. Eine tendenziell eher zustimmende Haltung war bei allen Altersgruppen zu verzeichnen.

***These 4 E** Gesamtauswertung*



***These 4 E** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*



These 4 F:
Digitale Lehre

Vorlesungen und Seminare sollten digitalisiert werden.

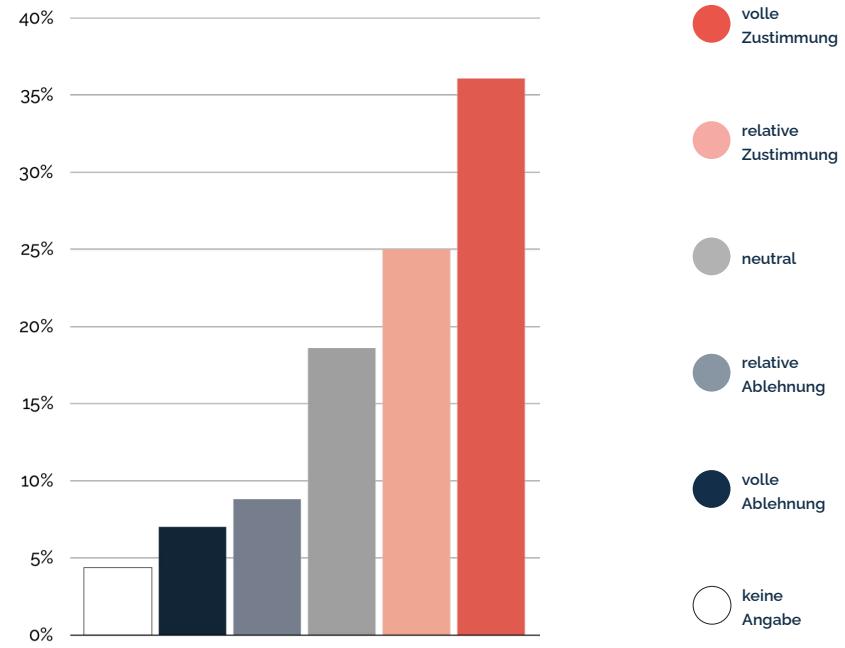
Thesenhintergrund

Ein stärker digitalisiertes Lehrangebot zu gewährleisten wurde nicht nur jüngst während der Ausgangsbeschränkungen der Covid-19 Pandemie gefordert. Bereits Anfang der 2000er wurde dieses Thema in Bezug auf die juristische Ausbildung diskutiert. Im Rahmen der Literaturauswertung konnten im Wesentlichen neun Proargumente den sechs Kontraargumenten gefunden werden. Mit Blick auf die schleppend verlaufende Digitalisierung in Deutschland, wurden die Stimmen im Ausbildungsbereich auch bei den Juristen lauter.

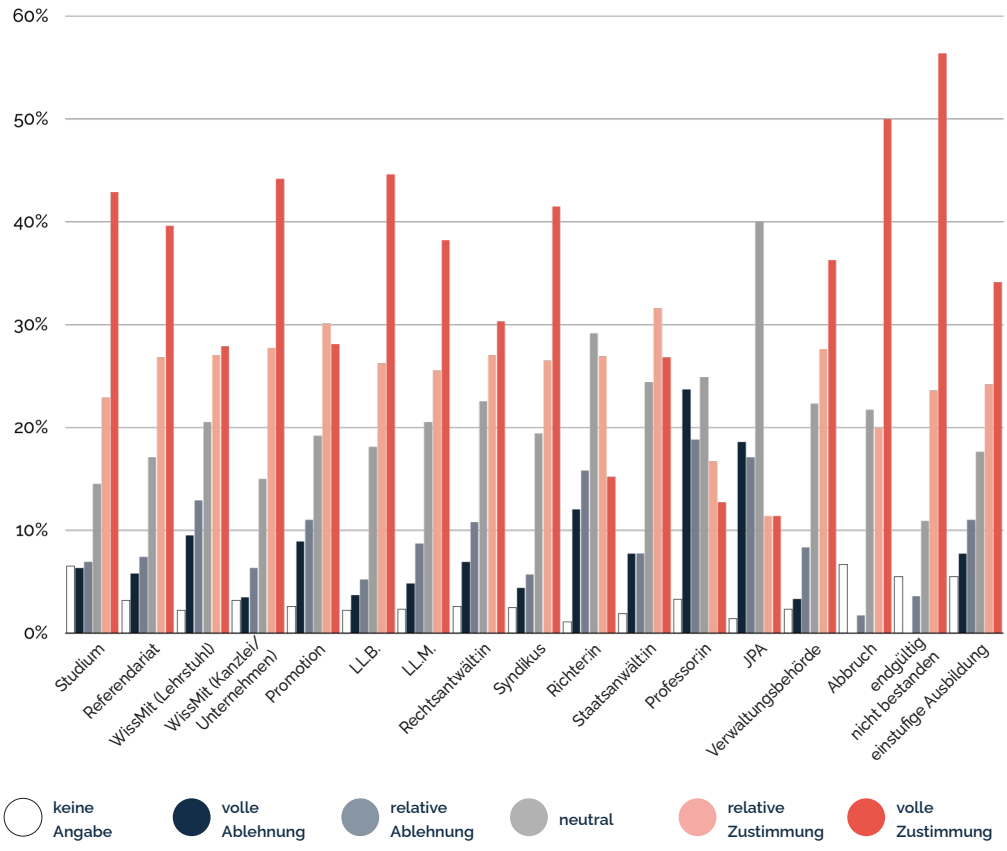
Was auffällt

Der Blick auf die Gesamtheit der Abstimmenden zeigt, dass eine klare Mehrheit von fast 2/3 sich für die stärkere Digitalisierung von Vorlesungen und Seminaren ausspricht (61,1 %). Weibliche Teilnehmende zeigen die stärkste Zustimmung. In allen Fachsemestern besteht eine absolute Mehrheit für die These, wobei höhere Zustimmungsraten in fortgeschrittenen Fachsemestern zu beobachten sind. Die Zustimmung zur These sinkt aber mit steigenden Notenstufen. Studierende (mit Ausnahme derer die im Ausland studieren) und verschiedene Gruppen von Praktizierenden unterstützen die These, während Professor:innen und JPA-Mitarbeitende eine kritischere Haltung zeigen.

***These 4 F** Gesamtauswertung*



***These 4 F** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*



These 4 G:
Rechtsdidaktik

An den Universitäten braucht es eine verstärkte Auseinandersetzung mit der Rechtsdidaktik.

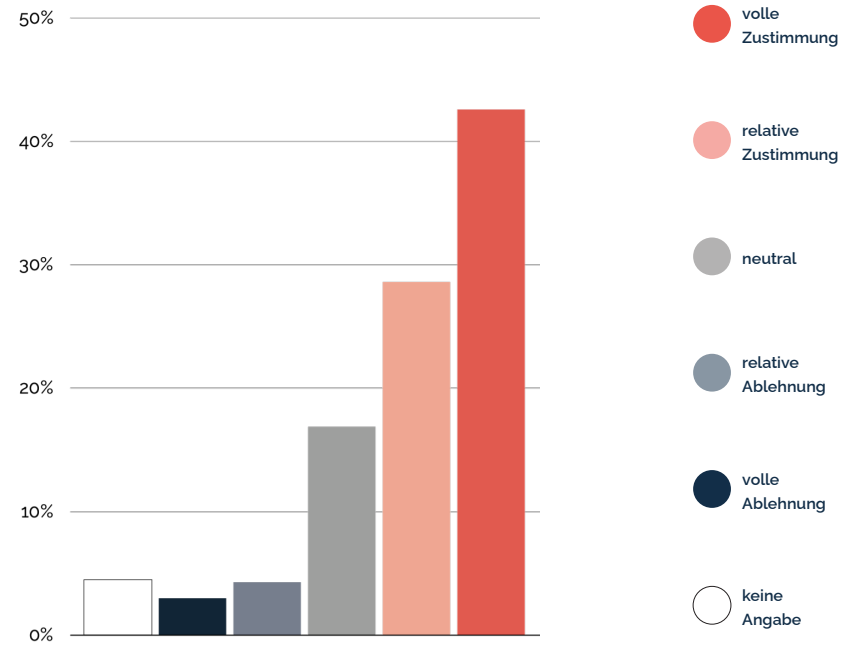
Thesenhintergrund

Die These wurde umfangreich diskutiert. Wir konnten insgesamt 18 Argumente aus der Literatur extrahieren, wovon 15 für die These sprechen und nur drei Argumente dagegen.

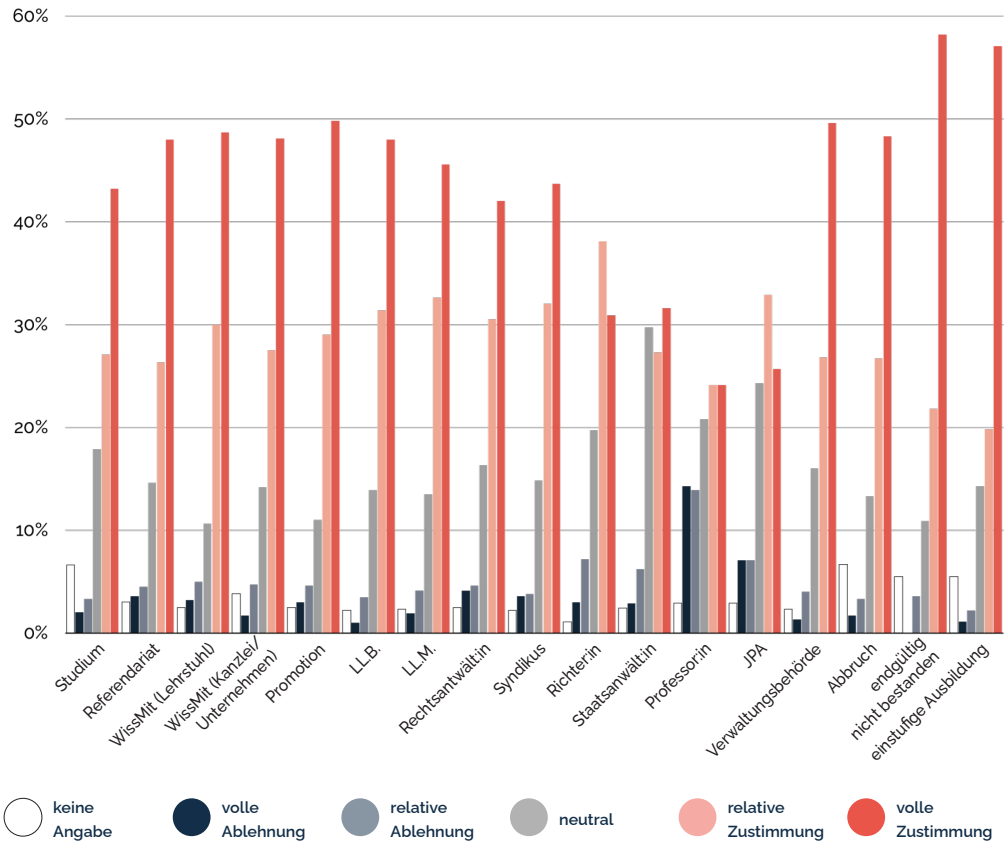
Was auffällt

Bei dieser These zeigt eine eindeutige Merheit der Abstimmenden von 71,2 %, dass es eine verstärkte Auseinandersetzung mit der Rechtsdidaktik an den Universitäten braucht. Weibliche Teilnehmerinnen zeigen eine höhere Zustimmung zur These im Vergleich zu männlichen Teilnehmern. Die Zustimmung zur verstärkten Auseinandersetzung mit Rechtsdidaktik im Studium ist bei Studierenden deutlich, wobei das 16. Fachsemester die höchste Zustimmung aufweist. Gleiches gilt für Referendar:innen. Professor:innen stehen der verstärkten Integration von Rechtsdidaktik im Studium skeptischer gegenüber als andere Teilnehmende. Rechtsanwält:innen und Richter:innen zeigen eine hohe Zustimmungsquote zur These.

***These 4 G** Gesamtauswertung*



***These 4 G** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*



These 4 H:
Auslandsaufenthalte

Es sollten verpflichtende Auslandsaufenthalte in das Studium integriert werden.

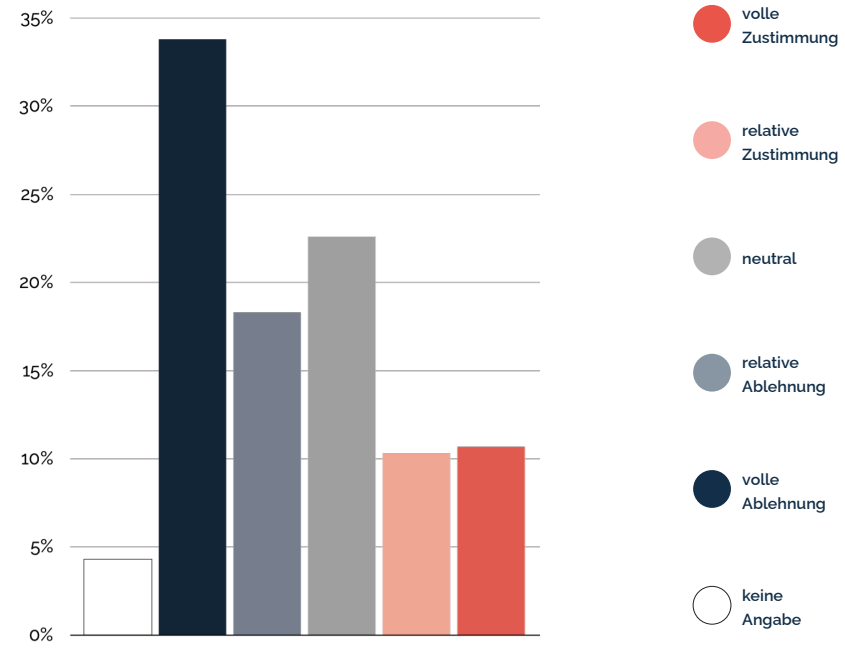
Thesenhintergrund

Die Frage der Einbeziehung verpflichtender Auslandsaufenthalte steht nicht im Zentrum der Debatte um die juristische Ausbildung und wird auch nicht breiter, dafür aber von wesentlichen Akteur:innen wie dem Wissenschaftsrat, diskutiert. Hier wurden 3 Pro-Argumente und 1 Contra-Argument aus der Literatur entnommen. Allgemein kann der Literatur damit eine eher positive Sichtweise auf die Einführung verpflichtender Auslandsaufenthalte entnommen werden.

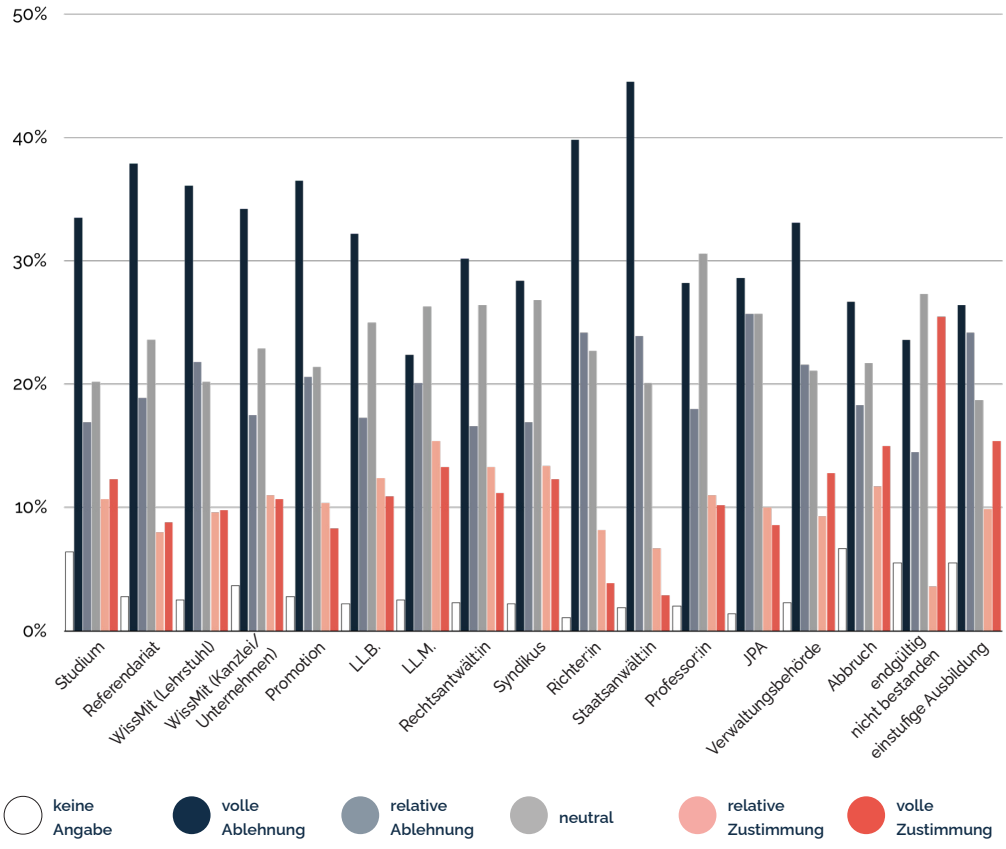
Was auffällt

Bei diese These haben sich die Abstimmenden eindeutig mit 52,1 % gegenüber 21,0 % gegen die Einführung verpflichtender Auslandsaufenthalte im Studium ausgesprochen. In Bezug auf Fachsemester zeigt sich eine verstärkte Ablehnung in den Semestern 3, 5, 10, 11, 14 und über 16 (54,4 % bis 59,0 %), während niedrigere Ablehnungsquoten in den Semestern 13 (34,6 %) und 16 (41,9 %) zu beobachten sind. Die vollkommene Ablehnung ist in Mecklenburg-Vorpommern, Bremen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen besonders hoch. In den meisten Berufsgruppen besteht eine eindeutige Ablehnung, wobei Richter:innen und Staatsanwält:innen die höchsten Ablehnungsquoten aufweisen.

***These 4 H** Gesamtauswertung*



***These 4 H** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*



These 4 I:
Universitäres Repetitorium

Das universitäre Repetitorium sollte ausgebaut werden.

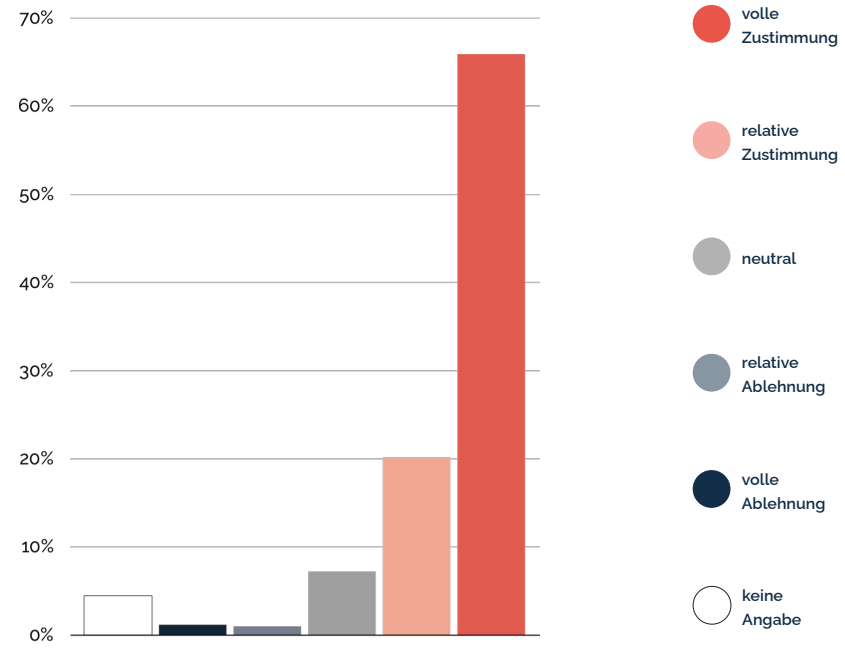
Thesenhintergrund

Für die These 4 I wurden insgesamt 16 Pro-Argumente und neun Contra-Argumente gesammelt. Hierbei wurden Literaturbeiträge der letzten 20 Jahre ausgewertet und viele unterschiedliche Perspektiven beleuchtet.

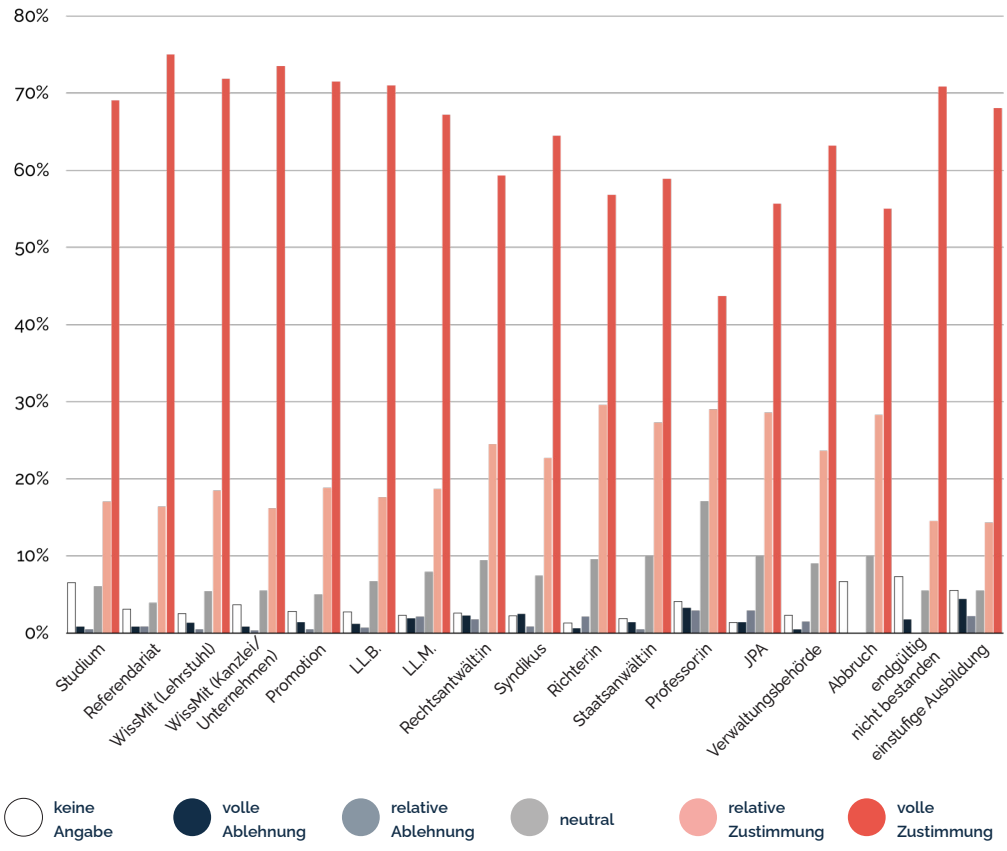
Was auffällt

Alle Abstimmenden sprechen sich mit einer breiten Mehrheit von 83,1 % für den Ausbau des universitären Repetitoriums aus. Frauen weisen dabei die höchste vollständige Zustimmung mit 71,2 % auf. Alle Studienorte zeigen durchweg Zustimmungsraten von über 50 %, mit dem höchsten Anteil in Brandenburg (74,2 %). In diesem Zusammenhang liegt die absolute Zustimmung bei allen Fachsemestern über 50 %, mit dem höchstem Anteil von 79 % im 13. Semester. Die größte Zustimmung offenbart sich mit Blick auf die Akteursgruppen allerdings bei Referendar:innen. Auch Professor:innen sprechen sich mit 43 % Zustimmung zwar mehrheitlich für die Stärkung des universitären Repetitoriums aus. Sie stehen damit aber in großem Abstand zu anderen Berufsgruppen.

***These 4 I** Gesamtauswertung*



***These 4 I** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*



These 4 J:
Regelmäßiges Monitoring des Reformbedarfs

Es bedarf eines regelmäßigen Monitorings des Jurastudiums unter Einbindung der Studierenden im Hinblick auf einen etwaigen Reformbedarf.

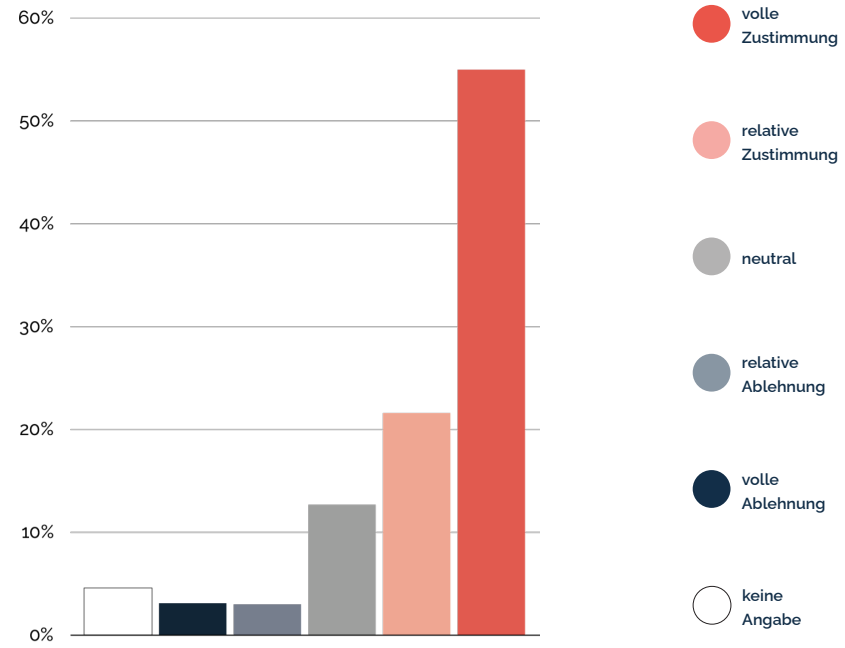
Thesenhintergrund

Die These wurde vereinzelt diskutiert. Im Kontext wissenschaftlicher Publikationen konnten ausschließlich pro-Argumente gefunden werden. Die These fand erstmalig 2010 Erwähnung und wurde sodann 2015, 2019 und 2020 erneut diskutiert.

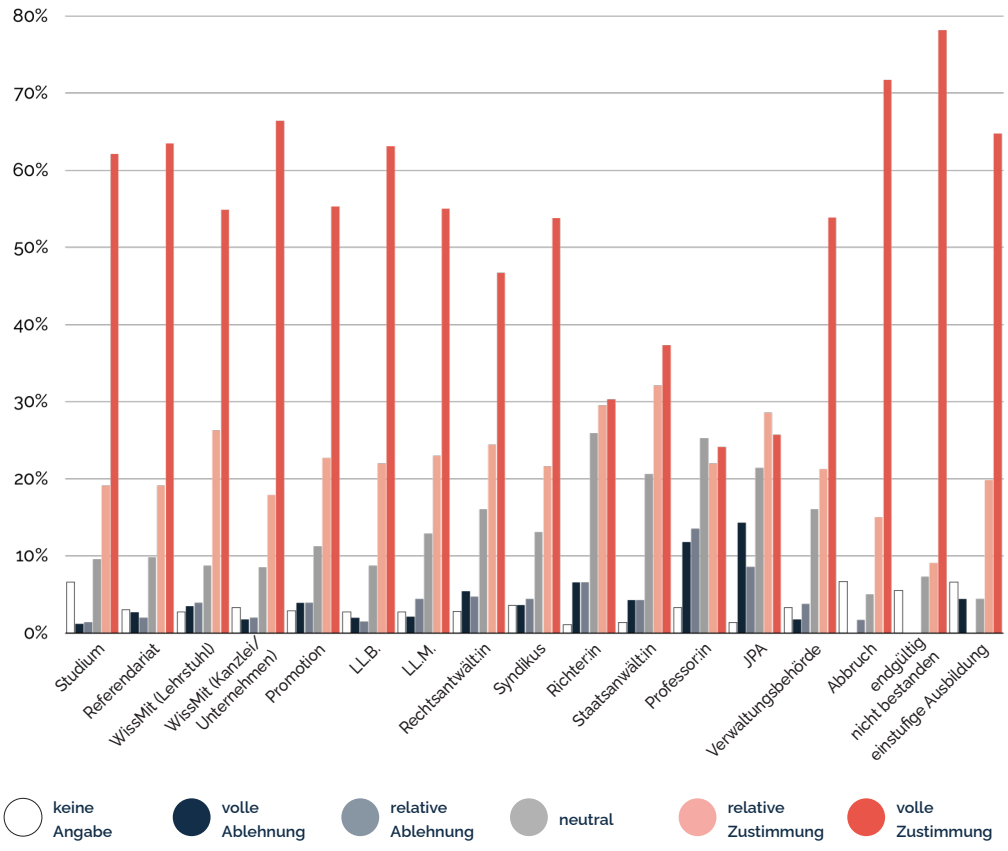
Was auffällt

Die Hypothese bestätigt sich. Die Daten zeigen, dass eine absolute Mehrheit (55 %) eines regelmäßigen Monitorings des Reformbedarfs der juristischen Ausbildung vollständig zustimmt, sowie weitere 21,6 % überwiegend, sodass der Anteil derjenigen, die ein regelmäßiges Monitoring grundsätzlich befürworten bei insgesamt 76,6 % liegt. Die Ablehnungsquote beträgt insgesamt 6,1 %. Je älter die abstimmenden Personen werden, desto stärker ist eine zunächst neutrale und sodann ablehnende Haltung zu beobachten. Bei Personen die bereits qualifiziert im Beruf stehen (Richter:innen; Staatsanwält:innen, Rechtsanwält:innen, Syndika, Verwaltungsjurist:innen) liegt die Zustimmung tendenziell niedriger, als unter Personengruppen, die noch näher mit der Ausbildung befasst sind.

***These 4 J** Gesamtauswertung*



***These 4 J** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*



These 5 A:
Grundlagenfächer stärken

Die Rolle der Grundlagenfächer (wie bspw. Methodenlehre, Rechtsgeschichte, Rechtsphilosophie, etc.) im Studium sollte gestärkt werden.

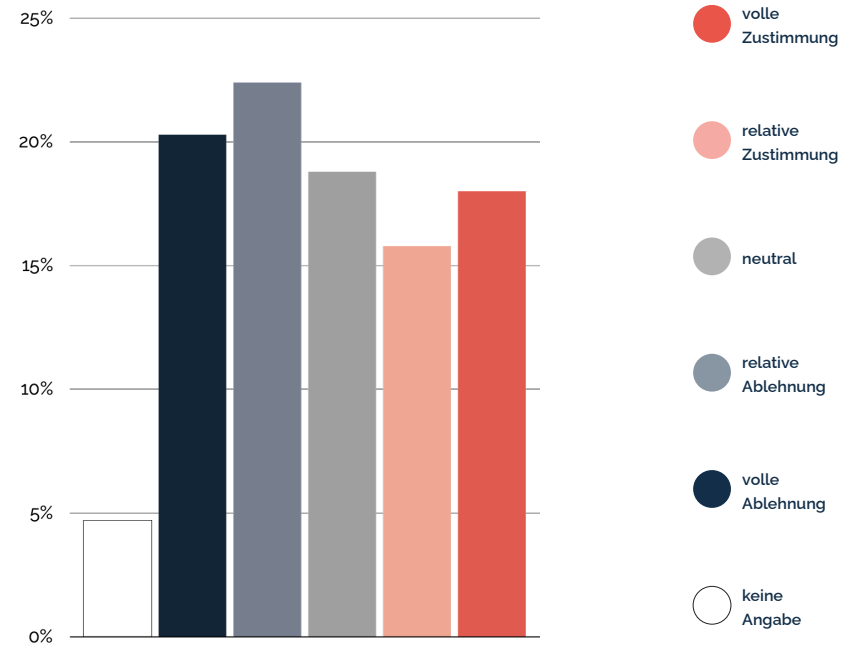
Thesenhintergrund

Die These wurde in der Literatur häufiger diskutiert, besonders in den 2010er-Jahren. Erste Beiträge reichen jedoch zurück bis ins Jahr 2001. Insgesamt zählten wir bei unserer Analyse 21 Pro- und sechs Contra-Argumente. Allerdings sollte beachtet werden, dass teilweise eine Vielzahl von Argumenten teils von dem oder derselben Autor:in veröffentlicht wurde.

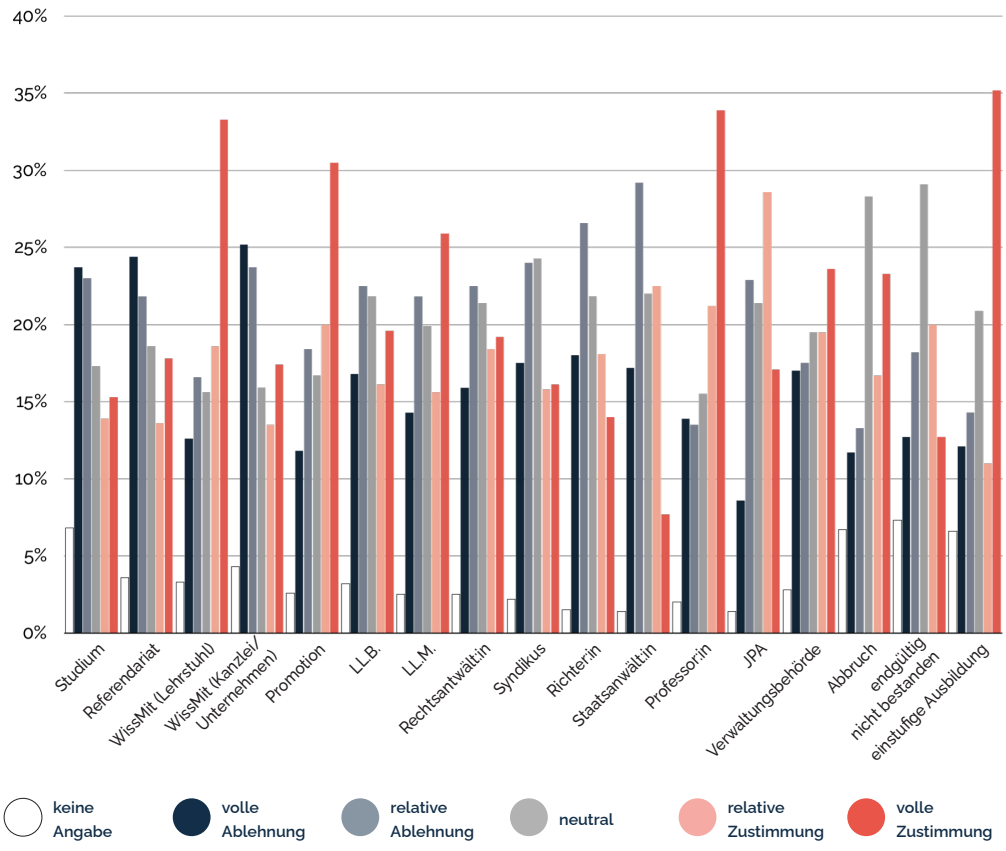
Was auffällt

Das Abstimmungsergebnis zur Frage der Stärkung der Grudnlagenfächer zeigt insgesamt eine ausgeglichene Verteilung der Meinungen. Bei der Geschlechterkategorisierung lehnen Frauen (47,4 %) die These am stärksten ab. Bundesländer mit starken Studienstandorten neigen eher zur Ablehnung der These. Bei der Kategorisierung nach dem individuellen Verhältnis zur juristischen Ausbildung zeigen Studierende eine Ablehnung von 46,7 %, während Professor:innen mehrheitlich zustimmen (55,1 %). Andere Gruppen haben differenzierte Meinungen. Insgesamt zeigt sich eine Tendenz zur Ablehnung der These, aber keine klaren Mehrheiten in bestimmten Kategorien.

***These 5 A** Gesamtauswertung*



***These 5 A** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*



These 5 B:
Rechtsvergleichung

Die Rechtsvergleichung sollte stärker im Studium verankert werden.

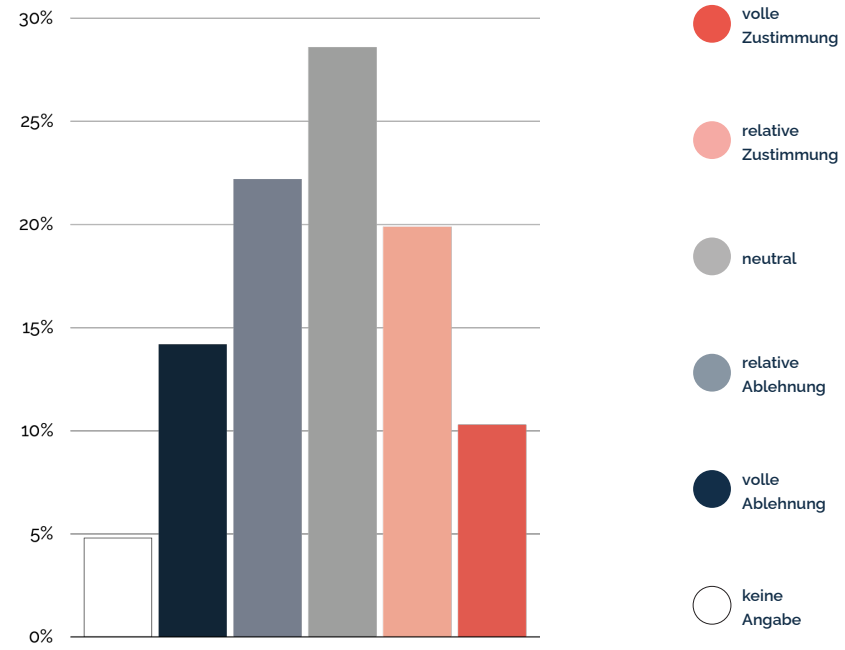
Thesenhintergrund

Die Frage der Internationalisierung bzw. dem Bedürfnis der Rechtsvergleichung innerhalb des Studiums wurde in der Literaturrecherche klar zugunsten der Pro-Argumente analysiert. Während lediglich zwei Contra-Argumente erarbeitet wurden, konnten 15 Pro-Argumente gesammelt werden.

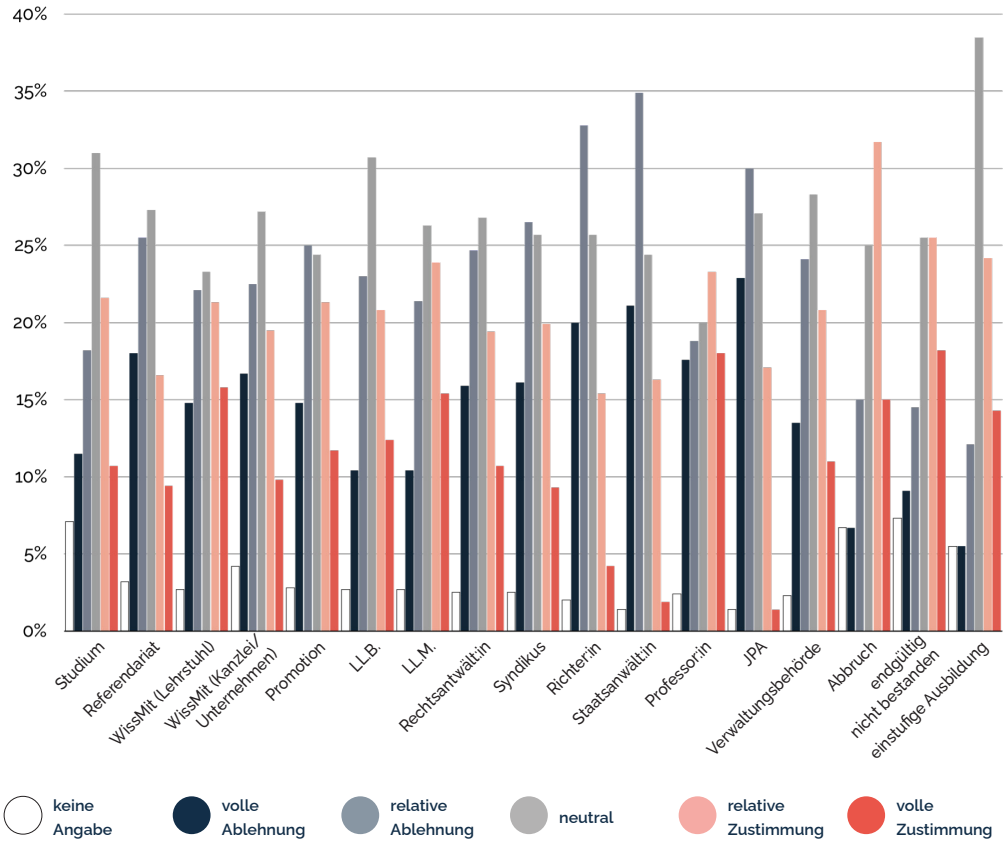
Was auffällt

Eine knappe Mehrheit von 36.4 % der Abstimmenden lehnt eine stärkere Vernakerung der Rechtsvergleichung im Studium gegenüber 30,2 % ab. Studierende aus dem 3. und 15. Semester lehnten die These am stärksten ab (19,9 % und 19,5 %), während Studierende aus dem 16. Semester am neutralsten waren (45,2 %). Anhand des Studienstandortes zeigte sich im Saarland mit 29,4 % die größte Ablehnung, wohingegen ausländische Studierende die größte Zustimmung zeigten (34,8 %). Juristische Berufsgruppen lehnten die These mehrheitlich ab, wobei Professor:innen (18 %) und Studierende, die das Studium nicht bestanden haben, diese am stärksten vollständig befürworteten (18,2 %).

***These 5 B** Gesamtauswertung*



***These 5 B** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*



These 5 C:
Neue Inhalte nur bei Streichung von Bestehendem

Soweit das Studium inhaltlich um weitere Inhalte angereichert werden soll, sollen andere Inhalte gekürzt werden.

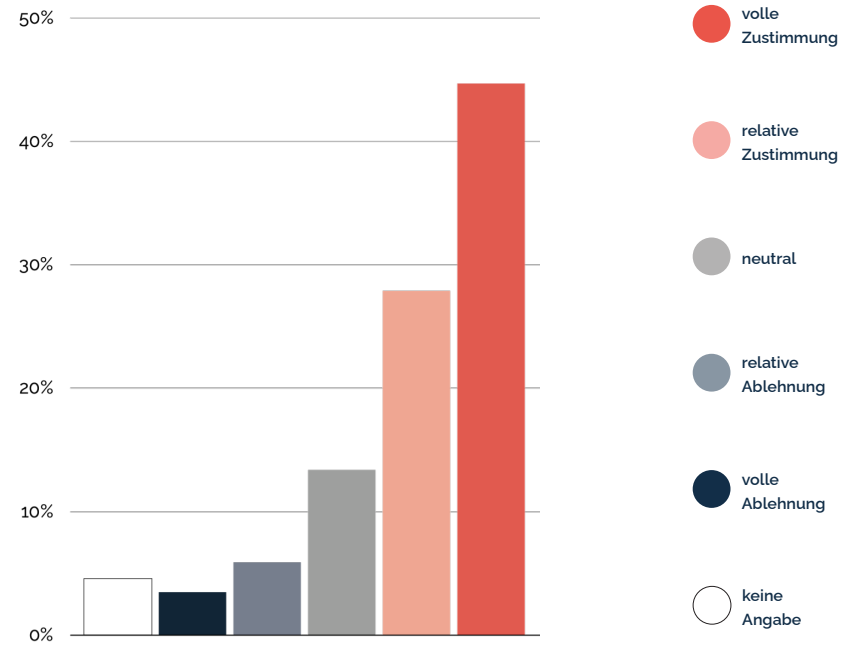
Thesenhintergrund

Die These „Neue Inhalte nur bei Streichung von Bestehenden“ ist eine Besonderheit unter den restlichen Thesen. Sie hebt sich deshalb ab, weil sie keine in der Literatur original beschriebene These ist, sondern als Anti-These zu den Thesen 1 F–1 H eingefügt wurde.

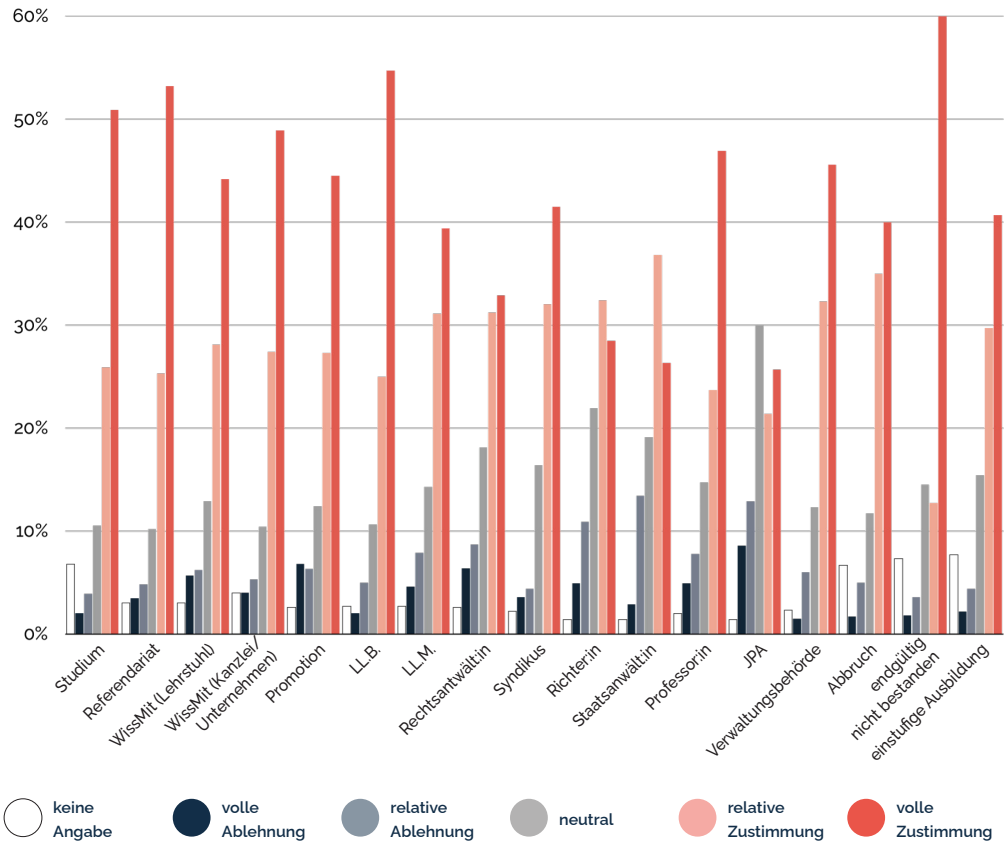
Was auffällt

Die formulierten Erwartungen waren insoweit falsch, als dass sie Zurückhaltung prognostizierten – nahezu durchgängige 2/3-Mehrheiten für die These, auch unter den Professor:innen sprechen eine eindeutige Sprache. Nur 9,4 % lehnen die These ab. Es besteht bereits eine relative Mehrheit, die der These voll zustimmt (44,7 % bei „5“), kombiniert mit denjenigen, die teilweise zustimmen eine absolute Mehrheit von 72,6 %. Eine absolute Mehrheit an Zustimmung ist über alle Altersgruppen hinweg vorhanden. JPA-Mitarbeitende verhalten sich zu der These zurückhaltender, stimmen der These jedoch zumindest mit relativer Mehrheit von 47,1 % zu.

***These 5 C** Gesamtauswertung*



***These 5 C** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*



These 5 D:
Softskills

Softskills sollten stärker trainiert werden.

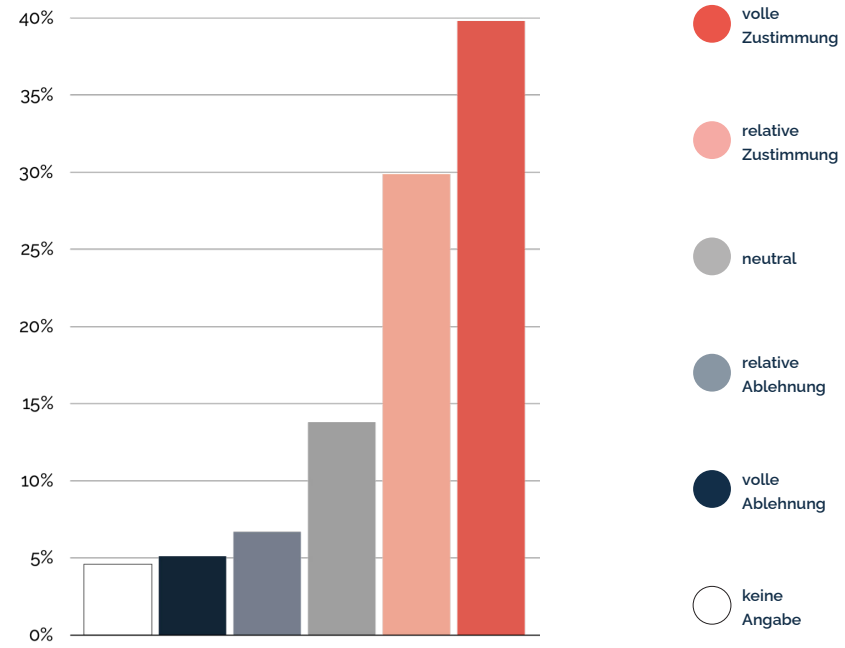
Thesenhintergrund

Die These wurde nur in einer gesichteten Veröffentlichung aus dem Jahr 2014 thematisiert. Aus dieser konnten wir zwei pro-Argumente für die These, jedoch keine contra-Argumente extrahieren.

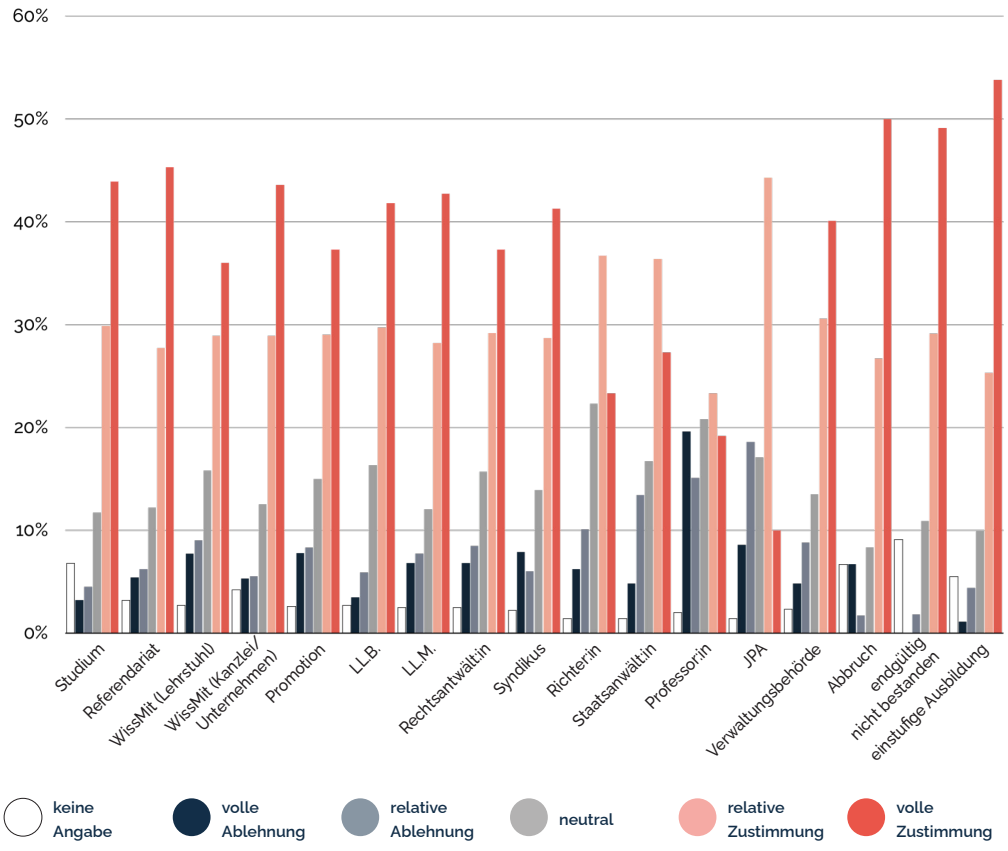
Was auffällt

In einer Umfrage stimmten 39,8 % der Teilnehmer vollständig und 29,9 % überwiegend dafür, dass Softskills im Studium stärker trainiert werden sollten. Bei Frauen stimmten 49 % vollständig und 28,7 % überwiegend zu, während bei Männern die Zustimmungsrate niedriger war (30 % vollständige Zustimmung, 31,6 % relative Zustimmung). Die höchste Zustimmung kam von Studierenden (73,8 %) und Referendar:innen (73 %). Rechtsanwält:innen (66,5 %), Richter:innen (60 %) und Professor:innen (unter 20 % vollständige Zustimmung und Ablehnung) hatten niedrigere Zustimmungsraten.

***These 5 D** Gesamtauswertung*



***These 5 D** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*



These 5 E:
Rechtsgebietsübergreifende Ausbildung

Die juristische Ausbildung sollte stärker rechtsgebiets-übergreifend ausgestaltet sein.

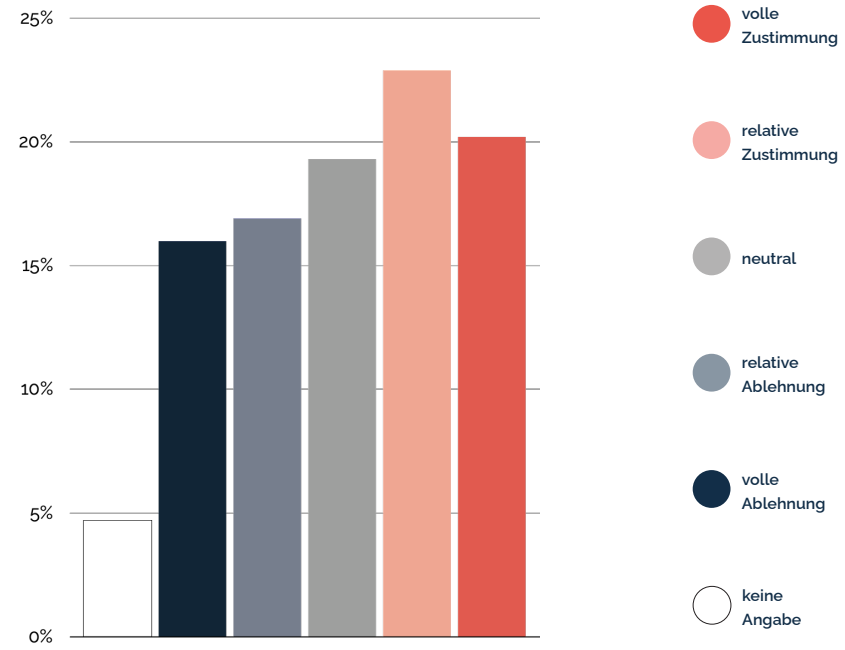
Thesenhintergrund

Die Frage der rechtsgebietsübergreifenden Ausbildung steht nicht im Zentrum der Debatte um die juristische Ausbildung wird aber etwas breiter diskutiert. Hier wurden 5 Pro-Argumente und 1 Contra-Argument aus der Literatur entnommen. Allgemein kann der Literatur damit eine eher positive Sichtweise auf die rechtsgebietsübergreifende Ausbildung entnommen werden.

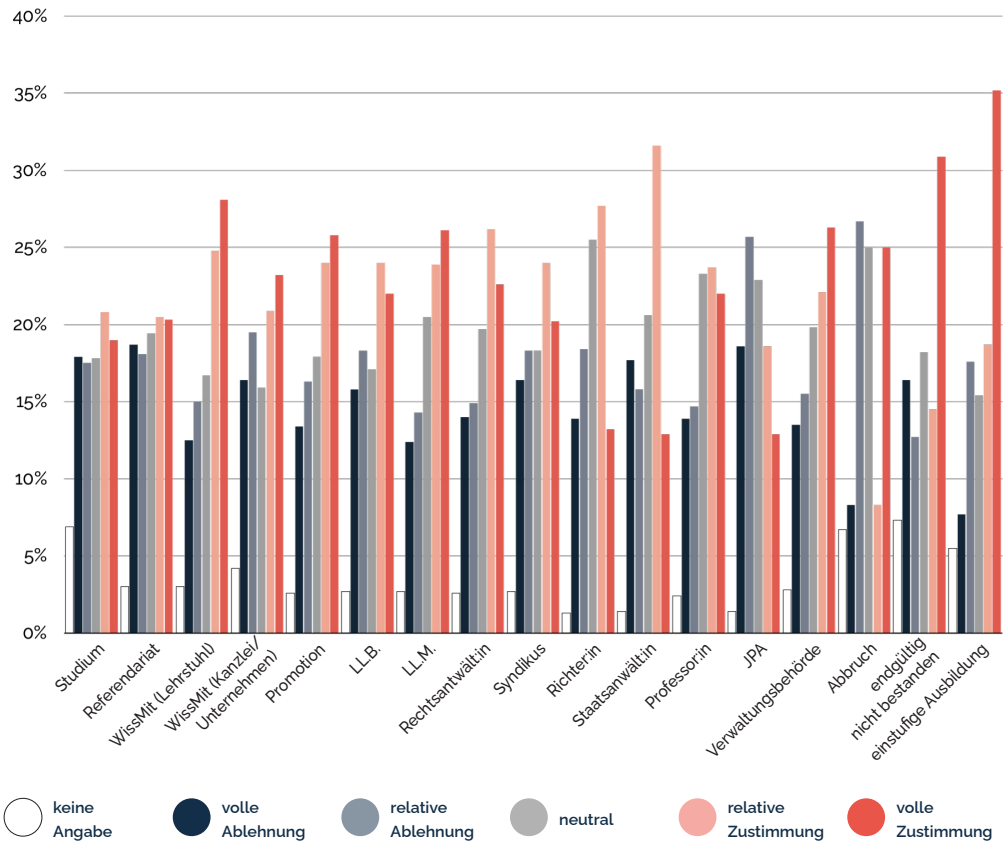
Was auffällt

Unter allen Abstimmenden zeigt sich eine leichte Zustimmung (43,1 %) zu einer stärker rechtsgebietsübergreifenden Ausrichtung. Ältere Befragte stimmen dieser Aussage eher zu. Die Geschlechterverteilung zeigt eine leicht höhere Zustimmung bei männlichen (46 %) gegenüber weiblichen Teilnehmern (40,8 %). Bezüglich der Notenstufen zeigten die höheren Stufen eine stärkere Zustimmung. Bei den Studienorten zeigte Sachsen-Anhalt eine relative Ablehnung (36,6 %), während in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz und Sachsen die Zustimmung besonders stark war. Die Berufsgruppen zeigten ebenfalls relative Zustimmung, wobei wissenschaftliche Mitarbeiter:innen an Lehrstühlen, Promovierende und Masterstudierende die höchsten Zustimmungsraten aufwiesen. Besonders ablehnend waren Mitarbeiter:innen der juristischen Prüfungsämter und knapp ablehnend die Gruppe der Studiumsabbrecher:innen.

***These 5 E** Gesamtauswertung*



***These 5 E** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*



These 5 F:
Mehr Diversitätskompetenz

In der Lehre sollten Diversität und Diversitätskompetenz gestärkt werden.

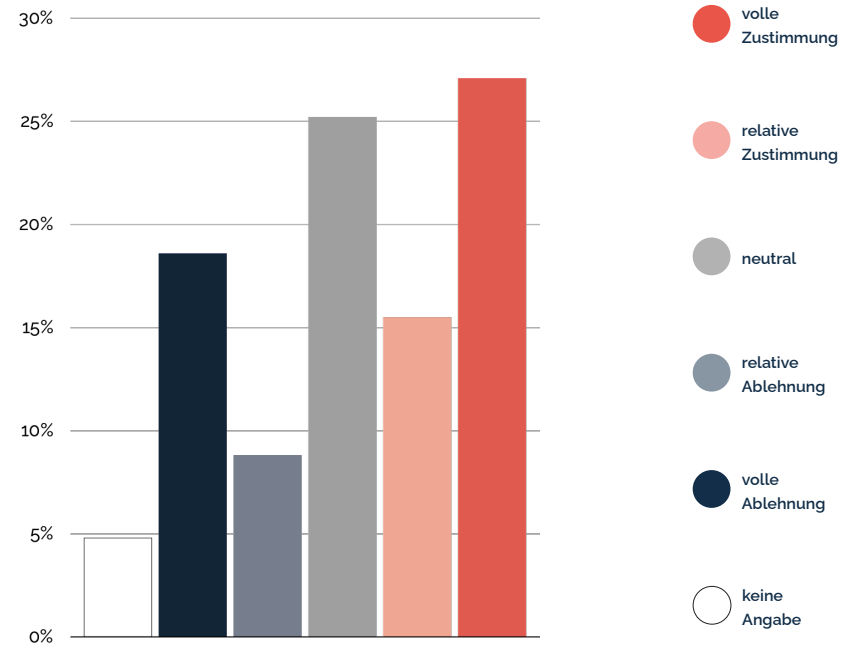
Thesenhintergrund

Diese These wurde in der Literatur erst im späteren Teil des Beobachtungszeitraums, nämlich ab 2015 intensiv diskutiert. Wir zählten 12 Pro-Argumente bei nur einem Contra-Argument. Die früheste Erscheinung der These war in 2009. Dass die These erst später intensiv diskutiert wurde, dürfte daran liegen, dass das Thema „Diversität“ erst in den letzten Jahren an Traktion gewinnt.

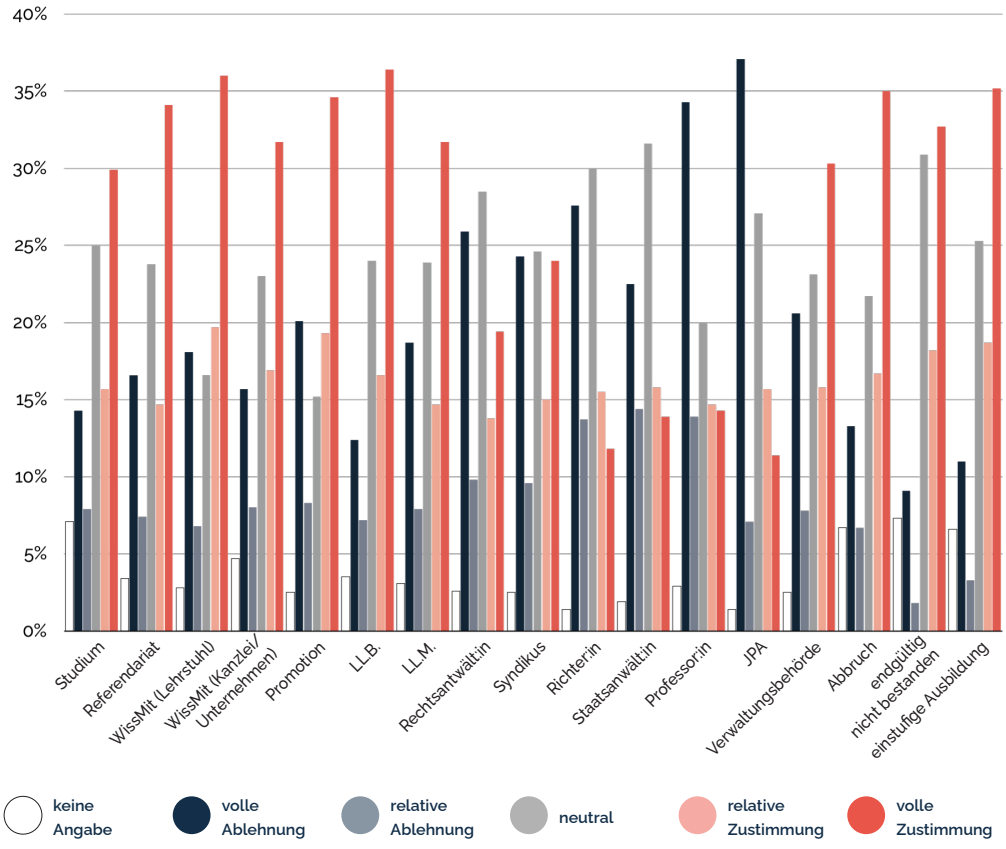
Was auffällt

Die Umfrage zeigt einen relative Zustimmung bei 42,6 % kumulierte Zustimmung aller Abstimmenden. Weibliche und diverse Personen stimmen stärker zu (35,5 % und 37,5 %) als männliche Personen (17,6 %). Studierende zeigen ein gemischtes Bild, obwohl höhere Fachsemester stärker zustimmen. Die Zustimmung sinkt tendenziell mit höheren Noten, außer bei 17-18 Punkten (30 % Zustimmung). Berliner und Brandenburger stimmen am meisten zu (54,8 % und 49,6 %). Unentschlossenheit ist in Bremen, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt am höchsten. Professor:innen und JPA-Mitarbeiter:innen lehnen am meisten ab, während Referendar:innen und wissenschaftliche Mitarbeiter am meisten zustimmen.

***These 5 F** Gesamtauswertung*



***These 5 F** Verhältnis zur juristischen Ausbildung*



These 5 G:
Wissenschaftliche Ausrichtung des Studiums

Das Studium muss sich auch am Leitbild der Wissenschaftlichkeit ausrichten.

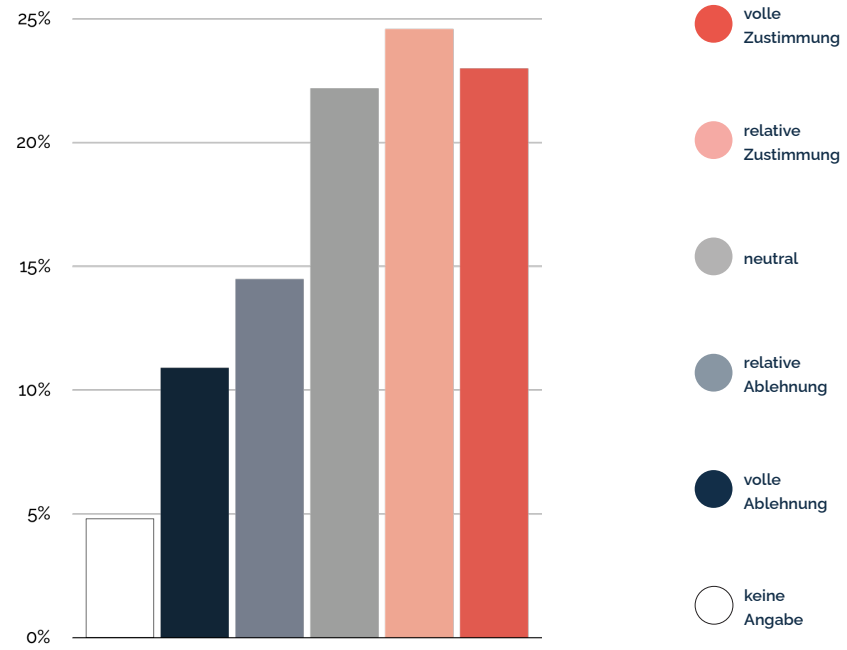
Thesenhintergrund

Die Frage der „Wissenschaftlichen Ausrichtung“ des Studiums wurde in der Literatur umfangreich diskutiert. Es gab 32 Pro-Argumente und 2 Kontra-Argumente. Der Konsens scheint zu sein, dass das Studium sich verstärkt am Leitbild der Wissenschaftlichkeit ausrichten müsse. Die Debattenbeiträge reichen bis ins Jahr 2000 zurück und entstammen der gesamten Beobachtungsperiode. Die wissenschaftliche Ausrichtung des Studiums ist also Gegenstand der wiederkehrenden Debatte.

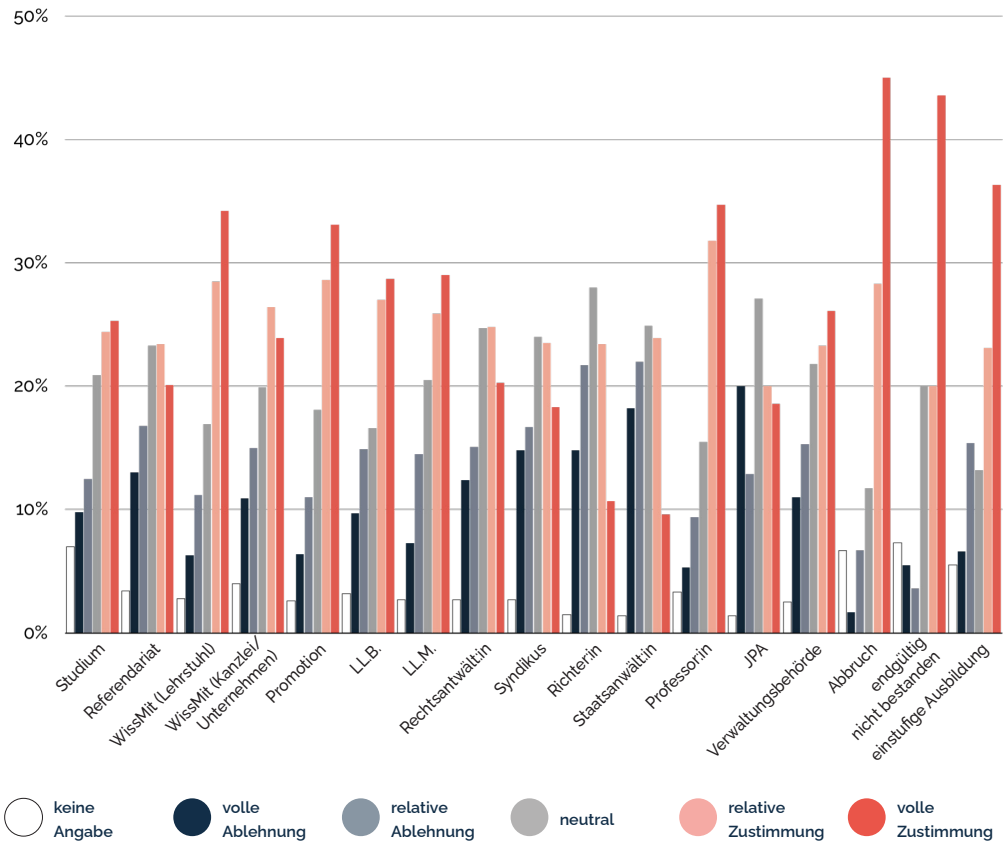
Was auffällt

Die Umfrage zeigt eine relative Mehrheit für die These (47,6 %), wobei 22,2 % neutral und etwa 5 % ohne Angabe sind. Keine Geschlechtergruppe erreicht eine absolute Mehrheit, wobei Männer positiver sind (25,8 % teilweise Zustimmung). Im 7., 8. und 9. Fachsemester gibt es absolute Mehrheiten für die These (51,4 %, 50,1 %, 55,6 %), im 15. Fachsemester hingegen eine relative Mehrheit dagegen (39,1 %). Bei den Notenstufen 1-3 stimmten 57,1 % für die These, Personen im Rahmen der Notenstufe 6 hingegen mehrheitlich dagegen. Berlin, Brandenburg, Hamburg, Hessen und Sachsen zeigen absolute Mehrheiten für die These, Bremen die meisten neutralen Stimmen (31,2 %). Wissenschaftliche Mitarbeiter:innen, LL.B.-Absolvent:innen, Studiumsabrecher:innen und Professor:innen stimmen stark zu, während Richter:innen und Staatsanwält:innen mehrheitlich neutral oder dagegen sind.

These 5 G *Gesamtauswertung*



These 5 G *Verhältnis zur juristischen Ausbildung*



These 5 H:
Stärkere Einbindung der Professor:innen in die Ausbildung

Die Professor:innen sollten sich stärker als bisher in die Gestaltung der juristischen Ausbildung einbringen. Professor:innen sollten einerseits ihre Forschungsinhalte stärker in der universitären Ausbildung einbringen. Andererseits sollten sich Professor:innen stärker als bisher in der Gestaltung von Examensprüfungen wie auch der Korrektur von Examensleistungen einbringen.

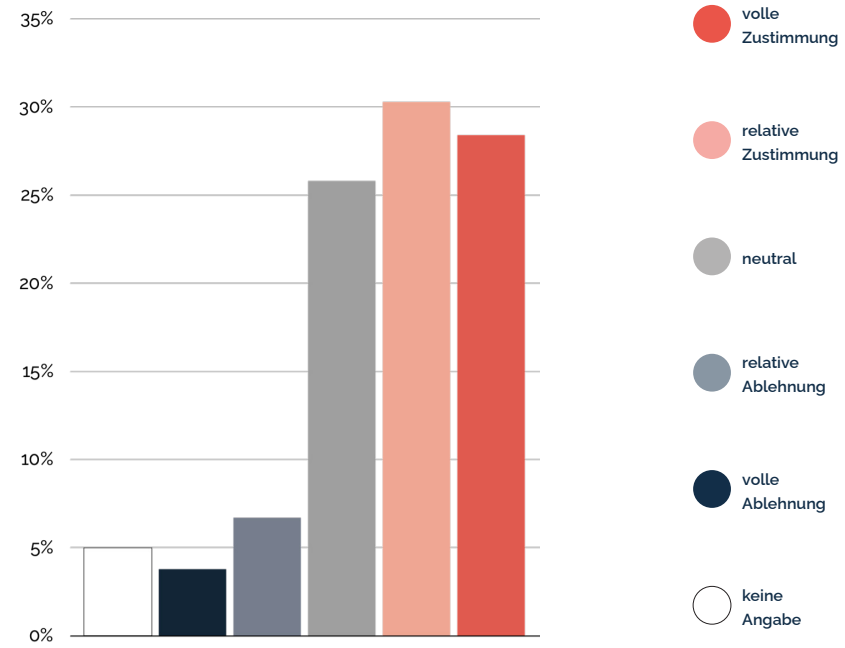
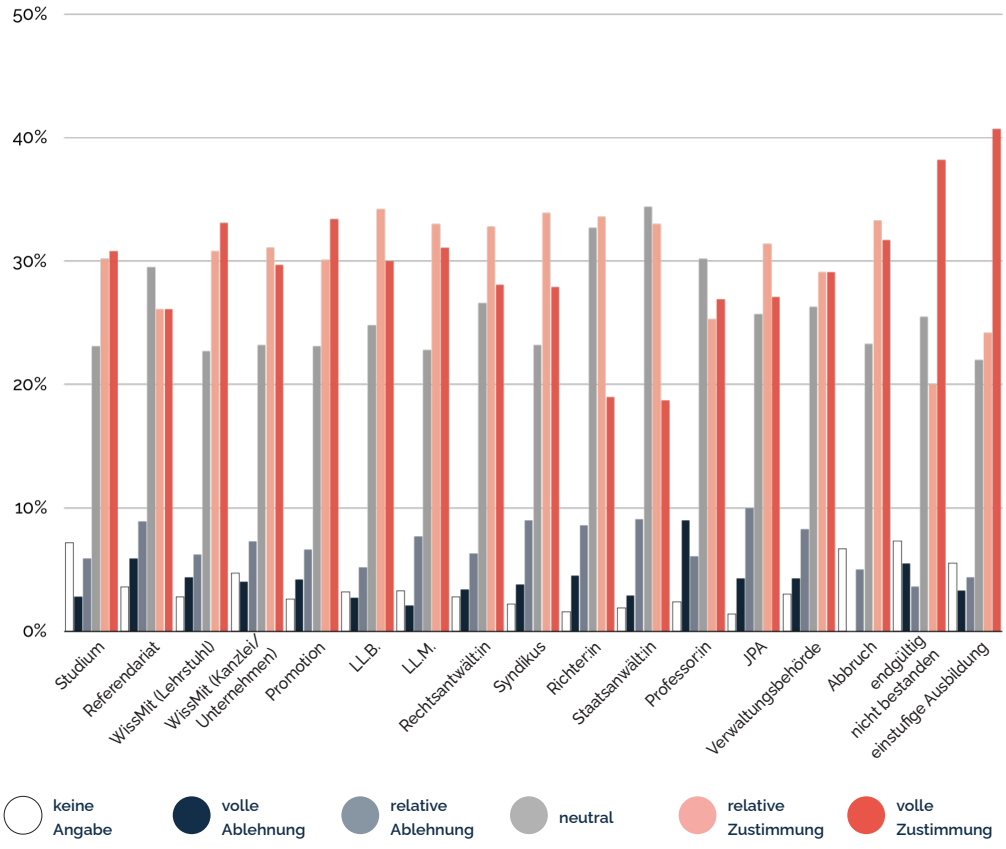
Thesenhintergrund

Die These wurde in den vergangenen Jahren immer wieder vorgebracht. Dabei konnten wir ausschließlich pro-Argumente aus den Quellen extrahieren.

Was auffällt

Die These erhält unter allen Abstimmenden breite Zustimmung (58,7 % kumulierte Zustimmung, 28,4 % vollständige Zustimmung), während die kumulierte Ablehnung bei 10,5 % liegt. Frauen stimmen knapp stärker zu als Männer, während Personen, die divers oder ohne Geschlechtsangabe sind, weniger zustimmen. Höhere Semester und niederigere Noten neigen stärker zur Zustimmung. Geographisch gesehen ist die Zustimmung in Brandenburg am höchsten. Berufsgruppen mit höherer Zustimmung umfassen u. a. Promovierende und Personen in der einstufigen Ausbildung sowie Studiumsabbrecher:innen, Rechtsanwält:innen und wissenschaftliche Mitarbeiter:innen. Professor:innen zeigen eine geringere Zustimmung, aber auch eine geringe Ablehnung.

These 5 H *Gesamtauswertung*



These 5 H *Verhältnis zur juristischen Ausbildung*